



HESSISCHES STATISTISCHES
LANDESAMT

Staat und Wirtschaft in Hessen

Berichte und Informationen aus der Landesstatistik

**Herausgegeben vom
Hessischen Statistischen Landesamt
Wiesbaden**

2001 · 56. Jahrgang

Diese Datei enthält Informationen zu folgenden Themen:

1. Copyright
2. Lieferbedingungen
3. Informationen zum Hessischen Statistischen Landesamt

zu 1.: Copyright

© Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, 2002

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

zu 2.: Lieferbedingungen

Datenlieferungen des Hessischen Statistischen Landesamtes werden sorgfältig hergestellt. Sollte sich dennoch herausstellen, daß eine Lieferung ganz oder teilweise technisch oder inhaltlich fehlerhaft ist, wird das Hessische Statistische Landesamt auf schriftliches Verlangen des Datenempfängers die entsprechenden richtigen Daten innerhalb einer angemessenen Frist nachliefern. Der Anspruch auf Nachlieferung kann nur innerhalb von 6 Monaten nach Eingang der Lieferung beim Datenempfänger von diesem geltend gemacht werden. Dies gilt auch bei beschädigten oder mit Materialfehlern behafteten elektronisch lesbaren Datenträgern. Darüber hinausgehende Ansprüche sind ausgeschlossen.

Unsere Datenträger werden vor Auslieferung mit aktuellen Virenprogrammen überprüft. Sollten dennoch Viren vorhanden sein, haftet das Hessische Statistische Landesamt nur bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit.

Das Öffnen der Verpackung bedeutet die Anerkennung der Lieferbedingungen und verpflichtet zum Kauf; eine Rückgabe ist ausgeschlossen.

zu 3.: Informationen zum Hessischen Statistischen Landesamt

a) Haus- und Lieferanschrift:

Hessisches Statistisches Landesamt Rheinstraße 35/37 65185 Wiesbaden
Außenstellen: Herrngartenstraße 1-5, Adolfsallee 32 und 49-53

b) Postanschrift:

Hessisches Statistisches Landesamt 65175 Wiesbaden Telefon: 0611/3802-0, Fax:
0611/3802-990 E-Mail: poststelle@hsl.de

c) Besuchszeiten:

Montag bis Donnerstag von 9.00 bis 12.00 Uhr und 14.00 bis 15.30 Uhr, Freitag 8.30 bis 12.00 Uhr.

d) Vertriebsbüro:

Margarete Schwarz Telefon: 0611/3802-950;-951, Fax: 0611/3802-992, E-Mail: vertrieb@hsl.de

Abonnentenverwaltung: Evelin Göth Telefon: 0611/3802-929

Bitte bestellen Sie unsere Publikationen oder unser Veröffentlichungsverzeichnis direkt bei unserem Vertriebsbüro oder über E-Mail/Internet.

e) Auskunftsdienst:

NN, Telefon: 0611/3802-802, Fax: 0611/3802-890, E-Mail: info@hsl.de

Anfragen, die mehrere Fachstatistiken betreffen, richten Sie bitte an den Auskunftsdienst.

f) Presse- und Öffentlichkeitsarbeit:

NN, Telefon: 0611/3802-807, Fax: 0611/3802-890, E-Mail: pressestelle@hsl.de

g) Datenbank: HEPAS-Fachdatei HSL

Helmut Ling, Günther Bugge, Roland Kaiser, Gernod Dudda, Erich Stichel
Telefon: 0611/3802-144 bis 147 und 156, Fax: 0611/3802-190, E-Mail: hepas@hsl.de

Zirka 40 000 Daten je Gemeinde können in vielfältiger fachlicher, räumlicher und zeitlicher Kombination abgerufen und auf Papier oder Diskette ausgegeben werden. Bitte bestellen Sie Informationsmaterial und Auswertungen direkt bei der HEPAS-Fachdatei HSL.

h) Online-Dienst

Internet: <http://www.hsl.de>, Webmaster: Johann-Günther Lutsch, Telefon: 0611/3802-830
Fax: 0611/3802-890, E-Mail: webmaster@hsl.de

Abruf der wichtigsten Landesdaten mit Grafiken und Darstellung ausgewählter Daten für ausgewählte hessische Regionen sowie ausgewählte Daten für die ganze Bundesrepublik Deutschland bis zur Regierungsbezirksebene. Darüber hinaus werden die jeweils neuesten Pressemeldungen des Hessischen Statistischen Landesamtes dargeboten; Datenservice bei Wahlen: Abruf der sukzessive eingestellten aktuellen Wahlergebnisse noch am Wahlabend.

SYSTEMATISCHES INHALTSVERZEICHNIS 2001

A. Textbeiträge

Allgemeines	Heft	Seite
140 Jahr amtliche Statistik in Hessen. Von <i>Carsten Beck</i>	3	66
Hauptdaten der wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen 2000	4	110
Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main aus statistischer Sicht. Von <i>Günter Grün</i>	5	158
Die Region Starkenburg aus statistischer Sicht. Von <i>Günter Grün</i>	8	260
Ministerpräsident Roland Koch besuchte das HSL. Von <i>Carsten Beck</i>	8	274
Innovationspotenziale der hessischen Industrie: Forschung und Entwicklung als Beitrag zur Standortsicherung. Von <i>Dr. Frank Padberg</i>	9	290
Testerhebungen für einen registergestützten Zensus. Von <i>Heinz-Kurt Rompel</i>	10	322
 Bevölkerung, Haushalte und Familien		
Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte in Hessen. Weitere Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998. Von <i>Heinz-Kurt Rompel</i>	1	11
Ausgaben der Haushalte für den privaten Verbrauch. Weitere Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998. Von <i>Heinz-Kurt Rompel</i>	2	30
Struktur und Entwicklung der Haushalte und Familien 1980 bis 2000. Von <i>Siegfried Than</i>	9	311
Testerhebungen für einen registergestützten Zensus. Von <i>Heinz-Kurt Rompel</i>	10	322
Geldvermögen privater Haushalte in Hessen. Weitere Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998. Von <i>Heinz-Kurt Rompel</i>	11	362
 Gesundheitswesen		
Pflegeeinrichtungen und Empfänger von Pflegeleistungen Ende 1999. Von <i>Siegfried Than</i>	7	230
 Bildung und Kultur		
Studium an hessischen Hochschulen seit 1992. Anstieg in Informatik, deutlicher Rück- gang in Naturwissenschaften und Ingenieurwissenschaften. Von <i>Andreas Büdinger</i>	3	79
Sportanlagen in Hessen Mitte 2000. Von <i>Heinz-Kurt Rompel</i>	6	193
 Rechtspflege		
Die Straffälligkeit Jugendlicher in Hessen. Von <i>Diana Schmidt-Wahl</i>	2	37
 Wahlen		
Die Kommunalwahlen in Hessen am 18. März 2001. Von <i>Diana Schmidt-Wahl</i>	6	186
Die Kommunalwahlen in Hessen am 18. März 2001 - Gemeindewahl. Von <i>Diana Schmidt-Wahl</i>	9	304
Kumuliert und panaschiert. Ergebnisse der Repräsentativstatistik zu den Kommunalwahlen 2001. Von <i>Gerhard Simon</i>	10	331
 Erwerbstätigkeit		
Berufspendler in Hessen. Von <i>Wolfgang Emmel</i>	1	2

	Heft	Seite
Land- und Forstwirtschaft		
Steigende Anzahl schlachtreifer Rindviehbestände. Von <i>Jörg Führer</i>	2	47
Viehhaltung in Hessen 1999. Von <i>Jörg Führer</i>	3	85
Gartenbauerhebung 2005. Von <i>Carsten Beck</i>	6	200
Gemüseanbau in Hessen 2000. Von <i>Jörg Führer</i>	7	237
Erste Ergebnisse der Agrarstrukturhebung in Hessen 2001. Von <i>Jörg Führer</i>	8	271
Ökologischer Landbau in Hessen 1999. Von <i>Jörg Führer</i>	10	346
Unternehmen und Arbeitsstätten		
Wirtschaftssystematische Zuordnungen im Unternehmensregister. Von <i>Berthold Müller</i>	3	69
Das Unternehmensregister als Erhebungsersatz. Von <i>Berthold Müller</i>	7	224
Bauwirtschaft		
Neukonzeption des Aufbereitungsverfahrens der Bautätigkeitsstatistik. Von <i>Arthur Hesseler</i>	2	42
Verarbeitendes Gewerbe		
Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe 1999. Von <i>Peter Kammerer</i>	1	7
Beschäftigtenentwicklung im Verarbeitenden Gewerbe 1995 bis 2000. Von <i>Manfred Frosch</i>	8	250
Umsatzentwicklung im hessischen Verarbeitenden Gewerbe 1995 bis 2000. Von <i>Manfred Frosch</i>	9	307
Löhne und Gehälter im Verarbeitenden Gewerbe 1995 bis 2000. Von <i>Manfred Frosch</i>	11	367
Betriebs- und Beschäftigtenentwicklung im Verarbeitenden Gewerbe 1995 bis 2000 in den Verwaltungsbezirken. Von <i>Manfred Frosch</i>	12	390
Energiewirtschaft		
Öffentliche Stromversorgung in Hessen 2000. Von <i>Manfred Frosch</i>	6	204
Handel und Gastgewerbe, Fremdenverkehr, Dienstleistungen		
Dienstleistungsbereich: Eine Datenlücke wird geschlossen. Von <i>Jutta Loidl-Stuppi</i>	8	254
Versorgung und Verbrauch, Einkommen		
Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte in Hessen. Weitere Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998. Von <i>Heinz-Kurt Rompel</i>	1	11
Ausgaben der Haushalte für den privaten Verbrauch. Weitere Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998. Von <i>Heinz-Kurt Rompel</i>	2	30
Neuaufgabe einer Zeitbudgeterhebung 2001/02. Von <i>Heinz-Kurt Rompel</i>	3	91
Geldvermögen privater Haushalte in Hessen. Weitere Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998. Von <i>Heinz-Kurt Rompel</i>	11	362
Preise		
Entwicklung der Bauleistungspreise 2000. Von <i>Theo Hefner</i>	5	169
Löhne und Gehälter		
Nur geringer Verdienstanstieg bei Gesellen und Arbeitern im Handwerk. Von <i>Theo Hefner</i>	1	18
Sozialleistungen		
Hessen durch Sozialhilfe und Asylbewerber-Leistungen überdurchschnittlich belastet. Von <i>Heinz-Kurt Rompel</i>	3	95
8 % der Einwohner Hessens schwerbehindert. Quote etwas unter dem Bundesdurchschnitt. Von <i>Heinz-Kurt Rompel</i>	3	97

	Heft	Seite
Ausgaben für Sozialhilfe und Asylbewerber in Hessen 2000. Von <i>Heinz-Kurt Rompel</i>	7	218
Sozialhilfeempfänger in Hessen Ende 2000. Von <i>Heinz-Kurt Rompel</i>	10	337
Erziehungsberatung in Hessen 2000. Von <i>Siegfried Than</i>	11	370
Weiterhin überdurchschnittliche Sozialhilfelaast in Hessen. Von <i>Heinz-Kurt Rompel</i>	12	395
Ausgaben für Kinder- und Jugendhilfe in Hessen 2000. Von <i>Heinz-Kurt Rompel</i>	12	398

Öffentliche Finanzen

Kommunal финанzen — auf dem Weg aus der Schuldenfalle? Von <i>Günter Rapior</i>	4	136
---	---	-----

Umwelt

Lokale Agenda 21 — Datenbank zu Nachhaltigkeits-Indikatoren für Kommunen auf CD-ROM. Von <i>Stefan Wilhelmy</i>	2	49
--	---	----

B. Daten zur Wirtschaftslage

Heft 2, 5, 8 und 11, Seite 50 ff., 172 ff., 275 ff., 375 ff.

C. Hessischer Zahlenspiegel

Heft 1 bis 12, Seite 22 ff., 58 ff., 103 ff., 151 ff., 178 ff., 210 ff., 242 ff., 282 ff., 315 ff.,
354 ff., 383 ff., 403 ff.

D. Hessischer Umwelt-Monitor

Den Heften 1, 7 und 10 ist der "Hessische Umwelt-Monitor" des Hessischen Landesamtes für
Umwelt und Geologie als Supplement beigeheftet.

E. Beiheft

Dem Heft 12 ist das Beiheft "Konjunkturprognose Hessen 2002" beigelegt.

STAAT UND WIRTSCHAFT IN HESSEN · 56. JAHRGANG · 2001

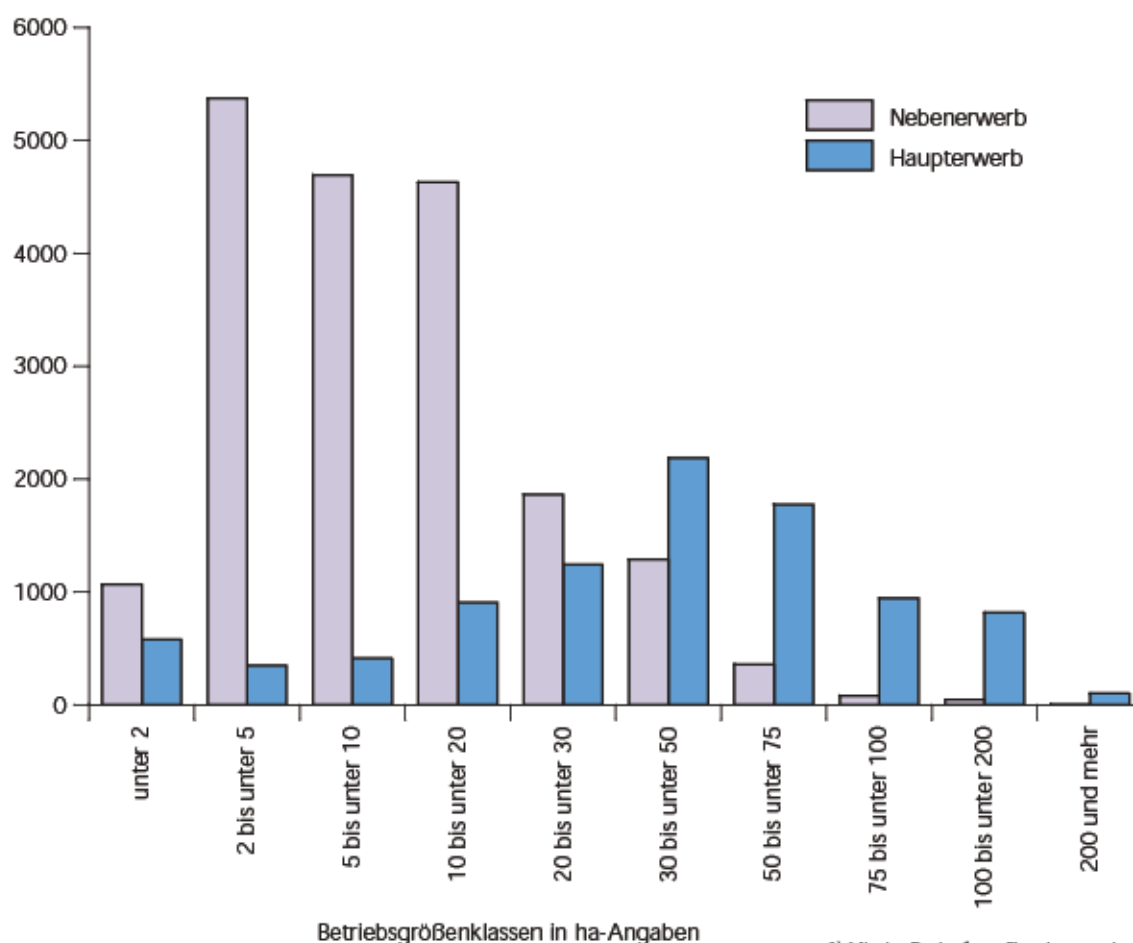
International Standard Serial Number (ISSN) 0344 — 5550 (Print); 1616 — 9867 (Digital)

Herausgeber: Hessisches Statistisches Landesamt, Rheinstraße 35/37, 65185 Wiesbaden, Telefon: 0611/3802-0

Schriftleitung: Siegfried Bayer, Telefon: 0611/3802-804, Telefax: 0611/3802-890

Gesamtherstellung: Hessisches Statistisches Landesamt

Anzahl von landwirtschaftlichen Haupt- und Nebenerwerbsbetrieben¹⁾ in Hessen 1999
nach Betriebsgrößenklassen



HSL 4/01

1) Mit der Rechtsform Einzelunternehmen.
Datengrundlage: Landwirtschaftszählung 1999

Berufspendler in Hessen

Für die Struktur- und Regionalpolitik sind Daten über Pendler von grundlegender Bedeutung. Durch den mittlerweile hohen Motorisierungsgrad und der damit verbundenen hohen Mobilität liegen in weiten Teilen Deutschlands großräumige Strukturen vor. Diese Mobilität, oft bedingt durch eine Verknappung und Verteuerung von Wohnbauland, das räumliche Auseinanderklaffen von Arbeitskräfteangebot und Arbeitskräftenachfrage sowie einem von Strukturveränderungen erzwungenen Arbeitsplatzwechsel, führt zunehmend zu großen räumlichen Entfernungen zwischen Arbeits- und Wohnort. Die Analyse von Pendlerdaten ermöglicht zum einen Rückschlüsse auf die Bedeutung einer Stadt als Arbeits- und Wohnort. Sie liefert auch die notwendigen Grundlagen, um eine gestaltende Verkehrspolitik zu betreiben, die zunehmend wichtiger wird.

Bisher lagen keine aktuellen, regional tief gegliederten Pendlerdaten vor. Letztmalig wurden im Rahmen der Volkszählung 1987 (VZ 87) umfassende Angaben über die Pendler erhoben. Diese Daten sind inzwischen veraltet und stellen das heutige Pendlerverhalten nicht mehr ausreichend dar.

Aktuellere Daten liefert die Statistik der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer¹⁾. Diese enthält neben Angaben zum Arbeitsort der Arbeitnehmer seit 1996 auch den Nachweis des Wohnortes, sodass nun ermittelt werden kann, ob die Beschäftigten in ihrem Wohnort ihre Arbeitsstelle haben oder ob sie in eine andere Gemeinde pendeln, um ihren Arbeitsplatz zu erreichen. Zu dem sozialversicherungspflichtigen Personenkreis gehören Arbeiter, Angestellte und Auszubildende. Nicht erfasst werden Beamte, Richter, Soldaten, Selbstständige einschl. der mithelfenden Familienangehörigen, geringfügig Beschäftigte sowie Schüler und Studenten. Dies bedeutet, dass insbesondere in den Regionen, wo überdurchschnittlich viele Beschäftigte ohne Sozialversicherung vertreten sind, von einer Untererfassung der Pendler auszugehen ist. Die Beschäftigtenstatistik ist aber zurzeit die einzige Datenquelle für regionale Pendleruntersuchungen. Ihr Vorteil liegt in ihrer Kontinuität und Zeitnähe. Im Folgenden wurden die neuesten derzeit vorliegenden Stichtagswerte zum 31. Dezember 1999 ausgewertet.

Mehr als ein Drittel waren „innergemeindliche“ Pendler

Rund 775 000 der 2,15 Mill. in Hessen zum Jahresende 1999 sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer hatten ihren Arbeitsplatz an ihrem Wohnort. Vergleicht man diese Zahl mit den Ergebnissen der Volkszählungen 1970 bzw. 1987, so zeigt sich, wie sehr sich die Mobilität der Berufspendler erhöht hat. Danach hat sich der Anteil der so genannten „Innergemeindlichen“ Pendler von 57 %²⁾ (Volks-

zählung 1970) über 51 % (Volkszählung 1987) auf jetzt 36 % verringert. Die Gründe, warum immer weniger Leute an ihrem Arbeitsort wohnen, sind vielschichtig. Häufig werden Pendlerbewegungen durch ein Ungleichgewicht am Arbeitsmarkt und/oder Wohnungsmarkt bestimmt. Der Pendlerstrom über die Gemeindegrenze nimmt zum Beispiel zu, wenn die Nachfrage nach Arbeitskräften das örtlich verfügbare Potenzial übertrifft oder im Hinblick auf die berufliche Qualifikation nicht übereinstimmt. Es ist auch möglich, dass das vorhandene Wohnungsangebot quantitativ oder qualitativ nicht der Nachfrage entspricht. Zusätzlich können private Gründe eine Rolle spielen, wenn beispielsweise das Wohnumfeld am Arbeitsort nicht gefällt und das Wohnen auf dem Lande (Trend zum Eigenheim) bevorzugt wird.

Regional betrachtet hatte natürlich die bevölkerungsreichste und wirtschaftlich bedeutendste Stadt Hessens, nämlich Frankfurt am Main, die meisten innergemeindlichen Pendler. Mit mehr als einem Fünftel stellte sie in dieser Pendlergruppe den größten Anteil am Landesergebnis. Mit deutlichem Abstand folgten die kreisfreie Stadt Wiesbaden (59 300 Personen oder 7,7 %) bzw. der Main-Kinzig-Kreis (39 600 Personen oder 5,1 %). Am Ende der Skala befanden sich der Rheingau-Taunus-Kreis, der Werra-Meißner-Kreis (jeweils 14 000 oder 1,8 %) sowie der strukturschwache Odenwaldkreis mit 10 000 Personen oder 1,3 %.

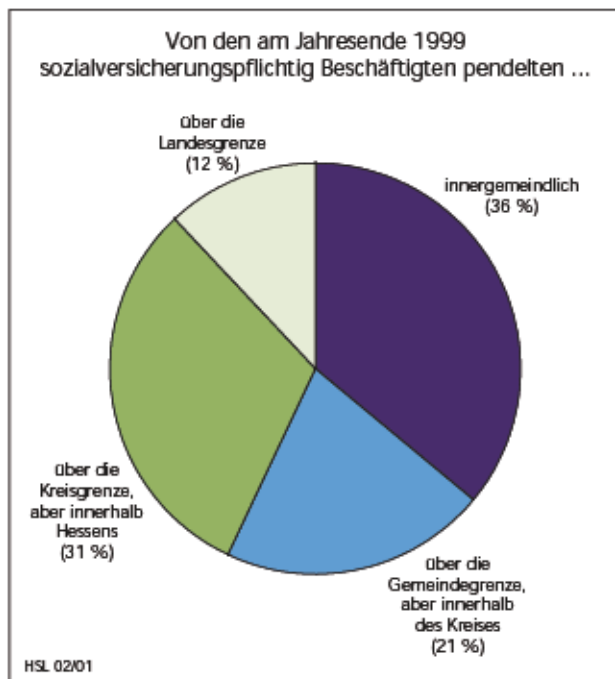
Bezieht man die innergemeindlichen Pendler auf die in der jeweiligen Region sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort, so ergibt sich ein ganz anderes Bild. Danach hatte im Vogelsbergkreis, in der Landeshauptstadt Wiesbaden sowie im Landkreis Waldeck-Frankenberg fast jeder zweite Beschäftigte seinen Arbeitsplatz in seiner Wohngemeinde. Die Stadt Frankfurt am Main, der Landkreis Hersfeld-Rotenburg sowie der Rheingau-Taunus-Kreis lagen knapp über dem Landesdurchschnitt von 36 %. Am unteren Ende der Rangfolge lagen die Landkreise Offenbach, Groß-Gerau und der Hochtaunuskreis mit jeweils 28 %. Im Main-Taunus-Kreis hatten nur 19 % der Beschäftigten ihren Arbeitsplatz in der Wohnsitzgemeinde.

1) Arbeitnehmer einschl. der zu ihrer Berufsausbildung Beschäftigten, die gegenüber der Bundesanstalt für Arbeit krankenversicherungs-, rentenversicherungs- und/oder beitragspflichtig sind.

2) Wegen der Gebietsreform in den Siebzigerjahren nur bedingt vergleichbar. Die Zahl der Gemeinden verringerte sich seit 1970 durch Zusammenlegungen und Eingemeindungen um über 2200 auf 426. Die aus den jeweiligen Volkszählungen verwendeten Zahlen errechneten sich wie folgt: Erwerbstätige insgesamt minus Selbstständige/Mithelfende Familienangehörige und Beamte.

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer am 31. Dezember 1999 nach der Pendlereigenschaft

Landkreis, Kreisfreie Stadt (St.)	Am Arbeitsort						Am Wohnort				Pendler- saldo (Sp. 5 + Sp. 6) minus (Sp. 9 + Sp. 10)
	insgesamt	davon				Einpender- quote (Sp. 5 + Sp. 6)/Sp. 2 (%)	insgesamt	darunter Auspendler		Auspendler- quote (Sp. 9 + Sp. 10)/Sp. 8 (%)	
		pendelten		Einpender				über die Kreisgrenze, aber innerhalb Hessens	über die Landes- grenze		
		inner- gemeindlich	über die Gemeinde- grenze, aber im Kreis	übe die Kreisgrenze aber innerhalb Hessens	über die Landesgrenze						
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Darmstadt, St.	86 853	28 111	-	49 662	9 080	68	47 307	16 237	2 959	41	39 546
Frankfurt am Main, St.	468 577	171 735	-	229 098	67 744	63	227 207	44 728	10 744	24	241 370
Offenbach am Main, St.	46 421	16 693	-	25 560	4 168	64	39 671	21 242	1 736	58	6 750
Wiesbaden, St.	120 353	59 299	-	34 953	26 101	51	91 728	21 109	11 320	35	28 625
Bergstraße	61 699	25 117	18 397	4 562	13 623	29	89 010	12 660	32 836	51	- 27 311
Darmstadt-Dieburg	60 516	20 101	17 822	17 180	5 413	37	99 722	55 091	6 708	62	- 39 206
Groß-Gerau	92 230	26 160	21 988	25 737	18 345	48	94 359	38 535	7 676	49	- 2 129
Hochtaunuskreis	71 842	19 790	17 499	25 858	8 695	48	78 162	37 003	3 870	52	- 6 320
Main-Kinzig-Kreis	111 831	39 580	43 732	17 259	11 260	26	141 060	48 953	8 795	41	- 29 229
Main-Taunus-Kreis	81 358	15 198	13 918	37 100	15 142	64	82 697	48 485	5 096	65	- 1 339
Odenwaldkreis	24 947	10 014	11 122	2 262	1 549	15	33 100	8 610	3 354	36	- 8 153
Offenbach	105 690	30 259	26 294	34 086	15 051	46	122 833	59 247	7 033	54	- 17 143
Rheingau-Taunus-Kreis	38 835	14 023	11 590	6 810	6 412	34	63 132	31 925	5 594	59	- 24 297
Wetteraukreis	72 653	24 797	24 477	19 858	3 521	32	99 756	46 489	3 993	51	- 27 103
Reg.-Bez. D a r m s t a d t	1 443 805	500 877	206 839	529 985	206 104	51	1 309 744	490 314	111 714	46	134 061
Gießen	84 671	26 235	34 142	20 297	3 997	29	83 021	19 361	3 283	27	1 650
Lahn-Dill-Kreis	81 550	31 316	34 847	10 249	5 138	19	86 489	15 569	4 757	24	- 4 939
Limburg-Weilburg	43 404	14 431	17 138	3 588	8 247	27	55 360	18 516	5 275	43	- 11 956
Marburg-Biedenkopf	75 637	32 534	31 250	8 702	3 151	16	80 737	13 508	3 445	21	- 5 100
Vogelsbergkreis	29 036	14 319	9 319	4 711	687	19	37 492	12 628	1 226	37	- 8 456
Reg.-Bez. G i e ß e n	314 298	118 835	126 696	47 547	21 220	22	343 099	79 582	17 986	28	- 28 801
Kassel, St.	92 295	38 295	-	46 464	7 536	59	55 315	13 218	3 802	31	36 980
Fulda	71 711	24 697	32 922	5 900	8 192	20	68 640	7 854	3 167	16	3 071
Hersfeld-Rotenburg	39 591	14 801	15 491	4 467	4 832	23	39 421	6 154	2 975	23	170
Kassel	60 828	19 324	16 927	20 648	3 929	40	79 668	36 806	6 611	54	- 18 840
Schwalm-Eder-Kreis	44 739	19 132	17 384	6 727	1 496	18	60 813	21 877	2 420	40	- 16 074
Waldeck-Frankenberg	53 640	25 241	20 065	4 584	3 750	16	55 163	5 816	4 041	18	- 1 523
Werra-Meißner-Kreis	30 585	13 479	9 953	2 234	4 919	23	33 912	6 935	3 545	31	- 3 327
Reg.-Bez. K a s s e l	393 389	154 969	112 742	91 024	34 654	32	392 932	98 660	26 561	32	457
Hessen i n s g e s a m t	2 151 492	774 681	446 277	668 556	261 978	43	2 045 775	668 556	156 261	40	105 717



Zwei von drei Beschäftigten führen über die Gemeindegrenze

Fast 1,4 Mill. sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer oder nahezu 64 % (bezogen auf die Beschäftigten am Arbeitsort) pendelten über die Gemeindegrenze. Gegenüber den Volkszählungen 1970 und 1987 haben sich diese Anteile stark erhöht (VZ 1970: 43 %; VZ 1987: 49 %). Die Gründe hierfür dürften im Wesentlichen die gleichen sein, die bereits oben erwähnt wurden. Hinzu kommt, dass offensichtlich die Notwendigkeit und die Bereitschaft, aus Erwerbsgründen weitere Wege zurückzulegen, gestiegen sind. Auch die hohe individuelle Mobilität und der Ausbau moderner Verkehrssysteme dürften zu dieser Entwicklung beigetragen haben. Hier macht sich ebenfalls bemerkbar, dass in den letzten Jahren viele Unternehmen ihren Firmensitz auf Grund von Standortvorteilen (z. B. bessere Verkehrsanbindung, geringere Grundstückskosten, flächenhafte Expansionsmöglichkeiten, regionale Wirtschaftsförderprogramme) in andere Regionen verlegt haben.

Ein Fünftel pendelte über die Gemeindegrenze, aber innerhalb des Kreises

Analysiert man das Pendlerverhalten von Personen, die zwar über die Gemeindegrenze, aber innerhalb des Kreises pendelten (Angaben über die kreisfreien Städte liegen hier nicht vor), so entfielen auf den flächenmäßig großen Main-Kinzig-Kreis fast 10 % oder rund 44 000 Beschäftigte mit dieser Pendlereigenschaft. An zweiter und dritter Stelle folgten der Lahn-Dill-Kreis und der Landkreis Gießen mit rund 34 000 Personen oder jeweils knapp 8 %. Das untere Ende mit jeweils weniger als 10 000 Personen bildeten der Werra-Meißner-Kreis und der Vogelsbergkreis. Bezieht man auch hier

wieder die Pendler auf die Beschäftigten am Arbeitsort je Kreis insgesamt, so pendelten in den Landkreisen Fulda und Odenwald fast die Hälfte der Arbeitnehmer innerhalb des Kreisgebietes. Weit abgeschlagen mit 17 % landete der kleinflächige Main-Taunus-Kreis auf dem letzten Platz. Insgesamt gab es 446 000 Personen (gut 20 % bezogen auf die Beschäftigten am Arbeitsort), die über die Gemeindegrenze, aber innerhalb des Kreises pendelten.

Die „Innergemeindlichen“ Pendler und die Pendler innerhalb des Kreisgebietes kann man zur so genannten „*Nahpendlergruppe*“ zusammenfassen. Danach hatten landesweit fast 57 %, bezogen auf die Gesamtzahl der Beschäftigten am Arbeitsort, ihre Arbeitsstelle innerhalb der Wohngemeinde oder innerhalb des Kreisgebietes. Allerdings zeigte sich hier ein starkes Stadt-/Landgefälle. In den kreisfreien Städten war der Anteil der ortsansässigen Beschäftigten an der jeweiligen Gesamtbeschäftigtenzahl besonders gering. Daran zeigt sich, dass ein großer Einpendlerbedarf zur Aufrechterhaltung des Gesamtbeschäftigungsniveaus bestand.

Während dieser Anteil bei den kreisfreien Städten zwischen 32 % (Darmstadt) und 49 % (Landeshauptstadt Wiesbaden) schwankte und somit unter dem Landesdurchschnitt lag, betrug dieser Anteil bei den Landkreisen zwischen 52 % (Hochtaunuskreis) und fast 85 % (Odenwaldkreis). Eine Ausnahmestellung innerhalb der Landkreise bildete der Main-Taunus-Kreis mit knapp 36 %.

Drei von zehn Beschäftigten pendelten über die Kreisgrenze

Nach den „Innergemeindlichen“ Pendlern bildeten die Personen, die über die Kreisgrenze innerhalb Hessens pendelten, die zweitgrößte Gruppe. Insgesamt umfasste diese Gruppe 669 000 Personen oder 31 % der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer am Arbeitsort. Differenziert man diese Zahl nach Ein- und Auspendlern, so ergab sich für Hessen folgendes Bild:

Die Rangfolge der wichtigsten Pendlerzielorte führte die Stadt Frankfurt am Main unangefochten an. Mit über 229 000 *Einpendlern* nahm sie 34 % aller innerhessischen „Kreispender“ auf. Mit deutlichem Abstand folgten die Städte Darmstadt (50 000) und Kassel (46 500). Auf den Plätzen vier und fünf lagen der Main-Taunus-Kreis (37 100) sowie die Stadt Wiesbaden (35 000). Das Schlusslicht bildeten der Landkreis Limburg-Weilburg (3600), der Odenwaldkreis sowie der Werra-Meißner-Kreis (jeweils 2300).

Diese Reihenfolge verändert sich, wenn man die Einpendler über die Kreisgrenze, aber innerhalb Hessens, auf die Beschäftigten (am Arbeitsort) bezieht (Einpendlerquote). Danach pendelten von 100 Beschäftigten (am Arbeitsort) jeweils mehr als die Hälfte in die kreisfreien Städte Darmstadt (57) und Offenbach am Main (55). In den Städten Kassel und

Von den 2,15 Mill. am Jahresende 1999 in Hessen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten wohnten ... in folgenden Bundesländern¹⁾:



HSL 01/01

1) Wohnort im Ausland bzw. unbekannt: 1973.

Frankfurt am Main gehörte jeder zweite Beschäftigte am Arbeitsort zu dieser Einpendlergruppe. Weniger als 10 % innerhessische „Kreiseinpendler“ hatten der Landkreis Bergstraße und der Werra-Meißner-Kreis (7 %), die Landkreise Fulda bzw. Limburg-Weilburg (8 %) sowie der Odenwaldkreis und der Landkreis Waldeck-Frankenberg (9 %) zu verzeichnen.

Rund 80 % der Einpendler hatten den Regierungsbezirk Darmstadt, und dort vor allem das Rhein-Main-Gebiet, als Zielgebiet. Die Schwerpunktfunction dieser Region für die hessische Wirtschaft wird dadurch noch untermauert, dass die Konzentration der Pendelbewegung auf den südhessischen Raum deutlich stärker ausfiel, als es den Beschäftigtenanteilen entsprach (67 %). Im Regierungsbezirk Kassel pendelten 14 % über die Kreisgrenze (Beschäftigtenanteil 18 %), im Regierungsbezirk Gießen waren es lediglich 7 % (Beschäftigtenanteil 15 %), wovon fast die Hälfte auf die Stadt Gießen entfiel.

Während bei den Einpendlern die Stadt Frankfurt am Main mit deutlichem Abstand die größte Zielgemeinde Hessens darstellte, lag bei den *Auspendlern* über die Kreisgrenze, aber innerhalb Hessens, der Landkreis Offenbach mit 59 000 Personen an der Spitze. Ihm folgten der Landkreis Darmstadt-Dieburg mit 55 000 Personen sowie der Main-Kinzig-Kreis und der Main-Taunus-Kreis (jeweils 48 000 Auspendler). Die Stadt Frankfurt belegte mit fast 45 000 Auspendlern hinter dem Wetteraukreis (46 000) nur den sechsten Platz.

Setzt man die innerhessischen „Kreisauspendler“ in Relation zu den sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmern am Wohnort (Auspendlerquote), dann hatte der Main-Taunus-Kreis mit fast 59 % die höchste Auspendlerquote. Auf den Plätzen zwei und drei folgten der Landkreis Darmstadt-Dieburg (55 %) und die kreisfreie Stadt Offenbach am Main (54 %). Mit 51 % belegte der Rheingau-Taunus-Kreis den vierten Platz. Die niedrigsten Quoten wiesen mit jeweils 11 % die Landkreise Waldeck-Frankenberg und Fulda aus.

106 000 mehr Ein- als Auspendler

Zum Jahresende 1999 arbeiteten in Hessen 2,15 Mill. sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer. Davon waren rund 262 000 Einpendler nach Hessen. Gleichzeitig arbeiteten gut 156 000 Beschäftigte außerhalb Hessens. Somit ergab sich für Hessen ein positiver Pendlersaldo von 106 000 Personen.

Knapp 90 % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten hatten sowohl ihren Arbeitsplatz als auch ihren Wohnsitz in Hessen. Die 262 000 Einpendler kamen vor allem aus den angrenzenden Bundesländern. 78 500 Beschäftigte oder knapp 30 % kamen aus Rheinland-Pfalz nach Hessen, ge-

folgt von Bayern (43 200) und Nordrhein-Westfalen (37 600). Aus Baden-Württemberg kamen rund 31 000 Beschäftigte, aus Thüringen 22 600 und aus Niedersachsen 16 300. Knapp 79 % der 262 000 nach Hessen einpendelnden sozialversicherungspflichtig Beschäftigten arbeiteten im Regierungsbezirk Darmstadt, und zwar in den kreisfreien Städten Frankfurt (26 %) und Wiesbaden (10 %), im Landkreis Groß-Gerau (7 %) sowie in den Landkreisen Offenbach, Bergstraße, Main-Taunus-Kreis und Main-Kinzig-Kreis (jeweils ca. 5 %).

Von den gut 156 000 Auspendlern über die Landesgrenze arbeiteten 43 400 Personen oder fast 28 % in Baden-Württemberg, vorwiegend in den Stadtkreisen Mannheim und Heidelberg sowie im Rhein-Neckar-Kreis. 90 % der nach Baden-Württemberg auspendelnden Beschäftigten hatten ihren Wohnsitz in Südhessen, vorwiegend im Landkreis Bergstraße. Da gleichzeitig 31 000 Baden-Württemberger in Hessen zur Arbeit gingen, ergab sich aus hessischer Sicht mit Baden-Württemberg als einzigem Bundesland ein negativer Pendlersaldo in Höhe von 12 400 Personen. Weiterhin gingen rund 33 000 Hessen in Rheinland-Pfalz einer Tätigkeit nach (vorwiegend in Mainz, Ludwigshafen, Rhein-Lahn-Kreis und Worms). Die hessischen Berufsauspendler hatten ihren Wohnsitz überwiegend in der Landeshauptstadt Wiesbaden (8035), in den Landkreisen Groß-Gerau (4400), Bergstraße (3800), Limburg-Weilburg und im Rheingau-Taunus-Kreis (jeweils ca. 3400). Da aber deutlich mehr Rheinland-Pfälzer in Hessen arbeiteten als umgekehrt, errechnete sich mit diesem Bundesland der höchste positive Pendlersaldo (45 400 Personen). 28 200 Personen pendelten nach Nordrhein-Westfalen (Köln, Siegen-Wittgenstein, Düsseldorf, Hochsauerlandkreis und Bonn), 24 800 Beschäftigte nach Bayern (Aschaffenburg Stadt und Landkreis, Miltenberg). Nach Niedersachsen zog es 10 600 Pendler (Göttingen, Hannover Stadt und Landkreis). Über 6 % der hessischen Auspendler arbeiteten in den neuen Bundesländern.

Kreisfreie Städte haben einen positiven Pendlersaldo

Vergleicht man die Einpendler- (über die Kreis- und über die Landesgrenze) mit den entsprechenden Auspendlerzahlen, so ergibt sich für alle kreisfreien Städte ein positiver Pendlersaldo. Den höchsten positiven Überschuss wies die Stadt Frankfurt am Main mit 241 000 Personen aus. Es folgten die Städte Darmstadt (39 500) und Kassel (37 000). Wiesbaden belegte vor der Stadt Offenbach innerhalb der kreisfreien Städte den vorletzten Platz. Die höchsten negativen Pendlersalden hatten der Landkreis Darmstadt-Dieburg (- 39 000), gefolgt vom Main-Kinzig-Kreis (- 29 000), dem Wetteraukreis (- 27 000) sowie dem Rheingau-Taunus-Kreis (- 24 000). Annähernd ausgeglichene Pendlerbilanzen konnten die Landkreise Hersfeld-Rotenburg, Gießen und der Main-Taunus-Kreis sowie der Kreis Groß-Gerau ausweisen. □

Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe 1999

Investitionen sind wichtig, da sie die Basis für Wirtschaftswachstum und Wohlstand sind. Angaben über Investitionen des Verarbeitenden Gewerbes, das ein Fünftel der Wertschöpfung der Gesamtwirtschaft erbringt, werden jährlich bei den Betrieben erfragt. Nachdem die Investitionen 1998 bereits um 9,9 % zunahmen, erhöhten sie sich 1999 nochmals um 3,3 %. Der Anteil der Investitionen in Bauten und Grundstücke lag 1999 nur noch bei 12,5 %, während er in früheren Jahren deutlich höher war. Von den größten Branchen erzielte 1999 der Kraftwagensektor eine Investitionszunahme von 48,5 % auf 1,2 Mrd. DM, während die Chemische Industrie einen Rückgang von 20,9 % auf 1,3 Mrd. DM verzeichnete. Der Wert der gemieteten Sachinvestitionen des hessischen Verarbeitenden Gewerbes ging 1999 um 3,0 % auf 810 Mill. DM zurück.

Investitionen spielen eine eminent wichtige Rolle für die Zukunft der Wirtschaft eines Landes. Ein größerer und qualitativ besserer Kapitalstock ermöglicht — entsprechende Nachfrage vorausgesetzt — Wirtschaftswachstum und zunehmenden Wohlstand. Es werden verschiedene Investitionsarten unterschieden. Von den Bruttoinvestitionen — auf diese wird im folgenden Text ausschließlich eingegangen — müssen die Abschreibungen, d. h. die Wertminderung des Kapitalvermögens, abgezogen werden. Investitionen, die dem Erhalt des Kapitalvermögens dienen, werden Ersatzinvestitionen genannt. Es ist allerdings wegen des technischen Fortschritts davon auszugehen, dass auch die Ersatzinvestitionen schon zu einem qualitativ besseren Kapitalstock führen. Die Nettoinvestitionen (Bruttoinvestitionen minus Abschreibungen) können entweder dem Ziel eines größeren Outputs dienen (Erweiterungsinvestition) oder als Rationalisierungsinvestition den gleichen Output kostengünstiger erstellen.

Im Verarbeitenden Gewerbe (im Folgenden immer einschl. Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) werden einmal im Jahr die Investitionen bei Betrieben von Unternehmen mit 20 oder mehr tätigen Personen erfragt. Trotz im Rahmen des Strukturwandels zurückgehender relativer Bedeutung erbringt dieser Sektor noch etwa ein Fünftel der Wertschöpfung der Gesamtwirtschaft.

Zu den **Investitionen** gehören alle im Geschäftsjahr aktivierten Bruttozugänge an Sachanlagen, einschl. selbst erstellter Anlagen, im Bau befindlicher Anlagen (soweit aktiviert) und Leasinggüter, die beim Leasingnehmer zu aktivieren sind. Die **Bruttoanlageinvestitionen** umfassen Gebäude und bebaute Grundstücke, unbebaute Grundstücke, Maschinen, maschinelle Anlagen sowie Werkzeuge. Nicht einbezogen sind neben Beteiligungen, Wertpapieren, Konzessionen und dem Erwerb von ganzen Betrieben die Auslandsinvestitionen.

Die Entwicklung der Investitionen des Verarbeitenden Gewerbes in den letzten Jahrzehnten war starken Schwankungen unterworfen. Dabei spielen auch größere Investitionen von Großbetrieben eine Rolle, die auf der Ebene eines Bun-

deslandes zwangsläufig zu stärkeren Ausschlägen führen als bei der Entwicklung auf Bundesebene. Die prozentualen Veränderungsdaten zum Vorjahr schwanken in der Regel stärker bei den Bruttoanlageinvestitionen insgesamt als bei den Investitionen in maschinelle Anlagen. Zu kräftigen Investitionsausweitungen kam es Mitte der Achtzigerjahre und im Anschluss an die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten. Mit einer Bruttoanlageinvestition von fast 9,4 Mrd. DM wurde für Hessen im Jahr 1992 das bisherige Maximum erreicht. In den beiden Folgejahren kam es dagegen rezessionsbedingt zu gewaltigen Einbußen. Die Umstellung der Statistiken seit 1995 auf die europaweit gültige Wirtschaftszweigklassifikation NACE REV. 1 bzw. die davon abgeleitete deutsche WZ 93 lässt keine detaillierten Vergleiche mit den Jahren bis 1994 mehr zu. Immerhin liegt nunmehr schon wieder eine Zeitreihe mit fünf Jahresergebnissen bis einschl. 1999 vor.

Nochmals höhere Investitionen im Jahr 1999

Nachdem es 1996 einen geringen Investitionsrückgang im hessischen Verarbeitenden Gewerbe gegeben hatte, kam es 1997 zu einer deutlichen Einbuße von 15,7 %. Im Folgejahr konnte diese Abnahme durch einen Anstieg von 9,9 % zum Teil wieder ausgeglichen werden. 1999 wurde mit einer Zunahme der Bruttoanlageinvestitionen von 3,3 % auf 6,5 Mrd. DM weiterer Boden gutgemacht. Allerdings ist das Niveau von 1995 mit Investitionen von über 6,8 Mrd. DM noch nicht wieder erreicht worden. Das ist nicht verwunderlich, da es für Erweiterungsinvestitionen kaum Anlass gab. Die Umsätze des Verarbeitenden Gewerbes haben von 1995 bis 1999 nur um 1,4 % auf 153,3 Mrd. DM zugenommen. Nur die Auslandsumsätze — allerdings stagnierten auch diese 1999 im Vorjahresvergleich — haben in diesem Zeitraum um 18,9 % auf 51,4 Mrd. DM zugenommen. Dagegen gab es bei den Inlandsumsätzen eine deutliche Abnahme von 5,6 % auf 101,9 Mrd. DM. Somit standen in den letzten Jahren sicherlich neben den Ersatzinvestitionen die Rationalisierungsinvestitionen im Vordergrund. Die Zahl der Beschäftigten, schon in den Vorjahren rückläufig, hat zwischen 1995

Bruttoanlageinvestitionen in ausgewählten Branchen des Verarbeitenden Gewerbes¹⁾ 1995 bis 1999

Branche	1995	1996	1997	1998	1999
	Mill. DM				
Ernährungsgewerbe	593,5	593,7	528,2	523,4	598,3
Verlags- und Druckgewerbe	274,6	203,9	204,2	390,8	402,7
Chemische Industrie	1 619,9	1 960,2	1 367,2	1 664,2	1 315,6
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	519,6	457,0	582,4	496,6	451,8
Herstellung von Metallerzeugnissen	443,2	434,9	431,0	451,9	501,1
Maschinenbau	507,8	492,2	476,7	533,4	553,9
Herstellung von Kraftwagen und -teilen	1 034,6	984,7	800,3	828,1	1 229,6
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt ¹⁾	6 833,9	6 801,8	5 734,8	6 299,9	6 505,3
davon					
Vorleistungsgüterproduzenten	3 393,8	3 691,8	2 890,9	3 193,1	3 420,8
Investitionsgüterproduzenten	1 926,1	1 704,2	1 376,5	1 311,3	1 460,5
Gebrauchsgüterproduzenten	222,7	189,0	163,5	177,7	201,8
Verbrauchsgüterproduzenten	1 291,4	1 216,9	1 303,9	1 617,7	1 422,1
	Zu- bzw. Abnahme (-) zum Vorjahr in %				
Ernährungsgewerbe	.	0,0	- 11,0	- 0,9	14,3
Verlags- und Druckgewerbe	.	- 25,7	0,1	91,4	3,0
Chemische Industrie	.	21,0	- 30,3	21,7	- 20,9
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	.	- 12,0	27,4	- 14,7	- 9,0
Herstellung von Metallerzeugnissen	.	- 1,9	- 0,9	4,8	10,9
Maschinenbau	.	- 3,1	- 3,1	11,9	3,8
Herstellung von Kraftwagen und -teilen	.	- 4,8	- 18,7	3,5	48,5
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt ¹⁾	.	- 0,5	- 15,7	9,9	3,3
davon					
Vorleistungsgüterproduzenten	.	8,8	- 21,7	10,5	7,1
Investitionsgüterproduzenten	.	- 11,5	- 19,2	- 4,7	11,4
Gebrauchsgüterproduzenten	.	- 15,1	- 13,5	8,7	13,6
Verbrauchsgüterproduzenten	.	- 5,8	7,1	24,1	- 12,1

1) Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden (Industrie und Verarbeitendes Handwerk) und von Unternehmen des Produzierenden Gewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten.

und 1999 im Jahresdurchschnitt um 11,8 % auf 464 700 abgenommen.

Die Bruttoanlageinvestitionen werden in der Unterteilung Gebäude und bebaute Grundstücke, unbebaute Grundstücke und Maschinen, maschinelle Anlagen sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung bei den Betrieben erfasst. Der Anteil der Bauinvestitionen (einschl. Grundstücke) hat zwischen 1995 und 1999 ab-, und dementsprechend haben die Investitionen in Maschinen und maschinelle Anlagen usw. zugenommen. Der Anteil der Bauinvestitionen lag in den Jahren 1970 bis 1975 bei 25–30 % der Gesamtinvestitionen, während er von 1995 bis 1999 nur noch bei 12–18 % lag. Seit 1975 wurde die 20-Prozent-Marke nur noch einmal im Jahr 1992 überschritten. Nicht zufällig markiert der hohe Anteil der Bauinvestitionen im Jahr 1970 auch einen Höchststand der Beschäftigung des Verarbeitenden Gewerbes. Seit der ersten Ölkrise 1973 und dem verstärkten Strukturwandel der Wirtschaft sind im Verarbeitenden Gewerbe die Zeiten anhaltender größerer Wachstumsraten mit trendmäßigem Beschäftigungsanstieg passé. Der Bedeutungsschwund der Bauinvestitionen, die ja typisch für Erweiterungsinvestitionen sind, ist somit nur folgerichtig.

Im Jahr 1999 investierte das hessische Verarbeitende Gewerbe in Maschinen, maschinelle Anlagen usw. 5,7 Mrd. DM, was einem Anteil an den gesamten Investitionen von 88 % entsprach. Gegenüber 1998 war dies ein Anstieg um 3,9 %. Nach Abnahmen von 5,5 und 8,9 % in den Jahren 1996 und 1997

hatte es erstmals 1998 wieder einen Anstieg von 7,3 % gegeben. Wegen der geringeren Häufigkeit und der Größe der Investitionen in Bauten und Grundstücke sind die Ausschläge im Zeitablauf größer. Im Jahr 1999 nahmen die Investitionen in Gebäude und bebaute Grundstücke um 14,2 % auf 670 Mill. DM ab, während die Investitionen in unbebaute Grundstücke um 270 % auf 138 Mill. DM zunahmen.

Trotz eines Investitionsrückgangs von 20,9 % im Jahr 1999 blieb die *Chemische Industrie* mit über 1,3 Mrd. DM die investitionsstärkste Branche. 1996 und 1998 hatte es Zuwachsraten von 21 und 22 % gegeben, 1997 — in diesem Jahr gab es besonders ausgeprägt Umstrukturierungen und Ausgliederungen von Betriebsteilen in den Dienstleistungssektor — nahmen die Investitionen um 30 % ab. Das Investitionsvolumen des Jahres 1999 ist das niedrigste der letzten Jahre. Durch den starken Beschäftigungsrückgang seit 1995 lagen die Investitionen je Beschäftigten im Jahr 1999 mit 19 700 DM noch etwas höher als 1995, allerdings deutlich niedriger als im Jahr 1998, für das ein Wert von 24 750 DM je Beschäftigten erreicht wurde.

Neben der Chemischen Industrie haben 1999 nur noch die *Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen* mehr als 1 Mrd. DM investiert. Begünstigt durch die größere Investition eines Betriebes haben die Bruttoanlageinvestitionen dieser Branche 1999 um knapp 49 % auf über 1,2 Mrd. DM zugenommen. 1997 war mit nur noch 800 Mill. DM ein Tiefpunkt erreicht worden, der im nächsten Jahr um 3,5 % über-

Bruttoanlageinvestitionen und Beschäftigte im Verarbeitenden Gewerbe¹⁾ 1998 und 1999

Wirtschaftszweig Hauptgruppe	Bruttoanlageinvestitionen						Beschäftigte am 30. September		Investitionen je Beschäftigten	
	insgesamt			davon (1999) entfielen auf			1998	1999	1998	1999
	1998	1999	Zu- bzw. Abn. (-) gegen- über 1998	Gebäude und bebaute Grund- stücke	unbe- baute Grund- stücke	Maschi- nen, masch. Anla- gen ²⁾				
	1000 DM		%	1000 DM					DM	
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	42 561	41 422	- 2,7	2 176	2 059	37 187	1 489	1 577	28 584	26 266
Verarbeitendes Gewerbe	6 257 296	6 463 863	3,3	668 933	136 081	5 658 789	469 510	462 448	13 327	13 977
davon										
Ernährungsgewerbe	523 352	598 327	14,3	47 163	670	550 494	33 417	34 702	15 661	17 242
Textilgewerbe	42 180	58 722	39,2	17 877	2	40 843	6 274	5 895	6 723	9 961
Textilgewerbe	7 309	12 795	75,1	8 185	—	4 609	3 410	3 011	2 143	4 249
Leder- und Textilgewerbe	22 879	17 544	- 23,1	2 741	434	14 368	3 110	2 828	7 337	6 204
Holzgewerbe (ohne Herstellung von Möbeln)	58 141	64 372	10,7	21 288	2 260	40 824	6 345	6 159	9 163	10 452
Papiergewerbe	203 239	114 572	- 43,6	12 972	60	101 539	8 819	8 490	23 046	13 495
Verlags- und Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern	390 823	402 748	3,1	73 614	250	328 813	21 847	21 995	17 889	18 311
Kohle-, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Bräunstoffen	5 312	4 417	- 16,8	72	—	4 346	853	771	6 227	5 729
Chemische Industrie	1 664 246	1 315 598	- 20,9	134 743	39 306	1 141 549	67 252	66 823	24 746	19 688
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	496 554	451 838	- 9,0	32 340	5 655	413 863	36 045	35 581	13 776	12 699
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	157 736	144 165	- 8,6	17 666	3 311	123 187	12 339	11 554	12 784	12 477
Metallerzeugung und -bearbeitung	122 206	179 952	47,3	13 947	5	166 000	12 573	11 713	9 720	15 363
Herstellung von Metallerzeugnissen	451 983	501 106	10,9	63 140	993	436 925	40 981	39 982	11 029	12 533
Maschinenbau	533 428	553 897	3,8	96 219	1 100	456 582	64 866	64 124	8 224	8 638
Herstellung von Büro- und Datenverarbeitungs- geräten und -einrichtungen	15 829	7 101	- 55,1	33	—	7 069	1 404	1 259	11 274	5 640
Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. d.	264 913	288 890	9,1	57 461	2 157	229 272	26 342	26 262	10 057	11 000
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik	67 509	101 745	50,5	3 652	9 104	88 989	9 021	9 273	7 492	10 972
Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik	223 904	221 372	- 1,1	8 577	274	212 556	28 362	26 599	7 895	8 323
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenanteilen	828 096	1 229 592	48,5	42 760	70 498	1 116 334	61 361	60 880	13 495	20 204
Sonstiger Fahrzeugbau	81 778	90 334	10,5	11 185	—	79 149	11 409	11 064	7 168	8 165
Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spielwaren und sonstigen Erzeugnissen	83 381	101 265	21,4	3 291	—	97 974	13 200	13 215	6 317	7 663
Recycling	12 478	3 511	- 71,9	7	—	3 583	280	288	44 564	12 191
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden insgesamt	6 299 857	6 585 286	3,3	671 109	138 140	5 695 976	470 999	464 025	13 376	14 019

1) Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten; einschl. Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden. - 2) Sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung.

troffen worden war. Der Anteil der Ausrüstungsinvestitionen an den Gesamtinvestitionen lag mit 91 % überdurchschnittlich hoch. Wegen des anhaltenden Beschäftigungsrückgangs im hessischen Kraftwagensektor nahmen die Investitionen je Beschäftigten noch stärker als die absoluten Investitionen um fast 50 % auf 20 200 DM zu.

Obwohl das *Ernährungsgewerbe* nach der Beschäftigtenzahl erst die sechgrößte Branche des Verarbeitenden Gewerbes ist, lag es bei den Investitionen mit fast 600 Mill. DM an dritter Stelle. Traditionell handelt es sich um eine kapitalintensive Branche. Nach schwacher Investitionstätigkeit in den Jahren 1996 bis 1998 konnte 1999 erstmals wieder ein Anstieg von 14,3 % erzielt werden. Der Anteil der Ausrüstungsinvestitionen erreichte 92 %; je Beschäftigten wurden 17 240 DM investiert.

Beim *Maschinenbau* handelt es sich um einen Wirtschaftszweig mit — in Relation zur Beschäftigtenzahl — weit unter-

durchschnittlicher Kapitalausstattung. Mit Investitionen von 8640 DM je Beschäftigten hat sich dies auch 1999 bestätigt. Allerdings hat das Investitionsvolumen um 3,8 % auf 550 Mill. DM zugenommen, nachdem bereits 1998 ein Anstieg von 11,9 % erzielt worden war.

Investitionszuwächse verbuchten von den größeren Branchen 1999 noch das Verlags- und Druckgewerbe mit 3,0 % auf 400 Mill. DM sowie die Hersteller von Metallerzeugnissen mit 10,9 % auf 500 Mill. DM. Gegen den allgemeinen Trend mussten die Hersteller von Gummi- und Kunststoffwaren einen Rückgang von 9 % auf 450 Mill. DM verzeichnen.

Mietinvestitionen 1999 rückläufig

Schon seit etlichen Jahren hat das Leasing auch bei den Investitionen an Relevanz gewonnen. Firmen kaufen nicht nur Investitionsgüter (Eigentümerkonzept), sondern nutzen auch Investitionsgüter, die sie leasen oder mieten (Nutzer-

Neu gemietete Sachanlagen in ausgewählten Branchen des Verarbeitenden Gewerbes¹⁾ 1995 bis 1999

Branche	1995	1996	1997	1998	1999
	1000 DM				
Ernährungsgewerbe	116 589	105 802	28 108	60 569	75 022
Verlags- und Druckgewerbe	54 288	66 148	44 005	93 315	153 053
Chemische Industrie	205 306	287 857	140 845	82 778	93 986
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	63 455	60 112	56 496	45 371	47 215
Herstellung von Metallerzeugnissen	76 300	66 594	78 750	97 574	104 542
Maschinenbau	74 462	76 840	78 093	69 833	71 256
Herst. von Kraftwagen und -teilen	63 777	34 283	275 992	155 949	88 527
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt ¹⁾	809 441	857 991	820 351	836 576	811 457
Zu- bzw. Abnahme (-) zum Vorjahr in %					
Ernährungsgewerbe	.	- 9,3	- 73,4	115,5	23,9
Verlags- und Druckgewerbe	.	21,8	- 33,5	112,1	64,0
Chemische Industrie	.	40,2	- 51,1	- 41,2	13,5
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	.	- 5,3	- 6,0	- 19,7	4,1
Herstellung von Metallerzeugnissen	.	- 12,7	18,3	23,9	7,1
Maschinenbau	.	3,2	1,6	- 10,6	2,0
Herst. von Kraftwagen und -teilen	.	- 46,2	705,0	- 43,5	- 43,2
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt ¹⁾	.	6,0	- 4,4	2,0	- 3,0

1) Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden (Industrie und Verarbeitendes Handwerk) und von Unternehmen des Produzierenden Gewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten.

konzept). Statistisch wird bei den Betrieben der „Wert der neu gemieteten und gepachteten neuen Sachanlagen“ erfragt. 1999 haben die hessischen Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes neue Sachanlagen im Wert von insgesamt 810 Mill. DM gemietet, womit der Vorjahreswert um 3 % unterschritten wurde. Die gegensätzliche Entwicklung zu den Kaufinvestitionen erklärt sich vor allem aus der Entwicklung des Kraftwagensektors. Diese Branche hatte bei den Mietinvestitionen einen Rückgang um 43 % auf 89 Mill. DM, während bei den Kaufinvestitionen ein Anstieg von 49 % verbucht worden war. Am stärksten nutzte das Verlags- und Druckgewerbe das Instrument des Leasings/Mietens. Mit 153 Mill. DM wurde das Vorjahresniveau um 64 % übertrof-

fen. Mit 105 Mill. DM steigerten die Hersteller von Metallerzeugnissen ihre Mietinvestitionen um 7,1 %. Bei der Chemischen Industrie wurde eine Zunahme von 13,5 % auf 94 Mill. DM und beim Maschinenbau um 2,0 % auf 71 Mill. DM verzeichnet.

Bei einer Addition von Kauf- und Mietinvestitionen ergibt sich beim Verarbeitenden Gewerbe für 1999 ein Gesamtinvestitionsbetrag von insgesamt 7,3 Mrd. DM; gegenüber dem Vorjahr bedeutete dies ein Plus von 2,5 %. Der Anteil der Mietinvestitionen an den Gesamtinvestitionen lag 1999 bei 11,1 %. In den Jahren seit 1995 bewegte sich dieser Anteil in einem Korridor zwischen 10,6 und 12,5 %. □

Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte in Hessen

Weitere Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998

Zentrale Aufgabe der Einkommens- und Verbrauchsstichproben, die seit 1962 — normalerweise in fünfjährlichem Turnus — in der Bundesrepublik Deutschland durchgeführt werden, ist die Ermittlung der monatlichen Einkommen, Einnahmen und Ausgaben der Haushalte sowie ihrer Aufwendungen für den privaten Verbrauch. Nach den Ergebnissen der Haushaltsaufzeichnungen für das ganze Jahr 1998 hatte das monatliche Bruttoeinkommen eines hessischen Durchschnittshaushalts einen Betrag von gut 7120 DM erreicht. Es lag damit um 740 DM oder knapp 12 % höher als fünf Jahre zuvor; die Zuwachsrate hat sich gegenüber dem vorhergehenden Fünfjahreszeitraum aber mehr als halbiert. Dabei haben die Einkommen aus Transferleistungen mit überdurchschnittlichen Zunahmen gegenüber den Arbeitseinkommen deutlich an Gewicht gewonnen. Da sich die Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung ebenfalls überproportional erhöht haben, sind das Haushaltsnettoeinkommen sowie das gesamte Haushaltsbudget lediglich um jeweils gut 10 % auf 5620 DM bzw. auf rund 9100 DM gestiegen. Davon wurde nahezu unverändert ein Fünftel durch Einnahmen aus Vermögensumwandlung und Kreditaufnahme bestritten. Auf der Ausgabenseite haben sich dagegen die Beträge für die Vermögensbildung kaum erhöht, ganz anders als die Aufwendungen für den privaten Verbrauch. Sie haben mit einem Zuwachs um fast 600 DM oder 16 % annähernd die Hälfte des Gesamtbudgets erreicht, während der Anteil des Ersparten um einen Prozentpunkt auf 8 % gesunken ist. Die Haushaltsgröße zeigte geringere Einflüsse auf die Art der Einkünfte und die Struktur der Ausgaben als die soziale Stellung der Bezugsperson oder insbesondere das Haushaltsnettoeinkommen. Auffallende Unterschiede waren aber auch zwischen allein lebenden Männern und Frauen festzustellen. So war zum Beispiel bei Letzteren der Anteil der Transferzahlungen am Haushaltsbruttoeinkommen mit über 42 % fast so hoch wie derjenige der Einkommen aus unselbstständiger Arbeit, die bei Männern einen Anteil von 56 % erreichten. Bei Haushalten mit nicht erwerbstätiger Bezugsperson machten die Transferzahlungen fast drei Viertel des gesamten Bruttoeinkommens aus. Die Ausgabenanteile des privaten Verbrauchs am Haushaltsbudget schwankten bei den Haushaltsgrößen zwischen etwa 46 und 49 %, bei der Gliederung nach der sozialen Stellung zwischen 38 und 60 % und bei den einzelnen Einkommensklassen sogar zwischen 39 und 71 %. Die „Sonstigen Ausgaben“ hatten bei den jeweiligen Untergliederungen der Haushalte ebenfalls ein recht unterschiedliches Gewicht.

Methodische Vorbemerkungen

Im Rahmen der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte werden in der Bundesrepublik Deutschland seit 1962 — in der Regel im Abstand von fünf Jahren — so genannte Einkommens- und Verbrauchsstichproben (EVS)¹⁾ durchgeführt. Im Zentrum dieser Erhebungen steht, wie schon aus der Bezeichnung hervorgeht, die Ermittlung von Art und Höhe der Einkommen und Einnahmen sowie deren Verwendung, insbesondere für den privaten Verbrauch. Durch die laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR) privater Haushalte werden entsprechende Daten zwar ebenfalls ermittelt, jedoch bis 1998 nur für drei ausgewählte Haushaltstypen und mit einem wesentlich geringeren Stichprobenumfang, so dass sie nicht repräsentativ für die Gesamtbevölkerung sind. Mittelfristig ist eine methodische Angleichung beider Erhebungen geplant, insbesondere durch die Einbeziehung der Haushalte von Selbstständigen in die LWR und eine Vergrößerung des Stichprobenumfangs. Bei der EVS 1998 wurden nach einem Einführungsinterview mit Fragen über die Zu-

sammensetzung der Haushalte, ihre Ausstattung mit langlebigen Gebrauchsgütern²⁾ und ihren Immobilienbesitz³⁾ durch Anschreibungen in Haushaltsbüchern, rotierend über jeweils ein Quartal, monatsweise sämtliche Einnahmen und Ausgaben nach vorgegebenen Gliederungsmerkmalen erhoben. Zusätzlich wurden in den Haushaltsbüchern detaillierte Fragen zum Geldvermögen gestellt, worüber noch in einem der folgenden Hefte dieser Zeitschrift berichtet wird. In einem Monat, der zum Ausgleich saisonaler Schwankungen für die einzelnen Haushalte in einem Rotationsverfahren festgelegt wurde, hatte darüber hinaus etwa jeder vierte teilnehmende Haushalt die Ausgaben für Nahrungs- und Genussmittel mit den jeweiligen Mengenangaben im Einzelnen zu notieren. Wegen der relativ starken Belastung der Haushalte und der zum Teil äußerst sensiblen Fragestellungen hat der Gesetzgeber bei dieser Erhebung generell auf eine Auskunftspflicht verzichtet. Aus diesem Grund wurde für die Auswahl (bei einem durchschnittlichen Auswahlatz von 0,2 %) eine Schichtung der Haushalte vorgenommen, um ein möglichst repräsentatives Abbild der realen Situation zu gewinnen. Schichtungsmerkmale waren — auf der Basis der Mikrozensus-Ergebnisse — Haushaltsgröße und -typ, monatliches Haushaltsnettoeinkommen sowie soziale Stellung der Bezugsperson des Haushalts (definiert als Person mit dem höchsten Nettoeinkommen). Sie wurden auch zur

1) Näheres zu Rechtsgrundlage, Turnus und Methoden der Erhebung siehe „Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998 mit neuem Konzept“, Staat und Wirtschaft in Hessen, 52. Jahrg., Heft 11, November 1997, Seite 294 ff.

2) Vgl. dazu „Langlebige Gebrauchsgüter in den privaten Haushalten“, Staat und Wirtschaft in Hessen, 54. Jahrg., Heft 5, Mai 1999, Seite 152 ff.

3) Vgl. dazu „Immobilienbesitz und Wohnverhältnisse der privaten Haushalte in Hessen im Januar 1998“, Staat und Wirtschaft in Hessen, 54. Jahrg., Heft 7/8, Juli/August 1999, Seite 208 ff.

schichtenspezifischen Hochrechnung der in der EVS ermittelten Werte herangezogen.

Das Erhebungssoll von rund 5500 Haushalten wurde in Hessen allerdings wiederum verfehlt, wenn auch nicht in dem gleichen Ausmaß wie 1993. Zu Beginn beteiligten sich gut 4900 Haushalte, 1000 mehr als fünf Jahre zuvor, von denen aber nur knapp 4200 tatsächlich auch Buch führten⁴⁾. Nicht einbezogen waren von vornherein Personen, die in Einrichtungen untergebracht waren, sowie Haushalte mit einem Monatseinkommen ab 35 000 DM, da für sie wegen zu geringer Besetzung keine repräsentativen Ergebnisse zu erwarten waren. Wie schon erstmals im Jahr 1993 waren wieder Haushalte von Ausländern⁵⁾ beteiligt. Sie sind dementsprechend in den nachgewiesenen Gesamtzahlen enthalten; gesonderte Aussagen für sie können aber wegen der geringen Besetzung — zumindest für das Land Hessen — nicht gemacht werden. Im Übrigen mussten in den Tabellen einige Werte unterdrückt werden, und zwar dann, wenn infolge geringer Fallzahlen bei der Beteiligung der relative Standardfehler bei der Hochrechnung in einer Größenordnung von 20 % oder mehr lag. Bei den in Klammern gesetzten Werten bewegte sich der relative Standardfehler im Bereich zwischen 10 und 20 %, was bedeutet, dass die entsprechenden Daten nur begrenzt aussagefähig sind.

Bruttoeinkommen in fünf Jahren um 12 % gestiegen

Im Jahr 1998 erzielte ein hessischer Durchschnittshaushalt rein rechnerisch ein monatliches **Bruttoeinkommen** von gut 7120 DM; das waren 740 DM oder 12 % mehr als fünf Jahre zuvor. In dem davor liegenden Fünfjahreszeitraum war diese Zuwachsrate mit fast 27 % noch mehr als doppelt so hoch gewesen. Selbstverständlich können diese — wie auch alle anderen — Durchschnittswerte angesichts der Vielzahl von Komponenten, aus denen ein solcher Haushalt zusammengesetzt ist, nicht viel über den Einzelfall aussagen, da bei weitem nicht jeder Haushalt über sämtliche verschiedenen Einnahmearten verfügt, was umgekehrt natürlich auch für das Ausgabeverhalten gilt. Dabei kann sich die im Verlauf von fünf Jahren geänderte Konfiguration eines Durchschnittshaushalts durchaus stärker auf die für ihn relevanten Beträge auswirken als die tatsächliche Entwicklung. Dies wird bei der später folgenden Betrachtung nach verschiedenen Gliederungskriterien von Haushalten noch anschaulicher, obwohl schon die Entwicklung der verschiedenen Einkommensarten innerhalb des Bruttoeinkommens hierzu Hinweise liefert. So sind die Einkommen aus unselbstständiger Arbeit nur um

4 % gestiegen, weil diejenigen der „Zweitverdiener“ leicht rückläufig waren. Ebenfalls zurückgegangen, und zwar sogar um fast 15 %, sind die Einkommen aus selbstständiger Arbeit, teilweise bedingt durch den Rückgang entsprechender Haushalte um etwa 10 000 infolge einer „Pleitewelle“ Mitte der Neunzigerjahre. Demgegenüber basierte der recht kräftige Anstieg der Einnahmen aus Vermögen und Vermietung ausschließlich auf dem erhöhten Mietwert der Eigentümerwohnungen, der hier fiktiv berechnet wird. Die starken Zuwächse der öffentlichen Transferzahlungen beruhen weniger auf einem Anstieg der Rente als vielmehr einer höheren Anzahl von Rentnerhaushalten und einer Verdoppelung der Kindergeldbezüge oder der Erhöhung anderer Sozialleistungen. Auch bei den nichtöffentlichen Transferzahlungen war der Zuwachs nicht so sehr durch die Betriebsrente bestimmt wie durch private Unterhaltszahlungen für die gestiegene Zahl von Alleinerziehenden.

Durch die unterschiedliche Entwicklung der einzelnen Einkommensarten haben sich natürlich ihre Gewichte innerhalb des Bruttoeinkommens verschoben. Die Bezüge aus unselbstständiger Arbeit blieben jedoch mit einem Anteil von knapp 55 %, immerhin 4 Prozentpunkte weniger als 1993, die wichtigste Geldquelle der privaten Haushalte. Fast 2 Prozentpunkte hat außerdem die Bedeutung der Einkünfte aus selbstständiger Arbeit eingebüßt, womit die Erwerbseinkommen zusammen auf einen Anteil von nur noch gut 61 % geschrumpft sind. Dagegen ist der Anteil von Einkommen aus Transferzahlungen von gut einem Fünftel auf ein Viertel gestiegen. Auch die Einnahmen aus Vermögen, zu zwei Dritteln aus dem Mietwert der Eigentümerwohnung bestehend, haben ihren Anteil um gut 2 Prozentpunkte auf über 14 % ausgeweitet.

Sparquote auf unter 13 % gesunken

Unter den Abzügen blieb die steuerliche Belastung eines Durchschnittshaushalts — bei einem moderaten Anstieg des zu zahlenden Betrags um etwas über 8 % auf gut 800 DM — nahezu unverändert bei reichlich 11 %, bezogen auf das Bruttoeinkommen. Überproportional um 26 % nahmen dagegen die Ausgaben für die Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung zu, womit sie auf fast 700 DM kletterten. Hier dürfte die Einführung der Pflegeversicherung⁶⁾ neben der Erhöhung von Beitragssätzen für die Krankenversicherung eine entscheidende Rolle gespielt haben, zumal davon auch Rentnerhaushalte betroffen waren. Damit ist das Haushalts**nettoeinkommen** lediglich um 10,5 % auf gut 5600 DM angestiegen. Dieser Zuwachs war nur um gut 2 Prozentpunkte höher als die gesamte Preissteigerungsrate in der Zeit von Ende 1993 bis Ende 1998. Im Verlauf der fünf davor liegenden Jahre war das Nettoeinkommen — bei einer Preissteigerung um reichlich 18 % — immerhin um fast 28 % gewachsen.

4) So beteiligte sich z. B. nicht einmal die Hälfte der 870 vorgesehenen Arbeiterhaushalte und sogar nur gut ein Viertel der 950 Haushalte von Selbstständigen; ebenfalls stark unterrepräsentiert waren mit gerade einem Viertel des Solls die Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen von weniger als 2500 DM.

5) Nach den Ergebnissen der Mikrozensus-Erhebungen gab es in Hessen 1998 rund 253 000 Haushalte mit ausländischer Bezugsperson, was einem Anteil von gut 9 % entsprach. Das Erhebungssoll für sie war daher auf 528 Haushalte festgelegt, es beteiligten sich aber weit unter 200 Ausländerhaushalte.

6) Beiträge zur Pflegeversicherung werden seit Januar 1995 erhoben.

Monatliche Einkommen und Einnahmen sowie Ausgaben privater Haushalte in Hessen 1993 und 1998

Gegenstand der Nachweisung	1993		1998		Zu- bzw. Abnahme (-)	
	DM	% ¹⁾	DM	% ¹⁾	DM	%
Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit	3 733	58,5	3 889	54,6	156	4,2
darunter						
des Haupteinkommensbeziehers	2 796	43,8	3 121	43,8	325	11,6
des Ehegatten/Lebensgefährten	640	10,0	610	8,6	- 30	- 4,8
Bruttoeinkommen aus selbstständiger Arbeit	565	8,9	482	6,8	- 83	- 14,7
Einnahmen aus Vermögen und Vermietung (einschl. Untervermietung)	768	12,0	1 017	14,3	249	32,4
darunter Mietwert der Eigentümerwohnung	377	5,9	689	9,7	312	83,0
Einkommen aus öffentlichen Transferzahlungen	1 135	17,8	1 422	20,0	287	25,3
darunter						
Renten der gesetzlichen Rentenversicherung	641	10,0	712	10,0	71	11,0
öffentliche Pensionen	178	2,8	222	3,1	44	24,9
Kindergeld	53	0,8	117	1,6	64	120,3
Einkommen aus nichtöffentlichen Transferzahlungen	182	2,9	313	4,4	131	72,0
darunter Werksrenten und -pensionen	54	0,8	58	0,8	4	6,9
Haushaltsbruttoeinkommen	6 383	77,5	7 123	78,5	740	11,6
abzüglich:						
Steuern auf Einkommen und Vermögen	749	11,7	812	11,4	63	8,4
Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung	545	8,5	688	9,7	143	26,3
Haushaltsnettoeinkommen	5 089	61,8	5 623	62,0	534	10,5
zuzüglich:						
Einnahmen aus dem Verkauf von Waren und sonstige Einnahmen	181	2,2	156	1,7	- 25	- 13,8
Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen	5 270	64,0	5 779	63,7	509	9,7
Einnahmen aus Vermögensumwandlung, Kreditaufnahme	1 671	20,3	1 792	19,8	121	7,3
darunter						
Abhebung von Spargbüchern	520	6,3	463	5,1	- 57	- 11,0
Verkauf von Wertpapieren	334	4,1	324	3,6	- 10	- 2,9
Aufnahme von Hypotheken, Grundschulden und sonstigen Krediten	587	7,1	541	6,0	- 46	- 7,8
Haushaltsbudget insgesamt	8 235	100	9 071	100	836	10,2
darunter						
Aufwendungen für den privaten Verbrauch	3 742	45,4	4 335	47,8	593	15,8
Sonstige Ausgaben	3 199	38,9	3 236	35,7	37	1,1
darunter						
Versicherungsbeiträge	327	4,0	256	2,8	- 71	- 21,7
Sonstige Einkommensübertragungen	212	2,6	171	1,9	- 41	- 19,5
Tilgung und Verzinsung von Krediten	550	6,7	546	6,0	- 4	- 0,8
Ausgaben für Vermögensbildung	2 078	25,2	2 101	23,2	23	1,1
darunter						
Käufe von Immobilien	641	7,8	507	5,6	- 134	- 20,9
Käufe von Wertpapieren und Aktien	400	4,9	414	4,6	14	3,5
Einzahlungen auf Bausparverträge	122	1,5	135	1,5	13	10,4
Einzahlungen auf Spargbücher	452	5,5	401	4,4	- 51	- 11,3
Nachrichtlich: Ersparnis	767	9,3	733	8,1	- 34	- 4,5

1) Die kursiv gedruckten Werte sind Anteile am Haushaltsbruttoeinkommen, ansonsten handelt es sich um Anteile am Haushaltsbudget insgesamt.

Addiert man zum Haushaltsbruttoeinkommen die Einnahmen aus Vermögensumwandlung und Kreditaufnahme sowie die Einnahmen aus dem Verkauf von Waren, so erhält man das *Haushaltsbudget*. Vom gesamten Budget eines Haushalts, das gegenüber 1993 um gut 10 % auf annähernd 9100 DM gestiegen ist, machte das Nettoeinkommen unverändert weniger als zwei Drittel aus. Ein Fünftel stammte auch 1998, wie schon fünf Jahre zuvor, aus Vermögensumwandlung, also beispielsweise Abhebungen von Spargbüchern oder Verkauf von Wertpapieren, und Kreditaufnahme, insbesondere der Aufnahme von Hypotheken oder Grundschulden. Die derartigen Einnahmen sind insgesamt um 7 % auf knapp 1800 DM gewachsen, obwohl es in einigen Unterpositionen Abnahmen gegeben hat. Auf der anderen Seite wurden für die Tilgung und Verzinsung von Krediten 550 DM und für die Vermögensbildung, wie Immobilien-

oder Wertpapierkäufe, Einzahlungen auf Spargbücher oder Bausparverträge, monatlich 2100 DM ausgegeben — wohl-gemerkt nicht unbedingt von den gleichen Haushalten. Das waren nahezu die gleichen Beträge wie im Jahr 1993. Auch die wichtigsten Posten der „sonstigen Ausgaben“, die sich insgesamt auf über 3200 DM beliefen, waren nur geringfügig höher als fünf Jahre zuvor. Ganz anders sah dies bei den Aufwendungen für den privaten Verbrauch aus, die recht kräftig um fast 600 DM oder 16 % auf 4335 DM angestiegen sind. Sie haben damit fast die Hälfte des Gesamtbudgets erreicht. Über Einzelheiten ihrer Entwicklung und Struktur sowie der unterschiedlichen Belastung bestimmter Haushaltsgruppen wird in einem der nächsten Hefte dieser Zeitschrift noch ausführlich berichtet.

Nicht zuletzt diese höheren Verbrauchsausgaben haben dazu geführt, dass 1998 etwas weniger Geld auf die „hohe Kante“ gelegt wurde als fünf Jahre vorher. Die Ersparnis⁷⁾

7) Die Höhe der Ersparnis ergibt sich aus den Ausgaben für Vermögensbildung zuzüglich der Rückzahlung von Krediten und abzüglich der Einnahmen aus Vermögensauflösung und Kreditaufnahmen sowie der Zinsen für Baudarlehen.

war mit 733 DM um 2 % niedriger als 1993 und erreichte nur noch einen Anteil von 8 % des Gesamtbudgets. Die Sparquote, die sich aus dem Verhältnis von Ersparnis zu ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen ergibt, ist damit in Hessen von gut 14 auf unter 13 % zurückgegangen. Sie lag aber immer noch um knapp einen Prozentpunkt über dem Durchschnitt des früheren Bundesgebiets. Besonders das „klassische“ Sparbuch hatte ein Minus der Einzahlungen von 11 % zu verzeichnen. Der Rückgang bei Immobilienkäufen um ein Fünftel kann dagegen auch mit niedrigeren Immobilienpreisen und vor allem den günstigen Finanzierungskosten im Jahr 1998 zusammenhängen.

Wachstum des Bruttoeinkommens in keiner Haushaltsgröße unter dem Durchschnitt?!

Wegen der bereits erwähnten Problematik der vorstehenden Durchschnittswerte von Einnahmen und Ausgaben soll im Folgenden der Einfluss bestimmter Konstellationen auf die Struktur der Haushaltsbudgets etwas näher betrachtet werden. Neben Haushaltsgröße und Zusammensetzung des Haushalts (Haushaltstyp) können insbesondere die soziale

Stellung oder das Alter der Bezugsperson (dazu sind derzeit auf Landesebene allerdings noch keine Daten verfügbar), die Anzahl der Einkommensbezieher und das erzielte monatliche Haushaltsnettoeinkommen von Bedeutung sein. Dabei wäre zweifellos eine Kombination dieser Merkmale das erstrebenswerte Ziel, um die tatsächlichen Verhältnisse für möglichst viele Haushalte und nicht nur für die einzelnen Klassifikationen widerspiegeln zu können. Für ein Land in der Größe Hessens ist dies jedoch bei dem geringen Stichprobenumfang nicht zu erreichen. So muss bei der Interpretation beachtet werden, dass bei Ergebnissen, die nach nur einem Gliederungsmerkmal geschichtet sind, mögliche Korrelationen zwischen verschiedenen Merkmalen nicht immer zu erkennen sind. Das kann zu unterschiedlichen Erklärungsansätzen führen, auch wenn es sich in der Realität um den gleichen Kreis von Haushalten handeln sollte. So sind, um nur ein Beispiel zu nennen, Einpersonenhaushalte mit niedrigem Einkommen häufig mit Haushalten von Nichterwerbstätigen identisch. Die ermittelten Sachverhalte sind also anschließend nur für jeweils eine Dimension kommentiert, während auf zwei- oder gar mehrdimensionale Verknüpfungen verzichtet werden muss. Die hochgerechnete Anzahl

Monatliche Einkommen, Einnahmen
nach Haushaltsgröße, sozialer Stellung des Haupteinkommensbeziehers,

Lfd. Nr.	Art der Angabe	Hoch- gerech- nete Anzahl der Haus- halte	Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit				Brutto- einkommen aus selbständiger Arbeit		Einnahmen aus Vermögen und Vermietung (einschl. Mietwert der Eigentümer- wohnung)		Einnahmen aus öffentlichen Transfer- zahlungen		Einnahmen aus nicht- öffentlichen Transfer- zahlungen	
			zusammen		darunter des Haupt- einkommens- beziehers									
			1000	DM	% ²⁾	DM	% ²⁾	DM	% ²⁾	DM	% ²⁾	DM	% ²⁾	DM
1	Haushalte insgesamt	2 674	3 889	54,6	3 121	43,8	482	6,8	1 017	14,3	1 422	20,0	313	4,4
Nach der														
2	1 Person	915	2 041	48,6	2 041	48,6	(224)	(5,3)	478	11,4	1 215	28,9	239	5,7
3	2 Personen	922	3 731	48,8	2 743	35,9	527	6,9	1 173	15,3	1 855	24,3	357	4,7
4	3 Personen	392	5 517	60,7	4 134	45,5	514	5,7	1 397	15,4	1 233	13,6	435	4,8
5	4 Personen	323	6 655	66,2	5 245	52,1	774	7,7	1 395	13,9	968	9,6	265	2,6
6	5 oder mehr Personen	122	6 389	57,9	5 192	47,1	(1 204)	(10,9)	1 652	15,0	1 510	13,7	278	2,5
Nach der sozialen Stellung														
7	Selbstständige ⁴⁾	169	1 404	13,7	.	.	6 019	58,8	2 108	20,6	499	4,9	(210)	(2,1)
8	Beamte	124	7 509	73,4	6 110	59,7	(262)	(2,6)	1 402	13,7	741	7,2	322	3,1
9	Angestellte	867	7 484	78,6	6 299	66,1	162	1,7	1 030	10,8	594	6,2	256	2,7
10	Arbeiter	456	5 437	76,6	4 404	62,1	(107)	(1,5)	787	11,1	566	8,0	200	2,8
11	Nichterwerbstätige	1 057	246	5,7	108	2,5	(47)	(1,1)	886	20,6	2 698	62,7	425	9,9
Nach dem monatlichen														
12	Unter 1 800 DM	215	(491)	(29,9)	(466)	(28,3)	871	53,0	(157)	(9,5)
13	1 800 bis unter 2 500 DM	250	(997)	(38,1)	(893)	(34,1)	.	.	(117)	(4,5)	1 240	47,3	(206)	(7,9)
14	2 500 bis unter 3 500 DM	389	1 968	51,9	1 871	49,3	(69)	(1,8)	267	7,0	1 168	30,8	322	8,5
15	3 500 bis unter 5 000 DM	529	2 539	48,8	2 268	43,6	(198)	(3,8)	637	12,2	1 554	29,9	274	5,3
16	5 000 bis unter 7 000 DM	580	4 276	56,9	3 510	46,7	405	5,4	1 129	15,0	1 474	19,6	238	3,2
17	7 000 bis unter 10 000 DM	435	6 671	61,8	4 969	46,0	540	5,0	1 703	15,8	1 568	14,5	311	2,9
18	10 000 bis unter 35 000 DM	276	9 260	53,7	6 874	39,9	2 393	13,9	3 046	17,7	1 781	10,3	762	4,4
Nach dem														
19	Alleinlebende Frau	593	1 685	43,6	1 685	43,6	(91)	(2,4)	444	11,5	1 389	35,9	256	6,6
20	Alleinlebender Mann	322	2 697	56,0	2 697	56,0	(469)	(9,7)	543	11,3	896	18,6	209	4,3
21	Alleinerziehende ⁵⁾	78	2 485	54,4	2 472	54,2	.	.	(419)	(9,2)	920	20,2	653	14,3
22	(Ehe-)Paar ohne Kind	800	3 786	47,3	2 730	34,1	582	7,3	1 288	16,1	1 995	24,9	356	4,4
23	(Ehe-)Paar mit Kind(ern) ⁵⁾	479	6 199	66,4	5 216	55,9	780	8,4	1 143	12,2	905	9,7	305	3,3

1) Einnahmen aus Vermögensumwandlung, Kreditaufnahme, Einnahmen aus dem Verkauf von Waren und sonstige Einnahmen. - 2) Anteil am unter 18 Jahren.

der jeweils zu einer Gruppierung gehörenden Haushalte ist in die Tabelle aufgenommen, um ihre Gewichtung am „Durchschnittshaushalt“ zu verdeutlichen.

Bei einem Blick auf die Untergliederung nach der *Haushaltsgröße* fällt besonders ins Auge, dass sich das Bruttoeinkommen gegenüber 1993 in keiner der fünf Klassifizierungen weniger als in einem Durchschnittshaushalt erhöht hat, sondern im Gegenteil meist deutlich stärker, bei den Haushalten mit mindestens fünf Personen mit über 22 % sogar um fast den doppelten Wert. Gerade an diesem Beispiel zeigt sich in beeindruckender Weise, wie die Verschiebung der Gewichte sich auswirken kann: Es wurden 1998 nämlich 140 000 mehr „kleine“ Haushalte (jeweils etwa zur Hälfte solche mit einer Person bzw. mit zwei Personen) gezählt als fünf Jahre davor. Demgegenüber ist die Zahl der Haushalte mit mindestens drei Personen um 67 000 zurückgegangen. Vor allem die um 2925 DM unter dem Gesamtdurchschnitt liegenden Bruttoeinkommen der 915 000 Alleinstehenden — gut ein Drittel aller Haushalte — haben dessen Betrag nach unten gedrückt. Die Struktur des Bruttoeinkommens weicht zudem bei den kleineren Haushalten

mit relativ niedrigen Arbeitseinkommen und dafür höheren Transfereinnahmen deutlich von den anderen ab, weil es sich bei ihnen häufiger um Rentnerhaushalte handelt. Erhebliche Unterschiede waren aber gerade bei diesen beiden Positionen zwischen alleinlebenden Frauen und Männern festzustellen. So war bei Ersteren wegen der größeren Zahl von Rentnerinnen der Anteil der Transferzahlungen am Haushaltsbruttoeinkommen mit über 42 % fast so hoch wie derjenige der Einkommen aus unselbstständiger Arbeit. Diese erreichten bei den alleinlebenden Männern dagegen einen Anteil von 56 %, während auf Transferleistungen nicht einmal ein Viertel des Bruttoeinkommens entfiel. Bei den Vier-Personen-Haushalten hat sich durch einen relativ hohen Anteil an Steuern und Sozialabgaben das *Nettoeinkommen* gegenüber 1993 am wenigsten erhöht. Diese Haushaltsgruppe scheint auch ansonsten in der ungünstigsten Situation zu sein, da ihr Gesamtbudget mit 11 900 DM nur um gut 200 DM über dem von Drei-Personen-Haushalten lag. Dementsprechend waren bei ihr auch die Ausgaben für Vermögensbildung mit einem Anteil von nur 18 % relativ deutlich geringer als bei allen anderen Haushaltsgrößen.

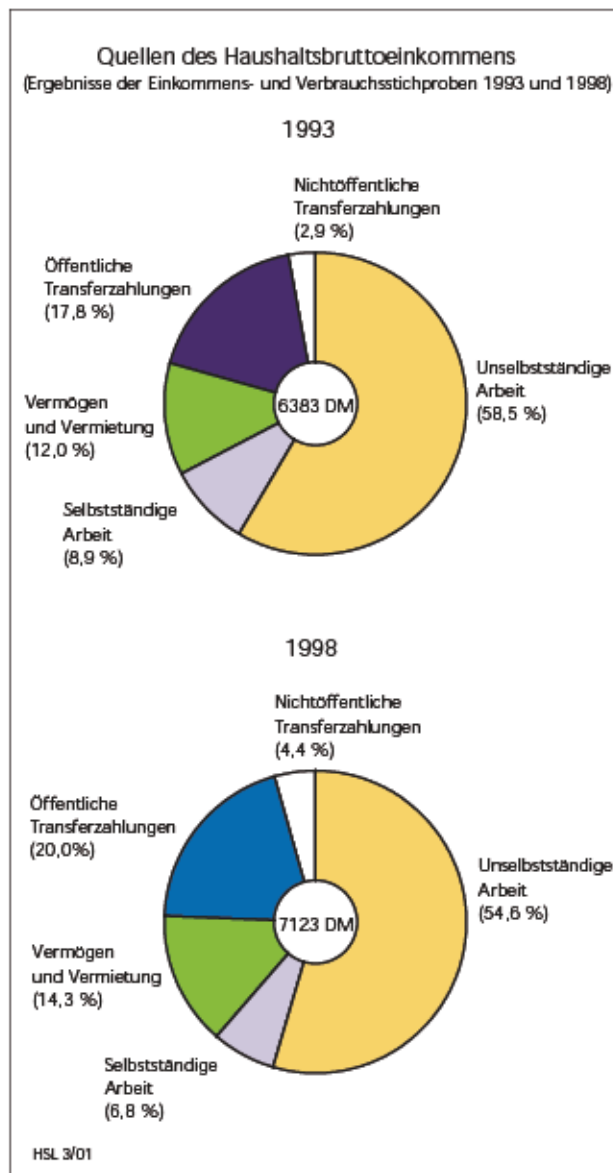
sowie Ausgaben privater Haushalte 1998
monatlichem Haushaltsnettoeinkommen sowie Haushaltstyp

Haushaltsbruttoeinkommen		Abzüge für Steuern und Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung		Haushaltsnettoeinkommen		Weitere Einnahmen ¹⁾	Haushaltsbudget		Aufwendungen für den privaten Verbrauch		Sonstige Ausgaben				Lfd. Nr.
insgesamt	Veränderung gegenüber 1993			insgesamt	Veränderung gegenüber 1993		insgesamt	Veränderung gegenüber 1993			zusammen		darunter Ausgaben für die Vermögensbildung		
DM	%	DM	% ²⁾	DM	%	DM	DM	%	DM	% ³⁾	DM	% ³⁾	DM	% ³⁾	
7 123	11,6	1 500	21,1	5 623	10,5	1 949	9 071	10,2	4 335	47,8	3 236	35,7	2 101	23,2	1
Haushaltsgröße															
4 198	14,3	900	21,4	3 299	13,0	1 483	5 682	15,3	2 639	46,4	2 143	37,7	1 421	25,0	2
7 643	13,3	1 555	20,3	6 089	13,2	2 071	9 715	9,7	4 790	49,3	3 370	34,7	2 279	23,5	3
9 095	11,6	1 905	20,9	7 189	11,8	2 597	11 693	14,0	5 380	46,0	4 406	37,7	2 761	23,6	4
10 058	12,0	2 287	22,7	7 771	8,0	1 844	11 901	3,1	5 811	48,8	3 803	32,0	2 155	18,1	5
11 032	22,5	2 200	19,9	8 832	19,5	2 903	13 935	28,2	6 363	45,7	5 372	38,6	3 611	25,9	6
des Haupteinkommensbeziehers															
10 241	4,5	1 401	13,7	8 840	7,9	(4 219)	14 460	7,5	5 566	38,5	7 493	51,8	4 521	31,3	7
10 236	17,5	1 824	17,8	8 412	17,3	3 277	13 513	18,6	6 430	47,6	5 259	38,9	3 530	26,1	8
9 526	11,0	2 764	29,0	6 763	7,9	2 290	11 816	5,6	4 914	41,6	4 138	35,0	2 666	22,6	9
7 097	7,7	1 905	26,8	5 192	5,9	1 341	8 437	7,7	4 326	51,3	2 206	26,1	1 381	16,4	10
4 301	10,5	267	6,2	4 034	13,1	1 411	5 712	11,8	3 422	59,9	2 023	35,4	1 394	24,4	11
Haushaltsnettoeinkommen															
1 644	.	264	16,1	1 380	.	(466)	2 110	.	1 499	71,0	347	16,4	(196)	(9,3)	12
2 619	.	413	15,8	2 206	.	(577)	3 197	.	2 218	69,4	566	17,7	211	6,6	13
3 794	5,3	809	21,3	2 986	0,1	927	4 722	5,3	2 953	62,5	960	20,3	546	11,6	14
5 202	0,0	990	19,0	4 212	0,3	1 526	6 729	2,2	3 704	55,0	2 035	30,2	1 289	19,2	15
7 521	.	1 631	21,7	5 890	.	2 307	9 828	.	4 557	46,4	3 640	37,0	2 524	25,7	16
10 793	.	2 496	23,1	8 297	.	2 969	13 761	.	6 114	44,4	5 151	37,4	3 484	25,3	17
17 242	4,6	3 556	20,6	13 686	5,5	4 341	21 583	- 4,8	8 359	38,7	9 668	44,8	5 986	27,7	18
Haushaltstyp															
3 865	14,1	780	20,2	3 085	11,0	1 063	4 927	2,8	2 639	53,6	1 508	30,6	934	19,0	19
4 812	13,9	1 119	23,3	3 694	15,7	2 257	7 071	36,2	2 639	37,3	3 313	46,9	2 318	32,8	20
4 564	- 10,0	850	18,6	3 714	- 10,7	(994)	5 557	- 15,2	3 354	60,4	1 353	24,3	793	14,3	21
8 007	.	1 601	20,0	6 407	.	2 270	10 277	.	5 016	48,8	3 660	35,6	2 505	24,4	22
9 332	.	2 102	22,5	7 230	.	2 637	11 969	.	5 428	45,4	4 439	37,1	2 643	22,1	23

Haushaltsbruttoeinkommen. - 3) Anteil am Haushaltsbudget. - 4) Gewerbetreibende, freiberuflich Tätige und Landwirte. - 5) Mit Kind(ern)

Die Darstellung der nach der *sozialen Stellung* der Bezugsperson gegliederten Ergebnisse zeigt, dass sich im Durchschnitt der rund 170 000 hessischen „Selbstständigen-Haushalte“ (einschl. Landwirten) das monatliche Gesamtbudget auf knapp 14 500 DM belief. Davon entfiel aber mit 6000 DM nicht einmal jede zweite Mark auf Bruttoeinkommen aus selbstständiger Arbeit. Immerhin ein Zehntel des Budgets wurde auch in diesen Haushalten aus Einkommen für unselbstständige Arbeit bestritten, meist durch die Ehegatten, zu einem geringeren Teil aber auch durch Kinder oder die Bezugspersonen — im Nebenerwerb — selbst. Einkommen aus Vermögen waren bei ihnen mit 15 % des Gesamtbudgets überdurchschnittlich hoch, vor allem wegen des großen Bestands an Eigenheimen und entsprechender fiktiver Mietwerte. Bei Arbeitnehmer-Haushalten trugen dagegen grundsätzlich die Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit mit weitem Abstand den größten Anteil zum Budget bei, und zwar bei den 124 000 Haushalten von Beamten zu reichlich 55 % sowie bei den 867 000 von Angestellten und den 456 000 Haushalten von Arbeitern zu jeweils knapp zwei Dritteln. Vom Haushaltsbruttoeinkommen bezogen alle drei Arbeitnehmergruppen jeweils rund drei Viertel aus ihrem Arbeitsentgelt, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, dass in den Arbeiterhaushalten der *Betrag* dafür mit gut 5400 DM im Monat um über 2000 DM niedriger lag als in den Haushalten von Beamten und Angestellten. Die weit über eine Million Haushalte von Nichterwerbstätigen bestritten im Durchschnitt mehr als die Hälfte ihres Budgets von insgesamt 5700 DM aus Transferzahlungen, darunter zu fast neun Zehnteln aus öffentlichen Kassen. Von ihrem Bruttoeinkommen waren es sogar fast drei Viertel. Der Anteil des Einkommens aus Vermögen am Gesamtbudget war bei ihnen sogar etwas höher als bei den Selbstständigen, während er bei den verschiedenen Arbeitnehmer-Haushalten deutlich darunter lag. Viel wichtiger als die Einnahmen aus Vermögen waren für das Gesamtbudget, und zwar in allen Gruppen von Haushalten, die Einnahmen aus Vermögensumwandlung und Kreditaufnahme sowie Verkäufen (z. B. eines gebrauchten Autos); bei Selbstständigen, Beamten und Nichterwerbstätigen machten sie sogar jeweils gut bzw. rund ein Viertel aus. Der absolute Betrag dieser Einnahmen war jedoch bei Letzteren mit gut 1400 DM noch nicht einmal halb so hoch wie bei den Haushalten von Beamten mit knapp 3300 DM. Noch niedriger waren derartige Einnahmen allerdings in Arbeiterhaushalten, sodass sie an deren Budget nur einen Anteil von 16 % hatten.

Bei der Betrachtung nach Klassen des monatlichen *Haushaltsnettoeinkommens* — wobei die Veränderungen gegenüber 1993 wegen anderer Abstufungen in der Tabelle nicht immer nachgewiesen werden können — sind bei den einzelnen Einnahmearten eindeutige Abhängigkeiten der strukturellen Verteilung von der Höhe des Einkommens sichtbar. In erster Linie sind hier die Einnahmen aus öffentlichen Transferzahlungen zu nennen, deren An-



teile mit steigendem Einkommen stetig absinken. Bei den 276 000 Haushalten mit einem monatlichen Nettoeinkommen von 10 000 bis unter 35 000 DM war zwar im Durchschnitt der erhaltene Betrag mit knapp 1800 DM über doppelt so hoch wie bei den 215 000 Haushalten mit einem Einkommen von unter 1800 DM; der entsprechende Anteil am Bruttoeinkommen betrug bei ihnen aber nur ein Zehntel gegenüber gut der Hälfte bei den „Geringverdienern“. Schon bei den Haushalten mit einem monatlichen Nettoeinkommen ab 2500 DM war er auf unter ein Drittel gesunken. Ab dieser Einkommensklasse war das Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit stets die wichtigste Einnahmequelle, auch wenn es — anders als zum Teil noch 1993 — in keiner Gruppe die Hälfte des Gesamtbudgets erreichte. Parallel zur Höhe des Haushaltsnettoeinkommens verliefen dagegen die Einnahmen aus Vermögen und Vermietung (einschl. Mietwert der Eigentümerwohnung) mit Anteilen von unter 5 bis zu fast 18 % des jeweiligen Bruttoeinkommens.

Die Bruttoeinkommen trugen bei den einzelnen Haushaltsgruppen jedoch nur zu etwa vier Fünfteln, in den beiden Einkommensklassen zwischen 3500 und 7000 DM sogar noch etwas weniger, zum Gesamtbudget bei. Letzteres war bei den Haushalten mit „Spitzeneinkommen“ ab 10 000 DM im Monat mit durchschnittlich über 21 500 DM zehnmal so hoch wie bei den Geringverdienern. Der Rest wurde jeweils durch Einnahmen aus der Umwandlung von Geld- oder Sachvermögen, Kreditaufnahme oder Warenverkäufe bestritten, auf die zusammen Beträge zwischen rund 470 und 4340 DM entfielen.

Privater Verbrauch meist größter Ausgabeposten

Abschließend sei noch ein kurzer Blick auf die wichtigsten Ausgabepositionen der verschiedenen Haushaltsgruppierungen geworfen. Mit wenigen Ausnahmen standen dabei die Aufwendungen für den privaten Verbrauch deutlich im Vordergrund, bei der Untergliederung nach *Haushaltsgrößen* in allen Klassen. Die Schwankungsbreite war hier mit Anteilwerten zwischen rund 46 und gut 49 % außerordentlich gering. Etwas anders sah es schon bei der Untergliederung nach der *sozialen Stellung* der Bezugsperson aus: Haushalte von Nichterwerbstätigen gaben drei Fünftel ihres Budgets für den privaten Verbrauch aus, Haushalte von Selbstständigen nicht einmal zwei Fünftel. Unter den Arbeitnehmerhaushalten waren die von Arbeitern mit über 51 % relativ am stärksten durch Verbrauchsausgaben belastet, die von Angestellten am geringsten (knapp 42 %). Ähnlich war die Bandbreite bei den *Haushaltstypen*, wo einer hohen Belastung der Alleinerziehenden eine relativ geringe der alleinlebenden Männer gegenüberstand. Am deutlichsten waren allerdings die Unterschiede bei den Klassen des monatlichen *Haushaltsnettoeinkommens*: Während in der niedrigsten Einkommensklasse 71 % des Budgets für den privaten Ver-

brauch verwendet wurden, waren es in der höchsten nicht einmal 39 %.

In Abhängigkeit zu den Aufwendungen für den privaten Verbrauch lagen die Anteile der „sonstigen“ Ausgaben, zum größten Teil solche für Vermögensbildung, bei der Gliederung nach dem Nettoeinkommen am weitesten auseinander. Besonders hoch waren sie zudem bei den Haushalten von Selbstständigen wegen ihrer speziellen Altersvorsorge und bei den alleinlebenden Männern, auffallend niedrig dagegen bei den Arbeiterhaushalten und den Alleinerziehenden.

Auf diese beiden bisher beschriebenen Ausgabearten zusammen entfielen in nahezu allen Untergliederungen über vier Fünftel der jeweiligen Gesamtbudgets. Der Rest der „Ausgaben“ besteht in unterschiedlicher Zusammensetzung aus Steuern und Pflichtbeiträgen zur Sozialversicherung, die meistens schon vom Bruttoeinkommen abgezogen werden. Der Anteil dieser Abzüge vom Bruttoeinkommen bewegte sich bei allen Haushaltsgrößen und -typen sowie fast allen Einkommensgruppen in der Nähe von 20 %. Mit 16 % war er nur bei den beiden Gruppen mit geringerem Einkommen deutlich niedriger. Dass dies auf den größeren Anteil von Rentnerhaushalten unter den geringer Verdienenden zurückzuführen ist, zeigt sich daran, dass die Haushalte von Nichterwerbstätigen nur 6 % ihres Bruttoeinkommens für Steuern und Sozialversicherung zu zahlen hatten. Vor allem wegen nicht oder nur in geringem Umfang zu leistender Sozialabgaben waren auch die Haushalte von Selbstständigen mit knapp 14 % und Beamten mit 18 % wesentlich weniger belastet als der Durchschnitt. Dagegen mussten die Haushalte von Angestellten und Arbeitern 29 bzw. fast 27 % ihrer Bruttoeinzüge für Steuern und Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung abführen. □

Nur geringer Verdienstanstieg bei Gesellen und Arbeitern im Handwerk

Der durchschnittliche Bruttostundenverdienst der Gesellen und Arbeiter in zehn ausgewählten Handwerkszweigen¹⁾ in Hessen lag im Mai 2000 bei 23,81 DM und der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst bei 4039 DM. Das waren jeweils 0,8 % mehr als ein Jahr zuvor. Der Anstieg des für das Arbeitseinkommen entscheidenden Bruttomonatsverdienstes gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres war damit im Mai 2000 im Handwerk nur geringfügig höher als im Mai 1999 (+ 0,7 %), aber deutlich niedriger als im Mai 1998 (+ 1,4 %). Die Gesellen der jeweiligen handwerklichen Fachrichtung verdienten im Mai 2000 im Durchschnitt 24,16 DM brutto je Stunde und 4091 DM brutto je Monat. Die übrigen Arbeiter hatten im Durchschnitt 21,12 DM bzw. 3636 DM.

Wegen der zum 1. Januar 2000 in Kraft getretenen Senkung der Rentenversicherungsbeiträge sind die Nettoverdienste etwas stärker als die Bruttoverdienste gestiegen. Da die Verbraucherpreise aber von Mai 1999 bis Mai 2000 um 1,5 % zugenommen haben²⁾, dürften nur die Elektroinstallateure, für die der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst in dieser Zeit um 3,6 % gestiegen ist, die Zentralheizungs- und Lüftungsbauer mit einer Zunahme um 3,0 %, die Tischler mit + 2,0 % sowie die Gas- und Wasserinstallateure mit + 1,8 % einen realen Verdienstanstieg erzielt haben. Bei den Fleischern (+ 0,3 %), den Malern und Lackierern (+ 0,4 %) und

den Kraftfahrzeugmechanikern (+ 1,4 %) konnte die Zunahme des Bruttomonatsverdienstes den Preisanstieg nicht oder nur zum Teil kompensieren. Für die Klempner (- 0,8 %), die Metallbauer (- 1,6 %) und die Bäcker (- 2,5 %) ging dieser Verdienst sogar zurück.

Unter den erfassten Handwerkszweigen haben im Mai 2000 die Maler und Lackierer trotz einer unterdurchschnittlichen Verdienststeigerung die höchsten Bruttomonatsverdienste erzielt. Auf Platz zwei lagen die Gas- und Wasserinstallateure. Es folgten die Metallbauer, die Tischler, die Klempner sowie die Zentralheizungs- und Lüftungsbauer. Die Elektroinstallateure nahmen im Mai 2000 Rang sieben, die Kraftfahrzeugmechaniker Rang acht und die beiden letzten Plätze die Bäcker und Fleischer ein.

Wegen der unterschiedlichen Länge der Wochenarbeitszeit ist die entsprechende Rangfolge bei den Stundenverdiensten außer bei den Bäckern und Fleischern, die auch hier auf den beiden letzten Plätzen liegen, anders. Die größte Abweichung gab es bei den Zentralheizungs- und Lüftungsbauern, die bei den Stundenverdiensten auf Rang drei (statt Rang sechs bei den Monatsverdiensten) lagen. Die im Durchschnitt bezahlte Wochenarbeitszeit (einschl. Mehrarbeit) schwankte zwischen 37,7 Stunden für die Kraftfahrzeugmechaniker und 39,9 Stunden für die Tischler.

Theo Hefner*)

*) Tel.: 0611/3802-635 · E-Mail: thefner@hsl.de

1) Maler und Lackierer, Metallbauer, Kraftfahrzeugmechaniker, Klempner, Gas- und Wasserinstallateure, Zentralheizungs- und Lüftungsbauer, Elektroinstallateure, Tischler, Bäcker und Fleischer.

2) Gemessen am Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Hessen.

Durchschnittliche Arbeitszeiten und Bruttoverdienste der Gesellen und Arbeiter in ausgewählten Handwerkszweigen im Mai 2000

Gewerbezug ¹⁾	Bezahlte Wochenarbeitszeit	darunter Mehrarbeit je Woche	Bruttoverdienste in DM		Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber Mai 1999 in %	
	Stunden		je Stunde	je Monat	Bruttostundenverdienst	Bruttomonatsverdienst
Gas- und Wasserinstallateure	38,4	0,9	25,26	4 221	2,5	1,8
Maler und Lackierer	39,1	0,2	25,11	4 273	1,4	0,4
Zentralheizungs- und Lüftungsbauer	38,5	0,9	24,55	4 107	2,9	3,0
Klempner	38,7	0,5	24,48	4 117	0,3	- 0,8
Metallbauer	39,7	1,9	24,26	4 187	- 1,0	- 1,6
Tischler	39,9	1,4	23,81	4 134	0,3	2,0
Kraftfahrzeugmechaniker	37,7	0,4	23,55	3 858	1,2	1,4
Elektroinstallateure	39,2	1,5	23,21	3 959	1,8	3,6
Bäcker	39,8	1,5	21,58	3 733	- 0,8	- 2,5
Fleischer	39,2	0,1	20,86	3 559	0,1	0,3
Alle erfassten Gewerbezüge	39,0	1,0	23,81	4 039	0,8	0,8

1) Geordnet nach der Höhe des durchschnittlichen Bruttostundenverdienstes.

Gerhard-Fürst-Preis 2001 des Statistischen Bundesamtes

— Auslobung —



Auch in diesem Jahr lobt das Statistische Bundesamt den Gerhard-Fürst-Preis für Dissertationen bzw. Diplom-/Magisterarbeiten aus, die theoretische Themen mit einem engen Bezug zum Aufgabenspektrum der amtlichen Statistik behandeln oder die empirische Fragestellungen unter Nutzung von Daten der amtlichen Statistik untersuchen. Es kann sich dabei ebenso um Arbeiten aus der theoretischen Statistik oder aus der Wirtschafts- und Sozialstatistik handeln wie um wirtschaftswissenschaftliche oder sozialwissenschaftliche Abhandlungen. Mit der Vergabe dieses Preises soll die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und amtlicher Statistik und die Beschäftigung mit Fragen der amtlichen Statistik im Rahmen der universitären Ausbildung intensiviert werden.

Der Preis ist mit 5 000 Euro für eine Dissertation bzw. mit 2 500 Euro für eine Examensarbeit dotiert. Darüber hinaus können prämierte Arbeiten - ggf. auszugsweise - in der Veröffentlichungsreihe des Statistischen Bundesamtes „Spektrum Bundesstatistik“ publiziert werden. In jedem Fall sollen die Preisträger über ihre Arbeit einen Artikel in der monatlich erscheinenden Zeitschrift des Statistischen Bundesamtes „Wirtschaft und Statistik“ veröffentlichen.

In Ausnahmefällen können die Preisgelder auch zwischen mehreren preiswürdigen Arbeiten geteilt werden. Das mit der Bewertung der eingereichten Arbeiten beauftragte Gutachtergremium, dem Professor Hans Wolfgang Brachinger von der Universität Fribourg in der Schweiz, Professor Richard Hauser von der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main, Professor Ullrich Heilemann vom Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung in Essen, Professor Johannes Huinink von der Universität Rostock, Professor Walter Müller von der Universität Mannheim und Professor Werner Neubauer von der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main angehören, hat die Möglichkeit, sehr gute Arbeiten, die dem hohen Anspruch des Preises nicht voll gerecht werden, mit einem Förderpreis auszuzeichnen. Es kann mit der Preisverleihung aussetzen, wenn ihm keine der eingereichten Arbeiten prämiierungswürdig erscheint.

Im vergangenen Jahr haben die Gutachter entschieden, den Gerhard-Fürst-Preis in der Abteilung „Dissertationen“ aufzuteilen. Die Juroren befanden die Arbeiten von Werner Bönnte „Der Einfluß industrieller Forschung und Entwicklung auf die Produktivitätsentwicklung in der deutschen Industrie“ (Universität Hamburg) und von Klaus Eberl „Theorie und Empirie der Geldnachfrage: Eine saisonale Kointegrationsanalyse liquiditätsorientierter Geldmengen“ (Katholische Universität Eichstätt) gleichermaßen für preiswürdig. Daneben wurde die Dissertation von Leontine von Kulmiz zum Thema „Die geringere Entlohnung weiblicher Arbeitnehmer, Lohndifferenzierung oder Lohndiskriminierung?“ (Johannes Gutenberg-Universität Mainz) mit einem Förderpreis ausgezeichnet.

In der Abteilung „Diplom- und Magisterarbeiten“ wurde die Arbeit „Potentiale der Nutzung von Ausgabedaten in der empirischen Armutsforschung – Bedarfsschätzung und Messung von Armut auf

Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 1993“ (Universität Bielefeld) von Henning Lohmann prämiert.

Die Preise wurden am 23. November 2000 auf dem gemeinsam mit der Deutschen Statistischen Gesellschaft in Wiesbaden veranstalteten 9. Wissenschaftlichen Kolloquium zum Thema „Familien und Haushalte in Deutschland – Statistische Grundlagen, wissenschaftliche Erkenntnisse“ verliehen.

Für den Gerhard-Fürst-Preis 2001 in Frage kommende deutsch- oder englischsprachige Arbeiten können ausschließlich von den sie betreuenden Wissenschaftlern für eine Prämierung vorgeschlagen werden. Sie müssen dazu in den beiden davor liegenden Jahren mindestens mit der Note „gut“ resp. „magna cum laude“ abschließend bewertet worden sein (dies muss aus den eingereichten Unterlagen hervorgehen) und dürfen nicht bereits anderweitig für eine Prämierung eingereicht oder ausgezeichnet worden sein. Hierüber muss eine schriftliche Erklärung des Autors bzw. der Autorin abgegeben werden. Eine vorherige (Teil-)Veröffentlichung der Arbeit schließt eine Preisvergabe nicht aus. Die Urheberrechte bleiben unberührt.

Einzureichen sind neben der vorgeschlagenen Arbeit eine kurze Begründung des vorschlagenden Wissenschaftlers zur Preiswürdigkeit, Kopien der Erst- und ggf. Zweitgutachten, mit denen die Arbeit abschließend bewertet wurde, eine Kurzfassung der Arbeit, ein Lebenslauf des Autors oder der Autorin und eine schriftliche Erklärung, dass mit der Arbeit kein geistiges Eigentum verletzt wurde und jede verwendete Literatur angegeben ist, sofern eine derartige Erklärung nicht bereits in der eingereichten Arbeit enthalten ist.

Die vorgeschlagene Arbeit muss fünffach und die übrigen Unterlagen müssen in neunfacher Ausfertigung bei folgender Adresse eingereicht werden:

Statistisches Bundesamt
Institut für Forschung und
Entwicklung in der Bundesstatistik
Gustav-Stresemann-Ring 11
65189 Wiesbaden

Abweichend von dieser Vorgabe ist es ausreichend, die Examens- bzw. Doktorarbeit nur einfach einzureichen, wenn der Text zusätzlich als unter Windows verarbeitbare Datei zur Verfügung gestellt werden kann. Die eingereichten Unterlagen werden nicht zurückgegeben. **Die Einreichungsfrist endet am 31. März 2001.** Themenvorschläge für zukünftig zu bearbeitende Examens- und Doktorarbeiten können u.a. dem Forschungs- und Entwicklungsplan des Statistischen Bundesamtes entnommen werden, der im Internet abgerufen werden kann (www.statistik-bund.de). Selbstverständlich sind aber auch andere Themen möglich.

Weitere Informationen zum Gerhard-Fürst-Preis können beim Statistischen Bundesamt erfragt werden unter
Tel.: 0611 – 75 – 2695 · E-mail: institut@statistik-bund.de

- Im Mai 2000 waren 68 % der 2,75 Mill. hessischen *Erwerbstätigen* im *Dienstleistungsbereich* beschäftigt. Erste Ergebnisse des Mikrozensus 2000 zeigen, dass nur noch gut 30 % der Erwerbstätigen im Produzierenden Gewerbe und knapp 2 % in der Land- und Forstwirtschaft arbeiteten. Gegenüber 1990 sind in der Wirtschaftsstruktur kräftige Verschiebungen eingetreten. Damals arbeiteten 59 % der hessischen Erwerbstätigen im tertiären Sektor, 38 % im Produzierenden Gewerbe und knapp 3 % in der Land- und Forstwirtschaft. Bei der Beschäftigung von Männern und Frauen bestehen weiter erhebliche Unterschiede hinsichtlich des Wirtschaftsbereichs. Während bei den Männern die Relation der Erwerbstätigen zwischen Dienstleistungsbereich und Produzierendem Gewerbe im vergangenen Jahr 57 zu 41 % betrug, arbeiteten bereits 82 % der berufstätigen Frauen im tertiären Sektor und nur 17 % im Produzierenden Gewerbe. Im Zehnjahresvergleich wird die Verschiebung vom Produzierenden Gewerbe zum Dienstleistungsbereich auch hier deutlich: Lag 1990 bei den männlichen Erwerbstätigen das Produzierende Gewerbe (48 %) nur knapp hinter dem tertiären Sektor (50 %), waren bereits 72 % der Frauen im Dienstleistungsbereich und nur 24 % im Produzierenden Gewerbe beschäftigt.

- In den ersten drei Monaten des Jahres 2000 erblickten in Hessen 1090 nichtdeutsche Kinder das Licht der Welt. Im Vergleich zum ersten Vierteljahr 1999, als 2339 *Kinder ausländischer Eltern* geboren wurden, ist dies ein Rückgang um mehr als 53 %. Die starke Abnahme ist überwiegend durch das neue Staatsangehörigkeitsrecht bedingt. Danach gelten seit Anfang 2000 diejenigen Neugeborenen mit ausländischen Eltern als Deutsche, deren Väter oder Mütter seit acht Jahren den gewöhnlichen Aufenthalt im Inland haben und eine Aufenthaltsberechtigung oder seit drei Jahren eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis besitzen. Nach den Feststellungen der beurkundenden Standesbeamten waren diese Voraussetzungen bei 1043 neu Geborenen erfüllt. Damit erhöhte sich die Zahl der deutschen lebend Geborenen im ersten Vierteljahr 2000 gegenüber dem ersten Quartal 1999 um knapp 10 % auf 11 763. Ohne Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts wäre die Zahl der deutschen lebend Geborenen unverändert geblieben. Die der ausländischen neu Geborenen hätte sich ersten Quartal 2000 um knapp 9 % auf 2133 gegenüber dem gleichen Zeitraum 1999 verringert.

- Im Mai 2000 waren 67 % der hessischen Einwohner im erwerbsfähigen Alter (15 bis unter 65 Jahre) berufstätig. Nach ersten Ergebnissen des Mikrozensus 2000 betrug der Anteil der erwerbstätigen Männer an der männlichen Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter 75 %, während die entsprechende *Erwerbstätigenquote* der Frauen 59 % ausmachte. Im Vergleich zu 1990 nahm die Erwerbstätigenquote der

Bevölkerung um einen Prozentpunkt ab. Diese Entwicklung ist allein auf die um 5 Prozentpunkte gesunkene Erwerbstätigenquote der Männer zurückzuführen, während sich der entsprechende Anteil bei den Frauen um 3 Prozentpunkte erhöhte. Bei den Männern sind im Zehnjahreszeitraum besonders die Erwerbstätigenquoten in den unteren und oberen Altersgruppen gesunken, was vor allem durch längere Ausbildungszeiten und früheren Übergang in den Ruhestand verursacht wurde. So ging die Erwerbstätigenquote der 15- bis unter 20-jährigen Männer von 43 auf 30 % und die Quote der 50- bis unter 55-Jährigen von 78 auf 69 % zurück. Demgegenüber nahmen bei den Frauen von 1990 bis 2000 die Erwerbstätigenquoten nur in den beiden Altersgruppen der 15- bis unter 20-Jährigen sowie der 20- bis unter 25-Jährigen — auf Grund längerer Ausbildungszeiten — um 10 bzw. 8 Prozentpunkte ab. In allen anderen Altersgruppen wurden jedoch im Jahr 2000 höhere Erwerbstätigenquoten als vor zehn Jahren festgestellt. Besonders auffällig ist die gestiegene Erwerbsbeteiligung der Frauen in den Altersgruppen der 30- bis unter 60-Jährigen. Hier waren auf Grund des geänderten Erwerbsverhaltens die Quoten im Jahre 2000 im Allgemeinen um jeweils 7 Prozentpunkte höher als 1990. Die höchste Erwerbstätigenquote wurde mit 75 % bei den 40- bis unter 45-Jährigen festgestellt. Nach Unterbrechung wegen Kindererziehung und Familienarbeit kehren Frauen folglich verstärkt in den Arbeitsprozess zurück.

- Eine zum Jahresende 1999 erstmals bei allen *ambulant*en und *stationären Pflegeeinrichtungen* im Land Hessen durchgeführte Erhebung, mit der Daten über deren personelle Ausstattung sowie die dort betreuten Pflegebedürftigen ermittelt wurden, lieferte jetzt erste Eckzahlen, die einen Einblick in den derzeitigen pflegerischen Versorgungsgrad ermöglichen. Danach wurden zum Jahresende 1999 in den rund 620 Pflegeheimen in Hessen ca. 37 500 Pflegebedürftige versorgt. Knapp 30 % der dort Betreuten waren der Pflegestufe I zugeordnet, gut 40 % gehörten der Pflegestufe II an und knapp 30 % der Pflegestufe III einschl. der Härtefälle. Knapp 3 % waren bisher durch den hierfür zuständigen Medizinischen Dienst der Krankenkassen noch keiner Pflegestufe zugeordnet worden. In den stationären Einrichtungen arbeiteten rund 30 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, von denen rund 44 % teilzeitbeschäftigt waren. Im ambulanten Bereich wurden fast 30 000 Pflegebedürftige durch 860 Pflegedienste betreut. Jeweils rund 40 % der Pflegebedürftigen waren den Pflegestufen I und II zugeordnet, die übrigen knapp 20 % der Pflegestufe III einschl. der Härtefälle. Insgesamt gab es in den ambulanten Pflegediensten rund 13 000 Beschäftigte, davon arbeiteten knapp zwei Drittel als Teilzeitkraft. Detailliertere Informationen zur Betreuungssituation in ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen sowie zu den Pflegegeldempfängerinnen und -empfängern werden voraussichtlich im Frühjahr des Jahres veröffentlicht. Dann wird auch ein Verzeichnis mit den Anschriften der Einrichtungen verfügbar sein.

Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen

Jahr Monat Vierteljahr	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾			Bauhauptgewerbe ³⁾		Einzelhandel	Preise	Arbeitsmarkt ⁷⁾					
	Volumenindex des Auftrags-eingangs ²⁾ 1995 = 100			Beschäftigte	Index des Auftrags-eingangs ⁴⁾ 1995 = 100	Beschäftigte	Index der Umsätze ⁵⁾ 1995 = 100	Preis-Index für die Lebenshaltung ⁶⁾ 1995 = 100	Arbeitslose ⁸⁾	Arbeitslosenquote ⁹⁾	Offene Stellen ¹⁰⁾	Kurzarbeit (Personen) ¹¹⁾	
	Insgesamt	Inland	Ausland										
Grundzahlen ¹¹⁾													
1997 D	102,7	94,3	118,0	481 106	95,3	45 451	100,1	102,8	260 796	10,4	21 381	11 788	
1998 D	105,8	101,1	114,5	470 074	83,1	40 519	101,5	104,1	254 050	10,0	26 021	6 505	
1999 D	98,6	92,9	109,2	464 439	86,6	37 865	102,8	105,0	239 257	9,4	30 650	6 396	
1999 3. Vj. D	98,2	94,9	104,4	466 103	92,0	38 270	98,1	105,4	
Oktober	101,0	94,5	113,1	462 730	99,9	38 944	105,3	105,3	225 484	8,8	30 339	4 857	
November	108,2	98,7	125,8	462 177	59,5	38 547	111,0	105,5	225 151	8,8	28 924	6 113	
Dezember	94,5	87,6	106,9	459 689	90,5	37 805	124,0	105,7	229 534	9,0	30 376	4 355	
4. Vj. D	101,2	93,6	115,3	461 532	83,3	38 432	113,4	105,6	
2000 Januar	93,8	84,5	111,0	457 994	51,5	36 282	91,6	106,1	238 900	9,3	32 285	5 711	
Februar	102,0	92,8	118,9	457 706	61,4	35 832	97,2	106,4	236 497	9,2	37 020	6 916	
März	117,9	108,8	134,7	458 169	93,7	35 528	111,8	106,6	228 878	8,9	39 531	6 424	
1. Vj. D	104,6	95,4	121,5	457 956	68,9	35 881	100,2	106,4	
April	97,8	92,2	108,1	457 731	65,4	35 782	104,0	106,5	221 800	8,3	41 222	6 841	
Mai	111,1	103,7	124,9	457 918	140,4	35 914	113,1	106,4	211 812	7,9	40 438	5 606	
Juni	105,8	93,4	128,6	459 850	84,0	35 764	96,5	106,9	213 076	8,0	39 841	4 047	
2. Vj. D	104,9	96,4	120,5	458 500	96,6	35 820	104,5	106,6	
Juli	100,7	94,4	112,4	460 846	102,4	35 806	97,1	107,4	213 256	8,0	39 929	3 096	
August	105,6	103,2	110,0	462 698	74,6	35 922	101,6	107,3	206 753	7,7	38 512	4 486	
September	113,2	101,4	135,0	462 538	110,6	35 878	101,1	107,8	201 102	7,5	38 139	4 924	
3. Vj. D	106,5	99,7	119,1	462 027	95,9	35 869	99,9	107,5	
Oktober	108,0	96,1	129,9	461 202	85,5	36 072	103,5	107,5	196 354	7,3	35 763	4 783	
November	110,3	100,1	129,0	461 123	76,0	35 726	111,2	107,7	195 173	7,3	34 950	4 518	
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in % ¹¹⁾													
1997 D	1,5	- 3,6	9,9	- 6,0	- 3,2	- 13,4	- 0,5	1,7	11,4	.	1,1	- 35,9	
1998 D	3,0	7,2	- 3,0	- 2,3	- 12,7	- 10,9	1,4	1,3	- 2,6	.	21,7	- 44,8	
1999 D	- 6,8	- 8,1	- 4,6	- 1,2	4,2	- 6,5	1,3	0,9	- 5,8	.	17,8	- 1,7	
1999 3. Vj.	- 7,6	- 10,8	- 1,7	- 1,3	- 7,3	- 5,4	0,0	1,0	
Oktober	- 1,1	- 4,4	4,6	- 1,7	20,8	- 3,5	1,4	1,2	- 4,8	.	26,5	1,1	
November	7,3	2,3	15,5	- 1,7	- 12,6	- 3,1	3,8	1,4	- 5,7	.	28,2	8,6	
Dezember	1,9	0,6	4,1	- 1,7	- 10,4	- 3,6	4,6	1,5	- 7,5	.	35,5	- 20,6	
4. Vj.	2,7	- 0,5	8,2	- 1,7	- 0,7	- 3,4	3,4	1,3	
2000 Januar	8,4	8,2	8,8	- 1,9	- 42,2	- 4,8	1,9	2,0	- 8,1	.	21,6	- 27,8	
Februar	12,8	12,2	13,8	- 2,0	- 0,5	- 3,6	9,5	2,1	- 8,9	.	21,2	- 22,4	
März	9,2	5,1	15,9	- 2,0	- 5,6	- 4,4	- 3,5	2,1	- 8,6	.	21,1	- 37,7	
1. Vj.	10,1	8,2	13,0	- 2,0	- 17,4	- 4,3	2,0	2,1	
April	- 1,9	- 1,9	- 1,8	- 1,3	- 9,6	- 4,0	1,6	1,6	- 9,4	.	23,4	- 21,7	
Mai	13,4	17,2	11,3	- 1,3	66,0	- 3,4	13,8	1,5	- 10,1	.	27,9	- 11,4	
Juni	2,9	- 4,7	15,2	- 0,9	- 21,3	- 4,3	- 5,6	1,9	- 8,7	.	27,1	- 41,8	
2. Vj.	4,7	1,4	10,1	- 1,1	9,9	- 3,9	3,1	1,7	
Juli	5,6	3,6	8,6	- 1,1	18,1	- 5,8	- 4,1	1,9	- 10,4	.	23,6	- 32,9	
August	13,5	12,3	15,9	- 0,9	- 20,8	- 6,5	7,2	1,7	- 10,9	.	21,5	27,7	
September	6,5	- 0,4	17,7	- 0,8	16,6	- 6,6	2,7	2,4	- 11,7	.	19,1	18,6	
3. Vj. D	8,5	5,1	14,1	- 0,9	1,4	- 6,6	1,8	2,0	
Oktober	6,9	1,7	14,9	- 0,3	- 14,4	- 7,4	- 1,7	2,1	- 12,9	.	17,9	- 1,5	
November	1,9	1,4	2,5	- 2,0	27,8	- 7,3	0,2	2,1	- 13,3	.	20,8	- 26,1	
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vormonat bzw. dem Vorquartal in % ¹¹⁾													
1999 3. Vj.	- 2,0	- 0,2	- 4,6	0,5	4,7	2,7	- 3,3	0,6	
Oktober	- 5,0	- 7,2	- 1,4	0,6	5,3	1,4	7,0	-	- 1,0	.	- 5,2	17,0	
November	7,1	4,4	11,2	- 0,1	- 40,5	- 1,0	5,4	0,2	- 0,1	.	- 4,7	25,9	
Dezember	- 12,7	- 11,2	- 15,0	- 0,5	52,1	- 1,9	11,7	0,2	1,9	.	5,0	- 28,8	
4. Vj.	3,1	- 1,4	10,4	- 1,0	- 9,5	0,4	15,6	0,1	
2000 Januar	- 0,7	- 3,5	3,8	- 0,4	- 43,1	- 4,0	- 26,1	0,4	4,1	.	6,3	31,1	
Februar	8,7	9,8	7,1	- 0,1	19,4	- 1,2	6,1	0,3	- 1,0	.	14,7	21,1	
März	15,6	17,2	13,3	0,1	52,5	- 0,8	15,0	0,2	- 3,2	.	6,8	- 7,1	
1. Vj.	3,4	1,9	5,4	- 0,8	- 17,3	- 6,6	- 11,6	0,9	
April	- 17,0	- 15,3	- 19,7	- 0,1	- 30,3	0,7	- 7,0	- 0,1	- 3,1	.	4,3	6,5	
Mai	13,6	12,5	15,5	0,0	114,8	0,4	8,8	- 0,1	- 4,5	.	- 1,9	- 18,1	
Juni	- 4,8	- 9,9	3,0	0,4	- 40,2	- 0,4	- 14,7	0,5	0,6	.	- 1,5	- 27,8	
2. Vj.	0,3	1,1	- 0,8	0,1	40,2	- 0,2	4,3	0,2	
Juli	- 4,8	1,1	- 12,6	0,2	21,9	0,1	0,6	0,5	0,1	.	0,2	- 23,5	
August	4,9	9,3	- 2,1	0,4	- 27,1	0,3	4,6	- 0,1	- 3,0	.	- 3,5	44,9	
September	7,2	- 1,7	22,7	- 0,0	48,2	- 0,1	- 0,5	0,5	- 2,7	.	- 1,0	9,8	
3. Vj. D	1,5	3,4	- 1,2	0,8	- 0,7	0,1	- 4,4	0,8	
Oktober	- 4,6	- 5,2	- 3,8	- 0,3	- 22,7	0,5	2,4	- 0,3	- 2,4	.	- 6,2	- 2,9	
November	2,1	4,2	- 0,7	- 0,0	- 11,1	- 1,0	7,4	- 0,1	- 0,6	.	- 2,3	- 5,5	

1) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten. Wegen der Umstellung auf die neuen EU-Klassifikationen ab 1995 sind Vorjahresvergleiche nicht möglich. - 2) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. - 3) Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten. - 4) Wertindex. - 5) Ohne Mehrwertsteuer. - 6) Alle privaten Haushalte. - 7) Quelle: Landesarbeitsamt Hessen. - 8) Bei Monatswerten Stand am Monatsende. - 9) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. - 10) Bei Monatswerten Stand Monatsmitte. - 11) Gegenüber der letzten Ausgabe teilweise berichtigte Ergebnisse.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1998	1999	1999			2000			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
BEVÖLKERUNG										
* Bevölkerung am Monatsende ¹⁾	1000	6 032,5	6 042,8	6 038,0	6 040,5	6 042,9	6 051,8
Natürliche Bevölkerungsbewegung:										
* Eheschließungen ²⁾	Anzahl	2 666	2 718	2 006	3 489	3 518	1 894
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	5,3	5,4	4,0	6,8	7,1	3,7
* Lebendgeborene ³⁾	"	5 047	4 916	4 855	5 129	4 950	4 722
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	10,0	9,8	9,8	10,0	10,0	9,2
* Gestorbene ⁴⁾ (ohne Totgeborene)	"	5 082	5 088	4 868	4 723	4 797	4 983
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	10,1	10,1	9,8	9,2	9,7	9,7
* darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene	"	24	22	27	24	25	14
auf 1000 Lebendgeborene	"	4,8	4,5	5,6	4,7	5,1	3,0
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	"	- 34	- 172	- 13	406	153	- 261
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	- 0,1	- 0,4	- 0,0	0,8	0,3	- 0,5
Wanderungen:										
* Zuzüge über die Landesgrenzen	Anzahl	13 316	14 164	13 702	12 316	14 128	13 357	11 678
* darunter aus dem Ausland	"	5 443	6 186	6 296	6 059	6 810	5 881	5 148
* Fortzüge über die Landesgrenzen	"	12 995	12 591	11 263	10 246	11 867	12 667	10 710
* darunter in das Ausland	"	6 000	9 114	4 510	4 445	5 264	6 060	4 437
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	"	320	1 574	2 439	2 070	2 261	690	968
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁵⁾	"	18 531	19 091	17 797	16 847	18 506	18 364	15 529
		1999	2000	1999			2000			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
ARBEITSMARKT										
* Arbeitslose am Monatsende ⁶⁾	Anzahl	239 257	214 875	225 484	225 151	229 534	201 102	196 354	195 173	200 261
* darunter Frauen	"	105 186	96 519	102 123	101 528	101 742	92 761	90 499	89 318	89 588
Männer	"	134 071	118 356	123 361	123 623	127 792	108 341	105 855	105 855	110 673
Ausländer	"	51 080	45 177	47 950	47 914	48 612	42 144	41 830	41 875	42 699
Jugendliche unter 20 Jahren	"	5 747	5 442	5 559	5 262	5 384	5 481	4 903	4 852	4 893
* Arbeitslosenquote ⁷⁾ insgesamt	%	9,4	8,1	8,8	8,8	9,0	7,5	7,3	7,3	7,5
* darunter der Frauen	"	9,1	8,0	8,8	8,7	8,8	7,5	7,3	7,2	7,3
Männer	"	9,6	8,3	8,8	8,8	9,1	7,5	7,3	7,3	7,7
Ausländer	"	17,2	14,8	16,2	16,2	16,4	13,7	13,6	13,6	13,9
Jugendlichen unter 20 Jahren	"	8,0	5,8	7,7	7,3	7,4	5,3	4,7	4,7	4,7
* Offene Stellen am Monatsende ⁸⁾	Anzahl	30 650	37 527	30 339	28 924	30 376	38 139	35 763	34 950	35 012
* Kurzarbeiter (Monatsmitte) ⁹⁾	"	6 396	5 156	4 857	6 113	4 355	4 924	4 783	4 518	4 523
		1998	1999	1998			1999			
		Durchschnitt ¹⁰⁾		Juni	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.
* Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer am Arbeitsort insgesamt ⁸⁾¹¹⁾	1000	2 105,3	2 130,8	2 093,0	2 128,8	2 110,9	2 102,7	2 116,0	2 153,0	2 151,5
* darunter Frauen	"	903,7	916,6	896,9	911,4	906,7	906,1	908,0	924,0	928,3
Ausländer	"	226,6	227,8	225,8	229,6	226,0	225,0	227,0	231,1	227,9
* Teilzeitbeschäftigte	"	310,0	..	307,7	310,9	315,1	316,2
darunter Frauen	"	272,5	..	271,1	273,4	275,0	274,7
darunter ausgew. Wirtschaftsabschnitte ⁹⁾ :										
* Bergbau	"	9,2	8,8	8,6
* darunter Frauen	"	0,9	0,9	0,9
* Verarbeitendes Gewerbe	"	543,0	535,8	530,2
* darunter Frauen	"	142,6	139,9	138,2
* Energie- und Wasserversorgung	"	17,0	17,0	17,6
* darunter Frauen	"	3,0	2,9	3,2
* Baugewerbe	"	136,0	129,7	125,7
* darunter Frauen	"	16,0	15,8	15,4
* Handel- und Gastgewerbe	"	388,6	384,4	382,7
* darunter Frauen	"	186,0	186,1	185,4
* Verkehr- und Nachrichtenübermittlung	"	144,2	144,1	144,5
* darunter Frauen	"	47,8	47,8	48,2
* Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	"	139,3	138,9	139,1
* darunter Frauen	"	68,7	68,4	68,4
* Grundstückswesen, Vermietung, Dienstleistungen für Unternehmen	"	249,2	250,9	253,6
* darunter Frauen	"	111,1	111,5	113,2
* Öffentliche Verwaltung u. ä.	"	130,7	130,3	129,1
* darunter Frauen	"	74,9	74,9	74,6
* Öffentliche und private Dienstleistungen (ohne öffentl. Verwaltung)	"	358,6	358,0	357,9
* darunter Frauen	"	254,2	254,8	254,7

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Fortschreibungsergebnisse auf der Basis der Bevölkerungsfeststellung vom 25. Mai 1987 (Volkszählung). - 2) Nach dem Ereignisort. - 3) Nach der alleinigen oder der Hauptwohnung der Mutter. - 4) Nach der alleinigen oder Hauptwohnung des Verstorbenen. - 5) Ohne innerhalb der Gemeinden Umgezogene. - 6) Quelle: Landesarbeitsamt Hessen. - 7) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. - 8) Einschl. Land- und Forstwirtschaft, Fischerei. Quelle: Bundesanstalt für Arbeit. - 9) Auf Grund der Einführung der neuen Wirtschaftszweigsystematik (WZ 93) ist die Vergleichbarkeit mit früheren Erhebungen nicht gewährleistet. - 10) Durchschnitt für die Monate März, Juni, September und Dezember. - 11) Ein Nachweis in wirtschaftsfachlicher Gliederung ist auf Grund von Strukturverschiebungen zur Zeit nicht möglich.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1998	1999	1999			2000				
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	August	Sept.	Okt.	Nov.	
LANDWIRTSCHAFT											
Schlachtungen ¹⁾ :											
Rinder	Anzahl	8 526	8 088	7 140	8 911	11 899	6 235	6 816	8 555	10 265	
Kälber	"	317	341	248	437	434	306	312	417	446	
Schweine	"	110 555	108 303	101 096	107 776	128 846	95 380	98 319	110 686	112 175	
darunter hausgeschlachtet	"	10 131	9 044	4 173	9 053	16 419	2 500	4 083	7 757	14 379	
Schlachtmengen ²⁾ :											
* Gesamtschlachtgewicht	Tonnen	11 755	11 653	11 210	11 766	13 571	10 818	11 126	11 476	12 017	
darunter von											
* Rindern	"	2 206	2 207	2 136	2 390	2 806	1 941	2 078	2 392	2 541	
* Kälbern	"	27	30	15	43	26	33	40	46	47	
* Schweinen	"	9 265	9 099	8 768	9 057	10 368	8 464	8 593	8 684	9 039	
Geflügel:											
* Erzeugte Konsumierter ³⁾	1000 St.	30 523	30 668	29 952	28 945	28 186	27 954	31 784	33 607	32 911	
Milcherzeugung:											
Kuhmilcherzeugung	Tonnen	86 948	87 211	81 871	83 719	80 315	83 707	79 276	80 420	77 177	
* darunter an Molkereien u. Händler geliefert	"	81 309	82 275	77 178	78 869	75 621	80 137	75 821	76 650	73 721	
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	16,6	16,4	15,6	15,5	15,3	15,4	15,0	14,8	14,6	
VERARBEITENDES GEWERBE ⁴⁾											
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	470,1	464,4	466,1	462,7	462,2	462,7	462,5	461,2	461,1	
darunter Arbeiter (einschl. gewerbli. Azubi.)	"	281,3	275,0	275,4	273,5	273	273,0	272,9	272,4	272,3	
* Geleistete Arbeitsstunden	"	36 485	35 589	36 936	36 107	37 807,0	35 944	35 580	35 670	37 620	
* Brutto Lohnsumme	Mill. DM	1 301,1	1 285,7	1 241,0	1 259,0	1 618,5	1 275,0	1 240,0	1 288,1	1 634,2	
* Bruttogehaltssumme	"	1 415,7	1 424,5	1 363,5	1 330,3	1 842,5	1 360,1	1 371,9	1 357,7	1 856,8	
* Gesamtumsatz (ohne MwSt.)	"	12 838,2	12 763,0	14 095,9	13 486,4	14 084,4	13 052,6	14 529,6	14 030,8	14 644,7	
* darunter Auslandsumsatz	"	4 285,7	4 278,5	4 800,2	4 463,9	4 696,1	4 651,8	5 381,7	5 260,5	5 559,1	
Exportquote ⁵⁾	%	33,4	33,5	34,1	33,1	33,3	35,6	37,0	37,5	38,0	
Index der Nettoproduktion											
Insgesamt ⁶⁾	1991 = 100	95,1	
darunter											
Vorleistungsgüterproduzenten	"	101,0	
Investitionsgüterproduzenten	"	82,9	
Gebrauchsgüterproduzenten	"	70,7	
Verbrauchsgüterproduzenten	"	84,9	
Index der Nettoproduktion											
im Verarbeitenden Gewerbe ⁷⁾	1991 = 100	95,3	
darunter											
Chemische Industrie	"	91,8	
Maschinenbau	"	84,0	
Fahrzeugbau	"	107,9	
Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik usw.	"	83,3	
Volumenindex des Auftragseingangs ⁷⁾											
Insgesamt	1995 = 100 % ⁸⁾	3,0	- 6,8	0,6	- 1,1	7,3	13,5	6,5	6,9	1,9	
davon											
Vorleistungsgüterproduzenten	"	2,5	- 1,9	1,4	1,4	12,0	12,0	1,0	5,1	- 0,9	
Investitionsgüterproduzenten	"	7,6	- 14,3	6,9	- 3,0	- 0,7	21,8	10,0	8,5	8,0	
Gebrauchsgüterproduzenten	"	- 7,2	- 8,8	- 25,1	- 3,2	9,5	8,7	12,7	13,8	- 2,1	
Verbrauchsgüterproduzenten	"	- 6,7	- 1,2	- 11,0	- 5,0	13,7	- 1,8	25,7	10,4	0,6	
Volumenindex des Auftragseingangs											
nach ausgewählten Branchen:											
Chemische Industrie	% ⁸⁾	- 1,6	- 2,3	- 0,2	2,2	11,6	9,1	21,0	7,8	- 0,5	
Maschinenbau	"	- 0,7	- 5,9	0,8	- 5,6	- 5,2	17,2	17,8	19,4	14,6	
Kraftwagen und -teile	"	6,0	- 20,0	- 8,0	- 10,4	- 2,3	11,7	- 3,0	- 2,2	- 7,2	
Herstellung von Metallserzeugnissen	"	4,3	- 1,4	- 4,8	- 1,8	5,7	8,2	1,8	4,2	6,6	
ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG											
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	2 540,3	2 278,0	2 606,7	2 913,6	3 013,9	1 940,0	1 771,0	
* Stromverbrauch ⁹⁾	"	2 746,4	2 714,2	2 506,3	2 761,7	2 996,8	2 720,5	2 957,5	

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Gewerbliche und Hauschlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft. - 2) Gewerbliche Schlachtungen (ohne Geflügel); einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. - 3) in Betrieben ab 3000 Hennenhaltungsplätzen. - 4) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. - 5) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. - 6) Kalendermonatlich. - 7) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. - 8) Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Vorjahresmonat. - 9) Ohne Pumpstromverbrauch und ohne Übertragungsverluste; ohne Eigenverbrauch der Kraftwerke.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1998	1999	1999			2000			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	August	Sept.	Okt.	Nov.
BAUGEWERBE										
Bauhauptgewerbe ¹⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) darunter	1000	63,8	62,1	62,4	65,4	64,7	60,5	60,4	62,4	61,8
Facharbeiter ²⁾	*	33,5	32,6	33,1	33,8	33,5	32,0	31,9	33,1	32,5
Fachwerker und Werker	*	10,2	9,8	9,7	11,1	11,0	9,7	9,7	9,5	9,5
gewerblich Auszubildende	*	3,2	3,1	3,2	3,3	3,2	2,9	2,9	3,0	3,0
* Geleistete Arbeitsstunden darunter für den	*	5 916	5 923	6 890	6 888	6 575	6 595	6 212	6 405	6 503
Wohnungsbau	*	2 183	2 262	2 637	2 595	2 547	2 437	2 286	2 503	2 541
gewerblichen und Industriellen Bau	*	1 849	1 812	2 033	2 015	1 967	1 900	1 825	1 857	1 935
öffentlichen und Verkehrsbau	*	1 826	1 817	2 190	2 217	1 996	2 228	2 058	2 008	1 988
* Bruttolehnsumme ³⁾	Mill. DM	191,9	190,4	199,8	202,1	236,1	202,9	188,0	198,7	233,1
* Bruttogehaltssumme	*	85,3	80,9	76,1	78,8	98,3	75,2	73,7	75,8	96,8
Baugewerblicher Umsatz (ohne MwSt.)	*	975,1	1 039,2	1 201,7	1 156,9	1 228,7	1 056,9	1 077,7	1 112,7	1 242,3
* Index des Auftragsleistung ⁴⁾ darunter	1995 = 100	83,1	86,6	94,9	99,9	59,5	74,6	110,6	85,5	76,0
Wohnungsbau	*	69,1	66,5	72,6	55,7	58,5	63,1	58,8	44,7	34,1
gewerblicher und Industrieller Bau	*	85,4	90,9	96,2	123,3	57,8	75,1	137,0	97,1	100,5
öffentlichen und Verkehrsbau	*	88,1	92,4	105,5	95,3	62,1	80,3	106,4	93,6	68,7
Ausbaugewerbe ⁵⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	26,2	25,2	25,3	.	.	.	24,8	.	.
* Geleistete Arbeitsstunden	*	7 719	7 316	7 513,0	.	.	.	7 309,0	.	.
Bruttolehn- und -gehaltssumme	Mill. DM	339,2	330,5	336,5	.	.	.	332,2	.	.
* Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne MwSt.)	*	1 115,2	1 036,3	1 101,9	.	.	.	1 348,4	.	.
BAUGENEHMIGUNGEN										
* Wohngebäude (Neu- und Wiederaufbau) ⁶⁾ darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	995	1 048	1 462	1 096	1 010	866	856	799	859
	*	866	932	1 300	982	908	765	748	715	774
* Umbauter Raum der Wohngebäude ⁶⁾	1000 m ³	1 122	1 151	1 530	1 252	988	969	962	1 008	951
* Wohnfläche in Wohngebäuden ⁶⁾	1000 m ²	211	213	289	232	188	172	181	187	174
* Veranschlagte reine Baukosten der Wohngebäude ⁷⁾	1000 DM	599 957	645 188	800 536	1 136 362	508 406	483 851	489 813	497 771	488 852
* Nichtwohngebäude (Neu- u. Wiederaufbau) ⁶⁾ Umbauter Raum der Nichtwohngebäude ⁶⁾	Anzahl	238	271	392	297	280	257	220	278	280
	1000 m ³	684	808	1 351	812	972	716	390	889	1 846
* Nutzfläche in Nichtwohngebäuden ⁶⁾	1000 m ²	164	190	316	198	245	163	101	169	330
* Veranschlagte reine Baukosten der Nichtwohngebäude ⁷⁾	1000 DM	310 505	348 572	599 757	364 565	403 453	427 323	235 234	309 718	789 168
* Wohnungen insgesamt ⁸⁾	Anzahl	2 411	2 278	3 165	2 396	2 035	1 909	1 955	2 003	1 694
* Wohnräume insgesamt ⁸⁾	*	11 851	11 744	16 844	12 507	10 624	9 971	10 043	10 125	9 514
EINZELHANDEL UND GASTGEWERBE										
Einzelhandel										
* Index der Umsätze ⁹⁾ - real	1995 = 100	99,9	100,8	96,3	103,1	108,7	98,2	96,9	99,7	107,3
* Index der Umsätze ⁹⁾ - nominal	*	101,5	102,8	98,4	105,3	111,0	101,6	101,1	103,5	111,2
darunter (Einzelhandel mit)										
Waren verschiedener Art ¹⁰⁾	*	112,2	115,8	111,9	112,3	117,1	111,9	104,7	103,8	110,2
Kraftfahrzeugen ¹¹⁾ ; Tankstellen	*	101,9	101,7	94,2	100,6	110,1	98,8	94,4	99,1	110,8
Apotheken ¹²⁾	*	114,1	118,4	116,0	117,4	122,4	128,6	123,9	129,4	132,3
Bekleidung	*	88,8	86,4	75,9	102,3	98,1	76,6	89,3	94,3	95,4
Möbeln, Einrichtungsgegenständen ¹³⁾	*	97,6	95,5	91,8	105,8	108,6	85,1	95,0	104,2	111,4
Metallwaren und Anstrichmitteln ¹⁴⁾	*	97,1	97,7	99,2	105,1	101,4	114,3	111,6	112,1	115,5
* Beschäftigte im Einzelhandel (Index)	*	93,8	90,7	90,2	90,0	90,3	87,2	87,3	88,1	89,0
Gastgewerbe										
* Index der Umsätze ⁹⁾ - real	1995 = 100	91,4	91,8	103,0	99,1	87,0	91,5	104,6	100,3	92,0
* Index der Umsätze ⁹⁾ - nominal	*	94,8	96,3	108,2	104,0	91,5	99,4	111,2	106,6	96,7
darunter										
Hotels, Gasthöfe, Pensionen, Hotels garnis	*	100,3	103,0	130,7	122,5	99,7	107,6	138,1	125,9	106,0
Restaurants, Cafés, Eisdielen, Imbissstellen	*	91,4	91,9	94,8	93,0	85,9	91,5	92,2	92,4	85,8
Kantinen und Caterer	*	98,3	106,3	116,0	111,3	102,4	118,4	124,2	117,6	121,0
* Beschäftigte im Gastgewerbe (Index)	*	94,8	89,3	89,6	86,4	83,5	85,6	89,5	89,5	86,4

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau. Nach der Totalerhebung hochgerechnete Ergebnisse. - 2) Einschl. Polieren und Meistern. - 3) Einschl. Entgelten für Poliere und Meister. - 4) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. - 5) Bauplanung und sonstiges Baugewerbe. Ab 1997 Vierteljahresergebnisse (März - 1. Vj., Juni - 2. Vj., usw.). Ergebnisse nach der neuen EU-Klassifikation liegen erst ab Januar 1996 vor. Vorjahresvergleiche sind nicht möglich. - 6) Ohne Gebäudeteile. - 7) Einschl. Gebäudeteile. - 8) In Wohn- und Nichtwohngebäuden; alle Baumaßnahmen. - 9) Ohne Umsatzsteuer; teilweise berichtigte Ergebnisse. - 10) Vor allem Warenhäuser, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte und Supermärkte. - 11) Sowie mit Kraftfahrzeugteilen und -zubehör. - 12) Sowie Drogerien und Einzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln. - 13) Sowie Hausrat. - 14) Sowie Bau- und Heimwerkerbedarf.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1998	1999	1999			2000			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	August	Sept.	Okt.	Nov.
AUSSENHANDEL										
* Ausfuhr (Spezialhandel) insgesamt ¹⁾	Mill. DM	4 404,9	4 212,1	4 320,5	4 602,4	4 509,7	4 803,3	4 739,2
davon										
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	106,4	104,7	110,4	123,4	128,8	123,6	107,4
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	4 298,4	4 107,4	4 210,1	4 479,0	4 380,8	4 679,8	4 631,8
davon										
* Rohstoffe	"	38,3	36,6	34,7	37,4	35,8	39,2	36,9
* Halbwaren	"	332,6	322,2	288,8	430,0	256,3	378,7	417,6
* Fertigwaren	"	3 927,5	3 748,5	3 886,6	4 011,6	4 088,7	4 261,8	4 177,3
davon										
* Vorerzeugnisse	"	734,1	745,9	827,0	758,3	841,9	900,7	882,2
* Enderzeugnisse	"	3 193,5	3 002,7	3 059,6	3 253,2	3 246,8	3 361,2	3 295,1
Unter den Fertigwaren waren										
chemische Erzeugnisse	"	1 029,0	1 047,3	1 142,4	1 033,0	1 152,2	1 216,4	1 273,1
Maschinen	"	740,4	666,2	606,7	690,3	632,8	765,8	661,1
Fahrzeuge	"	692,2	587,4	651,6	632,4	705,3	535,9	578,6
elektrotechnische Erzeugnisse	"	485,2	472,3	541,7	562,5	525,2	580,2	558,1
Eisen- und Metallwaren	"	312,1	302,8	279,1	378,5	319,8	365,3	381,2
Ausfuhr nach ausgew. Verbrauchsländern:										
* EU-Länder ²⁾	"	2 367,8	2 300,1	2 394,6	2 426,0	2 558,4	2 286,8	2 480,1
darunter										
Vereinigtes Königreich	"	392,0	364,3	412,7	392,7	401,1	357,4	342,4
Frankreich	"	434,5	417,0	373,7	408,3	421,1	417,4	478,1
Italien	"	301,2	298,8	285,9	342,8	318,1	257,8	377,9
Niederlande	"	265,9	266,7	244,6	281,2	333,1	253,8	257,6
Belgien-Luxemburg	"	295,0	221,4	284,1	256,7	258,7	239,4	225,7
Österreich	"	219,4	236,4	257,6	235,7	238,4	239,4	227,1
EFTA-Länder ³⁾	"	239,6	234,9	264,4	269,7	229,3	292,5	278,0
darunter										
Schweiz	"	199,0	199,1	219,4	229,5	196,0	256,9	244,6
Norwegen	"	37,6	32,5	41,5	37,1	29,3	31,1	27,8
USA	"	453,1	429,1	437,6	533,2	449,4	530,1	506,3
* Einfuhr (Generalhandel) insgesamt ¹⁾	"	6 609,3	7 173,5	7 365,0	7 188,3	7 225,9	7 903,5	8 528,1
davon										
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	321,4	322,2	280,3	345,7	330,5	357,6	321,8
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	6 287,9	6 851,3	7 084,7	6 842,6	6 895,4	7 545,9	8 206,3
davon										
* Rohstoffe	"	78,9	77,0	67,6	65,0	81,6	97,8	118,6
* Halbwaren	"	576,2	699,3	539,9	577,6	543,1	719,6	1 049,7
* Fertigwaren	"	5 632,8	6 074,9	6 477,2	6 199,9	6 270,7	6 728,5	7 038,0
davon										
* Vorerzeugnisse	"	725,2	669,5	584,1	669,1	807,7	797,7	870,4
* Enderzeugnisse	"	4 907,6	5 405,5	5 893,1	5 530,9	5 463,0	5 930,9	6 167,5
* Einfuhr aus EU-Ländern ²⁾	"	3 341,6	3 372,3	3 555,1	3 521,2	3 575,2	3 327,4	3 747,0
FREMDENVERKEHR ⁴⁾										
* Gästeankünfte	1000	728	763	949	915	769	900	1 047	919	803
* darunter von Auslands Gästen	"	187	191	232	219	161	261	280	231	169
* Gästeübernachtungen	"	1 904	2 000	2 470	2 346	1 835	2 557	2 662	2 381	1 953
darunter von Auslands Gästen	"	360	370	430	425	301	521	527	457	322
Gästeübernachtungen nach Berichts-										
gemeindegruppen:										
Heilbäder	"	573	600	718	688	553	770	771	702	586
Luftkurorte	"	134	133	170	145	93	184	170	142	97
Erholungsorte	"	95	94	113	120	49	148	125	108	52
Sonstige Gemeinden	"	1 102	1 173	1 469	1 393	1 139	1 455	1 597	1 430	1 218
darunter Großstädte	"	488	526	636	617	560	618	690	642	594
VERKEHR										
Binnenschifffahrt										
Güterumschlag insgesamt	1000 t	1 248	1 301	1 303	1 445	1 448	1 499	1 408	1 501	...
davon										
* Güterversand	"	208	205	216	234	260	238	232	264	...
* Gütereingang	"	1 045	1 096	1 087	1 211	1 189	1 262	1 176	1 237	...

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Ab Januar 1999 vorläufige Zahlen. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung von Einfuhr- und Ausfuhrergebnissen nicht vertretbar. - 2) Mitgliedsländer nach dem Stand von Januar 1995 (Frankreich, Belgien-Luxemburg, Niederlande, Italien, Vereinigtes Königreich, Rep. Irland, Dänemark, Griechenland, Spanien, Portugal, Schweden, Finnland, Österreich). - 3) Mitgliedsländer nach dem Stand vom Januar 1997 (Island, Norwegen, Liechtenstein, Schweiz). -

4) Alle Beherbergungstätigkeiten mit mindestens 9 Betten, einschl. Jugendherbergen und Kinderheimen. Besteht eine Gemeinde aus mehreren Ortsteilen, so werden die Ortsteile mit Fremdenverkehr jeweils der in Frage kommenden Gemeindegruppe zugeordnet. Die Gemeindegruppe „Erholungsorte“ enthält nur noch die staatlich anerkannten Erholungsorte; die bisherigen „Erholungsorte ohne Prädikat“ werden der Gruppe „Sonstige Gemeinden“ zugeordnet.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1998	1999	1999			2000			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	August	Sept.	Okt.	Nov.
Noch: VERKEHR										
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge ¹⁾ darunter	Anzahl	36 261	34 124	31 789	29 212	29 357	28 540	28 645	27 029	...
Personenkraftwagen (einschl. Kombi)	*	31 978	29 759	27 786	26140	25 583	24 738	25 206	23 703	...
* Lkw (auch mit Spezialaufbau)	*	1 704	1 877	2 060	1 923	2 330	1 885	2 083	1 852	...
Kraftträder (einschl. Kraftroller)	*	2 090	2 073	1 489	707	951	1 504	933	976	...
Zugmaschinen (zulassungspflichtige)	*	275	297	282	273	329	244	261	303	...
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personenschaden	*	2 174	2 310	2 800	2 373	2 223	2 495	2 416	2 353	2 349
* Getötete Personen ²⁾	*	45	47	59	47	40	41	61	51	45
* Verletzte Personen	*	2 934	3 111	3 754	3 227	2 993	3 229	3 209	3 186	3 192
Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen ³⁾										
Beförderte Personen	1000	38 403	37 353	103 989	.	.	.	109 439	.	.
davon im										
Linienverkehr ⁴⁾	*	37 875	36 883	102 228	.	.	.	107 559	.	.
Gelegenheitsverkehr	*	528	469	1 761	.	.	.	1 880	.	.
Gefahrene Wagenkilometer	1000 km	24 159	23 547	78 720	.	.	.	82705	.	.
davon im										
Linienverkehr ⁴⁾	*	18 938	18 640	59 889	.	.	.	62 206	.	.
Gelegenheitsverkehr	*	5 221	4 908	18 832	.	.	.	20 499	.	.
Einnahmen	1000 DM	80 971	75 526	246 046	.	.	.	255 953	.	.
davon aus										
Linienverkehr ⁴⁾	*	66 591	61 015	185 606	.	.	.	189 758	.	.
Gelegenheitsverkehr	*	14 379	14 511	60 440	.	.	.	66 195	.	.
GELD UND KREDIT										
Banken ⁵⁾										
Kredite an Nichtbanken insgesamt ⁶⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	877 727	920 746	872 384	.	.	.	966 446	.	.
darunter										
Kredite an inländische Nichtbanken ⁶⁾	*	726 864	764 951	725 496	.	.	.	783 457	.	.
davon										
kurzfristige Kredite	*	104 558	120 360	112 693	.	.	.	130 526	.	.
Kredite über 1 Jahr ⁷⁾	*	622 306	644 591	612 803	.	.	.	652 930	.	.
Einzinsen und aufgenommene Gelder ⁸⁾ von Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	581 386	685 448	647 485	.	.	.	745 680	.	.
Zahlungsschwierigkeiten										
* Insolvenzen insgesamt	Anzahl	209	201	198	170	227	267	281	275	...
davon										
von Unternehmen, einschl. Kleingewerbe ⁹⁾	*	164	155	153	134	161	171	173	144	...
von privaten Personen und Nachlässe ⁹⁾	*	45	45	45	36	66	96	108	131	...
* Beantragte Insolvenzen ¹⁰⁾	*	209	201	198	170	227	267	281	275	...
* darunter mangels Masse abgelehnt	*	161	133	126	104	110	133	148	139	...
PREISE										
* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte insgesamt	1995 = 100	104,1	105,0	105,3	105,3	105,5	107,3	107,8	107,5	107,7
darunter										
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	*	102,9	102,1	100,6	100,5	100,5	101,1	100,5	100,5	101,0
Bekleidung, Schuhe	*	102,4	103,4	103,7	103,7	103,8	103,8	103,8	103,9	103,9
Wohnung, Wasser, Strom, Gas ¹¹⁾	*	105,4	107,4	108,0	108,2	108,5	111,0	112,5	112,5	112,7
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt ¹²⁾	*	101,9	102,2	102,2	102,2	102,2	102,0	102,0	102,2	102,1
Verkehr (einschl. Kraftstoffe)	*	105,0	107,9	108,8	110,2	110,1	114,2	116,2	115,1	115,2
Nachrichtenübermittlung	*	97,2	88,0	87,3	87,2	87,2	83,8	83,7	83,7	83,7
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	*	102,8	103,4	103,9	102,4	103,7	106,0	105,1	103,6	104,7
Beherbergungs- und Gaststättenleistungen	*	102,1	103,0	103,4	103,2	103,3	106,2	103,7	103,8	102,6
* Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Haushalten von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen	1995 = 100	103,9	104,9	105,2	105,3	105,3	107,1	107,1	107,0	107,1
* Preisindex für Wohngebäude (Neubau) ¹³⁾	1995 = 100	100,01 ⁴⁾	100,21 ⁴⁾	.	.	100,3	101,5	.	.	101,7

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. - 2) Einschl. der innerhalb 30 Tagen an den Unfallfolgen Gestorbenen. - 3) Vierteljahresergebnisse (März – 1. Vj., Juni – 2. Vj. usw.); Jahresdurchschnitt – Monatsdurchschnitt; nur Unternehmen mit 6 oder mehr Bussen. - 4) Allgemeiner Linienverkehr, Sonderformen des Linienverkehrs (Berufverkehr, Schüler-, Markt- und Theaterfahrten), freigestellter Schülerverkehr. - 5) Die Angaben umfassen die in Hessen gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne Kreditinstitute mit überregionalen Sonderaufgaben (ohne Filialnetz) sowie ohne Post giro- und Postsparkassennäher. - 6) Einschl. durchlaufender Kredite. - 7) Ohne durchlaufende Kredite. - 8) Biseinschl. 1998 ohne Kleingewerbe. - 9) Bis einschl. 1998 „von übrigen Ge meinschuldner“. - 10) Bis einschl. 1998 „Beantragte Konkurse“. - 11) Und andere Brennstoffe. - 12) Sowie deren Instandhaltung. - 13) Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk. - 14) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Februar, Mai, August und November.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1998	1999	1999			2000				
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	August	Sept.	Okt.	Nov.	
STEUERN											
Steueraufkommen insgesamt ¹⁾	Mill. DM	5 930,0	6 486,1	7 694,3	4 660,1	4 964,7	5 328,2	7 753,5	5 499,6	5 202,4	
davon											
Gemeinschaftsteuern	*	5 157,3	5 707,7	6 948,8	3 973,6	4 404,6	4 572,6	7 047,0	4 723,9	4 560,1	
davon											
Lohnsteuer ²⁾	*	2 413,3	2 710,1	2 399,6	2 376,8	2 379,4	2 731,8	2 647,9	2 554,0	2 560,4	
veranlagte Einkommensteuer	*	52,4	116,0	723,5	- 196,3	- 171,0	- 273,3	838,2	- 139,7	- 213,2	
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	*	324,7	344,9	129,9	129,1	72,9	258,3	166,3	113,1	86,6	
Zinsabschlag ²⁾	*	352,0	360,5	226,4	249,1	313,9	335,0	313,6	382,9	454,6	
Körperschaftsteuer ²⁾	*	424,1	425,9	1 673,0	- 92,1	- 119,0	- 212,0	1 634,5	23,6	- 167,0	
Umsatzsteuer	*	1 353,8	1 496,9	1 561,8	1 236,7	1 652,0	1 424,7	1 139,9	1 445,9	1 447,2	
Einfuhrumsatzsteuer	*	237,0	253,5	234,6	270,4	276,4	308,0	306,5	344,2	391,4	
Bundessteuern	*	448,0	458,0	489,3	269,8	308,3	503,5	459,9	344,6	366,3	
darunter											
Mineralölsteuer	*	94,3	91,0	132,9	64,5	68,2	63,2	62,5	72,0	61,9	
Versicherungsteuer	*	109,9	112,0	55,5	51,2	84,5	143,6	74,9	54,4	74,7	
Zölle ³⁾	*	31,2	28,3	25,8	30,8	29,0	22,1	24,5	26,5	28,1	
Landesteuern	*	240,8	242,3	230,8	214,6	221,0	219,0	222,2	230,6	234,0	
darunter											
Vermögenssteuer	*	9,2	11,1	11,5	18,0	6,7	9,2	5,1	8,0	7,2	
Erbschaftsteuer	*	36,8	36,3	34,2	31,0	42,1	21,0	30,8	36,6	28,0	
Grundwerbsteuer	*	67,4	77,3	75,8	61,5	75,5	75,5	81,1	80,2	88,2	
Kraftfahrzeugsteuer	*	95,9	86,5	79,7	75,6	71,8	83,9	77,1	77,6	77,5	
Gewerbsteuerumlage	*	52,8	49,8	0,0	171,3	1,7	11,0	0,0	174,1	13,9	
		1998	1999	1999				2000			
		Durchschnitt ⁴⁾		März	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	
Kassenmäßiges Steueraufkommen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. DM	2 801,9	3 039,8	1 776,3	2 727,5	3 158,1	4 497,1	2 059,0	3 148,3	3 371,6	
davon											
Grundsteuer A	*	8,5	8,4	8,2	8,4	10,1	6,9	8,4	8,6	10,0	
Grundsteuer B	*	288,3	293,7	261,0	336,8	334,3	242,7	280,0	335,7	321,9	
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	*	1 366,2	1 497,0	1 205,7	1 208,6	1 642,3	1 931,4	1 315,7	1 494,8	1 734,3	
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	*	1 011,5	1 064,7	259,6	1 037,5	1 039,1	1 922,6	385,6	1 132,3	1 135,4	
andere Steuern ⁵⁾	*	35,2	36,8	37,3	40,5	37,4	32,1	36,4	37,9	33,8	
		1998	1999	1999				2000			
		Durchschnitt ⁶⁾		April	Juli	Okt.	Januar	April	Juli	Okt.	
LÖHNE UND GEHÄLTER											
Arbeiterverdienste											
Im Produzierenden Gewerbe ⁷⁾											
* Bruttomonatsverdienst insgesamt	DM	4 515	4 617	4 579	4 637	4 681	4 603	4 710	4 781	4 755	
* Männliche Arbeiter	*	4 678	4 781	4 741	4 800	4 846	4 754	4 870	4 946	4 920	
darunter Facharbeiter	*	4 966	5 085	5 058	5 105	5 145	5 046	5 165	5 261	5 225	
* Weibliche Arbeiter	*	3 426	3 516	3 485	3 525	3 559	3 573	3 606	3 663	3 648	
darunter HilfsarbeiterInnen	*	3 158	3 229	3 194	3 238	3 271	3 341	3 370	3 429	3 397	
* Bruttostundenverdienst insgesamt	*	27,67	28,20	28,05	28,25	28,39	28,63	28,74	28,96	28,88	
* Männliche Arbeiter	*	28,58	29,10	28,96	29,14	29,27	29,56	29,65	29,88	29,80	
darunter Facharbeiter	*	30,59	31,27	31,13	31,27	31,47	31,81	31,87	32,18	31,98	
* Weibliche Arbeiter	*	21,45	21,99	21,82	22,04	22,21	22,28	22,36	22,60	22,53	
darunter HilfsarbeiterInnen	*	19,63	19,98	19,80	20,02	20,17	20,62	20,69	20,91	20,77	
Angestelltenverdienste											
(Bruttomonatsverdienste)											
* Im Produzierenden Gewerbe	*	6 558	6 715	6 572	6 705	6 738	6 763	6 755	6 859	6 900	
* kaufmännische Angestellte	*	6 150	6 329	6 199	6 312	6 343	6 383	6 407	6 512	6 560	
* männliche Angestellte	*	7 036	7 222	7 083	7 217	7 227	7 261	7 336	7 434	7 486	
* weibliche Angestellte	*	5 098	5 252	5 146	5 228	5 280	5 291	5 262	5 370	5 404	
* technische Angestellte	*	6 906	7 052	6 896	7 047	7 086	7 095	7 064	7 173	7 205	
* männliche Angestellte	*	7 057	7 204	7 048	7 202	7 240	7 242	7 206	7 331	7 364	
* weibliche Angestellte	*	5 435	5 590	5 453	5 560	5 606	5 655	5 729	5 751	5 795	
* In Handel, Kredit- u. Versicherungsgewerbe ⁸⁾											
insgesamt	*	5 346	5 588	5 475	5 606	5 601	5 616	5 628	5 732	5 805	
* kaufmännische Angestellte	*	5 367	5 613	5 506	5 634	5 627	5 634	5 657	5 760	5 829	
* männliche Angestellte	*	5 978	6 254	6 123	6 293	6 262	6 260	6 332	6 393	6 482	
* weibliche Angestellte	*	4 600	4 808	4 732	4 817	4 825	4 820	4 811	4 937	4 985	

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Einschl. Gewerbesteuerumlage. - 2) Vor Zerlegung. - 3) Einschl. Zoll-Euro. - 4) Vierteljahresdurchschnitte. - 5) Und steuerähnliche Einnahmen. - 6) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Januar, April, Juli und Oktober. - 7) Neuer Berichtskreis im Bereich des Produzierenden Gewerbes. - 8) Sowie bei Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern.

Hessische Kreiszahlen

*Ausgewählte
neue Daten für Landkreise
und kreisfreie Städte*

Ausgabe II 2000 · 45. Jahrgang



Printversion:

Umfang: 89 Seiten
Format: DIN A 4
Einband: kartoniert
Preis: 12,00 DM
(zuzügl. Versandkosten)

Diskettenversion:

Excel 97-Format
Preis: 12,00 DM
(zuzügl. Versandkosten)

Jahresabonnementpreise:

Jeweils abzüglich 15 % Rabatt,
zuzügl. Versandkosten



Mit dieser zweimal jährlich herausgegebenen Veröffentlichung ist reichhaltiges Material über jeden Landkreis und seine Struktur, für Kreisvergleiche nach verschiedenen Gesichtspunkten sowie für Untersuchungen über die innere Landesstruktur verfügbar.

Die „Hessischen Kreiszahlen“ bringen den Beziehern eine erhebliche Arbeits-, Zeit- und Kostenersparnis, weil sie regelmäßig neue Kreisdaten bieten, die sonst aus vielen fachstatistischen Veröffentlichungen zusammengestellt werden müssten. Einiges Kreismaterial wird speziell für die Veröffentlichungen aufbereitet. Jedes Heft enthält zusätzlich Daten für die kreisangehörigen Gemeinden mit 50 000 oder mehr Einwohnern und für den Umlandverband Frankfurt. Ein Anhang enthält ausgewählte Daten im Zeitvergleich.

In der Ausgabe II/00 sind wieder aktuelle Daten für rund 750 Merkmale zusammengestellt, u. a. zu den Bereichen:

- Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung,
- Bildungswesen,
- Landwirtschaft,
- Verarbeitendes Gewerbe,
- Baugewerbe,
- Verkehr,
- Fremdenverkehr,
- öffentliche Sozialleistungen,
- öffentliche Finanzen
- Umwelt.

Der Anhang enthält ausgewählte Daten im Zeitvergleich zum Bereich Bildung und Kultur.

W-93

Zu beziehen über den Buchhandel oder direkt vom

Hessischen Statistischen Landesamt, 65175 Wiesbaden

Telefon: 0611/3802-951 · Fax: 0611/3802-992

E-Mail: vertrieb@hsl.de · Internet: www.hsl.de

Hessischer Umwelt-Monitor



HESSISCHES LANDESAMT
FÜR UMWELT UND GEOLOGIE

Berichte, Fakten und Daten zur Umwelt

Gemeinsam herausgegeben
von dem Hessischen Landesamt für Umwelt und Geologie
und dem Hessischen Statistischen Landesamt



HESSISCHES STATISTISCHES
LANDESAMT

Supplement zur Zeitschrift „Staat und Wirtschaft in Hessen“ des Hessischen Statistischen Landesamtes

Nr. 1

Januar 2001

5. Jahrgang

Inhalt

- ◆ Europäische Wasserrahmenrichtlinie – EU-WRRL 3
- ◆ Hessischer Umwelt-Zahlenspiegel 9

Der „Hessische Umwelt-Monitor“ erscheint vierteljährlich.
Er wird gemeinsam herausgegeben
von dem Hessischen Landesamt für Umwelt und Geologie
und dem Hessischen Statistischen Landesamt
als Supplement zur Monatszeitschrift „Staat und Wirtschaft in Hessen“
des Hessischen Statistischen Landesamtes.

Hessisches Landesamt für Umwelt und Geologie (HLUG), Rheingaustraße 186, 65203 Wiesbaden
Hessisches Statistisches Landesamt (HSL), Rheinstraße 35/37, 65175 Wiesbaden

Verantwortlich für den Inhalt: Hessisches Landesamt für Umwelt und Geologie
Telefon: 0611/6939-0, Telefax: 0611/6939-555

Redaktion: HLUG, Telefon: 0611/6939-0
und Siegfried Bayer (HSL), Telefon: 0611/3802-804

Nachdruck, auch in Auszügen, nur mit genauer Quellenangabe bei Einsendung
eines Belegexemplares gestattet.

Europäische Wasserpolitik

Die Europäische Kommission hat am 26. Februar 1997 den Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen im Bereich der Wasserpolitik beschlossen, kurz als Europäische Wasser-Rahmenrichtlinie (EU-WRR) bezeichnet. Die derzeit bestehenden über 30 EU-Richtlinien, die den Wasserbereich direkt oder indirekt betreffen, weisen mittlerweile erhebliche Defizite und Inkonsistenzen auf und stellen damit keine befriedigende Grundlage mehr für eine moderne europäische Wasserpolitik dar.

Die neue Rahmenrichtlinie wird im vierten Quartal 2000 in Kraft treten, nachdem sie im September vom Europäischen Parlament und Rat verabschiedet wurde.

Sie wird für Deutschland und die meisten anderen Mitgliedsländer erhebliche Veränderungen in der Wasserwirtschaft bewirken, denn sie trifft in den Mitgliedsstaaten auf völlig unterschiedliche, historisch gewachsene Philosophien der Wasserpolitik.

Auch wenn es gelungen ist, viele Grundzüge deutscher Gewässer- und insbesondere Grundwasserschutzphilosophie einzubringen, ist sie doch eine europäische Richtlinie mit vielen Elementen anderer Staaten. Wir müssen uns daher mit neuen Begriffen und anderen Vorstellungen auseinander setzen, die aber gleichzeitig auch neue Impulse mit sich bringen werden.

Die räumliche Betrachtung ganzer Flusseinzugsgebiete (Flussgebietsmanagement) über politische und administrative Grenzen hinweg ist für die deutsche Wasserwirtschaft genauso neu wie der integrierte Ansatz, bei dem über die traditionellen technischen und naturwissenschaftlichen Belange hinaus auf ökonomische, soziale und partizipative Fragen eingegangen werden muss.

In einem föderalen Staat wie der Bundesrepublik Deutschland ist zu erwarten, dass insbesondere die Überwindung der politischen und administrativen Grenzen erhebliche Schwierigkeiten bereiten wird.

Grundsätze und Ziele

Die EU-Wasserrahmenrichtlinie beinhaltet das Prinzip des integrierten Gewässerschutzes, d.h. Schutz von Grundwasser, Oberflächengewässer und aquatischer Lebensgemeinschaften:

- qualitativer und quantitativer Gewässerschutz,
- ökologischer und ökonomischer Ansatz.

Oberflächengewässer sind neben den Flüssen auch kanalisierte Flussabschnitte („erheblich veränderte Gewässer“), Seen, Übergangsgewässer (Ästuar und Lagunen) oder Küstengewässer.

Ziele sind:

- Sicherung bzw. Erreichung eines zumindest guten Zustandes aller Gewässer,

- kombinierte Anwendung von Emissions- und Immissionsregelungen,
- Flussgebietsmanagement.

Ein guter ökologischer Zustand der Oberflächengewässer erlaubt zwar eine anthropogene Beeinflussung — sie ist auch in unserem stark besiedelten Raum und wegen der intensiven Nutzungen kaum zu vermeiden —, verlangt aber dennoch ein reiches, ausgeglichenes Ökosystem.

Die Richtlinie nennt Qualitätsziele, die auf Flusseinzugsgebiete bezogene Flussgebietspläne (Bewirtschaftungspläne) erfordern. Diese müssen u. a. Maßnahmenprogramme als zentrale Elemente zur Erreichung dieser Qualitätsziele beinhalten.

Was ein guter ökologischer Zustand ist, muss anhand von ausgewiesenen Referenzgewässern definiert werden, ein guter chemischer Zustand bedeutet keine Überschreitung von Grenzwerten.

Beim Grundwasser wird vom guten mengenmäßigen und chemischen Zustand gesprochen. Hier liegt der Schwerpunkt auf einem nachhaltigen Gleichgewicht zwischen Entnahmen und natürlicher Anreicherung (Neubildung), wobei keine Schädigung oder Verschlechterung der mit dem Grundwasser in Verbindung stehenden Ökosysteme eintreten darf.

In absehbarer Zeit muss die EU noch eine Liste der so genannten prioritären Stoffe verabschieden, die als besonders wassergefährdend gelten und für die Grenzwerte festgelegt werden. Der Entwurf dieser Liste umfasst 32 Stoffe bzw. Stoffgruppen.

Inhalte der Flussgebietspläne

Die inhaltlichen Anforderungen an die Flussgebietspläne entsprechen weitgehend dem Vorgehen der internationalen Flussgebietskommissionen bzw. den entsprechenden deutschen Kommissionen. Es sind im Prinzip die bekannten Bewirtschaftungspläne, die jedoch im Rahmen der Richtlinie anders strukturiert und verbindlich umzusetzen sind und daher zur Unterscheidung als Flussgebietspläne bezeichnet werden.

Das Flussgebietsmanagement beinhaltet eine Analyse und Klassifizierung der Flussgebiete sowie die Ableitung und Durchführung von Maßnahmenprogrammen zur Verbesserung des Zustandes oder zumindest einer Trendumkehr. Die Programme müssen geeignet sein, die Ziele innerhalb von vorgegebenen Fristen zu erreichen.

Bei der Aufstellung der Flussgebietspläne sind folgende organisatorische Vorgaben umzusetzen:

- hydrografische Abgrenzung der Einzugsgebiete und Bildung von Flussgebietseinheiten,
- Benennung der zuständigen Behörden zur Durchführung der Flussgebietsplanung in den Flussgebietseinheiten,

- Aufstellung von Flussgebietsplänen für die Flussgebiets-einheiten innerhalb von neun Jahren,
- nationale und internationale Koordination der Fluss-gebietsplanung in den Flussgebieten.

Hessen hat Anteil an den europäischen Flussgebieten von Rhein und Weser.

Nach vier Jahren ist eine Erstbeschreibung der Flusseinzugsgebiete sowie eine Liste der wasserrelevanten Schutzgebiete vorzulegen. Die Erstbeschreibung beinhaltet Folgendes:

- Beschreibung des Einzugsgebietes nach hydrologischen und naturräumlichen Gegebenheiten,
- Erfassung der Einflüsse menschlicher Aktivitäten auf den Gewässerzustand, getrennt nach Punktquellen und diffusen Quellen, Wasserentnahmen und Ähnlichem,
- ökonomische Analyse als Grundlage zur Festlegung der Kosten für die Wasserver- und -entsorgung.

Nach neun Jahren sind die Bewirtschaftungspläne vorzulegen, die aufbauend auf der Erstbeschreibung u. a. folgende Informationen enthalten müssen:

- Darstellung des ökologischen und chemischen Gewässerzustandes bzw. des quantitativen Grundwasserzustandes sowie
- Maßnahmenprogramme zur Zielerreichung und Darstellung der Umsetzung,
- Liste der Umweltziele,
- Maßnahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung.

Die Flussgebietspläne sind als zentrales Instrument wasserwirtschaftlichen Handelns zu verstehen und dienen darüber hinaus der Berichterstattung gegenüber der Europäischen Kommission.

Im Rahmen der Vorgaben zu den Maßnahmenprogrammen werden zentrale materielle Vorgaben in der Richtlinie festgelegt. Sie sind ebenso wie die operativen Ziele der Richtlinie von den Mitgliedsstaaten mit einem hohen Grad an Verbindlichkeit zu versehen. Die Programme sind innerhalb von neun Jahren aufzustellen und nach weiteren drei Jahren umzusetzen. Die Maßnahmenprogramme müssen verbindlich u. a. folgende Teile umfassen:

- Umsetzung vorhandener Richtlinien, z. B. Nitratrichtlinie, Kommunalabwasserrichtlinie,
- Umsetzung des kombinierten Ansatzes mit der Begrenzung von Emissionen und Einleitungen,
- Verfolgung des Ziels der kostendeckenden Wasserpreise,
- Einführung einer Genehmigungspflicht für Entnahmen, Aufstauungen und Einleitungen,
- Maßnahmen zur Verhinderung oder Verminderung der Verschmutzung aus diffusen Quellen,
- Maßnahmen gegen die Belastung durch prioritäre Stoffe,
- grundsätzliches Verbot der Einleitung von Schadstoffen in das Grundwasser,

- Maßnahmen zur Vorbeugung vor unfallbedingten Verschmutzungen,
- zusätzliche Schutz- und Sanierungsmaßnahmen zur Zielerreichung, wie z. B. Einrichtung von Schutz- und Schongebieten, Bau von Fischtreppe, Renaturierungen usw.

Die Maßnahmenprogramme sind gemeinsam mit den Flussgebietsplänen alle sechs Jahre zu aktualisieren.

Die Richtlinie fordert für die Umsetzung die aktive Beteiligung der Öffentlichkeit sowohl während der Erarbeitung als auch später bei der Aktualisierung der Flussgebietspläne.

Rechtliche Umsetzung

Die Richtlinie schreibt vor, dass die rechtliche und organisatorische Umsetzung in drei Jahren vollzogen ist. Der erste Teil der fachlichen Umsetzung (Bestandsaufnahmen, Monitoring) ist in vier bis sechs Jahren durchzuführen.

Es besteht nach Inkrafttreten der Richtlinie erheblicher Zeitdruck, um diese Fristen einzuhalten.

Da die Richtlinie erstmals einen Gesamtrahmen für den europäischen Gewässerschutz festlegt, werden zahlreiche sektorbezogene und überholte Gewässerschutzrichtlinien aufgehoben:

- Richtlinie über Oberflächenwasser und Trinkwassergewinnung (75/440/EWG),
- Fischgewässerrichtlinie (78/659/EWG),
- Muschelgewässerrichtlinie (79/923/EWG),
- Grundwasserrichtlinie (80/68/EWG),
- Richtlinie über die Ableitung gefährlicher Stoffe (76/464/EWG).

Durch die Aufhebung wird aus deutscher Sicht unnötiger Mehraufwand im Verwaltungsvollzug vermieden.

Forschungsbedarf

Was die Wasserrahmenrichtlinie an Neuerungen bringen wird, ist auch an den Forschungsvorhaben ablesbar, mit denen sich derzeit die Kommission und die Nationalstaaten beschäftigen, wie z. B.:

- Klassifizierung und Überwachung der ökologischen Qualität der Gewässer,
- Kriterien für die Identifikation stark veränderter Gewässer und für die Bestimmung des größten ökologischen Potenzials,
- Wechselbeziehungen zwischen oberirdischen Ökosystemen und Grundwasserkörpern,
- Identifikation prioritärer Stoffe,
- Einrichtung eines Überwachungssystems.

Diese Liste bezieht sich auf naturwissenschaftlich-technische Fragen. Die Wasserrahmenrichtlinie wird jedoch auch ökologische und sozialwissenschaftliche Bereiche regeln, in denen noch ein erheblicher Forschungsbedarf

besteht. So etwa zu der Frage, was denn überhaupt Umwelt- und Ressourcenkosten sind und wie sie monetarisiert werden können, aber auch zu der Art und Weise der vorgesehenen Partizipation der Nutzer und Anlieger eines Flussgebietes.

Die Länderarbeitsgemeinschaft Wasser (LAWA) hat sich bereits seit Beginn der Diskussionen um ein neues europäisches Wasserrecht mit der Thematik auseinandergesetzt und in verschiedensten Arbeitsausschüssen und Unterausschüssen einzelne Erfordernisse der Richtlinie bearbeitet.

Mit Unterstützung durch zahlreiche Forschungsvorhaben wird an einer Arbeitshilfe zur Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie gearbeitet, die für alle Bundesländer eine gemeinsame Grundlage bei der Bewältigung der Fragestellungen bieten soll.

Projekte

Um die Zeit bis zur Verabschiedung der EU-Wasserrahmenrichtlinie in Hessen zu nutzen, wurden im Auftrag des Hessischen Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten (HMULF) die Pilotprojekte „Mittelrhein“ und „Main“ initiiert, die der Übung und Erprobung der Vorgaben der Wasserrahmenrichtlinie und der derzeit in Arbeit befindlichen Arbeitshilfe der LAWA dienen sollen. Gleichzeitig schaffen sie eine brauchbare und gute Grundlage für die Umsetzung dieser Anforderungen in Hessen und bereiten darüber hinaus auch beteiligte Dritte (Hochschulen, Ingenieurbüros etc.) auf die neuen Erfordernisse vor. Das Pilotprojekt Mittelrhein ist in ein Vorprojekt (Lahneinzugsgebiet) und ein Hauptprojekt (Mittelrhein) gegliedert.

Das Pilotprojekt Main umfasst den staugeregelten Main von Bamberg bis zur Mündung.

Ein weiteres Projekt in Hessen, Rahmenmethodik Grundwasser (Ingenieurbüro HGN, Dr. Meinert i. A. des Umweltbundesamtes), untersucht zurzeit Fragestellungen der Wasserrahmenrichtlinie hinsichtlich der Beschreibung und Erfassung des Grundwassers. Als Testgebiete sind die nördlichen Untermainzuflüsse Nidda und Kinzig durch das HMULF vorgeschlagen worden. Die Arbeitsergebnisse sollen in das Pilotprojekt Main einfließen.

Zuständigkeiten

Die Gesamtkoordination zur Umsetzung der EU-WRRL in Hessen erfolgt durch die Abteilung Wasser und Boden im HMULF. Die Federführung liegt beim Referat III4, Frau Weber (Tel.: 0611/815-1370, Email: b.weber@mulf.hessen.de). Es wurde eine abteilungsinterne Projektgruppe eingerichtet.

Das HLUG übernimmt wichtige Aufgaben in den Bereichen Datenerfassung und -auswertung, Kartenerstellung sowie GIS-Anwendungen.

Federführend ist hier das Dezernat Flussgebietsplanung, Dr. Becker (Tel.: 0611/6939-729, Email: r.becker@hlug.de). Das Dezernat hat darüber hinaus die Koordinierung der hessischen Seite im Pilotprojekt Main übernommen. Über die Zuständigkeiten für die zu bearbeitenden Teilgebiete sowie weitere übergreifende Aufgaben wird in den nächsten Wochen entschieden werden. Die Zuständigkeiten in den Pilotprojekten sind wie folgt geregelt:

Pilotprojekt Mittelrhein Hessen

Federführung des Gesamtprojektes und Vorsitz des Lenkungsausschusses

Hessisches Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten
Abt. Wasser und Boden, MD Peter Kessler
RD in Barbara Weber,
GD Dr. Arnold Quadflieg

Projektleitung und Vorsitz der Projektgruppe

Regierungspräsidium Gießen,
Abt. Staatliches Umweltamt Wetzlar
LBD Konrad P. Weppler
Geschäftsführung: NN

unter Beteiligung:

Regierungspräsidium Gießen,
Abt. Staatliches Umweltamt Marburg
Regierungspräsidium Darmstadt,
Abt. Staatliches Umweltamt Wiesbaden
Hess. Landesamt für Umwelt und Geologie
GD Dr. Roland Becker

Rheinland-Pfalz

als Kooperationspartner

Ministerium für Umwelt und Forsten
Rheinland-Pfalz
LMR Dr.-Ing. Stefan Hill

unter Beteiligung:

Landesamt für Wasserwirtschaft (Mainz)
BioD Dr. Klaus Wendling
OBR Christoph Linnenweber
Struktur- und Genehmigungsdirektion
Nord (Montabaur)
LBD Karl Kaltenbrunner

Pilotprojekt Main Hessen

als Kooperationspartner

Hessisches Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten
Abt. Wasser und Boden, MD Peter Kessler
RD in Barbara Weber,
GD Dr. Arnold Quadflieg

hessische Projektleitung

Hess. Landesamt für Umwelt und Geologie
GD Dr. Roland Becker

unter Beteiligung:

Regierungspräsidium Darmstadt,
Abt. Staatliches Umweltamt Hanau
Frankfurt, Darmstadt, Wiesbaden

Bayern

Federführung des Gesamtprojektes und Vorsitz des Lenkungsausschusses

Bayerisches Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen
MR Jens Jedlitschka
MR Günther-Michael Knopp
BD Peter Geisenhofer

Projektleitung und Vorsitz der Projektgruppe

Regierung von Unterfranken
LBD Rudolf Thums

unter Beteiligung:

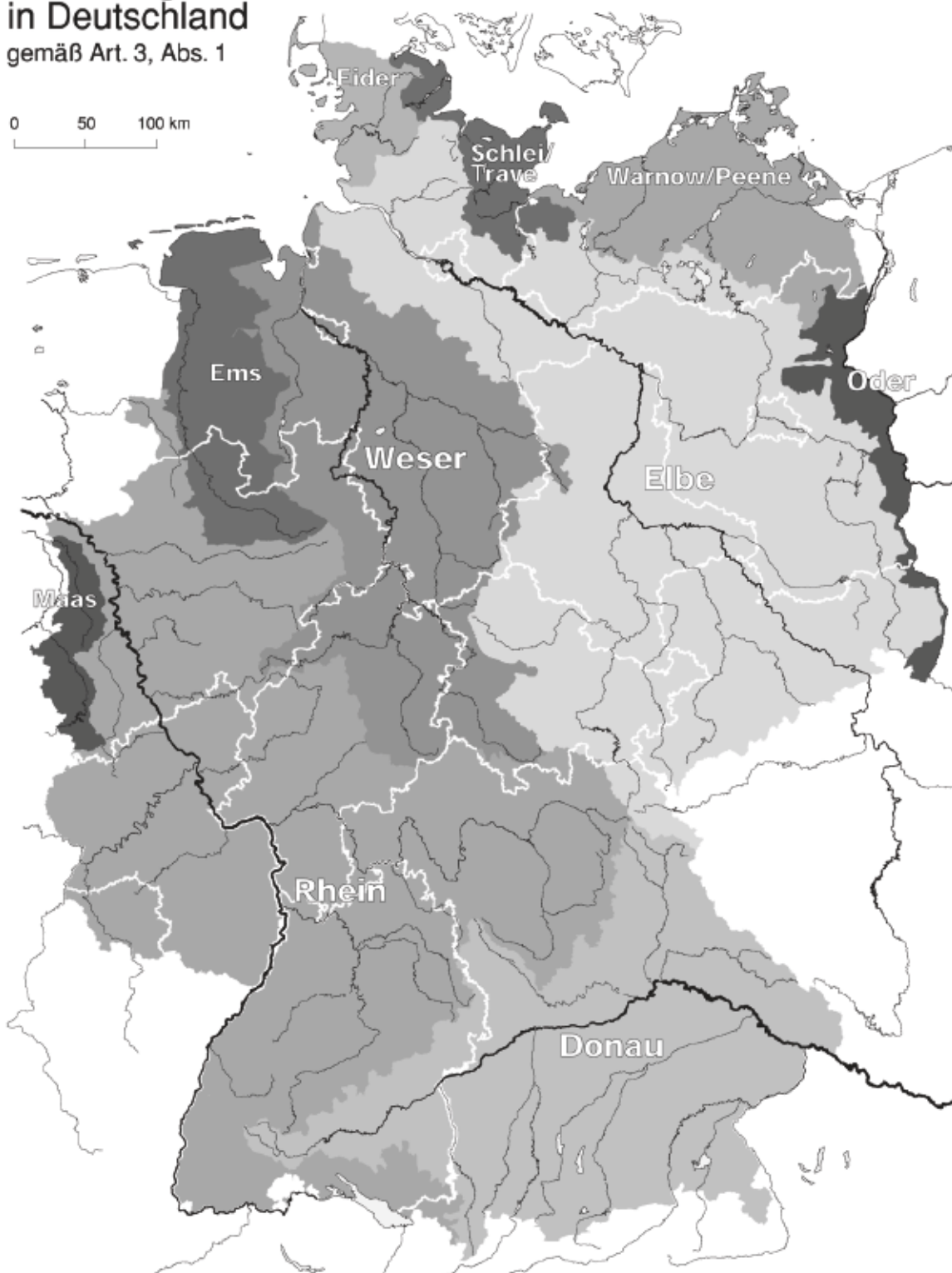
Bayerisches Landesamt für Wasserwirtschaft
RD Dr. Steffen Möller
Wasserwirtschaftsamt Aschaffenburg
BD Heribert Januszewski



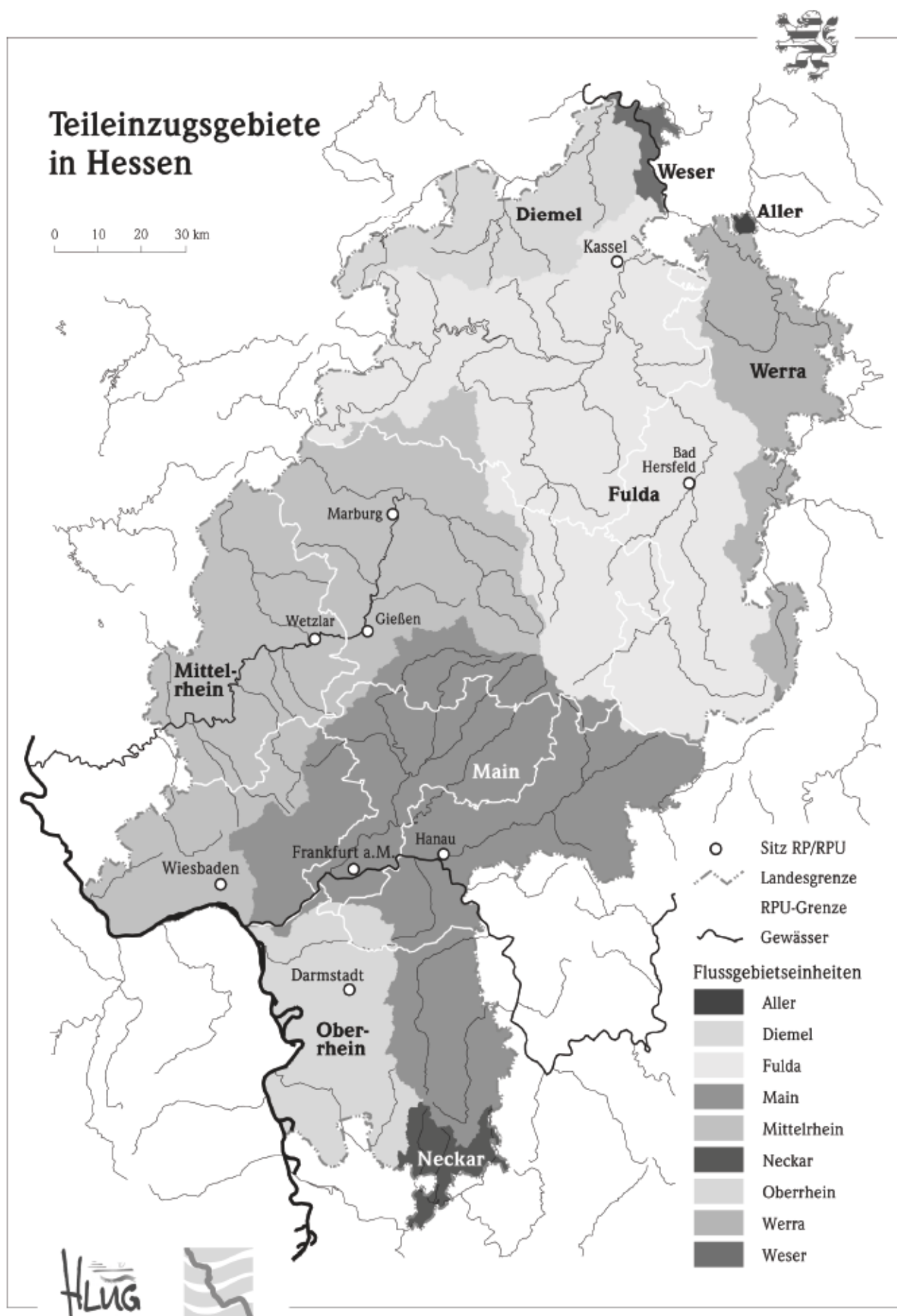
EU-Flussgebietseinheiten in Deutschland

gemäß Art. 3, Abs. 1

0 50 100 km



Datengrundlage: BfG, Hydrogeologischer Atlas von Deutschland



Hessischer Umwelt-Zahlenspiegel

1. Hydrologische Daten nach Messstellen	10
2. Gewässerbelastung nach Messstellen und Komponenten	11
3. Luftbelastung nach Messstellen	13

Hessischer Umwelt-Zahlenspiegel

1. Hydrologische Daten nach Messstellen

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	1998	1999	1998	1999				2000		
		Durchschnitt		4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Lufttemperatur	Mittel [°C]										
Station: Frankfurt/M. - Flughafen		10,4	11,3	5,4	4,5	14,8	19,7	6,1	5,3	15,9	17,4
Niederschlag	Summe [mm]										
Station: Hofgeismar- Beberbeck	"	1007	851	309	224	174	233	220	279	137	227
Marburg- Lahnberge	"	877	688	289	163	151	197	177	167	148	246
Schotten- Eichelsachsen	"	889	850	314	217	184	225	224	179	127	343
Abfluss	Mittel [m³/s]										
Pegel: Helmarshausen/ Diemel	"	17,3	15,3	9,88	36,2	13,3	7,47	10,8	30,0	10,7	7,57
Rotenburg/Fulda		23,7	22,3	51,4	43,7	17,6	8,80	19,2	42,5	12,3	13,5
Aßlar/Dill		11,7	9,32	23,8	20,2	6,37	2,10	8,67	18,6	3,60	4,43
Marburg/Lahn	"	21,9	16,5	44,3	32,3	11,7	5,17	16,7	29,5	7,13	8,87
Hanau/Kinzig	"	13,3	10,9	25,0	22,0	7,93	3,73	10,0	18,4	5,27	5,30
Bad Vilbel/Nidda	"	11,4	10,5	24,8	20,2	8,43	4,50	8,67	15,6	5,30	6,83
Talsperren	Mittel [Mio m³]										
Edertalsperre	"	145	141	145	166	198	135	141	169	192	139
Diemeltalsperre	"	15,1	13,9	15,1	15,7	18,7	14,4	13,9	16,3	17,5	14,5
Grundwasserstand	Mittel [NN + m]										
Messstelle: Bracht	"	256,81	257,69	257,41	257,22	258,56	257,73	257,25	257,87	258,06	257,78
Bauschheim	"	86,30	86,61	86,38	86,41	86,87	86,77	86,39	86,63	86,68	86,41
Lampertheim	"	86,33	86,94	86,44	86,64	87,38	87,02	86,72	87,18	87,44	87,18
Beberbeck	"	224,27	225,72	224,64	225,08	226,35	226,25	225,19	225,29	-	225,32
Zell	"	313,41	314,49	313,62	313,93	314,91	314,76	314,35	314,32	314,34	314,12
Schwalbach	"	271,98	272,76	273,06	272,41	274,57	272,68	271,36	271,67	272,94	272,76
Kath. Willenroth	"	295,36	296,35	296,04	295,79	297,02	296,80	265,81	296,05	296,42	295,90
Langstadt	"	127,65	128,22	127,58	127,98	128,33	128,38	128,18	128,15	128,31	128,25
Weissenborn	"	213,45	214,51	214,49	213,81	215,91	215,52	212,80	214,85	215,82	214,07

2. Gewässerbelastung nach Messstellen und Komponenten

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	1997	1998		1999				2000		
		Durch- schnitt	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Messstation Bischofsheim Main Flusskm 4.0											
Abfluss	m³/s	183	135	456	472	225	120	194			
Temperatur	Grad C	14,0	20,1	8,2	5,7	16,9	22,7	10,6	6,2	17,6	20,46
Sauerstoff	mg/l	9,1	6,6	11,6	12,4	11,8	7,0	10,4	12,1	8,6	6,9
pH		7,8	7,6	7,8	7,8	8,2	7,6	7,6	7,7	7,7	7,4
NH ₄ -N	mg/l	0,15	<0,07	0,11	0,12	0,10	<0,07	0,07	0,10	<0,07	<0,07
NO ₃ -N	mg/l	6,1	4,9	4,9	5,4	5,1	4,9	5,3	5,3	5,0	4,5
Gesamt-N ¹⁾	mg/l	7,1	5,5	5,8	5,9	5,3	5,1	5,7	6	6,4	5,4
o-PO ₄ -P	mg/l	0,09	0,14	0,05	0,05	0,05	0,07	0,08	0,10	0,08	0,13
Gesamt - P ²⁾	mg/l	0,23	0,35	0,27	0,20	0,15	0,2	0,2	0,19	0,18	0,23
Leitfähigkeit	mS/m	70	71	58	59	70	79	76	57	71	72
Chlorid	mg/l	60	61	36	40	51	61	58	39	51	56
TOC	mg/l	8,1	4,3	5,8	4,2	6,4	3,8	2,6	3,4	3,0	7,4
EDTA	µg/l	21,87	16,7	9,1	7,3	11,1	15,5	15,5	7,3	10,3	
Messstation Oberbief Lahn Flusskm 19,1 ³⁾											
Abfluss	m³/s	23,4	19,3	91,4							
Temperatur	Grad C	13,0	17,1	7,1	5,2	15,1	20,2	8,3	5,4	15,9	17,1
Sauerstoff	mg/l	10,1	8,4	11,2	11,8	10,4	9,4	11,1	12,2	10,1	9,0
pH		8,0	7,8	7,9	8,0	8,2	8,0	8,0	7,8	8,0	7,2
NH ₄ -N	mg/l	0,49	0,38	0,26	0,23	0,15	<0,07	0,11	0,16	0,07	0,08
NO ₃ -N	mg/l	4,6	4,3	3,2	3,2	3,6	4,1	4,1	3,5	3,7	3,5
Gesamt-N ¹⁾	mg/l	5,8	5,3	4,1	3,9	4,0	1,8	4,7	3,0	4,8	4,4
o-PO ₄ -P	mg/l	0,12	0,18	0,10	0,07	0,09	0,08	0,11	0,07	0,14	0,19
Gesamt - P ²⁾	mg/l	0,27	0,32	0,22	0,16	0,23	0,25	0,20	0,12	0,22	0,26
Leitfähigkeit ³⁾	mS/m	37	35	26	26	35	41	35	23	37	32
Chlorid	mg/l	33	30	22	26	29	35	31	20	30	26
TOC	mg/l	4,4	3,8	4,1	3,4	6,3	3,9	2,0	2,5	3,1	3,3

Anmerkungen siehe Seite 13.

Noch: 2. Gewässerbelastung nach Messstellen und Komponenten

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	1997	1998		1999				2000		
		Durch- schnitt	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Messstation Letzter Heller Werra Flusskm 83,9											
Abfluss	m³/s	40	30,4	107	97,3	45,6	21,8	36,7			
Temperatur	Grad C	9,5	14,2	5,7	4,2	12,9	16,8	6,4	4,3	13,4	20,9
Sauerstoff	mg/l	12	10,4	11,3	11,4	12,7	13,6	10,7	11,4	14,3	7,6
pH		8,2	8,1	8,0	7,8	8,1	8,5	8,0	7,9	8,3	7,8
NH ₄ -N	mg/l	0,29	0,69	0,96	0,16	0,14	1,0	0,2	0,21	0,09	0,04
NO ₃ -N	mg/l	3,8	2,8	4,3	4,1	3,6	1,6	3,2	4,1	3,6	1,9
Gesamt-N ¹⁾	mg/l	4,6	4,3	5,0	4,5	4,2	4,7	-	-	4,7	2,2
o-PO ₄ -P	mg/l	0,12	0,16	0,08	0,07	0,07	<0,05	-	0,08	0,06	0,06
Gesamt - P ²⁾	mg/l	0,22	0,22	0,14	0,10	0,11	0,15	0,18	0,14	0,14	0,09
Leitfähigkeit	mS/m	747	673	355	387	499	435	476	356	425	440
Chlorid	mg/l	1995	2000	881	820	1280	887	-	-	1190	-
TOC	mg/l	5,1	8,0	4,4	3,8	4,1	5,4	2,8	3,3	2,8	2,7
EDTA	µg/l	7,5	3,8	5,1	-	-	-	-	-	-	-
Messstation Wahnhausen Fulda Flusskm 93,5											
Abfluss	m³/s	47,3	40,4	154	122	51,6	37,1	49,2			
Temperatur	Grad C	10,7	16,4	6,4	4,5	14,6	18,7	8,2	4,7	15,9	19,7
Sauerstoff	mg/l	11,0	9,6	11,2	12,6	12,2	9,3	10,4	12	11,2	8,9
pH		7,8	7,6	7,6	7,7	8,0	7,7	7,6	7,6	7,8	7,7
NH ₄ -N	mg/l	0,26	0,07	0,10	0,18	0,12	<0,07	0,208	0,29	0,22	0,06
NO ₃ -N	mg/l	4,1	3,2	4,1	3,9	3,6	2,5	3,6	3,6	3,4	3,4
Gesamt-N ¹⁾	mg/l	4,7	3,7	4,7	4,2	4,4	3,3	-	-	4,7	3,5
o-PO ₄ -P	mg/l	0,10	0,13	0,05	<0,05	0,05	0,06	<0,05	0,07	0,07	0,07
Gesamt - P ²⁾	mg/l	0,22	0,22	0,11	0,08	0,11	0,15	0,15	0,10	0,17	0,1
Leitfähigkeit	mS/m	48	44	39	42	49	46	53	37	49	47
Chlorid	mg/l	61	62	39	42	54	42	60	34	51	42
TOC	mg/l	4,7	3,6	4,3	3,7	4,6	3,2	2,4	3	2,8	7,2
EDTA	µg/l	6,3	2,0	3,3	-	2,1	3,0	3,7	<1	1,9	2,7

Noch: 2. Gewässerbelastung nach Messstellen und Komponenten

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	1997	1998		1999				2000		
		Durch- schnitt	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	31. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Messstation Mainz- Wiesbaden Rhein Flusskm 498,5											
Abfluss	m³/s	1400	1222	2109	2375	2740	1646	1685	-	-	
Temperatur	Grad C	14,6	22,4	10,2	7,0	16,2	22,9	11,9	7,8	17,3	
Sauerstoff	mg/l	9,4	7,7	10,8	12,1	10,0	7,9	10,1	11,6	9,1	
pH		7,9	7,5	7,9	7,9	8,0	7,9	7,8	7,9	7,9	
NH ₄ -N	mg/l	0,11	0,04	0,10	0,11	0,06	0,04	0,06	0,10	0,06	
NO ₃ -N	mg/l	2,5	2,0	2,8	3,3	2,1	1,8	2,6	3,1	2,2	
Gesamt-N ¹⁾	mg/l	3,4	2,8	3,7	4,67	2,8	2,4	3,4	3,5	3,0	
o-PO ₄ -P	mg/l	0,06	0,07	0,07	0,05	0,03	0,05	0,06	0,06	0,05	
Gesamt - P ²⁾	mg/l	0,09	0,12	0,11	0,08	0,06	0,07	0,09	0,09	0,07	
Leitfähigkeit	mS/m	57	50	49	50	43	46	41	48	47	
Chlorid	mg/l	84	71	48	-	-	-	-	-	52	
TOC	mg/l	2,9	2,7	-	3,5	4,0	2,5	3,8	7,5	3,0	
EDTA	µg/l	6,7		5,2	-	-	4,6	5,5	-	-	

1) – Gesamt - N – Gesamtstickstoff ist die Summe des in organischen und anorganischen Stickstoffverbindungen enthaltenen Stickstoffs (Nitrat-, Nitrit-, Ammoniumstickstoff sowie der organisch gebundene Stickstoff, Nachweis durch Aufschluss).

2) – Gesamt - P – Summe der Polyphosphate und vieler Organophosphorverbindungen, die durch Aufschluss zu Orthophosphat umgesetzt und bestimmt werden.

3) – vorl. Abflusswerte.

3. Luftbelastung nach Messstellen

a) Temperatur in °C

Messstelle	Quartalsmittel 1998				Quartalsmittel 1999				Quartalsmittel 2000		
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Kassel-Nord (Nordhessen)	4,5	13,8	16,1	4,5	4,0	13,7	18,6	5,8	4,5	14,9	16,5
Gießen (Mittelhessen)	4,1	13,7	15,9	4,1	3,8	13,1	18,0	4,8	3,7	14,2	16,3
Viernheim (Südhausen)	5,7	15,9	18,3	5,8	4,9	15,8	20,8	6,6	5,6	16,6	18,4

Noch: 3. Luftbelastung nach Messstellen
b) Stickstoffmonoxid in $\mu\text{g}/\text{m}^3$

Messstelle	Quartalsmittel 1998				Quartalsmittel 1999				Quartalsmittel 2000		
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Bad Arolsen	-	-	-	-	-	-	3	4	2	2	2
Bebra	17	8	8	17	13	7	8	16	10	6	9
Borken	7	3	4	8	5	3	4	7	5	2	4
Darmstadt	40	7	8	28	28	7	8	25	20	7	10
Darmstadt-Hügelstraße	159	137	135	125	146	159	149	135	125	140	180
Dillenburg	67	31	36	52	52	31	37	56	41	30	36
Ffm.-Friedb.Landstraße	119	60	63	99	83	59	82	107	75	75	76
Ffm.-Höchst	72	23	25	55	50	21	25	55	42	22	27
Ffm.-Ost	71	21	24	60	54	19	25	68	47	24	32
Frankenberg	8	3	3	5	5	3	3	5	4	2	2
Fulda	62	31	32	44	42	29	39	46	39	34	39
Fürth/Odenwald	4	3	3	5	4	3	3	4	2	2	2
Gießen	68	20	23	52	48	23	21	58	51	21	26
Grebenau	4	3	3	5	4	3	3	5	4	2	4
Hanau	70	23	24	55	52	21	23	55	39	20	26
Kassel Fünffensterstr.	-	-	-	-	-	-	59	95	64	52	67
Kassel-Nord	43	24	24	35	28	19	23	37	24	19	27
Königstein	4	3	3	5	4	3	3	5	4	2	2
Lampertheim	-	-	-	-	-	-	-	-	12	6	9
Limburg	-	-	13	29	31	11	12	32	21	12	16
Linden	31	7	8	19	19	5	9	20	16	9	9
Marburg	39	8	8	29	25	7	9	29	21	7	12
Michelstadt	-	-	-	-	-	-	5	20	14	6	7
Nidda	15	4	4	13	11	4	4	13	9	4	5
Offenbach	58	13	15	39	40	12	15	51	34	11	17
Raunheim	70	13	15	40	37	12	16	42	35	16	24
Riedstadt	39	7	9	25	24	5	7	23	17	7	10
Spessart	4	3	3	4	4	3	3	4	2	2	2
Viernheim	43	8	11	35	32	8	8	31	22	10	14
Wetzlar	71	23	23	56	54	21	21	60	47	22	25
Wiesbaden-Ringkirche	142	70	82	129	116	68	88	133	90	64	79
Wiesbaden-Süd	56	12	12	35	35	11	15	40	32	14	19
Witzenhausen	3	3	3	3	3	3	3	3	2	2	2

Noch: 3. Luftbelastung nach Messstellen
 c) Stickstoffdioxid in µg/m³

Messstelle	Quartalsmittel 1998				Quartalsmittel 1999				Quartalsmittel 2000		
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Bad Arolsen	-	-	-	-	-	-	11	21	15	8	10
Bebra	31	22	21	29	31	25	26	33	30	23	20
Borken	26	11	12	24	22	13	14	21	20	13	13
Darmstadt	45	30	31	39	39	31	38	40	40	29	29
Darmstadt-Hügelstraße	64	64	66	51	59	68	70	53	57	69	63
Dillenburg	48	41	40	46	46	38	41	43	42	43	38
Ffm.-Friedb.Landstraße	64	59	57	54	62	63	71	56	63	79	69
Ffm.-Höchst	53	46	44	45	50	45	48	48	46	45	39
Ffm.-Ost	62	49	52	52	44	40	47	52	52	41	38
Frankenberg	23	8	8	18	16	7	7	17	15	7	8
Fulda	48	38	36	39	41	37	39	39	37	40	33
Fürth/Odenwald	20	10	9	24	23	8	8	20	16	9	11
Gießen	51	41	41	45	46	40	41	45	46	40	36
Grebenau	20	10	11	19	16	10	11	18	14	9	10
Hanau	56	50	47	52	49	41	45	50	45	43	40
Kassel-Fünffensterstr.	-	-	-	-	-	-	60	55	49	56	48
Kassel-Nord	42	30	26	33	35	31	36	34	32	33	32
Königstein	22	12	12	21	19	11	12	20	17	11	11
Lampertheim	-	-	-	-	-	-	-	-	26	16	16
Limburg	-	-	29	35	38	29	31	33	31	27	26
Linden	31	21	21	32	31	20	23	30	28	20	20
Marburg	39	26	26	36	37	26	32	41	35	30	20
Michelstadt	-	-	-	-	-	16	16	26	25	20	17
Nidda	37	17	19	34	32	20	22	31	29	15	16
Offenbach	52	39	43	47	46	37	44	53	49	36	35
Raunheim	44	32	31	36	39	35	41	39	38	37	37
Riedstadt	39	23	28	41	39	22	29	35	33	24	26
Spessart	19	8	9	20	16	8	9	21	18	7	9
Viernheim	48	31	33	40	41	27	30	39	38	29	29
Wetzlar	52	37	35	39	42	38	41	41	40	37	32
Wiesbaden-Ringkirche	62	57	55	51	57	65	77	63	59	66	64
Wiesbaden-Süd	47	34	34	36	40	36	42	44	43	38	34
Witzenhausen	14	7	8	17	15	8	8	17	12	6	8

Noch: 3. Luftbelastung nach Messstellen
d) Ozon in µg/m³

Messstelle	Quartalsmittel 1998				Quartalsmittel 1999				Quartalsmittel 2000		
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Bad Arolsen	-	-	-	-	-	-	76	39	49	78	54
Bebra	31	48	43	22	31	55	49	22	34	57	37
Borken	40	62	58	33	45	66	60	29	41	67	48
Darmstadt	27	53	45	20	29	59	56	21	28	58	38
Dillenburg	22	43	31	18	23	41	33	15	21	39	23
Ffm.-Höchst	27	48	33	12	21	45	41	16	24	45	32
Ffm.-Ost	20	42	41	14	24	53	42	16	24	51	31
Frankenberg	53	75	63	35	50	79	76	37	49	79	54
Fulda	30	49	40	21	29	51	41	19	28	48	35
Fürth/Odenwald	56	87	78	36	50	85	83	41	54	88	68
Gießen	21	38	29	12	21	43	69	11	18	42	26
Grebenau	43	66	56	28	41	70	63	29	41	77	52
Hanau	25	46	38	16	27	53	48	20	29	55	37
Kassel-Nord	32	49	42	24	35	53	43	23	36	53	34
Königstein	52	77	62	31	49	79	72	35	45	79	54
Lampertheim	-	-	-	-	-	-	-	-	40	49	32
Limburg	-	-	45	23	32	54	46	22	31	49	36
Linden	31	52	51	29	34	54	50	26	35	52	40
Marburg	28	50	39	16	28	55	48	17	30	53	24
Michelstadt	-	-	-	-	-	-	56	26	36	55	43
Nidda	39	68	58	21	34	65	62	22	32	66	47
Offenbach	22	44	39	16	20	51	47	13	21	50	32
Raunheim	23	42	36	16	29	53	46	20	30	53	38
Riedstadt	30	59	52	19	31	57	50	21	36	62	46
Spessart	52	82	70	34	45	82	75	42	54	92	72
Viernheim	26	56	46	15	25	58	56	20	27	56	41
Wetzlar	22	41	36	19	21	41	37	14	22	40	29
Wiesbaden-Süd	23	52	46	18	28	54	51	20	27	53	38
Witzenhausen	55	81	75	41	53	86	85	42	53	90	66

Noch: 3. Luftbelastung nach Meßstellen
e) Schwefeldioxid in µg/m³

Meßstelle	Quartalsmittel 1998				Quartalsmittel 1999				Quartalsmittel 2000		
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Bad Arolsen	-	-	-	-	-	-	3	4	3	3	3
Bebra	7	3	3	5	5	4	3	5	4	3	3
Borken	6	3	3	5	5	4	3	4	4	3	3
Darmstadt	11	4	3	7	7	4	3	7	7	3	3
Dillenburg	7	4	4	5	6	4	3	4	4	3	3
Ffm.-Höchst	12	5	5	10	9	5	5	8	7	4	4
Ffm.-Ost	16	5	5	12	10	4	4	8	7	3	3
Frankenberg	4	3	3	4	4	3	3	3	3	3	3
Fulda	9	4	4	5	5	3	3	5	5	3	3
Fürth/Odenwald	7	3	3	5	5	3	4	5	5	3	3
Gießen	8	3	3	6	5	4	4	6	5	3	3
Grebenau	5	3	3	4	3	3	3	3	3	3	3
Hanau	15	5	5	12	12	4	4	9	9	4	3
Kassel-Nord	9	4	4	7	6	4	4	5	4	3	3
Königstein	6	3	3	5	4	3	3	4	3	3	3
Lampertheim	-	-	-	-	-	-	-	-	5	3	3
Limburg	-	-	3	5	5	3	3	4	5	3	3
Linden	7	3	3	7	5	3	3	4	4	3	3
Marburg	10	4	3	7	7	3	3	5	5	3	3
Michelstadt	-	-	-	-	-	3	3	7	6	3	3
Nidda	6	3	3	5	5	3	3	5	5	3	3
Offenbach	11	4	4	7	9	4	4	7	8	4	3
Raunheim	13	4	4	7	12	6	4	8	7	3	3
Riedstadt	8	4	3	6	5	3	3	5	5	3	3
Spessart	8	3	3	5	5	3	3	4	3	3	3
Viernheim	14	5	5	10	10	5	4	8	9	4	3
Wetzlar	7	3	3	5	5	3	3	4	4	3	3
Wiesbaden-Süd	12	5	5	9	9	5	4	8	8	4	3
Witzenhausen	5	4	3	4	3	4	3	4	3	3	3

Noch: 3. Luftbelastung nach Messstellen
f) Kohlenmonoxid in mg/m³

Messstelle	Quartalsmittel 1998				Quartalsmittel 1999				Quartalsmittel 2000		
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Darmstadt	0,8	0,5	0,5	0,7	0,8	0,4	0,4	0,5	0,5	0,3	0,3
Darmstadt-Hügelstraße	2,1	1,8	1,5	1,4	1,4	1,8	1,8	1,5	1,3	1,4	1,5
Ffm.-Friedb. Landstraße	2,2	1,7	1,7	1,8	1,7	1,6	1,8	1,3	1,0	1,1	1,0
Ffm.-Höchst	0,9	0,5	0,5	0,8	0,8	0,5	0,5	0,7	0,7	0,5	0,4
Fulda	0,8	0,5	0,4	0,6	0,6	0,5	0,5	0,6	0,5	0,4	0,4
Gießen	1,1	0,6	0,6	0,9	0,8	0,5	0,5	0,7	0,7	0,4	0,5
Hanau	0,9	0,5	0,6	0,8	0,8	0,5	0,5	0,8	0,8	0,7	0,5
Kassel-Fünffensterstr.	-	-	-	-	-	-	1,3	1,5	1,3	1,0	1,1
Kassel-Nord	0,8	0,6	0,5	0,7	0,7	0,5	0,4	0,6	0,5	0,4	0,4
Limburg	-	-	0,4	0,7	0,6	0,4	0,3	0,6	0,5	0,4	0,4
Linden	0,5	0,3	0,3	0,5	0,5	0,4	0,4	0,5	0,4	0,3	0,2
Offenbach	0,8	0,6	0,6	0,7	0,7	0,4	0,5	0,7	0,6	0,5	0,5
Raunheim	1,0	0,4	0,4	0,8	0,8	0,5	0,5	0,7	0,7	0,4	0,4
Viernheim	0,8	0,4	0,3	0,6	0,6	0,3	0,3	0,5	0,5	0,3	0,3
Wetzlar	1,0	0,6	0,6	0,9	0,9	0,5	0,5	0,7	0,6	0,5	0,4
Wiesbaden-Ringkirche	2,4	1,5	1,7	2,2	2,1	1,4	1,6	2,0	1,7	1,3	1,4
Wiesbaden-Süd	0,9	0,5	0,5	0,8	0,7	0,5	0,5	0,7	0,6	0,5	0,4

Noch: 3. Luftbelastung nach Messstellen
g) Kohlenwasserstoffe (ohne Methan) in µg/m³

Messstelle	Quartalsmittel 1998				Quartalsmittel 1999				Quartalsmittel 2000		
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Ffm.-Höchst	172	72	72	93	93	57	57	107	113	67	40
Ffm.-Ost	115	64	72	93	93	57	79	86	73	40	40
Kassel-Nord	100	79	86	93	86	64	57	57	47	113	53
Riedstadt	50	29	36	43	50	29	29	57	47	27	27

Noch: 3. Luftbelastung nach Messstellen
h) Staub in $\mu\text{g}/\text{m}^3$; ab 1. Quartal 2000 PM 10¹ in $\mu\text{g}/\text{m}^3$

Messstelle	Quartalsmittel 1998				Quartalsmittel 1999				Quartalsmittel 2000		
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Bad Arolsen	-	-	-	-	-	-	26	19	14	15	15
Bebra	30	28	27	26	27	26	28	23	14	18	17
Borken	28	26	26	22	23	21	27	21	14	15	15
Darmstadt	34	28	30	26	29	28	29	26	18	18	18
Darmstadt-Hügelstraße	-	-	-	-	-	-	-	-	27	25	25
Dillenburg	36	29	31	29	29	27	28	27	-	20	21
Ffm.-Höchst	41	30	30	31	32	29	28	27	20	19	19
Ffm.-Ost	48	31	30	35	38	38	36	37	25	24	23
Fulda	36	31	32	28	31	32	33	24	-	17	16
Gießen	39	31	33	32	34	32	32	28	17	19	25
Hanau	37	28	30	32	33	28	25	26	17	17	18
Kassel-Fünffensterstr.	-	-	-	-	-	-	-	-	23	25	24
Kassel-Nord	37	36	32	29	29	32	30	29	18	20	20
Lampertheim	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	13
Limburg	-	-	30	27	27	27	28	24	17	17	17
Marburg	32	30	28	29	30	34	31	26	17	20	17
Michelstadt	-	-	-	-	-	-	23	21	14	14	14
Nidda	32	26	25	23	23	23	24	20	15	14	14
Offenbach	41	31	30	32	33	30	37	44	-	31	34
Raunheim	39	28	31	29	28	28	28	27	20	19	18
Riedstadt	34	27	29	25	26	27	30	23	18	18	19
Viernheim	36	25	27	27	29	27	26	25	-	16	16
Wetzlar	36	29	30	32	35	32	33	31	21	22	21
Wiesbaden-Ringkirche	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	27
Wiesbaden-Süd	39	30	32	33	35	31	32	29	20	18	16

1) PM 10: Partikel mit $d < 10 \mu\text{m}$

Im Zuge der gesamteuropäischen Bestrebungen zur Überwachung der Luftqualität wurde am 29.06.1999 die neue EU-Richtlinie über Grenzwerte für Schwefeldioxid, Stickstoffdioxid, Stickstoffoxide, Partikel und Blei veröffentlicht. Die Richtlinie macht eine Umstellung der bisherigen Gesamtstaubmessung auf die Fraktion der Partikel mit einem aerodynamischen Durchmesser $< 10 \mu\text{m}$ ("PM10": particulate matter $< 10 \mu\text{m}$) erforderlich (spätestens bis 19.7.2001). Die Begründung für die künftige Konzentration auf diesen Teilbereich der Partikel liegt in dem deutlich größeren Schädigungspotenzial der lungengängigen Feinstäube. Mit Beginn des Monats Januar 2000 wurde mit der Umstellung der Staubbmessgeräte von Gesamtstaub auf PM10 begonnen. Da für diese Komponente eine neue Messreihe beginnt, sind bis auf Weiteres keine Langzeitwerte vorhanden. Vergleichsmessungen von PM10 zu Gesamtstaub haben ergeben, dass der Anteil von PM10 im Gesamtstaub in der Regel 70—80% beträgt. Weiterhin schreibt die Richtlinie im Falle der gasförmigen Komponenten (SO_2 , NO_2/NO^*) vor, das Volumen der Konzentrationsangabe ($\mu\text{g}/\text{m}^3$) auf eine Normtemperatur von 20°C zu beziehen. Ab Januar 2000 werden somit die Konzentrationen für SO_2 , NO und NO_2 nicht mehr wie bisher auf 0°C , sondern auf 20°C bezogen angegeben. Hierdurch werden die berichteten Werte dieser Komponenten um ca. 7 % niedriger ausfallen als bisher.

Schlachtungen von Rindvieh¹⁾ in den Jahren 1999 und 2000



1) Rindvieh ohne Kälber; aus gewerblicher Schlachtung sowie Hausschlachtung.
Siehe auch Text auf Seite 47.

HSL 8/01

Ausgaben der Haushalte für den privaten Verbrauch

Weitere Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998

Fast 140 Mrd. DM haben die 2,7 Millionen hessischer Haushalte im Jahr 1998 für den privaten Verbrauch ausgegeben, knapp ein Fünftel mehr als fünf Jahre davor. Sieht man — wegen der besonderen Problematik — einmal von den Wohnkosten ab, so sind die Ausgaben für den Autokauf mit einem Plus von 225 Mill. DM pro Monat absolut am stärksten gestiegen. Die Zuwachsraten waren allerdings bei den Ausgaben für Güter der Gesundheitspflege und für Pauschalreisen mit 80 % fast doppelt so hoch. In einem Durchschnittshaushalt haben sich in dieser Zeit die monatlichen Konsumausgaben um knapp 600 DM oder 16 % auf 4335 DM erhöht. Trotz unterschiedlicher Entwicklung bei den acht Hauptausgabegruppen — mit Ausgaberrückgängen bei Nahrungs- und Genussmitteln sowie Kleidung und Schuhen — haben sich deren Anteile an den Gesamtausgaben für den privaten Verbrauch nur recht gering verschoben. Mit noch etwas stärkerem Gewicht als 1993 standen dabei die Aufwendungen für Wohnen und Energie im Vordergrund, vor denen für Verkehr und Nachrichtenübermittlung sowie für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren. Besonders durch die Wohnkosten belastet waren kleine und finanziell schlechter gestellte Haushalte. Bei Letzteren waren auch die Ausgaben für Nahrungsmittel höher als die für Verkehr und Nachrichtenübermittlung zusammen. Andererseits gaben allein lebende Männer, Haushalte von Beamten und solche mit monatlichem Nettoeinkommen ab 10 000 DM mehr Geld für Freizeit, Unterhaltung und Kultur aus als für Nahrungs- und Genussmittel. Beamtenhaushalte waren zudem vordergründig am höchsten mit Ausgaben für Gesundheits- und Körperpflege belastet. Generell hat sich wieder bestätigt, dass nicht nur die Höhe, sondern auch die Struktur der Verbrauchsausgaben ganz wesentlich vom Haushaltsnettoeinkommen abhängig ist. Pro Person haben die Zweipersonenhaushalte gegenüber 1993 die Ausgaben für den privaten Verbrauch am meisten erhöht, nämlich um über 430 DM auf annähernd 2400 DM. Trotzdem war für eine Einzelperson die Lebensführung noch um fast 250 DM im Monat teurer. Wegen der erhöhten Konsumausgaben ist die Ersparnis in allen Haushaltsgruppen außer den Dreipersonenhaushalten und den Haushalten mit dem höchsten Nettoeinkommen gesunken.

Vorbemerkungen

Wie die Bezeichnung schon ausdrückt, werden bei den Einkommens- und Verbrauchsstichproben (EVS) neben der Erfassung von Art und Höhe der Einnahmen insbesondere die Aufwendungen für den privaten Verbrauch ermittelt. Dazu werden in der Bundesrepublik Deutschland seit 1962 die entsprechenden Daten etwa alle fünf Jahre von ausgewählten Haushalten auf freiwilliger Basis durch Anschreibungen in Haushaltsbüchern festgehalten¹⁾. Nachdem im Januar über die verschiedenen Arten von Einnahmen und Einkommen sowie über die wesentlichen Ausgabeposten der letzten Erhebung im Jahr 1998 berichtet worden ist²⁾, sollen diesmal die Verbrauchsausgaben hinsichtlich ihrer Entwicklung und Struktur etwas näher unter die Lupe genommen werden. Dies gilt sowohl für die einzelnen Verwendungszwecke als auch für das unterschiedliche Ausgabeverhalten bestimmter Haushaltsgruppen, aus denen sich ein hessischer „Durchschnittshaushalt“ zusammensetzt³⁾. Zum methodischen Vorgehen bei der Erhebung ist anzumerken, dass die Teilnehmer ihre monatlichen Ausgaben jeweils für ein Quartal des Jahres 1998 nach einer vorgegebenen Gruppierung

in die Haushaltsbücher einzutragen hatten. Dabei handelte es sich — aufbauend auf dem „Systematischen Verzeichnis der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte (SEA 1998)“ — um die elf folgenden Abschnitte, geordnet nach ihrer Reihenfolge im Haushaltsbuch:

- Wohnen und Energie,
- Verkehr,
- Nachrichtenübermittlung,
- Gesundheit,
- Bekleidung und Schuhe,
- Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände, laufende Haushaltsführung,
- Freizeit, Unterhaltung und Kultur,
- Hotels, Pensionen, Gaststätten und Kantinen,
- Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren,
- Unterrichtsdienstleistungen sowie
- Sonstige Waren und Dienstleistungen.

Sämtliche Abschnitte waren zudem teilweise erheblich tiefer untergliedert, mit Ausnahme der „Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren“, für die eine Unterstichprobe von Haushalten (in Hessen etwa ein Viertel der Beteiligten) in einem so genannten „Feinaufzeichnungsheft“ detaillierte Eintragungen mit Mengenangaben vorzunehmen hatte⁴⁾. Diese Vorgehensweise wurde auch schon bei der vorangegangenen

1) Näheres zu Rechtsgrundlage, Turnus und Methoden der Erhebung siehe „Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998 mit neuem Konzept“, Staat und Wirtschaft in Hessen, 52. Jahrg., Heft 11, November 1997, Seite 294 ff.

2) Vgl. „Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte in Hessen“, a. a. O., 56. Jahrg., Heft 1, Januar 2001, Seite 11 ff.

3) Zu dieser Problematik vgl. den vorgenannten Artikel.

4) Sobald die entsprechenden Ergebnisse vorliegen, wird auch darüber in dieser Zeitschrift noch berichtet.

Erhebung im Jahr 1993 angewandt, doch waren die einzelnen Abschnitte und Untergliederungen nicht immer identisch und Letztere zum Teil auch anderen Abschnitten zugeordnet. Dies schränkt partiell die Vergleichbarkeit der Ergebnisse ein, obwohl durch Umrechnung auf die aktuelle Abgrenzung versucht wurde, kongruentes Datenmaterial zu gewinnen.

Maßgebend für die Eintragungen in das Haushaltsbuch war in der Regel die Marktentnahme, nicht der tatsächliche Verbrauch. Das gilt vor allem für den zeitlichen Aspekt bei einem Warenkauf oder einer bezahlten Dienstleistung. So können beispielsweise bei langlebigen Gütern Kauf- und „Verbrauchs“termin weit auseinanderklaffen. Andererseits müssen nicht unbedingt alle Waren, die man gekauft hat, tatsächlich verbraucht werden, wie am Beispiel verdorbener Lebensmittel leicht ersichtlich ist. Auch für haushaltsfremde Personen gekaufte Geschenke waren bei den Konsumausgaben aufzunehmen, nicht jedoch der Wert von eventuell geschenkt erhaltenen Waren. In einigen Fällen wurden — abweichend von dem System einer Realisierung am Markt — unterstellte Käufe oder Leistungen ebenfalls in die Ergebnisse einbezogen. Hier sind neben den Deputaten für bestimmte Gruppen von Arbeitnehmern bei Haushalten von Selbstständigen die Sachentnahmen aus dem eigenen Betrieb zu nennen, für die jeweils ein durchschnittlicher Marktpreis eingesetzt wurde. Wesentlich bedeutsamer als diese beiden Positionen sind in der Realität aber die Mietwerte von Eigentümerwohnungen, weil sie zum einen fast die Hälfte der hessischen Haushalte betreffen, zum anderen wertmäßig besonders kräftig zu Buche schlagen. Legt man bei den Eigentümerwohnungen mit ihrer durchschnittlichen Wohnfläche von knapp 125 m² eine fiktive Quadratmetermiete von 12 DM zu Grunde, so kommt man auf eine Miete von rund 1500 DM im Monat, die in der entsprechenden Ausgabeposition der Haushalte jeweils anteilig enthalten ist⁵⁾. Gerade bei der aktuellen politischen Diskussion um die Zukunft der Alterssicherungssysteme zeigen diese Daten, wie hoch der Wert von Wohneigentum in diesem Zusammenhang eingeschätzt werden muss, weil ein Haushalt — nachdem er entsprechende Vorleistungen erbracht hat — in der Realität um diesen Betrag entlastet wird.

Verbrauchsausgaben um ein Fünftel höher als 1993

Im Laufe des Jahres 1998 haben die hochgerechnet knapp 2,7 Millionen hessischen Haushalte für ihren privaten Verbrauch insgesamt fast 140 Mrd. DM ausgegeben. Das waren über 22 Mrd. DM oder fast ein Fünftel mehr als fünf Jahre davor, womit der Anstieg deutlich kräftiger ausfiel als die allge-

Monatliche Aufwendungen der Haushalte für den privaten Verbrauch 1993 und 1998

Art der Angabe	1993		1998		Zu- bzw. Abnahme (-) in %
	DM	%	DM	%	
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	607	16,2	566	13,1	- 6,8
Kleidung, Schuhe ¹⁾	282	7,5	234	5,4	- 16,9
darunter					
Herrenbekleidung	46	1,2	54	1,2	16,8
Damenbekleidung	93	2,5	93	2,2	0,0
Kinderbekleidung	16	0,4	25	0,6	53,1
Schuhe	44	1,2	42	1,0	- 5,6
Wohnen und Energie	1 032	27,6	1 490	34,4	44,4
davon					
Wohnungsmieten ²⁾	743	19,9	1 168	26,9	57,2
Wohnungsinstandhaltung	76	2,0	123	2,8	61,8
Energie	212	5,7	199	4,6	- 6,1
davon					
Elektrizität, Gas	137	3,7	125	2,9	- 8,8
Sonstige Brennstoffe	39	1,0	34	0,8	- 12,8
Zentralheizung, Warmwasser	37	1,0	40	0,9	8,1
Innenausstattung ³⁾ , Haushaltsführung	256	6,8	288	6,6	12,5
davon					
Möbel	101	2,7	119	2,7	17,3
Teppiche, Bodenbel., Heimtextilien	51	1,4	41	0,9	- 19,6
Elektrische Haushaltsgeräte	51	1,4	45	1,0	- 12,2
Sonstige Güter und Dienstleistungen	53	1,4	83	1,9	56,6
Gesundheits- und Körperpflege	226	6,0	230	5,3	1,6
davon					
Güter für die Gesundheitspflege	45	1,2	80	1,8	78,7
Dienstl. f. d. Gesundheitspflege	83	2,2	76	1,8	- 8,3
Güter für die Körperpflege	55	1,5	34	0,8	- 37,9
Dienstl. für die Körperpflege	44	1,2	40	0,9	- 8,9
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	624	16,7	697	16,1	11,7
darunter					
Kraftwagen	199	5,3	278	6,4	39,5
Kraft- und Fahrräder	18	0,5	18	0,4	0,0
Kraftstoffe	126	3,4	128	3,0	1,6
Fremde Reparaturen an Kfz ⁴⁾	57	1,5	61	1,4	6,2
Fremde Verkehrsleistungen	68	1,8	58	1,3	- 14,8
Nachrichtenübermittlung	86	2,3	104	2,4	20,5
Freizeit und Kultur, Bildungswesen	427	11,4	503	11,6	17,8
darunter					
Fernseh-, Radio-, Fonogeräte ⁵⁾	30	0,8	24	0,6	- 18,8
Foto- und Filmapparate ⁶⁾	19	0,5	10	0,2	- 46,5
Sonstige Gebrauchsgüter ⁷⁾	54	1,4	54	1,2	0,0
Bücher, Zeitungen u. ä.	67	1,8	64	1,5	- 4,5
Garten, Blumen, Tierhaltung	48	1,3	45	1,0	- 5,9
Freizeit- und Kulturdienstleistungen	68	1,8	108	2,5	59,3
Bildungswesen	22	0,6	24	0,6	10,3
Pauschalreisen	68	1,8	119	2,7	75,0
Andere Waren u. Dienstleistungen	288	7,7	328	7,6	13,9
darunter					
Schmuck, Uhren u. Edelmetalle	19	0,5	23	0,5	21,6
Beherbergungsdienstleistungen	69	1,8	44	1,0	- 36,2
Verpflegungsdienstleistungen	184	4,9	175	4,0	- 4,9
Privater Verbrauch insgesamt	3 742	100	4 335	100	15,8

5) Vgl. „Immobilienbesitz und Wohnverhältnisse der privaten Haushalte in Hessen im Januar 1998“, a. a. O., 54. Jahrg., Heft 7/8, Juli/August 1999, Seite 208 ff. Bei gut 1,2 Mill. Eigentümerhaushalten summiert sich der fiktive Mietwert damit auf über 1,8 Mrd. DM im Monat, also rund 57 % der hochgerechneten Mietausgaben; dieser Wert schwankt bei den verschiedenen Haushaltgruppen je nach Anteil der Eigentümerhaushalte.

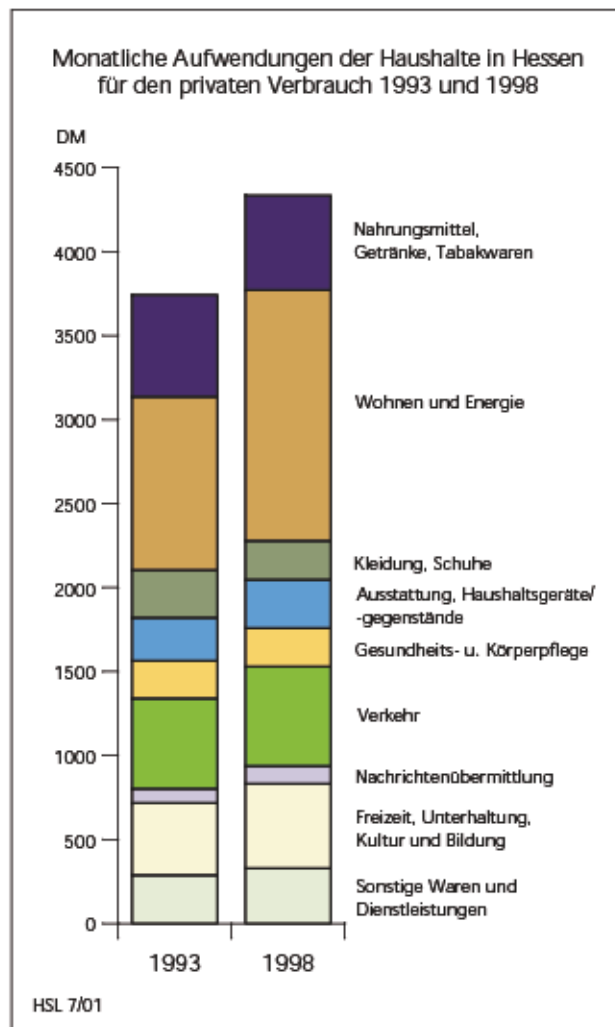
1) Einschl. Sportbekleidung, Reparaturen und Zubehör. - 2) Einschl. Umlagen für Warmwasser u. ä. - 3) Einschl. Haushaltsgeräten, -gegenständen. - 4) Sowie Fahrrädern. - 5) Einschl. Videogeräten. - 6) Einschl. Projektoren und Zubehör für Foto- und Fonogeräte. - 7) Einschl. Spielwaren, Campingartikeln, Wasser- und Luftfahrzeugen sowie Mobilheimen.

meine Teuerung in diesem Zeitraum mit nur etwa 8 %. Pro Monat lagen die Ausgaben mit 11,6 Mrd. DM um fast 1,9 Mrd. DM über denen von 1993; von diesen monatlichen Mehrausgaben entfielen allein 1,2 Mrd. DM auf die (teilweise auch fiktiven) Wohnungsmieten. Sieht man wegen der bereits beschriebenen Problematik einmal von diesen Kosten ab, so hatten die monatlichen Ausgaben für den Autokauf mit einem Plus von 225 Mill. DM oder 12 % den größten Anteil an dem Zuwachs. Eine Dreiviertelmilliarde war den hessischen Haushalten in jedem Monat die Anschaffung des oft zitierten „liebsten Kindes“ wert; gegenüber 1993 waren das reichlich 43 % mehr. Andere Ausgaben sind aber zum Teil relativ noch stärker angewachsen: Zum Beispiel war bei Pauschalreisen mit einem Plus von über 141 Mill. DM oder bei Gütern für die Gesundheitspflege mit einem Plus von über 97 Mill. DM die Zuwachsrate mit 80 % oder mehr fast doppelt so hoch wie bei den Kraftwagen. In zwei Bereichen — sowie in einer Reihe von Unterpositionen — waren aber auch Minderausgaben zu verzeichnen, nämlich bei Bekleidung und Schuhen sowie bei Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren. Dafür wurden im Monat fast 107 bzw. 65 Mill. DM weniger ausgegeben als 1993.

Im Einzelnen lassen sich die monatlichen Gesamtbeträge der Konsumausgaben durch Multiplikation der in der Tabelle ausgewiesenen Durchschnittswerte je Haushalt mit den Haushaltszahlen von 2,6 Mill. im Jahr 1993 bzw. 2,68 Mill. im Jahr 1998 errechnen. Die Steigerungsrate fällt bei den Gesamtbeträgen jeweils etwas höher, die Abnahmerate dagegen etwas geringer aus als diejenige in der Tabelle, weil im Jahr 1998 mehr Haushalte den entsprechenden Betrag ausgegeben haben als 1993. Bei den Fällen mit gleichen Monatsausgaben je Haushalt in beiden Jahren, also der Veränderungsrate 0, ergibt sich bei den Gesamtbeträgen dadurch — entsprechend dem zwischenzeitlichen Zuwachs an Haushalten — eine Steigerung um fast 3 %.

Monatlicher Verbrauch bei 4335 DM

Zu einem gewissen Teil ist also der wiederum recht hohe Gesamtanstieg der Verbrauchsausgaben auf diesen Effekt zurückzuführen, sodass für den tendenziell etwas kleiner gewordenen Durchschnittshaushalt die Wachstumsrate nur bei knapp 16 % lag (gegenüber fast einem Fünftel mehr bei den Verbrauchsausgaben insgesamt). Damit hat 1998 jeder Haushalt in Hessen monatlich 4335 DM für den privaten Konsum aufgewandt, knapp 600 DM mehr als fünf Jahre zuvor und fast 150 DM oder gut 3 % mehr als ein Haushalt im Durchschnitt der alten Bundesländer. Auf den hessischen Durchschnittshaushalt bezogen, entfielen mit fast 460 DM drei Viertel der Mehrausgaben allein auf den Bereich Wohnen und Energie, mit über 70 DM jeweils rund ein Achtel auf die Bereiche Freizeit, Kultur und Bildung sowie Verkehr und Nachrichtenübermittlung. Die relativ geringen Zuwächse in den drei Bereichen „Innenausstattung, Haushaltsgeräte und



„gegenstände“, „Gesundheits- und Körperpflege“ sowie „andere Waren und Dienstleistungen“ (zusammen 76 DM) wurden von den Minderausgaben für Kleidung und Schuhe sowie Nahrungs- und Genussmittel (zusammen 89 DM) reichlich kompensiert. Bei der Interpretation dieser und aller nachfolgenden Zahlen ist zu beachten, dass es sich um rein rechnerische monatliche Durchschnittswerte für alle Haushalte bzw. die jeweils genannten Haushaltsgruppen handelt. Es spielt dabei keine Rolle, ob ein einzelner an der Erhebung teilnehmender Haushalt tatsächlich im Laufe des Berichtsjahres eine entsprechende Anschaffung gemacht oder Geld für die beschriebenen Güter oder Dienstleistungen ausgegeben hat.

Einige Besonderheiten innerhalb der einzelnen Hauptausgabegruppen sollen im Folgenden beschrieben werden. Bei **Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren** ist im Vergleich mit den Veröffentlichungen früherer Erhebungen zu beachten, dass die Mahlzeiten außer Haus in den Abschnitt „andere Waren und Dienstleistungen“ umgegliedert wurden; eine entsprechende Umrechnung ist aber in den hier vorliegenden Ergebnissen für 1993 bereits vorgenommen. Im Bereich **Kleidung und Schuhe** fällt sofort ins Auge, dass es trotz eines Gesamtrückgangs um 48 DM oder 17 %

bei Herren- und vor allem bei Kinderbekleidung relativ starke Zunahmen gab. Dies ist auf eine Straffung der Merkmalsgliederung zurückzuführen, durch die Sportbekleidung und einige weitere Artikel 1998 jeweils direkt der Herren-, Damen- oder Kinderbekleidung zuzuordnen waren, aber in den entsprechenden Ausgangszahlen für 1993 fehlen, da sie nicht umgerechnet werden konnten. Im Bereich *Wohnen und Energie* haben sich neben der bereits erwähnten Miete auch die Kosten für die Wohnungsinstandhaltung (1993 noch im Abschnitt „Haushaltsführung“ enthalten, hier aber umgerechnet) überdurchschnittlich erhöht, möglicherweise bedingt durch umfangreiche Sanierungs- oder Modernisierungsarbeiten, wie zum Beispiel an Heizanlagen, Fenstern oder Bädern. Dagegen waren die Ausgaben für Energie — noch vor der Ölpreiserhöhung — mit Ausnahme von Zentralheizung und Warmwasserversorgung rückläufig. Der Bereich *Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände sowie Haushaltsführung* ist gekennzeichnet einerseits durch Mehrausgaben für Möbel sowie besonders für sonstige Gebrauchsgüter (z. B. Geschirr, Werkzeuge für Haus und Garten) und Dienstleistungen (wie Reparaturen, Haushaltshilfen), andererseits durch Einsparungen bei Teppichen, Heimtextilien und Haushaltsgeräten. Innerhalb der *Gesundheits- und Körperpflege*, die wie 1993 unter einer Rubrik ausgewiesen wird⁶⁾, sind lediglich die Ausgaben für die Güter der Gesundheitspflege (z. B. therapeutische Geräte oder pharmazeutische Erzeugnisse einschl. Eigenanteilen bei Rezepten) kräftig gestiegen, während es ansonsten Abnahmen gab, vor allem bei den Gütern für die Körperpflege. In der ebenfalls zusammengefassten Gruppe *Verkehr und Nachrichtenübermittlung* wurde die starke Zunahme der Beschaffungskosten für Kraftwagen um zwei Fünftel bereits erwähnt. Auch die Aufwendungen für Nachrichtenübermittlung (vor allem Geräteanschaffungen) sind mit einer Steigerung um ein Fünftel überdurchschnittlich angewachsen. Dafür haben sich jedoch die Ausgaben für fremde Verkehrsleistungen (Bahn, Busse usw.) um 15 % verringert. Zwei starke Wachstumszweige gab es im Bereich *Freizeit, Unterhaltung, Kultur und Bildungswesen* mit den Pauschalreisen und (wie schon 1993) den Freizeit- und Kulturdienstleistungen (z. B. Eintrittsgelder, Beiträge für Vereine u. ä.). Dagegen haben die Haushalte nochmals beim Anschaffen von Fernseh-, Rundfunk- und Fonogeräten sowie Foto- und Filmapparaten gespart, wohl nicht zuletzt wegen der bereits außerordentlich hohen Versorgungsquote mit derartigen Gütern. Auch für Bücher und Zeitschriften sowie Garten und Tierhaltung wurde 1998 weniger gezahlt als fünf Jahre zuvor. Bei den *anderen Waren und Dienstleistungen* waren die Aufwendungen für Übernachtungen und Essen außer Haus rückläufig, wogegen für Uhren und Schmuck, vor allem aber sonstige Dienstleistungen (Betreuung, Anwaltsgebühren u. ä.), mehr ausgegeben wurde.

6) Erfragt wurden die Güter und Dienstleistungen für die Körperpflege 1998 im Abschnitt „andere Waren und Dienstleistungen“.

Trotz der sehr unterschiedlichen Veränderungsraten haben sich die Gewichte der einzelnen Ausgabepositionen am Gesamtaufwand für den privaten Verbrauch im Verlauf der fünf Jahre zwischen den beiden letzten Erhebungen größtenteils nur relativ wenig verschoben. Der Anteil der Aufwendungen für das Wohnen, ohnehin schon 1993 mit Abstand der größte Ausgabenfaktor, hat sich um fast 7 Prozentpunkte auf mehr als ein Drittel des Gesamtverbrauchs erhöht. Demgegenüber sind die Anteile für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren sowie für Kleidung und Schuhe um 3 bzw. 2 Prozentpunkte gesunken. In allen anderen Gruppen lag die Veränderung der Anteilwerte unter 1 Prozentpunkt. Damit wurde nach wie vor jede sechste Mark für den zweitwichtigsten Ausgabeposten „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“ aufgewandt. Immerhin gab es eine Verschiebung in der weiteren Rangfolge, weil die Ausgaben für Kleidung und Schuhe mit einem Anteil von nur noch gut 5 % hinter diejenigen für Innenausstattung, Haushaltsgeräte usw. auf Rang sieben zurückgefallen sind.

Unterschiedlicher Verbrauch einzelner Haushaltsgruppen

Könnten die zuvor beschriebenen Durchschnittswerte das Konsumverhalten — oder in vielen Fällen sicher auch die Konsumzwänge — eines realen Haushalts nur sehr bedingt widerspiegeln, so lassen sich mit einem Nachweis der Ausgaben für unterschiedliche Haushaltsgruppierungen doch Annäherungen an den konkreten Einzelfall erreichen. Als Gliederungsmerkmale für die Haushalte werden deren Typ und Größe sowie die soziale Stellung der Bezugsperson und das monatliche Haushaltsnettoeinkommen herangezogen. Auf Bundesebene können Daten mit hinreichender Genauigkeit für eine Kombination von zwei oder gar drei der genannten Merkmale bereitgestellt werden, während dies für Hessen nur in wenigen Ausnahmefällen bei starker Besetzung in der Stichprobe möglich ist; deshalb beziehen sich die nachfolgenden Betrachtungen nur auf die jeweilige eindimensionale Gliederungsstufe. Wegen der komplizierten Umrechnungsarbeit wurde dabei auf einen Veränderungsnachweis gegenüber 1993 für einzelne Ausgabepositionen verzichtet.

Durch die laufenden Ausgaben für Wohnen und Ernährung — deren Anteile sich meist in der Nähe des Durchschnitts aller Haushalte bewegten — waren alle Haushaltsgruppen stark belastet. In der Regel wurde etwa die Hälfte des Verbrauchs für diese beiden Gruppen zusammen ausgegeben. Andererseits waren bei verschiedenen Ausgabepositionen oder auch innerhalb der einzelnen Haushaltsgruppen durchaus Besonderheiten oder größere Abweichungen festzustellen, von denen im Folgenden einige exemplarisch genannt seien, und zwar zunächst für die Untergliederung nach der *Haushaltsgröße*. Augenfällig ist dabei zunächst die außerordentliche Zuwachsrate des Gesamtverbrauchs bei den Zweipersonenhaushalten, die mit 22 % doppelt so hoch war

**Monatliche Aufwendungen der Haushalte für den
sowie nach Haushaltsgröße, sozialer Stellung der Bezugsperson,**

Lfd. Nr.	Art der Angabe	Privater Verbrauch insgesamt	Zunahme gegen- über 1993 ¹⁾	davon entfielen auf							
				Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren		Wohnen und Energie					
						zusammen		darunter			
								Wohnungsmieten (einschl. Umlagen für Wasser u. d.)		Energie	
		DM	%	DM	%	DM	%	DM	%	DM	%
1	Haushalte insgesamt	4 335	15,8	566	13,1	1 490	34,4	1 168	26,9	199	4,6
Nach der											
2	1 Person	2 639	11,1	312	11,8	1 013	38,4	805	30,5	141	5,3
3	2 Personen	4 790	22,0	576	12,0	1 597	33,3	1 238	25,8	214	4,5
4	3 Personen	5 380	17,9	736	13,7	1 831	34,0	1 408	26,2	229	4,3
5	4 Personen	5 811	15,4	879	15,1	1 861	32,0	1 491	25,7	249	4,3
6	5 oder mehr Personen	6 363	18,5	1 027	16,1	2 175	34,2	1 735	27,3	288	4,5
Nach der sozialen											
7	Selbstständige ²⁾	5 566	17,5	727	13,1	1 892	34,0	1 475	26,5	243	4,4
8	Beamte	6 430	25,3	716	11,1	1 808	28,1	1 423	22,1	241	3,7
9	Angestellte	4 914	12,2	627	12,8	1 532	31,2	1 209	24,6	202	4,1
10	Arbeiter	4 326	15,8	638	14,7	1 411	32,6	1 128	26,1	197	4,6
11	Nichterwerbstätige	3 422	16,0	442	12,9	1 388	40,6	1 073	31,4	185	5,4
Nach dem monatlichen											
12	Unter 1 800 DM	1 499	.	237	15,8	603	40,2	484	32,3	107	7,1
13	1 800 bis unter 2 500 DM	2 218	.	335	15,1	858	38,7	699	31,5	131	5,9
14	2 500 bis unter 3 500 DM	2 953	10,2	402	13,6	1 033	35,0	810	27,4	156	5,3
15	3 500 bis unter 5 000 DM	3 704	5,5	534	14,4	1 319	35,6	1 052	28,4	191	5,2
16	5 000 bis unter 7 000 DM	4 557	.	627	13,8	1 633	35,8	1 315	28,9	218	4,8
17	7 000 bis unter 10 000 DM	6 114	.	763	12,5	2 080	34,0	1 613	26,4	249	4,1
18	10 000 bis unter 35 000 DM	8 359	19,6	886	10,6	2 495	29,8	1 843	22,0	286	3,4
Nach dem											
19	Allein lebende Frau	2 639	9,8	308	11,7	1 051	39,8	812	30,8	155	5,9
20	Allein lebender Mann	2 639	13,8	318	12,1	943	35,7	793	30,0	116	4,4
21	Alleinerziehende ³⁾	3 354	2,2	524	15,6	1 137	33,9	920	27,4	179	5,3
22	(Ehe-)Paar ohne Kind	5 016	.	590	11,8	1 659	33,1	1 279	25,5	218	4,3
23	(Ehe-)Paar mit Kind(ern) ³⁾	5 428	.	822	15,1	1 726	31,8	1 377	25,4	227	4,2

1) Wegen anderer Abgrenzungen als 1993 sind Veränderungsdaten nicht in allen Fällen nachweisbar. - 2) Gewerbetreibende, freiberuflich Tätige

wie bei den Einzelpersonen — bei allein lebenden Frauen lag sie sogar unter 10 % —, während sie bei allen größeren Haushalten etwa dem Durchschnitt entsprach. Dass die **Ausgabebeträge** mit der Haushaltsgröße ansteigen, bedürfte eigentlich keiner Erwähnung, wenn es nicht bei einigen Gütergruppen Ausnahmefälle gäbe: So haben Dreipersonenhaushalte für Innenausstattung usw. deutlich mehr ausgegeben als Haushalte mit vier Personen und fast so viel wie die Haushalte mit fünf oder mehr Personen. Der Aufwand für Verkehr war in den Vierpersonenhaushalten am größten, der für Gesundheits- und Körperpflege in den Zweipersonenhaushalten. Letztere ließen sich zudem die „sonstigen Waren und Dienstleistungen“ mehr kosten als Dreipersonenhaushalte. Nur bei einer einzigen Position stieg die relative Belastung eindeutig in Abhängigkeit von der Haushaltsgröße, nämlich bei Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren von knapp 12 % bei den kleinsten bis zu gut 16 % bei den größten Haushalten. Ansonsten bewegten sich die Anteile mit meist nur geringen Schwankungen in der Nähe des Gesamtdurchschnitts. Lediglich durch Kosten für das Wohnen, und hier speziell die Miete, waren die Einzelpersonen, vor allem die weiblichen, deutlich mehr belastet als alle grö-

ßeren Haushalte. Auch die bei ihnen relativ hohen Kosten für Nachrichtenübermittlung gegenüber den geringen Ausgaben für den Verkehr fallen ins Auge. Schon ein Zweipersonenhaushalt gab im zuletzt genannten Bereich fast dreimal so viel aus wie Alleinstehende, weil es unter diesen viele ältere Frauen ohne eigenes Auto mit dessen hohen Anschaffungs- und Unterhaltungskosten gibt.

Dies bestätigt sich bei einer Betrachtung nach dem **Haushaltstyp**, der angesichts neuer Formen des Zusammenlebens in Zukunft möglicherweise weiter in den Vordergrund der Darstellung rücken wird, da sich nicht allein die Größe eines Haushalts, sondern auch seine personelle Zusammensetzung auf die Verbrauchsausgaben auswirken. Bereits bei Einpersonenhaushalten lassen sich am Konsum- und Ausgabeverhalten von Männern und Frauen — bei gleich hohem Gesamtverbrauch von 2640 DM — deutliche Unterschiede feststellen, was natürlich auch von Faktoren wie Alter und Erwerbsbeteiligung abhängig ist. So gaben allein lebende Frauen für den Bereich „Verkehr“ mit Abstand am wenigsten aus, für Gesundheits- und Körperpflege dagegen doppelt so viel wie Männer und deut-

privaten Verbrauch 1998 nach Ausgabearten
monatlichem Haushaltsnettoeinkommen und Haushaltstyp

noch: davon entfielen auf														Lfd. Nr.
Kleidung, Schuhe		Innen- ausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände, Haushalts- führung		Gesundheits- und Körperpflege		Verkehr		Nachrichten- übermittlung		Freizeit, Unterhaltung, Kultur und Bildung		Sonstige Waren und Dienst- leistungen		
DM	%	DM	%	DM	%	DM	%	DM	%	DM	%	DM	%	
234	5,4	288	6,6	230	5,3	593	13,7	104	2,4	503	11,6	328	7,6	1
Haushaltsgröße														
133	5,0	147	5,6	153	5,8	260	9,9	86	3,3	316	12,0	220	8,3	2
251	5,2	339	7,1	285	5,9	719	15,0	102	2,1	547	11,4	376	7,8	3
294	5,5	404	7,5	244	4,5	786	14,6	120	2,2	605	11,2	360	6,7	4
347	6,0	354	6,1	255	4,4	869	15,0	127	2,2	703	12,1	417	7,2	5
370	5,8	407	6,4	274	4,3	794	12,5	133	2,1	729	11,5	455	7,2	6
Stellung der Bezugsperson														
304	5,5	482	8,7	291	5,2	695	12,5	116	2,1	623	11,2	436	7,8	7
362	5,6	400	6,2	595	9,3	1 088	16,9	137	2,1	809	12,6	515	8,0	8
293	6,0	303	6,2	213	4,3	788	16,0	118	2,4	614	12,5	427	8,7	9
216	5,0	308	7,1	149	3,4	755	17,5	98	2,3	460	10,6	292	6,7	10
167	4,9	222	6,5	226	6,6	289	8,4	88	2,6	376	11,0	225	6,6	11
Haushaltsnettoeinkommen														
86	5,7	64	4,3	83	5,5	95	6,3	65	4,3	171	11,4	94	6,3	12
115	5,2	151	6,8	109	4,9	199	9,0	80	3,6	217	9,8	154	6,9	13
140	4,7	166	5,6	127	4,3	467	15,8	83	2,8	343	11,6	192	6,5	14
196	5,3	230	6,2	197	5,3	440	11,9	95	2,6	426	11,5	266	7,2	15
253	5,6	310	6,8	221	4,8	542	11,9	105	2,3	515	11,3	351	7,7	16
330	5,4	433	7,1	330	5,4	872	14,3	129	2,1	707	11,6	470	7,7	17
467	5,6	595	7,1	521	6,2	1 478	17,7	156	1,9	1 050	12,6	711	8,5	18
Haushaltstyp														
152	5,8	153	5,8	186	7,0	215	8,1	85	3,2	306	11,6	183	6,9	19
97	3,7	137	5,2	92	3,5	342	13,0	87	3,3	337	12,8	287	10,9	20
216	6,4	234	7,0	121	3,6	292	8,7	104	3,1	431	12,9	294	8,8	21
257	5,1	362	7,2	308	6,1	774	15,4	101	2,0	566	11,3	399	8,0	22
324	6,0	359	6,6	236	4,3	764	14,1	117	2,2	666	12,3	415	7,6	23

und Landwirte. - 3) Mit Kind(ern) unter 18 Jahren.

lich mehr als diese für Kleidung und Schuhe. Allein lebende Männer hatten mit 11 % als einzige von sämtlichen Haushalts-Untergliederungen einen zweistelligen Prozentanteil bei den sonstigen Waren und Dienstleistungen, zu denen auch das bei ihnen wohl häufigere „Essen außer Haus“ gehört. Zudem waren bei ihnen die Ausgaben für Freizeit und Unterhaltung höher als diejenigen für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren, was ansonsten nur noch bei Haushalten von Beamten und solchen der höchsten Einkommensgruppe der Fall war. Am ungünstigsten ist die Situation bei den „Alleinerziehenden“ zu bewerten, zum einen wegen der mit 2 % außerordentlich geringen Zuwachsrate gegenüber 1993, zum anderen, weil ihnen nur gut 700 DM mehr für den Konsum zur Verfügung standen als Einzelpersonen. Ansonsten lag der Abstand zu den Einpersonenhaushalten schon beim Durchschnitt aller Zweipersonenhaushalte bei 2150 DM, bei größeren Haushalten, die durchaus auch bei Alleinerziehenden vorkommen, sogar noch höher. Fast die Hälfte des Konsums war bei Alleinerziehenden durch die Kosten für Wohnen (einschl. Energie) und Ernährung gebunden. Weil sie stattdessen offensichtlich bei den Ausgaben für Ver-

kehr sparten, entsprach die Verteilung auf die übrigen Positionen trotzdem in etwa dem Gesamtdurchschnitt der Haushalte.

Dass nach dem Kriterium *soziale Stellung der Bezugsperson* Haushalte von Nichterwerbstätigen bei allen Gütergruppen die niedrigsten Beträge einsetzten, kann angesichts der zur Verfügung stehenden Gesamtmittel kaum überraschen. Eine Ausnahme gab es allerdings auch hier: Für Gesundheits- und Körperpflege verbrauchten sie nämlich wegen des höheren altersbedingten Krankheitsrisikos mehr als die Haushalte von Angestellten und vor allem von Arbeitern. In diesem Bereich waren jedoch die Haushalte von Beamten infolge der besonderen Situation bei ihrer Krankenversicherung am höchsten mit direkten Ausgaben belastet, denen freilich spätere Erstattungen gegenüberstehen. Selbst wenn man diese in voller Höhe abziehen würde, hätten die Beamtenhaushalte immer noch die höchsten Konsumausgaben: Durch das überdurchschnittliche Konsumwachstum gegenüber 1993 um ein Viertel haben sie in fast allen Positionen mit den Haushalten von Selbstständigen gleichgezogen oder diese sogar überholt. Besonders auffallend sind die hohen

Ausgaben für Verkehr sowie den Freizeitbereich und andererseits die relativ niedrigen Anteile für Nahrungsmittel und Wohnen. Dass in Haushalten von Selbstständigen für Verkehr weniger ausgegeben wurde, mag angesichts besonderer Umstände (Firmenwagen, Wohnung und Firmensitz häufig am gleichen Ort) nicht überraschen, wohl eher schon, dass die Arbeiterhaushalte hier relativ am meisten aufbrachten. Eine eindeutige Spitzenposition hatten Haushalte von Selbstständigen nur noch bei den Ausgaben für Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände.

Starke Korrelation mit dem Nettoeinkommen

Eindeutige Abhängigkeiten der Konsumausgaben sind bei der Untergliederung nach dem *monatlichen Haushaltsnettoeinkommen* zu erkennen, und zwar vor allem nach der Höhe der jeweils aufgewandten Beträge, aber auch nach dem Anteil der einzelnen Ausgabepositionen an den gesamten Aufwendungen für den privaten Verbrauch. Grundsätzlich lässt sich deshalb feststellen, dass bei den anderen zuvor betrachteten Aufgliederungen der Haushalte die Einkommenssituation ebenfalls das bedeutendste Kriterium für eventuelle Unterschiede im Konsumverhalten war.

Die Ausgabenanteile für das Wohnen (sowohl für die Miete als auch für die Energie) sowie für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren stiegen — trotz deutlich geringerer Beträge — mit sinkendem Einkommen. In der Gruppe mit weniger als 1800 DM Nettoeinkommen machten sie 1998 zusammen 56 % der Verbrauchsausgaben aus. Bei den Haushalten mit einem monatlichen Nettoeinkommen zwischen 10 000 und 35 000 DM waren es dagegen nur gut 40 %. Aus dem Rahmen fielen die hohen Ausgaben für Verkehr bei den Haushalten mit einem monatlichen Nettoeinkommen zwischen 2500 und 3500 DM und die niedrigen für Freizeit, Unterhaltung usw. bei denjenigen in der Einkommensklasse von 1800 bis unter 2500 DM. Im Übrigen war beim Bereich Verkehr der relativ größte Abstand festzustellen: „Spitzenverdiener“ gaben hier mehr als fünfzehnmal so viel aus wie Haushalte mit weniger als 1800 DM Nettoeinkommen.

Einzelpersonen leben am teuersten

Abschließend soll noch ein kurzer Blick auf die Ausgaben je Person geworfen werden. Bereits vor zehn Jahren waren die Aufwendungen für den privaten Verbrauch einer Einzelperson mit über 1800 DM fast doppelt so hoch wie für ein Mitglied eines Großhaushalts mit mindestens fünf Personen. Diese Spanne hat sich noch weiter vergrößert, weil die Zunahmen pro Person sowohl bis 1993 als auch erneut bis 1998 bei größeren Haushalten geringer ausfielen als bei kleinen. Besonders bemerkenswert ist der seit 1993 starke Ausgabenanstieg um weit über 400 DM je Person im Durchschnitt der Zweipersonenhaushalte auf fast 2400 DM, womit sich der Abstand gegenüber einer Einzelperson von über 400 auf unter 250 DM verringert hat. In einem Großhaushalt mit mindestens fünf Mitgliedern wurde dagegen je Person nur etwas mehr als halb soviel für den Verbrauch ausgegeben wie in einem Zweipersonenhaushalt. So führt letztlich der Trend zu kleineren Haushalten selbst ohne Preissteigerungen zu einer Erhöhung der gesamten Lebenshaltungsausgaben.

Monatliche Ausgaben für den privaten Verbrauch
1993 und 1998 pro Person nach Haushaltsgröße

Haushaltsgröße	1993	1998	Zunahme
	DM		
1 Person	2 375	2 639	264
2 Personen	1 962	2 395	433
3 Personen	1 521	1 793	272
4 Personen	1 259	1 453	194
5 oder mehr Personen	1 053	1 248	195
Haushalte insgesamt	1 656	1 918	262

Weil die Steigerung der Konsumausgaben kräftiger ausfiel als die der Einnahmen, konnten 1998 je Haushalt nur noch 733 DM gespart werden, 34 DM weniger als fünf Jahre zuvor. Diese Tendenz war in unterschiedlichem Maße bei fast allen Haushaltsgruppen zu beobachten. Wie die Haushalte ihr Geld angelegt haben und über welche Vermögensbestände sie 1998 verfügten, wird in einem der nächsten Hefte beschrieben. □

Die Straffälligkeit Jugendlicher in Hessen

Mit mehr als 60 000 verurteilten Personen ist die Verurteiltenzahl im Jahr 1999 leicht gestiegen, nachdem 1995 bis 1998 ein rückläufiger Trend zu beobachten war. Die Zunahme war überwiegend auf die Entwicklung bei Jugendlichen und Heranwachsenden zurückzuführen. Während nur rund 100 Erwachsene mehr verurteilt wurden als im Vorjahr, stieg die Zahl der gerichtlich verurteilten Jugendlichen und Heranwachsenden um 350 deutlich an. Die auf 100 000 der gleichaltrigen Bevölkerung berechnete Verurteiltenziffer hatte 1999 bei den 14- bis unter 18-jährigen Jugendlichen mit rund 1500 Verurteilten auf 100 000 Gleichaltrige ein Niveau, das um 36 % über der Verurteiltenziffer Erwachsener (annähernd 1100) lag. Gemessen an der Straffälligkeit der 18- bis unter 21-jährigen Heranwachsenden — knapp 2700 Verurteilte auf 100 000 Einwohner gleichen Alters — war die der Jugendlichen aber um 44 % niedriger.

Informationen über das Kriminalitätsgeschehen werden aus der polizeilichen Kriminalstatistik und der amtlichen Strafverfolgungsstatistik gewonnen. Beide Statistiken haben unterschiedliche methodische Ansätze. Während die polizeiliche Kriminalstatistik die der Polizei bekannt gewordenen und aufgeklärten Straftaten sowie die ermittelten Tatverdächtigen erfasst, weist die Strafverfolgungsstatistik die von ordentlichen Gerichten Abgeurteilten nach. Die „Abgeurteilten“ der Strafverfolgungsstatistik werden nur ein einziges Mal gezählt, und zwar mit ihrer schwersten Tat. In der Kriminalstatistik können Tatverdächtige mehrfach gezählt sein. Bedingt durch die Verfahrensdauer nach Abschluss der polizeilichen Ermittlungen unterscheiden sich die Statistiken auch in der zeitlichen Abgrenzung. Ebenso wenig wie die polizeiliche Kriminalstatistik kann die Strafverfolgungsstatistik

das Ausmaß der *tatsächlichen* Kriminalität abbilden, da nicht alle rechtswidrigen Taten bekannt werden oder zur Anklage kommen; der Vergleich über einen längeren Zeitraum lässt jedoch Entwicklungstendenzen der *registrierten* Kriminalität erkennen.

Rund 60 % der jugendlichen Angeklagten wurden verurteilt

Im Berichtsjahr 1999 mussten sich in Hessen insgesamt 74 700 Personen wegen Straftaten vor Gericht verantworten. Mit knapp 60 300 und einem Anteil von rund 81 % endete die überwiegende Zahl der Strafverfahren wie in den Vorjahren mit einer Verurteilung, die übrigen Klagen führten zu Verfahrenseinstellungen (17 %), Freisprüchen (2,2 %)

Abgeurteilte und Verurteilte nach Personengruppen und Entscheidungen seit 1980

Jahr	Abgeurteilte				Von den Abgeurteilten waren						
	ins- gesamt	davon			zu- sammen	Verurteilte			Personen, bei denen andere Entscheidungen getroffen wurden		
		Erwach- sene	Heran- wach- sende	Jugend- liche		davon					
						Erwach- sene	Heran- wach- sende	Jugend- liche	Ein- stellung	Frei- spruch	sonstige Entscheidung ¹⁾
1980	77 497	58 454	9 682	9 361	60 647	47 301	7 326	6 020	13 869	2 882	99
1981	79 061	58 907	10 279	9 875	61 731	47 603	7 787	6 341	14 470	2 781	79
1982	79 115	58 320	10 577	10 218	60 984	46 739	7 878	6 367	15 396	2 674	61
1983	80 908	59 306	11 113	10 489	62 748	48 130	8 077	6 541	15 548	2 536	76
1984	79 183	59 040	10 429	9 714	60 913	47 829	7 278	5 806	15 651	2 528	91
1985	74 882	56 853	9 738	8 291	57 970	46 296	6 836	4 838	14 596	2 258	58
1986	75 946	58 954	9 843	7 149	58 398	47 349	6 844	4 205	15 119	2 367	62
1987	73 171	57 958	9 085	6 128	55 731	45 830	6 314	3 587	14 981	2 384	75
1988	72 825	57 811	8 879	6 135	56 541	46 627	6 253	3 661	13 844	2 369	71
1989	74 972	61 896	7 957	5 119	58 297	49 954	5 502	2 841	14 153	2 431	91
1990	74 170	61 643	7 437	5 090	58 429	50 342	5 196	2 891	13 444	2 209	88
1991	71 276	59 436	6 855	4 985	56 179	48 599	4 734	2 846	12 783	2 192	122
1992	74 524	61 812	7 263	5 449	58 661	50 521	5 020	3 120	13 525	2 247	91
1993	72 857	60 411	7 086	5 360	58 279	50 250	5 014	3 015	12 423	2 103	52
1994	81 941	69 695	7 213	5 033	66 488	58 467	5 222	2 799	13 048	2 319	86
1995	77 552	65 843	6 562	5 147	61 920	54 476	4 600	2 844	13 420	2 148	64
1996	76 398	63 820	6 796	5 782	61 267	53 233	4 748	3 286	13 138	1 906	87
1997	75 558	63 128	6 708	5 722	60 451	52 344	4 751	3 356	12 975	1 960	172
1998	74 529	62 038	6 651	5 840	59 798	51 517	4 827	3 454	12 624	1 885	222
1999	74 695	61 498	6 967	6 230	60 255	51 628	4 986	3 641	12 625	1 643	172

1) Sonstige Entscheidungen sind: Absehen von Strafe, Anordnen von Maßregeln der Besserung und Sicherung sowie Überweisung an den Vormundschaftsrichter.

oder zu sonstigen Entscheidungen (0,2 %). Dabei gibt es beachtliche Unterschiede zwischen den Erwachsenen einerseits und den Heranwachsenden und Jugendlichen andererseits. So war auch im Berichtsjahr 1999 die Verurteilungsquote bei 14- bis unter 18-jährigen Angeklagten (58 %) erheblich niedriger als bei den 18- bis unter 21-jährigen Heranwachsenden (72 %) oder bei den Erwachsenen (84 %).

Gestiegene Straffälligkeit bei Jugendlichen und Heranwachsenden

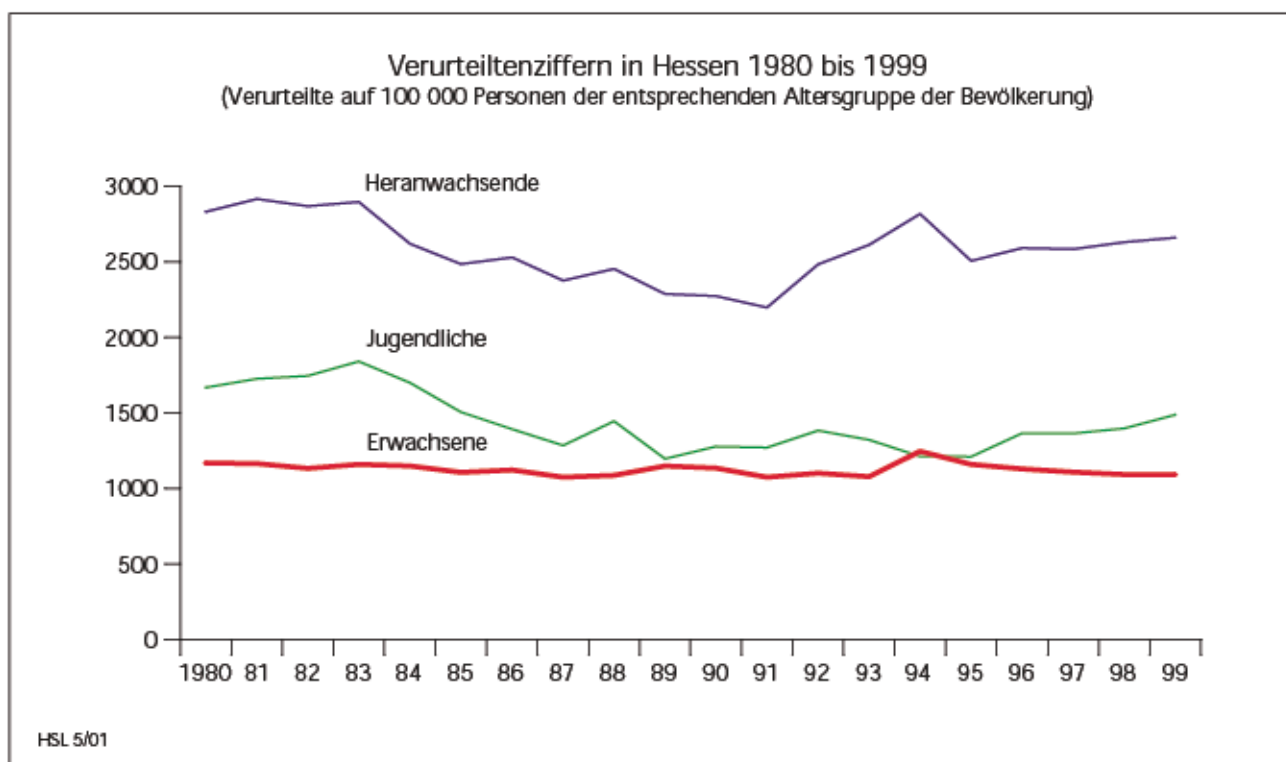
Der Anstieg der Verurteilten im Jahr 1999 gegenüber dem Vorjahr um knapp 500 auf 60 255 war überwiegend auf die gestiegene Zahl jugendlicher und heranwachsender Verurteilter und weniger auf die Zunahme erwachsener Straftäter zurückzuführen. Schuldsprüche gegen jugendliche Angeklagte nahmen um 190 oder über 5 % auf gut 3600 zu, die gegen Heranwachsende erhöhten sich um 160 oder gut 3 % auf knapp 5000. Hingegen stiegen die Verurteilungen von Erwachsenen nur um 100 oder 0,2 % auf gut 51 600 an. Danach waren im Berichtsjahr 1999 rund 86 % der Verurteilten Erwachsene, 8 % gehörten der Gruppe der Heranwachsenden an und 6 % waren Jugendliche im Alter zwischen 14 und unter 18 Jahren.

Der Blick auf weiter zurückliegende Jahre zeigt seit 1995 bzw. seit 1996 zunehmende Verurteiltenzahlen bei Jugendlichen und Heranwachsenden, währenddessen die Zahl der erwachsenen Straftäter im selben Zeitraum kontinuierlich abnahm. Noch weiter zurückblickend, und zwar bis Anfang der Achtzigerjahre, ergibt sich hingegen ein deutlicher Rück-

gang bei jugendlichen und heranwachsenden Delinquenten sowie ein Anstieg bei verurteilten Erwachsenen. Die Zahl jugendlicher Verurteilter nahm seit dem Jahr 1983, als sie mit gut 6500 ihren bisherigen Höchststand erreichte, um 2900 oder rund 56 % ab, und die der Heranwachsenden verringerte sich sogar um knapp 3100 oder 62 %. Dagegen stieg die Zahl der verurteilten Erwachsenen im Vergleichszeitraum 1983/1999 um 3400 oder gut 7 % an.

Verurteiltenziffern seit 1996 ansteigend

Bei der Beurteilung der Straffälligkeit reicht die Betrachtung absoluter Zahlen nicht aus, da die Zahl der Straftäter auch von der Bevölkerungszahl und der Bevölkerungsstruktur abhängt. Um die Einflüsse auszuschließen, die von demografischen Veränderungen ausgehen, werden zur Darstellung der Belastung der Gesellschaft mit gerichtlich registrierter Kriminalität Verurteiltenziffern benutzt. Diese geben einen Hinweis darauf, wie viele Verurteilte auf 100 000 Personen der altersgleichen Bevölkerung entfallen. Im Jahr 1999 waren dies bei den Jugendlichen rund 1500, bei den Heranwachsenden knapp 2700 und bei den Erwachsenen annähernd 1100. Die an der Verurteiltenziffer gemessene durchschnittliche Straffälligkeit der Jugendlichen lag demnach um 36 % über der durchschnittlichen Straffälligkeit Erwachsener, aber um 44 % unter der von Heranwachsenden. Auch unter Berücksichtigung der demografischen Komponente zeigt sich eine im Vergleich zu frühen Jahren relativ niedrige Ziffer jugendlicher Verurteilter, die seit 1996 wieder eine steigende Tendenz aufweist. Die Ziffer nahm seither um 23 % zu, zuletzt im Vergleich zum Vorjahr um über 6 %.



Wie das Schaubild zeigt, haben sich die Verurteiltenziffern der Jugendlichen und Heranwachsenden in ihrer insgesamt bis 1995 abnehmenden und seither zunehmenden Tendenz ähnlich entwickelt. Die Verurteiltenziffern für die Erwachsenen zeigten hingegen im Zeitablauf eine weitgehende Konstanz. Bei dieser langfristigen Betrachtung der „Kriminalitätsentwicklung“ ist zu berücksichtigen, dass zwischenzeitlich Veränderungen im rechtlichen und gesellschaftlichen Bereich stattgefunden haben, und dass auch die Sanktionspraxis von Staatsanwälten und Richtern einem Wandel unterliegt. Umso bemerkenswerter ist der relativ starke Anstieg der Verurteilungen junger Straftäter, weil insbesondere bei leichteren, von jüngeren Beschuldigten begangenen Delikten häufiger als früher von einer Klage abgesehen werden dürfte.

Hinsichtlich der Straffälligkeit bestehen zwischen den Geschlechtern ausgeprägte Unterschiede. Ähnlich wie bei den Erwachsenen und den Heranwachsenden sind auch bei den Jugendlichen die Straftäter häufig männlichen Geschlechts. Im Jahr 1999 weist die Verurteiltenziffer für 14- bis unter 18-jährige männliche Jugendliche (rund 2500) eine sechsmal höhere Straffälligkeit auf als für gleichaltrige weibliche Jugendliche (gut 400). In den Jahren zuvor lagen die Anteile ähnlich hoch.

Im Rahmen der richterlichen Entscheidungen spielt es für die Strafzumessung eine gewisse Rolle, ob der angeklagte Jugendliche bereits früher wegen einer Straftat verurteilt worden war. 1999 traf dies auf gut jeden dritten der insgesamt etwas mehr als 3600 verurteilten Jugendlichen zu. Der Anteil der Vorbestraften war in den vergangenen beiden Jahren relativ stark um jeweils gut 2 % gestiegen und erreichte zuletzt ein ähnlich hohes Niveau wie Ende der Achtzigerjahre.

Deliktstruktur - Zunehmende Tendenz bei schwereren Straftaten

Gut 90 % der jugendlichen Straftäter waren 1999 wegen eines Vergehens im Bereich der klassischen Kriminalität, d. h. Straftaten ohne solche im Straßenverkehr, verurteilt worden, die verbleibenden 350 Verurteilten hatten ein Verkehrsdelikt begangen. Die knapp 3300 Straftaten im Bereich der klassischen Kriminalität konzentrierten sich im Wesentlichen auf drei Hauptdeliktgruppen. Unangefochten an der Spitze standen "Diebstahl und Unterschlagung" mit gut 1500 (42 %) Delikten, darunter Diebstahl (960), Einbruchdiebstahl (270) und Diebstahl in anderen besonders schweren Fällen (120). An zweiter Stelle folgten „Andere Straftaten gegen die Person, außer im Straßenverkehr“: Über 600 oder etwa jeder fünfte Jugendliche war wegen einer solchen Straftat verurteilt worden, darunter 220 Jugendliche wegen Körperverletzung und 310 wegen gefährlicher Körperverletzung. Dabei hat sich die Zahl der wegen Körperverletzung Verurteilten gegenüber dem Vorjahr halbiert, die der gefährlichen Körperverletzung war hingegen fast doppelt so hoch

Rechtskräftig verurteilte Jugendliche nach Hauptdeliktgruppen 1990-1999

Hauptdeliktgruppen	1990		1991		1992		1993		1994		1995		1996		1997		1998		1999	
	Jugendliche	%	Jugendliche	%	Jugendliche	%	Jugendliche	%	Jugendliche	%	Jugendliche	%	Jugendliche	%	Jugendliche	%	Jugendliche	%	Jugendliche	%
insgesamt	2 891	100	2 846	100	3 120	100	3 015	100	2 799	100	2 844	100	3 286	100	3 356	100	3 454	100	3 641	100
Straftaten gegen den Staat, die öffentliche Ordnung und im Amte	38	1,3	30	1,1	40	1,3	49	1,6	45	1,6	34	1,2	50	1,5	44	1,3	67	1,9	49	1,3
Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung	23	0,8	17	0,6	12	0,4	30	1,0	19	0,7	28	1,0	18	0,5	22	0,7	18	0,5	21	0,6
Andere Straftaten gegen die Person (außer im Straßenverkehr)	260	9,0	295	10,4	376	12,1	402	13,3	360	12,9	417	14,7	520	15,8	602	17,9	696	20,2	629	17,3
Diebstahl und Unterschlagung	1 602	55,4	1 506	52,9	1 603	51,4	1 533	50,8	1 449	51,8	1 383	48,6	1 531	46,6	1 425	42,5	1 508	43,7	1 514	41,6
Raub und Erpressung, räuberischer Angriff auf Kraftfahrer	103	3,6	171	6,0	222	7,1	218	7,2	183	6,5	255	9,0	308	9,4	427	12,7	317	9,2	358	9,8
Andere Vermögens- und Eigentumsdelikte, Urkundendelikte	247	8,5	263	9,2	224	7,2	263	8,7	273	9,8	247	8,7	288	8,8	324	9,7	317	9,2	443	12,2
Gemeingefährliche einschl. Umwelt-Straftaten (außer im Straßenverkehr)	10	0,3	9	0,3	14	0,4	14	0,5	11	0,4	13	0,5	7	0,2	13	0,4	8	0,2	11	0,3
Straftaten im Straßenverkehr	433	15,0	387	13,6	410	13,1	325	10,8	305	10,9	294	10,3	342	10,4	254	7,6	268	7,8	350	9,6
Straftaten nach anderen Bundes und Landesgesetzen (außer StGB und StVG)	175	6,1	168	5,9	219	7,0	181	6,0	154	5,5	173	6,1	222	6,8	245	7,3	255	7,4	266	7,3

Rechtskräftig verurteilte Jugendliche nach der Art der gerichtlichen Entscheidung 1990 - 1999

Jahr	Verurteilte			davon erhielten als schwerste Strafe							
	insgesamt	mit früherer Verurteilung		Erziehungsmaßregeln		Zuchtmittel		Jugendstrafe			
								insgesamt		darunter mit Strafaussetzung zur Bewährung	
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%				
1990	2 891	963	33,3	204	7,1	2 396	82,9	291	10,1	172	59,1
1991	2 846	868	30,5	205	7,2	2 340	82,2	301	10,6	174	57,8
1992	3 120	852	27,3	219	7,0	2 538	81,3	363	11,6	221	60,9
1993	3 015	949	31,5	156	5,2	2 490	82,6	369	12,2	213	57,7
1994	2 799	892	31,9	139	5,0	2 296	82,0	364	13,0	237	65,1
1995	2 844	859	30,2	147	5,2	2 337	82,2	360	12,7	222	61,7
1996	3 286	975	29,7	119	3,6	2 734	83,2	433	13,2	271	62,6
1997	3 356	1 007	30,0	145	4,3	2 704	80,6	507	15,1	302	59,6
1998	3 454	1 108	32,1	64	1,9	2 918	84,5	472	13,7	273	57,8
1999	3 641	1 252	34,4	76	2,1	3 047	83,7	518	14,2	312	60,2

wie 1998. Den dritten Rang nahmen „andere Vermögens- und Eigentumsdelikte“ ein, die etwa jeder achte verurteilte Jugendliche begangen hatte. Hier standen Sachbeschädigung (110), Hehlerei (70), Urkundenfälschung (70), Erschleichung von Leistungen (70) sowie Betrug (60) im Vordergrund. Wegen eines schweren Gewaltdelikts der Gruppe „Raub und Erpressung, räuberischer Angriff auf Kraftfahrer“ wurde 1999 jeder zehnte Jugendliche verurteilt, darunter meist wegen räuberischer Erpressung (160) und Raubs (110). Diese wegen der Schwere der Delikte in der Öffentlichkeit besondere Aufmerksamkeit findenden Straftaten waren 1999 etwas häufiger als im Jahr zuvor, hingegen war die Zahl der Hauptdeliktgruppe „Andere Straftaten gegen die Person“ gegenüber dem Vorjahr um über zwei Prozentpunkte gesunken. Des Weiteren waren „Straftaten nach anderen Bundes- und Landesgesetzen“ von zahlenmäßiger Bedeutung, darunter knapp 200 Verurteilte wegen eines Verstoßes gegen das Betäubungsmittelgesetz.

Der Vergleich mit früheren Jahren zeigt — absolut und anteilmäßig — eine insgesamt zunehmende Tendenz bei schwereren Straftaten (Andere Straftaten gegen die Person; Raub und Erpressung, räuberischer Angriff auf Kraftfahrer). Dagegen war die Zahl der Jugendlichen, die eine weniger schwere Straftat wie z. B. Diebstahl begangen hatten, bei einer insgesamt gestiegenen Straffälligkeit, ähnlich hoch wie zu Beginn der Neunzigerjahre.

Geschlechts- und altersspezifische Unterschiede bei den Straftaten

Die zwischen den Geschlechtern bestehenden Unterschiede in der Straffälligkeit sind auch hinsichtlich der Deliktstruktur festzustellen. So konzentrierten sich auch im Berichtsjahr 1999 die kriminellen Aktivitäten der weiblichen Straffälligen mit einem Anteil von 60 % aller geahndeten Straftaten von Frauen stärker auf die Hauptdeliktgruppe „Diebstahl und Unterschlagung“ als die der männlichen Straffälligen mit knapp 40 %. Dagegen begingen männliche Jugendliche häufiger Straßenverkehrsdelikte (11 %) als Frauen (4 %) und

Straftaten der Hauptdeliktgruppen „Andere Straftaten gegen die Person“ (18 %) sowie „Raub und Erpressung“ (10 %) waren bei Männern ebenfalls häufiger ein Verurteilungsgrund als bei Frauen (12 bzw. 6 %).

Heranwachsende und Erwachsene unterscheiden sich von den Jugendlichen hinsichtlich der Rangfolge der am stärksten besetzten Hauptdeliktgruppen hauptsächlich dadurch, dass mit zunehmendem Alter die Straftaten im Straßenverkehr im Vergleich zu den Diebstahlsdelikten eine gewichtigere Rolle spielen. Während im Berichtsjahr bei den Heranwachsenden der Anteil der Straßenverkehrsdelikte mit 25 % ebenso hoch war wie der für „Diebstahl und Unterschlagung“, wurde knapp jeder dritte verurteilte Erwachsene wegen einer Verkehrsstraftat und „nur“ jeder fünfte wegen „Diebstahl und Unterschlagung“ bestraft.

Strafen und Maßnahmen

Die Rechtsfolgen für die Straftaten Jugendlicher sind im Jugendgerichtsgesetz (JGG) geregelt. Danach können Straftaten durch Erziehungsmaßregeln, Zuchtmittel und Jugendstrafe geahndet werden, wobei die Jugendstrafe die einzige Strafe des Jugendgerichtsgesetzes ist, die zu einer Eintragung im Strafregister führt. Die anderen Sanktionen haben nicht die Rechtswirkung einer Strafe und führen zu keiner Eintragung im Strafregister.

Erziehungsmaßregeln sind Weisungen, sowie die Anordnung zur Inanspruchnahme von Hilfe zur Erziehung im Sinne des § 12 JGG. Weisungen sind Gebote und Verbote, welche die Lebensführung der Jugendlichen regeln und dadurch seine Erziehung fördern sollen. Zu den *Zuchtmitteln* zählen die Verwarnung, Auflagen zur Wiedergutmachung durch Zahlung eines Geldbetrages oder eine Entschuldigung sowie der Dauer-, Kurz- oder Freizeitarrrest. Der Dauerarrest beträgt mindestens eine, höchstens jedoch vier Wochen. Die *Jugendstrafe* bedeutet für den Jugendlichen Freiheitsentzug in einer Jugendstrafanstalt von mindestens 6 Monaten bis zu 5 Jahren bzw. zu höchstens 10 Jahren bei besonders

schweren Verbrechen. Sie wird verhängt, wenn wegen der in der Tat hervorgetretenen schädlichen Neigungen des jugendlichen Erziehungsmaßregeln oder Zuchtmittel nicht ausreichen, oder wenn die Schwere der Schuld diese Strafe erfordert. Die Sanktionen können auch kombiniert verhängt werden; die Tabelle weist jedoch jeweils nur die schwerste Form der Sanktion nach.

Zuchtmittel waren auch 1999 mit gut 3000 wieder die am häufigsten verhängten richterlichen Maßnahmen. Der gegenüber dem Vorjahr leicht gesunkene prozentuale Anteil lag mit knapp 84 % dennoch über dem Niveau früherer

Jahre. Erziehungsmaßregeln, die mildeste Form der richterlichen Sanktionen, waren bei einem Anteil von gut 2 % nur von geringer zahlenmäßiger Bedeutung. In weiter zurückliegenden Jahren waren sie häufiger als schwerste Sanktion gegen Jugendliche verhängt worden, und zwar bis zu einem Anteil von gut 7 %. Eine Jugendstrafe verhängten die Richter gegen gut 500 Täter, das waren über 14 % aller verurteilten Jugendlichen, davon waren gut 300 oder über 60 % der Strafen zur Bewährung ausgesetzt. Der Anteil der zu einer Jugendstrafe Verurteilten wies in den vergangenen Jahren eine eher zunehmende Tendenz auf, die Zahl der zur Bewährung ausgesetzten Strafen entwickelte sich uneinheitlich. □

Beiträge zur Statistik Hessens

Nr.	Titel (G – mit Gemeindeergebnissen, K – Kreisergebnissen)	Umfang (Seiten)	Bezugs- preis (DM)
311	Die hessische Ausfuhr 1994	133	12,00
312	Die Einfuhr nach Hessen 1994	103	12,00
313	Öffentliche Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung in Hessen 1975 bis 1991 (K)	133	16,00
314	Die Schulden des Landes, der Gemeinden, Gemeindeverbände und Zweckverbände am 31.12.1995 (G)	117	12,00
315	Das Personal des öffentlichen Dienstes in Hessen am 30. Juni 1995	175	16,00
316	Handel und Gastgewerbe 1993 — Ergebnisse der Handels- und Gaststättenzählung 1993 (K)	212	20,00
317	Die Umsätze und ihre Besteuerung in Hessen 1994 (K)	238	20,00
318	Straßenverkehrsunfälle in Hessen 1996 (K)	135	16,00
319	Handwerkszählung 1995	146	16,00
320	Die Industrie in den hessischen Stadt- und Landkreisen 1995 (K)	128	16,00
321	Die Kommunalwahlen am 2. März 1997 (G)	236	20,00
322	Regionalergebnisse für das Bauhauptgewerbe in Hessen 1979 bis 1994	258	20,00
323	Die Produktion des Verarbeitenden Gewerbes in Hessen 1995 und 1996	119	12,00
324	Die hessische Ausfuhr 1995	139	16,00
325	Die Einfuhr nach Hessen 1995	108	12,00
326	Die Industrie in den hessischen Stadt- und Landkreisen 1996 (K)	72	16,00
327	Straßenverkehrsunfälle in Hessen 1997 (K)	135	16,00
328	Die Umsätze und ihre Besteuerung in Hessen 1996 (K)	238	20,00
329	Öffentliche Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung in Hessen 1975 bis 1995 (K)	116	12,00
330	Die Produktion des Verarbeitenden Gewerbes in Hessen 1996 und 1997	117	12,00
331	Die hessische Ausfuhr 1996	139	16,00
332	Die Einfuhr nach Hessen 1996	108	12,00
333	Die Wahl zum Hessischen Landtag am 7. Februar 1999 (G)	227	20,00
334	Straßenverkehrsunfälle in Hessen 1998 (K)	135	16,00
335	Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1995	240	20,00
336	Die Produktion des Verarbeitenden Gewerbes in Hessen 1997 und 1998	116	12,00
337	Die Industrie in den hessischen Stadt- und Landkreisen 1997	77	20,00
338	Die Umsätze und ihre Besteuerung in Hessen 1997 (K)	240	24,00
339	Die hessische Ausfuhr 1997	138	20,00
340	Die Einfuhr nach Hessen 1997	109	16,00
341	Europawahl 1999 — Die Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments in Hessen am 13. Juni 1999 (G)	126	16,00
342	Die Wahl zum 14. Deutschen Bundestag in Hessen am 27. September 1998	221	24,00
343	Die Industrie in den hessischen Stadt- und Landkreisen 1998	90	12,00
344	Beherbergungskapazität in Hessen 1999 (G)	201	24,00
345	Die Umsätze und ihre Besteuerung in Hessen 1998 (K)	166	20,00
346	Indizes des Auftragseingangs und des Umsatzes im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen 1995 bis 1999	321	26,00
347	Straßenverkehrsunfälle in Hessen 1999 (K)	135	20,00
348	Gewerbsteuer in Hessen 1995 (G)	86	12,00
349	Die hessische Ausfuhr 1998	138	20,00
350	Die Einfuhr nach Hessen 1998	111	16,00
351	Die Produktion des Verarbeitenden Gewerbes in Hessen 1998 und 1999	39	10,00
352	Die Industrie in den hessischen Stadt- und Landkreisen 1999	93	12,00
353	Die veranlagten Einkommen in Hessen 1995 (G)	136	20,00

Herausgegeben vom Hessischen Statistischen Landesamt · 65175 Wiesbaden

Neukonzeption des Aufbereitungsverfahrens der Bautätigkeitsstatistik

Die Novelle des 2. Baustatistikgesetzes (2. BauStatG) wurde mit dem Gesetz über die Statistik der Bautätigkeit im Hochbau und die Fortschreibung des Wohnungsbestandes (Hochbaustatistikgesetz — HbauStatG) vom 5. Mai 1998 (BGBl. I S. 869) verabschiedet. In Vorwegnahme dieser endgültigen Regelung war bereits durch die Verordnung zur Änderung statistischer Rechtsvorschriften (Statistikänderungsverordnung — StatÄndV) vom 20. November 1996 (BGBl. I S. 1804) die Erhebung einer Reihe von Merkmalen der Bautätigkeitsstatistik ausgesetzt und damit das Fragenprogramm erheblich gestrafft worden. Das neue Hochbaustatistikgesetz bietet weitgehend die Gewähr, dass das Erhebungsprogramm über einen längeren Zeitraum hinweg Gültigkeit behält.

Dies war der Beginn für eine grundsätzliche Neukonzeption des Aufbereitungsverfahrens der Bautätigkeitsstatistik. Eine Arbeitsgruppe, bestehend aus einigen statistischen Landesämtern, darunter auch Rheinland-Pfalz, entwickelte unter Mitwirkung des Statistischen Bundesamtes ein dialoggestütztes Erhebungs- und Aufbereitungsverfahren für die novellierte Bautätigkeitsstatistik, das den heutigen technischen Stand der Großrechneranwendung nutzt und gleichzeitig überall dort Schnittstellen zur „PC-Welt“ vorsieht, wo eine PC-Anwendung Vorteile aufweist.

Das Statistische Landesamt Baden-Württemberg, das mit der Verbundprogrammierung¹⁾ der einzelnen Arbeitsschritte betraut war (die Tabellenprogramme wurden vom Niedersächsischen Landesamt für Statistik realisiert), entschied sich für eine Nutzung von DAMAST (DatenModell Amtliche Statistik), obwohl dieses Verfahren ursprünglich als Aufbereitungsmodell für registergestützte Erhebungen, also für einen ganz anderen Statistiktyp, entwickelt worden war und die Bautätigkeitsstatistik keine solche Erhebung darstellt. Da sich DAMAST jedoch bei den Baugewerbestatistiken seit Jahren bewährt hat und bei allen statistischen Landesämtern etabliert ist, fiel die Entscheidung für eine erweiterte bzw. modifizierte Anwendung. Dabei wurde ein besonderes Augenmerk darauf gelegt, dass der Anpassungsprozess an die Bautätigkeitsstatistik nicht zu Lasten der Benutzerfreundlichkeit ging. Speziell für die Bautätigkeitsstatistik wurden neue Benutzeroberflächen geschaffen.

Die Ergebnisse der Bautätigkeitsstatistik gehören zu den meistgefragten der amtlichen Statistik. Viele Datenkonsumenten benötigen jedoch Ergebnisse, die in der ge-

wünschten Form bislang in den standardmäßig erstellten und vorgehaltenen Aufbereitungstabellen nicht verfügbar waren. Daher mussten für diese Konsumenten Sonderaufbereitungen erstellt werden. Dies war zum einen oftmals mit hohen Kosten für die Konsumenten verbunden, zum anderen war ein erheblicher Zeitaufwand für die Programmierung, die Prüfung des Programms, die Implementierung und die wiederkehrenden Auswertungsläufe notwendig. Daher war ein wichtiges Ziel der Neukonzeption der Bautätigkeitsstatistik, ein Tabellenprogramm zu entwickeln, das die individuellen Konsumentenwünsche weitgehend abdeckt, ohne eine übertriebene Vorratstabellierung betreiben zu müssen.

Erster Einsatz Anfang 2000

Der Beginn des Verfahrens war der 1. Januar 2000 für den Genehmigungsmonat Januar 2000. Um das neue Dialogverfahren einsetzen zu können, waren zunächst einige Vorarbeiten zwingend notwendig. Als Erstes musste der Genehmigungsbestand der Baukartei (genehmigte, aber noch nicht fertig gestellte bzw. erloschene Bauvorhaben) mit Stand Ende Dezember 1999 in die neue Datenbank übernommen werden. Gleiches galt für den Bauüberhang zum 31. Dezember 1998 (Bauzustand der genehmigten Baumaßnahmen am Ende des Jahres), da die Aufbereitung des Bauüberhangs zum 31. Dezember 1999 bereits aus der neuen Datenbank erfolgen musste. Um die Datenübernahme nicht unnötig auszudehnen und den Datenbestand nicht mit „Altfällen“ zu belasten, wurde der Bestand zuvor um ältere Baufertigstellungen sowie erloschene Altfälle (vor Genehmigungsjahr 1998) bereinigt.

Voraussetzung für die Übernahme des gesamten Genehmigungsbestandes war der Abschluss der Baugenehmigungs- und Baufertigstellungsstatistik des Monats Dezember 1999. Im Anschluss an diese Arbeiten war in einem weiteren Arbeitsgang die Gemeindeleitdatei mit Stand 31. Dezember 1999 zu übernehmen.

*) Arthur Hesseler, Dipl. Betriebswirt (FH), ist Sachgebietsleiter für den Bereich Bautätigkeit und Wohnungswesen im Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz. Der hier vorliegende Beitrag ist in der Monatszeitschrift „Statistische Monatshefte“, Heft Dezember 2000 erschienen und wird mit freundlicher Genehmigung des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz hier im Original-Wortlaut abgedruckt.

1) Zur Bewältigung der in der amtlichen Statistik anfallenden Programmierarbeiten haben sich die statistischen Landesämter und die von ihnen beauftragten Rechenzentren sowie das Statistische Bundesamt zu einem Programmierverbund zusammengeschlossen, der eine arbeitsteilige Programmentwicklung und -pflege ermöglicht.

Datensicherheit und Vergabe von Zugriffs- berechtigungen

Für die erfolgreiche Handhabung eines Dialogverfahrens wie der DAMAST-Baudatenbank ist das konstruktive Zusammenwirken von DV-Abteilung und statistischer Fachabteilung von herausragender Bedeutung. Der in der Fachabteilung für die Durchführung der Statistiken der Bautätigkeit Verantwortliche verfügt über sämtliche Zugriffsberechtigungen innerhalb von DAMAST, sofern sie für die ordnungsgemäße Abwicklung der Statistiken erforderlich sind, und über die Berechtigung, im notwendigen Umfang Zugriffsrechte an die Statistikbearbeiter in der Fachabteilung zu übertragen.

Oberstes Gebot ist die Datensicherheit, gerade bei Dialogverfahren. Dazu gehört eine klare Regelung und Kontrolle, welcher Mitarbeiter wann und auf welche Daten zugreifen darf. Dies beginnt mit der Zugriffsregelung auf den Zentralrechner (HOST) und reicht über die Zugriffsregelung auf die DAMAST-Baudatenbank bis hin zu den Verarbeitungsregelungen innerhalb der Datenbank. Mit den Zugriffsberechtigungen ist automatisch festgelegt, welche Arbeiten der einzelne Beschäftigte innerhalb der Dialogverarbeitung ausführen darf.

Dialogverarbeitung in der Praxis

Die Bearbeitung der einzelnen Meldungen der Bautätigkeitsstatistik erfolgt im Dialog. Neben dieser Einzelfallbearbeitung muss eine Reihe weiterer Arbeitsgänge, zum Teil davor, zum Teil danach, durchgeführt werden, bis die Ergebnisse der Bautätigkeitsstatistik vorliegen. Die technische Abwicklung der Arbeitsgänge erfolgt im Batch-Betrieb (Stapelverarbeitung), also nicht im Dialog. Es ist ein Vorzug von DAMAST, die Ablaufsteuerung der Batch-Arbeitsgänge in den Online-Bereich einzubinden und damit der Fachabteilung zugänglich zu machen. Für diese Ablaufsteuerung wurde eine einheitliche Benutzeroberfläche entwickelt. Der vorliegende Beitrag gibt einen Einblick in die Rationalisierung der Erhebungsdurchführung und Ergebnisdarstellung der Bautätigkeitsstatistik und behandelt die Vorteile für die Nutzer der amtlichen Statistik.

Innerhalb der Bautätigkeitsstatistik ist die Erhebung der Baugenehmigungen der zentrale Teil, denn mit der Datenerfassung wird für das jeweilige Hochbauvorhaben der nahezu komplette Datensatz mit fast allen Erhebungsmerkmalen in der Datenbank angelegt. Dabei bietet das System mehrere Erfassungsmöglichkeiten:

Online-Datenerfassungsmaske für Baugenehmigungen ab Januar 2000

*** DAMAST-DATENBANK ***

DD500-N6
USER-ID

Datum
Zeit

Genehmigung (Erfassen)

IDR-NR 001 0000699214

GFS 002 2 BGBM 003/4 04 1999

GDAT 005/6 1998

BFBM 007/8

FDAT 009/10

RKZ 011 137203

GT 012

Bauherr 013 2 Wohngeb 014 1 Nwohngb 015

Hausstyp 016 2 Baustoff 017 4

Heizart 018 3 Heizeng 019 3 Bauart 020 1 Nutz-Änd 021

m.Abgbg 022

WAmAbgbg 023

Rauminh 024 692

Vollges 025 2

Höhe in m 4.22

Nutzfl neu 026

Wohnfl neu 027 164

Wfl WE neu 028

Nutzfl alt 029

Wohnfl alt 030

WWE alt 031

Wohnungen

1 032 2 033 3 034 4 035 5 036 6 037 7 038 R 039 SWE 040 SWR 041

neu 1

alt

042 043 044 045 046 047 048 049 050 051

Baukosten 052 311

DM/ QM 1896

Str.Schl. 053

DM/ CBM 449

Bauüberhang

Jahr 5 058

Jahr 4 057

Jahr 3 056 1

Jahr 2 055 3

Jahr 1 054 3

Erl 059

Zeile 21: *Fehlerrangabe in Klartext

Fehlerrangabe:

Erl 1 PF1 PF2 PF3 PF4 PF5 PF6 PF7 PF8 PF9 PF10 PF11 PF12

Hilfe

Näch

Ende

1. Dezentrale Sachbearbeitererfassung mit Dialog-Plausibilisierung der Fälle.
2. Zentrale Datenerfassung mit anschließender Dialog-Plausibilisierung der Fälle.
3. Korrekturmöglichkeit bereits gespeicherter Fälle eines Bearbeitungsmonats (nicht rückwirkend).
4. Nacherfassung von Fällen während des Bearbeitungsmonats (nicht rückwirkend).
5. Rückwirkende Korrekturen (dieses Verfahren erfordert eine spezielle Vorgehensweise).

Die DAMAST-Bearbeitungsmaske stellt die Arbeitsoberfläche für die Bearbeitung der Erhebungsmerkmale sämtlicher Erhebungen der Bautätigkeitsstatistik dar, also für Baugenehmigung, Bauüberhang und Baufertigstellung. Dabei hängen die zur Eingabe freigegebenen Felder von der gewählten Erhebung ab, das heißt im Modus Überhang kann nur der Bauzustand und im Modus Fertigstellung kann nur das Fertigstellungsdatum eingegeben werden. Im Modus Genehmigung sind sämtliche übrigen Felder (also ohne Bauzustand und Fertigstellungsdatum) zur Eingabe bereit. Mit Ausnahme der Regionalkennziffer (RKZ) und des fakultativen Gemeindetells (GT) entspricht die Reihenfolge der Merkmale in der Eingabemaske der Reihenfolge auf dem Erhebungsbogen.

Neben Eingabefeldern und vorgelegten Feldern enthält die Bildschirmmaske noch so genannte „Anzeigefelder“, in denen aufgrund der eingegebenen Merkmalswerte das Ergebnis errechneter Verhältniszahlen für die Raumhöhe (Rauminhalt/Fläche) sowie die Baukosten je Quadratmeter und je Kubikmeter angezeigt werden.

Integrierte Plausibilitätskontrolle

Während des gesamten Datenerfassungsvorgangs wird die Merkmalseingabe laufend, das heißt „hinter“ dem jeweiligen Erfassungsfeld, auf Plausibilität geprüft. Ohne Korrektur eines angezeigten Fehlers (Mussfehler) ist eine weitere Datenerfassung nicht möglich. Für die von den Mitarbeitern des Statistischen Landesamtes zu signierenden Eingabefelder (Regionalkennziffer, Art des Nichtwohngebäudes) hält das System Dateien bereit (Gemeindeschlüsselverzeichnis und Schlüsselverzeichnis der Nichtwohngebäudearten), welche eine rasche Verschlüsselung der Klarschriftangaben (Lage des Baugrundstücks bzw. Art des Nichtwohngebäudes) ermöglichen. Zu diesem Zweck werden die Gemeindeleitdatei bzw. das Nichtwohngebäude-Schlüsselverzeichnis angeboten; durch Markieren der Gemeinde bzw. der Gebäudeart können die zutreffenden Schlüssel automatisch in die Erfassungsmaske und in die Bauherrendatei übernommen werden.

In der Bauherrendatei werden Hilfsmerkmale wie Name und Anschrift des Bauherren, Lage des Baugrundstückes, Straßenschlüssel, Bauschein-Nummer erfasst. Sie dienen der Er-

stellung von regionalisierten und nach Zuständigkeitsbereichen differenzierten Bauüberhangslisten, die zum Jahresende an die einzelnen Bauaufsichtsämter zur Bestimmung des Bauzustands der in ihrem Zuständigkeitsbereich genehmigten Bauvorhaben versandt werden. Durch die Einrichtung der Bauherrendatei kann die Erfassung der Hilfsmerkmale bei hohem Anfall von Merkmalsdatensätzen zeitweilig zurückgestellt und später nachgeholt werden.

Neben der laufenden Datenerfassung in der zuständigen Fachabteilung ist auch eine dezentrale Datenerfassung größerer Belegmengen möglich. Die zentral erfassten und zu diesem Zeitpunkt noch nicht plausibilisierten Datensätze werden auf den Datensatz der DAMAST-Baudatenbank umgesetzt und können anschließend der Fehlerbereinigung per Dialogverfahren unterzogen werden. Ein gesondertes Fehlerprotokoll (im Dialog nicht notwendig) leistet hierbei die erforderliche Hilfestellung. Es informiert den Bearbeiter über die Identifikationsnummer des fehlerhaften Falles sowie über Fehlerart (Fehlerschlüssel) und Anzahl der zu korrigierenden Fehler in den Datensätzen.

Ganzheitliche Statistikbearbeitung möglich

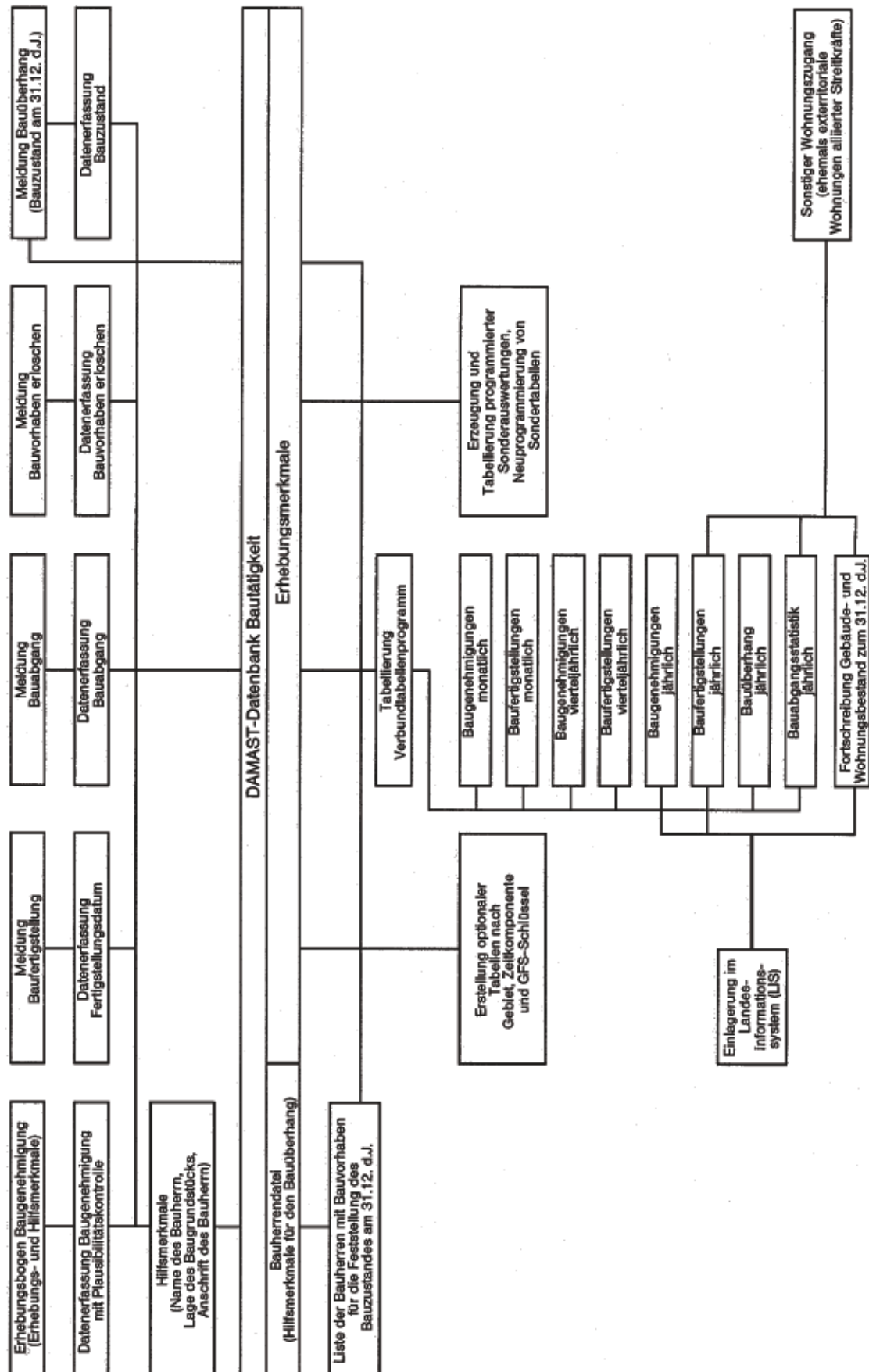
Ein entscheidender Vorteil des neuen Dialogverfahrens der Bautätigkeitsstatistiken ist die Möglichkeit einer ganzheitlichen Statistikbearbeitung innerhalb der zuständigen Fachabteilung. Vor Einführung der Baudatenbank zum Jahresanfang 2000 waren die einzelnen Baustatistiken jeweils getrennt voneinander zu bearbeiten. Gesonderte zentrale Datenerfassung jeder Statistik, Datenabgleiche und Paarigkeitsprüfungen waren monatlich bzw. jährlich zeitaufwendig anhand von Listenabgleichen mit anschließender Korrekturerfassung (Änderungen/Lösungen/Wiederaufnahmen) durchzuführen.

Dabei kommt gerade die „verzahnte“ Baustatistik einer Datenbankbearbeitung besonders entgegen, denn mit Ausnahme des am Jahresende zu erfragenden Bauzustands der Bauvorhaben (Bauüberhang), des gemeldeten Baufertigstellungsdatums oder der Meldung „Bauvorhaben ist erloschen“ entstammen alle bereits angelegten Datensätze der Baugenehmigungserhebung. Für die Erstellung der Baufertigstellungssstatistik, der Bauüberhangsstatistik usw. ist also nur noch die jeweilige Ergänzung des vorhandenen Datensatzes in einem anderen Bearbeitungsmodus (Baufertigstellung/Bauüberhang bearbeiten) notwendig.

Erzeugen der Ausgabedateien zur Tabellierung

Nach abgeschlossener Bearbeitung jedes Berichtsmonats in der Datenbank beginnt die Phase der Ergebniserstellung. Dabei gibt es gesonderte Vorgehensweisen für Genehmigungs- und Fertigstellungsergebnisse einerseits und für Überhangsergebnisse andererseits. Mit Hilfe einer Tabellentextdatei und einer Regionaldatei werden durch das vom Niedersächsischen Landesamt für Statistik konzipierte SPLV-Programm die Ergebnisa-

Die DAMAST-Datenbank im System der Bautätigkeitsstatistiken



bellens laut Tabellenprogramm erstellt. Außerdem wird jeweils eine SPLV-HTML-Datei zur PC-Weiterverarbeitung — etwa zur Erstellung von statistischen Berichten — ausgegeben. Auch das Statistische Bundesamt erhält monatlich Summensätze, um die einzelnen Landesergebnisse zu einem Bundesergebnis weiterverarbeiten zu können.

Informationsangebot für Statistiknutzer neu gegliedert und ausgeweitet

Die durch die Statistikänderungsverordnung (StatÄndV) vom 20. November 1996 und das Hochbaustatistikgesetz (Hbau-StatG) vom 5. Mai 1998 notwendig gewordenen Änderungen hinsichtlich der Erhebungsmerkmale der Bautätigkeitsstatistiken wurden bei der Neukonzeption des Tabellenprogramms berücksichtigt. Trotz der Reduktion der Anzahl der erhobenen Merkmale wurde mit dem neuen Tabellenprogramm ein umfangreiches, ausschließlich am Nutzerbedarf orientiertes, klar gegliedertes Informationsinstrumentarium geschaffen. Bei der Neukonzeption des gesamten Verbundtabellenprogramms einigten sich die fachlich zu ständigen Vertreter aller Länder auf ein Konzept mit folgenden Eckpunkten:

1. Alle Tabellen mit nur einer Ausnahme sind benutzerfreundlich einseitig gestaltet, indem sie im Ausdruck nur eine DIN-A4-Seite umfassen.
2. Die Tabellentitel, -kurzbezeichnungen und nachgewiesenen Merkmale für Baugenehmigungen und Baufertigstellungen sind bis auf eine Ausnahme deckungsgleich.
3. Die Art der Bautätigkeit wird jeweils in einer eigenen Tabelle nachgewiesen (Neubau, Baumaßnahmen, Insgesamt).

Das gesamte Tabellenprogramm umfasst 18 Baugenehmigungs-, 19 Baufertigstellungs- und 5 Bauüberhangstabellen. Die bisherigen Tabellen für den Bauabgang und die Fortschreibung des Gebäude- und Wohnungsbestandes bleiben unverändert. Die 18 Baugenehmigungs- und 19 Baufertigstellungstabellen können jeweils für folgende Nachweisungen erstellt werden:

- Insgesamt,
- Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden,
- Neubau insgesamt,
- Neubau im Fertigteilbau,
- konventioneller Neubau,
- Neubau im Wohnbau,
- Neubau für Wohngebäude mit 1 und 2 Wohnungen,
- Neubau im Nichtwohnbau.

Dem Statistischen Bundesamt werden monatlich bzw. vierteljährlich sieben Baugenehmigungs- und zwei Baufertigstellungstabellen übermittelt; weitere Tabellen werden jährlich bereitgestellt. Für den jedes Jahr zu erhebenden Bauüberhang (Bauzustand am 31. Dezember des Jahres) sind zudem fünf Ta-

bellens, davon drei Kreistabellen, vorgesehen. Diese werden für den Wohnbau und den Nichtwohnbau getrennt je nach Bauzustand erstellt, hinzu kommen drei Tabellen auf Kreisebene. Insgesamt werden jährlich 17 Bauüberhangstabellen an das Statistische Bundesamt geliefert. Von den 313 insgesamt möglichen Tabellen umfasst das statistische Verbundtabellenprogramm 102 Liefertabellen, 42 für Baugenehmigungen, 43 für Baufertigstellungen sowie 17 für den Bauüberhang.

Die Tabellen stellen die Grundlage für die Veröffentlichung von statistischen Berichten zur Bautätigkeitsstatistik dar und dienen darüber hinaus der Beantwortung von Anfragen von Politik, Wirtschaft, privaten Haushalten, Institutionen, Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Schülern und Studenten etc. Auf Bundesebene werden die einzelnen Landesergebnisse laufend aggregiert und können so den verschiedenen Statistiknutzern zur Verfügung gestellt bzw. in Form von Veröffentlichungen (Fachserien) der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Das vorliegende Aufbereitungsprogramm ist auch ein Indiz für die funktionierende Rückkopplung zwischen Statistiknutzern und Fachstatistikern. Ein Beispiel dafür sind die erstmals in das Programm aufgenommenen Tabellen mit Durchschnittswertberechnungen für die Wohnfläche (Größe) und die veranschlagten Baukosten im Wohn- und Nichtwohnbau nach Gebäudearten. Diese Werte — oftmals und wiederkehrend nachgefragt — mussten bislang jeweils gesondert berechnet werden. Mit den neuen Tabellen wurde dem stetig steigenden Informationsbedarf in diesem Punkt Rechnung getragen.

Fazit

Der wesentliche Vorteil der Datenbankverarbeitung ist die dezentrale Ablaufsteuerung, die es der Fachabteilung ermöglicht, die gesamte Aufbereitung einer Erhebung von der Datenerfassung bis zur Tabellierung eigenverantwortlich abzuwickeln. Dieses System hat sich in den statistischen Landesämtern in den zurückliegenden Jahren bei den Baugewerbestatistiken bereits bewährt, indem es durch hohe Flexibilität der Arbeitsabläufe in der Fachabteilung, trotz zunehmend eingeschränkter Personalressourcen, die termingerechte Abwicklung der Statistiken weiterhin möglich gemacht hat. Dieser Vorteil soll auch bei der Bautätigkeit in vollem Umfang genutzt werden. Die Schnittstellen zur „PC-Welt“ machen es darüber hinaus möglich, die im Großrechner ermittelten Daten — nach einem File-Transfer — auf dem PC bis zur Veröffentlichungsreife „medienbruchfrei“ zu bearbeiten. Bei konsequenter Nutzung der technischen Möglichkeiten der Bautätigkeitsstatistiken unter DAMAST gewinnt die Fachabteilung eine (angestrebte) hohe Autonomie, das heißt sie ist während des gesamten Aufbereitungsprozesses einer Erhebung jederzeit „Herr des Verfahrens“, und der Aufbereitungsablauf gewinnt eine bisher kaum erreichte Transparenz. □

Steigende Anzahl schlachtreifer Rindviehbestände

Im vergangenen Jahr wurden in Hessen 87 600 Rinder (ohne Kälber) aus hessischer Erzeugung geschlachtet. Gegenüber dem Jahr 1999 ging die Zahl der Rinderschlachtungen damit um 9400 oder knapp 10 % zurück. Auffällig war allerdings der starke Rückgang der Schlachtungen im Dezember 2000. Im Zusammenhang mit der BSE-Krise waren allein im letzten Monat des vergangenen Jahres mit 4700 Rindern nur noch halb so viele Tiere geschlachtet worden wie im Dezember 1999 (siehe Schaubild auf Seite 29). Damit hat sich der seit 1992 anhaltende rückläufige Trend auch im Jahr 2000 fortgesetzt und, in absoluten Zahlen betrachtet, den geringsten Stand seit 1950 erreicht. Für die kurzzeitige Zunahme der Rinderschlachtungen Mitte der Achtziger- und Anfang der Neunzigerjahre (siehe Schaubild auf der folgenden Seite) waren die Schlachtungen von Kühen und weiblichen Rindern verantwortlich, nicht jedoch die der Bullenschlachtungen. Dies zeigt Parallelen zur momentanen Entwicklung, wenn auch mit umgekehrten Vorzeichen. Ging die steigende Anzahl der Schlachtungen von weiblichen Rindern und Kühen einher mit der Erfüllung des Quotenregimes¹⁾, bei der Betriebe zur Einhaltung desselben ihre Bestände stark selektierten, so werden zurzeit „Livestocks“ aufgebaut, die für die weitere Entwicklung des derzeit angespannten Rindfleischmarktes von Bedeutung sind. Die endgültigen Ergebnisse der repräsentativen Viehzählung vom November 2000 zeigen, dass — bei insgesamt rückläufigen Rinderbeständen — vor allem mehr weibliche Tiere zum Schlachten im Alter von einem Jahr oder älter gehalten wurden als

Rindviehbestand in Hessen
am 3. November 1999 und 2000
(Ergebnisse der Repräsentativerhebung)

Art der Angabe	November 1999	November 2000	Zu- bzw. Abnahme (-)	
			absolut	%
Kälber bis unter 1/2 Jahr alt	62 050	60 931	- 1 119	- 1,8
Jungrinder				
1/2 bis unter 1 Jahr alt	92 399	90 388	- 2 011	- 2,2
davon				
männlich	34 810	35 211	401	1,2
weiblich	57 589	55 177	- 2 412	- 4,2
Rinder 1 bis unter 2 Jahre alt	129 668	125 839	- 3 829	- 3,0
davon				
männlich	42 666	42 160	- 506	- 1,2
weiblich, zum Schlachten	12 962	14 662	1 700	13,1
weiblich, zur Zucht und Nutzung	74 040	69 017	- 5 023	- 6,8
Rinder 2 Jahre und älter	255 321	248 697	- 6 624	- 2,6
davon				
männlich	5 456	5 474	18	0,3
weiblich	249 865	243 223	- 6 642	- 2,7
davon				
Färsen zum Schlachten	3 239	4 260	1 021	31,5
Färsen zur Zucht und Nutzung	35 453	34 221	- 1 232	- 3,5
Milchkühe	170 794	158 240	- 12 554	- 7,4
Ammen- und Mutterkühe	37 514	42 838	5 324	14,2
Schlacht- und Mastkühe	2 865	3 664	799	27,9
Rinder insgesamt	539 438	525 855	- 13 583	- 2,5

Im Vorjahr. Deren Zahl erhöhte sich binnen Jahresfrist um 18,5 % auf 22 600 Tiere, während die Zahl der männlichen Schlachtrinder gleichen Alters mit 82 800 Tieren auf dem Vorjahresniveau verharrte. Vor allem die Anzahl der über 2 Jahre alten Färsen zum Schlachten stieg um 31,5 % oder 1020 Stück. Dies bedeutet eine steigende Anzahl schlachtreifer Viehbestände bei gleichzeitigem Rückgang der Zahl der Schlachtungen. Inwieweit die Anzahl der Schlachtungen wieder ansteigt, wenn Kriterien zur Erfüllung der Wartezeit bei Ertragsschadensversicherungen²⁾ zur Absicherung des BSE-Risikos erfüllt sind, bleibt offen, ebenso wie die Wirkung der am 07.01.2001 begonnenen Interventionsmaßnahmen. Gleichmaßen ungewiss ist der aus den wachsenden „Livestocks“ resultierende Mehrbedarf an Futterflächen, insbesondere Silomais, der mit Flächen zur Erzeugung von pflanzlichen Proteinen, wie z.B. Ackerbohnen, konkurriert.

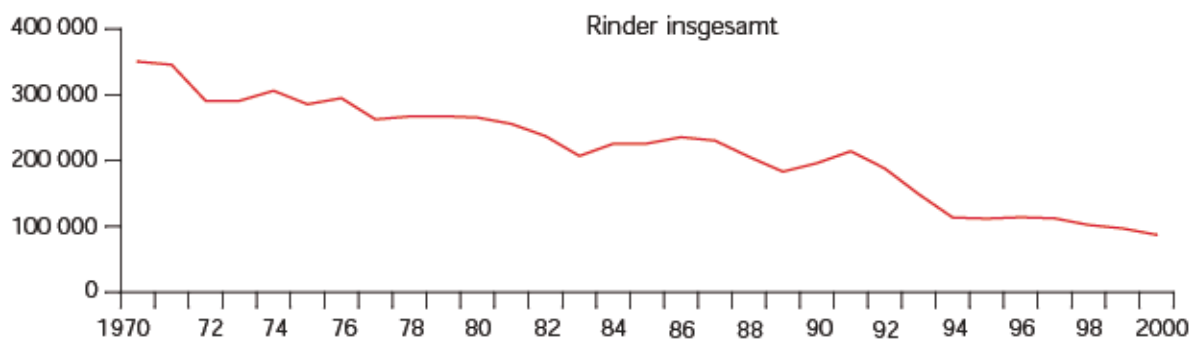
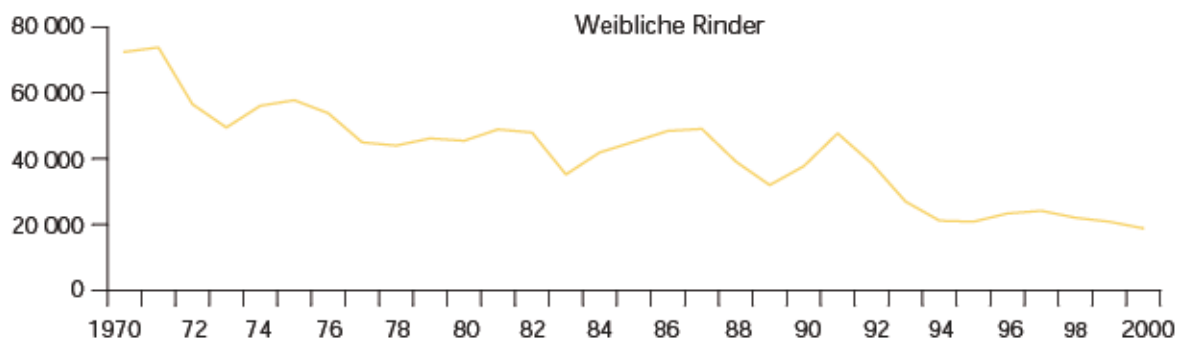
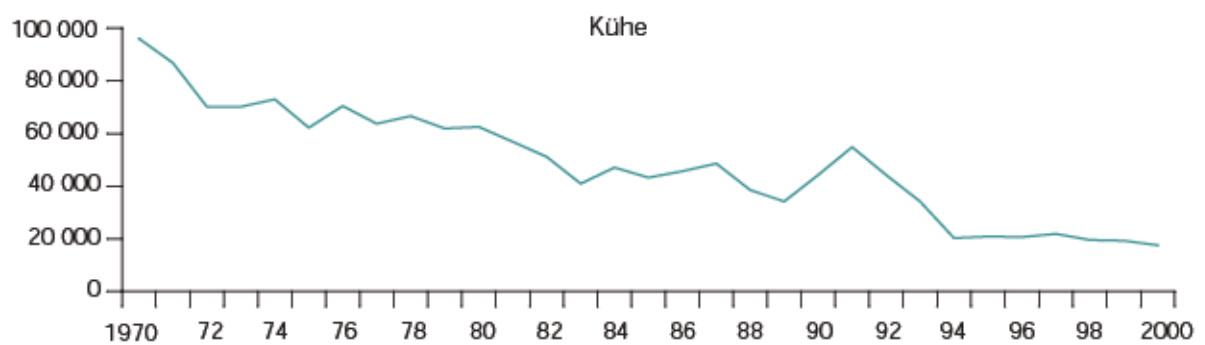
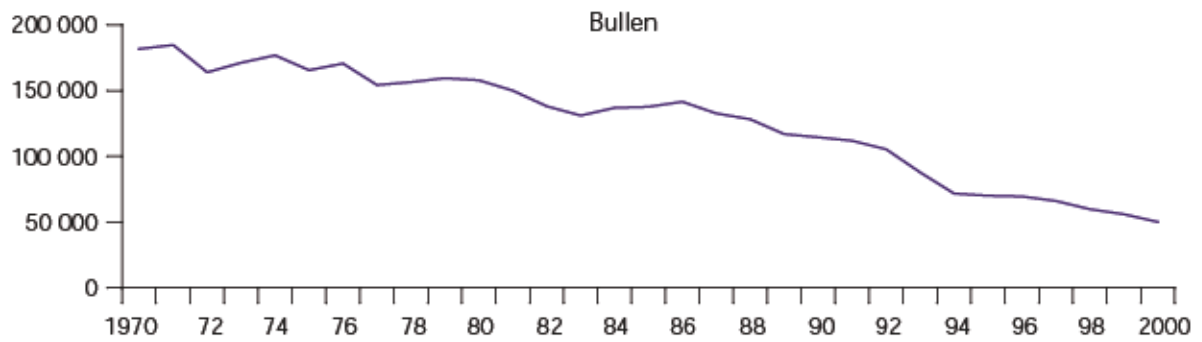
Jörg Führer*)

*) Tel.: 0611/3802-519 · E-Mail: jfuhrer@hsl.de

1) Einführung der Milchquotenregelung 1984; Einführung GAP-Reform 1992.

2) Nach dem Tierseuchengesetz werden Tiere, die auf behördliche Anordnung getötet werden, entschädigt. Diese Entschädigung erfolgt über den „gemeinen Wert“ der Tiere. Ertragseinbußen in Form von Entschädigungslücken, entgangenen Deckungsbeiträgen, Leistungseinbußen, Reinigungs- und Desinfektionskosten, Verluste von Marktbeziehungen, Liquiditätsengpässe werden nicht ausgeglichen. Diese Lücke decken private Versicherer mittels so genannter Ertragsschadensversicherungen ab.

Entwicklung der Anzahl der geschlachteten Tiere¹⁾ in Hessen 1970 bis 2000 nach Tierarten



1) Aus gewerblicher Schlachtung sowie Hausschlachtung.

HSL 9/01

Lokale Agenda 21 - Datenbank zu Nachhaltigkeits-Indikatoren für Kommunen auf CD-ROM

Instrumente zur Bewertung der lokalen und regionalen Entwicklung gewinnen in den kommunalen Agenda-21-Prozessen zunehmend an Bedeutung. Mit dem „Leitfaden Indikatoren im Rahmen einer Lokalen Agenda 21“ steht den Kommunen seit einigen Monaten ein Handbuch zur Verfügung, mit dem sie bei vergleichsweise geringem Aufwand ein Indikatorensystem zur nachhaltigen Entwicklung in Eigenregie erarbeiten können. Der Leitfaden ist das Ergebnis eines gemeinsamen Forschungsvorhabens der Bundesländer Hessen, Baden-Württemberg, Bayern und Thüringen und wurde von der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) erstellt. Den Kommunen in Hessen soll die Bearbeitung dieses Indikatorensystems künftig durch eine CD-ROM erheblich erleichtert werden, mit deren Entwicklung die FEST im Rahmen eines Forschungsprojektes vom Hessischen Landesamt für Umwelt und Geologie (HLUG) im November 2000 beauftragt wurde. Diese CD-ROM wird eine Datenbank enthalten, die alle zentral verfügbaren Daten für die Berechnung der Indikatoren umfassen soll. Auf diese Weise werden etwa zwei Drittel der 24 Kern-Indikatoren und zahlreiche der 72 Ergänzungs-Indikatoren für die Jahre 1995 bis 1999 den Kommunen ohne eigenen Rechercheaufwand *ab Mitte 2001* zur Verfügung stehen. Ein großer Teil dieser Daten wird vom Hessischen Statistischen Landesamt geliefert, die durch Zahlen der HLUG, des Landesamts für Umwelt und weitere Bundes- und Landesinstitutionen ergänzt werden. Auch gibt es bereits erste Überlegungen, diesen Datenbestand in den kommenden Jahren in regelmäßigen Abständen fortzuschreiben.

*) Stefan Wilhelmy M. A., Politikwissenschaftler, geb. 1968; wiss. Mitarbeiter an der FEST. Hauptarbeitsgebiete: nachhaltige Entwicklung, Lokale Agenda 21, Entwicklungspolitik. Tel.: 06221-9122-22, Fax: 06221-167257, E-Mail: stefan.wilhelmy@fest-heidelberg.de

Als zweite wichtige Komponente wird die CD-ROM ein so genanntes „Projektbewertungs-Schema“ enthalten, das es Kommunen und Agenda-Aktiven ermöglichen soll, die möglichen Effekte von bestehenden oder geplanten Agenda-Projekten auf die einzelnen Teil-Ziele einer nachhaltigen Entwicklung abzuschätzen. Ein Ziel des Projektbewertungs-Schemas besteht darin, vor dem Hintergrund der begrenzten finanziellen und personellen Mittel für kommunale Agenda-Prozesse solche Projekte auswählen zu können, die einen möglichst großen Beitrag zur Nachhaltigkeit der Kommune versprechen. Die Bewertung der Projekte soll sich im Kern an den 24 Teil-Zielen orientieren, die die Grundlage des Indikatorensystems bilden. Sowohl für die drei Nachhaltigkeits-Dimensionen „Ökologie, Ökonomie und Gesellschaft“ als auch für die möglichen Akteurs- und Zielgruppen aus der Dimension „Partizipation“ sollen darüber hinaus aber noch weitere Aspekte berücksichtigt werden. Die Auswahl und Konzeption von geeigneten Agenda-Projekten soll den Akteuren durch eine Sammlung von bereits bestehenden Projekten auf der CD-ROM erleichtert werden.

Weitere Informationen zur CD-ROM und Bezug des Leitfadens: Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST), Schmeilweg 5, 69118 Heidelberg; Tel.: 06221-9122-0; Fax: 06221-167257; E-Mail: stefan.wilhelmy@fest-heidelberg.de.

Zum Thema „Lokale Agenda 21“ ist im Hessischen Statistischen Landesamt ein Sonderdruck erschienen. Es handelt sich um den Abdruck des Aufsatzes „Indikatoren für nachhaltige Entwicklung einer Kommune — das Beispiel Viernheim“ (Autoren: Dr. rer. pol., Dipl. Volkswirt Hans Diefenbacher und Stefan Wilhelmy, beide wiss. Mitarbeiter an der FEST), der in zwei Teilen in der Monatszeitschrift des HSL „Staat und Wirtschaft in Hessen“, 55. Jahrgang, Heft 2 und Heft 4 erschienen ist. Der Sonderdruck kann zu einem Sonderpreis von 3,00 DM (zuzügl. Versandkosten) vom Hessischen Statistischen Landesamt, Vertrieb, bezogen werden.

Stefan Wilhelmy*)

Daten zur Wirtschaftslage

Die wirtschaftliche Lage der hessischen Wirtschaft im vierten Quartal 2000 stellt sich im Vergleich zum letzten Quartal des Jahres 1999 folgendermaßen dar: Die preisbereinigten Auftragseingänge im hessischen Verarbeitenden Gewerbe legten gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal um 4,8 % zu. Motor dieser Zunahme war das Auslandsgeschäft (Auslandsorders: + 8,7 %; Inlandsorders: + 2,1 %). Auch die Umsätze entwickelten sich insgesamt positiv. Sie legten um 3,7 % zu (Auslandsumsätze: + 18 %; Inlandsumsätze: - 3,2 %). Die Beschäftigtenzahl ging nur noch geringfügig zurück. Die günstige Entwicklung der Auftragseingänge im hessischen Bauhauptgewerbe, die noch im dritten Quartal 2000 festzustellen war, setzte sich im vierten Quartal nicht fort. Sie lagen um 4,8 % unter dem vergleichbaren Vorjahresniveau; der baugewerbliche Umsatz nahm im Beobachtungszeitraum um 0,4 % zu. Nach wie vor wird im hessischen Bauhauptgewerbe Personal abgebaut. Das von den hessischen Bauaufsichtsbehörden genehmigte Hochbauvolumen lag im vierten Quartal des abgelaufenen Jahres bei 1,6 Mill. m² Wohn- und Nutzfläche. Dies war ein Rückgang um 3,5 %. Die hierfür veranschlagten reinen Baukosten stiegen dagegen um 242 Mill. DM oder 9 % auf einen Betrag von 2,9 Mrd. DM. Im hessischen Einzelhandel verlief die Umsatzentwicklung im vierten Quartal wenig erfreulich. Der gesamte Einzelhandelsbereich musste im Beobachtungszeitraum einen Rückgang von nominal 2,5 und real knapp 4 % hinnehmen. Die Zahl der Arbeitslosen lag im vierten Quartal 2000 um ein Achtel niedriger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Sie fiel damit erstmals seit dem vierten Quartal 1993 wieder unter 200 000. Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Hessen war im vierten Quartal 2000 um 2,0 % höher als ein Jahr zuvor. Maßgebend hierfür war die Entwicklung der Heizöl- und Kraftstoffpreise.

Auslandsgeschäft ist Motor der Nachfrageentwicklung im Verarbeitenden Gewerbe

Die preisbereinigten Auftragseingänge zur Lieferung von Gütern und Dienstleistungen im Verarbeitenden Gewerbe haben im vierten Quartal 2000 im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit um 4,8 % zugenommen. Die Steigerungsrate der Auftragseingänge aus dem Ausland hat im vierten Quartal mit 8,7 % höher gelegen als die aus dem Inland mit nur 2,1 %. Zusammen mit dem kräftigen Nachfragezuwachs im dritten Quartal ergab sich für das zweite Halbjahr im Jahresvergleich eine Nachfragesteigerung von insgesamt 6,6 %. Sie setzte sich aus einem Plus von 11 % bei den Abschlüssen mit ausländischen Kunden und von 3,5 % mit Inländern zusammen. Auf das gesamte Jahr bezogen errechnete sich eine Steigerung der Auftragseingänge von 7,0 %; 11 % aus dem Ausland und 4,2 % aus dem Inland.

Die Chemische Industrie berichtete im vierten Quartal über eine jährliche Zunahme der Auftragseingänge um 4,9 %. 12 % hatte der Anstieg bei Abschlüssen im Ausland betragen, während aus dem Inland 2,9 % weniger Bestellungen eingingen als vor Jahresfrist. Da die Steigerungsrate im dritten Quartal im Jahresvergleich bei beachtlichen 11 % gelegen hatte, ergab sich für das zweite Halbjahr ein Nachfrageplus von insgesamt 7,8 %, das sich aus einem Zuwachs von 15 % bei den Auslandsbestellungen und von 0,5 % bei den Aufträgen aus dem Inland zusammensetzte.

Fortgesetzt kräftiger als in der Chemischen Industrie war die Nachfrageentwicklung im Maschinenbau. Mit einem jährlichen Zuwachs an Auftragseingängen im vierten Quartal von insgesamt 13 % konnte die stürmische Entwicklung des drit-

ten Quartals allerdings nicht ganz erreicht werden. Auch im Maschinenbau gingen die Impulse vom Ausland aus, das im vierten Quartal 24 % mehr bestellte als in der entsprechenden Vorjahreszeit. Inländische Besteller steigerten ihre Nachfrage dagegen nur um 3,7 %. Zusammen mit dem guten Ergebnis des dritten Quartals ergab sich für das zweite Halbjahr ein Plus von 15 %. Daran waren die Auslandsbestellungen mit einer Zunahme um 33 % beteiligt, während die inländischen Bestellungen nur mit einem Plus von 2,2 % abgeschlossen.

Ein vergleichsweise schlechtes Ergebnis erzielte die Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen im vierten Quartal. Dort lag die Gesamtbestellfähigkeit um 6 % unter Vorjahresniveau. Daran waren sowohl inländische (- 4,5 %) als auch ausländische Besteller (- 7,3 %) beteiligt. Da bereits im dritten Quartal ein Rückgang der Bestellfähigkeit stattfand — insgesamt wurden im dritten Quartal 1,0 % weniger Aufträge im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit erteilt, wobei aus dem Ausland 1,2 % und aus dem Inland 0,7 % weniger Bestellungen eingingen — belief sich das Ergebnis für das zweite Halbjahr auf insgesamt - 3,6 %, das sich aus einem Rückgang der Bestellungen aus dem Ausland um 4,6 % und 2,6 % weniger Inlandsbestellungen zusammensetzte.

Auslandsumsatz trägt Gesamtentwicklung

Mit 42,5 Mrd. DM Umsatz, die das Verarbeitende Gewerbe im vierten Quartal 2000 erwirtschaftete, lag es um weitere 3,7 % über dem entsprechenden Vorjahreswert. Im zweiten Halbjahr betrug die jährliche Steigerungsrate 4,2 %. Bei ei-

ner Exportquote von 37 % am Gesamtumsatz bestimmte der Umsatzanstieg mit ausländischen Kunden von 18 % im vierten Quartal im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit die Gesamtentwicklung ganz erheblich. Der Inlandsumsatz ging dagegen in der gleichen Zeit um 3,2 % zurück. Dieses Verhältnis war auch im zweiten Halbjahr im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit nicht sehr viel anders: Der Auslandsumsatz stieg um 17 %, der Inlandsumsatz verringerte sich um 2,0 %.

Noch gravierender war die gegenläufige Entwicklung Inlands-/Auslandsumsatz im vierten Quartal in der Chemischen Industrie: Am Gesamtumsatz von 8,8 Mrd. DM hatte das Auslandsgeschäft einen Anteil von 59 %. Dadurch glich der Anstieg des Auslandsumsatzes um 26 % den Rückgang des Inlandsumsatzes (– 21 %) aus und es ergab sich insgesamt noch eine Jahresveränderungsrate von + 1,2 %. Im zweiten Halbjahr stand einem Anstieg des Auslandsumsatzes von 28 % ein Rückgang im Inland um 20 % gegenüber. Der Gesamtumsatz wuchs im zweiten Halbjahr im Vergleich zur gleichen Vorjahreszeit um 2,8 %.

Der Maschinenbau erwirtschaftete im vierten Quartal einen Umsatz in Höhe von 5,1 Mrd. DM. Der Exportanteil am Umsatz betrug 43 %. Wieder war der Auslandsumsatz der Motor der Entwicklung. Mit einem Plus von 24 % bei lediglich 8,6 % mehr Inlandsumsatz ergab sich im vierten Quartal im Maschinenbau ein Quartalsergebnis von + 15 %. Das Ergebnis für das zweite Halbjahr übertraf insgesamt das entsprechende Vorjahresergebnis um 11 %, die aus 19 % mehr Auslandsumsatz und 5,2 % mehr Inlandsumsatz stammten.

Die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen erzielten im vierten Quartal einen Gesamtumsatz von 5,5 Mrd. DM. Gut die Hälfte davon wurde auf ausländischen Märkten erwirtschaftet. Aber selbst dort konnte nur ein Zuwachs im Vergleich zum vierten Vorjahresquartal von 0,7 % erreicht werden, während im Inland 17 % weniger Umsatz als vor einem Jahr registriert wurden. Das Vorjahresergebnis wurde deshalb um insgesamt 8,7 % unterschritten. Im zweiten Halbjahr belief sich der Umsatzrückgang im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit auf 6,5 %. Dieser kam sowohl durch einen Rückgang des Auslandsumsatzes (– 0,6 %) als auch einen Rückgang der Umsätze im Inland (– 12 %) zu Stande.

Die Hersteller von Metallerzeugnissen setzten im vierten Quartal allerdings nur halb so viel um wie die von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (2,7 Mrd. DM). Dort konnte der Umsatz insgesamt allerdings um 3,4 % gesteigert werden. Das Ausland war am Gesamtumsatz nur mit einem Anteil von 23 % beteiligt, trug jedoch mit einem Zuwachs von 13 % dazu bei. Der Inlandsumsatz stieg um nur 0,9 %. Im zweiten Halbjahr lag die Jahresveränderungsrate bei + 3,3 %.

Nur noch geringfügiges Beschäftigtenminus

Rund 460 500 *Beschäftigte* arbeiteten im Durchschnitt des vierten Quartals in den 3290 Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes. Das waren 0,2 % weniger als im Durchschnitt der gleichen Vorjahreszeit. Damit wurde der niedrigste Beschäftigtenabbau seit langem registriert. Im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit lag das Halbjahresergebnis bei – 0,6 %. Allerdings ist bei dem niedrigen Beschäftigtenrückgang zu beachten, dass der Trend zum Outsourcing und damit zur Verlagerung von Aufgaben aus dem Verarbeitenden Gewerbe ins Dienstleistungsgewerbe ungebrochen ist.

Die Chemische Industrie als — gemessen an der Beschäftigtenzahl — bedeutendste Branche des Landes meldete im vierten Quartal mit im Durchschnitt fast 64 000 Beschäftigten nur noch einen Rückgang im Vergleich zum Durchschnitt des vierten Vorjahresquartals von lediglich 1,1 %. Im dritten Quartal waren es noch – 3,2 %, so dass der Halbjahresdurchschnitt bei – 2,2 % liegt.

Der Maschinenbau mit seinen im Durchschnitt des vierten Quartals gut 63 000 Beschäftigten meldete gleichfalls einen Beschäftigtenabbau von 1,8 %, der sich im Durchschnitt des zweiten Halbjahres sogar noch auf – 1,3 % verminderte, weil das Ergebnis des dritten Quartals mit – 0,9 % noch günstiger lag.

Dass der Verbrauch als Folge der guten Konjunktur angezogen hat, ist aus der insgesamt recht günstigen Beschäftigtenentwicklung bei den Verbrauchsgüterproduzenten zu schließen. Dort wurden im Durchschnitt des vierten Quartals mit knapp 88 000 Beschäftigten 1,1 % mehr Beschäftigte gezählt als im Durchschnitt der gleichen Vorjahreszeit. Das Halbjahresergebnis lag ebenfalls im positiven Bereich (+ 0,8 %).

Auch kleinere Branchen, zum Beispiel die Hersteller von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. a. hatten einen Beschäftigtenzuwachs im vierten Quartal im Jahresvergleich von 4,8 % auf 27 300 Beschäftigte. Das gleiche gilt für die Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik mit einem Beschäftigtenzuwachs im vierten Quartal von 2,4 % auf gleichfalls gut 27 300, ferner die Hersteller von Büromaschinen, DV-Geräten, E-Technik, Feinmechanik, Optik, die im vierten Quartal im Durchschnitt 2,8 % mehr Personal als in der entsprechenden Vorjahreszeit hatten und nun mehr als 65 000 Mitarbeiter zählten.

Abermals rückläufige Auftragslage im Baugewerbe . . .

Die günstige Entwicklung der Auftragsgänge, die noch im dritten Quartal im hessischen Bauhauptgewerbe beim Jahresvergleich zu beobachten war, setzte sich im vierten leider nicht fort. Mit einem Rückgang von 4,8 % wurde das entsprechende Vorjahresergebnis unterschritten. Dies führte

Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen

Jahr Monat Vierteljahr	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾			Bauhauptgewerbe ³⁾		Einzelhandel	Preise	Arbeitsmarkt ⁷⁾				
	Volumenindex des Auftrags-eingangs ²⁾ 1995 = 100			Beschäftigte	Index des Auftrags-eingangs ⁴⁾ 1995 = 100	Beschäftigte	Index der Umsätze ⁵⁾ 1995 = 100	Preis-Index für die Lebenshaltung ⁶⁾ 1995 = 100	Arbeitslose ⁸⁾	Arbeitslosenquote ⁹⁾	Offene Stellen ¹⁰⁾	Kurzarbeit (Personen) ¹⁰⁾
	Insgesamt	Inland	Ausland									
Grundzahlen ¹¹⁾												
1998 D	105,8	101,1	114,5	470 074	83,1	40 519	101,5	104,1	254 050	10,0	26 021	6 505
1999 D	98,6	92,9	109,2	464 439	86,6	37 865	102,8	105,0	239 257	9,4	30 650	6 396
2000 D	105,5	96,8	121,6	459 739	85,1	35 786	103,8	107,0	214 875	8,1	37 527	5 156
1999 Oktober	101,0	94,5	113,1	462 730	99,9	38 944	105,3	105,3	225 484	8,8	30 339	4 857
November	108,2	98,7	125,8	462 177	59,5	38 547	111,0	105,5	225 151	8,8	28 924	6 113
Dezember	94,5	87,6	106,9	459 689	90,5	37 805	124,0	105,7	229 534	9,0	30 376	4 355
4. Vj. D	101,2	93,6	115,3	461 532	83,3	38 432	113,4	105,5
2000 Januar	93,8	84,5	111,0	457 994	51,5	36 282	91,6	106,1	238 900	9,3	32 285	5 711
Februar	102,0	92,8	118,9	457 706	61,4	35 832	97,2	106,4	236 497	9,2	37 020	6 916
März	117,9	108,8	134,7	458 169	93,7	35 528	111,8	106,6	228 878	8,9	39 531	6 424
1. Vj. D	104,6	95,4	121,5	457 956	68,9	35 881	100,2	106,4
April	97,8	92,2	108,1	457 731	65,4	35 782	104,0	106,5	221 800	8,3	41 222	6 841
Mai	111,1	103,7	124,9	457 918	140,4	35 914	113,1	106,4	211 812	7,9	40 438	5 606
Juni	105,8	93,4	128,6	459 850	84,0	35 764	98,5	106,9	213 076	8,0	39 841	4 047
2. Vj. D	104,9	96,4	120,5	458 500	96,6	35 820	104,5	106,6
Juli	100,7	94,4	112,4	460 846	102,4	35 806	97,1	107,4	213 256	8,0	39 829	3 096
August	105,6	103,2	110,0	462 698	74,6	35 922	101,6	107,3	206 753	7,7	38 512	4 486
September	113,2	101,4	135,0	462 538	110,6	35 878	101,3	107,8	201 102	7,5	38 139	4 924
3. Vj. D	106,5	99,7	119,1	462 027	95,9	35 869	100,0	107,5
Oktober	108,0	96,1	129,9	461 202	85,5	36 072	103,4	107,5	196 354	7,3	35 763	4 783
November	110,3	100,1	129,0	461 123	76,0	35 726	110,7	107,7	195 173	7,3	34 950	4 518
Dezember	99,9	90,6	117,0	459 089	76,3	34 930	117,7	107,6	200 261	7,5	35 012	4 523
4. Vj. D	106,1	95,6	125,3	460 471	79,3	35 576	110,6	107,6
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in % ¹¹⁾												
1998 D	3,0	7,2	- 3,0	- 2,3	- 12,7	- 10,9	1,4	1,3	- 2,6	.	21,7	- 44,8
1999 D	- 6,8	- 8,1	- 4,8	- 1,2	4,2	- 6,5	1,3	0,9	- 5,8	.	17,8	- 1,7
2000 D	7,0	4,2	11,4	- 1,1	- 1,7	- 5,5	1,0	1,9	- 10,2	.	22,4	- 19,4
1999 Oktober	- 1,1	- 4,4	4,6	- 1,7	20,8	- 3,5	1,4	1,2	- 4,8	.	26,5	1,1
November	7,3	2,3	15,5	- 1,7	- 12,6	- 3,1	3,8	1,4	- 5,7	.	28,2	8,6
Dezember	1,9	0,6	4,1	- 1,7	- 10,4	- 3,6	4,6	1,5	- 7,5	.	35,5	- 20,6
4. Vj.	2,7	- 0,5	8,2	- 1,7	- 0,7	- 3,4	3,4	1,3
2000 Januar	8,4	8,2	8,8	- 1,9	- 42,2	- 4,8	1,9	2,0	- 8,1	.	21,6	- 27,8
Februar	12,8	12,2	13,8	- 2,0	- 0,5	- 3,6	9,5	2,1	- 8,9	.	21,2	- 22,4
März	9,2	5,1	15,9	- 2,0	- 5,6	- 4,4	- 3,5	2,1	- 8,6	.	21,1	- 37,7
1. Vj.	10,1	8,2	13,0	- 2,0	- 17,4	- 4,3	2,0	2,1
April	- 1,9	- 1,9	- 1,8	- 1,3	- 9,6	- 4,0	1,6	1,6	- 9,4	.	23,4	- 21,7
Mai	13,4	17,2	11,3	- 1,3	66,0	- 3,4	13,8	1,5	- 10,1	.	27,9	- 11,4
Juni	2,9	- 4,7	15,2	- 0,9	- 21,3	- 4,3	- 5,6	1,9	- 8,7	.	27,1	- 41,8
2. Vj.	4,7	1,4	10,1	- 1,1	9,9	- 3,9	3,1	1,7
Juli	5,6	3,6	8,6	- 1,1	18,1	- 5,8	- 4,1	1,9	- 10,4	.	23,6	- 32,9
August	13,5	12,3	15,9	- 0,9	- 20,8	- 6,5	7,2	1,7	- 10,9	.	21,5	27,7
September	6,5	- 0,4	17,7	- 0,8	16,6	- 6,6	2,9	2,4	- 11,7	.	19,1	18,6
3. Vj.	8,5	5,1	14,1	- 0,9	1,4	- 6,6	1,9	2,0
Oktober	6,9	1,7	14,9	- 0,3	- 14,4	- 7,4	- 1,8	2,1	- 12,9	.	17,9	- 1,5
November	1,9	1,4	2,5	- 2,0	27,8	- 7,3	- 0,3	2,1	- 13,3	.	20,8	- 26,1
Dezember	5,8	3,4	9,4	- 0,2	- 15,7	- 7,6	- 5,1	1,8	- 12,8	.	15,3	3,9
4. Vj.	4,8	2,1	8,7	- 0,2	- 4,8	- 7,4	- 2,5	2,0
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vormonat bzw. dem Vorquartal in % ¹¹⁾												
1999 Oktober	- 5,0	- 7,2	- 1,4	0,6	5,3	1,4	7,0	-	- 1,0	.	- 5,2	17,0
November	7,1	4,4	11,2	- 0,1	- 40,5	- 1,0	5,4	0,2	- 0,1	.	- 4,7	25,9
Dezember	- 12,7	- 11,2	- 15,0	- 0,5	52,1	- 1,9	11,7	0,2	1,9	.	5,0	- 28,8
4. Vj.	3,1	- 1,4	10,4	- 1,0	- 9,5	0,4	15,6	0,1
2000 Januar	- 0,7	- 3,5	3,8	- 0,4	- 43,1	- 4,0	- 26,1	0,4	4,1	.	6,3	31,1
Februar	8,7	9,8	7,1	- 0,1	19,4	- 1,2	6,1	0,3	- 1,0	.	14,7	21,1
März	15,6	17,2	13,3	0,1	52,5	- 0,8	15,0	0,2	- 3,2	.	6,8	- 7,1
1. Vj.	3,4	1,9	5,4	- 0,8	- 17,3	- 6,6	- 11,6	0,9
April	- 17,0	- 15,3	- 19,7	- 0,1	- 30,3	0,7	- 7,0	- 0,1	- 3,1	.	4,3	6,5
Mai	13,6	12,5	15,5	0,0	114,8	0,4	8,8	- 0,1	- 4,5	.	- 1,9	- 18,1
Juni	- 4,8	- 9,9	3,0	0,4	- 40,2	- 0,4	- 14,7	0,5	0,6	.	- 1,5	- 27,8
2. Vj.	0,3	1,1	- 0,8	0,1	40,2	- 0,2	4,3	0,2
Juli	- 4,8	1,1	- 12,6	0,2	21,9	0,1	0,6	0,5	0,1	.	0,2	- 23,5
August	4,9	9,3	- 2,1	0,4	- 27,1	0,3	4,6	- 0,1	- 3,0	.	- 3,5	44,9
September	7,2	- 1,7	22,7	- 0,0	48,2	- 0,1	- 0,3	0,5	- 2,7	.	- 1,0	9,8
3. Vj.	1,5	3,4	- 1,2	0,8	- 0,7	0,1	- 4,3	0,8
Oktober	- 4,6	- 5,2	- 3,8	- 0,3	- 22,7	0,5	2,1	- 0,3	- 2,4	.	- 6,2	- 2,9
November	2,1	4,2	- 0,7	- 0,0	- 11,1	- 1,0	7,1	- 0,1	- 0,6	.	- 2,3	- 5,5
Dezember	- 9,4	- 9,5	- 9,3	- 0,4	0,3	- 2,2	6,3	- 0,1	2,6	.	0,2	0,1
4. Vj.	- 0,3	- 4,1	5,2	- 0,3	- 17,3	- 0,8	10,6	0,1

1) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten. Wegen der Umstellung auf die neuen EU-Klassifikationen ab 1995 sind Vorjahresvergleiche nicht möglich. - 2) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. - 3) Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten. - 4) Wertindex. - 5) Ohne Mehrwertsteuer. - 6) Alle privaten Haushalte. - 7) Quelle: Landesarbeitsamt Hessen. - 8) Bei Monatswerten Stand am Monatsende. - 9) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. - 10) Bei Monatswerten Stand Monatsmitte. - 11) Gegenüber der letzten Ausgabe teilweise berichtigte Ergebnisse.

dazu, dass auch das Halbjahresergebnis schlechter ausfiel (– 0,1 %) als vor einem Jahr.

Der Hochbau (– 7,1 %) war an der rückläufigen Entwicklung des vierten Quartals stärker beteiligt als der Tiefbau (– 2,0 %), wenngleich er beim Vergleich der zweiten Halbjahre (+ 3,3 %) günstiger abschnitt als der Tiefbau (– 4,0 %). Im Hochbau meldete im vierten Quartal vor allem der öffentliche und Verkehrshochbau mit – 30 % im Jahresvergleich einen beachtlichen Einbruch. Dieser Nachfragerückgang wurde vom Wohnungsbau kaum verfehlt (– 29 %). Lediglich der gewerbliche und industrielle Hochbau meldete eine im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit leichte Steigerung (+ 6,5 %). Auch im Tiefbau stammte im vierten Quartal der einzige Anstieg der Auftragseingänge im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit vom gewerblichen und industriellen Tiefbau (+ 23 %). Der Straßenbau erhielt 6,4 % weniger Aufträge und beim öffentlichen und Verkehrstiefbau betrug der Rückgang der Auftragseingänge sogar 18 %.

... bei fast konstantem Umsatz ...

Rund 2,6 Mrd. DM Umsatz meldete das hessische Bauhauptgewerbe im vierten Quartal. Das waren 0,4 % mehr als in der gleichen Vorjahreszeit. Die 5,0 Mrd. DM, die für das zweite Halbjahr gemeldet wurden, unterschritten dagegen den Wert der entsprechenden Vorjahreszeit um 5,0 %. Ein Umsatzanstieg wurde im vierten Quartal im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit vor allem vom gewerblichen und industriellen Bau (+ 10 %) gemeldet, wobei der Steigerung beim Hochbau (+ 22 %) eine Umsatzverminderung beim Tiefbau (– 12 %) gegenüberstand. Der Wohnungsbau setzte im vierten Quartal 26 % weniger um als vor einem Jahr. Der leichte Umsatzanstieg (+ 1,7 %) im öffentlichen und Verkehrsbau ging vor allem vom Straßenbau (+ 6,9 %) und vom Hochbau (+ 4,6 %) aus. Der sonstige öffentliche und Verkehrstiefbau meldete dagegen im vierten Quartal einen Umsatzrückgang (– 4,5 %).

... jedoch weiter sinkenden Beschäftigtenzahlen

Die weiterhin zögerliche Auftragsentwicklung schlug sich auch in der Beschäftigtenentwicklung nieder. Mit im Durchschnitt des vierten Quartals rund 35 600 Beschäftigten wurden im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit abermals 7,4 % der Beschäftigten abgebaut. An dem Rückgang waren alle Beschäftigtenarten beteiligt, am stärksten die Fachwerker, Werker und sonstigen Beschäftigten mit – 11 %. Aber auch die Zahl der kaufmännischen und technischen Angestellten hat um 7,7 % abgenommen. Bei den Facharbeitern, Polieren und Meistern belief sich im vierten Quartal der jährliche Beschäftigtenabbau auf 6,0 %. Die Zahl der gewerblichen Auszubildenden wurde um 9,5 % und die der ausländischen Arbeitnehmer um 5,2 % reduziert. Die jährli-

che Abnahmerate im Durchschnitt des zweiten Halbjahres belief sich auf 6,9 %.

Weiterhin rückläufige Genehmigungszahlen im Wohnbau, jedoch mehr Nachfrage im Nichtwohnbau

Im vierten Quartal des Jahres 2000 genehmigten die hessischen Bauaufsichtsbehörden Hochbauten mit insgesamt 1,6 Mill. m² Wohn- und Nutzfläche. Das entsprach einer verhältnismäßig moderaten Verringerung um 3,5 % oder 56 000 m² im Vergleich zum letzten Vierteljahr 1999. Im Wohnbau fiel der Rückgang besonders deutlich bei den beantragten neuen Wohngebäuden der privaten Haushalte aus. Dort reduzierte sich die Nachfrage nach neuen Wohn- und Nutzflächen um ca. 120 000 m² (– 20 %). Die öffentlichen Bauherren, die jedoch erfahrungsgemäß lediglich einen geringen Anteil am Baugeschehen haben, meldeten im Vergleichszeitraum ebenfalls 20 % weniger Flächenbedarf an. Dabei ist die zu verzeichnende Abnahme bei den Wohngebäuden mit beinahe 50 % fast fünf Mal so hoch wie bei den Nichtwohngebäuden mit 11 %. Bei der Bauherrngruppe der Unternehmen war sogar eine zusätzliche Nachfrage nach Flächen (+ 4 %) zu verzeichnen. Der Mehrbedarf bezog sich vorwiegend auf die Errichtung neuer Nichtwohngebäude — hier werden 63 500 m² oder 11 % mehr Wohn- und Nutzfläche benötigt, während sich das Nachfragevolumen dieser Bauherrngruppe im Wohnbau um 26 300 m² bzw. 8 % verringerte.

Die veranschlagten reinen Baukosten für alle zum Bau freigegebenen Gebäude und Baumaßnahmen erhöhten sich im Vergleichszeitraum um 242 Mill. DM (+ 9 %). Sie erreichten damit insgesamt eine Höhe von 2,9 Mrd. DM. Den größten Anteil an diesem Gesamtvolumen hatten mit über 1,6 Mrd. DM die veranschlagten Baukosten für Bauvorhaben von Unternehmen. Sie überstiegen die veranschlagten Baukosten für die Bautätigkeit der privaten Haushalte um 703 Mill. DM. Weitere 420 Mill. DM entfielen auf Baugenehmigungen von öffentlichen Bauherren bzw. von Organisationen ohne Erwerbszwecke. Die Bauherrngruppe der Unternehmen beabsichtigte, vor allem im Nichtwohnbau zu investieren. Hier wurden die Baukosten um 16 % höher veranschlagt als im Vorquartal. Insgesamt rückläufig war die Investitionsbereitschaft sowohl der privaten Haushalte als auch der öffentlichen Hand. Das Investitionsvolumen verringerte sich bei der ersten Gruppe besonders stark um 37 %, bei der zweiten um 23 %.

In den letzten drei Monaten des Jahres 2000 wurde bei den hessischen Bauaufsichtsbehörden um Genehmigung für rund 2270 neue *Wohngebäude* nachgesucht. Das waren 22,5 % weniger Bauanträge als im vierten Quartal 1999. Überdurchschnittlich fiel die Abnahme in diesem Quartal mit – 30 % bei den Mehrfamilienhäusern aus. Für die Errichtung von Zweifamilienhäusern wurden 26 %, im Bereich der Ein-

familienhäuser 21 % weniger Baugenehmigungen erteilt. Die durchgängig schwächere Nachfrage nach Wohngebäuden sowie ein Rückgang bei Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden wirkte sich auf die Zahl der zum Bau freigegebenen Wohnungen aus. Insgesamt wurden in den Monaten Oktober bis Dezember 4900 Wohnungen genehmigt¹⁾. Die Gesamtzahl der zum Bau freigegebenen Wohnungen reduzierte sich somit um fast 1400 oder 22 %. Auch die genehmigten Wohnflächen gingen im Vergleichszeitraum um rund 19 % zurück. Die veranschlagten reinen Baukosten für Wohngebäude verringerten sich um rund 17 % etwas weniger stark.

Im vierten Quartal 2000 wurden zwar mit nur 740 rund 100 neue **Nichtwohngebäude** weniger als im letzten Vierteljahr 1999 bei den hessischen Bauaufsichtsbehörden zur Genehmigung eingereicht, jedoch stieg die Nachfrage nach Nutzflächen in Nichtwohngebäuden um 12 % auf 776 000 m². Die veranschlagten reinen Baukosten für neue Nichtwohngebäude stiegen gegenüber dem Vorjahresquartal um 50 % (+ 530 Mill. DM) auf 1,6 Mrd. DM.

Letztes Quartal drückt das Jahresergebnis

Nach dem positiven Verlauf im ersten, zweiten und dritten Vierteljahr 2000 gerieten die in Hessen tätigen Einzelhändler im engeren Sinn, das heißt ohne Kraftfahrzeughandel und Tankstellen, im letzten Vierteljahr 2000 in kräftige Turbulenzen. Im Vergleich zum vierten Quartal des Jahres 1999 sanken die Verkaufserlöse um etwas über 1 %. Nach Ausschaltung der Preisveränderungen war es ein reales Minus von knapp 3 %. Unter Einbeziehung des Kraftfahrzeughandels und der Tankstellen — dort ging der Umsatz nominal um 7 und real um 8 % zurück — trübte sich das Bild noch weiter ein: Danach hatte der gesamte Bereich einen Umsatzrückgang von nominal 2,5 und real knapp 4 %.

Unter den größeren Branchen hatten neben dem Heimwerkerbereich (nominal + 9 und real + 8 %) nur noch die Apotheker und die Einzelhändler mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln (nominal + 6 und real + 5,5 %) mehr in ihren Kassen. Beim Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren verringerte sich der Umsatz nominal und real um über 6 %. Die vom Umsatzanteil her bedeutendste Branche, der Einzelhandel mit Waren verschiedener Art, wozu beispielsweise die Supermärkte und Kaufhäuser zählen, unterschritt ihr Vorjahresniveau deutlich. Die hierzu gehörenden Geschäfte mussten nominal und real ein Minus von 3 % verkraften.

Weiter fortgesetzt hat sich auch der Abbau der Arbeitsplätze. Im Durchschnitt des vierten Quartals ging ihre Zahl um et-

was über 2 % zurück. Dabei waren Voll- und Teilzeitstellen in etwa gleichem Maße betroffen.

Weniger als 200 000 Arbeitslose in Hessen

Die Arbeitslosmeldungen aus dem vierten Quartal 2000 lagen leicht über dem Stand aus dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Damit ging eine im Frühjahr 1999 einsetzende rückläufige Phase zu Ende. Das lag allein an Arbeitslosmeldungen ohne vorherige Erwerbstätigkeit. Denn die Arbeitslosmeldungen nach vorangegangener Erwerbstätigkeit bzw. betrieblicher Ausbildung blieben Dank einer weiterhin wachsenden Wirtschaft rückläufig. Die insgesamt positiven konjunkturellen Impulse drückten auch der Kurzarbeit ihren Stempel auf. Die historisch betrachtet schon sehr niedrige Kurzarbeiterzahl aus dem vierten Quartal 1999 wurde im Berichtszeitraum um ein Zehntel unterschritten.

Der in den Monaten Oktober bis Dezember gering gestiegenen Zahl an Arbeitslosmeldungen stand ein leicht rückläufiges Angebot an Arbeitsplätzen gegenüber. Das lag unter anderem an einem so genannten Sockeleffekt, denn im vierten Quartal 1999 waren die als offen gemeldeten Stellen sehr stark angestiegen. Durch das verringerte Stellenangebot und zunehmende Friktionen blieb der Vermittlungserfolg der Arbeitsverwaltung im Berichtszeitraum bei den Dauerarbeitsplätzen deutlich hinter dem Ergebnis aus dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum zurück. Trotzdem schieden im vierten Quartal 2000 mehr Personen aus der Arbeitslosigkeit aus als vor Jahresfrist, wobei hier auch erfolgreiche private Bemühungen um einen neuen Arbeitsplatz und das Erreichen der Altersgrenze eine Rolle spielten. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit hat sich im Berichtsquartal abermals beschleunigt. Im Durchschnitt der Monate Oktober bis Dezember 2000 lag die Arbeitslosenzahl um ein Achtel niedriger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Sie fiel damit erstmals seit dem vierten Quartal 1993 wieder unter 200 000. Gegenüber dem Höchststand der Arbeitslosigkeit im ersten Quartal 1998 beträgt der Rückgang nun schon nahezu drei Zehntel.

Unternehmensinsolvenzen: Gegen den Bundestrend

Die Zunahme der Unternehmensinsolvenzen hat sich in Hessen, entgegen der bundesweiten Entwicklung, im Laufe des Jahres 2000 spürbar abgeschwächt. So waren — jeweils vom Jahresbeginn bis zum Monatsultimo — Ende März 8 %, Ende Juni 5 % und Ende September noch 2 % mehr Insolvenzanträge gegen hessische Unternehmen als in dem entsprechenden Vorjahreszeitraum zu registrieren. Zum Jahresende 2000 addierte sich die Zahl der Insolvenzen hessischer Unternehmen jedoch nur auf 1835. Dies waren 29 Insolvenzen oder 1,6 % weniger als im Jahr 1999. Nach 1998 (– 1,7 %) und 1999 (– 5 %) gab es damit in Hessen im dritten

1) Die Gesamtzahl der genehmigten Wohnungen beinhaltet auch 530 Wohnungen, die durch Baumaßnahmen an Gebäuden entstehen sollen. Nicht enthalten sind 284 Wohnungen in Nichtwohngebäuden.

Jahr in Folge einen Rückgang der Unternehmensinsolvenzen.

Über die Wirtschaftsbereiche stellte sich der Rückgang der Unternehmensinsolvenzen im Jahr 2000 differenziert dar. So kam es in den Bereichen „Grundstücks- und Wohnungswesen, Dienstleistungen für Unternehmen“, mit einer Erhöhung um 83 auf 424 Verfahren (+ 24 %), und im Gastgewerbe, bei einer Steigerung um 39 auf 139 Insolvenzen (+ 39 %), zu kräftigeren Zunahmen. Zum Rückgang der Jahreszahl der Unternehmensinsolvenzen haben unter den Wirtschaftszweigen der Handel (Groß- und Einzelhandel einschl. Instandsetzung und Reparatur von Kfz, Tankstellen), mit einer Abnahme um 69 auf 374 Insolvenzen (- 16 %), und das Baugewerbe, mit einem Rückgang um 55 auf 416 Insolvenzen (- 12 %), stärker beigetragen.

Von den 1835 Anträgen auf Einleitung eines Insolvenzverfahrens gegen hessische Unternehmen waren 728 oder 40 % erfolgreich und führten damit auch zu einer Verfahrenseröffnung. Im Vorjahr konnten die Insolvenzrichter nur bei 611 der 1864 Insolvenzbearbeitungen gegen Unternehmen, also bei knapp einem Drittel, auf Grund zur Deckung der Verfahrenskosten ausreichender Insolvenzmassen auf Verfahrenseröffnung entscheiden. Damit ist es nach In-Kraft-Treten der neuen Insolvenzordnung zum 1.1.1999 zu einer weiteren, deutlichen Steigerung der Eröffnungsquote gekommen. Im langjährigen Durchschnitt der Jahre vor 1999 hatte die Eröffnungsquote nur bei 25 % gelegen. Bei der Entwicklung der insolvenzstatistischen Daten der Jahre 1998 bis 2000 ist zu beachten, dass sich die neue Insolvenzordnung in der Statistik des Jahres 1999 noch nicht voll auswirken konnte, da von den im Jahr 1999 statistisch erfassten Insolvenzverfahren viele auf Konkursbeantragungen vor dem 1.1.1999 zurückgingen, die nach der alten Konkurs- und Vergleichsordnung abzuwickeln waren. Auch ist unklar, wie sich die Aussicht auf die Ablösung des Konkurs- und Vergleichsrechts auf die Insolvenzantragstellung in den Jahren 1998 und 1999 ausgewirkt hat.

In den im Jahr 2000 (1999) bei den Gerichten *gestellten* Insolvenzanträgen gegen Unternehmen standen Forderungen in Höhe von rund 2,1 Mrd. DM (2 Mrd. DM) zur Auseinandersetzung an. Das waren gut 110 Mill. DM (- 746 Mill. DM) oder 5,5 % mehr (- 28 % weniger) als im Vorjahr. In den *eröffneten* Unternehmensinsolvenzverfahren kamen Forderungen in Höhe von rund 1,4 Mrd. DM zur Auseinandersetzung. Das waren gut 85 Mill. DM oder rund 6 % mehr als im

Vorjahr. Die Forderungsverluste aus den nicht eröffneten Konkursverfahren addierten sich im Jahr 2000 (1999) auf 653 Mill. DM (630 Mill. DM) und lagen damit nur um 4 % höher als im Jahr 1999.

Heizöl und Kraftstoffe beschleunigen Auftrieb der Verbraucherpreise im Jahresvergleich

Die Heizöl- und Kraftstoffpreise haben auch im letzten Quartal 2000 die Jahreststeuerung der Verbraucherpreise nach oben getrieben. Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Hessen war im vierten Quartal 2000 — wie bereits im dritten Quartal — im Durchschnitt um 2,0 % höher als vor Jahresfrist. Ohne Berücksichtigung von Heizöl und Kraftstoffen wäre die Gesamtlebenshaltung nur um 1,1 % teurer als vor Jahresfrist gewesen. Heizöl hatte im letzten Vierteljahr um 49 % und Kraftstoffe hatten um gut 10 % höhere Preise als ein Jahr zuvor. Nahrungsmittel waren im vierten Quartal im Durchschnitt wieder um 0,5 % teurer als vor Jahresfrist, nachdem ihre Preise seit dem zweiten Quartal 1999 jeweils niedriger als in der gleichen Zeit des Vorjahres gelegen hatten.

Innerhalb des Berichtszeitraumes ließ die im Jahresvergleich gemessene Teuerungsrate für den Gesamtindex leicht nach. Nachdem die Verbraucherpreise sowohl im Oktober als auch November um 2,1 % höher als ein Jahr zuvor gelegen hatten, waren es im Dezember nur noch 1,8 %.

Im kurzfristigen Vergleich kam es zu Preisrückgängen. Im Oktober waren die Verbraucherpreise um 0,3 % niedriger als im Vormonat. Bis November stiegen sie zwar wieder um 0,2 %, gingen dann aber bis Dezember nochmals um 0,1 % zurück. Auch hierbei haben die Heizöl- und Kraftstoffpreise eine besondere Rolle gespielt. Heizöl war im Oktober um 8,8 %, im November um 1,9 % und im Dezember nochmals um 9,4 % billiger als im jeweiligen Vormonat. Die Kraftstoffpreise sanken von September auf Oktober zunächst um 3,2 %, stiegen von Oktober auf November dann um 0,6 % und gingen von November auf Dezember wieder um 5,4 % zurück.

Zu Beginn des neuen Jahres zog die kurzfristige Teuerung an. Im Januar 2001 war der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Hessen um 0,5 % höher als im Vormonat und um 1,9 % höher als ein Jahr zuvor. □

● Der kräftige Konjunkturaufschwung im Jahr 2000 hat Hessen ein **Wirtschaftswachstum** von 3,3 % beschert. Das ist die mit Abstand stärkste Wachstumsrate der letzten neun Jahre. Die entscheidenden Wachstumsimpulse für Hessens Wirtschaft gingen vom Dienstleistungssektor aus. Hier waren es vor allem das Kreditgewerbe, unternehmensnahe Dienstleistungen, Datenverarbeitung inklusive Datenbanken und die Nachrichtenübermittlung, die mit teilweise zweistelligen Wachstumsraten rund zwei Drittel des realen Wertschöpfungszuwachses von 12,2 Mrd. DM erwirtschafteten. Auch das Verarbeitende Gewerbe, dessen Wertschöpfung 1999 noch um 3 % geschrumpft war, fasste im Berichtsjahr wieder Tritt. Mit einer Wachstumsrate von 2,5 % — das entspricht einem Zuwachs von 1,4 Mrd. DM — blieb dieser Wirtschaftsbereich allerdings erneut weit hinter der Entwicklung im Dienstleistungsbereich zurück, da die durch die Euro-Abwertung stimulierte Auslandsnachfrage sehr selektiv nur bestimmten Branchen bzw. Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe zugute kam. Die vom Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder soeben erstellten, noch vorläufigen Ergebnisse weisen lediglich für Bayern und Baden-Württemberg eine günstigere Wirtschaftsentwicklung als für Hessen aus, insbesondere bedingt durch ein stärkeres Wachstum im dortigen Verarbeitenden Gewerbe, das im Vergleich zu Hessen strukturell ein stärkeres Gewicht besitzt.

● Die Bürgerinnen und Bürger in 27 hessischen Gemeinden sind anlässlich der **Kommunalwahl** am 18. März 2001 aufgefordert, außer ihrem Kommunalparlament auch ihr Gemeindeoberhaupt durch Direktwahl neu zu bestimmen. 16 kleinere Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern, zehn Städte mit 10 000 bis 50 000 Einwohnern und die Mainmetropole Frankfurt rufen zur Direktwahl des obersten Repräsentanten ihrer Kommune auf. Da im Landkreis Limburg-Weilburg auch der Landrat neu gewählt wird, können insgesamt 18 % der 4,6 Mill. Wahlberechtigten ihre Stimme zur Kommunalwahl und zur Direktwahl abgeben. In der kreisfreien Stadt Frankfurt am Main werden — außer den Ortsbeiräten — gleichzeitig die Stadtverordneten und der (die) Oberbürgermeister(in) neu gewählt. In kreisangehörigen Gemeinden finden bei zusammengelegter Kommunal- und Direktwahl drei Wahlen statt: Die Wahl des Gemeinde- und des Kreisparlaments sowie des Bürgermeisters, in den Städten und Gemeinden des Landkreises Limburg-Weilburg die des Landrats. Zu vier Wahlen sind am 18. März die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Runkel im Landkreis Limburg-Weilburg aufgefordert: Sie können am Wahlsonntag über Stadtverordnetenversammlung und Kreisparlament, Bürgermeister und Landrat votieren.

● In den 860 **ambulanten Pflegeeinrichtungen** waren im Dezember 1999 in Hessen 12 800 Personen beschäftigt, und zwar überwiegend Frauen (82 %). Knapp zwei Drittel der Beschäftigten arbeiteten in der Grundpflege. Weitere 20 % waren in der hauswirtschaftlichen Versorgung tätig. 12 % des Personals konnten der Leitung/Geschäftsführung oder Verwaltung der ambulanten Pflegeeinrichtungen zugeordnet werden, die restlichen 4 % waren in sonstigen Tätigkeitsbereichen eingesetzt. Fast drei Fünftel des gesamten Personals hatten eine abgeschlossene Ausbildung im Bereich der nichtärztlichen Heilberufe. Die weitaus größte Gruppe bildeten hier die Krankenschwestern und -pfleger (4300), gefolgt von den Altenpfleger/innen (2000). Weitere 7 % der Beschäftigten hatten einen Abschluss in einem sozialpädagogischen, sozialtherapeutischen oder pflegerischen Beruf. 3 % konnten einen Berufsabschluss in einem hauswirtschaftlichen Bereich nachweisen. 17 % des Personals in Pflegediensten hatten einen sonstigen Berufsabschluss, und 14 % verfügten über keinen Berufsabschluss oder waren noch in Ausbildung.

● In Hessen wurden 1998 rund 26,7 Mill. m³ **Wasser zu Bewässerungszwecken** in der Landwirtschaft eingesetzt, welches zu über 80 % aus Grund- und Quellwasser gewonnen wurde. Das ergab eine Befragung von knapp 400 landwirtschaftlichen Betrieben und von Verbänden, die Wasser für Bewässerungszwecke gewinnen. Insgesamt wurden auf rund 27 000 ha landwirtschaftliche Flächen durchschnittlich 850 m³ Wasser pro Hektar eingebracht. Knapp zwei Drittel des gesamten Bewässerungswassers gelangten auf Anbauflächen im Ackerbau; ein weiteres Drittel diente der Bewässerung von gärtnerischen Kulturen und ein geringer Teil der von Dauerkulturen. Der Anteil der bewässerten Flächen an den gesamten Anbauflächen im Acker-, Garten- und Dauerkulturbau von 500 000 ha lag bei etwas mehr als 5 %. Das Bewässerungswasser kam fast ausschließlich im südhessischen Regierungsbezirk Darmstadt zum Einsatz, während im nord- und mittelhessischen Raum die Wassergewinnung zur Bewässerung landwirtschaftlicher Kulturen nur eine untergeordnete Rolle spielte.

● Im vergangenen Jahr meldete die hessische Polizei 540 bei **Straßenverkehrsunfällen** Getötete. Die Zahl der Getöteten hat sich damit um 4 % oder 23 Personen verringert. Der September war mit 61 getöteten Personen der unfallträchtigste Monat des Jahres 2000. Im Jahr 2000 wurden bei 27 000 Unfällen im Straßenverkehr Menschen verletzt, darunter 6800 so schwer, dass sie unverzüglich ins Krankenhaus eingeliefert werden mussten. 29 600 Menschen erlitten leichte Verletzungen. Gegenüber dem Vorjahr verringerte sich die Zahl der Schwerverletzten um knapp 4 %, die der Leichtverletzten um gut 2 %.

Hessische Kreiszahlen

*Ausgewählte
neue Daten für Landkreise
und kreisfreie Städte*

Ausgabe II 2000 · 45. Jahrgang



Printversion:

Umfang: 89 Seiten
Format: DIN A 4
Einband: kartoniert
Preis: 12,00 DM
(zuzügl. Versandkosten)

Diskettenversion:

Excel 97-Format
Preis: 12,00 DM
(zuzügl. Versandkosten)

Jahresabonnementspreise:

Jeweils abzüglich 15 % Rabatt,
zuzügl. Versandkosten



Mit dieser zweimal jährlich herausgegebenen Veröffentlichung ist reichhaltiges Material über jeden Landkreis und seine Struktur, für Kreisvergleiche nach verschiedenen Gesichtspunkten sowie für Untersuchungen über die innere Landesstruktur verfügbar.

Die „Hessischen Kreiszahlen“ bringen den Beziehern eine erhebliche Arbeits-, Zeit- und Kostenersparnis, weil sie regelmäßig neue Kreisdaten bieten, die sonst aus vielen fachstatistischen Veröffentlichungen zusammengestellt werden müssten. Einiges Kreismaterial wird speziell für die Veröffentlichungen aufbereitet. Jedes Heft enthält zusätzlich Daten für die kreisangehörigen Gemeinden mit 50 000 oder mehr Einwohnern und für den Umlandverband Frankfurt. Ein Anhang enthält ausgewählte Daten im Zeitvergleich.

In der Ausgabe II/00 sind wieder aktuelle Daten für rund 750 Merkmale zusammengestellt, u. a. zu den Bereichen:

- Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung,
- Bildungswesen,
- Landwirtschaft,
- Verarbeitendes Gewerbe,
- Baugewerbe,
- Verkehr,
- Fremdenverkehr,
- öffentliche Sozialleistungen,
- öffentliche Finanzen
- Umwelt.

Der Anhang enthält ausgewählte Daten im Zeitvergleich zum Bereich Bildung und Kultur.

W-93

Zu beziehen über den Buchhandel oder direkt vom

Hessischen Statistischen Landesamt, 65175 Wiesbaden

Telefon: 0611/3802-951 · Fax: 0611/3802-992

E-Mail: vertrieb@hsl.de · Internet: www.hsl.de

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	1998	1999	1999			2000			
		Durchschnitt		April	Mai	Juli	April	Mai	Juni	Juli
BEVÖLKERUNG										
* Bevölkerung am Monatsende ¹⁾	1000	6 032,5	6 042,8	6 040,5	6 042,9	6 043,6	6 052,4
Natürliche Bevölkerungsbewegung:										
* Eheschließungen ²⁾	Anzahl	2 666	2 718	3 489	3 518	3 643	1 932
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	5,3	5,4	6,8	7,1	7,1	3,9
* Lebendgeborene ³⁾	"	5 047	4 916	5 129	4 950	5 236	4 156
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	10,0	9,8	10,0	10,0	10,2	8,4
* Gestorbene ⁴⁾ (ohne Totgeborene)	"	5 082	5 088	4 723	4 797	4 608	4 552
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	10,1	10,1	9,2	9,7	9,0	9,2
* darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene	"	24	22	24	25	21	20
auf 1000 Lebendgeborene	"	4,8	4,5	4,7	5,1	4,0	4,8
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	"	- 34	- 172	406	153	628	- 396
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	- 0,1	- 0,4	0,8	0,3	1,2	- 0,8
Wanderungen:										
* Zuzüge über die Landesgrenzen	Anzahl	13 316	14 164	12 316	14 128	15 364	11 678	13 649
* darunter aus dem Ausland	"	5 443	6 186	6 059	6 810	6 693	5 148	6 570
* Fortzüge über die Landesgrenzen	"	12 995	12 591	10 246	11 867	15 265	10 710	11 414
* darunter in das Ausland	"	6 000	9 114	4 445	5 264	7 235	4 437	5 092
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	"	320	1 574	2 070	2 261	99	968	2 435
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁵⁾	"	18 531	19 091	16 847	18 506	20 325	15 529	18 504
		1999	2000	1999		2000				2001
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
ARBEITSMARKT										
* Arbeitslose am Monatsende ⁶⁾	Anzahl	239 257	214 875	225 151	229 534	238 900	196 354	195 173	200 261	211 728
* darunter Frauen	"	105 186	96 519	101 528	101 742	104 070	90 499	89 318	89 588	92 608
Männer	"	134 071	118 356	123 623	127 792	134 830	105 855	105 855	110 673	119 120
Ausländer	"	51 080	45 177	47 914	48 612	49 959	41 830	41 875	42 699	44 307
Jugendliche unter 20 Jahren	"	5 747	5 442	5 262	5 384	5 661	4 903	4 852	4 893	5 034
* Arbeitslosenquote ⁷⁾ insgesamt	%	9,4	8,1	8,8	9,0	9,3	7,3	7,3	7,5	7,9
* darunter der Frauen	"	9,1	8,0	8,7	8,8	9,0	7,3	7,2	7,3	7,5
Männer	"	9,6	8,3	8,8	9,1	9,6	7,3	7,3	7,7	8,2
Ausländer	"	17,2	14,8	16,2	16,4	16,9	13,6	13,6	13,9	14,4
Jugendlichen unter 20 Jahren	"	8,0	5,8	7,3	7,4	7,8	4,7	4,7	4,7	4,9
* Offene Stellen am Monatsende ⁸⁾	Anzahl	30 650	37 527	28 924	30 376	32 285	35 763	34 950	35 012	37 651
* Kurzarbeiter (Monatsmitte) ⁹⁾	"	6 396	5 156	6 113	4 355	5 711	4 783	4 518	4 523	6 118
		1998	1999	1998			1999			
		Durchschnitt ¹⁰⁾		Juni	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.
* Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer am Arbeitsort insgesamt ¹¹⁾	1000	2 105,3	2 130,8	2 093,0	2 128,8	2 110,9	2 102,7	2 116,0	2 153,0	2 151,5
* darunter Frauen	"	903,7	916,6	896,9	911,4	906,7	906,1	908,0	924,0	928,3
Ausländer	"	226,6	227,8	225,8	229,6	226,0	225,0	227,0	231,1	227,9
* Teilzeitbeschäftigte	"	310,0	.	307,7	310,9	315,1	316,2	.	.	.
darunter Frauen	"	272,5	.	271,1	273,4	275,0	274,7	.	.	.
darunter ausgew. Wirtschaftsabschnitte ⁶⁾ :										
* Bergbau	"	.	.	.	9,2	8,8	8,6	.	.	.
* darunter Frauen	"	.	.	.	0,9	0,9	0,9	.	.	.
* Verarbeitendes Gewerbe	"	.	.	.	543,0	535,8	530,2	.	.	.
* darunter Frauen	"	.	.	.	142,6	139,9	138,2	.	.	.
* Energie- und Wasserversorgung	"	.	.	.	17,0	17,0	17,6	.	.	.
* darunter Frauen	"	.	.	.	3,0	2,9	3,2	.	.	.
* Baugewerbe	"	.	.	.	136,0	129,7	125,7	.	.	.
* darunter Frauen	"	.	.	.	16,0	15,8	15,4	.	.	.
* Handel- und Gastgewerbe	"	.	.	.	388,6	384,4	382,7	.	.	.
* darunter Frauen	"	.	.	.	188,0	186,1	185,4	.	.	.
* Verkehr- und Nachrichtenübermittlung	"	.	.	.	144,2	144,1	144,5	.	.	.
* darunter Frauen	"	.	.	.	47,8	47,8	48,2	.	.	.
* Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	"	.	.	.	139,3	138,9	139,1	.	.	.
* darunter Frauen	"	.	.	.	68,7	68,4	68,4	.	.	.
* Grundstückswesen, Vermietung, Dienstleistungen für Unternehmen	"	.	.	.	249,2	250,9	253,6	.	.	.
* darunter Frauen	"	.	.	.	111,1	111,5	113,2	.	.	.
* Öffentliche Verwaltung u. ä.	"	.	.	.	130,7	130,3	129,1	.	.	.
* darunter Frauen	"	.	.	.	74,9	74,9	74,6	.	.	.
* Öffentliche und private Dienstleistungen (ohne öffentl. Verwaltung)	"	.	.	.	356,6	358,0	357,9	.	.	.
* darunter Frauen	"	.	.	.	254,2	254,8	254,7	.	.	.

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Fortschreibungsergebnisse auf der Basis der Bevölkerungsfeststellung vom 25. Mai 1987 (Volkszählung). - 2) Nach dem Ereignisort. - 3) Nach der alleinigen oder der Hauptwohnung der Mutter. - 4) Nach der alleinigen oder Hauptwohnung des Verstorbenen. - 5) Ohne Innerhalb der Gemeinden Umgezogene. - 6) Quelle: Landesarbeitsamt Hessen. - 7) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. - 8) Einschl. Land- und Forstwirtschaft, Fischerei. Quelle: Bundesanstalt für Arbeit. - 9) Auf Grund der Einführung der neuen Wirtschaftszweigsystematik (WZ 93) ist die Vergleichbarkeit mit früheren Erhebungen nicht gewährleistet. - 10) Durchschnitt für die Monate März, Juni, September und Dezember. - 11) Ein Nachweis in wirtschaftsfachlicher Gliederung ist auf Grund von Strukturverschiebungen zur Zeit nicht möglich.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1999	2000	1999			2000			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
LANDWIRTSCHAFT										
Schlachtungen ¹⁾ :										
Rinder	Anzahl	8 088	7 302	8 911	11 899	9 189	6 816	8 555	10 265	4 742
Kälber	"	341	350	437	434	756	312	417	446	394
Schweine	"	108 303	102 959	107 776	128 846	114 129	98 319	110 686	112 175	95 912
darunter hausgeschlachtet	"	9 044	7 765	9 053	16 419	12 995	4 083	7 757	14 379	10 694
Schlachtmengen ²⁾ :										
* Gesamtschlachtgewicht	Tonnen	11 653	11 148	11 766	13 571	12 331	11 126	11 476	12 017	9 487
darunter von										
* Rindern	"	2 207	2 032	2 390	2 806	2 483	2 078	2 392	2 541	1 171
* Kälbern	"	30	33	43	26	83	40	46	47	46
* Schweinen	"	9 099	8 686	9 057	10 368	9 330	8 593	8 684	9 039	7 855
Geflügel:										
* Erzeugte Konsumer ³⁾	1000 St.	30 668	31 856	28 945	28 186	29 147	31 784	33 607	32 911	33 737
Milcherzeugung:										
Kuhmilcherzeugung	Tonnen	87 211	84 688	83 719	80 315	84 985	79 276	80 420	77 177	82 484
* darunter an Molkereien u. Händler geliefert	"	82 275	80 642	78 869	75 621	80 149	75 821	76 850	73 721	78 721
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	16,4	15,8	15,5	15,3	15,7	15,0	14,8	14,6	15,1
VERARBEITENDES GEWERBE ⁴⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	464,4	459,7	462,7	462,2	459,7	462,5	461,2	461,1	459,1
darunter Arbeiter (einschl. gewerbl. Azubi.)	"	275,0	271,0	273,5	273,0	270,8	272,9	272,4	272,3	270,5
* Geleistete Arbeitsstunden	"	35 589	35 005	36 107	37 807	32 811	35 560	35 670	37 620	30 543
* Brutto Lohnsumme	Mill. DM	1 285,7	1 292,8	1 259,0	1 618,5	1 283,4	1 240,0	1 288,1	1 634,2	1 283,4
* Bruttogehaltssumme	"	1 424,5	1 450,1	1 330,3	1 842,5	1 457,7	1 371,9	1 357,7	1 856,8	1 474,3
* Gesamtumsatz (ohne MwSt.)	"	12 763,0	13 401,7	13 486,4	14 084,4	13 429,3	14 529,6	14 030,8	14 644,7	13 840,8
* darunter Auslandsumsatz	"	4 278,5	4 957,7	4 463,9	4 696,1	4 335,5	5 381,7	5 260,5	5 559,1	5 085,9
Exportquote ⁵⁾	%	33,5	37,0	33,1	33,3	32,3	37,0	37,5	38,0	36,7
Index der Nettoproduktion insgesamt ⁶⁾										
Insgesamt	1991 = 100
darunter										
Vorleistungsgüterproduzenten	"
Investitionsgüterproduzenten	"
Gebrauchsgüterproduzenten	"
Verbrauchsgüterproduzenten	"
Index der Nettoproduktion im Verarbeitenden Gewerbe ⁷⁾										
Insgesamt	1991 = 100
darunter										
Chemische Industrie	"
Maschinenbau	"
Fahrzeugbau	"
Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik usw.	"
Volumenindex des Auftragsleistungsindex ⁷⁾										
Insgesamt	1995 = 100 % ⁸⁾	- 6,8	7,0	- 1,1	7,3	1,9	6,5	6,9	1,9	5,8
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	"	- 1,9	6,2	1,4	12,0	2,1	1,0	5,1	- 0,9	1,9
Investitionsgüterproduzenten	"	- 14,3	8,7	- 3,0	- 0,7	3,2	10,0	8,5	8,0	10,0
Gebrauchsgüterproduzenten	"	- 8,8	11,3	- 3,2	9,5	- 10,7	12,7	13,8	- 2,1	- 6,1
Verbrauchsgüterproduzenten	"	- 1,2	4,6	- 5,0	13,7	4,6	25,7	10,4	0,6	18,9
Volumenindex des Auftragsleistungsindex nach ausgewählten Branchen:										
Chemische Industrie	% ⁸⁾	- 2,3	7,9	2,2	11,6	2,6	21,0	7,8	- 0,5	8,1
Maschinenbau	"	- 5,9	15,7	- 5,6	- 5,2	- 12,9	17,8	19,4	14,6	4,4
Kraftwagen und -teile	"	- 20,0	- 8,9	- 10,4	- 2,3	- 8,9	- 3,0	- 2,2	- 7,2	- 8,8
Herstellung von Metallserzeugnissen	"	- 1,4	5,4	- 1,8	5,7	9,4	1,8	4,2	6,6	- 5,7
ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	2 278,0	...	2 913,6	3 013,9	2 949,5	1 771,0	1 817,0	1 781,4	...
* Stromverbrauch ⁹⁾	"	2 714,2	...	2 761,7	2 996,8	3 012,8	2 957,5	2 813,7	3 038,2	...

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Gewerbliche und Hauschlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft. - 2) Gewerbliche Schlachtungen (ohne Geflügel); einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. - 3) in Betrieben ab 3000 Hennenhaltungsplätzen. - 4) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. - 5) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. - 6) Kalendermonatlich. - 7) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. - 8) Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Vorjahresmonat. - 9) Ohne Pumpstromverbrauch und ohne Übertragungsverluste; ohne Eigenverbrauch der Kraftwerke.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1999	2000	1999			2000			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
BAUGEWERBE										
Bauhauptgewerbe ¹⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) darunter	1000	62,1	60,7	65,4	64,7	63,6	60,4	62,4	61,8	60,5
Facharbeiter ²⁾	*	32,6	32,0	33,8	33,5	33,6	31,9	33,1	32,5	31,8
Fachwerker und Werker	*	9,8	9,5	11,1	11,0	10,0	9,7	9,5	9,5	9,2
gewerblich Auszubildende	*	3,1	2,9	3,3	3,2	3,1	2,9	3,0	3,0	2,9
* Geleistete Arbeitsstunden darunter für den	*	5 923	5 756	6 888	6 575	5 059	6 212	6 405	6 503	4 627
Wohnungsbau	*	2 262	2 214	2 595	2 547	2 008	2 286	2 503	2 541	1 787
gewerblichen und Industriellen Bau	*	1 812	1 716	2 015	1 967	1 552	1 825	1 857	1 935	1 430
öffentlichen und Verkehrsbau	*	1 817	1 798	2 217	1 996	1 475	2 058	2 008	1 988	1 392
Bruttohohnsumme ³⁾	Mill. DM	190,4	188,1	202,1	236,1	199,0	188,0	198,7	233,1	179,1
Bruttogehaltsumme	*	80,9	78,2	78,8	98,3	80,2	73,7	75,8	96,8	77,1
Baugewerblicher Umsatz (ohne MwSt.)	*	1 039,2	1 001,1	1 156,9	1 228,7	1 320,3	1 077,7	1 112,7	1 242,3	1 338,7
Index des Auftragselngangs ⁴⁾										
darunter	1995 = 100	86,6	85,1	98,9	59,5	90,5	110,6	85,5	76,0	76,3
Wohnungsbau	*	66,5	53,2	55,7	58,5	66,2	58,8	44,7	34,1	49,6
gewerblicher und Industrieller Bau	*	90,9	99,6	123,3	57,8	84,6	137,0	97,1	100,5	96,8
öffentlicher und Verkehrsbau	*	92,4	84,9	95,3	62,1	111,1	106,4	93,6	68,7	65,5
Ausbaugewerbe ⁵⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	25,2	24,6	.	.	24,9	24,8	.	.	24,5
Geleistete Arbeitsstunden	*	7 316	7 148	.	.	7 516,0	7 309,0	.	.	7 198,0
Bruttohohn- und -gehaltsumme	Mill. DM	330,5	337,4	.	.	368,7	332,2	.	.	361,6
Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne MwSt.)	*	1 036,3	1 203,3	.	.	1 551,7	1 348,4	.	.	1 493,9
BAUGENEHMIGUNGEN										
* Wohngebäude (Neu- und Wiederaufbau) ⁶⁾	Anzahl	1 048	913	1 096	1 010	827	856	799	859	615
darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	*	932	818	982	908	716	748	715	774	554
Umbeauter Raum der Wohngebäude ⁶⁾	1000 m ³	1 151	1 021	1 252	988	934	962	1 008	951	697
Wohnfläche in Wohngebäuden ⁶⁾	1000 m ²	213	188	232	188	180	181	187	174	130
Veranschlagte reine Baukosten der Wohngebäude ⁷⁾	1000 DM	645 188	513 757	1 136 362	508 406	487 416	489 813	497 771	488 852	362 452
* Nichtwohngebäude (Neu- u. Wiederaufbau) ⁶⁾	Anzahl	271	245	297	280	266	220	278	280	180
Umbeauter Raum der Nichtwohngebäude ⁶⁾	1000 m ³	808	875	812	972	711	390	889	1 846	1 112
Nutzfläche in Nichtwohngebäuden ⁶⁾	1000 m ²	190	186	198	245	169	101	169	330	182
Veranschlagte reine Baukosten der Nichtwohngebäude ⁷⁾	1000 DM	348 572	415 718	364 565	403 453	298 938	235 234	309 718	789 168	499 153
* Wohnungen insgesamt ⁸⁾	Anzahl	2 278	1 988	2 396	2 035	2 046	1 955	2 003	1 694	1 443
Wohnräume insgesamt ⁸⁾	*	11 744	10 306	12 507	10 624	10 142	10 043	10 125	9 514	6 959
EINZELHANDEL UND GASTGEWERBE										
Einzelhandel										
* Index der Umsätze ⁹⁾ - real	1995 = 100	100,8	100,7	103,1	108,7	121,3	97,1	99,6	106,8	113,7
* Index der Umsätze ⁹⁾ - nominal	*	102,8	103,8	105,3	111,0	124,0	101,3	103,4	110,7	117,7
darunter (Einzelhandel mit)										
Waren verschiedener Art ¹⁰⁾	*	115,7	111,1	112,3	117,1	108,9	105,2	105,6	111,8	98,0
Kraftfahrzeugen ¹¹⁾ ; Tankstellen	*	101,7	101,5	100,6	110,1	132,3	94,5	97,3	108,0	128,3
Apotheken ¹²⁾	*	118,4	125,6	117,4	122,4	143,5	124,0	129,1	133,4	144,7
Bekleidung	*	86,4	86,7	102,3	98,1	115,9	89,5	94,5	96,9	117,4
Möbeln, Einrichtungsgegenständen ¹³⁾	*	95,6	96,9	105,8	108,6	119,3	95,3	104,2	111,3	113,9
Metallwaren und Anstrichmitteln ¹⁴⁾	*	97,7	111,2	105,1	101,4	96,7	111,5	112,1	110,4	107,5
* Beschäftigte im Einzelhandel (Index)	*	90,7	87,7	90,0	90,3	90,1	87,3	87,5	87,5	89,4
Gastgewerbe										
* Index der Umsätze ⁹⁾ - real	1995 = 100	90,8	91,9	98,2	86,9	92,6	104,2	99,5	91,5	92,8
* Index der Umsätze ⁹⁾ - nominal	*	95,2	97,4	103,1	91,3	96,9	110,7	105,7	96,2	98,2
darunter										
Hotels, Gasthöfe, Pensionen, Hotels garnis	*	101,8	107,0	121,1	99,7	97,8	137,2	124,5	105,6	97,6
Restaurants, Cafés, Eisdielen, Imbissstellen	*	90,4	90,0	92,1	85,9	99,0	92,2	92,4	85,6	98,0
Kantinen und Caterer	*	105,6	109,6	110,5	101,6	99,7	123,1	116,6	118,7	109,3
* Beschäftigte im Gastgewerbe (Index)	*	88,2	85,3	85,8	83,4	84,2	89,2	88,3	86,5	88,5

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau. Nach der Totalerhebung hochgerechnete Ergebnisse. - 2) Einschl. Polieren und Meistern. - 3) Einschl. Entgelten für Poliere und Meister. - 4) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. - 5) Bauintallation und sonstiges Baugewerbe. Ab 1997 Vierteljahresergebnisse (März - 1. Vj., Juni - 2. Vj., usw.). Ergebnisse nach der neuen EU-Klassifikation liegen erst ab Januar 1996 vor. Vorjahresvergleiche sind nicht möglich. - 6) Ohne Gebäudeteile. - 7) Einschl. Gebäudeteile. - 8) In Wohn- und Nichtwohngebäuden; alle Baumaßnahmen. - 9) Ohne Umsatzsteuer; teilweise berichtigte Ergebnisse. - 10) Vor allem Warenhäuser, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte und Supermärkte. - 11) Sowie mit Kraftfahrzeugteilen und -zubehör. - 12) Sowie Drogerien und Einzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln. - 13) Sowie Hausrat. - 14) Sowie Bau- und Heimwerkerbedarf.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	1999	2000	1999			2000			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
AUSSENHANDEL										
* Ausfuhr (Spezialhandel) insgesamt ¹⁾	Mill. DM	4 212,1	...	4 602,4	4 509,7	4 768,8	4 739,2	5 482,4	5 621,5	...
davon										
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	104,7	...	123,4	128,8	110,5	107,4	121,2	125,5	...
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	4 107,4	...	4 479,0	4 380,8	4 658,3	4 631,8	5 361,3	5 496,0	...
davon										
* Rohstoffe	"	36,6	...	37,4	35,8	42,7	36,9	41,5	46,3	...
* Halbwaren	"	322,2	...	430,0	256,3	337,3	417,6	469,9	429,0	...
* Fertigwaren	"	3 748,5	...	4 011,6	4 088,7	4 278,3	4 177,3	4 849,8	5 020,7	...
davon										
* Vorerzeugnisse	"	745,9	...	758,3	841,9	845,6	882,2	983,8	933,8	...
* Enderzeugnisse	"	3 002,7	...	3 253,2	3 246,8	3 432,7	3 295,1	3 866,0	4 086,9	...
Unter den Fertigwaren waren										
chemische Erzeugnisse	"	1 047,3	...	1 033,0	1 152,2	1 134,9	1 273,1	1 386,0	1 444,7	...
Maschinen	"	666,2	...	690,3	632,8	809,0	661,1	805,0	857,3	...
Fahrzeuge	"	587,4	...	632,4	705,3	615,1	578,6	584,8	688,3	...
elektrotechnische Erzeugnisse	"	472,3	...	562,5	525,2	578,0	558,1	693,5	660,1	...
Eisen- und Metallwaren	"	302,8	...	378,5	319,8	365,7	381,2	489,6	406,4	...
Ausfuhr nach ausgew. Verbrauchsländern:										
* EU-Länder ²⁾	"	2 300,1	...	2 426,0	2 558,4	2 467,8	2 480,1	2 831,3	2 853,2	...
darunter										
Vereinigtes Königreich	"	364,3	...	392,7	401,1	361,5	342,4	359,5	363,0	...
Frankreich	"	417,0	...	408,3	421,1	433,8	478,1	597,5	559,5	...
Italien	"	298,8	...	342,8	318,1	349,7	377,9	420,9	407,2	...
Niederlande	"	266,7	...	281,2	333,1	289,1	257,6	302,8	319,5	...
Belgien-Luxemburg	"	221,4	...	256,7	258,7	255,3	225,7	259,6	256,7	...
Österreich	"	236,4	...	235,7	238,4	229,4	227,1	283,2	261,9	...
EFTA-Länder ³⁾	"	234,9	...	269,7	229,3	258,6	278,0	361,3	328,7	...
darunter										
Schweiz	"	199,1	...	229,5	196,0	215,0	244,6	321,7	288,2	...
Norwegen	"	32,5	...	37,1	29,3	38,0	27,8	36,1	34,3	...
USA	"	429,1	...	533,2	449,4	527,1	506,3	523,6	612,0	...
* Einfuhr (Generalhandel) insgesamt ¹⁾	"	7 173,5	...	7 188,3	7 225,9	7 690,2	8 528,1	9 094,3	10 170,7	...
davon										
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	322,2	...	345,7	330,5	407,9	321,8	384,6	326,0	...
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	6 851,3	...	6 842,6	6 895,4	7 282,3	8 206,3	8 709,7	9 844,7	...
davon										
* Rohstoffe	"	77,0	...	65,0	81,6	84,7	118,6	105,6	138,2	...
* Halbwaren	"	699,3	...	577,6	543,1	525,1	1 049,7	965,1	1 062,3	...
* Fertigwaren	"	6 074,9	...	6 199,9	6 270,7	6 672,5	7 038,0	7 638,9	8 644,2	...
davon										
* Vorerzeugnisse	"	669,5	...	669,1	807,7	623,6	870,4	1 052,5	920,7	...
* Enderzeugnisse	"	5 405,5	...	5 530,9	5 463,0	6 048,8	6 167,5	6 586,4	7 723,6	...
* Einfuhr aus EU-Ländern ²⁾	"	3 372,3	...	3 521,2	3 575,2	3 369,4	3 747,0	3 880,5	5 005,3	...
FREMDENVERKEHR ⁴⁾										
* Gästeankünfte	1000	763	816	915	769	578	1 047	919	803	596
* darunter von Auslands Gästen	"	191	211	219	161	121	280	231	169	138
* Gästeübernachtungen	"	2 000	2 138	2 346	1 835	1 495	2 662	2 381	1 953	1 581
darunter von Auslands Gästen	"	370	409	425	301	235	527	457	322	266
Gästeübernachtungen nach Berichts- gemeindegruppen:										
Heilbäder	"	600	644	688	553	467	771	702	586	504
Luftkurorte	"	133	131	145	93	92	170	142	97	96
Erholungsorte	"	94	98	120	49	60	125	108	52	69
Sonstige Gemeinden	"	1 173	1 265	1 393	1 139	875	1 597	1 430	1 218	912
darunter Großstädte	"	526	575	617	560	425	690	642	594	436
VERKEHR										
Binnenschifffahrt										
Güterumschlag insgesamt	1000 t	1 301	...	1 445	1 448	1 331	1 408	1 501	1 383	...
davon										
* Güterversand	"	205	...	234	260	215	232	264	254	...
* Gütererpfang	"	1 096	...	1 211	1 189	1 116	1 176	1 237	1 130	...

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Ab Januar 1999 vorläufige Zahlen. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung von Einfuhr- und Ausfuhrergebnissen nicht vertretbar. - 2) Mitgliedsländer nach dem Stand von Januar 1995 (Frankreich, Belgien-Luxemburg, Niederlande, Italien, Vereinigtes Königreich, Rep. Irland, Dänemark, Griechenland, Spanien, Portugal, Schweden, Finnland, Österreich). - 3) Mitgliedsländer nach dem Stand vom Januar 1997 (Island, Norwegen, Liechtenstein, Schweiz). -

4) Alle Beherbergungstätigkeiten mit mindestens 9 Betten, einschl. Jugendherbergen und Kinderheimen. Besteht eine Gemeinde aus mehreren Ortsteilen, so werden die Ortsteile mit Fremdenverkehr jeweils der in Frage kommenden Gemeindegruppe zugeordnet. Die Gemeindegruppe „Erholungsorte“ enthält nur noch die staatlich anerkannten Erholungsorte; die bisherigen „Erholungsorte ohne Prädikat“ werden der Gruppe „Sonstige Gemeinden“ zugeordnet.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1999	2000	1999			2000			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Noch: VERKEHR										
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge ¹⁾ darunter	Anzahl	34 124	...	29 212	29 357	28 822	28 645	27 029	27 212	...
Personenkraftwagen (einschl. Kombi)	*	29 759	...	26 140	25 583	25 262	25 206	23 703	24 225	...
* Lkw (auch mit Spezialaufbau)	*	1 877	...	1 923	2 330	1 866	2 083	1 852	2 000	...
Kraftträder (einschl. Kraftroller)	*	2 073	...	707	951	1 132	933	976	571	...
Zugmaschinen (zulassungspflichtige)	*	297	...	273	329	404	261	303	252	...
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personenschaden	*	2 310	2 252	2 373	2 223	2 182	2 416	2 353	2 349	2 186
* Getötete Personen ²⁾	*	47	45	47	40	52	61	51	45	60
* Verletzte Personen	*	3 111	3 031	3 227	2 993	2 961	3 209	3 186	3 192	2 941
Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen ³⁾										
Beförderte Personen	1000	37 353	119 614	109 439
davon im Linienverkehr ⁴⁾	*	36 883	118 230	107 559
Gelegenheitsverkehr	*	469	1 384	1 880
Gefahrene Wagenkilometer	1000 km	23 547	69 638	82 705
davon im Linienverkehr ⁴⁾	*	18 640	56 452	62 206
Gelegenheitsverkehr	*	4 908	13 186	20 499
Einnahmen	1000 DM	75 526	235 020	255 953
davon aus Linienverkehr ⁴⁾	*	61 015	197 593	189 758
Gelegenheitsverkehr	*	14 511	37 427	66 195
GELD UND KREDIT										
Banken ⁵⁾										
Kredite an Nichtbanken insgesamt ⁶⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Milli. DM	920 746	319 593	.	.	920 746	966 446	.	.	981 465
darunter Kredite an inländische Nichtbanken ⁶⁾ davon	*	764 951	260 199	.	.	764 951	783 457	.	.	784 749
kurzfristige Kredite	*	120 360	43 466	.	.	120 360	130 526	.	.	126 208
Kredite über 1 Jahr ⁷⁾	*	644 591	216 713	.	.	644 591	652 930	.	.	658 542
Einzinsen und aufgenommene Gelder ⁸⁾ von Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Milli. DM	685 448	246 770	.	.	685 448	745 680	.	.	758 796
Zahlungsschwierigkeiten										
* Insolvenzen insgesamt	Anzahl	201	235	170	227	239	281	275	226	224
davon von Unternehmen, einschl. Kleingewerbe ⁹⁾	*	155	153	134	161	176	173	144	127	140
* von privaten Personen und Nachlässen ⁹⁾	*	45	82	36	66	63	108	131	99	84
* Beantragte Insolvenzen ¹⁰⁾	*	201	235	170	227	239	281	275	226	224
* darunter mangels Masse abgelehnt	*	133	123	104	110	136	148	139	97	113
PREISE										
* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte insgesamt	1995 = 100	105,0	107,0	105,3	105,5	105,7	107,8	107,5	107,7	107,6
darunter Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	*	102,1	101,4	100,5	100,5	100,7	100,5	100,5	101,0	101,4
Bekleidung, Schuhe	*	103,4	104,0	103,7	103,8	103,9	103,8	103,9	103,9	104,2
Wohnung, Wasser, Strom, Gas ¹¹⁾	*	107,4	110,7	108,2	108,5	108,0	112,5	112,5	112,7	112,5
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt ¹²⁾	*	102,2	102,1	102,2	102,2	102,1	102,0	102,2	102,1	102,1
Verkehr (einschl. Kraftstoffe)	*	107,9	113,9	110,2	110,1	111,2	116,2	115,1	115,2	113,6
Nachrichtenübermittlung	*	88,0	84,3	87,2	87,2	87,2	83,7	83,7	83,7	83,6
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	*	103,4	104,9	102,4	103,7	104,2	105,1	103,6	104,7	105,4
Beherbergungs- und Gaststättenleistungen	*	103,0	103,7	103,2	103,3	102,7	103,7	103,8	102,6	103,1
* Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Haushalten von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen	1995 = 100	104,9	106,6	105,3	105,3	105,4	107,1	107,0	107,1	107,0
* Preisindex für Wohngebäude (Neubau) ¹³⁾	1995 = 100	100,2 ¹⁴⁾	100,2 ¹⁴⁾	.	100,3	.	.	.	101,7	.

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. - 2) Einschl. der innerhalb 30 Tagen an den Unfallfolgen Gestorbenen. - 3) Vierteljahresergebnisse (März – 1. Vj., Juni – 2. Vj. usw.); Jahresdurchschnitt – Monatsdurchschnitt; nur Unternehmen mit 6 oder mehr Bussen. - 4) Allgemeiner Linienverkehr, Sonderformen des Linienverkehrs (Berufverkehr, Schüler-, Markt- und Theaterfahrten), freigestellter Schülerverkehr. - 5) Die Angaben umfassen die in Hessen gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne Kreditinstitute mit überregionalen Sonderaufgaben (ohne Filialnetz) sowie ohne Post giro- und Postsparkassennäher. - 6) Einschl. durchlaufender Kredite. - 7) Ohne durchlaufende Kredite. - 8) Biseinschl. 1998 ohne Kleingewerbe. - 9) Bis einschl. 1998 „von übrigen Ge meinschaften“. - 10) Bis einschl. 1998 „Beauftragte Konkurse“. - 11) Und andere Brennstoffe. - 12) Sowie deren Instandhaltung. - 13) Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk. - 14) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Februar, Mai, August und November.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1999	2000	1999			2000				
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
STEUERN											
Steueraufkommen insgesamt ¹⁾	Mill. DM	6 486,1	6 949,5	4 660,1	4 964,7	10 401,3	7 753,5	5 499,6	5 202,4	11 276,8	
davon											
Gemeinschaftsteuern	*	5 707,7	6 120,7	3 973,6	4 404,6	9 233,2	7 047,0	4 723,9	4 560,1	10 018,5	
davon											
Lohnsteuer ²⁾	*	2 710,1	2 908,6	2 376,8	2 379,4	4 825,9	2 647,9	2 554,0	2 560,4	4 734,0	
veranlagte Einkommensteuer	*	116,0	149,7	- 196,3	- 171,0	934,0	838,2	- 139,7	- 213,2	1 015,9	
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	*	344,9	445,6	129,1	72,9	182,9	166,3	113,1	86,6	161,8	
Zinsabschlag ²⁾	*	360,5	439,9	249,1	313,9	464,6	313,6	382,9	454,6	529,5	
Körperschaftsteuer ²⁾	*	425,9	461,0	- 92,1	- 119,0	860,6	1 634,5	23,6	- 167,0	1 803,9	
Umsatzsteuer	*	1 496,9	1 402,0	1 236,7	1 652,0	1 675,7	1 139,9	1 445,9	1 447,2	1 372,9	
Einfuhrumsatzsteuer	*	253,5	314,1	270,4	276,4	289,5	306,5	344,2	391,4	400,5	
Bundessteuern	*	458,0	488,0	269,8	308,3	722,1	459,9	344,6	366,3	826,5	
darunter											
Mineralölsteuer	*	91,0	61,7	64,5	68,2	149,9	62,5	72,0	61,9	129,1	
Versicherungsteuer	*	112,0	112,2	51,2	84,5	50,7	74,9	54,4	74,7	42,0	
Zölle ³⁾	*	28,3	25,8	30,8	29,0	30,5	24,5	26,5	28,1	29,5	
Landesteuern	*	242,3	255,3	214,6	221,0	244,7	222,2	230,6	234,0	220,7	
darunter											
Vermögenssteuer	*	11,1	11,1	18,0	6,7	10,3	5,1	8,0	7,2	9,9	
Erbschaftsteuer	*	36,3	42,5	31,0	42,1	41,5	30,8	36,6	28,0	42,6	
Grunderwerbsteuer	*	77,3	84,4	61,5	75,5	90,6	81,1	80,2	88,2	77,1	
Kraftfahrzeugsteuer	*	86,5	86,7	75,6	71,8	72,2	77,1	77,6	77,5	70,2	
Gewerbsteuerumlage	*	49,8	59,7	171,3	1,7	170,8	0,0	174,1	13,9	181,6	
		1998	1999	1999				2000			
		Durchschnitt ⁴⁾		März	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	
Kassenmäßiges Steueraufkommen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. DM	2 801,9	3 039,8	1 776,3	2 727,5	3 158,1	4 497,1	2 059,0	3 148,3	3 371,6	
davon											
Grundsteuer A	*	8,5	8,4	8,2	8,4	10,1	6,9	8,4	8,6	10,0	
Grundsteuer B	*	288,3	293,7	261,0	336,8	334,3	242,7	280,0	335,7	321,9	
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	*	1 366,2	1 497,0	1 205,7	1 208,6	1 642,3	1 931,4	1 315,7	1 494,8	1 734,3	
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	*	1 011,5	1 064,7	259,6	1 037,5	1 039,1	1 922,6	385,6	1 132,3	1 135,4	
andere Steuern ⁵⁾	*	35,2	36,8	37,3	40,5	37,4	32,1	36,4	37,9	33,8	
		1999	2000	1999				2000			
		Durchschnitt ⁶⁾		April	Juli	Okt.	Januar	April	Juli	Okt.	
Arbeiterverdienste											
Im Produzierenden Gewerbe ⁷⁾											
* Bruttomonatsverdienst insgesamt	DM	4 617	4 730	4 579	4 637	4 681	4 603	4 710	4 781	4 755	
* Männliche Arbeiter	*	4 781	4 892	4 741	4 800	4 846	4 754	4 870	4 946	4 920	
darunter Facharbeiter	*	5 085	5 195	5 058	5 105	5 145	5 046	5 165	5 261	5 225	
* Weibliche Arbeiter	*	3 516	3 632	3 485	3 525	3 559	3 573	3 606	3 663	3 648	
darunter HilfsarbeiterInnen	*	3 229	3 392	3 194	3 238	3 271	3 341	3 370	3 429	3 397	
* Bruttostundenverdienst insgesamt	*	28,20	28,83	28,05	28,25	28,39	28,63	28,74	28,96	28,88	
* Männliche Arbeiter	*	29,10	29,75	28,96	29,14	29,27	29,56	29,65	29,88	29,80	
darunter Facharbeiter	*	31,27	31,99	31,13	31,27	31,47	31,81	31,87	32,18	31,98	
* Weibliche Arbeiter	*	21,99	22,48	21,82	22,04	22,21	22,28	22,36	22,60	22,53	
darunter HilfsarbeiterInnen	*	19,98	20,77	19,80	20,02	20,17	20,62	20,69	20,91	20,77	
Angestelltenverdienste											
(Bruttomonatsverdienste)											
* Im Produzierenden Gewerbe	*	6 715	6 845	6 705	6 738	6 763	6 755	6 800	6 859	6 900	
* kaufmännische Angestellte	*	6 329	6 504	6 312	6 343	6 383	6 407	6 472	6 512	6 560	
* männliche Angestellte	*	7 222	7 428	7 217	7 227	7 281	7 336	7 392	7 434	7 486	
* weibliche Angestellte	*	5 252	5 355	5 228	5 280	5 291	5 262	5 318	5 370	5 404	
* technische Angestellte	*	7 052	7 151	7 047	7 086	7 095	7 064	7 094	7 173	7 205	
* männliche Angestellte	*	7 204	7 304	7 202	7 240	7 242	7 206	7 242	7 331	7 364	
* weibliche Angestellte	*	5 590	5 753	5 560	5 606	5 655	5 729	5 706	5 751	5 795	
* In Handel, Kredit- u. Versicherungsgewerbe ⁸⁾	*	5 588	5 742	5 606	5 601	5 616	5 628	5 731	5 732	5 805	
insgesamt	*	5 613	5 770	5 634	5 627	5 634	5 657	5 766	5 760	5 829	
* kaufmännische Angestellte	*	6 254	6 422	6 293	6 262	6 280	6 332	6 424	6 393	6 482	
* männliche Angestellte	*	4 808	4 931	4 817	4 825	4 820	4 811	4 919	4 937	4 985	
* weibliche Angestellte	*										

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Einschl. Gewerbesteuerumlage. - 2) Vor Zerlegung. - 3) Einschl. Zoll-Euro. - 4) Vierteljahresdurchschnitte. - 5) Und steuerähnliche Einnahmen. - 6) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Januar, April, Juli und Oktober. - 7) Neuer Berichtskreis im Bereich des Produzierenden Gewerbes. - 8) Sowie bei Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern.



CD-ROM: Format: PDF, sowie
Tabellen zusätzlich
in Excel 97
Preis: 49,00 DM
(zuzügl. Versandkosten)

Hochschulstatistische Kennzahlen

Teil A: Monetäre Kennzahlen 1997/98

Diese von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder gemeinsam erstellte Publikation enthält erste Ergebnisse der Berechnung monetärer Kennzahlen. Die ermittelten Kennzahlen der Hochschulfinanzstatistik sind auf der Basis von Daten einzelner Hochschulen berechnet. Dabei wurde versucht, die Kompatibilität zwischen Hochschul- und Finanzstatistik herzustellen. Diese Publikation enthält Daten auf Länderebene und auf der Ebene der einzelnen Hochschulen.

Es sind folgende monetäre Kennzahlen enthalten:

◆ Kennzahlen auf der Basis der Haushaltsansatz- und Jahresrechnungsstatistik

Ausgaben (Grundmittel) für Lehre und Forschung an Hochschulen je Einwohner, je Studierenden, in Bezug zum Bruttoinlandsprodukt, in Bezug zum Gesamtetat.

Ausgaben (Grundmittel) für Forschung und Entwicklung an Hochschulen je Einwohner, in Bezug zum Bruttoinlandsprodukt, in Bezug zum Gesamtetat.

◆ Kennzahlen auf der Basis der Hochschulfinanzstatistik

Laufende Ausgaben (laufende Grundmittel) für Lehre und Forschung an Hochschulen je Studierenden, je Absolvent, je Professorenstelle. Drittmittel und Verwaltungseinnahmen je Professorenstelle.

Zusätzlich zu diesen Kennzahlen enthält die CD-ROM auch die Ergebnisse der Berechnungen zu den Ausgaben und dem Personal der Hochschulen für Forschung und Entwicklung.

Teil B: Nichtmonetäre Kennzahlen ist in Vorbereitung

w-7



Zu beziehen vom

Hessischen Statistischen Landesamt, 65175 Wiesbaden

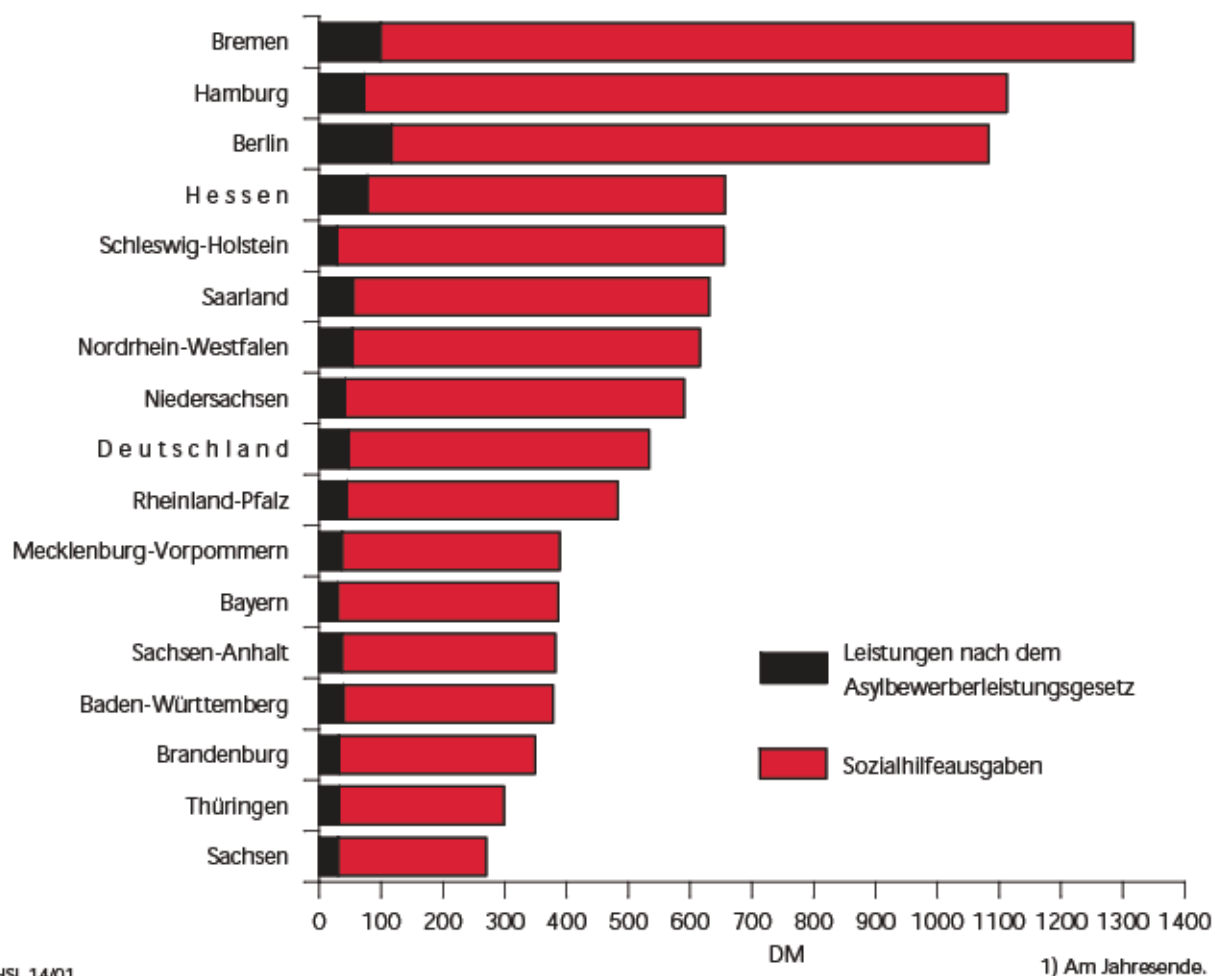
Telefon: 0611/3802-951

Fax: 0611/3802-992

E-Mail: vertrieb@hsl.de

Internet: www.hsl.de

Sozialhilfeausgaben und Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz
in den Bundesländern 1999 je Einwohner¹⁾



HSL 14/01

140 Jahre amtliche Statistik in Hessen

Mit Beginn des Jahres 2001 kann die amtliche Statistik in Hessen auf eine 140-jährige Geschichte zurückblicken. Im Januar 1861 nahm die „Großherzogliche Centralstelle für die Landes-Statistik“ im Großherzogtum Hessen-Darmstadt ihre Arbeit auf. Dies war das erste Statistische Amt auf hessischem Boden. Die anderen Gebiete, die nach dem zweiten Weltkrieg im neuen Land Hessen zusammengefasst wurden, waren Gebiete ohne ein landesstatistisches Amt. Die in Darmstadt angesiedelte Zentralstelle — im Jahr 1929 in „Hessisches Landesstatistisches Amt“ umbenannt — ging im Januar 1946 auf Grund einer Organisationsanweisung der amerikanischen Militärregierung im Hessischen Statistischen Landesamt mit Sitz in Wiesbaden auf.

Erste Ansätze der Statistik lassen sich in Hessen bis in das 16. Jahrhundert zurückverfolgen. So finden sich vereinzelte Notizen über Bevölkerungszahlen aus den Jahren 1570 bzw. 1578 und ab 1629 wurden wiederholt so genannte Landesvisitationen vorgenommen. Darin finden sich Notizen über Bevölkerungsverhältnisse, Zehnten und andere öffentliche Lasten, Maße und Gewichte, Gehälter der Beamten usw. Weitere „Bevölkerungsaufnahmen“ sind in den Jahren 1641, 1648, 1669, 1742 und 1770 sowie 1788 nachgewiesen¹⁾. Während die älteren Bevölkerungsaufnahmen vor dem Hintergrund militärischer bzw. fiskalischer Gesichtspunkte durchgeführt wurden, trat mit den durch den Dreißigjährigen Krieg einhergehenden Verwüstungen auch die Versorgung der noch verbliebenen Bevölkerung in den Mittelpunkt der Betrachtungen. Neben diesen in größeren Zeitabständen durchgeführten Bevölkerungsaufnahmen wurden in einigen Landesteilen seit 1722 zunächst jährliche, ab 1832 dann dreijährliche, Aufzeichnungen über die Bevölkerungsbewegung (Zu- und Fortzüge, Geburten und Sterbefälle, Heiraten) durchgeführt.

Darüber hinaus hatten ab 1832 die Großherzoglich Hessischen Kreisräte jährlich Verwaltungsberichte an die Ministerien des Innern, der Justiz und der Finanzen abzugeben²⁾. Hierzu gehörten neben den Daten zur Bevölkerungsbewegung insbesondere Angaben zur landwirtschaftlichen Produktion (Viehbestände, Ernten) sowie aus dem Bereich der öffentlichen Sicherheit (Kriminalität, Strafvollzug, Strafrechtsstatistik), dem Gesundheitswesen und auch bald schon Statistiken zum sich rasch ent-

wickelnden Eisenbahnverkehr³⁾. Darüber hinaus gab es verschiedentlich statistische Erhebungen, die von Gewerbevereinen oder landwirtschaftlichen Vereinen durchgeführt wurden. Letztgenannte hatten beispielsweise bis zum Jahr 1857 für 53 Gemarkungen des Großherzogtums Übersichten über den Zustand der Landwirtschaft veröffentlicht. Wie die Beispiele zeigen, hatte sich schon früh bei den verschiedensten Stellen eine Fülle von Material und Daten angesammelt. Allerdings war die Sammlung und Aufbereitung und Veröffentlichung dieser Daten ohne einheitliche Methodik oder Anleitung vollzogen worden und vielfach lagen die Daten unveröffentlicht in den Akten vergraben.

Im ausgehenden 18. Jahrhundert hatte sich die Statistik als eigenständige Wissenschaft etabliert und erste Statistische Ämter wurden in den deutschen Staaten gegründet, so 1805 in Preußen, 1808 in Bayern und 1820 in Württemberg. Bereits im Jahr 1847 gab es einen ersten Antrag in der damaligen Ständekammer des Großherzogtums Hessen-Darmstadt mit dem Ziel der Errichtung eines Statistischen Büros. Hintergrund war die damals in Hessen und Deutschland herrschende Notsituation mit stark steigenden Lebensmittelpreisen und Versorgungsengpässen die, so führte man an, durch eine aussagekräftige Statistik hätten vermieden werden können. Allerdings dauerte es noch über ein Jahrzehnt, bis die Errichtung einer Statistischen Zentralstelle beschlossen war.

Zur Zeit der Gründung der Statistischen Zentralstelle hatte im Wesentlichen noch die vom Wiener Kongress bestimmte Landkarte Gültigkeit. Im heutigen hessischen Staatsgebiet waren neben der Freien Stadt Frankfurt sieben weitere deutsche Staaten bzw. Teile davon vertreten: das Kurfürstentum Hessen, das Großherzogtum Hessen, das Herzogtum Nassau, das Fürstentum Waldeck-Pyrmont, die Landgrafschaft Hessen-Homburg sowie die Königreiche Preußen und Bayern. Allerdings entfielen fast neun Zehntel des heutigen Staatsgebietes und der Bevölkerung auf die kurhessischen, hessen-darmstädtischen und nassauischen Gebietsteile. Innerhalb des Gebietes gab es rund 1100 Kilometer Landesgrenzen. Da alle Staaten dem deutschen Zollverein⁴⁾ angehörten, handelte es sich zwar nicht um Zollgrenzen, doch bildeten die Grenzen auf Grund des sehr unterschiedlichen Staats- und Verwaltungsaufbaus der Staaten eine stärkere Trennlinie als die heutigen Grenzen zwischen den Bundesländern.

Hauptaufgabe des durch Erlass vom 8. Januar 1861 neu geschaffenen Büros war, neben der Durchführung der auf Vereinbarungen der Zollvereinsstaaten beruhenden statistischen Erhebungen, insbesondere der Volkszählungen, im Großherzogtum Hessen die, wie es in der Bekanntmachung vom 22. Januar 1861 hieß, „Beförderung der Landeskunde durch Sammlung, Bearbeitung und geeignete Veröffentlichung der für die Staatsverwaltung und die Wissenschaft dienlichen statistischen Nachrichten“.

*) Tel.: 0611/3802-807 · E-Mail: cbeck@hsl.de

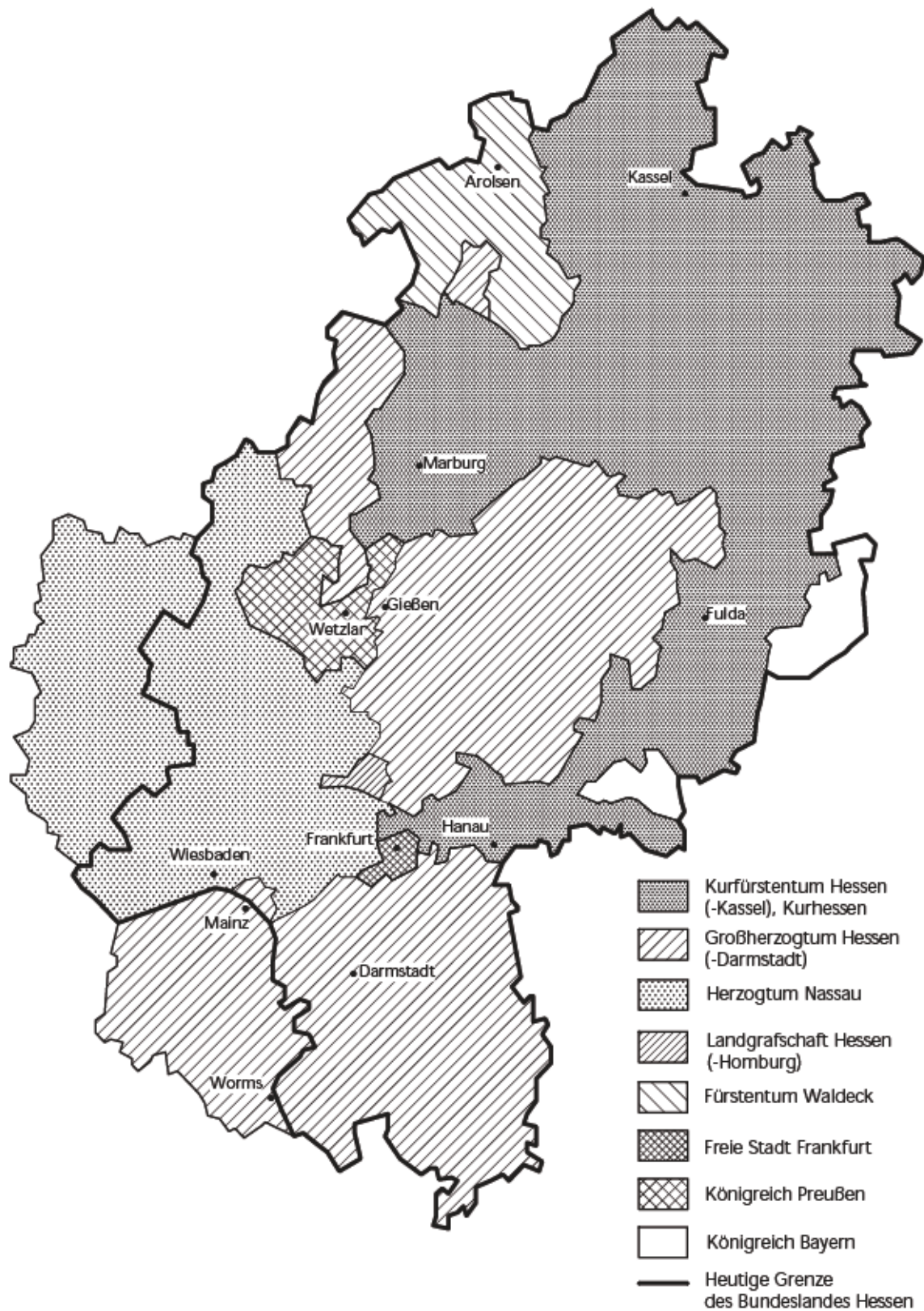
1) Vgl. „Zur Geschichte der Hessischen Statistik und ihrer amtlichen Organisation“, Großherzoglicher Staatsverlag, Darmstadt 1911, S. 7 ff

2) Regierungsblatt Nr. 81, Darmstadt, 5. Oktober 1832.

3) Nachdem 1839 zwischen Frankfurt am Main und Höchst die erste Bahnstrecke auf hessischem Gebiet eröffnet wurde, waren 1860 in Hessen schon annähernd 600 km Eisenbahnstrecken in Betrieb.

4) Mit dem preußischen Handels- und Zollgesetz von 1818 wurden mit Wirkung vom 1. Januar 1819 nahezu alle inländischen Zollschranken Preußens aufgehoben. Gleichzeitig erklärte sich Preußen bereit, mit anderen deutschen Staaten einen Zollverband zu bilden. Zwischen 1819 und 1834 schlossen sich mit Ausnahme Österreichs fast alle Staaten des Deutschen Bundes dieser von Preußen ausgehenden Zollvereinigung an.

Hessen um 1860



Großherzoglich Hessisches Regierungsblatt.

N. 3.

Darmstadt am 22. Januar 1861.

Inhalt: A) Bekanntmachung, die Errichtung einer Centralstelle für die Landes-Statistik betr.; —

Bekanntmachung,

die Errichtung einer Centralstelle für die Landes-Statistik betreffend.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Allergnädigst zu befehlen geruht, daß zur Beförderung der Landeskunde durch Sammlung, Bearbeitung und geeignete Veröffentlichung der für die Staatsverwaltung und die Wissenschaft dienlichen statistischen Nachrichten eine dem Ministerium des Innern untergeordnete

Centralstelle für die Landes-Statistik

errichtet werde. Zugleich haben Seine Königliche Hoheit der Großherzog zum Vorsitzenden dieser collegialisch gebildeten Stelle den Director des Administratio.-Justiz.-Hofes Geheimrath Maurer, und zu weiteren Mitgliedern derselben den Oberrechnungs-Director Bernher, den Geheimen Obersteuerrath Dr. Hügel, den Regierungsrath Dr. Zeller, den Professor Dr. Stahl und den Ministerialsecretär erster Klasse Fabricius zu ernennen geruht.

Es wird dies hierdurch mit dem Anfügen zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß den Behörden bezüglich einer mitwirkenden Thätigkeit für statistische Erhebungen demüthigt besondere Instructionen zugehen werden.

Darmstadt, den 8. Januar 1861.

Großherzogliches Ministerium des Innern.

v. Dalwigk.

Zimmermann.

Zu den ersten Arbeiten des Statistischen Büros zählte der *Plan für die Aufstellung der Landesstatistik*⁵⁾. Danach wurden, teilweise unter Rückgriff auf die Erfahrungen in anderen deutschen und europäischen Ländern, die von der Statistik zu bearbeitenden Gebiete in vier Abschnitte eingeteilt: 1. Das Land, 2. Die Bewohner, 3. Die Kultur und 4. Die Verwaltung. Der dritte Abschnitt wurde weiter untergliedert in die „Materielle Kultur“ (Besitzverhältnisse und Erwerbsverhältnisse sowie Konsumtionsverhältnisse), die „sittliche Kultur“ sowie die „Geistige Kultur“ (Bildung). Weitere Arbeiten aus der ersten Zeit sind eine Übersicht über die Gebietsveränderungen der Landgrafschaft Hessen-Darmstadt und des Großherzogtums Hessen sowie bevölkerungstatistische Arbeiten, insbesondere die Aufarbeitung der bis 1858 durchgeführten Bevölkerungsaufnahmen sowie die Arbeiten zur Volkszählung 1861.

Durch die weitere Entwicklung auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet stiegen die Anforderungen an die Zentralstelle

stetig an. Nach Gründung des Kaiserlichen Statistischen Amtes in Berlin ging die arbeitsmäßige Führung von der Landeszentrale auf die Reichszentrale über. Im Jahr 1929 wurde die Zentralstelle in „Hessisches Landesstatistisches Amt“ umbenannt. In dieser Form arbeitete das Amt bis zum Ende des zweiten Weltkriegs.

Im Dezember 1945 wurde das Hessische Statistische Landesamt (HSL) in Wiesbaden für „Groß-Hessen“ geschaffen, in dem das frühere Landesstatistische Amt aufging. Das HSL ist als obere Landesbehörde direkt dem Ministerpräsidenten unterstellt. Heutige Hauptaufgabe ist die Erhebung, Aufbereitung und Auswertung von Bundesstatistiken im Rahmen des föderalistischen Staats- und Verwaltungsaufbaus der Bundesrepublik und in zunehmendem Maße auch die Umsetzung der Verordnungen des Rates zur Durchführung der Statistiken in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Doch gehört nach wie vor die Landeskunde durch Bereitstellung von Ergebnissen dieser Statistiken für Zwecke der Landes- und Kommunalverwaltung zu seinen wesentlichen Aufgaben.

5) Vgl. Anhang zu Staat und Wirtschaft in Hessen, 41. Jahrg., Heft 1, Januar 1986.

Wirtschaftssystematische Zuordnungen im Unternehmensregister

Zusammenfassung

Zukünftig soll das Register im Rahmen gesetzlich angeordneter Statistiken die Basis für die Abgrenzung der Berichtskreise bilden. Zur Erfüllung dieser Aufgabe ist die Qualität der wirtschaftssystematischen Zuordnung der Registereinheiten¹⁾, d. h. die Aktualität und die Genauigkeit, von wesentlicher Bedeutung. Auf Grund fehlender Primärerhebungen im Bereich der Dienstleistungen gelangen durch Neuaufnahmen aus den Dateien der Finanzbehörden (FB) und der Bundesanstalt für Arbeit (BA) Einheiten in das Register, deren wirtschaftssystematische Zuordnung nicht von den Statistikern, sondern von den Verwaltungen vorgenommen worden sind. Ausgehend von Ergebnissen für die Wirtschaftsbereiche, in denen es seit Jahren statistische Primärerhebungen gibt, wird die Frage nach Art und Umfang der Unterschiede der administrativen, d. h. durch die FB oder BA vorgenommenen Zuordnungen im Vergleich zu den Zuordnungen der Statistiker und deren möglichen Ursachen untersucht. Die Ergebnisse liefern zunächst einmal keinen Beleg für die Behauptung, dass die wirtschaftssystematische Zuordnung der beiden Verwaltungen grundsätzlich von der Eingruppierung der Statistiker abweicht. Nach dem jetzigen Stand der Analyse ist sie zumindest auf der Ebene der Abschnitte der WZ 93 als gleichwertig anzusehen.

1) Registereinheiten sind die im Unternehmensregister enthaltenen statistischen Einheiten, die sich auf Unternehmen und ihre örtlichen Einheiten, die Betriebe, beziehen. Als Unternehmen in der statistischen Abgrenzung gilt die kleinste rechtlich selbstständige Einheit, die aus handels- und/oder steuerrechtlichen Gründen Bücher führt und den Ertrag ermittelt. Ein Unternehmen übt eine oder mehrere Tätigkeiten an einem oder an mehreren Standorten aus. Die örtliche Einheit ist ein an einem Ort gelegenes Unternehmen oder Teil eines Unternehmens. An diesem Ort oder von diesem Ort aus werden Wirtschaftstätigkeiten ausgeübt, für die — mit Ausnahmen — eine oder mehrere Personen (unter Umständen auch zeitweise) im Auftrag ein und desselben Unternehmens arbeiten.

Siehe hierzu auch Hagenkort, S.: „Nutzung von Verwaltungsdateien zum Aufbau des Unternehmensregisters“ in *Wirtschaft und Statistik*, Heft 12, Dezember 1999, S. 942 ff. sowie „Empfehlungshandbuch zum Unternehmensregister“ Doc.Eurostat/D3/REP/2rev8, Heft 7 und 8.

2) Verordnung (EWG) Nr. 2186/93 vom 22. Juli 1993 über die innergemeinschaftliche Koordinierung des Aufbaus von Unternehmensregistern für statistische Zwecke (Amtsbl. der EG Nr. L 198, S. 1).

3) Registereinheiten, die nach der Definition unter Fußnote 1) im statistischen Sinn eigenständige Unternehmen darstellen, werden umsatzsteuerrechtlich nicht als eigenständiges Unternehmen betrachtet, wenn sie als Organgesellschaft einer so genannten Organschaft zugeordnet werden. Eine solche Zuordnung erfolgt, wenn juristische Personen nach dem Gesamtbild der tatsächlichen Verhältnisse finanziell, wirtschaftlich und organisatorisch in das Unternehmen des so genannten Organträgers eingegliedert sind. Siehe auch § 2 Abs. 2 Nr. 2 UStG in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. April 1993 (BGBl. I S. 565, 1160), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes zur Änderung des Umsatzsteuergesetzes vom 12. Dezember 1996, BGBl. I S. 1851.

Ausgangslage

Mit der EG-Registerverordnung²⁾ hat der Rat der Europäischen Union die Mitgliedstaaten im Jahr 1993 verpflichtet, ein umfassendes statistisches Unternehmensregister (URS) aufzubauen. Wegen der besonderen Verhältnisse ist Deutschland vom Ausschuss für das Statistische Programm der EU eine Übergangsfrist bis zum Jahr 2000 eingeräumt worden, die im Wesentlichen ausreichend ist, um das URS aufzubauen. In der europäischen Rechtsgrundlage wird eine jährliche Aktualisierung des URS vorgeschrieben und empfohlen, neben einer Aktualisierung aus laufenden Erhebungen administrative Dateien zu nutzen. Mit diesen Dateien werden auch Einheiten in das Register aufgenommen, die bisher in Deutschland noch nicht von der amtlichen Statistik erfasst worden sind. Den unmittelbaren Zugang zu den administrativen Dateien erlaubt das Gesetz über den Aufbau und die Führung eines Statistikregisters (StatRegG), das am 24. Juni 1998 in Kraft getreten ist. Das Unternehmensregister in Hessen wird damit nach Abschluss der Aufbauphase Angaben über alle Unternehmen und Zweigniederlassungen enthalten, die hier ansässig sind. Verfügbar sein werden Informationen u. a. über den Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit, die Umsätze aus der Umsatzsteuerstatistik und die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sowie Angaben über die Zusammenhänge zwischen den Unternehmen im Rahmen von Organschaften³⁾ und zwischen Unternehmen und ihren Zweigniederlassungen.

Stand der Arbeiten

Basis des URS sind die Einheiten aus der Kartei im Produzierenden Gewerbe und dem Bereichsregister Handel und Gastgewerbe, die im Jahr 1996 verschmolzen wurden. Im Rahmen von Einzeluntersuchungen war damals klar geworden, dass auf Grund des Fehlens eines eindeutigen Unternehmenskennzeichens zur Identifikation eine Vielzahl von Einheiten wegen unterschiedlicher Schreibweisen der Adressen mehrfach gesperrt wurden. Daher ist zunächst der Altbestand des URS intern bereinigt worden. Nach Abschluss dieser Arbeiten im August 1999 wurden erstmals die Daten der Finanzbehörden eingepflegt. Es handelte sich dabei um steuerpflichtige Unternehmen, die im Jahr 1997 ihre Umsatzsteuer-Voranmeldung monatlich bzw. vierteljährlich abgegeben hatten. Dieser Arbeitsgang, der zukünftig in jedem Jahr durchgeführt wird, besteht aus zwei Schritten. Zunächst erfolgt ein maschinell unterstütz-

ter Abgleich der Einheiten über Name und Anschrift. Wie nicht anders zu erwarten, wurden nur für einen Teil des Registers paarige Einheiten in der FB-Datel gefunden. Für das Jahr 1997 waren dies 72 100 Unternehmen oder ca. ein Drittel der FB-Einheiten. Anschließend wurden die als unpaarig qualifizierten 135 000 FB-Einheiten neu aufgenommen.

In vergleichbarer Weise wurden die Daten der Bundesanstalt für Arbeit, beginnend mit dem Jahr 1998, verarbeitet. Für 77 640 oder ca. 55 % der Adressen gab es dort eine Übereinstimmung, rund 67 000 Einheiten wurden neu aufgenommen. Von den paarigen Einheiten stammten aber nur 52 531, gut zwei Drittel, aus dem URS-Altbestand, d. h. auch zu 25 000 Unternehmen aus den FB-Neuaufnahmen wurden paarige BA-Einheiten gefunden. Um das Register von „Kartelleichen“, d. h. wirtschaftlich nicht mehr aktiven Einheiten, zu befreien, waren nach Abschluss der Neuaufnahmen dann Einheiten aus der Handels- und Gaststättenzählung (HGZ) 1993 sowie der Handwerkszählung (HWZ) 1995 gelöscht worden, wenn seit ihrer Aufnahme die gespeicherten Angaben keine Veränderung erfahren und sie an keiner Erhebung teilgenommen hatten.

Selt Juni 2000 steht nun ein Register mit 293 000 Unternehmen zur Verfügung. Knapp 90 000 dieser Einheiten haben keine Umsatzsteuernummer. Sie sind auch nicht alle als wirtschaftlich tätig im engeren Sinn anzusehen, zahlen also keine Umsatzsteuer. Ein Teil dieser Einheiten stammt aus

dem Gesundheitswesen oder aus dem öffentlichen Bereich. Die als wirtschaftlich tätig einzustufenden Einheiten, ca. 70 000, sind im Juni 2000 in die so genannte Registerumfrage einbezogen worden. Dabei wurden nicht nur die fehlenden Umsatzsteuerangaben erfragt, sondern auch Ordnungsmerkmale der Handwerks- sowie Industrie- und Handelskammern, um den späteren Abgleich mit Einheiten aus diesen Bereichen zu vereinfachen. Weitere Informationen dienen dazu, Unternehmenszusammenhänge zu klären. Bei den befragten Einheiten, ca. 24 % des Gesamtbestands, kann es sich zunächst einmal um Neugründungen der Jahre nach 1997 handeln, für die im Material der FB 1997 noch keine Umsatzsteuerangaben vorlagen. Weiterhin können es wirtschaftlich nicht mehr aktive Einheiten sein, nicht erkannte Zweigniederlassungen von Unternehmen, Unternehmen von Organschaften oder bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht erkannte Dubletten. Die Bearbeitung der Registerumfrage wird im ersten Quartal 2001 abgeschlossen, wobei schon jetzt, nach Bearbeitung von 70 % der Eingänge, erkennbar ist, dass es sich bei 60 % der Einheiten um Neuaufnahmen der Jahre nach 1997 bzw. um Umsatzsteuerjahresmelder⁴⁾ handelt. Der Anteil der Dubletten liegt bei 11 %, wirtschaftlich nicht mehr aktive Einheiten erreichen 6 %.

Die zahlenmäßige Entwicklung der Unternehmen im URS stellt sich bislang wie folgt dar:

Im August 1999 bestand das Register nach der internen Bereinigung zu rund 94 % aus Einheiten, die zu den Wirtschaftsbereichen Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe sowie Handel und Gastgewerbe zählen. Einheiten aus diesen Bereichen, für die es seit langem ein hoch entwickel-

Entwicklung des Unternehmensbestandes im Register

Wirtschaftsabschnitt	Bezeichnung	Bestand am 27.8.1999 ¹⁾		FB-Ergänzung ²⁾	Bestand nach FB-Ergänzung ²⁾ am 7.2.00	BA-Ergänzung ³⁾	Bestand nach BA-Ergänzung ³⁾ am 9.6.00		Registerumfrage		
		Anzahl	%				Anzahl	%	Anzahl	%	Anteile Sp. 8 an Sp. 6 in %
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
C, D, E	Bergbau ⁴⁾ , Verarbeitendes Gewerbe, Energie- und Wasserversorgung (BVG)	19 180	10,5	6 859	25 997	3 364	28 553	9,8	8 161	11,6	28,6
F	Baugewerbe	23 754	13,0	3 143	26 717	1 805	28 194	9,6	8 273	11,7	29,3
G, H	Handel ⁵⁾ , Gastgewerbe (HG)	128 042	70,1	38 115	93 362	18 433	95 767	32,7	25 167	35,7	26,3
I, J	Verkehr und Nachrichtenübermittlung, Kredit- und Versicherungsgewerbe	674	0,4	9 049	9 734	6 742	16 475	5,6	7 110	10,1	43,2
K	Grundstücks- und Wohnungswesen ⁶⁾	1 833	1,0	52 767	54 645	11 588	66 255	22,6	12 117	17,2	18,3
O	Sonstige Dienstleistungen ⁷⁾	7 778	4,3	18 249	26 072	5 361	30 081	10,3	8 985	12,7	29,9
-	Zusammen	181 261	99,3	128 182	236 527	47 293	265 325	90,7	69 813	98,9	26,3
A, B, M, N	Sonstige	1 361	0,7	6 839	7 935	19 443	27 202	9,3	763	1,1	2,8
A-K, M-O	Insgesamt	182 622	100	135 021	244 462	66 736	292 527	100	70 576	100	24,1
	erloschen	15 329	-	35	19 778	24	20 625	-	13	-	-

1) Der Anfangsbestand setzt sich zusammen aus Einheiten der Kartei im Produzierenden Gewerbe und des Bereichsregisters Handel und Gastgewerbe, die im Jahr 1996 verschmolzen und im Jahr 1999 um Dubletten bereinigt wurden. - 2) FB steht für Finanzbehörden. - 3) BA steht für Bundesanstalt für Arbeit. - 4) Und Gewinnung von Steinen und Erden. - 5) Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern. - 6) Sowie Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen. - 7) Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen.

tes statistisches Beobachtungssystem gibt, bilden — wie oben schon erwähnt — die Basis des Registers. Nach der Ergänzung um die FB- und BA-Daten im Juni 2000 schrumpfte der Anteil dieser Bereiche auf etwas mehr als 50 %. Das sind nach den o. g. Löschungen und Neuaufnahmen immer noch fast 153 000 Einheiten, allerdings gut 18 000 weniger als im August 1999. Etwa zwei Drittel der 202 000 Neuzugänge der FB und der BA entfallen auf den Dienstleistungsbereich im weitesten Sinn.

Ursprung der wirtschaftssystematischen Zuordnung von Einheiten

Nach den Ergänzungen des URS um die *Neuaufnahmen* der FB und der BA enthielt das Register im Juni 2000 etwa 202 000 Einheiten, deren wirtschaftssystematische Zuordnung nicht von der Statistik, sondern durch die datenliefernden Behörden vorgenommen worden sind. Bei den Finanzbehörden geschieht dies anlässlich der ersten Bilanz. Überprüft wird diese Zuordnung später im Rahmen von Betriebsprüfungen, bei Sitzverlagerungen über die Grenzen eines Finanzamtsbezirks hinaus oder bei Änderungen der Steuersätze, die durch geänderte Tätigkeiten bzw. Produkte erforderlich werden. Bei der Bundesanstalt für Arbeit erfolgt die Zuordnung eines Betriebs im Zuge der ersten Meldung von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Basis ist in der Regel die Selbstauskunft des Betriebsgründers. Änderungen werden durch diesen oder einen Beauftragten — Steuerberater/Wirtschaftsprüfer — veranlasst. Außerdem haben die so genannten Betriebsnummernstellen der BA in den Arbeitsämtern die Aufgabe, im Rahmen ihrer Kontakte mit dem Betrieb die Angaben zu überprüfen.

Die wirtschaftssystematische Zuordnung der restlichen 90 000 Einheiten des Registers, die im Weiteren als „*Alteinheiten*“ bezeichnet werden, stammt entweder aus weiter zurückliegenden Strukturserhebungen wie der Handels- und Gaststättenzählung 1993 oder der Handwerkszählung 1995 bzw. aus laufenden Erhebungen, bei denen die Zuordnung anhand der erfragten Tätigkeiten oder Produkte vorgenommen wird. Bei den laufend zugehenden Neuaufnahmen des URS wird die wirtschaftssystematische Zuordnung aus der Gewerbeanmeldung oder aus den Meldungen der Handwerks- bzw. Industrie- und Handelskammern übernommen. Für einen Teil der Neuaufnahmen wird anschließend die wirtschaftssystematische Eingruppierung anhand der Ergebnisse der Umfrage zur statistischen Zuordnung überprüft und gegebenenfalls angepasst.

Gemessen an den zukünftigen Aufgaben des Registers ist die Qualität, d. h. die Aktualität und die Genauigkeit der wirtschaftssystematischen Zuordnung von wesentlicher Bedeutung, bildet sie doch im Rahmen gesetzlich angeordneter Statistiken die Basis für die Abgrenzung der Berichtskreise von Stichproben. Damit stellt sich die Frage nach Art und

Umfang der Unterschiede der administrativen, d. h. durch die FB oder BA vorgenommenen Zuordnungen im Vergleich zu den Zuordnungen der Statistiker und deren möglichen Ursachen.

Untersuchungsbereiche

Zur Beantwortung dieser Fragen wurden die paarigen Einheiten aus den beiden Abgleichen in ihrer Untergliederung nach den Abschnitten der Systematik der Wirtschaftszweige (WZ 93) betrachtet, und zwar auf diejenigen beschränkt, in denen die amtliche Statistik laufende Monats-, Quartals- oder Jahreserhebungen durchführt. Auf der Basis der WZ 93 sind dies die Abschnitte C (Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden), D (Verarbeitendes Gewerbe), E (Energie- und Wasserversorgung), F (Baugewerbe), G (Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern) sowie H (Gastgewerbe). Neben diesen Abschnitten wurden auch noch *zwei Zusammenfassungen* betrachtet: der Abschnitte C, D, E — im Weiteren als Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe (BVG) bezeichnet — sowie die Zusammenfassung der Abschnitte G und H — Handel und Gastgewerbe (HG). Ein besonderes Augenmerk wurde auf paarige Einheiten gelegt, die an laufenden Erhebungen teilnehmen. Sie werden als „aktive Einheiten“ bezeichnet. Derartige Teilmengen lassen sich nur im Abschnitt E (Energie- und Wasserversorgung) nicht identifizieren.

Eine weitergehende Aussage zur Qualität und deren Abstufung in Abhängigkeit von der Tiefe der wirtschaftssystematischen Gliederung wird möglich, wenn innerhalb der oben definierten Bereiche die unterschiedlichen Zuordnungen auf ausgewählten wirtschaftssystematischen Gliederungsebenen der WZ 93 betrachtet werden: den oben definierten Zusammenfassungen von Abschnitten, den Abschnitten selbst, den Abteilungen — „Zweisteller“ — und schließlich den Wirtschaftsunterklassen — „Fünfsteller“. Für die Einheiten, deren Zuordnungen auf der Ebene der Abschnitte übereinstimmen, wird schließlich noch der Zusammenhang zwischen dem Grad der Übereinstimmung und der Umsatzhöhe bzw. der Beschäftigtenzahl anhand einer Aufgliederung nach Größenklassen untersucht. Für die Einheiten mit unterschiedlichen wirtschaftssystematischen Zuordnungen wird ergänzend noch ein Blick auf die ursprüngliche Zuordnung geworfen.

Struktur der paarigen Einheiten

Ergebnisse aus dem FB-Abgleich

Von den 72 000 paarigen Einheiten aus dem Abgleich des URS mit den FB-Daten entfallen 93 % auf den Untersuchungsbereich (Abschnitte C — H), ein Fünftel auf das Verarbeitende Gewerbe (VG), ein Viertel auf das Baugewerbe, knapp zwei Fünftel auf den Handel und ein Zehntel auf das Gastgewerbe. Abweichend davon ist die Verteilung der Teil-

**Paarige Fälle von Alteinheiten des URS¹⁾
mit FB-Einheiten²⁾**

Wirtschaftliche Gliederung	Einheiten		
	Anzahl	%	Anteil der Aktiven in %
Insgesamt	72 051	100	-
darunter			
Bergbau ³⁾ , Verarbeitendes Gewerbe, Energie- und Wasserversorgung	14 804	20,5	-
davon Abschnitte			
C (Bergbau ³⁾)	87	0,1	-
D (Verarbeitendes Gewerbe)	14 648	20,3	-
E (Energie- und Wasserversorgung)	69	0,1	-
Baugewerbe	18 300	25,4	-
Handel, Gastgewerbe	34 053	47,3	-
davon Abschnitte			
G (Handel ⁴⁾)	27 136	37,7	-
H (Gastgewerbe)	6 917	9,6	-
darunter aktive Einheiten			
insgesamt	17 247	100	23,9
darunter			
Bergbau ³⁾ , Verarbeitendes Gewerbe, Energie- und Wasserversorgung	5 842	33,9	39,5
davon Abschnitte			
C (Bergbau ³⁾)	78	0,5	.
D (Verarbeitendes Gewerbe)	5 764	33,4	39,4
Baugewerbe	6 056	35,1	33,1
Handel, Gastgewerbe	4 946	28,7	14,5
davon Abschnitte			
G (Handel ⁴⁾)	2 839	16,5	10,5
H (Gastgewerbe)	2 107	12,2	30,5

1) URS steht für Unternehmensregister. - 2) FB steht für Finanzbehörden. - 3) Und Gewinnung von Steinen und Erden. - 4) Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern.

menge der paarigen Einheiten, die zu einer laufenden Statistik melden, also „aktive“ Einheiten. Von diesen 17 000 Einheiten stammen 97 % aus dem Untersuchungsbereich, je-

wells gut ein Drittel aus VG und Baugewerbe, aber nur ein Sechstel aus dem Handel. Der Anteil der aktiven an den paarigen Einheiten liegt im Durchschnitt bei etwa 24 % und reicht von 40 % für VG über 33 % beim Baugewerbe, 31 % beim Gastgewerbe (H) bis zu 11 % beim Handel (G). Einheiten des Verarbeitenden Gewerbes, des Bau- und des Gastgewerbes sind also in laufenden Erhebungen häufiger als im Durchschnitt der paarigen Einheiten vertreten, Handelsunternehmen bleiben weit unter dem Durchschnitt.

Bei der Verteilung nach Umsatzgrößenklassen fällt auf, dass bei 70 % der Einheiten der Umsatz unter 1 Mill. DM liegt und nur knapp jede 20. Einheit auf einen Umsatz über 10 Mill. DM kommt. Dabei sind in der Verteilung des BVG tendenziell mehr umsatzstarke Unternehmen anzutreffen als im Durchschnitt aller paarigen Einheiten. Anders ist die Verteilung der aktiven Einheiten. Nur 46 % hatten weniger als 1 Mill. DM Umsatz und jede zehnte Einheit hatte darüber hinaus noch über 10 Mill. DM Umsatz erzielt. Im BVG sind wiederum mehr umsatzstarke Unternehmen paarig, im Handel übertrifft der Anteil dieser Klasse den Durchschnitt aller paarigen aktiven Einheiten um fast das Zweieinhalbfache.

Ergebnisse aus dem BA-Abgleich

Bei den knapp 53 000 paarigen Einheiten aus dem Abgleich des URS-Altbestands mit den BA-Daten handelt es sich zu 86 % um Einbetriebsunternehmen, die übrigen Einheiten sind Betriebe von Mehrbetriebs- oder Mehrländerunternehmen; knapp 44 % der Betriebe gehören zu Handelsunternehmen. Auf den Untersuchungsbereich (C — H) entfallen 86 % aller paarigen Einheiten, jeweils knapp ein Viertel auf das VG und auf das Baugewerbe und knapp drei Zehntel auf

Paarige Fälle von Alteinheiten des URS¹⁾ mit FB-Einheiten²⁾ nach Umsatzgrößenklassen

Wirtschaftliche Gliederung	Einheiten	davon entfallen auf die Umsatzgrößenklasse . . . in %				
		32 500 DM	500 000 DM	1 Mill. DM	5 Mill. DM	10 Mill. DM oder mehr
		bis unter				
		500 000 DM	1 Mill. DM	5 Mill. DM	10 Mill. DM	
Insgesamt	72 051	52,3	17,8	22,2	3,5	4,2
darunter						
Bergbau ³⁾ , Verarbeitendes Gewerbe,						
Energie- und Wasserversorgung	14 804	40,8	20,5	26,7	4,7	7,3
darunter Verarbeitendes Gewerbe	14 648	41,2	20,6	26,6	4,6	7,1
Baugewerbe	18 300	54,1	20,3	22,3	2,1	1,4
Handel, Gastgewerbe	34 053	53,2	16,9	21,8	3,8	4,3
davon						
G (Handel ⁴⁾)	27 136	47,7	17,0	25,3	4,6	5,3
H (Gastgewerbe)	6 917	74,6	16,2	8,1	0,6	0,5
darunter aktive Einheiten						
insgesamt	17 247	29,3	16,2	36,2	7,6	10,7
darunter						
Bergbau ³⁾ , Verarbeitendes Gewerbe,						
Energie- und Wasserversorgung	5 842	24,3	13,3	35,9	10,1	16,4
darunter Verarbeitendes Gewerbe	5 764	24,5	13,3	35,7	10,0	16,5
Baugewerbe	6 056	28,8	18,7	44,7	5,2	2,6
Handel, Gastgewerbe	4 946	35,4	16,4	26,3	7,5	14,5
davon						
G (Handel ⁴⁾)	2 839	15,7	12,9	35,0	11,8	24,7
H (Gastgewerbe)	2 107	61,9	21,2	14,5	1,6	0,8

1) URS steht für Unternehmensregister. - 2) FB steht für Finanzbehörden. - 3) Und Gewinnung von Steinen und Erden. - 4) Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern.

**Paarige Fälle von Alteinheiten des URS¹⁾
mit BA-Einheiten²⁾**

Wirtschaftliche Gliederung	Einheiten		
	Anzahl	%	Anteil der Aktiven in %
Insgesamt	52 531	100	-
darunter			
Bergbau ³⁾ , Verarbeitendes Gewerbe, Energie- und Wasserversorgung	12 673	24,1	-
davon Abschnitte			
C (Bergbau ³⁾)	122	0,2	-
D (Verarbeitendes Gewerbe)	12 447	23,7	-
E (Energie- und Wasserversorgung)	104	0,2	-
Baugewerbe	13 480	25,7	-
Handel, Gastgewerbe	19 025	36,2	-
davon Abschnitte			
G (Handel ⁴⁾)	14 988	28,5	-
H (Gastgewerbe)	4 037	7,7	-
darunter aktive Einheiten insgesamt	15 620	100	29,7
darunter			
Bergbau ³⁾ , Verarbeitendes Gewerbe, Energie- und Wasserversorgung	5 854	37,5	46,2
davon Abschnitte			
C (Bergbau ³⁾)	114	0,7	93,4
D (Verarbeitendes Gewerbe)	5 740	36,7	46,1
Baugewerbe	5 650	36,2	41,9
Handel, Gastgewerbe	3 663	23,5	19,3
davon Abschnitte			
G (Handel ⁴⁾)	2 011	12,9	13,4
H (Gastgewerbe)	1 652	10,6	40,9

1) URS steht für Unternehmensregister. - 2) BA steht für Bundesanstalt für Arbeit. - 3) Und Gewinnung von Steinen und Erden. - 4) Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern.

den Handel und jede 13. Einheit auf das Gastgewerbe. Bei den paarigen Einheiten, die zu einer laufenden Statistik melden, liegt der Anteil der Einbetriebsunternehmen bei 88 %, der Rest sind Betriebe von Mehrbetriebs- oder Mehrländerunternehmen, 56 % der Betriebe gehören zu Handelsunternehmen. Von den knapp 16 000 sind 97 % dem Untersuchungsbereich zuzuordnen; jeweils rund 37 % stammen aus dem VG und aus dem Baugewerbe, aber nur weniger als ein Viertel aus dem Bereich HG. Der durchschnittliche Anteil der aktiven an den paarigen Einheiten ist mit 30 % fast sieben Prozentpunkte höher als beim FB-Abgleich, wobei die Anteile der aktiven Einheiten nach Abschnitten der WZ 93 ähnlich wie dort sind. Im Vergleich zum FB-Abgleich ist im Handel und Gastgewerbe sowohl die Zahl wie auch der Anteil der paarigen wie auch der aktiven Einheiten niedriger, entsprechend der Beschäftigtenstruktur dieses Bereichs.

Die Verteilung nach Beschäftigtengrößenklassen zeigt, dass im Durchschnitt knapp 87 % der Einheiten weniger als 20 Beschäftigte haben. Im BVG gehören dagegen weniger als 80 % der paarigen Einheiten in diese Klasse. Von den aktiven Einheiten insgesamt haben sogar nur 71 % weniger als 20 Beschäftigte. Die Verteilung im BVG ist wiederum hin zu größeren Einheiten verschoben: Hier hatten 56 % unter 20 Beschäftigte.

Paarige Fälle von Alteinheiten des URS¹⁾ mit BA-Einheiten²⁾ nach Beschäftigtengrößenklassen

Wirtschaftliche Gliederung	Einheiten	davon entfallen auf die Beschäftigtengrößenklasse . . . in %						
		0	unter 10	10	20	50	200	500 oder mehr
				bis unter				
				20	50	200	500	
Beschäftigte								
Insgesamt	52 531	7,6	67,0	12,0	7,6	4,3	1,0	0,5
darunter								
Bergbau ³⁾ , Verarbeitendes Gewerbe, Energie- und Wasserversorgung	12 673	3,1	59,7	14,8	11,2	7,9	2,1	1,2
davon Abschnitte								
C (Bergbau ³⁾)	122	4,1	46,7	26,2	18,0	4,9	-	-
D (Verarbeitendes Gewerbe)	12 447	3,1	60,1	14,7	11,0	7,8	2,1	1,2
E (Energie- und Wasserversorgung)	104	1,9	23,1	7,7	26,9	28,8	3,8	7,7
Baugewerbe	13 480	5,6	71,7	14,3	6,3	1,8	0,2	0,0
Handel, Gastgewerbe	19 025	5,8	72,3	10,8	7,2	3,4	0,4	0,1
davon Abschnitte								
G (Handel ⁴⁾)	14 988	4,5	71,1	12,1	7,9	3,9	0,5	0,1
H (Gastgewerbe)	4 037	10,9	76,6	6,3	4,3	1,4	0,3	0,0
darunter aktive Einheiten								
insgesamt	15 620	2,4	47,6	21,3	16,7	9,1	2,0	0,9
darunter								
Bergbau ³⁾ , Verarbeitendes Gewerbe, Energie- und Wasserversorgung	5 854	1,0	37,2	18,1	21,1	15,8	4,5	2,4
davon Abschnitte								
C (Bergbau ³⁾)	114	3,5	43,9	28,1	19,3	5,3	-	-
D (Verarbeitendes Gewerbe)	5 740	1,0	37,1	17,9	21,1	16,0	4,5	2,4
Baugewerbe	5 650	2,7	49,5	29,3	14,2	3,9	0,3	0,0
Handel, Gastgewerbe	3 663	4,2	60,8	14,9	13,8	5,6	0,7	0,0
davon Abschnitte								
G (Handel ⁴⁾)	2 011	1,9	51,9	18,9	18,4	8,0	0,8	0,0
H (Gastgewerbe)	1 652	7,0	71,6	10,0	8,2	2,7	0,4	-

1) URS steht für Unternehmensregister. - 2) BA steht für Bundesanstalt für Arbeit. - 3) Und Gewinnung von Steinen und Erden. - 4) Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern.

**Paarige Fälle von Alteinheiten des URS¹⁾ mit FB²⁾- bzw. BA-Einheiten³⁾,
deren wirtschaftssystematische Zuordnung übereinstimmt**

Wirtschaftliche Gliederung	Einheiten	Anteile übereinst. Einheiten auf der Ebene der . . . in %			
		Wirtschafts- bereiche	Abschnitte	Abteilungen	Unterklassen
FB-Abgleich					
Insgesamt	72 051	81,7	81,1	74,6	42,8
darunter					
Bergbau ⁴⁾ , Verarbeitendes Gewerbe,					
Energie- und Wasserversorgung	14 804	79,4	79,2	67,3	33,9
darunter Verarb. Gewerbe	14 648	-	79,1	67,2	33,8
Baugewerbe	18 300	75,7	75,7	75,7	49,6
Handel, Gastgewerbe	34 053	85,7	84,5	76,0	38,9
davon					
G (Handel ⁵⁾)	27 136	-	82,3	71,7	36,4
H (Gastgewerbe)	6 917	-	92,9	92,9	48,5
darunter aktive Einheiten					
insgesamt	17 247	83,7	83,4	76,9	41,2
darunter					
Bergbau ⁴⁾ , Verarbeitendes Gewerbe,					
Energie- und Wasserversorgung	5 842	80,2	79,9	65,7	35,5
darunter Verarb. Gewerbe	5 764		79,9	65,5	35,1
Baugewerbe	6 056	80,5	80,5	80,5	42,6
Handel, Gastgewerbe	4 946	92,6	91,7	86,1	44,4
davon					
G (Handel ⁵⁾)	2 839	-	90,2	80,5	46,9
H (Gastgewerbe)	2 107	-	93,8	93,8	41,0
BA-Abgleich					
Insgesamt	52 531	86,2	85,8	80,1	55,4
darunter					
Bergbau ⁴⁾ , Verarbeitendes Gewerbe,					
Energie- und Wasserversorgung	12 673	88,1	87,4	74,3	47,7
davon Abschnitte					
C (Bergbau ⁴⁾)	122	-	82,8	81,1	41,8
D (Verarbeitendes Gewerbe)	12 447	-	87,6	74,4	48,0
E (Energie- und Wasserversorgung)	104	-	63,5	53,8	19,2
Baugewerbe	13 480	85,2	85,2	85,2	62,8
Handel, Gastgewerbe	19 025	90,1	89,7	83,0	51,0
davon Abschnitte					
G (Handel ⁵⁾)	14 988	-	88,3	79,8	48,8
H (Gastgewerbe)	4 037	-	94,7	94,7	59,2
darunter aktive Einheiten					
insgesamt	15 620	90,3	89,8	82,7	51,5
darunter					
Bergbau ⁴⁾ , Verarbeitendes Gewerbe,					
Energie- und Wasserversorgung	5 854	89,8	88,7	72,5	45,3
davon Abschnitte					
C (Bergbau ⁴⁾)	114	-	84,2	82,5	43,9
D (Verarbeitendes Gewerbe)	5 740	-	88,8	72,3	45,3
Baugewerbe	5 650	89,5	89,5	89,5	59,5
Handel, Gastgewerbe	3 663	92,1	91,7	87,7	45,9
davon Abschnitte					
G (Handel ⁵⁾)	2 011	-	89,8	82,4	44,7
H (Gastgewerbe)	1 652	-	94,0	94,0	47,5

1) URS steht für Unternehmensregister. - 2) FB steht für Finanzbehörden. - 3) BA steht für Bundesanstalt für Arbeit. - 4) Und Gewinnung von Steinen und Erden. - 5) Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern.

Übereinstimmung in der wirtschaftssystematischen Zuordnung

Auf der Ebene der Abschnitte der WZ 93 wie auch der Wirtschaftsbereiche liegt der Anteil der paarigen Einheiten aus dem FB-Abgleich, bei denen die wirtschaftssystematische Zuordnung übereinstimmt, über 81 %. Deutlich höher fällt er für die Einheiten aus dem BA-Abgleich aus, hier sind es gut 86 %. Höhere Anteile ergeben sich noch einmal bei Betrachtung der aktiven Einheiten; sie liegen auf diesen Ebenen um bis zu sieben Prozentpunkte höher. Bei beiden Abgleichen

gibt es im Bereich Handel und Gastgewerbe zum Teil noch einmal höhere Übereinstimmungsquoten, die einerseits in der einfacheren Struktur der Wirtschaftssystematik im Handel ihre Begründung findet. Andererseits sind die Fallzahlen paariger bzw. aktiver Einheiten so gering, dass zufällige Einflüsse nicht auszuschließen sind.

Übereinstimmung ist abhängig von der Tiefe der wirtschaftssystematischen Gliederung

Die Ergebnisse der beiden Abgleiche zeigen, dass der Anteil übereinstimmender Zuordnungen tendenziell ab-

Besetzte wirtschaftssystematische Positionen bei paarigen Einheiten

Wirtschaftliche Gliederung	FB-Abgleich ¹⁾			BA-Abgleich ²⁾		
	Abschnitte	Abteilungen	Unterklassen	Abschnitte	Abteilungen	Unterklassen
Insgesamt	6	55	805	6	52	796
darunter						
Bergbau ³⁾ , Verarbeitendes Gewerbe,						
Energie- und Wasserversorgung	3	27	331	3	27	334
davon Abschnitte						
C (Bergbau ³⁾)	1	2	10	1	2	8
D (Verarbeitendes Gewerbe)	1	23	313	1	23	315
E (Energie- und Wasserversorgung)	1	2	8	1	2	11
Baugewerbe	1	1	44	1	1	43
Handel, Gastgewerbe	2	4	295	2	4	286
davon Abschnitte						
G (Handel ⁴⁾)	1	3	275	1	3	261
H (Gastgewerbe)	1	1	20	1	1	25
darunter aktive Einheiten						
insgesamt	6	40	554	6	39	554
darunter						
Bergbau ³⁾ , Verarbeitendes Gewerbe,						
Energie- und Wasserversorgung	2	25	303	2	25	316
davon Abschnitte						
C (Bergbau ³⁾)	1	2	10	1	2	8
D (Verarbeitendes Gewerbe)	1	23	293	1	23	308
Baugewerbe	1	1	42	1	1	41
Handel, Gastgewerbe	2	4	178	2	4	167
davon Abschnitte						
G (Handel ⁴⁾)	1	3	158	1	3	146
H (Gastgewerbe)	1	1	20	1	1	21

1) FB steht für Finanzbehörden. - 2) BA steht für Bundesanstalt für Arbeit. - 3) Und Gewinnung von Steinen und Erden. - 4) Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern.

nimmt, wenn eine tiefer gegliederte Ebene der Systematik betrachtet wird. Schon der Vergleich der Übereinstimmungsgrade für die Wirtschaftsbereiche mit denen für die Abschnitte zeigt einen Rückgang. Deutlich niedrigere Übereinstimmungsgrade ergeben sich bei der Betrachtung der Abteilungen und der Unterklassen innerhalb der Abschnitte. Die Schwankungen in den Übereinstimmungsgraden sind hier beachtlich und reichen auf der Ebene der Abteilungen von 54 bis zu 94 % und auf der Ebene der Unterklassen von 34 bis 63 %. Die noch stärkeren Abweichungen der gering besetzten Abschnitte C und E sind dabei unberücksichtigt geblieben. Die Übereinstimmungen aus dem Abgleich mit der Arbeitsverwaltung übertreffen dabei bis auf die aktiven Einheiten aus dem Abschnitt G und dem Abschnitt E Energie- und Wasserversorgung die Werte aus dem Abgleich mit den Finanzbehörden. Das Maximum der Abweichungen von 17 Prozentpunkten wird bei den aktiven Einheiten der Unterklassen des Baugewerbes erreicht. Dort geht beim **FB-Abgleich** auf der Ebene der Unterklassen innerhalb der Abschnitte der Grad der Übereinstimmung auf 43 % zurück und ist beim Verarbeitenden Gewerbe insgesamt mit 34 % am niedrigsten. Die höhere Übereinstimmung für aktive Einheiten, wie sie für Wirtschaftsbereiche und Abschnitte zu beobachten ist, schwächt sich bei Betrachtung der Abteilungen und Unterklassen ab und dreht sich im Baugewerbe und im Gastgewerbe sogar in das Gegenteil.

Beim **BA-Vergleich** zeigt sich, wenn auch auf höherem Niveau, ein ähnliches Bild. Auf der Ebene der Unterklassen

stimmen für knapp 48 % der Einheiten im Bereich BVG die Zuordnungen überein, die 19 % der Unterklassen im Abschnitt E Energie- und Wasserversorgung sind als zufallsbedingte Abweichung anzusehen. Die Grade der Übereinstimmung der aktiven Einheiten bleiben auf der Ebene der Unterklassen grundsätzlich unter den Werten für alle Einheiten.

Eine teilweise Erklärung dieser Unterschiede liefert der Zusammenhang zwischen der Verteilung der Häufigkeiten besetzter Systematikpositionen nach Abteilungen bzw. Unterklassen und der Verteilung der zugehörigen Übereinstimmungsgrade. Es fällt auf, dass in der Regel niedrige Besetzungszahlen mit überdurchschnittlichen Übereinstimmungsgraden auf der Ebene der Abschnitte zusammentreffen. Die mit der Tiefe der Gliederung wachsenden und über die Bereiche hin schwankenden Häufigkeiten korrelieren also negativ mit den unterschiedlichen Anteilen sowohl innerhalb wie auch zwischen den Wirtschaftsbereichen. Die Besetzungszahlen können letztlich die Unterschiede wegen des gleichen Niveaus nicht kausal erklären. Das Baugewerbe hat dabei eine Sonderrolle. Auf der Ebene der Wirtschaftsabteilungen ist nur eine Systematikposition besetzt. Die durchschnittlichen Übereinstimmungsgrade werden auf Abteilungsebene zwar übertroffen, bleiben auf Bereichsebene zwangsläufig aber unterdurchschnittlich.

Ursprüngliche Zuordnung bei fehlender Übereinstimmung

Die Anteile der Einheiten, für die keine Übereinstimmung in der wirtschaftssystematischen Zuordnung vorliegt, schwanken beim FB-Abgleich zwischen gut 6 und 24 %, beim

Paarige Fälle von Alteinheiten des URS¹⁾ mit FB²⁾- bzw. BA-Einheiten³⁾, deren wirtschaftssystematische Zuordnung in der Gliederung nach Abschnitten der WZ nicht übereinstimmt, nach ursprünglicher Zuordnung

Wirtschaftliche Gliederung	Einheiten	Anteil ohne Überein- stimmung in %	darunter entfallen auf . . . in %			
			Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe	Abschnitt . . . im Handel ⁴⁾ und Gastgewerbe	
					G	H
FB-Abgleich						
Insgesamt	13 630	18,9	28,4	10,2	24,3	3,4
darunter						
Verarbeitendes Gewerbe	3 059	20,9	-	24,4	47,1	4,9
Baugewerbe	4 445	24,3	36,3	-	34,0	0,7
im Handel, Gastgewerbe						
G (Handel ⁴⁾)	4 800	17,7	40,6	10,0	-	5,5
H (Gastgewerbe)	488	7,1	19,3	1,4	30,5	-
darunter aktive Einheiten						
insgesamt	2 870	16,6	22,3	9,8	32,9	1,7
darunter						
Verarbeitendes Gewerbe	1 159	20,1	-	16,9	51,2	1,9
Baugewerbe	1 180	19,5	36,7	-	24,4	0,6
im Handel, Gastgewerbe						
G (Handel ⁴⁾)	278	9,8	52,9	17,3	-	5,8
H (Gastgewerbe)	131	6,2	27,5	1,5	19,8	-
BA-Abgleich						
Insgesamt	7 455	14,2	29,6	9,6	18,9	1,8
darunter						
Verarbeitendes Gewerbe	1 538	12,4	-	28,9	44,2	6,0
Baugewerbe	1 994	14,8	58,6	-	28,2	-
im Handel, Gastgewerbe						
G (Handel ⁴⁾)	1 755	11,7	52,2	12,8	-	2,2
H (Gastgewerbe)	214	5,3	21,0	0,5	26,2	-
darunter aktive Einheiten						
insgesamt	1 598	10,2	32,7	10,8	28,1	1,3
darunter						
Verarbeitendes Gewerbe	641	11,2	-	20,6	46,0	2,2
Baugewerbe	591	10,5	61,4	-	20,1	-
im Handel, Gastgewerbe						
G (Handel ⁴⁾)	205	10,2	60,0	16,6	-	2,4
H (Gastgewerbe)	99	6,0	18,2	-	9,1	-

1) URS steht für Unternehmensregister. - 2) FB steht für Finanzbehörden. - 3) BA steht für Bundesanstalt für Arbeit. - 4) Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern.

BA-Abgleich zwischen 6 und 15 %. Die abweichenden Zuordnungen betreffen hauptsächlich Systematikpositionen aus den Abschnitten D — Verarbeitendes Gewerbe, F — Baugewerbe und G — Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern. Auf die untersuchten Wirtschaftsbereichen entfallen mindestens 60 % der Einheiten mit unterschiedlicher wirtschaftssystematischer Zuordnung.

Paarige Einheiten ohne Übereinstimmung, im URS von den Statistikern als dem Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe zugehörig gekennzeichnet, sind von FB und BA in mehr als der Hälfte der Fälle dem Handel und Gastgewerbe zugeordnet. Im Baugewerbe und im Handel haben die beiden Behörden übereinstimmend den Bergbau und das Verarbeitende Gewerbe bevorzugt. Bei den paarigen Einheiten des Gastgewerbes, die wirtschaftssystematisch unterschiedlich zugeordnet sind, hat der Handel Priorität, bei den aktiven Einheiten ist es das Verarbeitende Gewerbe.

Unterschiede nach Größenklassen

Für den Durchschnitt aller Einheiten sowie für BVG und Baugewerbe ergibt sich ein teilweise ausgeprägter positiver Zusammenhang zwischen der Größe der Einheiten, gemessen an den Umsätzen und den Beschäftigten, und dem Anteil der übereinstimmenden Einheiten für alle betrachteten systematischen Aufgliederungen. Dieser besagt, dass die Zuordnungen bei großen Einheiten prinzipiell besser übereinstimmen als bei kleinen Einheiten. Für den Bereich Handel und Gastgewerbe lässt sich diese Aussage nur eingeschränkt aufrechterhalten. Eine, wenn auch schwach ausgeprägte, entgegengesetzte Richtung ergibt sich für die aktiven Einheiten aus dem FB-Abgleich, die auch bei der Gesamtheit der HG-Einheiten aus dem BA-Abgleich anzutreffen ist. Die Verteilung der Einheiten auf die Größenklassen und die mit der Einheitsgröße prinzipiell wachsenden Übereinstimmungsgrade lassen jedoch erkennen, dass die Besetzung der höheren Größenklassen die durchschnittlichen Übereinstimmungsgrade nicht determinieren.

Paarige Fälle von Alteinheiten des URS¹⁾ mit FB-Einheiten²⁾, deren wirtschaftssystematische Zuordnung in der Gliederung nach Abschnitten übereinstimmen, nach Umsatzgrößenklassen

Wirtschaftliche Gliederung	Anteile übereinstimmender Einheiten in der Umsatzgrößenklasse . . . in %				
	32 500 DM	500 000 DM	1 Mill. DM	5. Mill. DM	10 Mill. DM oder mehr
	bis unter				
	500 000 DM	1 Mill. DM	5 Mill. DM	10 Mill. DM	
Insgesamt	79,8	83,3	81,5	83,3	83,1
darunter					
Bergbau ³⁾ , Verarbeitendes Gewerbe,					
Energie- und Wasserversorgung	77,5	81,0	78,6	81,1	84,5
darunter Verarbeitendes Gewerbe	77,4	81,0	78,6	81,2	84,2
Baugewerbe	73,3	78,7	78,0	81,4	82,8
Handel, Gastgewerbe	82,0	88,1	86,8	87,2	86,4
davon					
G (Handel ⁴⁾)	77,4	86,8	86,8	87,5	86,7
H (Gastgewerbe)	93,7	93,3	87,9	77,3	75,8
darunter aktive Einheiten					
insgesamt	81,0	84,5	83,1	85,0	87,9
darunter					
Bergbau ³⁾ , Verarbeitendes Gewerbe,					
Energie- und Wasserversorgung	75,0	78,2	80,6	82,7	84,9
darunter Verarbeitendes Gewerbe	74,9	78,1	80,7	83,0	84,9
Baugewerbe	74,9	84,9	81,6	83,1	86,6
Handel, Gastgewerbe	92,5	91,4	90,5	91,6	92,6
davon					
G (Handel ⁴⁾)	85,8	88,2	90,4	92,5	92,6
H (Gastgewerbe)	94,8	94,0	90,5	82,4	93,8

1) URS steht für Unternehmensregister. - 2) FB steht für Finanzbehörden. - 3) Und Gewinnung von Steinen und Erden. - 4) Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern.

Ergebnis

Die Untersuchung brachte ein zunächst überraschendes Ergebnis. Errechnete sich für alle paarigen Einheiten auf der Ebene der Wirtschaftsbereiche eine Übereinstimmungsquote von knapp 82 % für den FB-Abgleich und von 86 % für den BA-Abgleich, so waren diese Quoten für aktive Einheiten noch einmal um zwei bzw. vier Prozentpunkte höher. Für die meisten der systematisch feineren Aufgliederungen aus dem FB-Abgleich war dieser Sachverhalt zu beobachten, für die Unterklassen des BA-Abgleichs galt dies nicht. Hier war die Übereinstimmung im Durchschnitt um 4 Prozentpunkte niedriger. Sieht man von diesen Fünfstellern ab, dann wurden Unternehmen bzw. Betriebe, die aktiv zu einer Statistik melden, von den drei Behörden wirtschaftssystematisch eher korrekt zugeordnet als andere Einheiten. Obwohl für die wirtschaftlich bedeutsamen Einheiten, gemessen am Umsatz bzw. der Beschäftigtenzahl, die Übereinstimmung für die Wirtschaftsbereiche bei den aktiven Meldern in jedem Fall höher als im Durchschnitt ist, machen die Verteilungen auf die Größenklassen deutlich, dass die aufgezeigten hohen Übereinstimmungen nicht das Ergebnis systematischer Verzerrungen sind, die durch eine Kombination von großen Häufigkeiten und hohen Übereinstimmungsgraden in den oberen Größenklassen hervorgerufen werden.

Für die höhere Übereinstimmung der aktiven Einheiten auf der Ebene der Abschnitte gibt es eine plausible Erklärung. Die erstmalige Einstufung einer Einheit erfolgt bei der Anmeldung durch die Gewerbeämter oder die Handwerks-

bzw. die Industrie- und Handelskammern in der Gründungsphase. Diese Einstufung wird von den Statistikern im Rahmen der Neuaufnahmen in das Register übernommen. Für eine Teilmenge wird diese Zuordnung in der Folgezeit im Rahmen der so genannten Umfrage zur statistischen Zuordnung überprüft und ggf. den dann feststellbaren Gegebenheiten angepasst. Die wirtschaftssystematische Zuordnung durch FB und BA erfolgt bei allen Einheiten in der Regel später, also erst wenn die erste Bilanz erstellt wird oder die ersten versicherungspflichtig Beschäftigten eingestellt werden. Dann ist es für die neugegründeten Einheiten leichter, den genauen Schwerpunkt ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit zu benennen. Diese zeitbedingten Unterschiede werden bei aktiven Einheiten nivelliert, auf der Ebene der Fünfsteller verschlechtert sich die Übereinstimmung allerdings wieder. Hier macht sich wohl das zusätzliche Wissen der Statistiker über die wirtschaftliche Tätigkeit bemerkbar, das im Rahmen einer Erhebung gewonnen wird und zumindest auf der Ebene der Unterklassen zu anderen Zuordnungen führt. Für die verbleibenden Unterschiede können u. a. folgende Ursachen stehen:

- die oben dargestellten Aktualisierungsregeln;
- die unterschiedlichen (Erhebungs-) Zwecke, nämlich einerseits FB- bzw. BA-bezogene Zwecke und andererseits Statistikzwecke;
- die wirtschaftliche Vielfalt und deren Veränderung im Zeitablauf;
- die menschliche Unzulänglichkeit, z. B. bei der Schwerpunktbestimmung oder bei der Bearbeitung.

Paarige Fälle von Alteinheiten des URS¹⁾ mit BA-Einheiten²⁾, deren wirtschaftssystematische Zuordnung in der Gliederung nach Abschnitten übereinstimmt, nach Beschäftigtengrößenklassen

Wirtschaftliche Gliederung	Anteile übereinstimmender Einheiten in der Beschäftigtengrößenklasse . . . in %						
	0	unter 10	10	20	50	200	500 oder mehr
			bis unter				
			20	50	200	500	
Beschäftigte							
Insgesamt	54,2	88,2	88,3	88,7	90,3	91,8	91,3
darunter							
Bergbau ³⁾ , Verarbeitendes Gewerbe,							
Energie- und Wasserversorgung	81,7	86,9	87,8	87,4	90,8	92,2	89,6
davon Abschnitte							
C (Bergbau ³⁾)	80,0	82,5	84,4	77,3	100,0	-	-
D (Verarbeitendes Gewerbe)	82,2	86,9	87,9	88,4	91,5	92,9	91,8
E (Energie- und Wasserversorgung)	-	95,8	62,5	42,9	66,7	50,0	50,0
Baugewerbe	85,1	84,4	87,4	88,2	91,2	90,5	100,0
Handel, Gastgewerbe	91,8	89,6	89,3	90,2	88,1	86,7	84,6
davon Abschnitte							
G (Handel ⁴⁾)	89,0	87,9	88,8	91,2	87,7	87,0	90,9
H (Gastgewerbe)	96,1	95,4	92,9	83,4	91,4	85,7	50,0
darunter aktive Einheiten							
insgesamt	89,5	89,3	89,3	89,4	93,2	93,7	92,4
darunter							
Bergbau ³⁾ , Verarbeitendes Gewerbe,							
Energie- und Wasserversorgung	77,0	85,8	90,4	89,0	92,4	93,5	92,1
davon Abschnitte							
C (Bergbau ³⁾)	100,0	84,0	84,4	77,3	100,0	-	-
D (Verarbeitendes Gewerbe)	75,4	85,9	90,5	89,2	92,4	93,5	92,1
Baugewerbe	89,4	89,7	88,7	89,4	94,6	94,7	100,0
Handel, Gastgewerbe	94,2	92,4	88,5	90,5	93,2	95,8	100,0
davon Abschnitte							
G (Handel ⁴⁾)	89,5	88,8	86,9	93,5	94,4	94,1	100,0
H (Gastgewerbe)	95,7	95,6	92,2	82,2	88,9	100,0	-

1) URS steht für Unternehmensregister. - 2) BA steht für Bundesanstalt für Arbeit. - 3) Und Gewinnung von Steinen und Erden. - 4) Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern.

Die Ergebnisse liefern zunächst einmal keinen Beleg für die Behauptung, dass die wirtschaftssystematische Zuordnung der beiden Verwaltungen grundsätzlich von der Eingruppierung der Statistiker abweicht. Nach dem jetzigen Stand der Analyse ist sie zumindest auf der Ebene der Abschnitte der WZ 93 auch nicht als schlechter anzusehen als die der Statistiker.

Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die Ziehung von Stichproben, z. B. für die Zwecke der Dienstleistungssta-

tistik? Die Auswahl wird im Wesentlichen auf Einheiten beruhen, die im Rahmen des Abgleichs neu ins Register aufgenommen worden sind. Überträgt man die Ergebnisse hinsichtlich der Übereinstimmung der wirtschaftssystematischen Zuordnung für die untersuchten Wirtschaftsbereiche auf die Einheiten dieser Abschnitte, dann kann z. B. bei Zugrundelegung der Zuordnung der BA in vier von fünf Fällen von einer Übereinstimmung auf der Ebene der Abteilungen der WZ 93 ausgegangen werden. □

Studium an hessischen Hochschulen seit 1992

Anstieg in Informatik, deutlicher Rückgang in Naturwissenschaften und Ingenieurwissenschaften

Seit 1992 ist die Studentenzahl von 163 000 auf 152 000 gesunken, wobei die Zahl der Studierenden im ersten Fachsemester mit 27 000 unverändert blieb. Die Studienfachwahl hat sich unterschiedlich entwickelt. So ist der Anteil der Studenten, die in der Fächergruppe Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften eingeschrieben war, von 29 auf 34 % gestiegen. Auch in Sprach- und Kulturwissenschaften stieg der entsprechende Anteil leicht auf jetzt 17 %. Dagegen ging der Anteil der Einschreibungen in Ingenieurwissenschaften von 24 auf 18 % zurück und in Mathematik/Naturwissenschaften blieb er mit 16 % konstant. Die Entwicklung der Studenten-, Studienanfänger- und Absolventenzahlen wird im Folgenden für die Bereiche Informatik, Naturwissenschaften und Ingenieurwissenschaften detailliert dargestellt. Während in Informatik ein Einschreiberekord zu verzeichnen war, jedoch die Absolventenzahl noch nicht anstieg, ist besonders in Chemie, Physik, Maschinenbau und Elektrotechnik die Zahl der Studenten und Absolventen deutlich zurückgegangen.

Mehr Studenten in Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie in Sprach- und Kulturwissenschaften

Im November 2000 waren an den hessischen Hochschulen knapp 152 000 Studierende eingeschrieben¹⁾. Damit wurde der Höchststand des Wintersemesters 1992/93 um 10 800 oder 6,7 % unterschritten, jedoch ist nach kontinuierlichem Rückgang nun im zweiten Jahr in Folge ein Anstieg der Studentenzahl erfolgt und zwar gegenüber dem Vorjahr um 2800. Kurzfristig wird wegen steigender Schülerzahl in den Gymnasien und bei unterstellter gleichbleibender Studienneigung mit einem weiteren Anstieg der Studentenzahl gerechnet. Während gegenüber dem vorigen Wintersemester die Zahl der männlichen Studierenden leicht auf 84 000 zurückging, nahm die Zahl der Studentinnen um 5 % auf 68 000 zu. Der Frauenanteil erreichte mit 45 % den bisher höchsten Stand und liegt um einen Prozentpunkt über dem Vorjahresanteil. Dass die Frauen verstärkt die Hochschulen besuchen, wird noch deutlicher, wenn die Studentenzahl des ersten Fachsemesters²⁾ betrachtet wird. Hier lag der Frauenanteil im vierten Jahr hintereinander bei knapp 50 %.

Von besonderem Interesse ist die Entwicklung der Studentenzahl nach Fächergruppen und Studienbereichen. Hierbei ist in jüngster Zeit im Zusammenhang mit Diskussionen um die „Green Card“ verstärkt die Entwicklung in mathematisch-naturwissenschaftlichen und technischen Fächern in das Blickfeld der Öffentlichkeit gerückt.

1) In diesem vorläufigen Ergebnis, das auf Vorabmeldungen der Hochschulen beruht, sind die beurlaubten Studenten nicht enthalten.

2) Die Zahl der Studierenden im ersten Fachsemester ist seit Anfang der Neunzigerjahre um jeweils 6000 bis 7000 höher als die der Anfänger im ersten Hochschulsemester, da zu den Studenten im ersten Fachsemester außer den Erstimmatrikulierten auch diejenigen zählen, die schon einmal an einer deutschen Hochschule eingeschrieben waren und ein Studium in einem anderen Studienfach neu beginnen. In diesem Beitrag beziehen sich die Aussagen zu Studienanfängern immer auf die Studenten im ersten Fachsemester.

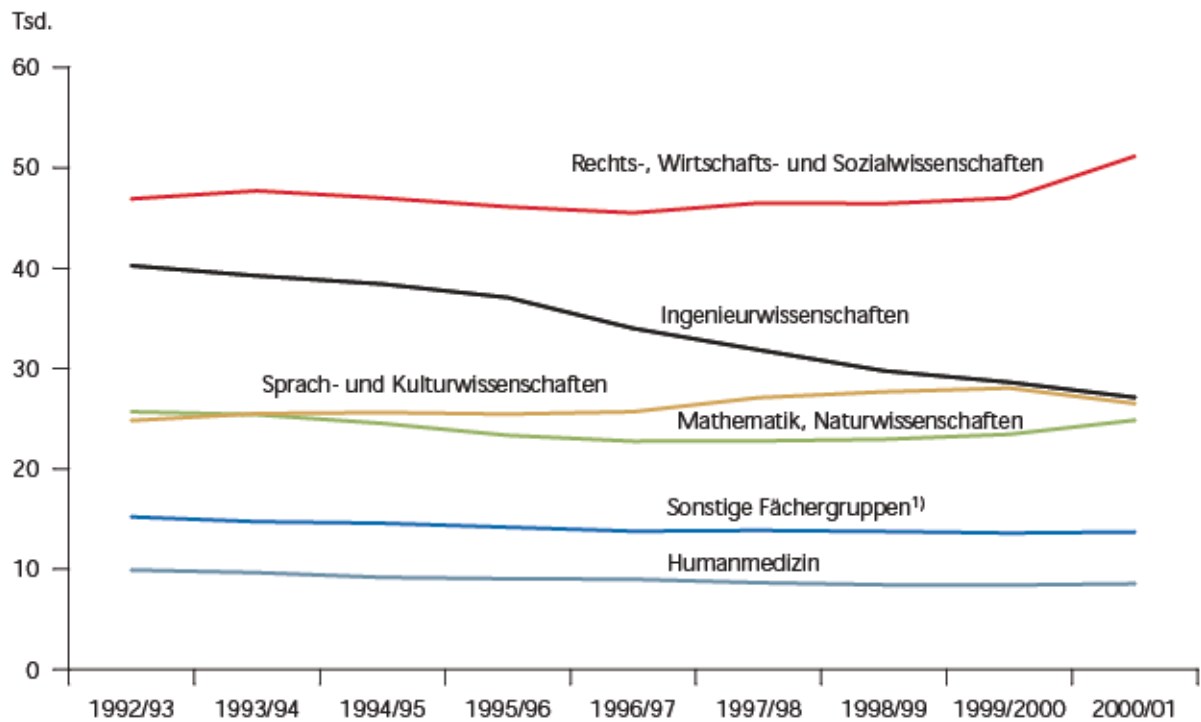
Die Wahl des Studienfachs wird durch unterschiedliche Faktoren bestimmt, u. a. durch die Neigung und Fähigkeit der Studienanfänger; in Fächern mit Zulassungsbeschränkungen durch die Numerus-Clausus-Regelungen oder durch andere hochschulspezifische Vorgaben. Eine wichtige Rolle spielt darüber hinaus die zum Zeitpunkt der Entscheidung für ein Studium herrschende sowie die in Zukunft zu erwartende Situation auf dem Arbeitsmarkt. Die *Studentenzahl* hat sich in den Neunzigerjahren in den wichtigsten Fächer-

Studenten an den hessischen Hochschulen
1975/76 bis 2000/01
(Jeweils im Wintersemester)

Jahr	Studenten insgesamt ¹⁾	darunter im	
		1. Hochschulsemester	1. Fachsemester
1975/76	81 084	11 661	13 772
1976/77	82 653	12 833	15 825
1977/78	83 202	12 167	14 683
1978/79	84 720	13 007	15 690
1979/80	87 304	13 515	16 292
1980/81	92 275	14 935	17 900
1981/82	100 125	16 624	19 804
1982/83	106 987	17 581	21 078
1983/84	112 952	18 620	22 235
1984/85	116 858	17 793	21 759
1985/86	118 883	16 917	20 898
1986/87	120 750	17 125	21 253
1987/88	125 214	19 030	23 259
1988/89	131 679	20 437	24 870
1989/90	136 440	20 985	25 523
1990/91	150 624	22 746	27 368
1991/92	156 409	21 655	26 863
1992/93	162 628	21 852	26 932
1993/94	162 136	18 862	24 262
1994/95	159 146	17 060	22 934
1995/96	154 912	16 602	22 704
1996/97	150 378	16 511	22 838
1997/98	150 349	17 169	24 087
1998/99	148 907	16 935	23 653
1999/2000	149 046	18 039	25 175
2000/01 ²⁾	151 804	20 070	26 869

1) Ohne Beurlaubte und Doppelschreibungen. - 2) Vorläufiges Ergebnis.

Studenten nach Fächergruppen an hessischen Hochschulen WS 1992/93 bis WS 2000/01



1) Sport, Veterinärmedizin, Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften, Kunst, Kunstwissenschaften.

HSL 18/01

gruppen unterschiedlich entwickelt. So nahm der Anteil der Studierenden in den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften vom Wintersemester 1992/93 bis zum Wintersemester 2000/01 deutlich zu, und zwar von 29 auf 34 %. Damit studiert derzeit jeder dritte Student ein Fach dieser Fächergruppe. Auch die Sprach- und Kulturwissenschaften verzeichneten im gleichen Zeitraum steigenden Zulauf, so dass sich die entsprechenden Anteilswerte von 15 auf gut 17 % erhöhten. Eine gegenläufige Entwicklung ist in den Ingenieurwissenschaften erfolgt. Der Anteil der Ingenieurstudenten an allen Studierenden ging um 6,5 Prozentpunkte von 24 auf 18 % zurück. In der Fächergruppe Mathematik/Naturwissenschaften waren unverändert 16 % der Studenten eingeschrieben.

Bei den **Studienanfängern** (1. Fachsemester) ist die Strukturverschiebung in der Fächerwahl abweichend verlaufen. Bei gleichgebliebener Zahl der Anfänger in den Wintersemestern 1992/93 und 2000/01 schrieben sich am Ende des Beobachtungszeitraums im ersten Fachsemester 1000 Studierende mehr in der Fächergruppe Mathematik/Naturwissenschaften ein, sodass die Anteilswerte von 17 auf 20 % stiegen. Auch in

den Sprach- und Kulturwissenschaften gab es rund 500 Studienanfänger mehr, was eine Zunahme des Anteils von 17 auf 19 % bedingte. Während die Erstinschreibungen in den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften und damit auch die Anteile in den beiden Beobachtungsjahren unverändert bei 33 % blieben, erfolgte bei den Ingenieurwissenschaften ein deutlicher Rückgang um 1800, sodass der Anteil von 22 auf 15 % zurückging. In den folgenden Ausführungen wird die Entwicklung der mathematisch-naturwissenschaftlichen sowie der technischen Studiengänge auf Studienbereichsebene³⁾ vertiefend betrachtet.

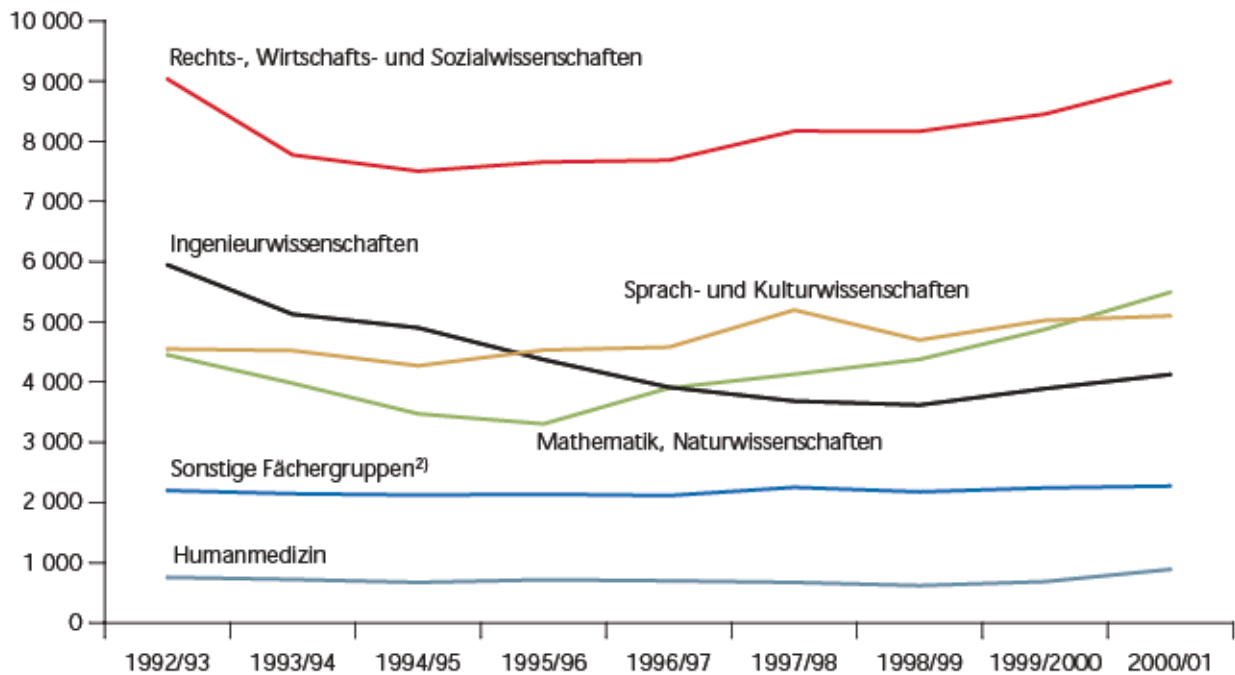
Informatikermangel trotz Einschreiberekord

In der Fächergruppe Mathematik/Naturwissenschaften werden die Studierenden der Studienbereiche Informatik, Biologie, Mathematik, Chemie, Physik/Astronomie, Pharmazie, Geografie und Geowissenschaften nachgewiesen, wobei der Informatik mit Anteilen zwischen einem knappen Viertel Anfang der Neunzigerjahre und einem guten Drittel zum Ende des Beobachtungszeitraums die zentrale Bedeutung zukommt.

Im Wintersemester 1999/2000 waren an den hessischen Hochschulen im Studienbereich Informatik 8500 Studenten, darunter 2450 Erstsemester, eingeschrieben. Das war

3) Inhaltlich verwandte Fächer werden in Studienbereichen zusammengefasst. So beinhaltet z. B. der Studienbereich Informatik die Fächer Informatik, Ingenieurinformatik, Medieninformatik und Wirtschaftsinformatik. Die aktuellsten Angaben auf Studienbereichsebene sind derzeit die des Wintersemesters 1999/2000.

Studienanfänger¹⁾ nach Fächergruppen an hessischen Hochschulen WS 1992/93 bis WS 2000/01



1) Im 1. Fachsemester. - 2) Sport, Veterinärmedizin, Agrar-, Forst-, und Ernährungswissenschaften, Kunst, Kunstwissenschaften.

HSL 17/01

für diesen Studienbereich ein Einschreiberekord. Dabei pendelte die Studentenzahl Anfang der Neunzigerjahre zwischen 6000 und 6200, fiel 1995/96 auf den Tiefststand von knapp 6000 und stieg in den Folgejahren deutlich an. Während die Zuwachsrate bei der Studentenzahl innerhalb der vergangenen sieben Jahre 42 % betrug, wurde die Zahl der Studienanfänger sogar nahezu verdoppelt. Von allen Studenten waren 1999/2000 knapp 6 % und von den Studienanfängern fast 10 % in diesem Studienbereich eingeschrieben, während die entsprechenden Anteile Mitte der Neunzigerjahre noch jeweils bei 4 % lagen. Im Bundesgebiet waren 1999/2000 in Informatik insgesamt 85 000 Studenten, darunter 25 000 Studienanfänger, eingeschrieben, sodass der Anteil an allen Studenten mit knapp 5 % und bei den Studienanfängern mit 8 % niedriger als in Hessen war. Der Informatikerausbildung an Fachhochschulen kommt in Hessen eine besondere Bedeutung zu: Anfang der Neunzigerjahre waren 55 % der Informatikstudenten in Fachhochschulstudiengängen immatrikuliert, 1999/2000 sogar 57 %. Im Bundesdurchschnitt lag der Anteil dagegen bei 35 %. Nach den Ergebnissen der Vorwegbefragung der Hochschulen ist die Anfängerzahl im Studienfach Informatik 2000/01 um 500 gegenüber dem Vorjahr weiter gestiegen.

Die hier seit Mitte der Neunzigerjahre zu beobachtende positive Entwicklung bei den Studienanfängern wirkte sich auf die Zahl der Absolventen noch nicht aus, da die durchschnittliche Fachstudiendauer knapp sechs Jahre beträgt. In den Jahren 1997 bis 1999 beendeten jährlich rund 560 Informatikstudenten erfolgreich ihr Studium. Erst ab dem Jahr 2002 und deutlicher ab 2004 ist wegen der gestiegenen Anfängerzahl mit jährlichen Absolventenzahlen von 800 bis 1100 zu rechnen. Damit bleibt jedoch das Angebot an Absolventen weit hinter der Nachfrage. In einer Arbeitsmarktanalyse des Berufsfeldes Informatik⁴⁾ wird die Zahl der im Jahr 2000 bundesweit nicht besetzten Stellen im Bereich der Informationstechnologien mit 75 000 angegeben, wobei jedoch keine Schätzung gemacht wurde, wie viele der offenen Stellen für junge Hochschulabsolventen infrage kommen. Es stehe jedoch außer Frage, dass in Deutschland ein erheblicher Mangel an Universitäts- und Fachhochschulabsolventen der Informatik herrscht und sich an diesem Zustand in den kommenden zwei Jahren nichts ändern wird, zunächst sogar wegen bundesweit gesunkener Anfängerzahlen Anfang der Neunzigerjahre mit einem leichten Rückgang zu rechnen ist.

Deutlich weniger Naturwissenschaftler . . .

Allgemein wird von den deutschen Unternehmen jedoch nicht nur das Fehlen von Informatikern, sondern auch von

4) UNI-Magazin 7/2000, S. 42 – 47.

**Studenten, Studienanfänger und Absolventen an hessischen Hochschulen in
mathematisch-naturwissenschaftlichen Studiengängen 1992 bis 1999**

Wintersemester/ Prüfungsjahr	Mathematik, Naturwissen- schaften insgesamt		darunter Studienbereich									
			Biologie		Chemie		Informatik		Mathematik		Physik	
	Anzahl	1992/93 = 100	Anzahl	1992/93 = 100	Anzahl	1992/93 = 100	Anzahl	1992/93 = 100	Anzahl	1992/93 = 100	Anzahl	1992/93 = 100
Studenten												
1992/93	25 678	100	5 087	100	3 563	100	6 027	100	3 630	100	2 983	100
1993/94	25 386	98,9	5 088	100,0	3 322	93,2	6 206	103,0	3 576	98,5	2 798	93,8
1994/95	24 507	95,4	4 797	94,3	2 978	83,6	6 090	101,0	3 789	104,4	2 530	84,8
1995/96	23 324	90,8	4 483	88,1	2 662	74,7	5 979	99,2	3 769	103,8	2 264	75,9
1996/97	22 744	88,6	4 336	85,2	2 372	66,6	6 166	102,3	3 603	99,3	2 084	69,9
1997/98	22 776	88,7	4 143	81,4	2 413	67,7	6 459	107,2	3 696	101,8	1 929	64,7
1998/99	22 917	89,2	4 015	78,9	2 256	63,3	7 348	121,9	3 581	98,7	1 793	60,1
1999/2000	23 441	91,3	4 077	80,1	2 062	57,9	8 527	141,5	3 605	99,3	1 668	55,9
davon												
wiss. Studiengänge	18 134	83,1	4 077	80,1	2 062	57,9	3 628	134,7	3 209	100,9	1 668	55,9
FH-Studiengänge	5 307	138,1	-	-	-	-	4 899	147,0	396	87,8	-	-
Studienanfänger (1. Fachsemester)												
1992/93	4 450	100	838	100	479	100	1 252	100	803	100	408	100
1993/94	3 980	89,4	854	101,9	329	68,7	1 204	96,2	686	85,4	348	85,3
1994/95	3 471	78,0	656	78,3	250	52,2	1 068	85,3	699	87,0	266	65,2
1995/96	3 303	74,2	649	77,4	270	56,4	984	78,6	676	84,2	221	54,2
1996/97	3 898	87,6	709	84,6	260	54,3	1 417	113,2	746	92,9	223	54,7
1997/98	4 129	92,8	754	90,0	314	65,6	1 608	128,4	709	88,3	216	52,9
1998/99	4 378	98,4	662	79,0	316	66,0	1 993	159,2	725	90,3	222	54,4
1999/2000	4 874	109,5	803	95,8	293	61,2	2 453	195,9	747	93,0	224	54,9
davon												
wiss. Studiengänge	3 265	93,1	803	95,8	293	61,2	973	217,2	618	90,7	224	54,9
FH-Studiengänge	1 609	170,8	-	-	-	-	1 480	184,1	129	105,7	-	-
Absolventen (bestandene Abschlussprüfungen)												
1993	2 851	100	581	100	484	100	519	100	291	100	434	100
1994	3 264	114,5	721	124,1	602	124,4	613	118,1	355	122,0	459	105,8
1995	3 362	117,9	769	132,4	560	115,7	663	127,7	398	136,8	453	104,4
1996	3 078	108,0	673	115,8	558	115,3	505	97,3	399	137,1	424	97,7
1997	3 025	106,1	579	99,7	558	115,3	567	109,2	370	127,1	408	94,0
1998	2 973	104,3	642	110,5	454	93,8	558	107,5	427	146,7	331	76,3
1999	2 819	98,9	588	101,2	425	87,8	560	107,9	361	124,1	325	74,9
davon												
wiss. Studiengänge	2 403	97,2	588	101,2	425	87,8	201	101,0	314	123,6	325	74,9
FH-Studiengänge	416	110,1	-	-	-	-	359	112,2	47	127,0	-	-

Naturwissenschaftlern bemängelt. In den Studienbereichen Biologie, Chemie und Physik waren 1999/2000 insgesamt knapp 8000 Studenten eingeschrieben und damit fast 4000 weniger als zu Beginn der Neunzigerjahre. Besonders drastisch war dabei der Rückgang in Physik und Chemie mit Abnahmen von über 40 % und je 1500 Studenten, gegenüber einer Abnahme in Biologie von 20 % oder 1000 Studenten. Die Ursache für den eingangs beschriebenen, im Beobachtungszeitraum unveränderten Anteil der Einschreibungen in der Fächergruppe Mathematik/Naturwissenschaften, ist die starke Zunahme der Einschreibungen in Informatik bei gleichzeitigem deutlichem Rückgang in den Naturwissenschaften. Während in Physik die Studienanfängerzahl seit fünf Jahren konstant bei 220 und damit fast 50 % unter der Zahl von 1992 liegt, ist sie in Chemie nach zwischenzeitlichem leichtem Anstieg im letzten Jahr auf 290 zurückgegangen und war somit fast 40 % niedriger als 1992. In Biologie pendelte die Anfängerzahl zwischen 850 und 650 und war mit 800 im letzten Wintersemester nur 4 % niedriger als 1992. Die Absolventenzahl eines Jahres wird maßgeblich be-

stimmt durch die Studienanfängerzahl etwa sechs Jahre zuvor. Im Durchschnitt der vier letzten Jahre schlossen in Physik insgesamt 370 Studenten, in Chemie 500 und in Biologie 620 ihr Studium erfolgreich ab. Dabei wird sich in Physik der seit 1995 erfolgte Rückgang verstärkt fortsetzen; in Chemie wie auch in Biologie ist bis zum Jahr 2003 ein Rückgang zu erwarten.

... und drastischer Rückgang in Ingenieurwissenschaften

Das Interesse an einem ingenieurwissenschaftlichen Studium war von 1980/81 mit knapp 20 000 Studenten bis zum Höchststand in 1992/93 mit 40 000 Studenten stetig gestiegen. Danach ging in diesem Bereich die Studienneigung stark zurück, bedingt durch die ungünstige Arbeitsmarktlage in den einschlägigen Berufszweigen. Von 1992/93 bis 1999/2000 sank die Zahl der Ingenieurstudenten in Hessen um 29 %, die der Studienanfänger sogar um 35 %. Die Fächergruppe Ingenieurwissenschaften um-

**Studenten, Studienanfänger und Absolventen an hessischen Hochschulen in
Ingenieurwissenschaften 1992 bis 1999**

Wintersemester/ Prüfungsjahr	Ingenieur- wissenschaften insgesamt		darunter Studienbereich							
			Architektur, Innenarchitektur		Bauingenieur- wesen		Elektrotechnik		Maschinenbau/ Verfahrenstechnik	
	Anzahl	1992/93 = 100	Anzahl	1992/93 = 100	Anzahl	1992/93 = 100	Anzahl	1992/93 = 100	Anzahl	1992/93 = 100
Studenten										
1992/93	40 221	100	6 613	100	5 971	100	10 556	100	15 766	100
1993/94	39 216	97,5	6 702	101,3	6 669	111,7	9 558	90,5	14 947	94,8
1994/95	38 418	95,5	6 789	102,7	7 426	124,4	8 942	84,7	13 885	88,1
1995/96	37 059	92,1	6 810	103,0	7 937	132,9	8 037	76,1	12 931	82,0
1996/97	33 983	84,5	6 806	102,9	7 884	132,0	6 841	64,8	11 284	71,6
1997/98	31 837	79,2	6 685	101,1	7 648	128,1	6 663	63,1	9 679	61,4
1998/99	29 747	74,0	6 713	101,5	7 118	119,2	6 018	57,0	8 796	55,8
1999/2000	28 627	71,2	6 678	101,0	6 576	110,1	5 800	54,9	8 432	53,5
davon										
wiss. Studiengänge	11 614	79,4	3 372	98,1	3 123	104,3	1 851	52,8	3 104	69,9
FH-Studiengänge	17 013	66,5	3 306	104,1	3 453	116,0	3 949	56,0	5 328	47,0
Studienanfänger (1. Fachsemester)										
1992/93	5 945	100	823	100	1 400	100	1 379	100	2 194	100
1993/94	5 126	86,2	773	93,9	1 449	103,5	1 081	78,4	1 641	74,8
1994/95	4 900	82,4	839	101,9	1 463	104,5	976	70,8	1 446	65,9
1995/96	4 374	73,6	831	101,0	1 319	94,2	805	58,4	1 270	57,9
1996/97	3 914	65,8	830	100,9	995	71,1	805	58,4	1 162	53,0
1997/98	3 686	62,0	764	92,8	848	60,6	785	56,9	1 120	51,0
1998/99	3 618	60,9	771	93,7	689	49,2	859	62,3	1 133	51,6
1999/2000	3 892	65,5	791	96,1	719	51,4	948	68,7	1 228	56,0
davon										
wiss. Studiengänge	1 510	65,0	401	89,7	282	39,0	309	71,2	502	73,7
FH-Studiengänge	2 382	65,7	390	103,7	437	64,5	639	67,6	726	48,0
Absolventen (bestandene Abschlussprüfungen)										
1993	4 600	100	495	100	404	100	1 402	100	1 898	100
1994	4 661	101,3	686	138,6	398	98,5	1 521	108,5	1 837	96,8
1995	4 451	96,8	677	136,8	501	124,0	1 384	98,7	1 688	88,9
1996	4 862	105,7	675	136,4	631	156,2	1 413	100,8	1 916	100,9
1997	4 368	95,0	624	126,1	612	151,5	1 183	84,4	1 772	93,4
1998	4 056	88,2	594	120,0	755	186,9	1 051	75,0	1 520	80,1
1999	3 729	81,1	657	132,7	833	206,2	859	61,3	1 227	64,6
davon										
wiss. Studiengänge	1 490	97,1	312	166,8	399	234,7	254	70,9	455	78,7
FH-Studiengänge	2 239	73,0	345	112,0	434	185,5	605	58,0	772	58,5

fasst neun Studienbereiche, von denen, gemessen an der Studentenzahl, die Bereiche Maschinenbau/Verfahrenstechnik, Architektur/Innenarchitektur, Bauingenieurwesen sowie Elektrotechnik die bedeutendsten sind. Die seit 1992 beschriebene rückläufige Entwicklung ist in den einzelnen Bereichen unterschiedlich verlaufen. Die Zahl der Studenten in Architektur/Innenarchitektur stagnierte bei 6600 und die der Studienanfänger ging um 4 % zurück. Im Bereich Bauingenieurwesen stieg die Studentenzahl zunächst von 6000 auf knapp 8000 im Jahr 1995 an und fiel dann bis auf 6600 im Wintersemester 1999/2000 zurück; dagegen sank die Zahl der Anfänger im gesamten Beobachtungszeitraum um 49 % auf nun 700. Besonders ausgeprägt ist der Rückgang in Maschinenbau/Verfahrenstechnik mit 47 % auf 8400 bei den Studenten und den Anfängern mit 44 % auf 1200, sowie in Elektrotechnik mit 45 % auf 5800 bei den Studenten und 31 % auf 950 bei den Anfängern.

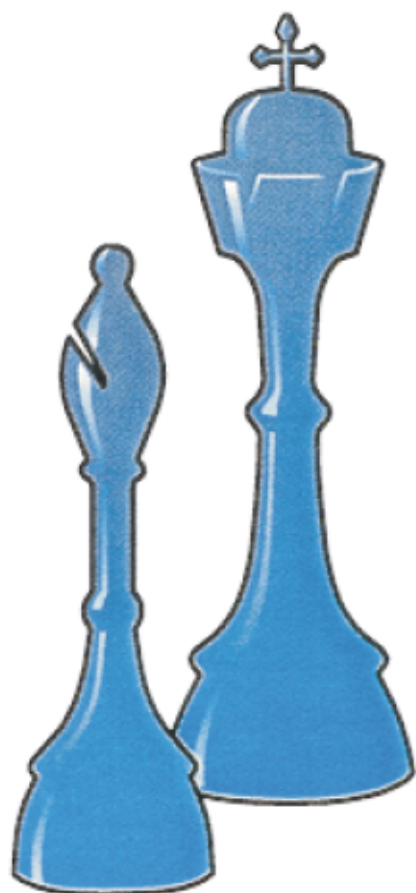
Da die Absolventenzahl entsprechend der Studiendauer von rund sechs Jahren der Entwicklung der Studienanfängerzahl folgt, trat seit 1997 und insbesondere 1998 und 1999 der Rückgang bei den erfolgreichen Studienabgängern ein. So gab es zwischen den Prüfungsjahren 1996 und 1999 bei den Ingenieurwissenschaftlern 23 % weniger Absolventen, im Bereich Elektrotechnik sogar 39 % und in Maschinenbau/Verfahrenstechnik 36 % weniger. Obwohl der 1999/2000 erfolgte leichte Anstieg der Anfängerzahl in den beiden letztgenannten Studienbereichen sich gemäß der Vorabmeldungen der Hochschulen auch 2000/01 leicht fortsetzte, ist zunächst ein deutlicher Rückgang in der Absolventenzahl zu erwarten. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes⁵⁾ entsprach bundesweit die Zahl der Absolventen in Maschinenbau und Elektrotechnik in etwa dem Zugang der bei den Arbeitsämtern gemeldeten freien Stellen in diesen Berufszweigen. Da sich bei den Maschinenbau- und Elektroingenieuren seit 1998 sowohl der Zugang freier Stellen deutlich erhöht als auch die Arbeitslosenzahl sich deutlich verringert hat, ist bei gleichzeitigem Rückgang der Hochschulabsolventen die Befürchtung hinsichtlich eines Man-

5) Statistisches Bundesamt, Hochschulstandort Deutschland, Presseexemplar, 1999.

gels an akademisch ausgebildeten Fachkräften in den beiden Kernbereichen der Ingenieurwissenschaften durchaus berechtigt.

Der beschriebene Missstand wird auch von der hessischen Landesregierung gesehen und soll abgebaut werden, indem

mehr Jugendliche für Natur- und Ingenieurwissenschaften begeistert werden sollen. Unter dem Titel „Tekno Now – Natur und Technik entdecken“ haben drei Ministerien, Berufsverbände und Hochschulen Mitte Januar 2001 eine Initiative gestartet, um die Zahl der Studienanfänger in diesen Bereichen zu erhöhen. □



und

**Ihre
Wiesbadener
Volksbank.**



laden ein zum Simultanschach an 35 Brettern mit

Dr. Robert Hübner

Internationaler Großmeister
mehrfacher WM Kandidat
Mannschafts-Silbermedallien-Gewinner
bei der Schacholympiade 2000

am 25. April 2001 um 16.15 Uhr im

**Hessischen Ministerium
für Wissenschaft und Kunst
Rheinstraße 25**

Unkostenbeitrag 25,00 DM



Info 0611 / 3302448 oder 440

Viehhaltung in Hessen 1999

Gegenstand der Betrachtung sind die Betriebe mit Viehhaltung in Hessen, wobei der besondere Schwerpunkt den Ergebnissen der Landwirtschaftszählung 1999 gilt. Zum Erfassungsbereich dieser Zählung gehören alle Betriebe mit mindestens 2 Hektar (ha) landwirtschaftlich genutzter Fläche (LF) oder entsprechenden Erzeugungseinheiten¹⁾. Durch die unterschiedlichen Erfassungsgrenzen im Vergleich zu früheren Zählungen ist die Vergleichbarkeit der Ergebnisse stark eingeschränkt. Diese Problematik ist bereits in einem früheren Beitrag beschrieben worden²⁾. Zum Zeitpunkt der Landwirtschaftszählung 3. Mai 1999 gab es in Hessen insgesamt 29 700 landwirtschaftliche Betriebe, davon 24 000 Betriebe mit Viehhaltung des genannten Erfassungsbereiches, die anhand ihrer Struktur- und Regionalergebnisse ausgewertet wurden, und 5 700 viehlose Betriebe. Auswirkungen der aktuellen BSE-Krise sind in diesem Textbeitrag auf Grund des zurückliegenden Betrachtungszeitraumes nicht erfasst.

Viehbestände weiter rückläufig

Anhand der Viehzählungen der Jahre 1949 — 1999³⁾ werden im Folgenden die Viehbestände der Tierarten Rinder und Schweine in Hessen dargestellt. Bezeichnendes Merkmal dieser Zählungen ist zunächst die Zunahme der Rinder- und Schweinebestände, bis zu ihrem Höhepunkt in den Siebzigerjahren, mit der anschließenden Abnahme der Viehbestandszahlen bis zum heutigen Zeitpunkt.

Die Abnahme der Rinderzahl im Zeitraum 1949 — 1999 betrug knapp 25 %. Die meisten Rinder wurden im Jahr 1969 gehalten, und zwar 946 600 Tiere. Der höchste Bestand an Milchkühen wurde im Jahr 1951 mit 447 000 Tieren gezählt und hat 1999 mit 170 800 Tieren den niedrigsten Stand im Betrachtungszeitraum erreicht. In der Rinderhaltung hat sich der Bestand an Milchkühen im Zeitraum 1949 — 1999 um

60 % verringert, die Zahl der Milchviehalter reduzierte sich von 1979, — dem Jahr der erstmaligen Erfassung der Halter —, bis 1999 um 80 %.

Die Milchablieferung von hessischen Erzeugern an die Molkerelen folgt allerdings nicht der oben aufgezeigten Entwicklung. Dies ist zum einen auf die Steigerung der Milchleistung je Kuh und Jahr von 1600 kg im Jahr 1949 auf knapp 6000 kg im Jahr 1999 zurückzuführen, zum anderen auf die Verringerung des Anteils der selbst verbrauchten und verfütterten Milch. Im Jahr 1949 wurden lediglich 77 % der erzeugten Milch an die Molkerelen und Händler abgeliefert, 1999 betrug diese Quote gut 94 %.

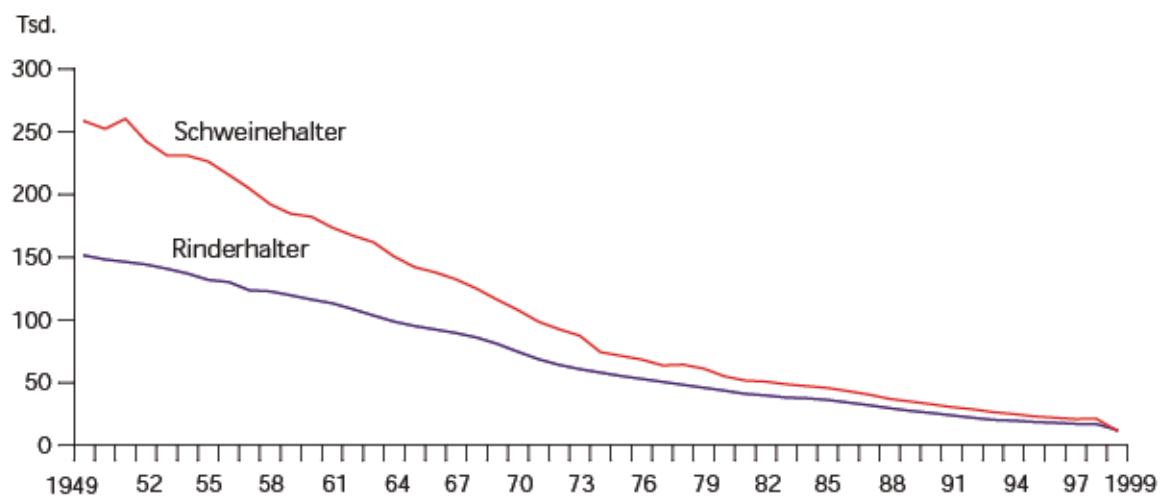
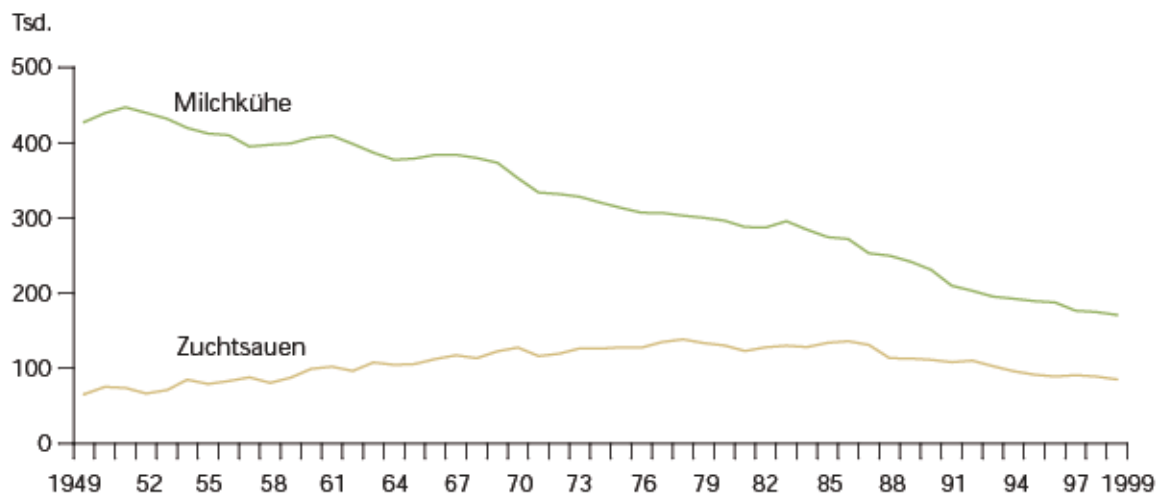
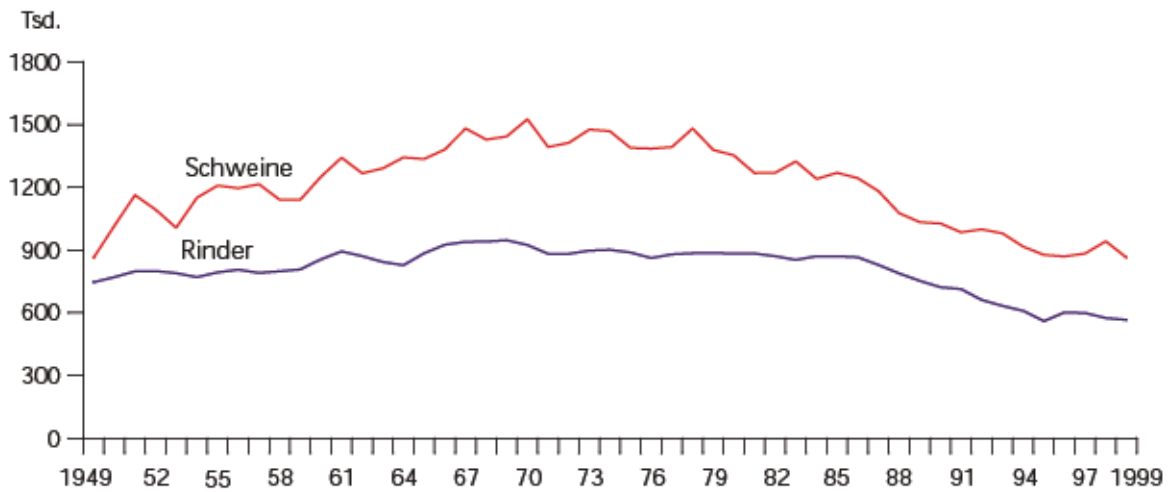
Die Schweinehaltung hatte 1999 nahezu den gleichen Umfang wie 1949, wenngleich im Betrachtungszeitraum starke Schwankungen des Schweinebestandes feststellbar sind. Der Spitzenwert wurde im Jahr 1970 mit 1,5 Mill. Tieren erreicht. Die Anzahl der Schweine insgesamt nahm geringfügig um 2,4 % zu, die der Zuchtsauen legte im gleichen Zeitraum sogar um 23 % auf nunmehr 85 300 Tiere im Jahr 1999 zu. Die meisten Zuchtsauen wurden allerdings 1978 mit 138 600 Tieren gehalten. Insgesamt hat sich seit 1949 im Vergleich zu 1999 die Zahl der Schweinehalter um 94 % reduziert.

1) Erzeugungseinheiten: Betriebe mit weniger als 2 ha /LF, aber mindestens
– jeweils 8 Rindern oder Schweinen oder
– zwanzig Schafen oder
– jeweils zweihundert Legehennen oder Junghennen oder Schlacht-, Masthähnchen, -hühnern und sonstigen Hähnen oder Gänsen, Enten und Trutzhühnern oder
– 10 ha Waldfläche oder
– Sonderkulturen wie z. B. 30 Ar Rebland, 3 Ar Unterglasanlagen, Gemüse u. a.
2) Vgl. „Viehzählung mit veränderter Methodik — Erste Ergebnisse“, Staat und Wirtschaft in Hessen, 54. Jahrgang, Heft 10, Oktober 1999, Seite 300 f.
3) Jeweils zum 3. Dezember; 1999 zum 3. November.

Landwirtschaftliche Betriebe, landwirtschaftliche Betriebe mit Viehhaltung und Betriebe mit Rinder- und Schweinehaltung am 3. Mai 1999 nach Betriebsgrößenklassen je Hektar (ha) landwirtschaftlich genutzter Fläche (LF)
(Ergebnisse der Landwirtschaftszählung)

Landwirtschaftlich genutzte Fläche von ... ha	Landwirtschaftliche Betriebe insgesamt	Landwirtschaftliche Betriebe mit Viehhaltung	darunter mit							
			Rindern				Schweinen			
			Betriebe	%	Tiere	%	Betriebe	%	Tiere	%
unter 2	1 756	490	62	0,4	1 568	0,3	275	1,8	10 492	1,2
2 bis unter 5	5 804	4 269	1 452	9,7	7 177	1,3	2 567	17,1	18 581	2,1
5 bis unter 10	5 179	4 237	2 393	15,9	21 023	3,8	2 668	17,7	37 071	4,2
10 bis unter 20	5 625	4 820	3 304	22,0	56 518	10,1	3 199	21,3	94 023	10,6
20 bis unter 30	3 158	2 799	2 156	14,4	68 154	12,2	1 910	12,7	95 651	10,8
30 bis unter 50	3 582	3 210	2 480	16,5	122 042	21,8	2 033	13,5	172 663	19,5
50 bis unter 75	2 263	2 058	1 597	10,6	116 705	20,8	1 239	8,2	172 210	19,5
75 bis unter 100	1 128	1 050	811	5,4	75 623	13,5	601	4,0	127 003	14,4
100 bis unter 200	1 036	937	689	4,6	81 696	14,6	501	3,3	138 301	15,6
200 oder mehr	138	89	62	0,4	9 756	1,7	41	0,3	17 966	2,0
Insgesamt	29 669	23 959	15 006	100	560 262	100	15 034	100	883 961	100

Viehhaltung in Hessen 1949 bis 1999 nach ausgewählten Tierarten (Ergebnisse der Viehzählungen¹⁾)



1) Bis 1981 Totalerhebungen, ab 1981 in den ungeraden Jahren Repräsentativerhebungen;
ab 1999 geänderter Erfassungsbereich.

Im Jahr 1999 hatte Hessen, gemessen an den Tierzahlen Deutschlands, einen Anteil von 3,8 % des Rinderbestandes (allerdings 6,3 % der Rinderhalter) sowie einen Anteil von 3,6 % des Schweinebestandes (allerdings 10,6 % der Schweinehalter).

Die meisten Tiere stehen in Betrieben mit 30 bis unter 75 ha LF

Zum Zeitpunkt der Landwirtschaftszählung 1999 waren von insgesamt 29 700 landwirtschaftlichen Betrieben in Hessen 24 000 Betriebe mit Viehhaltung. Von den Betrieben mit Viehhaltung hielten 15 000 Betriebe Rinder (darunter 7700 Betriebe mit Milchviehhaltung) und ebenfalls 15 000 Betriebe hielten Schweine (darunter 4000 Betriebe mit Zuchtsauenhaltung). Des Weiteren hielten 5500 Betriebe Pferde, 2300 Betriebe Schafe und 9300 Betriebe Geflügel.

Innerhalb einer Gliederung nach *Betriebsgrößenklassen* in ha/LF sind die, bezogen auf die Anzahl der Rinder und Schweine, am häufigsten besetzten Klassen die der 30 bis unter 50 ha sowie 50 bis unter 75 ha großen Betriebe. In diesen Klassen werden jeweils rund 20 % der jeweiligen Tierart gehalten. Gut die Hälfte aller Rinder stehen in den 21 % der

Betriebe, die 50 oder mehr ha groß sind. Ähnlich in der Schweinehaltung: Auch hier stehen gut die Hälfte der Schweine in Betrieben mit 50 oder mehr ha LF, jedoch umfasst diese Gruppe lediglich 16 % der Betriebe.

Gliedert man die Viehhaltung nach *Bestandsgrößenklassen*, so können folgende Aussagen getroffen werden: In den Bestandsgrößenklassen 1—19 Rinder stehen lediglich 11 % der Tiere, jedoch sind hier 46 % der rinderhaltenden Betriebe zu finden. Anders in Bestandsgrößenklassen die mehr Tiere umfassen. 59 % der Rinder stehen in Beständen mit 60 oder mehr Tieren, die von 22 % der rinderhaltenden Betriebe betreut werden. Betrachtet man die beiden Skalenenden in der Schweinehaltung, treten noch deutlichere Unterschiede auf. In der Bestandsgrößenklasse 1—9 Schweine stehen lediglich 3 % der Tiere, jedoch 48 % der schweinehaltenden Betriebe sind hier zu finden. In den Beständen mit 400 oder mehr Tieren, eine Bestandsgröße, die lediglich von 3,3 % der schweinehaltenden Betriebe erreicht wird, stehen 41 % der Tiere.

Von den viehhaltenden Betrieben hielt 1999 der durchschnittliche Betrieb in Hessen 37 Rinder bzw. 23 Milchkühe und/oder 59 Schweine bzw. 21 Zuchtsauen. Die bereits erwähnte Klasse der 30 bis unter 50 ha großen Betriebe hielt durchschnittlich 49 Rinder bzw. 23 Milchkühe und/oder 85 Schweine bzw. 27 Zuchtsauen, wohingegen Betriebe mit 200 ha oder mehr 157 Rinder bzw. 91 Milchkühe und/oder 438 Schweine bzw. 40 Zuchtsauen hielten.

Haltung von Rindern, Milchkühen,
Schweinen und Zuchtsauen am 3. Mai 1999
nach Bestandsgrößenklassen
(Ergebnisse der Landwirtschaftszählung)

Bestandsgröße nach Zahl der Tiere	Betriebe		Tiere	
	Anzahl	%	Anzahl	%
Rinder				
1 bis 9	4 080	27,2	20 814	3,7
10 bis 19	2 860	19,1	40 002	7,1
20 bis 39	3 114	20,8	87 893	15,7
40 bis 59	1 703	11,3	82 540	14,7
60 bis 99	1 971	13,1	149 760	26,7
100 oder mehr	1 278	8,5	179 253	32,0
Insgesamt	15 006	100	560 262	100
darunter Milchkühe				
1 bis 9	2 330	30,3	11 128	6,3
10 bis 19	1 904	24,7	27 089	15,4
20 bis 39	2 111	27,4	57 524	32,8
40 bis 59	852	11,1	40 716	23,2
60 bis 99	432	5,6	30 962	17,6
100 oder mehr	66	0,9	8 226	4,7
Insgesamt	7 695	100	175 645	100
Schweine				
1 bis 9	7 269	48,4	29 455	3,3
10 bis 99	5 736	38,2	201 283	22,8
100 bis 199	953	6,3	132 660	15,0
200 bis 399	579	3,9	161 455	18,3
400 bis 999	417	2,8	254 613	28,8
1000 oder mehr	80	0,5	104 495	11,8
Insgesamt	15 034	100	883 961	100
darunter Zuchtsauen				
1 bis 9	2 083	52,1	7 655	9,0
10 bis 29	1 123	28,1	19 190	22,7
30 bis 49	325	8,1	12 372	14,6
50 bis 99	309	7,7	21 206	25,1
100 oder mehr	156	3,9	24 232	28,6
Insgesamt	3 996	100	84 655	100

10 % der Schweine zur Zucht, 31 % der Rinder zum Melken

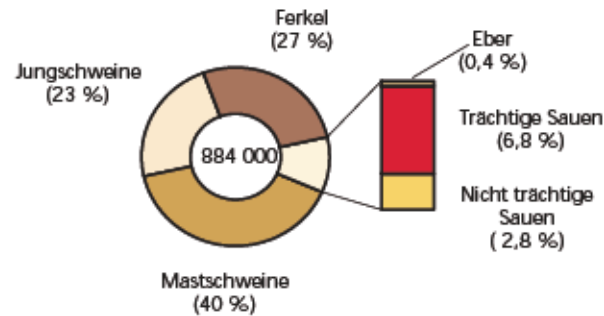
In der Struktur der einzelnen Tierarten nach den jeweiligen Nutzungen ergibt sich folgendes Bild: Die Rinderhaltung weißt mit einem Anteil von 31 % Milchkühen am gesamten Rinderbestand ein typisches Verhältnis von Milchkühen zu sonstigen Rindern auf. Der Bundesdurchschnitt liegt hier bei 32 %. 47 % des Rinderbestandes waren älter als 2 Jahre, wobei knapp 14 000 Tiere oder 2,5 % Schlachtreife erreicht hatten.

Im Gegensatz zu den neuen Bundesländern wird in der hessischen Sauenhaltung noch vermehrt Natursprung durchgeführt. Das Verhältnis von Ebern zu Sauen beträgt in Hessen 1 zu 25, während in den neuen Bundesländern dieses Verhältnis 1 zu 90, in Mecklenburg-Vorpommern sogar 1 zu 104 beträgt. Im früheren Bundesgebiet werden lediglich im Saarland, Rheinland-Pfalz und den Stadtstaaten weniger Sauen je Eber gehalten.

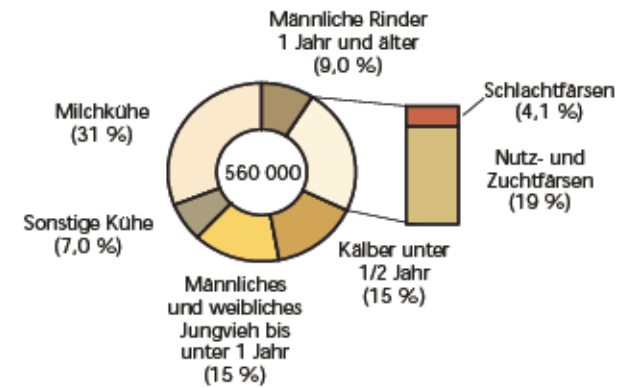
Die hessischen Schweinemäster produzieren schwerere Mastschweine als ihre Berufskollegen in den alten Bundesländern. Jedes 17. Mastschwein ist der Gruppe „110 und mehr kg“ zuzuordnen. In den alten Bundesländern ist dies sonst jedes 26., in den neuen Ländern jedes 13. Mastschwein.

Struktur der Tierbestände am 3. Mai 1999 nach Tierarten

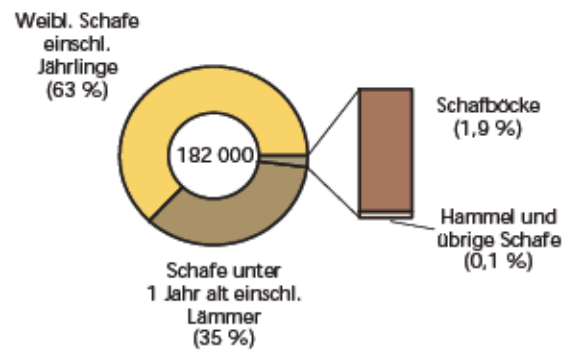
Schweinebestand



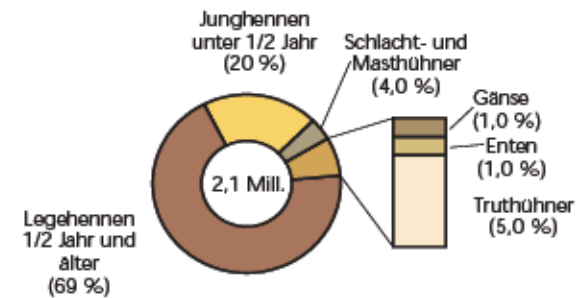
Rinderbestand



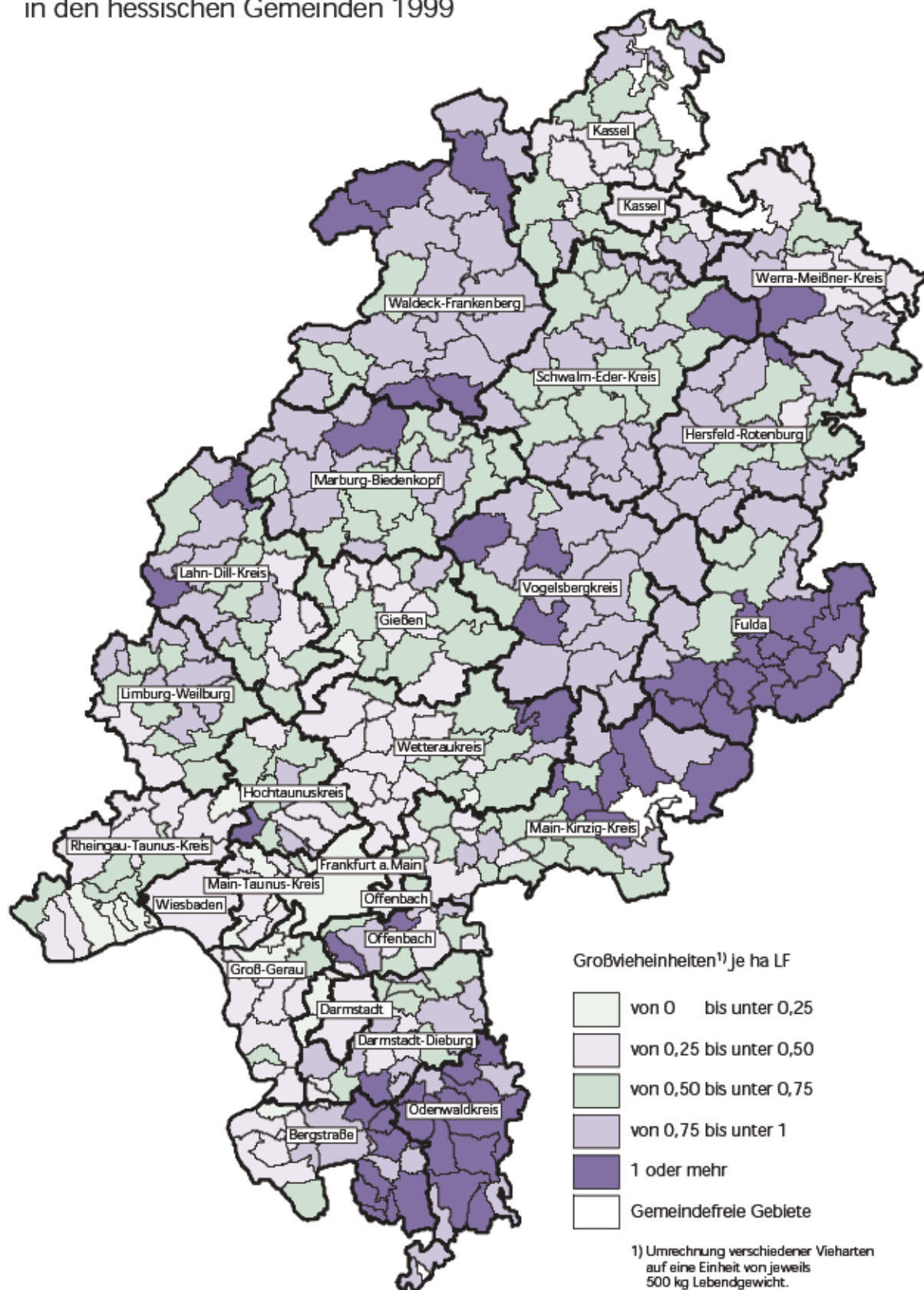
Schafbestand



Geflügelbestand



Großvieheinheiten je ha
landwirtschaftlich genutzter Fläche (LF)
in den hessischen Gemeinden 1999



HSL 06/01

**Großvieheinheiten (GV) je Hektar (ha)
landwirtschaftlich genutzter Fläche (LF)
und Großvieheinheiten je Betrieb am 3. Mai 1999
nach Verwaltungsbezirken
(Ergebnisse der Landwirtschaftszählung)**

Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis	GV je ha LF	GV je Betrieb
Darmstadt, St.	0,4	25,1
Frankfurt am Main, St.	0,2	16,7
Offenbach am Main, St.	0,4	22,8
Wiesbaden, St.	0,3	18,9
Bergstraße	0,7	24,3
Darmstadt-Dieburg	0,6	29,5
Groß-Gerau	0,3	18,5
Hochtaunuskreis	0,6	23,7
Main-Kinzig-Kreis	0,8	24,2
Main-Taunus-Kreis	0,3	17,1
Odenwaldkreis	1,2	29,1
Offenbach	0,7	28,8
Rheingau-Taunus-Kreis	0,3	14,8
Wetteraukreis	0,5	22,8
Reg.-Bez. Darmstadt	0,6	23,9
Gießen	0,5	20,6
Lahn-Dill-Kreis	0,7	18,0
Limburg-Weilburg	0,7	33,0
Marburg-Biedenkopf	0,8	19,3
Vogelsbergkreis	0,9	27,4
Reg.-Bez. Gießen	0,8	23,4
Kassel, St.	0,3	19,3
Fulda	1,0	23,8
Hersfeld-Rotenburg	0,8	20,1
Kassel	0,6	21,0
Schwalm-Eder-Kreis	0,8	23,6
Waldeck-Frankenberg	0,9	25,5
Werra-Meißner-Kreis	0,6	23,0
Reg.-Bez. Kassel	0,8	23,2
Land Hessen	0,7	23,4

Die Geflügelhaltung in Hessen ist im Wesentlichen von der Eiererzeugung dominiert. Lediglich 7 % des Geflügelbestandes sind der Position „Sonstiges Geflügel“ zuzuordnen, wobei in dieser Untergruppe die Truthühner mit 5 %, des gesamten Geflügelbestandes, den größten Anteil ergeben. Der Zuwachs an Truthühnern von 34 000 Tieren im Jahr 1960, — dem erstmaligen Jahr der Erfassung —, auf nunmehr 111 000 Tiere im Jahr 1999, spiegelt auch die geänderten Fleischverzehrsgewohnheiten wieder.

Intensive Viehhaltung in Nordhessen

Zur Feststellung der regionalen Gliederung der Viehhaltung in Hessen wurden, auf Basis der Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 1999, alle in der Erhebung erfassten Vieharten als Summe der Großvieheinheiten (GV)⁴⁾ auf Gemeinde- bzw. Kreisebene zusammengefasst. Durch diese Umrechnung lassen sich alle Vieharten gemeinsam betrachten. Die unterschiedlichen naturräumlichen Gegebenheiten innerhalb der einzelnen Verwaltungsbezirke finden sich auch im entsprechenden GV-Besatz wieder.

4) Dabei entspricht eine GV einem Tier mit einem Lebendgewicht von 500 kg.
5) Vgl. Umrechnungsschlüssel des Statistischen Bundesamtes; Gruppe IXA-980/12, 1992.

6) Feststellung nach dem Betriebsprinzip, d. h. die Verwertung des wirtschaftseigenen Düngers kann auf betriebsfremden Flächen erfolgen.

7) Vergleiche dazu Umweltatlas Hessen 2000, Hessisches Landesamt für Umwelt und Geologie, Wiesbaden.

Die Kennziffer der Intensität der Viehhaltung wird mit der Quote Großvieheinheiten pro Hektar Landwirtschaftlich genutzter Fläche (GV je ha LF) beschrieben. Der hessische Durchschnitt lag im Jahr 1999 bei 0,7 GV je ha LF, wobei die Regierungsbezirke Gießen und Kassel die intensivste Viehhaltung mit 0,8 GV je ha LF aufweisen. Die Intensität muss hier jedoch relativ betrachtet werden. In den agrarischen Intensivgebieten Norddeutschlands werden deutlich mehr GV je ha LF gehalten (Landkreis Cloppenburg 2,5 GV je ha LF, Landkreis Vechta 3,2 GV je ha LF). Die Gemeinde Raunheim, einzige hessische Gemeinde ohne landwirtschaftlich genutzte Fläche, ist auch die einzige Gemeinde ohne landwirtschaftliche Viehhaltung. Andere Gemeinden mit einem geringen Viehbesatz sind zumeist in Gebieten mit einem hohen Anteil an Sonderkulturen zu finden, wie zum Beispiel dem Rheingau und der Bergstraße. Demgegenüber sind die intensivsten Viehhaltungen in den Mittelgebirgslagen zu finden.

Je Betrieb wurden in Hessen durchschnittlich 23,4 GV je Betrieb gehalten, wobei im Rheingau-Taunus-Kreis lediglich 14,8 GV je Betrieb gehalten wurden, während im Landkreis Limburg-Weilburg 33,0 GV je Betrieb im Stall und auf der Weide standen.

Im Vergleich zur GV je ha LF liegt die umweltrelevante Kennziffer Dungeinheit je ha LF (DE je ha LF) landesweit bei 0,5 DE je ha LF, wobei einer DE 80 kg Stickstoff (N) entsprechen. Im Gegensatz zu den Großvieheinheiten werden bei dieser Berechnung keine Pferde, Schafe, Ferkel und Gänse berücksichtigt⁵⁾.

Je nach Art der Nutzung und der Beschaffenheit des Bodens beträgt die pflanzenbaulich sinnvolle und wasserwirtschaftlich tolerierbare Düngung mit wirtschaftseigenem Dünger 1,5 bis 3,0 DE je ha LF. Somit kann Hessen als extensiv wirtschaftendes Bundesland betrachtet werden, zumal hohe Werte lediglich in einer Gemeinde festgestellt wurden. Der höchste hessische Einzelwert beträgt 4,60 DE je ha LF⁶⁾ der nächst folgende 1,03 DE je ha LF⁷⁾.

Vergleicht man die regionalen Unterschiede in der Intensität der Viehhaltung mittels der GV für alle Tierarten als auch der absoluten Zahlen der einzelnen Tierarten, so wird deutlich, dass insbesondere in Nordhessen eine intensivere Viehhaltung stattfindet. Von insgesamt 561 000 GV in Hessen wurden im Regierungsbezirk Kassel 267 000 GV, im Regierungsbezirk Gießen 150 000 GV und im Regierungsbezirk Darmstadt 144 000 GV ermittelt. Bezogen auf die Anzahl Tiere lag der Schwerpunkt der Rinderhaltung im Landkreis Fulda, bzw. bei der Milchkuhhaltung im Landkreis Waldeck-Frankenberg, im Bereich der Schweinehaltung im Schwalm-Eder-Kreis. Die meisten Schafe standen im Landkreis Marburg-Biedenkopf, während die Pferdehaltung, bedingt durch die Erfassung der Pensionsviehhaltung nach dem Betriebsprinzip ihren Schwerpunkt im Regierungsbezirk Darmstadt hatte. Auf Kreisebene war die Pferdehaltung im Landkreis Waldeck-Frankenberg am stärksten vertreten, dicht gefolgt vom Main-Kinzig-Kreis. □

Neuaufgabe einer Zeitbudgeterhebung 2001/02

Zum zweiten Mal nach 1991/92 findet in Deutschland eine Zeitbudgeterhebung bei ausgewählten privaten Haushalten statt. In Hessen sollen sich auf freiwilliger Basis daran gut 400 Haushalte beteiligen, in denen alle Personen ab 10 Jahren für drei Tage den Tagesablauf und ihre Aktivitäten im 10-Minuten-Takt festhalten sollen. Die Anwerbung der entsprechenden Haushalte nach einem bundesweit abgestimmten Stichprobenplan hat bereits im Februar begonnen. Ab April dieses Jahres startet dann die eigentliche Erhebung, wobei zur Beurteilung der Situation im Haushalt und des persönlichen Umfelds der Beteiligten eingangs ein Haushaltsfragebogen und ein Personenfragebogen auszufüllen sind. Sodann haben die ausgewählten Personen an zwei Wochentagen und einem Tag eines Wochenendes — nach Vorgabe durch das Statistische Landesamt — ihre Zeitverwendung in einem Tagebuch festzuhalten. Um saisonale Unterschiede angemessen zu berücksichtigen, erstreckt sich die Anschreibung in einem Rotationsverfahren über den Zeitraum eines ganzen Jahres, also bis Ende März 2002. Erste Ergebnisse der zentralen Aufbereitung dürften, vor allem wegen der komplizierten Verschlüsselung der einzelnen Aktivitäten, kaum vor Anfang des Jahres 2003 vorliegen.

Einführung

In der Zeit von Herbst 1991 bis Sommer 1992 fand erstmals in Deutschland eine Zeitbudgeterhebung statt, bei der statistisch-methodische Fragestellungen im Vordergrund standen. Bei den damals vier Befragungswellen haben gut 450 hessische Haushalte Auskünfte erteilt¹⁾. Dabei hat sich unter anderem gezeigt, dass die gewählte Art der Erhebung durchaus praktikabel war und trotz der relativ geringen Stichprobe zumindest auf Bundesebene auch in tiefer fachlicher Gliederung zu plausiblen Aussagen geführt hat. Deshalb sollen nun, genau zehn Jahre später, mit einer erneuten derartigen Studie aktuelle Erkenntnisse gewonnen und eventuelle Veränderungen gegenüber den damaligen Ergebnissen dokumentiert werden²⁾. Als Rechtsgrundlage dient — anders als 1991 — diesmal § 7 Abs. 1 Bundesstatistikgesetz (BStatG), der Erhebungen ohne Auskunftspflicht zulässt, wenn eine oberste Bundesbehörde „zur Erfüllung eines kurzfristig auftretenden Datenbedarfs für Zwecke der Vorbereitung und Begründung anstehender Entscheidungen“ eine Bundesstatistik fordert. Dementsprechend hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend einen „dringenden Erkenntnisbedarf über die Aktivitäten von Haushalts- und Familienangehörigen, insbesondere hinsichtlich der Aktivitäten von Frauen und dem Betreuungsaufwand für Kinder, hinsichtlich der nachbarschaftlichen Unterstützung, des sozialen Engagements und der ehrenamtlichen Betätigung von Bürgern, sowie hinsichtlich des Pflege- und Betreuungsaufwands für behinderte, kranke und alte Menschen“ angemeldet und das Statistische Bundesamt mit der Durchführung einer diesbezüglichen Statistik beauftragt.

1) Zu Methode und Verfahren im Einzelnen vgl. „Zur Zeitbudgeterhebung 1991/92“, Staat und Wirtschaft in Hessen, 47. Jahrg., Heft 10, Oktober 1992, Seite 241 ff.

2) Zu den damaligen Ergebnissen vgl. „Persönliche Zeitverwendung in Hessen 1991/92“, a. a. O., 50. Jahrg., Heft 1/2, Januar/Februar 1995, Seite 9 ff.

3) Mit Ausnahme einiger kleiner Bundesländer, in denen das Statistische Bundesamt auch diese Aufgaben wahrnehmen wird.

Gemäß der üblichen Aufgabenverteilung in der amtlichen Statistik hat das Statistische Bundesamt umgehend die methodischen Vorarbeiten in Angriff genommen. In Zusammenarbeit mit dem zuständigen Bundesministerium wurden Verfahrensweise und Frageprogramm entwickelt und mit den Statistischen Landesämtern abgestimmt. Diese haben nun die eigentliche Feldarbeit zu leisten³⁾. Dazu erhalten die beteiligten Länder aus dem Etat des Auftraggebers über das Statistische Bundesamt anteilig nach Zahl der einbezogenen Haushalte eine Aufwandsentschädigung, die im Wesentlichen als finanzieller Anreiz für die Haushalte, die sich an der Befragung beteiligen, genutzt wird.

Ziele und Umfang der Studie

Ein wesentlicher Teil der Erhebungsziele ist bereits durch die vorstehende Beschreibung im Auftrag des Ministeriums definiert, bei dem familien- und frauenpolitische Fragen im Vordergrund stehen. Neben dieser Erfassung der von den privaten Haushalten unentgeltlich erbrachten Leistungen — durchaus auch unter volkswirtschaftlichen Aspekten — geht es um die Ermittlung und Darstellung von Zeitverwendungsmustern für bestimmte Personengruppen und unterschiedliche Haushaltstypen, insbesondere im Vergleich mit der Erhebung von 1991/92. Gerade unter diesem Gesichtspunkt sind interessante Aufschlüsse zum Beispiel darüber zu erwarten, wie

- die Freizeitgestaltung durch elektronische Medien beeinflusst wird,
- die neuen Ladenöffnungszeiten sich auf die Einkaufszeiten auswirken oder
- die Arbeitszeiten sich bei Männern und Frauen entwickelt haben sowohl hinsichtlich der Dauer als auch der Verteilung über die Woche oder den Tag.

Erhebungssoll der Zeitbudgeterhebung 2001/02 nach Haushaltstyp und sozialer Stellung der Bezugsperson

Soziale Stellung der Bezugsperson	Haushalte insgesamt		davon nach dem Haushaltstyp											
			Einzel-personen		Paare ohne Kind		Allein-erziehende ¹⁾		Paare mit Kind(ern) ¹⁾ , ein Partner erwerbstätig		Paare mit Kind(ern) ¹⁾ , beide Partner erwerbstätig		Sonstige Haushalte	
	Anzahl	% ²⁾	Anzahl	% ²⁾	Anzahl	% ²⁾	Anzahl	% ²⁾	Anzahl	% ²⁾	Anzahl	% ²⁾	Anzahl	% ²⁾
Selbstständige	52	0,25	6	0,13	8	0,13	4	0,75	9	0,56	15	0,33	10	0,29
Beamte	43	0,32	5	0,18	6	0,18	3	0,83	9	0,62	12	0,38	8	0,36
Angestellte	89	0,11	15	0,06	13	0,07	13	0,37	17	0,22	18	0,13	13	0,12
Arbeiter	84	0,17	9	0,09	10	0,09	7	0,53	24	0,28	19	0,19	15	0,18
Rentner, Pensionäre	70	0,09	36	0,09	34	0,09	-	-	-	-	-	-	-	-
Sonstige Nichterwerbstätige	63	0,20	10	0,11	4	0,10	17	0,60	13	0,27	-	-	19	0,19
Haushalte insgesamt	401	0,15	81	0,09	75	0,09	44	0,52	72	0,30	64	0,20	65	0,19

1) Mit Kind(ern) unter 18 Jahren. - 2) Anteil an den entsprechenden Haushalten gemäß der Ergebnisse des Mikrozensus vom April 1999.

Letztlich sollen auch Erkenntnisse auf europäischer Ebene gewonnen werden, vor allem im Vergleich mit anderen Ländern, in denen derartige Erhebungen zum Teil schon seit längerer Zeit regelmäßig durchgeführt werden.

In Hessen sollen sich an der Erhebung auf freiwilliger Basis gut 400 der 2,7 Millionen Haushalte und in ihnen alle Personen ab zehn Jahren beteiligen. Der Umfang der nach Bundesländern, Haushaltstypen und sozialer Stellung der Bezugsperson geschichteten Stichprobe ist damit auf der Ebene von Haushalten etwas niedriger als vor zehn Jahren. Zudem wurden die Schichtungsmerkmale diesmal grober gefasst und keine verbindlichen Vorgaben für die Verteilung auf einzelne Gemeindegrößenklassen gemacht. Insgesamt wird jedoch auf Bundesebene mit über 5000 *Haushalten* wieder die im BStatG festgelegte Obergrenze von 10 000 *Befragten* erreicht, weil die Altersgrenze der einzubeziehenden Personen gegenüber 1991/92 um zwei Jahre gesenkt wurde⁴⁾. Gemessen an den Ergebnissen des Mikrozensus vom April 1999 handelt es sich um eine disproportional Stichprobe, in der Haushalte mit Kindern und solche aus schwächer besetzten Schichten überrepräsentiert sind. Bei einem Durchschnitt von 0,15 % für die Haushalte insgesamt schwankt der Auswahlatz in den einzelnen Schichten zwischen 0,06 % für allein lebende Angestellte und 0,83 % für allein erziehende Beamte. Die Anwerbung der benötigten Haushalte — in Hessen vorrangig aus dem Adressenmaterial der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998 — hat bereits im Februar begonnen. Um eventuelle spätere Ausfälle, die wegen der teilweise doch recht langen Wartezeiten bis zur tatsächlichen Berichterstattung nicht auszuschließen sind, kompensieren zu können, werden zunächst etwas mehr Haushalte angeworben als erforderlich.

Modifizierung des Erhebungsverfahrens

Ab April dieses Jahres startet dann die eigentliche Erhebung mit einem komplexen Verfahren, das gegenüber 1991/92 in einigen, nicht nur inhaltlichen, Punkten modifiziert worden

4) Bereits damals hatten vereinzelt Kinder dieses Alters aus Interesse an der Sache Tagebücher ausgefüllt.

ist. Insbesondere ist dabei der Verzicht auf den Einsatz von Interviewern, vor allem aus Kostengründen, zu nennen. Stattdessen können die Haushalte auf eine intensive Betreuung durch das Statistische Landesamt bauen. Zudem geht man davon aus, dass es sich bei den Beteiligten überwiegend um Haushalte handeln wird, die bereits Erfahrung mit dem Ausfüllen statistischer Unterlagen haben, wenn das auch nicht unbedingt für sämtliche Personen, speziell die Kinder, zutrifft. Da das Anschreiben der Zeiten bei der letzten Erhebung überwiegend als interessant bewertet wurde, darf man auch ohne Interviewereinsatz selbst bei den teilnehmenden Kindern mit einer ordentlichen Qualität rechnen. Anders als vor zehn Jahren, als die Erhebung in vier relativ eng abgegrenzten „Wellen“ stattfand (Oktober 1991, Januar/Februar, April und Juni/Juli 1992), wird sie sich diesmal gleichmäßig über den kompletten Zeitraum von Anfang April 2001 bis Ende März 2002 erstrecken, das heißt, dass in Hessen monatlich jeweils rund 35 Haushalte einzubeziehen sind. Mit diesem Rotationsverfahren sollen die saisonalen Unterschiede in der Zeitverwendung und im Tagesablauf berücksichtigt werden.

Zur Ermittlung der erwünschten Daten sind im Einzelnen folgende Unterlagen auszufüllen:

1. ein Haushaltsfragebogen,
2. pro teilnehmende Person ein Personenfragebogen und
3. ein Tagebuch zur Zeitanschreibung.

Mit dem *Haushaltsfragebogen* werden Angaben zur Zusammensetzung des Haushalts mit demografischen Merkmalen der Haushaltsmitglieder, zu Wohnsituation und -umfeld, zu Einkommensverhältnissen und Ausstattung mit Gebrauchsgütern sowie zu eventuell erhaltenen Hilfeleistungen und Pflegebedürftigkeit einzelner Personen ermittelt. Der *Personenfragebogen*, der auf Grund seines Umfangs von rund 30 Seiten besser als „Heft“ bezeichnet würde, ist in die Abschnitte Erwerbsbeteiligung (einschl. detaillierter Angaben zur ausgeübten Tätigkeit), Erwerbseinkommen, Nebenerwerbstätigkeit, Bildung (sowohl gegenwärtige als auch abgeschlossene Aus-, Fort- und Weiterbildung), ehren-

Tagebuchausschnitt

Beispiel: Tagesablauf der Familie Mustermann – Mutter Petra

Uhrzeit	Hauptaktivität <small>Bitte immer nur eine Aktivität pro Zeile eintragen!</small>	Verkehrsmittel	Gleichzeitige Aktivität <small>Bitte die wichtigste gleichzeitige Aktivität angeben.</small>	Zeit mit anderen verbracht			
				Kinder unter 10 Jahre	(Ehe-)Partnerin	Andere Haushaltsmitglieder	Andere bekannte Personen
16.00 – 16.10	im Büro gearbeitet (2. Jos)			<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
16.10 – 16.20	"			<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
16.20 – 16.30	zur Spanischschule gefahren	Auto		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
16.30 – 16.40	an Spanischkurs für Ferien			<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
16.40 – 16.50	teilgenommen			<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
16.50 – 17.00				<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
17.00 – 17.10				<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
17.10 – 17.20				<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
17.20 – 17.30				<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
17.30 – 17.40	Einkaufen gefahren	Auto		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
17.40 – 17.50	{ Eingekauft			<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
17.50 – 18.00				<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
18.00 – 18.10	Nach Hause gefahren	Auto		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
18.10 – 18.20	Einkauf eingeräumt		Mit Ehemann und	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
18.20 – 18.30	Abendessen zubereitet		Sohn unterhalten	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
18.30 – 18.40	"			<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
18.40 – 18.50	Tisch gedeckt			<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
18.50 – 19.00	{ Gessen		Mit Ehemann, Tochter	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
19.00 – 19.10			und Sohn unterhalten	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
19.10 – 19.20	Geduscht			<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
19.20 – 19.30	Umgezogen			<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
19.30 – 19.40	Fahrt zum Elternabend	Auto		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
19.40 – 19.50	als Eltermvorsitzende an			<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
19.50 – 20.00	Elternabend teilgenommen			<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
20.00 – 20.10				<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
20.10 – 20.20				<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
20.20 – 20.30				<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
20.30 – 20.40				<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
20.40 – 20.50				<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
20.50 – 21.00				<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

amtliche Tätigkeit (sowie Freiwilligenarbeit und bürgerschaftliches Engagement) — im Jahr des Ehrenamts besonders aktuell — und letztlich Hilfeleistungen für andere Personen gegliedert. Diese verschiedenen Abschnitte sind allerdings nicht in gleicher Weise für alle Teilnehmer relevant.

Im Mittelpunkt der Erhebung steht selbstverständlich das *Tagebuch* zur Zeitschreibung, das von den ausgewählten

Personen an zwei Wochentagen und einem Tag eines Wochenendes zu führen ist. Die Anschreibungstage — vor zehn Jahren waren es nur jeweils zwei aufeinander folgende Tage — werden vom Statistischen Landesamt so vorgegeben, dass einerseits die Wochentage von Montag bis Freitag (auch wenn auf sie ein Feiertag fällt) und andererseits der Samstag und der Sonntag mit der gleichen Häufigkeit repräsentiert sind. An diesen Tagen ist der Tagesablauf mit den jeweiligen

Aktivitäten im 10-Minuten-Takt festzuhalten, was gegenüber der letzten Erhebung eine Verdoppelung der Zeitintervalle und damit eine Vergrößerung bedeutet. Dies kann aber durch die Angabe von *gleichzeitigen Aktivitäten* neben der Hauptaktivität einigermaßen aufgefangen werden. Verzichtet wird zudem auf die Angaben, für wen und wo eine Tätigkeit ausgeübt wurde. Die Frage, mit wem dabei eventuell diese Zeit verbracht wurde, wurde von sechs auf vier Untergliederungen reduziert. Bei Wegezeiten ist demgegenüber zusätzlich das benutzte Verkehrsmittel anzugeben. Vereinfacht wird das Ausfüllen des Tagebuches wieder durch die Möglichkeit, länger andauernde Aktivitäten (zu denen zum Beispiel gerade auch das Schlafen, also eine „Nicht-Aktivität“, gehört) durch einen Pfeil oder eine Klammer zusammenzufassen. Außerdem sind in jedem Tagebuch ausführliche Ausfüllhinweise (getrennt für Kinder und Erwachsene) und eine Musterseite enthalten, die hier auszugsweise abgedruckt ist. Grundsätzlich bleibt es den einzelnen Teilnehmern freigestellt, ob sie ihre Eintragungen hin und wieder während des Tages vornehmen oder retrospektiv am Ende des Tages oder gar erst am nächsten Tag. Allerdings ist zum Abschluss für jeden der drei Anschreibetage anzugeben, welches dieser Verfahren gewählt wurde. In diesem Zusammenhang wird auch noch gefragt, wo man sich jeweils zu Beginn und am Ende dieser Tage aufgehalten hat, ob es sich um „normale“ Tage oder solche mit Besonderheiten (z. B. Krankheit, Feste) handelte oder ob man eventuell eine Reise unternommen hatte.

Ergebnisse im Frühjahr 2003

Die ausgefüllten Erhebungsunterlagen werden nach Eingang im Statistischen Landesamt einer Sichtkontrolle auf Vollständigkeit und Plausibilität unterzogen; dazu gehören im Falle von Unklarheiten auch eventuelle Rückfragen bei den Haushalten. Da sämtliche Formulare keinen Familiennamen und auch keine Anschrift enthalten, besteht nach der Abgabe an das Statistische Bundesamt zur zentralen Bearbeitung und weiteren Aufbereitung dazu keine Möglichkeit mehr. Der Schwerpunkt der fachlichen Arbeiten im Statistischen Bundesamt liegt bei der Verschlüsselung der Textangaben zu den verschiedenartigen Aktivitäten, die von den einzelnen Personen völlig frei und ohne irgendwelche Vorgaben in die Tagebücher einzutragen waren. Es handelt sich also um eine Arbeit, die neben umfassender Kenntnisse der Abläufe im täglichen Leben und ihrer Zuordnung in die Aktivitätenliste nicht selten „kriminalistischen“ Spürsinn erfordern dürfte. Dazu werden dreistellige Signierziffern benutzt, die sich in ihrer größten Gliederung auf 10 Bereiche verteilen, und zwar:

- 0 Persönlicher Bereich/Physiologische Regeneration
- 1 Erwerbstätigkeit
- 2 Qualifikation/Bildung
- 3 Haushaltsführung und Betreuung der Familie
- 4 Ehrenamtliche Tätigkeiten
- 5 Soziales Leben und Unterhaltung
- 6 Teilnahme an sportlichen Aktivitäten
- 7 Hobbys und Spiele
- 8 Massenmedien
- 9 Wegezeiten und unbestimmte Zeitverwendung.

Diese untergliedern sich weiter in 36 Zweisteller und rund 200 Dreisteller, in die letztlich sämtliche Aktivitäten einzuordnen sind. Beispielfhaft seien hier zwei Abschnitte, teilweise in verkürzter Form, herausgegriffen:

- 22 Hausaufgaben/Vor- und Nachbereitung von Lehrveranstaltungen
darunter
 - 221 Gezielte Nutzung von Druckerzeugnissen
 - 222 Gezielte Nutzung des Computers, ohne Internet
 - 223 Gezielte Nutzung des Internets
- 33 Herstellung, Ausbessern und Pflege von Textilien
darunter
 - 330 Nicht genauer bezeichnete Tätigkeiten
 - 331 Waschen
 - 332 Bügeln
 - 333 Handarbeiten, Herstellung von Textilien
 - 334 Ausbessern von Textilien
 - 339 Andere eindeutig bestimmte Tätigkeiten

Erste Ergebnisse der zentralen Aufbereitung dürften, vor allem wegen der komplizierten Verschlüsselung der einzelnen Aktivitäten, kaum vor Anfang des Jahres 2003 vorliegen, auch wenn durch gleichmäßigere Verteilung der Arbeiten über das Jahr ein gewisser Beschleunigungseffekt denkbar ist. Der ist freilich auch nötig, weil spätestens im Mai 2003 dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend auftragsgemäß ein druckreifer Berichtsband mit kommentierten Ergebnissen und ein druckreifer Datenband mit Tabellen und methodischen Hinweisen vorzulegen sind. Dafür müssen die Daten nach Abschluss der manuellen Bearbeitung zunächst noch erfasst, plausibilisiert und letztlich hochgerechnet und tabelliert werden. Für Hessen sind dabei wegen des außerordentlich geringen Stichprobenumfangs nur grob gegliederte Ergebnisse in einem ähnlichen Umfang wie bei der Erhebung aus dem Jahr 1991/92 zu erwarten. Zu gegebener Zeit wird darüber in dieser Zeitschrift berichtet.

Hessen durch Sozialhilfe und Asylbewerber-Leistungen überdurchschnittlich belastet

Ende 1999 wurden in Deutschland fast 2,8 Millionen Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) außerhalb von Einrichtungen und 436 000 Empfänger von Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (in der Folge verkürzt Asylbewerber genannt) gezählt. Die Nettoausgaben für Sozialhilfe insgesamt — also einschl. der Hilfen in besonderen Lebenslagen, aber abzüglich eventueller Einnahmen — beliefen sich für das ganze Jahr 1999 auf 40 Mrd. DM. Weitere 4 Mrd. DM wurden bundesweit für Asylbewerberleistungen ausgegeben. Auf Hessen entfielen bei der Sozialhilfe jeweils knapp 9 % aller Empfänger und Ausgaben im Bundesgebiet, bei den Asylbewerbern sogar reichlich 10 % der Empfänger und 12 % der Ausgaben¹⁾. Demgegenüber machte die hessische Bevölkerung mit gut 6 Millionen nur einen Anteil von 7,4 % der etwas über 82 Millionen Bundesbürger aus. Bereits aus diesen wenigen Zahlen wird ersichtlich, dass die hessischen Sozialhilfeträger, im Wesentlichen die kreisfreien Städte und Landkreise so-

wie der Landeswohlfahrtsverband, stärker belastet waren als im Durchschnitt der Bundesländer. Eine bessere Einordnung dieser Belastung kann aber erst anhand von Messzahlen erreicht werden, indem Hilfeempfänger und Ausgaben jeweils auf die Einwohner bezogen werden²⁾. Für beide Bereiche zusammen lag Hessen, was die Zahl der Hilfeempfänger betrifft, mit 48 Personen auf 1000 Einwohner hinter den drei Stadtstaaten und dem Saarland auf dem 5. Rang, bei einem Bundesdurchschnitt von 39. Bezüglich der Ausgaben je Einwohner folgte das Land Hessen mit 657 DM sogar gleich hinter den Stadtstaaten knapp vor Schleswig-Holstein. Im Durchschnitt aller Bundesländer wurden dagegen nur 534 DM je Einwohner ausgegeben.

Im Bereich der *Sozialhilfe* lag Ende 1999 die Zahl der HLU-Empfänger in Hessen mit 40 auf 1000 Einwohner um fast 18 % über dem Bundesdurchschnitt (34) und um 11 % über dem Durchschnitt der alten Bundesländer (36). Hierbei waren allerdings die Werte im Saarland und in Schleswig-Holstein noch etwas höher als in Hessen und in den Stadtstaaten Bremen und Berlin sogar mehr als doppelt so hoch. Auffallend sind die außerordentlich niedrigen Werte in Baden-Württemberg und vor allem in Bayern; aber auch das benachbarte Rheinland-Pfalz war durch HLU-Empfänger deutlich weniger belastet als Hessen. Ähnlich niedrig waren die Werte ansonsten nur in einigen der neuen Länder. In Abhängigkeit davon war natürlich auch die finanzielle Belastung durch die Sozialhilfe in Hessen überdurchschnittlich hoch. So hatte rechnerisch jeder hessische Einwohner mit rund 580 DM fast 95 DM oder ein knappes Fünftel mehr für Sozialhilfeleistungen aufzubringen als ein Bür-

1) Zur Situation in Hessen vgl. „Ausgaben für Sozialhilfe und Asylbewerber in Hessen 1999“, Staat und Wirtschaft in Hessen, 55. Jahrg., Heft 8, August 2000, S. 241 ff., „Sozialhilfeempfänger in Hessen 1999“, a. a. O., Heft 9, September 2000, S. 281 ff. und „Asylbewerber in Hessen 1999“, a. a. O., Heft 10/11, Oktober/November 2000, S. 306 ff.

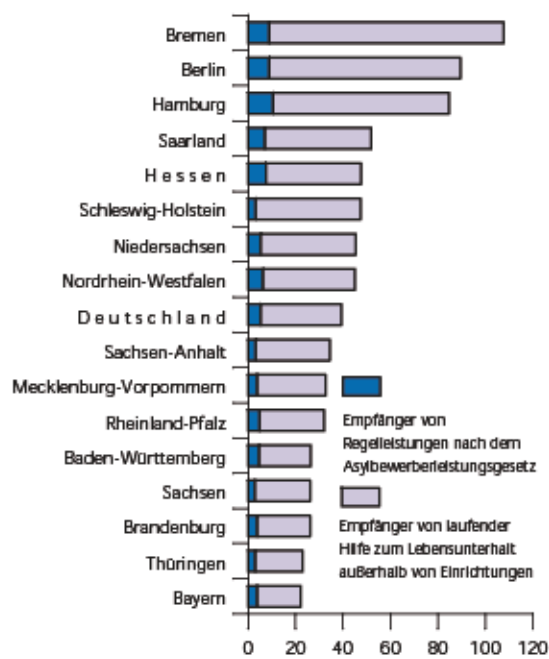
2) Bei sämtlichen nachfolgenden Berechnungen ist der Bevölkerungsstand am 31. 12. 1999 zu Grunde gelegt.

Sozialhilfeempfänger¹⁾ und Sozialhilfeaufwand sowie Regelleistungsempfänger¹⁾ und Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz 1999 in den Bundesländern

Land	Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen		Reine Ausgaben der Sozialhilfe		Bruttoausgaben für Hilfe zum Lebensunterhalt ²⁾		Empfänger von Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz		Reine Ausgaben für Asylbewerber		
			insgesamt	je Einwohner ³⁾	insgesamt	je HLU-Empfänger ⁴⁾			insgesamt	je Einwohner ³⁾	je Asylbewerber ⁵⁾
	Anzahl	auf 1000 Einwohner ³⁾	Mill. DM	DM	Mill. DM	DM	Anzahl	auf 1000 Einwohner ³⁾	Mill. DM	DM	
Baden-Württemberg	226 917	21,7	3 545,9	338	1 629,9	7 183	49 480	4,7	420,1	40	8 490
Bayern	223 131	18,4	4 341,3	357	1 673,8	7 501	46 441	3,8	368,6	30	7 937
Berlin	272 744	80,5	3 270,0	966	1 880,5	6 895	30 582	9,0	397,4	117	12 993
Brandenburg	57 644	22,2	824,1	317	353,8	6 138	10 156	3,9	82,0	32	8 070
Bremen	65 532	98,8	807,9	1 218	469,9	7 171	5 879	8,9	65,6	99	11 167
Hamburg	126 325	74,1	1 771,8	1 039	905,2	7 166	18 101	10,6	124,6	73	6 885
Hessen	242 408	40,1	3 506,8	579	1 816,3	7 493	45 607	7,5	474,2	78	10 397
Mecklenburg-Vorpommern	51 476	28,8	630,0	352	325,2	6 318	6 728	3,8	65,6	37	9 756
Niedersachsen	316 730	40,1	4 335,0	549	2 091,7	6 604	42 191	5,3	332,6	42	7 883
Nordrhein-Westfalen	694 573	38,6	10 121,6	562	5 097,6	7 339	114 968	6,4	977,5	54	8 503
Rheinland-Pfalz	109 583	27,2	1 765,8	438	757,2	6 910	19 934	4,9	181,6	45	9 110
Saarland	48 148	44,9	617,2	576	370,1	7 687	7 471	7,0	59,1	55	7 916
Sachsen	103 676	23,2	1 067,2	239	582,1	5 615	13 016	2,9	139,7	31	10 731
Sachsen-Anhalt	82 047	31,0	914,4	345	438,8	5 348	9 033	3,4	97,9	37	10 840
Schleswig-Holstein	122 585	44,1	1 737,6	626	966,0	7 880	9 091	3,3	81,4	29	8 952
Thüringen	48 960	20,0	652,7	267	287,1	5 864	7 252	3,0	78,5	32	10 818
Deutschland	2 792 479	34,0	39 909,4	486	19 645,3	7 035	435 930	5,3	3 946,5	48	9 053

1) Jeweils am Jahresende. - 2) In und außerhalb von Einrichtungen zusammen. - 3) Bevölkerungsstand am 31. 12. 1999. - 4) Hilfeempfänger am Jahresende außerhalb von Einrichtungen. - 5) Empfänger von Regelleistungen am Jahresende.

Sozialhilfeempfänger und Asylbewerber in den Bundesländern 1999 auf 1000 Einwohner¹⁾



1) Bevölkerungsstand am 31. 12. 1999.

HSL 15/01

ger im Bundesdurchschnitt. Zwar wurde dieses niedrige Bundesergebnis nicht unwesentlich durch die relativ geringen Ausgaben von weniger als 340 DM je Einwohner in den neuen Bundesländern erreicht, doch gab es auch im früheren Bundesgebiet — bei einem Durchschnitt von 520 DM — Länder mit einer deutlich geringeren Belastung als Hessen. Hier sind in erster Linie Baden-Württemberg (340 DM) und Bayern (360 DM) zu nennen. Während die Ausgangssituation im Saarland und in Nordrhein-Westfalen mit der in Hessen vergleichbar war, waren die Einwohner in Schleswig-Holstein mit fast 630 DM deutlich stärker belastet. In den Stadtstaaten Bremen und Hamburg lagen die Pro-Kopf-Beträge mit 1220 bzw. 1040 DM sogar über doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt; auch das Berliner Ergebnis hätte sich ohne den Ostteil der Stadt ähnlich dargestellt (Berlin-West: 1020 DM, Berlin-Ost: 850 DM).

Noch größer als bei der Sozialhilfe waren die Differenzen bei den Leistungen für Asylbewerber, nicht zuletzt bedingt durch deren unterschiedliche Verteilung auf die einzelnen Bundesländer. So lebten Ende 1999 in allen ostdeutschen Flächenländern zusammen mit 46 200 Personen nur knapp 600 Asylbewerber mehr als in Hessen. Aber auch in den wesentlich größeren Ländern Bayern und Baden-Württemberg waren es mit 46 400 und 49 500 nicht viel mehr und in Nie-

dersachsen (42 200) sogar weniger als hier. Mit reichlich sieben Asylbewerbern auf 1000 Einwohner — bei einem Bundesdurchschnitt von etwas über fünf — folgte Hessen damit gleich hinter den drei Stadtstaaten. Dementsprechend lagen die Pro-Kopf-Ausgaben mit fast 80 DM um 63 % über dem Bundesdurchschnitt und um 57 % über dem Durchschnitt der alten Länder. Sie wurden lediglich in Berlin und Bremen übertroffen und waren damit selbst in Hamburg, wo die relativ meisten Asylbewerber lebten, niedriger als in Hessen. Demgegenüber waren — außer den meisten neuen Ländern, die zusammen sogar 10 Mill. DM weniger aufbrachten als Hessen — Schleswig-Holstein und Bayern mit jeweils nur 30 DM je Einwohner besonders gering belastet.

So bleibt am Ende noch die Frage nach Ursachen für die überdurchschnittliche Belastung Hessens. Hier kann die Statistik zwar kein „hartes“ Datenmaterial liefern, zumal die wirtschaftliche Situation des Landes und die Lage auf dem Arbeitsmarkt vergleichsweise gut sind, aber es gibt doch immerhin Hinweise auf mögliche Zusammenhänge. So dürfte bei der Sozialhilfe für die hohe Zahl von HLU-Empfängern der mit rund 12 % überdurchschnittliche Ausländeranteil (Bundesgebiet etwa 9 %) eine Rolle spielen, da für Ausländer das Sozialhilferisiko dreimal so hoch ist wie für Deutsche: 3 von 100 Deutschen, aber 9 von 100 Ausländern bezogen Ende 1999 Hilfe zum Lebensunterhalt. Dazu kommt, dass bei Letzteren die Sozialhilfe häufiger die Hauptunterhaltsquelle ist, während sie bei Deutschen als Ergänzung zu anderen Einkünften gezahlt wird, was im Einzelfall entsprechend niedrigere Leistungen zur Folge hat. Ein hoher Anteil von Einzelpersonen unter den HLU-Empfängern wirkt sich wegen der für sie höheren Mietausgaben tendenziell ebenfalls kostensteigernd aus. Auf dieser Basis dürfte es zu begründen sein, dass Hessen bei den Fallkosten³⁾ mit rund 7500 DM in der Spitzengruppe der Länder und um 460 DM oder reichlich 6 % über dem Bundesdurchschnitt lag. Ein weiterer besonderer Kostenfaktor ist die Krankenhilfe, eine der Hilfen in besonderen Lebenslagen, die in hohem Maße vom Anteil der — häufig nicht krankenversicherten — Ausländer unter den Sozialhilfeempfängern abhängig ist. Zur hohen Zahl von Asylbewerbern in Hessen dürfte zu einem nicht geringen Teil die Aufnahme von Bürgerkriegsflüchtlingen aus den Balkanländern beigetragen haben. Weil schon früher viele Personen aus dem damaligen Jugoslawien hier lebten, bot sich wohl in vielen Fällen die Möglichkeit, bei Verwandten oder Bekannten eine Unterkunft zu finden. Daneben spielt sicher auch der Rhein-Main-Flughafen in Frankfurt als direkte Anlaufstelle für Asylbewerber aus afrikanischen und asiatischen Ländern eine besondere Rolle. Wie bei der Sozialhilfe waren in Hessen die Fallkosten⁴⁾ bei den Asylbewerberleistungen mit 10 400 DM weitaus höher, und zwar um fast 15 %, als im Bundesdurchschnitt (9050). Das Land lag damit an der Spitze der westdeutschen Flächenstaaten, in denen rechnerisch zum Teil weniger als 8000 DM im Jahr 1999 für einen Asylbewerber ausgegeben wurden.

Heinz-Kurt Rompel*)

*) Tel.: 0611/3802-221 · E-Mail: hkrompel@hsl.de

4) Hier sind die gesamten Nettoausgaben auf die Asylbewerber am Jahresende bezogen.

3) Unabhängig von Veränderungen der Empfängerzahlen im Laufe des Jahres sind die gesamten Bruttoausgaben für Hilfe zum Lebensunterhalt auf die HLU-Empfänger am Jahresende bezogen.

8 % der Einwohner Hessens schwerbehindert

Quote etwas unter dem Bundesdurchschnitt

Am Jahresende 2000 wurden in Hessen 486 500 Schwerbehinderte mit amtlichem Ausweis gezählt. Ihre Zahl ist damit innerhalb des letzten Jahres um 12 000 Personen oder um 2,5 % gestiegen, nachdem der Zuwachs 1999 nur etwa halb so hoch gewesen war. Nur ein einziges Mal seit dem Vorliegen vergleichbarer Daten ab dem Berichtsjahr 1987 hatte es eine Abnahme gegenüber einem vorangegangenen Jahr gegeben, nämlich 1997 um gut 9000 Personen. Damit waren — fast unverändert gegenüber dem letzten Jahr — 8 % der hessischen Einwohner schwerbehindert. Obwohl bei den Frauen erneut eine höhere Zuwachsrate (3 %) als bei den Männern (nur 2 %) festzustellen war, gab es zwischen den Geschlechtern weiterhin deutliche Differenzen: So zählten Ende 2000 etwa jeder elfte männliche Einwohner, aber nur jede 14. Einwohnerin Hessens zu den Schwerbehinderten. Bei einer Zahl von nun fast 272 700 ist der Anteil der Männer weiter leicht zurückgegangen, und zwar auf exakt 56 %. Die Frauen blieben also mit knapp 213 900 immer noch in der Unterzahl, obwohl sie gerade bei den von Behinderungen wesentlich häufiger betroffenen älteren Jahrgängen in der Bevölkerung deutlich überwiegen.

Da Behinderungen zu fast neun Zehnteln auf Krankheiten zurückzuführen sind (der Rest entfällt auf angeborene Behinderungen, Unfälle sowie die — demografisch bedingt stark rückläufigen — Kriegsverletzungen zusammen), nehmen sie naturgemäß mit dem Alter zu. So hatten über 363 000 und damit drei Viertel aller Behinderten das 55. Lebensjahr bereits vollendet. Dabei war in der Altersgruppe von 55 bis unter 60 Jahren gegenüber dem Vorjahr sogar erneut eine Abnahme um fast 3700 Personen festzustellen. Dagegen wurden in den Altersgruppen ab 60 Jahren nahezu

Schwerbehinderte in Hessen 1987 bis 2000 nach Geschlecht

Jahr ¹⁾	Männlich	Weiblich	Insgesamt	Zu- bzw. Abnahme (-)
	Anzahl			%
1987	187 912	125 878	313 790	.
1988	199 194	134 806	334 000	6,4
1989	208 206	143 153	351 359	5,2
1990	217 148	150 087	367 235	4,5
1991	217 973	152 741	370 714	0,9
1992	231 686	164 496	396 182	6,9
1993	245 064	175 990	421 054	6,3
1994	249 967	182 275	432 242	2,7
1995	260 930	193 363	454 293	5,1
1996	260 888	195 557	456 445	0,5
1997	254 528	192 857	447 385	- 2,0
1998	265 095	202 973	468 068	4,6
1999	267 054	207 464	474 518	1,4
2000	272 659	213 878	486 537	2,5

1) Jeweils am Jahresende.

12 000 Schwerbehinderte mehr gezählt als Ende 1999; das entsprach einer Zunahme um 4 % und bedeutete gleichzeitig, dass der Gesamtzuwachs per saldo ausschließlich auf der Gruppe der Personen im Rentenalter beruhte. Von den schwerbehinderten Frauen waren über 110 400, also mehr als die Hälfte, schon 65 Jahre oder älter, darunter fast 65 000 mindestens 75 Jahre alt. Letztere waren auch die Einzigen, die — absolut betrachtet — eine größere Zahl an Schwerbehinderten aufwiesen als die gleichaltrigen Männer. Das ist allerdings nicht besonders erstaunlich, wenn man weiß, dass die Gesamtzahl der Frauen dieses Alters Ende 1999 mit 301 000 weit mehr als doppelt so hoch war wie die der entsprechenden Männer (knapp 137 000). Trotz des Zuwachses der älteren Schwerbehinderten haben sich die Anteile der einzelnen Altersgruppen bei beiden Geschlechtern gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig verschoben.

Demzufolge wiesen auch die *altersspezifischen Schwerbehindertenquoten* (Schwerbehinderte bezogen auf die Bevölkerung gleichen Alters) nach wie vor zum Teil erhebliche Unterschiede zwischen den Geschlechtern auf. Die Abstände haben sich gegenüber dem letzten Jahr jedoch noch-

Schwerbehinderte am 31. Dezember 2000 nach Geschlecht und Altersgruppen

Alter in Jahren	Insgesamt			Männlich			Weiblich		
	Anzahl	%	auf 1000 Einwohner ¹⁾	Anzahl	%	auf 1000 Einwohner ¹⁾	Anzahl	%	auf 1000 Einwohner ¹⁾
Unter 6	2 149	0,4	6	1 231	0,5	7	918	0,4	5
6 bis unter 15	6 598	1,4	12	3 787	1,4	13	2 811	1,3	10
15 bis unter 25	8 141	1,7	13	4 768	1,7	15	3 373	1,6	11
25 bis unter 35	17 179	3,5	18	9 454	3,5	20	7 725	3,6	17
35 bis unter 45	33 166	6,8	33	18 291	6,7	36	14 875	7,0	31
45 bis unter 55	56 174	11,5	72	30 498	11,2	77	25 676	12,0	66
55 bis unter 60	50 994	10,5	128	30 433	11,2	151	20 561	9,6	105
60 bis unter 65	77 128	15,9	196	49 618	18,2	255	27 510	12,9	139
65 bis unter 75	120 085	24,7	220	74 591	27,4	299	45 494	21,3	154
75 oder mehr	114 923	23,6	263	49 988	18,3	365	64 935	30,4	216
Insgesamt	486 537	100	80	272 659	100	92	213 878	100	69

1) Der gleichen Bevölkerungs- und Altersgruppe (Bevölkerungsstand Ende 1999).

mals leicht verringert, weil die Quoten bei den Männern fast unverändert blieben, während sie bei den Frauen in den verschiedenen Altersgruppen ab 60 Jahren um Werte zwischen drei und sieben auf jeweils 1000 Einwohnerinnen gestiegen sind. Trotzdem lagen auch Ende 2000 die Quoten der schwerbehinderten männlichen Personen noch in sämtlichen Altersgruppen höher als die der weiblichen. Die Differenzen waren bei Kleinkindern und schulpflichtigen Kindern recht gering, stiegen aber mit zunehmendem Alter nahezu stetig an. Schon in der Altersgruppe zwischen 35 und 44 Jahren gab es — bezogen auf jeweils 1000 Einwohner — fünf schwerbehinderte Männer mehr als Frauen. Dieser Abstand stieg über 46 bei den Personen von 55 bis 59 Jahren und 116 in der folgenden Fünfjahresgruppe auf jeweils annähernd 150 bei den Personen ab 65 Jahren.

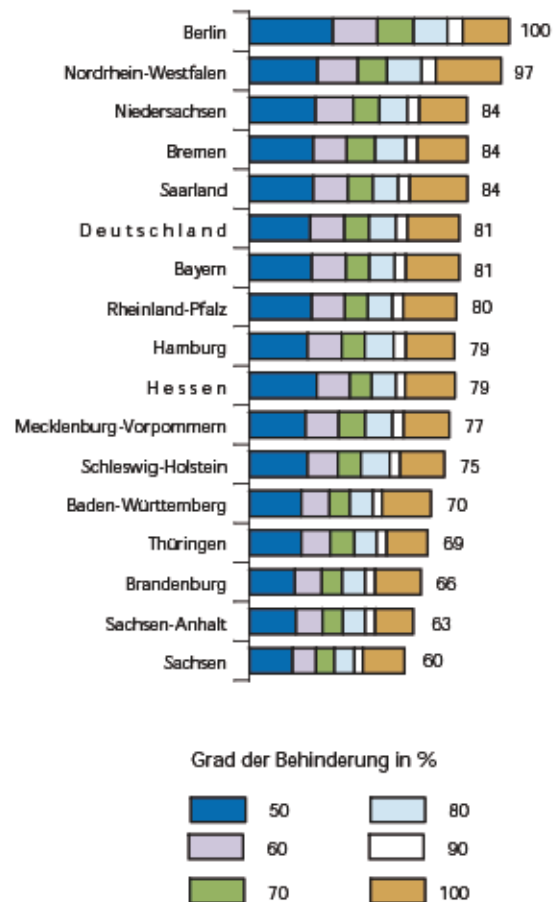
Als *hauptsächliche Art von Behinderungen* waren Beeinträchtigungen der Funktion von inneren Organen oder Organsystemen am häufigsten. Von derartigen Leiden waren 125 600 bzw. ein gutes Viertel der Schwerbehinderten betroffen. Bei zwei Fünfteln von ihnen, nämlich bei rund 51 200 Personen, handelte es sich um einen Herz- oder Kreislaufschaden; hier war die Tendenz allerdings leicht rückläufig, während Beeinträchtigungen der Verdauungsorgane häufiger vorkamen als 1999. Bei 27 500 Personen aus dieser gesamten Gruppe waren gleich mehrere Organe in Mitleidenschaft gezogen. Mit weitem Abstand folgten Funktionseinschränkungen der Wirbelsäule und des Rumpfes, und zwar bei 87 600 Personen bzw. 18 %. Bei 77 000 Personen

Schwerbehinderte am 31. Dezember 2000 nach Art und Ursache der schwersten Behinderung

Art der schwersten Behinderung - Ursachen der schwersten Behinderung	Schwerbehinderte insgesamt	
	Anzahl	%
Verlust oder Teilverlust von Gliedmaßen	5 687	1,2
Funktionseinschränkung von Gliedmaßen	62 833	12,9
Funktionseinschränkung der Wirbelsäule und des Rumpfes, Deformierung des Brustkorbes	87 626	18,0
Blindheit und Sehbehinderung	24 449	5,0
Sprach- oder Sprechstörungen, Taubheit, Schwerhörigkeit, Gleichgewichtsstörungen	21 668	4,5
Kleinwuchs, Entstellungen u. a.	12 839	2,6
Beeinträchtigung der Funktion von inneren Organen bzw. Organsystemen	125 581	25,8
Querschnittslähmungen, zerebrale Störungen, geistig-seelische Behinderungen, Suchtkrankheiten	68 820	14,1
Sonstige Behinderungen ¹⁾	77 034	15,8
Insgesamt	486 537	100
davon		
angeborene Behinderung	19 865	4,1
allgemeine Krankheit (einschl. Impfschaden)	432 161	88,8
Arbeitsunfall ²⁾ , Berufskrankheit	5 348	1,1
Verkehrsunfall	2 992	0,6
häuslicher Unfall	683	0,1
sonstiger oder nicht näher bezeichneter Unfall	1 482	0,3
Kriegs-, Wehrdienst-, Zivildienstbeschädigung	11 634	2,4
sonstige Ursachen	12 372	2,5

1) Einschl. ungenügend bezeichneter Behinderungen. - 2) Einschl. Wege- und Betriebswegeunfall.

Schwerbehinderte in den Bundesländern am 31. Dezember 1999 auf 1000 Einwohner nach dem Grad der Behinderung



HSL 16/01

oder 16 % aller Schwerbehinderten war die Behinderungsart nicht exakt zu definieren oder einzuordnen. Hauptsächlich in Beeinträchtigungen des Nervensystems (Querschnittslähmungen, zerebrale Störungen, geistig-seelische Behinderungen, Suchtkrankheiten) war die Behinderung bei über 68 800 Personen begründet. Das waren 2600 Personen oder 4 % mehr als 1999, sodass sich ihr Abstand gegenüber den Funktionseinschränkungen von Gliedmaßen (62 800 Personen oder knapp 13 %) leicht erhöht hat. Gegenüber dem Vorjahr hat es nur bei zwei Behinderungsarten eine Abnahme der Anzahl der betroffenen Personen gegeben: 55 Jahre nach Kriegsende gab es nochmals 7 % weniger Personen, die den Verlust oder Teilverlust von Gliedmaßen zu beklagen hatten, und auch die Zahl der Fälle mit einer Funktionseinschränkung von Gliedmaßen ist minimal zurückgegangen.

Beim *Grad der Behinderung* war die Eingangsstufe zur Anerkennung einer Schwerbehinderung (50 %) mit einem Drittel aller Fälle am häufigsten vor der höchsten Stufe, also dem Behinderungsgrad von 100 %, mit knapp einem Viertel. Am seltensten waren die Fälle mit einem Behinderungsgrad von

90 % (weniger als 5 %). Im Bundesvergleich lag Hessen 1999¹⁾ damit beim Anteil in der Eingangsstufe über dem Durchschnitt der Länder, bei allen übrigen jeweils etwas darunter. Gerade bei den Anteilen in der niedrigsten und der höchsten Stufe gab es zwischen den Ländern die größten Unterschiede: Beim Behinderungsgrad von 50 % lag Brandenburg um über 6 Prozentpunkte hinter dem führenden Hessen, beim Behinderungsgrad von 100 % schwankten die

Anteile zwischen 18 % in Berlin und 27 % in Baden-Württemberg. Auch bezogen auf die Bevölkerung waren zwischen den einzelnen Bundesländern 1999 recht erhebliche Differenzen festzustellen. Hier lag Berlin mit 100 Schwerbehinderten auf 1000 Einwohner an der Spitze vor Nordrhein-Westfalen (97), während am Ende der Skala Sachsen-Anhalt (63) und Sachsen (60) lagen. Hessen nahm hier zusammen mit Hamburg einen Mittelplatz ein, der mit 79 Schwerbehinderten auf 1000 Einwohner den Bundesdurchschnitt (81) nur knapp verfehlte.

Heinz-Kurt Rompel*)

*) Tel.: 0611/3802-221 · E-Mail: hkrompel@hsl.de

1) Die Statistik der Schwerbehinderten wird nur in den ungeraden Jahren in allen Ländern als Bundesstatistik durchgeführt.

Beiträge zur Statistik Hessens

Nr.	Titel (G – mit Gemeindeergebnissen, K – Kreisergebnissen)	Umfang (Seiten)	Bezugs- preis (DM)
310	Die veranlagten Einkommen in Hessen 1992 (G)	164	16,00
311	Die hessische Ausfuhr 1994	133	12,00
312	Die Einfuhr nach Hessen 1994	103	12,00
313	Öffentliche Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung in Hessen 1975 bis 1991 (K)	133	16,00
314	Die Schulden des Landes, der Gemeinden, Gemeindeverbände und Zweckverbände am 31.12.1995 (G)	117	12,00
315	Das Personal des öffentlichen Dienstes in Hessen am 30. Juni 1995	175	16,00
316	Handel und Gastgewerbe 1993 — Ergebnisse der Handels- und Gaststättenzählung 1993 (K)	212	20,00
317	Die Umsätze und ihre Besteuerung in Hessen 1994 (K)	238	20,00
318	Straßenverkehrsunfälle in Hessen 1996 (K)	135	16,00
319	Handwerkszählung 1995	146	16,00
320	Die Industrie in den hessischen Stadt- und Landkreisen 1995 (K)	128	16,00
321	Die Kommunalwahlen am 2. März 1997 (G)	236	20,00
322	Regionalergebnisse für das Bauhauptgewerbe in Hessen 1979 bis 1994	258	20,00
323	Die Produktion des Verarbeitenden Gewerbes in Hessen 1995 und 1996	119	12,00
324	Die hessische Ausfuhr 1995	139	16,00
325	Die Einfuhr nach Hessen 1995	108	12,00
326	Die Industrie in den hessischen Stadt- und Landkreisen 1996 (K)	72	16,00
327	Straßenverkehrsunfälle in Hessen 1997 (K)	135	16,00
328	Die Umsätze und ihre Besteuerung in Hessen 1996 (K)	238	20,00
329	Öffentliche Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung in Hessen 1975 bis 1995 (K)	116	12,00
330	Die Produktion des Verarbeitenden Gewerbes in Hessen 1996 und 1997	117	12,00
331	Die hessische Ausfuhr 1996	139	16,00
332	Die Einfuhr nach Hessen 1996	108	12,00
333	Die Wahl zum Hessischen Landtag am 7. Februar 1999 (G)	227	20,00
334	Straßenverkehrsunfälle in Hessen 1998 (K)	135	16,00
335	Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1995	240	20,00
336	Die Produktion des Verarbeitenden Gewerbes in Hessen 1997 und 1998	116	12,00
337	Die Industrie in den hessischen Stadt- und Landkreisen 1997	77	20,00
338	Die Umsätze und ihre Besteuerung in Hessen 1997 (K)	240	24,00
339	Die hessische Ausfuhr 1997	138	20,00
340	Die Einfuhr nach Hessen 1997	109	16,00
341	Europawahl 1999 — Die Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments in Hessen am 13. Juni 1999 (G)	126	16,00
342	Die Wahl zum 14. Deutschen Bundestag in Hessen am 27. September 1998	221	24,00
343	Die Industrie in den hessischen Stadt- und Landkreisen 1998	90	12,00
344	Beherbergungskapazität in Hessen 1999 (G)	201	24,00
345	Die Umsätze und ihre Besteuerung in Hessen 1998 (K)	166	20,00
346	Indizes des Auftragseingangs und des Umsatzes im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen 1995 bis 1999	321	26,00
347	Straßenverkehrsunfälle in Hessen 1999 (K)	135	20,00
348	Gewerbesteuer in Hessen 1995 (G)	86	12,00
349	Die hessische Ausfuhr 1998	138	20,00
350	Die Einfuhr nach Hessen 1998	111	16,00
351	Die Produktion des Verarbeitenden Gewerbes in Hessen 1998 und 1999	39	10,00
352	Die Industrie in den hessischen Stadt- und Landkreisen 1999	93	12,00
353	Die veranlagten Einkommen in Hessen 1995 (G)	136	20,00

Herausgegeben vom Hessischen Statistischen Landesamt · 65175 Wiesbaden

● Nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis der hessischen **Kommunalwahlen** vom 18. März 2001 in den kreisfreien Städten und Landkreisen wurde die CDU mit einem knappen Vorsprung von 0,2 Prozentpunkten stärkste politische Kraft. Die Christdemokraten legten landesweit 5,4 Prozentpunkte zu und erhielten 38,4 % der gültigen Stimmen. Die SPD gewann gegenüber der Kommunalwahl 1997 0,2 Prozentpunkte hinzu und erzielte 38,2 %. Die GRÜNEN verloren 1,7 Prozentpunkte und erreichten 9,3 % der gültigen Stimmen. Mit 5,1 % legte die F.D.P. 1,1 Prozentpunkte gegenüber 1997 zu. Die rechtsextremen Parteien verloren deutlich: Die Republikaner büßten 4,1 Prozentpunkte ein und erzielten nur noch 2,5 % der Stimmen; der Stimmenanteil der NPD schrumpfte um 0,4 auf 0,2 %. Die Wahlbeteiligung sank um 13,0 Prozentpunkte auf lediglich 53,0 %.

● Das gemeinsame Informationsangebot von HR und Statistischem Landesamt zu den Kommunalwahlen am 18. März im Internet hat in der Wahlnacht einen wahren Ansturm erlebt. Die eigens eingerichtete Internet-Domain **www.hessenwahl2001.de** verzeichnete bis zum Morgen nach der Wahl durchschnittlich 2 Mill. Seitenzugriffe pro Stunde. Mindestens 90 000 unterschiedliche Benutzer holten sich in der Wahlnacht Informationen über den Wahlausgang in den einzelnen hessischen Gemeinden und Kreisen. Die tatsächliche Zahl dürfte wesentlich höher sein, da viele Nutzer ihre Informationen aus Zwischenspeichern (Proxy-Servern) bekommen haben. Die Internet-Domain bleibt weiter bestehen und wird mit dem Eingang der Endergebnisse fortlaufend aktualisiert. Die Kooperation des Hessischen Rundfunk mit dem Hessischen Statistischen Landesamt (HSL) ermöglichte eine neue Informationsqualität. Fast zeitgleich mit der Erfassung der Daten im HSL wurden und werden sämtliche vorliegenden Ergebnisse aufbereitet und können somit im Internet abgerufen werden. Jede hessische Stadt, jede Gemeinde, jeder Landkreis wird erfasst. Mit der technischen Umsetzung wurde die Firma Systemberatung Axel Dunkel GmbH in Kriefel beauftragt. Die Daten wurden nach der Erfassung in den Gemeinden vom HSL zur Dunkel GmbH übertragen und dort für das Internet aufbereitet.

● Rund 151 000 **nichteheliche Lebensgemeinschaften** gab es in Hessen im Mai 2000, das waren gut 5 % aller hessischen Privathaushalte. Nach den Mikrozensusergebnissen waren 70 % der in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft wohnenden Männer und 67 % der Frauen ledig, jeweils ein Fünftel geschieden. 9 % der Männer und 14 % der Frauen waren verwitwet oder lebten von ihrem Ehepartner getrennt. In jedem fünften derartigen Haushalt lebten auch Kinder unter 18 Jahren. In drei Fünfteln der nichtehelichen Lebensgemeinschaften waren beide Partner ledig, in 9 %

beide geschieden. 36 % der Frauen in nichtehelichen Lebensgemeinschaften waren jünger als 30 Jahre, 39 % gehörten der Altersgruppe der 30- bis unter 45-Jährigen an, 25 % waren 45 Jahre oder älter. Männer in nichtehelichen Lebensgemeinschaften waren durchschnittlich etwas älter als Frauen. So war nur knapp ein Viertel jünger als 30, fast die Hälfte gehörte zur mittleren Altersgruppe (30 bis unter 45 Jahre), und gut ein Viertel war 45 Jahre oder älter. Am relativ häufigsten waren mit 9 % Lebensgemeinschaften zwischen Partnern, die beide der Altersgruppe 25 bis unter 30 Jahren angehörten, gefolgt von Partnerschaften zwischen 30- bis unter 35-Jährigen (8 %). Gegenüber 1994 nahm die Zahl der nichtehelichen Lebensgemeinschaften um 14 % zu, der Anteil dieser Lebensform — bezogen auf alle Privathaushalte — stieg von 4,9 auf 5,4 %.

● Eine qualifizierte **Schul- und Berufsausbildung** als Basis für eine spätere Verbindung von Familie und Beruf hat für viele junge Frauen in den letzten 20 Jahren immer mehr an Attraktivität gewonnen. Mitte 1980 hatten noch 282 900 oder knapp 38 % der 750 700 sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen in Hessen zwar einen Volks- bzw. Hauptschulabschluss oder die Mittlere Reife vorzuweisen, aber keinerlei Berufsausbildung. Zehn Jahre später war dieser Anteil auf 26 % geschrumpft, um bis Mitte 1998 auf nur noch 18 % zurückzugehen. Gleichzeitig stieg der Anteil der Frauen, die neben einem der oben aufgeführten Schulabschlüsse auch eine Berufsausbildung absolviert hatten, von reichlich der Hälfte (1980) über 57 % (1990) auf zuletzt gut 58 %. Das Abitur als Basis für einen Start ins Berufsleben war unter Frauen mit einem versicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis zu Beginn des Untersuchungszeitraums noch selten anzutreffen; Mitte 1980 waren es erst 20 600 Frauen (2,7 %), zehn Jahre später schon 51 700 (6,0 %) und bis 1998 bereits 71 400 Frauen (8,0 %). Während 1980 erst die Hälfte der 20 600 Frauen ihre schulische Ausbildung durch eine abgeschlossene Berufsausbildung ergänzt hatte, waren es 1990 schon 63 % und 1998 gut 70 %. Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Frauen mit Hochschulabschluss waren 1980 ebenfalls noch dünn gesät. Die 17 300 Frauen mit einem Fachhochschul- bzw. Universitätsstudium machten gerade 2,3 % aller 750 700 sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen in Hessen aus. Bei diesem niedrigen Anteil ist allerdings zu berücksichtigen, dass ein Pädagogikstudium als Frauendomäne in der Regel zur verbeamteten Lehrkraft an einer staatlichen Schule führt. Bis 1990 hatte sich der Anteil studierter Frauen an allen weiblichen versicherungspflichtig Beschäftigten auf 4,2 % erhöht, um bis 1998 die 6,3 Prozentmarke zu erreichen. Mit dem Niveau der Schul- und Berufsausbildung nimmt bekanntlich auch das Interesse an einer Rückkehr in den Beruf nach der Babypause zu. Das führte unter anderem dazu, dass der Frauenanteil an allen versicherungspflichtig Beschäftigten von 38 % (1980) über 41 % (1990) auf nunmehr 43 % gestiegen ist. Unter den versicherungspflichtig Beschäftigten mit Abitur und abgeschlossener Berufsausbildung gibt es heute schon mehr Frauen als Männer.

Handbuch Projektmanagement Öffentliche Dienste

Grundlagen, Praxisbeispiele und Handlungsanleitungen für die Verwaltungsreform durch Projektarbeit. Von W. Ewert, W. Janßen u. a., Band 1 der „PraxisReihe VerwaltungsReform“, 287 Seiten, gebunden, 48,00 DM, SachBuch Verlag Kellner, Bremen, 1996.

Ebenso wie andere Bereiche von Wirtschaft und Gesellschaft unterliegt auch die öffentliche Verwaltung einem starken Wandel: Der Dienstleistungscharakter muss gestärkt werden; ein Wandel zu größerer Effektivität, zu Offenheit und Bürgernähe sowie zu Dezentralisierung ist erforderlich. Voraussetzung dafür sind der Einsatz von moderner Informationstechnologie, organisatorische Weiterentwicklungen und Personalqualifizierungsmaßnahmen. Derartige Ansätze führen über traditionelle Arbeitsstrukturen der herkömmlichen Linienorganisation hinaus: flexible Arbeitsformen und Organisationsmodelle gilt es umzusetzen. Das vorliegende Handbuch zielt auf eine verstärkte Nutzung von projektorientierten Denkweisen und Organisationsformen sowie von professionellen Methoden für die Projektarbeit in der öffentlichen Verwaltung ab. Es ist daher für Personen im öffentlichen Dienst, die für die Verwaltungsentwicklung ihres Hauses verantwortlich zeichnen, für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst, für Personalräte und Politiker als praxisbezogene Lektüre zu empfehlen. Gegliedert ist das Werk in vier Teile. Zunächst wird erläutert, was unter den Begriffen „Projekte“ und „Projektmanagement“ zu verstehen ist. Außerdem werden Grundgedanken zum Projektmanagement (Voraussetzungen, ganzheitliche Planungsweise, phasenorientiertes Vorgehen) sowie Beteiligungsrechte aufgezeigt. Der zweite Teil behandelt die Frage, wie Projekte effektiv zum Erfolg geführt werden (neuartige Steuerungsfunktionen, Erfolgsfaktoren etc.). Danach folgt eine ausführliche Darstellung eines Praxisbeispiels. Breiten Raum nimmt der abschließende Teil „Methodenkoffer“ ein. Themen wie beispielsweise „Erfassung des Ist-Zustandes“, „Aufbereitung von Informationen“, „Suche nach neuen Ideen“, „Bewertung und Entscheidung“, „Ablauf- und Terminplanung“, „Ressourcenplanung“ usw. werden hier behandelt.

6990

Ergänzungslieferungen zu Loseblatt-Werken

Arbeitsstätten

Arbeitsstättenverordnung und Arbeitsstätten-Richtlinien mit ausführlicher Kommentierung, sonstige für Arbeitsstätten wichtige Vorschriften, Regeln, Normen und umfassendes Stichwortverzeichnis. Herausgegeben von Rainer Opfermann und Dr. Wilhelm Streit, Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. 22. Erg.-Lfg. vom März 2000, ca. 5400 Seiten, 4 Ordner) 498,00 DM; Forkel-Verlag, Heidelberg, 2000.

6412/12

Eingruppierung und Tätigkeitsmerkmale

für Angestellte im öffentlichen Dienst — Bund, Länder, Gemeinden — Kommentar. Begründet von S. Uttinger, A. Breier, Dr. K.-H. Kiefer, H. Hoffmann und Dr. K.-P. Pühler, Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. 64. Erg.-Lfg. vom April 2000, 2262 Seiten, in 2 Ordnern) 168,00 DM; Verlagsgruppe Jehle-Rehm, München, 2000.

3849/39

EDV-Recht

Systematische Sammlung von Rechtsvorschriften, organisatorischen Grundlagen und Entscheidungen zur elektronischen Datenverarbeitung. Herausgegeben von Dr. W. E. Burhenne und K. Perband, Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. Lieferung 1/00 vom März 2000, 7030 Seiten, in 5 Spezialordnern) 286,00 DM; Erich-Schmidt-Verlag, Berlin, 2000.

5415/37

Krankenhaus-Finanzierungsrecht

Ergänzbare lexikalisches Handbuch. Von K. Grünenwald und A. Wettstein-Günenwald, Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. Lieferung 1/00 vom März 2000, 2068 Seiten, in Spezialordner) 168,00 DM; Erich-Schmidt-Verlag, Berlin, 2000.

5636/25

Sozialgesetzbuch - Haushalts- und Rechnungswesen

Bearbeitet von B. Senkel und M. Lippaus, 6. Auflage, Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. 36. Erg.-Lfg. vom Mai 2000) 136,00 DM; Fachverlag C. W. Haarfeld, Essen, 2000.

2473/26

Bundesbesoldungsgesetz - Kommentar

Begründet von Dr. Bruno Schwegmann und Dr. Rudolf Summer, fortgeführt von Dr. Rudolf Summer u. a., Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. 92. Erg.-Lfg. vom Mai 2000, 4870 Seiten, in 5 Ordnern) 298,00 DM; Verlagsgruppe Jehle-Rehm, München, 2000.

4621/43

Beamtenrecht des Bundes und der Länder, Richterrecht und Wehrrecht

Kommentar zum Bundesbeamtengesetz und Beamtenversorgungsgesetz unter Einbeziehung des Beamtenrechts der Länder, Deutsches Richtergesetz sowie Wehrgesetze mit Erläuterungen. Ergänztbarer Kommentar. Von Prof. Dr. W. Fürst, Präsident des Bundesverwaltungsgerichts a. D., Band der Reihe „Gesamtkommentar Öffentliches Dienstrecht (GKÖD)“, Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. Lieferung 6/2000 vom Juni 2000; 8838 Seiten, in 7 Spezialordnern), 448,00 DM; Erich-Schmidt-Verlag, Berlin 2000.

5189/39

Bundes-Angestelltentarifvertrag (BAT)

(Bund, Länder und Gemeinden). Grundkommentar, begründet von Sigmund Uttlinger, fortgeführt von A. Breier, Dr. K.-H. Kiefer und H. Hoffmann, Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. 157. Erg.-Lfg. vom Juli 2000, 5630 Seiten, in 4 Ordnern) 269,00 DM; Verlagsgruppe Jehle-Rehm, München.

2027/54

Das gesamte öffentliche Dienstrecht (ÖDH)

für Beamte, Angestellte und Arbeiter bei Bund, Ländern und Kommunen. Ergänzbare Handbuch der Personalverwaltung und Personalvertretungspraxis. Von F. Bieler und B. Bieler, 2., neugestaltete Auflage, Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. Lieferung 1/00 vom Juli 2000, 2118 Seiten, in Spezialordner) 168,00 DM; Erich-Schmidt-Verlag, Berlin, 2000.

4600/38

Hessisches Gleichberechtigungsgesetz - HGIG

Kommentar. Von Dr. Torsten von Roettenken, Vorsitzender am Verwaltungsgericht Frankfurt a. M., Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. 8. Erg.-Lfg. vom Mai 2000, 1692 Seiten, in Plastikordner) 198,00 DM; Hüthig-Fachverlag (R. v. Decker), Heidelberg, 2000.

6749/3

Hessisches Beamtengesetz mit Beamtenversorgungsgesetz

Kommentar von Dr. J. Crisolti, M. Schwarz, J. Gerke und K. H. Schmidt, Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. 326. Erg.-Lfg. vom Juni 2000, in 3 Kunstlederordnern mit rd. 2600 Seiten) 70,00 DM; Hermann-Luchterhand-Verlag, Neuwied am Rhein und Berlin-Spandau, 2000.

2294/51

Taschenlexikon arbeitsrechtlicher Entscheidungen (TAE)

Herausgegeben von Dietmar Besgen, 12. neu bearbeitete Auflage, Teil I: Entscheidungen bis 31.3.1978, 1226 Seiten, einschl. Spezialordner 98,00 DM; Teil II: Entscheidungen bis 31.1.1996, 1226 Seiten, einschl. Spezialordner 128,00 DM; Teil III: Entscheidungen ab 1.2.1996, Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. Lieferung 1/00 zum Teil III vom Juni 2000, 401 Seiten, in Spezialordner) 68,00 DM; Erich-Schmidt-Verlag, Bielefeld, 2000.

5176/33

Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen

Jahr Monat Vierteljahr	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾			Bauhauptgewerbe ³⁾		Einzelhandel	Preise	Arbeitsmarkt ⁷⁾				
	Volumenindex des Auftrags-eingangs ²⁾ 1995 = 100			Beschäftigte	Index des Auftrags-eingangs ⁴⁾ 1995 = 100	Beschäftigte	Index der Umsätze ⁵⁾ 1995 = 100	Preis-Index für die Lebenshaltung ⁶⁾ 1995 = 100	Arbeitslose ⁸⁾	Arbeitslosenquote ⁹⁾	Offene Stellen ¹⁰⁾	Kurzarbeit (Personen) ¹⁰⁾
	Insgesamt	Inland	Ausland									
Grundzahlen ¹¹⁾												
1998 D	105,8	101,1	114,5	470 074	83,1	40 519	101,5	104,1	254 050	10,0	26 021	6 505
1999 D	98,6	92,9	109,2	464 707	86,6	37 865	102,8	105,0	239 257	9,4	30 650	6 396
2000 D	105,2	96,3	121,7	459 468	85,1	35 786	103,9	107,0	214 875	8,1	37 527	5 156
1999 Dezember	94,4	87,6	106,9	459 895	90,5	37 805	124,0	105,7	229 534	9,0	30 376	4 355
4. Vj. D	101,2	95,5	115,3	461 584	83,3	38 432	113,4	105,5
2000 Januar	93,1	82,7	112,1	457 591	51,5	36 282	91,7	106,1	238 900	9,3	32 285	5 711
Februar	101,6	91,7	119,9	457 454	61,4	35 832	97,2	106,4	236 497	9,2	37 020	6 916
März	118,0	108,8	135,1	457 904	93,7	35 528	111,8	106,6	228 678	8,9	39 531	6 424
1. Vj. D	104,2	94,4	122,4	457 650	68,9	35 881	100,2	106,4
April	96,8	90,7	108,0	457 630	65,4	35 782	104,0	106,5	221 800	8,3	41 222	6 841
Mai	110,9	103,5	124,4	457 890	140,4	35 914	113,2	106,4	211 812	7,9	40 438	5 606
Juni	105,7	93,2	128,8	459 745	84,0	35 764	96,5	106,9	213 076	8,0	39 841	4 047
2. Vj. D	104,5	95,8	120,4	458 422	96,6	35 820	104,6	106,6
Juli	100,4	93,9	112,3	460 138	102,4	35 806	97,1	107,4	213 256	8,0	39 929	3 096
August	105,4	102,7	110,5	462 039	74,6	35 922	101,7	107,3	206 753	7,7	38 512	4 486
September	112,9	101,3	134,4	461 887	110,6	35 878	101,4	107,8	201 102	7,5	38 139	4 924
3. Vj. D	106,2	99,3	119,1	461 355	95,9	35 869	100,0	107,5
Oktober	108,2	96,5	129,8	461 162	85,5	36 072	103,5	107,5	196 354	7,3	35 763	4 783
November	110,0	99,9	128,7	461 091	76,0	35 726	111,0	107,7	195 173	7,3	34 950	4 518
Dezember	99,5	90,2	116,7	459 084	76,3	34 930	117,3	107,6	200 261	7,5	35 012	4 523
4. Vj. D	105,9	95,5	125,1	460 446	79,3	35 576	110,6	107,6
2001 Januar	105,1	94,6	124,5	457 265	64,6	33 622	96,1	108,1	211 728	7,9	37 651	6 118
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in % ¹¹⁾												
1998 D	3,0	7,1	- 3,0	- 2,3	- 12,7	- 10,9	1,4	1,3	- 2,6	.	21,7	- 44,8
1999 D	- 6,8	- 8,1	- 4,6	- 1,1	4,2	- 6,5	1,3	0,9	- 5,8	.	17,8	- 1,7
2000 D	6,7	3,7	11,4	- 1,1	- 1,7	- 5,5	1,1	1,9	- 10,2	.	22,4	- 19,4
1999 Dezember	1,9	0,6	4,1	- 1,6	- 10,4	- 3,6	4,6	1,5	- 7,5	.	35,5	- 20,6
4. Vj.	2,7	- 0,5	8,2	- 1,7	- 0,7	- 3,4	3,4	1,3
2000 Januar	7,6	5,9	9,9	- 2,0	- 42,2	- 4,8	2,0	2,0	- 8,1	.	21,6	- 27,8
Februar	12,4	10,9	14,7	- 2,0	- 0,5	- 3,6	9,5	2,1	- 8,9	.	21,2	- 22,4
März	9,3	5,1	16,3	- 2,1	- 5,6	- 4,4	- 3,5	2,1	- 8,6	.	21,1	- 37,7
1. Vj.	9,7	7,2	13,8	- 2,0	- 17,4	- 4,3	2,0	2,1
April	- 2,9	- 3,5	- 1,9	- 1,3	- 9,6	- 4,0	1,6	1,6	- 9,4	.	23,4	- 21,7
Mai	13,2	11,1	16,7	- 1,3	66,0	- 3,4	13,9	1,5	- 10,1	.	27,9	- 11,4
Juni	2,8	- 4,9	15,4	- 0,9	- 21,3	- 4,3	- 5,6	1,9	- 8,7	.	27,1	- 41,8
2. Vj.	4,3	0,7	10,1	- 1,2	9,9	- 3,9	3,2	1,7
Juli	5,2	3,1	8,5	- 1,2	18,1	- 5,8	- 4,1	1,9	- 10,4	.	23,6	- 32,9
August	13,3	11,8	16,4	- 1,0	- 20,8	- 6,5	7,3	1,7	- 10,9	.	21,5	27,7
September	6,2	- 0,5	17,2	- 0,9	16,6	- 6,6	3,0	2,4	- 11,7	.	19,1	18,6
3. Vj.	8,1	4,6	14,1	- 1,1	1,4	- 6,6	1,9	2,0
Oktober	7,1	2,1	14,8	- 0,3	- 14,4	- 7,4	- 1,7	2,1	- 12,9	.	17,9	- 1,5
November	1,7	1,2	2,3	- 0,2	27,8	- 7,3	0,0	2,1	- 13,3	.	20,8	- 26,1
Dezember	5,4	3,0	9,2	- 0,2	- 15,7	- 7,6	- 5,4	1,8	- 12,8	.	15,3	3,9
4. Vj.	4,6	2,0	8,5	- 0,2	- 4,8	- 7,4	- 2,5	2,0
2001 Januar	12,9	14,4	11,1	- 0,1	25,6	- 7,3	4,8	1,9	- 11,4	.	16,6	7,1
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vormonat bzw. dem Vorquartal in % ¹¹⁾												
1999 Dezember	- 12,8	- 11,2	- 15,0	- 0,5	52,1	- 1,9	11,7	0,2	1,9	.	5,0	- 28,8
4. Vj.	- 4,7	- 5,7	- 3,2	- 1,0	- 9,5	0,4	15,6	0,1
2000 Januar	- 1,4	- 5,6	4,9	- 0,5	- 43,1	- 4,0	- 26,0	0,4	4,1	.	6,3	31,1
Februar	9,1	10,9	7,0	- 0,0	19,4	- 1,2	6,0	0,3	- 1,0	.	14,7	21,1
März	16,1	18,6	12,7	0,1	52,5	- 0,8	15,0	0,2	- 3,2	.	6,8	- 7,1
1. Vj.	3,0	0,9	6,2	- 0,8	- 17,3	- 6,6	- 11,6	0,9
April	- 18,0	- 16,6	- 20,1	- 0,1	- 30,3	0,7	- 7,0	- 0,1	- 3,1	.	4,3	6,5
Mai	14,6	14,1	15,2	0,1	114,8	0,4	8,8	- 0,1	- 4,5	.	- 1,9	- 18,1
Juni	- 4,7	- 10,0	3,5	0,4	- 40,2	- 0,4	- 14,8	0,5	0,6	.	- 1,5	- 27,8
2. Vj.	0,3	1,5	- 1,6	0,2	40,2	- 0,2	4,4	0,2
Juli	- 5,0	0,8	- 12,8	0,1	21,9	0,1	0,6	0,5	0,1	.	0,2	- 23,5
August	5,0	9,4	- 1,6	0,4	- 27,1	0,3	4,7	- 0,1	- 3,0	.	- 3,5	44,9
September	7,1	- 1,4	21,6	- 0,0	48,2	- 0,1	- 0,3	0,5	- 2,7	.	- 1,0	9,8
3. Vj.	1,6	3,7	- 1,1	0,6	- 0,7	0,1	- 4,4	0,8
Oktober	- 4,2	- 4,7	- 3,4	- 0,2	- 22,7	0,5	2,1	- 0,3	- 2,4	.	- 6,2	- 2,9
November	1,7	3,5	- 0,8	- 0,0	- 11,1	- 1,0	7,2	- 0,1	- 0,6	.	- 2,3	- 5,5
Dezember	- 9,5	- 9,7	- 9,3	- 0,4	0,3	- 2,2	5,7	- 0,1	2,6	.	0,2	0,1
4. Vj.	- 0,3	- 3,8	5,0	- 0,2	- 17,3	- 0,8	10,6	0,1
2001 Januar	5,6	4,9	6,7	- 0,4	- 15,3	- 3,7	- 18,1	0,5	5,7	.	7,5	35,3

1) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten. Wegen der Umstellung auf die neuen EU-Klassifikationen ab 1995 sind Vorjahresvergleiche nicht möglich. - 2) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. - 3) Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten. - 4) Wertindex. - 5) Ohne Mehrwertsteuer. - 6) Alle privaten Haushalte. - 7) Quelle: Landesarbeitsamt Hessen. - 8) Bei Monatswerten Stand am Monatsende. - 9) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. - 10) Bei Monatswerten Stand Monatsmitte. - 11) Gegenüber der letzten Ausgabe teilweise berichtigte Ergebnisse.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1998	1999	1999			2000			
		Durchschnitt		Jun	Juli	August	Mai	Jun	Juli	August
BEVÖLKERUNG										
* Bevölkerung am Monatsende ¹⁾	1000	6 032,5	6 042,8	6 042,9	6 043,6	6 046,3	6 055,0	6 056,9
Natürliche Bevölkerungsbewegung:										
* Eheschließungen ²⁾	Anzahl	2 666	2 718	3 518	3 643	3 859	3 835	4 159
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	5,3	5,4	7,1	7,1	7,5	7,5	8,4
* Lebendgeborene ³⁾	"	5 047	4 916	4 950	5 236	5 216	5 096	5 517
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	10,0	9,8	10,0	10,2	10,2	9,9	11,1
* Gestorbene ⁴⁾ (ohne Totgeborene)	"	5 082	5 088	4 797	4 608	4 813	4 911	5 178
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	10,1	10,1	9,7	9,0	9,4	9,6	10,4
* darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene	"	24	22	25	21	24	15	21
auf 1000 Lebendgeborene	"	4,8	4,5	5,1	4,0	4,6	2,9	3,8
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	"	- 34	- 172	153	628	403	185	339
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	- 0,1	- 0,4	0,3	1,2	0,8	0,4	0,7
Wanderungen:										
* Zuzüge über die Landesgrenzen	Anzahl	13 316	14 164	14 128	15 364	17 000	13 849	13 179
* darunter aus dem Ausland	"	5 443	6 186	6 810	6 693	7 221	6 570	6 060
* Fortzüge über die Landesgrenzen	"	12 995	12 591	11 867	15 265	14 708	11 414	11 630
* darunter in das Ausland	"	6 000	9 114	5 264	7 235	6 364	5 092	4 937
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	"	320	1 574	2 261	99	2 292	2 435	1 549
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁵⁾	"	18 531	19 091	18 506	20 325	21 283	18 504	17 438
		1999	2000	1999	2000			2001		
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
ARBEITSMARKT										
* Arbeitslose am Monatsende ⁶⁾	Anzahl	239 257	214 875	229 534	238 900	236 497	195 173	200 261	211 728	210 709
* darunter Frauen	"	105 186	96 519	101 742	104 070	102 187	89 318	89 588	92 608	91 633
Männer	"	134 071	118 356	127 792	134 830	134 310	105 855	110 673	119 120	119 076
Ausländer	"	51 080	45 177	48 612	49 959	49 664	41 875	42 699	44 307	44 234
Jugendliche unter 20 Jahren	"	5 747	5 442	5 384	5 661	5 868	4 852	4 893	5 034	4 964
* Arbeitslosenquote ⁷⁾ insgesamt	%	9,4	8,1	9,0	9,3	9,2	7,3	7,5	7,9	7,9
* darunter der Frauen	"	9,1	8,0	8,8	9,0	8,8	7,2	7,3	7,5	7,4
Männer	"	9,6	8,3	9,1	9,6	9,6	7,3	7,7	8,2	8,2
Ausländer	"	17,2	14,8	16,4	16,9	16,8	13,6	13,9	14,4	14,4
Jugendlichen unter 20 Jahren	"	8,0	5,8	7,4	7,8	8,1	4,7	4,7	4,9	4,8
* Offene Stellen am Monatsende ⁸⁾	Anzahl	30 650	37 527	30 376	32 285	37 020	34 950	35 012	37 651	41 524
* Kurzarbeiter (Monatsmitte) ⁹⁾	"	6 396	5 156	4 355	5 711	6 916	4 518	4 523	6 118	8 431
		1998	1999	1998			1999			
		Durchschnitt ¹⁰⁾		Jun	Sept.	Dez.	März	Jun	Sept.	Dez.
* Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer am Arbeitsort insgesamt ⁸⁾¹¹⁾	1000	2 105,3	2 130,8	2 093,0	2 128,8	2 110,9	2 102,7	2 116,0	2 153,0	2 151,5
* darunter Frauen	"	903,7	916,6	896,9	911,4	906,7	906,1	908,0	924,0	928,3
Ausländer	"	226,6	227,8	225,8	229,6	226,0	225,0	227,0	231,1	227,9
* Teilzeitbeschäftigte	"	310,0	.	307,7	310,9	315,1	316,2	.	.	.
darunter Frauen	"	272,5	.	271,1	273,4	275,0	274,7	.	.	.
darunter ausgew. Wirtschaftsabschnitte ¹⁰⁾ :										
* Bergbau	"	.	.	.	9,2	8,8	8,6	.	.	.
* darunter Frauen	"	.	.	.	0,9	0,9	0,9	.	.	.
* Verarbeitendes Gewerbe	"	.	.	.	543,0	535,8	530,2	.	.	.
* darunter Frauen	"	.	.	.	142,6	139,9	138,2	.	.	.
* Energie- und Wasserversorgung	"	.	.	.	17,0	17,0	17,6	.	.	.
* darunter Frauen	"	.	.	.	3,0	2,9	3,2	.	.	.
* Baugewerbe	"	.	.	.	136,0	129,7	125,7	.	.	.
* darunter Frauen	"	.	.	.	16,0	15,8	15,4	.	.	.
* Handel- und Gastgewerbe	"	.	.	.	388,6	384,4	382,7	.	.	.
* darunter Frauen	"	.	.	.	188,0	186,1	185,4	.	.	.
* Verkehr- und Nachrichtenübermittlung	"	.	.	.	144,2	144,1	144,5	.	.	.
* darunter Frauen	"	.	.	.	47,8	47,8	48,2	.	.	.
* Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	"	.	.	.	139,3	138,9	139,1	.	.	.
* darunter Frauen	"	.	.	.	68,7	68,4	68,4	.	.	.
* Grundstückswesen, Vermietung, Dienstleistungen für Unternehmen	"	.	.	.	249,2	250,9	253,6	.	.	.
* darunter Frauen	"	.	.	.	111,1	111,5	113,2	.	.	.
* Öffentliche Verwaltung u. ä.	"	.	.	.	130,7	130,3	129,1	.	.	.
* darunter Frauen	"	.	.	.	74,9	74,9	74,6	.	.	.
* Öffentliche und private Dienstleistungen (ohne öffentl. Verwaltung)	"	.	.	.	358,6	358,0	357,9	.	.	.
* darunter Frauen	"	.	.	.	254,2	254,8	254,7	.	.	.

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Fortschreibungsergebnisse auf der Basis der Bevölkerungserstellung vom 25. Mai 1987 (Volkszählung). - 2) Nach dem Ereignisort. - 3) Nach der alleinigen oder der Hauptwohnung der Mutter. - 4) Nach der alleinigen oder Hauptwohnung des Verstorbenen. - 5) Ohne Innerhalb der Gemeinden Umgezogene. - 6) Quelle: Landesarbeitsamt Hessen. - 7) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. - 8) Einschl. Land- und Forstwirtschaft, Fischerei. Quelle: Bundesanstalt für Arbeit. - 9) Auf Grund der Einführung der neuen Wirtschaftszweigsystematik (WZ 93) ist die Vergleichbarkeit mit früheren Erhebungen nicht gewährleistet. - 10) Durchschnitt für die Monate März, Juni, September und Dezember. - 11) Ein Nachweis in wirtschaftsfachlicher Gliederung ist auf Grund von Strukturverschiebungen zur Zeit nicht möglich.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1999	2000	1999		2000				2001
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.
LANDWIRTSCHAFT										
Schlachtungen ¹⁾ :										
Rinder	Anzahl	8 088	7 302	11 899	9 189	8 243	8 555	10 265	4 742	4 576
Kälber	"	341	350	434	756	289	417	446	394	155
Schweine	"	108 303	102 959	128 846	114 129	108 663	110 686	112 175	95 912	100 835
darunter hausgeschlachtet	"	9 044	7 765	16 419	12 995	11 986	7 757	14 379	10 694	11 360
Schlachtmengen ²⁾ :										
* Gesamtschlachtgewicht	Tonnen	11 653	11 148	13 571	12 331	11 312	11 476	12 017	9 487	9 711
darunter von										
* Rindern	"	2 207	2 032	2 806	2 483	2 145	2 392	2 541	1 171	1 115
* Kälbern	"	30	33	26	83	28	46	47	46	14
* Schweinen	"	9 099	8 686	10 368	9 330	8 933	8 684	9 039	7 855	8 309
Geflügel:										
* Erzeugte Konsumeter ³⁾	1000 St.	30 668	31 856	28 186	29 147	29 689	33 607	32 911	33 737	32 589
Milcherzeugung:										
Kuhmilcherzeugung	Tonnen	87 211	84 688	80 315	84 985	87 339	80 420	77 177	82 484	84 990
* darunter an Molkereien u. Händler geliefert	"	82 275	80 642	75 621	80 149	82 503	76 850	73 721	78 721	81 227
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	16,4	15,8	15,3	15,7	16,0	14,8	14,6	15,1	15,6
VERARBEITENDES GEWERBE ⁴⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	464,4	459,5	462,2	459,7	457,6	461,2	461,1	459,1	457,3
darunter Arbeiter (einschl. gewerbli. Azubi.)	"	275,0	271,1	273,0	270,8	269,7	272,4	272,2	270,5	269,9
* Geleistete Arbeitsstunden	"	35 589	34 952	37 807	32 811	34 412	35 639	37 645	30 506	35 342
* Brutto Lohnsumme	Mill. DM	1 285,7	1 292,4	1 618,5	1 283,4	1 177,2	1 296,1	1 643,5	1 282,4	1 247,3
* Bruttogehaltssumme	"	1 424,5	1 446,6	1 842,5	1 457,7	1 376,7	1 367,4	1 864,5	1 471,8	1 406,6
* Gesamtumsatz (ohne Mwst.)	"	12 763,0	13 425,7	14 084,4	13 429,3	11 472,8	14 071,2	14 702,2	13 795,4	12 785,6
* darunter Auslandsumsatz	"	4 278,5	5 016,1	4 696,1	4 335,5	4 479,3	5 270,2	5 571,5	5 067,8	5 025,9
Exportquote ⁵⁾	%	33,5	37,4	33,3	32,3	39,0	37,5	37,9	36,7	39,3
Index der Nettoproduktion insgesamt ⁶⁾										
Insgesamt	1991 = 100
darunter										
Vorleistungsgüterproduzenten	"
Investitionsgüterproduzenten	"
Gebrauchsgüterproduzenten	"
Verbrauchsgüterproduzenten	"
Index der Nettoproduktion im Verarbeitenden Gewerbe ⁷⁾										
Insgesamt	1991 = 100
darunter										
Chemische Industrie	"
Maschinenbau	"
Fahrzeugbau	"
Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik usw.	"
Volumenindex des Auftragseingangs ⁷⁾										
Insgesamt	1995 = 100 % ⁸⁾	- 6,8	6,7	7,3	1,9	7,6	7,1	1,7	5,4	12,9
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	"	- 1,9	5,6	12,0	2,1	11,1	5,3	- 1,1	1,3	16,1
Investitionsgüterproduzenten	"	- 14,3	9,2	- 0,7	3,2	2,9	8,8	7,7	9,9	8,8
Gebrauchsgüterproduzenten	"	- 8,8	10,5	9,5	- 10,7	2,7	13,8	- 2,1	- 6,8	10,3
Verbrauchsgüterproduzenten	"	- 1,2	2,9	13,7	4,6	- 2,6	10,0	0,4	18,9	13,2
Volumenindex des Auftragseingangs nach ausgewählten Branchen:										
Chemische Industrie	% ⁸⁾	- 2,3	6,7	11,6	2,6	7,5	7,9	- 0,3	8,1	12,7
Maschinenbau	"	- 5,9	15,8	- 5,2	- 12,9	11,9	19,4	14,4	4,1	15,1
Kraftwagen und -teile	"	- 20,0	- 9,3	- 2,3	- 8,9	- 7,1	- 2,0	- 7,3	- 8,8	- 1,5
Herstellung von Metallserzeugnissen	"	- 1,4	5,5	5,7	9,4	7,1	4,3	4,7	- 6,0	27,9
ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	2 278,0	...	3 013,9	2 949,5	2 901,0	1 817,0	1 781,4
* Stromverbrauch ⁹⁾	"	2 714,2	...	2 996,8	3 012,8	3 157,2	2 813,7	3 038,8

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Gewerbliche und Hauschlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft. - 2) Gewerbliche Schlachtungen (ohne Geflügel); einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. - 3) in Betrieben ab 3000 Hennenhaltungsplätzen. - 4) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. - 5) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. - 6) Kalendermonatlich. - 7) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. - 8) Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Vorjahresmonat. - 9) Ohne Pumpstromverbrauch und ohne Übertragungsverluste; ohne Eigenverbrauch der Kraftwerke.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1999	2000	1999		2000				2001
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
BAUGEWERBE										
Bauhauptgewerbe ¹⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) darunter	1000	62,1	60,7	64,7	63,6	61,1	62,4	61,8	60,5	58,3
Facharbeiter ²⁾	*	32,6	32,0	33,5	33,6	32,4	33,1	32,5	31,8	30,4
Fachwerker und Werker	*	9,8	9,5	11,0	10,0	9,1	9,5	9,5	9,2	8,9
gewerblich Auszubildende	*	3,1	2,9	3,2	3,1	3,0	3,0	3,0	2,9	2,8
* Geleistete Arbeitsstunden darunter für den	*	5 923	5 756	6 575	5 059	4 081	6 405	6 503	4 627	3 766
Wohnungsbau	*	2 262	2 214	2 547	2 008	1 596	2 503	2 541	1 787	1 523
gewerblichen und Industriellen Bau	*	1 812	1 716	1 967	1 552	1 380	1 857	1 935	1 430	1 222
öffentlichen und Verkehrsbau	*	1 817	1 798	1 996	1 475	1 092	2 008	1 988	1 392	998
* Bruttohohnsumme ³⁾	Mill. DM	190,4	188,1	236,1	199,0	162,3	198,7	233,1	179,1	158,7
* Bruttogehaltssumme	*	80,9	78,2	98,3	80,2	79,5	75,8	96,8	77,1	70,7
Baugewerblicher Umsatz (ohne MwSt.)	*	1 039,2	1 001,1	1 228,7	1 320,3	620,4	1 112,7	1 242,3	1 338,7	630,8
* Index des Auftragsleistungseingangs ⁴⁾ darunter	1995 = 100	86,6	85,1	58,5	90,5	51,5	85,5	76,0	76,3	64,6
Wohnungsbau	*	66,5	53,2	58,5	66,2	36,2	44,7	34,1	49,6	30,7
gewerblicher und Industrieller Bau	*	90,9	99,6	57,8	84,6	68,6	97,1	100,5	96,8	86,8
öffentlicher und Verkehrsbau	*	92,4	84,9	62,1	111,1	38,6	93,6	68,7	65,5	55,7
Ausbaugewerbe ⁵⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	25,2	24,6	.	24,9	.	.	.	24,5	.
* Geleistete Arbeitsstunden	*	7 316	7 148	.	7 516,0	.	.	.	7 198,0	.
Bruttohohn- und -gehaltssumme	Mill. DM	330,5	337,4	.	368,7	.	.	.	361,6	.
* Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne MwSt.)	*	1 036,3	1 203,3	.	1 551,7	.	.	.	1 493,9	.
BAUGENEHMIGUNGEN										
* Wohngebäude (Neu- und Wiederaufbau) ⁶⁾ darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	1 048	913	1 010	827	734	799	859	615	543
*	*	932	818	908	716	657	715	774	554	487
* Umbauter Raum der Wohngebäude ⁶⁾	1000 m ³	1 151	1 021	988	934	828	1 008	951	697	636
* Wohnfläche in Wohngebäuden ⁶⁾	1000 m ²	213	188	188	180	148	187	174	130	113
* Veranschlagte reine Baukosten der Wohngebäude ⁷⁾	1000 DM	645 188	513 757	506 406	487 416	430 313	497 771	488 852	362 452	330 147
* Nichtwohngebäude (Neu- u. Wiederaufbau) ⁶⁾ Umbauter Raum der Nichtwohngebäude ⁶⁾	Anzahl	271	245	280	266	195	278	280	180	167
*	1000 m ³	808	875	972	711	578	889	1 846	1 112	1 015
* Nutzfläche in Nichtwohngebäuden ⁶⁾	1000 m ²	190	186	245	169	122	169	330	182	189
* Veranschlagte reine Baukosten der Nichtwohngebäude ⁷⁾	1000 DM	348 572	415 718	403 453	298 938	240 935	309 718	789 168	499 153	447 588
* Wohnungen insgesamt ⁸⁾	Anzahl	2 278	1 988	2 035	2 046	1 495	2 003	1 694	1 443	1 158
* Wohnräume insgesamt ⁸⁾	*	11 744	10 306	10 624	10 142	8 180	10 125	9 514	6 959	6 099
EINZELHANDEL UND GASTGEWERBE										
Einzelhandel										
* Index der Umsätze ⁹⁾ - real	1995 = 100	100,8	100,7	108,7	121,3	89,6	99,7	107,1	113,4	92,7
* Index der Umsätze ⁹⁾ - nominal	*	102,8	103,9	111,0	124,0	91,7	103,5	111,0	117,3	96,1
darunter (Einzelhandel mit)										
Waren verschiedener Art ¹⁰⁾	*	115,7	111,2	117,1	108,9	92,1	105,6	112,0	98,5	95,0
Kraftfahrzeugen ¹¹⁾ ; Tankstellen	*	101,7	101,4	110,1	132,3	93,5	97,7	108,5	126,8	95,3
Apotheken ¹²⁾	*	118,4	126,0	122,4	143,5	116,7	129,3	133,5	148,0	132,8
Bekleidung	*	86,4	86,7	98,1	115,9	78,1	94,8	97,7	116,9	82,2
Möbeln, Einrichtungsgegenständen ¹³⁾	*	95,6	96,9	108,6	119,3	86,8	104,2	111,1	113,9	90,7
Metallwaren und Anstrichmitteln ¹⁴⁾	*	97,7	111,0	101,4	96,7	81,8	112,1	110,5	104,1	91,9
* Beschäftigte im Einzelhandel (Index)	*	90,7	87,7	90,3	90,1	87,9	87,7	87,8	88,1	86,2
Gastgewerbe										
* Index der Umsätze ⁹⁾ - real	1995 = 100	90,8	91,4	86,9	92,6	81,8	98,8	89,5	92,9	79,1
* Index der Umsätze ⁹⁾ - nominal	*	95,2	96,9	91,3	96,9	85,5	105,0	94,0	98,3	83,8
darunter										
Hotels, Gasthöfe, Pensionen, Hotels garnis	*	101,8	107,0	99,7	97,8	90,5	124,7	105,4	97,6	88,7
Restaurants, Cafés, Eisdielen, Imbissstellen	*	90,4	90,0	85,9	99,0	80,9	91,9	84,8	99,7	77,3
Kantinen und Caterer	*	105,6	107,9	101,6	99,7	97,2	115,1	109,7	108,8	102,0
* Beschäftigte im Gastgewerbe (Index)	*	88,2	84,8	83,4	84,2	80,7	87,0	84,6	86,4	81,2

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau. Nach der Totalerhebung hochgerechnete Ergebnisse. - 2) Einschl. Polieren und Meistern. - 3) Einschl. Entgelten für Poliere und Meister. - 4) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. - 5) Bauintallation und sonstiges Baugewerbe. Ab 1997 Vierteljahresergebnisse (März - 1. Vj., Juni - 2. Vj., usw.). Ergebnisse nach der neuen EU-Klassifikation liegen erst ab Januar 1996 vor. Vorjahresvergleiche sind nicht möglich. - 6) Ohne Gebäudeteile. - 7) Einschl. Gebäudeteile. - 8) In Wohn- und Nichtwohngebäuden; alle Baumaßnahmen. - 9) Ohne Umsatzsteuer; teilweise berichtigte Ergebnisse. - 10) Vor allem Warenhäuser, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte und Supermärkte. - 11) Sowie mit Kraftfahrzeugteilen und -zubehör. - 12) Sowie Drogerien und Einzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln. - 13) Sowie Hausrat. - 14) Sowie Bau- und Heimwerkerbedarf.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1999	2000	1999		2000				2001
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
AUSSENHANDEL										
* Ausfuhr (Spezialhandel) insgesamt ¹⁾	Mill. DM	4 212,1	...	4 509,7	4 768,8	3 868,1	5 482,4	5 621,5
davon										
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	104,7	...	128,8	110,5	117,7	121,2	125,5
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	4 107,4	...	4 380,8	4 658,3	3 750,4	5 361,3	5 496,0
davon										
* Rohstoffe	"	36,6	...	35,8	42,7	35,1	41,5	46,3
* Halbwaren	"	322,2	...	256,3	337,3	317,6	469,9	429,0
* Fertigwaren	"	3 748,5	...	4 088,7	4 278,3	3 397,7	4 849,8	5 020,7
davon										
* Vorerzeugnisse	"	745,9	...	841,9	845,6	622,1	983,8	933,8
* Enderzeugnisse	"	3 002,7	...	3 246,8	3 432,7	2 775,6	3 866,0	4 086,9
Unter den Fertigwaren waren										
chemische Erzeugnisse	"	1 047,3	...	1 152,2	1 134,9	807,1	1 386,0	1 444,7
Maschinen	"	666,2	...	632,8	809,0	595,8	805,0	857,3
Fahrzeuge	"	587,4	...	705,3	615,1	620,5	584,8	688,3
elektrotechnische Erzeugnisse	"	472,3	...	525,2	578,0	470,5	693,5	660,1
Eisen- und Metallwaren	"	302,8	...	319,8	365,7	279,3	489,6	406,4
Ausfuhr nach ausgew. Verbrauchsländern:										
* EU-Länder ²⁾	"	2 300,1	...	2 558,4	2 467,8	2 044,1	2 831,3	2 853,2
darunter										
Vereinigtes Königreich	"	364,3	...	401,1	361,5	314,2	359,5	363,0
Frankreich	"	417,0	...	421,1	433,8	325,7	597,5	559,5
Italien	"	298,8	...	318,1	349,7	259,7	420,9	407,2
Niederlande	"	266,7	...	333,1	289,1	262,3	302,8	319,5
Belgien-Luxemburg	"	221,4	...	258,7	255,3	200,8	259,6	256,7
Österreich	"	236,4	...	238,4	229,4	211,0	283,2	261,9
EFTA-Länder ³⁾	"	234,9	...	229,3	258,6	203,7	361,3	328,7
darunter										
Schweiz	"	199,1	...	196,0	215,0	171,5	321,7	288,2
Norwegen	"	32,5	...	29,3	38,0	29,1	36,1	34,3
USA	"	429,1	...	449,4	527,1	412,1	523,6	612,0
* Einfuhr (Generalhandel) insgesamt ¹⁾	"	7 173,5	...	7 225,9	7 690,2	7 311,6	9 094,3	10 170,7
davon										
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	322,2	...	330,5	407,9	373,5	384,6	326,0
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	6 851,3	...	6 895,4	7 282,3	6 938,1	8 709,7	9 844,7
davon										
* Rohstoffe	"	77,0	...	81,6	84,7	53,0	105,6	138,2
* Halbwaren	"	699,3	...	543,1	525,1	555,9	965,1	1 062,3
* Fertigwaren	"	6 074,9	...	6 270,7	6 672,5	6 329,2	7 638,9	8 644,2
davon										
* Vorerzeugnisse	"	669,5	...	807,7	623,6	756,8	1 052,5	920,7
* Enderzeugnisse	"	5 405,5	...	5 463,0	6 048,8	5 572,4	6 586,4	7 723,6
* Einfuhr aus EU-Ländern ²⁾	"	3 372,3	...	3 575,2	3 369,4	3 642,0	3 880,5	5 005,3
FREMDENVERKEHR ⁴⁾										
* Gästeankünfte	1000	763	816	769	578	623	919	803	596	672
* darunter von Auslands Gästen	"	191	211	161	121	165	231	169	138	180
* Gästeübernachtungen	"	2 000	2 138	1 835	1 495	1 662	2 381	1 953	1 581	1 802
darunter von Auslands Gästen	"	370	409	301	235	366	457	322	266	400
Gästeübernachtungen nach Berichts-										
gemeindegruppen:										
Heilbäder	"	600	644	553	467	493	702	586	504	535
Luftkurorte	"	133	131	93	92	77	142	97	96	79
Erholungsorte	"	94	98	49	60	59	108	52	69	54
Sonstige Gemeinden	"	1 173	1 265	1 139	875	1 034	1 430	1 218	912	1 133
darunter Großstädte	"	526	575	560	425	529	642	594	436	590
VERKEHR										
Binnenschifffahrt										
Güterumschlag insgesamt	1000 t	1 301	1 350	1 448	1 331	1 052	1 501	1 383	1 188	...
davon										
* Güterversand	"	205	226	260	215	183	264	254	223	...
* Gütererpfang	"	1 096	1 124	1 189	1 116	870	1 237	1 130	965	...

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Ab Januar 1999 vorläufige Zahlen. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung von Einfuhr- und Ausfuhrergebnissen nicht vertretbar. - 2) Mitgliedsländer nach dem Stand von Januar 1995 (Frankreich, Belgien-Luxemburg, Niederlande, Italien, Vereinigtes Königreich, Rep. Irland, Dänemark, Griechenland, Spanien, Portugal, Schweden, Finnland, Österreich). - 3) Mitgliedsländer nach dem Stand vom Januar 1997 (Island, Norwegen, Liechtenstein, Schweiz). -

4) Alle Beherbergungstätigkeiten mit mindestens 9 Betten, einschl. Jugendherbergen und Kinderheimen. Besteht eine Gemeinde aus mehreren Ortsteilen, so werden die Ortsteile mit Fremdenverkehr jeweils der in Frage kommenden Gemeindegruppe zugeordnet. Die Gemeindegruppe „Erholungsorte“ enthält nur noch die staatlich anerkannten Erholungsorte; die bisherigen „Erholungsorte ohne Prädikat“ werden der Gruppe „Sonstige Gemeinden“ zugeordnet.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1999	2000	1999		2000				2001
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Noch: VERKEHR										
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge ¹⁾ darunter	Anzahl	34 124	30 577	29 357	28 822	25 824	27 029	27 212	24 527	...
Personenkraftwagen (einschl. Kombi)	*	29 759	26 145	25 583	25 262	23 464	23 703	24 225	21 276	...
* Lkw (auch mit Spezialaufbau)	*	1 877	1 868	2 330	1 866	1 466	1 852	2 000	1 521	...
Krafträder (einschl. Kraftroller)	*	2 073	1 998	951	1 132	550	976	571	1 143	...
Zugmaschinen (zulassungspflichtige)	*	297	287	329	404	213	303	252	387	...
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personenschaden	*	2 310	2 252	2 223	2 182	1 827	2 353	2 349	2 186	1 936
* Getötete Personen ²⁾	*	47	45	40	52	34	51	45	60	41
* Verletzte Personen	*	3 111	3 031	2 993	2 961	2 520	3 186	3 192	2 941	2 647
Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen ³⁾										
Beförderte Personen	1000	37 353	39 561	.	119 614	.	.	.	130 334	.
davon im Linienverkehr ⁴⁾	*	36 883	39 083	.	118 230	.	.	.	128 906	.
Gelegenheitsverkehr	*	469	478	.	1 384	.	.	.	1 428	.
Gefahrene Wagenkilometer	1000 km	23 547	24 402	.	69 638	.	.	.	71 078	.
davon im Linienverkehr ⁴⁾	*	18 640	19 432	.	56 452	.	.	.	57 228	.
Gelegenheitsverkehr	*	4 908	4 970	.	13 186	.	.	.	13 850	.
Einnahmen	1000 DM	75 526	80 498	.	235 020	.	.	.	259 737	.
davon aus Linienverkehr ⁴⁾	*	61 015	64 443	.	197 593	.	.	.	217 589	.
Gelegenheitsverkehr	*	14 511	16 055	.	37 427	.	.	.	42 148	.
GELD UND KREDIT										
Banken ⁵⁾										
Kredite an Nichtbanken insgesamt ⁶⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende) darunter	Mill. DM	920 746	319 593	.	920 746	.	.	.	981 465	.
Kredite an inländische Nichtbanken ⁶⁾ davon	*	764 951	260 199	.	764 951	.	.	.	784 749	.
kurzfristige Kredite	*	120 360	43 486	.	120 360	.	.	.	126 208	.
Kredite über 1 Jahr ⁷⁾	*	644 591	216 713	.	644 591	.	.	.	658 542	.
Einlagen und aufgenommene Gelder ⁸⁾ von Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
	Mill. DM	685 448	246 770	.	685 448	.	.	.	758 796	.
Zahlungsschwierigkeiten										
* Insolvenzen insgesamt	Anzahl	201	235	227	239	207	275	226	224	...
davon										
* von Unternehmen, einschl. Kleingewerbe ⁹⁾	*	155	153	161	176	158	144	127	140	...
* von privaten Personen und Nachlässe ⁹⁾	*	45	82	66	63	49	131	99	84	...
* Beantragte Insolvenzen ¹⁰⁾	*	201	235	227	239	207	275	226	224	...
* darunter mangels Masse abgelehnt	*	133	123	110	136	129	139	97	113	...
PREISE										
* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte insgesamt	1995 = 100	105,0	107,0	105,5	105,7	106,1	107,5	107,7	107,6	108,1
darunter										
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	*	102,1	101,4	100,5	100,7	101,3	100,5	101,0	101,4	102,7
Bekleidung, Schuhe	*	103,4	104,0	103,8	103,9	103,9	103,9	103,9	104,2	104,1
Wohnung, Wasser, Strom, Gas ¹¹⁾	*	107,4	110,7	108,5	108,0	108,9	112,5	112,7	112,5	112,5
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt ¹²⁾	*	102,2	102,1	102,2	102,1	102,2	102,2	102,1	102,1	102,2
Verkehr (einschl. Kraftstoffe)	*	107,9	113,9	110,1	111,2	111,9	115,1	115,2	113,6	115,2
Nachrichtenübermittlung	*	88,0	84,3	87,2	87,2	87,2	83,7	83,7	83,6	83,4
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	*	103,4	104,9	103,7	104,2	103,8	103,6	104,7	105,4	105,6
Beherbergungs- und Gaststättenleistungen	*	103,0	103,7	103,3	102,7	102,5	103,8	102,6	103,1	103,0
* Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Haushalten von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen	1995 = 100	104,9	106,6	105,3	105,4	105,8	107,0	107,1	107,0	107,5
* Preisindex für Wohngebäude (Neubau) ¹³⁾	1995 = 100	100,2 ¹⁴⁾	100,2 ¹⁴⁾	100,3	.	.	.	101,7	.	.

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. - 2) Einschl. der innerhalb 30 Tagen an den Unfallfolgen Gestorbenen. - 3) Vierteljahresergebnisse (März – 1. Vj., Juni – 2. Vj., usw.); Jahresdurchschnitt – Monatsdurchschnitt; nur Unternehmen mit 6 oder mehr Bussen. - 4) Allgemeiner Linienverkehr, Sonderformen des Linienverkehrs (Berufverkehr, Schüler-, Markt- und Theaterfahrten), freigestellter Schülerverkehr. - 5) Die Angaben umfassen die in Hessen gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichten den Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne Kreditinstitute mit überregionalen Sonderaufgaben (ohne Filialnetz) sowie ohne Post giro- und Postsparkassennäher. - 6) Einschl. durchlaufender Kredite. - 7) Ohne durchlaufende Kredite. - 8) Biseinschl. 1998 ohne Kleingewerbe. - 9) Bis einschl. 1998 „von übrigen Ge meinschuldner“. - 10) Bis einschl. 1998 „Beantragte Konkurse“. - 11) Und andere Brennstoffe. - 12) Sowie deren Instandhaltung. - 13) Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk. - 14) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Februar, Mai, August und November.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1999	2000	1999		2000				2001	
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
STEUERN											
Steueraufkommen insgesamt ¹⁾	Mill. DM	6 486,1	6 949,5	4 964,7	10 401,3	7 712,7	5 499,6	5 202,4	11 276,8	7 922,2	
davon											
Gemeinschaftsteuern	*	5 707,7	6 120,7	4 404,6	9 233,2	7 129,3	4 723,9	4 560,1	10 018,5	7 173,6	
davon											
Lohnsteuer ²⁾	*	2 710,1	2 908,6	2 379,4	4 825,9	2 816,3	2 554,0	2 560,4	4 734,0	3 229,4	
veranlagte Einkommensteuer	*	116,0	149,7	- 171,0	934,0	- 127,0	- 139,7	- 213,2	1 015,9	- 80,3	
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	*	344,9	445,6	72,9	182,9	1 183,1	113,1	86,6	161,8	823,5	
Zinsabschlag ²⁾	*	360,5	439,9	313,9	464,6	843,3	382,9	454,6	529,5	1 295,7	
Körperschaftsteuer ²⁾	*	425,9	461,0	- 119,0	860,6	313,8	23,6	- 167,0	1 803,9	219,8	
Umsatzsteuer	*	1 496,9	1 402,0	1 652,0	1 675,7	1 869,3	1 445,9	1 447,2	1 372,9	1 423,4	
Einfuhrumsatzsteuer	*	253,5	314,1	276,4	289,5	230,5	344,2	391,4	400,5	262,1	
Bundessteuern	*	458,0	488,0	306,3	722,1	325,0	344,6	366,3	826,5	410,1	
darunter											
Mineralölsteuer	*	91,0	61,7	68,2	149,9	- 1,0	72,0	61,9	129,1	16,6	
Versicherungsteuer	*	112,0	112,2	84,5	50,7	66,2	54,4	74,7	42,0	75,8	
Zölle ³⁾	*	28,3	25,8	29,0	30,5	24,7	26,5	28,1	29,5	26,0	
Landesteuern	*	242,3	255,3	221,0	244,7	263,1	230,6	234,0	220,7	358,0	
darunter											
Vermögensteuer	*	11,1	11,1	6,7	10,3	2,5	8,0	7,2	9,9	12,2	
Erbschaftsteuer	*	36,3	42,5	42,1	41,5	33,8	36,6	28,0	42,6	109,6	
Grundwerbsteuer	*	77,3	84,4	75,5	90,6	99,3	80,2	88,2	77,1	74,1	
Kraftfahrzeugsteuer	*	86,5	86,7	71,8	72,2	100,0	77,6	77,5	70,2	127,5	
Gewerbsteuerumlage	*	49,8	59,7	1,7	170,8	- 29,4	174,1	13,9	181,6	- 45,8	
		1999	2000	1999			2000				
		Durchschnitt ⁴⁾		Junl	Sept.	Dez.	März	Junl	Sept.	Dez.	
Kassenmäßiges Steueraufkommen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. DM	3 039,8	3 148,3	2 727,5	3 158,1	4 497,1	2 059,0	3 148,3	3 371,6	4 014,1	
davon											
Grundsteuer A	*	8,4	8,5	8,4	10,1	6,9	8,4	8,6	10,0	6,9	
Grundsteuer B	*	293,7	294,9	336,8	334,3	242,7	280,0	335,7	321,9	242,0	
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	*	1 497,0	1 451,6	1 208,6	1 642,3	1 931,4	1 315,7	1 494,8	1 734,3	1 261,7	
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	*	1 064,7	1 215,8	1 037,5	1 039,1	1 922,6	385,6	1 132,3	1 135,4	2 209,8	
andere Steuern ⁵⁾	*	36,8	33,6	40,5	37,4	32,1	36,4	37,9	33,8	26,2	
		1999	2000	1999			2000				
		Durchschnitt ⁶⁾		April	Jul	Okt.	Jan.	April	Jul	Okt.	
LÖHNE UND GEHÄLTER											
Arbeiterverdienste											
Im Produzierenden Gewerbe ⁷⁾											
* Bruttomonatsverdienst insgesamt	DM	4 617	4 730	4 579	4 637	4 681	4 603	4 710	4 781	4 755	
* Männliche Arbeiter	*	4 781	4 892	4 741	4 800	4 846	4 754	4 870	4 946	4 920	
darunter Facharbeiter	*	5 085	5 195	5 058	5 105	5 145	5 046	5 165	5 261	5 225	
* Weibliche Arbeiter	*	3 516	3 632	3 485	3 525	3 559	3 573	3 606	3 663	3 648	
darunter HilfsarbeiterInnen	*	3 229	3 392	3 194	3 238	3 271	3 341	3 370	3 429	3 397	
* Bruttostundenverdienst insgesamt	*	28,20	28,83	28,05	28,25	28,39	28,63	28,74	28,96	28,88	
* Männliche Arbeiter	*	29,10	29,75	28,96	29,14	29,27	29,56	29,65	29,88	29,80	
darunter Facharbeiter	*	31,27	31,99	31,13	31,27	31,47	31,81	31,87	32,18	31,98	
* Weibliche Arbeiter	*	21,99	22,48	21,82	22,04	22,21	22,28	22,36	22,60	22,53	
darunter HilfsarbeiterInnen	*	19,98	20,77	19,80	20,02	20,17	20,62	20,69	20,91	20,77	
Angestelltenverdienste											
(Bruttomonatsverdienste)											
* Im Produzierenden Gewerbe	*	6 715	6 845	6 705	6 738	6 763	6 755	6 800	6 859	6 900	
* kaufmännische Angestellte	*	6 329	6 504	6 312	6 343	6 383	6 407	6 472	6 512	6 560	
* männliche Angestellte	*	7 222	7 428	7 217	7 227	7 281	7 336	7 392	7 434	7 486	
* weibliche Angestellte	*	5 252	5 355	5 228	5 280	5 291	5 262	5 318	5 370	5 404	
* technische Angestellte	*	7 052	7 151	7 047	7 086	7 095	7 064	7 094	7 173	7 205	
* männliche Angestellte	*	7 204	7 304	7 202	7 240	7 242	7 206	7 242	7 331	7 364	
* weibliche Angestellte	*	5 590	5 753	5 560	5 606	5 655	5 729	5 706	5 751	5 795	
* In Handel, Kredit- u. Versicherungsgewerbe ⁸⁾											
insgesamt	*	5 588	5 742	5 606	5 601	5 616	5 628	5 731	5 732	5 805	
* kaufmännische Angestellte	*	5 613	5 770	5 634	5 627	5 634	5 657	5 766	5 760	5 829	
* männliche Angestellte	*	6 254	6 422	6 293	6 262	6 280	6 332	6 424	6 393	6 482	
* weibliche Angestellte	*	4 808	4 931	4 817	4 825	4 820	4 811	4 919	4 937	4 985	

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Einschl. Gewerbesteuerumlage. - 2) Vor Zerlegung. - 3) Einschl. Zoll-Euro. - 4) Vierteljahresdurchschnitte. - 5) Und steuerähnliche Einnahmen. - 6) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Januar, April, Juli und Oktober. - 7) Neuer Berichtskreis im Bereich des Produzierenden Gewerbes. - 8) Sowie bei Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern.

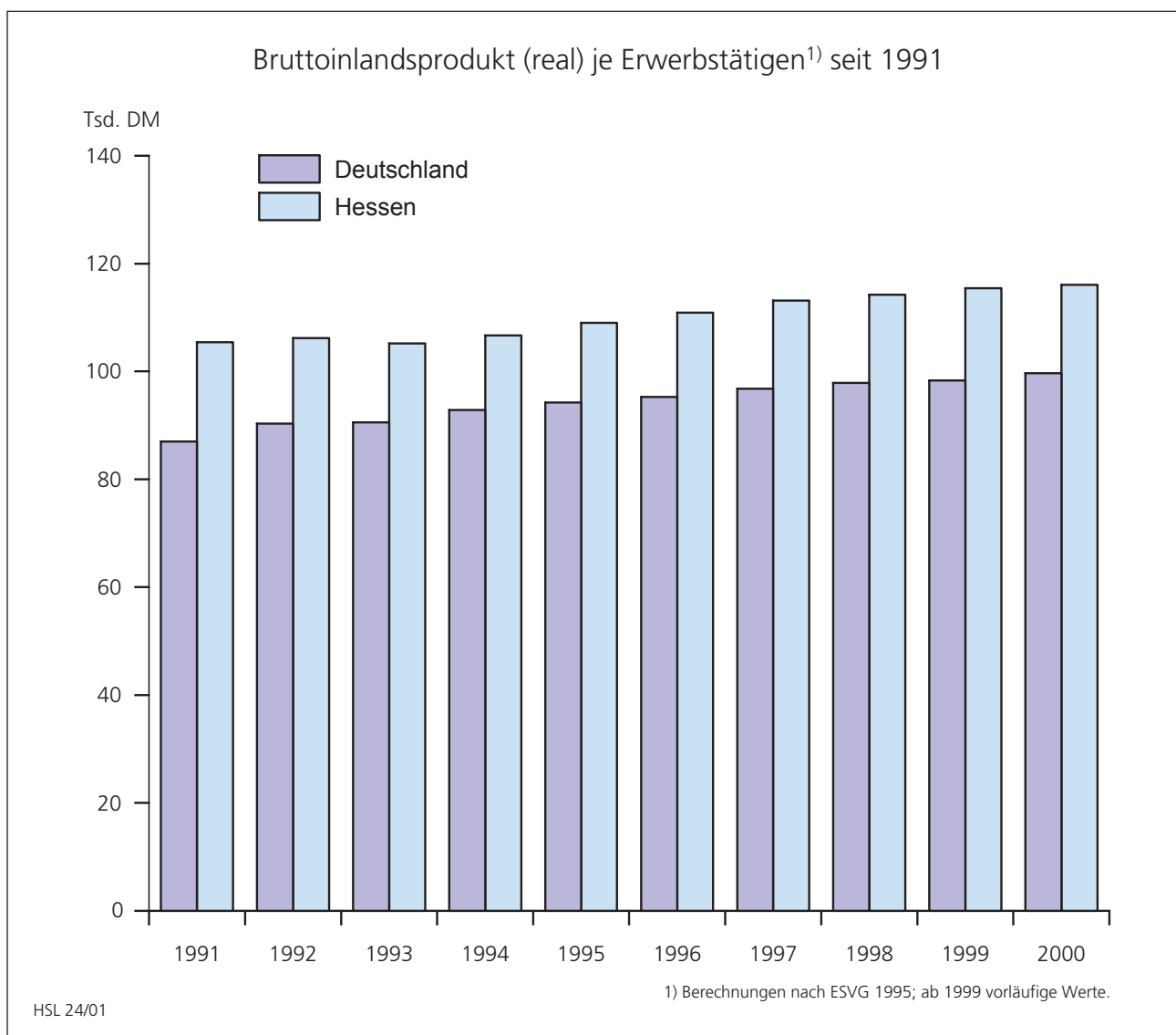
Staat und Wirtschaft in Hessen

Berichte und Informationen aus der Landesstatistik

4 · 01

56. Jahrgang

Hessisches Statistisches Landesamt





Hauptdaten der wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen 2000

Der Jahresrückblick 2000 stellt die wichtigsten Ergebnisse und Trends des vergangenen Jahres zur Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Bevölkerungsentwicklung sowie die Entwicklung der öffentlichen Finanzen in kompakter Form dar. Damit der Überblick gewahrt bleibt, ist der Rückblick in die vier Hauptabschnitte „**Gesamtwirtschaft und Arbeitsmarkt**“, „**Wirtschaftsbereiche**“, „**Öffentliche Finanzen**“ sowie „**Bevölkerung**“ gegliedert. Abgerundet wird die Darstellung durch mehrere Schaubilder. Neu aufgenommen wurde im Abschnitt „Gesamtwirtschaft und Arbeitsmarkt“ der Bereich „Erwerbstätigkeit“ und im Abschnitt „Bevölkerung“ der Bereich „Haushalte“, jeweils gespeist mit Ergebnissen aus der Mikrozensus-Stichprobenerhebung. Der Bereich „Sparverkehr“ wird nicht mehr beschrieben und im Bereich „Landwirtschaft“ wurden die Teile „Weinbau“ und „Waldschäden“ durch den Teil „Gemüseanbau“ ersetzt. Alle aufgeführten Daten umfassen den kompletten Zeitraum von Januar bis Dezember 2000. Lediglich die Daten zum Themenbereich „Außenhandel“ (Januar bis November) beinhalteten bei Redaktionsschluss nicht das ganze abgelaufene Jahr. Die Angaben zu den Bereichen „Erwerbstätigkeit“ und „Haushalte“ beziehen sich auf den Zeitraum Mai 2000 und die Angaben zum Kraftfahrzeugbestand auf den Stichtag 1. Juli 2000. Im Bereich „Bevölkerung“ werden für das Jahr 2000 hochgerechnete Werte auf der Basis des 1. Halbjahres 2000 nachgewiesen.

Schlaglichter des Jahres 2000 aus statistischer Sicht:

Gesamtwirtschaft und Arbeitsmarkt

- **Bruttoinlandsprodukt:** Hessens Wirtschaft konnte im Jahr 2000 ein Wachstum von 3,3 % realisieren; die Rate lag um 0,2 Prozentpunkte höher als in Deutschland.
- **Arbeitsmarkt:** Die Arbeitslosenzahl in Hessen hat weiter abgenommen: Sie verringerte sich von durchschnittlich 239 300 im Jahr 1999 um 24 400 oder 10,2 % auf 214 900 im Berichtsjahr. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote sank von 9,4 auf 8,1 %.
- **Erwerbstätigkeit:** Die Zahl der erwerbstätigen Hessen belief sich im Mai 2000 auf rund 2,75 Millionen, das waren 48 000 oder 1,8 % mehr als ein Jahr zuvor.
- **Außenhandel:** Von Januar bis November 2000 führte die hessische Wirtschaft Waren im Wert von 53,8 Mrd. DM ins Ausland aus, gut 17 % mehr als im Vergleichszeitraum 1999. Der Wert der Einfuhren stieg um 20 % auf 94,4 Mrd. DM.
- **Preisindex für die Lebenshaltung:** Im Jahr 2000 sind die Verbraucherpreise in Hessen stärker gestiegen als in den Jahren zuvor. Im Durchschnitt des Berichtsjahres lagen sie um 1,9 % höher als ein Jahr zuvor.
- **Verdienste:** Die Nettoverdienste der Arbeitnehmer in Hessen sind von 1999 auf 2000 stärker als die Bruttoverdienste gestiegen.
- **Insolvenzen:** Die gewerblichen Insolvenzen waren im Jahr 2000 weiter rückläufig. Diese Entwicklung hält damit seit drei Jahren an.
- **Gewerbeanzeigen:** Die Zahl der Anmeldungen von Gewerbebetrieben in Hessen ist im Jahr 2000 im Vergleich

zum Vorjahr um 2,8 % auf gut 64 300 gesunken. Ebenfalls rückläufig war die Zahl der Abmeldungen. Sie verringerte sich um 8 % auf 57 400.

Wirtschaftsbereiche

- **Verarbeitendes Gewerbe:** Gegenüber 1999 verbuchte das hessische Verarbeitende Gewerbe im Jahr 2000 dank glänzender Auslandsgeschäfte ein deutliches Umsatzplus. Auch die Auftragseingänge legten deutlich zu.
- **Bauhauptgewerbe:** Diese Branche blieb im Berichtsjahr von der verbesserten konjunkturellen Entwicklung abgekoppelt. Auftragseingänge, Umsätze und Beschäftigung waren rückläufig.
- **Bautätigkeit:** Im vergangenen Jahr wurden sowohl im Wohnbau (– 13 %) als auch im Nichtwohnbau (– 9,4 %) weniger Baugenehmigungen für neue Gebäude erteilt.
- **Einzelhandel:** Die Umsätze der hessischen Einzelhandelsbetriebe stiegen im Betrachtungszeitraum nominal um knapp 1 %; real bedeutete dies stagnierende Umsätze.
- **Verkehr:** Im Jahr 2000 erreichte der Luftverkehr auf dem Flughafen Frankfurt (Main) im Bereich „Passagierverkehr“ neue Höchstmarken und auch das Frachtaufkommen legte deutlich zu.
- **Landwirtschaft:** Die hessische Getreideernte fiel im Jahr 2000 auf Grund der gestiegenen Anbaufläche mit gut 2 036 000 t um 49 300 t höher aus als die im Vorjahr.

Öffentliche Finanzen

- **Kommunalfinanzen:** Im Jahr 2000 sind die Ausgaben der kommunalen Gebietskörperschaften mit + 4,9 % auf 35,4 Mrd. DM relativ stärker gestiegen als die Einnahmen, die ein Plus von 3,7 % auf 36,0 Mrd. DM aufwiesen.

- **Gesamtsteueraufkommen:** Das Steueraufkommen in Hessen übertraf mit einem Wert von 89,8 Mrd. DM das Vorjahresniveau um 6,2 %. Somit war im dritten Jahr in Folge ein Steuerplus zu verzeichnen.

Bevölkerung

- **Bevölkerung:** Die Bevölkerung ist im Jahr 2000 weniger stark gewachsen als im vorangegangenen Jahr. Die Einwohnerzahl nahm um 14 000 oder 0,2 % auf 6,066 Mill. zu (Jahresergebnis geschätzt).
- **Haushalte:** Im Mai 2000 gab es in Hessen 2,8 Mill. Privathaushalte, dies war rund 1 % mehr als im April 1999.

Gesamtwirtschaft und Arbeitsmarkt

3,3 % Wirtschaftswachstum

Das Wirtschaftswachstum in **Deutschland** hatte sich von 2,1 % (1998) auf nur noch 1,6 % in 1999 abgeschwächt, wodurch es im Zuge des 1994 einsetzenden konjunkturellen Erholungsprozesses zu einer erneuten Wachstumsdelle gekommen war. Im Berichtsjahr 2000 ergab sich nun ein unerwartet kräftiger Konjunkturaufschwung mit einem Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts um 3,1 %. Diese bisher höchste Wachstumsrate in der neunjährigen gesamtdesischen Wirtschaftsgeschichte hatte hauptsächlich außenwirtschaftliche Ursachen. Eine für die Ausfuhr in den Dollarraum günstige Wechselkursentwicklung bescherte der deutschen Wirtschaft einen wahren Exportboom. Dadurch konnte sich der Außenbeitrag gegenüber 1999 mehr als verdoppeln und einen vollen Prozentpunkt zum Wachstum des Bruttoinlandsprodukts beisteuern. Die übrigen 2,1 Prozentpunkte kamen von der inländischen Verwendungsseite des Bruttoinlandsprodukts. Hier konnten sich allerdings allein die Ausrüstungsinvestitionen (+ 9,0 %) als binnenwirtschaftlicher Wachstumsmotor profilieren, während die Bauinvestitionen (– 2,5 %) sogar rückläufig waren. Der private und staatliche Konsum, für den rund drei Viertel des Bruttoin-

landsprodukts aufgewendet werden, wiesen nur unterdurchschnittliche Zuwachsraten auf und verhinderten damit ein noch kräftigeres gesamtwirtschaftliches Wachstum.

Unter diesen gesamtdesischen Rahmenbedingungen konnte **Hessens** Wirtschaft im Jahr 2000 ein Wachstum von 3,3 % realisieren; 0,2 Prozentpunkte oberhalb der Wachstumsrate für Deutschland. Der Anteil Hessens am preisbereinigten Bruttoinlandsprodukt Deutschlands lag 1999 und 2000 bei 9,0 %. Die entscheidenden Wachstumsimpulse für die Wirtschaft Hessens gingen 2000 von den Dienstleistungsbereichen Kreditgewerbe, unternehmensnahe Dienstleistungen, Datenverarbeitung inklusive Datenbanken und der Nachrichtenübermittlung aus, in denen im Berichtsjahr nur rund ein Viertel der Wertschöpfung, aber nahezu zwei Drittel des realen Wertschöpfungszuwachses von 12,2 Mrd. DM erwirtschaftet wurden. Das Verarbeitende Gewerbe, dessen Wertschöpfung 1999 noch um 3 % geschrumpft war, konnte im Berichtsjahr wieder Tritt fassen. Mit einem Wachstum von 2,5 % blieb dieser Wirtschaftsbe- reich allerdings erneut weit hinter der entsprechenden Entwicklung in Deutschland (+ 5,8 %) zurück, da die Exportchancen in den Dollarraum nur sehr selektiv bestimmten Branchen bzw. Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes zugute kamen. Profitieren konnte hiervon vor allem der hessische Maschinenbau, während die Entwicklung in der Chemischen Industrie und in Teilen des Fahrzeugbaus gegenüber anderen Bundesländern enttäuschend verlief. Das in jeweiligen Preisen gemessene Bruttoinlandsprodukt stieg von 346,3 Mrd. DM im Jahr 1999 um 8,5 Mrd. DM oder 2,4 % auf 354,8 Mrd. DM für das vergangene Jahr.

Das reale Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen in Hessen stieg von 115 500 DM in 1999 um 800 DM oder 0,8 % auf 116 300 DM im Berichtsjahr (siehe auch Schaubild auf S. 109). Das war das Spitzenresultat unter den 13 Flächenländern. Damit lag das auch als Arbeitsproduktivität bezeichnete preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen in Hessen knapp 17 % über dem Bundesdurchschnitt von 99 800 DM. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Arbeitsproduktivität in den neuen Bundesländern (ohne Berlin) mit 72 700 DM noch immer deutlich hinter dem entsprechenden Wert für die alten Bundesländer (ohne Berlin: 105 200 Mark) zurückbleibt. Bei den drei Stadtstaaten, die durch ihre hohe Dienstleistungskonzentration eine ähnliche Wirtschaftsstruktur wie Hessen aufweisen, lag die Arbeitsproduktivität nur in Hamburg (131 400 DM) über dem hessischen Niveau.

In ihrem Herbstgutachten 2000 prognostizierten die Mitglieder deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V. für das Jahr 2001 ein 2,7%iges Wirtschaftswachstum in Deutschland. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung kam drei Wochen später zu einem ähnlichen Ergebnis (+ 2,8 %).

Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen¹⁾ (real)

Jahr	Hessen		Deutschland	
	DM	Veränderung zum Vorjahr in %	DM	Veränderung zum Vorjahr in %
1991	105 461	.	87 013	.
1992	106 213	0,7	90 316	3,8
1993	105 237	– 0,9	90 561	0,3
1994	106 692	1,4	92 837	2,5
1995	109 039	2,2	94 243	1,5
1996	110 921	1,7	95 251	1,1
1997	113 162	2,0	96 779	1,6
1998	114 263	1,0	97 856	1,1
1999	115 462	1,0	98 326	0,5
2000	116 101	0,6	99 678	1,4

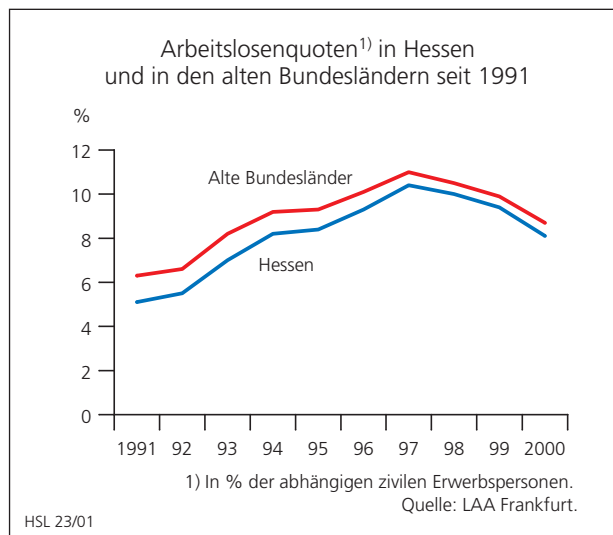
1) Berechnungen nach ESVG 1995; ab 1999 vorläufige Werte.

Da die Annahmen, auf denen diese Schätzungen beruhen, zwischenzeitlich keine gravierenden Abweichungen erfahren haben, erscheint aus heutiger Sicht ein hessisches Wirtschaftswachstum von etwa 3 % im laufenden Jahr erreichbar. Damit bliebe das konjunkturelle Klima für einen weiteren Abbau der Arbeitslosigkeit günstig. Der Sachverständigenrat rechnet mit einer jahresdurchschnittlichen Zunahme der Erwerbstätigkeit in Deutschland um 395 000 Personen oder gut 1 % gegenüber 2000. Die wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute kommen mit einem Plus von 380 000 Erwerbstätigen wegen der Annahme eines etwas schwächeren Wirtschaftswachstum nur zu einem geringfügig niedrigeren Ergebnis. Für Hessen dürfte mit einem Anstieg der Erwerbstätigkeit um 1,2 % zu rechnen sein. Damit wären im Durchschnitt des laufenden Jahres erstmals mehr als drei Millionen Erwerbstätige in Hessen beschäftigt.

Weniger Arbeitslose und Kurzarbeit, mehr offene Stellen

Im Jahr 2000 zählten die hessischen Arbeitsämter 389 600 **Arbeitslosmeldungen**, die zu mehr als der Hälfte (52 %) Personen ohne vorherige Erwerbstätigkeit betrafen. Für die zumeist kündigungsbedingten Arbeitslosmeldungen nach vorangegangener Erwerbstätigkeit errechnete sich ein Anteil von gut 45 %. Der Rest der Arbeitslosmeldungen bezog sich auf Personen, die zuvor eine betriebliche Ausbildung absolviert hatten. Gegenüber dem Vorjahr waren die Arbeitslosmeldungen im Jahr 2000 um 16 900 oder 4,2 % geringer.

1) Hier und im Folgenden Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990 (altes Bundesgebiet).



Auf Bundesebene¹) fiel der relative Rückgang der Arbeitslosmeldungen (– 3,8 %) etwas geringfügiger aus. Unter anderem durch weniger Asylanten und Bürgerkriegsflüchtlingen ergab sich bei der Abnahme der hessischen Arbeitslosmeldungen ohne vorherige Erwerbstätigkeit (– 9700; – 4,6 %) ein günstigeres Ergebnis als bei dem trotz guter Konjunktur nur zögerlichen Rückgang der Arbeitslosmeldungen nach vorheriger Erwerbstätigkeit (– 5600; – 3,1 %).

Diesem Arbeitskräfteangebot standen 279 200 der hessischen Arbeitsverwaltung im Verlauf des Jahres 2000 als offen gemeldete Stellen gegenüber. Das waren 14 600 oder 5,5 % mehr als 1999. Im Bundesgebiet verlief die Belegung der Stellenmeldungen (+ 5,1 %) etwas verhaltener. In Hessen kamen auf 72 (Bundesgebiet: 67) als **offen gemeldete** Stellen 100 Arbeitslosmeldungen. Die hessischen Arbeitsämter konnten trotz dieser erweiterten Vermittlungsbasis

Arbeitslose, offene Stellen, Kurzarbeiter

Jahr Monat	Arbeitslose					Arbeitslosenquote¹)				
	ins- gesamt	darunter				ins- gesamt	darunter der			
		Männer	Frauen	Jugend- liche	Ausländer		Männer	Frauen	Jugend- liche	Aus- länder
1998 D	254 050	144 800	109 250	6 339	55 070	10,0	10,3	9,7	8,9	18,6
1999 D	239 257	134 071	105 186	5 747	51 080	9,4	9,6	9,1	8,0	17,2
2000 D	214 875	118 356	96 519	5 442	45 177	8,1	8,3	8,0	5,8	14,8
1999 Oktober	225 484	123 361	102 123	5 559	47 950	8,8	8,8	8,8	7,7	16,2
November	225 151	123 623	101 528	5 262	47 914	8,8	8,8	8,7	7,3	16,2
Dezember	229 534	127 792	101 742	5 384	48 612	9,0	9,1	8,8	7,4	16,4
2000 Januar	238 900	134 830	104 070	5 661	49 959	9,3	9,6	9,0	7,8	16,9
Februar	236 497	134 310	102 187	5 868	49 664	9,2	9,6	8,8	8,1	16,8
März	228 878	129 070	99 808	5 574	48 534	8,9	9,2	8,6	7,7	16,4
April	221 800	123 603	98 197	5 155	47 239	8,3	8,5	8,0	5,0	15,4
Mai	211 812	116 727	95 085	4 622	45 162	7,9	8,1	7,7	4,5	14,7
Juni	213 076	115 919	97 157	5 732	44 332	8,0	8,0	7,9	5,6	14,4
Juli	213 256	115 155	98 101	6 243	43 150	8,0	8,0	8,0	6,0	14,0
August	206 753	111 376	95 377	6 072	42 578	7,7	7,7	7,7	5,9	13,8
September	201 102	108 341	92 761	5 481	42 144	7,5	7,5	7,5	5,3	13,7
Oktober	196 354	105 855	90 499	4 903	41 830	7,3	7,3	7,3	4,7	13,6
November	195 173	105 855	89 318	4 852	41 875	7,3	7,3	7,2	4,7	13,6
Dezember	200 261	110 673	89 588	4 893	42 699	7,5	7,7	7,3	4,7	13,9

1) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen.

Quelle: Landesarbeitsamt Hessen.

nur 179 700 Arbeitsuchende auf einem Dauerarbeitsplatz unterbringen. Das waren 9500 oder 5,0 % weniger als 1999. Im Bundesgebiet ging der Vermittlungserfolg (– 5,1 %) ebenfalls zurück. Neben der amtlichen Vermittlungstätigkeit bewirkten weitere, durch private Bemühungen entstandene Arbeitsverhältnisse und andere Anlässe, wie Erreichen der Altersgrenze, Arbeitsmarkt entlastende Maßnahmen nach dem Arbeitsförderungsgesetz und dergleichen, dass 2000 insgesamt 418 900 Personen in Hessen aus der Arbeitslosigkeit ausschieden. Das waren 6300 oder 1,5 % weniger als 1999 (Bundesgebiet: – 2,9 %).

Die **Arbeitslosenzahl** in Hessen verringerte sich von durchschnittlich 239 300 im Vorjahr um 24 400 oder 10,2 % auf 214 900 im Berichtsjahr. Der durchschnittliche Abbau der Arbeitslosigkeit im Bundesgebiet (– 8,2 %) verlief um zwei Prozentpunkte weniger ausgeprägt. Die jahresdurchschnittliche **Arbeitslosenquote** in Hessen ermäßigte sich dadurch von 9,4 % in 1999 auf 8,1 % im Berichtsjahr (Bundesgebiet von 9,9 auf 8,7 %).

Obwohl sich die **Kurzarbeit** in Hessen seit 1998 nur noch auf einen auch in historischer Betrachtung sehr niedrigen Niveau bewegt, konnte sie im Berichtsjahr nochmals deutlich vermindert werden. Sie reduzierte sich von durchschnittlich 6400 Betroffenen in 1999 um 1200 oder 19 % auf nur noch durchschnittlich 5200 im vergangenen Jahr. Im Bundesgebiet fiel der Rückgang von einem 1999 noch deutlich höheren Niveau entsprechend kräftiger aus (– 33 %).

Hinter der Abnahme der Arbeitslosigkeit auf Landesebene (– 10,2 %) verbergen sich regional recht unterschiedliche Entwicklungen. Das günstigste Ergebnis wies mit einem Rückgang von 15 % der Arbeitsamtsbezirk Offenbach auf, gefolgt von Frankfurt am Main (– 14 %) und Fulda bzw. Korbach (jeweils – 12 %). Am anderen Ende der Skala stand der Arbeitsamtsbezirk Kassel (– 5,3 %), gefolgt von Bad Hersfeld (– 6,7 %) und Marburg (– 8,2 %). Das Abklingen der Arbeitslosigkeit auf Landesebene fiel im Berichtszeitraum bei den

Männern (– 12 %) ausgeprägter aus als bei den Frauen (– 8,2 %). Während die Frauenarbeitslosigkeit im Arbeitsamtsbezirk Offenbach um 15 % gegenüber dem Vorjahr fiel, kam es in Kassel nur zu einem Rückgang um 1,4 %. Bei den Männern reichte die Spannweite von – 16 % (Offenbach) bis – 8,2 % (Kassel).

Mehr Hessen erwerbstätig

Nach den Ergebnissen des Mikrozensus (Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt) hat die Zahl der erwerbstätigen Hessen weiter zugenommen. Im Mai 2000 waren rund 2,75 Mill. der über 6 Mill. Hessen erwerbstätig, das waren 48 000 oder 1,8 % mehr als ein Jahr zuvor. Hierbei war der Anstieg der erwerbstätigen Frauen mit 28 000 oder 2,4 % deutlich stärker als bei den Männern mit knapp 21 000 oder 1,4 %.

Bei den Männern war im Mai 2000 die Zahl der Erwerbstätigen mit weniger als 40 Wochenarbeitsstunden um 8000 niedriger als im Berichtszeitraum des Vorjahres, während die der Beschäftigten mit 40 oder mehr Wochenstunden um 28 000 zunahm. Demgegenüber gab es bei den Frauen Zunahmen sowohl bei der Zahl der Erwerbstätigen mit weniger als 40 Wochenstunden (+ 16 000) als auch bei jenen mit 40 oder mehr Wochenstunden (+ 12 000). Insgesamt setzte sich der schon 1999 zu beobachtende Anstieg der Zahl der Erwerbstätigen mit längeren Wochenarbeitszeiten im vergangenen Jahr verstärkt fort. Dagegen hatte es in den Jahren 1996 bis 1998 lediglich bei den geringfügig Beschäftigten Zunahmen gegeben, während die Zahl der Erwerbstätigen mit einer Wochenarbeitszeit von 15 oder mehr Stunden deutlich gesunken war. Die Zahl der geringfügig Beschäftigten blieb in der jeweiligen Berichtswoche des Mikrozensus in den Jahren 1998 bis 2000 mit rund 180 000 annähernd konstant.

Mehr als zwei Drittel der Erwerbstätigen arbeiten im Dienstleistungssektor

Im Mai 2000 waren 68 % der hessischen Erwerbstätigen im Dienstleistungsbereich beschäftigt. Nur noch gut 30 % arbeiteten im Produzierenden Gewerbe und knapp 2 % in der Land- und Forstwirtschaft. Gegenüber 1999 sind in der Wirtschaftsstruktur weitere Verschiebungen eingetreten. Die Zahl der Erwerbstätigen im Tertiären Sektor nahm binnen Jahresfrist um 3,1 % zu, während im Produzierenden Gewerbe ein Beschäftigtenrückgang von 1,1 % festgestellt wurde. Im Dienstleistungssektor war der Anstieg im Bereich der Unternehmensdienstleister (Grundstücksbesitzer, Vermietung und Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen) mit 15 % besonders hoch. Weit über dem Durchschnitt lag die Beschäftigtenzunahme auch beim Kredit- und Versicherungsgewerbe (+ 7,9 %).

Arbeitslose nach Arbeitsamtsbezirken (insg.)

Arbeitsamtsbezirk	1999 ¹⁾	2000 ¹⁾
Bad Hersfeld	10 167	9 481
Darmstadt	34 161	30 748
Frankfurt	46 003	39 600
Fulda	8 544	7 515
Gießen	24 982	22 568
Hanau	15 591	14 123
Kassel	35 068	33 197
Korbach	6 702	5 898
Limburg	5 507	4 928
Marburg	9 447	8 673
Offenbach	13 555	11 467
Wetzlar	13 111	11 816
Wiesbaden	16 419	14 862
Land Hessen	239 257	214 875

1) Durchschnitt.

Quelle: Landesarbeitsamt Hessen.

Erwerbstätige im Mai 2000 nach Wirtschaftsbereichen

Wirtschaftsbereich	Erwerbstätige			
	1999	2000	Zu- bzw. Abnahme (-)	
	1000		%	
Erwerbstätige insgesamt	2 703	2 751	48	1,8
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	44	45	1	.
Produzierendes Gewerbe	848	839	- 9	- 1,1
davon				
Bergbau ¹⁾ und Verarbeitendes Gewerbe	651	646	- 5	- 0,8
Energie- und Wasserversorgung	16	19	3	.
Baugewerbe	181	174	- 7	- 3,9
Dienstleistungen zusammen	1 811	1 867	56	3,1
davon				
Handel ²⁾ Gastgewerbe und Verkehr	665	673	8	1,2
davon				
Handel ²⁾ und Gastgewerbe	465	466	1	0,0
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	199	208	9	4,5
Sonstige Dienstleistungen	1 146	1 194	48	4,2
davon				
Kredit- u. Versicherungsgewerbe	151	163	12	7,9
Grundstückswesen, Vermietung, Dienstl. für Unternehmen ³⁾	231	265	34	14,7
Öffentliche Verwaltung u. ä.	220	217	- 3	- 1,4
Öffentliche und private Dienstleistungen ⁴⁾ (o. öffentl. Verw.)	545	549	4	0,7

1) Und Gewinnung von Steinen und Erden. — 2) Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern. — 3) Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen. — 4) Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen.

Bei der Beschäftigung von Männern und Frauen bestehen weiter erhebliche Unterschiede hinsichtlich der Untergliederung nach Wirtschaftsbereichen. Während bei den Männern die Relation der Erwerbstätigen zwischen Dienstleistungsbereich und Produzierendem Gewerbe im vergangenen Jahr mit 57 % zu 41 % nur um 16 Prozentpunkte auseinanderklaffte, arbeiteten bereits 82 % der berufstätigen Frauen im Tertiären Sektor und nur 17 % im Produzierenden Gewerbe.

Außenhandel boomt

Von Januar bis November 2000 konnte die hessische Wirtschaft Waren im Wert von 53,8 Mrd. DM im Ausland absetzen. Damit stieg die **Ausfuhr** gegenüber den ersten elf Monaten des Jahres 1999 um 17,5 %. Deutlich über die Hälfte der Exporte (52,5 %) geht nach wie vor in die Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU); hier kam es zu einem Anstieg von 12 %. Mehr Waren gelangten aus Hessen nach Irland (+ 37 %), Italien (+ 27 %), Portugal (+ 21 %), Spanien (+ 20 %), Schweden (+ 20 %), Belgien und Frankreich (+ 14 %), Griechenland (+ 13 %), Finnland (+ 10 %), Niederlande (+ 8 %), Dänemark (+ 7 %), Österreich (+ 3 %) und in das Vereinigte Königreich (+ 0,3 %). Dagegen gingen die Ausfuhren nach Luxemburg um 13 %

zurück. In die EFTA-Staaten wurden rund 6 % der hessischen Ausfuhren geliefert; hier kam es zu einer Zunahme von annähernd 19 %.

Insgesamt nahmen die europäischen Staaten 69 % der hessischen Ausfuhren auf; im Vergleich zum Jahr 1999 kam es zu einem Anstieg der Ausfuhr von 15 %. Besonders in die USA wurden von Januar bis November 2000 mit 5,6 Mrd. DM 21 % mehr hessische Waren ausgeführt. Ihr Anteil an der Gesamtausfuhr blieb bei 10 %. Gegenüber Japan konnte der Einbruch des Jahres 1998 — damals verringerten sich die hessischen Ausfuhren dorthin um knapp ein Fünftel — mehr als wettgemacht werden. Bei einem Warenwert von 1,8 Mrd. DM betrug der Zuwachs 32 %.

Unter den wichtigsten Exportgütern konnten nur die Fahrzeuge ihr Vorjahresniveau nicht halten (- 0,1 %). Um knapp 29 % stieg im Jahresvergleich der Wert der ausgeführten Eisen- und Metallwaren, bei den chemischen Erzeugnissen war es über ein Viertel, 24 % bei den feinmechanischen und optischen Erzeugnissen, 22 % bei den elektrotechnischen Erzeugnissen und über 11 % bei Maschinen.

Bei der **Einfuhr**, die sich wegen unterschiedlicher Abgrenzungskonzepte auf Länderebene nicht mit der Ausfuhr saldieren lässt, stieg der Wert im Jahresvergleich um etwas über 20 % auf 94,4 Mrd. DM. Hier betrug der Anteil der EU-Staaten mit 46 % wie im Vorjahr wieder weniger als die Hälfte; die Einfuhr aus diesen Staaten insgesamt wuchs im Vergleichszeitraum um 16 %. Besonders starke Zuwächse gab es bei den Einfuhren aus Irland (+ 38 %), Luxemburg und Österreich (jeweils + 31 %), Frankreich (+ 30 %), Finnland (+ 29 %) und den Niederlanden (+ 21 %). Auch aus dem Vereinigten Königreich, Italien, Portugal, Griechenland, Schweden, Belgien und Dänemark wurden mehr Waren eingeführt. Allein aus Spanien (- 13 %) kamen weniger Waren nach Hessen. Dagegen stieg der Wert der Importe aus den EFTA-Staaten um 14 %; ihr Anteil an den gesamten hessischen Einfuhren lag bei 4,5 %. Während die Einfuhr aus Japan um 19 % stieg, kam es bei den USA sogar zu einem Zuwachs von 30 %. Die Anteile dieser Länder an der Einfuhr betrugen knapp 7 % für Japan und annähernd 17 % für die USA.

Hauptsächlich wurden Fahrzeuge, elektrotechnische Erzeugnisse, Maschinen und chemische Erzeugnisse aus dem Ausland nach Hessen eingeführt. Bei allen diesen Gruppen wurden zweistellige Zuwachsraten beobachtet: Bei elektrotechnischen Erzeugnissen waren es 47 %, bei Maschinen 25 %, bei chemischen Erzeugnissen 22 % und bei Fahrzeugen 10 %.

Preise ziehen an — starke außenwirtschaftliche Einflüsse

Die Preise sind im Jahr 2000 auf allen in diesem Beitrag zu betrachtenden Wirtschaftsstufen stärker als in den Vorjahren

Ausgewählte Preisindizes für Hessen und Deutschland

Jahr/Monat		Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte ¹⁾ (1995 = 100)		Preisindex für Neubauleistungen an Wohngebäuden ¹⁾ (1995 = 100)		Index der Großhandels- verkaufspreise ²⁾ (1995 = 100)		Index der Erzeugerpreise			
								landwirtschaftlicher Produkte ²⁾ (1991 = 100)		gewerblicher Produkte ²⁾ 1995 = 100)	
		in Hessen				in Deutschland ³⁾					
		Indizes	Zu- bzw. Abn. (-) in % ⁴⁾	Indizes	Zu- bzw. Abn. (-) in % ⁴⁾	Indizes	Zu- bzw. Abn. (-) in % ⁴⁾	Indizes	Zu- bzw. Abn. (-) in % ⁴⁾	Indizes	Zu- bzw. Abn. (-) in % ⁴⁾
1997	D	102,8	1,7	99,8	-0,4	101,5	1,9	92,5	1,5	99,9	1,1
1998	D	104,1	1,3	100,0	0,2	99,5	-2,0	87,1	-5,8	99,5	-0,4
1999	D	105,0	0,9	100,2	0,2	98,6	-0,9	82,7	-5,1	98,5	-1,0
2000	D	107,0	1,9	101,4	1,2	104,0	5,5	88,5p	7,0p	101,8	3,4
1999	Oktober	105,3	1,2	.	.	98,9	1,5	82,9	-0,5	99,1	0,2
	November	105,5	1,4	100,3	0,2	99,6	2,6	84,0	1,6	99,2	0,7
	Dezember	105,7	1,5	.	.	100,6	3,4	84,8	-1,6	99,4	1,1
2000	Januar	106,1	2,0	.	.	101,3	3,8	83,7	0,2	99,8	2,0
	Februar	106,4	2,1	101,0	1,1	102,3	5,1	86,4	2,6	100,0	2,4
	März	106,6	2,1	.	.	103,1	5,3	88,5	4,5	100,0	2,4
	April	106,5	1,6	.	.	102,7	4,4	88,2	5,6	100,4	2,1
	Mai	106,4	1,5	101,2	1,1	103,3	4,9	89,0	6,0	101,0	2,7
	Juni	106,9	1,9	.	.	103,7	5,4	90,4	5,9	101,3	2,9
	Juli	107,4	1,9	.	.	103,7	5,5	90,0	6,6	102,0	3,3
	August	107,3	1,7	101,5	1,2	104,1	5,6	90,1	7,3	102,3	3,5
	September	107,8	2,4	.	.	106,0	7,2	89,5	6,8	103,2	4,3
	Oktober	107,5	2,1	.	.	106,2	7,4	91,2	10,0	103,7	4,6
	November	107,7	2,1	101,7	1,4	106,0	6,4	92,1p	9,6p	103,9	4,7
	Dezember	107,6	1,8	.	.	105,7	5,1	90,7p	7,0p	103,6	4,2
2001	Januar	108,1	1,9
	Februar	108,8	2,3	102,1	1,1
	März	108,9	2,2

1) Einschl. Umsatz-(Mehrwert-)steuer. — 2) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer. — 3) Quelle: Statistisches Bundesamt. — 4) Gegenüber dem Vorjahr bzw. dem jeweiligen Vorjahresmonat.

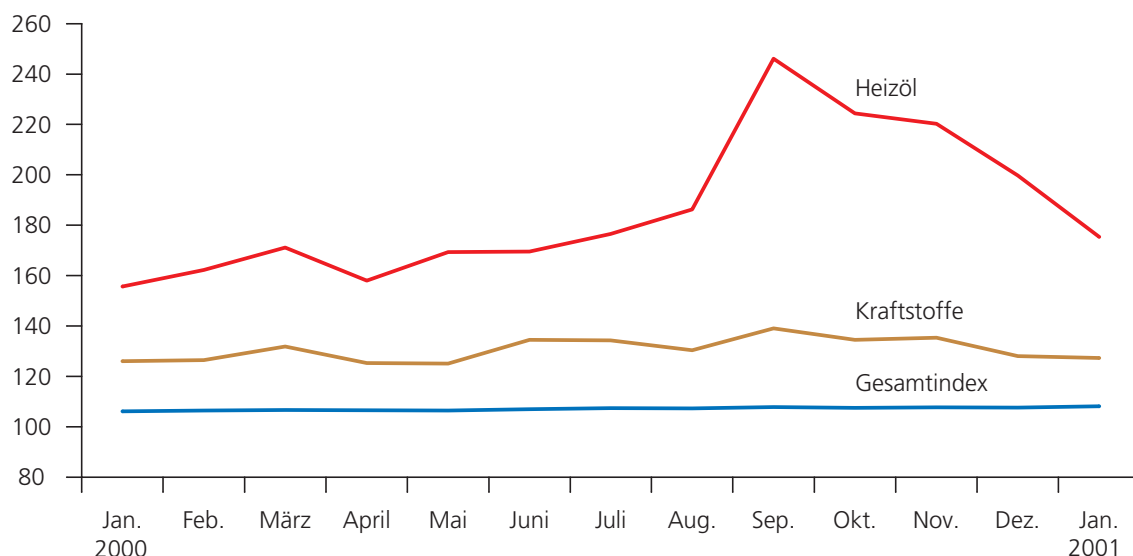
gestiegen. Dabei haben kräftige außenwirtschaftliche Einflüsse eine Rolle gespielt. Der Index der Einfuhrpreise für Deutschland lag im Jahr 2000 um über 11 % höher als 1999; das war der stärkste jahresdurchschnittliche Preisanstieg bei den nach Deutschland importierten Waren seit 1981. Vor allem der drastische Anstieg der Einfuhrpreise für Erdöl und Mineralölprodukte führte zu dieser Entwicklung. Ohne Erdöl und Mineralölprodukte wäre der Einfuhrpreisindex von 1999 auf 2000 nur um 6,5 % gestiegen.

Die **Verbraucherpreise** waren im Jahr 2000 in Hessen um 1,9 % höher als 1999. Das war der stärkste Anstieg seit 1994. Von 1998 auf 1999 hatten sie nur um 0,9 % zugenommen. Hauptursache für das Anziehen der Teuerung war dabei die seit Mitte 1999 anhaltende drastische Verteuerung von Heizöl und Kraftstoffen. Heizöl war im Jahr 2000 im Durchschnitt des Jahres für die Verbraucher um fast 54 % und Kraftstoffe waren um 19 % teurer als 1999. Ohne Heizöl und Kraftstoffe wären die Verbraucherpreise von 1999 auf 2000 nur um 1,0 % (nach 0,6 % von 1998 auf 1999) gestiegen. Die Teuerung hätte sich damit zwar auch leicht beschleunigt, wäre aber deutlich schwächer geblieben. Die Nahrungsmittelpreise lagen im Durchschnitt des Jahres 2000 — wie bereits 1999 — um 0,6 % niedriger als im Vorjahr. Im Jahresverlauf schmolzen die Rückgänge ab und schlugen dann in positive Teuerungsraten um. Im Januar 2000 waren

Nahrungsmittel noch um 1,5 % billiger als im gleichen Monat des Vorjahres, im Dezember dagegen schon um 0,9 % teurer. Wohnungsmieten (ohne Nebenkosten) waren 2000 durchschnittlich um 1,2 % höher als ein Jahr zuvor, nachdem sie von 1997 auf 1998 um ebenfalls 1,2 % und von 1998 auf 1999 um nur 1,1 % gestiegen waren. Auch die Wohnungsnebenkosten waren 2000 nur um 0,7 % höher als ein Jahr zuvor. Dagegen stiegen die Preise für Haushaltsenergie (Heizöl, Strom, Gas, feste Brennstoffe sowie Zentralheizung und Fernwärme) um 12,2 %. Telefon- und Telefaxdienstleistungen waren im Jahr 2000 um 4,9 % billiger als 1999.

Die Teuerung zog auch bei den Bauleistungen an, obwohl außenwirtschaftliche Einflüsse hier kaum wirksam waren. Der Preisindex für **Neubauleistungen an Wohngebäuden** (ohne Fertighäuser) in Hessen war 2000 im Durchschnitt um 1,2 % höher als ein Jahr zuvor, nachdem er von 1998 auf 1999 nur um 0,2 % gestiegen war. Er hat damit von 1999 auf 2000 stärker als im gesamten Zeitraum von 1995 bis 1999 zugenommen. Von 1996 auf 1997 war er sogar um 0,4 % zurückgegangen. Der Anstieg der Wohnungsbaupreise blieb aber deutlich unter dem der Verbraucherpreise. Auch 2000 sind die Preise für den Ausbau von Wohngebäuden stärker als die für den Rohbau gestiegen. Der Ausbau von Wohngebäuden war 2000 um 1,7 %, der Rohbau um 0,7 % teurer als ein Jahr zuvor.

Entwicklung des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Hessen (1995 = 100)



HSL 22/01

Der Index der **Großhandelsverkaufspreise**²⁾ lag 2000 im Jahresdurchschnitt um 5,5 % über dem Vorjahresniveau. Sowohl 1998 als auch 1999 war er dagegen jeweils niedriger als im Vorjahr gewesen (1998 um 2,0 % und 1999 um 0,9 %). Der hier besonders deutliche Einfluss der Mineralölzeugnisse zeigt sich daran, dass ohne ihre Berücksichtigung die Großhandelspreise im Jahr 2000 nur um 2,5 % höher als im Vorjahr gewesen wären. Hinter dem Durchschnittswert verbirgt sich eine stetige Zunahme der Teuerung im Jahresverlauf: Nachdem der Index der Großhandelsverkaufspreise im September 1999 erstmals wieder höher als im gleichen Monat des Vorjahres gewesen war, stieg diese Rate fast kontinuierlich bis auf 7,4 % im Oktober 2000. Anschließend sank sie dann aber wieder — bei einer Trendwende an den internationalen Ölmärkten — auf schließlich 5,1 % im Dezember. Dabei gab es für den Großhandel mit Mineralölzeugnissen (einschl. Kokereierzeugnissen sowie Spalt- und Brutstoffen) von 1999 auf 2000 mit 32,8 % einen besonders starken Anstieg der Großhandelsverkaufspreise. Aber auch von Roheisen und Stahl, NE-Metallen und -Halbzeug sowie wichtigen landwirtschaftlichen Produkten wie Schlachtschweinen, Äpfeln und Bananen gingen auf der Großhandelsstufe preistreibende Einflüsse aus. Andererseits sanken für Büromaschinen sowie Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen die Großhandelsverkaufspreise von 1999 auf 2000 um 5,1 %.

Der Index der **Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte**²⁾ war im Jahr 2000 im Durchschnitt wieder um

7,0 % höher als 1999, nachdem er von 1997 bis 1999 um insgesamt über 10 % abgenommen hatte. Er war damit im Jahr 2000 aber immer noch um 4,3 % niedriger als 1997. Innerhalb des Jahres 2000 nahm die Teuerung zu. Noch im Januar 2000 war der Index nur um 0,2 % höher als im gleichen Monat des Vorjahres gewesen. Anschließend stieg diese Rate rasant bis auf 10,0 % im Oktober, nahm bis Dezember aber wieder auf 7,0 % ab. Vor allem für tierische Produkte (Schlachtvieh, Milch und Eier) gab es dabei starke Preiserhöhungen gegenüber dem Vorjahr. Einen maßgeblichen Anteil hieran hatte der kräftige Anstieg der Preise für Schlachtschweine, die im Dezember 2000 um über 40 % teurer waren als ein Jahr zuvor. Auch für Getreide und Hülsenfrüchte zogen die Preise an. Demgegenüber gingen sie für Hackfrüchte zurück, wobei der Schwerpunkt des Preisrückgangs allerdings bereits im ersten Halbjahr lag. Im Januar 2000 waren Hackfrüchte um rund 21 % und im Mai sogar um knapp 24 % billiger als im jeweils gleichen Monat des Vorjahres; im Dezember lagen ihre Preise nur noch um 7,8 % niedriger.

Die Hersteller von gewerblichen Erzeugnissen konnten 2000 wieder kräftigere Preiserhöhungen auf den Inlandsmärkten durchsetzen als in den Vorjahren. Die **Erzeugerpreise gewerblicher Produkte**²⁾ (Inlandsabsatz) waren im Jahr 2000 durchschnittlich um 3,4 % höher als 1999; damit wurde der stärkste jahresdurchschnittliche Anstieg seit 1982 gemessen. 1998 hatten diese Preise um 0,4 % und 1999 um 1,0 % niedriger als im Vorjahr gelegen. Innerhalb des Jahres 2000 hat sich der Preisauftrieb beschleunigt. Im Januar 2000 waren die gewerblichen Erzeu-

2) Für Deutschland berechnet.

gerpreise um 2,0 % und im Dezember schließlich um 4,2 % höher als im gleichen Monat des Vorjahres. Auch hier haben Mineralölzeugnisse eine besondere Rolle gespielt: Ohne sie wären die gewerblichen Erzeugnisse 2000 nur um 2,1 % teurer als im Vorjahr gewesen. Während die Vorleistungsgüterproduzenten, die mit starken Preisanstiegen an den Weltrohstoffmärkten konfrontiert waren, ihre Erzeugerpreise von Dezember 1999 bis Dezember 2000 um 7,0 % anhoben (die Energieproduzenten dabei um 13,1 %), wurde für die Investitionsgüterproduzenten in dieser Zeit ein Preisanstieg um nur 0,6 % und für die Konsumgüterproduzenten um 1,9 % registriert.

Nettoverdienste stärker als Bruttoverdienste gestiegen

Die Nettoverdienste der Arbeitnehmer sind von 1999 auf 2000 stärker als die Bruttoverdienste gestiegen. Die vollzeitbeschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter sowie Angestellten in der hessischen Industrie, im Hoch- und Tiefbau sowie in der Energie- und Wasserversorgung (Produzierendes Gewerbe ohne

Handwerk) verdienten im Jahr 2000 einschl. aller Zulagen und Zuschläge im Durchschnitt 5535 DM **brutto** pro Monat. Einmalige Zahlungen wie Weihnachtsgeld, zusätzliches Urlaubsgeld oder 13. Monatsgehalt sind hierin nicht enthalten. Dagegen ist das Überstundenentgelt einbezogen. Der Bruttomonatsverdienst war damit im Jahr 2000 um 2,6 % höher als 1999³⁾. Sowohl 1998 als auch 1999 war er um 2,4 % höher als im Vorjahr gewesen. Nach Modellrechnungen hatte ein verheirateter Arbeitnehmer mit nicht berufstätigem Ehepartner und zwei Kindern bei diesem Bruttoverdienst einen **Nettomonatsverdienst** von 3765 DM. Das waren 3,5 % mehr als 1999. Für einen alleinstehenden Arbeitnehmer ohne Kinder errechnet sich ein Nettoverdienst von 3042 DM (3,3 % mehr als 1999). Bei diesen Modellrechnungen sind Steuern und Sozialversicherungsbeiträge vom Bruttoverdienst abgezogen worden. Das Kindergeld spielt bei der Berechnung der Nettoverdienste keine Rolle mehr. Die unterschiedliche Entwicklung von Brutto- und Nettoverdiensten ist auf die zum 1. Januar 2000 in Kraft getretene Senkung der Rentenversicherungsbeiträge und auf eine leichte Entlastung bei der Lohnsteuer (erhöhte Betreuungsfreibeträge und Tarifänderungen) zurückzuführen. Da die am Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Hessen gemessenen Verbraucherpreise im Jahr 2000 um 1,9 % höher als ein Jahr zuvor waren, ergibt sich damit für das erwähnte Ehepaar mit zwei Kindern nach Berücksichtigung dieser Preisentwicklung ein Anstieg des **Netto-Realverdienstes**

3) Wegen eines Berichtskreiswechsels sind die Ergebnisse für das Jahr 2000 nicht mehr unmittelbar mit denen für die Vorjahre vergleichbar. Bei der Ermittlung des Verdienstanstiegs von 1999 auf 2000 sind Störungen durch den Berichtskreiswechsel jedoch rechnerisch ausgeschaltet worden. Dies erfolgte mit Hilfe von Korrekturfaktoren, die aus der Doppelbefragung des alten und neuen Berichtskreises im Oktober 1999 gewonnen worden sind.

Durchschnittliche Bruttoverdienste der Arbeiter und Angestellten

Jahr Monat		Durchschnittlicher Bruttoverdienst der Arbeiter im Produzierenden Gewerbe				Durchschnittlicher Bruttomonatsverdienst der Angestellten			
		je Stunde		je Monat		im Produzierenden Gewerbe		im Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe ¹⁾	
		DM	Zunahme in % ²⁾	DM	Zunahme in % ²⁾	DM	Zunahme in % ²⁾	DM	Zunahme in % ²⁾
Männer									
1999	Oktober	29,24	1,1	4 824	1,6	7 222	1,8	6 208	4,3
		29,07	1,8	4 759	2,2	7 176	2,3	6 172	4,6
2000	Januar	29,56	2,6	4 754	2,8	7 252	3,2	6 237	3,4
	April	29,65	2,5	4 870	3,2	7 295	1,7	6 327	2,0
	Juli	29,88	2,6	4 946	3,5	7 368	2,3	6 307	2,1
	Oktober	29,80	1,9	4 920	2,0	7 407	2,6	6 400	3,1
	D ³⁾	29,75	2,3	4 892	2,8	7 349	2,4	6 333	2,6
Frauen									
1999	Oktober	22,31	2,8	3 578	3,2	5 290	2,9	4 813	3,7
		22,09	2,5	3 535	2,6	5 247	3,0	4 800	4,4
2000	Januar	22,28	2,5	3 573	3,2	5 353	4,2	4 799	1,6
	April	22,36	2,0	3 608	3,0	5 394	3,3	4 900	1,9
	Juli	22,60	2,1	3 663	3,4	5 445	3,3	4 924	2,2
	Oktober	22,53	1,0	3 648	2,0	5 483	3,7	4 972	3,3
	D ³⁾	22,48	1,8	3 632	2,7	5 434	3,6	4 917	2,4
Männer und Frauen									
1999	Oktober	28,38	1,2	4 666	1,8	6 718	2,0	5 621	4,0
		28,19	1,9	4 602	2,3	6 670	2,4	5 593	4,5
2000	Januar	28,63	2,7	4 603	2,9	6 755	3,5	5 628	2,7
	April	28,74	2,5	4 710	3,2	6 800	2,1	5 731	2,1
	Juli	28,96	2,6	4 781	3,4	6 859	2,5	5 732	2,2
	Oktober	28,88	1,8	4 755	1,9	6 900	2,7	5 805	3,3
	D ³⁾	28,83	2,3	4 730	2,8	6 845	2,6	5 742	2,7

1) Sowie bei Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern. — 2) Jeweils gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres. — 3) Durchschnitt aus den Erhebungsmonaten Januar, April, Juli und Oktober.

um 1,6 % und für den alleinstehenden Arbeitnehmer ohne Kinder ein Anstieg um 1,4 %.

Im Kredit- und Versicherungsgewerbe stieg der durchschnittliche Bruttomonatsgehalt der männlichen und weiblichen Angestellten von 1999 auf 2000 um 2,4 % auf 6370 DM. Im Handel sowie dem Instandhaltungs- und Reparaturgewerbe (ohne Handwerk) nahm es um 2,6 % auf 4979 DM im Durchschnitt des Jahres 2000 zu. Besonders niedrig lag es dabei wieder bei den weiblichen Angestellten im Einzelhandel mit 3791 DM.

Insolvenzen im dritten Jahr in Folge rückläufig

Die deutsche Wirtschaft befand sich im Jahr 2000 in einem kräftigen wirtschaftlichen Aufschwung, dessen treibende Kraft ein Exportboom war, der auch eine leichte Zunahme der Binnennachfrage und eine rege Investitionstätigkeit förderte. Auf der Schattenseite der Konjunktur stand jedoch weiterhin die Bauwirtschaft. Gegen Ende des Jahres 2000 gab es aber vermehrt Anzeichen dafür, dass sich die Konjunktur in Deutschland, auch unter den dämpfenden Einflüssen aus der drastischen Verteuerung von Mineralöl und Mineralölprodukten, allmählich abkühlt.

Die Zunahmen der **Unternehmenskonkurse** in Hessen ließen im Verlauf des Jahres 2000 (Ende März: + 8 %, Ende Juni: + 5 %, Ende September: + 2 %) allerdings keinen direkten Bezug zu dem aktuellen konjunkturellen Gesamtbild erkennen. Erst im vierten Quartal des Jahres 2000 kam es zu einer deutlichen Abnahme der Unternehmensinsolvenzen in Hessen. In den letzten drei Monaten des Jahres 2000 gab es nur noch 411 Insolvenzanträge gegen Unternehmen. Dies waren 60 Anträge oder 12,7 % weniger als im letzten Quartal des Jahres 1999. Dieser Rückgang war stark genug, um

auch die Zahl der Insolvenzen hessischer Unternehmen im Jahr 2000 insgesamt mit 1835 noch um 29 Insolvenzen geringer (– 1,6 %) als im Vorjahr ausfallen zu lassen.

Aus den Verlautbarungen zu den Ergebnissen der Insolvenzstatistik des Jahres 2000 der anderen Statistischen Landesämter zeichnet sich ab, dass es im Bundesgebiet, im Gegensatz zu der Entwicklung in Hessen, insgesamt zu einer Zunahme der Unternehmensinsolvenzen gekommen ist, und dass sich Hessen mit dieser günstigen Entwicklung bei den Unternehmenszusammenbrüchen auch im Süd-Westen der Republik positiv abhebt.

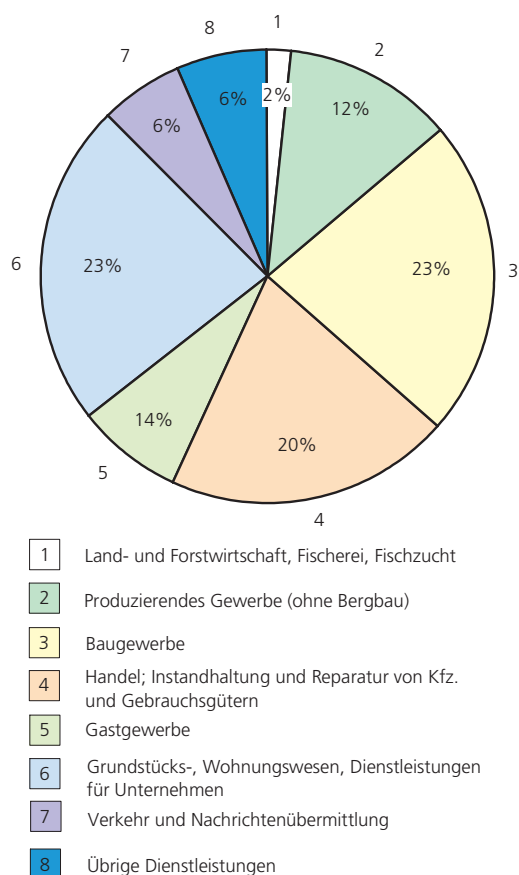
Nach Wirtschaftsbereichen stellte sich der Rückgang im Jahresergebnis der Insolvenzen hessischer Unternehmen differenziert und nur punktuell stimmig zur konjunkturellen Lage der jeweiligen Branche dar. Zu deutlichen Zunahmen kam es insbesondere in den Bereichen „Grundstücks- und Wohnungswesen, Dienstleistungen für Unternehmen“ (+ 83 bzw. + 24 %) und im Gastgewerbe (+ 39 bzw. + 39 %). Auch das Kredit- und Versicherungsgewerbe (+ 7 bzw. + 70 %) sowie der Bereich des „Gesundheits-, Veterinär und Sozialwesens“ (+ 9 bzw. + 31 %) wiesen Zuwächse bei den Insolvenzbearbeitungen aus. Zu stärkeren Rückgängen in den absoluten Zahlen der Insolvenzverfahren gegenüber dem Vorjahr kam es dagegen im Bereich „Handelsvermittlung und Großhandel“ (– 48 bzw. – 30 %), im Baugewerbe (– 55 bzw. – 12 %) und im Bereich „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“ (– 23 bzw. – 17 %).

Von den 1835 hessische Unternehmen betreffenden Insolvenzanträgen des Jahres 2000 führten 728 oder 40 % zur Eröffnung eines Insolvenzverfahrens. Wie im langjährigen Durchschnitt der Vorjahre hatte die Eröffnungsquote im Jahr 1998

Insolvenzen

Wirtschaftsbereich	1998	1999	2000	Zu- bzw. Abnahme (–) 2000/1999 in %
Land- und Forstwirtschaft	19	43	32	– 25,6
Fischerei und Fischzucht	—	—	—	—
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	—	2	1	– 50,0
Energie- und Wasserversorgung	—	2	—	—
Verarbeitendes Gewerbe	232	230	222	– 3,5
Baugewerbe	488	471	416	– 11,7
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz. und Gebrauchsgütern darunter	413	443	374	– 15,6
Kfz.-Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz., Tankstellen;	37	61	59	– 3,3
Handelsvermittlung und Großhandel (ohne Kfz.)	145	160	112	– 30,0
Einzelhandel (ohne Handel m. Kfz., Tankst.), Reparatur v. Gebrauchsgütern	231	222	203	– 8,6
Gastgewerbe	141	100	139	39,0
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	129	132	109	– 17,4
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	30	10	17	70,0
Grundstücks-, Wohnungswesen, Dienstleistungen für Unternehmen	413	341	424	24,3
Erziehung und Unterricht	1	4	8	100,0
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	28	29	38	31,0
Sonstige öffentliche und persönliche Dienstleistungen	73	57	55	– 3,5
Unternehmen und freie Berufe z u s a m m e n	1 967	1 864	1 835	– 1,6
Übrige Gemeinschaften: (natürliche Personen, Nachlässe und Sonstige)	538	542	989	82,5
I n s g e s a m t	2 505	2 406	2 824	17,4

Insolvenzen hessischer Unternehmen im Jahr 2000
nach Wirtschaftsbereichen



HSL 19/01

nur bei 25 % gelegen. Schon im Jahr 1999, dem Jahr des Inkrafttretens der neuen Insolvenzordnung, war sie auf 33 % gestiegen. Mit der neuerlichen Erhöhung des Anteils der eröffneten Insolvenzverfahren an der Zahl der insgesamt beantragten Unternehmensinsolvenzen hat die Hoffnung, dass es mit der ab dem 1.1.1999 in Kraft getretenen neuen Insolvenzordnung gelingen könnte, die Eröffnungsquote dauerhaft anzuheben, eine erste positive Bestätigung erfahren. Allerdings hatte die Wirkung der neuen Insolvenzordnung in der Statistik des Jahres 1999 noch nicht voll zum Ausdruck gelangen können. Viele der statistisch im Jahr 1999 erfassten Insolvenzverfahren waren noch auf Konkursbeantragungen vor dem 1.1.1999 zurückzuführen, die noch nach der alten Konkurs- und Vergleichsordnung abgewickelt werden mussten.

In den im Jahr 2000 eröffneten Insolvenzverfahren hessischer Unternehmen kamen voraussichtliche Forderungen in Höhe von rund 1,4 Mrd. DM zur Auseinandersetzung, das waren gut 80 Mill. DM oder 6 % mehr als im Vorjahr. Bei diesen 728 Verfahren standen durchschnittlich rund 2,0 Mill. DM an von den Gläubigern angemeldeten Forderungen zur Befriedigung an. Im Vorjahr waren bei den 611 eröffneten Verfahren durchschnittlich 2,2 Mill. DM an Forderungen zur Verhandlung gekommen. Die Forderungsverluste aus den nicht eröffneten Insolvenzverfahren addierten sich im Jahr 2000 auf 653 Mill. DM und lagen damit um 23 Mill. DM oder knapp 4 % über denen des Jahres 1999. Durchschnittlich mussten hier in den 1107 mangels Masse abgewiesenen Insolvenzanträgen die Gläubiger auf Forderungen in Höhe von 590 000 DM verzichten. 1999 hatte der durchschnittliche Forderungsverlust aus 1253 mangels Masse nicht eröffneten Verfahren lediglich bei 502 000 DM gelegen. Herausragende Insolvenzereignisse bei den hessischen Unternehmen waren im Jahr 2000 die Insolvenz eines Unternehmens aus dem Bereich Maschinenbau (Insolvenzgericht Darmstadt; Forderungsvolumen 82 Mill. DM) und eines Unternehmens der Telekommunikationswirtschaft (Insolvenzgericht Frankfurt am Main; Forderungsvolumen: 50 Mill. DM).

Von den Unternehmensinsolvenzen des Jahres 2000 richteten sich 1138 oder 62 % gegen Kapitalgesellschaften; das waren 23 oder 2 % weniger als im Vorjahr. Bei den Unternehmensformen mit persönlichen Schuldverhältnissen, für die die neue Insolvenzordnung durch das Institut der Restschuldbefreiung Vorteile zu bieten vermag, kam es dagegen zu einem Anstieg der Insolvenzen. So hat die Zahl der Insolvenzen nicht im Handelsregister eingetragener Unternehmen und Einzelunternehmen nach 644 im Jahr 1998 und 600 im Jahr 1999 im Jahr 2000 wieder auf 618 zugenommen (+ 3 %).

Stark belebt zeigte sich im Jahr 2000 das Insolvenzgeschehen bei den natürlichen Personen, Nachlässen und anderen, nichtkommerziellen Institutionen, die man, in Abgrenzung zu dem das Insolvenzgeschehen noch dominierenden Unternehmensbereich, zusammenfassend als „**Übrige Gemeinschaftschuldner**“ bezeichnet. So wurden im Jahr 2000 nahezu 1000 Insolvenzen von „Übrigen Gemeinschaftschuldern“ verzeichnet, darunter fast 700 Verbraucherinsolvenzen. Mit 989 waren es genau 447 oder 82 % mehr als im Jahr 1999. Ganz deutlich ist dieser Anstieg auf die Zunahmen der Verbraucherinsolvenzen zurückzuführen. Hatten im Jahr 1999 erst 171 Personen die neue Option des Insolvenzrechts zur formalen Klärung und Bereinigung ihrer Illiquidität genutzt, so waren es im Jahr 2000 mit fast 700 mehr als viermal so viele. Gründe für die starke Zunahme der Verbraucherinsolvenzen sind nicht in besonderen wirtschaftlichen Bedingungen zu suchen, aus denen heraus die Zahl überschuldeter Privathaushalte so sprunghaft angestiegen wäre. Sie finden sich vielmehr in den anfänglichen Umsetzungsschwierigkeiten des neuen Insolvenzrechts (fehlende kompetente Beratungsmöglichkeiten für Privatschuldner, Kostenhürde und Mangel an Prozesskostenhilfe).

Von den 542 Insolvenzanträgen „Übriger Gemeinschaftschuldner“ des Jahres 1999 erreichten immerhin schon 184 die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens; damit war also jeder dritte erfolg-

reich. Im zurückliegenden Jahr wurden von den 989 Insolvenzanträgen „Übriger Gemeinschuldner“ 574 positiv entschieden, führten also 58 % zur Eröffnung eines Insolvenzverfahrens. Noch günstiger verlief hier die Entwicklung bei den Verbraucherinsolvenzen: Von 698 durch die hessischen Insolvenzgerichte behandelten Anträgen wurden 488 (70 %) zur Verfahrenseröffnung angenommen und in weiteren 47 Fällen (7 %) fanden auch die eingereichten Schuldenbereinigungspläne die Zustimmung der Insolvenzrichter, sodass weniger als ein Viertel der Anträge auf Eröffnung eines Verbraucherinsolvenzverfahrens mangels einer die Verfahrenskosten deckenden Insolvenzmasse abgelehnt werden musste. Aus wegen unzureichender Masse abgewiesenen Insolvenzanträgen dürfte den Gläubigern — gemessen an den angemeldeten Forderungen — ein Schaden in Höhe von 32 Mill. DM entstanden sein. Durchschnittlich waren die wohl weitgehend mittellosen Haushalte bzw. Personen, deren Anträge auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens mangels Masse von den Insolvenzgerichten abgewiesen wurden, mit rund 197 000 DM verschuldet.

In den 574 eröffneten Verfahren „Übriger Gemeinschuldner“ gelangten Forderungen in Höhe von 282 Mill. DM zur Auseinandersetzung. Herausragender Insolvenzfall bei den „Übrigen Schuldner“ war im Jahr 2000 die Insolvenz eines privaten Verbrauchers, gegen den ein Forderungsvolumen in Höhe von 15 Mill. DM vor dem Insolvenzgericht Frankfurt am Main zu verhandeln war. Durchschnittlich beliefen sich die angemeldeten Forderungen in den eröffneten Insolvenzverfahren „Übriger Schuldner“ auf 492 000 DM, während in den mangels Masse zur Eröffnung abgelehnten Verfahren wohl durchschnittliche Forderungsverluste von 259 000 DM bei den Gläubigern entstanden.

Rückgang bei den Gewerbemeldungen im Jahr 2000

Die hessischen Gewerbeämter haben im Jahr 2000 über 135 000 Gewerbeanzeigen (ohne Automatenaufsteller und

Reisegewerbe) an das Statistische Landesamt gemeldet. Dies waren gut 7000 Fälle weniger als 1999, als der Rekordstand des Jahres 1998 nur um 750 verfehlt wurde. Während die Zahl der **Ummeldungen** mit 13 500 fast gleich blieb, waren bei den An- und Abmeldungen teilweise sehr deutliche Rückgänge zu beobachten. Wie schon im vergangenen Jahr ist die Zahl der **Anmeldungen** von Gewerbetreibenden in Hessen gegenüber dem Vorjahr gesunken, und zwar um 1900 Fälle oder 2,8 % auf gut 64 300. Gleichzeitig wurde auch bei den **Abmeldungen** eine deutliche Verringerung um 5100 Anzeigen bzw. 8 % ermittelt. Diese 57 400 Abmeldungen markieren den bisherigen Tiefstand, der seit der Einführung der bundeseinheitlichen Statistik im Jahr 1996 erreicht wurde, während noch 1999 bei den Abmeldungen der Höchststand bei 62 500 gelegen hatte. Die Saldierung der An- und Abmeldungen ergibt damit für das Jahr 2000 rein rechnerisch einen Zugang von fast 7000 Betrieben. Dieser Zugang liegt um 550 über dem Durchschnitt der Jahre 1996 bis 2000 und ist fast doppelt so hoch wie im Vorjahr.

Die Struktur der Meldungen ist hinsichtlich ihrer Verteilung auf die Wirtschaftszweige seit vielen Jahren recht stabil und zeigt auch für das Jahr 2000 keine grundsätzlichen Änderungen. Die seit mehreren Jahren zu beobachtende Zunahme der Meldetätigkeiten im Bereich des Dienstleistungsgewerbes hat sich im Berichtsjahr fortgesetzt und dazu geführt, dass nunmehr knapp 34 % der Anmeldungen auf diesen Bereich entfallen. Der Handel einschl. der Reparatur von Gebrauchsgütern konnte seine in der Vergangenheit nahezu unangefochtene Spitzenstellung nicht mehr zurückgewinnen, er liegt mit 29 % aller Anmeldungen auf dem zweiten Platz. Der Vorsprung ist darauf zurückzuführen, dass nur im Dienstleistungsgewerbe die Zahl der Anmeldungen kräftig zugenommen hat, nämlich um immerhin 3 %, während in allen anderen Wirtschaftsabschnitten weniger Anmeldungen als im Vorjahr eingegangen waren, allen voran der Handel (– 1128), gefolgt vom Verarbeitenden Gewerbe (– 362) und dem Gastgewerbe (– 359). Insgesamt ist die

An- und Abmeldungen von Gewerbetreibenden¹⁾ 1999 und 2000 nach Wirtschaftsbereichen

Wirtschaftsbereich	Anmeldungen					Abmeldungen				
	1999		2000		Zu- bzw. Abnahme (–) in %	1999		2000		Zu- bzw. Abnahme (–) in %
	Anzahl	%	Anzahl	%		Anzahl	%	Anzahl	%	
Land- und Forstwirtschaft	860	1,3	813	1,3	– 5,5	741	1,2	689	1,2	– 7,0
Verarbeitendes Gewerbe	2 833	4,3	2 471	3,8	– 12,8	3 054	4,9	2 611	4,5	– 14,5
Baugewerbe	4 074	6,2	3 870	6,0	– 5,0	3 983	6,4	3 893	6,8	– 2,3
Handel ²⁾	19 762	29,8	18 634	29,0	– 5,7	20 866	33,4	19 158	33,4	– 8,2
Gastgewerbe	5 074	7,7	4 715	7,3	– 7,1	5 142	8,2	4 677	8,1	– 9,0
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	3 848	5,8	3 692	5,7	– 4,1	4 356	7,0	3 477	6,1	– 20,2
Kredit- und Versicherungsgewerbe	3 145	4,7	3 117	4,8	– 0,9	2 870	4,6	2 645	4,6	– 7,8
Grundstücks- und Wohnungswesen ³⁾	21 127	31,9	21 751	33,8	3,0	17 235	27,6	16 285	28,4	– 5,5
Sonstige Dienstleistungen ⁴⁾	4 072	6,1	3 803	5,9	– 6,6	3 283	5,3	3 057	5,3	– 6,9
Übrige Wirtschaftszweige ⁵⁾	1 421	2,1	1 464	2,3	3,0	958	1,5	906	1,6	– 5,4
Insgesamt	66 216	100	64 330	100	– 2,8	62 488	100	57 398	100	– 8,1

1) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe. — 2) Einschl. Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern. — 3) So wie Vermietung beweglicher Sachen und Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen. — 4) Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen. — 5) Zusammenfassung der Abschnitte B Fischerei und Fischzucht, C Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, E Energie- und Wasserversorgung, M Erziehung und Unterricht und N Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen.

**An- und Abmeldungen von
Gewerbetreibenden¹⁾ 2000 nach Rechtsform und
Staatsangehörigkeit des Inhabers**

Rechtsform — Staatsangehörigkeit	Anmeldungen		Abmeldungen		Mehr bzw. weniger (–) An- als Abmel- dungen
	Anzahl	%	Anzahl	%	
OHG	291	0,5	315	0,5	– 24
KG	189	0,3	207	0,4	– 18
GmbH & Co. KG	1 172	1,8	737	1,3	435
GbR	3 479	5,4	3 391	5,9	88
AG, KGaA	637	1,0	248	0,4	389
GmbH	9 707	15,1	7 159	12,5	2 548
Übrige Rechtsformen	647	1,0	612	1,1	35
Einzelunternehmen	48 208	74,9	44 729	77,9	3 479
davon nach Staatsangehörigkeit des Inhabers					
deutsch	40 917	84,9	37 945	84,8	2 972
französisch	109	0,2	109	0,2	0
griechisch	459	1,0	475	1,1	– 16
italienisch	956	2,0	921	2,1	35
niederländisch	97	0,2	74	0,2	23
spanisch	151	0,3	149	0,3	2
türkisch	2 053	4,3	1 861	4,2	192
übriges Europa	1 743	3,6	1 433	3,2	310
Afrika	233	0,5	205	0,5	28
Amerika	203	0,4	209	0,5	– 6
Asien	1 033	2,1	820	1,8	213
fehlende Angaben	229	0,5	495	1,1	– 266
ungeklärte o. sonstige Staatsangehörigkeit	25	0,1	33	0,1	– 8
Insgesamt	64 330	100	57 398	100	6 932

1) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

Rangfolge der vergangenen Jahre erhalten geblieben: Das Gastgewerbe liegt mit 7,3 % an dritter Stelle noch vor dem Baugewerbe mit 6 %. Der Bereich der Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen schließt sich an. Auf den weiteren Plätzen folgen der Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung, das Kredit- und Versicherungsgewerbe und das Verarbeitenden Gewerbe. Am Ende liegt die Land- und Forstwirtschaft. Die Zahl der Abmeldungen hat die Ergebnisse des Jahres 1999 in allen Bereichen wesentlich unterschritten. Relativ am stärksten waren der Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung mit – 20 % und das Verarbeitende Gewerbe mit – 14,5 % betroffen; durchschnittlich war der Wert für den Handel mit – 8,2 %. Fast auf dem Vorjahresniveau geblieben sind die Abmeldungen im Baugewerbe (– 2,3 %). Daher fällt die rechnerische Bilanz aus An- und Abmeldungen mit 7000 Gewerbetreibenden wiederum positiv aus und liegt um 86 % über dem niedrigen Ergebnis für 1999. Der Saldo des Jahres 2000 knüpft damit an die höheren Salden der Jahre 1997 und 1998 an. Dieses Ergebnis ist zum großen Teil auf die Bilanz des Dienstleistungsbereichs im engeren Sinn (+ 5500) zurückzuführen, die nochmals günstiger als in allen Jahren seit 1996 ausgefallen war. Dabei ergibt sich erstmals für das Baugewerbe ein negativer Saldo (– 23). Für das Verarbeitende Gewerbe errechnet sich mit – 140 Gewerbetreibenden im vierten Jahr Staat und Wirtschaft in Hessen 4 · 01

in Folge ein Rückgang. Auch im Handel einschl. der Reparatur von Gebrauchsgütern (– 524) ist — wenn auch abgeschwächt — ein Rückgang bei den Gewerbetreibenden, wie schon im letzten Jahr, zu melden.

Die seit vielen Jahren relativ stabile Verteilung der Gewerbemeldungen auf die einzelnen Rechtsformen setzte sich auch 2000 fort. Wie im vergangenen Jahr wurden drei Viertel aller Anmeldungen für Einzelunternehmen abgegeben. Da bei den Abmeldungen 10 % weniger Einzelunternehmen als 1999 gezählt wurden, ist deren Anteil geringfügig unter vier Fünftel gefallen. Weiterhin ungebrochen ist der seit 1996 dauernde Bedeutungszuwachs bei den Gesellschaften mit beschränkter Haftung, auf die im Berichtsjahr 15 % der Anmeldungen entfielen. Außerdem betrafen knapp 13 % der Abmeldungen diese Rechtsform, für die bei insgesamt geringerer Meldetätigkeit 400 Abmeldungen mehr als im vergangenen Jahr ermittelt wurden. Die Aufgliederung der Einzelunternehmer nach der Staatsangehörigkeit zeigt, dass nach einer vorübergehenden Abschwächung im vergangenen Jahr deutsche Betriebsgründer wieder „gründungsfreudiger“ sind. Per saldo verbuchten sie fast 3000 Betriebe mehr, nachdem sie 1999 mit 170 Fällen ins Minus gerutscht waren.

Wenn die Bilanz aus An- und Abmeldungen 2000 auch bedeutend höher ausfällt als im vergangenen Jahr, so zeigt sich unter dem Blickwinkel der „wirtschaftlichen Nachhaltigkeit“, dass das Berichtsjahr weniger erfolgreich war als das Jahr 1999. Als wirtschaftlich nachhaltig ist ein Betrieb anzu-

Gewerbemeldungen¹⁾ nach Art der Meldung

Art der Meldung	1999		2000		Zu- bzw. Abnahme (–) gegenüber Vorjahr in %
	Anzahl	%	Anzahl	%	
Anmeldungen					
Echte Neuerrichtungen	15 771	23,8	15 245	23,7	– 3,3
Kleingewerbetreibende ²⁾	36 789	55,6	35 511	55,2	– 3,5
Verlagerungen	3 622	5,5	4 072	6,3	12,4
Übernahmen	10 034	15,2	9 502	14,8	– 5,3
Insgesamt	66 216	100	64 330	100	– 2,8
Abmeldungen					
Aufgabe echter Betriebe	10 389	16,6	10 377	18,1	– 0,1
Kleingewerbetreibende ³⁾	37 847	60,6	33 256	57,9	– 12,1
Verlagerungen	3 907	6,3	4 138	7,2	5,9
Übergaben ⁴⁾	10 345	16,6	9 627	16,8	– 6,9
Insgesamt	62 488	100	57 398	100	– 8,1
Salden ⁵⁾					
Echte Betriebe	5 382	—	4 868	—	—
Kleingewerbetreibende	– 1 058	—	2 255	—	—
Verlagerungen	– 285	—	– 66	—	—
Übernahmen/Übergaben	– 311	—	– 125	—	—
Insgesamt	3 728	—	6 932	—	—

1) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe. — 2) Neuerrichtung als Nebentätigkeit und sonstige Neuerrichtung. — 3) Aufgabe eines Kleingewerbetreibenden oder einer Nebentätigkeit. — 4) Aufgabe oder teilweise Aufgabe eines weiterhin bestehenden Betriebes. — 5) Mehr bzw. weniger (–) Anmeldungen als Abmeldungen.

sehen, wenn aus der Kombination verschiedener Merkmale in den Formularen eine nachhaltige wirtschaftliche Tätigkeit angenommen werden kann. Die Statistik weist diese Fälle als „echte Neugründungen“ bzw. als „Aufgabe echter Betriebe“ aus. Der bilanzierte Zugang von damals 5400 derartigen Fällen wurde durch einen Rückgang bei den Kleingewerbetreibenden um 1000 und negative Werte bei Übergaben und Verlagerungen auf 3700 Nettozugänge für alle Gewerbetreibende geschmälert. Im Jahr 2000 ergibt sich bei der Gruppe der wirtschaftlich nachhaltigeren Unternehmungen ein Nettozugang von nur 4900, da den rückläufigen echten Neugründungen nahezu gleich viele Aufgaben echter Betriebe wie im Vorjahr gegenüberstanden. Der Rest der Bilanzgewinne von 2200 entfiel auf Kleingewerbetreibende.

Wirtschaftsbereiche

Glänzendes Auslandsgeschäft im Verarbeitenden Gewerbe — Beschäftigung aber weiter rückläufig

Dank glänzender Auslandsgeschäfte verbuchte das hessische Verarbeitende Gewerbe im Jahr 2000 erstmals seit Jahren wieder einen deutlichen Umsatzzanstieg. Begünstigt durch die Abwertung des Euro gegenüber wichtigen Währungen nahm der Auslandsumsatz um ein Sechstel gegenüber dem Vorjahr zu. Die Exportquote, das heißt der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz, erreichte mit 37 % einen historischen Höchststand. Wegen des leicht rückläufigen Inlandsgeschäfts ging die Beschäftigung allerdings nochmals leicht zurück. Im Jahresverlauf hat sich der Rückgang aber abgeschwächt.

Die Zahl der **Beschäftigten** im hessischen Verarbeitenden Gewerbe lag im Durchschnitt des Jahres 2000 mit 459 500

um 1,1 % niedriger als im Vorjahr. Im Dezember 2000 ging die Beschäftigung aber nur noch um 0,2 % zurück, obwohl auch im letzten Jahr weitere Dienstleistungsfunktionen ausgliedert wurden. Die größten Branchen verzeichneten überdurchschnittliche Beschäftigungsrückgänge. Bei der Chemischen Industrie verringerte sich die Mitarbeiterzahl um 3,1 % auf 63 900. Der Maschinenbau verzeichnete einen Rückgang von 1,4 % auf 63 100 Beschäftigte und die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen um 1,4 % auf 59 900. Dagegen konnte(n) das Ernährungsgewerbe die Beschäftigtenzahl um 1,0 %, das Verlags- und Druckgewerbe um 3,4 %, die Gummi- und Kunststoffverarbeiter um 0,9 % sowie die Hersteller von Geräten der Elektrizitätserzeugung und -verteilung um 1,9 % erhöhen.

Von den insgesamt 459 500 Beschäftigten des Verarbeitenden Gewerbes waren 271 100 Arbeiter, womit sich deren Anteil weiter auf 59 % reduzierte. Die Zahl der geleisteten Arbeiterstunden — nicht enthalten sind u. a. die für Urlaub und Krankheit bezahlten Stunden — nahm um 1,7 % auf 419,4 Mill. ab. Somit verringerte sich die je Arbeiter im letzten Jahr geleistete Stundenzahl auf 1547. Die Brutto-lohn- und Gehaltssumme hat im Jahr 2000 insgesamt 32,9 Mrd. DM betragen, wobei 15,5 Mrd. DM auf die Lohnsumme und 17,4 Mrd. DM auf die Gehaltssumme entfielen. Der Anteil der Lohn- und Gehaltssumme am Gesamtumsatz des Verarbeitenden Gewerbes lag bei 20,4 %.

Erstmals übertraf das hessische Verarbeitende Gewerbe im vergangenen Jahr beim **Umsatz** die Marke von 160 Mrd. DM. Der wertmäßige Umsatz lag mit 161,1 Mrd. DM um 5,1 % höher als im Jahr zuvor. Diese Steigerung ist nur auf den Exporterfolg zurückzuführen. Die Auslandsumsätze nahmen um 17 % auf 60,2 Mrd. DM zu. Dagegen

Verarbeitendes Gewerbe¹⁾ (Zeitliche Entwicklung 2000)

Zeitraum 2000	Beschäftigte		Gesamtumsatz		darunter Auslandsumsatz		Volumenindex des Auftragseingangs		
	1000	Abnahme in % ²⁾	1000 DM	Zu- bzw. Abnahme (–) in % ²⁾	1000 DM	Zu- bzw. Abnahme (–) in % ²⁾	insgesamt	Inland	Ausland
							Zu- bzw. Abnahme (–) in % ²⁾		
Januar	457,6	– 2,0	11 472 840	6,0	4 479 323	21,4	7,6	5,9	9,9
Februar	457,5	– 2,0	12 643 284	13,0	4 920 840	27,7	12,4	10,9	14,7
März	457,9	– 2,1	14 686 621	5,2	5 598 494	15,4	9,3	5,1	16,3
April	457,6	– 1,3	11 950 742	– 4,2	4 389 657	3,6	– 2,9	– 3,5	– 1,9
Mai	457,9	– 1,3	14 419 444	17,1	5 328 370	27,1	13,2	11,1	16,7
Juni	459,7	– 0,9	13 528 588	0,6	5 011 437	11,8	2,8	– 4,9	15,4
Juli	460,1	– 1,2	12 312 986	0,8	4 564 440	12,5	5,2	3,1	8,5
August	462,0	– 1,0	12 982 852	10,4	4 612 527	24,8	13,3	11,8	16,4
September	461,9	– 0,9	14 542 555	2,9	5 378 271	11,6	6,2	– 0,5	17,2
Oktober	461,2	– 0,3	14 071 239	4,6	5 270 155	17,9	7,1	2,1	14,8
November	461,1	– 0,2	14 702 187	4,1	5 571 490	18,2	1,7	1,2	2,3
Dezember	459,1	– 0,2	13 795 392	2,6	5 067 761	16,6	5,4	3,0	9,2
D 1. Vj.	457,7	– 2,0	38 802 746	7,9	14 998 657	21,0	9,7	7,2	13,8
D 2. Vj.	458,4	– 1,2	39 898 774	4,3	14 729 465	14,0	4,3	0,7	10,1
D 3. Vj.	461,4	– 1,1	39 838 393	4,6	14 555 238	15,8	8,1	4,6	14,1
D 4. Vj.	460,4	– 0,2	42 568 818	3,8	15 909 406	17,6	4,6	2,0	8,5
2000	459,5	– 1,1	161 108 730	5,1	60 192 765	17,1	6,7	3,7	11,4

1) In Betrieben mit im Allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten. — 2) Jeweils gegenüber dem gleichen Monat bzw. Zeitraum des Vorjahres.

Verarbeitendes Gewerbe¹⁾

Art der Angabe	1999	2000	Zu- bzw. Abn. (–) in %	
			1999	2000
			gegenüber	
			1998	1999
Beschäftigte ²⁾ (in 1000)	464,7	459,5	– 1,1	– 1,1
darunter Arbeiter	275,1	271,1	– 2,2	– 1,4
Geleistete Arbeiterstunden (in Mill. Std.)	426,7	419,4	– 2,5	– 1,7
Bruttolohn- und -gehaltssumme (in Mill. DM)	32 536,7	32 868,5	– 0,0	1,0
Umsatz (in Mill. DM)	153 330,0	161 108,7	– 0,5	5,1
davon				
Inlandsumsatz	101 913,8	100 916,0	– 0,7	– 1,0
Auslandsumsatz	51 416,2	60 192,8	– 0,0	17,1
Umsatz nach Bereichen (in Mill. DM)				
Vorleistungsgüterproduzenten	65 514,5	70 258,4	1,8	7,2
Investitionsgüterproduzenten	48 598,9	50 928,8	– 6,2	4,8
Gebrauchsgüterproduzenten	5 081,9	5 292,4	– 12,9	4,1
Verbrauchsgüterproduzenten	34 134,7	34 629,2	6,5	1,4

1) In Betrieben mit im Allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten (Industrie und Verarbeitendes Handwerk). — 2) Im Durchschnitt des Jahres.

verringerten sich die Inlandsumsätze um 1,0 % auf 100,9 Mrd. DM. Die Bedeutung des Exportes für das hessische Verarbeitende Gewerbe wird im Fünfjahresvergleich noch deutlicher. Von 1995 bis 2000 nahmen die gesamten Umsätze um 6,6 % zu. Während die Inlandsumsätze um 6,5 % abnahmen, stiegen die Umsätze mit ausländischen Geschäftspartnern um 39 %. Die Exportquote, die im Jahr 2000 bei 37 % lag, hatte im Jahr 1995 erst 29 % betragen.

Von den großen Branchen verzeichnete der Maschinenbau im Jahr 2000 den höchsten Umsatzzuwachs. Mit 17,4 Mrd. DM wurde das Vorjahresniveau um 9 % übertroffen. Die Chemische Industrie steigerte ihren Umsatz um 5,5 % auf 35,2 Mrd. DM. Dagegen gingen die Fakturierungen bei den Herstellern von Kraftwagen und -teilen um 6,9 % auf 20,9 Mrd. DM zurück.

Die **Auftragseingänge** signalisieren, dass noch kein Ende des Aufschwungs in Sicht ist. Die preisbereinigten Aufträge lagen im Jahr 2000 um 6,7 % höher als im Jahr zuvor. Nachdem 1999 auch die Auslandsnachfrage schwach war, kam es zu einem glänzenden come back. Die Auslandsorders haben 2000 um gut 11 % zugenommen, die des Inlands immerhin um 3,7 %. Besonders die Investitionsgüternachfrage aus dem Ausland hat mit einem Anstieg von 17 % die Entwicklung maßgeblich getragen. Die Inlandsbestellungen in diesem Sektor erhöhten sich um 4,4 %, sodass es zusammen eine Zuwachsrate von 9,2 % ergab. Bei den Vorleistungsgüterproduzenten lagen die gesamten realen Auftragseingänge um 5,6 % höher als vor Jahresfrist. Die Inlandsaufträge nahmen um 3,8 % und die des Auslands um 8,2 % zu.

Niedrigere Umsätze und weiterer Beschäftigungsabbau im Bauhauptgewerbe

Das hessische Bauhauptgewerbe blieb im Jahr 2000 von der verbesserten konjunkturellen Entwicklung abgekoppelt. Auftragseingänge, Umsätze und Beschäftigung waren rückläufig. Bei den Betrieben mit 20 oder mehr Beschäftigten lag die Beschäftigtenzahl im Jahresdurchschnitt 2000 um mehr als ein Drittel niedriger als im Jahr 1995. Die Umsätze gingen in diesem Zeitraum um ein Sechstel zurück. Es handelt sich also nicht nur um eine Konjunktur-, sondern auch um eine Strukturkrise am Bau. Lichtblicke gab es im vergangenen Jahr in Hessen beim gewerblichen und industriellen Hochbau sowie beim Straßenbau, wo die baugewerblichen Umsätze zunahmen. Negativ betroffen war u. a. der Wohnungsbau. Beim Geschosswohnungsbau dürften sich leerstehende Wohnungen und verhaltene Renditeerwartungen der Investoren ausgewirkt haben, während beim Eigenheimbau das Auslaufen der günstigeren Bauförderung im Jahr 1999 zum Vorziehen von Bauvorhaben geführt hat. Trotz mehrmaliger Leitzinsanhebung der Europäischen Zentralbank mit entsprechendem Anstieg der kurzfristigen Zinsen, waren die Kapitalmarktzinsen rückläufig, sodass von dieser Seite keine kontraktiven Einflüsse ausgingen.

Die Zahl der **Beschäftigten** in den Betrieben mit 20 oder mehr Mitarbeitern lag im Jahresdurchschnitt mit 35 800 um 5,5 % niedriger als im Jahr zuvor. Nach einer vorübergehenden Dämpfung des Rückgangs hat sich die Abwärtsentwicklung zum Jahresende wieder beschleunigt. Im Dezember 2000 wurde der Vorjahresstand um 7,6 % verfehlt. Überdurchschnittlich von der Baukrise betroffen waren im letzten

Bauhauptgewerbe¹⁾ (Zeitliche Entwicklung 2000)

Zeitraum 2000	Beschäftigte		Baugewerblicher Umsatz		Auftragseingang	
	Anzahl	Abnahme in % ²⁾	1000 DM	Zu- bzw. Abnahme (–) in % ²⁾	Index (1995 = 100)	Zu- bzw. Abnahme (–) in % ²⁾
Januar	36 282	– 4,8	430 087	– 13,7	51,5	– 42,2
Februar	35 832	– 3,6	491 955	– 2,2	61,4	– 0,5
März	35 528	– 4,4	644 361	2,1	93,7	– 5,6
April	35 782	– 4,0	623 670	– 4,2	65,4	– 9,6
Mai	35 914	– 3,4	731 367	5,8	140,4	66,0
Juni	35 764	– 4,3	753 832	– 5,6	84,0	– 21,3
Juli	35 806	– 5,8	719 861	– 13,2	102,4	18,1
August	35 922	– 6,5	760 230	– 6,5	74,6	– 20,8
September	35 878	– 6,6	776 755	– 11,7	110,6	16,6
Oktober	36 072	– 7,4	783 006	– 4,5	85,5	– 14,4
November	35 726	– 7,3	883 278	2,5	76,0	27,8
Dezember	34 930	– 7,6	976 271	2,6	76,3	– 15,7
D 1. Vj.	35 881	– 4,3	1 566 403	– 4,0	68,9	– 17,4
D 2. Vj.	35 820	– 3,9	2 108 869	– 1,5	96,6	9,9
D 3. Vj.	35 869	– 6,3	2 256 846	– 10,5	95,9	4,2
D 4. Vj.	35 576	– 7,4	2 642 555	0,4	79,3	– 4,8
2000	35 786	– 5,5	8 574 673	– 4,0	85,1	– 1,7

1) Betriebe mit 20 oder mehr Beschäftigten. — 2) Jeweils gegenüber dem gleichen Monat bzw. Zeitraum des Vorjahres.

Jahr die Angestellten, deren Zahl im Jahresdurchschnitt um 7,4 % abnahm. Bei den Facharbeitern wurde ein Rückgang von 4,8 % registriert, die Zahl der gewerblich Auszubildenden ging um 6,1 % zurück.

Nachdem der jahrelange Abwärtstrend bei den **baugewerblichen Umsätzen** im Jahr 1999 gestoppt worden war, nahmen sie im Jahr 2000 wieder ab. Mit 8,6 Mrd. DM wurde das Vorjahresniveau um 4 % verfehlt. Nur im vierten Quartal wurde ein Anstieg von 0,4 % verzeichnet. Eine deutliche Einbuße von 15 % auf 1,3 Mrd. DM musste im letzten Jahr der Wohnungsbau hinnehmen. Kaum besser schnitt der gewerbliche Tiefbau mit einer Abnahme von 14 % ab. Dagegen konnten der gewerbliche Hochbau seine Umsätze um 1,5 % auf fast 3,1 Mrd. DM und der Straßenbau um 5,9 % auf 1,2 Mrd. DM steigern.

Der Frühindikator **Auftragseingang** war im letzten Jahr besonders starken Schwankungen unterworfen. Die Volatilität nimmt zu, wenn sich Großaufträge auch zufallsbedingt in einigen Monaten konzentrieren. Die wertmäßigen Auftrags-eingänge lagen im Jahr 2000 mit 7,7 Mrd. DM um 1,7 % niedriger als vor Jahresfrist. Nachdem im zweiten und dritten Quartal Zunahmen verzeichnet wurden, gab es im letzten Quartal wieder einen Rückgang. Im Jahresdurchschnitt nahmen die Auftragseingänge im Wohnungsbau um ein Fünftel ab. Das Niveau von 1995 wurde um fast die Hälfte verfehlt. Dagegen legte der gewerbliche und industrielle Hochbau im Jahr 2000 um 19 % im Vergleich zum Vorjahr zu. Der Straßenbau erreichte das ordentliche Vorjahresergebnis nicht mehr und verzeichnete eine Abnahme um 2,7 %.

Die **Auftragsbestände** ergeben sich aus dem Zusammenwirken von Auftragseingängen und Arbeitsleistung. Die Auftragsbestände, die zum Ende des ersten Vierteljahres 2000 den Stand des Vorjahres noch deutlich um 14 % unterschritten hatten, erreichten im dritten und vierten Quartal wieder einen leichten Anstieg. Der Wert der fest akzeptierten, aber noch nicht ausgeführten Bestellungen lag Ende Dezember um 1,6 % höher als vor Jahresfrist.

Auftragsbestand¹⁾ im Bauhauptgewerbe
(Zu- bzw. Abnahme (-) 2000 jeweils gegenüber dem gleichen Vierteljahr des Vorjahres in %)

Bauart	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Hochbau	- 8,3	7,3	20,6	11,2
Wohnungsbau	- 11,0	- 13,1	- 30,5	- 43,3
Gewerbl. u. industr. Bau ²⁾	- 6,8	19,3	45,6	36,2
Öffentl. und Verkehrsbau	- 12,0	- 20,2	- 14,4	- 21,1
Tiefbau	- 19,2	- 17,9	- 15,3	- 7,8
Straßenbau	- 2,4	9,8	7,9	8,1
Gewerbl. u. industr. Bau ²⁾	- 39,5	- 41,4	- 32,0	- 11,5
Öffentl. und Verkehrsbau	- 8,0	- 15,5	- 16,1	- 23,0
Bauhauptgewerbe insgesamt	- 14,0	- 5,9	1,3	1,6

1) Jeweils am Quartalsende. — 2) Einschl. landwirtschaftlicher Bau.

Flaute im Wohnbau erreicht auch Einfamilienhäuser

Im vergangenen Jahr wurden 13 % weniger Baugenehmigungen im Wohnbau erteilt als 1999. Damit verkehrte sich der seit 1997 anhaltende positive Trend ins Negative. Insgesamt ging die Zahl der zum Bau freigegebenen Wohngebäude um 1600 auf rund 11 000 zurück. Die Negativentwicklung betraf nun auch die Einfamilienhäuser, für die in den letzten fünf Jahren Zuwächse von bis zu 23 % verzeichnet worden waren. Mit 7900 Gebäuden wurden hier 14 % weniger Gebäude als im Vorjahr genehmigt. Auch die Zahl der Baufreigaben für Zwei- und Mehrfamilienhäuser reduzierte sich um 5 bzw. 18 %. Der Anteil der Mehrfamilienhäuser an der Gesamtzahl aller Baugenehmigungen halbierte sich im genannten Fünfjahreszeitraum. 1996 wurden noch 20 % der Baufreigaben für den Geschosswohnbau erteilt. Im Jahr 2000 lag dieser Anteilwert nur noch bei 10 %. Dementsprechend erhöhte sich der Anteil der Genehmigungen von Ein- und Zweifamilienhäusern. Zuletzt lag er für die Einfamilienhäuser bei 72 %.

Da sowohl die Ein- und Zweifamilienhäuser als auch der Geschosswohnbau gleichermaßen rückläufige Genehmigungszahlen aufwiesen, reduzierte sich auch die Anzahl der zum Bau freigegebenen Wohnungen in neu errichteten Wohngebäuden im Jahr 2000 gegenüber dem Vorjahr um 13 % auf rund 20 000. Dazu kamen noch weitere 3640 Wohnungen, die im Rahmen von Baumaßnahmen an bestehenden Wohngebäuden sowie im Nichtwohnbau genehmigt wurden. Damit wurden auch in diesen Segmenten weniger Wohnungen (- 16 %) zum Bau freigegeben als im Jahr 1999. Mit den insgesamt 23 600 geplanten Wohnungen (Neubau und Umbaumaßnahmen) wurde das Vorjahresergebnis um 14 % unterschritten. Während sich die Zahl der freigegebenen Wohnungen im Vergleich zum Vorjahr im südhessischen Regierungsbezirk Darmstadt nur um 9 % verringerte, fiel der Rückgang in den Regierungsbezirken Kassel mit 18 % und Gießen mit 23 % wesentlich deutlicher aus.

Nichtwohnbau verharrt auf Niveau von 1999

Im Bereich der Nichtwohngebäude wurden im Jahr 2000 fast 2950 Baugenehmigungen für neue Gebäude erteilt. Diese Verminderung um ein Zehntel oder 306 Gebäude hatte auf das geplante Bauvolumen keinen negativen Einfluss. Der beantragte Rauminhalt lag sogar mit 10,5 Mill. m³ um mehr als 8 % über dem des Vergleichsjahres 1999. Die geplanten neuen Nutzflächen reduzierten sich geringfügig um 2 % auf 2,24 Mill. m². Die Investitionsbereitschaft im Nichtwohnbau war in den einzelnen hessischen Regionen unterschiedlich ausgeprägt. Während im Regierungsbezirk Darmstadt 13 % mehr neue Nutzflächen geplant wurden, lagen die in den Bauämtern angefragten Flächen im Regierungsbezirk Kassel um 14,5 % und im Regierungsbezirk Gießen sogar um 29 % unter denen des Vorjahres.

Baugenehmigungen im Wohn- und Nichtwohnbau

Art der Angabe	1998	1999	2000	Zu- bzw. Abnahme (–) in %	
				1999	2000
				gegenüber	
				1998	1999
Wohnbau ¹⁾					
Gebäude ²⁾	11 934	12 574	10 959	5,4	– 12,8
darunter mit					
1 Wohnung	8 196	9 139	7 877	11,5	– 13,8
2 Wohnungen	2 193	2 045	1 938	– 6,7	– 5,2
3 oder mehr					
Wohnungen	1 540	1 386	1 144	– 10,0	– 17,5
Rauminhalt (1000 m ³)	13 464	13 809	12 248	2,6	– 11,3
Wohnungen	23 770	22 981	19 980	– 3,3	– 13,1
Wohnfläche (1000 m ²)	2 534	2 553	2 260	0,7	– 11,5
Nichtwohnbau ¹⁾					
Gebäude	2 858	3 248	2 942	13,6	– 9,4
Rauminhalt (1000 m ³)	8 206	9 692	10 500	18,1	8,3
Nutzfläche (1000 m ²)	1 964	2 275	2 237	15,8	– 1,7
Wohnungen insgesamt ³⁾	28 927	27 330	23 618	– 5,5	– 13,6

1) Errichtung neuer Gebäude. — 2) Einschl. Wohnheime. — 3) In Wohn- und Nichtwohnbau (einschl. Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden).

Zusätzlich wurden noch rund 490 000 m² Nutzfläche bei Baumaßnahmen an bestehenden Nichtwohnbaugebäuden genehmigt. Damit gaben die hessischen Bauaufsichtsbehörden im Jahr 2000 insgesamt Nutzflächen von 2,73 Mill. m² zum Bau frei. Das Vorjahresergebnis wurde um 4 % übertroffen. Bei Büro- und Verwaltungsgebäuden war gegenüber 1999 ein auffallendes Nachfrageplus von fast 70 % zusätzlichen Nutzflächen zu verzeichnen. Im Jahr 2000 bestand darüber hinaus ein um 20 % größerer Flächenbedarf bei Hotels und Gaststätten. Eine deutlich geringere Flächennachfrage als im Vorjahr war bei Anstaltsgebäuden (– 38 %), landwirtschaftlichen Betriebsgebäuden (– 33 %) sowie sonstigen Nichtwohnbaugebäuden (– 30 %) zu beobachten.

Betrachtet man die Baugenehmigungen für die Errichtung neuer Gebäude und für Umbaumaßnahmen im Wohn- und Nichtwohnbau insgesamt, ergibt sich in Hessen für das Jahr 2000 folgendes Bild: Es wurden 6,30 Mill. m² Wohn- und Nutzflächen zum Bau freigegeben — 370 000 m² oder 5 % weniger als 1999. Um den gleichen Prozentsatz verringerten sich die Baukosten. 1999 waren noch 11,8 Mrd. DM von den Bauherren veranschlagt worden. Ein Jahr später waren es 600 Mill. DM weniger.

Da Baugenehmigungen in Abhängigkeit von der Entwicklung der Baupreise, der Hypothekenzinsen, des Immobilienmarktes sowie staatlicher Förderprogramme nicht immer oder nicht unmittelbar zu Bauaufträgen oder Baumaßnahmen führen, erlaubt die Darstellung der Hochbaugenehmigungen nur teilweise Rückschlüsse auf konjunkturelle Entwicklungen in der Bauwirtschaft. Außerdem ist der Teilbereich Staat und Wirtschaft in Hessen

4 · 01

reich Tiefbau (Straßen-, Brücken-, Kanalbau u. ä.) nicht Gegenstand der Bautätigkeitsstatistik.

Einzelhandel stagniert

Etwas unter 40 % der Ausgaben der Privathaushalte gelangen in die Kassen des Einzelhandels. So geben die Informationen über die dort getätigten Umsätze einen wichtigen Hinweis auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage. Nach ersten Ergebnissen für das Jahr 2000 stiegen die **Umsätze** der hessischen Einzelhandelsbetriebe im Vergleich zum Vorjahr nominal um knapp 1 %. Nach Ausschaltung der Preisveränderungen bedeutete dies real aber Stagnation. Damit hat sich der — wenn auch bescheidene — Aufschwung der letzten drei Jahre nicht mehr fortgesetzt. Betrachtet man den Einzelhandel im engeren Sinn, das heißt ohne den Handel mit Kraftfahrzeugen sowie ohne Tankstellen — diese schnitten mit einem Umsatzrückgang von nominal 4 und real 5 % besonders schlecht ab —, so hellt sich das Bild etwas auf: Ohne diese Branche stiegen die Einzelhandelsumsätze nominal um annähernd 3 und real um 1,5 %.

Am günstigsten war die Entwicklung beim Einzelhandel mit pharmazeutischen, kosmetischen, medizinischen und ähnlichen Artikeln. Er weitete seinen Umsatz 2000 nominal und real um etwa 6 % aus. Es folgte der Facheinzelhandel ohne Nahrungsmittel, der zu etwas über einem Drittel zum gesamten Einzelhandelsumsatz beiträgt, mit nominal und real etwas über 3 %. Die größte Branche, der Handel mit Waren verschiedener Art, wozu beispielsweise die Kaufhäuser und Supermärkte zählen, stagnierte. Der Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren, mit einem Umsatzanteil von etwa 4 % allerdings von geringerem Gewicht, blieb deutlich im Minus. Nominal betrug die Abnahmerate etwas über 5 %, real waren es annähernd 6 %. Auch der Einzelhandel, der, wie zum Beispiel der Versandhandel, seine Waren nicht in Ladengeschäften anbietet, konnte seine Umsätze real nicht ausweiten. Diese Branche trägt zu etwa einem Siebtel zum Gesamtumsatz bei.

Diese Situation führte zu einer weiteren Verminderung der Zahl der **Beschäftigten**. Sie ging im Durchschnitt des Jahres 2000 um etwas über 3 % zurück, wobei die Zahl der Teilzeitbeschäftigten verglichen mit 1999 deutlich stärker abnahm als diejenige der Vollzeitbeschäftigten (– 5 % zu – 2 %).

So viel Übernachtungsgäste wie noch nie

Im Jahr 2000 wurden die hessischen Beherbergungsstätten (mit neun oder mehr Betten) von 9,8 Mill. Gästen besucht, die 25,7 Mill. Übernachtungen buchten. Gegenüber dem Vorjahr waren das 7 % mehr Gäste und ebenfalls 7 % mehr Übernachtungen. Damit kam die Zahl der Gäste erstmals der Zehn-Millionen-Marke nahe. Die gebuchten Übernachtungen blieben allerdings noch deutlich unter dem bisherigen Höchstwert, der mit 28,3 Mill. im Jahr 1991 erreicht worden

war. Während die Zahl der Gäste mit Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland um 5,5 % stieg, erhöhte sich die Zahl ihrer Übernachtungen um 6 %. Bei den Gästen mit ausländischem Wohnsitz stieg die Zahl der Ankünfte sogar um 10 % und die Zahl ihrer Übernachtungen um 10,5 %. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer aller Gäste blieb mit 2,6 Tagen gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Die Großstädte mit 100 000 oder mehr Einwohnern schnitten besonders gut ab. Hier stieg die Zahl der Gäste um fast 7 % und die der Übernachtungen um 9 %. Sowohl bei den Ankünften als auch bei den Übernachtungen waren es vor allem die ausländischen Gäste, die zu diesem positiven Ergebnis beitrugen. Sehr unterschiedlich war die Entwicklung in den Fremdenverkehrsgemeinden mit Prädikat: In den Mineral- und Moorbädern kam es zu einem Zuwachs der Ankünfte um 3,5 % und der Übernachtungen um fast 8 %; die heilklimatischen Kurorte hatten 3 % mehr Gäste und annähernd 2 % mehr Übernachtungen. Bei den Kneippkurorten waren es zwar 5,5 % mehr Gäste, aber 1 % weniger Übernachtungen, bei den Luftkurorten jeweils etwa 4 % mehr Gäste und Übernachtungen. Die Erholungsorte verbuchten bei den Gästen ein Plus von 3,5 %, die Zahl der Übernachtungen stieg in dieser Gemeindegruppe um annähernd 3 %.

Unter den einzelnen Betriebsarten konnten sich die Hotels garnis (über 50 % mehr Gäste und Übernachtungen) besonders gut behaupten. Während die Hotels auf dem Stand des Vorjahres verharrten, mussten die Gasthöfe knapp 15 % weniger Gäste und 12 % weniger Übernachtungen verkraften. Zwar hatten die Pensionen knapp 6 % mehr Gäste, das Übernachtungsvolumen verringerte sich aber um annähernd 7 %. Von den übrigen Betriebsarten konnten die Hütten, Jugendherbergen und jugendherbergsähnlichen Einrichtungen ihre Gäste- und Übernachtungszahl merklich ausweiten. Deutlich erholt zeigten sich Vorsorge- und Reha-Kliniken: Sie verbuchten 7 % mehr Ankünfte und knapp 10 % mehr Übernachtungen.

Im vergangenen Jahr fanden außerdem noch 311 000 Gäste auf Campingplätzen vorübergehend Unterkunft, und zwar für 997 000 Übernachtungen. Hier nahm die Zahl der Gäste im Vergleichszeitraum um 2 % ab, bei den Übernachtungen war es ein Minus von 1 %.

Gastgewerbe verspürt Aufwind

Im Jahr 2000 waren die **Umsätze** im hessischen Gastgewerbe über 2 % höher als im Vorjahr. Real, das heißt nach Ausschaltung der Preisveränderungen, verblieb ein Plus von 1 %. Zu diesem Ergebnis trug vor allem das Beherbergungsgewerbe bei: Es hatte nominal 5 und real 4 % mehr Umsatz. Auch die Kantinen und Catering-Unternehmen hatten mit nominal knapp 4 und real annähernd 3 % Umsatzwachstum mehr Geld in den Kassen. Dagegen büßte das Gaststätten-

gewerbe im Jahresvergleich nominal 0,5 % seines Umsatzes ein; real waren es 1,5 %.

Gegenläufig zum Umsatz ging die Zahl der **Beschäftigten** im Vergleichszeitraum um etwas über 3 % zurück, wobei die Zahl der Vollzeitbeschäftigten nur um 0,4 % abnahm, während die Zahl der Teilzeitbeschäftigten um über 7 % zurückging.

Mehr Güter auf dem Wasser und in der Luft

In der **Binnenschifffahrt** hat 2000 die umgeschlagene Gütermenge weiter zugenommen. In den hessischen Häfen, Lösch- und Ladestellen wurden im vergangenen Jahr insgesamt 16,2 Mill. t Güter ein- oder ausgeladen, fast 4 % mehr als 1999. Dabei stieg das Volumen des Versands von Gütern um über 10 % auf 2,7 Mill. t, während das Volumen des Empfangs um 2,5 % auf 13,5 Mill. t wuchs. Unter den wichtigsten Massengütern verringerte sich der Umschlag von festen mineralischen Brennstoffen (Steinkohle und -briketts) um 19 % auf 1,9 Mill. t. Dagegen stieg der Umschlag von Erdöl, Mineralölerzeugnissen und Gasen um 3 % auf 4,9 Mill. t sowie von Steinen und Erden (Sand, Kies, Bims und Ton) um 14 % auf 5,7 Mill. t.

Bei der **Personenbeförderung mit öffentlichen Straßenverkehrsmitteln** (Busse, Straßen- und U-Bahnen, ohne den Regionalverkehr, der von der DB AG bereitgestellt wird — wie zum Beispiel S-Bahnen) war die Tendenz positiv. Im Jahr 2000 wurden mit 475 Mill. Personen 6 % mehr Fahrgäste befördert als 1999. Die dabei zurückgelegten Wagenkilometer summierten sich auf 293 Mill., was 4 % mehr war als im Vorjahr.

Der **Luftverkehr** auf dem international bedeutenden Flughafen Frankfurt (Main) erreichte im Passagierverkehr wiederum neue Höchstmarken. Im Jahr 2000 erfolgten im zivilen Verkehr 459 000 Starts und Landungen, 4,5 % mehr als im Jahr 1999. Die Zahl der Fluggäste erhöhte sich um annähernd 8 % und blieb mit 49,4 Mill. nur knapp unter der 50-Millionen-Marke. Damit blieb Frankfurt der Flughafen mit dem höchsten Passagieraufkommen auf dem europäischen Kontinent. Insbesondere der Privatreiseverkehr sorgte — wie schon in den Vorjahren — für Zuwachs, wobei der Interkontinentalverkehr deutlich zulegte. Im Luftfrachtverkehr — hier ist Frankfurt Nummer 1 in Europa und gehört zu den weltweit wichtigsten Umschlagplätzen — scheint die Asienkrise überwunden. Das Luftfrachtaufkommen stieg um 11 % auf 1,6 Mill. t. Auch bei der beförderten Luftpost gab es wie im Vorjahr ein Plus: Sie erhöhte sich um 1,5 % auf 141 000 t. Dabei nahm die Auslandspost um 8 % zu, während die beförderte Inlandspost um 4 % abnahm. Darin spiegelt sich die Neukonzeption der Transportlogistik der Deutschen Post AG, die zu einer Verlagerung des Posttransports auf die Straße geführt hat, wider.

Krafträder weiterhin der Renner

Zur Jahresmitte 2000 waren in Hessen 267 000 Krafträder zugelassen. Verglichen mit dem Stand am 1. Juli 1999 waren dies 5 % mehr. Wesentlich schwächer hat im gleichen Zeitraum die Zahl der Personenkraftwagen zugenommen, nämlich lediglich um 0,4 % auf annähernd 3,4 Mill. Weit über die Hälfte der Pkw hatte einen Hubraum von 1400 bis unter 2000 cm³, ihre Zahl blieb im Jahresvergleich nahezu unverändert. 16,5 % hatten einen größeren Hubraum; ihre Zahl stieg mit 2 % am stärksten. Etwas darunter lag der Zuwachs der Pkw mit einem Hubraum von 1200 bis 1399 cm³, die einen Anteil von annähernd 16 % am Pkw-Bestand hatten. Dagegen verminderte sich die Zahl der Pkw unter 1200 cm³ im Jahresvergleich um fast 2 %. Sie kamen auf einen Anteil von knapp 11,5 %.

Insgesamt gab es in Hessen am 1. Juli 2000 etwas über 4 Mill. Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, 1 % mehr als ein Jahr zuvor. Mit einem Wert von 663 Kraftfahrzeugen bzw. 558 Personenkraftwagen je 1000 Einwohner nimmt Hessen weiterhin einen Spitzenplatz unter den Ländern der Bundesrepublik Deutschland ein.

Zahl der Verkehrstoten gesunken

Im Jahr 2000 ereigneten sich 27 000 Verkehrsunfälle, bei denen Menschen zu Schaden kamen. Das waren etwas über 2 % weniger als vor Jahresfrist. Dabei sank die Zahl derer, die tödliche Verletzungen erlitten, um 30 Personen oder über 5 % auf 540. Bei den Schwerverletzten betrug der Rückgang über 3 % auf nunmehr 6800; bei den Leichtverletzten gab es im Jahresvergleich eine Abnahme um 2 % auf 29 600. Die seit einer Reihe von Jahren zu beobachtende günstige Entwicklung hat sich damit — nach der Unterbrechung im Jahr 1999 — weiter fortgesetzt und führte ähnlich wie im Jahr 1998 zu einer der bisher niedrigsten Zahl an Verkehrstoten seit Einführung der Straßenverkehrsunfallstatistik im Jahr 1950.

Weniger landwirtschaftliche Betriebe

Zum Zeitpunkt der repräsentativen integrierten Erhebung im Mai 2000 gab es in Hessen knapp 28 000 landwirtschaftliche Betriebe mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) von mindestens 2 Hektar (ha). Dies waren 1700 Betriebe weniger als 1999. Von diesen Betrieben wurden 761 900 ha LF bewirtschaftet, sodass sich eine durchschnittliche Betriebsgröße von 27 ha LF ergab. Im Jahr 2000 nahm die LF um 4400 ha gegenüber dem Vorjahr ab und teilte sich in 64 % Ackerflächen, 36 % Dauergrünland und 0,8 % Dauerkulturen auf.

In den ersten drei Quartalen des Jahres wurden knapp 1150 ha LF zu einem **durchschnittlichen Kaufpreis** von rund 26 500 DM je ha LF gehandelt.

Staat und Wirtschaft in Hessen 4 · 01

Getreideanbau wieder normalisiert

Gegenüber dem Ausnahmejahr 1999, welches bedingt durch den nassen Herbst 1998 einen hohen Anteil an Sommergetreide in der Anbaufläche aufwies, entsprachen die Anbauverhältnisse des Jahres 2000 in etwa wieder denen der Vorjahre. Die gesamte Getreideanbaufläche stieg um 10 700 auf 312 200 ha. Winterweizen konnte die führende Position ausbauen und legte um knapp 6 Prozentpunkte auf nunmehr 46 % der Getreideanbaufläche zu. Wie in den Vorjahren ist der Anbau von Triticale ein fester Bestandteil der Fruchtfolge. Wurden im Durchschnitt der Jahre 1994—99 11 600 ha Triticale angebaut, so waren dies im Jahr 2000 rund 5 % oder 16 100 ha der Getreideanbaufläche. Die Hektarerträge des Getreides insgesamt lagen mit 65,2 Dezitonnen (dt) etwas unterhalb des Vorjahresniveaus, wobei der Ertrag des Winterweizens mit 71,9 dt je ha geringer und der der Wintergerste mit 68,2 dt je ha höher als die jeweiligen Vorjahreserträge ausfielen. Die Getreideernte fiel jedoch auf Grund der gestiegenen Anbaufläche mit gut 2 036 000 t um 49 300 t höher aus als die des Vorjahres.

Hohe Kartoffel- und Zuckerrübenerte — Erträge kompensieren verringerte Anbaufläche

Trotz einer um rund 520 ha auf 5370 ha verringerten Anbaufläche wurde im Jahr 2000 mit 227 000 t lediglich eine geringfügig kleinere Kartoffelernte als im Vorjahr eingebracht. Dies ist auf den stark gestiegenen Ertrag zurückzuführen. Dieser übertraf mit knapp 423 dt je ha den Durchschnitt der Jahre 1994—1999 um knapp 65 dt je ha und das bisherige hessische Rekordjahr 1996 immer noch um 18 dt je ha. Der für den Kartoffelanbau günstige Witterungsverlauf mit einem niederschlagsreichen Sommer bedeutete auch für den Zuckerrübenanbau eine Rekordernte. Hier wurde auf Grund der Marktordnung der Anbau im Frühjahr 2000 im Vergleich zum Vorjahr um 9,2 % oder 1900 ha eingeschränkt. Der Hektarertrag in Höhe von 653 dt je ha übertraf das Vorjahr jedoch um 57 dt je ha. Damit verringerte sich die Gesamternte lediglich um rund 8500 t gegenüber 1999.

90 % des Gemüseanbaus in Südhessen

Der hessische „Gemüsegarten“ liegt im Regierungsbezirk Darmstadt. Dort wurde im Jahr 2000 auf einer Fläche von 5600 ha Gemüse angebaut, während in den Regierungsbezirken Kassel (640 ha) und Gießen (40 ha) der Anbau von Gemüse eine untergeordnete Rolle spielt. Der Gemüseanbau in Hessen ging gegenüber 1996 um knapp 4 % oder gut 280 ha zurück. Gestiegen war jedoch die Anbaufläche unter Glas und zwar um knapp 6 ha auf 42 ha. Spargel war mit 32 % bzw. 2042 ha der Anbaufläche Spitzenreiter unter den Gemüsearten. Es folgten Speisewiebeln (1135 ha), Weißkohl (500 ha) sowie Möhren und Karotten (335 ha). Die abgeerntete Fläche von Erdbeeren, die nicht zu den Gemüse-

Anbau und Ernte ausgewählter Feldfrüchte

Fruchtart	D 1994/99	1999	2000	Zu- bzw. Abn. (-) in % 2000 gegenüber	
				D 1994/99	1999
Anbaufläche (Grundzahlen in 1000 ha)					
Weizen	137,7	130,9	147,8	7,3	12,9
Winterweizen	133,9	122,3	144,4	7,8	18,1
Sommerweizen	2,7	7,1	2,2	- 18,5	- 69,0
Hartweizen (Durum)	1,0	1,4	1,3	30,0	- 7,1
Roggen ¹⁾	23,8	18,6	21,2	- 10,9	14,0
Gerste	111,4	112,9	105,9	- 4,9	- 6,2
Wintergerste	79,0	76,0	79,1	0,1	4,1
Sommergerste	32,4	36,9	26,8	- 17,3	- 27,4
Hafer	25,6	22,3	18,3	- 28,5	- 17,9
Sommernenggetreide	3,7	3,6	2,9	- 21,6	- 19,4
Triticale	11,6	13,4	16,1	38,8	20,1
Getreide i n s g e s a m t	313,6	301,6	312,2	- 0,4	3,5
Körnermais ²⁾	7,1	6,2	6,4	- 9,9	3,2
Winterraps	47,9	53,7	50,7	5,8	- 5,6
Kartoffeln	5,8	5,9	5,4	- 6,9	- 8,5
Zuckerrüben	20,7	20,6	18,7	- 9,7	- 9,2
Hektarertrag (Grundzahlen in dt)					
Weizen	72,6	76,3	71,5	- 1,5	- 6,3
Winterweizen	73,0	77,3	71,9	- 1,5	- 7,0
Sommerweizen	59,1	63,0	57,2	- 3,2	- 9,2
Hartweizen (Durum)	50,0	47,5	46,9	- 6,2	- 1,3
Roggen ¹⁾	57,3	57,5	58,8	2,6	2,3
Gerste	57,1	59,1	61,9	8,4	4,7
Wintergerste	60,9	64,7	68,2	12,0	5,4
Sommergerste	47,9	47,5	43,1	- 10,0	- 9,3
Hafer	49,2	51,5	48,7	- 1,0	- 5,4
Sommernenggetreide	43,6	47,0	43,7	0,2	- 7,0
Triticale	60,1	63,1	60,9	1,3	- 3,5
Getreide i n s g e s a m t	63,2	65,9	65,2	3,2	- 1,1
Körnermais ²⁾	83,2	92,2	90,5	8,8	- 1,8
Winterraps	29,2	35,8	32,9	12,7	- 8,1
Kartoffeln	358,1	389,0	422,7	18,0	8,7
Zuckerrüben	539,5	596,0	652,6	21,0	9,5
Gesamternte (Grundzahlen in 1000 t)					
Weizen	999,1	997,6	1 056,3	5,7	5,9
Winterweizen	978,1	945,8	1 037,9	6,1	9,7
Sommerweizen	15,9	45,0	12,4	- 22,0	- 72,4
Hartweizen (Durum)	5,2	6,8	6,0	15,4	- 11,8
Roggen ¹⁾	136,3	107,2	124,6	- 8,6	16,2
Gerste	636,2	666,6	655,3	3,0	- 1,7
Wintergerste	480,9	491,2	539,9	12,3	9,9
Sommergerste	155,3	175,4	115,3	- 25,8	- 34,3
Hafer	125,8	114,5	89,2	- 29,1	- 22,1
Sommernenggetreide	15,9	16,7	12,5	- 21,4	- 25,1
Triticale	69,8	84,3	98,4	41,0	16,7
Getreide i n s g e s a m t	1 983,1	1 986,9	2 036,2	2,7	2,5
Körnermais ²⁾	59,3	57,5	58,4	- 1,5	1,6
Winterraps	139,7	192,3	166,8	19,4	- 13,3
Kartoffeln	208,8	229,1	227,0	8,7	- 0,9
Zuckerrüben	1 117,7	1 226,5	1 218,1	9,0	- 0,7

1) Einschl. Wintermenggetreide. — 2) Einschl. Corn-Cob-Mix.

anbauflächen zählt, verringerte sich gegenüber 1996 um gut 70 ha auf rund 400 ha. Ziergehölze und Rosen wurden auf knapp 50 % der Baumschulfläche von 744 ha erzeugt und bildeten damit den Produktionsschwerpunkt in den hessischen **Baumschulen**. Die meisten Obstgehölze wurden im Landkreis Groß-Gerau und die meisten Ziergehölze im Wetteraukreis gezogen.

Weniger Rinder und Schweine

Wie die endgültigen Ergebnisse der repräsentativen Viehzählung im November 2000 zeigten, hat sich insbesondere die Anzahl der **Milchkühe** um gut 7 % gegenüber der Vorjahreszählung verringert. Dies entspricht einem Rückgang um 12 600 auf 158 200 Tiere. Grund hierfür war die zum Milchwirtschaftsjahr 2000/2001 eingeführte Zusatzabgabenverordnung. Demgegenüber steht eine Erhöhung des Ammen- und Mutterkuhbestandes von 14 % auf mittlerweile 42 800 Tiere. Von Januar bis Dezember 2000 wurden von den Milcherzeugern 967 700 t Milch an die Molkereien geliefert, dies waren 19 600 t oder knapp 2 % weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Mit dem Auftreten des ersten BSE-Falles in Deutschland im November 2000 hatte sich die Zahl der **Schlachtungen von Rindern**, ohne Kälber, im Dezember 2000 nahezu halbiert. Gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat hatte sich damit die Zahl der Rinderschlachtungen um 4450 Stück auf 4700 Stück reduziert. Die Anzahl der geschlachteten Rinder ohne Kälber fiel, entsprechend dem seit den Siebzigerjahren anhaltenden Trend, im Jahr 2000 mit 87 600 Stück auf den geringsten Stand seit 1950. Noch deutlicher werden die Auswirkungen der BSE-Krise auf die Rinderschlachtungen, wenn man die Dezemberschlachtungen der Bullen seit 1996 betrachtet. Wurden 1996 im Dezember noch 6830 Bullen geschlachtet, so waren dies im Dezember 2000 nur 2420 Stück. Gleichwohl konnte im Bereich der Rinderhaltung festgestellt werden, dass vor allem mehr weibliche Tiere als im Vorjahr zum Schlachten gehalten werden. So erhöhte sich die Zahl der Färsen zum Schlachten, die über zwei Jahre alt waren, um 1020 auf 4260 Stück. Die Zahl der weiblichen Rinder zum Schlachten, im Alter zwischen einem bis unter zwei Jahren, stieg um 1700 auf nunmehr 14 600 Stück Vieh. Die Zahl der männlichen Rinder zum Schlachten veränderte sich nur geringfügig.

Im November 2000 wurden mit 839 200 rund 25 300 **Schweine** weniger als im November 1999 gehalten. Der

Rindvieh- und Schweinehaltung

Art der Angabe	1999 ¹⁾	2000 ¹⁾	Zu- bzw. Abnahme (-)	
	1000		%	
Rinder i n s g e s a m t	539,4	525,9	- 13,6	- 2,5
darunter				
Milchkühe	170,8	158,2	- 12,6	- 7,4
Schlacht- und Mastrinder ²⁾	55,6	56,8	1,2	2,1
Ammen- und Mutterkühe	37,5	42,8	5,3	14,2
Schweine i n s g e s a m t	864,5	839,2	- 25,3	- 2,9
davon				
Ferkel ³⁾	429,3	408,8	- 20,5	- 4,8
Mastschweine	349,9	352,7	2,9	0,8
Zuchtschweine	85,3	77,6	- 7,7	- 9,0

1) Zum Stichtag 3. November, jeweils Ergebnisse der Repräsentativerhebung. — 2) 1 bis unter 2 Jahre alt. — 3) Einschl. Jungmastschweinen.

Rückgang war fast ausschließlich im Bereich der Zuchtschweinehaltung zu beobachten. So nahm die Zahl der Zuchtschweine um knapp 9 % oder 7700 auf 77 600 Tiere und die der Ferkel, ohne Jungschweine, um knapp 11 % oder 25 800 auf 215 200 Tiere ab. Demgegenüber blieb die Zahl der Mastschweine mit einem Lebendgewicht von 50 bis unter 110 kg mit 323 000 Tieren annähernd konstant. Bei den Jungschweinen mit einem Lebendgewicht bis unter 50 kg war ein Zuwachs um knapp 3 % oder 5300 Stück auf 193 600 Tiere festzustellen.

Für eine eventuelle Neugestaltung der Agrarpolitik hinsichtlich einer stärkeren Flächenbindung der Tierhaltung hat Hessen gute Voraussetzungen. In der Betrachtung der Kennziffer „Intensität der Viehhaltung“ — ausgedrückt durch Großvieheinheiten pro Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche (GV je ha LF) — lag der hessische Durchschnitt zum Mai 1999 bei 0,7 GV je ha LF, wobei die Regierungsbezirke Gießen und Kassel eine intensivere Viehhaltung mit 0,8 GV je ha LF aufwiesen. In Hessen wurden je Betrieb durchschnittlich 23,4 GV gehalten.

Öffentliche Finanzen

Kommunalfinanzen: Drittes gutes Jahr in Folge

Der Deutsche Städtetag erwartete für das Jahr 2000, bei nur annähernd stagnierenden Einnahmen (+ 0,5 %) und einer weiterhin konsequenten Konsolidierungspolitik in den Städten, dass ebenso wie im Vorjahr der **kommunale Finanzierungssaldo** wiederum positiv ausfallen würde⁴⁾. Diese Erwartungen haben sich zumindest in Hessen und den kassenmäßigen Eckzahlen zufolge recht gut bewahrheitet. Die hessischen kommunalen Gebietskörperschaften konnten nach 1999 und 1998 auch im Jahr 2000 einen positiven Finanzierungssaldo — als Differenz ihrer um haushaltstechnische und besondere Finanzierungsvorgänge bereinigten aggregierten Einnahmen und Ausgaben — ausweisen. Nach den Daten der vierteljährlichen Kassenstatistik haben die kommunalen Gebietskörperschaften im Jahr 2000 einen Überschuss der Einnahmen über die Ausgaben in Höhe von rund 1,3 Mrd. DM erwirtschaftet, nachdem im Vorjahr bereits ein positiver Finanzierungssaldo in Höhe von rund 1,5 Mrd. DM erzielt worden war. Wenn auch zu den aktuellen Haushaltsüberschüssen auf der kommunalen Ebene die Gebietskörperschaften sicher nicht gleichmäßig beitragen konnten, so hat sich die allgemeine Tendenz zur Verbesserung der kommunalen Finanzsituation doch fortgesetzt. Eine nach Gebietskörperschaften differenzierende Betrachtung zeigt,

4) Vgl. Karrenberg, Hanns und Münstermann, Engelbert; Gemeindefinanzbericht 2000; in: Der Städtetag, Stuttgart, April 2000, zitiert nach Informationen des Hessischen Städtetags, Heft 2, 2000, S. 29 f. Der Finanzierungssaldo ist — dort wie auch hier im Weiteren — als Saldo der um die besonderen Finanzierungsvorgänge (Kreditaufnahmen und Kredit-tilgungen, Rücklagenzuführungen und -entnahmen, Deckung von Fehlbeträgen der Vorjahre) und die haushaltstechnischen Verrechnungen bereinigten Einnahmen und Ausgaben definiert.

Finanzierungssalden hessischer Gebietskörperschaften 1999 und 2000 (Mill. DM)

Gebietskörperschaft(en)	Finanzierungssaldo		Zu- bzw. Abnahme (-)
	1999	2000	
Kreisfreie Städte	1 043	884	- 159
davon			
Darmstadt	- 59	- 53	6
Frankfurt am Main	969	689	- 280
Offenbach am Main	21	71	50
Wiesbaden	141	25	- 116
Kassel	- 28	152	180
Kreisangehörige Gemeinden	448	151	- 297
Kreisverwaltungen	- 62	16	78
Landeswohlfahrtsverband	130	219	89
Kommunale Gebietskörperschaften insgesamt	1 559	1 270	- 289

dass die Gemeinden — kreisfreie Städte und kreisangehörige Gemeinden — und die Landkreisverwaltungen jeweils in ihrer Mehrheit positive Finanzierungssalden erreichten.

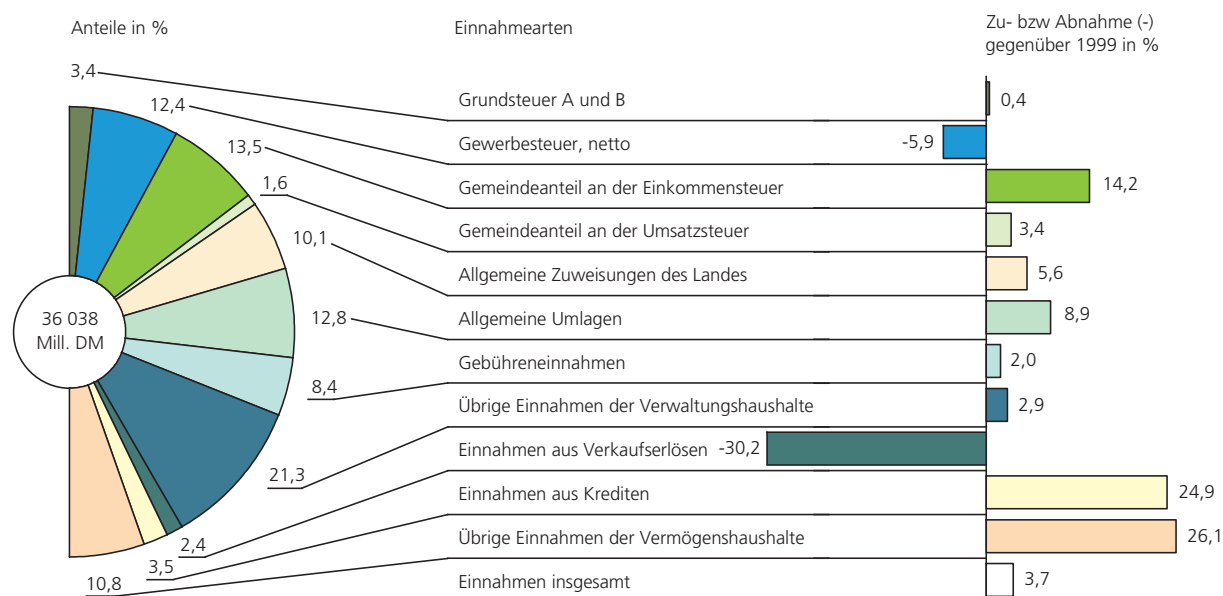
Die Kreisverwaltungen konnten den 62 Mill. DM ausmachenden Ausgabeüberschuss ihrer zusammengefassten Haushalte aus dem Vorjahr in einen positiven Finanzierungssaldo in 2000 umwandeln. So wiesen immerhin 12 der 21 Landkreisverwaltungen einen positiven Finanzierungssaldo aus. Die übrigen neun Kreisverwaltungen brachten, bei allerdings zum Teil weiter deutlich reduzierten Defiziten, ihre Haushalte nur über Kreditaufnahmen bzw. Entnahmen aus den Rücklagen zum Ausgleich.

Der hohe Finanzierungsüberschuss von fast 900 Mill. DM der kreisfreien Städte insgesamt ist, wie auch bereits in den beiden Vorjahren, ganz besonders auf das gute Ergebnis der Stadt Frankfurt am Main (689 Mill. DM) zurückzuführen, das aktuell aber weniger durch erhöhte Steuereinnahmen zu Stande kam, als durch Fortschritte in der Haushaltskonsolidierung. Unter den kreisfreien Städten hatte im Jahr 2000 nur Darmstadt einen negativen Finanzierungssaldo (- 53 Mill. DM).

Bei den Steuereinnahmen der kommunalen Gebietskörperschaften hat sich — vor dem Hintergrund einer verbesserten Ertragslage der Unternehmen, stärkerer Ausgaben für Konsum auf der Endverbrauchsstufe und einer günstigen Entwicklung der Beschäftigung — insgesamt eine positive Aufkommenstendenz, wenngleich nicht so stark wie im Vorjahr, über das ganze Jahr 2000 fortsetzen können. So sind die **aggregierten Steuereinnahmen** auf der kommunalen Ebene im Jahr 2000 (1999) um mehr als 3 % (8 %) auf über 12,6 Mrd. DM (12,1 Mrd. DM) angestiegen.

Mit dem allmählichen Rückgang der steuerlichen Ausfälle infolge der Investitionsförderung im Beitrittsgebiet und dem In-Kraft-Treten der ersten Stufe der Steuerreform verloren die für die Steuerbemessungsgrundlagen erosiven

Kommunale Einnahmen in Hessen 2000



HSL 20/01

Kräfte fortgesetzt an Wirkung. So wies der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer auch im Jahr 2000 deutliche Zuwächse auf. Die Gewerbesteuereinnahmen hingegen verfehlten, bei signifikanten Unterschieden in den Aggregaten der kreisfreien Städte und der kreisangehörigen Gemeinden, das Niveau des Vorjahres.

Während bei den kreisfreien Städten die Einnahmen aus dem Gemeindeanteil an den Gemeinschaftsteuern insgesamt um knapp 9 % auf 1,5 Mrd. DM kletterten, schafften sie bei den kreisangehörigen Gemeinden einen Zuwachs um fast 15 % auf rund 4 Mrd. DM. Die kreisangehörigen Gemeinden nahmen demgegenüber mit 2,5 Mrd. DM rund 6 % weniger an Gewerbesteuern ein, wohingegen die kreisfreien Städte bei der Gewerbesteuer einen Zuwachs um noch fast 2 % auf 3,3 Mrd. DM verbuchten.

Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage verblieben den kommunalen Gebietskörperschaften in Hessen insgesamt Steuereinnahmen (netto) in Höhe von 11,2 Mrd. DM. Dies waren 3,1 % mehr als 1999. Aus dem Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer flossen den hessischen Kommunen, im dritten Jahr ihrer Beteiligung an dem Aufkommen aus der Umsatzsteuer, bereits fast 575 Mill. DM — nach 370 Mill. DM im Jahr 1998 und 556 Mill. DM im Jahr 1999 — zu. Davon entfiel mit 263 Mill. DM ein Anteil von 46 % auf die kreisangehörigen Gemeinden, während unter den kreisfreien Städten allein Frankfurt am Main ein Anteil von 39 % aus dieser für die Kommunen noch recht neuen Steuerquelle zufloss.

Kassenmäßige Ausgaben und Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände 1999 und 2000

Ausgaben- bzw. Einnahmeart	1999	2000	Zu- bzw. Abn.(-) in %	
	Mill. DM		1999	2000
			gegenüber	
	1998	1999		
Ausgaben¹⁾				
Ausgaben des Verwaltungshaushalts	27 623	28 996	1,5	5,0
darunter				
Personalausgaben ²⁾	6 214	6 269	- 0,4	0,9
sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand	3 948	3 999	- 1,2	1,3
Erstattungen, kalkulatorische Kosten	2 493	2 556	- 0,3	2,5
Leistungen der Sozial- u. Jugendhilfe	5 603	5 770	- 1,3	3,0
Zinsausgaben (einschl. innere Darlehen)	1 084	1 065	-11,7	- 1,8
Ausgaben des Vermögenshaushalts	6 102	6 394	2,5	4,8
darunter				
Baumaßnahmen, Vermögenserwerb	3 256	3 555	6,9	9,2
Ausgaben insgesamt	33 725	35 390	1,7	4,9
Einnahmen¹⁾				
Einnahmen des Verwaltungshaushalts	29 081	30 023	4,8	3,2
darunter				
Gewerbesteuer (netto) ³⁾	4 739	4 461	14,3	- 5,9
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	4 259	4 863	5,3	14,2
lfd. Zuweisungen und Zuschüsse	6 847	7 128	-14,0	4,1
Einnahmen an Verwaltung u. Betrieb	5 589	5 792	- 6,2	3,6
Einnahmen des Vermögenshaushalts	5 773	6 014	2,2	4,2
darunter				
Investitionszuweisungen	661	728	- 3,4	10,1
Kredite und innere Darlehen	1 468	1 276	- 9,3	-13,1
Einnahmen insgesamt	34 759	36 038	4,4	3,7

1) Ohne Berücksichtigung der Buchungen von Sollfehlbeträgen und ohne Gewerbesteuerumlage. — 2) Einschl. Vermögensbezüge. — 3) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Die **Gesamteinnahmen** der hessischen kommunalen Gebietskörperschaften nahmen wieder um 5 % auf 37,4 Mrd. DM zu. Davon verblieben den kommunalen Kassen nach Abführung der mit 1,3 Mrd. DM um fast 17 % erhöhten Gewerbesteuerumlage rund 36 Mrd. DM, 3,7 % mehr als im Vorjahr. Die Gesamteinnahmen stiegen aber nicht nur auf Grund der insgesamt vermehrten Steuereinnahmen. Auch die im Jahr 2000 in den kommunalen Kassen verbuchten Zahlungen aus den Zuweisungen des Landes erhöhten sich um fast 6 % auf 3,6 Mrd. DM. Wie in den Vorjahren trugen auch im Jahr 2000 die Einnahmen aus dem Verkauf von Vermögenswerten zur positiven Gestaltung der kommunalen Einnahmen bei. Bei einem Rückgang dieser Einnahmen im Jahr 2000 gegenüber dem Vorjahr um fast ein Drittel auf rund 860 Mill. DM deutet sich hier allerdings eine gewisse Normalisierung gegenüber den Vorjahren auf niedrigerem Niveau an.

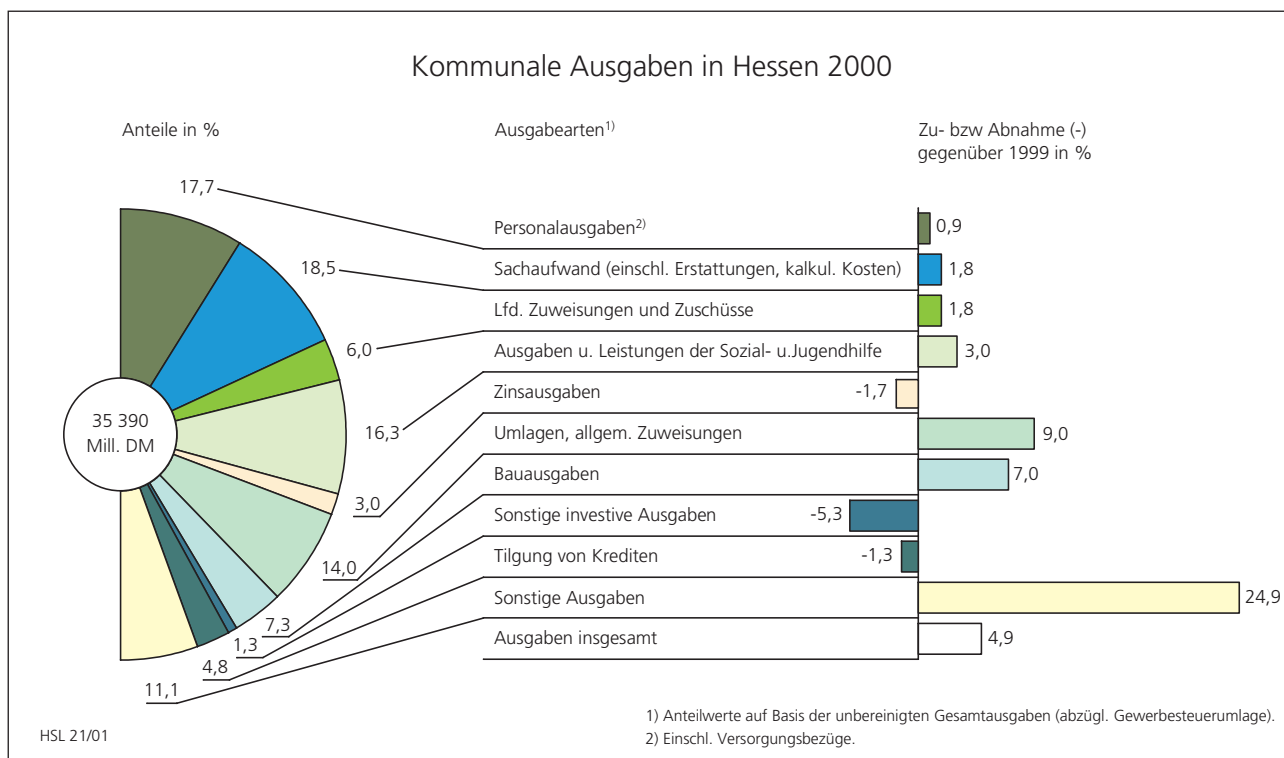
Auf der **Ausgabenseite** wiesen die aggregierten Kassendaten für die kommunalen Haushalte, sowohl in den Verwaltungs- als auch in den Vermögenshaushalten, Steigerungen von rund 5 % aus.

Die kommunalen Belastungen aus dem Bundessozialhilfegesetz (ohne Jugendhilfe) summierten sich 1999 auf 4,28 Mrd. DM; dies waren 63 Mill. DM oder gut 1 % weniger als im Jahr 1998. Zu diesem Break in der Entwicklung der Sozialhilfeausgaben hatten, neben rückläufigen Zahlen der Sozialhilfebedürftigen, vielfältige Maßnahmen der Sozial- und Beschäftigungspolitik („Arbeit statt Sozialhilfe“, gedeckelte Regelsätze, Entlastung der stationären Pflege) und die Niveauabsenkung durch die Pflegeversicherung geführt. Die

Erwartungen auf zukünftig gleichwohl steigende Sozialausgaben haben sich bereits im Jahr 2000 erfüllt. Sie stiegen, bei erhöhten Regelsätzen (für Haushaltsvorstände und Alleinerziehende ab 1.7.1999 um 1,3 %, ab 1.7.2000 um 0,55 %) und insbesondere durch vermehrte Leistungen für Hilfebedürftige in Einrichtungen, um 170 Mill. DM (+ 3 %) auf fast 4,4 Mrd. DM an.

Für den, mit einem Haushaltsanteil von fast einem Fünftel auf der kommunalen Ebene recht bedeutsamen, Ausgabenblock des Sachaufwands (einschl. Erstattungen und kalkulatorischer Kosten) ergab sich im Jahr 2000 eine Zunahme um fast 2 %. In diesem Ausgabensegment werden vielfältige, zumeist kommunal spezifische Faktoren wirksam. Lediglich die allgemeine Preiserhöhung wird sich hier durchgängig ausgabensteigernd ausgewirkt haben. Allerdings lässt sich im Jahr 2000 keine einheitliche Entwicklungslinie bei den kommunalen Gebietskörperschaften für ihre Sachausgaben feststellen. Während bei den kreisfreien Städten der sächliche Verwaltungs- und Betriebsaufwand um knapp 2 % auf unter 2,1 Mrd. DM absank, erhöhte er sich bei den kreisangehörigen Gemeinden um gut 2 % auf 3,3 Mrd. DM. Für die Kreisverwaltungen ergab das kassenmäßige Ergebnis mit einer Steigerung um nahezu 8 % auf 1,1 Mrd. DM die stärkste Erhöhung der Ausgaben für sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwand.

Auch der wiederum moderate Tarifabschluss im Öffentlichen Dienst, der im Kern eine prozentuale Steigerung der Löhne und Gehälter um 2 % für die hier Beschäftigten erst ab August 2000 erbrachte, kam den Konsolidierungsbemühungen der kommunalen Gebietskörperschaften entgegen. Die haushalts-



mäßigen Personalausgaben beliefen sich im Jahr 2000 auf rund 6,3 Mrd. DM und lagen damit — stimmig zur Tarifierhöhung und entgegen den Erwartungen des Deutschen Städtetages (+ 1,7 % in 2000) — nur um 0,9 % über denen des Vorjahres. Bei den kreisfreien Städten nahm das Aggregat der Personalausgaben sogar um 0,4 % gegenüber dem Vorjahr ab; dies allerdings nur durch einen stärkeren — wohl auf Ausgliederungen von Aufgaben aus dem Haushalt rückführbaren — Rückgang der Personalausgaben in der Stadt Frankfurt am Main. Dort wurden binnen Jahresfrist rund 35 Mill. DM (– 3,5 %) weniger für das Personal verausgabt.

Die Tendenz zu steigenden Personalausgabenquoten setzte sich auf der kommunalen Ebene insgesamt jedenfalls nicht fort. So hatten die kommunalen Haushalte im Jahr 2000 (1999) durchschnittlich noch 21,2 % (21,7 %) ihrer Ausgaben für ihr aktives Personal und für Versorgungsbezüge aufzuwenden. Entsprechend der unterschiedlichen Aufgabenstrukturen und Personalintensitäten der Aufgaben wiesen im Jahr 2000 (1999) unter den Gebietskörperschaften die kreisangehörigen Gemeinden mit 25,3 % (26,2 %) die höchste Personalausgabenquote auf, während sich für die Kreisverwaltungen mit 16,6 % (16,8 %) der geringste Personalkostenanteil errechnete.

Diesen Entwicklungen in den großen kommunalen Ausgabenblöcken der Verwaltungshaushalte standen im Jahr 2000 ebenso zum Teil recht moderat wachsende Ausgabenaggregate in den Vermögenshaushalten gegenüber. So nahmen die vermögenswirksamen Ausgaben der kommunalen Ebene insgesamt um 5,4 % auf 6,4 Mrd. DM zu. Dabei wurde diese Steigerung, anders als im Vorjahr, nicht mehr primär von den kreisfreien Städten (+ 1,1 %) getragen. Vielmehr erhöhten die kreisangehörigen Gemeinden (+ 4,9 %) und noch stärker die Kreisverwaltungen (+ 13,4 %) durch starke Kredittilgungen und Aufgabe ihrer Investitionszurückhaltung die Ausgaben in den Vermögenshaushalten.

Die reinen Baumaßnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände nahmen nach einer Zunahme um 4,5 % im Vorjahr nochmals um 7 % auf knapp 2,6 Mrd. DM zu. Durchschnittlich wurden aus den kommunalen Haushalten im Jahr 2000 (1999) 10 % (9,7 %) der Ausgaben für unmittelbar investive Zwecke (Bauausgaben und Vermögenserwerb) aufgewendet. Bei den kreisfreien Städten stieg dieser Anteilwert von 6,6 auf 8,3 %, bei den kreisangehörigen Gemeinden stagnierte er bei 14,5 % und bei den Kreisverwaltungen bei 6 %. Spiegelbildlich zu den Einnahmen ist auch die Entwicklung der Ausgaben von den fortgesetzten Ausgliederungen aus den kommunalen Haushalten beeinflusst. Bei Interpretation des Datenmaterials in Hinblick auf die Nachfragewirkungen der öffentlichen Haushalte, etwa für die Baubranche, ist dieser Gesichtspunkt zu berücksichtigen.

5) Die Zins-Steuer-Quote wurde hier als Quotient aus Zinszahlungen und Netto-Steuereinnahmen (Brutto-Steuereinnahmen abzgl. Gewerbesteuerumlagen) berechnet.

Die gestiegenen Investitionen der Kommunalebene wurden nicht über zusätzliche Kredite finanziert. So haben die hessischen kommunalen Gebietskörperschaften auch im kassenmäßigen Abschluss des Jahres 2000 eine Nettotilgung ihrer Kredite (Tilgung von Krediten abzgl. der Einnahmen aus Krediten) um rund 410 Mill. DM vorzuweisen. Im Vorjahr wurden netto rund 250 Mill. DM an Krediten getilgt. Die nach Gebietskörperschaften differenzierende Betrachtung zeigt hier, dass die neuerliche Nettotilgung von Krediten (Überschuss der Kredittilgungen über die Kreditaufnahmen) wesentlich auf die Entwicklung bei den kreisfreien Städten zurückzuführen ist, die mehrheitlich einen Konsolidierungskurs einhielten und durch ihre hohen Kredittilgungen einem Zuwachs im Aggregat der kommunalen Neuverschuldung entgegenwirkten. So haben die kreisfreien Städte nach 440 Mill. DM im Jahr 1999 im letzten Jahr nochmals 443 Mill. DM mehr an Krediten getilgt als sie aufgenommen haben. Die Stadt Frankfurt am Main allein leistete netto fast 360 Mill. DM an Kredittilgungen. Die finanzstrategisch positive Auswirkung des Konsolidierungskurses der kreisfreien Städte kann exemplarisch anhand der Zinsbelastung vor Augen geführt werden. So waren die Haushalte der kreisfreien Städte im Jahr 1998 je 100 DM ihrer Steuereinnahmen⁵⁾ noch mit fast 13 DM für Zinszahlungen belastet. 1999 brauchten die Städte hierfür nur noch rund 10 DM je 100 DM ihrer Einnahmen aufzuwenden und im Jahr 2000 lediglich noch rund 9 DM.

Trotz der parallelen Entwicklung der kommunalen Einnahmen und Ausgaben leisteten die kommunalen Gebietskörperschaften auch eine deutliche Steigerung ihrer Zuführungen in die Rücklage. Ihr wurden mit 619 Mill. DM, nochmals rund 67 Mill. DM oder 12 % mehr als 1999, zugeführt. Im Gegenzug wurden aber ebenso die Entnahmen aus den Rücklagen von 389 Mill. DM im Jahr 1999 auf nunmehr 442 Mill. DM im Jahr 2000 deutlich erhöht.

Steuerplus im dritten Jahr in Folge

Das kassenmäßige Steueraufkommen in Hessen erhöhte sich im Jahr 2000 im dritten Jahr in Folge. Mit 89,8 Mrd. DM übertraf es das Niveau des Vorjahres, das bereits um 9,4 % über dem hessischen Steuerergebnis des Jahres 1998 gelegen hatte, nochmals um 6,2 %. Zuletzt war das Steueraufkommen im Jahr 1997 auf 72,0 Mrd. DM um 2 % gegenüber 1996 zurückgegangen. Die Steuerquote — hier die unbereinigten Steuereinnahmen in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt der jeweiligen Jahre in % — stieg im Zuge dieser Entwicklung von 21,1 % im Jahr 1997, über 21,9 % im Jahr 1998, 23,4 % im Jahr 1999 auf nunmehr 25,3 % im zurückliegenden Jahr an.

Die fortgesetzte positive Aufkommensentwicklung findet ihre Ursachen in zahlreichen, unterschiedlichen Faktoren. Insbesondere wirkte sich neben der guten konjunkturellen

Entwicklung weiterhin die Verringerung des aufkommensmindernden Einflusses verschiedener Rechtsänderungen der letzten Jahre positiv auf das Steueraufkommen aus.

So waren im letzten Jahr, unter den bedeutenderen Steuern und abgesehen von den Zöllen und der Mineralölsteuer, nur die kassenmäßigen Einnahmen aus der Umsatzsteuer und der Gewerbesteuer rückläufig bzw. konstant.

Die Entwicklung des Aufkommens aus der **Mineralölsteuer** ist am Standort Hessen insbesondere von der Dezimierung der Zahl mineralölsteuerpflichtiger Produktions- und Großhandelsunternehmen geprägt. Daher konnte die Anhebung der Steuersätze im Zuge der ökologischen Steuerreform (für die Jahre 2000 bis 2003 um jeweils 6 Pfennige je Liter) — im Gegensatz zum bundesweiten Aufkommen aus dieser Steuer — hier zu keiner Steigerung führen.

Im Jahr 1999 waren die Einnahmen aus der **Kraftfahrzeugsteuer**, als Auswirkung der bereits zum 1. Juli 1997 in Kraft getretenen, emissionsorientierten Umgestaltung der Steuer, deutlich zurückgegangen. Im Jahr 2000 verharrte das Aufkommen aus der Kraftfahrzeugsteuer, im Zusammenspiel von Erhöhung des Kraftfahrzeugbestandes und dessen Modernisierung, auf dem Niveau des Vorjahres.

Bei der **Vermögensteuer**, die seit dem 1. Januar 1997 nicht mehr erhoben wird, sind im Jahr 2000 nur Beträge für zurückliegende Veranlagungszeiträume kassenwirksam geworden, die das Aufkommen aus dem Vorjahr noch geringfügig übertreffen konnten. So brachte die Vermögensteuer im Jahr 2000 wieder 134 Mill. DM (+ 1 Mill. DM) in die Kasse des Landes Hessen.

Wiederum deutlich ergiebiger als im Vorjahr waren die **Steuern vom Einkommen**. Zu deren Mehraufkommen haben einerseits die — mit der im konjunkturellen Aufwind zunehmend verbesserten Beschäftigungslage und dem gegenüber dem Vorjahr stärkeren Zuwachs der Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer aus den Tarifierhöhungen — steigende Lohn- und Gehaltssumme und andererseits die insgesamt positivere Gewinnentwicklung beigetragen. Vor diesem Hintergrund konnte das Aufkommen der **Lohnsteuer** um gut 7 % auf fast 35 Mrd. DM anwachsen. Nachwirkende retardierende Effekte aus den Vorjahren, wie die weitere Anhebung des Grundfreibetrags, die Absenkung des Solidaritätszuschlags, die Kindergeldanhebung und -verrechnung mit der Lohnsteuer, sowie die Anhebung des Grundfreibetrages, die Absenkung des Eingangssteuersatzes und der neue Betreuungsfreibetrag für Kinder unter 16 Jahren wirkten zwar aufkommensmindernd, konnten aber letztlich deutlich überkompensiert werden. Nachdem 1997 noch 65 Mill. DM über die Einkommensteuerveranlagung von den hessi-

Kassenmäßiges Aufkommen an Bundes-, Landes- und Gemeindesteuern nach Steuerarten

Steuerart	1999	2000	Zu- bzw. Abn. (–) 2000 gegenüber 1999
	Mill. DM		%
Gemeinschaftssteuern ¹⁾	68 493	73 448	7,2
darunter			
Lohnsteuer ²⁾	32 521	34 903	7,3
veranlagte Einkommensteuer	1 392	1 796	29,0
Körperschaftsteuer	5 111	5 531	8,2
Umsatzsteuer	17 963	16 824	– 6,3
Einfuhrumsatzsteuer	3 042	3 769	23,9
Bundessteuern ³⁾	5 836	6 165	5,6
darunter			
Zölle	340	309	– 9,1
Mineralölsteuer	1 092	740	– 32,2
Landesteuern	2 907	3 064	5,4
darunter			
Vermögensteuer	133	134	0,8
Kraftfahrzeugsteuer	1 038	1 040	0,2
Gemeindesteuern ⁴⁾	7 344	7 154	– 2,6
darunter			
Gewerbesteuer (brutto)	5 988	5 807	– 3,0
Steueraufkommen insgesamt	84 580	89 831	6,2

1) Ohne Gewerbesteuerumlage. — 2) Vor Zerlegung. — 3) Einschl. Zoll-Euro. — 4) Ohne Anteile der Gemeinden an den Gemeinschaftssteuern.

schen Finanzbehörden an die Steuerzahler zu erstatten waren, wurde im Jahr 2000 mit einer Einnahme von fast 1,8 Mrd. DM das höchste kassenmäßige Aufkommen der veranlagten Einkommensteuer seit 1994 erzielt. Erneut leicht rückläufige Erstattungen nach § 46 EStG (Veranlagung bei Bezug von Einkünften aus nichtselbstständiger Arbeit) wie auch der Anstieg des Bruttoaufkommens der **veranlagten Einkommensteuer** (kassenmäßiges Aufkommen zuzügl. Investitionszulagen sowie Eigenheimzulagen) deuten darauf hin, dass nun die stark aufkommensmindernde Wirkung der steuerlichen Sonderförderung von Investitionen in Ostdeutschland allmählich nachlässt⁶⁾. Damit verliert ein bedeutender Faktor weiter an Gewicht, der in den vergangenen Jahren wesentlich zu der Erosion der Steuerbemessungsgrundlage beigetragen hatte. Auch das Steuerbereinigungsgesetz 1999 mit dem weiteren Abbau umstrittener Steuerbefreiungen und Ausnahmeregelungen hat sicherlich die Steuerbemessungsgrundlagen gefestigt. Wie im Vorjahr wirkte sich die insgesamt bessere Entwicklung der Unternehmensgewinne aus, die sowohl zu höheren Steuervorauszahlungen als auch zu verstärkten Nachzahlungen für frühere Jahre geführt hat. Hiervon, und unter anderem von der Abschaffung der Gewerbekapitalsteuer, dürfte auch die Entwicklung des Aufkommens aus der **Körperschaftsteuer** geprägt sein, das sich nun deutlich gegenüber dem Vorjahr verbesserte.

Das Absinken der kassenmäßigen Einnahmen aus der **Umsatzsteuer** ist durch das komplexe, steuerrechtliche Gefüge

6) Vgl. auch für das Folgende: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung; Wirtschaftspolitik unter Reformdruck, Jahrgutachten 1999/2000, Wiesbaden 1999, S.105 – 107.

aus Vorauszahlungen, Zahlungen und Verrechnungen nicht einfach zu interpretieren. Sicherlich ist hier auf Grund des wirtschaftlichen Aufschwungs grundsätzlich mit steigenden Einnahmen zu rechnen⁷⁾. Im kassenmäßigen Ergebnis des Jahres 2000 ergibt sich gleichwohl bei einem Rückgang der Binnen-Umsatzsteuer um gut 6 % und der Zunahme der Umsatzsteuer auf Einfuhren um fast 24 % gegenüber dem Vorjahr immer noch eine rechnerische Aufkommensminderung um 412 Mill. DM oder 2 %. Dieser kassenmäßige Umsatzsteuerrückgang ist vermutlich hohen Umsatzsteuervorabzügen für außerhessische Bezüge von Waren und Diensten, größeren „Umsatzsteuerausfällen“ der stark exportorientierten hessischen Unternehmen und der nichtperiodengerechten Verbuchung von Zahlungen in den Finanzkassen zuzuschreiben.

Die insgesamt deutlich verbesserte Gewinnsituation der Unternehmen hat sich auf die Bemessungsgrundlagen der **Gewerbesteuer** sicherlich ebenso positiv ausgewirkt, was allerdings in den Zahlungseingängen der Finanzkassen auf Grund der Verrechnungsarithmetik zwischen Vorauszahlungen und Zahlungen zur Gewerbesteuer sowie deren Mangel an Periodengerechtigkeit offenbar keinen Niederschlag gefunden hat. So gingen die Gewerbesteuereinnahmen im Jahr 2000 um 3 % gegenüber dem Vorjahr zurück. Dabei blieben starke Rückgänge der kassenmäßigen Einnahmen auf Grund von Gewerbesteuerrückzahlungen auf einzelne Standorte und große Unternehmen konzentriert.

Bevölkerung

Bevölkerungszunahme auf Vorjahresniveau

Die **Bevölkerung** Hessens dürfte im Jahr 2000 mit 0,2 % etwas weniger stark zugenommen haben als im Jahr zuvor. Aus der Entwicklung im ersten Halbjahr 2000 wurde hier auf das ganze Jahr 2000 hochgerechnet, da wegen einer vollständigen Umstellung der amtlichen Fortschreibung die genauen Zahlen bei Redaktionsschluss erst für die Monate Januar bis Juni 2000 vorlagen. Nach der Hochrechnung dürfte die Einwohnerzahl um 14 000 auf 6,066 Mill. Personen gestiegen sein. Wie fast immer in den zurückliegenden Jahrzehnten, wurde auch diesmal die Bevölkerungsentwicklung überwiegend von der Wanderungsbewegung getragen. Die Bevölkerungszunahme aus dem Wanderungsgewinn von 15 900 mehr Zu- als Fortgezogenen wurde durch ein Geburtendefizit von 1900 mehr Gestorbenen als Geborenen vergleichsweise gering geschmälert.

7) Beispielsweise schätzt der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in seinem aktuellen Gutachten, dass das Umsatzsteueraufkommen im Bund gegenüber dem Vorjahr auf Grund des zunehmenden privaten Konsums, durch die Preissteigerungen bei Kraftstoffen und durch die Fortsetzung der ökologischen Steuerreform um 3,3 % zunehmen wird. Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Chancen auf einen höheren Wachstumspfad, Jahresgutachten 2000/01, Wiesbaden 2000, S. 102.

Bevölkerungsbilanz 1999 und 2000

Art der Angabe	Bevölkerung			
	1. Halbjahr 1999	1999	1. Halbjahr 2000	2000 (geschätzt)
Bevölkerung				
am Jahresanfang	6 035 137	6 035 137	6 051 966	6 051 966
Eheschließungen	12 839	32 621	14 350	34 100
Lebend Geborene	27 998	58 996	27 622	58 600
Gestorbene	31 295	61 054	30 730	60 500
Gestorbenenüberschuss (–)	– 3 297	– 2 058	– 3 108	– 1 900
Zugezogene	77 822	169 973	77 017	169 200
davon				
alte Bundesländer ¹⁾	35 264	79 458	36 054	80 300
neue Bundesländer	6 096	14 616	6 461	15 000
Ausland ²⁾	36 462	75 899	34 502	73 900
Fortgezogene	66 755	151 086	68 977	153 300
davon				
alte Bundesländer ¹⁾	33 299	75 520	34 527	76 700
neue Bundesländer	3 761	8 788	3 328	8 400
Ausland ²⁾	29 695	66 778	31 122	68 200
Wanderungsgewinn	11 067	18 887	8 040	15 900
Bevölkerung am 30. Juni bzw. am Jahresende	6 042 907	6 051 966	6 056 898	6 066 000
Bevölkerungszunahme	7 770	16 829	4 932	14 000

1) Ab 2000 einschl. Berlin-Ost. — 2) Einschl. Herkunfts-/Zielgebiet „ungeklärt“ und „ohne Angabe“.

Die **Wanderungsbewegung** lag 2000 mit gut 169 000 Zugezogenen nur ganz leicht unter der Zahl des Jahres 1999. Dagegen erhöhte sich die Zahl der Fortgezogenen mit 153 000 Personen etwas deutlicher, so dass der Wanderungsgewinn Hessens mit 15 900 Menschen um 3000 niedriger ausfiel als 1999. Bei den Zuzügen verminderte sich die Zahl der aus dem Ausland nach Hessen Eingewanderten von 75 900 auf 73 900. Dagegen erhöhten sich die Zuzüge aus dem Bundesgebiet nach Hessen um gut 1200 auf 95 300 Personen. Dabei dürften aus den alten Bundesländern 80 300, aus den neuen Ländern 15 000 Personen nach Hessen gekommen sein; das waren jeweils mehr als im Jahr zuvor. Die Wegzüge aus Hessen ins Ausland stiegen im zurückliegenden Jahr von 66 800 auf 68 200 Personen und damit deutlicher als die Abwanderung in die alten Bundesländer. Diese nahm von 75 500 auf 76 700 Personen zu. Vermindert hat sich dagegen die Zahl der Fortzüge in die neuen Bundesländer, und zwar um 400 auf 8400 Personen. Per saldo ergab dies in Hessen einen Zuwachs aus den anderen Bundesländern um 10 200, aus dem Ausland um etwa 5700 Personen.

Mit 58 600 **lebend Geborenen** dürfte 2000 die Zahl des vorangegangenen Jahres knapp, um 1 %, unterschritten worden sein. Dieser Rückgang ist ausschließlich auf den „Struktureffekt“ zurückzuführen, da die Zahl der Frauen im „reproduktiven“ Alter von Jahr zu Jahr sinkt. Nach den Ergebnissen der neunten koordinierten Bevölkerungsvorberechnung, die für die weitere Entwicklung von konstanten Geburtenziffern Ende der Neunzigerjahre des vorigen Jahrhunderts ausgeht, liegt der prognostizierte Wert für das Jahr 2000 mit 55 600 lebend Geborenen um 3000 unter der sich

aus der Entwicklung im ersten Halbjahr 2000 abzeichnenden Zahl. Bei völlig unverändertem generativem Verhalten hätten demnach deutlich weniger Neugeborene das Licht der Welt erblickt.

Die Zahl der **Gestorbenen** dürfte im abgelaufenen Jahr mit 60 500 Todesfällen erneut leicht unter dem Vorjahreswert zu liegen kommen. Da die Zahl älterer und alter Menschen weiter wächst, ist bei gleich bleibenden Sterblichkeitsverhältnissen mit einem Anstieg der Gestorbenenanzahl zu rechnen. Da dies nicht der Fall war, bestätigt das neueste Ergebnis wiederum den langjährigen Trend einer Erhöhung der Lebenserwartung. Allerdings überrascht das Ausmaß der Verbesserung. Nach den Ergebnissen der Bevölkerungsvorausberechnung wären etwa 2400 mehr Sterbefälle zu erwarten gewesen. Dabei liegt der Prognose bereits eine leicht steigende Lebenserwartung zu Grunde.

Trend zu kleinen Haushalten hält weiter an

Im Mai 2000 gab es in Hessen 2,8 Mill. Privathaushalte, in denen 6,1 Mill. Personen lebten. 35 % der Haushalte bestan-

den aus einer Person, 34 % aus zwei Personen, 15 % aus drei, 12 % aus vier und 4 % aus fünf oder mehr Personen.

Der Trend zu kleinen Haushalten hat sich auch im vergangenen Jahr weiter fortgesetzt. Während die Gesamtzahl der Haushalte gegenüber 1999 nur um gut 1 % zunahm, stieg die Zahl der Einpersonenhaushalte um gut 3 %. Damit be-

Mehrpersonenhaushalte mit oder ohne Kinder(n) unter 18 Jahren im Mai 2000

Haushaltstyp	Haushalte		Zu- bzw. Abn. (-) 2000 geg. 1999
	1000	%	
Mehrpersonenhaushalte insgesamt	1 813	100	0,2
davon			
ohne Kinder	1 130	62,3	- 0,6
mit Kindern	683	37,7	1,6
davon mit			
1 Kind	342	50,1	2,0
2 Kindern	258	37,8	0,3
3 Kindern	63	9,2	3,3
4 oder mehr Kindern	20	2,9	5,2

Privathaushalte im Mai 2000 nach Haushaltstypen

Haushaltstyp	Haushalte		Zu- bzw. Abn. (-) 2000 geg. 1999	Personen in Privathaushalten	
	1000	%		1000	%
Haushalte insgesamt	2 799	100	1,3	6 103	100
davon					
Einpersonenhaushalte	986	35,2	3,5	986	16,2
Mehrpersonenhaushalte	1 813	64,8	0,2	5 117	83,8
davon mit					
2 Personen	948	33,9	0,3	1 896	31,1
3 Personen	408	14,6	- 0,2	1 225	20,1
4 Personen	334	11,9	0,6	1 336	21,9
5 oder mehr Personen	123	4,4	- 0,8	660	10,8

standen 35 % aller Haushalte aus nur einer Person, in denen 16 % aller hessischen Einwohner lebten. Demgegenüber ging die Zahl der Haushalte mit fünf oder mehr Personen um 1 % zurück.

Der Anteil der Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren ist — infolge der geburtenstärkeren Jahrgänge in den Neunzigerjahren im Vergleich zu den Achtzigerjahren — um einen halben Prozentpunkt gegenüber 1999 gestiegen, und zwar auf fast 38 %. Hierbei war die Zunahme bei den Familien mit drei Kindern (+ 3,3 %) und mit vier oder mehr Kindern (+ 5,2 %) deutlich stärker als bei den Haushalten mit einem Kind (+ 2,0 %). Die Zahl der Zwei-Kinder-Familien blieb so gut wie konstant. □

Kommunal финанzen — auf dem Weg aus der Schuldenfalle?

Nach einer kurzen Betrachtung der schuldenstatistischen Terminologie referiert dieser Beitrag die Entwicklung der kommunalen Verschuldung in den Neunzigerjahren. Ihr stärkstes Kennzeichen, der Anstieg der Verschuldung der Gebietskörperschaften bis zur Mitte des Dezenniums, hat große öffentliche Besorgnis ausgelöst. Folgte dieser Besorgnis auch die Umkehr zu einer Konsolidierungspolitik? Befinden sich die hessischen Gemeinden auf dem Weg aus der Schuldenfalle? Aufbauend auf dem empirischen Befund zu den etatmäßigen Schuldenständen der Kommunen wird untersucht, ob sich aus dem finanzstatistischen Datenmaterial Antworten allgemeiner Art auf diese und weitere damit zusammenhängende Fragen geben lassen. Dabei zeigt sich, dass pauschalisierende Aussagen zur Evaluation der gemeindlichen Kreditpolitik kaum möglich sind. Anhand einer Definition der kommunalen „Schuldenfalle“ — als Verlust an gemeindlicher Investitionsfreiheit — lässt der statistische Befund und seine nähere Erschließung über Kennziffern eine Zunahme der Gemeinden erkennen, für die eine „Fallen“-Situation angenommen werden kann. Es wird aber auch eine hohe Abhängigkeit des investiven Handlungsrahmens der Gemeinden von ihren Steuereinnahmen sichtbar und damit prognostizierbar, dass, ohne Verstetigung der Steuereinnahmen auf hohem Niveau, eine weiter wachsende Zahl von Gemeinden ihre investiven Spielräume verlieren wird.

Statistische Grundlage und Begrifflichkeiten

Auf Grund des Gesetzes über die Statistiken der öffentlichen Finanzen und des Personals im öffentlichen Dienst (Finanz- und Personalstatistikgesetz — FPStatG) sind jährlich, jeweils zum 31. Dezember eines Jahres, die Schuldenstände der Gemeinden und Gemeindeverbände im Rahmen der so genannten Schuldenstatistik zu erheben¹⁾.

In der amtlichen Finanzstatistik wird als **Schuldenstand** einer Gebietskörperschaft die Summe der Schulden bezeichnet, für die sie Schuldner ist, unabhängig davon, wer den Schuldendienst trägt. Zu den Schulden gehören auch die Schulden des allgemeinen Kapital- und Grundvermögens, die Schulden für die in der Haushaltsrechnung erfassten Unternehmen sowie die Schulden der den Körperschaften unterstehenden rechtlich unselbstständigen Stiftungen und Sondervermögen.

Durch die finanzstatistische Schuldendefinition sind dagegen **nicht** die Schulden der öffentlichen Fonds, Einrichtungen und wirtschaftlichen Unternehmen sowie der Krankenanstalten der kommunalen Körperschaften abgedeckt. Im Weiteren gehören nach der amtlichen Definition nicht zu den Schulden der kommunalen Körperschaften

- Gelder, die von Dritten hinterlegt sind (z. B. Kautionen),
- an Dritte (z. B. für Wohnungsbau) ausgezahlte Beträge, für die keine Verpflichtungen (Zinsen und Tilgungen) entstanden sind,
- Kassenreste, Steuerablieferungsrückstände, Kontokorrentkredite, Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und ähnliche Verpflichtungen,

1) Der Schuldenstände sind dabei in der Statistik gemäß dem hier zentralen § 5 (Statistik über die Schulden und Bürgschaften) des FPStatG differenziert nach Schuldarten und Fälligkeit der Schulden am Kreditmarkt zu erfassen. Darüber hinaus sind im Rahmen der Schuldenstatistik die Berichtungen des Schuldenstandes, die Summe der Bürgschaften, die Schuldenaufnahmen im Laufe des Jahres nach Laufzeiten und Schuldarten, die Schuldentilgung im Laufe des Jahres nach Schuldarten sowie die sonstigen Zu- und Abgänge im Laufe des Jahres nach Schuldarten zu erfassen.

- kreditähnliche Rechtsgeschäfte (z. B. beim Erwerb bereits belasteter Grundstücke übernommene Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden, Restkaufgelder, Leasingverträge u. ä.).

Übersicht 1

Grundlegende rechtliche Bestimmungen zur kommunalen Kreditaufnahme in Hessen

Hessische Gemeindeordnung (HGO)

Sechster Teil: Gemeindegewirtschaft

§ 93 Grundsätze der Einnahmebeschaffung

....

- (3) Die Gemeinde darf Kredite nur aufnehmen, wenn eine andere Finanzierung nicht möglich ist oder wirtschaftlich unzumutbar wäre.

....

§ 103 Kredite

- (1) Kredite dürfen unbeschadet des § 93 Abs. 3 nur im Vermögenshaushalt und nur für Investitionen, Investitionsförderungsmaßnahmen und zur Umschuldung aufgenommen werden.
- (2) Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen bedarf im Rahmen der Haushaltssatzung der Genehmigung der Aufsichtsbehörde (Gesamtgenehmigung). ... Die Genehmigung ist in der Regel zu versagen, wenn festgestellt wird, dass die Kreditverpflichtungen nicht mit der dauerhaften Leistungsfähigkeit der Gemeinde in Einklang stehen. ...

II. Hessische Landkreisordnung (HKO)

§ 52 Wirtschaftsführung

Für die Wirtschaftsführung des Landkreises gelten die Bestimmungen des Sechsten Teils der Hessischen Gemeindeordnung und der dazu erlassenen Übergangs- und Durchführungsbestimmungen mit Ausnahme des § 93 Abs. 2 Nr. 2 und der §§ 119 und 129 der Hessischen Gemeindeordnung entsprechend. ...

Die Schuldenstatistik trägt damit den grundlegenden Unterschieden der kommunalen und der privatwirtschaftlichen Verschuldung Rechnung: Das kommunale Haushaltsrecht kennt, von dem Bereich der so genannten kostendeckenden Einrichtungen einmal abgesehen, nicht die in der Privatwirtschaft gebräuchliche Differenzierung zwischen Eigen- und Fremdkapital. So bleiben bei der kommunalen Kreditfinanzierung die wesentlichen Gesichtspunkte des privaten Kreditgeschäfts — Bonität des Kreditnehmers, Seriosität der mit der Finanzierung beabsichtigten Maßnahme — außer Betracht. Dies ist sinnvoll, da zum einen bei einer Kommune das Konkursrisiko rechtlich ausgeschlossen ist, zum anderen aber die demokratisch legitimierten, exekutiven Maßnahmen durch keine postponierte „vierte Gewalt“ der Ökonomie behindert werden sollen.

Auch muss ein Privatunternehmen die Kosten einer Fremdfinanzierung durch entsprechende Erträge erwirtschaften. Dagegen wird der Schuldendienst einer Kommune, ohne unmittelbaren Bezug zu der Finanzierungsmaßnahme, aus ihren laufenden Einnahmen bestritten. Ein Zusammenhang zwischen Verschuldung und Wirtschaftlichkeit besteht für eine Kommune bestenfalls mittelbar. Weder rechtlich noch inhaltlich ist die Refinanzierung einer Investition eine Vorbedingung für die kommunale Kreditaufnahme.

Ein weiterer wesentlicher Unterschied der kommunalen Kreditaufnahme zur privaten Verschuldung erwächst aus ihrer Investitionsbindung: die kommunalen Gebietskörperschaften dürfen Kredite nur für Investitionen, Investitionsförderungsmaßnahmen und für Umschuldungen aufnehmen (siehe Übersicht 1, § 103 (1) HGO).

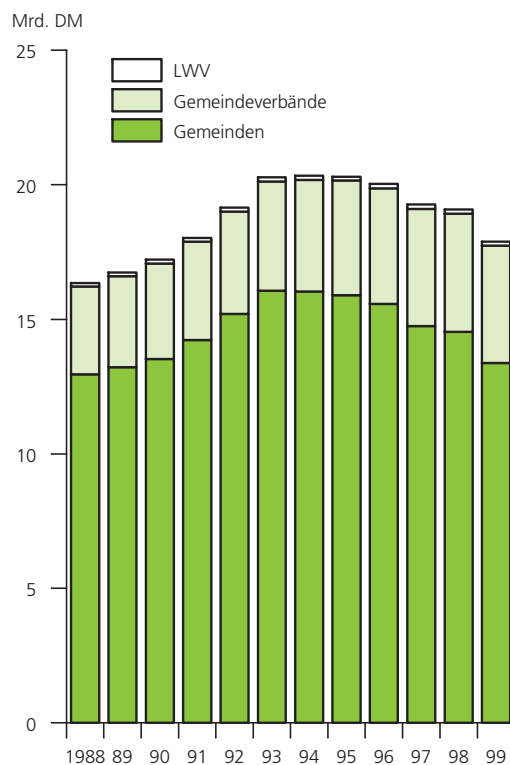
Die formal stringente Bindung der Kreditaufnahme an das Investitionsvolumen begründet auch die Unterschiedlichkeit der kommunalen zu der staatlichen Verschuldung. Das staatliche Haushaltsrecht weist gegenüber dem kommunalen die in der Praxis weit ausgelegte gesamtwirtschaftliche Ausnahmeregelung des Art. 115 Abs. 1 Satz 2 GG²⁾ für den Bund und die noch nachgiebigere Kautel des Art. 114 der Verfassung des Landes Hessen³⁾ auf.

Das kommunale Haushaltsrecht Hessens definiert im Übrigen keine allgemein verbindliche Limitierung für die Verschuldung einer Gemeinde. Ob und inwieweit eine Kommune sich verschulden kann, richtet sich gemäß Art. 103, Abs. 2 HGO danach, ob die Lasten der Verschuldung in Einklang mit der dau-

erhaften Leistungsfähigkeit der Kommunen stehen⁴⁾, d. h. ob die Kommune in der Lage ist, die aus der Finanzierung über Kredite resultierenden finanziellen Verpflichtungen voll zu tragen. In der finanzwissenschaftlichen und finanzwirtschaftlichen Literatur wird daher als Kennzeichen der kommunalen Kreditaufnahme auch deren einzelwirtschaftlicher Bezug genannt, da sich vergleichbare Bindungen an hauswirtschaftliche Voraussetzungen für die staatliche Kreditaufnahme im globalen, gesamtwirtschaftlich orientierten staatlichen Haushaltsrecht nicht finden⁵⁾.

Zu den hier im Weiteren verwendeten Begrifflichkeiten ist noch anzumerken, dass mit „*Schulden/Verschuldung der Kommunalebene*“ oder „*kommunale Schulden/Verschuldung*“ jeweils die zusammengefassten Schulden von Gemeinden — kreisangehörigen Gemeinden und kreisfreien Städten —, Landkreisen (Gemeindeverbände) und des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen bezeichnet werden. Die „*Schulden der Gemeinden*“ oder „*gemeindliche Schulden/Verschuldung*“, die zentraler Gegenstand dieser Betrachtung sind, umfassen dagegen nur die Schulden der kreisangehörigen Gemeinden und der kreisfreien Städte und zwar — dies sei nochmals ausdrücklich betont —, nur die etatmäßigen Schulden, *ohne Berücksichtigung der Verbindlichkeiten der Eigenbetriebe*.

1. Verschuldung der Gemeinden, Gemeindeverbände und des Landeswohlfahrtsverbands in Hessen 1992 bis 1999 (jeweils am Jahresende)



HSL 27/01

2) Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Artikel 115, Absatz 1: „... Die Einnahmen aus Krediten dürfen die Summe der im Haushaltsplan veranschlagten Ausgaben für Investitionen nicht überschreiten; Ausnahmen sind nur zulässig zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts.“

3) Verfassung des Landes Hessen, Artikel 141: „Im Wege des Kredits dürfen Geldmittel nur bei außerordentlichem Bedarf und in der Regel nur für Ausgaben zu werbenden Zwecken beschafft werden. Eine solche Beschaffung sowie die Übernahme einer Sicherheitsleistung zu Lasten des Staates dürfen nur durch förmliches Gesetz erfolgen.“

4) Vgl. Amerkamp, Kurt; Hessisches Gemeindefinanzrecht, 1. Aufl., Mainz 1999, Kommentar zur Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO), S. 9.

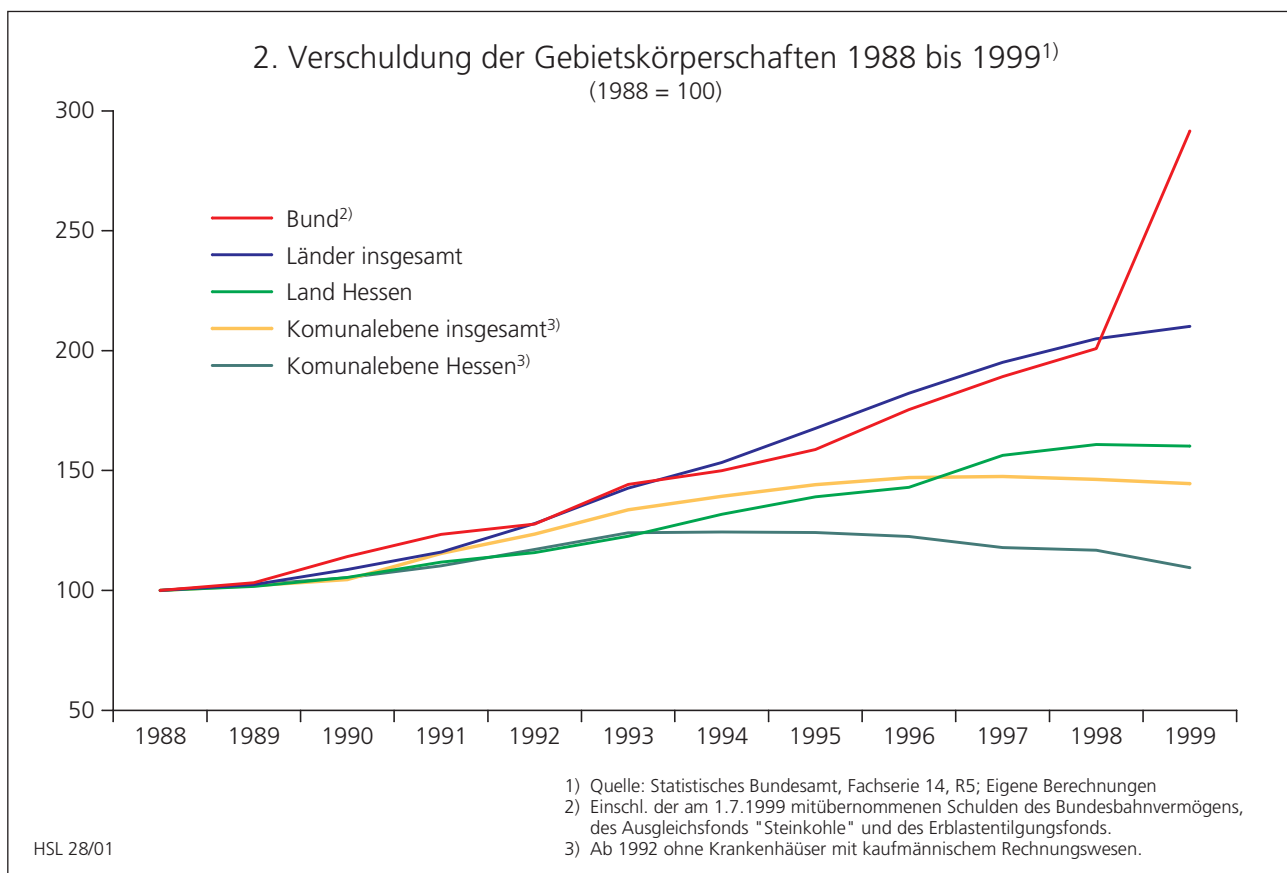
5) Vgl. Schwarting, Dr. Gunnar; Kommunales Kreditwesen; 2., überarbeitete und erweiterte Auflage, Berlin, 2000, S. 22.

Kommunale Verschuldung

Schaubild 1 zeigt die Entwicklung der kommunalen Verschuldung in Hessen in den Jahren 1988 bis 1999. Das Aggregat der Schulden der hessischen Kommunalebene stieg 1993 erstmals auf mehr als 20 Mrd. DM an, um dann 1994 mit über 20,3 Mrd. DM den bisherigen Höhepunkt der kommunalen Verschuldung zu erreichen. Die Verschuldung der hessischen Gemeinden hatte allerdings bereits ein Jahr zuvor ihren Zenit bei 16,1 Mrd. DM erreicht und war in den weiteren Jahren des Beobachtungszeitraums rückläufig, während die Verschuldung der Gemeindeverbände noch bis zum Jahr 1998 Zuwächse aufwies. Infolge dieser Entwicklung stieg der Anteil der Gemeindeverbände an der Gesamtverschuldung der kommunalen Gebietskörperschaften von einem

gen Bedeutung und um die Darstellung nicht zu überfrachten, im Rahmen der weiteren, auf die Analyse der Entwicklung der **Verschuldung der Gemeinden** konzentrierten Untersuchung außer Betracht.

Ohne dies im Einzelnen mit Daten zu belegen, ist zu dem mit Schaubild 1 wiedergegebenen globalen Verlauf der kommunalen Verschuldung in Hessen anzumerken, dass sich die Kommunalebene Hessens mit dieser Entwicklung — zumindest bis Mitte der Neunzigerjahre — nicht nur im gleichen Fahrwasser mit praktisch allen anderen Bundesländern bewegte, sondern sich auch darüber hinaus in unguter Gesellschaft befand, denn die staatlichen Schulden von Bund und Ländern nahmen in diesem Zeitraum ebenfalls deutlich zu (Schaubild 2).



Fünftel zu Anfang der Neunzigerjahre auf ein Viertel im Jahr 1999.

Die Schulden des Landeswohlfahrtsverbandes, die den Landkreisen und kreisfreien Städten zuzurechnen sind, nahmen im Beobachtungszeitraum maximale Anteile an der Kommunalverschuldung von gut 0,8 % ein. Im Jahr 1996 erreichten die haushaltsmäßigen Schulden des Landeswohlfahrtsverbandes mit 167 Mill. DM einen Höhepunkt. 1999 waren sie mit knapp 147 Mill. DM auf einen niedrigeren Stand als am Ende des Jahres 1993 zurückgeführt. Die Verschuldung des Landeswohlfahrtsverbandes bleibt, wegen ihrer relativ gerin-

Verschuldung der Gemeinden

Die Gesamtsumme der etatmäßigen Schulden der hessischen Gemeinden belief sich Ende des Jahres 1999 nur noch auf 13,4 Mrd. DM. Dies war der niedrigste Stand seit 1989. Die Schuldensumme lag um 2,7 Mrd. DM (– 17 %) unter der Rekordverschuldung von 1993. In Hinblick auf die Themenstellung „Auf dem Weg aus der Schuldenfalle“ lassen die globalen Zahlen Positives erwarten. Doch wo sind bestimmende Momente für den aktuellen Rückgang der kommunalen Verschuldung auszumachen? Diese Fragestellung umfasst **strukturelle, finanzwirtschaftliche und regionale**

Ansatzpunkte für die Analyse, die — gestützt auf die Daten des Hessischen Planungs- und Analysesystems (HEPAS-Fachdatei HSL) — für die Jahre 1992 bis 1999 durchgeführt werden kann⁶⁾.

Unter strukturellen Gesichtspunkten sind insbesondere die Abhängigkeiten der Verschuldung einer Gemeinde von ihrer Größe, ihren (funktionalen) Aufgaben und von ihren wirtschaftlichen Besonderheiten (Gewerbeausstattung, Standort von Hochschulen, Militäreinrichtungen etc.) von vordergründigem Interesse. Während die kommunalen Funktionen auf Grund der Regelungen der Gemeindeverfassung unmittelbar an die Gemeindegröße anknüpfen (§§ 4a und 146a HGO — Sonderstatusstädte, kreisfreie Städte), wirken sich die wirtschaftsstrukturellen Besonderheiten unmittelbar auf die gemeindlichen (Gewerbesteuer-)Einnahmen aus. Die finanzwirtschaftlichen Größen können somit auch als Indikatoren der Wirtschaftsstruktur angesehen werden, sodass für die ökonomischen Strukturunterschiede hier auf eine gesonderte Betrachtung verzichtet werden kann. Hinsichtlich der strukturellen Aspekte kann daher die Untersuchung auf den Zusammenhang zwischen Verschuldung und Größe der Gemeinden beschränkt werden.

Bei den finanzwirtschaftlichen Gesichtspunkten stehen auf Grund der haushaltsrechtlichen Rahmenbedingungen die Einnahmen der Gemeinden und ihre investiven Ausgaben mit Blick auf die gemeindliche Kreditpolitik im Vordergrund des Interesses.

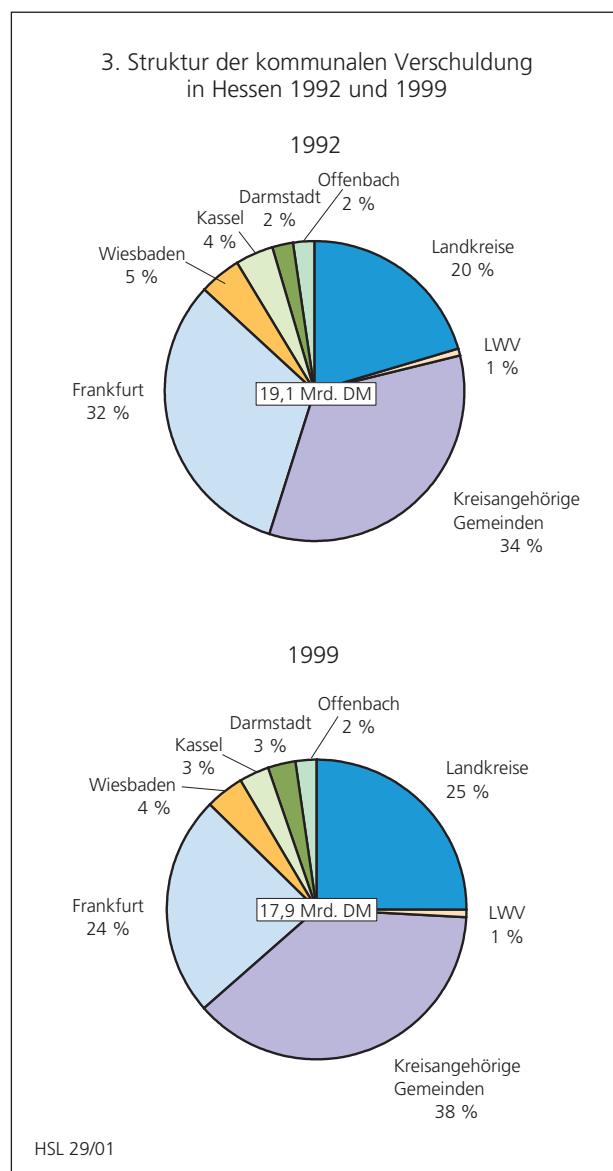
Eine Analyse der Auswirkungen der regionalen Lage — Zentralität, Konglomeration, Topographie, Verkehrsinfrastruktur — auf die gemeindliche Verschuldung soll hier nicht geleistet werden. Zwei kartografische Darstellungen — der Pro-Kopf-Verschuldung der hessischen Gemeinden (Karte 1) und ihrer Veränderungen 1999 gegenüber 1992 (Karte 2) — vermitteln aber einen Eindruck von der regionalen Verteilung der gemeindlichen Verschuldung, die Ansatzpunkte für weitergehende Überlegungen bieten kann.

Gemeindegröße und Verschuldung

Die großen, kreisfreien Städte Hessens wiesen zum Ende des Jahres 1999 für ihre Kernhaushalte einen Schuldenstand von zusammen 6,6 Mrd. DM auf. Seit 1993, als ihre zusammengefassten Verbindlichkeiten noch 9,4 Mrd. DM ausmachten, entschuldeten sich die kreisfreien Städte damit in ihren Haushalten um nahezu 3 Mrd. DM. Mit Ausnahme der Stadt Darmstadt haben alle kreisfreien Städte zu diesem Ergebnis positiv beigetragen, wobei allein Frankfurt am Main seine etatmäßigen Schulden um 2,4 Mrd. DM auf 4,3 Mrd. DM reduzierte. Bereits hier wird deutlich, welche Bedeutung der Entwicklung in der Stadt Frankfurt am Main in Hinblick auf

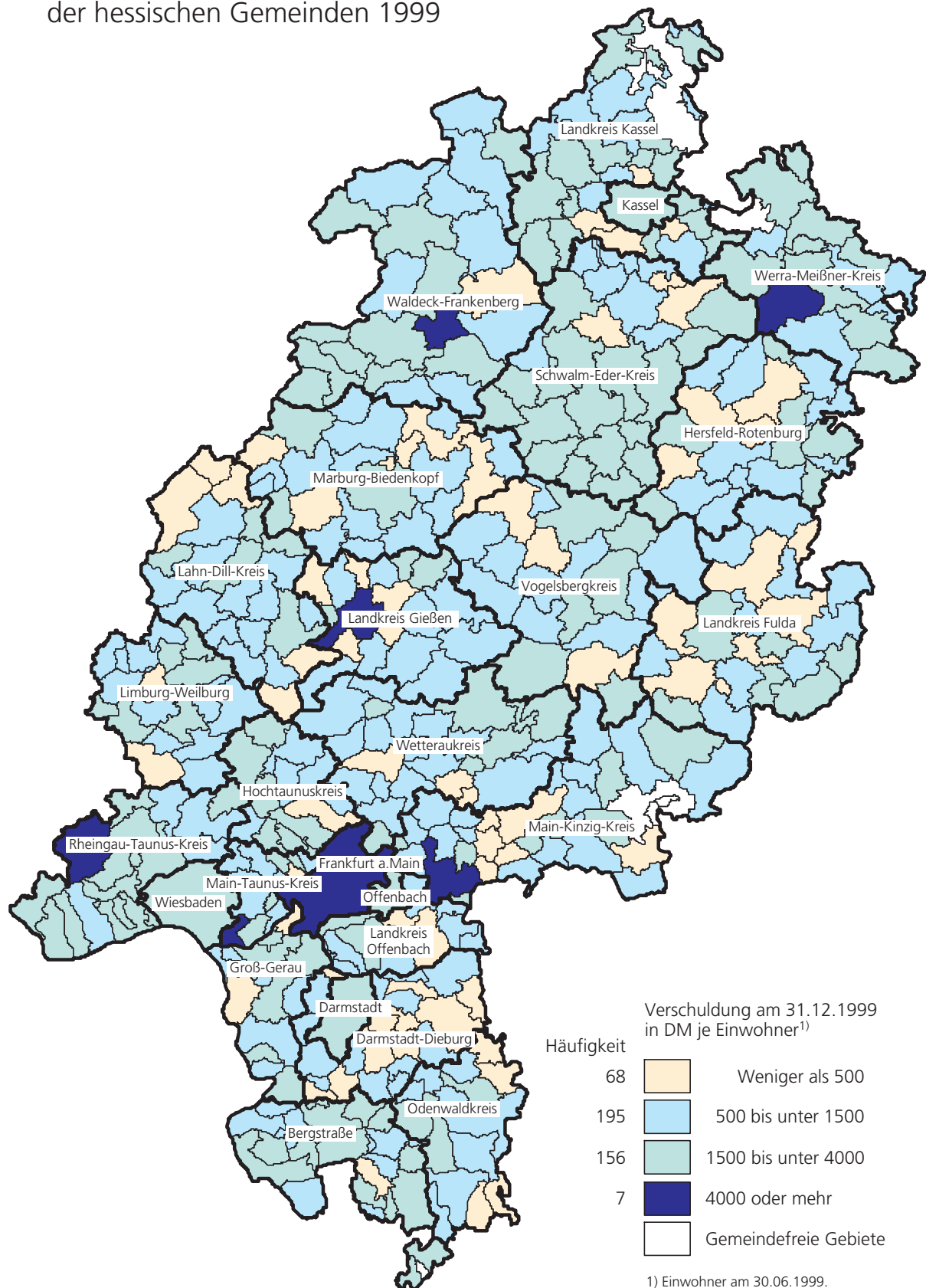
die Gesamtaggregate der Verschuldung der Gemeinden und der Kommunalebene in Hessen zukommt. Im Spitzenjahr 1993 nahm die hessische Metropole einen Anteil von 42 % an der Verschuldung der Gemeinden und von einem Drittel an der kommunalen Verschuldung insgesamt ein. Ende 1999 tragen die Frankfurter Verbindlichkeiten noch zu einem Drittel zum Gesamtschuldenstand der hessischen Gemeinden und zu einem Viertel zum Gesamtschuldenstand auf der Kommunalebene bei (Schaubild 3).

Den fünf kreisfreien Städten zusammen waren 1992 mit ihren Schulden in Höhe von 9,4 Mrd. DM 59 % der gemeindlichen und 46 % der kommunalen Schulden anzulasten, 1999 — bei mit 6,6 Mrd. DM 2,8 Mrd. DM weniger Schulden (– 30 %) — nur knapp die Hälfte der gemeindlichen und 37 % der kommunalen Schulden. Ist nun der Rückgang der gemeindlichen Verschuldung — wie dies der erste Augenschein nahe legt — gänzlich auf die Veränderungen bei den größten hessischen, den kreisfreien Städten zurückzuführen?

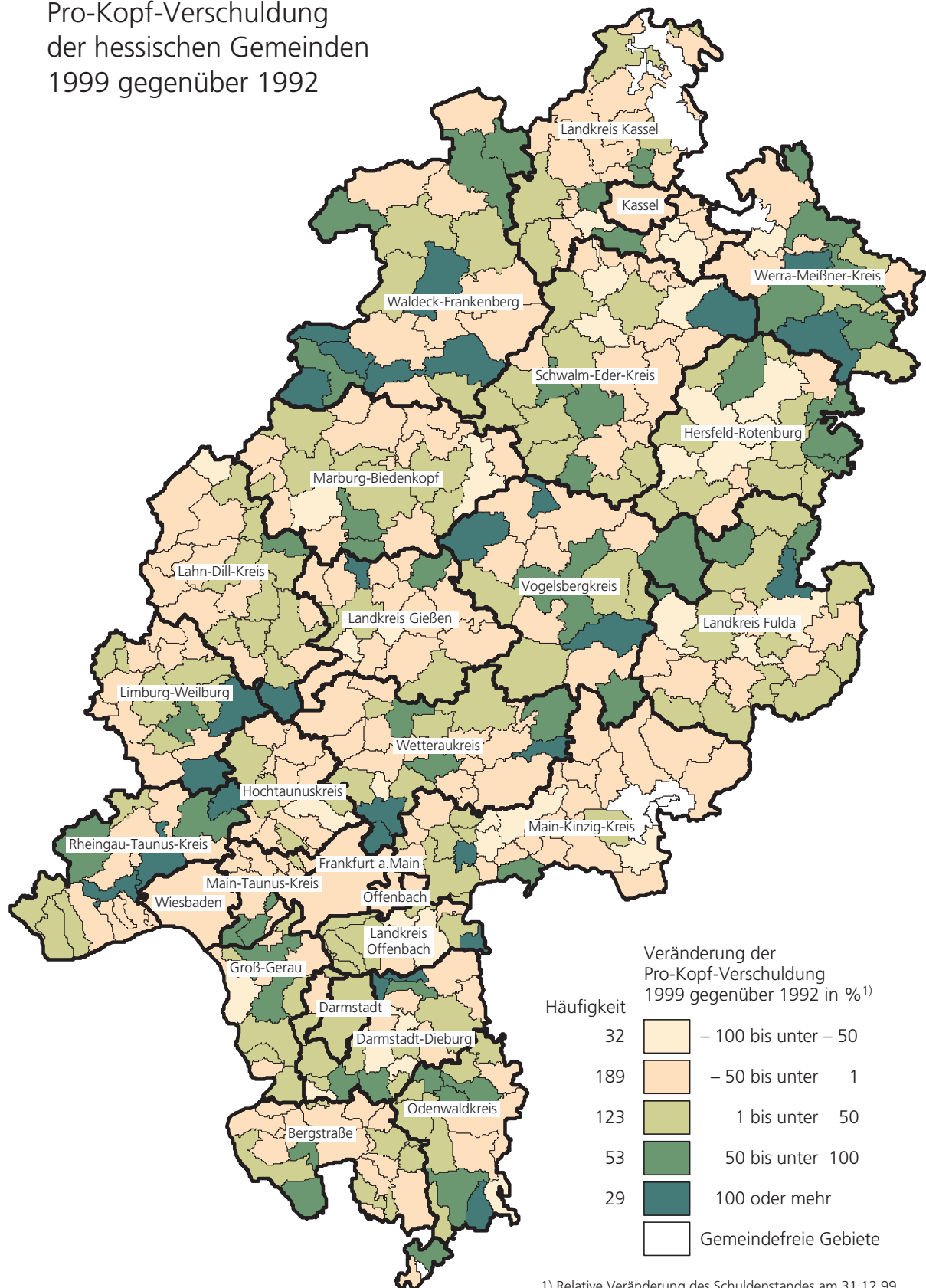


6) Daten der Vierteljährlichen Gemeindefinanzstatistik (Kassenergebnisse) sind ab dem Jahr 1992 umfassend, mit vollständiger Gruppierung in der HEPAS-Fachdatei HSL abgebildet.

1. Pro-Kopf-Verschuldung der hessischen Gemeinden 1999

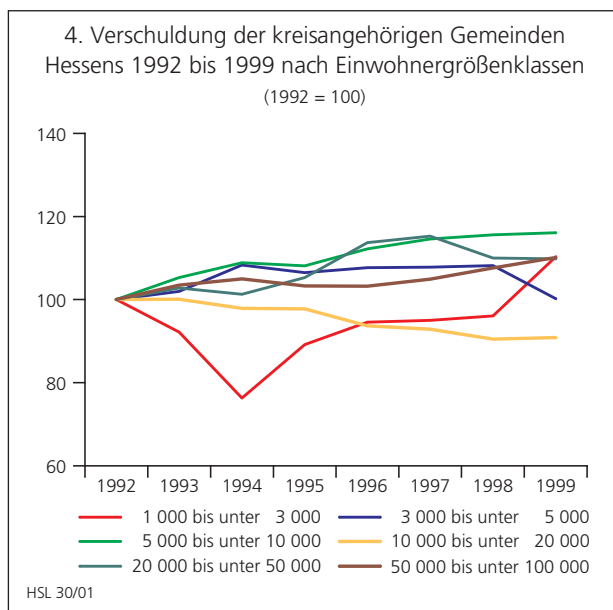


2. Veränderung der Pro-Kopf-Verschuldung der hessischen Gemeinden 1999 gegenüber 1992



1) Relative Veränderung des Schuldenstandes am 31.12.99 je Einwohner am 30.06.99 gegenüber dem Schuldenstand am 31.12.92 je Einwohner am 30.06.92.

Tatsächlich hat sich der Schuldenstand der kreisangehörigen Gemeinden Hessens im Beobachtungszeitraum noch erhöht. Er stieg gegenüber dem Ausgangsjahr 1992 um rund 300 Mill. DM oder 4,4 % auf 6,8 Mrd. DM zum Ende des Jahres 1999 an. Selbst gegenüber dem Rekordjahr der gemeindlichen Verschuldung, also gegenüber 1993, sind die Schulden der kreisangehörigen Gemeinden bis Ende 1999 noch um rund 150 Mill. DM (+ 2,2 %) angewachsen, sodass am Ende des Untersuchungszeitraums ihre Schuldensumme erstmals wieder größer war als die der kreisfreien Städte.



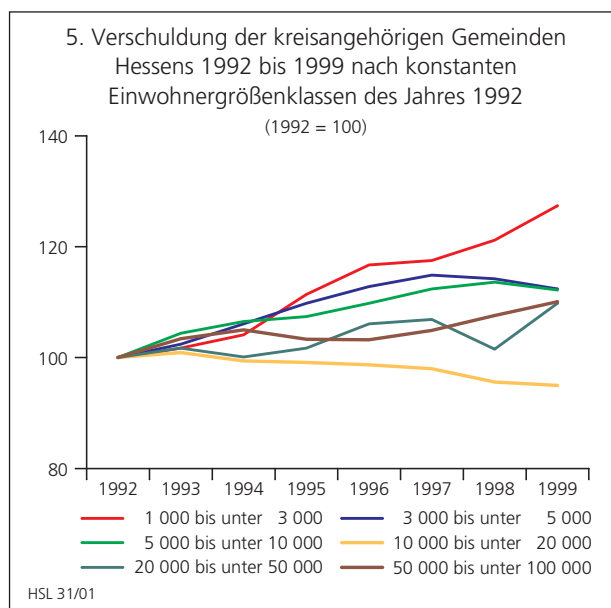
Die Menge der kreisangehörigen Gemeinden erweist sich in Hinblick auf die Zunahme der Verschuldung allerdings keineswegs als homogen (Schaubild 4). [Zu diesem Schaubild ist der Vollständigkeit wegen anzumerken, dass Hessens einzige Gemeinde mit weniger als 1000 Einwohnern — die Gemeinde Hesseneck im Odenwaldkreis — ihre Schulden von 1992 bis 1999 um 269 000 DM auf 4000 DM reduziert hat.] Das Schaubild darf jedoch nicht vorschnell interpretiert werden, denn in dem hier gewählten Beobachtungszeitraum sind Veränderungen in der Größenstruktur der Gemeinden eingetreten, die bei ihrer Deutung natürlich zu berücksichtigen sind. Unverändert blieben nämlich in ihrer Besetzung nur die unterste Größenklasse (weniger als 1000 Einwohner) und die obersten Größenklassen der Gemeinden ab 50 000 Einwohner.

Die Wirtschaftstheorie bietet, um die Analyse von störenden Einflüssen und Faktoren — wie beispielsweise der durch Veränderungen in den Besetzungszahlen der Größenklassen hervorgerufene Strukturbrüche — freizuhalten, die Einführung einer Annahme *ceteris paribus*⁷⁾ an, d. h. einer Fixierung der Bedingungen der gegebenen Untersuchungssituation. Wir treffen die *ceteris-paribus*-Annahme, dass sich die Einwohnerzahlen und damit die Einwoh-

nergrößenklassen der Gemeinden von Beginn bis zum Ende des Untersuchungszeitraums nicht geändert haben. Eine Annahme die, angesichts eines festen Bestands an Gemeinden und nur leichter Änderungen der Einwohnerzahlen, durchaus vertretbar ist und methodisch keine neuen Probleme aufwirft.

Bei konstanter Zuordnung der Gemeinden zu den Einwohnergrößenklassen des Jahres 1992 für alle Jahre des Beobachtungszeitraums ergibt sich nunmehr folgendes Bild der Entwicklung der Verschuldung der kreisangehörigen Gemeinden (Schaubild 5): Im Größenbereich zwischen 10 000 und 20 000 Einwohnern konnte die Summe der Verbindlichkeiten reduziert werden, im Bereich der Gemeinden mit 20 000 bis unter 50 000 Einwohnern wurde das Verschuldungsniveau weitgehend gehalten, wohingegen in den Größenklassen von 1000 bis unter 10 000 Einwohnern und 50 000 bis unter 100 000 die Verschuldung erheblich zunahm. Auch bei Ausschluss der Änderungen in der Größenklassenstruktur nach Einwohnern lassen sich somit keine allgemeinen Aussagen über die Verschuldung der kreisangehörigen Gemeinden treffen.

Doch auch innerhalb der einzelnen Größenklassen waren die Entwicklungen keineswegs einheitlich. So standen, wie Tabelle 1 (nach konstanten Einwohnergrößenklassen) entnommen werden kann, Ende 1999 lediglich bei 66 (58 %) der 114 Gemeinden der Größenklasse mit 10 000 bis unter 20 000 Einwohnern niedrigere Schuldenstände als Ende 1992 zu Buche. Interessanterweise sind die Anteile der kreisangehörigen Gemeinden, die ihre Schuldenstände reduzierten, in Richtung der Ränder der Größenklassengliederung abnehmend. So haben in den Größenklassen von 5000 bis unter 10 000 Einwohnern bzw. von 20 000 bis unter 50 000 Einwohnern immerhin noch 44 bzw. 46 % der Gemeinden ihre Schulden reduziert, wohingegen bei den Gemeinden



7) *Ceteris paribus* [lat.]: unter (sonst) gleichen Umständen/Bedingungen.

1. Verschuldung der hessischen Gemeinden und ihre Veränderungen 1992 und 1999¹⁾ nach Einwohnergrößenklassen

Einwohner- größenklasse	Gemein- den	Gemeinden 1999 mit Schulden- zu- bzw. -abnahme gegenüber 1992		Schuldenstand jeweils am 31.12. (in 1000 DM)		Veränderung des Schuldenstands 1999 gegenüber 1992		Maximale Veränderung im Schuldenstand von Gemeinden 1999 gegenüber 1992 in %	
		1992	Zunahme	Abnahme	1992	1999	1000 DM	%	Zunahme
unter 1 000	1	—	1	273	4	– 269	– 98,5	—	– 98,5
1 000 bis unter 3 000	32	23	9	93 764	119 460	25 696	27,4	397,1	– 38,4
3 000 bis unter 5 000	84	51	33	429 497	482 924	53 427	12,4	627,1	– 100
5 000 bis unter 10 000	144	80	64	1 215 324	1 363 827	148 503	12,2	619,7	– 100
10 000 bis unter 20 000	114	48	66	1 981 827	1 882 611	– 99 216	– 5,0	196,2	– 100
20 000 bis unter 50 000	39	21	18	1 493 119	1 537 075	43 956	2,9	369,0	– 79,8
50 000 bis unter 100 000	7	6	1	1 286 982	1 416 602	129 620	10,1	63,0	– 69,5
100 000 bis unter 200 000	3	1	2	1 671 194	1 530 333	– 140 861	– 8,4	25,2	– 26,9
200 000 oder mehr	2	—	2	7 034 113	5 043 501	– 1 990 612	– 28,3	—	– 30,4
Insgesamt	426	230	196	15 206 093	13 376 337	– 1 829 756	– 12,0	—	—

1) Unter Zugrundelegung der Größenklassenstruktur des Jahres 1992.

mit 50 000 bis unter 100 000 Einwohnern nur eine der sieben Gemeinden (14 %), bei den Gemeinden mit 1000 bis unter 3000 Einwohnern 9 von 32 Gemeinden (28 %) Ende 1999 niedrigere Schulden als am Ende des Jahres 1992 ausweisen.

Die Betrachtung der extremen Veränderungen in den Größenklassen zeigt darüber hinaus sehr hohe relative Zuwächse und Abnahmen bei den Gemeinden mit 3000 bis unter 10000 Einwohnern. Hier haben sich Gemeinden einerseits völlig entschuldet, andererseits weisen hier Gemeinden am aktuellen Rand des Betrachtungszeitraums bis zum Siebenfachen des Schuldenstandes des Jahres 1992 auf.

Obwohl auf Grund der Aufgabenstellung der Gemeinden und der formalen Investitionsgebundenheit der Kreditaufnahme ein Zusammenhang zwischen der Einwohnerzahl einer Gemeinde und der Höhe ihrer Verschuldung anzunehmen ist⁸⁾, erweist sich der Ansatz, die Gemeinden in der Gruppierung nach Einwohnergrößenklassen zu betrachten, als wenig ergiebig. Zum einen ist es der Mangel an Homogenität in den Entwicklungen der Verschuldung der Gemeinden innerhalb der Größenklassen, zum anderen sind es die kräftigen relativen Veränderungen in den Schuldenaggregaten der Einwohnergrößenklassen, die die Darstellung nach Einwohnergrößenklassen in Hinblick auf ihre Aussagekraft nicht günstig erscheinen lassen.

Verschuldung je Einwohner

Dem inneren Zusammenhang zwischen Einwohnerzahl und absoluter Höhe der Verschuldung einer Gemeinde wird für vergleichende Untersuchungen gerne durch die Relativierung der Verschuldungsgrößen über die Einwohnerzahlen,

2. Pro-Kopf-Verschuldung der hessischen Gemeinden 1992 und 1999¹⁾ nach Einwohnergrößenklassen

Einwohner- größenklasse	Gemeinden	1992				1999 ¹⁾			
		Minimum	Maximum	Mittelwert	s ²⁾	Minimum	Maximum	Mittelwert	s ²⁾
	1992	DM							
unter 1 000	1	347	347	347	0	5	5	5	0
1 000 bis unter 3 000	32	93	4 034	1 234	841	185	3 811	1 550	699
3 000 bis unter 5 000	84	176	5 027	1 313	850	0	4 286	1 442	908
5 000 bis unter 10 000	144	85	3 525	1 232	728	0	6 147	1 331	950
10 000 bis unter 20 000	114	57	3 383	1 285	719	0	4 344	1 168	773
20 000 bis unter 50 000	39	316	2 719	1 324	639	114	2 871	1 343	606
50 000 bis unter 100 000	7	1 026	5 931	2 538	1 541	385	6 016	2 767	1 719
100 000 bis unter 200 000	3	3 059	4 003	3 635	413	2 943	3 916	3 468	401
200 000 und mehr	2	3 277	9 327	6 302	3 025	2 799	6 658	4 729	1 930
Insgesamt	165	57	9 327	1 331	904	0	6 658	1 378	957

1) Unter Zugrundelegung der Einwohnergrößenklassenzuordnung des Jahres 1992. — 2) s (Standardabweichung): durchschnittliche Abweichung der Pro-Kopf-Verschuldung von dem jeweiligen Mittelwert.

d. h. die Berechnung der Pro-Kopf-Verschuldung der Gemeinden, Rechnung getragen. Lassen sich für die hessischen Gemeinden bei Betrachtung dieser Kennziffer eher zusammenfassende Aussagen treffen?

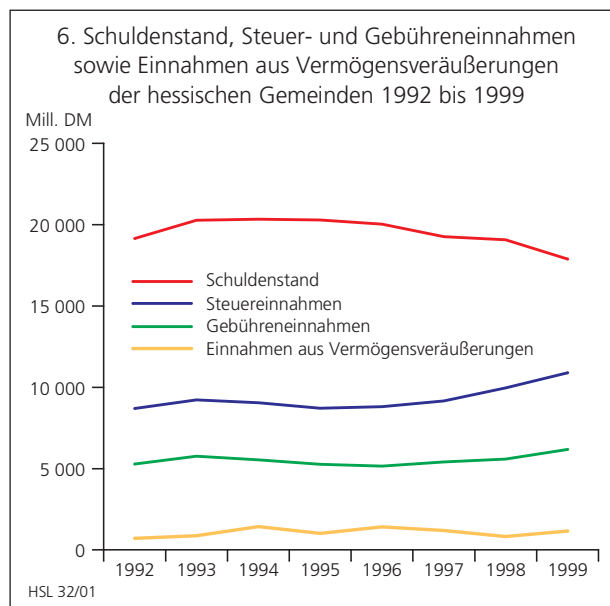
Wie Tabelle 2 zeigt, war die durchschnittliche Pro-Kopf-Verschuldung der hessischen Gemeinden mit 1378 DM im Jahr 1999 um fast 50 DM je Einwohner höher als im Jahr 1992 und die gesamte Spannweite in der Verschuldung je Einwohner der hessischen Gemeinden ist in den Jahren zwischen 1992 und 1999 — wesentlich durch den starken Schuldenabbau bei der Stadt Frankfurt am Main — deutlich kleiner geworden. Unter den kreisangehörigen Gemeinden weisen die sieben Sonderstatusstädte die geringste Homogenität bzw. die höchste Standardabweichung hinsichtlich ihrer Pro-Kopf-Verschuldung aus, und auch bei den Gemeinden zwischen 3000 und 20 000 Einwohnern hat die Heterogenität in den betrachteten Jahren noch zugenommen. Für die Pro-Kopf-Verschuldung der Gemeinden insgesamt als auch nach Einwohnergrößenklassen gibt es keine Durchschnitts- oder Sockelwerte, denen repräsentativer Wert beizumessen wäre.

Auch dieser Befund macht deutlich, dass sich pauschalisierende Aussagen zur Entwicklung der gemeindlichen Verschuldung nach Einwohnergrößenklassen nicht treffen lassen. Die einzelwirtschaftliche Bestimmtheit der kommunalen Investitionen und ihrer Finanzierung über Kredite legt dieses Ergebnis auch nahe.

Da jedoch für die Schuldenaggregate der kreisfreien Städte und der kreisangehörigen Gemeinden signifikante Entwicklungsunterschiede bestehen, werden in der weiteren Untersuchung zumindest auch noch diese beiden Gebietskörperschaftsgruppen getrennt betrachtet. Wegen ihrer besonderen Quantitäten wird dabei punktuell auch der Einfluss der Stadt Frankfurt am Main eliminiert.

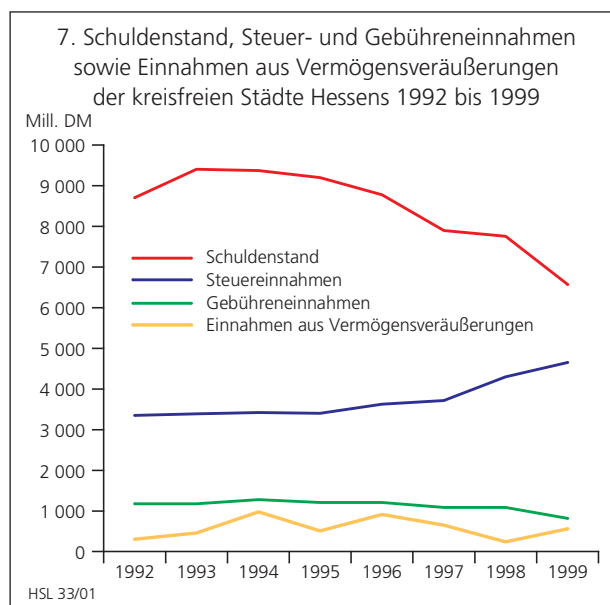
Einnahmen und Verschuldung

Welchen Einfluss hatte im Untersuchungszeitraum die Entwicklung der Einnahmen der Gemeinden auf ihre Verschuldungspolitik? Da die Gemeinden Kredite nur für investive Zwecke aufnehmen dürfen, werden hier nur die Einnahmen der Gemeinden in die Untersuchung einbezogen, für die eine unmittelbar determinierende Wirkung auf die gemeindliche Schuldenpolitik angenommen werden kann. Dies sind zum einen die **Steuereinnahmen**, zum anderen die **Gebühreneinnahmen** (Gruppierungsnummer (Gr.-Nr.) 10 und 11). Für Einnahmen aus den Veräußerungen von Beteiligungen (Gr.-Nr. 33) und von Sachen des Anlagevermögens (Gr.-Nr. 34) ist sicherlich auch ein engerer Zusammenhang mit der Bewegung der kommunalen Schulden anzunehmen. Schaubild 6 zeigt hierzu den statistischen Befund, demzufolge von der Entwicklung der gemeindlichen Steuereinnahmen der größte Einfluss auf die Bewegung der Schuldenstände ausging. Im Gegenzug zu den seit

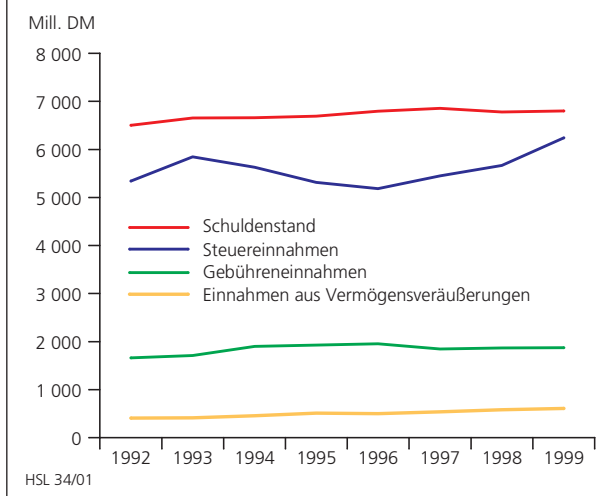


Mitte der Neunzigerjahre steigenden Steuereinnahmen sind die Schulden der Gemeinden zurückgegangen. Beide Zeitreihen sind recht stark negativ korreliert ($r = -0,79$). Der Erklärungswert der Gebühreneinnahmen bleibt dahinter zurück ($r = -0,59$). Den Einnahmen aus den Veräußerungen von Vermögenswerten kommt für die Erklärung der Entwicklung des gemeindlichen Schuldenaggregats keine Signifikanz zu ($r = 0,21$).

Für die Entschuldung der kreisfreien Städte ist die positive Entwicklung der Steuereinnahmen zum Ende des Untersuchungszeitraums herausragendes Erklärungsmoment (Schaubild 7): Schuldenstand und Steuereinnahmen der kreisfreien Städte sind hoch negativ korreliert ($r = -0,93$). Mit jeder mehringenommenen Steuermillion wurden im statistischen Durchschnitt rechnerisch nahezu eine halbe Million DM an Schulden abgebaut. Ohne Berücksichtigung der Finanzdaten der Stadt Frankfurt am Main sinkt dieser



8. Schuldenstand, Steuer- und Gebühreneinnahmen sowie Einnahmen aus Vermögensveräußerungen der kreisangehörigen Gemeinden Hessens 1992 bis 1999



Wert für die kreisfreien Städte allerdings stark ab. Wird die Metropole aus den Aggregaten der kreisfreien Städte eliminiert, so zeigt sich, dass die vier übrigen kreisfreien Städte von jeder mehringenommenen Steuermillion durchschnittlich nur etwa ein Fünftel zur Reduzierung der Verschuldung eingesetzt haben. Deutlich wird bei Eliminierung der Frankfurter Größen auch, dass der Verwertung von Vermögenswerten zum Schuldenabbau nur dort größere Bedeutung zukam und dass es zwischen 1995 und 1997 zu einer Rückführung der Verschuldung der kreisfreien Städte gekommen ist, die sich nicht aus den betrachteten Einnahmen speisen konnte. Dieser „Bruch“ in der Entwicklungslinie des Schuldenaggregats der kreisfreien Städte ist auf **Ausgliederungen aus den Haushalten** der Städte Kassel und Wiesbaden in Eigenbetriebe in dreistelliger Millionenhöhe zurückzuführen. Hier wird augenfällig, dass die „Budgetflucht“ die einfache Interpretation finanzstatistischer Daten im klassischen Indikatorenkontext nicht nur erschwert, sondern sogar verhindert⁹⁾.

Für den 1999 gegenüber 1992 erhöhten, kumulierten Schuldenstand der kreisangehörigen Gemeinden zeichnet sich bei Betrachtung des Verlaufs ihrer Steuereinnahmen eine Erklärung ab (Schaubild 8). Die Steuereinnahmen der kreisangehörigen Gemeinden waren von 1994 bis 1996 rückläufig, haben dann bis 1999 zwar auch zugenommen, aber erst 1998 das 1992 erreichte Niveau wieder überschritten. So zeigen die Gesamtschulden der kreisangehörigen Gemeinden für die Jahre 1998 und 1999 bereits einen leicht rückläufigen Verlauf. Die Veräußerungen von Vermögenswerten führten auch bei den kreisangehörigen Gemeinden nicht zu

9) Noch weitgehend ohne Resonanz der Öffentlichkeit findet in den Zirkeln der Finanzstatistik eine intensive Diskussion darüber statt, wie die notwendigen Informationen für ein vollständiges Abbild der öffentlichen Finanzen bereitgestellt werden können. Die Vorschläge reichen dabei von der Einführung ergänzender Metadaten bis zu einer Darstellung der Gesamthaushalte („Konzern Stadt“), der sich allerdings derzeit noch an den unterschiedlichen Rechnungssystemen (Kameralistik, Doppik) der Kernhaushalte und ihrer Parafisci reibt.

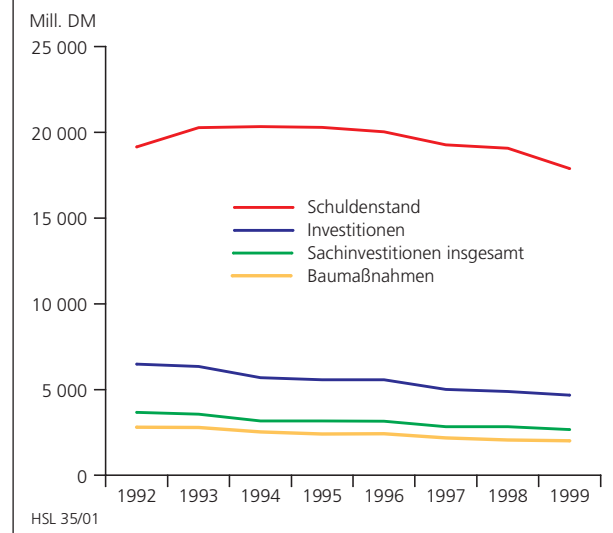
einer Reduzierung ihres schuldenstatistischen Aggregats, sie haben aber auf Grund ihrer Quantität sicherlich seiner stärkeren Erhöhung entgegenwirkt.

Ausgaben und Verschuldung

Die Kommunen können, wie bereits mehrfach erwähnt, durch die Beschränkungen des Haushaltsrechts nur ihre investiven Ausgaben über Kredite finanzieren. Somit stehen allein die Ausgaben der Gemeinden für Vermögenserwerb (Erwerb von Beteiligungen und Kapitaleinlagen, Erwerb von Grundstücken und Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens) und ihre Ausgaben für Baumaßnahmen im Blickpunkt des Interesses dieser Betrachtung.

Die Investitionen der hessischen Gemeinden sind zwischen 1992 und 1998 von 6,5 Mrd. DM auf 4,7 Mrd. DM zurückgegangen (Schaubild 9). Ausgaben für Sachinvestitionen und Baumaßnahmen haben sich in ihren Aggregaten bei abnehmenden Trend weitgehend parallel und kontinuierlich entwickelt. Schuldenstand und Investitionen der Gemeinden zeigen dabei in ihrer Entwicklung den von der formalen, haushaltsrechtlichen Grundlegung her zu erwartenden Verlauf: Die Verschuldung folgt den investiven Ausgaben mit gewissen time-lags. Für die kreisfreien Städte stellt sich, bei einem Rückgang der investiven Ausgaben von 1,8 Mrd. DM im Jahr 1992 auf 1,0 Mrd. DM im Jahr 1999, dieser Zusammenhang im Beobachtungszeitraum noch ausgeprägter dar. Bei den kreisangehörigen Gemeinden jedoch führte das hier ebenfalls rückläufige Investitionsvolumen — von 4,7 Mrd. DM im Jahr 1992 auf 3,6 Mrd. DM im Jahr 1998 — noch zu keiner sichtbaren Entlastung in der Beanspruchung des Kreditmarkts. — Deutlicher wird dies bei Betrachtung der Nettokreditaufnahmen bzw. -tilgungen der Gebietskörperschaften (Tabelle 3). Während die kreisfreien Städte, wiederum unter dem Einfluss der dominierenden Entwicklung bei der

9. Schuldenstand und investive Ausgaben der hessischen Gemeinden 1992 bis 1999



3. Nettokreditaufnahme bzw. Nettokredittilgung (–) der hessischen Gemeinden 1992 bis 1999 (Beträge in Mill. DM)

Gebietskörperschaften	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
Kreisangehörige Gemeinden	99,1	193,4	76,7	104,3	149,9	145,2	47,7	131,2
Kreisfreie Städte	1 007,9	724,4	– 43,8	– 162,1	– 137,5	– 602,2	– 165,1	– 439,2
davon								
Darmstadt	10,5	27,7	19,4	9,3	– 2,8	– 2,4	16,9	24,9
Frankfurt am Main	840,3	539,6	– 230,6	– 192,6	– 133,8	– 505,7	– 157,7	– 412,8
Offenbach am Main	24,4	– 21,6	4,0	– 2,6	8,3	– 27,1	– 1,8	– 6,8
Wiesbaden	89,2	106,0	147,1	2,9	– 35,3	– 43,7	7,9	1,5
Kassel	43,5	72,7	16,2	20,9	26,1	– 23,3	– 30,4	– 46,0
Gemeinden insgesamt	1 107,0	917,8	32,8	– 57,8	12,4	– 457,0	– 117,4	– 307,9

Stadt Frankfurt am Main, ab dem Jahr 1994 mehr Kredite tilgen konnten als sie aufnehmen mussten, weist der aggregierte Saldo aus Kreditaufnahmen und -tilgungen für die kreisangehörigen Gemeinden über den gesamten Betrachtungszeitraum positive Werte aus.

Ein Zwischenresümee des bisherigen Gangs der Untersuchung kann dahingehend gezogen werden, dass bei den kreisangehörigen Gemeinden aktuell die kreditpolitische Lage eher bedenklich erscheint, als bei den kreisfreien Städten. Die günstige Steuer- und Einnahmeentwicklung der letzten Jahre des Betrachtungszeitraums und die, durchgängig in den rückläufigen Investitionsausgaben zum Ausdruck kommenden, Konsolidierungsbemühungen haben bislang offenbar nur bei den kreisfreien Städten zu einer Trendwende in der Verschuldung führen können. Sitzen die kreisangehörigen Gemeinden aber in einer Schuldenfalle oder sind sie auf einem Wege dorthin?

Die Schuldenfalle

Eine Falle ist eine ausweglose Situation, aus der es ohne externe Hilfe für den in die Falle Geratenen kein Entrinnen gibt. Während die Metapher der „Falle“ auf die Verschuldungssituation eines Privathaushalts oder eines privaten Unternehmens bezogen verständlich wirkt, fordert ihre Anwendung auf die öffentlichen Haushalte eine etwas größere Vorstellungskraft. Angesichts der teilweise besorgniserregenden Zunahmen der Verschuldung der öffentlichen Haushalte erschien die Verwendung der Metapher in der öffentlichen Diskussion gleichwohl nachvollziehbar. Insbesondere für die staatlichen Haushalte: Ein vehementer Kritiker der finanzpolitischen Entwicklung der letzten Jahre¹⁰⁾ schreibt beispiels-

weise, die staatliche Kreditfinanzierung diene nur noch der Finanzierung des von ihr selbst verursachten wachsenden Schuldendienstes (Zins- und Tilgungsausgaben). „Die Staatsverschuldung nährt sich selbst und ist damit zum sinnlosen und gefährlichen Selbstzweck entartet.“¹¹⁾ Demgegenüber würde eine kommunale Gebietskörperschaft, auf Grund der Gebundenheit ihrer Kreditaufnahme an investive Maßnahmen, in eine „Schuldenfalle“ geraten, wenn ihre finanziellen Belastungen aus den aufgelaufenen Verbindlichkeiten keinen Spielraum mehr für weitere, notwendige Investitionen ließen.

So kann auch bei den Gemeinden, die in den letzten Jahren ihre Verschuldung deutlich zurückgeführt haben, nicht ohne weiteres davon ausgegangen werden, dass sie sich auf einem Weg befinden, der sie von jeder „Schuldenfalle“ fernhält. Um beurteilen zu können, ob eine „Fallensituation“ droht oder eventuell bereits vorliegt, ist neben der Höhe der Schuldenstände also die Belastungssituation in die Betrachtung einzubeziehen.

Indikatoren: Zu den investiven Spielräumen . . .

Während auf der staatlichen Ebene, hier insbesondere für den Bereich der Hochschulen, in gewisser Weise eine Renaissance finanzstatistischer Indikatoren auszumachen ist, stagniert die Diskussion und Entwicklung finanzstatistischer Indikatoren für die Kommunalebene schon geraume Zeit¹²⁾. In die HEPAS-Fachdatei HSL wurden im Zuge des Aufbaus eines vollständigen finanzstatistischen Datenbanksegments die vom Statistischen Bundesamt durch Dr. Hartmut Essig vorgeschlagenen Kennziffern als standardmäßiges Angebot aufgenommen. Zur Untersuchung der Belastungssituation der Gemeinden werden Daten ausgewählter Indikatoren (Übersicht 2) herangezogen.

Zur Beurteilung der den Gemeinden verbliebenen Spielräume für Investitionen werden hier die *Gesamtdeckungsquoten*, die *Freie Spitze*, die *Freie Investitionsspitze* und die *Investitionsquoten* betrachtet.

In allen Jahren des Untersuchungszeitraums waren die — durch die Absetzung der besonderen Finanzierungsvor-

10) Meyer, Dieter; Die Schuldenfalle — eine Untersuchung der Staatsverschuldung ab 1965 bis 2025; Schriftenreihe des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes; Bd. 58; Hannover 2000.

11) Meyer, Dieter; zitiert aus www.staatsverschuldung-online.de.

12) So haben aktuell die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, gestützt auf das Interesse der Hochschulrektorenkonferenz, des Wissenschaftsrates und des Ausschusses für die Hochschulstatistik, die neue Publikation „Hochschulstatistische Kennzahlen – Teil A: Monetäre Kennzahlen“ (CD-ROM, Einzelpreis: 49,-DM), nach recht intensiven inhaltlichen Diskussionen der Fachgremien, herausgegeben. In der Entwicklung und Publikation kommunaler, finanzstatistischer Kennziffern ist seit der Veröffentlichung von Dr. Hartmut Essig „Zur Abgrenzung und Aussagefähigkeit finanzstatistischer Kennzahlen“, in: Staat und Wirtschaft, Hrsg.: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 1984, Heft 9, S. 798 ff., dagegen kein Fortschritt mehr festzustellen.

Übersicht 2

Finanzstatistische Indikatoren zu investiven Spielräumen und zur schuldenmäßigen Belastung der Gemeinden

Indikator	Berechnungsgrößen
(Gesamt-)Deckungsquote	Einnahmen / Ausgaben Einnahmen: s. Fußnote 1) Ausgaben: s. Fußnote 2)
Freie Spitze	Nettozuführung zum Vermögenshaushalt Darstellung nach der Gruppierung: (30 – 90) – (970, 971 bis 974, 977, 979, 990)
Freie Investitionsspitze	Freie Spitze abzgl. Zuführungen an die Rücklagen, Kredittilgungen (ohne Umschuldungen), Kreditbeschaffungskosten Darstellung nach der Gruppierung: (30 – 90) – (91, 970 bis 979, 990)
Investitionsquote	Investive Ausgaben / Ausgaben Darstellung nach der Gruppierung: (92, 930, 932, 935, 94, 98) : Ausgaben lt. Fußnote 2)
Zins(ausgaben)quote	Zinsausgaben / Ausgaben mit Zinsausgaben = Gr.-Nr. 800 bis 808 Ausgaben: s. Fußnote 2)
Zinslastquote	Zinsausgaben / Einnahmen mit Zinsausgaben = Gr.-Nr. 800 bis 808 Einnahmen: s. Fußnote 1)
Zins-Steuer-Quote	Zinsausgaben / Steuereinnahmen mit Zinsausgaben = Gr.-Nr. 800 bis 808 Steuereinnahmen = Summe (00, 01,02,03) – 810
Schuldendienstlastquote	Zins- und Tilgungsausgaben / Einnahmen Zins- und Tilgungsausgaben (ohne Umschuldungen) = Gr.-Nr. 800 bis 808, 970 bis 978 Einnahmen: s. Fußnote 1)

1) Einnahmen = Einnahmensumme ./. (besondere Finanzierungsvorgänge + haushaltstechnische Verrechnungen); Darstellung nach der Gruppierung: (899+998) – (892, 91, 974 bis 979, 992, 679, 680, 685, 809, 810, 86, 90). — 2) Ausgaben = Ausgabensumme ./. (besondere Finanzierungsvorgänge + haushaltstechnische Verrechnungen); Darstellung nach der Gruppierung: (899+998) – (892, 91, 974 bis 979, 992, 679, 680, 685, 809, 810, 86, 90).

gänge (Kreditaufnahmen und -tilgungen, Rücklagenbewegungen, Deckung der Fehlbeträge der Vorjahre) auf die jeweiligen Jahre bezogenen — Einnahmen der Gemeinden insgesamt stets höher als ihre Ausgaben. Die durchschnittliche **Gesamtdeckungsquote** der hessischen Gemeinden erreichte 1995 mit 100,2 v.H. ihren niedrigsten Wert, d.h. im Jahr 1995 reichten die Einnahmen der Gemeinden gerade noch aus, um ihre Ausgaben zu decken. Am aktuellen Rand des Betrachtungszeitraums dagegen lagen die Einnahmen der hessischen Gemeinden durchschnittlich um 6 % über ihren Ausgaben. Bei den kreisfreien Städten sind schon seit 1996 steigende Überschüsse der Einnahmen über die Ausgaben zu beobachten. 1999 lagen die Einnahmen der fünf kreisfreien Städte durch die kräftiger sprudelnden Steuerquellen um fast 10 % über der Summe ihrer Ausgaben. Auch hier ist das Aggregat allerdings durch die Entwicklung bei der Stadt Frankfurt am Main kein repräsentativer Wert (Tabelle 4). Die Kennziffern zur Einnahmendeckung der Ausgaben lassen aber insgesamt erwarten, dass sich die Belastungssituation der hessischen Gemeinden etwas gebessert haben könnte.

Während die **Freie Spitze** den theoretisch für investive Ausgaben im Vermögenshaushalt zur Verfügung stehenden Betrag ausweist, zeigt die **Freie Investitionsspitze** die Beträge, die, nach Abzug der Zuführungen an die Rücklage und der Ausgaben für Umschuldungen, aus der Freien Spitze, tatsächlich für Investitionen hätten aufgewendet werden können. Weist die Freie Spitze ein negatives Vorzeichen auf, so waren die Nettozuführungen an den Vermögenshaushalt einer Gemeinde geringer als ihre Ausgaben für Kredittilgung und -beschaffung. Bei negativer Freier Investitionsspitze übersteigt also die Summe der Ausgaben der Gemeinde für Kredittilgung, -beschaffung und -umschuldung sowie der Rücklagenzuführungen die Summe der Zuführungen des Verwaltungs- an den Vermögenshaushalt. Während den kreisangehörigen Gemeinden im Durchschnitt der Jahre 1992 bis 1999 noch eine geringe Freie Spitze und damit ein theoretischer Investitionsspielraum verblieben war, zeigt die Freie Investitionsspitze, dass in ihrer Gesamtheit weder die hessischen kreisfreien Städte noch die kreisangehörigen Gemeinden in Höhe der Zuführungen an den Vermögenshaushalt Investitionen tätigen konnten (Tabelle 4). Dabei lässt die

4. Finanzstatistische Kennziffern zu den investiven Spielräumen der Gemeinden in Hessen 1992 und 1999¹⁾

Gebietskörperschaften	Gesamtdeckungsquote			Freie Spitze			Freie Investitionsspitze			Investitionsquote		
	1992	1999	Durchschnitt 1992 bis 1999	1992	1999	Durchschnitt 1992 bis 1999	1992	1999	Durchschnitt 1992 bis 1999	1992	1999	Durchschnitt 1992 bis 1999
	%			1000 DM			%			%		
Kreisangehörige Gemeinden	104,0	106,3	103,1	2 191	1 305	1 392	848	- 275	- 56	28,9	21,5	24,9
Kreisfreie Städte	96,4	109,5	101,2	- 43 135	- 31 962	- 79 398	- 79 816	- 128 933	- 143 421	16,5	9,4	11,6
davon												
Darmstadt	98,9	93,9	100,0	- 4 531	- 16 413	- 12 383	- 26 574	- 20 856	- 27 937	17,5	9,6	12,0
Frankfurt am Main	87,8	127,9	109,7	- 186 123	- 163 858	- 348 528	- 228 889	- 448 183	- 477 315	16,7	8,2	12,0
Offenbach am Main	104,8	109,7	100,4	2 497	15 928	- 10 956	- 44 180	- 27 917	- 43 761	10,0	9,5	10,4
Wiesbaden	96,1	115,9	101,1	- 21 472	9 973	- 11 360	- 85 088	- 75 075	- 114 493	21,3	10,9	13,1
Kassel	94,9	100,3	94,9	- 6 048	- 5 442	- 13 766	- 14 351	- 72 633	- 53 597	17,1	8,9	10,6
Gemeinden insgesamt	103,9	106,3	103,1	1 659	915	444	- 99	- 1 785	- 1 739	28,8	21,4	24,7

1) Definition und Berechnung der Kennziffern: siehe Übersicht 2.

Freie Investitionsspitze auch deutlich werden, dass sich der haushaltsarithmetische Dispositionsrahmen für Investitionen der Gemeinden im Betrachtungszeitraum sogar verringert hat. 1992 hatten lediglich 142 (33 %) der hessischen Gemeinden keine Freie Investitionsspitze und immerhin 169 (40 %) verfügten über eine Freie Investitionsspitze von über 1 Mill. DM. 1999 hatten 204 (48 %) der Gemeinden keine Freie Investitionsspitze mehr und lediglich 85 (20 %) von ihnen konnten haushaltstheoretisch noch frei über mehr als 1 Mill. DM für Investitionen verfügen. Im direkten Vergleich der Randjahre des Untersuchungszeitraums ist für 278 oder fast zwei Drittel der hessischen Gemeinden ein Verlust an Investitionsspielräumen festzustellen, wobei 163 dieser Gemeinden dann auch 1999 eine negative Freie Investitionsspitze aufwiesen. Beim Vergleich des Jahres 1999 mit dem Jahr 1992 — damals hatten erst 46 der 278 „Verlust-Gemeinden“ bereits eine negative Freie Investitionsspitze — zeigt dies aber einen bemerkenswerten Zuwachs an Gemeinden in der „Schuldenfalle“: 117 mehr (oder weitere 27 %) der hessischen Gemeinden haben ihre etatgemäße Investitionsfreiheit eingebüßt.

Eine deutliche Bestätigung findet dieser Befund in der Entwicklung der **Investitionsquote**. Wurden 1992 noch nahezu 30 % der gemeindlichen Ausgaben für investive Zwecke aufgewendet, so waren dies 1999 nunmehr knapp über 20 %. Diese Aussage kann unmodifiziert auch für die kreisangehörigen Gemeinden allein getroffen werden, während bei den kreisfreien Städten die Investitionsquote im Untersuchungszeitraum von rund 17 auf gut 9 % heruntergefahren wurde. Während also die Gesamtdeckung der gemeindlichen Haushalte sich durch steigende Steuereinnahmen in der zweiten Hälfte des Untersuchungszeitraums durchaus besserte, konnten und mussten die Mehreinnahmen offensichtlich zur Erfüllung der Verpflichtungen aus der Verschuldung und dem kommunalen Haushaltsrecht (Rücklagenbildung) verwendet werden.

... und den Belastungen aus der Verschuldung

Die Belastungen aus der Verschuldung resultieren für die Gemeinden aus den notwendigen Aufwendungen für die Kreditfinanzierung, also für Zins, Tilgung und Kreditbeschaf-

5. Finanzstatistische Kennziffern zu den Belastungen aus der Verschuldung der Gemeinden in Hessen 1992 und 1999¹⁾ (Angaben in %)

Gebietskörperschaften	Zinsausgabequote			Zins-Steuer-Quote			Schuldendienstlastquote		
	1992	1999	Durchschnitt 1992 — 1999	1992	1999	Durchschnitt 1992 — 1999	1992	1999	Durchschnitt 1992 — 1999
Kreisangehörige Gemeinden	3,8	2,9	3,3	9,0	7,0	8,4	8,9	7,7	8,5
Kreisfreie Städte	6,0	5,5	6,1	15,1	12,0	15,4	11,2	12,6	12,9
davon									
Darmstadt	3,6	4,1	4,1	10,1	10,5	10,8	6,9	8,4	8,3
Frankfurt am Main	8,6	6,4	8,6	19,8	9,5	18,2	14,4	13,1	14,8
Offenbach am Main	7,8	6,6	7,0	18,1	12,5	16,3	16,4	14,7	15,8
Wiesbaden	4,2	3,2	4,2	9,6	5,9	9,8	7,7	9,8	11,7
Kassel	5,7	7,1	6,6	17,6	21,8	22,0	10,7	16,9	14,2
Gemeinden insgesamt	3,9	2,9	3,4	9,1	7,1	8,5	8,9	7,8	8,5

1) Definition und Berechnung der Kennziffern: siehe Übersicht 2.

fung. Um die „Fallensituation“ zu beschreiben sind daher auch Indikatoren wie die **Zinsausgabenquote**, die **Zins-Steuer-Quote** und die **Schuldendienstlastquote** in die Betrachtung einzubeziehen (Tabelle 5).

Hier zeigt sich, dass — trotz rückläufigen gemeindlichen Kreditvolumens und sinkender Kreditmarktzinsen — zwischen 1992 und 1999 nur eine geringfügige Entlastung bei den Zinsausgaben erfolgt ist. Immer noch müssen die Gemeinden fast 3 v.H. ihrer Ausgaben für Zinszahlungen aufwenden. Für die kreisfreien Städte allein errechnet sich eine Zinsausgabenquote am aktuellen Rand des Untersuchungszeitraums von 5,5 v.H., also nur 0,5 Prozentpunkte weniger als 1992, sodass davon auszugehen ist, dass trotz tendenziell sinkender Investitionen die Gemeinden mit wachsenden Zinsausgaben zu kämpfen haben. Die steigenden Steuereinnahmen haben hier im Gegenzug den Gemeinden allerdings Entlastung gebracht. Auf Grund der Asymmetrie der Steuermehreinnahmen zu Gunsten der kreisfreien Städte fielen dort die Entlastungseffekte kräftiger aus. So mussten die kreisfreien Städte 1999 nur noch 12 gegenüber gut 15 von 100 DM im Jahr 1992 aus Steuern eingenommenen Beträgen für Zinsen aufwenden. Die „neue Stärke“ der Frankfurter Steuereinnahmen wird in der um über 10 Prozentpunkte reduzierten Zins-Steuer-Quote der Metropole augenfällig.

Die Schuldendienstlastquote, als Gesamtbelastungsindikator aus Zins-, Tilgungs- und Kreditbeschaffungskosten verdeutlicht nochmals die schwierige Situation in der die Gemeinden stehen:

Trotz der ausgabenseitigen Konsolidierungsanstrengungen und positiver Einnahmenentwicklung ist es den hessischen Gemeinden in ihrer Mehrheit nicht gelungen, die Schuldendienstlast deutlich zu senken. Die kreisfreien Städte müssen im Gegenteil aktuell rund 13 von 100 DM aus ihren Einnahmen für den Schuldendienst aufbringen, fast 2 DM mehr als 1992.

Auch aus den Zeitreihen dieser Belastungsindikatoren ist ablesbar, dass sich die Gemeinden, ohne systematische, fundierte „Hilfe von außen“, im besten Fall nur sehr langsam aus der „Schuldenfalle“ werden befreien können. Darüber kann auch die zuletzt so positive Entwicklung der Steuereinnahmen nicht hinwegtäuschen, nicht im vorliegenden Datenmaterial und auch nicht mit Blick in die Zukunft, der mit den Folgen der Steuerreformgesetzgebung gewiss keine ungetrübten Aussichten für die kommunale Ebene bietet.

Resümee und Ausblick

Die hessischen Gemeinden befanden sich mit ihrem kumulierten Schuldenstand nur bis zum Jahr 1993 in dem gleichen

Fahrwasser wie Bund und Länder: Die Verschuldung wuchs bis dahin und erreichte zuvor nicht erreichte Höhen. Doch während in den staatlichen Haushalten auch laufende Ausgaben der Verwaltung über Kredite finanziert werden können, ist den Gemeinden eine Kreditaufnahme nur für investive Zwecke möglich. Die Situation in einen *circulus vitiosus* aus Verschuldung, Zins- und Tilgungsbelastung und deren Deckung durch Aufnahme weiterer Kredite und weiter wachsende, schließlich die Handlungsfähigkeit strangulierenden Kreditbelastungen zu geraten, scheint daher für die gemeindliche Ebene *prima facie* nicht zu bestehen. Tatsächlich erfordert aber das kommunale Aufgabenspektrum, der umfassenden lokalen Daseinsversorgung und -vorsorge, fortlaufende Investitionen von den Gemeinden. Ein stetiger Rückgang der kommunalen Investitionstätigkeit kann daher auf der kommunalen Ebene durchaus Ausdruck des Verlusts der finanzwirtschaftlichen Handlungsfähigkeit, des Rutschens in eine Schuldenfalle, sein. Die Analyse des finanzstatistischen Datenmaterials macht deutlich, dass sich allgemeine, pauschalierende Aussagen zur Evaluation der gemeindlichen Kreditpolitik kaum treffen lassen. Die haushaltsrechtliche Grundlegung, die Bindung der Kreditaufnahme an die Investition, lässt auch nur dieses Ergebnis, das grundsätzlich eine einzelwirtschaftliche Betrachtung der gemeindlichen Verschuldung nahe legt, erwarten. Dafür macht das Datenmaterial aber augenfällig, in welcher starker Abhängigkeit sich das Investitionsverhalten und damit die Verschuldungspolitik und -entwicklung der gemeindlichen Ebene von den Steuereinnahmen befindet. So haben die starken Steuermehreinnahmen in der zweiten Hälfte der Neunzigerjahre viele Gemeinden zunächst vor dem Verlust ihrer „Investitionsfreiheit“ gerettet. Doch die im Datenmaterial ebenfalls sichtbar werdenden, relativ geringen Erfolge der Konsolidierungspolitik, geben auch eine Antwort auf die Frage, was geschehen wird, wenn die Steuereinnahmen weniger stark ausfallen oder wieder wegbrechen. Der Weg in die „Schuldenfalle“, der Verlust der investiven Handlungsfähigkeit, scheint für viele Gemeinden vorgezeichnet. Damit kann auch diese Untersuchung einen Hinweis darauf geben, dass die Zeit für eine Reform der gemeindlichen Finanzausstattung gekommen ist. Würde sie auf eine stetige, kalkulierbare — von den starken konjunkturellen und lokalen Schwankungen durch das Aufkommen aus der Gewerbesteuer befreite — Grundlage gestellt, könnte dies den Gemeinden eine „Hilfe von außen“ bei der Überwindung und Vermeidung von „Schuldenfallen“ bieten. Über die Schaffung einer soliden finanziellen Basis auf der unteren Ebene der Gebietskörperschaften hinaus, wäre dabei — durch die Verstetigung des Großteils der öffentlichen Investitionen und des öffentlichen Investitionsvolumens — auch eine nachhaltige Verbesserung in den volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu erzielen. □

Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen

Jahr Monat Vierteljahr	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾			Bauhauptgewerbe ³⁾		Einzelhandel	Preise	Arbeitsmarkt ⁷⁾					
	Volumenindex des Auftragseingangs ²⁾ 1995 = 100			Beschäftigte	Index des Auftrags-ein-gangs ⁴⁾ 1995 = 100	Beschäftigte	Index der Um-sätze ⁵⁾ 1995 = 100	Preis-index für die Lebens-haltung ⁶⁾ 1995 = 100	Arbeits-lose ⁸⁾	Arbeits-losen-quote ⁹⁾	Offene Stellen ⁸⁾	Kurz-arbeit (Personen) ¹⁰⁾	
	ins-gesamt	Inland	Ausland										
Grundzahlen ¹¹⁾													
1998 D	105,8	101,1	114,5	470 074	83,1	40 519	101,5	104,1	254 050	10,0	26 021	6 505	
1999 D	98,6	92,9	109,2	464 707	86,6	37 865	102,8	105,0	239 257	9,4	30 650	6 396	
2000 D	105,2	96,3	121,7	459 468	85,1	35 786	103,3	107,0	214 875	8,1	37 527	5 156	
1999 4. Vj. D	101,2	95,5	115,3	461 584	83,3	38 432	113,4	105,5	
2000 Januar	93,1	82,7	112,1	457 591	51,5	36 282	91,1	106,1	238 900	9,3	32 285	5 711	
Februar	101,6	91,7	119,9	457 454	61,4	35 832	96,5	106,4	236 497	9,2	37 020	6 916	
März	118,0	108,8	135,1	457 904	93,7	35 528	111,2	106,6	228 878	8,9	39 531	6 424	
1. Vj. D	104,2	94,4	122,4	457 650	68,9	35 881	99,6	106,4	
April	96,8	90,7	108,0	457 630	65,4	35 782	103,5	106,5	221 800	8,3	41 222	6 841	
Mai	110,9	103,5	124,4	457 890	140,4	35 914	112,6	106,4	211 812	7,9	40 438	5 606	
Juni	105,7	93,2	128,8	459 745	84,0	35 764	96,0	106,9	213 076	8,0	39 841	4 047	
2. Vj. D	104,5	95,8	120,4	458 422	96,6	35 820	104,0	106,6	
Juli	100,4	93,9	112,3	460 138	102,4	35 806	96,5	107,4	213 256	8,0	39 929	3 096	
August	105,4	102,7	110,5	462 039	74,6	35 922	101,2	107,3	206 753	7,7	38 512	4 486	
September	112,9	101,3	134,4	461 887	110,6	35 878	100,8	107,8	201 102	7,5	38 139	4 924	
3. Vj. D	106,2	99,3	119,1	461 355	95,9	35 869	99,5	107,5	
Oktober	108,2	96,5	129,8	461 162	85,5	36 072	103,0	107,5	196 354	7,3	35 763	4 783	
November	110,0	99,9	128,7	461 091	76,0	35 726	110,4	107,7	195 173	7,3	34 950	4 518	
Dezember	99,5	90,2	116,7	459 084	76,3	34 930	116,8	107,6	200 261	7,5	35 012	4 523	
4. Vj. D	105,9	95,5	125,1	460 446	79,3	35 576	110,0	107,6	
2001 Januar	105,1	94,6	124,5	457 265	64,6	33 622	96,9	108,1	211 728	7,9	37 651	6 118	
Februar	107,1	92,0	134,8	456 130	62,5	33 250	90,8	108,8	210 709	7,9	41 524	8 431	
Zu- bzw. Abnahme (–) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in % ¹¹⁾													
1998 D	3,0	7,1	– 3,0	– 2,3	– 12,7	– 10,9	1,4	1,3	– 2,6	.	21,7	– 44,8	
1999 D	– 6,8	– 8,1	– 4,6	– 1,1	4,2	– 6,5	1,3	0,9	– 5,8	.	17,8	– 1,7	
2000 D	6,7	3,7	11,4	– 1,1	– 1,7	– 5,5	0,5	1,9	– 10,2	.	22,4	– 19,4	
1999 4. Vj.	2,7	– 0,5	8,2	– 1,7	– 0,7	– 3,4	3,4	1,3	
2000 Januar	7,6	5,9	9,9	– 2,0	– 42,2	– 4,8	1,3	2,0	– 8,1	.	21,6	– 27,8	
Februar	12,4	10,9	14,7	– 2,0	– 0,5	– 3,6	8,7	2,1	– 8,9	.	21,2	– 22,4	
März	9,3	5,1	16,3	– 2,1	– 5,6	– 4,4	– 4,0	2,1	– 8,6	.	21,1	– 37,7	
1. Vj.	9,7	7,2	13,8	– 2,0	– 17,4	– 4,3	1,4	2,1	
April	– 2,9	– 3,5	– 1,9	– 1,3	– 9,6	– 4,0	1,1	1,6	– 9,4	.	23,4	– 21,7	
Mai	13,2	11,1	16,7	– 1,3	66,0	– 3,4	13,3	1,5	– 10,1	.	27,9	– 11,4	
Juni	2,8	– 4,9	15,4	– 0,9	– 21,3	– 4,3	– 6,1	1,9	– 8,7	.	27,1	– 41,8	
2. Vj.	4,3	0,7	10,1	– 1,2	9,9	– 3,9	2,6	1,7	
Juli	5,2	3,1	8,5	– 1,2	18,1	– 5,8	– 4,6	1,9	– 10,4	.	23,6	– 32,9	
August	13,3	11,8	16,4	– 1,0	– 20,8	– 6,5	6,8	1,7	– 10,9	.	21,5	27,7	
September	6,2	– 0,5	17,2	– 0,9	16,6	– 6,6	2,4	2,4	– 11,7	.	19,1	18,6	
3. Vj.	8,1	4,6	14,1	– 1,1	1,4	– 6,6	1,4	2,0	
Oktober	7,1	2,1	14,8	– 0,3	– 14,4	– 7,4	– 2,2	2,1	– 12,9	.	17,9	– 1,5	
November	1,7	1,2	2,3	– 0,2	27,8	– 7,3	– 0,5	2,1	– 13,3	.	20,8	– 26,1	
Dezember	5,4	3,0	9,2	– 0,2	– 15,7	– 7,6	– 5,8	1,8	– 12,8	.	15,3	3,9	
4. Vj.	4,6	2,0	8,5	– 0,2	– 4,8	– 7,4	– 3,0	2,0	
2001 Januar	12,9	14,4	11,1	– 0,1	25,6	– 7,3	6,4	1,9	– 11,4	.	16,6	7,1	
Februar	5,4	0,3	12,4	– 0,3	1,7	– 7,2	– 5,9	2,3	– 10,9	.	12,2	21,9	
Zu- bzw. Abnahme (–) jeweils gegenüber dem Vormonat bzw. dem Vorquartal in % ¹¹⁾													
1999 4. Vj.	– 4,7	– 5,7	– 3,2	– 1,0	– 9,5	0,4	15,6	0,1	
2000 Januar	– 1,4	– 5,6	4,9	– 0,5	– 43,1	– 4,0	– 26,5	0,4	4,1	.	6,3	31,1	
Februar	9,1	10,9	7,0	– 0,0	19,4	– 1,2	5,9	0,3	– 1,0	.	14,7	21,1	
März	16,1	18,6	12,7	0,1	52,5	– 0,8	15,2	0,2	– 3,2	.	6,8	– 7,1	
1. Vj.	3,0	0,9	6,2	– 0,8	– 17,3	– 6,6	– 12,2	0,9	
April	– 18,0	– 16,6	– 20,1	– 0,1	– 30,3	0,7	– 6,9	– 0,1	– 3,1	.	4,3	6,5	
Mai	14,6	14,1	15,2	0,1	114,8	0,4	8,8	– 0,1	– 4,5	.	– 1,9	– 18,1	
Juni	– 4,7	– 10,0	3,5	0,4	– 40,2	– 0,4	– 14,7	0,5	0,6	.	– 1,5	– 27,8	
2. Vj.	0,3	1,5	– 1,6	0,2	40,2	– 0,2	4,4	0,2	
Juli	– 5,0	0,8	– 12,8	0,1	21,9	0,1	0,5	0,5	0,1	.	0,2	– 23,5	
August	5,0	9,4	– 1,6	0,4	– 27,1	0,3	4,9	– 0,1	– 3,0	.	– 3,5	44,9	
September	7,1	– 1,4	21,6	– 0,0	48,2	– 0,1	– 0,4	0,5	– 2,7	.	– 1,0	9,8	
3. Vj.	1,6	3,7	– 1,1	0,6	– 0,7	0,1	– 4,3	0,8	
Oktober	– 4,2	– 4,7	– 3,4	– 0,2	– 22,7	0,5	2,2	– 0,3	– 2,4	.	– 6,2	– 2,9	
November	1,7	3,5	– 0,8	– 0,0	– 11,1	– 1,0	7,2	– 0,1	– 0,6	.	– 2,3	– 5,5	
Dezember	– 9,5	– 9,7	– 9,3	– 0,4	0,3	– 2,2	5,8	– 0,1	2,6	.	0,2	0,1	
4. Vj.	– 0,3	– 3,8	5,0	– 0,2	– 17,3	– 0,8	10,6	0,1	
2001 Januar	5,6	4,9	6,7	– 0,4	– 15,3	– 3,7	– 17,0	0,5	5,7	.	7,5	35,3	
Februar	1,9	– 2,7	8,3	– 0,2	– 3,3	– 1,1	– 6,3	0,6	– 0,5	.	10,3	37,8	

1) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten. Wegen der Umstellung auf die neuen EU-Klassifikationen ab 1995 sind Vorjahresvergleiche nicht möglich. — 2) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 3) Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten. — 4) Wertindex. — 5) Ohne Mehrwertsteuer. — 6) Alle privaten Haushalte. — 7) Quelle: Landesarbeitsamt Hessen. — 8) Bei Monatswerten Stand am Monatsende. — 9) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 10) Bei Monatswerten Stand Monatsmitte. — 11) Gegenüber der letzten Ausgabe teilweise berichtigte Ergebnisse.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	1998	1999	1999			2000			
		Durchschnitt		Juli	August	Sept.	Juni	Juli	August	Sept.
BEVÖLKERUNG										
* Bevölkerung am Monatsende ¹⁾	1000	6 032,5	6 042,8	6 043,6	6 046,3	6 048,8	6 056,9
Natürliche Bevölkerungsbewegung:										
* Eheschließungen ²⁾	Anzahl	2 666	2 718	3 643	3 859	5 021	4 159
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	5,3	5,4	7,1	7,5	10,1	8,4
* Lebendgeborene ³⁾	"	5 047	4 916	5 236	5 216	5 539	5 517
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	10,0	9,8	10,2	10,2	11,1	11,1
* Gestorbene ⁴⁾ (ohne Totgeborene)	"	5 082	5 088	4 608	4 813	4 588	5 178
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	10,1	10,1	9,0	9,4	9,2	10,4
* darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene	"	24	22	21	24	27	21
auf 1000 Lebendgeborene	"	4,8	4,5	4,0	4,6	4,9	3,8
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	"	- 34	- 172	628	403	951	339
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	- 0,1	- 0,4	1,2	0,8	1,9	0,7
Wanderungen:										
* Zuzüge über die Landesgrenzen	Anzahl	13 316	14 164	15 364	17 000	16 079	13 179	15 746
* darunter aus dem Ausland	"	5 443	6 186	6 693	7 221	7 115	6 060	6 745
* Fortzüge über die Landesgrenzen	"	12 995	12 591	15 265	14 708	14 542	11 630	14 174
* darunter in das Ausland	"	6 000	9 114	7 235	6 364	6 358	4 937	6 241
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	"	320	1 574	99	2 292	1 537	1 549	1 572
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁵⁾	"	18 531	19 091	20 325	21 283	19 543	17 438	19 606
		1999	2000	2000				2001		
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
ARBEITSMARKT										
* Arbeitslose am Monatsende ⁶⁾	Anzahl	239 257	214 875	238 900	236 497	228 878	200 261	211 728	210 709	204 313
* darunter Frauen	"	105 186	96 519	104 070	102 187	99 808	89 588	92 608	91 633	89 548
Männer	"	134 071	118 356	134 830	134 310	129 070	110 673	119 120	119 076	114 765
Ausländer	"	51 080	45 177	49 959	49 664	48 534	42 699	44 307	44 234	43 475
Jugendliche unter 20 Jahren	"	5 747	5 442	5 661	5 868	5 574	4 893	5 034	4 964	4 729
* Arbeitslosenquote ⁷⁾ insgesamt	%	9,4	8,1	9,3	9,2	8,9	7,5	7,9	7,9	7,6
* darunter der Frauen	"	9,1	8,0	9,0	8,8	8,6	7,3	7,5	7,4	7,3
Männer	"	9,6	8,3	9,6	9,6	9,2	7,7	8,2	8,2	7,9
Ausländer	"	17,2	14,8	16,9	16,8	16,4	13,9	14,4	14,4	14,1
Jugendlichen unter 20 Jahren	"	8,0	5,8	7,8	8,1	7,7	4,7	4,9	4,8	4,6
* Offene Stellen am Monatsende ⁶⁾	Anzahl	30 650	37 527	32 285	37 020	39 531	35 012	37 651	41 524	43 155
* Kurzarbeiter (Monatsmitte) ⁶⁾	"	6 396	5 156	5 711	6 916	6 424	4 523	6 118	8 431	8 160
		1998	1999	1998				1999		
		Durchschnitt ¹⁰⁾		Juni	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.
* Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer am Arbeitsort insgesamt ⁸⁾¹¹⁾	1000	2 105,3	2 130,8	2 093,0	2 128,8	2 110,9	2 102,7	2 116,0	2 153,0	2 151,5
* darunter Frauen	"	903,7	916,6	896,9	911,4	906,7	906,1	908,0	924,0	928,3
Ausländer	"	226,6	227,8	225,8	229,6	226,0	225,0	227,0	231,1	227,9
* Teilzeitbeschäftigte	"	310,0	.	307,7	310,9	315,1	316,2	.	.	.
darunter Frauen	"	272,5	.	271,1	273,4	275,0	274,7	.	.	.
darunter ausgew. Wirtschaftsabschnitte ⁹⁾ :										
* Bergbau	"	.	.	.	9,2	8,8	8,6	.	.	.
* darunter Frauen	"	.	.	.	0,9	0,9	0,9	.	.	.
* Verarbeitendes Gewerbe	"	.	.	.	543,0	535,8	530,2	.	.	.
* darunter Frauen	"	.	.	.	142,6	139,9	138,2	.	.	.
* Energie- und Wasserversorgung	"	.	.	.	17,0	17,0	17,6	.	.	.
* darunter Frauen	"	.	.	.	3,0	2,9	3,2	.	.	.
* Baugewerbe	"	.	.	.	136,0	129,7	125,7	.	.	.
* darunter Frauen	"	.	.	.	16,0	15,8	15,4	.	.	.
* Handel- und Gastgewerbe	"	.	.	.	388,6	384,4	382,7	.	.	.
* darunter Frauen	"	.	.	.	188,0	186,1	185,4	.	.	.
* Verkehr- und Nachrichtenübermittlung	"	.	.	.	144,2	144,1	144,5	.	.	.
* darunter Frauen	"	.	.	.	47,8	47,8	48,2	.	.	.
* Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	"	.	.	.	139,3	138,9	139,1	.	.	.
* darunter Frauen	"	.	.	.	68,7	68,4	68,4	.	.	.
* Grundstückswesen, Vermietung, Dienstleistungen für Unternehmen	"	.	.	.	249,2	250,9	253,6	.	.	.
* darunter Frauen	"	.	.	.	111,1	111,5	113,2	.	.	.
* öffentliche Verwaltung u. ä.	"	.	.	.	130,7	130,3	129,1	.	.	.
* darunter Frauen	"	.	.	.	74,9	74,9	74,6	.	.	.
* öffentliche und private Dienstleistungen (ohne öffentl. Verwaltung)	"	.	.	.	356,6	358,0	357,9	.	.	.
* darunter Frauen	"	.	.	.	254,2	254,8	254,7	.	.	.

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Fortschreibungsergebnisse auf der Basis der Bevölkerungsfeststellung vom 25. Mai 1987 (Volkszählung). — 2) Nach dem Ereignisort. — 3) Nach der alleinigen oder der Hauptwohnung der Mutter. — 4) Nach der alleinigen oder Hauptwohnung des Verstorbenen. — 5) Ohne innerhalb der Gemeinden Umgezogene. — 6) Quelle: Landesarbeitsamt Hessen. — 7) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 8) Einschl. Land- und Forstwirtschaft, Fischerei. Quelle: Bundesanstalt für Arbeit. — 9) Auf Grund der Einführung der neuen Wirtschaftszweigsystematik (WZ 93) ist die Vergleichbarkeit mit früheren Erhebungen nicht gewährleistet. — 10) Durchschnitt für die Monate März, Juni, September und Dezember. — 11) Ein Nachweis in wirtschaftsfachlicher Gliederung ist auf Grund von Strukturverschiebungen zur Zeit nicht möglich.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	1999	2000	1999	2000				2001	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
LANDWIRTSCHAFT										
Schlachtungen ¹⁾ :										
Rinder	Anzahl	8 088	7 302	9 189	8 243	8 302	10 265	4 742	4 576	5 470
Kälber	"	341	350	756	289	389	446	394	155	206
Schweine	"	108 303	102 959	114 129	108 663	101 840	112 175	95 912	100 835	90 178
darunter hausgeschlachtet	"	9 044	7 765	12 995	11 986	10 580	14 379	10 694	11 360	9 942
Schlachtmengen ²⁾ :										
* Gesamtschlachtgewicht	Tonnen	11 653	11 148	12 331	11 312	10 823	12 017	9 487	9 711	9 099
darunter von										
* Rindern	"	2 207	2 032	2 483	2 145	2 168	2 541	1 171	1 115	1 354
* Kälbern	"	30	33	83	28	30	47	46	14	18
* Schweinen	"	9 099	8 686	9 330	8 933	8 399	9 039	7 855	8 309	7 390
Geflügel:										
* Erzeugte Konsumeier ³⁾	1000 St.	30 668	31 856	29 147	29 689	31 045	32 911	33 737	32 589	29 070
Milcherzeugung:										
Kuhmilcherzeugung	Tonnen	87 211	84 688	84 985	87 339	82 354	77 177	82 484	84 990	79 827
* darunter an Molkereien u. Händler geliefert	"	82 275	80 642	80 149	82 503	77 830	73 721	78 721	81 227	76 428
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	16,4	15,8	15,7	16,0	16,2	14,6	15,1	15,6	18,0
VERARBEITENDES GEWERBE ⁴⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	464,4	459,5	459,7	457,6	457,5	461,1	459,1	457,3	456,1
darunter Arbeiter (einschl. gewerbl. Azubi.)	"	275,0	271,1	270,8	269,7	269,6	272,2	270,5	269,9	269,4
* Geleistete Arbeiterstunden	"	35 589	34 952	32 811	34 412	35 953	37 645	30 506	35 342	34 142
* Bruttolohnsumme	Mill. DM	1 285,7	1 292,4	1 283,4	1 177,2	1 184,8	1 643,5	1 282,4	1 247,3	1 195,5
* Bruttogehaltssumme	"	1 424,5	1 446,6	1 457,7	1 376,7	1 358,0	1 864,5	1 471,8	1 406,6	1 349,7
* Gesamtumsatz (ohne MwSt.)	"	12 763,0	13 425,7	13 429,3	11 472,8	12 643,3	14 702,2	13 795,4	12 785,6	12 741,0
* darunter Auslandsumsatz	"	4 278,5	5 016,1	4 335,5	4 479,3	4 920,8	5 571,5	5 067,8	5 025,9	4 958,6
Exportquote ⁵⁾	%	33,5	37,4	32,3	39,0	38,9	37,9	36,7	39,3	38,9
Index der Nettoproduktion insgesamt ⁶⁾										
1991 = 100	
darunter										
Vorleistungsgüterproduzenten	"
Investitionsgüterproduzenten	"
Gebrauchsgüterproduzenten	"
Verbrauchsgüterproduzenten	"
Index der Nettoproduktion im Verarbeitenden Gewerbe ⁷⁾										
1991 = 100	
darunter										
Chemische Industrie	"
Maschinenbau	"
Fahrzeugbau	"
Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik usw.	"
Volumenindex des Auftragseingangs ⁷⁾										
insgesamt	1995 = 100 % ⁸⁾	– 6,8	6,7	1,9	7,6	12,4	1,7	5,4	12,9	5,4
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	"	– 1,9	5,6	2,1	11,1	14,8	– 1,1	1,3	16,1	– 0,5
Investitionsgüterproduzenten	"	– 14,3	9,2	3,2	2,9	18,1	7,7	9,9	8,8	17,6
Gebrauchsgüterproduzenten	"	– 8,8	10,5	– 10,7	2,7	15,7	– 2,1	– 6,8	10,3	9,3
Verbrauchsgüterproduzenten	"	– 1,2	2,9	4,6	– 2,6	– 12,2	0,4	18,9	13,2	– 3,9
Volumenindex des Auftragseingangs nach ausgewählten Branchen:										
Chemische Industrie	% ⁸⁾	– 2,3	6,7	2,6	7,5	4,6	– 0,3	8,1	12,7	– 6,1
Maschinenbau	"	– 5,9	15,8	– 12,9	11,9	22,3	14,4	4,1	15,1	4,8
Kraftwagen und -teile	"	– 20,0	– 9,3	– 8,9	– 7,1	4,4	– 7,3	– 8,8	– 1,5	– 2,0
Herstellung von Metallerzeugnissen	"	– 1,4	5,5	9,4	7,1	15,7	4,7	– 6,0	27,9	– 3,3
ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	2 278,0	2 128,5	2 949,5	2 901,0	2 721,6	1 781,4	1 974,3
* Stromverbrauch ⁹⁾	"	2 714,2	2 895,0	3 012,8	3 157,2	3 440,4	3 038,8	3 246,3

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Gewerbliche und Hausschlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft. — 2) Gewerbliche Schlachtungen (ohne Geflügel); einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. — 3) In Betrieben ab 3000 Hennenhaltungsplätzen. — 4) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 5) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. — 6) Kalendermonatlich. — 7) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 8) Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Vorjahresmonat. — 9) Ohne Pumpstromverbrauch und ohne Übertragungsverluste; ohne Eigenverbrauch der Kraftwerke.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	1999	2000	1999	2000				2001	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
BAUGEWERBE										
B a u h a u p t g e w e r b e ¹⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	62,1	60,7	63,6	61,1	60,4	61,8	60,5	58,3	57,7
darunter										
Facharbeiter ²⁾	"	32,6	32,0	33,6	32,4	31,9	32,5	31,8	30,4	30,0
Fachwerker und Werker	"	9,8	9,5	10,0	9,1	9,0	9,5	9,2	8,9	8,7
gewerblich Auszubildende	"	3,1	2,9	3,1	3,0	3,0	3,0	2,9	2,8	2,8
* Geleistete Arbeitsstunden	"	5 923	5 756	5 059	4 081	5 047	6 503	4 627	3 766	4 475
darunter für den										
Wohnungsbau	"	2 262	2 214	2 008	1 596	1 949	2 541	1 787	1 523	1 768
* gewerblichen und industriellen Bau	"	1 812	1 716	1 552	1 380	1 663	1 935	1 430	1 222	1 379
öffentlichen und Verkehrsbau	"	1 817	1 798	1 475	1 092	1 415	1 988	1 392	998	1 310
* Brutto lohnsumme ³⁾	Mill. DM	190,4	188,1	199,0	162,3	155,1	233,1	179,1	158,7	142,1
* Bruttogehaltssumme	"	80,9	78,2	80,2	79,5	74,8	96,8	77,1	70,7	69,4
Baugewerblicher Umsatz (ohne MwSt.)	"	1 039,2	1 001,1	1 320,3	620,4	707,2	1 242,3	1 338,7	630,8	794,9
* Index des Auftragseingangs ⁴⁾	1995 = 100	86,6	85,1	90,5	51,5	61,4	76,0	76,3	64,6	62,5
darunter										
Wohnungsbau	"	66,5	53,2	66,2	36,2	50,5	34,1	49,6	30,7	43,1
* gewerblicher und industrieller Bau	"	90,9	99,6	84,6	68,6	75,3	100,5	96,8	86,8	59,8
* öffentlicher und Verkehrsbau	"	92,4	84,9	111,1	38,6	50,3	68,7	65,5	55,7	76,5
A u s b a u g e w e r b e ⁵⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	25,2	24,6	24,9	.	.	.	24,5	.	.
* Geleistete Arbeitsstunden	"	7 316	7 148	7 516,0	.	.	.	7 198,0	.	.
Brutto lohn- und -gehaltssumme	Mill. DM	330,5	337,4	368,7	.	.	.	361,6	.	.
* Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne MwSt.)	"	1 036,3	1 203,3	1 551,7	.	.	.	1 493,9	.	.
BAUGENEHMIGUNGEN										
* Wohngebäude (Neu- und Wiederaufbau) ⁶⁾	Anzahl	1 048	913	827	734	926	859	615	543	697
darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	"	932	818	716	657	846	774	554	487	607
* Umbauter Raum der Wohngebäude ⁶⁾	1000 m ³	1 151	1 021	934	828	1 031	951	697	636	831
* Wohnfläche in Wohngebäuden ⁶⁾	1000 m ²	213	188	180	148	184	174	130	113	154
* Veranschlagte reine Baukosten der Wohngebäude ⁷⁾	1000 DM	645 188	513 757	487 416	430 313	504 971	488 852	362 452	330 147	441 010
* Nichtwohngebäude (Neu- u. Wiederaufbau) ⁶⁾	Anzahl	271	245	266	195	191	280	180	167	175
* Umbauter Raum der Nichtwohngebäude ⁶⁾	1000 m ³	808	875	711	578	618	1 846	1 112	1 015	676
* Nutzfläche in Nichtwohngebäuden ⁶⁾	1000 m ²	190	186	169	122	121	330	182	189	135
* Veranschlagte reine Baukosten der Nichtwohngebäude ⁷⁾	1000 DM	348 572	415 718	298 938	240 935	228 927	789 168	499 153	447 588	351 101
* Wohnungen insgesamt ⁸⁾	Anzahl	2 278	1 968	2 046	1 495	1 943	1 694	1 443	1 158	1 707
* Wohnräume insgesamt ⁸⁾	"	11 744	10 306	10 142	8 180	10 016	9 514	6 959	6 099	8 210
EINZELHANDEL UND GASTGEWERBE										
E i n z e l h a n d e l										
* Index der Umsätze ⁹⁾ — real	1995 = 100	100,8	100,1	121,3	89,0	94,1	106,5	112,9	93,6	87,5
* Index der Umsätze ⁹⁾ — nominal	"	102,8	103,3	124,0	91,1	96,5	110,4	116,8	96,9	90,8
darunter (Einzelhandel mit)										
Waren verschiedener Art ¹⁰⁾	"	115,7	111,2	108,9	92,1	105,5	112,0	98,5	95,5	99,9
Kraftfahrzeugen ¹¹⁾ ; Tankstellen	"	101,7	101,4	132,3	93,5	94,5	108,5	126,8	101,2	90,1
Apotheken ¹²⁾	"	118,4	126,0	143,5	116,7	117,6	133,4	147,7	130,8	118,2
Bekleidung	"	86,4	86,7	115,9	78,2	73,1	97,7	116,9	82,5	71,8
Möbeln, Einrichtungsgegenständen ¹³⁾	"	95,6	88,0	119,3	77,9	85,6	100,9	104,4	82,6	77,6
Metallwaren und Anstrichmitteln ¹⁴⁾	"	97,7	111,0	96,7	81,8	91,9	110,5	104,0	84,1	89,5
* Beschäftigte im Einzelhandel (Index)	"	90,7	87,3	90,1	87,6	87,5	87,4	87,7	86,3	86,1
G a s t g e w e r b e										
* Index der Umsätze ⁹⁾ — real	1995 = 100	90,8	91,4	92,6	81,8	83,0	89,3	92,6	81,5	80,2
* Index der Umsätze ⁹⁾ — nominal	"	95,2	96,9	96,9	85,5	87,3	93,8	98,0	86,3	85,0
darunter										
Hotels, Gasthöfe, Pensionen, Hotels garnis	"	101,8	107,0	97,8	90,5	97,2	105,3	96,9	94,4	91,2
Restaurants, Cafés, Eisdielen, Imbisshallen	"	90,4	89,9	99,0	80,9	81,4	84,7	99,5	77,9	78,5
Kantinen und Caterer	"	105,6	107,9	99,7	97,2	94,6	109,7	108,8	102,8	101,6
* Beschäftigte im Gastgewerbe (Index)	"	88,2	84,7	84,2	80,7	81,6	84,6	86,1	80,7	84,0

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau. Nach der Totalerhebung hochgerechnete Ergebnisse. — 2) Einschl. Polieren und Meistern. — 3) Einschl. Entgelten für Poliere und Meister. — 4) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 5) Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe. Ab 1997 Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). Ergebnisse nach der neuen EU-Klassifikation liegen erst ab Januar 1996 vor. Vorjahresvergleiche sind nicht möglich. — 6) Ohne Gebäudeteile. — 7) Einschl. Gebäudeteilen. — 8) In Wohn- und Nichtwohngebäuden; alle Baumaßnahmen. — 9) Ohne Umsatzsteuer; teilweise berichtigte Ergebnisse. — 10) Vor allem Warenhäuser, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte und Supermärkte. — 11) Sowie mit Kraftfahrzeugteilen und -zubehör. — 12) Sowie Drogerien und Einzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln. — 13) Sowie Hausrat. — 14) Sowie Bau- und Heimwerkerbedarf.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	1999	2000	1999	2000				2001	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
AUSSENHANDEL										
* A u s f u h r (Spezialhandel) insgesamt ¹⁾ davon	Mill. DM	4 212,1	4 897,6	4 768,8	3 868,1	4 969,8	5 621,5	5 002,7
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	104,7	117,6	110,5	117,7	90,5	125,5	107,1
* Güter der gewerblichen Wirtschaft davon	"	4 107,4	4 780,0	4 658,3	3 750,4	4 879,2	5 496,0	4 895,6
* Rohstoffe	"	36,6	42,6	42,7	35,1	47,9	46,3	35,4
* Halbwaren	"	322,2	383,4	337,3	317,6	395,5	429,0	323,6
* Fertigwaren	"	3 748,5	4 354,0	4 278,3	3 397,7	4 435,9	5 020,7	4 536,6
* davon	"									
* Vorerzeugnisse	"	745,9	922,3	845,6	622,1	1 013,4	933,8	811,2
* Enderzeugnisse	"	3 002,7	3 431,8	3 432,7	2 775,6	3 422,5	4 086,9	3 725,4
Unter den Fertigwaren waren										
chemische Erzeugnisse	"	1 047,3	1 293,5	1 134,9	807,1	1 519,7	1 444,7	1 183,8
Maschinen	"	666,2	739,8	809,0	595,8	734,4	857,3	875,3
Fahrzeuge	"	587,4	585,9	615,1	620,5	586,8	688,3	603,1
elektrotechnische Erzeugnisse	"	472,3	566,8	578,0	470,5	525,6	660,1	618,8
Eisen- und Metallwaren	"	302,8	382,4	365,7	279,3	332,4	406,4	379,3
Ausfuhr nach ausgew. Verbrauchsländern:										
* EU-Länder ²⁾ darunter	"	2 300,1	2 562,6	2 467,8	2 044,1	2 845,1	2 853,2	2 534,7
Vereinigtes Königreich	"	364,3	365,9	361,5	314,2	451,0	363,0	367,1
Frankreich	"	417,0	479,9	433,8	325,7	567,0	559,5	541,9
Italien	"	298,8	370,8	349,7	259,7	431,4	407,2	333,4
Niederlande	"	266,7	285,4	289,1	262,3	295,8	319,5	271,4
Belgien-Luxemburg	"	221,4	242,5	255,3	200,8	271,0	256,7	247,2
Österreich	"	236,4	244,4	229,4	211,0	239,2	261,9	249,6
EFTA-Länder ³⁾ darunter	"	234,9	275,6	258,6	203,7	228,1	328,7	269,3
Schweiz	"	199,1	240,0	215,0	171,5	195,2	288,2	232,3
Norwegen	"	32,5	30,9	38,0	29,1	28,8	34,3	31,7
USA	"	429,1	509,5	527,1	412,1	524,1	612,0	527,1
* E i n f u h r (Generalhandel) insgesamt ¹⁾ davon	"	7 173,5	8 764,2	7 690,2	7 311,6	7 271,2	10 170,7	10 790,3
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	322,2	346,1	407,9	373,5	313,8	326,0	359,1
* Güter der gewerblichen Wirtschaft davon	"	6 851,3	8 418,1	7 282,3	6 938,1	6 957,4	9 844,7	10 431,2
* Rohstoffe	"	77,0	102,5	84,7	53,0	93,6	138,2	116,9
* Halbwaren	"	699,3	790,5	525,1	555,9	592,5	1 062,3	940,3
* Fertigwaren	"	6 074,9	7 525,1	6 672,5	6 329,2	6 271,3	8 644,2	9 374,1
* davon	"									
* Vorerzeugnisse	"	669,5	869,3	623,6	756,8	724,7	920,7	958,0
* Enderzeugnisse	"	5 405,5	6 655,8	6 048,8	5 572,4	5 546,6	7 723,6	8 416,0
* Einfuhr aus EU-Ländern ²⁾	"	3 372,3	4 049,7	3 369,4	3 642,0	3 319,0	5 005,3	5 433,3
FREMDENVKEHR ⁴⁾										
* Gästeankünfte	1000	763	816	578	623	684	803	596	672	674
* darunter von Auslandsgästen	"	191	211	121	165	174	169	138	180	172
* Gästeübernachtungen	"	2 000	2 138	1 495	1 662	1 787	1 953	1 581	1 802	1 787
darunter von Auslandsgästen	"	370	409	235	366	386	322	266	400	370
Gästeübernachtungen nach Berichts- gemeindegruppen:										
Heilbäder	"	600	644	467	493	534	586	504	535	557
Luftkurorte	"	133	131	92	77	83	97	96	79	81
Erholungsorte	"	94	98	60	59	61	52	69	54	62
Sonstige Gemeinden	"	1 173	1 265	875	1 034	1 108	1 218	912	1 133	1 087
darunter Großstädte	"	526	575	425	529	566	594	436	590	538
VERKEHR										
B i n n e n s c h i f f f a h r t										
Güterumschlag insgesamt	1000 t	1 301	1 350	1 331	1 052	1 339	1 383	1 188	1 179	...
davon	"									
* Güterversand	"	205	226	215	183	212	254	223	236	...
* Gütereingang	"	1 096	1 124	1 116	870	1 127	1 130	965	942	...

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Ab Januar 1999 vorläufige Zahlen. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung von Einfuhr- und Ausfuhrergebnissen nicht vertretbar. — 2) Mitgliedsländer nach dem Stand von Januar 1995 (Frankreich, Belgien-Luxemburg, Niederlande, Italien, Vereinigtes Königreich, Rep. Irland, Dänemark, Griechenland, Spanien, Portugal, Schweden, Finnland, Österreich). — 3) Mitgliedsländer nach dem Stand vom Januar 1997 (Island, Norwegen, Liechtenstein, Schweiz). —

4) Alle Beherbergungsstätten mit mindestens 9 Betten, einschl. Jugendherbergen und Kinderheimen. Besteht eine Gemeinde aus mehreren Ortsteilen, so werden die Ortsteile mit Fremdenverkehr jeweils der in Frage kommenden Gemeindegruppe zugeordnet. Die Gemeindegruppe „Erholungsorte“ enthält nur noch die staatlich anerkannten Erholungsorte; die bisherigen „Erholungsorte ohne Prädikat“ werden der Gruppe „Sonstige Gemeinden“ zugeordnet.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	1999	2000	1999	2000				2001	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
Noch: VERKEHR										
S t r a ß e n v e r k e h r										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge ¹⁾ darunter	Anzahl	34 124	30 577	28 822	25 824	30 281	27 212	24 527	25 610	...
Personenkraftwagen (einschl. Kombi)	"	29 759	26 145	25 262	23 464	26 381	24 225	21 276	22 922	...
* Lkw (auch mit Spezialaufbau)	"	1 877	1 868	1 866	1 466	1 735	2 000	1 521	1 325	...
Krafträder (einschl. Kraftrollern)	"	2 073	1 998	1 132	550	1 634	571	1 143	873	...
Zugmaschinen (zulassungspflichtige)	"	297	287	404	213	290	252	387	302	...
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personenschaden	"	2 310	2 252	2 182	1 827	1 967	2 349	2 186	1 936	1 662
* Getötete Personen ²⁾	"	47	45	52	34	44	45	60	41	39
* Verletzte Personen	"	3 111	3 031	2 961	2 520	2 621	3 192	2 941	2 647	2 271
Personenverkehr der Straßenverkehrs- unternehmen ³⁾										
Beförderte Personen	1000	37 353	39 561	119 614	.	.	.	130 334	.	.
davon im										
Linienverkehr ⁴⁾	"	36 883	39 083	118 230	.	.	.	128 906	.	.
Gelegenheitsverkehr	"	469	478	1 384	.	.	.	1 428	.	.
Gefahrene Wagenkilometer	1000 km	23 547	24 402	69 638	.	.	.	71 078	.	.
davon im										
Linienverkehr ⁴⁾	"	18 640	19 432	56 452	.	.	.	57 228	.	.
Gelegenheitsverkehr	"	4 908	4 970	13 186	.	.	.	13 850	.	.
Einnahmen	1000 DM	75 526	80 498	235 020	.	.	.	259 737	.	.
davon aus										
Linienverkehr ⁴⁾	"	61 015	64 443	197 593	.	.	.	217 589	.	.
Gelegenheitsverkehr	"	14 511	16 055	37 427	.	.	.	42 148	.	.
GELD UND KREDIT										
B a n k e n ⁵⁾										
Kredite an Nichtbanken insgesamt ⁶⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende) darunter	Mill. DM	920 746	319 593	920 746	.	.	.	981 465	.	.
Kredite an inländische Nichtbanken ⁶⁾ davon	"	764 951	260 199	764 951	.	.	.	784 749	.	.
kurzfristige Kredite	"	120 360	43 486	120 360	.	.	.	126 208	.	.
Kredite über 1 Jahr ⁷⁾	"	644 591	216 713	644 591	.	.	.	658 542	.	.
Einlagen und aufgenommene Gelder ⁶⁾ von Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	685 448	246 770	685 448	.	.	.	758 796	.	.
Z a h l u n g s s c h w i e r i g k e i t e n										
* Insolvenzen insgesamt davon	Anzahl	201	235	239	207	203	226	224	321	...
* von Unternehmen, einschl. Kleingewerbe ⁸⁾	"	155	153	176	158	140	127	140	209	...
* von privaten Personen und Nachlässe ⁹⁾	"	45	82	63	49	63	99	84	112	...
* Beantragte Insolvenzen ¹⁰⁾	"	201	235	239	207	203	226	224	321	...
* darunter mangels Masse abgelehnt	"	133	123	136	129	100	97	113	180	...
PREISE										
* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte insgesamt darunter	1995 = 100	105,0	107,0	105,7	106,1	106,4	107,7	107,6	108,1	108,8
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	"	102,1	101,4	100,7	101,3	101,9	101,0	101,4	102,7	103,2
Bekleidung, Schuhe	"	103,4	104,0	103,9	103,9	104,0	103,9	104,2	104,1	104,1
Wohnung, Wasser, Strom, Gas ¹¹⁾	"	107,4	110,7	108,0	108,9	109,1	112,7	112,5	112,5	112,7
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt ¹²⁾	"	102,2	102,1	102,1	102,2	102,1	102,1	102,1	102,2	102,5
Verkehr (einschl. Kraftstoffe)	"	107,9	113,9	111,2	111,9	112,2	115,2	113,6	115,2	117,5
Nachrichtenübermittlung	"	88,0	84,3	87,2	87,2	85,6	83,7	83,6	83,4	83,4
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	"	103,4	104,9	104,2	103,8	105,2	104,7	105,4	105,6	107,4
Beherbergungs- und Gaststätten- dienstleistungen	"	103,0	103,7	102,7	102,5	103,1	102,6	103,1	103,0	103,4
* Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Haushalten von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen	1995 = 100	104,9	106,6	105,4	105,8	106,1	107,1	107,0	107,5	108,2
* Preisindex für Wohngebäude (Neubau) ¹³⁾	1995 = 100	100,21 ⁴⁾	100,21 ⁴⁾	.	.	101,0	101,7	.	.	102,1

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

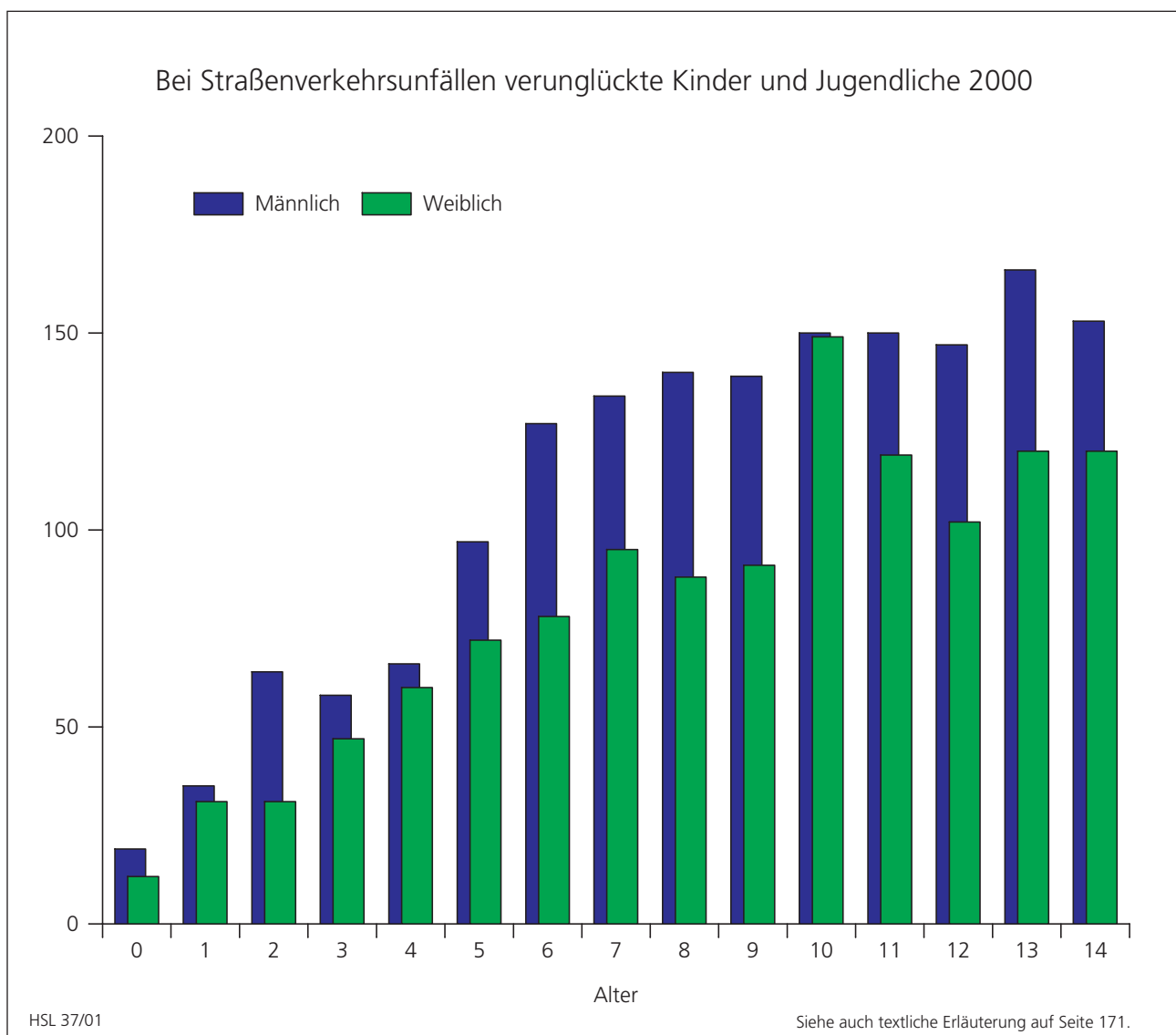
1) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. — 2) Einschl. der innerhalb 30 Tagen an den Unfallfolgen Gestorbenen. — 3) Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.); Jahresdurchschnitt = Monatsdurchschnitt; nur Unternehmen mit 6 oder mehr Bussen. — 4) Allgemeiner Linienverkehr, Sonderformen des Linienverkehrs (Berufsverkehr, Schüler-, Markt- und Theaterfahrten), freigestellter Schülerverkehr. — 5) Die Angaben umfassen die in Hessen gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne Kreditinstitute mit überregionalen Sonderaufgaben (ohne Filialnetz) sowie ohne Postgiro- und Postsparkassenämter. — 6) Einschl. durchlaufender Kredite. — 7) Ohne durchlaufende Kredite. — 8) Bis einschl. 1998 ohne Kleingewerbe. — 9) Bis einschl. 1998 „von übrigen Gemeinschuldern“. — 10) Bis einschl. 1998, Beantragte Konkurse“. — 11) Und andere Brennstoffe. — 12) Sowie deren Instandhaltung. — 13) Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk. — 14) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Februar, Mai, August und November.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	1999	2000	1999	2000				2001		
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	
STEUERN											
Steueraufkommen insgesamt ¹⁾	Mill. DM	6 486,1	6 949,5	10 401,3	7 712,7	6 141,5	5 202,4	11 276,8	7 922,2	6 676,9	
davon											
Gemeinschaftsteuern	"	5 707,7	6 120,7	9 233,2	7 129,3	5 094,3	4 560,1	10 018,5	7 173,6	5 786,0	
davon											
Lohnsteuer ²⁾	"	2 710,1	2 908,6	4 825,9	2 816,3	2 468,7	2 560,4	4 734,0	3 229,4	2 731,3	
veranlagte Einkommensteuer	"	116,0	149,7	934,0	– 127,0	– 120,4	– 213,2	1 015,9	– 80,3	– 136,2	
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	344,9	445,6	182,9	1 183,1	168,6	86,6	161,8	823,5	249,0	
Zinsabschlag ²⁾	"	360,5	439,9	464,6	843,3	565,6	454,6	529,5	1 295,7	681,6	
Körperschaftsteuer ²⁾	"	425,9	461,0	860,6	313,8	49,5	– 167,0	1 803,9	219,8	– 29,6	
Umsatzsteuer	"	1 496,9	1 402,0	1 675,7	1 869,3	1 666,7	1 447,2	1 372,9	1 423,4	1 981,6	
Einfuhrumsatzsteuer	"	253,5	314,1	289,5	230,5	295,6	391,4	400,5	262,1	308,4	
Bundessteuern	"	458,0	488,0	722,1	325,0	701,5	366,3	826,5	410,1	590,4	
darunter											
Mineralölsteuer	"	91,0	61,7	149,9	– 1,0	43,2	61,9	129,1	16,6	44,4	
Versicherungsteuer	"	112,0	112,2	50,7	66,2	493,6	74,7	42,0	75,8	364,6	
Zölle ³⁾	"	28,3	25,8	30,5	24,7	22,7	28,1	29,5	26,0	24,2	
Landessteuern	"	242,3	255,3	244,7	263,1	257,3	234,0	220,7	358,0	269,6	
darunter											
Vermögensteuer	"	11,1	11,1	10,3	2,5	3,8	7,2	9,9	12,2	3,4	
Erbschaftsteuer	"	36,3	42,5	41,5	33,8	46,2	28,0	42,6	109,6	34,2	
Grunderwerbsteuer	"	77,3	84,4	90,6	99,3	77,8	88,2	77,1	74,1	92,7	
Kraftfahrzeugsteuer	"	86,5	86,7	72,2	100,0	82,2	77,5	70,2	127,5	93,0	
Gewerbsteuerumlage	"	49,8	59,7	170,8	– 29,4	65,6	13,9	181,6	– 45,8	6,7	
		1999	2000	1999			2000				
		Durchschnitt ⁴⁾		Juni	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.	
Kassenmäßiges Steueraufkommen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. DM	3 039,8	3 148,3	2 727,5	3 158,1	4 497,1	2 059,0	3 148,3	3 371,6	4 014,1	
davon											
Grundsteuer A	"	8,4	8,5	8,4	10,1	6,9	8,4	8,6	10,0	6,9	
Grundsteuer B	"	293,7	294,9	336,8	334,3	242,7	280,0	335,7	321,9	242,0	
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	"	1 497,0	1 451,6	1 208,6	1 642,3	1 931,4	1 315,7	1 494,8	1 734,3	1 261,7	
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	"	1 064,7	1 215,8	1 037,5	1 039,1	1 922,6	385,6	1 132,3	1 135,4	2 209,8	
andere Steuern ⁵⁾	"	36,8	33,6	40,5	37,4	32,1	36,4	37,9	33,8	26,2	
		1999	2000	1999			2000				
		Durchschnitt ⁶⁾		April	Juli	Okt.	Jan.	April	Juli	Okt.	
LÖHNE UND GEHÄLTER											
Arbeiterverdienste im Produzierenden Gewerbe ⁷⁾	DM	4 617	4 730	4 579	4 637	4 681	4 603	4 710	4 781	4 755	
* Bruttomonatsverdienst insgesamt	"	4 781	4 892	4 741	4 800	4 846	4 754	4 870	4 946	4 920	
* Männliche Arbeiter	"	5 085	5 195	5 058	5 105	5 145	5 046	5 165	5 261	5 225	
* Weibliche Arbeiter	"	3 516	3 632	3 485	3 525	3 559	3 573	3 608	3 663	3 648	
darunter Hilfsarbeiterinnen	"	3 229	3 392	3 194	3 238	3 271	3 341	3 370	3 429	3 397	
* Bruttostundenverdienst insgesamt	"	28,20	28,83	28,05	28,25	28,39	28,63	28,74	28,96	28,88	
* Männliche Arbeiter	"	29,10	29,75	28,96	29,14	29,27	29,56	29,65	29,88	29,80	
darunter Facharbeiter	"	31,27	31,99	31,13	31,27	31,47	31,81	31,87	32,18	31,98	
* Weibliche Arbeiter	"	21,99	22,48	21,82	22,04	22,21	22,28	22,36	22,60	22,53	
darunter Hilfsarbeiterinnen	"	19,98	20,77	19,80	20,02	20,17	20,62	20,69	20,91	20,77	
Angestelltenverdienste (Bruttomonatsverdienste)											
* im Produzierenden Gewerbe	"	6 715	6 845	6 705	6 738	6 763	6 755	6 800	6 859	6 900	
* kaufmännische Angestellte	"	6 329	6 504	6 312	6 343	6 383	6 407	6 472	6 512	6 560	
* männliche Angestellte	"	7 222	7 428	7 217	7 227	7 281	7 336	7 392	7 434	7 486	
* weibliche Angestellte	"	5 252	5 355	5 228	5 280	5 291	5 262	5 318	5 370	5 404	
* technische Angestellte	"	7 052	7 151	7 047	7 086	7 095	7 064	7 094	7 173	7 205	
* männliche Angestellte	"	7 204	7 304	7 202	7 240	7 242	7 206	7 242	7 331	7 364	
* weibliche Angestellte	"	5 590	5 753	5 560	5 606	5 655	5 729	5 706	5 751	5 795	
* in Handel, Kredit- u. Versicherungsgewerbe ⁸⁾ insgesamt	"	5 588	5 742	5 606	5 601	5 616	5 628	5 731	5 732	5 805	
* kaufmännische Angestellte	"	5 613	5 770	5 634	5 627	5 634	5 657	5 766	5 760	5 829	
* männliche Angestellte	"	6 254	6 422	6 293	6 262	6 280	6 332	6 424	6 393	6 482	
* weibliche Angestellte	"	4 808	4 931	4 817	4 825	4 820	4 811	4 919	4 937	4 985	

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Einschl. Gewerbesteuerumlage. — 2) Vor Zerlegung. — 3) Einschl. Zoll-Euro. — 4) Vierteljahresdurchschnitte. — 5) Und steuerähnliche Einnahmen. — 6) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Januar, April, Juli und Oktober. — 7) Neuer Berichtskreis im Bereich des Produzierenden Gewerbes. — 8) Sowie bei Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern.



Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main aus statistischer Sicht

Der Hessische Landtag hat am 19. Dezember 2000 das Gesetz zur Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit und Planung in der Region Rhein-Main beschlossen, das im Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Hessen, Teil I, Nr. 29 am 27. Dezember 2000 veröffentlicht wurde. Ziel dieses Gesetzes ist es u. a., durch Zusammenschlüsse die kommunale Zusammenarbeit im **Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main** zu stärken, eine geordnete Entwicklung in diesem Raum zu fördern und zu sichern sowie verschiedene Aufgabenbereiche (z. B. Abfallverwertung und -beseitigung, Wasserversorgung, Sport, Freizeit und Kultur, wirtschaftliche Entwicklung und Verkehr) gemeinsam wahrzunehmen. Dieses Gesetz sieht die Auflösung des **Umlandverbandes Frankfurt** zum 31. März 2001 vor. Gleichzeitig wird der Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main als Rechtsnachfolger des Umlandverbandes Frankfurt neu geschaffen. Der neue Ballungsraum ist nicht identisch mit dem nichtadministrativen **Rhein-Main-Ballungsraum** (in der Abgrenzung des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Technologie aus dem Jahr 1989) als dem hessischen Teil des Verdichtungsgebietes Rhein-Main (nach einer Festlegung der Ministerkonferenz für Raumordnung aus dem Jahr 1968). Im Folgenden werden die räumliche Abgrenzung sowie ausgewählte Merkmale des neuen Ballungsraums Frankfurt/Rhein-Main dem bisherigen Umlandverband Frankfurt gegenübergestellt. Ferner wird ein Vergleich zu dem bisherigen Rhein-Main-Ballungsraum gezogen. Als Datenmaterial wurde überwiegend auf die Veröffentlichung „Hessische Gemeindestatistik 2000“ zurückgegriffen, die ein Produkt der Datenbank HEPAS-Fachdatei des Hessischen Statistischen Landesamtes ist. Diese ermöglicht für frei wählbare Zeitbezüge eine Auswertung der gespeicherten Daten in beliebiger fachlicher und räumlicher Aggregation.

Ballungsraum umfasst 75 Kommunen ...

Der neu gebildete Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main umfasst mit 75 Städten und Gemeinden deutlich mehr Kommunen als der bisherige Umlandverband (43) und der Rhein-Main-Ballungsraum (56). Von Münzenberg im Norden bis Groß-Gerau im Süden hat der neu gegründete Ballungsraum eine Ausdehnung von ca. 70 km Luftlinie; in Ost-West-Richtung erstreckt er sich von Rodenbach an der Landesgrenze zu Bayern über gut 50 km bis Ginsheim-Gustavsburg an der Grenze zu Rheinland-Pfalz. Die kreisfreien Städte Frankfurt am Main und Offenbach am Main bilden das Herzstück, das im Westen vom Main-Taunus-Kreis, im Norden vom Hochtaunuskreis und dem westlichen Teil des Wetteraukreises, im Osten vom Westteil des Main-Kinzig-Kreises und im Süden vom Landkreis Offenbach sowie von acht Kommunen des Landkreises Groß-Gerau umschlossen wird. Gegenüber dem Umlandverband Frankfurt hat der neue Ballungsraum insbesondere in nordöstlicher Richtung durch die Einbeziehung von 13 Kommunen des Wetteraukreises sowie von 12 Städten und Gemeinden des Main-Kinzig-Kreises an Ausdehnung gewonnen. Im Südwesten sind neben Kelsterbach, das bereits zum Umlandverband zählte, weitere 7 Kommunen des Landkreises Groß-Gerau, darunter Rüsselsheim, hinzugekommen.

... und über ein Drittel der hessischen Bevölkerung

Der Ballungsraum umfasst insgesamt eine Fläche von knapp 2500 km², was einem Anteil von knapp 12 % der Landesfläche entspricht. Zu Beginn des Jahres 1997 waren knapp zwei Fünftel der Fläche Landwirtschaftsfläche, ein Anteil, der

deutlich unter dem Landesdurchschnitt lag. Auch die Waldfläche war mit knapp einem Drittel unterdurchschnittlich. Dagegen war der Anteil der Gebäude- und Freifläche mit 15 % mehr als doppelt so groß wie für das Land insgesamt. Ähnliches gilt auch für die Verkehrsfläche und die Erholungsfläche. Im Vergleich zum Umlandverband waren die Anteile der Gebäude- und Freifläche sowie der Waldfläche geringer, die der Landwirtschaftsfläche jedoch größer.

Innerhalb des neuen Ballungsraumes lebten Ende 1999 rund 2,15 Mill. Menschen oder knapp 36 % der hessischen Bevölkerung. Mit 875 Einwohnern je km² war die Bevölkerungsdichte mehr als dreimal so groß wie im Landesdurchschnitt (287). Die Dichteziffer reicht hierbei von knapp unter bzw. über 100 in den Taunusgemeinden Weilrod (93) und Grävenwiesbach (118) über rund 1000 Einwohner je km² in den Städten Raunheim, Rüsselsheim und Bad Homburg vor der Höhe bis zu den Spitzenwerten von 2600 in Frankfurt am Main und Offenbach am Main. Allein diese Zahlen machen bereits deutlich, dass der Ballungsraum Kommunen unterschiedlichster Größe und Struktur umfasst.

Im Vergleich zum Umlandverband ist der neue Ballungsraum sowohl hinsichtlich der Fläche als auch von der Einwohnerzahl her deutlich größer. Allerdings ist die Bevölkerungsdichte wegen vieler einwohnerschwacher Gemeinden geringer. Gegenüber dem Rhein-Main-Ballungsraum weist die neue Region zwar eine größere Fläche, aber weniger Einwohner aus, da besonders einwohnerstarke Kommunen wie Wiesbaden und Darmstadt nicht zum Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main zählen.

Gebietsabgrenzungen für den Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main und den bisherigen Umlandverband Frankfurt



Räumliche Abgrenzung des Ballungsraums Frankfurt/Rhein-Main (A), des Umlandverbands Frankfurt (B) und des Rhein-Main-Ballungsraums (C)

Schl. Nr.	Stadt / Gemeinde	Region		
		A	B	C
411000	Darmstadt, St.			x
412000	Frankfurt am Main, St.	x	x	x
413000	Offenbach am Main, St.	x	x	x
414000	Wiesbaden			x
432006	Erzhausen			x
432008	Griesheim, St.			x
432023	Weiterstadt, St.			x
433002	Bischofsheim	x		x
433003	Büttelborn			x
433005	Ginsheim-Gustavsburg	x		x
433006	Groß-Gerau, St.	x		x
433007	Kelsterbach, St.	x	x	x
433008	Mörfelden-Walldorf, St.	x		x
433009	Nauheim	x		x
433010	Raunheim, St.	x		x
433012	Rüsselsheim, St.	x		x
434001	Bad Homburg v.d. Höhe, St.	x	x	x
434002	Friedrichsdorf, St.	x	x	x
434003	Glashütten	x	x	
434004	Grävenwiesbach	x	x	
434005	Königstein im Taunus, St.	x	x	x
434006	Kronberg im Taunus, St.	x	x	x
434007	Neu-Anspach	x	x	
434008	Oberursel (Taunus), St.	x	x	x
434009	Schmitten	x	x	
434010	Steinbach (Taunus), St.	x	x	x
434011	Usingen, St.	x	x	
434012	Wehrheim	x	x	
434013	Weilrod	x	x	
435006	Bruchköbel, St.	x		x
435007	Erlensee	x		x
435011	Großkrotzenburg	x		x
435013	Hammersbach	x		
435014	Hanau, St.	x		x
435017	Langenselbold, St.	x		
435019	Maintal, St.	x	x	x
435020	Neuberg	x		
435021	Nidderau, St.	x		
435022	Niederdorfelden	x		
435023	Rodenbach	x		x
435024	Ronneburg	x		
435026	Schöneck	x		

Schl.- Nr.	Stadt / Gemeinde	Region		
		A	B	C
436001	Bad Soden am Taunus, St.	x	x	x
436002	Eppstein, St.	x	x	x
436003	Eschborn, St.	x	x	x
436004	Flörsheim am Main, St.	x	x	x
436005	Hattersheim am Main, St.	x	x	x
436006	Hochheim am Main, St.	x	x	x
436007	Hofheim am Taunus, Kreisstadt	x	x	x
436008	Kelkheim (Taunus), St.	x	x	x
436009	Kriftel	x	x	x
436010	Liederbach am Taunus	x	x	x
436011	Schwalbach am Taunus, St.	x	x	x
436012	Sulzbach (Taunus)	x	x	x
438001	Dietzenbach, St.	x	x	x
438002	Dreieich, St.	x	x	x
438003	Egelsbach	x	x	x
438004	Hainburg	x	x	x
438005	Heusenstamm, St.	x	x	x
438006	Langen (Hessen), St.	x	x	x
438007	Mainhausen	x	x	x
438008	Mühlheim am Main, St.	x	x	x
438009	Neu-Isenburg, St.	x	x	x
438010	Obertshausen, St.	x	x	x
438011	Rodgau, St.	x	x	x
438012	Rödermark, St.	x	x	x
438013	Seligenstadt, St.	x	x	x
439015	Taunusstein, St.			x
439017	Walluf			x
440002	Bad Nauheim, St.	x		
440003	Bad Vilbel, St.	x	x	x
440005	Butzbach, St.	x		
440007	Florstadt	x		
440008	Friedberg (Hessen), Kreisstadt	x		
440012	Karben, St.	x		
440015	Münzenberg, St.	x		
440017	Niddatal, St.	x		
440018	Ober-Mörlen	x		
440021	Reichelsheim (Wetterau), St.	x		
440022	Rockenberg	x		
440023	Rosbach v.d.Höhe, St.	x		
440024	Wölfersheim	x		
440025	Wöllstadt	x		
Gemeinden i n s g e s a m t		75	43	56

Region mit hohem Ausländeranteil

Neben einer hohen Bevölkerungsdichte zeichnet sich der Ballungsraum insgesamt durch einen hohen Ausländeranteil aus. Gut die Hälfte der in Hessen lebenden Ausländer wohnt nämlich innerhalb des Ballungsraums, was einem Anteil von über 17 % der dortigen Bevölkerung entspricht, gegenüber 12 % hessenweit. Überdurchschnittlich hohe Ausländeranteile finden sich in den Städten Kelsterbach (32 %) und Dietzenbach (28 %) sowie in Raunheim, Offenbach am Main, Rüsselsheim und Frankfurt am Main, wo jeweils jeder vierte Einwohner nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besaß. Gering, nämlich unter 5 %, war der Anteil in den eher zu den kleineren Kommunen zählenden Gemeinden im Wetteraukreis Rockenberg, Münzenberg, Florstadt, Wölfersheim und Ober-Mörlen sowie in den Gemeinden des Main-Kinzig-Kreises Ronneburg und Hammersbach. Diese Daten sind Beleg für eine starke Konzentration der nichtdeutschen Bevölkerung im wirtschaftlichen Zentrum der Region.

Die Altersstruktur der Bevölkerung weicht von der des Landes nur geringfügig ab. Die jüngeren und älteren Jahrgänge sind relativ etwas schwächer besetzt, während die 15- bis unter 65-Jährigen im Ballungsraum einen größeren Anteil erreichen als im Land insgesamt. Dies entspricht weitgehend der Struktur im bisherigen Umlandverband und im Rhein-Main-Ballungsraum.

Anders als im Land Hessen übertraf 1999 im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main die Zahl der Geborenen die der Gestorbenen, sodass die natürliche Bevölkerungsbewegung ein — wenn auch nur schwaches — positives Vorzeichen hatte. Hierzu hat in hohem Maße die nichtdeutsche Bevölkerung beigetragen, deren günstige Altersstruktur einerseits zu einer relativ hohen Geburtenzahl führt, andererseits aber auch die Zahl der Sterbefälle günstig beeinflusst. Der Ballungsraum ist auch ein bevorzugtes Zuwanderungsgebiet, denn zwei Fünftel des gesamten hessischen Wanderungsgewinns (Saldo aus Zugezogenen und Fortgezogenen) von knapp 19 000 Personen entfielen 1999 auf den Ballungsraum. Beim nichtdeutschen Bevölkerungsteil errechnet sich sogar ein Anteil von 50 %. Bezogen auf 1000 Einwohner konnte der Ballungsraum 1999 eine Nettozuwanderung von dreieinhalb Personen und damit etwas mehr als im Landesdurchschnitt (3,12) verbuchen. Gegenüber dem Umlandverband und dem Rhein-Main-Ballungsraum lag die Quote geringfügig höher.

Innerhalb des Ballungsraums existiert hinsichtlich der natürlichen und der räumlichen Bevölkerungsbewegung ein deutliches Gefälle. So wies 1999 die Mainmetropole Frankfurt — wie 21 andere Kommunen des Ballungsraums — einen Sterbeüberschuss auf, während die Stadt Offenbach am Main und weitere 50 Gemeinden einen leichten Geburtenüberschuss hatten. In 2 Gemeinden waren Geburtenzahl und Sterbefälle gleich groß. Bei den Wanderungen mussten

16 Städte und Gemeinden Nettoabwanderungen hinnehmen, während die Mehrzahl der Kommunen teilweise deutliche Gewinne verbuchte, häufig durch den Zuzug von Ausländern.

Beschäftigte

Der neu gebildete Ballungsraum umschließt eine Wirtschaftsregion mit einem großen Angebot an Arbeitsplätzen. Fast die Hälfte (45 %) der knapp 2,1 Mill. sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer Hessens war Mitte 1998 hier beschäftigt. Für die Ausländer errechnet sich gar eine Quote von 63 %, gegenüber 43 % bei den Deutschen. Rund jeder zweite der 941 000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Ballungsraum zählte zum Bereich Verkehr, Kredit- und Versicherungswesen, Dienstleistungen. Damit lag diese Quote deutlich über dem Landesdurchschnitt (41 %), aber unterhalb der des bisherigen Umlandverbandes (52 %). Mit gut 14 % der Beschäftigten rangierte der Handel im Ballungsraum gleichauf wie im Land insgesamt und im Umlandverband. Dagegen reichte das Produzierende Gewerbe mit 29 % bei weitem nicht an den Landesdurchschnitt (35 %) heran, übertraf aber die Quote des Umlandverbandes (25 %). Die übrigen Bereiche, zu denen nach dem bisher geltenden Verzeichnis der Wirtschaftszweige für die Bundesanstalt für Arbeit, Ausgabe 1973, die Wirtschaftsabteilungen „Organisationen ohne Erwerbscharakter und private Haushalte“ sowie „Gebietskörperschaften und Sozialversicherung“ zählen, lagen mit einem Beschäftigtenanteil von gut 8 % unter dem Landesdurchschnitt. Gleiches gilt auch für die Beschäftigten in der Land- und Forstwirtschaft.

Innerhalb des Ballungsraums nehmen die Städte Frankfurt am Main und Offenbach am Main hinsichtlich der Beschäftigung eine herausragende Stellung ein. Hier sind über die Hälfte der sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer der Region beschäftigt, mit einer deutlichen Konzentration im tertiären Sektor. Auch in einigen anderen Kommunen, etwa in den angrenzenden Städten Bad Homburg, Oberursel und Eschborn, ist der tertiäre Bereich für die Beschäftigungssituation von wesentlicher Bedeutung, während beispielsweise in Hanau und Rüsselsheim das Produzierende Gewerbe als Arbeitgeber dominiert.

Im Ballungsraum waren im September 1999 insgesamt knapp 2700 **Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes** (einschl. Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) mit über 184 000 Beschäftigten angesiedelt. Das waren ein Drittel aller hessischen Betriebe dieser Branche und 37 % der Beschäftigten. Über die Hälfte der Betriebe (mit im Allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten) zählte zu den Vorleistungsgüterproduzenten (darunter wesentliche Teile von Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden; Textilgewerbe; chemische Industrie; Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren; Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen

und Erden; Metallerzeugung und -bearbeitung; Druckgewerbe). Ein Viertel der Betriebe waren Verbrauchsgüterproduzenten des Ernährungs-, Bekleidungs- und Verlagsgewerbes sowie der Herstellung von Sportgeräten und Spielwaren. Ein Fünftel der Betriebe produzierte Investitionsgüter, waren also im Maschinen- und Fahrzeugbau, in der Herstellung von Metallerzeugnissen, Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen sowie in der Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik tätig. Damit weicht die Struktur im Ballungsraum nicht wesentlich von der des Umlandverbandes und des Landes insgesamt ab.

Wohnungsversorgung

Die Wohnungsversorgung im Ballungsraum insgesamt ist rein rechnerisch zwar etwas günstiger als im Landesdurchschnitt, da sich hier 2,1 Einwohner eine Wohnung teilen, gegenüber 2,2 im Land. Allerdings ist die zur Verfügung stehende Wohnfläche mit knapp 39 qm je Einwohner etwas geringer als im Landesdurchschnitt (40 qm). Noch deutlicher wird der Unterschied bei der Wohnfläche je Wohnung. Dies hängt damit zusammen, dass im Ballungsraum der Anteil der relativ großflächigen Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern mit rund einem Drittel deutlich niedriger ist als im Land insgesamt, wo jede zweite Wohnung zu dieser Kategorie zählt. Anders ausgedrückt: Im Ballungsraum spielt der Geschosswohnbau mit 3 oder mehr Wohnungen, der üblicherweise kleinere Wohnungen kennt, eine bedeutendere Rolle. Innerhalb des Ballungsraumes existieren allerdings erhebliche Unterschiede, denn die Gebäude- und Wohnungsstruktur ist in der Kernzone Frankfurt am Main und Offenbach am Main eine gravierend andere als in den kleineren Taunus- und Wetteraugemeinden, wo überwiegend Ein- und Zweifamilienhäuser das Bild prägen. Im Vergleich zum Umlandverband bestehen keine gravierenden Unterschiede, allerdings hat dort der Geschosswohnbau ein etwas größeres Gewicht.

Finanzen und Steuern

Der Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main ist der herausragende Wirtschaftsraum des Landes. Das zeigt sich nicht nur in der starken Position als Anbieter von Arbeitsplätzen und in der Produktion von Gütern und Dienstleistungen, sondern auch bei den kommunalen Finanzen. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, dass Umfang und Vergleichbarkeit der Daten der Kommunalfinanzen durch die Abgrenzung des Ballungsraums (einerseits Berücksichtigung der Kreisverwaltungen bei der Einbeziehung aller Gemeinden eines Kreises, andererseits ohne Berücksichtigung der Kreisverwaltungen bei einzelnen Gemeinden eines Kreises) leicht eingeschränkt sind. Insgesamt summierten sich 1999 für den Ballungsraum die Einnahmen des Verwaltungshaushalts auf knapp 11,2 Mrd. DM und die des Vermögenshaushalts auf rund 2,1 Mrd. DM. Ihnen standen Ausgaben des Verwaltungs-

haushalts von annähernd 10,1 Mrd. DM und von 2,3 Mrd. DM im Vermögenshaushalt gegenüber. Damit erreichten die Einnahmen des Verwaltungshaushalts fast zwei Fünftel des Landeswertes; beim Vermögenshaushalt war der Anteil mit 36 % etwas niedriger. Ähnlich hoch waren die Quoten bei den Ausgaben.

Als eine für die Finanzsituation einer Kommune bzw. Region wesentliche Größe gilt neben der Steuereinnahmekraft der Schuldenstand (hier alle haushaltsmäßig vereinnahmten Kredite, ohne die Schulden der kommunalen Eigenbetriebe und die Schulden der kommunalen Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen). Obwohl die Kommunen des Ballungsraums 1999 für die Schuldentilgung insgesamt fast 721 Mill. DM aufbrachten, bezifferten sich die Schulden Ende 1999 für den Ballungsraum insgesamt auf fast 7,9 Mrd. DM oder knapp 3700 DM je Einwohner. Damit lag die Pro-Kopf-Verschuldung deutlich über dem Landesdurchschnitt, aber niedriger als im bisherigen Umlandverband. Innerhalb des Ballungsraums gibt es eine weite Spanne bei der Verschuldung. Größter Schuldner war die Stadt Frankfurt mit 6660 DM je Einwohner, gefolgt von Hanau mit 6020 DM und Hochheim mit 4340 DM. Die mit Abstand niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung hatte die Stadt Heusenstamm mit lediglich 56 DM.

Unterschiedliche Steuereinnahmekraft

Mit knapp 6 Mrd. DM erreichten die Steuereinnahmen (kassenmäßigen Einnahmen aus Realsteuern, Gemeindeanteil an den Gemeinschaftssteuern, anderen Steuern sowie steuerähnlichen Einnahmen) der 75 Kommunen des Ballungsraumes 1999 rund 55 % der diesbezüglichen Einnahmen aller hessischen Städte und Gemeinden. Davon konnte allein die Stadt Frankfurt am Main über die Hälfte vereinnahmen. Die Steuereinnahmekraft je Einwohner lag für den Ballungsraum mit 2630 DM um mehr als zwei Fünftel über dem Landesdurchschnitt, entsprach in etwa dem Wert für den Rhein-Main-Ballungsraum, blieb aber deutlich unter der Ziffer für den Umlandverband. Hinsichtlich der Steuereinnahmekraft je Einwohner nimmt die vor den Toren Frankfurts liegende Stadt Eschborn eine Sonderstellung ein: 21 730 DM bedeuten das 5,65-fache von den 3840 DM, die sich für Frankfurt errechnen. Weitere 6 Kommunen — mit Ausnahme von Großkrotzenburg im Main-Kinzig-Kreis alle Anrainer von Frankfurt — hatten ebenfalls mehr als 3000 DM Steuereinnahmen je Einwohner. Die ungleiche Verteilung — lediglich 9 Städte übertrafen den Durchschnitt des Ballungsraumes — kommt auch darin zum Ausdruck, dass 32 Gemeinden über weniger als 1500 DM verfügten. Nimmt man den Landesdurchschnitt von 1825 DM zum Maßstab, so lagen 49 Kommunen des Ballungsraumes unterhalb dieses Wertes. Diese Zahlen unterstreichen, wie unterschiedlich die Steuereinnahmekraft der Gemeinden ist, die diesen Ballungsraum bilden.

Gebiet und Bevölkerung in Hessen, im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main, im Umlandverband Frankfurt und im Rhein-Main-Ballungsraum

Lfd. Nr. ¹⁾	Art der Angabe	Einheit	Stichtag — Jahr	Hessen	Ballungsraum Frankfurt/ Rhein-Main	Anteil Ballungsraum an Hessen (%)	Umlandverband Frankfurt	Anteil Umlandverband an Hessen (%)	Rhein-Main- Ballungsraum	Anteil Rhein-Main-B. an Hessen (%)
Gebiet										
1	Fläche	qkm	01.01.99	21 115	2 459	11,6	1 427	6,8	1 968	9,3
	Städte und Gemeinden	Anzahl	01.04.01	426	75	17,6	43	10,1	56	13,1
Bevölkerung										
2	Bevölkerung i n s g e s a m t	Anzahl	31.12.99	6 051 966	2 151 007	35,5	1 617 584	26,7	2 368 748	39,1
3	männlich	"	"	2 964 739	1 053 272	35,5	790 145	26,7	1 157 518	39,0
4		%	"	49,0	49,0	—	48,8	—	48,9	—
5	weiblich	Anzahl	"	3 087 227	1 097 735	35,6	827 439	26,8	1 211 230	39,2
6		%	"	51,0	51,0	—	51,2	—	51,1	—
10	Einwohner je qkm Fläche	Anzahl	"	287	875	—	1 133	—	1 203	—
	Von der Bevölkerung waren									
	... Jahre alt									
12	unter 6	%	"	6,0	5,9	34,7	5,8	25,7	5,8	37,7
14	6 bis unter 15	%	"	9,5	8,6	32,4	8,3	23,4	8,4	34,6
16	15 bis unter 65	%	"	68,3	69,9	36,4	70,2	27,5	69,9	40,1
18	65 oder älter	%	"	16,2	15,6	34,1	15,7	25,8	15,9	38,3
19	Deutsche Bevölkerung	Anzahl	"	5 321 458	1 776 745	33,4	1 318 688	24,8	1 934 324	36,3
34	Nichtdeutsche Bevölkerung	"	"	730 508	374 262	51,2	298 896	40,9	434 424	59,5
41	Anteil an der Bevölkerung insgesamt	%	"	12,1	17,4	—	18,5	—	18,3	—
50	Lebendgeborene	Anzahl	1999	58 996	21 128	35,8	15 942	27,0	23 535	39,9
53	Gestorbene	"	"	61 054	20 363	33,4	15 339	25,1	23 167	37,9
54	Mehr bzw. weniger (–) Geborene als									
	Gestorbene	"	"	– 2 058	765	—	603	—	368	—
55	Zugezogene insgesamt	"	"	399 061	155 796	39,0	120 197	30,1	169 234	42,4
58	Deutsche	"	"	277 015	94 353	34,1	69 921	25,2	99 725	36,0
61	Nichtdeutsche	"	"	122 046	61 443	50,3	50 276	41,2	69 509	57,0
64	Fortgezogene insgesamt	"	"	380 174	148 271	39,0	114 617	30,1	161 148	42,4
67	Deutsche	"	"	268 139	91 788	34,2	68 120	25,4	98 487	36,7
70	Nichtdeutsche	"	"	112 035	56 483	50,4	46 497	41,5	62 661	55,9
73	Wanderungsgewinn	"	"	18 887	7 525	39,8	5 580	29,5	8 086	42,8
76	Deutsche	"	"	8 876	2 565	28,9	1 801	20,3	1 238	13,9
79	Nichtdeutsche	"	"	10 011	4 960	49,5	3 779	37,7	6 848	68,4
	Wanderungsgewinn je 1000 Einwohner	"	"	3,12	3,50	—	3,45	—	3,41	—

1) Spalten-Nr. der Hessischen Gemeindestatistik 2000.

Flächennutzung und sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer in Hessen,
im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main, im Umlandverband Frankfurt und im Rhein-Main-Ballungsraum

Lfd. Nr. ¹⁾	Art der Angabe	Einheit	Stichtag — Jahr	Hessen	Ballungsraum Frankfurt/ Rhein-Main	Anteil Ballungsraum an Hessen (%)	Umland- verband Frankfurt	Anteil Umlandverband an Hessen (%)	Rhein-Main- Ballungs- raum	Anteil Rhein-Main-B. an Hessen (%)
Flächennutzung										
108	Landwirtschaftliche Betriebe	Anzahl	Mai 99	29 669	2 543	8,6	1 247	4,2	1 769	6,0
118	Landwirtschaftlich genutzte Fläche	ha	"	765 976	75 454	9,9	31 376	4,1	44 890	5,9
144	Gesamtfläche	"	01.01.97	2 111 477	245 857	11,6	142 739	6,8	196 850	9,3
	davon									
146	Gebäude- und Freifläche	%	"	7,0	14,8	—	17,5	—	19,2	—
148	Betriebsfläche	"	"	0,4	0,5	—	0,5	—	0,7	—
150	Erholungsfläche	"	"	0,8	1,9	—	2,3	—	2,9	—
152	Verkehrsfläche	"	"	6,5	8,8	—	9,6	—	10,1	—
154	Landwirtschaftsfläche	"	"	43,4	39,4	—	31,5	—	31,6	—
156	Waldfläche	"	"	39,9	32,2	—	36,6	—	32,9	—
158	Wasserfläche	"	"	1,3	1,5	—	1,4	—	1,9	—
160	Flächen anderer Nutzung	"	"	0,8	0,8	—	0,6	—	0,9	—
Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer										
82	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte i n s g e s a m t	Anzahl	30.06.98	2 093 024	940 822	45,0	769 263	36,8	1 102 265	52,7
	darunter im									
86	Produzierenden Gewerbe	"	"	730 489	270 487	37,0	189 033	25,9	309 239	42,3
88	Handel	"	"	296 984	137 390	46,3	112 700	37,9	158 126	53,2
90	Verkehr-, Kredit-, Versicherungswesen, Dienstleistungen	"	"	852 223	449 333	52,7	398 782	46,8	523 892	61,5
	darunter									
94	sozialversicherungspflichtig beschäftigte Ausländer	"	"	225 821	141 201	62,5	117 957	52,2	159 443	70,6
106	Beschäftigte in beruflicher Ausbildung	"	"	107 298	36 917	34,4	29 341	27,3	44 878	41,8

1) Spalten-Nr. der Hessischen Gemeindestatistik 2000.

Verarbeitendes Gewerbe, Bauhauptgewerbe sowie Gebäude und Wohnungen in Hessen,
im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main, im Umlandverband Frankfurt und im Rhein-Main-Ballungsraum

Lfd. Nr. ¹⁾	Art der Angabe	Einheit	Stichtag — Jahr	Hessen	Ballungsraum Frankfurt/ Rhein-Main	Anteil Ballungsraum an Hessen (%)	Umlandverband Frankfurt	Anteil Umlandverband an Hessen (%)	Rhein-Main- Ballungsraum	Anteil Rhein-Main-B. an Hessen (%)
Verarbeitendes Gewerbe										
161	Betriebe	Anzahl	Sep 99	8 212	2 684	32,7	2 061	25,1	2 833	34,5
162	Beschäftigte	"	"	493 086	184 167	37,3	123 952	25,1	213 065	43,2
163	Vorleistungsgüterproduzenten (Betriebe)	"	"	4 469	1 401	31,3	1 066	23,9	1 450	32,4
165	Investitionsgüterproduzenten (Betriebe)	"	"	1 693	541	32,0	398	23,5	552	32,6
167	Gebrauchsgüterproduzenten (Betriebe)	"	"	246	68	27,6	43	17,5	59	24,0
169	Verbrauchsgüterproduzenten (Betriebe)	"	"	1 804	674	37,4	554	30,7	772	42,8
Bauhauptgewerbe										
171	Betriebe	"	Jun 99	5 453	1 513	27,7	1 096	20,1	1 653	30,3
172	Beschäftigte	"	"	64 329	19 480	30,3	15 820	24,6	.	.
Gebäude und Wohnungen										
199	Wohnungsbestand	Anzahl	31.12.99	2 709 516	1 021 637	37,7	788 822	29,1	1 152 481	42,5
208	Wohngebäudebestand	"	"	1 241 216	357 833	28,8	249 668	20,1	365 176	29,4
209	mit 1 Wohnung	%	"	58,6	53,0	26,1	50,7	17,4	49,5	24,9
210	mit 2 Wohnungen	"	"	25,0	22,0	25,3	20,5	16,5	21,4	25,1
211	mit 3 oder mehr Wohnungen	"	"	16,4	25,0	44,0	28,8	35,3	29,1	52,2
	Belegungsdichte (Einwohner je Wohnung)	Anzahl	"	2,23	2,11	—	2,05	—	2,06	—
206	Wohnräume i n s g e s a m t	"	"	12 279 871	4 254 893	34,6	3 203 863	26,1	4 684 759	38,1
	Wohnräume je Einwohner	"	"	2,03	1,98	—	1,98	—	1,98	—
207	Wohnfläche i n s g e s a m t	1000 qm	"	243 741	83 353	34,2	62 469	25,6	91 224	37,4
	Wohnfläche je Wohnung	qm	"	89,96	81,59	—	79,19	—	79,15	—
	Wohnfläche je Einwohner	"	"	40,27	38,75	—	38,62	—	38,51	—

1) Spalten-Nr. der Hessischen Gemeindestatistik 2000.

Finanzen und Steuern der Gemeinden und Gemeindeverbände in Hessen,
im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main, im Umlandverband Frankfurt und im Rhein-Main-Ballungsraum

Lfd. Nr. ¹⁾	Art der Angabe	Einheit	Stichtag — Jahr	Hessen	Ballungsraum Frankfurt/ Rhein-Main	Anteil Ballungsraum an Hessen (%)	Umlandverband Frankfurt	Anteil Umlandverband an Hessen (%)	Rhein-Main- Ballungsraum	Anteil Rhein-Main-B. an Hessen (%)
Gesamteinnahmen										
223	Verwaltungshaushalt	1000 DM	1999	28 985 625	11 175 238	38,6	9 550 898	33,0	12 305 083	42,5
224	Vermögenshaushalt	"	"	5 773 121	2 080 624	36,0	1 692 132	29,3	2 312 962	40,1
Gesamtausgaben										
225	Verwaltungshaushalt	"	"	27 623 015	10 099 062	36,6	8 498 276	30,8	11 191 931	40,5
226	Vermögenshaushalt	"	"	6 102 083	2 291 108	37,5	1 869 275	30,6	2 491 917	40,8
227	darunter Bauausgaben	"	"	2 409 428	738 927	30,7	553 770	23,0	756 495	31,4
2 28	Schuldenstand	"	31.12.99	17 891 606	7 864 705	44,0	6 796 865	38,0	8 743 705	48,9
229	Schuldenstand je Einwohner	DM	"	2 961	3 663	—	4 209	—	3 697	—
230	Kreditaufnahme	1000 DM	1999	1 476 644	411 246	27,9	337 317	22,8	514 096	34,8
232	Schuldentilgung	"	"	1 612 136	720 976	44,7	647 376	40,2	790 482	49,0
2 35	Personalausgaben i n s g e s a m t	"	"	6 214 298	2 397 382	38,6	1 912 825	30,8	2 751 184	44,3
236	Anteil am Verwaltungshaushalt	%	"	22,5	23,7	—	22,5	—	24,6	—
237	je Einwohner	DM	"	1 028	1 117	—	1 184	—	1 163	—
2 38	Steuereinnahmen i n s g e s a m t	1000 DM	"	10 910 306	5 960 796	54,6	5 140 150	47,1	6 713 313	61,5
239	Steuereinnahmekraft									
	je Einwohner	DM	"	1 825	2 632	—	2 949	—	2 647	—
242	Gewerbesteuereinnahmen	1000 DM	"	4 739 201	3 196 851	67,5	2 910 009	61,4	3 593 387	75,8
244	Realsteueraufbringungskraft									
	je Einwohner	DM	"	1 174	1 942	—	2 281	—	1 954	—

1) Spalten-Nr. der Hessischen Gemeindestatistik 2000.

**Lohn- und Einkommensteuerpflichtige sowie Umsatzsteuerpflichtige nach Wirtschaftsbereichen in Hessen,
im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main, im Umlandverband Frankfurt und im Rhein-Main-Ballungsraum**

Lfd. Nr. ¹⁾	Art der Angabe	Einheit	Stichtag — Jahr	Hessen	Ballungsraum Frankfurt/ Rhein-Main	Anteil Ballungsraum an Hessen (%)	Umlandverband Frankfurt	Anteil Umlandverband an Hessen (%)	Rhein-Main- Ballungsraum	Anteil Rhein-Main-B. an Hessen (%)
Lohn- und Einkommensteuer										
264	Lohn- und Einkommensteuerpflichtige	Anzahl	1995	2 144 057	802 119	37,4	606 128	28,3	894 123	41,7
266	Gesamtbetrag der Einkünfte je Steuerpflichtigen	DM	"	63 494	69 279	—	70 599	—	68 633	—
Umsatzsteuer										
273	Umsatzsteuerpflichtige	Anzahl	1998	225 997	91 948	40,7	72 344	32,0	100 776	44,6
274	Lieferungen und Leistungen je Umsatzsteuerpflichtigen	Mill. DM "	" "	686 697 3,039	405 901 4,414	59,1 —	330 580 4,570	48,1 —	481 568 4,779	70,1 —
Verarbeitendes Gewerbe										
275	Umsatzsteuerpflichtige	Anzahl	"	22 842	7 774	34,0	6 001	26,3	8 351	36,6
276	Lieferungen und Leistungen je Umsatzsteuerpflichtigen	Mill. DM "	" "	219 207 9,597	134 001 17,237	61,1 —	95 451 15,906	43,5 —	158 342 18,961	72,2 —
Handel, Kfz-Reparatur u. a.										
277	Umsatzsteuerpflichtige	Anzahl	"	56 775	21 564	38,0	16 505	29,1	23 440	41,3
278	Lieferungen und Leistungen je Umsatzsteuerpflichtigen	Mill. DM "	" "	198 474 3,496	91 614 4,248	46,2 —	75 217 4,557	37,9 —	126 814 5,410	63,9 —
Grundstücks- und Wohnungswesen u. a.										
281	Umsatzsteuerpflichtige	Anzahl	"	62 960	29 766	47,3	24 390	38,7	33 154	52,7
282	Lieferungen und Leistungen je Umsatzsteuerpflichtigen	Mill. DM "	" "	112 225 1,782	74 685 2,509	66,5 —	61 857 2,536	55,1 —	82 963 2,502	73,9 —
Sonstige öffentliche und persönliche Dienstleistungen										
283	Umsatzsteuerpflichtige	Anzahl	"	25 155	11 976	47,6	9 396	37,4	13 193	52,4
284	Lieferungen und Leistungen je Umsatzsteuerpflichtigen	Mill. DM "	" "	15 662 0,623	8 004 0,668	51,1 —	7 110 0,757	45,4 —	11 334 0,859	72,4 —
Übrige Wirtschaftsabschnitte ²⁾										
285	Umsatzsteuerpflichtige	Anzahl	"	58 265	20 868	35,8	16 052	27,5	22 638	38,9
286	Lieferungen und Leistungen je Umsatzsteuerpflichtigen	Mill. DM "	" "	141 130 2,422	97 596 4,677	69,2 —	90 944 5,666	64,4 —	102 115 4,511	72,4 —

1) Spalten-Nr. der Hessischen Gemeindestatistik 2000. — 2) Land- und Forstwirtschaft; Fischerei und Fischzucht; Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden; Energie- und Wasserversorgung; Baugewerbe; Gastgewerbe; Verkehr und Nachrichtenübermittlung; Kredit- und Versicherungsgewerbe; Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung; Erziehung und Unterricht sowie Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen.

Dies macht auch die Betrachtung der durchschnittlichen Einkünfte eines Steuerpflichtigen deutlich. Aus der Lohn- und Einkommensteuerstatistik des Jahres 1995 errechnet sich für den Ballungsraum insgesamt ein Gesamtbetrag der Einkünfte von rund 69 300 DM je Steuerpflichtigen, der um 9 % über dem Hessenwert liegt. Leicht übertroffen wird auch die Ziffer für den Rhein-Main-Ballungsraum, während die des Umlandverbandes nicht ganz erreicht wird. Mit jeweils über 100 000 DM je Steuerpflichtigen liegen die Taunusgemeinden Königstein, Kronberg und Glashütten an der Spitze, während sich für die Steuerpflichtigen der Wetteraugemeinde Wölfersheim lediglich 55 000 DM errechnen. Insgesamt lagen 38 Kommunen bei den Einkünften je Steuerpflichtigen über und 37 unter dem Durchschnitt für den Ballungsraum insgesamt.

Auch bei den Umsatzsteuerpflichtigen lagen 1998 die steuerbaren Umsätze der Lieferungen und Leistungen je Steuerpflichtigen mit 4,41 Mill. DM deutlich über dem Landes-

durchschnitt von knapp über 3 Mill. DM, erreichten aber nicht ganz den entsprechenden Wert für den Umlandverband Frankfurt und für den Rhein-Main-Ballungsraum. Hierbei ist allerdings zu beachten, dass das Unternehmensprinzip bei der Umsatzsteuer bedingt, dass der von dem Hauptbetrieb und den Zweigstellen eines Unternehmens an verschiedenen Orten erzielte Umsatz nur insgesamt am Ort des Sitzes bzw. der Geschäftsleitung des Unternehmens ausgewiesen werden kann. Da viele — auch überregional tätige — Unternehmen ihren Sitz in Frankfurt oder in unmittelbarer Umgebung haben, wird das Ergebnis des Ballungsraums Frankfurt/Rhein-Main, des Umlandverbandes und des Rhein-Main-Ballungsraums überzeichnet. Überdurchschnittlich hoch im Vergleich zum Landesergebnis waren hierbei insbesondere die steuerbaren Umsätze im Verarbeitenden Gewerbe, während bei den sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen der Landeswert nur geringfügig überschritten wurde. □

Beiträge zur Statistik Hessens

Nr.	Titel (G = mit Gemeindeergebnissen, K = Kreisergebnissen)	Umfang (Seiten)	Bezugspreis (DM)
323	Die Produktion des Verarbeitenden Gewerbes in Hessen 1995 und 1996	119	12,00
324	Die hessische Ausfuhr 1995	139	16,00
325	Die Einfuhr nach Hessen 1995	108	12,00
326	Die Industrie in den hessischen Stadt- und Landkreisen 1996 (K)	72	16,00
327	Straßenverkehrsunfälle in Hessen 1997 (K)	135	16,00
328	Die Umsätze und ihre Besteuerung in Hessen 1996 (K)	238	20,00
329	Öffentliche Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung in Hessen 1975 bis 1995 (K)	116	12,00
330	Die Produktion des Verarbeitenden Gewerbes in Hessen 1996 und 1997	117	12,00
331	Die hessische Ausfuhr 1996	139	16,00
332	Die Einfuhr nach Hessen 1996	108	12,00
333	Die Wahl zum Hessischen Landtag am 7. Februar 1999 (G)	227	20,00
334	Straßenverkehrsunfälle in Hessen 1998 (K)	135	16,00
335	Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1995	240	20,00
336	Die Produktion des Verarbeitenden Gewerbes in Hessen 1997 und 1998	116	12,00
337	Die Industrie in den hessischen Stadt- und Landkreisen 1997	77	20,00
338	Die Umsätze und ihre Besteuerung in Hessen 1997 (K)	240	24,00
339	Die hessische Ausfuhr 1997	138	20,00
340	Die Einfuhr nach Hessen 1997	109	16,00
341	Europawahl 1999		
	— Die Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments in Hessen am 13. Juni 1999 (G)	126	16,00
342	Die Wahl zum 14. Deutschen Bundestag in Hessen am 27. September 1998	221	24,00
343	Die Industrie in den hessischen Stadt- und Landkreisen 1998	90	12,00
344	Beherbergungskapazität in Hessen 1999 (G)	201	24,00
345	Die Umsätze und ihre Besteuerung in Hessen 1998 (K)	166	20,00
346	Indizes des Auftragseingangs und des Umsatzes im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen 1995 bis 1999	321	26,00
347	Straßenverkehrsunfälle in Hessen 1999 (K)	135	20,00
348	Gewerbsteuer in Hessen 1995 (G)	86	12,00
349	Die hessische Ausfuhr 1998	138	20,00
350	Die Einfuhr nach Hessen 1998	111	16,00
351	Die Produktion des Verarbeitenden Gewerbes in Hessen 1998 und 1999	39	10,00
352	Die Industrie in den hessischen Stadt- und Landkreisen 1999	93	12,00
353	Die veranlagten Einkommen in Hessen 1995 (G)	136	20,00
354	Straßenverkehrsunfälle in Hessen 2000 (K)	135	20,00

Entwicklung der Bauleistungspreise 2000

Entsprechend der allgemeinen Preisentwicklung sind auch die Bauleistungspreise im Jahr 2000 stärker als 1999 gestiegen. Der Wohnungsbau war 2000 um 1,2 % und der Straßenbau um 2,9 % teurer als im Vorjahr. 1999 hatten die entsprechenden Raten noch 0,2 bzw. 0,8 % betragen.

Stärkster Preisanstieg im Wohnungsbau seit 1995

Die sich Ende 1999 abzeichnende Tendenz wieder stärker steigender Wohnungsbaupreise hat sich im Jahr 2000 bestätigt; im Durchschnitt war der Neubau von Wohngebäuden (ohne Fertighäuser) um 1,2 % teurer als 1999. Das war der stärkste Preisauftrieb seit 1995. Im gesamten Zeitraum von 1995 bis 1999 haben die Wohnungsbaupreise dagegen lediglich um 0,2 % zugenommen. Von 1996 auf 1997 waren sie sogar um 0,4 % zurückgegangen und von 1997 auf 1998 sowie von 1998 auf 1999 um jeweils nur 0,2 % gestiegen. Damit wurde die seit Mitte 1996 anhaltende Phase sinkender oder — trotz einer Mehrwertsteuererhöhung zum 1. April 1998 — nur schwach steigender Wohnungsbaupreise Ende 1999 endgültig beendet. Der Anstieg der Wohnungsbaupreise blieb aber auch im Jahr 2000 deutlich unter dem der Verbraucherpreise, die von 1999 auf 2000 um 1,9 % zugenommen haben¹⁾.

Entwicklung der Wohnungsbaupreise, Straßenbau- und Verbraucherpreise

(Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber dem Vorjahr bzw. dem Vorjahresmonat in %)

Jahr Monat	Wohnungs- baupreise ¹⁾	Straßen- baupreise ¹⁾	Verbraucher- preise ²⁾
1992 D	5,8	5,2	3,9
1993 D	4,8	2,9	4,0
1994 D	2,3	-0,1	2,7
1995 D	2,6	0,1	1,4
1996 D	0,2	-1,2	1,1
1997 D	-0,4	-1,1	1,7
1998 D	0,2	-0,4	1,3
1999 D	0,2	0,8	0,9
2000 D	1,2	2,9	1,9
1999 Februar	0,5	0,9	0,4
Mai	-0,2	0,4	0,7
August	—	0,9	1,0
November	0,2	1,2	1,4
2000 Februar	1,1	2,5	2,1
Mai	1,1	2,7	1,5
August	1,2	2,6	1,7
November	1,4	3,4	2,1
2001 Februar	1,1	1,5	2,3

1) Gemessen am Preisindex für Neubauleistungen an Wohngebäuden konventioneller Bauart bzw. für den Straßenbau; einschl. Mehrwertsteuer. — 2) Gemessen am Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte.

*) Tel.: 0611/3802-635 · E-Mail: thefner@hsl.de

1) Gemessen am Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Hessen.

Entwicklung des Preisindex für Neubauleistungen an Wohngebäuden¹⁾ 2000 nach Bauarbeiten

Bauart	Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber dem Vorjahr bzw. dem Vorjahresmonat in %				
	Febr.	Mai	Aug.	Nov.	2000 D
Rohbauarbeiten z u s a m m e n	0,6	0,9	0,7	0,8	0,7
Erdarbeiten	0,4	1,4	1,1	0,8	0,9
Verbauarbeiten	-0,9	1,1	2,4	3,9	1,6
Rammarbeiten	-0,4	-1,3	-1,1	-1,3	-1,0
Entwässerungskanalarbeiten	-0,9	-0,9	-0,6	0,6	-0,5
Mauerarbeiten	1,9	2,0	1,1	0,9	1,4
Beton- und Stahlbetonarbeiten	-0,1	0,2	0,3	0,9	0,3
Zimmer- und Holzbauarbeiten	—	-0,4	-0,3	-0,9	-0,4
Stahlbauarbeiten	0,8	1,3	1,1	1,7	1,3
Abdichtungsarbeiten	2,3	2,7	3,6	4,0	3,1
Dachdeckungs- und Dach- abdichtungsarbeiten	0,5	0,9	0,9	0,4	0,7
Klempnerarbeiten	1,2	0,9	2,2	2,2	1,7
Gerüstarbeiten	-0,4	0,2	0,4	0,4	0,2
Ausbauarbeiten z u s a m m e n	1,4	1,5	1,8	2,0	1,7
Naturwerksteinarbeiten	1,6	3,1	3,4	5,2	3,4
Betonwerksteinarbeiten	2,8	2,8	2,3	3,5	2,7
Putz- und Stuckarbeiten	0,2	-0,3	-0,2	-0,1	-0,1
Trockenbauarbeiten	2,2	2,2	3,0	3,6	2,8
Fliesen- und Plattenarbeiten	-1,1	0,1	-0,2	-0,3	-0,4
Estricharbeiten	0,7	1,1	3,1	4,5	2,3
Gussasphaltparbeiten	9,5	12,3	9,7	8,3	10,0
Tischlerarbeiten	2,8	2,9	2,9	2,8	2,9
Parkettarbeiten	1,3	1,4	1,3	1,8	1,4
Rolladenarbeiten	2,0	1,0	1,8	1,3	1,5
Metallbauarbeiten	2,1	2,4	2,5	2,9	2,4
Verglasungsarbeiten	1,2	3,5	4,5	5,3	3,6
Maler- und Lackierarbeiten	-0,8	-0,9	-0,9	0,5	-0,6
Bodenbelagarbeiten	1,0	0,9	1,0	1,1	1,0
Tapezierarbeiten	1,0	0,9	0,5	-0,2	0,5
Raumlufttechnische Anlagen	0,9	0,9	1,9	1,8	1,4
Heiz- und zentrale Wasser- erwärmungsanlagen	1,9	1,6	2,7	2,7	2,2
Gas-, Wasser- und Abwasser- installationsarbeiten	1,4	1,0	1,6	1,9	1,4
Elektrische Kabel- und Leitungsanlagen	2,5	2,8	2,4	2,7	2,6
Gebäudeautomation	2,0	2,6	2,3	2,9	2,4
Blitzschutzanlagen	2,8	1,1	1,1	1,1	1,5
Dämmarbeiten an technischen Anlagen	0,6	0,8	1,2	1,7	1,1
Förder-, Aufzugsanlagen, Fahrtreppen, -steige	2,9	4,1	1,6	3,3	3,0
I n s g e s a m t	1,1	1,1	1,2	1,4	1,2

1) Wohngebäude konventioneller Bauart; einschl. Mehrwertsteuer; Wägungsschema 1995.

Bereits zur Jahreswende 1999/2000 beschleunigte sich der Preisauftrieb. Schon im Februar 2000 und dann auch im Mai war der Wohnungsbau um 1,1 % teurer als vor Jahresfrist. Noch im November 1999 hatte die im Jahresvergleich gemessene Teuerung bei nur 0,2 % gelegen. Anschließend nahm der Preisauftrieb leicht zu und lag im August bei 1,2 % und im November 2000 schließlich bei 1,4 %.

Auch bei der kurzfristigen, von Vierteljahr zu Vierteljahr gemessenen Preisentwicklung war zur Jahreswende 1999/2000 ein Preissprung zu verzeichnen. Die Wohnungsbaupreise waren im Februar 2000 um 0,7 % höher als im November 1999. Bis Mai stiegen sie dann nochmals um 0,2 %, bis August um weitere 0,3 % und bis November noch einmal um 0,2 %. Insgesamt sind die Wohnungsbaupreise im Ver-

Preisindizes für Bauwerke¹⁾ seit 1996
(1995 = 100)

Jahr Monat	Neubau von Wohngebäuden			Nichtwohngebäude		Sonstige Bauwerke	
	Wohngebäude insgesamt	davon		Bürogebäude	Gewerbliche Betriebs- gebäude	Straßenbau	Orts- kanalisations- anlagen
		Rohbau- arbeiten	Ausbau- arbeiten				
1996 D	100,2	99,6	100,8	100,5	100,8	98,8	99,8
1997 D	99,8	98,2	101,3	100,1	100,4	97,7	98,8
1998 D	100,0	98,1	102,0	100,5	100,8	97,3	99,3
1999 D	100,2	97,9	102,4	100,6	100,9	98,1	99,2
2000 D	101,4	98,6	104,1	102,3	102,2	100,9	100,0
1999 Februar	99,9	97,8	102,1	100,4	100,7	97,6	99,4
Mai	100,1	97,7	102,4	100,5	100,8	97,9	99,2
August	100,3	98,1	102,5	100,7	101,0	98,3	99,2
November	100,3	97,9	102,6	100,7	101,0	98,6	99,0
2000 Februar	101,0	98,4	103,5	101,8	101,7	100,0	99,7
Mai	101,2	98,6	103,9	102,1	102,0	100,5	99,8
August	101,5	98,8	104,3	102,4	102,3	100,9	100,0
November	101,7	98,7	104,7	102,8	102,7	102,0	100,4
2001 Februar	102,1	98,5	105,6	103,2	103,0	101,5	100,3
Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber dem jeweiligen Vormonat in %							
1999 Februar	-0,2	-0,2	—	-0,2	-0,4	0,2	—
Mai	0,2	-0,1	0,3	0,1	0,1	0,3	-0,2
August	0,2	0,4	0,1	0,2	0,2	0,4	—
November	—	-0,2	0,1	0,2	0,2	0,4	—
2000 Februar	0,7	0,5	0,9	1,1	0,7	1,4	0,7
Mai	0,2	0,2	0,4	0,3	0,3	0,5	0,1
August	0,3	0,2	0,4	0,3	0,3	0,4	0,2
November	0,2	-0,1	0,4	0,4	0,4	1,1	0,4
2001 Februar	0,4	-0,2	0,9	0,4	0,3	-0,5	-0,1
Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber dem jeweiligen Vorjahr bzw. Vorjahresmonat in %							
1996 D	0,2	-0,4	0,8	0,5	0,8	-1,2	-0,2
1997 D	-0,4	-1,4	0,5	-0,4	-0,4	-1,1	-1,0
1998 D	0,2	-0,1	0,7	0,4	0,4	-0,4	0,5
1999 D	0,2	-0,2	0,4	0,1	0,1	0,8	-0,1
2000 D	1,2	0,7	1,7	1,7	1,3	2,9	0,8
1999 Februar	0,5	0,3	0,8	0,6	0,7	0,9	0,6
Mai	-0,2	-0,7	0,1	-0,3	-0,2	0,4	-0,3
August	—	-0,4	0,3	—	-0,1	0,9	-0,2
November	0,2	-0,1	0,5	0,1	-0,1	1,2	-0,4
2000 Februar	1,1	0,6	1,4	1,4	1,0	2,5	0,3
Mai	1,1	0,9	1,5	1,6	1,2	2,7	0,6
August	1,2	0,7	1,8	1,7	1,3	2,6	0,8
November	1,4	0,8	2,0	2,1	1,7	3,4	1,4
2001 Februar	1,1	0,1	2,0	1,4	1,3	1,5	0,6

1) Einschl. Umsatz- (Mehrwert-)steuer.

lauf des Jahres 2000 (von November 1999 auf November 2000) damit um 1,4 % gestiegen, wobei der Schwerpunkt der Preiserhöhung bereits zu Jahresanfang lag.

Sowohl Roh- als auch Ausbau von Wohngebäuden verteuert

Maßgebend für das Anziehen der Teuerung im Wohnungsbau war, dass auch die Preise für den Rohbau von Wohngebäuden wieder zugenommen haben. Nachdem sie vom Jahresdurchschnitt 1995 bis zum Jahresdurchschnitt 1999 insgesamt um 2,1 % gesunken waren, stiegen die Rohbaupreise von 1999 auf 2000 wieder um 0,7 %. Im Mai 2000 lagen sie sogar um 0,9 % und im November immer noch um 0,8 % höher als im gleichen Monat des Vorjahres.

Die kurzfristige Preisentwicklung zeigt den Preissprung zur Jahreswende 1999/2000: Nachdem die Preise für den Rohbau von Wohngebäuden von August bis November 1999 noch um 0,2 % gesunken waren, zogen sie von November 1999 bis Februar 2000 um 0,5 % an. Bis Mai stiegen sie dann um weitere 0,2 % und bis August nochmals um den gleichen Prozentsatz. Von August auf November 2000 gingen sie dann aber um 0,1 % zurück.

Beim Ausbau von Wohngebäuden ist üblicherweise ein stärkerer Preisauftrieb als im Rohbau zu beobachten. Dies zeigt sich auch bei der kurzfristigen Preisentwicklung. Ausbauarbeiten waren im Februar 2000 um 0,9 % teurer als im November 1999. Von August auf November 2000 stiegen ihre Preise um 0,4 %. Der Anstieg der Jahresrate hat sich konti-

nuierlich beschleunigt. Im Februar 2000 waren Ausbauarbeiten bereits um 1,4 % und im November schließlich um 2,0 % teurer als ein Jahr zuvor. Im Durchschnitt des Jahres 2000 waren Ausbauarbeiten damit um 1,7 % teurer als 1999.

Auch bei Bürogebäuden Beschleunigung des Preisauftriebs

Für Bürogebäude sind die Bauleistungspreise im Jahr 2000 noch stärker als die für Wohngebäude gestiegen. Der Neubau von Bürogebäuden war 2000 im Durchschnitt um 1,7 % und im November sogar um 2,1 % teurer als ein Jahr zuvor. Allein von November 1999 bis Februar 2000 sind die Preise dabei um 1,1 % gestiegen. Noch von 1998 auf 1999 (jeweils Jahresdurchschnitt) hatten sie nur um 0,1 % zugenommen.

Straßenbaupreise stärker als Verbraucherpreise gestiegen

Den kräftigsten Anstieg der Bauleistungspreise gab es auch im Jahr 2000 wie bereits 1999 im Straßenbau. Der hessische Straßenbau war im Jahr 2000 im Durchschnitt um 2,9 % teurer als 1999. Das war der stärkste Anstieg der jahresdurchschnittlichen Teuerungsrate seit 1993. Erstmals seit 1992 sind die Straßenbaupreise im Jahresdurchschnitt damit wieder stärker als die Verbraucherpreise¹⁾ gestiegen. Von 1998 auf 1999 hatte sich der Straßenbau — unter dem Einfluss der zum 1. April 1998 in Kraft getretenen Mehrwertsteuererhöhung — um 0,8 % verteuert. Zuvor waren die Straßenbaupreise von Mai 1995 bis Februar 1998 kontinuierlich um ins-

gesamt 3,5 % zurückgegangen. Im Verlauf des Jahres 2000 hat sich der Preisauftrieb beschleunigt. Im Februar 2000 war der Straßenbau um 2,5 % und im November um 3,4 % teurer als jeweils ein Jahr zuvor.

Im Einzelnen stiegen die Preise für den Bau von Bundesautobahnen von 1999 auf 2000 im Durchschnitt um 3,0 % und die für den Bau von Bundes- und Landesstraßen um 2,5 %. Besonders stark verteuerte sich dabei der Bau von Straßen mit Oberbauschichten aus Asphalt, auf die knapp 30 % der Ausgaben im Straßenbau entfallen. Die Preise solcher Straßen waren im Februar 2000 um 5,6 % und im November um 7,4 % höher als jeweils ein Jahr zuvor. Aber auch für Erdarbeiten im Straßenbau (auf die ein Anteil von rund 33 % entfällt) zog die Teuerung an: Im Februar 2000 waren sie um 1,7 % und im November um 2,5 % teurer als vor Jahresfrist.

Nachlassende Teuerung im Februar 2001

Im Wohnungsbau nahm der Preisauftrieb zum Jahreswechsel 2000/2001 leicht und im Straßenbau stark ab. Der Neubau von Wohngebäuden (ohne Fertighäuser) war im Februar 2001 um 1,1 % teurer als ein Jahr zuvor. Im November 2000 hatten die Wohnungsbaupreise noch um 1,4 % höher als vor Jahresfrist gelegen. Diese Entwicklung wurde insbesondere durch den schwächeren Preisauftrieb bei den Rohbauarbeiten hervorgerufen. Im Straßenbau ging die am jeweils gleichen Monat des Vorjahres gemessene Teuerungsrate von 3,4 % im November 2000 auf 1,5 % im Februar 2001 zurück. □

Text zu Schaubild auf Seite 157

Im Jahr 2000 verunglückten 2862 Kinder und Jugendliche im Alter von 0 bis 14 Jahren im Straßenverkehr. 15 von ihnen starben, 564 wurden schwer- und 2283 eher leicht verletzt.

Daten zur Wirtschaftslage

Der aktuelle Beitrag der „Daten zur Wirtschaftslage“ muss leider ohne die Ergebnisse aus der Insolvenzstatistik erscheinen, da die Daten für das erste Quartal 2001 nicht rechtzeitig zum Redaktionsschluss vorlagen. — Das hessische Verarbeitende Gewerbe hat sich im ersten Quartal 2001 recht positiv entwickelt: Sowohl die Auftragseingänge als auch die Umsätze legten im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum zu. Leicht verbessert zeigte sich die Lage im hessischen Bauhauptgewerbe. Die Auftragseingänge lagen im ersten Quartal 2001 um 0,5 % und die Umsätze um 2,8 % über dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. Dagegen wurde nach wie vor deutlich Personal abgebaut. Das von den hessischen Bauaufsichtsbehörden genehmigte Hochbauvolumen lag im ersten Quartal dieses Jahres bei 1,4 Mill. m² Wohn- und Nutzfläche. Der Vorjahreswert wurde damit um 1,4 % verfehlt. Die hierfür veranschlagten reinen Baukosten erhöhten sich im Betrachtungszeitraum kräftig um 271 Mill. DM oder 11 % auf einen Betrag von 2,6 Mrd. DM. Die Umsatzentwicklung im hessischen Einzelhandel zeigte im ersten Quartal 2001 keine Belebung; damit setzte sich die verhaltene Entwicklung des Jahres 2000 fort. Das erste Quartal brachte dem gesamten Einzelhandelsbereich gegenüber dem ersten Vierteljahr 2000 ein Umsatzwachstum von nominal nur 0,1 %. Nach Ausschaltung der Preisveränderungen war dies ein Minus von etwas über 1 %. Der Arbeitsmarkt entwickelt sich weiter erfreulich: Die Zahl der Arbeitslosen ging im Beobachtungszeitraum um 26 600 oder 11 % auf 208 200 zurück. Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten hessischen Haushalte überschritt im ersten Vierteljahr 2001 das Vorjahresniveau im Durchschnitt um 2,1 % (viertes Quartal 2000: 2,0 %). Vor allem für Energie, aber auch für Nahrungsmittel zog die Teuerung an.

Auslandsnachfrage entwickelt sich unverändert günstiger als Inlandsnachfrage

Im ersten Quartal 2001 haben die **preisbereinigten Auftragseingänge** zur Lieferung von Gütern und Dienstleistungen im Verarbeitenden Gewerbe im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit um 5,8 % zugenommen. Noch immer war die Zunahme der Nachfrage aus dem Ausland mit einem Plus von 6,4 % höher als die aus dem Inland mit + 5,3 %. Im vierten Quartal des Vorjahres hatte das gesamte Verarbeitende Gewerbe ein Nachfrageplus im Jahresvergleich von 4,6 %; 6,4 % waren es im Durchschnitt des zweiten Halbjahres und 6,7 % im Jahresdurchschnitt. Stets lag der Zuwachs der Auslandsnachfrage über dem des Inlands.

In der Chemischen Industrie hat die Nachfrage im ersten Quartal dieses Jahres im Jahresvergleich um 3,1 % zugenommen. Dieser Anstieg war ausschließlich auf die Inlandsnachfrage zurückzuführen, die in den ersten drei Monaten dieses Jahres um 11 % über dem Vorjahresniveau lag. Aus dem Ausland wurden dagegen 2,5 % weniger Aufträge registriert als im ersten Vorjahresquartal. Im vierten Quartal des Vorjahres hatten die Gesamtbestellungen im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit um 5,0 % zugenommen, 7,2 % betrug der Anstieg im Durchschnitt des zweiten Halbjahres und 6,7 % im Jahresdurchschnitt. Dabei standen erheblichen Zuwächsen aus dem Ausland Nachfragerückgänge inländischer Auftraggeber gegenüber.

Das Nachfrageplus, das der Maschinenbau im ersten Quartal im Vergleich zur gleichen Vorjahreszeit erzielte (+ 2,2 %), stammte vor allem vom Ausland, das 13 % mehr Leistungen nachfragte als vor einem Jahr. Inländische Besteller hielten sich mit ihren Orders dagegen erheblich zurück und erteilten

6,3 % weniger Aufträge als im ersten Vorjahresquartal. Der geringe Nachfragezuwachs im Maschinenbau folgte auf recht kräftige Bestelltätigkeiten im vierten Quartal des Vorjahres (+ 13 %), die auch für den Durchschnitt des zweiten Halbjahres (+ 15 %) und den Jahresdurchschnitt (+ 16 %) registriert werden konnten. Stets war der Auslandsmarkt für den Maschinenbau der Motor der Entwicklung.

Die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen hatten im ersten Quartal noch immer unter einer schwachen Nachfrage zu leiden. Der Rückgang der Auftragseingänge im Vergleich zum ersten Quartal des Vorjahres um 5,5 % ging allerdings vor allem vom ausländischen Markt aus, von dem 15 % weniger Bestellungen als vor einem Jahr verbucht werden mussten. Die inländische Nachfrage lag dagegen um 5,1 % über Vorjahresniveau. Mit der Gesamtentwicklung bei den Herstellern von Kraftwagen und Kraftwagenteilen im ersten Quartal setzte sich die Entwicklung im vierten Quartal 2000 im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit (– 5,9 %) fort. Im Durchschnitt des zweiten Halbjahres musste ein jährlicher Rückgang der Nachfrage um 3,6 % und im Jahresdurchschnitt sogar um 9,3 % hingenommen werden. Diese negative Entwicklung ging sowohl von inländischen als auch von ausländischen Märkten aus.

Besonders günstige Auftragsentwicklungen konnten im ersten Quartal 2001 dagegen von der Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik mit einem Nachfrageplus von 30 % (Ausland: + 40 %; Inland: – 9,5 %), ferner von der Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik mit 17 % mehr Aufträgen als vor Jahresfrist (Ausland: + 18 %; Inland: + 16 %) gemeldet werden.

Auslandsumsatz bestimmt unverändert die Entwicklung

Das Verarbeitende Gewerbe erwirtschaftete im ersten Quartal 2001 einen **Umsatz** in Höhe von 40,2 Mrd. DM. Das waren 3,5 % mehr als in der entsprechenden Vorjahreszeit. Davon wurden 39 % auf ausländischen Märkten erzielt. Während der Auslandsumsatz im Vergleich zum ersten Quartal des Vorjahres um 4,6 % gesteigert werden konnte, betrug die Zunahme des Inlandsumsatzes nur 2,9 %.

Die Chemische Industrie meldete im ersten Quartal einen Gesamtumsatz von 9,3 Mrd. DM. Der Anteil des Auslandsumsatzes hieran belief sich auf 61 %. Die Steigerung des Gesamtumsatzes betrug im ersten Quartal im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit 4,9 %. Die Auslandsumsätze waren hieran mit einer Steigerung um 2,7 % beteiligt. Der Inlandsumsatz konnte sogar um 8,5 % gesteigert werden.

Der Maschinenbau erzielte im ersten Quartal Umsätze in Höhe von 4,3 Mrd. DM. 46 % davon wurden im Ausland erzielt. Die im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresquartal recht kräftige Zunahme des Gesamtumsatzes um 9,5 % wurde vor allem durch die beachtliche Steigerung des Auslandsumsatzes (+ 19 %) bewirkt. Der Inlandsumsatz konnte dagegen nur um 3,0 % erhöht werden.

Von den 4,9 Mrd. DM Umsatz, die im ersten Quartal von der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen erzielt wurden, entfielen 50 % auf das Geschäft mit ausländischen Kunden. Allerdings verfehlte die Branche den Umsatz des Vorjahresquartals mit – 9,6 % ganz erheblich. Hierfür waren sowohl die rückläufigen Umsätze im Auslandsgeschäft (– 14 %) als auch der verminderte Inlandsumsatz (– 5,3 %) verantwortlich.

Die Hersteller von Metallerzeugnissen meldeten im ersten Quartal einen Umsatz von 2,6 Mrd. DM. Davon wurden 25 % im Ausland erwirtschaftet. Die Umsatzsteigerung von insgesamt 7,7 % ergab sich aus einem Plus von 6,2 % in Geschäften mit ausländischen Kunden und einem Zuwachs im Inland von 8,1 %.

Leichte Besserung der Beschäftigtenentwicklung

Die Zahl der **Beschäftigten** im Verarbeitenden Gewerbe betrug im Durchschnitt des ersten Quartals noch rund 456 800 Personen. Das waren abermals 0,2 % weniger als im Durchschnitt der entsprechenden Vorjahreszeit. Der jährliche Beschäftigtenabbau blieb damit gegenüber dem vierten Quartal des Vorjahres unverändert.

In der Chemischen Industrie arbeiteten im Durchschnitt des ersten Quartals gut 63 800 Personen. Während im vierten Quartal des Vorjahres noch ein jährlicher Beschäftigtenrückgang registriert werden musste, konnte diesmal eine leichte Zunahme (+ 0,1 %) festgestellt werden.

Der Maschinenbau hat im Durchschnitt des ersten Quartals gut 62 500 Personen beschäftigt. Mit einem Rückgang von 0,9 % konnte auch dort die Beschäftigtenentwicklung verbessert werden, denn im vierten Quartal musste noch über einen Beschäftigtenabbau von 1,8 % berichtet werden.

Die Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen beschäftigte im Durchschnitt des ersten Quartals noch rund 57 700 Mitarbeiter/innen. Mit einem weiteren Rückgang im Vergleich zur gleichen Vorjahreszeit um 3,8 % hat sich hier noch kein nachhaltiger Wandel vollzogen.

Leichte Verbesserung der Auftragslage am Bau...

Die Auftragseingänge im hessischen Bauhauptgewerbe lagen im ersten Quartal geringfügig (+ 0,5 %) über Vorjahresniveau. Hierfür ist vor allem die günstige Auftragslage im Hochbau (+ 6,4 %) verantwortlich, während die Auftragseingänge im Tiefbau um 6,6 % unter Vorjahresniveau lagen. Im **Hochbau**¹⁾ bestimmten der öffentliche und Verkehrshochbau im Januar und Februar sowie der gewerbliche und industrielle Hochbau im Januar dieses Jahres die günstige Entwicklung. Daraus ergab sich im ersten Quartal beim gewerblichen und industriellen Hochbau eine Zunahme der Auftragseingänge um 16 % und beim öffentlichen und Verkehrshochbau ein Anstieg der Nachfrage um 10 %. Die Auftragseingänge im Wohnungsbau gingen dagegen um 17 % zurück. Die rückläufige Entwicklung im **Tiefbau**²⁾ wurde ausschließlich vom gewerblichen und industriellen Tiefbau (– 26 %) bestimmt. Vom öffentlichen und Verkehrstiefbau (+ 9,0 %) und dem Straßenbau (+ 0,3 %) wurde dagegen im ersten Quartal 2001 im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit ein Plus gemeldet.

... ebenso in der Umsatzentwicklung, ...

Mit 1,6 Mrd. DM baugewerblichem Umsatz im ersten Quartal meldete das hessische Bauhauptgewerbe ein um 2,8 % besseres Ergebnis als in der gleichen Vorjahreszeit. Die Umsatzsteigerung wurde vor allem vom gewerblichen und industriellen Bau (+ 15 %) bewirkt, wo der Hochbau einen Umsatzanstieg von 18 % meldete und auch im Tiefbau eine Steigerung gegenüber dem ersten Vorjahresquartal um 6,6 % registriert werden konnte. Der Umsatz im Wohnungsbau lag dagegen im ersten Quartal um 28 % niedriger als vor einem Jahr. Der öffentliche und Verkehrsbau konnte seinen Umsatz im ersten Quartal um lediglich 1,1 % verbessern. Zwar meldete der Hochbau insgesamt ein Umsatzplus von 22 %; ihm stand jedoch im Straßenbau (– 3,8 %) und im sonstigen Tiefbau (– 4,5 %) jeweils ein Minus gegenüber.

1) Der Hochbau setzt sich aus den Bauarten Wohnungsbau, gewerblicher und industrieller Hochbau sowie öffentlicher und Verkehrshochbau zusammen.—

2) Der Tiefbau setzt sich aus den Bauarten Straßenbau, gewerblicher und industrieller Tiefbau sowie öffentlicher und Verkehrstiefbau zusammen.

... aber keine Wende bei der Beschäftigtenentwicklung

Auf die Beschäftigungssituation wirkte sich die leicht positive Entwicklung bei Auftragseingängen und Umsätzen allerdings nicht aus. Mit im Durchschnitt des ersten Quartals rund 33 400 Beschäftigten lag der Stand um weitere 7,0 % unter dem entsprechenden Vorjahresniveau. Alle Beschäftigtenarten waren vom Abbau betroffen. Im Durchschnitt des ersten Quartals gab es 8,3 % weniger Facharbeiter, Poliere und Meister als vor Jahresfrist. Bei den kaufmännischen und technischen Angestellten betrug der jährliche Rückgang 7,1 %; 5,7 % waren es bei den tätigen Inhabern. Die Zahl der Fachwerker, Werker und sonstigen Beschäftigten wurde um 1,9 %, die der ausländischen Arbeitnehmer um 6,1 % reduziert und sogar 9,9 % betrug der Rückgang bei den Auszubildenden.

Wohnbau weiter auf Talfahrt, aber mehr Investitionen im Nichtwohnbau freigegeben

In den ersten drei Monaten des Jahres 2001 wurden von den hessischen Bauaufsichtsbehörden Hochbauten mit insgesamt 1,4 Mill. m² **Wohn- und Nutzfläche** genehmigt. Der Vorjahreswert wurde nur um 1,4 % verfehlt. Dabei lag der gemeldete Flächenbedarf an zusätzlichen Wohn- und Nutzflächen bei den öffentlichen Bauherren und Unternehmen sogar um 20 bzw. 14 % höher als im Vergleichszeitraum. Die öffentliche Hand setzte mit einem deutlich höheren Flächenbedarf sowohl im Wohnbau (+ 84 %) als auch im Nichtwohnbau (+ 13 %) ein positives Zeichen, obwohl sie als Bauherr einen eher kleinen Anteil am gesamten Baugeschehen hat³⁾. Die Bauherrengruppe der Unternehmen plant zusätzliche Flächen vor allem im Nichtwohnbau. Gegenüber dem ersten Vierteljahr 2000 waren rund 20 % mehr Wohn- und Nutzflächen in neuen Gebäuden und bei Baumaßnahmen beantragt worden. Der Flächenbedarf der Unternehmen stagnierte hingegen im Wohnbau. Die insgesamt negative Entwicklung bei den genehmigten Wohn- und Nutzflächen ist demnach auf die verminderte Bautätigkeit der privaten Haushalte zurückzuführen. Der Bedarf privater Haushalte an Wohn- und Nutzflächen war auch in diesem Quartal wieder geringer. Sie verminderten ihre Flächennachfrage bezogen auf den Anfang des Jahres 2000 um reichlich ein Fünftel auf 491 000 m².

Die veranschlagten **reinen Baukosten** für alle zum Bau freigegebenen Gebäude und Baumaßnahmen erhöhten sich im Vergleichszeitraum kräftig um 271 Mill. DM oder 11 %. Insgesamt lagen sie in den ersten drei Monaten des Jahres 2001 bei 2,6 Mrd. DM. Der Anstieg wurde in der Hauptsache durch geplante Bauvorhaben von Unternehmen und öffentlichen Bauherren verursacht. Die Unternehmen bezifferten die Baukosten für die von ihnen geplanten Bauvorhaben im

Vergleich zum ersten Quartal des Jahres 2000 um ein Drittel höher. Die Baukosten der öffentlichen Bauherren wurden zweimal so hoch veranschlagt wie im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Die Bauherrengruppe der Unternehmen beabsichtigt, kräftig im Nichtwohnbau zu investieren (+ 41 %). Aber auch im Wohnbau sind um 8 % höhere Investitionen vorgesehen. Die öffentlichen Bauherren verdoppelten ihr Investitionsvolumen sowohl im Wohn- als auch im Nichtwohnbau. Weiterhin rückläufig war die Investitionsbereitschaft der privaten Haushalte. Die veranschlagten Baukosten lagen hier 17 % unter denen der ersten drei Monate des Vorjahres.

Im ersten Quartal des Jahres 2001 genehmigten die hessischen Bauaufsichtsbehörden 2090 neue **Wohngebäude**. Das waren ein Fünftel weniger als im Vorjahresquartal. Während die Zahl der Baufreigaben im Geschosswohnbau um 2 % nur leicht zurückging — bei einem Anstieg der Zahl der Wohnungen um 5 % —, wurden für die Errichtung von Ein- bzw. Zweifamilienhäusern 22 bzw. 23 % weniger Baugenehmigungen erteilt. Zudem wurden auch 10 % weniger Baumaßnahmen an bestehenden Wohngebäuden freigegeben. Auf Grund der überwiegend regressiven Entwicklungen reduzierte sich die Zahl der in den Monaten Januar bis März 2001 zum Bau freigegebenen Wohnungen um 590 oder 11 % auf rund 4780⁴⁾. Die genehmigten Wohnflächen sowie die Baukosten verminderten sich im Vergleichszeitraum jeweils um 14 %.

Zu Beginn des Jahres 2001 war, wie schon im letzten Quartal 2000, eine kräftige Nachfrage nach zusätzlichen Nutzflächen in **Nichtwohngebäuden** zu verzeichnen. Die beantragten Flächen lagen mit zusammen 668 000 m² um 25 % über denen der ersten drei Monate des Vorjahres. Die veranschlagten reinen Baukosten in diesem Sektor stiegen gegenüber dem Vorjahresquartal sogar um 53 % auf 1,3 Mrd. DM. Schwerpunkte der geplanten Investitionstätigkeit werden mit einem Flächenbedarf von 188 000 m² und einem Investitionsvolumen von 478 Mill. DM Büro- und Verwaltungsgebäude sein, gefolgt von Handels- und Lagergebäuden (Flächenbedarf: 158 000 m², veranschlagte Baukosten: 204 Mill. DM).

Einzelhandel kommt nicht in Schwung

Nachdem im vergangenen Jahr die in Hessen tätigen Einzelhändler keine weitere Belebung ihrer Geschäftstätigkeit feststellen konnten, brachte auch das erste Vierteljahr 2001 gegenüber dem ersten Vierteljahr 2000 keine Trendumkehr. Nominal wuchs der Umsatz nur äußerst gering um 0,1 %. Nach Ausschaltung der Preisveränderungen war dies ein reales Minus von etwas über 1 %. Beim Einzelhandel im enge-

3) Der Anteil am gesamten Hochbauvolumen liegt durchschnittlich bei 5 %.

4) Die Gesamtzahl der genehmigten Wohnungen beinhaltet auch 650 Wohnungen, die durch Baumaßnahmen an Gebäuden entstehen sollen. Sie bezieht sich ausschließlich auf den Wohnbau. Wohnungen, die durch Neubau oder Baumaßnahmen in Nichtwohngebäuden entstanden sind, werden hier nicht berücksichtigt.

Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen

Jahr Monat Vierteljahr	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾			Bauhauptgewerbe ³⁾		Einzelhandel	Preise	Arbeitsmarkt ⁷⁾					
	Volumenindex des Auftragseingangs ²⁾ 1995 = 100			Beschäftigte	Index des Auftrags-eingangs ⁴⁾ 1995 = 100	Beschäftigte	Index der Um-sätze ⁵⁾ 1995 = 100	Preis-index für die Lebens-haltung ⁶⁾ 1995 = 100	Arbeits-lose ⁸⁾	Arbeits-losen-quote ⁹⁾	Offene Stellen ⁸⁾	Kurz-arbeit (Personen) ¹⁰⁾	
	ins-gesamt	Inland	Ausland										
Grundzahlen ¹¹⁾													
1998 D	105,8	101,1	114,5	470 074	83,1	40 519	101,5	104,1	254 050	10,0	26 021	6 505	
1999 D	98,6	92,9	109,2	464 707	86,6	37 865	102,8	105,0	239 257	9,4	30 650	6 396	
2000 D	105,2	96,3	121,7	459 468	85,1	35 786	103,1	107,0	214 875	8,1	37 527	5 156	
2000	Februar	101,6	91,7	119,9	457 454	61,4	35 832	96,4	106,4	236 497	9,2	37 020	6 916
	März	118,0	108,8	135,1	457 904	93,7	35 528	111,0	106,6	228 878	8,9	39 531	6 424
	1. Vj. D	104,2	94,4	122,4	457 650	68,9	35 881	99,4	106,4
	April	96,8	90,7	108,0	457 630	65,4	35 782	103,3	106,5	221 800	8,3	41 222	6 841
	Mai	110,9	103,5	124,4	457 890	140,4	35 914	112,5	106,4	211 812	7,9	40 438	5 606
	Juni	105,7	93,2	128,8	459 745	84,0	35 764	95,8	106,9	213 076	8,0	39 841	4 047
	2. Vj. D	104,5	95,8	120,4	458 422	96,6	35 820	103,9	106,6
	Juli	100,4	93,9	112,3	460 138	102,4	35 806	96,3	107,4	213 256	8,0	39 929	3 096
	August	105,4	102,7	110,5	462 039	74,6	35 922	101,0	107,3	206 753	7,7	38 512	4 486
	September	112,9	101,3	134,4	461 887	110,6	35 878	100,5	107,8	201 102	7,5	38 139	4 924
	3. Vj. D	106,2	99,3	119,1	461 355	95,9	35 869	99,3	107,5
	Oktober	108,2	96,5	129,8	461 162	85,5	36 072	102,7	107,5	196 354	7,3	35 763	4 783
	November	110,0	99,9	128,7	461 091	76,0	35 726	110,1	107,7	195 173	7,3	34 950	4 518
	Dezember	99,5	90,2	116,7	459 084	76,3	34 930	116,5	107,6	200 261	7,5	35 012	4 523
	4. Vj. D	105,9	95,5	125,1	460 446	79,3	35 576	109,8	107,6
	2001	Januar	105,1	94,6	124,5	457 265	64,6	33 622	96,8	108,1	211 728	7,9	37 651
Februar		107,1	92,0	134,8	456 130	62,5	33 250	91,0	108,8	210 709	7,9	41 524	8 431
März		118,5	111,5	131,2	456 909	80,5	33 197	110,9	108,9	204 313	7,6	43 155	8 160
1. Vj. D		110,2	99,4	130,2	456 768	69,2	33 356	99,5	108,6
Zu- bzw. Abnahme (–) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in % ¹¹⁾													
1998 D	3,0	7,1	– 3,0	– 2,3	– 12,7	– 10,9	1,4	1,3	– 2,6	.	21,7	– 44,8	
1999 D	– 6,8	– 8,1	– 4,6	– 1,1	4,2	– 6,5	1,3	0,9	– 5,8	.	17,8	– 1,7	
2000 D	6,7	3,7	11,4	– 1,1	– 1,7	– 5,5	0,3	1,9	– 10,2	.	22,4	– 19,4	
2000	Februar	12,4	10,9	14,7	– 2,0	– 0,5	– 3,6	8,6	2,1	– 8,9	.	21,2	– 22,4
	März	9,3	5,1	16,3	– 2,1	– 5,6	– 4,4	– 4,1	2,1	– 8,6	.	21,1	– 37,7
	1. Vj.	9,7	7,2	13,8	– 2,0	– 17,4	– 4,3	1,2	2,1
	April	– 2,9	– 3,5	– 1,9	– 1,3	– 9,6	– 4,0	0,9	1,6	– 9,4	.	23,4	– 21,7
	Mai	13,2	11,1	16,7	– 1,3	66,0	– 3,4	13,2	1,5	– 10,1	.	27,9	– 11,4
	Juni	2,8	– 4,9	15,4	– 0,9	– 21,3	– 4,3	– 6,3	1,9	– 8,7	.	27,1	– 41,8
	2. Vj.	4,3	0,7	10,1	– 1,2	9,9	– 3,9	2,5	1,7
	Juli	5,2	3,1	8,5	– 1,2	18,1	– 5,8	– 4,8	1,9	– 10,4	.	23,6	– 32,9
	August	13,3	11,8	16,4	– 1,0	– 20,8	– 6,5	6,5	1,7	– 10,9	.	21,5	27,7
	September	6,2	– 0,5	17,2	– 0,9	16,6	– 6,6	2,1	2,4	– 11,7	.	19,1	18,6
	3. Vj.	8,1	4,6	14,1	– 1,1	1,4	– 6,6	1,2	2,0
	Oktober	7,1	2,1	14,8	– 0,3	– 14,4	– 7,4	– 2,5	2,1	– 12,9	.	17,9	– 1,5
	November	1,7	1,2	2,3	– 0,2	27,8	– 7,3	– 0,8	2,1	– 13,3	.	20,8	– 26,1
	Dezember	5,4	3,0	9,2	– 0,2	– 15,7	– 7,6	– 6,0	1,8	– 12,8	.	15,3	3,9
	4. Vj.	4,6	2,0	8,5	– 0,2	– 4,8	– 7,4	– 3,2	2,0
	2001	Januar	12,9	14,4	11,1	– 0,1	25,6	– 7,3	6,4	1,9	– 11,4	.	16,6
Februar		5,4	0,3	12,4	– 0,3	1,7	– 7,2	– 5,6	2,3	– 10,9	.	12,2	21,9
März		0,4	2,5	– 2,9	– 0,2	– 14,2	– 6,6	– 0,1	2,2	– 10,7	.	9,2	27,0
1. Vj.		5,8	5,3	6,4	– 0,2	– 10,8	– 7,0	0,1	2,1
Zu- bzw. Abnahme (–) jeweils gegenüber dem Vormonat bzw. dem Vorquartal in % ¹¹⁾													
2000	Februar	9,1	10,9	7,0	– 0,0	19,4	– 1,2	15,1	0,3	– 1,0	.	14,7	21,1
	März	16,1	18,6	12,7	0,1	52,5	– 0,8	– 12,3	0,2	– 3,2	.	6,8	– 7,1
	1. Vj.	3,0	0,9	6,2	– 0,8	– 17,3	– 6,6	– 12,2	0,9
	April	– 18,0	– 16,6	– 20,1	– 0,1	– 30,3	0,7	– 6,9	– 0,1	– 3,1	.	4,3	6,5
	Mai	14,6	14,1	15,2	0,1	114,8	0,4	8,9	– 0,1	– 4,5	.	– 1,9	– 18,1
	Juni	– 4,7	– 10,0	3,5	0,4	– 40,2	– 0,4	– 14,8	0,5	0,6	.	– 1,5	– 27,8
	2. Vj.	0,3	1,5	– 1,6	0,2	40,2	– 0,2	4,5	0,2
	Juli	– 5,0	0,8	– 12,8	0,1	21,9	0,1	0,5	0,5	0,1	.	0,2	– 23,5
	August	5,0	9,4	– 1,6	0,4	– 27,1	0,3	4,9	– 0,1	– 3,0	.	– 3,5	44,9
	September	7,1	– 1,4	21,6	– 0,0	48,2	– 0,1	– 0,5	0,5	– 2,7	.	– 1,0	9,8
	3. Vj.	1,6	3,7	– 1,1	0,6	– 0,7	0,1	– 4,4	0,8
	Oktober	– 4,2	– 4,7	– 3,4	– 0,2	– 22,7	0,5	2,2	– 0,3	– 2,4	.	– 6,2	– 2,9
	November	1,7	3,5	– 0,8	– 0,0	– 11,1	– 1,0	7,2	– 0,1	– 0,6	.	– 2,3	– 5,5
	Dezember	– 9,5	– 9,7	– 9,3	– 0,4	0,3	– 2,2	5,8	– 0,1	2,6	.	0,2	0,1
	4. Vj.	– 0,3	– 3,8	5,0	– 0,2	– 17,3	– 0,8	10,6	0,1
	2001	Januar	5,6	4,9	6,7	– 0,4	– 15,3	– 3,7	– 16,9	0,5	5,7	.	7,5
Februar		1,9	– 2,7	8,3	– 0,2	– 3,3	– 1,1	– 6,0	0,6	– 0,5	.	10,3	37,8
März		10,6	21,2	– 2,7	– 0,2	28,7	– 0,2	21,9	0,1	– 3,0	.	3,9	– 3,2
1. Vi.		4,1	4,1	4,1	– 0,8	– 12,7	– 6,2	– 9,4	0,9

1) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten. Wegen der Umstellung auf die neuen EU-Klassifikationen ab 1995 sind Vorjahresvergleiche nicht möglich. — 2) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 3) Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten. — 4) Wertindex. — 5) Ohne Mehrwertsteuer. — 6) Alle privaten Haushalte. — 7) Quelle: Landesarbeitsamt Hessen. — 8) Bei Monatswerten Stand am Monatsende. — 9) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 10) Bei Monatswerten Stand Monatsmitte. — 11) Gegenüber der letzten Ausgabe teilweise berichtigte Ergebnisse.

ren Sinn, das heißt ohne Kraftfahrzeughandel und Tankstellen, wuchs der Umsatz nominal zwar um annähernd 1 %, real war dies jedoch ein Rückgang um 0,5 %.

Mehr in seinen Kassen hatte vor allem der Bereich „Apotheken, Sanitätshäuser, Drogerien und Parfümerien“ (nominal + 7 und real + 6 %). Die vom Umsatzanteil her bedeutendste Branche, der Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (hierzu zählen beispielsweise die Supermärkte und Kaufhäuser), konnte ihr Vorjahresniveau ebenfalls übertreffen. Die hierzu gehörenden Geschäfte hatten nominal knapp 2 % mehr Umsatz; real verblieb aber nur ein Plus von 0,4 %. Dagegen musste der Bereich „Kraftfahrzeughandel und Tankstellen“, der in der Vergangenheit das Gesamtergebnis für den Einzelhandel oft ausgesprochen positiv beeinflusst hatte, im Vergleich der ersten Quartale Umsatzeinbußen hinnehmen: Nominal waren es annähernd – 2 %, real sogar – 3 %. Auch der Facheinzelhandel hatte weniger in den Kassen. Im Vergleichszeitraum ging dort der Umsatz nominal und real um etwa 4 % zurück.

Abbau der Arbeitslosigkeit setzt sich unvermindert fort

Die Arbeitslosmeldungen aus dem ersten Quartal 2001 lagen nur geringfügig über dem Stand aus den Monaten Januar bis März 2000. Das lag wie schon im Vorquartal allein an den wieder zunehmenden Arbeitslosmeldungen von Personen, die zuvor keiner Erwerbstätigkeit nachgegangen waren. Denn die Arbeitslosmeldungen nach vorangegangener Erwerbstätigkeit bzw. betrieblicher Ausbildung blieben Dank einer auf Wachstumskurs befindlichen hessischen Wirtschaft weiterhin rückläufig, konnten diesen Anstieg aber nicht ganz kompensieren. Die Anzahl der von einer kürzeren als der betrieblichen Arbeitszeit betroffenen Personen erhöhte sich binnen Jahresfrist zwar um knapp ein Fünftel, dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass im ersten Quartal 2000 ein besonders niedriger Kurzarbeitsstand (statistischer Basiseffekt) herrschte. Der hauptsächlich durch das Baugewerbe ausgelöste Anstieg ist jahreszeitlich bedingt. Die Kurzarbeit im hessischen Ernährungsgewerbe im Zuge der BSE-Krise spielt dabei nur eine untergeordnete Rolle.

Der in den Monaten Januar bis März nur geringfügig gestiegenen Zahl der Arbeitslosmeldungen stand ein nun schon deutlich rückläufiges Angebot an Arbeitsplätzen gegenüber. Durch das verringerte Stellenangebot war der Vermittlungserfolg der Arbeitsverwaltung allerdings nur bei den Dauerarbeitsplätzen beeinträchtigt. Bei der Vermittlung von kurzfris-

tigen Tätigkeiten gab es dagegen einen ansehnlichen Zuwachs. Insgesamt schieden im ersten Quartal 2001 weniger Personen aus der Arbeitslosigkeit aus als vor Jahresfrist, wobei hier auch private Bemühungen um einen neuen Arbeitsplatz und das Erreichen der Altersgrenze eine Rolle spielen. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit hat im Berichtszeitraum das Ausmaß aus dem Vorjahr beibehalten. Im Durchschnitt der Monate Januar bis März 2001 wurden 208 200 Arbeitslose in Hessen registriert, rund 26 600 oder 11 % weniger als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Gegenüber dem Höchststand der Arbeitslosigkeit im ersten Quartal 1998 ist eine Abnahme um nahezu ein Viertel zu verzeichnen.

Energie heizt Teuerung an

Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Hessen war im ersten Quartal 2001 um 2,1 % höher als in der gleichen Zeit des Vorjahres. In den beiden letzten Quartalen des Vorjahres hatte die entsprechende Teuerungsrate jeweils 2,0 % betragen. Für einige Energieträger war weiterhin ein starker Preisauftrieb zu verzeichnen. So war Gas im ersten Quartal dieses Jahres im Durchschnitt um 30 % teurer als vor Jahresfrist, und die Umlagen für Zentralheizung und Fernwärme stiegen um knapp 35 %. Die Heizölpreise waren im ersten Quartal im Durchschnitt immer noch um 6,9 % höher als im ersten Quartal des Vorjahres; die Strompreise stiegen um 5 %. Kraftstoffe waren in den ersten drei Monaten dieses Jahres um 3,5 % teurer als vor Jahresfrist.

Für Nahrungsmittel zog die Teuerung an. Im ersten Quartal dieses Jahres waren sie im Durchschnitt um 2,1 % teurer als vor Jahresfrist. Im letzten Quartal 2000 hatte die entsprechende Rate nur 0,5 % betragen. Zuvor waren die Nahrungsmittelpreise seit dem zweiten Quartal 1999 jeweils niedriger als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Die Teuerung stieg zwar im Nahrungsmittelbereich allgemein an, jedoch war insbesondere für Fleisch und Fleischwaren in den ersten drei Monaten dieses Jahres ein stärkerer Preisauftrieb als in den vorausgegangenen Quartalen zu verzeichnen.

Wohnungsmieten haben die allgemeine Teuerung gedämpft. Einschl. Nebenkosten, aber ohne Heizung, waren sie im ersten Quartal nur um 0,5 % höher als vor Jahresfrist. Auch für Kleidung und Schuhe lag die entsprechende Teuerungsrate bei nur 0,1 %.

Im zweiten Vierteljahr 2001 zogen die Preise weiter an. Im April war der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Hessen bereits um 2,5 % und im Mai um 3,0 % höher als im gleichen Monat des Vorjahres. □

- Bei den **Kommunalwahlen** am 18. März wurden in die 21 hessischen Kreistage 1569 Volksvertreter gewählt, darunter 498 Frauen. Die Frauenquote nahm im Vergleich zu 1997 um knapp 2 Prozentpunkte auf rund 32 % zu. Am stärksten sind Frauen im Landkreis Kassel und im Main-Taunus-Kreis mit knapp 40 % vertreten. Dagegen ist in den Landkreisen Limburg-Weilburg und Waldeck-Frankenberg nur gut jede fünfte Abgeordnete weiblich. Von den vier im Landtag vertretenen Parteien haben nur die GRÜNEN und die SPD ihren Frauenanteil erhöht, bei der CDU blieb er unverändert und bei der F.D.P. schrumpfte er um mehr als die Hälfte. Die mit Abstand höchste Frauenpower haben die GRÜNEN mit 60 %. Es folgt die SPD mit einer Quote von 37 %. Bei den Christdemokraten ist gut jedes vierte Mandat von einer Frau besetzt und bei den Liberalen nur gut jedes fünfte. Stärker als in den Kreistagen sind Frauen in den Stadtverordnetenversammlungen der fünf hessischen kreisfreien Städte vertreten. Ihr Anteil erhöhte sich geringfügig auf rund 38 %. Die Abgeordneten der GRÜNEN sind zu rund 58 % weiblich. Die Frauenquote der SPD beträgt knapp 43 %, die der CDU rund 32 % und bei der F.D.P. sind nur gut 14 % der Mandatsträger Frauen. GRÜNE und SPD entsenden relativ mehr weibliche Abgeordnete als in der vergangenen Legislaturperiode, CDU gleich viele und Liberale weniger als die Hälfte.

- In der Bundesrepublik Deutschland laufen zurzeit Vorbereitungen für eine **neue Form der Volkszählung**. Es sollen — anders als bei der letzten Volkszählung des Jahres 1987 — nicht mehr alle Haushalte befragt werden. Unter anderem aus Kostengründen wird vielmehr die Gewinnung eines Teils der benötigten Daten aus vorhandenen Registern angestrebt. Da hiermit Neuland beschritten wird, sind unterschiedliche Tests vorgesehen. Zentrale Bedeutung kommt hierbei den Melderegistern zu, weshalb das Hessische Statistische Landesamt auf die Mitwirkung und Unterstützung der registerführenden Stellen in den Gemeinden angewiesen ist. Aus diesem Grund wurden die Gemeinden in den letzten Tagen über den derzeitigen Stand der Vorbereitungen, den zu erwartenden terminlichen Ablauf der Tests sowie die erforderlichen Vorarbeiten informiert. Der momentan in der parlamentarischen Beratung befindliche Gesetzentwurf für die Durchführung der Testerhebungen sieht zum Stichtag 19. September 2001 drei Stichproben aus den Melderegistern zur Überprüfung der Qualität dieser Register und damit deren Eignung für die künftige Volkszählung vor. Von diesen Tests sind alle Gemeinden betroffen; bestimmte Untersuchungen werden allerdings nur in ausgewählten Gemeinden durchgeführt. Gleichzeitig soll festgestellt werden, ob mit den neuen Erhebungsverfahren die Erstellung von kleinräumigen Ergebnissen weiterhin möglich ist. Dies ist sowohl für kommunale Planungen als auch für die künftige Mittelvergabe aus den EU-Strukturfonds von großer Bedeutung.

- Im Prüfungsjahr 2000 führten an den hessischen **Hochschulen** insgesamt 17 350 Prüfungen zu erfolgreichen Abschlüssen von Studium oder Promotion. Die Zahl der erfolgreichen **Abschlussprüfungen** ist gegenüber dem Vorjahr um 1300 zurückgegangen und liegt um 4750 unter dem Höchststand des Prüfungsjahres 1995. Dieser Rückgang ist in der bis Mitte der Neunzigerjahre rückläufigen Studienanfängerzahl begründet. Im Prüfungsjahr 2000 wurden neben 7800 Diplomprüfungen und entsprechenden Abschlüssen an Universitäten 4400 Diplomabschlüsse in Fachhochschulstudiengängen, 2000 Promotionen, 1600 Staatsprüfungen für ein Lehramt, 1250 staatliche Laufbahnprüfungen an Verwaltungsfachhochschulen und 300 sonstige Abschlüsse gemeldet. Fast die Hälfte aller erfolgreichen Abschlüsse wurde mit der Note gut bewertet, ein gutes Viertel mit sehr gut, ein knappes Viertel mit befriedigend und 3 % mit ausreichend.

- Die größte hessische allgemein bildende Schule ist die Gesamtschule in Freigericht mit 2347 Schülern, die kleinste die Sonderschule in Sinntal mit acht Schülern. Diese und weitere Informationen können dem soeben vom Hessischen Statistischen Landesamt veröffentlichten „**Verzeichnis der allgemein bildenden Schulen in Hessen, Ausgabe 2001**“ entnommen werden. In dem Verzeichnis sind Namen, Anschriften, Telefon- und Faxnummern sowie Schülerzahlen aller hessischen Grundschulen, Hauptschulen, Förderstufen, Sonderschulen, Realschulen, Gesamtschulen, Gymnasien und Einrichtungen des Zweiten Bildungsweges zum Stichtag 04.09.2000 enthalten. Schulen mit mehreren Schulformen werden bei jeder Schulform nachgewiesen. Schulen in privater Trägerschaft sowie Schulen mit angeschlossenem Internat oder Schülerwohnheim sind besonders gekennzeichnet. Außerdem sind bei den Sonderschulen die Sonderschulformen dargestellt. Der regionale Nachweis erfolgt für kreisfreie Städte und Landkreise und innerhalb der Landkreise nach Gemeinden. Das Verzeichnis (219 Seiten mit alphabetischem Schulstandortverzeichnis, DIN A 4, kartoniert) kann für 24,00 DM plus Versandkosten beim Hessischen Statistischen Landesamt, Vertriebsstelle, 65175 Wiesbaden, Fax 0611/3802-992, bestellt werden. Es ist auch als Diskette (ASCII- oder Excel 97-Format) mit zusätzlich aufgenommener E-Mail Adresse der Schulen zum Preis von 91,00 DM erhältlich und steht im Internet als Download-Angebot unter zur Verfügung.

- Im ersten Quartal dieses Jahres gab es auf Hessens Straßen insgesamt 5600 **Verkehrsunfälle**, bei denen Menschen zu Schaden kamen. Das waren 4 % weniger als ein Jahr zuvor. Bei diesen Unfällen verloren 103 Menschen ihr Leben. Das waren sieben Getötete weniger als im ersten Vierteljahr 2000. Neben den Getöteten wurden 7700 Personen verletzt, 3 % weniger als vor einem Jahr. Dabei sank die Zahl der Leichtverletzten im Vergleichszeitraum um annähernd 2 % auf 6400; bei den Schwerverletzten gab es sogar einen Rückgang um 11 % auf 1300.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1998	1999	1999			2000			
		Durchschnitt		August	Sept.	Okt.	Juli	August	Sept.	Okt.
BEVÖLKERUNG										
* Bevölkerung am Monatsende ¹⁾	1000	6 032,5	6 042,8	6 046,3	6 048,8	6 051,0	6 058,9	6 062,1
Natürliche Bevölkerungsbewegung:										
* Eheschließungen ²⁾	Anzahl	2 666	2 718	3 859	5 021	2 388	3 367	4 286
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	5,3	5,4	7,5	10,1	4,6	6,6	8,3
* Lebendgeborene ³⁾	"	5 047	4 916	5 216	5 539	4 527	5 005	5 396
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	10,0	9,8	10,2	11,1	8,8	9,8	10,5
* Gestorbene ⁴⁾ (ohne Totgeborene)	"	5 082	5 088	4 813	4 588	4 564	4 567	4 536
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	10,1	10,1	9,4	9,2	8,9	8,9	8,8
* darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene	"	24	22	24	27	22	27	12
auf 1000 Lebendgeborene	"	4,8	4,5	4,6	4,9	4,9	5,4	2,2
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	"	- 34	- 172	403	951	- 37	438	860
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	- 0,1	- 0,4	0,8	1,9	- 0,1	0,9	1,7
Wanderungen:										
* Zuzüge über die Landesgrenzen	Anzahl	13 316	14 164	17 000	16 079	16 238	15 746	17 536
* darunter aus dem Ausland	"	5 443	6 186	7 221	7 115	6 777	6 745	7 429
* Fortzüge über die Landesgrenzen	"	12 995	12 591	14 708	14 542	13 981	14 174	15 193
* darunter in das Ausland	"	6 000	9 114	6 364	6 358	5 586	6 241	6 714
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	"	320	1 574	2 292	1 537	2 257	1 572	2 343
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁵⁾	"	18 531	19 091	21 283	19 543	18 967	19 606	21 306
		1999	2000	2000			2001			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
ARBEITSMARKT										
* Arbeitslose am Monatsende ⁶⁾	Anzahl	239 257	214 875	236 497	228 878	221 800	211 728	210 709	204 313	200 712
* darunter Frauen	"	105 186	96 519	102 187	99 808	98 197	92 608	91 633	89 548	89 329
Männer	"	134 071	118 356	134 310	129 070	123 603	119 120	119 076	114 765	111 383
Ausländer	"	51 080	45 177	49 664	48 534	47 239	44 307	44 234	43 475	42 840
Jugendliche unter 20 Jahren	"	5 747	5 442	5 868	5 574	5 155	5 034	4 964	4 729	4 627
* Arbeitslosenquote ⁷⁾ insgesamt	%	9,4	8,1	9,2	8,9	8,3	7,9	7,9	7,6	7,5
* darunter der Frauen	"	9,1	8,0	8,8	8,6	8,0	7,5	7,4	7,3	7,2
Männer	"	9,6	8,3	9,6	9,2	8,5	8,2	8,2	7,9	7,7
Ausländer	"	17,2	14,8	16,8	16,4	15,4	14,4	14,4	14,1	13,9
Jugendlichen unter 20 Jahren	"	8,0	5,8	8,1	7,7	5,0	4,9	4,8	4,6	4,5
* Offene Stellen am Monatsende ⁶⁾	Anzahl	30 650	37 527	37 020	39 531	41 222	37 651	41 524	43 155	42 863
* Kurzarbeiter (Monatsmitte) ⁶⁾	"	6 396	5 156	6 916	6 424	6 841	6 118	8 431	8 160	7 050
		1998	1999	1998			1999			
		Durchschnitt ¹⁰⁾		Juni	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.
* Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer am Arbeitsort insgesamt ⁸⁾¹¹⁾	1000	2 105,3	2 130,8	2 093,0	2 128,8	2 110,9	2 102,7	2 116,0	2 153,0	2 151,5
* darunter Frauen	"	903,7	916,6	896,9	911,4	906,7	906,1	908,0	924,0	928,3
Ausländer	"	226,6	227,8	225,8	229,6	226,0	225,0	227,0	231,1	227,9
* Teilzeitbeschäftigte	"	310,0	.	307,7	310,9	315,1	316,2	.	.	.
* darunter Frauen	"	272,5	.	271,1	273,4	275,0	274,7	.	.	.
darunter ausgew. Wirtschaftsabschnitte ⁹⁾ :										
* Bergbau	"	.	.	.	9,2	8,8	8,6	.	.	.
* darunter Frauen	"	.	.	.	0,9	0,9	0,9	.	.	.
* Verarbeitendes Gewerbe	"	.	.	.	543,0	535,8	530,2	.	.	.
* darunter Frauen	"	.	.	.	142,6	139,9	138,2	.	.	.
* Energie- und Wasserversorgung	"	.	.	.	17,0	17,0	17,6	.	.	.
* darunter Frauen	"	.	.	.	3,0	2,9	3,2	.	.	.
* Baugewerbe	"	.	.	.	136,0	129,7	125,7	.	.	.
* darunter Frauen	"	.	.	.	16,0	15,8	15,4	.	.	.
* Handel- und Gastgewerbe	"	.	.	.	388,6	384,4	382,7	.	.	.
* darunter Frauen	"	.	.	.	188,0	186,1	185,4	.	.	.
* Verkehr- und Nachrichtenübermittlung	"	.	.	.	144,2	144,1	144,5	.	.	.
* darunter Frauen	"	.	.	.	47,8	47,8	48,2	.	.	.
* Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	"	.	.	.	139,3	138,9	139,1	.	.	.
* darunter Frauen	"	.	.	.	68,7	68,4	68,4	.	.	.
* Grundstückswesen, Vermietung, Dienstleistungen für Unternehmen	"	.	.	.	249,2	250,9	253,6	.	.	.
* darunter Frauen	"	.	.	.	111,1	111,5	113,2	.	.	.
* öffentliche Verwaltung u. ä.	"	.	.	.	130,7	130,3	129,1	.	.	.
* darunter Frauen	"	.	.	.	74,9	74,9	74,6	.	.	.
* öffentliche und private Dienstleistungen (ohne öffentl. Verwaltung)	"	.	.	.	356,6	358,0	357,9	.	.	.
* darunter Frauen	"	.	.	.	254,2	254,8	254,7	.	.	.

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Fortschreibungsergebnisse auf der Basis der Bevölkerungsfeststellung vom 25. Mai 1987 (Volkszählung). — 2) Nach dem Ereignisort. — 3) Nach der alleinigen oder der Hauptwohnung der Mutter. — 4) Nach der alleinigen oder Hauptwohnung des Verstorbenen. — 5) Ohne innerhalb der Gemeinden Umgezogene. — 6) Quelle: Landesarbeitsamt Hessen. — 7) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 8) Einschl. Land- und Forstwirtschaft, Fischerei. Quelle: Bundesanstalt für Arbeit. — 9) Auf Grund der Einführung der neuen Wirtschaftszweigsystematik (WZ 93) ist die Vergleichbarkeit mit früheren Erhebungen nicht gewährleistet. — 10) Durchschnitt für die Monate März, Juni, September und Dezember. — 11) Ein Nachweis in wirtschaftsfachlicher Gliederung ist auf Grund von Strukturverschiebungen zur Zeit nicht möglich.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1999	2000	2000				2001		
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
LANDWIRTSCHAFT										
Schlachtungen ¹⁾ :										
Rinder	Anzahl	8 088	7 302	8 243	8 302	8 813	4 742	4 576	5 470	7 554
Kälber	"	341	350	289	389	260	394	155	206	246
Schweine	"	108 303	102 959	108 663	101 840	100 713	95 912	100 835	90 178	101 101
darunter hausgeschlachtet	"	9 044	7 765	11 986	10 580	9 916	10 694	11 360	9 942	11 639
Schlachtmengen ²⁾ :										
* Gesamtschlachtgewicht	Tonnen	11 653	11 148	11 312	10 823	11 156	9 487	9 711	9 099	10 706
darunter von										
* Rindern	"	2 207	2 032	2 145	2 168	2 315	1 171	1 115	1 354	1 852
* Kälbern	"	30	33	28	30	18	46	14	18	21
* Schweinen	"	9 099	8 686	8 933	8 399	8 329	7 855	8 309	7 390	8 243
Geflügel:										
* Erzeugte Konsumeier ³⁾	1000 St.	30 668	31 856	29 689	31 045	35 673	33 737	32 589	29 070	30 867
Milcherzeugung:										
Kuhmilcherzeugung	Tonnen	87 211	84 688	87 339	82 354	86 745	82 484	84 990	79 827	87 231
* darunter an Molkereien u. Händler geliefert	"	82 275	80 642	82 503	77 830	81 909	78 721	81 227	76 428	83 467
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	16,4	15,8	16,0	16,2	15,9	15,1	15,6	18,0	17,8
VERARBEITENDES GEWERBE ⁴⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	464,4	459,5	457,6	457,5	457,9	459,1	457,3	456,1	456,9
darunter Arbeiter (einschl. gewerbl. Azubi.)	"	275,0	271,1	269,7	269,6	270,0	270,5	269,9	269,4	269,8
* Geleistete Arbeiterstunden	"	35 589	34 952	34 412	35 953	38 229	30 506	35 342	34 142	36 786
* Bruttolohnsumme	Mill. DM	1 285,7	1 292,4	1 177,2	1 184,8	1 228,3	1 282,4	1 247,3	1 195,5	1 240,0
* Bruttogehaltssumme	"	1 424,5	1 446,6	1 376,7	1 358,0	1 419,6	1 471,8	1 406,6	1 349,7	1 442,1
* Gesamtumsatz (ohne MwSt.)	"	12 763,0	13 425,7	11 472,8	12 643,3	14 686,6	13 795,4	12 785,6	12 741,0	14 642,1
* darunter Auslandsumsatz	"	4 278,5	5 016,1	4 479,3	4 920,8	5 598,5	5 067,8	5 025,9	4 958,6	5 701,0
Exportquote ⁵⁾	%	33,5	37,4	39,0	38,9	38,1	36,7	39,3	38,9	38,9
Index der Nettoproduktion insgesamt ⁶⁾										
insgesamt	1991 = 100
darunter										
Vorleistungsgüterproduzenten	"
Investitionsgüterproduzenten	"
Gebrauchsgüterproduzenten	"
Verbrauchsgüterproduzenten	"
Index der Nettoproduktion im Verarbeitenden Gewerbe ⁷⁾										
insgesamt	1991 = 100
darunter										
Chemische Industrie	"
Maschinenbau	"
Fahrzeugbau	"
Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik usw.	"
Volumenindex des Auftragseingangs ⁷⁾										
insgesamt	1995 = 100 % ⁸⁾	– 6,8	6,7	7,6	12,4	9,3	5,4	12,9	5,4	0,4
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	"	– 1,9	5,6	11,1	14,8	7,4	1,3	16,1	– 0,5	– 3,3
Investitionsgüterproduzenten	"	– 14,3	9,2	2,9	18,1	13,6	9,9	8,8	17,6	0,0
Gebrauchsgüterproduzenten	"	– 8,8	10,5	2,7	15,7	18,8	– 6,8	10,3	9,3	– 1,6
Verbrauchsgüterproduzenten	"	– 1,2	2,9	– 2,6	– 12,2	2,2	18,9	13,2	– 3,9	26,1
Volumenindex des Auftragseingangs nach ausgewählten Branchen:										
Chemische Industrie	% ⁸⁾	– 2,3	6,7	7,5	4,6	8,3	8,1	12,7	– 6,1	3,0
Maschinenbau	"	– 5,9	15,8	11,9	22,3	25,0	4,1	15,1	4,8	– 9,5
Kraftwagen und -teile	"	– 20,0	– 9,3	– 7,1	4,4	– 18,6	– 8,8	– 1,5	– 2,0	– 12,0
Herstellung von Metallerzeugnissen	"	– 1,4	5,5	7,1	15,7	7,1	– 6,0	27,9	– 3,3	– 3,5
ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	2 278,0	2 128,5	2 901,0	2 721,6	2 641,0	1 974,3
* Stromverbrauch ⁹⁾	"	2 714,2	2 895,0	3 157,2	3 440,4	3 031,3	3 246,3

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Gewerbliche und Hausschlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft. — 2) Gewerbliche Schlachtungen (ohne Geflügel); einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. — 3) In Betrieben ab 3000 Hennenhaltungsplätzen. — 4) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 5) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. — 6) Kalendermonatlich. — 7) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 8) Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Vorjahresmonat. — 9) Ohne Pumpstromverbrauch und ohne Übertragungsverluste; ohne Eigenverbrauch der Kraftwerke.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	1999	2000	2000				2001		
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
BAUGEWERBE										
B a u h a u p t g e w e r b e ¹⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	62,1	60,7	61,1	60,4	59,9	60,5	58,3	57,7	57,6
darunter										
Facharbeiter ²⁾	"	32,6	32,0	32,4	31,9	31,6	31,8	30,4	30,0	30,0
Fachwerker und Werker	"	9,8	9,5	9,1	9,0	9,1	9,2	8,9	8,7	8,8
gewerblich Auszubildende	"	3,1	2,9	3,0	3,0	3,0	2,9	2,8	2,8	2,7
* Geleistete Arbeitsstunden	"	5 923	5 756	4 081	5 047	5 905	4 627	3 766	4 475	5 187
darunter für den										
Wohnungsbau	"	2 262	2 214	1 596	1 949	2 293	1 787	1 523	1 768	2 017
* gewerblichen und industriellen Bau	"	1 812	1 716	1 380	1 663	1 716	1 430	1 222	1 379	1 569
öffentlichen und Verkehrsbau	"	1 817	1 798	1 092	1 415	1 868	1 392	998	1 310	1 578
* Bruttolohnsumme ³⁾	Mill. DM	190,4	188,1	162,3	155,1	175,7	179,1	158,7	142,1	156,0
* Bruttogehaltssumme	"	80,9	78,2	79,5	74,8	73,8	77,1	70,7	69,4	69,6
Baugewerblicher Umsatz (ohne Mwst.)	"	1 039,2	1 001,1	620,4	707,2	930,1	1 338,7	630,8	794,9	860,3
* Index des Auftragseingangs ⁴⁾	1995 = 100	86,6	85,1	51,5	61,4	93,7	76,3	64,6	62,5	80,5
darunter										
Wohnungsbau	"	66,5	53,2	36,2	50,5	62,0	49,6	30,7	43,1	49,2
* gewerblicher und industrieller Bau	"	90,9	99,6	68,6	75,3	91,6	96,8	86,8	59,8	93,1
* öffentlicher und Verkehrsbau	"	92,4	84,9	38,6	50,3	113,8	65,5	55,7	76,5	82,0
A u s b a u g e w e r b e ⁵⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	25,2	24,6	.	.	24,5	24,5	.	.	23,7
* Geleistete Arbeitsstunden	"	7 316	7 148	.	.	7 075	7 198,0	.	.	6 694
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mill. DM	330,5	337,4	.	.	322,7	361,6	.	.	311,6
* Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Mwst.)	"	1 036,3	1 203,3	.	.	1 007,4	1 493,9	.	.	921,5
BAUGENEHMIGUNGEN										
* Wohngebäude (Neu- und Wiederaufbau) ⁶⁾	Anzahl	1 048	913	734	926	951	615	543	697	850
darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	"	932	818	657	846	843	554	487	607	737
* Umbauter Raum der Wohngebäude ⁶⁾	1000 m ³	1 151	1 021	828	1 031	1 101	697	636	831	1 075
* Wohnfläche in Wohngebäuden ⁶⁾	1000 m ²	213	188	148	184	198	130	113	154	194
* Veranschlagte reine Baukosten der Wohngebäude ⁷⁾	1000 DM	645 188	513 757	430 313	504 971	565 396	362 452	330 147	441 010	546 666
* Nichtwohngebäude (Neu- u. Wiederaufbau) ⁶⁾	Anzahl	271	245	195	191	208	180	167	175	242
* Umbauter Raum der Nichtwohngebäude ⁶⁾	1000 m ³	808	875	578	618	735	1 112	1 015	676	1 170
* Nutzfläche in Nichtwohngebäuden ⁶⁾	1000 m ²	190	186	122	121	172	182	189	135	227
* Veranschlagte reine Baukosten der Nichtwohngebäude ⁷⁾	1000 DM	348 572	415 718	240 935	228 927	381 725	499 153	447 588	351 101	506 736
* Wohnungen insgesamt ⁸⁾	Anzahl	2 278	1 968	1 495	1 943	2 077	1 443	1 158	1 707	1 959
* Wohnräume insgesamt ⁸⁾	"	11 744	10 306	8 180	10 016	10 987	6 959	6 099	8 210	9 854
EINZELHANDEL UND GASTGEWERBE										
E i n z e l h a n d e l										
* Index der Umsätze ⁹⁾ — real	1995 = 100	100,8	100,1	88,9	94,0	108,0	112,7	93,5	87,7	106,5
* Index der Umsätze ⁹⁾ — nominal	"	102,8	103,3	91,0	96,4	111,0	116,5	96,8	91,0	110,9
darunter (Einzelhandel mit)										
Waren verschiedener Art ¹⁰⁾	"	115,7	111,2	92,1	105,5	136,9	98,8	95,9	101,3	131,5
Kraftfahrzeugen ¹¹⁾ ; Tankstellen	"	101,7	101,4	93,6	94,5	106,5	126,6	101,4	90,7	107,7
Apotheken ¹²⁾	"	118,4	126,0	116,7	117,6	125,6	147,8	130,5	120,2	134,2
Bekleidung	"	86,4	86,7	78,2	73,1	81,8	116,9	81,4	71,6	90,3
Möbeln, Einrichtungsgegenständen ¹³⁾	"	95,6	88,0	77,9	85,6	93,7	104,6	82,4	78,0	93,3
Metallwaren und Anstrichmitteln ¹⁴⁾	"	97,7	111,0	80,4	90,4	117,1	101,9	80,7	81,8	118,8
* Beschäftigte im Einzelhandel (Index)	"	90,7	87,3	87,5	87,5	87,6	87,6	86,1	85,9	86,1
G a s t g e w e r b e										
* Index der Umsätze ⁹⁾ — real	1995 = 100	90,8	91,4	81,8	83,0	91,0	92,6	81,6	83,1	92,1
* Index der Umsätze ⁹⁾ — nominal	"	95,2	96,9	85,5	87,3	95,3	98,0	86,5	88,0	97,9
darunter										
Hotels, Gasthöfe, Pensionen, Hotels garnis	"	101,8	107,0	90,5	97,2	103,8	96,9	94,3	97,6	112,1
Restaurants, Cafés, Eisdielen, Imbisshallen	"	90,4	89,9	80,9	81,4	88,3	99,4	78,4	79,9	89,1
Kantinen und Caterer	"	105,6	107,9	97,2	94,6	108,4	108,6	102,7	101,4	107,3
* Beschäftigte im Gastgewerbe (Index)	"	88,2	84,7	80,7	81,6	82,5	86,0	83,7	86,9	89,3

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau. Nach der Totalerhebung hochgerechnete Ergebnisse. — 2) Einschl. Polieren und Meistern. — 3) Einschl. Entgelten für Poliere und Meister. — 4) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 5) Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe. Ab 1997 Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). Ergebnisse nach der neuen EU-Klassifikation liegen erst ab Januar 1996 vor. Vorjahresvergleiche sind nicht möglich. — 6) Ohne Gebäudeteile. — 7) Einschl. Gebäudeteilen. — 8) In Wohn- und Nichtwohngebäuden; alle Baumaßnahmen. — 9) Ohne Umsatzsteuer; teilweise berichtigte Ergebnisse. — 10) Vor allem Warenhäuser, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte und Supermärkte. — 11) Sowie mit Kraftfahrzeugteilen und -zubehör. — 12) Sowie Drogerien und Einzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln. — 13) Sowie Hausrat. — 14) Sowie Bau- und Heimwerkerbedarf.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	1999	2000	2000				2001		
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
AUSSENHANDEL										
* A u s f u h r (Spezialhandel) insgesamt ¹⁾ davan	Mill. DM	4 212,1	4 897,6	3 868,1	4 969,8	5 234,3	5 002,7
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	104,7	117,6	117,7	90,5	102,2	107,1
* Güter der gewerblichen Wirtschaft davan	"	4 107,4	4 780,0	3 750,4	4 879,2	5 132,1	4 895,6
* Rohstoffe	"	36,6	42,6	35,1	47,9	47,7	35,4
* Halbwaren	"	322,2	383,4	317,6	395,5	458,6	323,6
* Fertigwaren	"	3 748,5	4 354,0	3 397,7	4 435,9	4 625,8	4 536,6
* davon	"									
* Vorerzeugnisse	"	745,9	922,3	622,1	1 013,4	1 138,4	811,2
* Enderzeugnisse	"	3 002,7	3 431,8	2 775,6	3 422,5	3 487,4	3 725,4
Unter den Fertigwaren waren										
chemische Erzeugnisse	"	1 047,3	1 293,5	807,1	1 519,7	1 496,4	1 183,8
Maschinen	"	666,2	739,8	595,8	734,4	713,3	875,3
Fahrzeuge	"	587,4	585,9	620,5	586,8	672,8	603,1
elektrotechnische Erzeugnisse	"	472,3	566,8	470,5	525,6	563,7	618,8
Eisen- und Metallwaren	"	302,8	382,4	279,3	332,4	387,4	379,3
Ausfuhr nach ausgew. Verbrauchsländern:										
* EU-Länder ²⁾ darunter	"	2 300,1	2 562,6	2 044,1	2 845,1	2 826,9	2 534,7
Vereinigtes Königreich	"	364,3	365,9	314,2	451,0	404,8	367,1
Frankreich	"	417,0	479,9	325,7	567,0	509,5	541,9
Italien	"	298,8	370,8	259,7	431,4	433,5	333,4
Niederlande	"	266,7	285,4	262,3	295,8	323,6	271,4
Belgien-Luxemburg	"	221,4	242,5	200,8	271,0	270,3	247,2
Österreich	"	236,4	244,4	211,0	239,2	254,2	249,6
EFTA-Länder ³⁾ darunter	"	234,9	275,6	203,7	228,1	269,9	269,3
Schweiz	"	199,1	240,0	171,5	195,2	230,8	232,3
Norwegen	"	32,5	30,9	29,1	28,8	35,7	31,7
USA	"	429,1	509,5	412,1	524,1	566,2	527,1
* E i n f u h r (Generalhandel) insgesamt ¹⁾ davan	"	7 173,5	8 764,2	7 311,6	7 271,2	9 528,1	10 790,3
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	322,2	346,1	373,5	313,8	316,8	359,1
* Güter der gewerblichen Wirtschaft davan	"	6 851,3	8 418,1	6 938,1	6 957,4	9 211,4	10 431,2
* Rohstoffe	"	77,0	102,5	53,0	93,6	100,6	116,9
* Halbwaren	"	699,3	790,5	555,9	592,5	608,7	940,3
* Fertigwaren	"	6 074,9	7 525,1	6 329,2	6 271,3	8 502,0	9 374,1
* davon	"									
* Vorerzeugnisse	"	669,5	869,3	756,8	724,7	978,1	958,0
* Enderzeugnisse	"	5 405,5	6 655,8	5 572,4	5 546,6	7 523,9	8 416,0
* Einfuhr aus EU-Ländern ²⁾	"	3 372,3	4 049,7	3 642,0	3 319,0	4 336,0	5 433,3
FREMDENVKEHR ⁴⁾										
* Gästeankünfte	1000	763	816	623	684	756	596	672	674	805
* darunter von Auslands Gästen	"	191	211	165	174	176	138	180	172	193
* Gästeübernachtungen	"	2 000	2 138	1 662	1 787	1 919	1 581	1 802	1 787	2 073
darunter von Auslands Gästen	"	370	409	366	386	351	266	400	370	404
Gästeübernachtungen nach Berichts- gemeindegruppen:										
Heilbäder	"	600	644	493	534	594	504	535	557	614
Luftkurorte	"	133	131	77	83	92	96	79	81	100
Erholungsorte	"	94	98	59	61	64	69	54	62	65
Sonstige Gemeinden	"	1 173	1 265	1 034	1 108	1 168	912	1 133	1 087	1 292
darunter Großstädte	"	526	575	529	566	567	436	590	538	642
VERKEHR										
B i n n e n s c h i f f f a h r t										
Güterumschlag insgesamt	1000 t	1 301	1 350	1 052	1 339	1 355	1 188	1 179	1 339	...
davan	"									
* Güterversand	"	205	226	183	212	303	223	236	212	...
* Gütererfang	"	1 096	1 124	870	1 127	1 052	965	942	1 127	...

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Ab Januar 2000 vorläufige Zahlen. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung von Einfuhr- und Ausfuhrergebnissen nicht vertretbar. — 2) Mitgliedsländer nach dem Stand von Januar 1995 (Frankreich, Belgien-Luxemburg, Niederlande, Italien, Vereinigtes Königreich, Rep. Irland, Dänemark, Griechenland, Spanien, Portugal, Schweden, Finnland, Österreich). — 3) Mitgliedsländer nach dem Stand vom Januar 1997 (Island, Norwegen, Liechtenstein, Schweiz). —

4) Alle Beherbergungsstätten mit mindestens 9 Betten, einschl. Jugendherbergen und Kinderheimen. Besteht eine Gemeinde aus mehreren Ortsteilen, so werden die Ortsteile mit Fremdenverkehr jeweils der in Frage kommenden Gemeindegruppe zugeordnet. Die Gemeindegruppe „Erholungsorte“ enthält nur noch die staatlich anerkannten Erholungsorte; die bisherigen „Erholungsorte ohne Prädikat“ werden der Gruppe „Sonstige Gemeinden“ zugeordnet.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	1999	2000	2000				2001		
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
Noch: VERKEHR										
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge ¹⁾ darunter	Anzahl	34 124	30 577	25 824	30 281	43 752	24 527	25 610	27 867	...
Personenkraftwagen (einschl. Kombi)	"	29 759	26 145	23 464	26 381	34 530	21 276	22 922	23 393	...
* Lkw (auch mit Spezialaufbau)	"	1 877	1 868	1 466	1 735	2 177	1 521	1 325	1 476	...
Krafträder (einschl. Kraftrollern)	"	2 073	1 998	550	1 634	5 898	1 143	873	2 588	...
Zugmaschinen (zulassungspflichtige)	"	297	287	213	290	346	387	302	245	...
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personenschaden	"	2 310	2 252	1 827	1 967	2 057	2 186	1 936	1 662	2 000
* Getötete Personen ²⁾	"	47	45	34	44	32	60	41	39	23
* Verletzte Personen	"	3 111	3 031	2 520	2 621	2 770	2 941	2 647	2 271	2 737
Personenverkehr der Straßenverkehrs- unternehmen ³⁾										
Beförderte Personen	1000	37 353	39 561	.	.	122 809	130 334
davon im										
Linienverkehr ⁴⁾	"	36 883	39 083	.	.	121 877	128 906
Gelegenheitsverkehr	"	469	478	.	.	931	1 428
Gefahrene Wagenkilometer	1000 km	23 547	24 402	.	.	65 461	71 078
davon im										
Linienverkehr ⁴⁾	"	18 640	19 432	.	.	57 689	57 228
Gelegenheitsverkehr	"	4 908	4 970	.	.	7 772	13 850
Einnahmen	1000 DM	75 526	80 498	.	.	209 746	259 737
davon aus										
Linienverkehr ⁴⁾	"	61 015	64 443	.	.	187 975	217 589
Gelegenheitsverkehr	"	14 511	16 055	.	.	21 771	42 148
GELD UND KREDIT										
Banken ⁵⁾										
Kredite an Nichtbanken insgesamt ⁶⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende) darunter	Mill. DM	920 746	319 593	.	.	949 509	981 465
Kredite an inländische Nichtbanken ⁶⁾ davon	"	764 951	260 199	.	.	775 762	784 749
kurzfristige Kredite	"	120 360	43 486	.	.	132 240	126 208
Kredite über 1 Jahr ⁷⁾	"	644 591	216 713	.	.	643 523	658 542
Einlagen und aufgenommene Gelder ⁶⁾ von Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	685 448	246 770	.	.	727 381	758 796
Zahlungsschwierigkeiten										
* Insolvenzen insgesamt	Anzahl	201	235	207	203	230	224	321	252	274
davon										
* von Unternehmen, einschl. Kleingewerbe ⁸⁾	"	155	153	158	140	168	140	209	164	164
* von privaten Personen und Nachlässe ⁹⁾	"	45	82	49	63	62	84	112	88	110
* Beantragte Insolvenzen ¹⁰⁾	"	201	235	207	203	230	224	321	252	274
* darunter mangels Masse abgelehnt	"	133	123	129	100	117	113	180	100	128
PREISE										
* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte insgesamt	1995 = 100	105,0	107,0	106,1	106,4	106,6	107,6	108,1	108,8	108,9
darunter										
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	"	102,1	101,4	101,3	101,9	101,6	101,4	102,7	103,2	103,9
Bekleidung, Schuhe	"	103,4	104,0	103,9	104,0	104,1	104,2	104,1	104,1	104,2
Wohnung, Wasser, Strom, Gas ¹¹⁾	"	107,4	110,7	108,9	109,1	109,5	112,5	112,5	112,7	112,8
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt ¹²⁾	"	102,2	102,1	102,2	102,1	102,1	102,1	102,2	102,5	102,5
Verkehr (einschl. Kraftstoffe)	"	107,9	113,9	111,9	112,2	113,5	113,6	115,2	117,5	117,6
Nachrichtenübermittlung	"	88,0	84,3	87,2	85,6	84,5	83,6	83,4	83,4	82,2
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	"	103,4	104,9	103,8	105,2	105,0	105,4	105,6	107,4	106,8
Beherbergungs- und Gaststätten- dienstleistungen	"	103,0	103,7	102,5	103,1	102,6	103,1	103,0	103,4	103,0
* Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Haushalten von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen	1995 = 100	104,9	106,6	105,8	106,1	106,2	107,0	107,5	108,2	108,3
* Preisindex für Wohngebäude (Neubau) ¹³⁾	1995 = 100	100,2 ¹⁴⁾	100,2 ¹⁴⁾	.	101,0	.	.	.	102,1	.

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. — 2) Einschl. der innerhalb 30 Tagen an den Unfallfolgen Gestorbenen. — 3) Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.); Jahresdurchschnitt = Monatsdurchschnitt; nur Unternehmen mit 6 oder mehr Bussen. — 4) Allgemeiner Linienverkehr, Sonderformen des Linienverkehrs (Berufsverkehr, Schüler-, Markt- und Theaterfahrten), freigestellter Schülerverkehr. — 5) Die Angaben umfassen die in Hessen gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne Kreditinstitute mit überregionalen Sonderaufgaben (ohne Filialnetz) sowie ohne Postgiro- und Postsparkassenämter. — 6) Einschl. durchlaufender Kredite. — 7) Ohne durchlaufende Kredite. — 8) Bis einschl. 1998 ohne Kleingewerbe. — 9) Bis einschl. 1998 „von übrigen Gemeinschaftsdarlehern“. — 10) Bis einschl. 1998, Beantragte Konkurse. — 11) Und andere Brennstoffe. — 12) Sowie deren Instandhaltung. — 13) Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk. — 14) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Februar, Mai, August und November.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	1999	2000	2000				2001		
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
STEUERN										
Steueraufkommen insgesamt ¹⁾	Mill. DM	6 486,1	6 949,5	7 712,7	6 141,5	5 695,4	11 276,8	7 922,2	6 676,9	7 384,2
davon										
Gemeinschaftsteuern	"	5 707,7	6 120,7	7 129,3	5 094,3	4 895,2	10 018,5	7 173,6	5 786,0	6 244,6
davon										
Lohnsteuer ²⁾	"	2 710,1	2 908,6	2 816,3	2 468,7	2 564,7	4 734,0	3 229,4	2 731,3	2 920,6
veranlagte Einkommensteuer	"	116,0	149,7	– 127,0	– 120,4	431,3	1 015,9	– 80,3	– 136,2	124,7
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	344,9	445,6	1 183,1	168,6	144,7	161,8	823,5	249,0	129,2
Zinsabschlag ²⁾	"	360,5	439,9	843,3	565,6	421,7	529,5	1 295,7	681,6	449,4
Körperschaftsteuer ²⁾	"	425,9	461,0	313,8	49,5	166,9	1 803,9	219,8	– 29,6	1 001,8
Umsatzsteuer	"	1 496,9	1 402,0	1 869,3	1 666,7	889,4	1 372,9	1 423,4	1 981,6	1 173,6
Einfuhrumsatzsteuer	"	253,5	314,1	230,5	295,6	276,4	400,5	262,1	308,4	445,2
Bundessteuern	"	458,0	488,0	325,0	701,5	456,3	826,5	410,1	590,4	798,8
darunter										
Mineralölsteuer	"	91,0	61,7	– 1,0	43,2	58,4	129,1	16,6	44,4	58,2
Versicherungsteuer	"	112,0	112,2	66,2	493,6	100,6	42,0	75,8	364,6	326,5
Zölle ³⁾	"	28,3	25,8	24,7	22,7	24,4	29,5	26,0	24,2	21,9
Landessteuern	"	242,3	255,3	263,1	257,3	319,5	220,7	358,0	269,6	318,9
darunter										
Vermögensteuer	"	11,1	11,1	2,5	3,8	8,6	9,9	12,2	3,4	3,3
Erbschaftsteuer	"	36,3	42,5	33,8	46,2	49,4	42,6	109,6	34,2	48,8
Grunderwerbsteuer	"	77,3	84,4	99,3	77,8	135,7	77,1	74,1	92,7	103,8
Kraftfahrzeugsteuer	"	86,5	86,7	100,0	82,2	103,0	70,2	127,5	93,0	124,5
Gewerbsteuerumlage	"	49,8	59,7	– 29,4	65,6	0,0	181,6	– 45,8	6,7	0,0
		1999	2000	1999			2000			
		Durchschnitt ⁴⁾		Juni	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.
Kassenmäßiges Steueraufkommen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. DM	3 039,8	3 148,3	2 727,5	3 158,1	4 497,1	2 059,0	3 148,3	3 371,6	4 014,1
davon										
Grundsteuer A	"	8,4	8,5	8,4	10,1	6,9	8,4	8,6	10,0	6,9
Grundsteuer B	"	293,7	294,9	336,8	334,3	242,7	280,0	335,7	321,9	242,0
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	"	1 497,0	1 451,6	1 208,6	1 642,3	1 931,4	1 315,7	1 494,8	1 734,3	1 261,7
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	"	1 064,7	1 215,8	1 037,5	1 039,1	1 922,6	385,6	1 132,3	1 135,4	2 209,8
andere Steuern ⁵⁾	"	36,8	33,6	40,5	37,4	32,1	36,4	37,9	33,8	26,2
		1999	2000	1999			2000			2001
		Durchschnitt ⁶⁾		Juli	Okt.	Jan.	April	Juli	Okt.	Jan.
LÖHNE UND GEHÄLTER										
Arbeiterverdienste im Produzierenden Gewerbe ⁷⁾										
* Bruttomonatsverdienst insgesamt	DM	4 617	4 730	4 637	4 681	4 603	4 710	4 781	4 755	4 691
* Männliche Arbeiter	"	4 781	4 892	4 800	4 846	4 754	4 870	4 946	4 920	4 850
darunter Facharbeiter	"	5 085	5 195	5 105	5 145	5 046	5 165	5 261	5 225	5 160
* Weibliche Arbeiter	"	3 516	3 632	3 525	3 559	3 573	3 608	3 663	3 648	3 646
darunter Hilfsarbeiterinnen	"	3 229	3 392	3 238	3 271	3 341	3 370	3 429	3 397	3 402
* Bruttostundenverdienst insgesamt	"	28,20	28,83	28,25	28,39	28,63	28,74	28,96	28,88	28,95
* Männliche Arbeiter	"	29,10	29,75	29,14	29,27	29,56	29,65	29,88	29,80	29,93
darunter Facharbeiter	"	31,27	31,99	31,27	31,47	31,81	31,87	32,18	31,98	32,17
* Weibliche Arbeiter	"	21,99	22,48	22,04	22,21	22,28	22,36	22,60	22,53	22,50
darunter Hilfsarbeiterinnen	"	19,98	20,77	20,02	20,17	20,62	20,69	20,91	20,77	20,75
Angestelltenverdienste (Bruttomonatsverdienste)										
* im Produzierenden Gewerbe	"	6 715	6 845	6 738	6 763	6 755	6 800	6 859	6 900	6 921
* kaufmännische Angestellte	"	6 329	6 504	6 343	6 383	6 407	6 472	6 512	6 560	6 548
* männliche Angestellte	"	7 222	7 428	7 227	7 281	7 336	7 392	7 434	7 486	7 441
* weibliche Angestellte	"	5 252	5 355	5 280	5 291	5 262	5 318	5 370	5 404	5 440
* technische Angestellte	"	7 052	7 151	7 086	7 095	7 064	7 094	7 173	7 205	7 253
* männliche Angestellte	"	7 204	7 304	7 240	7 242	7 206	7 242	7 331	7 364	7 409
* weibliche Angestellte	"	5 590	5 753	5 606	5 655	5 729	5 706	5 751	5 795	5 857
* in Handel, Kredit- u. Versicherungsgewerbe ⁸⁾										
insgesamt	"	5 588	5 742	5 601	5 616	5 628	5 731	5 732	5 805	5 865
* kaufmännische Angestellte	"	5 613	5 770	5 627	5 634	5 657	5 766	5 760	5 829	5 902
* männliche Angestellte	"	6 254	6 422	6 262	6 280	6 332	6 424	6 393	6 482	6 587
* weibliche Angestellte	"	4 808	4 931	4 825	4 820	4 811	4 919	4 937	4 985	5 033

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Einschl. Gewerbesteuerumlage. — 2) Vor Zerlegung. — 3) Einschl. Zoll-Euro. — 4) Vierteljahresdurchschnitte. — 5) Und steuerähnliche Einnahmen. — 6) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Januar, April, Juli und Oktober. — 7) Neuer Berichtskreis im Bereich des Produzierenden Gewerbes. — 8) Sowie bei Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern.

Hessische Gemeinde- statistik 2000



Printversion:

Umfang: IXX und 186 Seiten
Format: DIN A 4
Einband: kartoniert
Preis: 24,00 DM
(zuzügl. Versandkosten)

Diskettenversion:

Excel 97-Format
Preis: 24,00 DM
(zuzügl. Versandkosten)



Die Ausgabe 2000 der jährlich herausgegebenen „Hessischen Gemeindestatistik“ enthält nach Vorbemerkungen und begrifflichen Erläuterungen insgesamt 286 Merkmale für jede hessische Gemeinde, und zwar aus den Bereichen:

Gebiet und Bevölkerung

Fläche am 1.1.1999 — Wohnbevölkerung insgesamt sowie deutsche und nichtdeutsche Bevölkerung am 31.12.1999 — Natürliche Bevölkerungsbewegung und Wanderungsbewegung 1999

Beschäftigung

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer insgesamt, beschäftigte ausländische Arbeitnehmer und Beschäftigte in beruflicher Ausbildung am 30.6.1998

Landwirtschaft

Landwirtschaftliche Betriebe im Mai 1999 nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche — Bodennutzung in den landwirtschaftlichen Betrieben 1999 — Rindvieh- und Schweinehaltung am 3.12.1999 — Flächennutzung 1997

Verarbeitendes Gewerbe

Betriebe und Beschäftigte im September 1999 nach Hauptgruppen

Bauwirtschaft

Bauhauptgewerbe im Juni 1999 — Baugenehmigungen und Baufertigstellungen 1999, Bestand an Wohnungen und Wohngebäuden am 31.12.1999

Verkehr

Fremdenverkehr und Straßenverkehrsunfälle 1999

Finanzen und Steuern

U. a. Einnahmen, Ausgaben, Schuldenstand und -tilgung, Steuereinnahmen, Realsteueraufbringungskraft und Realsteuerhebesätze 1999 — Finanzausgleich 1999 — Personalstand am 30.6.1999 — Ergebnisse der Lohn- und Einkommensteuerstatistik 1995 sowie der Umsatzsteuerstatistik 1998

Sämtliche Daten sind auch für das Land Hessen, für die Landkreise und die Regierungsbezirke sowie für den Umlandverband Frankfurt, den Rhein-Main-Ballungsraum und den Zweckverband Raum Kassel nachgewiesen. Ein alphabetisches Verzeichnis der Gemeinden erleichtert die Benutzung.

W 86

Zu beziehen über den Buchhandel oder direkt vom

Hessischen Statistischen Landesamt, 65175 Wiesbaden

Telefon: 0611/3802-951 • Fax: 0611/3802-992

E-Mail: vertrieb@hsl.de • Internet: www.hsl.de

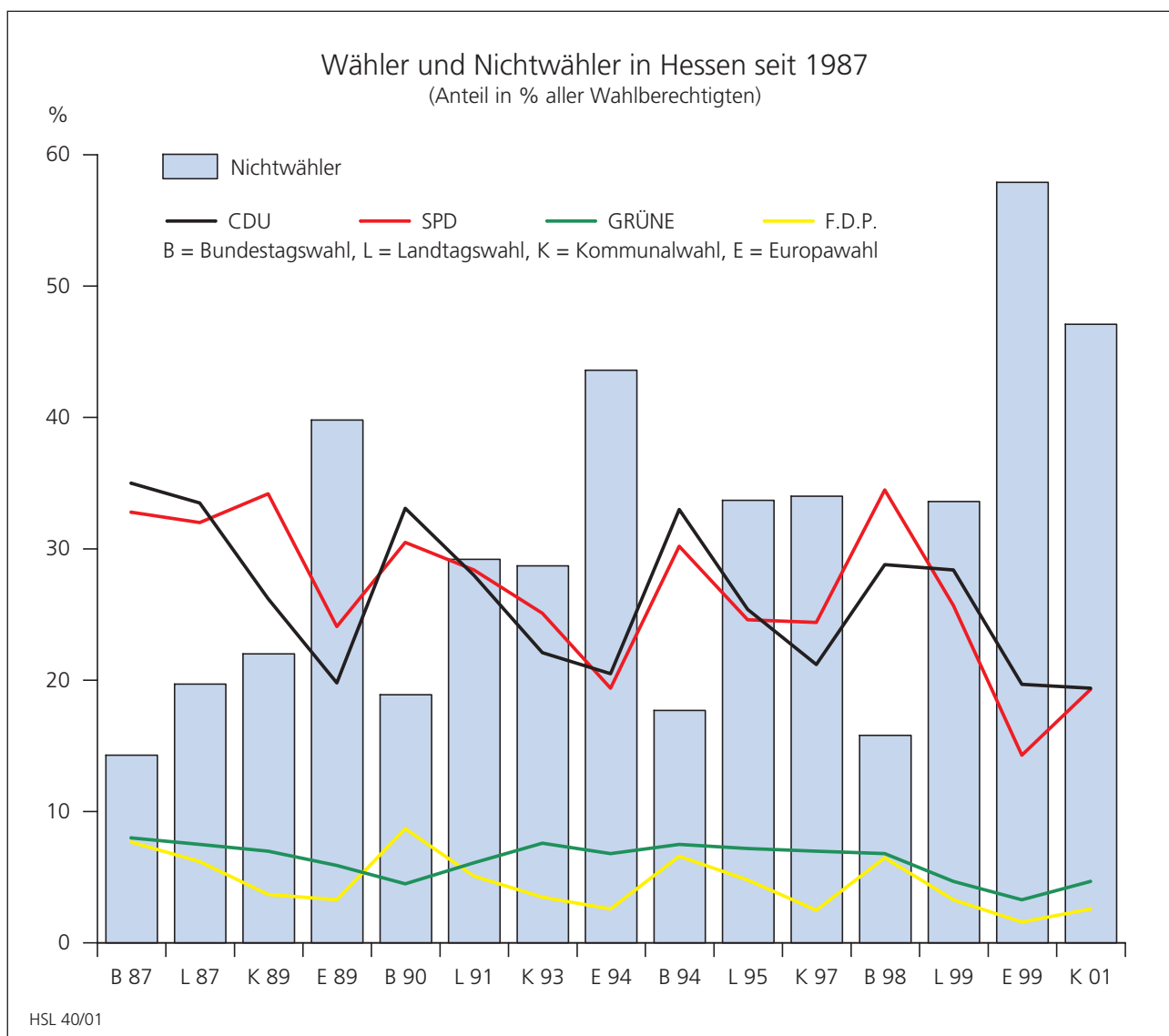
Staat und Wirtschaft in Hessen

Berichte und Informationen aus der Landesstatistik

6 · 01

56. Jahrgang

Hessisches Statistisches Landesamt



Die Kommunalwahlen in Hessen am 18. März 2001

Ergebnis der erstmals nach neuem Kommunalwahlrecht mit offenen Listen durchgeführten Wahlen sind starke Gewinne für die CDU, leichte Zunahmen für SPD und F.D.P., Stimmenverluste für die GRÜNEN und regelrechte Einbrüche bei den REPUBLIKANERN. Der CDU war es trotz Schwarzgeldskandal besser gelungen ihre Wählerschaft zu mobilisieren als der SPD, und sie wurde mit einem knappen Vorsprung stärkste kommunalpolitische Kraft. Die Wahlbeteiligung nahm weiter stark ab, und nur noch 53 % der wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger gaben ihre Stimme ab.

Vorbemerkungen

Unter dem Begriff Kommunalwahlen sind mehrere Einzelwahlen zu unterschiedlichen Vertretungen im kommunalen Bereich zusammengefasst. Am 18. März 2001 fanden die Gemeindewahlen, die Kreiswahlen und — soweit in den Städten und Gemeinden Ortsbeiräte gebildet wurden — die Ortsbeiratswahlen statt. Außerdem gab es an diesem Tag 30 Direktwahlen. Das so genannte **Kommunalwahlergebnis** für Hessen beinhaltet das zusammengefasste Ergebnis der Kreistagswahlen in den 21 Landkreisen und der Gemeindewahlen bzw. Stadtverordnetenwahlen in den fünf kreisfreien Städten. In diesem Beitrag werden zunächst die Gemeindewahlergebnisse in den kreisfreien Städten und die Kreiswahlergebnisse betrachtet. Über die Gemeindewahlen in den kreisangehörigen Städten und Gemeinden wird in einem späteren Beitrag berichtet.

Die Kommunalwahlen am 18. März wurden erstmals auf der Grundlage des **neuen Kommunalwahlrechts** durchgeführt, das am 5. Januar 2000 mit dem „Gesetz zur Stärkung der Bürgerbeteiligung und der kommunalen Selbstverwaltung“ in Kraft getreten ist. Das neue Kommunalwahlrecht ist ein **personalisiertes Verhältniswahlrecht**. Jeder Wähler erhält so viele Stimmen, wie Vertreter in das Kommunalparlament zu wählen sind. Man kann die Stimmen beliebig auf mehrere Listen verteilen (panaschieren), einem Kandidaten bis zu drei Stimmen geben (kumulieren), Kandidaten streichen oder auch einen Wahlvorschlag unverändert annehmen. Mit den größeren Entscheidungsmöglichkeiten in Bezug auf die Listenplatzierung der Kandidaten erhält der Wähler

ein größeren Einfluss auf die Zusammensetzung der kommunalen Parlamente als dies bei der reinen Listenwahl möglich ist. Weitere Kernpunkte der Wahlrechtsnovelle sind: der **Wegfall der Sperrklausel**, die **Verlängerung der Wahlperiode** von vier auf fünf Jahre, die fakultative **Möglichkeit zur Verkleinerung der Gemeindevertretungen** und der **Kreistage** sowie die **Anhebung des Wahlalters** von 16 auf 18 Jahre.

Akzeptanz des neuen Wahlrechts

Erste Auswertungen¹⁾ ergaben, dass bei der Wahl der Kreistagsabgeordneten 37 %, und bei der Wahl der Stadtverordneten 45 % der Wähler kumulierten, panaschierten oder Bewerber strichen. Dass die Möglichkeiten des neuen Wahlrechts bei der Wahl der Stadtverordneten stärker genutzt wurden als bei der Wahl der Kreistagsabgeordneten, hängt mit der Überschaubarkeit des Wahlgebietes und dem Bekanntheitsgrad der Kandidatinnen und Kandidaten zusammen. So ist auch bei der Wahl der Gemeindevertreter in den kreisangehörigen Kommunen der Anteil der veränderten Stimmzettel in kleinen Gemeinden deutlich höher als in großen, weil sie überschaubarer und weniger anonym sind.

Hauptergebnisse der Kommunalwahl 2001

Bei den Kreistagswahlen und den Gemeindewahlen in den kreisfreien Städten waren knapp 4,5 Mill. Bürgerinnen und

¹⁾ Weitere Ergebnisse bezüglich des Wahlverhaltens und der Auswirkungen des neuen Wahlsystems auf die Zusammensetzung der Vertretungsorgane folgen in einem späteren Beitrag.

Kommunalwahlergebnisse seit 1989

Jahr	Wahlberechtigte	Wähler	Wahlbeteiligung in %	Ungültige Stimmzettel in %	Gültige Stimmen ¹⁾	Von 100 gültigen Stimmen entfielen auf							
						CDU	SPD	GRÜNE	F.D.P.	REP	PDS	sonstige Parteien	Wählergruppen
1989	4 194 001	3 273 187	78,0	2,4	3 194 550	34,3	44,8	9,1	4,8	0,7	—	2,8	3,4
1993	4 270 703	3 044 229	71,3	3,2	2 946 644	32,0	36,4	11,0	5,1	8,3	—	1,5	5,7
1997	4 425 013	2 921 211	66,0	2,7	2 842 626	33,0	38,0	11,0	4,0	6,6	0,3	1,3	5,9
2001	4 498 672	2 379 281	52,9	4,2	171 027 637	38,4	38,2	9,3	5,2	2,5	0,4	0,4	5,7

¹⁾ Neues Kommunalwahlrecht (2001): Jeder Wähler hat so viele Stimmen zur Verfügung, wie Abgeordnete in das jeweilige Parlament zu wählen sind.

Bürger wahlberechtigt. Das waren rund 74 000 oder 1,7 % mehr als 1997. Die CDU konnte landesweit mit 38,4 % ihr Ergebnis von 1997 um mehr als 5 Prozentpunkte übertreffen. Mit einem knappen Vorsprung von 0,2 Prozentpunkten wurde sie stärkste Partei. Die SPD gewann nur geringfügig hinzu und büßte mit 38,2 % ihre Vormachtstellung ein. Die GRÜNEN verloren 1,7 Prozentpunkte und erhielten landesweit 9,3 % der gültigen Stimmen. Der F.D.P. gelang es, das Ergebnis von 1997 um mehr als einen Prozentpunkt auf 5,2 % zu verbessern. Der Stimmenanteil der REPUBLIKANER schrumpfte um 4,1 Prozentpunkte auf 2,5 %. Wählergruppen verloren geringfügig und erhielten 5,7 % der gültigen Stimmen.

Nichtwähler und ungültige Stimmen

Mit einem Rückgang von 13 Prozentpunkten erreichte die Wahlbeteiligung mit knapp 53 % einen neuen historischen Tiefstand bei den Kommunalwahlen. Das Phänomen der fast stetigen Zunahme der Wahlenthaltung ist in der Bundesrepublik schon seit Beginn der Achtzigerjahre auf allen Ebenen zu beobachten. Eine zunehmende Wahlabsistenz war daher zu erwarten, dennoch überraschte das Ausmaß. Das neue Wahlsystem, die Schwarzgeldaffäre der CDU und Politikverdrossenheit wurden als Gründe genannt. Meinungsforschungsinstitute führten die hohe Wahlenthaltung weniger auf das neue Wahlsystem oder eine politische Protesthaltung zurück, sondern eher auf eine allgemeine, gesellschaftspolitische Gleichgültigkeit. Eine weitere Ursache für die wachsende Wahlabsistenz könnte sein, dass die Wahlteilnahme immer weniger als Bürgerpflicht gesehen wird. Jahrzehntelang war diese soziale Norm charakteristisch für die politische Kultur der Bundesrepublik und trug zu der im internationalen Vergleich enorm hohen Wahlbeteiligung entscheidend bei²⁾. Daher ist die zunehmende Wahlabsistenz sicher in Teilen ein Krisensymptom, sie ist aber, nach Auffassung der Wahlforscher, auch zu einem großen Teil als Anpassungsprozess an die Wahlbeteiligungsquoten anderer Demokratien zu werten und Ausdruck einer „Normalisierung“ im internationalen Vergleich. (Siehe auch Schaubild auf Seite 185.)

Starker Anstieg der Zahl der ungültigen Stimmzettel

Die Zahl der ungültigen Stimmzettel nahm relativ stark um 1,5 Prozentpunkte auf 4,2 % zu. Da das neue Kommunalwahlgesetz so ausgestaltet ist, dass ein Stimmzettel nur ungültig ist, wenn mehrere Listen angekreuzt und keine Kandidatenkreuze gemacht wurden, konnten die Wählerinnen und Wähler nicht viel falsch machen. Daher ist zu vermuten,

dass viele nicht irrtümlich ungültig wählten, sondern aus Protest ungültige Stimmzettel abgaben. Eine von der Stadt Frankfurt am Main durchgeführte Auswertung der ungültigen Stimmzettel bestätigt diese Einschätzung³⁾. Von insgesamt gut 9600 ungültigen Stimmzetteln war nur jeder fünfte wirklich fehlerhaft und hatte in der Regel mehr als ein Parteikreuz (ohne Personenstimme). Die übrigen Stimmzettel waren zumeist ungültig, weil sie leer abgegeben wurden, und einige wenige waren ungültig, weil sie mit expliziten Unmutsäußerungen versehen waren.

Wählermobilisierung und Stimmenanteile der Parteien

Die Entscheidung, nicht zu wählen oder anders zu votieren als bei dem vorherigen Urnengang, hängt wesentlich davon ab, ob und wie stark sich der Wahlberechtigte mit einer Partei identifiziert. Zunehmende Wahlabsistenz bedeutet daher auch, dass es den Parteien immer weniger gelingt, ihre Wähler an sich zu binden. Unzufriedene Stammwähler neigen eher dazu als parteipolitisch ungebundene, aus Protest nicht zu wählen, als ihre Stimme einer anderen Partei zu geben. Parteipolitisch ungebundene Bürger sind eher bereit, ihre Verärgerung nicht nur durch Wahlabsistenz zu zeigen, sondern auch in der Wahl einer Protestpartei zu artikulieren⁴⁾.

Die Betrachtung der absoluten Stimmenzahlen gibt Hinweise, wie gut oder wie schlecht die Parteien ihre Anhänger mobilisieren konnten. Ein direkter Vergleich ist infolge des neuen Wahlsystems nicht möglich, da Wählerinnen und Wähler nicht nur eine, sondern, entsprechend der Größe des Kommunalparlaments, bis zu 93 Stimmen zu vergeben hatten. Um die Stimmen dieser Wahl mit früheren Wahlen vergleichen zu können, wurden die Stimmen gewichtet (Berechnungsmodus: Gültige Stimmzettel x Stimmen je Partei / Gültige Stimmen insgesamt).

Rechnet man zu den Nichtwählern die ungültigen Stimmen hinzu, so konnten die angetretenen Parteien und Wählergruppen bei den Kommunalwahlen 2001 lediglich die Hälfte des gesamten Stimmenpotenzials ausschöpfen. Nur der F.D.P. gelang es, mehr Wähler für sich zu gewinnen als bei der Kommunalwahl 1997, alle anderen Parteien haben Wähler verloren. CDU und SPD wurden nur noch von jeweils knapp jedem fünften Wahlberechtigten gewählt. Die Christdemokraten verloren gegenüber der Kommunalwahl 1997 rund 64 000 Stimmen und schöpften ihr Wählerpotenzial im Vergleich zu 1997 nur zu 93 % aus. Noch größere Mobilisierungsschwächen zeigte die SPD, die mit einem Verlust von gut 210 000 Stimmen nur 80 % ihrer Wählerschaft von 1997 für sich gewinnen konnte. Ihr war es vor vier Jahren als einziger Partei gelungen, ihre Stimmenzahl zu erhöhen. Auch die Bindungskraft der GRÜNEN nahm deutlich ab. Sie verloren im Vergleich zur vorangegangenen Kommunalwahl rund 101 000 Stimmen oder ein Drittel ihrer bisherigen Anhänger und wurden nur noch von rund 5 % aller Wahlberechtigten

2) Vgl.: Wahlenthaltung als Form des Wahlverhaltens; Ergebnisse einer empirischen Untersuchung am Beispiel der Bundestagswahl 1990; Statistischer Informationsdienst Beiträge aus Statistik und Stadtforschung Sonderheft 1/1994, Statistisches Amt Stuttgart 1994, S.31.

3) Vgl.: Kommunalwahlen 2001 in Frankfurt am Main; Frankfurter Wahlanalysen Heft 23 April 2001, S.21.

4) Vgl.: Wahlenthaltung als Form des Wahlverhaltens; a.a.O., S. 28.

gewählt. Lediglich die F.D.P. erhielt mehr Stimmen als vor vier Jahren. Die Liberalen konnten bei dieser Wahl rund 3 % der Wahlberechtigten an sich binden, 5000 mehr als 1997, als sie mit einem Verlust von 38 000 Stimmen nur drei Viertel ihres bisherigen Wählerpotenzials ausschöpften.

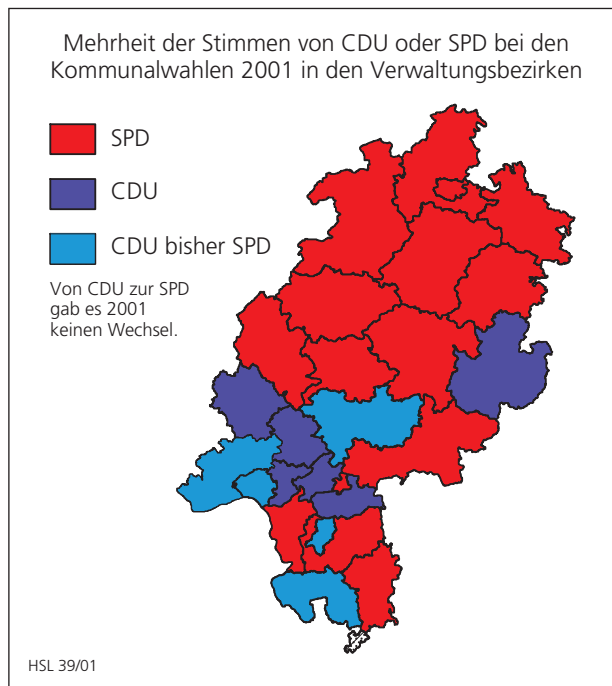
Gemeindewahlen in den kreisfreien Städten

Wahlbeteiligung nur noch bei 46 %

Der Trend zur Wahlenthaltung war in den Großstädten wieder deutlich stärker als in ländlichen Regionen. Die Partizipationsquote der 937 000 Wahlberechtigten in den fünf kreisfreien Städten fiel um rund 15 Prozentpunkte auf nur noch gut 46 %. In der nordhessischen Metropole Kassel war die Abnahme mit knapp 18 Prozentpunkten am größten, in Darmstadt mit gut 11 Prozentpunkten am geringsten. In Darmstadt wurde mit knapp 50 % auch die höchste Wahlbeteiligung erreicht, in Offenbach am Main mit lediglich 40 % die niedrigste.

Stimmenanteile

Die **CDU** erreichte in den kreisfreien Städten knapp 37 % der gültigen Stimmen. Mit einem Zuwachs von rund 3 Prozentpunkten konnte sie ihren Stimmenvorsprung zur SPD auf knapp 4 Prozentpunkte ausweiten. In Kassel, Wiesbaden und Frankfurt am Main legten die Christdemokraten jeweils gut 2 Prozentpunkte zu. In der hessischen Finanzmetropole erzielten sie mit rund 39 % ihr bestes Ergebnis und bauten ihre Position als stärkste Partei weiter aus. In Wiesbaden löste die CDU die SPD mit fast 37 % der Stimmen als stärkste Fraktion ab. In Kassel verfehlte sie dieses Ziel mit einem Anteil von gut 35 % nur knapp. Auch in Darmstadt kam es zu einem Kopf-an-Kopf-Rennen. Mit einem Zugewinn von



4,0 Prozentpunkten überrundete die CDU die SPD mit einem Vorsprung von knapp 400 Stimmen. In Offenbach am Main gewannen die Christdemokraten mit einem Plus von 5,0 Prozentpunkten am meisten hinzu, erzielten dort aber dennoch mit gut 32 % ihr schlechtestes Ergebnis.

Die **SPD** konnte ihren Stimmenanteil lediglich um durchschnittlich 0,2 Prozentpunkte auf 33,0 % verbessern. Im Gegensatz zur CDU, die in allen kreisfreien Städten zulegen konnte, verbuchten die Sozialdemokraten nur in Offenbach am Main und in Frankfurt am Main Stimmengewinne. In Offenbach am Main konnten sie an den Erfolg der 97er-Wahl anknüpfen (+ 7,0 Prozentpunkte) und ihr bisheriges Ergebnis um weitere gut 3 Prozentpunkte erhöhen. Mit rund

Gemeindewahlen in den kreisfreien Städten am 18. März 2001 und am 2. März 1997

Kreisfreie Stadt	Wahl- jahr	Wahl- berech- tigte	Wähler	Wahl- beteili- gung in %	Ungül- tige Stimm- zetteln in %	Gültige Stimmen ¹⁾	Von 100 gültigen Stimmen entfielen auf							
							CDU	SPD	GRÜNE	F.D.P.	REP	PDS	sonstige Par- teien ²⁾	Wäh- ler- grup- pen
Darmstadt	2001	101 547	50 267	49,5	2,4	3 354 561	34,2	33,5	16,4	6,5	—	—	1,3	8,1
	1997	102 180	62 226	60,9	2,3	60 767	30,3	33,5	20,3	4,9	—	—	5,8	5,2
Frankfurt am Main	2001	419 897	192 918	45,9	5,0	16 464 790	38,5	30,5	14,1	4,6	2,7	2,3	0,7	6,6
	1997	419 133	253 393	60,5	1,8	248 815	36,3	29,2	16,9	5,6	6,2	1,6	2,2	2,1
Offenbach am Main	2001	77 560	30 995	40,0	3,6	1 992 960	32,2	39,5	9,9	6,5	5,1	2,8	0,5	3,4
	1997	78 118	44 623	57,1	3,0	43 280	27,2	36,2	11,2	6,4	10,8	2,3	—	5,8
Wiesbaden	2001	197 458	93 137	47,2	3,4	7 028 367	36,5	34,7	10,2	12,0	4,9	—	—	1,7
	1997	195 760	116 277	59,4	1,6	114 408	34,2	36,4	13,5	4,3	9,9	—	1,6	—
Kassel	2001	140 757	65 035	46,2	2,8	4 290 946	35,4	36,0	16,8	5,1	—	—	—	6,6
	1997	145 139	92 608	63,8	1,7	91 039	33,0	36,0	15,6	3,3	4,6	1,4	3,4	2,7
Insgesamt	2001	937 219	432 352	46,1	3,9	33 131 624	36,9	33,0	13,6	6,6	2,7	1,3	0,5	5,5
	1997	940 330	569 127	60,5	1,9	558 309	34,0	32,8	15,9	4,9	6,4	1,1	2,5	2,4

1) Neues Kommunalwahlrecht (2001): Jeder Wähler hat so viele Stimmen zur Verfügung, wie Stadtverordnete in das jeweilige Stadtverordnetenparlament zu wählen sind. — 2) 2001: DIE FRAUEN, Die Tierschutzpartei, DMP, ödp; 1997: DIE FRAUEN, DKP, NATURGESETZ, NPD, ÖDP, PBC, Rentner, STATT Partei.

40 % erzielten sie dort ihr bestes Ergebnis. In Frankfurt am Main gewannen die Sozialdemokraten gut einen Prozentpunkt hinzu, erreichten hier aber mit knapp 31 % ihr schlechtestes Ergebnis. In der traditionellen SPD-Hochburg Kassel war es vor zwei Jahren zu einem Bruch der rot-grünen Koalition und einer „Kooperation“ von CDU und SPD gekommen. Während es den Christdemokraten gelang, ihren Stimmenanteil gegenüber 1997 zu erhöhen, erzielte die SPD lediglich ein gleich hohes Ergebnis wie vor vier Jahren, sodass sich ihr Vorsprung gegenüber der CDU auf nur noch gut 300 Stimmen reduzierte. In Darmstadt blieb es für die SPD ebenfalls beim Ergebnis von 1997, wobei sie der CDU mit 33,5 % um 0,7 Prozentpunkte unterlag. In Wiesbaden verlor sie knapp 2 Prozentpunkte und büßte auch dort mit einem Stimmenanteil von rund 35 % die relative Mehrheit ein. Ihr Koalitionspartner, die GRÜNEN, verbuchten ebenfalls Verluste, so dass es in der Landeshauptstadt zu einem Machtwechsel kam.

Der Stimmenanteil der **GRÜNEN** nahm in den kreisfreien Städten durchschnittlich um gut 2 Prozentpunkte auf rund 14 % ab. Ihre Verluste reichten von gut einem Prozentpunkt in Offenbach am Main bis zu knapp 4 Prozentpunkten in Darmstadt. Hinzugewonnen haben die GRÜNEN nur in Kassel. Mit einem Stimmenzuwachs von gut einem Prozentpunkt erzielten sie dort mit rund 17 % ihr bestes Ergebnis. Den geringsten Stimmenanteil erhielten die GRÜNEN wieder in Offenbach am Main mit knapp 10 %.

Die **F.D.P.** erhöhte ihren Stimmenanteil um rund 2 Prozentpunkte und errang knapp 7 % der gültigen Stimmen. Vor vier Jahren hatten die Liberalen in den kreisfreien Städten große Einbußen erlitten und waren in Wiesbaden, Kassel und Darmstadt an der 5%-Hürde gescheitert. In Wiesbaden gelang es der F.D.P., ihren Stimmenanteil um knapp 8 Prozentpunkte auf 12,0 % zu steigern. In der Landeshauptstadt hatten die Liberalen eine Wahlkampagne gegen die Stadtbahn geführt, ein Verkehrsprojekt, das von SPD, GRÜNEN und CDU unterstützt und von Liberalen sowie REPUBLIKANERN abgelehnt wird. In Darmstadt erzielte die F.D.P. 6,5 % und in Kassel 5,1 % der Stimmen. In beiden Kommunen gewann sie jeweils rund 2 Prozentpunkte hinzu und konnte damit ihre Verluste von 1997 zum Teil wettmachen. In Offenbach am Main verbesserten die Liberalen ihr Ergebnis geringfügig auf 6,5 % der Stimmen. In Frankfurt am Main verloren sie einen Prozentpunkt und erzielten mit 4,6 % ihr schlechtestes Ergebnis. Bei der Kommunalwahl 1997 waren sie dort mit 6,2 % nach 16 Jahren wieder in den Frankfurter Römer eingezogen. Ohne Abschaffung der 5%-Hürde hätten die Liberalen den Einzug wieder verfehlt.

Der Stimmenanteil der **REPUBLIKANER** ist gegenüber 1997 um rund 4 Prozentpunkte auf 2,7 % gesunken. Sie waren nur noch in Frankfurt am Main, Offenbach am Main und Wiesbaden angetreten und haben dort zwischen knapp 4 und rund 6 Prozentpunkte verloren. In Frankfurt am Main errangen die REPUBLIKANER 2,7 %, in Wiesbaden und Offen-

bach am Main rund bzw. gut 5 %. Ohne Wegfall der 5%-Hürde wären sie nur noch im Offenbacher Stadtparlament vertreten.

Die **übrigen Parteien** (PDS und „sonstige Parteien“) verloren in den kreisfreien Städten rund zwei Prozentpunkte und erreichten zusammen nur 1,8 % der Stimmen. Die PDS war in Offenbach am Main mit 2,8 % und in Frankfurt am Main mit 2,3 % relativ erfolgreich und erreichte insgesamt eine Quote von 1,3 %. Die **Wählergruppen** erhöhten ihren Stimmenanteil um mehr als das Doppelte und erreichten zusammen 5,5 %.

Sitzverteilung in den Stadtverordnetenversammlungen

In den kreisfreien Städten waren am 18. März insgesamt 387 Stadtverordnete zu wählen. Während Darmstadt, Offenbach am Main und Kassel über je 71 Stadtverordnetensitze verfügen, sind es in Wiesbaden 81 und in Frankfurt am Main 93 Sitze. Die SPD errang 134 Mandate (1997: 144), die CDU 138 (1997: 139) und die GRÜNEN 52 (1997: 67). Die F.D.P. kam auf 28 (1997: 10) und die REPUBLIKANER auf 11 (1997: 23) Sitze. Die PDS verfügt über 5 Mandate, DIE FRAUEN über eines, die Wählergruppen kommen zusammen auf 19 (1997: 4) Sitze. Neben der F.D.P. haben die PDS und die Wählergruppen von der Abschaffung der Sperrklausel profitiert. Die PDS hätte weder in Frankfurt am Main (2) noch in Offenbach am Main (2) Mandate erhalten, DIE FRAUEN keines in Darmstadt (1) und auch die Wählergruppen hätten keine (19) Sitze errungen.

Der Anteil der Frauen in den Stadtverordnetenversammlungen erhöhte sich geringfügig auf rund 38 %. Bei den GRÜNEN stieg die Frauenquote auf rund 58 %, und auch die SPD entsendet mit knapp 43 % relativ mehr weibliche Stadtverordnete als bisher. Die Frauenquote der CDU blieb mit rund 32 % konstant, und bei der F.D.P. schrumpfte der Anteil um mehr als die Hälfte auf 14 %.

Kreiswahlen

Wahlbeteiligung

Bei den Kreiswahlen in den 21 Landkreisen waren gut 3,56 Mill. Bürgerinnen und Bürger zur Wahl aufgerufen. Die Wahlbeteiligung war wie üblich höher als in den kreisfreien Städten, erreichte aber auch hier bei einem Rückgang von knapp 13 Prozentpunkten mit rund 55 % einen neuen Tiefstand. Bei Abnahmen von gut 9 Prozentpunkten (Hochtaunuskreis) bis knapp 16 Prozentpunkten (Landkreis Offenbach) erreichte die Partizipationsquote nur noch Werte zwischen rund 48 % (Lahn-Dill-Kreis) und gut 63 % (Schwalm-Eder-Kreis). Der Anteil der ungültigen Stimmen nahm durchschnittlich um 1,4 Prozentpunkte auf über 4 % zu.

Kreiswahlen am 18. März 2001 und am 2. März 1997

Landkreis	Wahl-jahr	Wahl-berechtig-te	Wähler	Wahl-beteili-gung in %	Ungül-tige Stimm-zettel in %	Gültige Stimmen ¹⁾	Von 100 gültigen Stimmen entfielen auf							
							CDU	SPD	GRÜNE	F.D.P.	REP	PDS	sonstige Par-teien ²⁾	Wäh-ler-grup-pen
Bergstraße	2001	201 262	104 643	52,0	4,6	7 620 565	43,2	38,8	7,3	4,5	—	—	0,5	5,7
	1997	196 993	124 775	63,3	3,1	120 873	36,4	37,6	9,3	2,9	7,5	—	—	6,4
Darmstadt-Dieburg	2001	215 114	116 192	54,0	5,2	8 503 778	35,4	45,0	10,9	5,2	—	—	0,6	2,9
	1997	207 589	138 252	66,6	3,6	133 299	29,0	46,1	12,3	3,8	3,1	—	2,8	3,0
Groß-Gerau	2001	181 028	94 721	52,3	4,7	6 152 044	30,0	45,9	11,9	4,4	4,0	—	—	3,9
	1997	177 594	119 080	67,1	3,8	114 578	26,5	47,5	12,3	3,1	7,3	—	1,1	2,2
Hochtaunuskreis	2001	171 168	93 027	54,3	3,3	6 214 566	42,2	27,6	11,8	9,4	2,9	—	—	6,1
	1997	166 726	106 239	63,7	2,8	103 305	39,3	26,6	13,7	7,4	5,9	—	—	7,1
Main-Kinzig-Kreis	2001	303 441	161 309	53,2	4,8	13 554 878	38,1	40,0	8,3	4,0	5,0	0,9	—	3,7
	1997	296 339	197 466	66,6	2,6	192 269	32,7	38,5	10,3	3,0	10,2	—	0,5	4,9
Main-Taunus-Kreis	2001	168 468	92 605	55,0	3,3	7 032 697	44,0	28,7	11,6	6,7	2,6	—	—	6,5
	1997	162 821	105 967	65,1	3,0	102 774	38,4	28,8	12,5	7,0	6,4	—	—	6,9
Odenwaldkreis	2001	75 203	44 999	59,8	3,8	2 084 281	28,7	45,8	7,0	2,9	3,5	—	—	12,0
	1997	72 946	51 483	70,6	3,9	49 499	24,4	47,6	8,3	1,9	5,1	—	1,0	11,8
Offenbach	2001	246 541	125 344	50,8	5,5	9 954 743	45,5	32,1	11,1	4,6	3,2	—	—	3,5
	1997	240 239	159 426	66,4	2,7	155 120	37,3	33,0	13,0	4,0	7,2	—	0,8	4,8
Rheingau-Taunus-Kreis	2001	139 395	77 532	55,6	3,5	5 108 536	39,1	37,2	10,0	6,5	2,7	—	—	4,5
	1997	136 148	89 910	66,0	3,2	87 047	33,1	35,2	11,3	5,4	7,6	—	0,9	6,5
Wetteraukreis	2001	220 827	118 154	53,5	4,6	8 832 983	41,0	38,8	7,5	4,0	—	—	3,3	5,3
	1997	212 114	144 593	68,2	3,0	140 257	34,3	37,9	9,6	3,2	4,5	—	3,6	6,8
Reg.-Bez. D a r m s t a d t	2001	1 922 447	1 028 526	53,5	4,5	75 059 071	39,7	37,6	9,7	5,1	2,4	0,2	0,5	4,7
	1997	1 869 509	1 237 191	66,2	3,1	1 199 021	33,6	37,6	11,3	4,1	6,7	—	1,1	5,5
Gießen	2001	189 970	101 423	53,4	4,7	7 542 175	35,2	38,5	8,5	4,9	3,2	—	—	9,7
	1997	186 750	126 456	67,7	2,5	123 302	30,5	38,2	10,1	3,3	6,8	—	0,7	10,5
Lahn-Dill-Kreis	2001	198 226	94 575	47,7	3,9	7 049 643	35,4	39,5	5,8	4,1	2,7	—	1,8	10,6
	1997	195 765	122 801	62,7	1,6	120 883	26,3	38,5	6,8	3,3	7,0	—	5,8	12,2
Limburg-Weilburg	2001	133 209	71 234	53,5	3,9	4 580 899	47,0	34,6	5,0	2,7	2,3	—	—	8,4
	1997	129 745	85 100	65,6	4,0	81 665	38,9	36,2	6,6	2,1	5,5	—	—	10,6
Marburg-Biedenkopf	2001	185 628	103 258	55,6	4,0	7 615 597	38,3	38,8	8,6	3,9	3,7	2,4	0,5	3,8
	1997	183 237	124 571	68,0	2,0	122 123	33,1	37,2	11,0	2,3	8,6	1,8	0,4	5,4
Vogelsbergkreis	2001	93 120	54 215	58,2	4,1	2 989 357	37,7	39,0	5,2	5,7	3,0	—	—	9,4
	1997	91 474	66 091	72,3	2,8	64 218	32,4	40,7	6,4	3,8	6,7	—	—	10,0
Reg.-Bez. G i e ß e n	2001	800 153	424 705	53,1	4,2	29 777 671	38,1	38,3	7,0	4,2	3,0	0,6	0,6	8,2
	1997	786 971	525 019	66,7	2,4	512 191	31,7	38,0	8,5	2,9	7,1	0,4	1,6	9,6
Fulda	2001	165 313	94 441	57,1	4,1	6 953 368	58,6	23,3	5,2	2,9	2,7	—	0,2	7,0
	1997	161 367	114 069	70,7	3,2	110 467	49,9	25,8	7,3	3,0	6,3	0,9	0,7	6,1
Hersfeld-Rotenburg	2001	103 323	63 095	61,1	4,1	3 520 900	35,4	50,7	4,0	2,8	2,8	—	—	4,4
	1997	103 342	74 424	72,0	3,1	72 084	33,0	49,4	5,5	2,0	4,7	—	—	5,4
Kassel	2001	194 651	112 890	58,0	4,4	8 489 566	30,4	55,0	7,6	4,7	—	—	—	2,3
	1997	190 635	136 281	71,5	3,1	132 101	27,9	52,0	9,8	2,8	4,0	—	—	3,6
Schwalm-Eder-Kreis	2001	152 052	95 968	63,1	3,9	6 283 680	29,1	51,9	5,5	5,5	2,6	—	—	5,4
	1997	149 704	109 722	73,3	2,3	107 151	24,8	50,0	7,3	4,3	6,3	—	—	7,3
Waldeck-Frankenberg	2001	132 212	74 262	56,2	3,6	4 834 787	34,2	39,0	5,5	6,6	3,8	—	—	10,9
	1997	130 715	88 713	67,9	2,2	86 737	28,4	37,1	6,7	5,3	9,0	—	1,6	11,8
Werra-Meißner-Kreis	2001	91 302	53 042	58,1	3,9	2 976 970	29,3	49,4	5,7	5,6	2,2	—	—	7,9
	1997	92 440	66 665	72,1	3,2	64 565	24,8	49,5	7,1	5,4	5,7	—	—	7,5
Reg.-Bez. K a s s e l	2001	838 853	493 698	58,9	4,0	33 059 271	37,1	44,4	5,8	4,6	2,1	—	0,0	5,9
	1997	828 203	589 874	71,2	2,8	573 105	31,9	43,7	7,5	3,7	5,9	0,2	0,4	6,7
Land H e s s e n	2001	3 561 453	1 946 929	54,7	4,3	137 896 013	38,7	39,4	8,2	4,8	2,5	0,2	0,4	5,7
	1997	3 484 683	2 352 084	67,5	2,9	2 284 317	32,7	39,2	9,8	3,7	6,6	0,1	1,1	6,7

1) Neues Kommunalwahlrecht (2001): Jeder Wähler hat so viele Stimmen zur Verfügung, wie Kreistagsabgeordnete in den jeweiligen Kreistag zu wählen sind. — 2) 2001: Die Tierschutzpartei, DP, NPD; 1997: CM, DHP, DKP, NATURGESETZ, NPD, ÖDP, PBC.

Stimmenanteile

Die **CDU** legte 6,0 Prozentpunkte zu und lag mit einem Stimmenanteil von rund 39 % nur knapp hinter der SPD. Schon vor vier Jahren war es den Christdemokraten mit einem Zugewinn von rund einem Prozentpunkt gelungen, ihre seit 1981 anhaltende Talfahrt zu stoppen. Bei dieser Wahl gewannen sie in allen Landkreisen Stimmenanteile hinzu. Die Zuwächse reichen von gut 2 Prozentpunkten in den nordhessischen Kreisen Hersfeld-Rotenburg und Kassel bis zu über neun Prozentpunkten im Lahn-Dill-Kreis. In den Landkreisen Fulda, Offenbach und Limburg-Weilburg war die CDU ähnlich erfolgreich wie 1997. Mit knapp 59 % erzielten die Christdemokraten im Landkreis Fulda wieder ihr bestes Ergebnis, gefolgt vom Landkreis Limburg-Weilburg mit 47,0 %. Die niedrigsten Werte erhielt die CDU im Odenwaldkreis, im Schwalm-Eder-Kreis und im Werra-Meißner-Kreis mit Quoten um 29 %.

Die **SPD** erzielte ein leichtes Plus und erreichte im Durchschnitt aller Landkreise gut 39 % der gültigen Stimmen. In 12 Landkreisen verbesserte sie ihr bisheriges Wahlergebnis und gewann zwischen 0,3 und 3,0 Prozentpunkten (Landkreis Kassel) hinzu. In neun Landkreisen schnitten die Sozialdemokraten schlechter ab als vor vier Jahren. Im Werra-Meißner Kreis und im Main-Taunus-Kreis waren die Einbußen mit jeweils 0,1 Prozentpunkten am geringsten, im Landkreis Fulda mit 2,5 Prozentpunkten am höchsten. Dort erzielten sie mit einer Quote von gut 23 % auch wieder ihr schlechtestes Kreisergebnis. Es folgt der Hochtaunuskreis mit knapp 28 % sowie der Main-Taunus-Kreis mit rund 29 % der gültigen Stimmen. Den höchsten Anteil errangen die Sozialdemokraten mit 55,0 % im Landkreis Kassel. Die absolute Mehrheit der Stimmen erhielten sie außerdem noch im Schwalm-Eder-Kreis (51,9) sowie im Landkreis Hersfeld-Rotenburg (50,7 %). Insgesamt blieb sie in 13 der 21 Landkreise stärkste Fraktion.

Relativ stark verloren haben die **GRÜNEN**, deren Stimmenanteil landesweit um 1,6 Prozentpunkte auf 8,2 % rutschte. Die seit 1981 von Wahl zu Wahl erfolgreichere Partei hatte 1997 erstmals leichten Gegenwind verspürt und 0,4 Prozentpunkte eingebüßt. Bei der diesjährigen Wahl verloren sie in allen Landkreisen an Wählergunst. Die Bandbreite der Verluste reichte von 0,4 Prozentpunkten im Landkreis Groß-Gerau bis zu 2,4 Prozentpunkten im Landkreis Marburg-Biedenkopf. Weniger als 5 % der gültigen Stimmen erzielten die GRÜNEN nur im Landkreis Hersfeld-Rotenburg. Dort wären sie mit dem erzielten Stimmenanteil von 4,0 % bei Beibehaltung der 5%-Sperrklausel nicht mehr im Kreistag vertreten. In sechs Landkreisen errangen sie zweistellige Quoten, die höchsten im Landkreis Groß-Gerau und im Hochtaunuskreis mit jeweils rund 12 % der gültigen Stimmen.

Die **F.D.P.** gewann bei den Kreiswahlen gut einen Prozentpunkt hinzu und erzielte landesweit 4,8 % der Stimmen. In

der vergangenen Wahlperiode waren die Liberalen nur in fünf Kreistagen vertreten, da sie in den anderen Landkreisen an der 5%-Hürde scheiterten. Dieses Mal erreichten sie in acht Landkreisen Quoten über 5 %. Die höchste Quote erzielte die F.D.P. wieder im Hochtaunuskreis mit 9,4 %, die niedrigste im Landkreis Limburg-Weilburg mit 2,7 % der gültigen Stimmen. Geringfügige Verluste hatten die Liberalen lediglich im Main-Taunus-Kreis und im Landkreis Fulda, in den übrigen Landkreisen nahmen ihre Stimmenanteile bis zu 2 Prozentpunkten (Hochtaunuskreis) zu.

Die mit Abstand größten Verlierer der Kreistagswahlen waren die **REPUBLIKANER**. Ihr Stimmenanteil sackte landesweit um über 4 Prozentpunkte auf nur noch 2,5 %. Sie waren nicht mehr in allen, sondern nur noch in 17 Landkreisen angetreten und hatten zumeist weit weniger als die Hälfte ihrer bisherigen Stimmenanteile erhalten. 1997 war es ihnen trotz teilweise herber Verluste gelungen, in 16 Kreistage einzuziehen. Bei der Wahl am 18. März 2001 setzten sich ihre Verluste mit erhöhtem Tempo fort. Ihr bestes Ergebnis erzielten sie wieder im Main-Kinzig-Kreis. Dort entfielen allerdings nur noch 5,0 % statt wie bisher gut 10 % der gültigen Stimmen auf diese Partei. In den übrigen Kreisen errangen sie nur noch Quoten zwischen gut 2 und 4,0 %.

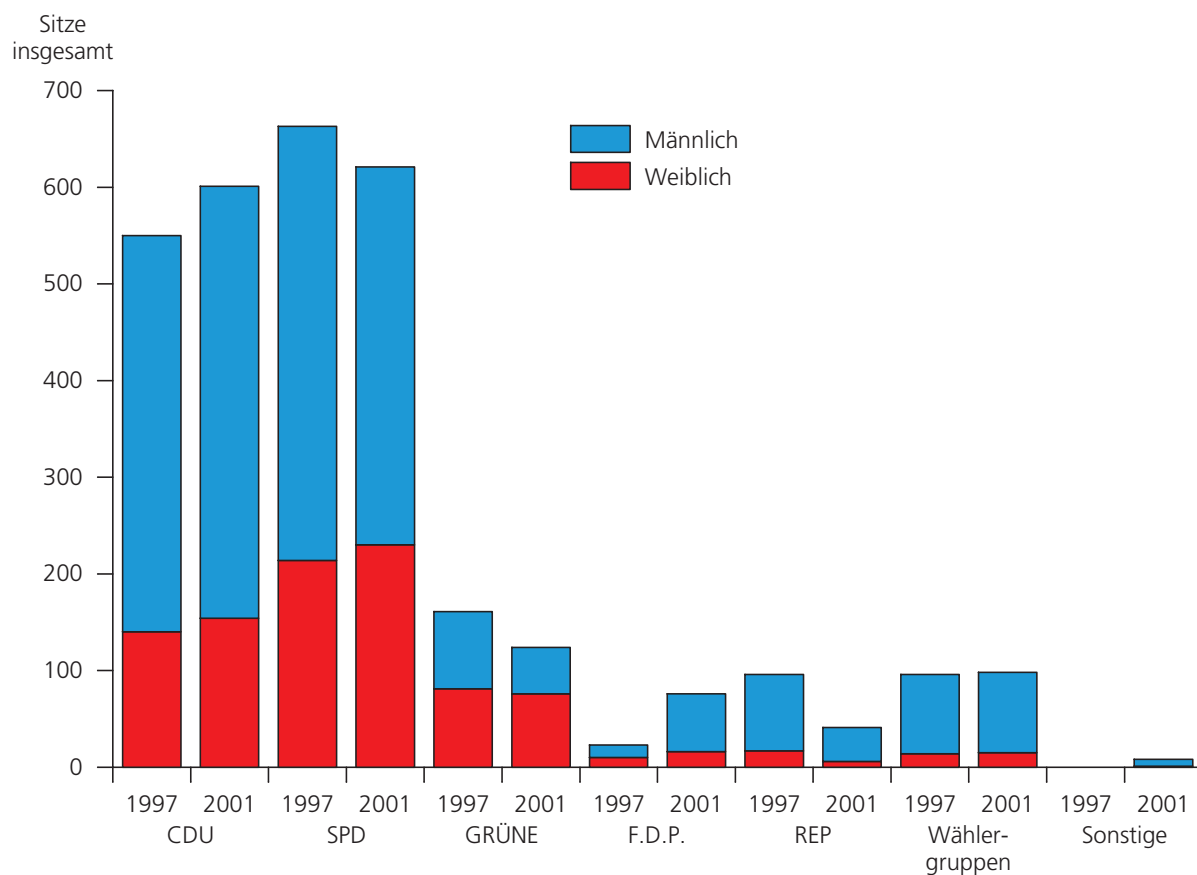
Die **übrigen Parteien** („sonstige Parteien“ und PDS) hatten sich nur in einigen wenigen Landkreisen beworben. Ihre Quoten erreichen Werte zwischen 0,1 % und 3,3 %. Landesweit halbierte sich ihr Stimmenanteil auf lediglich 0,6 % der gültigen Stimmen. Das Landesergebnis der **NPD** sank auf 0,3 %. Kandidaten dieser Partei hatten sich in drei Kreisen beworben. Mit Ergebnissen von 3,3 % im Wetteraukreis sowie 1,8 % im Lahn-Dill-Kreis sind sie in diesen Kreistagen vertreten. Die **PDS** verbesserte ihre Quote geringfügig auf 0,2 % der gültigen Stimmen. Sie war im Main-Kinzig-Kreis (0,9 %) und im Landkreis Marburg-Biedenkopf (2,4 %) erfolgreich. Die Tierschutzpartei war in drei Kreisen angetreten, im Landkreis Darmstadt-Dieburg errang sie mit 0,6 % der Stimmen ein Mandat im künftigen Kreistag.

Die **Wählergruppen** sind ebenfalls in der Gunst der Wähler gesunken. Ihre Quote nahm um einen Prozentpunkt auf 5,7 % ab. In den 21 Landkreisen waren insgesamt 25 Wählergruppen angetreten. 10 Wählergruppen erhielten Stimmenanteile von 5,0 % und mehr. Das beste Ergebnis erzielte die Wählergruppe im Odenwaldkreis mit einer Quote von 12,0 %. Auch die Wählergruppen im Landkreis Waldeck-Frankenberg und im Lahn-Dill-Kreis waren mit knapp 11 % der gültigen Stimmen erfolgreich.

Sitzverteilung in den Kreistagen

In den 21 hessischen Kreistagen waren insgesamt 1569 Mandate zu vergeben, 20 weniger als 1997. Im Landkreis Groß-Gerau und im Hochtaunuskreis hat man die Möglichkeit zur Verkleinerung der Kreistage genutzt und die Anzahl

Verteilung der Sitze bei den Kreiswahlen 1997 und 2001



HSL 38/01

der Sitze um jeweils 10 gesenkt. Die CDU gewann in den Kreistagen 51 Sitze hinzu und erhielt insgesamt 601 Mandate. Sie erreichte im Kreistag des Landkreises Fulda wieder die absolute Mehrheit und in sieben weiteren die relative. Die Sozialdemokraten verloren 42 Sitze und entsenden 621 Vertreter. Die SPD ist nicht mehr in 16, sondern nur noch in 13 Landkreisen stärkste Fraktion, darunter dreimal mit der absoluten Mehrheit der Mandate. Im Landkreis Bergstraße, im Rheingau-Taunus-Kreis sowie im Wetteraukreis ist die Mehrheit der Stimmen von der SPD zur CDU gewechselt. Die Zahl der Repräsentanten der GRÜNEN reduzierte sich um 37 auf 124. Eine positive Bilanz konnten die Liberalen ziehen, die ihre Sitze von 23 auf 76 erhöhten. F.D.P. und GRÜNE sind in allen Kreistagen vertreten, die F.D.P. im Odenwaldkreis als „Ein-Personen-Fraktion“. Die REPUBLIKANER verloren 55 Mandate und zogen mit insgesamt 41 Vertretern in 17 Kreistage ein. Die NPD und die PDS haben jeweils in zwei Kreistagen vier bzw. drei Sitze, und Die Tierschutzpartei errang ein

Mandat. Wählergruppen sind in alle Kreistage eingezogen und erhielten insgesamt 98 Sitze, zwei mehr als vor vier Jahren.

Der Anteil der weiblichen Mandatsträger nahm im Vergleich zu 1997 um knapp zwei Prozentpunkte auf rund 32 % zu. Am stärksten sind Frauen im Landkreis Kassel und im Main-Taunus-Kreis mit knapp 40 % vertreten. In den Landkreisen Limburg-Weilburg und Waldeck-Frankenberg ist dagegen nur jede fünfte Abgeordnete weiblich. Nur die GRÜNEN und die SPD haben ihren Frauenanteil erhöht, bei der CDU blieb er unverändert und bei der F.D.P. schrumpfte er um mehr als die Hälfte. Auch in den Kreistagen haben die GRÜNEN mit 60 % die mit Abstand höchste Frauenquote. Es folgt die SPD mit einer Quote von 37 %. Bei den Christdemokraten ist gut jedes vierte Mandat von einer Frau besetzt und bei den Liberalen nur gut jedes fünfte. Der Frauenanteil bei REPUBLIKANERN und Wählergruppen liegt bei 15 %. □

Sportanlagen in Hessen Mitte 2000

Anfang 2000 hatten die hessischen Sportvereine über 2,1 Mill. Mitglieder, von den Kindern unter 15 Jahren gehörte sogar jedes zweite einem Sportverein an. Für das Ausüben der meisten Sportarten werden besondere Anlagen oder Einrichtungen benötigt, die damit einen bedeutenden Faktor der Infrastruktur darstellen, zumal sie teilweise auch für den Schulsport oder von „Freizeitsportlern“ genutzt werden können. Über ihren Bestand, ihre Größe sowie verschiedene qualitative Merkmale fand bundesweit mit Stichtag am 1. Juli 2000 eine koordinierte Länderstatistik statt. In Hessen wurden dabei über 7200 ungedeckte und 4300 gedeckte Sportanlagen gezählt, deutlich mehr als zwölf Jahre davor. Die Zahl der Schwimmbäder hat sich dagegen um 40 auf reichlich 560 verringert. Gut 57 % aller Anlagen wurden von Kommunen, 36 % von Vereinen betrieben. Letztere dominierten deutlich bei Schießsport-, Tennis- und Reitanlagen sowie bei Golfplätzen; kommerzielle Betreiber überwogen dagegen bei den Tennishallen. Von den 4400 Spielfeldern bzw. „Sportplätzen“ im weitesten Sinn hatten 64 % eine Rasenspielfläche, 3 % einen Kunstrasen, 25 % einen Tennenbelag und 8 % einen sonstigen Belag. Letzterer war vor allem bei den gut 1600 Spielfeldern von unter 5000 m² recht häufig. Von den vielen weiteren „Freiluft“-Anlagen sind noch die über 900 Tennisanlagen mit 4000 einzelnen Tennisplätzen und die fast 800 Reitplätze zu erwähnen. Dazu kamen knapp 2800 Sporthallen, von denen allerdings über die Hälfte mit einer Nutzfläche von unter 400 m² nicht oder nur mit Einschränkungen für den Wettkampfsport geeignet waren. Gezählt wurden zudem fast 900 Schießanlagen, bei denen mindestens der Schießstand überdacht war, sowie 400 Reithallen und über 200 Tennishallen mit 700 Tennisplätzen. Bei den Schwimmbädern dominierten die 315 Freibäder mit einer Wasserfläche von über 330 000 m² vor den knapp 200 Hallenbädern mit einer Wasserfläche von 94 000 m². In der Sommersaison helfen die 50 Naturbäder, die Versorgung regional noch zu verbessern. Insgesamt sind Nord- und Mittelhessen mit Sportanlagen relativ besser ausgestattet als Südhessen. Für gezielte fachliche Auswertungen bis auf Gemeindeebene und eine mögliche Bestandsfortschreibung sind sämtliche erhobenen Daten in einer Datenbank gespeichert, die auch den zuständigen Sportämtern zur Verfügung gestellt werden soll.

Vorbemerkungen

Der Sport besitzt in der heutigen Gesellschaft einen hohen Stellenwert, nicht nur in seiner Form als Spitzensport bei Großereignissen wie den Olympischen Spielen oder Welt- und Europameisterschaften der verschiedensten Art. Dass gerade der Breiten- und der Freizeitsport einen unveränderten Anreiz zur Betätigung geben, beweisen die Mitgliederzahlen der knapp 7800 hessischen Sportvereine: Über 2,1 Mill. Personen, rechnerisch also jeder dritte Einwohner, waren Anfang des Jahres 2000 in einem Sportverein — zum Teil auch in mehreren — organisiert. Ihre Zahl hat sich damit im letzten Jahrzehnt um 262 000 oder 14 % erhöht. Die mit Abstand größten Fachverbände, auf die zusammen fast die Hälfte aller Mitglieder entfiel, waren Turnverband (535 000) und Fußballverband (496 000), deren Zuwachs sich in der Nähe des Gesamtdurchschnitts bewegte. Um 9 % rückläufig war dagegen die Mitgliederzahl beim Tennis, das aber mit 180 000 Mitgliedern vor dem Schießen (125 500) auf dem 3. Rang blieb. Überdurchschnittliche Wachstumsraten waren beim Golf mit 65 %, beim Behindertensport mit 52 %, beim Badminton mit 40 % sowie beim Reiten und beim Tanzsport mit 23 bzw. 19 % zu verzeichnen, außerordentlich starke Einbußen dagegen bei den Sportkeglern mit – 22 %. Besonders erfreulich war andererseits die Entwicklung bei den Kindern unter 15 Jahren, bei denen es im letzten Jahrzehnt einen Mitgliederzuwachs um 118 000 oder 34 % auf fast 468 000 gegeben hat. Somit gehörte rechnerisch jedes zweite Kind dieses Alters einem Sportverein an. Nahezu un-

verändert blieb dagegen bei leichten Schwankungen innerhalb dieses Zeitraums die Zahl der jugendlichen Vereinsmitglieder bis unter 18 Jahre mit rund 167 000. Insgesamt kann, ganz abgesehen vom Leistungssport, die Tätigkeit der Vereine für die allgemeine körperliche „Fitness“ und die Gesundheitsvorsorge, aber auch — gerade in einer Zeit zunehmender Individualisierung — für das Erlernen von sozialem Verhalten oder für die gesellschaftliche Integration, zum Beispiel von Behinderten oder ausländischen Mitbürgern, gar nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Für die meisten Sportarten sind bestimmte Anlagen, zum Teil auch besondere Geräte, erforderlich. Während Letztere von den einzelnen Sportlern häufig in einem gewissen Rahmen noch selbst erworben werden können, müssen die Sportanlagen in aller Regel bereitgestellt werden. Sie gehören aber auch deshalb zu den wichtigsten Infrastruktureinrichtungen, weil sie in vielen Fällen nicht nur den in Vereinen organisierten Sportlern zur Verfügung stehen, sondern von der gesamten Bevölkerung oder sogar von auswärtigen Besuchern genutzt werden können, wenngleich nicht immer ohne finanzielle Gegenleistung, wie z. B. bei Schwimmbädern. Die wechselseitige Nutzung von Schulsportanlagen durch Vereine bzw. von kommunalen oder vereinseigenen Anlagen für den Schulsport sollte hier ebenfalls erwähnt werden. Wegen dieser besonderen Bedeutung hatte die Sportministerkonferenz im Dezember 1998 vereinbart, mit Stichtag am 1. Juli 2000 bundesweit eine koordinierte Länderstatistik über die Sportanlagen durchzuführen. In Hessen wurde das Statisti-

sche Landesamt vom Ministerium des Innern und für Sport mit der Datenerhebung sowie der Zusammenstellung und Auswertung der Ergebnisse beauftragt.

Mit einem bundeseinheitlichen Merkmalskatalog waren auf gesonderten Erhebungsbogen drei Gruppen von Einrichtungen einzubeziehen, nämlich ungedeckte und gedeckte Sportanlagen sowie Bäder. Als Anlage definiert ist dabei i. d. R. nicht ein Gesamtkomplex, wie z. B. ein Stadion mit einer Vielzahl verschiedener Einrichtungen, sondern der einzelne Platz oder die einzelne Halle; für diese war jeweils ein Formular auszufüllen¹⁾. Im Rahmen der späteren Auswertung kann jedoch die Zugehörigkeit zu einer übergeordneten Einheit durch die Bezeichnung und die Anschrift der Anlage hergestellt werden. Bei den **ungedeckten Sportanlagen** wurden Spielfelder in vier Größenklassen mit der Art des jeweiligen Spielfeldbelags unterschieden, bei den Großspielfeldern wurde zusätzlich die Zuschauerkapazität erhoben. Weiterhin zählten zu dieser Gruppe die 400-Meter-Rundlaufbahnen (ebenfalls mit Art des Belags) sowie die Tennisanlagen mit der Zahl der Tennisfelder. Als **gedeckte Sportanlagen** waren neben den Sporthallen in sechs Größenklassen die Tennishallen mit den Tennisfeldern, die Eissporthallen mit der Zuschauerkapazität und die Schießsportanlagen²⁾ zu erheben. Die **Bäder** wurden unterschieden nach Hallen- und Freibädern sowie Naturbädern. Für die beiden erstgenannten Typen war die Anzahl der jeweiligen Becken und die gesamte Wasserfläche anzugeben. Bei den gedeckten Anlagen sowie den Hallen- und Freibädern wurde zusätzlich nach behindertenfreundlicher Sportfläche bzw. Schwimmbecken und entsprechenden Nebenräumen gefragt, bei allen Sportanlagen außerdem nach dem Betreiber und dem Baujahr bzw. dem Jahr der letzten Sanierung oder Modernisierung. Dies galt auch für die **weiteren Sportanlagen**, die in Hessen auf Wunsch des zuvor genannten Ministeriums in Abstimmung mit den Sportämtern auf einem speziellen Bogen über das allgemein gültige Programm hinaus erfasst wurden. Damit sollte zumindest ein Teil des Erhebungsdefizits gegenüber der letzten Sportstättenstatistik aus dem Jahr 1988 ausgeglichen werden³⁾. Im Einzelnen handelte es sich dabei um ungedeckte Schießsportanlagen mit Zahl der Bahnen, Reitsportanlagen mit Reithallen, Reit- und/oder Dressurplätzen sowie der gesamten Nutzfläche, Golfplätze nach Anzahl der Löcher, 100-Meter-Laufbahnen mit Art des Belags, gedeckte und ungedeckte Rollsportanlagen sowie ungedeckte Eissportanlagen jeweils nach ihrer Größe und letztlich Langlaufloipen mit ihrer Gesamtlänge in Kilometern.

1) Die vom HSL entwickelten Formulare ließen zur Arbeitserleichterung teilweise das Eintragen von mehreren Einzelanlagen zu.

2) Im Bereich des Schützenstandes und/oder des Geschossfanges gedeckt waren.

3) Gegenüber 1988 wurden diesmal vor allem die Kegelbahnen und Squash-Anlagen nicht erfasst, weil sie überwiegend kommerziellen Betreibern gehören und daher eine Vollständigkeit ohnehin kaum zu gewährleisten war. Sport- oder Fitness-Studios gehörten ebenfalls nicht zum Erhebungsbereich.

4) In den Vergleich einbezogen sind nur Anlagen, die in beiden Erhebungsjahren erfasst wurden.

5) In den meisten Fällen dürften Betreiber und Eigentümer von Anlagen identisch sein.

Bei der Durchführung der Erhebung vor Ort waren die Kreis-sportämter eingeschaltet, von denen die Unterlagen an die Gemeinden weitergeleitet und zum größten Teil — teilweise allerdings auch direkt durch die Gemeinden — nach einer Vollzähligkeitsprüfung wieder an das Hessische Statistische Landesamt zurückgesandt wurden. Die Erfassung der Sportanlagen und natürlich der kreiseigenen Einrichtungen gehörte ebenfalls zu den Aufgaben der Kreise. Von den Gemeinden waren neben den eigenen Anlagen auch die der Vereine und der kommerziellen Betreiber zu erfassen, wobei für Letztere, da es keine Auskunftspflicht gab, nicht in allen Fällen die Vollzähligkeit bzw. die inhaltliche Vollständigkeit der Angaben garantiert werden kann. Nachdem Ende Januar dieses Jahres die letzten Unterlagen eingegangen sind, können nachfolgend erste Ergebnisse im Überblick dargestellt werden.

Fast drei Fünftel kommunale Anlagen

In Hessen wurden insgesamt knapp 11 500 Sportanlagen erfasst, rund 1000 bzw. 10 % mehr als bei der letzten Erhebung im Jahr 1988⁴⁾. Zwar sind wegen etwas anderer Abgrenzungen die beiden Zählungen nicht exakt vergleichbar, doch lassen sich leicht überdurchschnittliche Zunahmen von jeweils rund 11 % bei den ungedeckten und den gedeckten Sportanlagen, unterdurchschnittliche bei den hessen-spezifischen, weiteren Sportanlagen mit weniger als 8 % konstatieren. Im Einzelnen wurden hierbei über 7200 ungedeckte und 4300 gedeckte Einrichtungen gezählt. Die Zahl der Schwimmbäder hat sich dagegen — vermutlich im Wesentlichen wegen kommunaler Sparmaßnahmen — um 40 auf reichlich 560 verringert. Relativ am stärksten war der Zuwachs bei den Golfplätzen mit gut einer Verdoppelung auf über 40 und — in Zeiten von Skateboard und Inline-Skating sicher nicht verwunderlich — bei Rollsportanlagen um fast vier Fünftel auf etwa 110. Um jeweils rund ein Fünftel hat sich zudem die Zahl der Reitsportanlagen und der Tennishallen auf knapp 470 bzw. über 220 erhöht.

Bei gut 57 % aller erfassten Einrichtungen waren Kommunen, bei 1 % andere öffentliche Stellen für Betrieb, Verwaltung und Management verantwortlich; 36 % wurden von Vereinen und nur 5 % kommerziell betrieben. Zwischen den einzelnen Anlagearten waren allerdings erhebliche Unterschiede festzustellen: Zum Teil weit über 80 % der Sporthallen, Kleinspielfelder, Rollsportanlagen sowie der Frei- und Hallenbäder waren kommunal. Die Vereine dominierten dagegen ebenso deutlich bei Schießsportanlagen, Tennis- und Reitplätzen sowie bei Golfplätzen; auch jeweils rund zwei Fünftel der Langlaufloipen, der Spielfelder von 5000 bis unter 7000 m² und der Tennishallen gehörten ihnen⁵⁾. Bei Letzteren überwogen jedoch mit einem Anteil von fast drei Fünfteln die kommerziellen Betreiber, auf die zudem jeweils ein Drittel der Golfplätze und der Reitsportanlagen entfiel.

Sportanlagen in Hessen am 1. Juli 2000 nach Art und Betreiber

Art der Sportanlage	Anlagen insgesamt	darunter betrieben durch			
		Kommune		Verein	
		Anzahl	%	Anzahl	%
Erfasste Anlagen insgesamt	12 086	6 931	57,3	4 354	36,0
Ugedeckte Sportanlagen					
Spielfelder zusammen	4 392	3 067	69,8	1 273	29,0
davon mit einer Fläche von					
unter 1300 m ²	786	642	81,7	136	17,3
1300 bis unter 5000 m ²	848	642	75,7	198	23,3
5000 bis unter 7000 m ²	1 525	905	59,3	606	39,7
7000 oder mehr m ²	1 233	878	71,2	333	27,0
400-Meter-Rundlaufbahnen	403	309	76,7	77	19,1
Separate 100-Meter-Laufbahnen	311	237	76,2	72	23,2
Tennisanlagen	933	136	14,6	714	76,5
mit . . . Tennisfeldern	4 010	382	9,5	3 393	84,6
Schießsportanlagen	178	10	5,6	163	91,6
Reit- und/oder Dressurplätze	786	27	3,4	561	71,4
Golfplätze	43	—	—	27	62,8
Rollsportanlagen	100	85	85,0	15	15,0
Eissportanlagen	13	9	69,2	4	30,8
Langlaufloipen	57	29	50,9	24	42,1
Z u s a m m e n	7 216	3 909	54,2	2 930	40,6
Gedeckte Sportanlagen					
Sporthallen zusammen	2 778	2 332	83,9	389	14,0
davon mit einer Fläche von					
unter 200 m ²	455	360	79,1	93	20,4
200 bis unter 405 m ²	998	800	80,2	183	18,3
405 bis unter 648 m ²	607	529	87,1	64	10,5
648 bis unter 968 m ²	209	177	84,7	20	9,6
968 bis unter 1215 m ²	152	128	84,2	16	10,5
1215 oder mehr m ²	357	338	94,7	13	3,6
Tennishallen	224	6	2,7	86	38,4
mit . . . Tennisfeldern	706	13	1,8	236	33,4
Schießsportanlagen ¹⁾	888	173	19,5	690	77,7
Reitsporthallen	400	5	1,3	232	58,0
Rollsporthallen	9	7	77,8	2	22,2
Eissporthallen	7	4	57,1	1	14,3
Z u s a m m e n	4 306	2 527	58,7	1 400	32,5
Schwimmbäder					
Freibäder	315	291	92,4	12	3,8
Naturbäder	51	38	74,5	4	7,8
Hallenbäder	198	166	83,8	8	4,0
Z u s a m m e n	564	495	87,8	24	4,3

1) Einschl. teilweise gedeckter Anlagen.

Zwei Drittel der „Sportplätze“ sind Rasenplätze

Beim größten Teil der ungedeckten Sportanlagen, nämlich 4400 oder drei Fünfteln, handelte es sich um Spielfelder unterschiedlicher Größe. 2760 von ihnen waren „echte“ Sportplätze mit einer Mindestfläche von 5000 m². Auch von den kleineren Spielfeldern dürfte noch ein Teil für den Wettkampfsport geeignet gewesen sein, da nicht in allen Sportarten Flächen von 50 x 100 m erforderlich sind. Anders sieht das sicher bei Spielfeldern von unter 1300 m² aus, die wohl meist nur für Freizeit- oder Schulsport sowie eventuell für das Training genutzt werden können.

Von allen diesen 4400 „Sportplätzen“ im weitesten Sinn zusammen hatten 64 % eine Rasenspielfläche, 3 % einen

Kunstrasen, 25 % einen Tennenbelag und 8 % einen sonstigen Belag. Letztere Art von Spielfläche, meist wohl Asphalt- oder Betonestrich, spielte bei den größeren Feldern keine Rolle, war aber bei den gut 850 Spielfeldern von 1300 bis unter 5000 m² mit einem Anteil von 8 % und vor allem bei den Kleinspielfeldern von unter 1300 m² mit fast einem Drittel vertreten. Bei Letzteren kamen Rasen- und Tennenbelag auf etwa den gleichen Anteil, sodass noch knapp 4 % auf Kunstrasen entfielen. Schon bei einer Größe von 1300 bis unter 5000 m² dominierte dagegen eindeutig der Rasen als Spielfläche, und zwar in 63 % der Fälle vor dem Tennenbelag mit 27 %. Bei den Großspielfeldern beider Größenklassen handelte es sich sogar zu jeweils rund drei Vierteln um Rasenplätze. Hier besaßen 23 bzw. 21 % einen Tennenbelag und jeweils rund 3 % einen Kunstrasen.

Meist in Zusammenhang mit einem Großspielfeld sind die 400-Meter-Rundlaufbahnen angelegt. Von ihnen wurden landesweit gut 400 gezählt, davon immerhin schon fast 3 % mit Kunststoff-Laufbahnen; der wetterabhängigere Tennenbelag war aber noch vorherrschend. Häufig dürften in den Fällen eines stadionähnlichen Ausbaus weitere Einrichtungen für die Leichtathletik vorhanden gewesen sein, wie z. B. Hoch- oder Weitsprunganlagen, die aber nicht gesondert erhoben wurden. Zusätzlich erfasst wurden aber noch über 300 nicht in Rundlaufbahnen integrierte 100-Meter-Laufbahnen mit durchschnittlich vier einzelnen Bahnen. Das Verhältnis von Tennen- und Kunststoffbelägen entsprach bei ihnen in etwa dem der 400-Meter-Bahnen.

Über 1100 Tennisanlagen mit 4700 Feldern

Auch wenn der *Tennisport* — gemessen an der Mitgliederentwicklung der Vereine — derzeit nach einem Boom Ende der Achtziger- und Anfang der Neunzigerjahre rückläufig ist, bleibt er hinsichtlich der angebotenen Spielfelder einer der Schwerpunkte bei den Sportstätten. Insgesamt weit über 1100 Anlagen mit über 4700 einzelnen Spielfeldern wurden Mitte 2000 in Hessen gezählt. Dabei handelte es sich um über 930 ungedeckte Anlagen mit gut 4000 Feldern und — teilweise in Verbindung mit Freianlagen — über 220 Tennishallen mit 700 Feldern. Gerade in den kommerziell betriebenen Hallen dürften aber viele nicht vereinsgebundene Spieler aktiv sein, sodass der in den Vorbemerkungen erwähnte rückläufige Trend beim Tennis zu relativieren ist.

Ganz anders sieht das, wie bereits erwähnt, beim *Golfsport* mit seiner kräftigen Aufwärtsentwicklung aus. Von den über 40 Golfplätzen in Hessen entsprachen 29, also zwei Drittel, dem internationalen Standard von mindestens 18 Löchern, worunter sich 5 mit 27 Löchern befanden. Außerdem wurden 14 kleinere Anlagen mit nur 9 Löchern erfasst, während Kleingolfanlagen nicht einbezogen waren.

Fast 470 Reitsportanlagen

Im Zuge der Mechanisierung in der Land- oder Forstwirtschaft dienen Pferde schon seit geraumer Zeit kaum noch als Arbeitstiere, sondern überwiegend der Freizeitgestaltung. Dabei steht der in früheren Generationen als eher exklusiv betrachtete Reitsport im Vordergrund. Während eine große Zahl von Hobbyreitern die Pferde wohl meist im Gelände bewegt, werden für den eigentlichen Reitsport im Sinne von Dressur- oder Springreiten spezielle Anlagen benötigt. Insgesamt standen davon Mitte 2000 in Hessen fast 470 meist kombinierte Anlagen zur Verfügung, rechnerisch mehr als eine pro Gemeinde. Für die knapp 400 Anlagen mit Angaben zur Nutzfläche ergibt sich eine Durchschnittsgröße von gut 5700 m², woraus sich für alle Anlagen zusammen landesweit eine Nutzfläche von über 260 ha errechnen lässt. Diese

verteilte sich im Freigelände auf rund 290 Dressurplätze und 500 Reitplätze. Dazu kamen noch genau 400 Reithallen, in denen das sportliche Reiten auf pferdegerechtem Untergrund auch während der kalten Jahreszeit, bei sonstigen ungünstigen Witterungsverhältnissen oder nach Einbruch der Dunkelheit ermöglicht wird.

Über 1300 wettkampfgerechte Sporthallen

Der Wunsch, den Sport unabhängig von äußeren Einflüssen ausüben zu können, hat längerfristig zu einer Verlagerung vieler weiterer traditioneller „Freiland“-Sportarten in Hallen geführt, wobei es teilweise sogar zu einer Spezialisierung oder Verdrängung kam, wie z. B. beim Hallenhandball. Aber selbst wenn die Hallen nur für Trainingszwecke genutzt wer-

Ausgewählte Sportanlagen am 1. Juli

Lfd. Nr.	Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis	Anteil der Einwoh- ner ¹⁾²⁾	Ungedeckte Spielfelder						400- Meter- Rund- lauf- bahnen	Schießsport- anlagen		Reitsportanlagen		
			insge- samt	darunter mit Belag		darunter mit einer Fläche ab 5000 m ²	darunter mit Belag			insge- samt	darunter gedeckt	insge- samt ³⁾	Reit- und/oder Dressur- plätze	Reit- hallen
				Rasen	Tenne		Rasen	Tenne						
		Anzahl												
1	Darmstadt, St.	2,3	95	44	36	48	33	13	14	4	1	3	5	4
2	Frankfurt am Main, St.	10,7	187	92	71	139	76	54	37	19	17	5	13	4
3	Offenbach am Main, St.	1,9	37	15	17	31	14	13	3	16	16	3	11	2
4	Wiesbaden, St.	4,5	104	18	57	41	8	26	5	12	10	8	20	8
5	Bergstraße	4,3	166	50	96	97	33	60	14	24	17	20	41	21
6	Darmstadt-Dieburg	4,7	204	134	55	115	94	20	20	52	37	27	52	19
7	Groß-Gerau	4,1	144	76	43	85	49	27	21	22	17	19	35	18
8	Hochtaunuskreis	3,7	132	69	50	76	48	24	18	31	28	18	29	18
9	Main-Kinzig-Kreis	6,7	263	193	50	209	163	40	24	61	50	26	60	30
10	Main-Taunus-Kreis	3,6	91	29	37	46	15	23	12	18	14	16	21	16
11	Odenwaldkreis	1,6	88	60	21	51	44	7	8	17	14	11	19	9
12	Offenbach	5,5	211	112	66	112	75	31	22	24	18	21	41	17
13	Rheingau-Taunus-Kreis	3,0	129	41	61	59	17	32	7	35	30	17	28	16
14	Wetteraukreis	4,8	243	182	33	174	151	19	19	40	31	25	44	20
15	Reg.-Bez. D a r m s t a d t	61,5	2 094	1 115	693	1 283	820	389	224	375	300	219	419	202
16	Gießen	4,2	194	136	39	141	110	29	22	41	32	19	33	16
17	Lahn-Dill-Kreis	4,3	226	106	100	159	82	71	22	76	60	29	41	18
18	Limburg-Weilburg	2,9	160	93	58	109	67	40	15	35	26	11	19	9
19	Marburg-Biedenkopf	4,2	272	163	83	150	97	50	16	54	44	31	45	23
20	Vogelsbergkreis	2,0	169	146	9	103	99	2	9	74	65	18	33	17
21	Reg.-Bez. G i e ß e n	17,5	1 021	644	289	662	455	192	84	280	227	108	171	83
22	Kassel, St.	3,2	106	66	22	51	45	5	9	12	11	4	4	2
23	Fulda	3,6	279	240	24	184	177	2	18	51	45	22	22	21
24	Hersfeld-Rotenburg	2,2	116	104	9	88	84	3	8	79	70	10	19	9
25	Kassel	4,1	203	150	21	125	115	7	21	73	59	33	52	27
26	Schwalm-Eder-Kreis	3,2	220	198	8	143	136	4	15	79	70	22	34	19
27	Waldeck-Frankenberg	2,8	221	182	28	144	132	12	13	79	75	33	45	23
28	Werra-Meißner-Kreis	1,9	132	123	7	78	75	3	11	38	31	15	20	14
29	Reg.-Bez. K a s s e l	20,9	1 277	1 063	119	813	764	36	95	411	361	139	196	115
30	Land H e s s e n davon	100	4 392	2 822	1 101	2 758	2 039	617	403	1 066	888	466	786	400
31	kreisfreie Städte	22,5	529	235	203	310	176	111	68	63	55	23	53	20
32	Landkreise	77,5	3 863	2 587	898	2 448	1 863	506	335	1 003	833	443	733	380

1) Einwohneranteil des jeweiligen Verwaltungsbezirks am Land Hessen insgesamt. — 2) Bevölkerungsstand am 30. 6. 2000. — 3) Kombinierte Anlagen

den sollen, müssen sie zunächst einmal errichtet und gegebenenfalls mit den erforderlichen Geräten ausgestattet werden. Trotz der hohen Investitions- und Unterhaltungskosten wurden — ohne die schon genannten oder später noch zu erwähnenden Spezialhallen — in Hessen knapp 2800 Sporthallen gezählt. In der Regel enthalten sie außer den Sportflächen noch Nebenräume, wie z. B. Duschen, Umkleide-, Sanitäts- oder Schiedsrichterräume. Die Hallen wurden in sechs Größenklassen gemäß DIN-Vorschriften⁶⁾ erfasst. Davon waren allerdings 455 oder 16 % laut DIN „untermaßige“ Kleinsthallen mit weniger als 200 m² Nutzfläche, bei denen es sich meist nur um Sport- oder Gymnastikräume handelt. Die rund 1000 weiteren Sporthallen mit einer Spielfeldgröße von 200 m² bis weniger als 15 x 27 m (405 m²), häufig ältere Turn- oder Gymnastikhallen, gelten ebenfalls noch als „un-

termaßig“. Das bedeutet, dass gut jede zweite Halle eine Nutzfläche von unter 405 m² besaß und daher nicht oder nur mit Einschränkungen für den Wettkampfsport geeignet war.

Über ein DIN-gerechtes Mindestmaß einer Einzelhalle von 15 x 27 m (405 m²) verfügten 1320 oder knapp 46 % der Sporthallen. Von diesen hatten 152 eine Sportfläche von 22 x 44 m (968 m²) bis unter 27 x 45 m (1215 m²), was einer DIN-gerechten Doppelhalle entspricht. Die Ausmaße einer Drei-

6) In der Tabelle ist aus Platzgründen, anders als im Text, die Nettosportfläche nachgewiesen, die sich ab der 2. Größenklasse aus den eigentlichen Vorgaben von DIN 18032 (Teil 1), nämlich Länge und Breite in Metern, errechnen lässt. Im Anhang A dieser Vorschrift sind übrigens auch die Sportarten aufgeführt, die primär in Sporthallen ausgeübt werden.

2000 nach Verwaltungsbezirken

Tennisanlagen				Sporthallen					Schwimmbäder						Lfd. Nr.	
und zwar				insge- samt	davon mit einer Größe von . . . Metern				insge- samt	darunter						
ungedeckte Anlagen		Hallen								Freibäder			Hallenbäder			
zusam- men	Spiel- felder	zusam- men	Spiel- felder		unter 15 x 27	15 x 27 bis unter 18 x 36	18 x 36 bis unter 22 x 44	22 x 44 oder mehr		zusam- men	Gesamt- wasser- fläche	Fläche auf 1000 Einw. ²⁾	zusam- men	Geamt- wasser- fläche		Fläche auf 1000 Einw. ²⁾
Anzahl										m ²		Anzahl	m ²			
16	109	6	17	85	49	21	3	12	11	4	4 490	32,5	5	3 172	23,0	1
38	259	10	30	263	199	36	7	21	19	11	27 289	42,3	7	6 964	10,8	2
14	81	5	19	38	18	13	2	5	3	1	1 722	14,7	1	1 100	9,4	3
32	137	6	23	92	68	6	6	12	10	5	9 433	35,0	5	3 509	13,0	4
38	198	13	39	139	68	30	12	29	21	12	17 244	65,6	6	3 695	14,1	5
44	239	12	46	135	61	36	8	30	21	12	16 300	57,0	7	2 721	9,5	6
39	203	15	44	122	66	20	2	34	25	10	14 708	59,1	9	2 748	11,0	7
30	155	10	34	99	48	18	11	22	14	9	9 098	40,5	4	3 096	13,8	8
52	269	16	56	184	84	45	19	36	38	21	27 060	66,8	13	6 504	16,1	9
37	205	11	34	83	40	19	5	19	12	6	6 705	30,6	6	1 986	9,1	10
14	53	5	12	65	39	13	4	9	22	16	13 293	133,7	6	983	9,9	11
51	318	15	44	137	60	30	12	35	20	8	16 914	50,7	7	3 325	10,0	12
28	114	9	28	99	60	17	10	12	15	9	7 856	42,6	6	1 460	7,9	13
37	180	12	47	135	69	30	10	26	23	11	12 881	44,0	11	4 739	16,2	14
470	2 520	145	473	1 676	929	334	111	302	254	135	184 993	49,6	93	46 002	12,3	15
43	146	6	26	127	65	25	15	22	26	13	17 647	69,8	12	6 039	23,9	16
61	252	11	25	114	46	25	16	27	33	18	14 449	55,0	10	5 272	20,1	17
40	138	4	16	119	66	31	6	16	20	13	9 145	52,2	5	1 246	7,1	18
47	134	9	23	125	55	36	9	25	30	16	9 971	39,4	13	13 042	51,6	19
31	69	3	9	57	31	15	3	8	25	13	9 309	78,6	8	2 088	17,6	20
222	739	33	99	542	263	132	49	98	134	73	60 521	57,0	48	27 687	26,1	21
15	69	4	10	66	42	7	5	12	8	4	5 699	29,2	4	1 433	7,3	22
38	118	9	30	99	45	35	8	11	21	15	15 338	70,5	6	2 489	11,4	23
27	74	6	15	63	35	11	4	13	19	11	11 060	84,5	8	2 133	16,3	24
47	167	10	35	105	40	25	7	33	39	23	14 450	58,8	15	5 095	20,7	25
50	141	6	16	81	43	16	7	15	40	24	15 124	78,2	10	3 235	16,7	26
43	130	6	18	87	27	33	15	12	34	22	15 462	90,6	9	4 138	24,3	27
21	52	5	10	59	29	14	3	13	15	8	8 573	74,9	5	1 418	12,4	28
241	751	46	134	560	261	141	49	109	176	107	85 706	67,6	57	19 941	15,7	29
933	4 010	224	706	2 778	1 453	607	209	509	564	315	331 220	54,7	198	93 630	15,5	30
115	655	31	99	544	376	83	23	62	51	25	48 633	35,6	22	16 178	11,9	31
818	3 355	193	607	2 234	1 077	524	186	447	513	290	282 587	60,2	176	77 452	16,5	32

sind nur einmal gezählt.

fachhalle von mindestens 27 x 45 m besaßen sogar 357 und damit 13 % aller Sporthallen.

Über 1000 Schießsportanlagen

Während die vorgenannten Sporthallen für die verschiedensten Sportarten genutzt werden können, handelt es sich bei den Schießsportanlagen um zweckgebundene Spezialanlagen, wobei es im Einzelfall unterschiedliche Ausprägungen für die einzelnen Waffengattungen geben kann. Insgesamt wurden in diesem Bereich weit über 1000 Anlagen ermittelt, von denen fast 890 als gedeckte Anlagen galten. Dies waren im Wesentlichen die Schützenhäuser oder die in Fußnote 2 näher bezeichneten Anlagen mit teilweiser Überdachung. Dazu kamen noch 180 — fast ausschließlich vereinseigene — ungedeckte Anlagen, z. B. auch für Bogenschießen oder Tontaubenschießen. Bei ihnen wurden zusammen über 1800 einzelne Schießbahnen gezählt, die im allgemein gültigen Konzept nicht zum Erhebungsprogramm gehörten.

1050 Becken in über 500 Bädern

Anders als fast alle bisher beschriebenen Sportanlagen sind die meisten Bäder nicht nur Sportlern, sondern — gegen Eintrittsgeld — der Allgemeinheit zugänglich. Dies gilt selbst für Nichtschwimmer, für die es separate Becken oder zumindest abgeteilte Zonen von geringerer Wassertiefe gibt. Hier steht also nicht der Breiten- oder gar Leistungssport im Vordergrund der Nutzung, sondern die persönliche körperliche Erleichterung oder auch „nur“ Freizeitgestaltung und Entspannung. Über 550, zum Teil aus Hallen- und Freibädern kombinierte Einrichtungen wurden hier gezählt. Dabei dominierten die Freibäder mit 315 vor den Hallenbädern mit knapp 200 Anlagen. In der Sommersaison halfen noch 50 Naturbäder, meist an Baggerseen, aber auch in fließenden bzw. aufgestauten Gewässern, die Versorgung regional noch zu verbessern.

Noch deutlicher wird der Vorsprung der Freibäder, wenn man die Zahl der Becken (für Schwimmer, Nichtschwimmer, Springer u. ä.) und die Wasserflächen in die Betrachtung einbezieht. Sie verfügten nämlich über zusammen 660 Becken und eine Wasserfläche von über 330 000 m². Pro Bad war damit bei ihnen die Wasserfläche im Durchschnitt mit fast 1050 m² mehr als doppelt so groß wie in einem durchschnittlichen Hallenbad mit nicht einmal 500 m². Alle Hallenbäder zusammen kamen — bei insgesamt 390 Becken — damit auf eine Wasserfläche von rund 94 000 m². Andere Wassersportanlagen, in der Regel auf freien Flächen von Flüssen oder Seen für Rudern, Paddeln, Segeln oder Surfen, wurden nicht erfasst.

Auch über 100 Rollsportanlagen

Damit auch die meist jugendlichen Rollschuhläufer, Skate-Boarder und Inline-Skater abseits asphaltierter öffentlicher Straßen oder Plätze ungefährdet vom fließenden Verkehr ihrem Sport nachgehen können, sind in einer Reihe von Kommunen entsprechende Anlagen errichtet oder spezielle Flächen dafür ausgewiesen worden. Insgesamt wurden in Hessen 100 ungedeckte und 9 gedeckte Anlagen ermittelt. 61 von ihnen waren in ihren Ausmaßen kleiner als 20 x 40 m, die übrigen 48 besaßen mindestens diese Größe.

Skilanglauf überwiegt beim Wintersport

Schon von seiner geografischen Lage und den klimatischen Verhältnissen her kann man Hessen mit seinen Mittelgebirgen von höchstens 950 Metern (Wasserkuppe) nicht als traditionelles Wintersportland bezeichnen. Trotzdem gibt es auch hier entsprechende Einrichtungen, an einigen Orten sogar Lifts für „alpinen“ Skisport, die wegen ihrer geringen Bedeutung — vor allem in den zuletzt meist sehr milden Wintern — allerdings nicht in die Erhebung einbezogen waren, wie übrigens auch nicht die Sprungschanze in Willingen oder örtlich vorhandene Bahnen für den Bob- oder Rodelsport. Erfasst wurden dagegen die Anlagen für das Eislaufen, und zwar 7 Eissporthallen und 13 ungedeckte Anlagen. Von den Letztgenannten hatten 9 eine Kunsteisfläche von mindestens 30 x 50 m, die übrigen waren kleiner.

So lag das Schwergewicht des Wintersports beim Skilanglauf, für den an fast 60 Stellen bei entsprechenden Schneeverhältnissen 110 verschiedene Strecken gespurt werden können. Damit werden insgesamt über 800 km gespurte Strecken angeboten. Im Wesentlichen gilt dies natürlich für die Hochlagen der Mittelgebirge ab etwa 600 m, also für Rhön, Taunus, Rothaargebirge (Upland), Vogelsberg, Meißner, Kellerwald, Westerwald, Habichtswald und Odenwald.

Bessere Versorgung in Nord- und Mittelhessen

Zum Abschluss sei noch ein kurzer Blick auf weitere Regionalergebnisse geworfen. Ein echter, auf die jeweilige Bevölkerung bezogener, Versorgungsgrad lässt sich allerdings für die meisten Einrichtungen nicht ermitteln. Lediglich bei den Hallen- und Freibädern sowie bei den Reitanlagen wurden nämlich Gesamtflächen erhoben. Als Hilfsmaßstab für die Versorgung ist deshalb in der Tabelle der jeweilige Einwohneranteil eines Verwaltungsbezirks am Land Hessen insgesamt ausgewiesen. Zudem spielt es natürlich auch eine Rolle, wie viele Personen in einem bestimmten Gebiet eine spezielle Sportart ausüben und entsprechende Einrichtungen benötigen. Hier könnten die Mitgliederzahlen des Landessportbundes Hessen Hinweise geben, doch sie sind nur nach den 38 Sportkreisen greifbar, die häufig nicht mit den 26 Verwaltungsbezirken deckungsgleich sind. Deshalb wurde auf einen Nachweis von regionalen Mitgliederzahlen als Bezugs-

zahl verzichtet. Auch das Spektrum der in der Tabelle enthaltenen Sportanlagen kann nur eine stark verkürzte Auswahl darstellen.

Insgesamt lässt sich sagen, dass Nord- und Mittelhessen tendenziell besser versorgt sind als Südhessen und die Landkreise besser als die kreisfreien Städte. Nur bei den Sporthallen insgesamt entsprach die Verteilung auf die Regierungsbezirke in etwa dem Einwohneranteil (Darmstadt: 61,5 %; Gießen: 17,5 %; Kassel: 21 %), was vor allem durch viele kleinere Hallen im Regierungsbezirk Darmstadt zu Stande kam. Größere Hallen waren dagegen in den Regierungsbezirken Gießen und Kassel relativ häufiger zu finden. Ein Übergewicht gab es in Südhessen lediglich bei den Tennisplätzen, sowohl im Freien als auch — in noch stärkerem Maß — in Tennishallen mit einem Anteil von 67 %. Nicht selten lag aber weniger als die Hälfte der einzelnen Anlagen in Südhessen, was zum Teil auch durch die relativ schlechte Ausstattung in den dortigen kreisfreien Städten bedingt ist. Hier sind die ungedeckten Spielfelder, vor allem die Rasenplätze, und die Reitsportanlagen mit Anteilen von jeweils unter 48 % zu nennen. Ganz besonders aus dem Rahmen fiel die Verteilung der Schießsportanlagen, von denen nur 35 % in Südhessen zu finden waren, aber fast 39 % im nordhessischen Regierungsbezirk Kassel und über 26 % im mittelhessischen Regierungsbezirk Gießen.

Bei den Bädern zeigen die auf die Einwohner bezogenen Wasserflächen erhebliche regionale Versorgungsunterschiede. Zwar sind bei den Freibädern die Differenzen zwischen den Kreisen meist nicht sehr groß, doch stand im Odenwaldkreis einem Einwohner zehn mal so viel an Wasserfläche zur Verfügung wie in der kreisfreien Stadt Offenbach. Nordhessen hatte hier mit fast 68 m² einen deutlichen Vorsprung vor Mittelhessen mit 57 und Südhessen mit nur knapp 50 m²

Wasserfläche auf 1000 Einwohner. Augenfälliger waren die Versorgungsunterschiede bei den Hallenbädern, wobei Mittelhessen eine Spitzenposition einnahm, vor allem durch den Landkreis Marburg-Biedenkopf, wo die Wasserfläche in Hallenbädern größer war als in Freibädern. Dass auch hier die Zahlen manchmal trügen können, ist am Beispiel des Landkreises Limburg-Weilburg zu sehen, wo die Kreisstadt Limburg ein gemeinsames Hallenbad mit der direkt angrenzenden Stadt Diez betreibt, das aber in Rheinland-Pfalz liegt. Auf weitere Einzelheiten kann an dieser Stelle nicht eingegangen werden; sie bleiben späteren Fachveröffentlichungen vorbehalten.

Weitere Auswertungen geplant

Hier ist in erster Linie an einen Statistischen Bericht mit fachlich tief gegliederten Ergebnissen und verschiedenen Regionaltabellen bis auf Kreisebene gedacht. Zudem besteht die Möglichkeit, nach Zusammenfassung der Einzelfelder zu Gesamtanlagen Karten mit Standorten von bestimmten Sportstätten zu erstellen. Da sämtliche Angaben aus den Erhebungsbogen in einer Excel-Datei gespeichert sind, können außerdem gezielte fachliche Auswertungen bis auf Gemeindeebene jederzeit vorgenommen werden. Die Datei soll auch den zuständigen Sportämtern, zum Beispiel für Planungszwecke, zur Verfügung gestellt werden. Sie bietet darüber hinaus die Möglichkeit einer laufenden Bestandsfortschreibung, weil in den meisten Fällen bei der Neuerrichtung einer Sportanlage Fördermittel beantragt werden und bei dieser Gelegenheit die wichtigsten Grunddaten anfallen. Ansonsten könnte in gewissen Abständen bei Bedarf eine Aktualisierung durch den Versand von Datei-Abzügen an die jeweiligen Gemeinden oder Sportämter zur Korrektur oder Vervollständigung der gespeicherten Angaben durchgeführt werden. □

Gartenbauerhebung 2005

Mit dem zum 1. Juli 1998 in Kraft getretenen Agrarstatistikgesetz¹⁾²⁾ wurde für das Jahr 1999 die Durchführung einer bundesweiten Landwirtschaftszählung (LZ) angeordnet. Im Mai 1999 wurde demzufolge die Haupterhebung der Landwirtschaftszählung in Verbindung mit einer Weinbauerhebung durchgeführt. Die weiteren Spezialerhebungen zu Gartenbau und Binnenfischerei waren im damaligen Gesetzgebungsverfahren ausgeklammert worden und sollten im Rahmen einer weiteren Überprüfung der Agrarstatistiken und einer damit verbundenen erneuten Novellierung des Agrarstatistikgesetzes geregelt werden. Im Dezember vergangenen Jahres wurden die Ergebnisse der Beratungen und Überprüfungen in Form einer Zusammenstellung durch das für die Statistik zuständige Fachreferat des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft vorgelegt und nach nochmaliger Überarbeitung in einen jetzt vorliegenden Entwurf³⁾ eines Gesetzes zur Änderung des Agrarstatistikgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften eingearbeitet. Enthalten sind darin auch Vorschläge für die im Rahmen der Landwirtschaftszählung noch durchzuführende Gartenbauerhebung, die im folgenden einer kritischen Würdigung unterzogen werden sollen.

Gartenbau im System der Agrarstatistiken — ein kurzer Überblick

Der Betriebsbereich Gartenbau als Teil der Landwirtschaft umfasst die drei Betriebssysteme Gemüsebau, Zierpflanzenbau sowie Baumschulen. Wie die Betriebe der übrigen Betriebsbereiche in der Landwirtschaft werden auch die Gartenbaubetriebe im Bündel der laufenden Erhebungen im Agrarbereich — insbesondere im Rahmen der Feststellung der betrieblichen Einheiten (FbE), der Bodennutzungshaupterhebung sowie der Agrarstrukturhebung (ASE) — befragt. Da diese Erhebungen hinsichtlich der erhobenen Merkmale auf alle landwirtschaftlichen Betriebe zugeschnitten sind, erlauben sie in der Regel keine detaillierteren Betrachtungen spezieller Betriebsbereiche. Aus diesem Grund werden die Gartenbaubetriebe im Rahmen der jährlich repräsentativ stattfindenden Gemüseanbauerhebung, der alle vier Jahre als Totalerhebung durchgeführten Gemüseanbau- und Zierpflanzenerhebung sowie der ebenfalls im Abstand von vier Jahren total durchgeführten Baumschulerhebung zur Nutzung ihrer Anbauflächen befragt. Den zeitlichen Ablauf der Erhebungen nach derzeit gültigem Agrarstatistikge-

setz zeigt Übersicht 2. Schwerpunkte der genannten Erhebungen sind in erster Linie die Nutzung der Flächen und für den Zierpflanzenbereich die auf diesen Flächen erzeugten Mengen. Strukturbetrachtungen des Betriebsbereiches Gartenbau sind in der Regel nur aus den Ergebnissen der Gartenbauerhebungen möglich. Diese finden in größeren zeitlichen Abständen als Vor- oder Nacherhebungen der Landwirtschaftszählungen statt.

Das Fragenprogramm der Gartenbauerhebung

Die letzte Gartenbauerhebung fand im Jahr 1994 als Nacherhebung der Landwirtschaftszählung 1991 statt. Der Fragenkatalog der damaligen Erhebung war aus Gründen der Vergleichbarkeit weitgehend mit dem der Erhebung des Jahres 1980/81 identisch und umfasste Merkmale über die Art des Betriebes, die Flächen des Betriebes nach der Art ihrer Nutzung, bei Flächen unter Glas oder Kunststoff zusätzlich das Alter der Anlage sowie die Art und den Verbrauch der zur Beheizung verwendeten Energieträger, ferner die technischen Einrichtungen zur Bewässerung und Lagerung, Besitzverhältnisse und Buchführung sowie den jeweiligen Anteil der Erzeugnisse und Dienstleistungen an den Betriebseinnahmen. Erfragt wurden auch Angaben über Vermarktung und Absatzwege, Rechtsstellung des Betriebsinhabers, sozialökonomische Verhältnisse des Betriebes, den Arbeitskräftebesatz sowie die fachliche Vorbildung des Betriebsleiters und seines Ehegatten, sofern es sich bei dem Betriebsleiter um den Betriebsinhaber handelt.

Vor dem Hintergrund der Vergleichbarkeit der Ergebnisse mit denen der vorangegangenen Erhebungen wird auch für die jetzt anstehende Gartenbauerhebung eine weitgehende Beibehaltung des Fragenprogramms unausweichlich sein. Allerdings hat die jüngste Vergangenheit gezeigt, dass eine Übernahme von Daten aus anderen Erhebungen im Agrarbereich — so geschehen bei der Weinbauerhebung 1999 — unter dem Gesichtspunkt der Entlastung der Auskunftspflichtigen durchaus erfolgreich vollzogen werden kann. Insofern sind insbesondere Angaben zur Rechtsstellung des Betriebsinhabers, zu Arbeitskräften, Besitzverhältnissen und Buchführung sowie den sozialökonomischen Verhältnissen aus der ASE denkbar, während Angaben zur Flächennutzung aus den entsprechenden Erhebungen im gartenbaulichen Bereich, also der Gemüseanbau- und Zierpflanzenerhebung sowie der Baumschulerhebung, erfolgen könnte.

Gartenbauerhebung 2004 . . .

Wie Übersicht 2 zeigt, findet nach den Bestimmungen des derzeit gültigen Agrarstatistikgesetzes im Jahr 2003 eine totale ASE mit einer Erhebung der Arbeitskräfte in allen landwirtschaftlichen Betrieben sowie Fragen nach Rechtsstellung, sozialökonomischen Verhältnissen und Buchführung statt und im Jahr 2004 sind die turnusgemäßen Totalerhe-

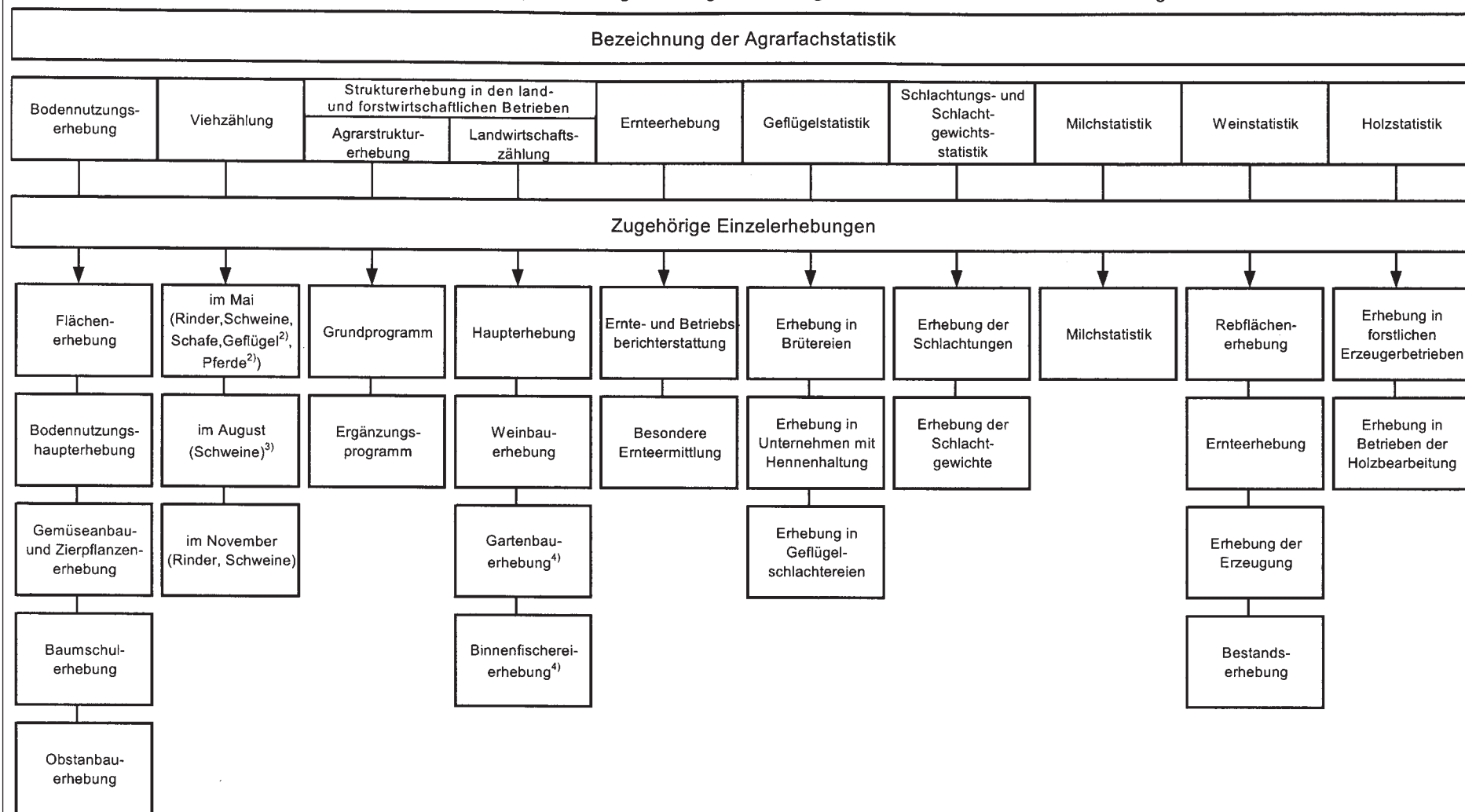
*) Tel.: 0611/3802-807 · E-Mail: cbeck@hsl.de

1) Gesetz über Agrarstatistiken (Agrarstatistikgesetz — AgrStatG) vom 25. Juni 1998 (BGBl. I S. 1635).

2) Vgl.: „Zur Novellierung des Agrarstatistikgesetzes“, Staat und Wirtschaft in Hessen, 53. Jahrg., Heft 3, März 1998, S. 75 ff.

3) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Agrarstatistikgesetzes und anderer Rechtsvorschriften, Stand 16.05.2001.

Übersicht 1: Nach dem Agrarstatistikgesetz angeordnete Agrarfachstatistiken¹⁾ und Einzelerhebungen



1) Ohne die vom Statistischen Bundesamt durchgeführte Hochsee- und Küstenfischereistatistik sowie Düngemittelstatistik. — 2) Nur in Jahren mit Totalerhebung. — 3) Kann gemäß Richtlinie 97/77/EG vom 16. Dezember 1997 entfallen. — 4) Zeitpunkt der Durchführung steht noch nicht fest.

Übersicht 2: Ausgewählte Erhebungen nach dem
Agrarstatistikgesetz im Zeitablauf

Zeitpunkt		Art der Erhebung		
		Totalerhebung	Repräsentativerhebung	Repräsentativerhebung mit Totalteil
1999	Mai	Feststellung der betrieblichen Einheiten Nutzung der Bodenflächen Viehzählung (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Geflügel)		Agrarstruktur- erhebung Landwirtschaftszählung
	Juli		Gemüseanbauerhebung	
	November		Viehwisenzählung (Rinder, Schweine)	
2000	Mai		Nutzung der Bodenflächen Viehzählung (Rinder, Schweine, Schafe)	
	Juli	Baumschulerhebung		
	Juli	Gemüseanbau- und Zierpflanzenerhebung		
	November		Viehwisenzählung (Rinder, Schweine)	
2001		Flächenerhebung		
	Mai	Feststellung der betrieblichen Einheiten Viehzählung (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Geflügel)	Nutzung der Bodenflächen Agrarstruktur- erhebung	
	Juli		Gemüseanbauerhebung	
	November		Viehwisenzählung (Rinder, Schweine)	
2002	Mai		Nutzung der Bodenflächen Viehzählung (Rinder, Schweine, Schafe)	
	Juli		Gemüseanbauerhebung	
	November		Viehwisenzählung (Rinder, Schweine)	
2003	Mai	Feststellung der betrieblichen Einheiten Nutzung der Bodenflächen Viehzählung (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Geflügel)		Agrarstruktur- erhebung
	Juli		Gemüseanbauerhebung	
	November		Viehwisenzählung (Rinder, Schweine)	
2004	Mai		Nutzung der Bodenflächen Viehzählung (Rinder, Schweine, Schafe)	
	Juli	Baumschulerhebung		
	Juli	Gemüseanbau- und Zierpflanzenerhebung		
	November		Viehwisenzählung (Rinder, Schweine)	
2005		Flächenerhebung		
	Mai	Feststellung der betrieblichen Einheiten Viehzählung (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Geflügel)	Nutzung der Bodenflächen Agrarstruktur- erhebung	
	Juli		Gemüseanbauerhebung	
	November		Viehwisenzählung (Rinder, Schweine)	

1) Kann gemäß Richtlinie 97/77/EG vom 16. Dezember 1997 entfallen.

bungen zur Flächennutzung bzw. Erzeugung im Bereich Gemüse- und Zierpflanzenanbau und Baumschulen vorgesehen. Da sich der Merkmalskatalog der Gartenbauerhebung im Wesentlichen auf das der Erhebung vorausgegangene Jahr bezieht, wäre es naheliegend, die entsprechenden Ergebnisse aus der ASE 2003 für eine Gartenbauerhebung 2004 heranzuziehen und darüber hinaus noch notwendige Merkmale bei den Gartenbaubetrieben in Form eines Zusatzbogens zur Gemüseanbau- und Zierpflanzenerhebung bzw. Baumschulerhebung zu erfragen.

... oder Gartenbauerhebung 2005

Demgegenüber sieht der jetzt vorliegende Entwurf für die neuerliche Novellierung des Agrarstatistikgesetzes unter den gleichen Voraussetzungen eine Gartenbauerhebung für das Jahr 2005 vor. Die nach jetzt geltendem Recht für 2004 angeordnete Gemüseanbau- und Zierpflanzenerhebung soll auf eine im Jahr 2004 durchzuführende totale Gemüseanbauerhebung reduziert werden, während das Fragenprogramm zu Anbau und Erzeugung von Zierpflanzen in überarbeiteter Form gemeinsam mit den Merkmalen der Baumschulerhebung zusammengefasst und zukünftig gleichzeitig mit der Gartenbauerhebung — erstmals also 2005 — erhoben werden soll. Das bedeutet eine Verschiebung der totalen Zierpflanzenerhebung sowie der Baumschulerhebung von 2004 nach 2005. Gleichzeitig ist für die Gartenbauerhebung die Übernahme von Ergebnissen aus der Bodennutzungserhebung sowie der Agrarstrukturhebung vorgesehen. Nach dem vorliegenden Entwurf kommen dafür aber nur die Erhe-

bungen des Jahres 2005 infrage. Da die Gartenbauerhebung als Totalerhebung ausgelegt ist, kann die repräsentative ASE 2005 aber nur dann zur Datenübernahme herangezogen werden, wenn man dafür sorgt, dass alle Gartenbaubetriebe in die ASE-Stichprobe aufgenommen werden. Dies setzt eine Anpassung des Stichprobenplanes und zusätzlichen Programmieraufwand für die Anpassung des Aufbereitungsprogramms AGRA voraus und belastet darüber hinaus diejenigen Gartenbaubetriebe, die im Jahr 2005 nicht für die Merkmale der ASE herangezogen würden.

Personalsituation

Von den bisherigen Betrachtungen war bisher die Abwicklung der anfallenden Arbeiten bzw. der Arbeitsanfall für die statistischen Ämter ausgenommen. Während insbesondere das Jahr 2003 mit der totalen ASE, aber auch das Jahr 2005 mit der repräsentativen ASE sowie der im vierjährigen Rhythmus stattfindenden Flächenerhebung, die in Hessen im Referat „Land- und Forstwirtschaft“ durchgeführt werden, eine vergleichsweise hohe Arbeitsbelastung für die Mitarbeiter bringen, wäre das Jahr 2004 aus arbeitswirtschaftlicher Sicht für die Abwicklung einer zusätzlichen Erhebung im Umfang der Gartenbauerhebung gut geeignet. Die nunmehr vorgeschlagene Terminierung der Gartenbauerhebung auf das Jahr 2005 unter gleichzeitiger Verschiebung der beiden Totalerhebungen des Jahres 2004 ins Jahr 2005 bedeutet, dass mit dem vorhandenen Personal eine Durchführung der Erhebungen in 2005 nicht gewährleistet werden kann. □

Öffentliche Stromversorgung in Hessen 2000

Mit 34,7 Mill. MWh Strom aus dem öffentlichen Netz hat der Stromverbrauch in Hessen im Jahr 2000 mit einer Steigerung um 6,7 % im Vergleich zum Vorjahr seinen bisher höchsten Stand erreicht. Die Verminderung des Stromverbrauchs, die 1999 im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit registriert wurde (– 1,2 %), setzte sich damit nicht fort. Gegenüber 1995 ergibt sich für das Jahr 2000 sogar ein Zuwachs von 9,1 %.

Fast der gesamte in Hessen erzeugte Strom wird aus Wärme- kraft gewonnen. Kernenergie (62 %) und Steinkohle (28 %) waren im Jahr 2000 die wichtigsten Energiequellen. Unter den übrigen Energieträgern (Braunkohle, Erdgas, Heizöl sowie Müll und Sonstiges) hatte lediglich das Erdgas noch einen nennenswerten Anteil (8,2 %) an der Nettostromerzeugung.

Die Stromerzeugung aus Kernenergie hat im Jahr 2000 abgenommen. 1998 hatte der Anteil an der Nettostromerzeugung mit 66 % seinen bisherigen Höchststand erreicht. Die im Zeitablauf feststellbaren Schwankungen sind allerdings überwiegend auf wartungsbedingte Abschaltungen einzelner Kraftwerksblöcke des Kernkraftwerks Biblis zurückzuführen.

*) Tel.: 0611/3802-456 · E-Mail: mfrosch@hsl.de

Im Jahr 2000 wurden noch 6,5 Mill. MWh oder 28 % des in Hessen erzeugten Stroms aus Steinkohle gewonnen. Das waren jedoch abermals 3,9 % weniger als im Vorjahr und 16 % weniger als 1995.

In letzter Zeit gewinnt Erdgas als Energieträger zur Stromerzeugung an Gewicht. Mit 1,9 Mill. MWh Strom aus Erdgas wurde der entsprechende Einsatz seit 1997 erheblich gesteigert, sodass sich im Jahr 2000 im Vergleich zum Vorjahr ein Zuwachs von 26 % ergab, der sich zusammen mit den zweistelligen Zuwachsraten der Vorjahre auf einen Anstieg gegenüber 1995 um 89 % addierte. Die übrigen Energieträger haben dagegen eine nachgeordnete Bedeutung.

Eine deutliche Substitution der Energieträger in Richtung regenerativer Energiequellen kann bei der hessischen Nettostromerzeugung noch nicht festgestellt werden. Beispielsweise haben Müll und Sonstiges — worunter Windenergie, Deponiegas als Energieträger und auch Dieselöl fallen — mit einem Anteil an der Nettostromerzeugung von 1,2 % im Jahr 2000 trotz eines seit 1995 feststellbaren beachtlichen Zuwachses (21 %) noch immer keine nennenswerte Bedeutung.

Rund 11,1 Mill. MWh oder fast ein Drittel des in Hessen verbrauchten Stroms wurde im Jahr 2000 als Saldo aus Abgabe von Strom an andere Länder und Bezug aus ihnen nach Hessen eingeführt. 1995 hat dieser Anteil allerdings mit 38 % noch erheblich höher gelegen. Ein Rückgang des Saldos im Vergleich zum jeweiligen Vorjahr ergab sich immer dann, wenn die Stromerzeugung aus Kernenergie gesteigert werden konnte. Dies war in den Jahren 1996 bis 1998 der Fall.

Öffentliche Stromversorgung 1995 bis 2000

Art der Angaben	1995	1996	1997	1998	1999	2000
	MWh					
Nettostromerzeugung nach Energiequellen						
Nettostromerzeugung ¹⁾	19 445 932	21 180 170	25 155 678	27 572 478	24 678 349	23 013 469
davon aus						
Wasserkraft ¹⁾	98 129	76 308	50 631	62 768	82 969	106 473
Wärme- kraft	19 347 803	21 103 862	25 105 047	27 509 710	24 595 380	22 906 996
davon aus						
Kernenergie	10 314 476	11 839 236	16 471 746	18 224 413	15 956 146	14 181 112
Steinkohle	7 710 332	8 107 788	7 181 367	7 657 242	6 768 329	6 503 821
Braunkohle	55 035	63 671	54 988	55 037	55 156	52 493
Erdgas	992 568	819 527	1 127 619	1 298 638	1 491 024	1 876 717
Heizöl	43 690	52 924	49 384	37 107	28 569	13 568
Müll und Sonstiges	231 702	220 716	219 943	237 273	296 156	279 285
Anteil der Energiequellen an der Nettostromerzeugung in %						
Wasserkraft ¹⁾	0,5	0,4	0,2	0,2	0,3	0,5
Wärme- kraft	99,5	99,6	99,8	99,8	99,7	99,5
davon aus						
Kernenergie	53,0	55,9	65,5	66,1	64,7	61,6
Steinkohle	39,7	38,3	28,5	27,8	27,4	28,3
Braunkohle	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2
Erdgas	5,1	3,9	4,5	4,7	6,0	8,2
Heizöl	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1
Müll und Sonstiges	1,2	1,0	0,9	0,9	1,2	1,2

1) Abzügl. Pumpstromverbrauch.

Öffentliche Stromversorgung in Hessen 1995 bis 2000

Art der Angabe	1995	1996	1997	1998	1999	2000	Zu- bzw. Abnahme (–)					
							1996	1997	1998	1999	2000	2000 gegenüber 1995
							gegenüber dem jeweiligen Vorjahr					
							MWh					
							%					
Bruttostromerzeugung	21 970 520	23 545 088	27 812 630	30 483 242	27 335 868	25 542 096	7,2	18,1	9,6	– 10,3	– 6,6	16,3
davon aus												
Wasserkraft	957 118	717 373	735 835	893 118	860 164	874 187	– 25,0	2,6	21,4	– 3,7	1,6	– 8,7
Wärme­kraft	21 013 402	22 827 715	27 076 795	29 590 124	26 475 704	24 667 909	8,6	18,6	9,3	– 10,5	– 6,8	17,4
Eigenverbrauch	1 665 977	1 724 276	1 972 086	2 080 766	1 880 553	1 761 221	3,5	14,4	5,5	– 9,6	– 6,3	5,7
Pumpstromverbrauch	858 611	640 642	684 866	829 998	776 966	767 406	– 25,4	6,9	21,2	– 6,4	– 1,2	– 10,6
Nettostromerzeugung ¹⁾	19 445 932	21 180 170	25 155 678	27 572 478	24 678 349	23 013 469	8,9	18,8	9,6	– 10,5	– 6,7	18,3
davon aus												
Wasserkraft ¹⁾	98 129	76 308	50 631	62 768	82 969	106 473	– 22,2	– 33,6	24,0	32,2	28,3	8,5
Wärme­kraft	19 347 803	21 103 862	25 105 047	27 509 710	24 595 380	22 906 996	9,1	19,0	9,6	– 10,6	– 6,9	18,4
davon aus												
Kernenergie	10 314 476	11 839 236	16 471 746	18 224 413	15 956 146	14 181 112	14,8	39,1	10,6	– 12,4	– 11,1	37,5
Steinkohle	7 710 332	8 107 788	7 181 367	7 657 242	6 768 329	6 503 821	5,2	– 11,4	6,6	– 11,6	– 3,9	– 15,6
Braunkohle	55 035	63 671	54 988	55 037	55 156	52 493	15,7	– 13,6	0,1	0,2	– 4,8	– 4,6
Erdgas	992 568	819 527	1 127 619	1 298 638	1 491 024	1 876 717	– 17,4	37,6	15,2	14,8	25,9	89,1
Heizöl	43 690	52 924	49 384	37 107	28 569	13 568	21,1	– 6,7	– 24,9	– 23,0	– 52,5	– 68,9
Müll und Sonstiges	231 702	220 716	219 943	237 273	296 156	279 285	– 4,7	– 0,4	7,9	24,8	– 5,7	20,5
Stromeinspeisung ²⁾	263 928	342 051	419 166	532 457	612 238	664 661	29,6	22,5	27,0	15,0	8,6	151,8
Abgabe aus Erzeugung ¹⁾	19 709 860	21 522 321	25 574 844	28 104 935	25 290 587	23 678 130	9,2	18,8	9,9	– 10,0	– 6,4	20,1
Bezug v. a. Ländern	18 494 242	19 044 848	16 403 896	16 582 133	18 323 094	22 453 636	3,0	– 13,9	1,1	10,5	22,5	21,4
Abgabe a. a. Länder (–)	6 374 789	8 246 708	10 146 693	11 730 161	11 043 794	11 391 287	29,4	23,0	15,6	– 5,9	3,1	78,7
Saldo des Austausches	12 119 453	10 798 140	6 257 203	4 851 972	7 279 300	11 062 349	– 10,9	– 42,1	– 22,5	50,0	52,0	– 8,7
Stromverbrauch aus dem												
öffentl. Netz i n s g e s a m t ¹⁾²⁾³⁾	31 829 313	32 320 361	31 832 047	32 956 907	32 569 887	34 740 479	1,5	– 1,5	3,5	– 1,2	6,7	9,1

1) Abzügl. Pumpstromverbrauch. — 2) Aus Industrie, regenerativer Energie, BHKW, Deutsche Bahn und Sonstigen. — 3) Einschl. Übertragungsverlusten im öffentlichen Netz.

1999 und 2000 wurde die Nettostromerzeugung aus Kernenergie dagegen jeweils vermindert. Gleichzeitig wurde mehr Strom aus anderen Ländern bezogen als nach dort abgegeben.

Der Anteil der Stromeinspeisung aus Industrie, regenerativer Energie, Blockheizkraftwerken und sonstigen Erzeugern am Stromverbrauch aus dem öffentlichen Netz belief sich im Jahr 2000 auf 664 661 MWh oder lediglich 1,9 %. Er war damit zwar immer noch vergleichsweise bedeutungslos, lag je-

doch um 8,6 % höher als im Vorjahr und 152 % höher als 1995. Die Stromeinspeisung hat damit den bisher höchsten Stand erreicht.

Der Stromverbrauch aus dem öffentlichen Netz unterliegt zahlreichen Einflussfaktoren. Aussagen über den Umfang klimatischer Einflüsse oder der Konjunktur werden möglich sein, sobald wieder eine hessische Energiebilanz erstellt wird. □

Manfred Frosch*)

- Von Januar bis März dieses Jahres hatten die hessischen Insolvenzgerichte über 329 Beantragungen eines Insolvenzverfahrens gegen Privatschuldner zu entscheiden. Das waren 155 oder 89 % mehr als im ersten Quartal des Vorjahres. Dabei nahm allein die Zahl der **Verbraucherinsolvenzen** um 127 oder 109 % zu. Die Ursachen für die sprunghafte Zunahme der Verbraucherinsolvenzen sind wesentlich in den Anlauf- und Umsetzungsschwierigkeiten des neuen Insolvenzrechts zu suchen. Von den im ersten Quartal 2001 beantragten 244 Insolvenzverfahren gegen private Verbraucher konnten 160 und damit zwei Drittel eröffnet werden. In den eröffneten Verfahren erhofften die Schuldner die Befreiung von Verbindlichkeiten in Höhe von 66 Mill. DM. Dagegen werden die Schuldner in den anderen 55 beantragten, aber nicht eröffneten Verbraucherinsolvenzverfahren, in denen die Insolvenzmasse nicht einmal die Kosten bis zum ersten Gerichtstermin decken konnte, auf Schulden von insgesamt 8 Mill. DM „sitzen bleiben“. Neben den im ersten Vierteljahr dieses Jahres eröffneten bzw. Mangels Masse abgewiesenen Insolvenzanträgen wurden von privaten Verbrauchern mit 29 Anträgen auch Schuldenbereinigungspläne vorgelegt, die Annahme fanden. Im ersten Quartal 2000 waren 87 Insolvenzverfahren eröffnet worden, 24 wurden mangels Masse abgewiesen und sechs Anträge mit Schuldenbereinigungsplänen wurden angenommen. Neben den Verbraucherinsolvenzen trugen auch Regelinsolvenzverfahren natürlicher Personen (+ 18) und überschuldeter Nachlässe (+ 10) zu der insgesamt gestiegenen Zahl der Privatinsolvenzen bei.

- Die **Bevölkerung** Hessens nahm in den ersten neun Monaten des Jahres 2000 um rund 12 500 auf 6 064 400 zu. Die Zunahme resultierte allein aus einem Wanderungsgewinn von gut 13 900 Personen, dem ein Geburtendefizit von 1450 Personen gegenüberstand. Damit nahm die Bevölkerungszahl etwas schwächer zu als im gleichen Vorjahreszeitraum. Ausschlaggebend dafür war ein leichter Rückgang der Zuzüge um 500 auf 125 750 bei gleichzeitigem Anstieg der Fortzüge um rund 600 auf gut 111 800, sodass der Wanderungsgewinn um rund 1100 Personen niedriger ausfiel als in den ersten drei Quartalen des Jahres 1999. Die Zahl der Geburten war in den ersten neun Monaten 2000 mit gut 42 800 um rund 1150 niedriger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Da gleichzeitig die Sterbefälle um 1000 auf rund 44 300 abnahmen, war das Geburtendefizit nur um gut 100 höher als von Januar bis September 1999.

- Die **Zahl der Gewerbemeldungen** insgesamt verfehlte in Hessen auch im ersten Quartal 2001 knapp das Niveau des Vorjahres, nachdem sie bereits in den letzten drei Quartalen des vergangenen Jahres zurückgegangen war. In den ersten drei Monaten des laufenden Jahres wurden insgesamt 18 100 Betriebe angemeldet und 16 700 abgemeldet. Die Bilanz fiel weniger gut aus als im Vergleichszeitraum des letz-

ten Jahres, weil sich die Zahl der Anmeldungen um knapp 550 Betriebe oder 3 % verringerte, während die Abmeldungen nahezu unverändert waren. Daraus resultiert ein rechnerischer Zugang bei den Gewerbetreibenden von knapp 1400, ein knappes Drittel weniger als im ersten Quartal 2000. Der Rückgang bei den Anmeldungen ging überwiegend zu Lasten des Handels. Relativ noch stärker betroffen war allerdings das Verarbeitende Gewerbe, hier wurden 17 % weniger Anmeldungen gezählt. Motor der Gründungsaktivitäten war nach wie vor der Dienstleistungsbereich, wo im ersten Quartal dieses Jahres, wie auch schon in den beiden Vorquartalen, das Vorjahresergebnis überschritten wurde. Auf Grund der gleichzeitig rückläufigen Abmeldungen ist der Gesamtzuwachs bei den Gewerbetreibenden im Wesentlichen wieder auf den Zuwachs des Dienstleistungsgewerbes im engeren Sinn zurückzuführen, für das sich ein Saldo von nahezu 1300 Betrieben errechnet.

- Nach ersten Ergebnissen der Einzelhandelsstatistik blieben die **Umsätze** der in Hessen tätigen Einzelhändler in den ersten vier Monaten des Jahres 2001 gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres nahezu unverändert. Nach Ausschaltung der Preisveränderungen war dies ein reales Minus von 1 %. Beim **Einzelhandel** im engeren Sinn, das heißt ohne Kraftfahrzeughandel und Tankstellen, war die Lage nur geringfügig besser. Mehr in seinen Kassen hatte vor allem der Bereich „Apotheken, Sanitätshäuser, Drogerien und Parfümerien“ (nominal + 9 und real + 8 %). Die vom Umsatzanteil her bedeutendste Branche, der Einzelhandel mit Waren verschiedener Art — hierzu zählen beispielsweise die Supermärkte und Kaufhäuser —, konnte ihr Vorjahresniveau nur nominal übertreffen. Die hierzu gehörenden Geschäfte hatten nominal knapp 2 % mehr Umsatz; real verharnte er auf dem Niveau des Vorjahres. Weiterhin im Minus verblieb der Bereich „Kraftfahrzeughandel und Tankstellen“, der in der Vergangenheit das Gesamtergebnis für den Einzelhandel oft positiv beeinflusst hatte: Im Vergleichszeitraum waren es nominal – 0,5 %, real annähernd – 2 %.

- Die **kassenmäßigen Steuereinnahmen** der hessischen **Gemeinden** beliefen sich im ersten Quartal dieses Jahres, nach Abzug der an Bund und Länder abzuführenden Gewerbesteuerumlage, auf 2,0 Mrd. DM. Damit lagen sie um knapp 31 Mill. DM oder 1,5 % über den vergleichbaren Einnahmen des ersten Vierteljahres 2000. Allein die Steuereinnahmen der kreisfreien Städte nahmen dabei zusammen um 30 Mill. DM (+ 3,1 %) auf 992 Mill. DM zu, während die der kreisangehörigen Gemeinden bei 1,02 Mrd. DM stagnierten. Von den kreisfreien Städten hatten zu Anfang dieses Jahres allerdings nur Darmstadt (+ 30 Mill. DM oder + 103 %) und Wiesbaden (+ 40 Mill. DM oder + 30 %) höhere Steuereinnahmen als im ersten Quartal 2000. Außer bei der Gewerbesteuer erzielten die Gemeinden nur noch durch die Einnahmen aus der Grundsteuer (+ 13 Mill. DM oder + 4,6 %) nennenswerte Mehreinnahmen, während aus den Gemeindeanteilen an der Einkommenssteuer und der Umsatzsteuer von Januar bis März nur 275 Mill. DM (– 143 Mill. DM oder 34 %) in die Gemeindekassen flossen.



Hebesätze der Realsteuern

Daten der Statistischen Ämter
des Bundes und der Länder

Ausgabe 2000

Die erstmalig herausgegebene Veröffentlichung **„Hebesätze der Realsteuern · Ausgabe 2000“** enthält für alle Gemeinden und Städte Deutschlands die Hebesätze der

- ◆ **Grundsteuer A**
- ◆ **Grundsteuer B**
- ◆ **Gewerbsteuer**

Außerdem enthält die Diskette die Einwohnerzahlen zum 30.06.2000, um die Möglichkeit der Bildung von Einwohnergrößenklassen zu schaffen. Die Hebesätze sind entweder für alle Gemeinden Deutschlands oder gezielt für die Gemeinden einzelner Bundesländer abrufbar.

Die Hebesätze werden von den kommunalen Körperschaften zur Festsetzung der durch den Steuerpflichtigen für land- und forstwirtschaftliche Betriebe (Grundsteuer A), für sonstige Grundstücke (Grundsteuer B) bzw. als Gewerbetreibender (Gewerbsteuer) zu entrichtenden Steuer autonom bestimmt.

„Hebesätze der Realsteuern · Ausgabe 2000“ ist gemeinsam erstellt von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder.

W-6



Diskette: Format: Excel 5.0/95,
Preis: 80,00 DM
(zuzügl. Versandkosten)



Zu beziehen vom

Hessischen Statistischen Landesamt, 65175 Wiesbaden

Telefon: 0611/3802-951 · Fax: 0611/3802-992

E-Mail: vertrieb@hsl.de · Internet: www.hsl.de

Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen

Jahr Monat Vierteljahr	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾			Bauhauptgewerbe ³⁾		Einzelhandel	Preise	Arbeitsmarkt ⁷⁾				
	Volumenindex des Auftragseingangs ²⁾ 1995 = 100			Beschäftigte	Index des Auftrags- ein- gangs ⁴⁾ 1995 = 100	Beschäftigte	Index der Um- sätze ⁵⁾ 1995 = 100	Preis- index für die Lebens- haltung ⁶⁾ 1995 = 100	Arbeits- lose ⁸⁾	Arbeits- losen- quote ⁹⁾	Offene Stellen ⁸⁾	Kurz- arbeit (Personen) ¹⁰⁾
	ins- gesamt	Inland	Ausland									
Grundzahlen ¹¹⁾												
1998 D	105,8	101,1	114,5	470 074	83,1	40 519	101,5	104,1	254 050	10,0	26 021	6 505
1999 D	98,6	92,9	109,2	464 707	86,6	37 865	102,8	105,0	239 257	9,4	30 650	6 396
2000 D	105,2	96,3	121,7	459 468	85,1	35 786	103,0	107,0	214 875	8,1	37 527	5 156
2000 März	118,0	108,8	135,1	457 904	93,7	35 528	110,8	106,6	228 878	8,9	39 531	6 424
1. Vj. D	104,2	94,4	122,4	457 650	68,9	35 881	99,3	106,4
April	96,8	90,7	108,0	457 630	65,4	35 782	103,2	106,5	221 800	8,3	41 222	6 841
Mai	110,9	103,5	124,4	457 890	140,4	35 914	112,4	106,4	211 812	7,9	40 438	5 606
Juni	105,7	93,2	128,8	459 745	84,0	35 764	95,7	106,9	213 076	8,0	39 841	4 047
2. Vj. D	104,5	95,8	120,4	458 422	96,6	35 820	103,8	106,6
Juli	100,4	93,9	112,3	460 138	102,4	35 806	96,2	107,4	213 256	8,0	39 929	3 096
August	105,4	102,7	110,5	462 039	74,6	35 922	100,8	107,3	206 753	7,7	38 512	4 486
September	112,9	101,3	134,4	461 887	110,6	35 878	100,4	107,8	201 102	7,5	38 139	4 924
3. Vj. D	106,2	99,3	119,1	461 355	95,9	35 869	99,1	107,5
Oktober	108,2	96,5	129,8	461 162	85,5	36 072	102,6	107,5	196 354	7,3	35 763	4 783
November	110,0	99,9	128,7	461 091	76,0	35 726	110,0	107,7	195 173	7,3	34 950	4 518
Dezember	99,5	90,2	116,7	459 084	76,3	34 930	116,4	107,6	200 261	7,5	35 012	4 523
4. Vj. D	105,9	95,5	125,1	460 446	79,3	35 576	109,7	107,6
2001 Januar	105,1	94,6	124,5	457 265	64,6	33 622	96,8	108,1	211 728	7,9	37 651	6 118
Februar	107,1	92,0	134,8	456 130	62,5	33 250	91,4	108,8	210 709	7,9	41 524	8 431
März	118,5	111,5	131,2	456 909	80,5	33 197	110,3	108,9	204 313	7,6	43 155	8 160
1. Vj. D	110,2	99,4	130,2	456 768	69,2	33 356	99,5	108,6
April	96,2	89,5	108,7	456 287	76,1	33 423	103,0	109,2	200 712	7,5	42 863	7 050
Zu- bzw. Abnahme (–) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in % ¹¹⁾												
1998 D	3,0	7,1	– 3,0	– 2,3	– 12,7	– 10,9	1,4	1,3	– 2,6	.	21,7	– 44,8
1999 D	– 6,8	– 8,1	– 4,6	– 1,1	4,2	– 6,5	1,3	0,9	– 5,8	.	17,8	– 1,7
2000 D	6,7	3,7	11,4	– 1,1	– 1,7	– 5,5	0,2	1,9	– 10,2	.	22,4	– 19,4
2000 März	9,3	5,1	16,3	– 2,1	– 5,6	– 4,4	– 4,3	2,1	– 8,6	.	21,1	– 37,7
1. Vj.	9,7	7,2	13,8	– 2,0	– 17,4	– 4,3	1,1	2,1
April	– 2,9	– 3,5	– 1,9	– 1,3	– 9,6	– 4,0	0,8	1,6	– 9,4	.	23,4	– 21,7
Mai	13,2	11,1	16,7	– 1,3	66,0	– 3,4	13,1	1,5	– 10,1	.	27,9	– 11,4
Juni	2,8	– 4,9	15,4	– 0,9	– 21,3	– 4,3	– 6,4	1,9	– 8,7	.	27,1	– 41,8
2. Vj.	4,3	0,7	10,1	– 1,2	9,9	– 3,9	2,4	1,7
Juli	5,2	3,1	8,5	– 1,2	18,1	– 5,8	– 4,9	1,9	– 10,4	.	23,6	– 32,9
August	13,3	11,8	16,4	– 1,0	– 20,8	– 6,5	6,3	1,7	– 10,9	.	21,5	27,7
September	6,2	– 0,5	17,2	– 0,9	16,6	– 6,6	2,0	2,4	– 11,7	.	19,1	18,6
3. Vj.	8,1	4,6	14,1	– 1,1	1,4	– 6,6	1,0	2,0
Oktober	7,1	2,1	14,8	– 0,3	– 14,4	– 7,4	– 2,6	2,1	– 12,9	.	17,9	– 1,5
November	1,7	1,2	2,3	– 0,2	27,8	– 7,3	– 0,9	2,1	– 13,3	.	20,8	– 26,1
Dezember	5,4	3,0	9,2	– 0,2	– 15,7	– 7,6	– 6,1	1,8	– 12,8	.	15,3	3,9
4. Vj.	4,6	2,0	8,5	– 0,2	– 4,8	– 7,4	– 3,3	2,0
2001 Januar	12,9	14,4	11,1	– 0,1	25,6	– 7,3	6,6	1,9	– 11,4	.	16,6	7,1
Februar	5,4	0,3	12,4	– 0,3	1,7	– 7,2	– 5,1	2,3	– 10,9	.	12,2	21,9
März	0,4	2,5	– 2,9	– 0,2	– 14,2	– 6,6	– 0,5	2,2	– 10,7	.	9,2	27,0
1. Vj.	5,8	5,3	6,4	– 0,2	– 10,8	– 7,0	0,2	2,1
April	– 0,6	– 1,3	0,6	– 0,3	16,4	– 6,6	– 0,2	2,5	– 9,5	.	4,0	3,1
Zu- bzw. Abnahme (–) jeweils gegenüber dem Vormonat bzw. dem Vorquartal in % ¹¹⁾												
2000 März	16,1	18,6	12,7	0,1	52,5	– 0,8	– 12,3	0,2	– 3,2	.	6,8	– 7,1
1. Vj.	3,0	0,9	6,2	– 0,8	– 17,3	– 6,6	– 12,4	0,9
April	– 18,0	– 16,6	– 20,1	– 0,1	– 30,3	0,7	– 6,9	– 0,1	– 3,1	.	4,3	6,5
Mai	14,6	14,1	15,2	0,1	114,8	0,4	8,9	– 0,1	– 4,5	.	– 1,9	– 18,1
Juni	– 4,7	– 10,0	3,5	0,4	– 40,2	– 0,4	– 14,9	0,5	0,6	.	– 1,5	– 27,8
2. Vj.	0,3	1,5	– 1,6	0,2	40,2	– 0,2	4,5	0,2
Juli	– 5,0	0,8	– 12,8	0,1	21,9	0,1	0,5	0,5	0,1	.	0,2	– 23,5
August	5,0	9,4	– 1,6	0,4	– 27,1	0,3	4,8	– 0,1	– 3,0	.	– 3,5	44,9
September	7,1	– 1,4	21,6	– 0,0	48,2	– 0,1	– 0,4	0,5	– 2,7	.	– 1,0	9,8
3. Vj.	1,6	3,7	– 1,1	0,6	– 0,7	0,1	– 4,5	0,8
Oktober	– 4,2	– 4,7	– 3,4	– 0,2	– 22,7	0,5	2,2	– 0,3	– 2,4	.	– 6,2	– 2,9
November	1,7	3,5	– 0,8	– 0,0	– 11,1	– 1,0	7,2	– 0,1	– 0,6	.	– 2,3	– 5,5
Dezember	– 9,5	– 9,7	– 9,3	– 0,4	0,3	– 2,2	5,8	– 0,1	2,6	.	0,2	0,1
4. Vj.	– 0,3	– 3,8	5,0	– 0,2	– 17,3	– 0,8	10,7	0,1
2001 Januar	5,6	4,9	6,7	– 0,4	– 15,3	– 3,7	– 16,8	0,5	5,7	.	7,5	35,3
Februar	1,9	– 2,7	8,3	– 0,2	– 3,3	– 1,1	– 5,6	0,6	– 0,5	.	10,3	37,8
März	10,6	21,2	– 2,7	– 0,2	28,7	– 0,2	20,7	0,1	– 3,0	.	3,9	– 3,2
1. Vj.	4,1	4,1	4,1	– 0,8	– 12,7	– 6,2	– 9,3	0,9
April	– 18,8	– 19,7	– 17,1	– 0,1	– 5,4	0,7	– 6,6	0,3	– 1,8	.	– 0,7	– 13,6

1) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten. Wegen der Umstellung auf die neuen EU-Klassifikationen ab 1995 sind Vorjahresvergleiche nicht möglich. — 2) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 3) Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten. — 4) Wertindex. — 5) Ohne Mehrwertsteuer. — 6) Alle privaten Haushalte. — 7) Quelle: Landesarbeitsamt Hessen. — 8) Bei Monatswerten Stand am Monatsende. — 9) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 10) Bei Monatswerten Stand Monatsmitte. — 11) Gegenüber der letzten Ausgabe teilweise berichtigte Ergebnisse.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	1998	1999	1999			2000			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	August	Sept.	Okt.	Nov.
BEVÖLKERUNG										
* Bevölkerung am Monatsende ¹⁾	1000	6 032,5	6 042,8	6 048,8	6 051,0	6 051,8	6 062,1	6 064,4	6 067,4	...
Natürliche Bevölkerungsbewegung:										
* Eheschließungen ²⁾	Anzahl	2 666	2 718	5 021	2 388	1 785	4 286	3 505	2 159	...
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	5,3	5,4	10,1	4,6	3,6	8,3	7,1	4,2	...
* Lebendgeborene ³⁾	"	5 047	4 916	5 539	4 527	4 781	5 396	4 815	5 163	...
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	10,0	9,8	11,1	8,8	9,6	10,5	9,7	10,0	...
* Gestorbene ⁴⁾ (ohne Totgeborene)	"	5 082	5 088	4 588	4 564	5 244	4 536	4 452	4 998	...
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	10,1	10,1	9,2	8,9	10,5	8,8	9,0	9,7	...
* darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene	"	24	22	27	22	10	12	18	15	...
auf 1000 Lebendgeborene	"	4,8	4,5	4,9	4,9	2,1	2,2	3,7	2,9	...
Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	"	- 34	- 172	951	- 37	- 463	860	363	165	...
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	- 0,1	- 0,4	1,9	- 0,1	- 0,9	1,7	0,7	0,3	...
Wanderungen:										
* Zuzüge über die Landesgrenzen	Anzahl	13 316	14 164	16 079	16 238	14 539	17 536	15 451	17 501	...
* darunter aus dem Ausland	"	5 443	6 186	7 115	6 777	5 855	7 429	6 778	7 483	...
* Fortzüge über die Landesgrenzen	"	12 995	12 591	14 542	13 981	13 360	15 193	13 492	14 696	...
* darunter in das Ausland	"	6 000	9 114	6 358	5 586	6 113	6 714	5 768	5 891	...
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	"	320	1 574	1 537	2 257	1 179	2 343	1 959	2 805	...
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁵⁾	"	18 531	19 091	19 543	18 967	21 096	21 306	17 567	19 633	...
		1999	2000	2000			2001			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
ARBEITSMARKT										
* Arbeitslose am Monatsende ⁶⁾	Anzahl	239 257	214 875	228 878	221 800	211 812	210 709	204 313	200 712	194 170
* darunter Frauen	"	105 186	96 519	99 808	98 197	95 085	91 633	89 548	89 329	86 988
Männer	"	134 071	118 356	129 070	123 603	116 727	119 076	114 765	111 383	107 182
Ausländer	"	51 080	45 177	48 534	47 239	45 162	44 234	43 475	42 840	41 574
Jugendliche unter 20 Jahren	"	5 747	5 442	5 574	5 155	4 622	4 964	4 729	4 627	4 385
* Arbeitslosenquote ⁷⁾ insgesamt	%	9,4	8,1	8,9	8,3	7,9	7,9	7,6	7,5	7,1
* darunter der Frauen	"	9,1	8,0	8,6	8,0	7,7	7,4	7,3	7,2	6,8
Männer	"	9,6	8,3	9,2	8,5	8,1	8,2	7,9	7,7	7,3
Ausländer	"	17,2	14,8	16,4	15,4	14,7	14,4	14,1	13,9	14,1
Jugendlichen unter 20 Jahren	"	8,0	5,8	7,7	5,0	4,5	4,8	4,6	4,5	3,5
* Offene Stellen am Monatsende ⁶⁾	Anzahl	30 650	37 527	39 531	41 222	40 438	41 524	43 155	42 863	41 363
* Kurzarbeiter (Monatsmitte) ⁶⁾	"	6 396	5 156	6 424	6 841	5 606	8 431	8 160	7 050	6 463
		1998	1999	1998			1999			
		Durchschnitt ¹⁰⁾		Juni	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.
* Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer am Arbeitsort insgesamt ⁸⁾¹¹⁾	1000	2 105,3	2 130,8	2 093,0	2 128,8	2 110,9	2 102,7	2 116,0	2 153,0	2 151,5
* darunter Frauen	"	903,7	916,6	896,9	911,4	906,7	906,1	908,0	924,0	928,3
* Ausländer	"	226,6	227,8	225,8	229,6	226,0	225,0	227,0	231,1	227,9
* Teilzeitbeschäftigte	"	310,0	.	307,7	310,9	315,1	316,2	.	.	.
* darunter Frauen	"	272,5	.	271,1	273,4	275,0	274,7	.	.	.
darunter ausgew. Wirtschaftsabschnitte ⁹⁾ :										
* Bergbau	"	.	.	.	9,2	8,8	8,6	.	.	.
* darunter Frauen	"	.	.	.	0,9	0,9	0,9	.	.	.
* Verarbeitendes Gewerbe	"	.	.	.	543,0	535,8	530,2	.	.	.
* darunter Frauen	"	.	.	.	142,6	139,9	138,2	.	.	.
* Energie- und Wasserversorgung	"	.	.	.	17,0	17,0	17,6	.	.	.
* darunter Frauen	"	.	.	.	3,0	2,9	3,2	.	.	.
* Baugewerbe	"	.	.	.	136,0	129,7	125,7	.	.	.
* darunter Frauen	"	.	.	.	16,0	15,8	15,4	.	.	.
* Handel- und Gastgewerbe	"	.	.	.	388,6	384,4	382,7	.	.	.
* darunter Frauen	"	.	.	.	188,0	186,1	185,4	.	.	.
* Verkehr- und Nachrichtenübermittlung	"	.	.	.	144,2	144,1	144,5	.	.	.
* darunter Frauen	"	.	.	.	47,8	47,8	48,2	.	.	.
* Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	"	.	.	.	139,3	138,9	139,1	.	.	.
* darunter Frauen	"	.	.	.	68,7	68,4	68,4	.	.	.
* Grundstückswesen, Vermietung, Dienstleistungen für Unternehmen	"	.	.	.	249,2	250,9	253,6	.	.	.
* darunter Frauen	"	.	.	.	111,1	111,5	113,2	.	.	.
* öffentliche Verwaltung u. ä.	"	.	.	.	130,7	130,3	129,1	.	.	.
* darunter Frauen	"	.	.	.	74,9	74,9	74,6	.	.	.
* öffentliche und private Dienstleistungen (ohne öffentl. Verwaltung)	"	.	.	.	356,6	358,0	357,9	.	.	.
* darunter Frauen	"	.	.	.	254,2	254,8	254,7	.	.	.

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Fortschreibungsergebnisse auf der Basis der Bevölkerungsfeststellung vom 25. Mai 1987 (Volkszählung). — 2) Nach dem Ereignisort. — 3) Nach der alleinigen oder der Hauptwohnung der Mutter. — 4) Nach der alleinigen oder Hauptwohnung des Verstorbenen. — 5) Ohne innerhalb der Gemeinden Umgezogene. — 6) Quelle: Landesarbeitsamt Hessen. — 7) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 8) Einschl. Land- und Forstwirtschaft, Fischerei. Quelle: Bundesanstalt für Arbeit. — 9) Auf Grund der Einführung der neuen Wirtschaftszweigsystematik (WZ 93) ist die Vergleichbarkeit mit früheren Erhebungen nicht gewährleistet. — 10) Durchschnitt für die Monate März, Juni, September und Dezember. — 11) Ein Nachweis in wirtschaftsfachlicher Gliederung ist auf Grund von Strukturverschiebungen zur Zeit nicht möglich.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1999	2000	2000			2001			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
LANDWIRTSCHAFT										
Schlachtungen ¹⁾ :										
Rinder	Anzahl	8 088	7 302	8 302	8 813	7 464	4 576	5 470	7 554	5 724
Kälber	"	341	350	389	260	513	155	206	246	342
Schweine	"	108 303	102 959	101 840	100 713	103 570	100 835	90 178	101 101	92 811
darunter hausgeschlachtet	"	9 044	7 765	10 580	9 916	7 853	11 360	9 942	11 639	7 638
Schlachtmengen ²⁾ :										
* Gesamtschlachtgewicht	Tonnen	11 653	11 148	10 823	11 156	11 483	9 711	9 099	10 706	10 301
darunter von										
* Rindern	"	2 207	2 032	2 168	2 315	2 086	1 115	1 354	1 852	1 519
* Kälbern	"	30	33	30	18	46	14	18	21	32
* Schweinen	"	9 099	8 686	8 399	8 329	8 778	8 309	7 390	8 243	7 853
Geflügel:										
* Erzeugte Konsumeier ³⁾	1000 St.	30 668	31 856	31 045	35 673	32 666	32 589	29 070	30 867	30 456
Milcherzeugung:										
Kuhmilcherzeugung	Tonnen	87 211	84 688	82 354	86 745	89 280	84 990	79 827	87 231	87 137
* darunter an Molkereien u. Händler geliefert	"	82 275	80 642	77 830	81 909	84 600	81 227	76 428	83 467	83 496
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	16,4	15,8	16,2	15,9	16,9	15,6	18,0	17,8	18,4
VERARBEITENDES GEWERBE ⁴⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	464,4	459,5	457,5	457,9	457,6	457,3	456,1	456,9	456,3
darunter Arbeiter (einschl. gewerbl. Azubi.)	"	275,0	271,1	269,6	270,0	269,1	269,9	269,4	269,8	269,2
* Geleistete Arbeiterstunden	"	35 589	34 952	35 953	38 229	32 756	35 342	34 142	36 786	33 350
* Bruttolohnsumme	Mill. DM	1 285,7	1 292,4	1 184,8	1 228,3	1 212,7	1 247,3	1 195,5	1 240,0	1 258,0
* Bruttogehaltssumme	"	1 424,5	1 446,6	1 358,0	1 419,6	1 408,0	1 406,6	1 349,7	1 442,1	1 458,0
* Gesamtumsatz (ohne MwSt.)	"	12 763,0	13 425,7	12 643,3	14 686,6	11 950,7	12 785,6	12 741,0	14 642,1	12 852,6
* darunter Auslandsumsatz	"	4 278,5	5 016,1	4 920,8	5 598,5	4 389,7	5 025,9	4 958,6	5 701,0	4 855,1
Exportquote ⁵⁾	%	33,5	37,4	38,9	38,1	36,7	39,3	38,9	38,9	37,8
Index der Nettoproduktion insgesamt ⁶⁾										
insgesamt ⁶⁾	1991 = 100
darunter										
Vorleistungsgüterproduzenten	"
Investitionsgüterproduzenten	"
Gebrauchsgüterproduzenten	"
Verbrauchsgüterproduzenten	"
Index der Nettoproduktion im Verarbeitenden Gewerbe ⁷⁾										
im Verarbeitenden Gewerbe ⁷⁾	1991 = 100
darunter										
Chemische Industrie	"
Maschinenbau	"
Fahrzeugbau	"
Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik usw.	"
Volumenindex des Auftragseingangs ⁷⁾										
insgesamt	1995 = 100 % ⁸⁾	– 6,8	6,7	12,4	9,3	– 2,9	12,9	5,4	0,4	– 0,6
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	"	– 1,9	5,6	14,8	7,4	– 0,2	16,1	– 0,5	– 3,3	0,1
Investitionsgüterproduzenten	"	– 14,3	9,2	18,1	13,6	– 8,3	8,8	17,6	0,0	– 0,6
Gebrauchsgüterproduzenten	"	– 8,8	10,5	15,7	18,8	37,0	10,3	9,3	– 1,6	– 28,3
Verbrauchsgüterproduzenten	"	– 1,2	2,9	– 12,2	2,2	– 11,3	13,2	– 3,9	26,1	13,2
Volumenindex des Auftragseingangs nach ausgewählten Branchen:										
nach ausgewählten Branchen:										
Chemische Industrie	% ⁸⁾	– 2,3	6,7	4,6	8,3	– 4,0	12,7	– 6,1	3,0	2,5
Maschinenbau	"	– 5,9	15,8	22,3	25,0	4,4	15,1	4,8	– 9,5	– 12,7
Kraftwagen und -teile	"	– 20,0	– 9,3	4,4	– 18,6	– 37,9	– 1,5	– 2,0	– 12,0	24,8
Herstellung von Metallerzeugnissen	"	– 1,4	5,5	15,7	7,1	– 3,6	27,9	– 3,3	– 3,5	2,9
ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	2 278,0	2 128,5	2 721,6	2 641,0	2 193,8
* Stromverbrauch ⁹⁾	"	2 714,2	2 895,0	3 440,4	3 031,3	2 635,7

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Gewerbliche und Hausschlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft. — 2) Gewerbliche Schlachtungen (ohne Geflügel); einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. — 3) In Betrieben ab 3000 Hennenhaltungsplätzen. — 4) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 5) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. — 6) Kalendermonatlich. — 7) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 8) Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Vorjahresmonat. — 9) Ohne Pumpstromverbrauch und ohne Übertragungsverluste; ohne Eigenverbrauch der Kraftwerke.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	1999	2000	2000			2001			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
BAUGEWERBE										
B a u h a u p t g e w e r b e ¹⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	62,1	60,7	60,4	59,9	60,3	58,3	57,7	57,6	57,9
darunter										
Facharbeiter ²⁾	"	32,6	32,0	31,9	31,6	31,8	30,4	30,0	30,0	30,1
Fachwerker und Werker	"	9,8	9,5	9,0	9,1	9,3	8,9	8,7	8,8	8,9
gewerblich Auszubildende	"	3,1	2,9	3,0	3,0	3,0	2,8	2,8	2,7	2,7
* Geleistete Arbeitsstunden	"	5 923	5 756	5 047	5 905	5 585	3 766	4 475	5 187	5 309
darunter für den										
Wohnungsbau	"	2 262	2 214	1 949	2 293	2 186	1 523	1 768	2 017	1 998
* gewerblichen und industriellen Bau	"	1 812	1 716	1 663	1 716	1 607	1 222	1 379	1 569	1 554
öffentlichen und Verkehrsbau	"	1 817	1 798	1 415	1 868	1 760	998	1 310	1 578	1 725
* Brutto Lohnsumme ³⁾	Mill. DM	190,4	188,1	155,1	175,7	186,7	158,7	142,1	156,0	183,6
* Bruttogehaltssumme	"	80,9	78,2	74,8	73,8	78,0	70,7	69,4	69,6	74,4
Baugewerblicher Umsatz (ohne MwSt.)	"	1 039,2	1 001,1	707,2	930,1	871,2	630,8	794,9	860,3	802,9
* Index des Auftragseingangs ⁴⁾	1995 = 100	86,6	85,1	61,4	93,7	65,4	64,6	62,5	80,5	76,1
darunter										
Wohnungsbau	"	66,5	53,2	50,5	62,0	61,3	30,7	43,1	49,2	48,8
* gewerblicher und industrieller Bau	"	90,9	99,6	75,3	91,6	59,5	86,8	59,8	93,1	90,2
* öffentlicher und Verkehrsbau	"	92,4	84,9	50,3	113,8	74,9	55,7	76,5	82,0	73,6
A u s b a u g e w e r b e ⁵⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	25,2	24,6	.	24,5	.	.	.	23,7	.
* Geleistete Arbeitsstunden	"	7 316	7 148	.	7 075	.	.	.	6 694	.
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mill. DM	330,5	337,4	.	322,7	.	.	.	311,6	.
* Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne MwSt.)	"	1 036,3	1 203,3	.	1 007,4	.	.	.	921,5	.
BAUGENEHMIGUNGEN										
* Wohngebäude (Neu- und Wiederaufbau) ⁶⁾	Anzahl	1 048	913	926	951	1 020	543	697	850	798
darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	"	932	818	846	843	910	487	607	737	712
* Umbauter Raum der Wohngebäude ⁶⁾	1000 m ³	1 151	1 021	1 031	1 101	1 190	636	831	1 075	919
* Wohnfläche in Wohngebäuden ⁶⁾	1000 m ²	213	188	184	198	221	113	154	194	168
* Veranschlagte reine Baukosten der Wohngebäude ⁷⁾	1000 DM	645 188	513 757	504 971	565 396	585 766	330 147	441 010	546 666	484 695
* Nichtwohngebäude (Neu- u. Wiederaufbau) ⁶⁾	Anzahl	271	245	191	208	276	167	175	242	193
* Umbauter Raum der Nichtwohngebäude ⁶⁾	1000 m ³	808	875	618	735	857	1 015	676	1 170	1 320
* Nutzfläche in Nichtwohngebäuden ⁶⁾	1000 m ²	190	186	121	172	199	189	135	227	213
* Veranschlagte reine Baukosten der Nichtwohngebäude ⁷⁾	1000 DM	348 572	415 718	228 927	381 725	332 956	447 588	351 101	506 736	656 466
* Wohnungen insgesamt ⁸⁾	Anzahl	2 278	1 968	1 943	2 077	2 236	1 158	1 707	1 959	1 800
* Wohnräume insgesamt ⁸⁾	"	11 744	10 306	10 016	10 987	11 743	6 099	8 210	9 854	9 131
EINZELHANDEL UND GASTGEWERBE										
E i n z e l h a n d e l										
* Index der Umsätze ⁹⁾ — real	1995 = 100	100,8	100,1	93,9	107,9	100,6	93,6	88,1	105,9	98,7
* Index der Umsätze ⁹⁾ — nominal	"	102,8	103,3	96,3	110,8	103,2	96,8	91,4	110,3	103,0
darunter (Einzelhandel mit)										
Waren verschiedener Art ¹⁰⁾	"	115,7	111,2	105,5	136,9	113,6	96,6	102,0	132,0	115,7
Kraftfahrzeugen ¹¹⁾ ; Tankstellen	"	101,7	101,4	94,5	106,5	102,3	101,4	90,7	107,0	104,4
Apotheken ¹²⁾	"	118,4	126,0	117,6	125,6	116,8	130,5	128,4	132,9	128,5
Bekleidung	"	86,4	86,7	73,1	81,8	87,4	81,2	68,7	89,8	87,1
Möbeln, Einrichtungsgegenständen ¹³⁾	"	95,6	88,0	85,6	93,7	85,1	82,7	77,7	94,7	82,9
Metallwaren und Anstrichmitteln ¹⁴⁾	"	97,7	111,0	88,3	114,6	119,7	79,1	79,8	109,4	120,0
* Beschäftigte im Einzelhandel (Index)	"	90,7	87,3	87,5	87,5	87,8	86,1	85,8	86,0	86,3
G a s t g e w e r b e										
* Index der Umsätze ⁹⁾ — real	1995 = 100	90,8	91,4	83,0	91,0	87,9	82,0	83,3	93,3	84,3
* Index der Umsätze ⁹⁾ — nominal	"	95,2	96,9	87,3	95,3	93,0	86,8	88,2	99,1	90,5
darunter										
Hotels, Gasthöfe, Pensionen, Hotels garnis	"	101,8	107,0	97,2	103,8	94,1	94,6	97,1	113,7	93,2
Restaurants, Cafés, Eisdielen, Imbisshallen	"	90,4	89,9	81,4	88,3	93,1	78,3	79,5	87,6	84,3
Kantinen und Caterer	"	105,6	107,9	94,6	108,4	99,3	102,8	101,9	113,4	107,0
* Beschäftigte im Gastgewerbe (Index)	"	88,2	84,7	81,6	82,5	84,9	83,2	86,6	88,8	90,5

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau. Nach der Totalerhebung hochgerechnete Ergebnisse. — 2) Einschl. Polieren und Meistern. — 3) Einschl. Entgelten für Poliere und Meister. — 4) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 5) Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe. Ab 1997 Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). Ergebnisse nach der neuen EU-Klassifikation liegen erst ab Januar 1996 vor. Vorjahresvergleiche sind nicht möglich. — 6) Ohne Gebäudeteile. — 7) Einschl. Gebäudeteilen. — 8) In Wohn- und Nichtwohngebäuden; alle Baumaßnahmen. — 9) Ohne Umsatzsteuer; teilweise berichtete Ergebnisse. — 10) Vor allem Warenhäuser, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte und Supermärkte. — 11) Sowie mit Kraftfahrzeugteilen und -zubehör. — 12) Sowie Drogerien und Einzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln. — 13) Sowie Hausrat. — 14) Sowie Bau- und Heimwerkerbedarf.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	1999	2000	2000			2001			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
AUSSENHANDEL										
* A u s f u h r (Spezialhandel) insgesamt ¹⁾ davon	Mill. DM	4 212,1	4 897,6	4 969,8	5 234,3	4 633,1
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	104,7	117,6	90,5	102,2	108,8
* Güter der gewerblichen Wirtschaft davon	"	4 107,4	4 780,0	4 879,2	5 132,1	4 524,2
* Rohstoffe	"	36,6	42,6	47,9	47,7	47,0
* Halbwaren	"	322,2	383,4	395,5	458,6	354,0
* Fertigwaren	"	3 748,5	4 354,0	4 435,9	4 625,8	4 123,2
* davon						
* Vorerzeugnisse	"	745,9	922,3	1 013,4	1 138,4	927,4
* Enderzeugnisse	"	3 002,7	3 431,8	3 422,5	3 487,4	3 195,8
Unter den Fertigwaren waren										
chemische Erzeugnisse	"	1 047,3	1 293,5	1 519,7	1 496,4	1 282,8
Maschinen	"	666,2	739,8	734,4	713,3	717,1
Fahrzeuge	"	587,4	585,9	586,8	672,8	418,9
elektrotechnische Erzeugnisse	"	472,3	566,8	525,6	563,7	549,6
Eisen- und Metallwaren	"	302,8	382,4	332,4	387,4	413,8
Ausfuhr nach ausgew. Verbrauchsländern:										
* EU-Länder ²⁾ darunter	"	2 300,1	2 562,6	2 845,1	2 826,9	2 554,0
Vereinigtes Königreich	"	364,3	365,9	451,0	404,8	357,3
Frankreich	"	417,0	479,9	567,0	509,5	432,4
Italien	"	298,8	370,8	431,4	433,5	415,8
Niederlande	"	266,7	285,4	295,8	323,6	314,0
Belgien-Luxemburg	"	221,4	242,5	271,0	270,3	234,4
Österreich	"	236,4	244,4	239,2	254,2	249,6
EFTA-Länder ³⁾ darunter	"	234,9	275,6	228,1	269,9	234,5
Schweiz	"	199,1	240,0	195,2	230,8	203,7
Norwegen	"	32,5	30,9	28,8	35,7	26,5
USA	"	429,1	509,5	524,1	566,2	460,2
* E i n f u h r (Generalhandel) insgesamt ¹⁾ davon	"	7 173,5	8 764,2	7 271,2	9 528,1	8 082,3
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	322,2	346,1	313,8	316,8	314,8
* Güter der gewerblichen Wirtschaft davon	"	6 851,3	8 418,1	6 957,4	9 211,4	7 767,5
* Rohstoffe	"	77,0	102,5	93,6	100,6	85,5
* Halbwaren	"	699,3	790,5	592,5	608,7	705,5
* Fertigwaren	"	6 074,9	7 525,1	6 271,3	8 502,0	6 976,5
* davon						
* Vorerzeugnisse	"	669,5	869,3	724,7	978,1	755,2
* Enderzeugnisse	"	5 405,5	6 655,8	5 546,6	7 523,9	6 221,3
* Einfuhr aus EU-Ländern ²⁾	"	3 372,3	4 049,7	3 319,0	4 336,0	3 620,0
FREMDENVKKEHR ⁴⁾										
* Gästeankünfte	1000	763	816	684	756	732	672	674	805	745
* darunter von Auslands Gästen	"	191	211	174	176	173	180	172	193	179
* Gästeübernachtungen	"	2 000	2 138	1 787	1 919	1 988	1 802	1 787	2 073	2 013
darunter von Auslands Gästen	"	370	409	386	351	327	400	370	404	330
Gästeübernachtungen nach Berichts- gemeindeguppen:										
Heilbäder	"	600	644	534	594	618	535	557	614	625
Luftkurorte	"	133	131	83	92	113	79	81	100	117
Erholungsorte	"	94	98	61	64	96	54	62	65	99
Sonstige Gemeinden	"	1 173	1 265	1 108	1 168	1 159	1 133	1 087	1 292	1 172
darunter Großstädte	"	526	575	566	567	508	590	538	642	509
VERKEHR										
B i n n e n s c h i f f f a h r t										
Güterumschlag insgesamt	1000 t	1 301	1 350	1 339	1 355	1 322	1 179	1 339	1 121	...
davon										
* Güterversand	"	205	226	212	303	248	236	212	169	...
* Güterempfang	"	1 096	1 124	1 127	1 052	1 074	942	1 127	953	...

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Ab Januar 2000 vorläufige Zahlen. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung von Einfuhr- und Ausfuhrergebnissen nicht vertretbar. — 2) Mitgliedsländer nach dem Stand von Januar 1995 (Frankreich, Belgien-Luxemburg, Niederlande, Italien, Vereinigtes Königreich, Rep. Irland, Dänemark, Griechenland, Spanien, Portugal, Schweden, Finnland, Österreich). — 3) Mitgliedsländer nach dem Stand vom Januar 1997 (Island, Norwegen, Liechtenstein, Schweiz). —

4) Alle Beherbergungstätigkeiten mit mindestens 9 Betten, einschl. Jugendherbergen und Kinderheimen. Besteht eine Gemeinde aus mehreren Ortsteilen, so werden die Ortsteile mit Fremdenverkehr jeweils der in Frage kommenden Gemeindegruppe zugeordnet. Die Gemeindegruppe „Erholungsorte“ enthält nur noch die staatlich anerkannten Erholungsorte; die bisherigen „Erholungsorte ohne Prädikat“ werden der Gruppe „Sonstige Gemeinden“ zugeordnet.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	1999	2000	2000			2001				
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April	
Noch: VERKEHR											
Straßenverkehr											
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge ¹⁾ darunter	Anzahl	34 124	30 577	30 281	43 752	29 550	25 610	27 867	39 515	33 205	
Personenkraftwagen (einschl. Kombi)	"	29 759	26 145	26 381	34 530	23 588	22 922	23 393	33 386	27 477	
* Lkw (auch mit Spezialaufbau)	"	1 877	1 868	1 735	2 177	1 819	1 325	1 476	2 115	1 995	
Krafträder (einschl. Kraftrollern)	"	2 073	1 998	1 634	5 898	3 494	873	2 588	2 788	2 956	
Zugmaschinen (zulassungspflichtige)	"	297	287	290	346	270	302	245	307	354	
Straßenverkehrsunfälle											
* Unfälle mit Personenschaden	"	2 310	2 252	1 967	2 057	2 037	1 936	1 662	2 000	2 115	
* Getötete Personen ²⁾	"	47	45	44	32	39	41	39	23	37	
* Verletzte Personen	"	3 111	3 031	2 621	2 770	2 748	2 647	2 271	2 737	2 984	
Personenverkehr der Straßenverkehrs- unternehmen ³⁾											
Beförderte Personen	1000	37 353	39 561	.	122 809	.	.	.	120 342	.	
davon im											
Linienverkehr ⁴⁾	"	36 883	39 083	.	121 877	.	.	.	119 461	.	
Gelegenheitsverkehr	"	469	478	.	931	.	.	.	880	.	
Gefahrene Wagenkilometer	1000 km	23 547	24 402	.	65 461	.	.	.	65 511	.	
davon im											
Linienverkehr ⁴⁾	"	18 640	19 432	.	57 689	.	.	.	57 092	.	
Gelegenheitsverkehr	"	4 908	4 970	.	7 772	.	.	.	8 419	.	
Einnahmen	1000 DM	75 526	80 498	.	209 746	.	.	.	222 005	.	
davon aus											
Linienverkehr ⁴⁾	"	61 015	64 443	.	187 975	.	.	.	200 400	.	
Gelegenheitsverkehr	"	14 511	16 055	.	21 771	.	.	.	21 605	.	
GELD UND KREDIT											
Banken ⁵⁾											
Kredite an Nichtbanken insgesamt ⁶⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	920 746	319 593	.	949 509	.	.	.	1 051 045	.	
darunter											
Kredite an inländische Nichtbanken ⁶⁾ davon	"	764 951	260 199	.	775 762	.	.	.	798 151	.	
kurzfristige Kredite	"	120 360	43 486	.	132 240	.	.	.	146 918	.	
Kredite über 1 Jahr ⁷⁾	"	644 591	216 713	.	643 523	.	.	.	651 233	.	
Einlagen und aufgenommene Gelder ⁶⁾											
von Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	685 448	246 770	.	727 381	.	.	.	824 451	.	
Zahlungsschwierigkeiten											
* Insolvenzen insgesamt	Anzahl	201	235	203	230	227	321	252	274	199	
davon											
* von Unternehmen, einschl. Kleingewerbe ⁸⁾	"	155	153	140	168	158	209	164	164	126	
* von privaten Personen und Nachlässe ⁹⁾	"	45	82	63	62	69	112	88	110	73	
* Beantragte Insolvenzen ¹⁰⁾	"	201	235	203	230	227	321	252	274	199	
* darunter mangels Masse abgelehnt	"	133	123	100	117	134	180	100	128	89	
PREISE											
* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte insgesamt	1995 = 100	105,0	107,0	106,4	106,6	106,5	108,1	108,8	108,9	109,2	
darunter											
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	"	102,1	101,4	101,9	101,6	101,8	102,7	103,2	103,9	105,1	
Bekleidung, Schuhe	"	103,4	104,0	104,0	104,1	104,0	104,1	104,1	104,2	104,1	
Wohnung, Wasser, Strom, Gas ¹¹⁾	"	107,4	110,7	109,1	109,5	109,5	112,5	112,7	112,8	113,2	
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt ¹²⁾	"	102,2	102,1	102,1	102,1	102,2	102,2	102,5	102,5	102,5	
Verkehr (einschl. Kraftstoffe)	"	107,9	113,9	112,2	113,5	112,4	115,2	117,5	117,6	118,4	
Nachrichtenübermittlung	"	88,0	84,3	85,6	84,5	84,3	83,4	83,4	82,2	81,7	
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	"	103,4	104,9	105,2	105,0	104,9	105,6	107,4	106,8	105,6	
Beherbergungs- und Gaststätten- dienstleistungen	"	103,0	103,7	103,1	102,6	103,4	103,0	103,4	103,0	104,0	
* Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Haushalten von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen	1995 = 100	104,9	106,6	106,1	106,2	106,2	107,5	108,2	108,3	108,7	
* Preisindex für Wohngebäude (Neubau) ¹³⁾	1995 = 100	100,2 ¹⁴⁾	100,2 ¹⁴⁾	101,0	.	.	.	102,1	.	.	

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. — 2) Einschl. der innerhalb 30 Tagen an den Unfallfolgen Gestorbenen. — 3) Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.); Jahresdurchschnitt = Monatsdurchschnitt; nur Unternehmen mit 6 oder mehr Bussen. — 4) Allgemeiner Linienverkehr, Sonderformen des Linienverkehrs (Berufsverkehr, Schüler-, Markt- und Theaterfahrten), freigestellter Schülerverkehr. — 5) Die Angaben umfassen die in Hessen gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne Kreditinstitute mit überregionalen Sonderaufgaben (ohne Filialnetz) sowie ohne Postgiro- und Postsparkassenämter. — 6) Einschl. durchlaufender Kredite. — 7) Ohne durchlaufende Kredite. — 8) Bis einschl. 1998 ohne Kleingewerbe. — 9) Bis einschl. 1998 „von übrigen Gemeinschaftsdarlehern“. — 10) Bis einschl. 1998, Beantragte Konkurse. — 11) Und andere Brennstoffe. — 12) Sowie deren Instandhaltung. — 13) Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk. — 14) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Februar, Mai, August und November.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	1999	2000	2000			2001			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
STEUERN										
Steueraufkommen insgesamt ¹⁾	Mill. DM	6 486,1	6 949,5	6 141,5	5 695,4	5 671,0	7 922,2	6 676,9	7 384,2	6 581,3
davon										
Gemeinschaftsteuern	"	5 707,7	6 120,7	5 094,3	4 895,2	4 966,4	7 173,6	5 786,0	6 244,6	5 690,2
davon										
Lohnsteuer ²⁾	"	2 710,1	2 908,6	2 468,7	2 564,7	2 807,3	3 229,4	2 731,3	2 920,6	2 886,2
veranlagte Einkommensteuer	"	116,0	149,7	– 120,4	431,3	– 81,7	– 80,3	– 136,2	124,7	– 91,6
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	344,9	445,6	168,6	144,7	391,1	823,5	249,0	129,2	545,7
Zinsabschlag ²⁾	"	360,5	439,9	565,6	421,7	474,2	1 295,7	681,6	449,4	524,6
Körperschaftsteuer ²⁾	"	425,9	461,0	49,5	166,9	– 312,5	219,8	– 29,6	1 001,8	368,0
Umsatzsteuer	"	1 496,9	1 402,0	1 666,7	889,4	1 461,9	1 423,4	1 981,6	1 173,6	1 157,8
Einfuhrumsatzsteuer	"	253,5	314,1	295,6	276,4	226,3	262,1	308,4	445,2	299,5
Bundessteuern	"	458,0	488,0	701,5	456,3	313,0	410,1	590,4	798,8	396,1
darunter										
Mineralölsteuer	"	91,0	61,7	43,2	58,4	56,3	16,6	44,4	58,2	33,6
Versicherungsteuer	"	112,0	112,2	493,6	100,6	64,7	75,8	364,6	326,5	98,8
Zölle ³⁾	"	28,3	25,8	22,7	24,4	24,0	26,0	24,2	21,9	18,9
Landessteuern	"	242,3	255,3	257,3	319,5	223,7	358,0	269,6	318,9	319,6
darunter										
Vermögensteuer	"	11,1	11,1	3,8	8,6	5,5	12,2	3,4	3,3	14,3
Erbschaftsteuer	"	36,3	42,5	46,2	49,4	26,5	109,6	34,2	48,8	44,2
Grunderwerbsteuer	"	77,3	84,4	77,8	135,7	74,1	74,1	92,7	103,8	121,0
Kraftfahrzeugsteuer	"	86,5	86,7	82,2	103,0	86,5	127,5	93,0	124,5	111,6
Gewerbsteuerumlage	"	49,8	59,7	65,6	0,0	143,8	– 45,8	6,7	0,0	156,5
		1999	2000	1999			2000			2001
		Durchschnitt ⁴⁾		Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.	März
Kassenmäßiges Steueraufkommen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. DM	3 039,8	3 148,3	3 158,1	4 497,1	2 059,0	3 148,3	3 371,6	4 014,1	1 944,8
davon										
Grundsteuer A	"	8,4	8,5	10,1	6,9	8,4	8,6	10,0	6,9	8,5
Grundsteuer B	"	293,7	294,9	334,3	242,7	280,0	335,7	321,9	242,0	293,4
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	"	1 497,0	1 451,6	1 642,3	1 931,4	1 315,7	1 494,8	1 734,3	1 261,7	1 337,4
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	"	1 064,7	1 215,8	1 039,1	1 922,6	385,6	1 132,3	1 135,4	2 209,8	266,7
andere Steuern ⁵⁾	"	36,8	33,6	37,4	32,1	36,4	37,9	33,8	26,2	30,4
		1999	2000	1999	2000			2001		
		Durchschnitt ⁶⁾		Okt.	Jan.	April	Juli	Okt.	Jan.	April
LÖHNE UND GEHÄLTER										
Arbeiterverdienste im Produzierenden Gewerbe ⁷⁾										
* Bruttomonatsverdienst insgesamt	DM	4 617	4 730	4 681	4 603	4 710	4 781	4 755	4 691	...
* Männliche Arbeiter	"	4 781	4 892	4 846	4 754	4 870	4 946	4 920	4 850	...
darunter Facharbeiter	"	5 085	5 195	5 145	5 046	5 165	5 261	5 225	5 160	...
* Weibliche Arbeiter	"	3 516	3 632	3 559	3 573	3 608	3 663	3 648	3 646	...
darunter Hilfsarbeiterinnen	"	3 229	3 392	3 271	3 341	3 370	3 429	3 397	3 402	...
* Bruttostundenverdienst insgesamt	"	28,20	28,83	28,39	28,63	28,74	28,96	28,88	28,95	...
* Männliche Arbeiter	"	29,10	29,75	29,27	29,56	29,65	29,88	29,80	29,93	...
darunter Facharbeiter	"	31,27	31,99	31,47	31,81	31,87	32,18	31,98	32,17	...
* Weibliche Arbeiter	"	21,99	22,48	22,21	22,28	22,36	22,60	22,53	22,50	...
darunter Hilfsarbeiterinnen	"	19,98	20,77	20,17	20,62	20,69	20,91	20,77	20,75	...
Angestelltenverdienste (Bruttomonatsverdienste)										
* im Produzierenden Gewerbe	"	6 715	6 845	6 763	6 755	6 800	6 859	6 900	6 921	...
* kaufmännische Angestellte	"	6 329	6 504	6 383	6 407	6 472	6 512	6 560	6 548	...
* männliche Angestellte	"	7 222	7 428	7 281	7 336	7 392	7 434	7 486	7 441	...
* weibliche Angestellte	"	5 252	5 355	5 291	5 262	5 318	5 370	5 404	5 440	...
* technische Angestellte	"	7 052	7 151	7 095	7 064	7 094	7 173	7 205	7 253	...
* männliche Angestellte	"	7 204	7 304	7 242	7 206	7 242	7 331	7 364	7 409	...
* weibliche Angestellte	"	5 590	5 753	5 655	5 729	5 706	5 751	5 795	5 857	...
* in Handel, Kredit- u. Versicherungsgewerbe ⁸⁾ insgesamt	"	5 588	5 742	5 616	5 628	5 731	5 732	5 805	5 865	...
* kaufmännische Angestellte	"	5 613	5 770	5 634	5 657	5 766	5 760	5 829	5 902	...
* männliche Angestellte	"	6 254	6 422	6 280	6 332	6 424	6 393	6 482	6 587	...
* weibliche Angestellte	"	4 808	4 931	4 820	4 811	4 919	4 937	4 985	5 033	...

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Einschl. Gewerbesteuerumlage. — 2) Vor Zerlegung. — 3) Einschl. Zoll-Euro. — 4) Vierteljahresdurchschnitte. — 5) Und steuerähnliche Einnahmen. — 6) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Januar, April, Juli und Oktober. — 7) Neuer Berichtskreis im Bereich des Produzierenden Gewerbes. — 8) Sowie bei Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern.

Hessische Gemeinde- statistik 2000



Printversion:

Umfang: IXX und 186 Seiten
Format: DIN A 4
Einband: kartoniert
Preis: 24,00 DM
(zuzügl. Versandkosten)

Diskettenversion:

Excel 97-Format
Preis: 24,00 DM
(zuzügl. Versandkosten)



Die Ausgabe 2000 der jährlich herausgegebenen „Hessischen Gemeindestatistik“ enthält nach Vorbemerkungen und begrifflichen Erläuterungen insgesamt 286 Merkmale für jede hessische Gemeinde, und zwar aus den Bereichen:

Gebiet und Bevölkerung

Fläche am 1.1.1999 — Wohnbevölkerung insgesamt sowie deutsche und nichtdeutsche Bevölkerung am 31.12.1999 — Natürliche Bevölkerungsbewegung und Wanderungsbewegung 1999

Beschäftigung

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer insgesamt, beschäftigte ausländische Arbeitnehmer und Beschäftigte in beruflicher Ausbildung am 30.6.1998

Landwirtschaft

Landwirtschaftliche Betriebe im Mai 1999 nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche — Bodennutzung in den landwirtschaftlichen Betrieben 1999 — Rindvieh- und Schweinehaltung am 3.12.1999 — Flächennutzung 1997

Verarbeitendes Gewerbe

Betriebe und Beschäftigte im September 1999 nach Hauptgruppen

Bauwirtschaft

Bauhauptgewerbe im Juni 1999 — Baugenehmigungen und Baufertigstellungen 1999, Bestand an Wohnungen und Wohngebäuden am 31.12.1999

Verkehr

Fremdenverkehr und Straßenverkehrsunfälle 1999

Finanzen und Steuern

U. a. Einnahmen, Ausgaben, Schuldenstand und -tilgung, Steuereinnahmen, Realsteueraufbringungskraft und Realsteuerhebesätze 1999 — Finanzausgleich 1999 — Personalstand am 30.6.1999 — Ergebnisse der Lohn- und Einkommensteuerstatistik 1995 sowie der Umsatzsteuerstatistik 1998

Sämtliche Daten sind auch für das Land Hessen, für die Landkreise und die Regierungsbezirke sowie für den Umlandverband Frankfurt, den Rhein-Main-Ballungsraum und den Zweckverband Raum Kassel nachgewiesen. Ein alphabetisches Verzeichnis der Gemeinden erleichtert die Benutzung.

W 86

Zu beziehen über den Buchhandel oder direkt vom

Hessischen Statistischen Landesamt, 65175 Wiesbaden

Telefon: 0611/3802-951 • Fax: 0611/3802-992

E-Mail: vertrieb@hsl.de • Internet: www.hsl.de

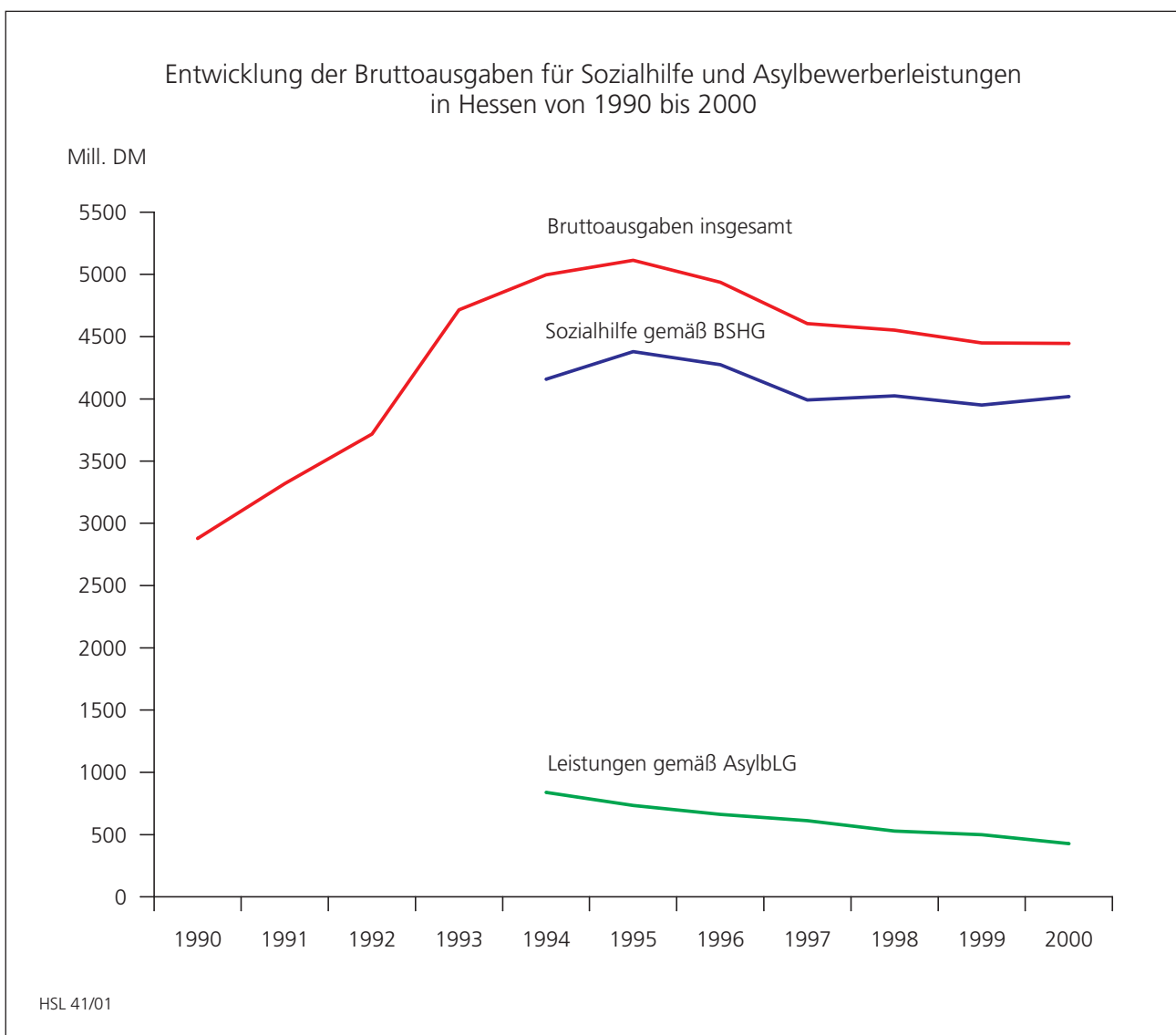
Staat und Wirtschaft in Hessen

Berichte und Informationen aus der Landesstatistik

7 · 01

56. Jahrgang

Hessisches Statistisches Landesamt



Ausgaben für Sozialhilfe und Asylbewerber in Hessen 2000

Die seit 1996 zu beobachtende Abnahme der Bruttoausgaben für Sozialhilfe und Leistungen an Asylbewerber in Hessen ist im Jahr 2000 fast zum Stillstand gekommen. Die Aufwendungen für beide Teilbereiche zusammen lagen nahezu unverändert bei 4,45 Mrd. DM und sind in den letzten fünf Jahren um fast 670 Mill. DM gesunken. Im Vergleich zu 1999 stand Minderausgaben in Höhe von 72 Mill. DM bei den Asylbewerberleistungen ein Mehraufwand bei der Sozialhilfe von 68 Mill. DM gegenüber. Gegenläufige Tendenzen waren auch zwischen einzelnen Hilfearten festzustellen, vor allem ein erneuter starker Anstieg der Ausgaben für die Eingliederungshilfe für Behinderte um 86 Mill. DM gegenüber einer Abnahme bei der Hilfe zum Lebensunterhalt um 69 Mill. DM. Demzufolge wird die Eingliederungshilfe für Behinderte zu einem immer gewichtigeren Kostenfaktor: 2000 wurde für sie mehr als jede dritte Mark des gesamten Sozialhilfeaufwands ausgegeben, vor sechs Jahren erst jede vierte. Auch bei der Krankenhilfe und der Hilfe zur Pflege waren diesmal wieder Mehrausgaben zu verzeichnen. Andererseits sind im zuletzt genannten Teilbereich die Einnahmen der Sozialhilfeträger durch Leistungen anderer Träger kräftig gestiegen, wodurch die Nettoausgaben für die Sozialhilfe insgesamt nur um 4,5 Mill. DM höher waren als 1999. Bei den Leistungen für Asylbewerber war sowohl brutto als auch netto ein Ausgaben-Rückgang um fast 15 % zu verzeichnen. Damit lag der Nettoaufwand für die Asylbewerber in Hessen nur noch knapp über 400 Mill. DM. Auf regionaler Ebene waren in beiden Bereichen nach wie vor teilweise erhebliche Unterschiede sowohl in der Kostenentwicklung als auch in der Belastung der örtlich zuständigen Träger festzustellen, wenngleich die Ausgaben für die Asylbewerber fast durchgängig niedriger waren als 1999. Während bei der Sozialhilfe unverändert im Wesentlichen die kreisfreien Städte stärker betroffen waren als die Landkreise, hat sich bei den Asylbewerberleistungen durch einen starken Kostenanstieg in zwei kreisfreien Städten und teilweise beträchtliche Abnahmen in den Landkreisen die Belastung zwischen diesen Verwaltungseinheiten in ihrem summarischen Durchschnitt weitgehend angeglichen.

Im letzten Jahrzehnt zwei Entwicklungsphasen

In Hessen war das letzte Jahrzehnt des vergangenen Jahrtausends bei den Sozialhilfeausgaben (einschl. der Leistungen für Asylbewerber) von zwei unterschiedlichen Entwicklungsphasen geprägt: Während in der ersten Hälfte der Neunzigerjahre vor allem durch die starke Zuwanderungswelle infolge des Zusammenbruchs der kommunistischen Regime in Osteuropa und der Krise auf dem Balkan die Gesamtkosten mit einer Zunahme um deutlich über 2 Mrd. DM oder fast 78 % auf mehr als 5 Mrd. DM geradezu explodierten, war danach ein leichter Abschwung festzustellen, der jedoch im Jahr 2000 weitgehend zum Stillstand gekommen ist (vgl. Schaubild auf Seite 217). So wurden für Sozialhilfe und Leistungen an Asylbewerber zusammen nahezu unverändert 4,45 Mrd. DM ausgegeben. Der Bruttoaufwand für die Leistungen an Empfänger beider Teilbereiche lag um lediglich 4 Mill. DM niedriger als im Jahr 1999. Demgegenüber waren in den Jahren 1996 und 1997 die Aufwendungen — hauptsächlich durch erstmalige Leistungen der neuen Pflegeversicherung — im Jahresvergleich um 177 Mill. DM bzw. sogar um 333 Mill. DM, also um 3,5 bzw. fast 7 %, gesunken. Über den gesamten Zeitraum von fünf Jahren hin haben sie sich seit dem Höchststand im Jahr 1995 um 668 Mill. DM oder 13 % verringert. Von diesem Rückgang entfielen

361 Mill. DM auf Zahlungen nach dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG) und 307 Mill. DM auf solche nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG). Bei Letzteren hat es übrigens seit dem getrennten Nachweis ab 1994¹⁾ alljährlich Einsparungen gegeben, die im Jahr 2000 durch einen verminderten Zustrom von Asylbewerbern und die Rückkehr von Bürgerkriegsflüchtlingen in ihre Heimat mit fast 15 % besonders hoch ausfielen. Die erneute Abnahme um diesmal über 72 Mill. DM hat dazu geführt, dass sich die Ausgaben nach dem AsylbLG in sechs Jahren von 840 auf 427 Mill. DM annähernd halbiert haben.

Nicht so gleichmäßig verlief die Entwicklung der Sozialhilfeausgaben im engeren Sinne: Zunächst hatte es hier im Jahr 1995 nochmals einen Anstieg um über 220 Mill. DM oder gut 5 % auf fast 4,4 Mrd. DM gegeben. Danach waren die Ausgaben von diesem Höchstbetrag aus bis 1999 um insgesamt 430 Mill. DM gesunken, um nun im Jahr 2000 wieder leicht zuzulegen. Trotz dieses Zuwachses um 68 Mill. DM oder knapp 2 % haben sich die Bruttoausgaben seit 1995 um insgesamt über 8 % verringert. Ausschlaggebend dafür war hauptsächlich, dass — bei Kostensteigerungen bei einer Reihe von Hilfearten — durch die Leistungen der Pflegeversicherung eine große Zahl Pflegebedürftiger nicht mehr oder in geringerem Umfang als zuvor auf die *Hilfe zur Pflege*, eine der Hilfen in besonderen Lebenslagen (HbL), angewiesen war. Während nämlich für sie 1994 noch fast 1,3 Mrd. DM aufgebracht werden mussten, gab es inzwischen einen Minderbedarf von über 700 Mill. DM. Weiteres Einsparpotenzial in diesem Teilbereich scheint jedoch, wie nachste-

¹⁾ Im Rahmen des „Föderalen Konsolidierungsprogramms“ wurde Mitte 1993 das BSHG novelliert; für die Leistungen an Asylbewerber, die zuvor Sozialhilfe bezogen hatten, wurde eine getrennte Rechtsgrundlage geschaffen, die auch eine eigenständige Asylbewerberleistungsstatistik umfasste. Vgl. dazu im Einzelnen „Zur Neuordnung der Sozialhilfestatistiken und zur Einführung der Asylbewerberleistungsstatistik“, Staat und Wirtschaft in Hessen, 49. Jahrg., Heft 11, November 1994, S. 338 ff.

hend bei der Beschreibung der kurzfristigen Entwicklung noch gezeigt wird, vor allem aus demografischen Gründen kaum noch vorhanden.

Hilfe zum Lebensunterhalt erneut rückläufig

Eine etwas günstigere Perspektive bot sich in den letzten beiden Jahren bei der **Hilfe zum Lebensunterhalt** (HLU), der so genannten „klassischen“ Sozialhilfe (früher „Fürsorge“), weil hier eine ganz offensichtliche Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Lage zu erkennen ist. Ihre in Hessen positive Entwicklung hat zu einer gesunkenen Arbeitslosenzahl und damit zu einer gewissen Entspannung bei den Sozialhilfeausgaben beigetragen²⁾. Die bisher im laufenden Jahr ebenfalls — wenngleich in geringerem Maße als noch 2000 — rückläufigen Arbeitslosenzahlen lassen auf eine weitere Entlastung der Kommunen hoffen, zumindest was den Bereich der HLU betrifft. Schon 1999 waren innerhalb der HLU die

2) Ende 2000 wurden mit 45 500 rund 9200 oder 17 % weniger arbeitslos gemeldete HLU-Empfänger gezählt als ein Jahr zuvor; damals hatte der Rückgang bei gut 2600 oder knapp 5 % gelegen.

3) Über die Sozialhilfeempfänger in Hessen im Jahr 2000 wird in einem der nächsten Hefte dieser Zeitschrift im Einzelnen berichtet.

Bruttoausgaben der Sozialhilfe in Hessen 2000 nach Hilfearten

Hilfeart	Ausgaben für Hilfeleistungen an Berechtigte		Zu- bzw. Abnahme (-) ¹⁾
	Mill. DM	%	
Hilfe zum Lebensunterhalt	1 747,3	43,5	- 3,8
darunter in Form von Hilfe zur Arbeit	187,3	4,7	- 0,8
Hilfe in besonderen Lebenslagen	2 271,4	56,5	6,4
davon			
Hilfe zur Pflege	607,4	15,1	8,1
davon			
ambulant	89,3	2,2	4,6
teilstationär	3,9	0,1	- 11,4
vollstationär	514,2	12,8	8,9
Eingliederungshilfe für Behinderte	1 380,8	34,4	6,6
darunter			
ärztl. Behandlung, Körperersatzstücke ²⁾	32,9	0,8	- 6,8
heilpädagogische Maßnahmen f. Kinder	122,1	3,0	- 5,8
Hilfe zu angemessener Schulbildung	109,7	2,7	6,7
Beschäftigung i. Werkstatt f. Behinderte	301,4	7,5	4,3
Suchtkrankenhilfe	69,8	1,7	- 3,5
sonstige Eingliederungshilfe	740,8	18,4	12,2
Krankenhilfe ³⁾	229,8	5,7	1,8
sonst. Hilfen in besonderen Lebenslagen	53,4	1,3	4,1
darunter			
Hilfe zur Weiterführung des Haushalts	2,5	0,1	- 13,8
Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten	43,0	1,1	3,4
Altenhilfe	2,0	0,0	11,1
Insgesamt	4 018,7	100	1,7
davon			
außerhalb von Einrichtungen	2 100,1	52,3	- 0,6
in Einrichtungen	1 918,6	47,7	4,4

1) Gegenüber dem Vorjahr. — 2) Sowie Hilfsmittel. — 3) Einschl. Hilfe bei Schwangerschaft oder bei Sterilisation sowie Hilfe zur Familienplanung.

laufenden Leistungen um 96 Mill. DM, also reichlich 6 %, gegenüber 1998 zurückgegangen und hatten damit — trotz zusätzlicher Ausgaben für die Hilfe zur Arbeit in einem Umfang von 11 Mill. DM — sogar für eine Abnahme des Sozialhilfeaufwands insgesamt gesorgt.

Zwar waren im Jahr 2000 bei allen Hilfearten innerhalb der HLU Abnahmen in unterschiedlicher Höhe zu verzeichnen, doch summierten sie sich auf „lediglich“ 69 Mill. DM, was im Vergleich zum Vorjahr eine um 25 Mill. DM geringere Entlastung bedeutete. Die insgesamt für HLU-Leistungen gezahlten 1,75 Mrd. DM stellten zudem gegenüber 1994 immer noch einen Zuwachs von 150 Mill. DM oder 9 % dar. Außerdem wurde die Gesamtbilanz dadurch deutlich getrübt, dass die Minderausgaben bei der HLU gegenüber 1999 bei Weitem nicht ausreichten, um den starken Kostenanstieg bei der Hilfe in besonderen Lebenslagen als der anderen Haupthilfeart um insgesamt 137 Mill. DM oder reichlich 6 % auszugleichen. Entscheidend dafür war, dass — anders als in den Vorjahren — bei sämtlichen wesentlichen Hilfearten der HbL Ausgabenzuwächse gemeldet wurden. Relativ am geringsten waren sie mit knapp 2 % in der Krankenhilfe, die im Wesentlichen den nicht krankenversicherten Personen zugute kommt, aber schon mehr als doppelt so hoch bei den „sonstigen“ Hilfen in besonderen Lebenslagen. In diesen Fällen handelte es sich jedoch um relativ geringe Mehrbeträge, die mit einer Höhe von 4 bzw. 2 Mill. DM kaum Auswirkungen auf die Gesamtkosten hatten.

Bei der Hilfe zur Pflege sah dies schon etwas anders aus: Gegenüber 1999 sind die Bruttoausgaben für sie um fast 46 Mill. DM oder 8 % auf 607 Mill. DM angestiegen, hauptsächlich für vollstationäre Hilfen. Ob dafür Kostensteigerungen für die Unterbringung in den Pflegeeinrichtungen oder eine größere Anzahl betroffener Personen ausschlaggebend waren, wird sich erst durch die Empfängerstatistik näher klären lassen³⁾. Die demografische Entwicklung und — was weiter unten noch beschrieben wird — ein kräftiger Zuwachs bei den Einnahmen durch Leistungen anderer Träger, hier speziell der Pflege- oder der Rentenversicherung, sprechen eher für die zweite Möglichkeit.

Eingliederungshilfe für Behinderte weiter stark gestiegen

Der größte Anteil der zusätzlichen Ausgaben im Jahr 2000 entfiel — bei einer Steigerungsrate von knapp 7 % — mit einem Betrag von nahezu 86 Mill. DM auf die Eingliederungshilfe für Behinderte. Schon in den Vorjahren hatte es hier Mehrausgaben in Höhe von 74 bzw. 31 Mill. DM gegeben. Damit wird die Eingliederungshilfe für Behinderte zu einem immer gewichtigeren Kostenfaktor in der Sozialhilfe. Mit zuletzt fast 1,4 Mrd. DM wurde bereits mehr als jede dritte Mark der Gesamtkosten für sie ausgegeben gegenüber erst jeder vierten im Jahr 1994. Dabei wurden innerhalb dieser

Einnahmen der Sozialhilfe in Hessen 2000 nach Einnahmearten

Einnahmeart	Einnahmen		Zu- bzw. Abnahme (-) ¹⁾
	Mill. DM	%	
Kostenbeiträge und Aufwendungsersatz ²⁾	65,9	13,0	- 12,9
Übergeleitete Unterhaltsansprüche ³⁾	64,7	12,8	43,5
Leistungen von Sozialleistungsträgern	322,6	63,6	23,2
Sonstige Ersatzleistungen	33,2	6,5	- 15,7
Rückzahlung gewährter Hilfen	21,0	4,1	- 1,4
I n s g e s a m t	507,4	100	14,4
davon			
außerhalb von Einrichtungen	185,6	36,6	- 2,1
in Einrichtungen	321,7	63,4	26,6

1) Gegenüber dem Vorjahr. — 2) Sowie Kostenersatz. — 3) Gegen bürgerlich-rechtlich Unterhaltsverpflichtete.

Hilfeart diesmal für ärztliche Behandlung, Körperersatzstücke und Hilfsmittel, für heilpädagogische Maßnahmen für Kinder sowie für Suchtkrankenhilfe zusammen sogar 12 Mill. DM weniger aufgewendet als 1999.

Analog zur Entwicklung bei HLU und HbL haben sich auch die Ausgaben für Leistungsberechtigte außerhalb von bzw. in Einrichtungen verändert. Für die zuerst genannte Gruppe gab es Minderausgaben in Höhe von 13 Mill. DM, sodass für sie noch 2,1 Mrd. DM zu zahlen waren. Für die in Einrichtungen lebenden Personen mussten dagegen fast 82 Mill. DM oder reichlich 4 % mehr ausgegeben werden als 1999. Dennoch blieb der Anteil der Ausgaben für Empfänger in Einrichtungen immer noch deutlich unter der Hälfte der Gesamtkosten. Bevor Mitte der Achtzigerjahre die Zuwanderung von Asylbewerbern und Flüchtlingen zu einer kräftigen Verschiebung geführt hatte, hatte dieser Anteil fast immer bei 60 % oder mehr gelegen, weil vor allem die damals noch viel umfangreichere Hilfe zur Pflege überwiegend Personen in Einrichtungen zugute gekommen war.

64 Mill. DM mehr an Einnahmen

Gerade im Zusammenhang mit der Hilfe zur Pflege ist es von Bedeutung, dass ein Teil der Sozialhilfeausgaben durch Einnahmen gedeckt wird, die in erster Linie aus Leistungen durch andere Sozialleistungsträger bestehen, im Übrigen aus Kostenbeiträgen/Kostenersatz, übergeleiteten Unterhaltsansprüchen, sonstigen Ersatzleistungen sowie der Rückzahlung gewährter Hilfen. Die Einnahmen dieser Art betrugen 2000 landesweit insgesamt über 507 Mill. DM; damit sind sie um fast 64 Mill. DM oder über 14 % gestiegen, nachdem sie in den Vorjahren noch um 9 bzw. sogar 14 % zurückgegangen waren. Allein von anderen Sozialleistungsträgern wurden gegenüber 1999 fast 61 Mill. DM oder 23 % mehr eingenommen. Fast doppelt so hoch war die Zuwachsrate bei den Einnahmen aus übergeleiteten Unterhaltsansprüchen gegen bürgerlich-rechtlich Unterhaltsverpflichtete

mit einem Mehrbetrag von knapp 20 Mill. DM. Rückläufig waren dagegen die anderen Einnahmearten um zusammen 16 Mill. DM. Die Mehreinnahmen entfielen in fast gleicher Höhe, nämlich mit 36 bzw. 35 Mill. DM, auf die Leistungsbereiche Hilfe zur Pflege und Eingliederungshilfe für Behinderte, während bei der Hilfe zum Lebensunterhalt rund 6 Mill. DM weniger eingenommen wurden als 1999. Bei den übrigen Hilfen in besonderen Lebenslagen wurden etwas geringere Einnahmen verbucht als im Vorjahr.

Durch die Einnahmensteigerung hat sich bei der Hilfe zur Pflege der Deckungsgrad, gemessen an den Bruttoausgaben, auf deutlich über 30 % erhöht. Er liegt wesentlich über dem der anderen Leistungsbereiche, wie beispielsweise knapp 11 % bei der Hilfe zum Lebensunterhalt oder sogar weniger als 2 % bei der Krankenhilfe. Im Durchschnitt der gesamten Sozialhilfe ist der Deckungsgrad durch die erzielten Einnahmen immerhin wieder von 11 % auf fast 13 % gestiegen. Allerdings reichten — anders als im Vorjahr — die Mehreinnahmen im Jahr 2000 nicht ganz dazu aus, die Mehrausgaben zu kompensieren: Die Nettoausgaben stiegen somit ebenfalls, wenn auch nur minimal um 4,5 Mill. DM, während sie im Jahr davor noch um 30 Mill. DM oder knapp 1 % gesunken waren.

405 Mill. DM netto für Asylbewerber

Vor allem die weitere Entspannung der Lage auf dem Balkan und die Heimkehr von dortigen Bürgerkriegsflüchtlingen dürften zur erneuten Entlastung bei den Bruttoausgaben nach dem Asylbewerberleistungsgesetz geführt haben. Sie

Ausgaben an Leistungsberechtigte und Einnahmen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz in Hessen 2000 nach Arten

Ausgaben nach Hilfearten — Einnahmen nach Einnahmearten — Reine Ausgaben	Beiträge		Veränderung ¹⁾
	1000 DM	%	
Ausgaben i n s g e s a m t	427 002,1	100	- 14,5
davon für			
Leistungen in besonderen Fällen	69 336,1	16,2	.
Hilfe zum Lebensunterhalt	63 901,9	15,0	.
Hilfe in besonderen Lebenslagen	5 434,2	1,3	.
Grundleistungen	266 436,3	62,4	.
Leistungen bei Krankheit ²⁾	80 692,1	18,9	- 10,2
sonstige Leistungen ³⁾	10 537,7	2,5	- 28,2
Einnahmen i n s g e s a m t	22 328,1	5,2	- 11,0
davon			
Kostenbeiträge und Aufwandsersatz ⁴⁾	6 089,2	1,4	- 11,9
übergeleitete Unterhaltsansprüche ⁵⁾	2 896,4	0,7	20,8
Leistungen von Sozialleistungsträgern	13 342,5	3,1	- 15,4
Reine Ausgaben	404 674,0	94,8	- 14,7
davon			
in Einrichtungen	89 689,7	22,2	- 16,7
außerhalb von Einrichtungen	314 984,3	77,8	- 14,1

1) Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber 1999. — 2) Sowie Schwangerschaft und Geburt. — 3) Einschl. Leistungen für Arbeitsgelegenheiten. — 4) Einschl. Kostenersatz oder Rückzahlung gewährter Hilfen. — 5) Gegen bürgerlich-rechtlich Unterhaltsverpflichtete sowie sonstige Ersatzleistungen.

fiel mit einem Rückgang um 72 Mill. DM oder reichlich 14 % deutlich höher aus als im Vorjahr (29 Mill. DM bzw. 5 %), obwohl seit Juni 2000 für schon länger hier lebende Asylbewerber wieder die höheren „Leistungen in besonderen Fällen“ gewährt werden konnten. Trotz der nur siebenmonatigen Gewährungsdauer dieser an das BSHG angelehnten Leistungen entfiel bereits knapp ein Sechstel der Bruttoausgaben auf sie. Gut drei Fünftel wurden für Grundleistungen, knapp ein Fünftel für Leistungen bei Krankheit gezahlt. Ein Vergleich der einzelnen Leistungsbereiche mit 1999 ist wegen der Änderung der Rechtslage nicht oder nur eingeschränkt möglich.

Lediglich 22 Mill. DM, also wie in den Vorjahren etwa 5 % aller Ausgaben nach dem AsylbLG, waren durch Einnahmen abgedeckt; sie bestanden zu drei Fünfteln aus Leistungen anderer Sozialleistungsträger, zu 27 % aus Kostenbeiträgen (einschl. Kostenersatz oder Rückzahlung gewährter Hilfen)

und zu 13 % aus übergeleiteten Ansprüchen gegen Unterhaltsverpflichtete oder sonstigen Ersatzleistungen. Nur im zuletzt genannten Bereich sind sie gegenüber 1999 gestiegen, und zwar recht kräftig um ein Fünftel. Insgesamt haben sich die Einnahmen um fast 3 Mill. DM oder 11 % reduziert, sodass die reinen Ausgaben auf unter 405 Mill. DM gesunken sind. Dabei war der Rückgang der Nettoausgaben für Empfänger in Einrichtungen, die im Vorjahr noch um 8 Mill. DM gestiegen waren, mit einem Minus von 18 Mill. DM relativ noch stärker als bei den Empfängern außerhalb von Einrichtungen (– 51,5 Mill. DM). Für die letztgenannte Personengruppe wurden somit noch 315 Mill. DM aufgebracht, über drei Viertel der gesamten Nettoausgaben.

Regionale Unterschiede bleiben bestehen

Sowohl bei den Sozialhilfeausgaben als auch bei den Leistungen für Asylbewerber waren nach wie vor erhebliche Un-

Sozialhilfeaufwand in Hessen 2000 nach Trägern und nach ausgewählten Hilfearten

Träger	Bruttoausgaben	Einnahmen		Reine Ausgaben			darunter für					
		insgesamt	Anteil an den Bruttoausgaben	insgesamt	je Einwohner ¹⁾	Zu- bzw. Abnahme (–) ²⁾	Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen		Hilfe zur Pflege insgesamt ³⁾		Krankenhilfe insgesamt ⁴⁾	
							1000 DM	%	1000 DM	%	1000 DM	%
Darmstadt, St.	67 086,4	5 289,0	7,9	61 797,4	448	4,6	46 119,8	74,6	8 733,4	14,1	4 429,3	7,2
Frankfurt am Main, St.	558 962,6	90 349,9	16,2	468 612,7	726	– 5,5	273 050,8	58,3	105 363,9	22,5	63 048,3	13,5
Offenbach am Main, St.	101 864,9	6 888,1	6,8	94 976,8	811	– 5,5	72 381,8	76,2	9 978,3	10,5	8 480,5	8,9
Wiesbaden, St.	205 002,8	26 896,5	13,1	178 106,3	661	13,8	134 457,6	75,5	20 707,9	11,6	15 067,2	8,5
Bergstraße	58 638,4	6 464,5	11,0	52 173,9	198	– 0,3	37 806,0	72,5	7 035,4	13,5	5 218,2	10,0
Darmstadt-Dieburg	68 201,4	5 926,1	8,7	62 275,3	218	– 3,0	43 871,3	70,4	7 024,9	11,3	5 069,7	8,1
Groß-Gerau	75 902,8	14 129,8	18,6	61 773,0	248	– 13,2	43 534,6	70,5	6 477,0	10,5	6 076,0	9,8
Hochtaunuskreis	56 309,7	5 447,6	9,7	50 862,1	226	– 2,0	35 086,5	69,0	6 109,8	12,0	4 687,0	9,2
Main-Kinzig-Kreis	129 838,3	27 741,1	21,4	102 097,2	252	– 3,1	71 488,3	70,0	12 973,6	12,7	10 415,3	10,2
Main-Taunus-Kreis	53 825,0	4 646,8	8,6	49 178,1	224	4,7	31 414,5	63,9	7 629,1	15,5	3 928,7	8,0
Odenwaldkreis	19 342,1	3 278,6	17,0	16 063,5	162	– 8,0	12 141,3	75,6	1 841,3	11,5	1 010,7	6,3
Offenbach	89 741,2	7 225,7	8,1	82 515,5	247	0,3	59 194,7	71,7	10 657,2	12,9	8 370,1	10,1
Rheingau-Taunus-Kreis	50 726,4	6 270,8	12,4	44 455,7	241	– 2,9	28 459,4	64,0	6 880,5	15,5	3 708,9	8,3
Wetteraukreis	96 813,8	11 941,8	12,3	84 872,0	290	– 0,3	61 815,6	72,8	8 549,0	10,1	7 632,0	9,0
Reg.-Bez. Darmstadt	1 632 255,9	222 496,4	13,6	1 409 759,5	378	– 1,7	950 822,1	67,4	219 961,4	15,6	147 141,9	10,4
Gießen	107 684,4	8 098,2	7,5	99 586,2	394	– 1,0	77 118,0	77,4	8 277,0	8,3	7 773,8	7,8
Lahn-Dill-Kreis	76 402,9	7 120,5	9,3	69 282,3	264	11,2	45 720,9	66,0	9 322,7	13,5	5 675,7	8,2
Limburg-Weilburg	53 287,1	4 153,0	7,8	49 134,1	280	2,2	34 566,3	70,4	6 063,8	12,3	3 827,5	7,8
Marburg-Biedenkopf	86 533,0	6 610,4	7,6	79 922,6	316	– 2,3	56 352,0	70,5	11 054,4	13,8	4 204,6	5,3
Vogelsbergkreis	30 772,7	2 960,8	9,6	27 811,9	235	0,5	20 607,7	74,1	3 732,4	13,4	1 298,2	4,7
Reg.-Bez. Gießen	354 680,1	28 942,9	8,2	325 737,2	307	1,7	234 365,0	71,9	38 450,3	11,8	22 779,8	7,0
Kassel, St.	180 699,0	22 962,0	12,7	157 737,0	808	8,3	116 913,8	74,1	22 827,6	14,5	10 747,9	6,8
Fulda	69 281,7	7 269,2	10,5	62 012,5	285	1,4	45 731,3	73,7	7 291,7	11,8	4 964,6	8,0
Hersfeld-Rotenburg	39 962,7	2 684,5	6,7	37 278,2	285	– 7,4	26 185,7	70,2	5 053,2	13,6	3 615,6	9,7
Kassel	77 808,5	7 787,8	10,0	70 020,7	285	– 0,3	55 402,6	79,1	10 174,0	14,5	3 714,4	5,3
Schwalm-Eder-Kreis	57 019,0	5 155,4	9,0	51 863,6	268	1,9	41 755,0	80,5	3 950,6	7,6	2 964,0	5,7
Waldeck-Frankenberg	47 087,2	8 670,4	18,4	38 416,8	225	– 3,5	27 488,0	71,6	6 469,6	16,8	2 285,5	5,9
Werra-Meißner-Kreis	35 467,7	2 694,3	7,6	32 773,4	286	3,0	23 264,4	71,0	5 020,3	15,3	1 123,0	3,4
Reg.-Bez. Kassel	507 325,7	57 223,6	11,3	450 102,1	355	2,4	336 740,8	74,8	60 787,1	13,5	29 415,0	6,5
Überörtlicher Träger ⁵⁾	1 524 480,5	198 725,4	13,0	1 325 755,1	219	1,1	—	—	96 891,6	7,3	27 082,3	2,0
Hessen insgesamt	4 018 742,2	507 388,3	12,6	3 511 353,9	580	0,1	1 521 927,9	43,3	416 090,4	11,8	226 419,0	6,4
darunter												
kreisfreie Städte	1 113 615,8	152 385,6	13,7	961 230,1	704	0,4	642 923,7	66,9	167 611,2	17,4	101 773,2	10,6
Landkreise	1 380 645,9	156 277,3	11,3	1 224 368,7	261	– 1,0	879 004,2	71,8	151 587,6	12,4	97 563,5	8,0

1) Stand am 30. 6. 2000. — 2) Gegenüber 1999. — 3) In und außerhalb von Einrichtungen. — 4) Einschl. Hilfe bei Schwangerschaft oder bei Sterilisation und Hilfe zur Familienplanung. — 5) Landeswohlfahrtsverband.

terschiede zwischen den einzelnen Trägern hinsichtlich der Ausgabenentwicklung und der relativen Belastung festzustellen. Da sich der Grad der Kostendeckung durch Einnahmen bei der Sozialhilfe — teilweise durch unterschiedliches Vorgehen bei der haushaltsmäßigen Verbuchung — in den Verwaltungsbezirken zwischen knapp 7 (Landkreis Hersfeld-Rotenburg) und gut 21 % (Main-Kinzig-Kreis), im Asylbereich sogar zwischen 0,1 (Landkreis Limburg-Weilburg) und 24 % (Landkreis Hersfeld-Rotenburg) bewegte, wurden für die nachstehenden regionalen Betrachtungen die „reinen“ Ausgaben zu Grunde gelegt. Dabei können allerdings die überörtlichen Träger wegen ihrer besonderen Aufgabenstellung nur am Rande einbezogen werden. So hat der Landeswohlfahrtsverband (LWV) im Bereich der Sozialhilfe sein wichtigstes Betätigungsfeld in der Betreuung der Behinderten. Mit fast 1,2 Mrd. DM bestritt er allein über 92 % des gesamten Nettoaufwands der in der Regionaltabelle nicht ausgewiesenen „Eingliederungshilfe für Behinderte“ in Hessen und gab 88 % seines Sozialhilfeaufwands von netto über 1,3 Mrd. DM für diese Hilfeart aus. Trotz des nur relativ geringen Anstiegs seiner Ausgaben im letzten Jahr um 14 Mill. DM hatte der LWV seinen Anteil an den gesamten Nettoausgaben für Sozialhilfe im Land Hessen auf fast 38 % ausgedehnt, weil die örtlichen Träger, vor allem bei den HLU-Leistungen, zusammen gut 9 Mill. DM weniger ausgaben als 1999. Im Asylbereich sind die Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes lediglich für die kurzfristige Unterbringung und anschließende Verteilung der Asylbewerber auf die örtlichen Träger zuständig, wobei für diesen Zeitraum keine nennenswerten Einnahmen anfallen. Die rückläufige Zuwanderung hat aber dazu geführt, dass sich die Nettoausgaben in diesen Einrichtungen mehr als halbiert haben.

Bei den **Sozialhilfeausgaben** war — wie schon im Vorjahr — überwiegend ein Trend zur Entlastung der örtlichen Träger festzustellen, da in 15 der 26 Verwaltungsbezirke Minder Ausgaben verzeichnet wurden. Mit 13 % waren sie im Landkreis Groß-Gerau relativ am höchsten, aber auch im Odenwaldkreis und im Landkreis Hersfeld-Rotenburg sowie in den kreisfreien Städten Frankfurt und Offenbach am Main recht beträchtlich. Auf der anderen Seite gab es in elf Verwaltungsbezirken Zunahmen, die in der Landeshauptstadt Wiesbaden, im Lahn-Dill-Kreis und in der kreisfreien Stadt Kassel mit Steigerungsraten von 14, 11 und 8 % recht kräftig, ansonsten eher gering ausfielen. Bezogen auf die jeweiligen Einwohner war unverändert die Stadt Offenbach am Main am stärksten durch die Sozialhilfe belastet: 811 DM, immerhin über 50 DM weniger als im Vorjahr, hatte sie 2000 je Einwohner für Leistungen nach dem BSHG aufzubringen, dicht gefolgt allerdings von der Stadt Kassel mit nur drei Mark weniger. Die Belastung in der kreisfreien Stadt Darmstadt ist zwar auf fast 450 DM gestiegen, blieb aber deutlich unter dem Durchschnitt der kreisfreien Städte in Hessen. Andererseits waren in sämtlichen Landkreisen die Pro-Kopf-Ausgaben wesentlich niedriger als in den kreisfreien Städ-

ten. Sie bewegten sich zwischen Beträgen von unter (Odenwaldkreis) oder um 200 DM in einigen südhessischen Landkreisen sowie im Landkreis Waldeck-Frankenberg und knapp 400 DM im Landkreis Gießen. Dort hatte die Stadt Gießen einen entscheidenden Einfluss auf die Höhe dieses Betrags. Ähnliches gilt für die Stadt Marburg im Landkreis Marburg-Biedenkopf, der mehr als 300 DM je Einwohner für Sozialhilfe ausgab.

Die Anteile der verschiedenen Hilfearten an den Nettoausgaben streuten regional ebenfalls recht breit. So bewegte sich die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen als wichtigste Hilfeart der örtlichen Träger mit Anteilswerten zwischen unter 60 % in Frankfurt am Main und über 80 % im Schwalm-Eder-Kreis. Dass alle regionalen Werte über dem Landesdurchschnitt von gut 43 % lagen, ist dadurch bedingt, dass für diese Hilfeart vom überörtlichen Träger (LWV) keine Ausgaben gemel-

Leistungen für Asylbewerber in Hessen 2000 nach Trägern

Träger	Brutto- aus- gaben	Ein- nah- men	Reine Ausgaben		
			ins- gesamt	je Ein- woh- ner ¹⁾	Zu- bzw. Abnah- me (-) ²⁾
	1000 DM			DM	%
Darmstadt, St.	4 222,6	271,5	3 951,1	29	- 26,7
Frankfurt am Main, St.	36 838,8	2 083,0	34 755,8	54	- 11,1
Offenbach am Main, St.	6 050,3	520,2	5 530,1	47	39,5
Wiesbaden, St.	19 273,9	1 451,1	17 822,7	66	- 19,7
Bergstraße	29 962,0	649,2	29 312,8	112	3,1
Darmstadt-Dieburg	22 068,5	970,5	21 098,0	74	- 3,0
Groß-Gerau	11 325,6	747,9	10 577,7	43	- 16,3
Hochtaunuskreis	16 586,9	387,7	16 199,2	72	- 17,1
Main-Kinzig-Kreis	22 828,7	1 585,7	21 243,0	52	- 6,7
Main-Taunus-Kreis	18 829,0	432,7	18 396,3	84	- 11,4
Odenwaldkreis	3 601,1	552,8	3 048,3	31	- 20,0
Offenbach	29 368,2	1 478,2	27 889,9	84	0,6
Rheingau-Taunus-Kreis	12 580,0	466,8	12 113,3	66	- 22,2
Wetteraukreis	26 186,6	1 770,5	24 416,0	83	- 13,4
Reg.-Bez. Darmstadt	259 722,1	13 367,9	246 354,3	66	- 9,4
Gießen	13 947,0	691,1	13 256,0	52	- 16,3
Lahn-Dill-Kreis	17 454,0	616,7	16 837,3	64	- 8,2
Limburg-Weilburg	16 706,9	17,4	16 689,5	95	- 10,3
Marburg-Biedenkopf	17 257,8	981,3	16 276,5	64	- 14,6
Vogelsbergkreis	8 033,7	843,9	7 189,8	61	- 15,0
Reg.-Bez. Gießen	73 399,5	3 150,3	70 249,1	66	- 12,5
Kassel, St.	22 214,6	1 233,9	20 980,8	107	14,2
Fulda	9 490,2	311,3	9 179,0	42	- 29,9
Hersfeld-Rotenburg	4 612,4	1 105,5	3 506,9	27	- 51,0
Kassel	14 056,1	1 283,0	12 773,1	52	- 10,8
Schwalm-Eder-Kreis	10 205,5	737,3	9 468,2	49	- 21,5
Waldeck-Frankenberg	10 810,5	791,7	10 018,8	59	- 12,6
Werra-Meißner-Kreis	6 631,1	337,2	6 293,9	55	- 13,1
Reg.-Bez. Kassel	78 020,5	5 799,8	72 220,6	57	- 13,7
Überörtlicher Träger ³⁾	15 860,0	10,1	15 850,0	3	- 58,6
Hessen insgesamt	427 002,1	22 328,1	404 674,0	67	- 14,7
darunter					
kreisfreie Städte	88 600,2	5 559,7	83 040,5	61	- 6,7
Landkreise	322 541,8	16 758,3	305 783,5	65	- 11,8

1) Stand am 30. 6. 2000. — 2) Gegenüber 1999. — 3) Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes.

det wurden und daher der Durchschnitt entsprechend weit nach unten gedrückt wurde. Infolgedessen sind natürlich auch bei allen anderen Hilfearten die Anteilwerte für das Land insgesamt als Vergleichsbasis für die örtlichen Träger untauglich. Als Anhaltspunkte für Regionalvergleiche sind daher die Durchschnitte aus den Summen für die kreisfreien Städte oder die Landkreise besser geeignet, sofern man nicht einen Kreis mit ansonsten ähnlichen Größenverhältnissen oder Strukturdaten heranziehen kann. Unabhängig von diesen Überlegungen war überall der zweithöchste Einzelposten die Hilfe zur Pflege, deren Bandbreite zwischen rund 8 % im Schwalm-Eder-Kreis und im Landkreis Gießen sowie fast 23 % in Frankfurt am Main lag. Ebenso wie diese Hilfeart hat für die örtlichen Träger im Verhältnis zu ihrem Gesamtaufwand die Krankenhilfe nochmals leicht an Bedeutung gewonnen, für die durchschnittlich in den kreisfreien Städten knapp 11 %, in den Landkreisen 8 % des Sozialhilfeeats ausgegeben wurden. Im Einzelnen bewegten sich die Anteile zwischen Werten von weniger als 4 % im Werra-Meißner-Kreis und über 13 % in Frankfurt am Main. In einigen Landkreisen, nämlich Marburg-Biedenkopf, Main-Taunus-Kreis, Vogelsbergkreis und Werra-Meißner-Kreis, war die Eingliederungshilfe für Behinderte sogar noch kostenträchtiger als die Krankenhilfe; im Durchschnitt entfielen auf sie in den Landkreisen aber nur 5 %, in den kreisfreien Städten sogar lediglich 3 % des Nettoaufwands.

4) Die Kosten werden durch das Land in Form von regional gestaffelten Pauschalbeträgen erstattet.

Die Nettoaussgaben für *Leistungen an Asylbewerber* sind im Vergleich zu 1999 in fast allen hessischen Verwaltungsbezirken nochmals deutlich gesunken, und zwar um Werte zwischen 3 % im Landkreis Darmstadt-Dieburg und über 50 % im Landkreis Hersfeld-Rotenburg. Ausnahmen davon gab es erneut in den beiden kreisfreien Städten Offenbach am Main und Kassel mit gemeldeten Mehrausgaben von fast 40 bzw. 14 % sowie mit geringen Steigerungen in den Landkreisen Bergstraße und Offenbach. Aus diesem Grund wurde im Durchschnitt der kreisfreien Städte mit weniger als 7 % eine deutlich geringere Abnahme ermittelt als bei den Landkreisen mit fast 12 %. Letztere waren aber weiterhin — anders als bei der Sozialhilfe — durch die Aufnahme von Asylbewerbern relativ stärker betroffen als die kreisfreien Städte⁴⁾. Das spiegelt sich auch bei den durchschnittlichen Nettoaussgaben je Einwohner in Höhe von 65 DM in den Landkreisen und 61 DM in den kreisfreien Städten wider. Sie lagen damit um 9 bzw. um 4 DM niedriger als im Vorjahr. Der Landkreis Bergstraße und die kreisfreie Stadt Kassel wiesen mit Beträgen von jeweils rund 110 DM je Einwohner die relativ höchsten Kosten auf, gefolgt vom Landkreis Limburg-Weilburg mit 95 DM. Relativ am niedrigsten waren dagegen die Kosten in der kreisfreien Stadt Darmstadt, im Landkreis Hersfeld-Rotenburg und im Odenwaldkreis mit jeweils rund 30 DM. Zusammen hatten die Landkreise reine Ausgaben in Höhe von fast 306 Mill. DM; das waren drei Viertel aller Ausgaben für Asylbewerber in Hessen. Die fünf kreisfreien Städte brachten dagegen zusammen netto 83 Mill. DM auf, von denen mit fast 35 Mill. DM mehr als zwei Fünftel allein auf Frankfurt am Main entfielen. □

Das Unternehmensregister als Erhebungersatz

*Der Gesetzgeber plant, ab 2003 die Kleinbetriebserhebung (KB) im Verarbeitenden Gewerbe, die jährlich im September bei allen industriellen Kleinbetrieben mit weniger als 20 Beschäftigten durchgeführt wird, zu streichen. Die Informationen, die bis zu diesem Zeitpunkt durch diese Primärerhebung bereitgestellt wurden, sollen zukünftig aus dem Unternehmensregister (URS) genommen werden. Dies bedeutet, dass für Kleinbetriebe einerseits Angaben zu den Merkmalen Beschäftigte und Vorjahresumsatz im URS vorhanden sein müssen. Andererseits werden anhand der Angaben für die tätigen Personen die so genannten „Aufsteiger“ bestimmt. Das sind Betriebe, die im Januar des darauffolgenden Jahres neu in den Berichtskreis des Monatsberichts (MB) für Betriebe im Produzierenden Gewerbe mit 20 oder mehr Beschäftigten aufgenommen werden. Die vorliegende Untersuchung zeigt für das Jahr 1998, dass das URS hinsichtlich der **Beschäftigten** und der **Vorjahresumsätze** die Primärerhebung mit Einschränkungen ersetzen könnte (bei den Beschäftigten beruhen diese Einschränkungen auf den unterschiedlichen Definitionen und Meldestichtagen, bei den Umsätzen wird ein vergleichsweise hoher Deckungsgrad erreicht); Verbesserungen für die kommenden Jahre zeichnen sich ab. Um zumindest drei Viertel der **Aufsteiger** des Jahres 1998 zu finden, wären in eine ersatzweise durchzuführende Umfrage zur statistischen Zuordnung Einheiten einzubeziehen, die nahezu ein Viertel des Erhebungsumfangs der bisherigen KB erreichen. Selbst über einen Zeitraum von fünf Jahren summiert bleiben die Informationsverluste für den MB bei den Beschäftigten und den Umsätzen im Promillebereich.*

Stand des URS

Nach dem vorläufigen Abschluss der Registerumfrage umfasst das URS knapp 266 000 Unternehmen und gut 24 000 Betriebe von Mehrbetriebs- oder Mehrländerunternehmen mit Sitz in Hessen. Neben den Ergebnissen aus verschiedenen Primärerhebungen sind im URS gegenwärtig für Unternehmen **Umsatzangaben** aus der Umsatzsteuervoranmeldung der Finanzbehörden (FB) für das Jahr **1997** verfügbar. Diese Angaben wurden übernommen, wenn beim früher durchgeführten Abgleich Paarigkeit zwischen der Adresse einer im URS gespeicherten Einheit und der eines Unternehmenssatzes der FB festgestellt wurde. Die unpaarigen Sätze der FB waren im Anschluss an den Abgleich in das URS neu aufgenommen worden. Weiterhin sind für Einbetriebsunternehmen und Betriebe von Mehrbetriebs- bzw. Mehrländerunternehmen Daten über **sozialversicherungspflichtig Beschäftigte** der Bundesanstalt für Arbeit (BA) für den **31.12.1998** gespeichert, soweit — im Anschluss an den FB-Abgleich — Paarigkeit zwischen der Adresse einer im URS gespeicherten Einheit und der eines Betriebssatzes der BA festgestellt wurde. Die unpaarigen Sätze der BA wurden ebenfalls im Anschluss an den Abgleich neu in das Register aufgenommen. Durch diese Verfahrensweise kamen neue Dubletten in das Register, die durch die im vergangenen Jahr durchgeführte Registerumfrage geklärt werden sollten. Einbezogen waren Einheiten des URS außerhalb des Gesundheitswesens und der Verbände, für die keine Umsatzsteuerangaben der FB gespeichert waren. Soweit die in die Registerumfrage einbezogenen Einheiten geantwortet haben, konnte das URS um Dubletten bereinigt werden. Durch die Umfrage wurden nämlich — soweit letztlich vorhanden — deren Umsatzsteuer- und deren BA-Nummer ermittelt. Daraufhin konnten doppelt vorhandene Einheiten identifiziert

und zusammengeführt werden. Weiterhin wurden auch Erkenntnisse über wirtschaftlich nicht mehr aktive Unternehmen oder Betriebe ins Register übernommen. Schließlich wurden anhand der Auskünfte auch die Zusammenhänge von Unternehmen innerhalb von Organschaften sowie zwischen Unternehmen und ihren Zweigniederlassungen, den Betrieben, geklärt.

Untersuchungsbereich

Der zeitliche Bezug dieser Untersuchung ist durch die gegenwärtig erstmals zu Umsatz und Beschäftigung gespeicherten Daten der FB von 1997 bzw. der BA zum 31.12.1998 festgelegt. Die Grenzen der Vergleichbarkeit von administrativen Daten mit den Erhebungsdaten der KB zeigt ein Blick auf die jeweilige Definition der Untersuchungsmerkmale. In der KB werden tätige Personen erfasst. Das sind neben dem Inhaber oder der Inhaberin unbezahlt mithelfende Familienangehörige, soweit sie mehr als ein Drittel der üblichen Arbeitszeit tätig sind, sowie die sozialversicherungspflichtigen Arbeitskräfte. Da die BA gegenwärtig nur die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am 31. Dezember eines Jahres liefert, müsste die Zahl der tätigen Personen aus der KB also grundsätzlich größer sein als die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten der BA. Die auf Grund der jahreszeitlichen Schwankungen der Beschäftigtenzahlen zu beobachtenden Differenzen zu den unterschiedlichen Stichtagen 30.9. (KB) bzw. 31.12. (BA) lassen sich nur schwer qualifizieren.

Die Definition des zweiten Untersuchungsmerkmals in der Erhebung, des Vorjahresumsatzes, stimmt mit der Umsatzdefinition aus der Umsatzsteuervoranmeldung der meldepflichtigen Unternehmen überein. Umsätze für Betriebe gibt es im URS allerdings nur dann, wenn es sich bei einem Be-

trieb um ein Einbetriebsunternehmen handelt. Für die Betriebe der Mehrbetriebs- bzw. Mehrländerunternehmen gibt es keine Umsatzangaben von den FB. Auch für Einbetriebsunternehmen, die Umsatzsteuerjahresmelder sind, gibt es keine Umsatzangaben, was bei der Gesamtsumme zu einer Unterrepräsentation führen kann.

In einem ersten Teil der Untersuchung wird der Frage nachgegangen, in welchem Umfang die im URS für Einbetriebsunternehmen gespeicherten Umsatzangaben der FB die Angaben des Vorjahresumsatzes aus der KB bzw. die Zahlen der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten für Betriebe die Beschäftigten aus der KB widerspiegeln, also sich mit diesen decken. In einem zweiten Teil werden die Aufsteiger aus der KB untersucht. Dabei ist es das Ziel, möglichst in Abhängigkeit von der Zahl der Beschäftigten der BA eine Teilmenge von Einheiten des URS festzulegen, die eine geeignete Basis für deren Auswahl bilden könnte. Bei diesen Einheiten handelt es sich um Einbetriebsunternehmen und Betriebe von Mehrbetriebs- bzw. Mehrländerunternehmen, sofern sie auf Grund ihrer wirtschaftssystematischen Zuordnung zum Verarbeitenden Gewerbe gehören, die — vereinfacht gesagt — nicht zum Monatsbericht im Produzierenden Gewerbe meldepflichtig sind. Um die Aufsteiger letztlich festlegen zu können, ist die Kenntnis der genauen Zahl der tätigen Personen erforderlich. Dazu werden diese Einheiten nach dem Wegfall der KB ersatzweise in die Umfrage zur statistischen Zuordnung einbezogen.

Die technische Basis der Untersuchung bilden die Einzelsätze aus den Kleinbetriebserhebungen für 1998 sowie ein Auszug aus dem URS. Er datiert von Mitte Mai 2001, nach dem vorläufigen Abschluss der Registerumfrage. Die im Zuge der Verarbeitung der Registerumfrage erfolgte Dublettenbereinigung ist abgeschlossen und die Unternehmenszusammenhänge sind bis auf den Austausch der Unternehmenssätze mit den anderen Ländern weitgehend geklärt.

Obwohl die Ergebnisse der Kleinbetriebserhebung 1998 nach Abschluss der Aufbereitungsarbeiten den entsprechenden Einheiten im URS zugespielt worden sind, erfolgte die Untersuchung außerhalb des URS, nicht zuletzt, weil entsprechende Auswertungsinstrumente dort nicht verfügbar sind. Die Einzelsätze aus der Erhebung wurden über die Identifikationsnummer der Registereinheiten mit dem Bestand aus dem URS verknüpft.

Deckung bei Umsatz und Beschäftigung vor der Registerumfrage

Im Jahr 1998 umfasste der Berichtskreis der Kleinbetriebserhebung 4793 Betriebe. Für diese Einheiten wurden 27 125 tätige Personen und 5079 Mill. DM Vorjahresumsatz ermittelt. Im Zuge der Registerbereinigung wurden in den vergangenen beiden Jahren vielfach Einheiten mit anderen zusammengeführt oder auch gelöscht, mit der Folge, dass vor der

Registerumfrage zu vier Betrieben und nach der Registerumfrage zu einem weiteren Betrieb aus der Erhebung 1998 keine Einheiten mehr im Register zugeordnet werden konnten oder nicht mehr vorhanden waren. Die verbleibenden 4788 Betriebe konnten mit den zugehörigen Einheiten im Register verknüpft werden, sie bilden die Basis der Betrachtungen für das Jahr 1998. Auf sie entfallen in der Primärerhebung 27 065 tätige Personen und 5067 Mill. DM Vorjahresumsatz. Vor der Registerumfrage gab es für 31 % dieser Betriebe weder Beschäftigtendaten der BA noch Umsatzangaben der FB. Diese Betriebe beschäftigten gut 13 % der tätigen Personen und erzielten knapp 10 % der Umsätze. Andererseits waren für 1765 (37 %) Betriebe der KB sowohl Angaben über sozialversicherungspflichtig Beschäftigte für 1998 als auch Umsatzangaben aus der Umsatzsteuervoranmeldung 1997 verfügbar. Eine wesentliche Verbesserung des Deckungsgrades der KB-Ergebnisse durch URS-Angaben brachte die Registerumfrage.

Stillgelegte oder erloschene Einheiten

Zu Beginn der Registerumfrage waren allerdings 398 Einheiten, d.h. jede Zwölfte, im Register als stillgelegt oder erloschen gekennzeichnet; sie nahmen an der Umfrage folglich nicht teil. Diese Zahl erhöhte sich im Verlauf der Erhebung auf 667 Einheiten; bei zwei Dritteln handelte es sich um Betriebe mit 1 oder 2 Beschäftigten. Am Ende war also gut jeder siebte Betrieb aus der KB 1998 nicht mehr wirtschaftlich tätig und im Register als stillgelegt oder erloschen gekennzeichnet. Deren Anteil an den tätigen Personen lag bei über 8 %, der des Vorjahresumsatzes bei 7 %. Für mehr als die Hälfte der nicht mehr wirtschaftlich aktiven Betriebe waren weder BA- noch FB-Daten verfügbar gewesen, und nur für ein knappes Viertel dieser Betriebe gab es Angaben von beiden Behörden.

Deckung der Beschäftigten und des Vorjahresumsatzes bei den aktiven Einheiten nach der Registerumfrage

Nach der Registerumfrage deckten — auf alle noch aktiven Betriebe der KB bezogen — die Angaben der BA über die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 64 % der tätigen Personen und die Umsatzangaben der FB von 1997 83 % der Vorjahresumsätze ab (Tabelle 1). Für 48 % der Betriebe gab es Angaben sowohl von der BA als auch von den FB. Auf sie entfielen 68 % der Beschäftigten der KB und 70 % des gesamten Vorjahresumsatzes. Die entsprechenden Beschäftigten aus der BA decken drei Viertel der Beschäftigten der KB ab, die Umsätze der FB liegen sogar um 3 % über den Umsätzen aus der Erhebung. Diese Ergebnisse legen den Schluss nahe, dass das URS in der Lage ist, *für diese Gruppe von Betrieben die Ergebnisse der Kleinbetriebserhebung zu ersetzen*: Die Differenz zu Lasten der BA-Beschäftigten erklärt sich einerseits aus der unterschiedlichen Definition der Beschäftigten, andererseits durch die jahreszeitlich be-

1. Aktive Betriebe der Kleinbetriebserhebung 1998 im URS¹⁾, nach der Registerumfrage

Art der Angabe	Betriebe der Kleinbetriebserhebung im URS ¹⁾								
	ohne BA ²⁾ -Beschäftigte und . . .			mit BA ²⁾ -Beschäftigten und . . .			ohne	mit	zu- sammen
	ohne	mit	zu- sammen	ohne	mit	zu- sammen	FB ³⁾ -Umsatz		
	FB ³⁾ -Umsatz			FB ³⁾ -Umsatz					
Anzahl	908	856	1 764	385	1 972	2 357	1 293	2 828	4 121
Anteil in %	22,0	20,8	42,8	9,3	47,9	57,2	31,4	68,6	100
Beschäftigte aus der KB ⁴⁾	1 723	2 605	4 328	3 519	16 943	20 462	5 242	19 548	24 790
Anteil in %	7,0	10,5	17,5	14,2	68,3	82,5	21,1	78,9	100
Beschäftigte der BA ²⁾	—	—	—	2 958	12 828	15 786	2 958	12 828	15 786
Anteil in %	—	—	—	18,7	81,3	100	18,7	81,3	100
Anteil der Beschäftigten der BA ²⁾ an den Beschäftigten aus der KB ⁴⁾ in %	—	—	—	84,1	75,7	77,1	56,4	65,6	63,7
Vorjahresumsatz aus der KB ⁴⁾ in 1000 DM	229 952	371 171	601 123	829 400	3 283 136	4 112 536	1 059 352	3 654 307	4 713 659
Anteil in %	4,9	7,9	12,8	17,6	69,7	87,2	22,5	77,5	100
Umsatz der FB ³⁾ 1997 in 1000 DM	—	511 800	511 800	—	3 376 931	3 376 931	—	3 888 731	3 888 731
Anteil in %	—	13,2	13,2	—	86,8	86,8	—	100	100
Anteil des Umsatz der FB ³⁾ am Umsatz aus der KB ⁴⁾ in %	—	137,9	85,1	—	102,9	82,1	—	106,4	82,5

1) URS steht für Unternehmensregister. — 2) BA steht für Bundesanstalt für Arbeit. — 3) FB steht für Finanzbehörden. — 4) KB steht für Kleinbetriebserhebung.

dingten Schwankungen der Beschäftigtenzahlen. Das höhere Umsatzergebnis der FB könnte durch die unterschiedlichen Meldewege und Verarbeitungsschritte bei den Statistikern und den FB bedingt sein.

Auf der anderen Seite gab es 2149 Betriebe, das sind immerhin 52 % aller im Jahr 2001 noch aktiven Betriebe der KB 1998, denen entweder keine BA- und/oder keine FB-Angaben zugeordnet werden konnten. Werden die im Rahmen der Registerumfrage neu hinzugekommenen Nummern einbezogen, dann schrumpft diese Zahl auf 1869 Einheiten oder 45 %. Damit wird es im Rahmen der jährlichen Fortschreibung voraussichtlich nur für 8 % aller aktiven Betriebe

der KB weder BA- noch FB-Angaben geben, auf die 1998 rund 3 % der Beschäftigten und 4 % des Vorjahresumsatzes entfallen. Bei diesen Einheiten handelt es sich überwiegend um Betriebe, die in der KB einen oder zwei Beschäftigte und einen Vorjahresumsatz von weniger als 37 500 DM (Grenze für die Umsatzsteuerpflicht) haben. Bei den hinzugekommenen 175 Einheiten, für die nur eine BA-Nummer existiert, handelt es sich um Nummern, die 1999 oder 2000 von der Bundesanstalt für Arbeit neu vergeben wurden, für die also erst im Rahmen der Fortschreibung für diese Jahre Daten anfallen können. Auf der Seite der Umsatzsteuer sind 677 Einheiten hinzugekommen, die zumindest eine Umsatzsteuer Nummer tragen. Dabei handelt es sich einerseits — ähnlich

2. Aktive Betriebe der Kleinbetriebserhebung 1998 im URS¹⁾, nach der Registerumfrage unter Berücksichtigung der neu hinzugekommenen Nummern der BA²⁾ bzw. der FB³⁾

Art der Angabe	Verknüpfte Einheiten des URS ¹⁾								
	ohne BA ²⁾ -Nummer und . . .			mit BA ²⁾ -Nummer und . . .			ohne	mit	zu- sammen
	ohne	mit	zu- sammen	ohne	mit	zu- sammen	Umsatzsteuer- nummer		
	Umsatzsteuer- nummer			Umsatzsteuer- nummer					
Anzahl	336	1 253	1 589	280	2 252	2 532	616	3 505	4 121
Anteil in %	8,2	30,4	38,6	6,8	54,6	61,4	14,9	85,1	100
Beschäftigte aus der KB ⁴⁾	779	3 093	3 872	2 751	18 167	20 918	3 530	21 260	24 790
Anteil in %	3,1	12,5	15,6	11,1	73,3	84,4	14,2	85,8	100
Beschäftigte der BA ²⁾	—	—	—	2 344	13 442	15 786	2 344	13 442	15 786
Anteil in %	—	—	—	14,8	85,2	100	14,8	85,2	100
Anteil der Beschäftigten der BA ²⁾ an den Beschäftigten aus der KB ⁴⁾ in %	—	—	—	85,2	74,0	75,5	66,4	63,2	63,7
Vorjahresumsatz aus der KB ⁴⁾ in 1000 DM	185 323	370 144	555 467	711 281	3 446 911	4 158 192	896 604	3 817 055	4 713 659
Anteil in %	3,9	7,9	11,8	15,1	73,1	88,2	19,0	81,0	100
Umsatz der FB ³⁾ 1997 in 1000 DM	—	491 247	491 247	—	3 397 484	3 397 484	—	3 888 731	3 888 731
Anteil in %	—	12,6	12,6	—	87,4	87,4	—	100	100
Anteil des Umsatz der FB ³⁾ am Umsatz aus der KB ⁴⁾ in %	—	132,7	88,4	—	98,6	81,7	—	101,9	82,5

1) URS steht für Unternehmensregister. — 2) BA steht für Bundesanstalt für Arbeit. — 3) FB steht für Finanzbehörden. — 4) KB steht für Kleinbetriebserhebung.

3. Betriebe der Kleinbetriebserhebung 1998 im URS¹⁾, nach Hauptgruppen

Hauptgruppe	Aktive Betriebe im URS ¹⁾					Inaktive Betriebe
	Anzahl	Beschäftigte aus der KB ²⁾	Beschäftigte der BA ³⁾	Vorjahresumsatz aus der KB ²⁾	Umsatz 1997 der FB ⁴⁾	Anzahl
				1000 DM		
Z u s a m m e n	4 121	24 790	15 786	4 713 656	3 888 731	667
Anteil der Hauptgruppen in %	100	100	100	100	100	100
Deckungsgrad ⁵⁾ in %	—	—	63,7	—	82,5	—
darunter						
Vorleistungsproduzenten	1 678	10 992	7 167	2 060 846	1 568 985	255
Anteil der Hauptgruppe in %	40,7	44,3	45,4	43,7	40,3	38,2
Deckungsgrad ⁵⁾ in %	—	—	65,2	—	76,1	—
Investitionsgüterproduzenten	666	5 103	3 592	1 042 539	1 000 465	99
Anteil der Hauptgruppe in %	16,2	20,6	22,8	22,1	25,7	14,8
Deckungsgrad ⁵⁾ in %	—	—	70,4	—	96,0	—
Gebrauchsgüterproduzenten	115	675	424	114 746	103 540	16
Anteil der Hauptgruppe in %	2,8	2,7	2,7	2,4	2,7	2,4
Deckungsgrad ⁵⁾ in %	—	—	62,8	—	90,2	—
Verbrauchsgüterproduzenten	1 662	8 020	4 603	1 495 525	1 215 741	297
Anteil der Hauptgruppe in %	40,3	32,4	29,2	31,7	31,3	44,5
Deckungsgrad ⁵⁾ in %	—	—	57,4	—	81,3	—

1) URS steht für Unternehmensregister. — 2) KB steht für Kleinbetriebserhebung. — 3) BA steht für Bundesanstalt für Arbeit. — 4) FB steht für Finanzbehörden. — 5) Bezogen auf den jeweiligen KB-Wert.

wie bei den BA-Nummern — um Umsatzsteuernummern, die nach 1997 neu vergeben wurden, und für die erst im Rahmen der zukünftigen Fortschreibung Daten anfallen. Andererseits kann es sich um die Umsatzsteuernummern von Jahresmeldern zur Umsatzsteuer handeln, für die es aus der Umsatzsteuervoranmeldung keine Daten gibt; (Tabelle 2). Mit den genannten Einschränkungen könnte für das Jahr 1998 die KB durch eine Auswertung des URS ersetzt werden.

Strukturen in den Hauptgruppen

In der Untergliederung nach Hauptgruppen zeigen sich teilweise deutliche Abweichungen von den durchschnittlichen Deckungsgraden (Tabelle 3). Die Vorleistungsproduzenten liegen beim Umsatz nur bei 76 % Deckung, gegenüber 83 % im Durchschnitt. Bei den Investitionsgüterproduzenten erreichen die Beschäftigten der BA mehr als 70 % der Werte aus der Erhebung, 7 Prozentpunkte mehr als im Durchschnitt. Beim Umsatz sind es sogar 96 %, 14 Prozentpunkte mehr als im Mittel aller Betriebe. In diesem Ergebnis spiegelt sich die mehr zu größeren Betrieben neigende Struktur dieser Gruppe wider. Für die Gebrauchsgüterproduzenten, bei den hessischen Kleinbetrieben eher von untergeordneter Bedeutung, errechnet sich beim Umsatz eine überdurchschnittliche Deckung von 90 %. Dagegen liegen die Verbrauchsgüterproduzenten zumindest bei den Beschäftigten unter dem Gesamtniveau, mit 57 % verfehlen sie hier das Gesamtergebnis um 6 Prozentpunkte. Es dominieren Betriebe mit einer oder zwei tätigen Personen; in dieser Gruppe waren zudem überproportional viele wirtschaftlich nicht mehr aktive Einheiten angetroffen worden.

Ermittlung der Aufsteiger im URS

Mit der Streichung der Kleinbetriebserhebung kann die Ermittlung der so genannten Aufsteiger nicht eingestellt werden. Sie ersetzen die Abgänge aus dem Monatsbericht (MB) für Betriebe mit 20 oder mehr Beschäftigte im Produzierenden Gewerbe, die entweder absteigen, stillgelegt werden oder den Wirtschaftszweig wechseln und nicht mehr dem Verarbeitenden Gewerbe angehören. Die Informationsverluste durch den Wegfall der KB werden deutlich, wenn ausgehend von den Strukturen der KB 1998 gezeigt wird, in welchem Umfang und mit welchem Aufwand damalige Aufsteiger aus dem URS direkt ermittelt werden können.

Bislang wird ein Betrieb zum Aufsteiger, wenn er in der KB 20 oder mehr Beschäftigte hat. Für ausgewählte Wirtschaftszweige mit besonderer kleinbetrieblicher Struktur liegt die Grenze bei 10 oder mehr Beschäftigten bzw. gelten gänzlich andere Bedingungen für Aufsteiger. Allerdings werden Betriebe mit saisonal stark schwankenden Beschäftigtenzahlen nicht einbezogen, wenn sie z. B. regelmäßig nur im September über 10 bzw. 20 Beschäftigte verzeichnen. 1998 umfasste die Gruppe der Aufsteiger 58 Betriebe. Im Mai 2001 waren noch 57 im Register vorhanden. Ein Betrieb war stillgelegt. Die noch aktiven 56 Einheiten hatten 1253 Beschäftigte und einen Vorjahresumsatz von knapp 220 Mill. DM. 1,4 % aller Betriebe der KB waren also Aufsteiger, auf die 5,1 % der Beschäftigten und 4,7 % des Vorjahresumsatzes des noch aktiven Berichtskreises der KB entfallen waren. Der Deckungsgrad durch die BA-Daten erreichte 73 % bei den Beschäftigten, 9 Prozentpunkte mehr als im Durchschnitt, und durch die FB-Daten 71 % beim Vorjahresumsatz, 12 Prozentpunkte weniger als im Durchschnitt.

**4. Aufsteiger¹⁾ aus der Kleinbetriebserhebung 1998 nach Größenklassen der Beschäftigten der BA²⁾
ohne Wirtschaftszweige mit besonderen kleinbetrieblichen Strukturen³⁾ und ohne erloschene Betriebe**

Größenklasse mit . . . Beschäftigten der BA ²⁾	Betriebe			Tätige Personen aus der KB ⁴⁾			Vorjahresumsatz aus der KB ⁴⁾		
	Anzahl	Anteile	Anteile kumuliert	Anzahl	Anteile	Anteile kumuliert	Betrag	Anteile	Anteile kumuliert
		%			%		1000 DM	%	
0	7	14,0	14,0	73	6,5	6,5	14 495	7,0	7,0
2	1	2,0	16,0	26	2,3	8,8	1 450	0,7	7,7
6	1	2,0	18,0	24	2,1	10,9	962	0,5	8,2
7	1	2,0	20,0	25	2,2	13,1	2 314	1,1	9,3
9	1	2,0	22,0	12	1,1	14,1	2 889	1,4	10,7
10	1	2,0	24,0	22	1,9	16,1	1 051	0,5	11,2
12	2	4,0	28,0	52	4,6	20,7	6 025	2,9	14,2
14	3	6,0	34,0	78	6,9	27,6	8 552	4,1	18,3
16	3	6,0	40,0	72	6,4	34,0	15 758	7,6	26,0
17	1	2,0	42,0	32	2,8	36,8	1 266	0,6	26,6
18	5	10,0	52,0	126	11,1	47,9	23 659	11,5	38,0
19	4	8,0	60,0	91	8,0	56,0	11 213	5,4	43,5
20	2	4,0	64,0	52	4,6	60,6	7 447	3,6	47,1
21	2	4,0	68,0	46	4,1	64,6	13 530	6,6	53,7
22	4	8,0	76,0	95	8,4	73,0	13 469	6,5	60,2
23	1	2,0	78,0	25	2,2	75,2	4 898	2,4	62,6
24	5	10,0	88,0	124	11,0	86,2	37 403	18,1	80,7
25	1	2,0	90,0	23	2,0	88,2	9 924	4,8	85,5
26	2	4,0	94,0	49	4,3	92,6	13 950	6,8	92,3
28	2	4,0	98,0	52	4,6	97,2	6 793	3,3	95,6
37	1	2,0	100	32	2,8	100	9 073	4,4	100
Summe	50	100		1 131	100		206 121	100	

1) Nachgewiesen werden alle Aufsteiger, deren im Unternehmensregister gespeicherter Wirtschaftszweig dem Verarbeitenden Gewerbe zugerechnet wird. — 2) BA steht für Bundesanstalt für Arbeit. — 3) Wegen der besonderen kleinbetrieblichen Struktur sind die Aufsteiger aus dem Wirtschaftszweig Herstellung von Transportbeton (26.63) nicht enthalten. Hier liegt die Abschnidegrenze bei 10 oder mehr Beschäftigten. Außerdem sind die Aufsteiger im Wirtschaftszweig Säge-, Hobel- und Holzimprägnierwerke (20.10) nicht nachgewiesen. Kriterium ist ein Jahreseinschnitt von mindestens 5000 m³ Rohholz. — 4) KB steht für Kleinbetriebserhebung.

Ein Blick auf die Verteilung der Aufsteiger nach den Größenklassen einzelner Beschäftigtenzahlen der BA (Tabellen 4 und 5) verdeutlicht den Umfang der Abweichungen zwischen tätigen Personen und sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und damit die relative Schwäche des statistisch messbaren Zusammenhangs. Die Stärke dieses Zusammenhangs kann durch den zugehörigen Korrelationskoeffizienten beschrieben werden, der den Wert 0,6 erreicht. Statistisch gesehen ist die Streuung der tätigen Personen also überwiegend durch eine zufällige Komponente bestimmt, da sich nur 35 % der Varianz der tätigen Personen durch die Beschäftigten der BA erklären lässt. Die Ursachen hierfür sind einerseits in den unterschiedlichen Zeitpunkten, zu denen die Daten vorliegen, und andererseits ggf. in einem unterschiedlichen Meldeverhalten der Betriebe zu suchen.

Die KB 1998 liegt mittlerweile zweieinhalb Jahre zurück. Zusätzliche Informationen aus laufenden Erhebungen über Änderungen der Produktion der Betriebe haben zu Änderungen der im URS gespeicherten Wirtschaftszweige geführt, sodass es gegenwärtig nur noch 50 Aufsteiger mit 1131 Beschäftigten und 206 Mill. DM Vorjahresumsatz unter den 5732 Einheiten des URS gibt, die auf Grund ihrer wirtschaftssystematischen Zuordnung zum Verarbeitenden Gewerbe gehören und — vereinfacht gesagt — nicht zum Monatsbericht im Produzierenden Gewerbe meldepflichtig bzw. in die Handwerksrolle eingetragen sind. Sieben Aufsteiger mit

122 tätigen Personen und 16 Mill. DM Vorjahresumsatz sind nicht mehr im Bereich des Verarbeitenden Gewerbes im URS zu finden. Diese reduzierte Menge liegt den weiteren Betrachtungen zu Grunde.

Diese Aufsteiger hatten in der KB mehrheitlich 22 oder mehr tätige Personen gemeldet. Aber nur bei gut 20 der insgesamt 50 Aufsteiger sind 20 oder mehr sozialversicherungspflichtig Beschäftigte anzutreffen. Um die 50 Aufsteiger zu finden, müssten also die o. g. 5732 Einbetriebsunternehmen und Betriebe von Mehrbetriebs- bzw. Mehrländerunternehmen befragt werden. Das würde eine Ausweitung der zu befragenden Betriebe gegenüber dem bisherigen Umfang der KB bedeuten. Eine Abstufung der in die Umfrage zur statistischen Zuordnung einzubeziehenden Einheiten lässt sich über den Zusammenhang zwischen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten einer Registereinheit und ihren tätigen Personen in der KB festlegen, wobei die bestimmende Größe die Zahl einzubeziehender Aufsteiger ist. Danach wären für die Ermittlung von 20 Aufsteigern, die gegenwärtig noch aktiv sind, 395 Einheiten der o. g. Gruppe des URS anzuschreiben. Für diese Aufsteiger waren von der BA 20 oder mehr Beschäftigte gemeldet worden. Damit wären dem zu erweiternden Berichtsbereich des Monatsbericht im Produzierenden Gewerbe jedoch 633 Beschäftigte und 90 Mill. DM Vorjahresumsatz, also etwa die Hälfte der mit den Aufsteigern verbundenen tätigen Personen und des Vorjahresum-

**5. Einheiten des Verarbeitenden Gewerbes im URS¹⁾
für die Bestimmung der Aufsteiger
nach Größenklassen der Beschäftigten der BA²⁾**

Größenklasse mit . . . Beschäftigten der BA ²⁾	Anzahl der Einheiten	
	in der Größenklasse mit . . . Beschäftigten	kumuliert über die Größenklassen ab . . . Beschäftigten
0	208	5 732
1	1 266	5 524
2	746	4 258
3	543	3 512
4	406	2 969
5	321	2 563
6	313	2 242
7	241	1 929
8	206	1 688
9	185	1 482
10	155	1 297
11	141	1 142
12	108	1 001
13	92	893
14	86	801
15	93	715
16	73	622
17	58	549
18	54	491
19	43	437
20	43	394

1) URS steht für Unternehmensregister. — 2) BA steht für Bundesanstalt für Arbeit.

satzes, verlorengegangen. Der Informationsverlust verringert sich bei schrittweiser Verkleinerung der Zahl der Beschäftigten der BA, da gleichzeitig die Zahl der Aufsteiger in der Auswahlmenge wächst. Wird sie dahingehend erweitert, dass alle Einheiten mit 12 oder mehr Beschäftigten der BA befragt werden, dann wären, um 38 von 50 Aufsteigern zu finden, immerhin noch 1001 Einheiten im Rahmen der Umfrage zur statistischen Zuordnung anzuschreiben. Die Ermittlung jedes weiteren Aufsteigers macht dann eine überproportionale Ausweitung der anzuschreibenden Einheiten

erforderlich. Wird die Ermittlung der Aufsteiger auf diese Menge beschränkt, dann bietet das URS die Möglichkeit, drei Viertel der Aufsteiger zu ermitteln, wenn zumindest mengenmäßig ein knappes Viertel der Einheiten angeschrieben wird, die im Rahmen der KB befragt wurden. Diese ausgewählten Einheiten hätten dann gut fünf Sechstel der Beschäftigten und knapp neun Zehntel des Vorjahresumsatzes der noch aktiven Aufsteiger des Jahres 1998 erreicht; außer Acht gelassen sind die gelöschten Einheiten bzw. die Einheiten mit geändertem Wirtschaftszweig. Einer späteren Untersuchung ist es vorbehalten, die Auswirkungen einer zeitlich weniger verzögerten Ermittlung der Aufsteiger auf die wirtschaftliche Zuordnung zu klären.

Über einen Zeitraum von fünf Jahren kumuliert stellen sich die Auswirkungen auf den Berichtskreis des MB im sechsten Jahr nach dem Wegfall der KB etwa folgendermaßen dar. Im Jahr 2004, dem zweiten Jahr ohne KB, werden keine Aufsteiger ermittelt, da die Daten der BA zum 31. 12. 2003 auf der Basis der gegenwärtigen Liefermodalitäten frühestens 6 Monate nach dem Stichtag vorliegen und damit frühestens im Jahr 2005 Angaben über Aufsteiger liefern können. Dann stehen entsprechend der obigen Darstellung nur etwa drei Viertel der bisherigen Aufsteiger zur Verfügung. Bis zum Jahr 2008 fortgeschrieben und aufsummiert ergibt sich für den MB ein Minus von rund 100 Betrieben, 1860 Beschäftigten und 298 Mill. DM Vorjahresumsatz. Gemessen am Jahresergebnis 2000 sind das 3 % der Betriebe, 0,4 % der Beschäftigten und 0,2 % des Umsatzes über einen Zeitraum von fünf Jahren, also bei den beiden Letztgenannten im Promillebereich.

Sobald die Daten 1999 und der folgenden Jahre in das URS eingepflegt sind, werden diese Aussagen anhand der dann vorliegenden Ergebnisse überprüft und gegebenenfalls ergänzt oder einer Revision unterzogen. □

Pflegeeinrichtungen und Empfänger von Pflegeleistungen Ende 1999

Erstmals wurde im vergangenen Jahr eine Pflegestatistik durchgeführt, in der Daten über die Pflegeleistungsempfänger, die Pflegeheime und die ambulanten Pflegedienste erhoben wurden. Ende 1999 gab es in Hessen 145 000 Leistungsempfänger, vor allem in Form von Pflegegeld bei häuslicher Pflege, das relativ mehr Männer als Frauen erhielten. Andererseits wurden deutlich mehr Frauen als Männer in Pflegeheimen versorgt. In den Pflegestufen I und II dominieren die reinen Pflegegeldleistungen, während in Pflegestufe III die stationäre Pflege vorherrscht. Zwei Drittel der Pflegebedürftigen waren 75 Jahre oder älter, wobei Frauen mit Pflegeleistungen erheblich älter waren als Männer. Mehr als jeder Zweite der 90-Jährigen oder Älteren erhält Pflegeleistungen. Häusliche Pflege war vor allem bei den alten Menschen, die nicht älter als 79 waren, Heimaufenthalt bei den Hochbetagten anzutreffen. Fast alle ambulanten Pflegedienste erbrachten auch andere Sozialleistungen, vor allem häusliche Krankenpflege. Bei den Pflegediensten dominierten die Krankenschwestern, während es bei den Pflegeheimen die Altenpflegerinnen und Altenpfleger waren. Zwei Drittel der Pflegeheime boten nur Dauerpflege an.

Durch das Gesetz zur sozialen Absicherung des Risikos der Pflegebedürftigkeit (Pflegeversicherungsgesetz) vom 16. Mai 1994 wurde eine Pflegeversicherung als eigenständige Säule der sozialen Sicherung geschaffen. Die Pflegeversicherung erbringt Leistungen bei häuslicher Pflege — durch ambulante Pflegedienste oder/und durch Familienangehörige oder familienfremde Pflegekräfte — sowie bei stationärer Pflege. Auf Grund der Ermächtigung durch das Pflegeversicherungsgesetz wurde im Jahre 1999 von der Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrats eine Pflegestatistik-Verordnung geschaffen. Es handelt sich um eine Bestandserhebung im Abstand von zwei Jahren — erstmals Ende 1999 — der ambulanten Pflegeeinrichtungen (Pflegedienste), der teil- oder vollstationären Pflegeeinrichtungen (Pflegeheime), mit denen ein Versorgungsvertrag nach Sozialgesetzbuch (SGB) XI — Pflegeversicherung — besteht, sowie der Pflegegeldleistungen bei häuslicher Pflege ohne ambulante Pflegedienste.

Relativ mehr Männer als Frauen erhielten Pflegegeldleistungen

Ende 1999 erhielten 145 000 Pflegebedürftige Leistungen nach dem Pflegeversicherungsgesetz, davon 99 000 oder gut zwei Drittel Frauen und 46 000 oder knapp ein Drittel Männer. Gut die Hälfte dieser Personen erhielt häusliche Pflege ausschließlich auf der Basis von Geldleistungen, wobei der Anteil unter den Männern mit 64 % deutlich höher war als bei den Frauen mit 49 %. Ein weiteres Fünftel der Pflegebedürftigen wurde zwar auch zu Hause gepflegt, es wurden aber die Leistungen der ambulanten Pflegedienste in Anspruch genommen. Unter ihnen wurden 12 % ausschließlich von den Pflegekräften der ambulanten Dienste versorgt, während 8 % sowohl von den ambulanten Diensten als auch von dem/der Ehepartner/in, einer verwandten oder einer familienfremden Person gepflegt wurden.

Deutlich mehr Frauen als Männer in Pflegeheimen

Gut ein Viertel der Pflegebedürftigen war am Jahresende 1999 in stationären Einrichtungen untergebracht. Außer der dominierenden Dauerpflege gab es auch noch — mit allerdings geringen Anteilen — die Kurzzeitpflege und die Tages- oder Nachtpflege. Fast drei Zehntel der pflegebedürftigen Frauen, aber nur gut ein Sechstel der Männer waren in Pflegeheimen untergebracht.

44 % der Leistungsempfänger waren vom Medizinischen Dienst der Pflegekassen in Pflegestufe I (erheblich pflegebedürftig), 38 % in Pflegestufe II (schwerpflegebedürftig) und 17 % in Pflegestufe III (schwerstpflegebedürftig) eingruppiert.

In den Pflegestufen I und II dominieren Pflegegeldleistungen

In Pflegestufe I war der Anteil der Personen, die in häuslicher Pflege ohne Inanspruchnahme der ambulanten Dienste versorgt wurden, mit 65 % erwartungsgemäß am höchsten, wobei diese Quote bei den Männern mit 73 % noch deutlich größer war als bei den Frauen mit 61 %. Knapp ein Fünftel der Leistungsempfänger in Pflegestufe I wurde ausschließlich oder zum Teil zu Hause von ambulanten Pflegekräften betreut und nur 16 % lebten in Pflegeheimen. Bei beiden Pflegeeinrichtungen lagen diese Anteile bei den Frauen um jeweils 6 Prozentpunkte höher als bei den Männern.

In Pflegestufe II wurde immerhin noch gut die Hälfte der Leistungsempfänger in der häuslichen Umgebung von Angehörigen oder familienfremden Pflegekräften betreut. Hier lag die Quote bei den Männern mit 63 % sogar um 17 Prozentpunkte höher als bei den Frauen. Mit 28 % der Leistungsempfänger wurden aber bereits mehr Personen in stationären Pflegeeinrichtungen versorgt als von den ambulanten Diensten (21 %). Bei den Frauen war der Anteil der Pfle-

Empfänger/-innen von Leistungen aus der Pflegeversicherung am 15.12.1999 nach Geschlecht, Art der Pflegeleistung und Pflegestufen

Geschlecht	Empfänger insgesamt	Ambulante Pflege			Stationäre Pflege				Häusliche Pflege mit nur Geldleistungen
		nur Sachleistungen	Geld- und Sachleistungen	zusammen	Dauerpflege	Kurzzeitpflege	Tages- oder Nachtpflege	zusammen	
Anzahl									
Pflegestufe I									
Männlich	19 909	2 130	895	3 025	2 348	52	39	2 439	14 445
Weiblich	44 142	6 360	2 800	9 160	7 761	178	163	8 102	26 880
Z u s a m m e n	64 051	8 490	3 695	12 185	10 109	230	202	10 541	41 325
Pflegestufe II									
Männlich	18 214	1 986	1 654	3 640	2 943	85	92	3 120	11 454
Weiblich	37 244	4 774	3 248	8 022	11 721	185	223	12 129	17 093
Z u s a m m e n	55 458	6 760	4 902	11 662	14 664	270	315	15 249	28 547
Pflegestufe III									
Männlich	7 814	989	1 162	2 151	2 047	48	41	2 136	3 527
Weiblich	17 115	1 853	1 655	3 508	8 363	70	59	8 492	5 115
Z u s a m m e n	24 929	2 842	2 817	5 659	10 410	118	100	10 628	8 642
I n s g e s a m t ¹⁾									
Männlich	46 233	5 105	3 711	8 816	7 617	192	182	7 991	29 426
Weiblich	99 212	12 987	7 703	20 690	28 536	444	454	29 434	49 088
I n s g e s a m t	145 445	18 092	11 414	29 506	36 153	636	636	37 425	78 514
In Prozent									
Pflegestufe I									
Männlich	100	10,7	4,5	15,2	11,8	0,3	0,2	12,3	72,6
Weiblich	100	14,4	6,3	20,8	17,6	0,4	0,4	18,4	60,9
Z u s a m m e n	100	13,3	5,8	19,0	15,8	0,4	0,3	16,5	64,5
Pflegestufe II									
Männlich	100	10,9	9,1	20,0	16,2	0,5	0,5	17,1	62,9
Weiblich	100	12,8	8,7	21,5	31,5	0,5	0,6	32,6	45,9
Z u s a m m e n	100	12,2	8,8	21,0	26,4	0,5	0,6	27,5	51,5
Pflegestufe III									
Männlich	100	12,7	14,9	27,5	26,2	0,6	0,5	27,3	45,1
Weiblich	100	10,8	9,7	20,5	48,9	0,4	0,3	49,6	29,9
Z u s a m m e n	100	11,4	11,3	22,7	41,8	0,5	0,4	42,6	34,7
I n s g e s a m t ¹⁾									
Männlich	100	11,0	8,0	19,1	16,5	0,4	0,4	17,3	63,6
Weiblich	100	13,1	7,8	20,9	28,8	0,4	0,5	29,7	49,5
I n s g e s a m t	100	12,4	7,8	20,3	24,9	0,4	0,4	25,7	54,0

1) Einschl. 1007 Pflegebedürftiger im stationären Bereich, die noch keiner Pflegestufe zugeordnet sind.

Empfänger/-innen von Leistungen aus der Pflegeversicherung am 15.12.1999 nach Altersgruppen und Art der Pflegeleistung

Alter von . . . bis unter . . . Jahren	Insgesamt	Ambulante Pflege			Stationäre Pflege				Häusliche Pflege mit nur Geldleistungen
		nur Sachleistungen	Geld- und Sachleistungen	zusammen	Dauerpflege	Kurzzeitpflege	Tages- oder Nachtpflege	zusammen	
					Anzahl				
Unter 60	20 181	1 181	595	1 776	1 483	24	54	1 561	16 844
60 bis unter 65	6 181	551	335	886	1 190	10	29	1 229	4 066
65 bis unter 70	8 026	794	501	1 295	1 404	30	45	1 479	5 252
70 bis unter 75	13 228	1 656	1 047	2 703	2 537	49	84	2 670	7 855
75 bis unter 80	22 639	3 264	2 070	5 334	5 234	95	128	5 457	11 848
80 bis unter 85	20 445	3 017	1 997	5 014	5 475	106	116	5 697	9 734
85 bis unter 90	32 358	4 635	2 945	7 580	10 206	198	118	10 522	14 256
90 bis unter 95	17 871	2 378	1 605	3 983	6 596	98	54	6 748	7 140
95 oder mehr	4 516	616	319	935	2 028	26	8	2 062	1 519
Insgesamt	145 445	18 092	11 414	29 506	36 153	636	636	37 425	78 514
					In Prozent				
Unter 60	100	5,9	2,9	8,8	7,3	0,1	0,3	7,7	83,5
60 bis unter 65	100	8,9	5,4	14,3	19,3	0,2	0,5	19,9	65,8
65 bis unter 70	100	9,9	6,2	16,1	17,5	0,4	0,6	18,4	65,4
70 bis unter 75	100	12,5	7,9	20,4	19,2	0,4	0,6	20,2	59,4
75 bis unter 80	100	14,4	9,1	23,6	23,1	0,4	0,6	24,1	52,3
80 bis unter 85	100	14,8	9,8	24,5	26,8	0,5	0,6	27,9	47,6
85 bis unter 90	100	14,3	9,1	23,4	31,5	0,6	0,4	32,5	44,1
90 bis unter 95	100	13,3	9,0	22,3	36,9	0,5	0,3	37,8	40,0
95 oder mehr	100	13,6	7,1	20,7	44,9	0,6	0,2	45,7	33,6
Insgesamt	100	12,4	7,8	20,3	24,9	0,4	0,4	25,7	54,0

heimbewohnerinnen mit einem Drittel der Leistungsempfängerinnen fast doppelt so hoch wie bei den Männern. Demgegenüber gab es zwischen den entsprechenden Quoten der von ambulanten Diensten gepflegten Personen nur geringe Unterschiede.

In Pflegestufe III stationäre Pflege vorherrschend

In Pflegestufe III dominierte die stationäre Pflege. 43 % der Leistungsempfänger waren in Pflegeheimen untergebracht, wobei der Anteil bei den Frauen mit 50 % fast doppelt so hoch war wie bei den Männern. Dafür wurden relativ mehr Männer (45 %) zu Hause gepflegt als Frauen (30 %). Auch die Dienste der ambulanten Pflegeeinrichtungen nahmen relativ mehr Männer (28 %) als Frauen (21 %) in Anspruch.

Die Ergebnisse zeigen, dass insgesamt und in allen drei Pflegestufen Männer weitaus häufiger als Frauen zu Hause gepflegt wurden, vermutlich in den meisten Fällen durch die — zum Teil jüngere — Ehefrau. Demgegenüber ist die häusliche Pflege der Frau durch den Ehemann — sofern er noch lebt — alters- und krankheitsbedingt oft nicht möglich. Infolge dieser Gegebenheiten waren Frauen weitaus häufiger in Pflegeheimen untergebracht als Männer. Hier spiegelt sich auch die höhere Lebenserwartung der Frauen wider.

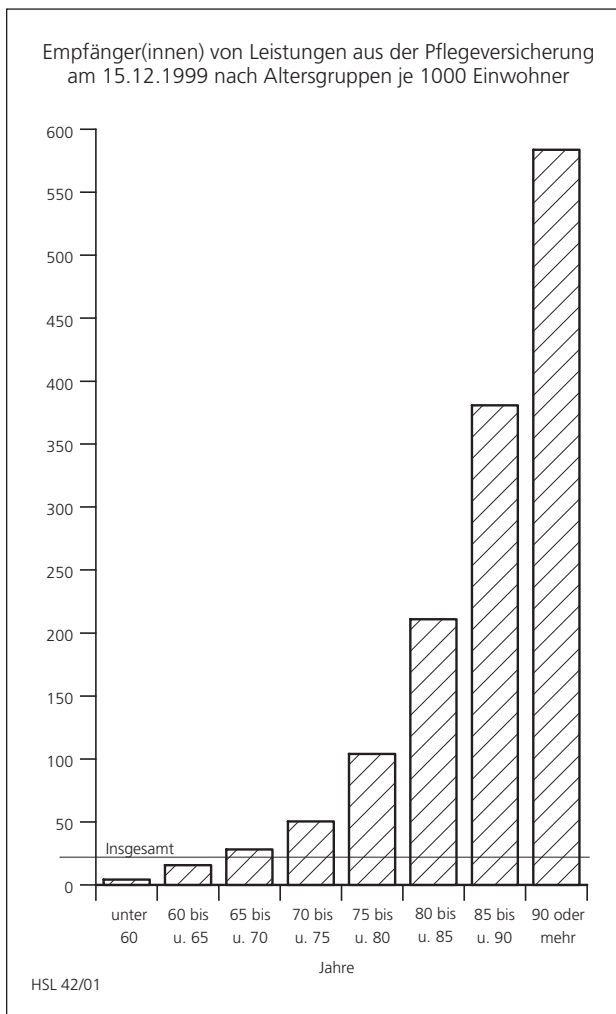
Zwei Drittel der Pflegebedürftigen 75 Jahre oder älter

Die Altersstruktur der Pflegebedürftigen weist erwartungsgemäß eine starke Konzentration bei den Älteren auf. So waren gut zwei Drittel der Leistungsempfänger 75 Jahre oder älter, 15 % waren zwischen 65 und 75 Jahre alt, 9 % befanden sich im Alter von 45 bis unter 65 Jahren, und 8 % waren jünger als 45 Jahre. Dabei wich die Altersstruktur der Männer deutlich von der der Frauen ab. Frauen mit Pflegeleistungen waren erheblich älter als Männer. Hierfür dürfte einerseits die deutlich höhere Lebenserwartung der Frauen ursächlich sein, andererseits das erheblich höhere Risiko der Männer, bei Arbeits- oder Verkehrsunfällen bereits in jungen Jahren zu einem Pflegefall zu werden. So gehörten drei Viertel der Frauen, aber lediglich die Hälfte der Männer zur Altersgruppe der 75-Jährigen oder Älteren. Demgegenüber waren 14 % der Männer mit Leistungsbezug aus der Pflegeversicherung jünger als 45 Jahre, während bei den Frauen nur 5 % dieser Altersgruppe angehörten.

Mehr als jeder Zweite der 90-Jährigen oder Älteren erhält Pflegeleistungen

Die Tatsache, dass mit zunehmendem Alter die Pflegebedürftigkeit steigt, lässt sich leicht durch so genannte Dichteziffern belegen, das heißt, die Zahl der Leistungsempfänger wird auf 1000 Einwohner der gleichen Altersgruppe bezo-

gen. Insgesamt kamen 24 Pflegebedürftige auf 1000 Einwohner. Diese Dichteziffer betrug Ende 1999 in der Altersgruppe der unter 60-Jährigen 4, bei den 60- bis unter 65-Jährigen 16, bei den 75- bis unter 80-Jährigen bereits 104, verdoppelte sich jeweils in den nächsten beiden Fünfer-Altersgruppen, um bei den 90-Jährigen oder Älteren mit 582 auf 1000 Einwohner seinen Spitzenwert zu erreichen.



Häusliche Pflege bei den „jungen Alten“, Heimaufenthalt bei den Hochbetagten

5 von 6 Pflegebedürftigen in der Altersgruppe der unter 60-Jährigen wurden zu Hause von Familienangehörigen oder familienfremden Personen ohne Einschaltung der ambulanten Pflegedienste betreut. Bei den 60- bis unter 70-Jährigen kamen noch zwei Drittel der Leistungsempfänger mit häuslicher Pflege und nur Geldleistungen aus. Mit zunehmendem Alter sinkt dieser Anteil und erreicht bei den 95-Jährigen und Älteren mit einem Drittel seinen niedrigsten Wert. Andererseits steigt mit zunehmendem Alter die Quote der Pflegeheimbewohner und erreicht in der obersten Altersgruppe mit fast der Hälfte seinen Spitzenwert. Der Anteil der Pflegebedürftigen, die ambulante Pflege in Anspruch nehmen, steigt ebenfalls mit höherem Alter und erreicht mit einem Viertel den höchsten Wert in der Altersgruppe der 80- bis unter 85-Jährigen. Anschließend sinkt die Quote wieder bis auf ein Fünftel in der obersten Altersgruppe.

Fast alle Pflegedienste erbrachten auch andere Sozialleistungen

Mitte Dezember 1999 gab es in Hessen 860 ambulante Pflegedienste. Von diesen erbrachten mit 846 fast alle auch andere Sozialdienste. 97 % waren neben der Pflegetätigkeit bei der häuslichen Krankenpflege oder der Haushaltshilfe engagiert. Drei Fünftel dieser so genannten Mischeinrichtungen erbrachten Hilfe zur Pflege nach dem Bundessozialhilfegesetz, zwei Fünftel sonstige ambulante Hilfeleistungen

Pflegedienste am 15.12.1999 nach Art und Träger der Einrichtungen

Art der Pflegedienste	Pflegedienste insgesamt	davon nach dem Träger der Einrichtung				
		private Träger	freigemeinnützige Träger			kommunale Träger
			zusammen	Träger der freien Wohlfahrts-pflege	sonstige gemeinnützige Träger	
Pflegedienste mit anderen Sozialleistungen	846	451	338	290	48	57
darunter						
häusliche Krankenpflege oder Haushaltshilfe nach SGB V	821	442	322	279	43	57
Hilfe zur Pflege nach dem BSHG	509	245	234	207	27	30
sonstige ambulante Hilfeleistungen	347	92	235	211	24	20
als eigenständiger Dienst an einer Wohneinrichtung	49	17	29	19	10	3
Pflegedienste ohne andere Sozialleistungen	14	10	3	1	2	1
Pflegedienste insgesamt	860	461	341	291	50	58
davon						
eingliedrige Einrichtungen	801	444	304	258	46	53
mehrgliedrige Einrichtungen	59	17	37	33	4	5

Personal in Pflegediensten am 15.12.1999 nach Berufsabschluss, Geschlecht und Tätigkeitsbereich

Berufsabschluss	Personal insgesamt	davon nach dem überwiegenden Tätigkeitsbereich				
		Pflege-dienst-leitung	Grund-pflege	hauswirt-schaftliche Versorgung	Verwaltung, Geschäfts-führung	sonstiger Bereich
Staatlich anerkannte/r Altenpfleger/in	1 991	147	1 752	33	33	26
Staatlich anerkannte/r Altenpflegehelfer/in	127	6	107	12	1	1
Krankenschwester/Krankenpfleger	4 335	634	3 468	76	92	65
Krankenpflegehelfer/in	639	2	549	76	3	9
Kinderkrankenschwester/Kinderkrankenpfleger	252	28	198	10	8	8
Heilerziehungspfleger/in, Heilerzieher/in	11	—	6	3	—	2
Heilerziehungspflegehelfer/in	10	—	1	7	1	1
Heilpädagogin/Heilpädagoge	3	1	2	—	—	—
Ergotherapeut/in	14	—	5	4	—	5
Sonstiger Abschluss im Bereich der nichtärztlichen Heilberufe	151	—	96	28	20	7
Sozialpädagogischer/sozialtherapeutischer Abschluss	157	5	54	14	45	39
Familienpfleger/in mit staatlichem Abschluss	144	—	95	41	1	7
Dorfhelfer/in mit staatlichem Abschluss	30	—	2	28	—	—
Abschluss einer pflegewissenschaftlichen Ausbildung an einer Fachhochschule oder Universität	30	17	4	—	5	4
Sonstiger pflegerischer Beruf	491	—	319	150	11	11
Fachhauswirtschaftler/in für ältere Menschen	105	—	31	74	—	—
Sonstiger hauswirtschaftlicher Berufsabschluss	308	2	64	231	3	8
Sonstiger Berufsabschluss	2 224	9	651	951	448	165
Ohne Berufsabschluss/noch in Ausbildung	1 811	—	783	842	17	169
Insgesamt	12 833	851	8 187	2 580	688	527
davon						
weiblich	10 584	664	7 066	2 081	516	257
männlich	2 249	187	1 121	499	172	270

(zum Beispiel Mobiler Sozialer Dienst, familienentlastender Dienst oder Mahlzeitendienst).

93 % der ambulanten Dienste waren eingliedrige Einrichtungen, das heißt, sie leisten ausschließlich ambulante Dienste nach dem Sozialgesetzbuch XI. Die übrigen 7 % waren mehrgliedrige Einrichtungen, die sowohl ambulante als auch stationäre Pflege nach dem Sozialgesetzbuch XI leisten.

Gut die Hälfte der Pflegedienste wurde von privat-gewerblichen Trägern unterhalten, zwei Fünftel von freigemeinnützigen Trägern, vor allem von Trägern der freien Wohlfahrts-

pflege. Dies sind u. a. Arbeiterwohlfahrt, Deutscher Caritasverband, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Deutsches Rotes Kreuz sowie das Diakonische Werk der Evangelischen Kirche Deutschlands. Die restlichen 7 % der Pflegedienste wurden von den Kommunen getragen.

Ein Drittel der in Pflegediensten Beschäftigten sind Krankenschwestern/-pfleger

In den 860 ambulanten Pflegeeinrichtungen waren im Dezember 1999 in Hessen 12 800 Personen beschäftigt, davon

Pflegeheime am 15.12.1999 nach Art und Träger der Einrichtungen

Art der Pflegeheime	Pflegeheime insgesamt	davon nach dem Träger der Einrichtung						
		private Träger	freigemeinnützige Träger			öffentliche Träger		
			zu-sammen	Träger der freien Wohlfahrts-pflege	sonstige gemein-nützige Träger	zu-sammen	kommunale Träger	sonstige öffentliche Träger
Dauer- und Kurzzeit- und Tages und/oder Nachtpflege	37	6	27	24	3	4	4	—
Nur Dauer- und Kurzzeitpflege	74	25	37	29	8	12	11	1
Nur Dauer- und Tages- und/oder Nachtpflege	42	16	23	23	—	3	3	—
Nur Kurzzeit- und Tages- und/oder Nachtpflege	13	11	1	1	—	1	1	—
Nur Tages- und Nachtpflege	1	1	—	—	—	—	—	—
Nur Dauerpflege	406	186	195	157	38	25	16	9
Nur Kurzzeitpflege	19	9	8	6	2	2	2	—
Nur Tagespflege	22	8	13	10	3	1	1	—
Pflegeheime insgesamt	614	262	304	250	54	48	38	10
davon								
Einrichtungen für ältere Menschen	575	244	292	243	49	39	37	2
Einrichtungen für Behinderte	21	7	11	7	4	3	—	3
Einrichtungen für psychisch Kranke	18	11	1	—	1	6	1	5
eingliedrige Einrichtungen	558	247	264	215	49	47	37	10
mehrgliedrige Einrichtungen	56	15	40	35	5	1	1	—

waren gut vier Fünftel Frauen. Knapp zwei Drittel der Beschäftigten arbeiteten in der Grundpflege. Ein weiteres Fünftel war in der hauswirtschaftlichen Versorgung tätig. 12 % des Personals konnten der Leitung/Geschäftsführung zugeordnet werden, die restlichen 4 % waren in sonstigen Tätigkeitsbereichen, z. B. haustechnischen Arbeiten, eingesetzt.

Fast drei Fünftel des gesamten Personals hatten eine abgeschlossene Ausbildung im Bereich der nichtärztlichen Heilberufe. Die weitaus größte Gruppe bildeten hier mit einem Anteil von fast zwei Fünfteln die Krankenschwestern und -pfleger, gefolgt von den Altenpflegerinnen und Altenpflegern mit 16 %. Weitere 7 % der Beschäftigten hatten einen Abschluss in einem sozialpädagogischen, sozialtherapeutischen oder sonstigen pflegerischen Beruf; 3 % konnten einen Abschluss in einem hauswirtschaftlichen Beruf nachweisen. Einen sonstigen Berufsabschluss hatten 17 % des Personals in ambulanten Pflegediensten, und 14 % verfügten über keinen Berufsabschluss oder waren noch in Ausbildung.

Zwei Drittel der Pflegeheime boten nur Dauerpflege an

Mitte Dezember 1999 wurden 614 Pflegeheime in Hessen gezählt, die Pflegeleistungen nach Sozialgesetzbuch XI erbrachten. In zwei Dritteln der Einrichtungen wurden nur Personen mit unbefristeter Pflege aufgenommen. Von 12 % der Pflegeheime wurde neben der Dauerpflege auch Kurzzeitpflege angeboten, also eine vorübergehende Unterbringung von Pflegebedürftigen, wenn die sonst pflegenden Angehörigen wegen Urlaub oder Krankheit verhindert waren. Weitere 7 % der stationären Einrichtungen waren auf Dauerpfle-

ge und Tages- und/oder Nachtpflege eingestellt. 6 % der Pflegeheime hatten ein umfassendes Angebot, das heißt Dauer-, Kurzzeit- und Tages- und/oder Nachtpflege wurden angeboten. Die restlichen 9 % der Pflegeheime verteilen sich auf die übrigen Kombinationen von Pflegeleistungen, zum Beispiel nur Tagespflege oder nur Kurzzeitpflege.

94 % der Pflegeheime waren Einrichtungen für ältere Menschen, das heißt, es werden überwiegend Menschen über 65 Jahre versorgt. In jeweils 3 % der Pflegeheime wurden überwiegend Behinderte oder psychisch Kranke — unabhängig von ihrem Alter — betreut. Bei gut neun Zehnteln der Pflegeheime handelte es sich um eingliedrige Einrichtungen, während ein Zehntel mehrgliedrige Einrichtungen waren, die auch ambulante Pflegedienste erbrachten.

Im Gegensatz zu den ambulanten Diensten, bei denen die privaten Träger die größte Gruppe waren, überwogen bei den Pflegeheimen die freigemeinnützigen Träger mit einem Anteil von gut 50 %. Auch in dieser Kategorie waren die Träger der freien Wohlfahrtspflege die dominierende Gruppe, während auf die sonstigen gemeinnützigen Träger weniger als ein Zehntel aller Pflegeheime entfiel. 8 % aller stationären Pflegeeinrichtungen wurden von öffentlichen Trägern unterhalten, vor allem von Gemeinden.

Ein Fünftel der in Pflegeheimen Beschäftigten sind Altenpfleger/innen

In den 614 Pflegeheimen waren Ende 1999 in Hessen 30 400 Personen beschäftigt. 83 % des Personals waren Frauen.

Personal in Pflegeheimen am 15.12.1999 nach Berufsabschluss, Geschlecht und Tätigkeitsbereich

Berufsabschluss	Personal insgesamt	davon nach dem überwiegenden Tätigkeitsbereich					
		Pflege und Betreuung	soziale Betreuung	Hauswirtschafts-bereich	haus-technischer Bereich	Verwaltung, Geschäftsführung	sonstiger Bereich
Staatlich anerkannte/r Altenpfleger/in	6 412	6 200	77	7	—	109	19
Staatlich anerkannte/r Altenpflegehelfer/in	503	486	11	2	—	4	—
Krankenschwester/Krankenpfleger	2 851	2 663	40	8	1	122	17
Krankenpflegehelfer/in	1 328	1 290	20	11	2	3	2
Kinderkrankenschwester/Kinderkrankenpfleger	118	109	4	1	—	3	1
Heilerziehungspfleger/in, Heilerzieher/in	38	28	8	1	—	1	—
Heilerziehungspflegehelfer/in	22	10	6	2	2	—	2
Heilpädagogin/Heilpädagoge	17	8	9	—	—	—	—
Ergotherapeut/in	188	45	131	—	—	2	10
Sonstiger Abschluss im Bereich der nichtärztlichen Heilberufe	212	121	20	11	2	21	37
Sozialpädagogischer/sozialtherapeutischer Abschluss	441	79	272	2	—	81	7
Familienpfleger/in mit staatlichem Abschluss	57	49	4	3	—	1	—
Dorfhelfer/in mit staatlichem Abschluss	2	1	1	—	—	—	—
Abschluss einer pflegewissenschaftlichen Ausbildung an einer Fachhochschule oder Universität	51	28	2	—	—	20	1
Sonstiger pflegerischer Beruf	1 329	1 268	22	28	—	6	5
Fachhauswirtschaftler/in für ältere Menschen	56	4	2	49	—	1	—
Sonstiger hauswirtschaftlicher Berufsabschluss	1 136	80	9	1 009	7	13	18
Sonstiger Berufsabschluss	7 710	2 766	269	2 328	739	1 351	257
Ohne Berufsabschluss/noch in Ausbildung	7 886	3 845	201	3 260	172	131	277
I n s g e s a m t	30 357	19 080	1 108	6 722	925	1 869	653
davon weiblich	25 201	16 367	850	6 191	61	1 328	404
männlich	5 156	2 713	258	531	864	541	249

63 % der Beschäftigten arbeiteten in der Pflege und Betreuung und 4 % in der sozialen Betreuung, die durch persönliche Gespräche mit dem Pflegebedürftigen geleistet wird sowie durch Beratung und Hilfe bei den persönlichen und seelischen Problemen des Heimbewohners. Weitere 22 % waren im hauswirtschaftlichen Bereich — hierzu zählen vor allem die Reinigungsarbeiten oder die Vorbereitung von Mahlzeiten — und 3 % im haustechnischen Bereich — Hausmeister-tätigkeiten, Garten- und Reparaturarbeiten — tätig. 6 % des Personals konnten der Geschäftsführung oder der Verwaltung zugeordnet werden, die restlichen 2 % waren in sonstigen Tätigkeitsbereichen, zum Beispiel dem Pförtnerdienst, eingesetzt.

Fast zwei Fünftel des gesamten Personals hatten eine abgeschlossene Ausbildung im Bereich der nichtärztlichen Heilberufe. Die weitaus größte Gruppe bildeten hier mit einem Anteil von gut einem Fünftel aller Beschäftigten die staatlich anerkannten Altenpflegerinnen und Altenpfleger, gefolgt mit einer Quote von knapp einem Zehntel die Krankenschwestern und Krankenpfleger. Weitere 6 % hatten einen Abschluss in einem sozialpädagogischen, sozialtherapeutischen oder sonstigen pflegerischen Beruf. 4 % konnten einen Abschluss in einem hauswirtschaftlichem Bereich nachweisen. Jeweils gut ein Viertel aller Beschäftigten in Pflegeheimen hatte einen sonstigen Berufsabschluss oder keinen Berufsabschluss bzw. war noch in Ausbildung. □

Beiträge zur Statistik Hessens

Nr.	Titel (G = mit Gemeindeergebnissen, K = Kreisergebnissen)	Umfang (Seiten)	Bezugs- preis (DM)
320	Die Industrie in den hessischen Stadt- und Landkreisen 1995 (K)	128	16,00
321	Die Kommunalwahlen am 2. März 1997 (G)	236	20,00
322	Regionalergebnisse für das Bauhauptgewerbe in Hessen 1979 bis 1994	258	20,00
323	Die Produktion des Verarbeitenden Gewerbes in Hessen 1995 und 1996	119	12,00
324	Die hessische Ausfuhr 1995	139	16,00
325	Die Einfuhr nach Hessen 1995	108	12,00
326	Die Industrie in den hessischen Stadt- und Landkreisen 1996 (K)	72	16,00
327	Straßenverkehrsunfälle in Hessen 1997 (K)	135	16,00
328	Die Umsätze und ihre Besteuerung in Hessen 1996 (K)	238	20,00
329	Öffentliche Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung in Hessen 1975 bis 1995 (K)	116	12,00
330	Die Produktion des Verarbeitenden Gewerbes in Hessen 1996 und 1997	117	12,00
331	Die hessische Ausfuhr 1996	139	16,00
332	Die Einfuhr nach Hessen 1996	108	12,00
333	Die Wahl zum Hessischen Landtag am 7. Februar 1999 (G)	227	20,00
334	Straßenverkehrsunfälle in Hessen 1998 (K)	135	16,00
335	Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1995	240	20,00
336	Die Produktion des Verarbeitenden Gewerbes in Hessen 1997 und 1998	116	12,00
337	Die Industrie in den hessischen Stadt- und Landkreisen 1997	77	20,00
338	Die Umsätze und ihre Besteuerung in Hessen 1997 (K)	240	24,00
339	Die hessische Ausfuhr 1997	138	20,00
340	Die Einfuhr nach Hessen 1997	109	16,00
341	Europawahl 1999 — Die Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments in Hessen am 13. Juni 1999 (G)	126	16,00
342	Die Wahl zum 14. Deutschen Bundestag in Hessen am 27. September 1998	221	24,00
343	Die Industrie in den hessischen Stadt- und Landkreisen 1998	90	12,00
344	Beherbergungskapazität in Hessen 1999 (G)	201	24,00
345	Die Umsätze und ihre Besteuerung in Hessen 1998 (K)	166	20,00
346	Indizes des Auftragseingangs und des Umsatzes im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen 1995 bis 1999	321	26,00
347	Straßenverkehrsunfälle in Hessen 1999 (K)	135	20,00
348	Gewerbsteuer in Hessen 1995 (G)	86	12,00
349	Die hessische Ausfuhr 1998	138	20,00
350	Die Einfuhr nach Hessen 1998	111	16,00
351	Die Produktion des Verarbeitenden Gewerbes in Hessen 1998 und 1999	39	10,00
352	Die Industrie in den hessischen Stadt- und Landkreisen 1999	93	12,00
353	Die veranlagten Einkommen in Hessen 1995 (G)	136	20,00
354	Straßenverkehrsunfälle in Hessen 2000 (K)	135	20,00
355	Die Umsätze und ihre Besteuerung in Hessen 1999 (K)	166	20,00

Gemüseanbau in Hessen 2000

Im Juli 2000 fand die im vierjährlichen Turnus zu erhebende totale Gemüseanbau- und Zierpflanzenerhebung statt. In diese wurden alle Betriebe einbezogen, die Gemüse, Erdbeeren und Zierpflanzen zum Verkauf anbieten. Als untere Erfassungsgrenze gilt dabei eine Grundfläche von mindestens 30 Ar auf dem Freiland bzw. mindestens 3 Ar Unterglasflächen je Betrieb. Als Berichtszeitraum wurde das laufende Kalenderjahr festgelegt, d. h. zum Zeitpunkt der Erhebung wurden die vorhandenen und voraussichtlichen Anbauflächen im Kalenderjahr 2000 erfragt. Der Fragenkatalog umfasste Angaben über die Grund-¹⁾ und Anbauflächen²⁾ im Freiland bzw. unter Glas sowie die im Anbau befindlichen Pflanzenarten. Beim Gemüseanbau wurde zusätzlich bei verschiedenen Arten auch nach dem Anbau zur Erfüllung vertraglicher Bindungen (Vertragsanbau) und dem sonstigen Anbau unterschieden. Bei der Erfassung des Zierpflanzenanbaus wurde auf Grund der stark variierenden Produktionsbedingungen in den einzelnen Betrieben auch die erzeugte Stückzahl erfragt.

Betriebe und Grundflächen des Gemüse-, Zierpflanzen- und Erdbeeranbaus in Hessen 2000 nach Regierungsbezirken

Regierungs- bezirk	Betriebe	Grundfläche insgesamt	davon	
			im Freiland	unter Glas
		ha		
Gemüseanbau				
Darmstadt	550	5 548,0	5 515,8	32,2
Gießen	44	57,6	56,0	1,6
Kassel	130	644,0	640,3	3,7
Land H e s s e n	724	6 249,7	6 212,1	37,5
Zierpflanzenanbau				
Darmstadt	403	285,2	198,6	86,6
Gießen	111	30,3	16,9	13,4
Kassel	168	57,0	33,6	23,4
Land H e s s e n	682	372,5	249,1	123,4
Erdbeeren ¹⁾				
Darmstadt	162	319,9	318,6	1,2
Gießen	26	13,1	13,1	—
Kassel	40	67,4	67,4	—
Land H e s s e n	228	400,3	399,1	1,2
I n s g e s a m t ²⁾				
Darmstadt	998	6 153,1	6 033,0	120,1
Gießen	153	101,0	86,0	15,0
Kassel	284	768,4	741,3	27,1
Land H e s s e n	1 435	7 022,5	6 860,3	162,2

1) Nachgewiesen werden die abgeernteten Flächen. — 2) Die Zahl der Betriebe kann auf Grund von Mehrfachnennungen nicht addiert werden.

Stark unterschiedliche Betriebsgrößen in den einzelnen Regierungsbezirken

Im Jahr 2000 bauten in Hessen 1435 Betriebe auf einer Grundfläche von 7020 ha Gemüse, Erdbeeren und Zierpflanzen zum Verkauf an. Von dieser Fläche wurden 6250 ha in 724 Betrieben überwiegend zum Gemüseanbau sowie 370 ha in 680 Betrieben überwiegend zum Zierpflanzenanbau genutzt. Die Grundfläche im Freiland ohne Erdbeeren umfasste 6460 ha, darunter wurden 6210 ha für den Gemüseanbau und 250 ha für den Zierpflanzenanbau genutzt. In den Unterglasflächen wurden 38 ha für Gemüseanbau und 123 ha für Zierpflanzen verwendet. Während die durchschnittliche Grundfläche der Zierpflanzen anbauenden Betriebe mit 0,5 ha je Betrieb sich gegenüber 1996 nicht veränderte, bewirtschafteten die Gemüse anbauenden Betriebe mit einer durchschnittlichen Grundfläche von 8,6 ha je Betrieb 1,5 ha mehr als zum Zeitpunkt der letzten Erhebung. Dabei ist besonders auffällig, dass die Gemüseanbauer im Regierungsbezirk Darmstadt durchschnittlich 10,1 ha Grundfläche bewirtschaften und damit die Betriebe größer sind als im Regierungsbezirk Kassel mit 5,0 ha Grundfläche je Betrieb oder gar im Regierungsbezirk Gießen mit lediglich 1,3 ha Grundfläche. Diese unterschiedlichen Betriebsgrößen sind auch im Erdbeeranbau festzustellen. Sie erstrecken sich von 2,0 ha je Betrieb im Regierungsbezirk Darmstadt über 1,7 ha im Regierungsbezirk Kassel zu 0,5 ha im Regierungsbezirk Gießen. Betriebe, die sich auf Zierpflanzenanbau spezialisiert haben, sind relativ selten. Nur 72 der insgesamt 682 Zierpflanzen anbauenden Betriebe bauen kein Gemüse oder Erdbeeren an. Anders im Gemüsebau: Lediglich 212 der insgesamt 724 Gemüse anbauenden Betriebe produzieren auch Zierpflanzen oder Erdbeeren.

Ein Fünftel weniger Gemüse anbauende Betriebe als 1996

Insgesamt ging die Gemüseanbaufläche im Freiland in Hessen gegenüber 1996 um gut vier Prozent zurück; die Zahl der Gemüse anbauenden Betriebe verringerte sich um 20 %. In Hessen wurde im Jahr 2000 auf einer Fläche von 6310 ha Gemüse angebaut. Dies waren gut 280 ha weniger als 1996. Die Anbaufläche unter Glas ist dagegen um 5,6 auf 42,1 ha gestiegen.

Hessen weist mit 724 Betrieben einen Anteil von 5 % aller Gemüse anbauenden Betriebe in Deutschland aus. Der Flächenanteil erreichte mit insgesamt 6250 ha jedoch einen Anteil von 7,3 % gemessen an den Grundflächen des Gemüseanbaus in Deutschland. Von besonderer Bedeutung ist der Anbau von Spargel im Ertrag sowie Speisewiebeln. Beide

*) Tel.: 0611/3802-519 · E-Mail: jfuhrer@hsl.de)

1) Grundflächen sind die tatsächlichen Flächen, ohne Vor- und Nachanbau.

2) Anbauflächen beinhalten alle während des Jahres angebauten Kulturen. In den ausgewiesenen Anbauflächen ist daher der Mehrfachanbau auf derselben Grundfläche enthalten.

Anbau von Gemüse, Zierpflanzen und Erdbeeren in Hessen 1992, 1996 und 2000

Art der Angabe	Einheit	1992	1996	2000	Zu- bzw. Abnahme (-) in % 2000 gegenüber	
					1992	1996
Betriebe mit Gemüseanbau	Anzahl	1 044	908	724	- 30,7	- 20,3
Gemüseanbaufläche unter Glas	ha	42,4	36,5	42,1	- 0,7	15,3
Gemüseanbaufläche im Freiland	ha	5 720,4	6 587,2	6 309,3	10,3	- 4,2
darunter Anbau von						
Spargel insgesamt	ha	1 511,7	1 939,3	2 042,0	35,1	5,3
Spargel im Ertrag	ha	1 209,6	1 564,6	1 634,8	35,2	4,5
Zwiebeln	ha	829,2	1 060,8	1 135,2	36,9	7,0
Weißkohl	ha	614,8	730,0	499,6	- 18,7	- 31,6
Gurken	ha	232,1	195,0	122,9	- 47,0	- 37,0
Kopfsalat	ha	233,4	234,9	205,8	- 11,8	- 12,4
Spinat	ha	238,7	231,6	134,6	- 43,6	- 41,9
Erbsen	ha	212,5	12,8	34,9	- 83,6	172,6
Betriebe mit Zierpflanzenanbau	Anzahl	1 018	886	682	- 33,0	- 23,0
Anbauflächen unter Glas ¹⁾	ha	224,7	168,5	182,9	- 18,6	8,5
darunter Anbau von						
Beet- und Balkonpflanzen	ha	98,9	93,2	95,2	- 3,7	2,1
Schnittpflanzen	ha	.	25,9	30,1	.	16,2
Topfpflanzen	ha	27,5	49,3	54,7	98,9	11,0
Anbauflächen im Freiland ¹⁾	ha	397,4	339,3	304,3	- 23,4	- 10,3
darunter Anbau von						
Beet- und Balkonpflanzen	ha	33,9	42,2	21,2	- 37,5	- 49,8
Schnittpflanzen	ha	162,0	184,5	217,7	34,3	18,0
Topfpflanzen	ha	53,5	69,5	65,4	22,2	- 5,9
Stauden	ha	14,7	32,6	29,3	99,3	- 10,1
sonstigen Zierpflanzen	ha	.	30,7	.	.	.
Betriebe mit Erdbeeranbau	Anzahl	263	256	228	- 13,3	- 12,3
Im Berichtsjahr abgeerntete Fläche ²⁾	ha	346,1	471,4	399,1	15,3	- 15,3
Bis Jahresende gerodete Fläche	ha	125,9	162,7	154,7	22,8	- 4,9
Neuanpflanzungen	ha	171,7	203,1	159,4	- 7,2	- 21,5

1) Einschl. Vermehrungs-, Anzucht- und Aufstellungsflächen. — 2) Anbau im Freiland.

Kulturen zusammen erreichen knapp 44 % der gesamten Gemüseanbaufläche im Freiland. Im Jahr 2000 baute Hessen 1635 ha ertragsfähigen Spargel an und lag damit im Ländervergleich an 2. Stelle. Lediglich Niedersachsen produzierte mehr Spargel. Vergleichbar ist der Zwiebelanbau: Auch hier erreichte Hessen im Ländervergleich mit 15 % der Anbaufläche den 2. Rang.

Spargel und Speisezwiebeln sind die einzigen Gemüsearten, die seit 1988 Flächenzuwächse erzielen. Demgegenüber werden die meisten anderen Arten in geringerem Umfang angebaut, bzw. sind starken Schwankungen der Anbaufläche unterlegen. Dies trifft insbesondere auf Erbsen, Bohnen und Weißkohl zu.

Auch in anderen Bundesländern war im Gemüseanbau die Spezialisierung auf einige bedeutsame Kulturen festzustellen. So waren beispielsweise in Brandenburg 36 % der Anbaufläche mit Spargel, in Schleswig Holstein 41 % der Fläche mit Weißkohl, in Sachsen 47 % der Fläche mit Frischerbbsen und in Mecklenburg-Vorpommern 36 % der Fläche mit Eisalat belegt.

Gemüseanbau in Unterglasanlagen war von untergeordneter Bedeutung

Der Anbau von Gemüse in Unterglasanlagen war trotz einer Steigerung um 15 % von untergeordneter Bedeutung. Die

Anbaufläche in diesen Anlagen betrug weniger als 1 % (42 ha) der Anbaufläche auf dem Freiland. In Hessen bauten 176 Betriebe Gemüse unter Glas an, wobei Tomaten (14,2 ha) und Feldsalat (9,2 ha) die dominierenden Kulturen waren. Innerhalb der Bundesrepublik wurde auf 1500 ha oder 1,5 % der insgesamt 100 600 ha Anbaufläche Gemüse in Unterglasanlagen erzeugt.

Gegenüber 1996 weniger Weißkohl und mehr Buschbohnen im Vertragsanbau

Der Vertragsanbau von Gemüse im Freiland nahm gegenüber 1996 um 286 ha auf nunmehr 1034 ha ab. Die wichtigsten Anbauarten waren dabei Spätweißkohl (317 ha), Buschbohnen (169 ha), Möhren und Karotten (137 ha), Spätrotkohl (115 ha) sowie Spinat (100 ha). Gegenüber 1996 waren, bezogen auf die angebauten Gemüsearten, deutliche Veränderungen der Flächenausdehnung zu beobachten. So nahm der Anbau von Spätweißkohl um 227 ha oder 42 % ab, demgegenüber stieg der Anbau von Buschbohnen um 131 ha oder 340 %. Im Flächenumfang nahezu konstant blieben der Anbau von Spätrotkohl und Einleggurken. Die Ausweitung des Buschbohnenanbaus ist im Wesentlichen auf die Bildung einer Erzeugergemeinschaft zurückzuführen. Die Einschränkung im Anbau von Spätweißkohl ist zum einen auf technologische Verbesserungen in der Verarbeitung zurückzuführen, zum anderen auf stagnieren-

de Absatzmärkte bei gleichzeitig schwankenden Hektarertträgen.

Spätweißkohl wird in Hessen zu 76 % im Vertragsanbau produziert, während dieser Wert im Bundesdurchschnitt lediglich 47 % beträgt. 91 % des Anbaus von Schälgurken waren vertraglich gebunden (Bundesdurchschnitt: 75 %). Bei Buschbohnen (32%), Einlegegurken (10%) und Grünkohl (11%) nahm der Anteil der jeweiligen im Vertragsanbau erzeugten Gemüseart gegenüber 1996 deutlich zu.

Mehr Schnittpflanzen im Freiland

Der Schwerpunkt des hessischen Zierpflanzenanbaus liegt im Regierungsbezirk Darmstadt. Dort hatten 403 oder knapp 60 % der hessischen Zierpflanzenanbauer ihren Betriebssitz und bewirtschafteten 285 ha oder gut 75 % der Zierpflanzenflächen.

Betrachtet man Hessen insgesamt, so nahm die Anzahl der Zierpflanzen anbauenden Betriebe gegenüber 1996 um 23 % ab, während die Entwicklung der Flächen uneinheitlich verlief. Die Freilandflächen gingen um 35 ha oder rund 10 % zurück, während im Unterglasanbau die Fläche um 14 ha bzw. 8,5 % zunahm. Alle erfragten Segmente, also Beet-

und Balkonpflanzen, Schnittpflanzen sowie Topfpflanzen erfuhr im Unterglasanbau Steigerungen der Anbaufläche. Im Freilandanbau dagegen wurde insbesondere der Anbau von Beet- und Balkonpflanzen reduziert. Der Anbau von Schnittpflanzen im Freiland erfuhr jedoch gegenüber 1996 eine Steigerung um 33 ha oder 18 % auf nunmehr 218 ha. Zu dieser Entwicklung tragen sicherlich die Flächen zum Selbstpflücken, vergleichbar dem Erdbeeranbau, bei.

Weniger Erdbeerflächen

Die abgeerntete Fläche von Erdbeeren verringerte sich gegenüber 1996 um gut 70 ha auf rund 400 ha. Neuanpflanzungen waren im Jahr 2000 für 160 ha gemeldet worden und überstiegen somit nur geringfügig die Zahl der bis zum Jahresende gerodeten Flächen um knapp 5 ha. Die durchschnittliche Anbaufläche je Betrieb lag bei 1,75 ha gegenüber 1,9 ha in 1996 und 1,3 ha in 1992.

Neu hinzugekommen ist der Anbau von Erdbeeren unter Glas, der sich erst in der Hälfte der Bundesländer etabliert hat und 1996 in Hessen noch nicht festgestellt werden konnte. Unter den 228 Betrieben, die im Jahr 2000 Erdbeeren anbauten, waren 7 Betriebe mit 1,2 ha im Unterglasanbau. □

Hessische Kreiszahlen

Ausgewählte Daten für Landkeise und kreisfreie Städte

Für Strukturanalysen und Kreisvergleiche bringt diese Veröffentlichung zweimal jährlich reichhaltiges Material über jeden Landkreis aus allen Bereichen der amtlichen Statistik. Einiges Kreismaterial wird speziell für diese Veröffentlichung aufbereitet.

Jedes Heft enthält zusätzlich Daten für die *kreisangehörigen Gemeinden mit 50 000 und mehr Einwohnern* und für den *Umlandverband Frankfurt*.

Ein Anhang bietet ausgewählte Daten im *Zeitvergleich*.

Format DIN A4, Umfang 50 bis 70 Seiten, Preis für Einzelheft 12,00 DM, Jahresabonnement (2 Hefte) 20,40 DM (zzgl. Versandkosten).

Die „Hessischen Kreiszahlen“ sind auch auf Diskette lieferbar! (ab Ausgabe III/97)

Systemvoraussetzungen: IBM-kompatibler PC ab 486, Windows 3.1 oder höher, Windows 95 oder Windows NT. Geliefert wird eine 3,5 Zoll Diskette. Die Daten sind benutzerfreundlich abrufbar; benötigt wird Excel 97 oder höher. Preis: 12,00 DM bei Einzellieferung; Jahresabonnement (2 Disketten) 20,40 DM (zzgl. Versandkosten).

Bestellen Sie bei Ihrer Buchhandlung oder direkt bei uns.

W-78

Hessisches Statistisches Landesamt · 65175 Wiesbaden

- Die am **Preisindex für die Lebenshaltung** aller privaten Haushalte in Hessen gemessenen Verbraucherpreise waren im Juli um 2,3 % höher als ein Jahr zuvor. Die entsprechende Teuerungsrate betrug im Juni noch 2,7 % und im Mai war mit 3,0 % der höchste Stand seit Februar 1994 erreicht worden. Für den Rückgang des Preisauftriebs war die Entwicklung bei Kraftstoffen, Heizöl und Gas entscheidend. Kraftstoffe waren im Juli um 1,6 % billiger als im gleichen Monat des Vorjahres, nachdem sie im Juni noch um 3,3 % teurer als vor Jahresfrist gewesen waren. Für Heizöl sank die Jahres-teuerungsrate von 10,6 % im Juni auf 1,0 % im Juli und für Gas von 24,0 auf 18,2 %. Die seit Monaten feststellbare Beschleunigung des Preisauftriebs bei Nahrungsmitteln hielt nicht an, sie waren im Juli aber immer noch um 5,5 % teurer als vor Jahresfrist. Im Juni hatte die entsprechende Rate noch 6,0 % betragen. Auch die kurzfristige Teuerung ließ nach. Von Juni auf Juli nahm der Preisindex nur um 0,1 % zu. Im Juni lag er um 0,2 % und im Mai um 0,4 % höher als im jeweiligen Vormonat. Von Juni auf Juli 2000 hatte er sogar um 0,5 % zugenommen. Auch bei der kurzfristigen Preisentwicklung spielten die Mineralölprodukte eine besondere Rolle. Kraftstoffe und Heizöl waren im Juli dieses Jahres um 5,0 bzw. 4,9 % billiger als im Juni. Für Nahrungsmittel gingen die Preise binnen Monatsfrist im Durchschnitt um 0,6 % zurück.

- Was könnte Eschborn mit Hesseneck, Jossgrund und Ludwigsau bald gemeinsam haben? Wie die drei letztgenannten hessischen Gemeinden, könnte auch Eschborn zu denen gehören, die schuldenfrei in das Euro-Zeitalter eintreten. Nach der **Schuldenstatistik der hessischen Gemeinden** jedenfalls wiesen die Schuldbücher von Hesseneck, Jossgrund und Ludwigsau zum 31.12.2000 keine Mark mehr aus, und für Eschborn errechneten sich Schulden von lediglich 5 DM je Einwohner. In einer aufsteigenden Listung der hessischen Gemeinden nach der Pro-Kopf-Verschuldung steht Gründau mit 11 DM vor Kirchheim mit 12 DM. Am Ende dieses Schuldenrankings mussten sich nicht mehr die Einwohner von Frankfurt am Main mit 6101 DM pro Kopf die größte etatmäßige Schuldenlast unter Hessens Kommunen zurechnen lassen (im Vorjahr lag Frankfurt mit 6658 DM für jeden der rund 645 000 Frankfurter noch an letzter Stelle). Denn in Waldkappel stand zum 31.12.2000 jeder Einwohner rechnerisch mit 7175 DM in der Kreide, dies waren fast 1030 DM je Einwohner mehr als Ende 1999.

- Im Jahr 2000 schlossen knapp 42 000 Jugendliche in Hessen einen Ausbildungsvertrag neu ab, fast 700 weniger als im Vorjahr. In den Ausbildungsberufen im Bereich Information und Telekommunikation (IT-Berufe) erfolgte allerdings binnen Jahresfrist ein deutlicher Anstieg der Neuabschlüsse um fast 500 auf nun rund 2100. Von den **Ausbildungsanfängern in den IT-Berufen** erlernte der größte Teil (1220 bzw. 59 %) den Beruf

Fachinformatiker/in, gefolgt von den Berufen IT-System-Elektroniker/in (310; 15 %), Informatikkaufmann/-frau (230; 11 %), IT-Systemkaufmann/-frau (200; 9 %) und Informations-elektroniker/in (120; 6 %). Von den insgesamt knapp 113 000 Auszubildenden in Hessen am Jahresende 2000 wurden 4400 — darunter knapp 600 Frauen — in einem der 5 IT-Berufe ausgebildet. Binnen Jahresfrist stieg damit der Anteil der Auszubildenden in IT-Berufen von 2,8 auf 3,9 %.

- Die regionale Entwicklung der **Erwerbstätigkeit** in Hessen während der Neunzigerjahre war durch einen Rückgang der Arbeitsplätze in den kreisfreien Städten von 1,059 Millionen in 1991 auf 1,032 Millionen in 1999 gekennzeichnet. Dem stand eine Zunahme der Erwerbstätigen in den Landkreisen von 1,832 auf 1,883 Millionen gegenüber. Das zeigen die ab 1997 noch vorläufigen Ergebnisse der Neuberechnung der Erwerbstätigkeit in den hessischen kreisfreien Städten und Landkreisen. Als Saldo dieser gegenläufigen Entwicklung reichte es auf Landesebene nur zu einer Aufstockung der Arbeitsplätze um 24 300 oder 0,8 % auf 2,915 Mill. im Untersuchungszeitraum. In den drei Regierungsbezirken Darmstadt (+ 1,1 %), Kassel (+ 0,4 %) und Gießen (+ 0,3 %) verlief die Entwicklung ebenfalls positiv. Das Land-/Stadtgefälle bei der Entwicklung der Erwerbstätigkeit in Hessen während der Neunzigerjahre hat zwei Ursachen. Zum einen verlief der Beschäftigungsabbau im Produzierenden Gewerbe in den kreisfreien Städten (– 29,2 %) deutlich heftiger als in den Landkreisen (– 16,0 %). Die Schaffung neuer Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor erreichte dagegen in den kreisfreien Städten (+ 6,2 %) viel weniger Dynamik als in den Landkreisen (+ 18,6 %). Während in den Landkreisen durch 192 000 neue Dienstleistungsarbeitsplätze der Verlust von 117 000 Stellen im Produzierenden Gewerbe mehr als ausgeglichen werden konnte, führte in den hessischen Großstädten der Verlust von 76 000 Stellen im Produzierenden Gewerbe bei nur 49 000 neuen Dienstleistungsarbeitsplätzen zu einem Rückgang der Erwerbstätigkeit. In vielen Fällen sind offensichtlich Arbeitsplätze aus den Städten in das Umland verlagert worden, so aus der kreisfreien Stadt Kassel (– 5,5 %) in den Landkreis Kassel (+ 4,8 %), aus Darmstadt (– 4,6 %) nach Darmstadt-Dieburg (+ 4,8 %), aus Frankfurt am Main (– 2,2 %) in den Main-Taunus-Kreis (+ 11,9 %), Hochtaunuskreis (+ 8,3 %) und Wetteraukreis (+ 7,8 %).

- Der Rückgang der **Unfälle im Straßenverkehr**, bei denen Menschen zu Schaden kamen, setzte sich im Mai fort. Von Januar bis Mai dieses Jahres kam es auf Hessens Straßen zu insgesamt 10 267 Unfällen mit Personenschaden, 3,9 % weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum. Die Zahl der getöteten Menschen betrug in den ersten fünf Monaten 184, dies waren 9 Tote oder 4,7 % weniger als ein Jahr zuvor. Außerdem wurden 13 929 Personen verletzt, davon 2401 schwer und 11 528 leicht. Der Rückgang der Verletzten betrug im Vergleichszeitraum 3,5 %, wobei sich die Zahl der Schwerverletzten um 9,4 % und die der Leichtverletzten um 2,2 % verringerte.

Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen

Jahr Monat Vierteljahr	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾			Bauhauptgewerbe ³⁾		Einzelhandel	Preise	Arbeitsmarkt ⁷⁾				
	Volumenindex des Auftragseingangs ²⁾ 1995 = 100			Beschäftigte	Index des Auftrags-ein-gangs ⁴⁾ 1995 = 100	Beschäftigte	Index der Um-sätze ⁵⁾ 1995 = 100	Preis-index für die Lebens-haltung ⁶⁾ 1995 = 100	Arbeits-lose ⁸⁾	Arbeits-losen-quote ⁹⁾	Offene Stellen ⁸⁾	Kurz-arbeit (Personen) ¹⁰⁾
	ins-gesamt	Inland	Ausland									
Grundzahlen ¹¹⁾												
1998 D	105,8	101,1	114,5	470 074	83,1	40 519	101,5	104,1	254 050	10,0	26 021	6 505
1999 D	98,6	92,9	109,2	464 707	86,6	37 865	102,8	105,0	239 257	9,4	30 650	6 396
2000 D	105,2	96,3	121,7	459 468	85,1	35 786	103,0	107,0	214 875	8,1	37 527	5 156
2000 1. Vj. D	104,2	94,4	122,4	457 650	68,9	35 881	99,3	106,4
April	96,8	90,7	108,0	457 630	65,4	35 782	103,3	106,5	221 800	8,3	41 222	6 841
Mai	110,9	103,5	124,4	457 890	140,4	35 914	112,4	106,4	211 812	7,9	40 438	5 606
Juni	105,7	93,2	128,8	459 745	84,0	35 764	95,8	106,9	213 076	8,0	39 841	4 047
2. Vj. D	104,5	95,8	120,4	458 422	96,6	35 820	103,8	106,6
Juli	100,4	93,9	112,3	460 138	102,4	35 806	96,3	107,4	213 256	8,0	39 929	3 096
August	105,4	102,7	110,5	462 039	74,6	35 922	100,9	107,3	206 753	7,7	38 512	4 486
September	112,9	101,3	134,4	461 887	110,6	35 878	100,4	107,8	201 102	7,5	38 139	4 924
3. Vj. D	106,2	99,3	119,1	461 355	95,9	35 869	99,2	107,5
Oktober	108,2	96,5	129,8	461 162	85,5	36 072	102,7	107,5	196 354	7,3	35 763	4 783
November	110,0	99,9	128,7	461 091	76,0	35 726	110,1	107,7	195 173	7,3	34 950	4 518
Dezember	99,5	90,2	116,7	459 084	76,3	34 930	116,5	107,6	200 261	7,5	35 012	4 523
4. Vj. D	105,9	95,5	125,1	460 446	79,3	35 576	109,8	107,6
2001 Januar	105,1	94,6	124,5	457 265	64,6	33 622	96,7	108,1	211 728	7,9	37 651	6 118
Februar	107,1	92,0	134,8	456 130	62,5	33 250	91,9	108,8	210 709	7,9	41 524	8 431
März	118,5	111,5	131,2	456 909	80,5	33 197	110,4	108,9	204 313	7,6	43 155	8 160
1. Vj. D	110,2	99,4	130,2	456 768	69,2	33 356	99,7	108,6
April	96,2	89,5	108,7	456 287	76,1	33 423	102,6	109,2	200 712	7,5	42 863	7 050
Mai	103,6	94,6	120,2	456 171	104,1	33 145	110,1	109,6	194 170	7,1	41 363	6 463
Zu- bzw. Abnahme (–) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in % ¹¹⁾												
1998 D	3,0	7,1	– 3,0	– 2,3	– 12,7	– 10,9	1,4	1,3	– 2,6	.	21,7	– 44,8
1999 D	– 6,8	– 8,1	– 4,6	– 1,1	4,2	– 6,5	1,3	0,9	– 5,8	.	17,8	– 1,7
2000 D	6,7	3,7	11,4	– 1,1	– 1,7	– 5,5	0,2	1,9	– 10,2	.	22,4	– 19,4
2000 1. Vj.	9,7	7,2	13,8	– 2,0	– 17,4	– 4,3	1,1	2,1
April	– 2,9	– 3,5	– 1,9	– 1,3	– 9,6	– 4,0	0,9	1,6	– 9,4	.	23,4	– 21,7
Mai	13,2	11,1	16,7	– 1,3	66,0	– 3,4	13,1	1,5	– 10,1	.	27,9	– 11,4
Juni	2,8	– 4,9	15,4	– 0,9	– 21,3	– 4,3	– 6,3	1,9	– 8,7	.	27,1	– 41,8
2. Vj.	4,3	0,7	10,1	– 1,2	9,9	– 3,9	2,4	1,7
Juli	5,2	3,1	8,5	– 1,2	18,1	– 5,8	– 4,8	1,9	– 10,4	.	23,6	– 32,9
August	13,3	11,8	16,4	– 1,0	– 20,8	– 6,5	6,4	1,7	– 10,9	.	21,5	27,7
September	6,2	– 0,5	17,2	– 0,9	16,6	– 6,6	2,0	2,4	– 11,7	.	19,1	18,6
3. Vj.	8,1	4,6	14,1	– 1,1	1,4	– 6,6	1,1	2,0
Oktober	7,1	2,1	14,8	– 0,3	– 14,4	– 7,4	– 2,5	2,1	– 12,9	.	17,9	– 1,5
November	1,7	1,2	2,3	– 0,2	27,8	– 7,3	– 0,8	2,1	– 13,3	.	20,8	– 26,1
Dezember	5,4	3,0	9,2	– 0,2	– 15,7	– 7,6	– 6,0	1,8	– 12,8	.	15,3	3,9
4. Vj.	4,6	2,0	8,5	– 0,2	– 4,8	– 7,4	– 3,2	2,0
2001 Januar	12,9	14,4	11,1	– 0,1	25,6	– 7,3	6,5	1,9	– 11,4	.	16,6	7,1
Februar	5,4	0,3	12,4	– 0,3	1,7	– 7,2	– 4,6	2,3	– 10,9	.	12,2	21,9
März	0,4	2,5	– 2,9	– 0,2	– 14,2	– 6,6	– 0,5	2,2	– 10,7	.	9,2	27,0
1. Vj.	5,8	5,3	6,4	– 0,2	– 10,8	– 7,0	0,4	2,1
April	– 0,6	– 1,3	0,6	– 0,3	16,4	– 6,6	– 0,7	2,5	– 9,5	.	4,0	3,1
Mai	– 6,6	– 8,6	– 3,4	– 0,4	– 25,9	– 7,7	– 2,0	3,0	– 8,3	.	2,3	15,3
Zu- bzw. Abnahme (–) jeweils gegenüber dem Vormonat bzw. dem Vorquartal in % ¹¹⁾												
2000 1. Vj.	3,0	0,9	6,2	– 0,8	– 17,3	– 6,6	– 12,4	0,9
April	– 18,0	– 16,6	– 20,1	– 0,1	– 30,3	0,7	– 6,9	– 0,1	– 3,1	.	4,3	6,5
Mai	14,6	14,1	15,2	0,1	114,8	0,4	8,8	– 0,1	– 4,5	.	– 1,9	– 18,1
Juni	– 4,7	– 10,0	3,5	0,4	– 40,2	– 0,4	– 14,8	0,5	0,6	.	– 1,5	– 27,8
2. Vj.	0,3	1,5	– 1,6	0,2	40,2	– 0,2	4,5	0,2
Juli	– 5,0	0,8	– 12,8	0,1	21,9	0,1	0,5	0,5	0,1	.	0,2	– 23,5
August	5,0	9,4	– 1,6	0,4	– 27,1	0,3	4,8	– 0,1	– 3,0	.	– 3,5	44,9
September	7,1	– 1,4	21,6	– 0,0	48,2	– 0,1	– 0,5	0,5	– 2,7	.	– 1,0	9,8
3. Vj.	1,6	3,7	– 1,1	0,6	– 0,7	0,1	– 4,4	0,8
Oktober	– 4,2	– 4,7	– 3,4	– 0,2	– 22,7	0,5	2,3	– 0,3	– 2,4	.	– 6,2	– 2,9
November	1,7	3,5	– 0,8	– 0,0	– 11,1	– 1,0	7,2	– 0,1	– 0,6	.	– 2,3	– 5,5
Dezember	– 9,5	– 9,7	– 9,3	– 0,4	0,3	– 2,2	5,8	– 0,1	2,6	.	0,2	0,1
4. Vj.	– 0,3	– 3,8	5,0	– 0,2	– 17,3	– 0,8	10,7	0,1
2001 Januar	5,6	4,9	6,7	– 0,4	– 15,3	– 3,7	– 17,0	0,5	5,7	.	7,5	35,3
Februar	1,9	– 2,7	8,3	– 0,2	– 3,3	– 1,1	– 5,0	0,6	– 0,5	.	10,3	37,8
März	10,6	21,2	– 2,7	– 0,2	28,7	– 0,2	20,1	0,1	– 3,0	.	3,9	– 3,2
1. Vj.	4,1	4,1	4,1	– 0,8	– 12,7	– 6,2	– 9,2	0,9
April	– 18,8	– 19,7	– 17,1	– 0,1	– 5,4	0,7	– 7,1	0,3	– 1,8	.	– 0,7	– 13,6
Mai	7,7	5,7	10,6	– 0,0	36,8	– 0,8	7,3	0,4	– 3,3	.	– 3,5	– 8,3

1) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten. Wegen der Umstellung auf die neuen EU-Klassifikationen ab 1995 sind Vorjahresvergleiche nicht möglich. — 2) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 3) Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten. — 4) Wertindex. — 5) Ohne Mehrwertsteuer. — 6) Alle privaten Haushalte. — 7) Quelle: Landesarbeitsamt Hessen. — 8) Bei Monatswerten Stand am Monatsende. — 9) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 10) Bei Monatswerten Stand Monatsmitte. — 11) Gegenüber der letzten Ausgabe teilweise berichtigte Ergebnisse.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	1998	1999	1999			2000			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
BEVÖLKERUNG										
* Bevölkerung am Monatsende ¹⁾	1000	6 032,5	6 042,8	6 051,0	6 051,8	6 052,0	6 064,4	6 067,4	6 068,2	...
Natürliche Bevölkerungsbewegung:										
* Eheschließungen ²⁾	Anzahl	2 666	2 718	2 388	1 785	3 086	3 505	2 159	1 719	...
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	5,3	5,4	4,6	3,6	6,0	7,1	4,2	3,5	...
* Lebendgeborene ³⁾	"	5 047	4 916	4 527	4 781	5 699	4 815	5 163	4 609	...
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	10,0	9,8	8,8	9,6	11,1	9,7	10,0	9,3	...
* Gestorbene ⁴⁾ (ohne Totgeborene)	"	5 082	5 088	4 564	5 244	5 942	4 452	4 998	4 876	...
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	10,1	10,1	8,9	10,5	11,6	9,0	9,7	9,8	...
* darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene	"	24	22	22	10	25	18	15	28	...
auf 1000 Lebendgeborene	"	4,8	4,5	4,9	2,1	4,4	3,7	2,9	6,1	...
Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	"	- 34	- 172	- 37	- 463	- 243	363	165	- 267	...
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	- 0,1	- 0,4	- 0,1	- 0,9	- 0,5	0,7	0,3	- 0,5	...
Wanderungen:										
* Zuzüge über die Landesgrenzen	Anzahl	13 316	14 164	16 238	14 539	12 931	15 451	17 501	14 727	...
* darunter aus dem Ausland	"	5 443	6 186	6 777	5 855	4 916	6 778	7 483	6 419	...
* Fortzüge über die Landesgrenzen	"	12 995	12 591	13 981	13 360	12 475	13 492	14 696	13 632	...
* darunter in das Ausland	"	6 000	9 114	5 586	6 113	5 243	5 768	5 891	6 384	...
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	"	320	1 574	2 257	1 179	456	1 959	2 805	1 095	...
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁵⁾	"	18 531	19 091	18 967	21 096	21 644	17 567	19 633	19 452	...
		1999	2000	2000			2001			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
ARBEITSMARKT										
* Arbeitslose am Monatsende ⁶⁾	Anzahl	239 257	214 875	221 800	211 812	213 076	204 313	200 712	194 170	198 138
* darunter Frauen	"	105 186	96 519	98 197	95 085	97 157	89 548	89 329	86 988	90 106
Männer	"	134 071	118 356	123 603	116 727	115 919	114 765	111 383	107 182	108 032
Ausländer	"	51 080	45 177	47 239	45 162	44 332	43 475	42 840	41 574	41 534
Jugendliche unter 20 Jahren	"	5 747	5 442	5 155	4 622	5 732	4 729	4 627	4 385	5 631
* Arbeitslosenquote ⁷⁾ insgesamt	%	9,4	8,1	8,3	7,9	8,0	7,6	7,5	7,1	7,2
* darunter der Frauen	"	9,1	8,0	8,0	7,7	7,9	7,3	7,2	6,8	7,0
Männer	"	9,6	8,3	8,5	8,1	8,0	7,9	7,7	7,3	7,4
Ausländer	"	17,2	14,8	15,4	14,7	14,4	14,1	13,9	14,1	14,1
Jugendlichen unter 20 Jahren	"	8,0	5,8	5,0	4,5	6	4,6	4,5	3,5	4,6
* Offene Stellen am Monatsende ⁶⁾	Anzahl	30 650	37 527	41 222	40 438	39 841	43 155	42 863	41 363	39 438
* Kurzarbeiter (Monatsmitte) ⁶⁾	"	6 396	5 156	6 841	5 606	4 047	8 160	7 050	6 463	5 528
		1998	1999	1998			1999			
		Durchschnitt ¹⁰⁾		Juni	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.
* Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer am Arbeitsort insgesamt ⁸⁾¹¹⁾	1000	2 105,3	2 130,8	2 093,0	2 128,8	2 110,9	2 102,7	2 116,0	2 153,0	2 151,5
* darunter Frauen	"	903,7	916,6	896,9	911,4	906,7	906,1	908,0	924,0	928,3
Ausländer	"	226,6	227,8	225,8	229,6	226,0	225,0	227,0	231,1	227,9
* Teilzeitbeschäftigte	"	310,0	.	307,7	310,9	315,1	316,2	.	.	.
darunter Frauen	"	272,5	.	271,1	273,4	275,0	274,7	.	.	.
darunter ausgew. Wirtschaftsabschnitte ⁹⁾ :										
* Bergbau	"	.	.	.	9,2	8,8	8,6	.	.	.
* darunter Frauen	"	.	.	.	0,9	0,9	0,9	.	.	.
* Verarbeitendes Gewerbe	"	.	.	.	543,0	535,8	530,2	.	.	.
* darunter Frauen	"	.	.	.	142,6	139,9	138,2	.	.	.
* Energie- und Wasserversorgung	"	.	.	.	17,0	17,0	17,6	.	.	.
* darunter Frauen	"	.	.	.	3,0	2,9	3,2	.	.	.
* Baugewerbe	"	.	.	.	136,0	129,7	125,7	.	.	.
* darunter Frauen	"	.	.	.	16,0	15,8	15,4	.	.	.
* Handel- und Gastgewerbe	"	.	.	.	388,6	384,4	382,7	.	.	.
* darunter Frauen	"	.	.	.	188,0	186,1	185,4	.	.	.
* Verkehr- und Nachrichtenübermittlung	"	.	.	.	144,2	144,1	144,5	.	.	.
* darunter Frauen	"	.	.	.	47,8	47,8	48,2	.	.	.
* Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	"	.	.	.	139,3	138,9	139,1	.	.	.
* darunter Frauen	"	.	.	.	68,7	68,4	68,4	.	.	.
* Grundstückswesen, Vermietung, Dienstleistungen für Unternehmen	"	.	.	.	249,2	250,9	253,6	.	.	.
* darunter Frauen	"	.	.	.	111,1	111,5	113,2	.	.	.
* öffentliche Verwaltung u. ä.	"	.	.	.	130,7	130,3	129,1	.	.	.
* darunter Frauen	"	.	.	.	74,9	74,9	74,6	.	.	.
* öffentliche und private Dienstleistungen (ohne öffentl. Verwaltung)	"	.	.	.	356,6	358,0	357,9	.	.	.
* darunter Frauen	"	.	.	.	254,2	254,8	254,7	.	.	.

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Fortschreibungsergebnisse auf der Basis der Bevölkerungsfeststellung vom 25. Mai 1987 (Volkszählung). — 2) Nach dem Ereignisort. — 3) Nach der alleinigen oder der Hauptwohnung der Mutter. — 4) Nach der alleinigen oder Hauptwohnung des Verstorbenen. — 5) Ohne innerhalb der Gemeinden Umgezogene. — 6) Quelle: Landesarbeitsamt Hessen. — 7) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 8) Einschl. Land- und Forstwirtschaft, Fischerei. Quelle: Bundesanstalt für Arbeit. — 9) Auf Grund der Einführung der neuen Wirtschaftszweigsystematik (WZ 93) ist die Vergleichbarkeit mit früheren Erhebungen nicht gewährleistet. — 10) Durchschnitt für die Monate März, Juni, September und Dezember. — 11) Ein Nachweis in wirtschaftsfachlicher Gliederung ist auf Grund von Strukturverschiebungen zur Zeit nicht möglich.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1999	2000	2000			2001			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
LANDWIRTSCHAFT										
Schlachtungen ¹⁾ :										
Rinder	Anzahl	8 088	7 302	8 813	7 464	6 821	5 470	7 554	5 724	4 317
Kälber	"	341	350	260	513	233	206	246	342	167
Schweine	"	108 303	102 959	100 713	103 570	104 858	90 178	101 101	92 811	95 692
darunter hausgeschlachtet	"	9 044	7 765	9 916	7 853	4 958	9 942	11 639	7 638	4 357
Schlachtmengen ²⁾ :										
* Gesamtschlachtgewicht	Tonnen	11 653	11 148	11 156	11 483	11 661	9 099	10 706	10 301	10 320
darunter von	"									
* Rindern	"	2 207	2 032	2 315	2 086	2 032	1 354	1 852	1 519	1 239
* Kälbern	"	30	33	18	46	18	18	21	32	13
* Schweinen	"	9 099	8 686	8 329	8 778	9 153	7 390	8 243	7 853	8 422
Geflügel:										
* Erzeugte Konsumeier ³⁾	1000 St.	30 668	31 856	35 673	32 666	30 713	29 070	30 867	30 456	34 794
Milcherzeugung:										
Kuhmilcherzeugung	Tonnen	87 211	84 688	86 745	89 280	92 887	79 827	87 231	87 137	95 793
* darunter an Molkereien u. Händler geliefert	"	82 275	80 642	81 909	84 600	88 051	76 428	83 467	83 496	92 030
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	16,4	15,8	15,9	16,9	17,1	18,0	17,8	18,4	19,5
VERARBEITENDES GEWERBE ⁴⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	464,4	459,5	457,9	457,6	457,9	456,1	456,9	456,3	456,2
darunter Arbeiter (einschl. gewerbl. Azubi.)	"	275,0	271,1	270,0	269,1	269,1	269,4	269,8	269,2	269,0
* Geleistete Arbeiterstunden	"	35 589	34 952	38 229	32 756	37 739	34 142	36 786	33 350	35 706
* Bruttolohnsumme	Mill. DM	1 285,7	1 292,4	1 228,3	1 212,7	1 381,4	1 195,5	1 240,0	1 258,0	1 393,8
* Bruttogehaltssumme	"	1 424,5	1 446,6	1 419,6	1 408,0	1 514,4	1 349,7	1 442,1	1 458,0	1 554,2
* Gesamtumsatz (ohne MwSt.)	"	12 763,0	13 425,7	14 686,6	11 950,7	14 432,0	12 741,0	14 642,1	12 852,6	14 063,8
* darunter Auslandsumsatz	"	4 278,5	5 016,1	5 598,5	4 389,7	5 344,5	4 958,6	5 701,0	4 855,1	5 208,2
Exportquote ⁵⁾	%	33,5	37,4	38,1	36,7	37,0	38,9	38,9	37,8	37,0
Index der Nettoproduktion insgesamt ⁶⁾										
1991 = 100	
darunter										
Vorleistungsgüterproduzenten	"
Investitionsgüterproduzenten	"
Gebrauchsgüterproduzenten	"
Verbrauchsgüterproduzenten	"
Index der Nettoproduktion im Verarbeitenden Gewerbe ⁷⁾										
1991 = 100	
darunter										
Chemische Industrie	"
Maschinenbau	"
Fahrzeugbau	"
Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik usw.	"
Volumenindex des Auftragseingangs ⁷⁾ insgesamt										
1995 = 100 % ⁸⁾		- 6,8	6,7	9,3	- 2,9	13,2	5,4	0,4	- 0,6	- 6,6
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	"	- 1,9	5,6	7,4	- 0,2	17,7	- 0,5	- 3,3	0,1	- 7,0
Investitionsgüterproduzenten	"	- 14,3	9,2	13,6	- 8,3	10,9	17,6	0,0	- 0,6	- 9,3
Gebrauchsgüterproduzenten	"	- 8,8	10,5	18,8	37,0	8,2	9,3	- 1,6	- 28,3	5,0
Verbrauchsgüterproduzenten	"	- 1,2	2,9	2,2	- 11,3	1,1	- 3,9	26,1	13,2	3,0
Volumenindex des Auftragseingangs nach ausgewählten Branchen:										
% ⁸⁾										
Chemische Industrie	"	- 2,3	6,7	8,3	- 4,0	14,6	- 6,1	3,0	2,5	- 4,8
Maschinenbau	"	- 5,9	15,8	25,0	4,4	15,1	4,8	- 9,5	- 12,7	- 4,3
Kraftwagen und -teile	"	- 20,0	- 9,3	- 18,6	- 37,9	- 5	- 2,0	- 12,0	24,8	- 12,1
Herstellung von Metallerzeugnissen	"	- 1,4	5,5	7,1	- 3,6	16,5	- 3,3	- 3,5	2,9	- 6,2
ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	2 278,0	2 128,5	2 641,0	2 193,8	1 852,3
* Stromverbrauch ⁹⁾	"	2 714,2	2 895,0	3 031,3	2 635,7	2 661,3

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Gewerbliche und Hausschlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft. — 2) Gewerbliche Schlachtungen (ohne Geflügel); einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. — 3) In Betrieben ab 3000 Hennenhaltungsplätzen. — 4) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 5) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. — 6) Kalendermonatlich. — 7) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 8) Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Vorjahresmonat. — 9) Ohne Pumpstromverbrauch und ohne Übertragungsverluste; ohne Eigenverbrauch der Kraftwerke.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	1999	2000	2000			2001			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
BAUGEWERBE										
B a u h a u p t g e w e r b e ¹⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	62,1	60,7	59,9	60,3	60,5	57,7	57,6	57,9	57,4
darunter										
Facharbeiter ²⁾	"	32,6	32,0	31,6	31,8	32,0	30,0	30,0	30,1	29,5
Fachwerker und Werker	"	9,8	9,5	9,1	9,3	9,4	8,7	8,8	8,9	9,0
gewerblich Auszubildende	"	3,1	2,9	3,0	3,0	3,0	2,8	2,7	2,7	2,7
* Geleistete Arbeitsstunden	"	5 923	5 756	5 905	5 585	6 835	4 475	5 187	5 309	6 041
darunter für den										
Wohnungsbau	"	2 262	2 214	2 293	2 186	2 725	1 768	2 017	1 998	2 239
* gewerblichen und industriellen Bau	"	1 812	1 716	1 716	1 607	1 915	1 379	1 569	1 554	1 740
öffentlichen und Verkehrsbau	"	1 817	1 798	1 868	1 760	2 167	1 310	1 578	1 725	2 009
* Bruttolohnsumme ³⁾	Mill. DM	190,4	188,1	175,7	186,7	197,5	142,1	156,0	183,6	186,6
* Bruttogehaltssumme	"	80,9	78,2	73,8	78,0	73,8	69,4	69,6	74,4	71,6
Baugewerblicher Umsatz (ohne MwSt.)	"	1 039,2	1 001,1	930,1	871,2	1 020,2	794,9	860,3	802,9	1 006,3
* Index des Auftragseingangs ⁴⁾	1995 = 100	86,6	85,1	93,7	65,4	140,4	62,5	80,5	76,1	104,1
darunter										
Wohnungsbau	"	66,5	53,2	62,0	61,3	68,2	43,1	49,2	48,8	59,7
* gewerblicher und industrieller Bau	"	90,9	99,6	91,6	59,5	185,5	59,8	93,1	90,2	125,7
* öffentlicher und Verkehrsbau	"	92,4	84,9	113,8	74,9	124,3	76,5	82,0	73,6	101,7
A u s b a u g e w e r b e ⁵⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	25,2	24,6	24,5	.	.	.	23,7	.	.
* Geleistete Arbeitsstunden	"	7 316	7 148	7 075	.	.	.	6 694	.	.
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mill. DM	330,5	337,4	322,7	.	.	.	311,6	.	.
* Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne MwSt.)	"	1 036,3	1 203,3	1 007,4	.	.	.	921,5	.	.
BAUGENEHMIGUNGEN										
* Wohngebäude (Neu- und Wiederaufbau) ⁶⁾	Anzahl	1 048	913	951	1 020	1 167	697	850	798	862
darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	"	932	818	843	910	1 062	607	737	712	759
* Umbauter Raum der Wohngebäude ⁶⁾	1000 m ³	1 151	1 021	1 101	1 190	1 241	831	1 075	919	1 037
* Wohnfläche in Wohngebäuden ⁶⁾	1000 m ²	213	188	198	221	236	154	194	168	187
* Veranschlagte reine Baukosten der Wohngebäude ⁷⁾	1000 DM	645 188	513 757	565 396	585 766	614 456	441 010	546 666	484 695	548 355
* Nichtwohngebäude (Neu- u. Wiederaufbau) ⁶⁾	Anzahl	271	245	208	276	312	175	242	193	214
* Umbauter Raum der Nichtwohngebäude ⁶⁾	1000 m ³	808	875	735	857	805	676	1 170	1 320	1 158
* Nutzfläche in Nichtwohngebäuden ⁶⁾	1000 m ²	190	186	172	199	192	135	227	213	212
* Veranschlagte reine Baukosten der Nichtwohngebäude ⁷⁾	1000 DM	348 572	415 718	381 725	332 956	351 653	351 101	506 736	656 466	461 527
* Wohnungen insgesamt ⁸⁾	Anzahl	2 278	1 968	2 077	2 236	2 413	1 707	1 959	1 800	2 092
* Wohnräume insgesamt ⁸⁾	"	11 744	10 306	10 987	11 743	12 720	8 210	9 854	9 131	10 666
EINZELHANDEL UND GASTGEWERBE										
E i n z e l h a n d e l										
* Index der Umsätze ⁹⁾ — real	1995 = 100	100,8	99,9	107,9	100,7	109,5	88,6	106,1	98,2	105,0
* Index der Umsätze ⁹⁾ — nominal	"	102,8	103,0	110,9	103,3	112,4	91,9	110,4	102,6	110,1
darunter (Einzelhandel mit)										
Waren verschiedener Art ¹⁰⁾	"	115,7	111,2	136,9	113,6	132,1	103,4	132,2	115,7	125,1
Kraftfahrzeugen ¹¹⁾ ; Tankstellen	"	101,7	101,4	106,5	102,3	104,5	90,7	107,0	103,7	106,5
Apotheken ¹²⁾	"	118,4	126,0	125,6	116,8	130,2	128,5	133,5	128,8	138,2
Bekleidung	"	86,4	87,2	82,3	87,9	92,5	69,1	90,2	87,2	92,3
Möbeln, Einrichtungsgegenständen ¹³⁾	"	95,6	88,0	93,7	85,1	88,8	79,3	96,1	84,2	87,2
Metallwaren und Anstrichmitteln ¹⁴⁾	"	97,7	107,0	114,6	119,7	128,8	79,8	109,3	112,7	137,7
* Beschäftigte im Einzelhandel (Index)	"	90,7	87,3	87,6	87,8	87,9	86,0	86,3	86,0	86,8
G a s t g e w e r b e										
* Index der Umsätze ⁹⁾ — real	1995 = 100	90,8	91,3	91,0	87,9	101,3	83,5	93,5	85,5	97,7
* Index der Umsätze ⁹⁾ — nominal	"	95,2	96,8	95,3	93,0	106,7	88,5	99,3	91,8	105,0
darunter										
Hotels, Gasthöfe, Pensionen, Hotels garnis	"	101,8	107,0	103,8	94,1	124,0	96,9	113,5	94,1	120,7
Restaurants, Cafés, Eisdielen, Imbisshallen	"	90,4	89,9	88,3	93,1	98,0	80,4	88,4	86,7	95,4
Kantinen und Caterer	"	105,6	107,8	108,4	99,3	108,1	101,9	113,4	107,3	110,5
* Beschäftigte im Gastgewerbe (Index)	"	88,2	84,6	82,5	84,9	85,6	86,6	88,6	90,2	88,7

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau. Nach der Totalerhebung hochgerechnete Ergebnisse. — 2) Einschl. Polieren und Meistern. — 3) Einschl. Entgelten für Poliere und Meister. — 4) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 5) Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe. Ab 1997 Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). Ergebnisse nach der neuen EU-Klassifikation liegen erst ab Januar 1996 vor. Vorjahresvergleiche sind nicht möglich. — 6) Ohne Gebäudeteile. — 7) Einschl. Gebäudeteilen. — 8) In Wohn- und Nichtwohngebäuden; alle Baumaßnahmen. — 9) Ohne Umsatzsteuer; teilweise berichtete Ergebnisse. — 10) Vor allem Warenhäuser, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte und Supermärkte. — 11) Sowie mit Kraftfahrzeugeilen und -zubehör. — 12) Sowie Drogerien und Einzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln. — 13) Sowie Hausrat. — 14) Sowie Bau- und Heimwerkerbedarf.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	1999	2000	2000			2001			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Jan.	Febr.	März	April
AUSSENHANDEL										
* A u s f u h r (Spezialhandel) insgesamt ¹⁾ davon	Mill. DM	4 212,1	4 897,6	5 234,3	4 633,1	4 805,2	5 028,4	5 203,0	5 454,6	...
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	104,7	117,6	102,2	108,8	139,2	100,6	96,3	90,2	...
* Güter der gewerblichen Wirtschaft davon	"	4 107,4	4 780,0	5 132,1	4 524,2	4 665,9	4 927,8	5 106,7	5 364,4	...
* Rohstoffe	"	36,6	42,6	47,7	47,0	49,6	50,4	40,3	34,5	...
* Halbwaren	"	322,2	383,4	458,6	354,0	316,4	372,4	397,1	379,1	...
* Fertigwaren	"	3 748,5	4 354,0	4 625,8	4 123,2	4 300,0	4 505,1	4 669,4	4 950,8	...
* davon	"									
* Vorerzeugnisse	"	745,9	922,3	1 138,4	927,4	962,0	960,0	852,0	968,2	...
* Enderzeugnisse	"	3 002,7	3 431,8	3 487,4	3 195,8	3 338,0	3 545,1	3 817,3	3 982,5	...
Unter den Fertigwaren waren										
chemische Erzeugnisse	"	1 047,3	1 293,5	1 496,4	1 282,8	1 362,3	1 312,4	1 500,7	1 403,3	...
Maschinen	"	666,2	739,8	713,3	717,1	708,8	785,4	739,9	915,2	...
Fahrzeuge	"	587,4	585,9	672,8	418,9	620,5	556,8	683,0	581,3	...
elektrotechnische Erzeugnisse	"	472,3	566,8	563,7	549,6	513,1	681,1	597,2	774,6	...
Eisen- und Metallwaren	"	302,8	382,4	387,4	413,8	338,8	358,2	346,9	401,1	...
Ausfuhr nach ausgew. Verbrauchsländern:										
* EU-Länder ²⁾ darunter	"	2 300,1	2 562,6	2 826,9	2 554,0	2 486,2	2 687,1	2 933,4	2 696,4	...
Vereinigtes Königreich	"	364,3	365,9	404,8	357,3	350,0	389,9	514,5	439,8	...
Frankreich	"	417,0	479,9	509,5	432,4	420,5	515,4	651,0	491,9	...
Italien	"	298,8	370,8	433,5	415,8	363,8	379,8	360,4	386	...
Niederlande	"	266,7	285,4	323,6	314,0	302,5	265,9	338,6	271,4	...
Belgien	"	195,5	220,4	242,6	207,1	201,7	223,2	240,4	231,9	...
Luxemburg	"	25,8	22,1	27,6	27,3	25,5	30,1	17,1	46,1	...
Österreich	"	236,4	244,4	254,2	249,6	25,5	262,1	241,9	240,7	...
EFTA-Länder ³⁾ darunter	"	234,9	275,6	269,9	234,5	238,9	264,5	311,2	310,9	...
Schweiz	"	199,1	240,0	230,8	203,7	256,1	229,4	271,8	263,2	...
Norwegen	"	32,5	30,9	35,7	26,5	31,9	31,5	36,8	44,8	...
USA	"	429,1	509,5	566,2	460,2	478,0	497,1	455,3	589,7	...
* E i n f u h r (Generalhandel) insgesamt ¹⁾ davon	"	7 173,5	8 764,2	9 528,1	8 082,3	9 418,5	9 623,5	8 341,3	8 808,1	...
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	322,2	346,1	316,8	314,8	381,2	353,5	312,5	352,1	...
* Güter der gewerblichen Wirtschaft davon	"	6 851,3	8 418,1	9 211,4	7 767,5	9 037,3	9 270,0	8 028,8	8 456,0	...
* Rohstoffe	"	77,0	102,5	100,6	85,5	102,2	95,5	98,2	97,1	...
* Halbwaren	"	699,3	790,5	608,7	705,5	727,9	896,0	721,3	658,6	...
* Fertigwaren	"	6 074,9	7 525,1	8 502,0	6 976,5	8 207,2	8 278,5	7 209,3	7 700,3	...
* davon	"									
* Vorerzeugnisse	"	669,5	869,3	978,1	755,2	887,3	866,1	901,0	945,6	...
* Enderzeugnisse	"	5 405,5	6 655,8	7 523,9	6 221,3	7 319,8	7 412,4	6 308,4	6 754,8	...
* Einfuhr aus EU-Ländern ²⁾	"	3 372,3	4 049,7	4 336,0	3 620,0	4 570,3	4 368,5	4 017,5	4 214,5	...
FREMDENVERKEHR ⁴⁾										
* Gästeankünfte	1000	763	816	756	732	978	672	674	805	745
* darunter von Auslandsgästen	"	191	211	176	173	235	180	172	193	179
* Gästeübernachtungen	"	2 000	2 138	1 919	1 988	2 418	1 802	1 787	2 073	2 013
darunter von Auslandsgästen	"	370	409	351	327	444	400	370	404	330
Gästeübernachtungen nach Berichts- gemeindegruppen:										
Heilbäder	"	600	644	594	618	697	535	557	614	625
Luftkurorte	"	133	131	92	113	153	79	81	100	117
Erholungsorte	"	94	98	64	96	114	54	62	65	99
Sonstige Gemeinden	"	1 173	1 265	1 168	1 159	1 454	1 133	1 087	1 292	1 172
darunter Großstädte	"	526	575	567	508	631	590	538	642	509
VERKEHR										
B i n n e n s c h i f f f a h r t										
Güterumschlag insgesamt	1000 t	1 301	1 350	1 355	1 322	1 413	1 179	1 339	1 121	1 293
davon	"									
* Güterversand	"	205	226	303	248	216	236	212	169	200
* Gütererfang	"	1 096	1 124	1 052	1 074	1 197	942	1 127	953	1 092

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Ab Januar 2000 vorläufige Zahlen. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung von Einfuhr- und Ausfuhrergebnissen nicht vertretbar. — 2) Mitgliedsländer nach dem Stand von Januar 1995 (Frankreich, Belgien, Luxemburg, Niederlande, Italien, Vereinigtes Königreich, Rep. Irland, Dänemark, Griechenland, Spanien, Portugal, Schweden, Finnland, Österreich). — 3) Mitgliedsländer nach dem Stand vom Januar 1997 (Island, Norwegen, Liechtenstein, Schweiz). —

4) Alle Beherbergungsstätten mit mindestens 9 Betten, einschl. Jugendherbergen und Kinderheimen. Besteht eine Gemeinde aus mehreren Ortsteilen, so werden die Ortsteile mit Fremdenverkehr jeweils der in Frage kommenden Gemeindegruppe zugeordnet. Die Gemeindegruppe „Erholungsorte“ enthält nur noch die staatlich anerkannten Erholungsorte; die bisherigen „Erholungsorte ohne Prädikat“ werden der Gruppe „Sonstige Gemeinden“ zugeordnet.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	1999	2000	2000			2001				
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
Noch: VERKEHR											
Straßenverkehr											
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge ¹⁾ darunter	Anzahl	34 124	30 577	43 752	29 550	38 912	27 867	39 515	33 205	36 838	
Personenkraftwagen (einschl. Kombi)	"	29 759	26 145	34 530	23 588	32 794	23 393	33 386	27 477	31 219	
* Lkw (auch mit Spezialaufbau)	"	1 877	1 868	2 177	1 819	2 223	1 476	2 115	1 995	2 026	
Krafträder und dreirädrige Kraftfahrzeuge	"	2 073	1 998	5 898	3 494	3 153	2 588	2 788	2 956	2 880	
Zugmaschinen (zulassungspflichtige)	"	297	287	346	270	329	245	307	354	332	
Straßenverkehrsunfälle											
* Unfälle mit Personenschaden	"	2 310	2 252	2 057	2 037	2 797	1 662	2 000	2 115	2 554	
* Getötete Personen ²⁾	"	47	45	32	39	44	39	23	37	44	
* Verletzte Personen	"	3 111	3 031	2 770	2 748	3 775	2 271	2 737	2 984	3 379	
Personenverkehr der Straßenverkehrs- unternehmen³⁾											
Beförderte Personen	1000	37 353	39 561	122 809	.	.	.	120 342	.	.	
davon im											
Linienverkehr ⁴⁾	"	36 883	39 083	121 877	.	.	.	119 461	.	.	
Gelegenheitsverkehr	"	469	478	931	.	.	.	880	.	.	
Gefahrene Wagenkilometer	1000 km	23 547	24 402	65 461	.	.	.	65 511	.	.	
davon im											
Linienverkehr ⁴⁾	"	18 640	19 432	57 689	.	.	.	57 092	.	.	
Gelegenheitsverkehr	"	4 908	4 970	7 772	.	.	.	8 419	.	.	
Einnahmen	1000 DM	75 526	80 498	209 746	.	.	.	222 005	.	.	
davon aus											
Linienverkehr ⁴⁾	"	61 015	64 443	187 975	.	.	.	200 400	.	.	
Gelegenheitsverkehr	"	14 511	16 055	21 771	.	.	.	21 605	.	.	
GELD UND KREDIT											
Banken⁵⁾											
Kredite an Nichtbanken insgesamt ⁶⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende) darunter	Mill. DM	920 746	319 593	949 509	.	.	.	1051 045	.	.	
Kredite an inländische Nichtbanken ⁶⁾ davon	"	764 951	260 199	775 762	.	.	.	798 151	.	.	
kurzfristige Kredite	"	120 360	43 486	132 240	.	.	.	146 918	.	.	
Kredite über 1 Jahr ⁷⁾	"	644 591	216 713	643 523	.	.	.	651 233	.	.	
Einlagen und aufgenommene Gelder⁶⁾											
von Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	685 448	246 770	727 381	.	.	.	824 451	.	.	
Zahlungsschwierigkeiten											
* Insolvenzen insgesamt	Anzahl	201	235	230	227	270	252	274	199	250	
davon											
* von Unternehmen, einschl. Kleingewerbe ⁸⁾	"	155	153	168	158	181	164	164	126	155	
* von privaten Personen und Nachlässe ⁹⁾	"	45	82	62	69	89	88	110	73	95	
* Beantragte Insolvenzen ¹⁰⁾	"	201	235	230	227	270	252	274	199	250	
* darunter mangels Masse abgelehnt	"	133	123	117	134	146	100	128	89	109	
PREISE											
* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte insgesamt	1995 = 100	105,0	107,0	106,6	106,5	106,4	108,8	108,9	109,2	109,6	
darunter											
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	"	102,1	101,4	101,6	101,8	102,2	103,2	103,9	105,1	107,0	
Bekleidung, Schuhe	"	103,4	104,0	104,1	104,0	104,0	104,1	104,2	104,1	104,2	
Wohnung, Wasser, Strom, Gas ¹¹⁾	"	107,4	110,7	109,5	109,5	109,8	112,7	112,8	113,2	113,4	
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt ¹²⁾	"	102,2	102,1	102,1	102,2	101,9	102,5	102,5	102,5	102,7	
Verkehr (einschl. Kraftstoffe)	"	107,9	113,9	113,5	112,4	112,2	117,5	117,6	118,4	119,3	
Nachrichtenübermittlung	"	88,0	84,3	84,5	84,3	83,9	83,4	82,2	81,7	81,7	
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	"	103,4	104,9	105,0	104,9	103,2	107,4	106,8	105,6	105,4	
Beherbergungs- und Gaststätten- dienstleistungen	"	103,0	103,7	102,6	103,4	103,2	103,4	103,0	104,0	104,3	
* Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Haushalten von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen	1995 = 100	104,9	106,6	106,2	106,2	106,1	108,2	108,3	108,7	109,2	
* Preisindex für Wohngebäude (Neubau) ¹³⁾	1995 = 100	100,2 ¹⁴⁾	100,2 ¹⁴⁾	.	.	101,2	102,1	.	.	102,4	

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. — 2) Einschl. der innerhalb 30 Tagen an den Unfallfolgen Gestorbenen. — 3) Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.); Jahresdurchschnitt = Monatsdurchschnitt; nur Unternehmen mit 6 oder mehr Bussen. — 4) Allgemeiner Linienverkehr, Sonderformen des Linienverkehrs (Berufsverkehr, Schüler-, Markt- und Theaterfahrten), freigestellter Schülerverkehr. — 5) Die Angaben umfassen die in Hessen gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne Kreditinstitute mit überregionalen Sonderaufgaben (ohne Filialnetz) sowie ohne Post giro- und Postsparkassenämter. — 6) Einschl. durchlaufender Kredite. — 7) Ohne durchlaufende Kredite. — 8) Bis einschl. 1998 ohne Kleingewerbe. — 9) Bis einschl. 1998 „von übrigen Gemeinschuldnern“. — 10) Bis einschl. 1998, Beantragte Konkurse“. — 11) Und andere Brennstoffe. — 12) Sowie deren Instandhaltung. — 13) Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk. — 14) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Februar, Mai, August und November.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	1999	2000	2000			2001				
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
STEUERN											
Steueraufkommen insgesamt ¹⁾	Mill. DM	6 486,1	6 949,5	5 695,4	5 671,0	7 997,3	6 676,9	7 384,2	6 581,3	5 413,4	
davon											
Gemeinschaftsteuern	"	5 707,7	6 120,7	4 895,2	4 966,4	7 275,8	5 786,0	6 244,6	5 690,2	4 553,3	
davon											
Lohnsteuer ²⁾	"	2 710,1	2 908,6	2 564,7	2 807,3	3 151,1	2 731,3	2 920,6	2 886,2	2 856,4	
veranlagte Einkommensteuer	"	116,0	149,7	431,3	– 81,7	– 68,5	– 136,2	124,7	– 91,6	– 89,9	
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	344,9	445,6	144,7	391,1	222,2	249,0	129,2	545,7	351,5	
Zinsabschlag ²⁾	"	360,5	439,9	421,7	474,2	310,2	681,6	449,4	524,6	484,7	
Körperschaftsteuer ²⁾	"	425,9	461,0	166,9	– 312,5	1 764,4	– 29,6	1 001,8	368,0	– 899,2	
Umsatzsteuer	"	1 496,9	1 402,0	889,4	1 461,9	1 529,6	1 981,6	1 173,6	1 157,8	1 516,7	
Einfuhrumsatzsteuer	"	253,5	314,1	276,4	226,3	366,9	308,4	445,2	299,5	333,1	
Bundessteuern	"	458,0	488,0	456,3	313,0	358,5	590,4	798,8	396,1	555,4	
darunter											
Mineralölsteuer	"	91,0	61,7	58,4	56,3	62,9	44,4	58,2	33,6	94,2	
Versicherungsteuer	"	112,0	112,2	100,6	64,7	103,7	364,6	326,5	98,8	117,4	
Zölle ³⁾	"	28,3	25,8	24,4	24,0	30,1	24,2	21,9	18,9	22,1	
Landessteuern	"	242,3	255,3	319,5	223,7	330,2	269,6	318,9	319,6	259,1	
darunter											
Vermögensteuer	"	11,1	11,1	8,6	5,5	55,5	3,4	3,3	14,3	6,9	
Erbschaftsteuer	"	36,3	42,5	49,4	26,5	35,1	34,2	48,8	44,2	28,9	
Grunderwerbsteuer	"	77,3	84,4	135,7	74,1	96,3	92,7	103,8	121,0	68,4	
Kraftfahrzeugsteuer	"	86,5	86,7	103,0	86,5	100,4	93,0	124,5	111,6	120,9	
Gewerbsteuerumlage	"	49,8	59,7	0,0	143,8	2,8	6,7	0,0	156,5	23,4	
		1999	2000	1999	2000			2001			
		Durchschnitt ⁴⁾		Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni	
Kassenmäßiges Steueraufkommen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. DM	3 039,8	3 148,3	4 497,1	2 059,0	3 148,3	3 371,6	4 014,1	1 944,8	...	
davon											
Grundsteuer A	"	8,4	8,5	6,9	8,4	8,6	10,0	6,9	8,5	...	
Grundsteuer B	"	293,7	294,9	242,7	280,0	335,7	321,9	242,0	293,4	...	
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	"	1 497,0	1 451,6	1 931,4	1 315,7	1 494,8	1 734,3	1 261,7	1 337,4	...	
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	"	1 064,7	1 215,8	1 922,6	385,6	1 132,3	1 135,4	2 209,8	266,7	...	
andere Steuern ⁵⁾	"	36,8	33,6	32,1	36,4	37,9	33,8	26,2	30,4	...	
		1999	2000	1999	2000			2001			
		Durchschnitt ⁶⁾		Okt.	Jan.	April	Juli	Okt.	Jan.	April	
LÖHNE UND GEHÄLTER											
Arbeiterverdienste im Produzierenden Gewerbe ⁷⁾											
* Bruttomonatsverdienst insgesamt	DM	4 617	4 730	4 681	4 603	4 710	4 781	4 755	4 691	4 778	
* Männliche Arbeiter	"	4 781	4 892	4 846	4 754	4 870	4 946	4 920	4 850	4 943	
darunter Facharbeiter	"	5 085	5 195	5 145	5 046	5 165	5 261	5 225	5 160	5 250	
* Weibliche Arbeiter	"	3 516	3 632	3 559	3 573	3 608	3 663	3 648	3 646	3 663	
darunter Hilfsarbeiterinnen	"	3 229	3 392	3 271	3 341	3 370	3 429	3 397	3 402	3 420	
* Bruttostundenverdienst insgesamt	"	28,20	28,83	28,39	28,63	28,74	28,96	28,88	28,95	29,21	
* Männliche Arbeiter	"	29,10	29,75	29,27	29,56	29,65	29,88	29,80	29,93	30,16	
darunter Facharbeiter	"	31,27	31,99	31,47	31,81	31,87	32,18	31,98	32,17	32,41	
* Weibliche Arbeiter	"	21,99	22,48	22,21	22,28	22,36	22,60	22,53	22,50	22,67	
darunter Hilfsarbeiterinnen	"	19,98	20,77	20,17	20,62	20,69	20,91	20,77	20,75	20,84	
Angestelltenverdienste (Bruttomonatsverdienste)											
* im Produzierenden Gewerbe	"	6 715	6 845	6 763	6 755	6 800	6 859	6 900	6 921	6 966	
* kaufmännische Angestellte	"	6 329	6 504	6 383	6 407	6 472	6 512	6 560	6 548	6 590	
* männliche Angestellte	"	7 222	7 428	7 281	7 336	7 392	7 434	7 486	7 441	7 488	
* weibliche Angestellte	"	5 252	5 355	5 291	5 262	5 318	5 370	5 404	5 440	5 464	
* technische Angestellte	"	7 052	7 151	7 095	7 064	7 094	7 173	7 205	7 253	7 301	
* männliche Angestellte	"	7 204	7 304	7 242	7 206	7 242	7 331	7 364	7 409	7 456	
* weibliche Angestellte	"	5 590	5 753	5 655	5 729	5 706	5 751	5 795	5 857	5 907	
* in Handel, Kredit- u. Versicherungsgewerbe ⁸⁾ insgesamt	"	5 588	5 742	5 616	5 628	5 731	5 732	5 805	5 865	5 933	
* kaufmännische Angestellte	"	5 613	5 770	5 634	5 657	5 766	5 760	5 829	5 902	5 965	
* männliche Angestellte	"	6 254	6 422	6 280	6 332	6 424	6 393	6 482	6 587	6 660	
* weibliche Angestellte	"	4 808	4 931	4 820	4 811	4 919	4 937	4 985	5 033	5 085	

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Einschl. Gewerbesteuerumlage. — 2) Vor Zerlegung. — 3) Einschl. Zoll-Euro. — 4) Vierteljahresdurchschnitte. — 5) Und steuerähnliche Einnahmen. — 6) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Januar, April, Juli und Oktober. — 7) Neuer Berichtskreis im Bereich des Produzierenden Gewerbes. — 8) Sowie bei Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern.



Atlas zur Regionalstatistik

Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt in Deutschland

Die Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder bietet:

- ◆ Ein breites Informationsangebot aus den Datenbanken der amtlichen Statistik
- ◆ Schnelle Vergleichsmöglichkeiten zwischen Bundesländern und Kreisen
- ◆ 80 übersichtliche Schaubilder
- ◆ Ausführliche Erläuterungen und Definitionen
- ◆ Ein Verzeichnis sämtlicher Kreise Deutschlands

Themenbereiche

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen • Bevölkerung • Bildung • Erwerbstätigkeit • Landwirtschaft • Umwelt und Energie • Löhne und Gehälter • Gesundheitswesen • Produzierendes Gewerbe • Bodenbedeckung • Verwaltungsgliederung

Format: 25,2 x 29,7 cm, gebunden, 156 Seiten mit 80 farbigen Schaubildern, Preis: 48,00 DM (zuzügl. Versandkosten)

W-98

Für alle, die zusätzliche Informationen und die exakte Datenbasis der Karten benötigen, sind folgende Veröffentlichungen lieferbar:

● **Kreiszahlen für Deutschland 1999**

Ausgewählte Regionaldaten

192 Seiten, DIN A 4, kartoniert, 25,00 DM (zuzügl. Versandkosten);

● **Statistik regional 2000**

Datenbank auf CD-ROM

Die Daten sind einfach, schnell und ohne Vorkenntnisse abzurufen. Recherchierte Ergebnisse können nicht nur ausgedruckt, sondern auch mit anderen Programmen leicht weiterverarbeitet werden (Systemvoraussetzungen: Windows 95 oder NT 4.0; 16 MB RAM).

Einzelpatzversion: 290,00 DM (zuzügl. Versandkosten)

Netzwerkversion: 580,00 DM (zuzügl. Versandkosten)



Zu beziehen über den Buchhandel oder direkt vom
Hessischen Statistischen Landesamt, 65175 Wiesbaden

Telefon: 0611/3802-951

· Fax: 0611/3802-992

E-Mail: vertrieb@hsl.de

· Internet: www.hsl.de

Hessischer Umwelt-Monitor



HESSISCHES LANDESAMT
FÜR UMWELT UND GEOLOGIE

Berichte, Fakten und Daten zur Umwelt

Gemeinsam herausgegeben
von dem Hessischen Landesamt für Umwelt und Geologie
und dem Hessischen Statistischen Landesamt



HESSISCHES STATISTISCHES
LANDESAMT

Supplement zur Zeitschrift „Staat und Wirtschaft in Hessen“ des Hessischen Statistischen Landesamtes

Nr. 2

Juli 2001

5. Jahrgang

Inhalt

- ◆ Blick in die Tiefe mittels Schallwellen 3
- ◆ Erdwärmennutzung – neue Aufgaben für das HLUG 7
- ◆ Hessischer Umwelt-Zahlenspiegel. 9

Der „Hessische Umwelt-Monitor“ erscheint vierteljährlich.
Er wird gemeinsam herausgegeben
von dem Hessischen Landesamt für Umwelt und Geologie
und dem Hessischen Statistischen Landesamt
als Supplement zur Monatszeitschrift „Staat und Wirtschaft in Hessen“
des Hessischen Statistischen Landesamtes.

Hessisches Landesamt für Umwelt und Geologie (HLUG), Rheingaustraße 186, 65203 Wiesbaden
Hessisches Statistisches Landesamt (HSL), Rheinstraße 35/37, 65175 Wiesbaden

Verantwortlich für den Inhalt: Hessisches Landesamt für Umwelt und Geologie
Telefon: 0611/6939-0, Telefax: 0611/6939-555

Redaktion: HLUG, Telefon: 0611/6939-0
und Siegfried Bayer (HSL), Telefon: 0611/3802-804

Nachdruck, auch in Auszügen, nur mit genauer Quellenangabe bei Einsendung
eines Belegexemplares gestattet.

Blick in die Tiefe mittels Schallwellen — eine hydroseismische Messfahrt auf Rhein, Main und Neckar mit der ARGUS

Im Bereich von Ballungsräumen ist das Wissen um die Lagerung und Ausbreitung der den Untergrund aufbauenden Gesteine eine wichtige Grundlage für die Regional- und Landesplanung. Während der letzten Jahrzehnte entwickelte sich das Gebiet zwischen Main und Neckar zu einem der bedeutendsten Wirtschaftsräume der Bundesrepublik Deutschland. Um den Bedürfnissen und Anforderungen einer solchen Region nachzukommen, sind detaillierte Informationen über den oberflächennahen Untergrund notwendig, da hier bedeutende Grundwasser- und Rohstoffvorkommen liegen. Zu diesem Zweck ist im Mai 2000 auf den Flüssen Rhein, Main und Neckar zwischen den Städten Frankfurt, Mainz, Mannheim und Heidelberg eine hydroseismische Messfahrt durchgeführt worden (Abb. 1). Die Ergebnisse dieser Erkundungsfahrt liegen in Form von so genannten seismischen Profilen vor, die Auskunft über geologischen Schichten bis in eine Tiefe von 600 m geben können.

Die Entwicklung des Oberrheingrabens setzte vor ca. 65 Mill. Jahren ein und dauert bis in die heutige Zeit an. Auf einer Länge von über 300 km und einer Breite von 20–30 km erstreckt sich der Oberrheingraben von Basel bis zum Rand des Rheinischen Schiefergebirges nordwestlich von Frankfurt. Durch die Aufwölbung des Mantels unter der Erdkruste zu einem Dom riss die Erdkruste zu Beginn des Tertiärs (vor ca. 50 Mill. Jahren) auf und führte durch seitliche Ausdehnung der Kruste zur Einsenkung eines Grabens (PFLUG 1982). Dabei erfolgte die Grabenbildung hauptsächlich in zwei Phasen während des Obereozän bis Untermiozän (42–25 Mill. Jahre vor heute) und vom Oberpliozän (5 Mill. J. v. h.) bis heute (HÜTTNER 1991). Insgesamt wurden in diesen Zeiträumen bis zu 3500 m Sediment durch Meeresvorstöße und Flüsse im Graben abgelagert. Die anhaltende Absenkung des Grabens beträgt heute noch örtlich einige Zehntel Millimeter pro Jahr (PRINZ & SCHWARZ 1970). Gegenstand der hier vorgestellten geophysikalischen Untersuchung waren hierbei hauptsächlich die bis zu 300 m mächtigen Sande, Kiese und Tone, die innerhalb der jüngsten, durch die Eiszeiten geprägten Erdgeschichte (Quartär, Beginn vor 2,6 Mill. J. v. h.), zur Ablagerung kamen. Unter dem Einfluss eines besonders zu dieser Zeit stark schwankenden Klimas und der Heraushebung des Rheinischen Schiefergebirges sind diese Sande und Kiese hauptsächlich von Rhein, Main und Neckar antransportiert und in einem sehr komplexen Muster abgelagert worden. In den vergangenen 3 Mill. Jahren

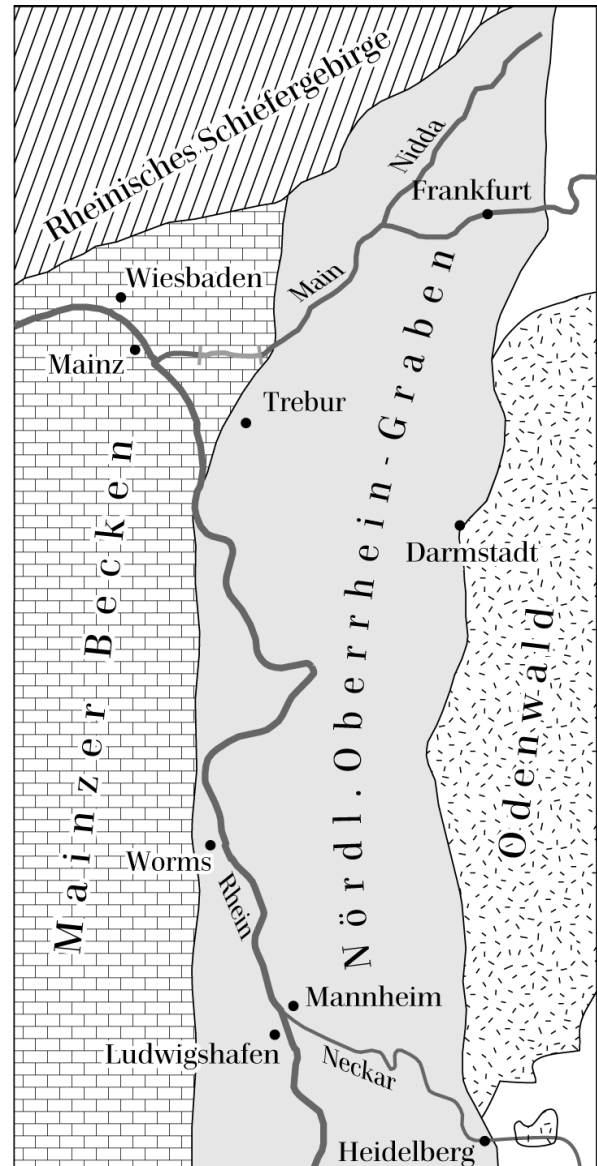


Abb. 1. Übersichtskarte des nördlichen Oberrheingrabens und angrenzender Gebiete. Hellgraue Linie: Lage des seismischen Profils auf dem Main.

haben die Flüsse ihre Verläufe vielfach verlegt und in Abhängigkeit von der Menge der Wasserführung entweder feinere oder gröbere Sedimente herangeführt. Klimaschwankungen und gebirgsbildende Prozesse haben so zum Beispiel den Rhein zwischen Basel und Karlsruhe zu einem schnell fließenden verzweigten Fluß entstehen lassen, wobei in dem Gebiet nördlich Mannheim ein langsam fließendes Mäandersystem mit einer Vielzahl von weit ausholenden Schlingen entstand. Zur Eindämmung von Überschwemmungen wurde dieses Flusssystem mit-

tels Durchstiche der Mäanderbögen von dem Ingenieur TULLA in den Jahren 1816—86 begradigt (SCHÄFER 1974). Dass der Neckar heute bei Mannheim in den Rhein mündet, ist ebenso auf klimatische wie tektonische Prozesse zurückzuführen. Bis vor ca. 11 000 Jahren mündete der Neckar 45 km weiter nördlich bei Trebur in den Rhein (LÖSCHER et al. 1983). Obwohl das Gebiet des Oberrheingrabens schon seit gut 100 Jahren Ziel geowissenschaftlicher Forschung ist, sind noch viele Fragen im Aufbau des Sedimentkörpers unklar.

Insbesondere ist der vertikale Aufbau der Schichten und deren räumliche Ausdehnung von großem Interesse. Im Allgemeinen wird der Aufbau von Schichten in Kiesgruben studiert. Da die Wasserstände in den Kiesgruben im Oberrheingraben jedoch sehr hoch sind, bieten sie keine Beobachtungsmöglichkeiten. Deswegen stammen Informationen über Ausbreitung und Mächtigkeiten der Gesteinsschichten vorwiegend aus Bohrungen. Die Bohrungen liegen jedoch teilweise weit auseinander und die Ausbildung der Schichten dazwischen kann sich schnell ändern.

Um die Informationslücke zwischen einzelnen Bohrungen zu schließen, wurde das Verfahren der Hydroseismik auf den Flüssen angewandt, welches in der Erdölexploration seit Jahrzehnten Verwendung findet. Die Messstrecke musste dabei so ausgewählt werden, dass eine erforderliche Wassertiefe von mindestens 3 m vorausgesetzt werden konnte. Von den insgesamt 150 km wurden 25 km auf dem Main (von der Niddamündung westlich Frankfurt bis Mainz), 80 km auf dem Rhein (von Mainz bis Altrip südlich Mannheim) und 26 km auf dem Neckar (von Mannheim bis Heidelberg) befahren. Zusätzlich wurden der Erfelder und Sandhofer Altrhein untersucht. Somit lag ein Großteil der Arbeitsgebietes geologisch gesehen im nördlichen Oberrheingraben. Der nördlich von Oppenheim gelegene Abschnitt des Rheins sowie ein Teilstück des Mains gehören zum Mainzer Becken, einer dem Oberrheingraben anhängenden Struktur (s. Abb. 1)

Ausgeführt wurden die Arbeiten von dem landeseigenen Laborschiff ARGUS. Das Prinzip der eingesetzten Technik sieht vor, dass mittels einer Luftdruckkanone Schallwellen in bestimmten Zeitintervallen ausgesendet werden. Die Schallwellen werden — ähnlich einem Lichtstrahl, der auf einen Spiegel fällt — an den unterschiedlich dichten Gesteinsschichten reflektiert (Abb. 2). Diese Messmethode nutzt somit die verschiedenen Dichtewerte der Gesteine aus. Da beispielsweise Ton eine höhere Dichte (ca. $2,2 \text{ g/cm}^3$) als wassergesättigter Sand (ca. $1,9 \text{ g/cm}^3$) besitzt, wird ein Teil der Wellen an deren Grenzschicht reflektiert, während der Hauptteil in tiefere Schichten vordringt und an weiteren Grenzflächen reflektiert wird. Die so an die

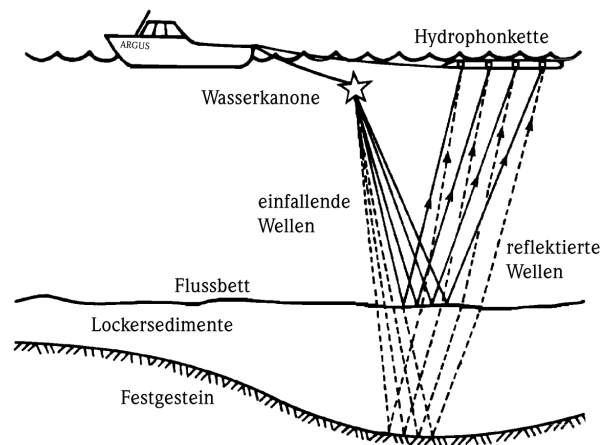


Abb. 2. Schallwellen werden an Gesteinsschichten reflektiert und von Hydrophonen aufgezeichnet.

Wasseroberfläche zurückkehrenden Schallwellen werden dann von Hydrophonen, welche speziell für den Einsatz im Wasser konstruierte Mikrofone sind, registriert (Abb. 3). Um möglichst viele der reflektierten Wellen aufzuzeichnen, wurden 200 Hydrophone in zwei ca. 140 m langen Kabeln hinter dem Schiff hergeschleppt (Abb. 4). Mit gleichbleibender Geschwindigkeit fuhr die ARGUS flussaufwärts, während die Messungen kontinuierlich durchgeführt wurden. Die zu ermittelnde Zielgröße ist die Zeit vom Moment der Aussendung der Schallwellen bis zum Eintreffen der reflektierten Wellen an den Hydrophonen gewesen. Um jeder aufgezeichneten Reflektion auch eine räumliche Koordinate zuordnen zu können, wird automatisch bei jedem Schuss (Abgabe eines Schallsignals) per GPS eine genaue Lagebestimmung vorgenommen und aufgezeichnet. Anhand der ermittelten unterschiedlichen Laufzeiten der Wellen können die Tiefenlagen von Gesteinsschichten bestimmt werden. Durch die Messkonfiguration ist eine Auflösung der Strukturen bis in den



Abb. 3. Hydrophone (schwarz) sind in der flüssigkeitsgefüllten Schleppleine eingebettet.



Abb. 4. Hydroseismik im Einsatz: Bei der Schussabgabe der Luftdruckkanone (im Vordergrund) entsteht eine kleine Fontäne. Die Boje im Hintergrund markiert das Ende einer der beiden Schleppleinen.

Meterbereich möglich. Entlang der abgefahrenen Strecke konnte somit ein durchgehendes zweidimensionales seismisches Profil erstellt werden. Zusammen mit den Informationen aus den Bohrungen können Aussagen über die Ausbreitung einzelner Schichten und deren Charakteristika abgeleitet sowie Störungen identifiziert werden.

Der auf dem Main befahrene Abschnitt zeichnet sich durch eine Vielzahl ermittelter Störungen aus, die teilweise bis jetzt unbekannt waren und deren Verlauf nur vermutet werden konnte (Abb. 5, Seite 6). Dazu kann der bisher nur angenommene Verlauf der westlichen Haupttrandstörung mit mehreren Nebenstörungen, die das Mainzer Becken vom nördlichen Oberrheingraben abgrenzt, bestätigt werden. Gut erkennbar ist, dass nicht das gesamte Flussbett mit quartären Sedimenten bedeckt ist, sondern teilweise schräg stehende tertiäre Kalkgesteine bis an die Flusssohle heranreichen (s. Abb. 5 bei den Schusspunkten 2240 und 2730). Weite Strecken des

Rheins zeigen in den oberen 80—100 m wenige bis keine Reflektoren, woraus geschlossen werden kann, dass eine äußerst homogene Zusammensetzung der Sedimente vorliegt. Die quartären Sedimente lassen sich von den unterlagernden tertiären Tonen gut abgrenzen. Vielfach treten sehr steile Störungen auf. Von Worms Richtung Süden ist in den Profilen erkennbar, dass die Mächtigkeit, teils sprunghaft durch Störungen verursacht, der quartären Sedimente rasch zunimmt. Diese Tieferlegung der Quartärbasis ist darauf zurückzuführen, dass man in Richtung Osten in den am stärksten abgesenkten Bereich des Grabens kommt. Hier treten mit ca. 380 m die größten Mächtigkeiten quartärer Sedimente im Oberrheingraben auf. In der Umgebung von Mannheim erscheinen in der Tiefe von 40—80 m mehrere lang ausgezogene Reflektoren, die auf die Existenz von mehreren Metern mächtigen Tonlagen in vorwiegend sandig ausgebildeten Schichten hinweisen.

Die noch nicht abgeschlossene Auswertung der Daten lässt in naher Zukunft weitere detaillierte Auskünfte über den Aufbau der jüngsten Ablagerungen im nördlichen Oberrheingraben zu. Wichtig ist dabei die Verknüpfung mit vorhandenen Bohrungen, weil ein seismisches Profil wenig Aussage über die Art des Gesteins macht. Damit die Zuordnung eines Reflektors zu einer Gesteinsschicht möglich ist, müssen die Informationen aus Bohrungen übertragen werden.

Auf Grund der auf fast allen Teilen der Flüsse gewonnenen guten Datenqualität kann die Messfahrt als sehr erfolgreich angesehen werden. Lediglich die Altarme des Rheins und Teile des Neckars erwiesen sich als nicht ergiebig. Wegen der bisherigen Einmaligkeit der Daten besteht seitens der Staatlichen Geologischen Landesdienste der benachbarten Bundesländer großes Interesse an den neuen Erkenntnissen.

Literatur

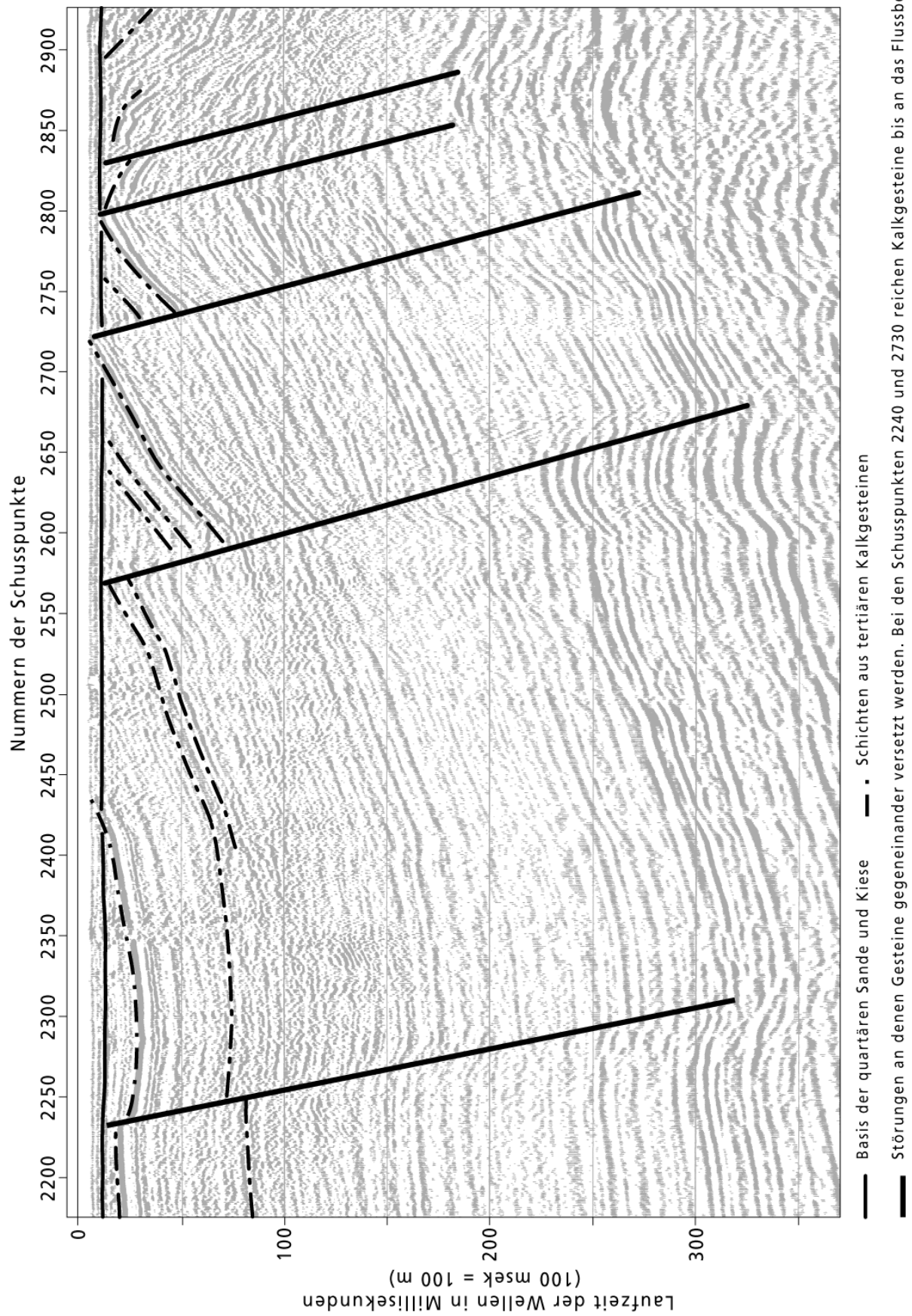
- HÜTTNER, R. (1991): Bau und Entwicklung des Oberrheingrabens fl— ein Überblick mit historischer Rückschau. — *Geol. Jb.*, E 48: 17—42; Hannover.
- LÖSCHER, M., CORDES-HIERONYMUS, U. & SCHLOSS, S. (1983): Holozäne und jungpleistozäne Sedimente im Oberrheingraben bei Heidelberg. — *Geol. Jb.*, A 71: 61—72; Hannover.
- PFLUG, R. (1982): Bau und Entwicklung des Oberrheingrabens. — *Erträge der Forschung*, Bd. 184, 154 S.; Darmstadt.

- PRINZ, H. & SCHWARZ, E. (1970): Nivellement und rezente tektonische Bewegungen im nördlichen Oberrheingraben. — In: *Graben Problems, International Upper Mantle Project*, sci. Rep., 27, 177—183; Stuttgart.

- SCHÄFER, W. (1974): Der Oberrhein, sterbende Landschaft? — *Natur u. Museum*, 104, Heft 11, 331—343; Frankfurt.

Roman Przyrowski

Abb. 5



Erdwärmenutzung – neue Aufgaben für das HLUG

Mit dem Begriff „Erdwärme“ wird die unterhalb der Erdoberfläche vorhandene thermische Energie bezeichnet, die im Wesentlichen auf dem vom Erdinneren zur Erdoberfläche gerichteten Wärmestrom sowie der von der Sonne eingestrahlten Wärmeenergie beruht. Die Nutzung dieser thermischen Energie ist alt: Früh bewohnten Menschen warme Höhlen, nutzten heiße Quellen oder legten tiefe Gruben zur Lagerung von Lebensmitteln oder Eis an. Heute ist es möglich, thermische Energie nicht nur — wie in der Vergangenheit — im Untergrund selbst zu nutzen, sondern diese zur Nutzung auch an die Erdoberfläche zu leiten. Durch Wärmepumpen, die nach dem gleichen Prinzip wie ein Kühlschrank funktionieren, kann die aus dem Untergrund abgeleitete Wärme durch einen geringen Energieeinsatz auf die zur Raumheizung oder Wassererwärmung benötigte Temperatur angehoben werden. Etwa drei Viertel der zum Heizen benötigten Energie wird hierbei (kostenlos) aus dem Erdreich gewonnen. Die hieraus resultierenden Einsatzmöglichkeiten der Erdwärme, steigende Energiekosten sowie ein allgemeines Interesse regenerative und somit umweltfreundliche Energien zu nutzen, haben zu einem Boom der Erdwärmenutzung geführt.

In Hessen begann die Erschließung von Erdwärme etwa Mitte der Achtzigerjahre, seit Mitte der Neunzigerjahre steigt die Zahl der Erdwärmenutzungen rasant. Heute gibt es nach vorsichtiger Schätzung mindestens 200 Anlagen zur Erdwärmenutzung in Hessen. Hierbei ist der am häufigsten installierte Anlagentyp die sog. Erdwärmesonde. Es handelt sich hierbei in der Regel um U-Rohre aus HDPE, die in meist 50–100 m tiefe Bohrlöcher eingebracht werden. In einem solchen geschlossenen Sondenkreislauf zirkuliert eine Wärmeträgerflüssigkeit, die im Untergrund Wärme aufnimmt und sie an der Erdoberfläche an eine Wärmepumpe abgibt.

Die Mehrzahl der Erdwärmenutzungen dient der Beheizung von Ein- oder Zweifamilienhäusern, wofür in der Regel ein oder zwei Erdwärmebohrungen benötigt werden. Daneben gibt es aber auch sog. Erdwärmesondenfelder, die nicht nur der Beheizung, sondern auch der Kühlung großer Gebäudekomplexe dienen. Hierzu zählt auch ein Erdwärmesondenfeld in Langen, das mit 154 Bohrungen mit einer Tiefe von jeweils 70 m zu den größten Europas zählt.

Die in den vergangenen Jahren gesammelten Erfahrungen zeigen, dass das Grundwasser von kleinen Erdwärmesondenanlagen zur Beheizung von Ein- oder Zweifamilien-

häusern in der Regel nicht nachteilig beeinflusst wird. Dennoch ist die Nutzung von Erdwärme stets mit einem Eingriff in den Untergrund verbunden, sodass eine potenzielle Gefährdung des Grundwassers besteht. Aus diesem Grund ist eine Bewertung von Erdwärmenutzungen in hydrogeologisch sensiblen Bereichen aus Sicht des Trinkwasser-, Heilquellen- und allgemeinen Grundwasserschutzes durch das Dezernat G6 des HLUG unbedingt erforderlich.

Während bis zum Jahr 1996 nur für einige wenige Erdwärmenutzungen Stellungnahmen erstellt wurden, stieg die Zahl der an das HLfB bzw. HLUG gerichteten diesbezüglichen Anfragen mit dem Ende 1996 vom Hess. Ministerium für Umwelt, Energie, Jugend, Familie und Gesundheit (HMUEJFG) herausgegebenen Merkblatt betreffend Gewässerbenutzung durch Wärmeentzug mittels Wärmepumpen deutlich an. Im Jahr 2000 wurden vom Dezernat G6 bereits 16 Stellungnahmen zu Erdwärmenutzungen vorgelegt (Tab. 1), die nahezu alle Trinkwasser- oder Heilquellenschutzgebiete betrafen.

Nur in Einzelfällen wurde das HLUG im Jahr 2000 bei Erdwärmenutzungen ausserhalb von Trinkwasser- oder Heilquellenschutzgebieten zur Stellungnahme aufgefordert. Auch wenn die mittlerweile gemachten Erfahrungen zeigen, dass von Erdwärmenutzungen i. d. R. keine nachteilige Beeinträchtigung des Grundwassers ausgeht, hätte das HLUG zur Wahrung der Belange des allgemeinen Grundwasserschutzes jedoch stets um fachtechnische Stellungnahme aufgefordert werden müssen. Andererseits hätte dies auf Grund der personellen Entwicklung im Jahr 2000 eine deutlich zusätzliche Arbeitsbelastung bedeutet.

Der ab November 2000 vom Dezernat G6 erarbeitete Leitfaden zur Erdwärmenutzung in Hessen, der sich vorwiegend auf die in diesem Jahr gesammelten Kenntnisse und Erfahrungen stützt, soll hier weiterhelfen. Hier werden Anforderungen formuliert, bei deren Einhaltung die Erdwärmenutzung in großen Bereichen Hessens keine Gefährdung für das Grundwasser darstellt, d. h. eine fachtechnische Stellungnahme durch das HLUG zukünftig nicht mehr erforderlich ist.

Die Erdwärmenutzung ist jedoch nicht nur eine neue Aufgabe für das HLUG — sie bietet der Abteilung G die Möglichkeit, die geologische Landesaufnahme anhand einer Vielzahl von Bohrungen voranzutreiben. Die bei der Erdwärmenutzung mittels Erdwärmesonden benötigten Bohrtiefen von meist 50–100 m werden üblicherweise nur bei Wassererschließungs-, Grundwassermessstellen-

oder Lagerstättenbohrungen erreicht, deren Zahl in Teilbereichen Hessens entweder ohnehin gering oder auch rückläufig ist.

Der gemäß Lagerstättengesetz bestehenden Anzeigepflicht aller maschinell angetriebenen Bohrungen (14 Tage vor Bohrbeginn) wurde insbesondere bei Erdwärmebohrungen jedoch auch im Jahr 2000 nur selten nachgekommen. Ursache hierfür ist vermutlich der diesbezüglich mangelnde Kenntnisstand bei den Planern solcher Anlagen, häufig junge Firmen, die sich auf Erdwärmebohrungen spezialisiert haben. Aus Sicht der Abteilung G besteht hier ein dringender Handlungsbedarf, damit das Potenzial der zukünftig noch steigenden Zahl an Erdwärmebohrungen für die Landesaufnahme genutzt werden kann.

Übersicht: *Stellungnahmen von HLfB und HLUG zu Erdwärmenutzungen*

Art der Angabe	vor 1999	1999	2000
Anzahl	vereinzelt	4	16

Literatur

HESS. MINISTERIUM FÜR UMWELT, ENERGIE, JUGEND, FAMILIE UND GESUNDHEIT (1996): Merkblatt betreffend Gewässerbenutzung durch Wärmeentzug mittels Wärmepumpen.

HESSISCHES MINISTERIUM FÜR UMWELT; LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN (in Vorb.): Leitfaden zur Erdwärmenutzung in Hessen.

Sven Rumohr

Hessischer Umwelt-Zahlenspiegel

1. Hydrologische Daten nach Messstellen	10
2. Gewässerbelastung nach Messstellen und Komponenten	11
3. Luftbelastung nach Messstellen	13

Hessischer Umwelt-Zahlenspiegel

1. Hydrologische Daten nach Messstellen

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	1999	2000	1999			2000				2001
		Durchschnitt		2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
Lufttemperatur	Mittel [°C]										
Station: Frankfurt/M.- Flughafen		11,3		14,8	19,7	6,13	5,27	15,9	17,4	7,70	4,67
Niederschlag	Summe [mm]										
Station: Hofgeismar- Beberbeck	"	851		174	233	220	279	137	227	122	-
Marburg- Lahnberge	"	688		151	197	177	167	148	246	164	231
Schotten- Eichelsachsen	"	850		184	225	224	179	127	343	217	255
Abfluss	Mittel [m³/s]										
Pegel: Helmarshausen/ Diemel	"	15,3		13,3	7,47	10,8	30,0	10,7	7,57	7,20	18,1
Rotenburg/Fulda		22,3		17,6	8,80	19,2	42,5	12,3	13,5	21,9	46,1
Aßlar/Dill		9,32		6,37	2,10	8,67	18,6	3,60	4,43	9,00	21,7
Marburg/Lahn	"	16,5		11,7	5,17	16,7	29,5	7,13	8,87	14,3	37,9
Hanau/Kinzig	"	10,9		7,93	3,73	10,0	18,4	5,27	5,30	11,2	24,6
Bad Vilbel/Nidda	"	10,5		8,43	4,50	8,67	15,6	5,30	6,83	13,0	28,4
Talsperren	Mittel [Mio m³]										
Edertalsperre	"	141		198	135	141	169	192	139	103	177
Diemeltalsperre	"	13,9		18,7	14,4	13,9	16,3	17,5	14,5	11,7	16,5
Grundwasserstand	Mittel [NN + m]										
Messstelle: Bracht	"	257,69	257,84	258,56	257,73	257,25	257,87	258,06	257,78	257,63	258,09
Bauschheim	"	86,61	86,56	86,87	86,77	86,39	86,63	86,68	86,41	86,52	87,14
Lampertheim	"	86,94	87,22	87,38	87,02	86,72	87,18	87,44	87,18	87,09	87,61
Beberbeck	"	225,72	225,28	226,35	226,25	225,19	225,29	225,77	225,32	224,75	224,53
Zell	"	314,49	314,21	314,91	314,76	314,35	314,32	314,34	314,12	314,04	314,26
Schwalbach	"	272,76	272,65	274,57	272,68	271,36	271,67	272,94	272,76	273,24	274,72
Kath. Willenroth	"	296,35	295,99	297,02	296,80	265,81	296,05	296,42	295,90	295,57	296,20
Langstadt	"	128,22	128,23	128,33	128,38	128,18	128,15	128,31	128,25	128,21	128,47
Weissenborn	"	214,51	214,27	215,91	215,52	212,80	214,85	215,82	214,07	212,34	213,46

2. Gewässerbelastung nach Messstellen und Komponenten

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	1999				2000				2001
		1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
Messstation Bischofsheim Main Flusskm 4.0										
Abfluss	m³/s	472	225	120	194					
Temperatur	Grad C	5,7	16,9	22,7	10,6	6,2	17,6	20,46	11,1	5,9
Sauerstoff	mg/l	12,4	11,8	7,0	10,4	12,1	8,6	6,9	9,9	12,4
pH		7,8	8,2	7,6	7,6	7,7	7,7	7,4	7,6	7,7
NH ₄ -N	mg/l	0,12	0,10	<0,07	0,07	0,10	<0,07	<0,07	<0,07	0,1
NO ₃ -N	mg/l	5,4	5,1	4,9	5,3	5,3	5,0	4,5	4,7	4,9
Gesamt-N ¹⁾	mg/l	5,9	5,3	5,1	5,7	6	6,4	5,4	5,8	6,0
o-PO ₄ -P	mg/l	0,05	0,05	0,07	0,08	0,10	0,08	0,13	0,08	<0,05
Gesamt - P ²⁾	mg/l	0,20	0,15	0,2	0,2	0,19	0,18	0,23	0,20	0,22
Leitfähigkeit	mS/m	59	70	79	76	57	71	72	70	58
Chlorid	mg/l	40	51	61	58	39	51	56	51	41
TOC	mg/l	4,2	6,4	3,8	2,6	3,4	3,0	7,4	4,7	
EDTA	µg/l	7,3	11,1	15,5	15,5	7,3	10,3	12,6	16,4	10,1
Messstation Oberbiel Lahn Flusskm 19,1 ³⁾										
Abfluss	m³/s									
Temperatur	Grad C	5,2	15,1	20,2	8,3	5,4	15,9	17,1	9,3	4,8
Sauerstoff	mg/l	11,8	10,4	9,4	11,1	12,2	10,1	9,0	10,9	11,7
pH		8,0	8,2	8,0	8,0	7,8	8,0	7,8	7,8	7,7
NH ₄ -N	mg/l	0,23	0,15	<0,07	0,11	0,16	0,07	0,08	<0,07	0,19
NO ₃ -N	mg/l	3,2	3,6	4,1	4,1	3,5	3,7	3,5	3,2	3,2
Gesamt-N ¹⁾	mg/l	3,9	4,0	1,8	4,7	3,0	4,8	4,4	4,2	3,9
o-PO ₄ -P	mg/l	0,07	0,09	0,08	0,11	0,07	0,14	0,19	0,07	<0,05
Gesamt - P ²⁾	mg/l	0,16	0,23	0,25	0,20	0,12	0,22	0,26	0,28	0,16
Leitfähigkeit ³⁾	mS/m	26	35	41	35	23	37	32	29	26
Chlorid	mg/l	26	29	35	31	20	30	26	22	26
TOC	mg/l	3,4	6,3	3,9	2,0	2,5	3,1	3,3	4,2	3,6

Anmerkungen siehe Seite 13.

Noch: 2. Gewässerbelastung nach Messstellen und Komponenten

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	1999				2000				2001
		1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
Messstation Letzter Heller Werra Flusskm 83,9										
Abfluss	m³/s	97,3	45,6	21,8	36,7					
Temperatur	Grad C	4,2	12,9	16,8	6,4	4,3	13,4	20,9	9,1	5,7
Sauerstoff	mg/l	11,4	12,7	13,6	10,7	11,4	14,3	7,6	11,5	13,5
pH		7,8	8,1	8,5	8,0	7,9	8,3	7,8	8,2	8,1
NH ₄ -N	mg/l	0,16	0,14	1,0	0,2	0,21	0,09	<0,07	<0,07	0,17
NO ₃ -N	mg/l	4,1	3,6	1,6	3,2	4,1	3,6	1,9	3,8	4,4
Gesamt-N ¹⁾	mg/l	4,5	4,2	4,7	-	-	4,7	2,2	-	5,9
o-PO ₄ -P	mg/l	0,07	0,07	<0,05	-	0,08	0,06	0,06	0,16	0,09
Gesamt - P ²⁾	mg/l	0,10	0,11	0,15	0,18	0,14	0,14	0,09	0,21	0,2
Leitfähigkeit	mS/m	387	499	435	476	356	425	440	560	477
Chlorid	mg/l	820	1280	887	-	-	1190	-	-	-
TOC	mg/l	3,8	4,1	5,4	2,8	3,3	2,8	2,7	4,6	5,8
EDTA	µg/l	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Messstation Wahnhausen Fulda Flusskm 93,5										
Abfluss	m³/s	122	51,6	37,1	49,2					
Temperatur	Grad C	4,5	14,6	18,7	8,2	4,7	15,9	19,7	10,1	4,6
Sauerstoff	mg/l	12,6	12,2	9,3	10,4	12	11,2	8,9	9,5	10,8
pH		7,7	8,0	7,7	7,6	7,6	7,8	7,7	7,7	7,6
NH ₄ -N	mg/l	0,18	0,12	<0,07	0,208	0,29	0,22	<0,07	0,07	0,2
NO ₃ -N	mg/l	3,9	3,6	2,5	3,6	3,6	3,4	3,4	3,0	3,8
Gesamt-N ¹⁾	mg/l	4,2	4,4	3,3	-	-	4,7	3,5	-	4,3
o-PO ₄ -P	mg/l	<0,05	0,05	0,06	<0,05	0,07	0,07	0,07	0,07	0,06
Gesamt - P ²⁾	mg/l	0,08	0,11	0,15	0,15	0,10	0,17	0,1	0,15	0,17
Leitfähigkeit	mS/m	42	49	46	53	37	49	47	48	41
Chlorid	mg/l	42	54	42	60	34	51	42	35	42
TOC	mg/l	3,7	4,6	3,2	2,4	3	2,8	7,2	5,3	4,8
EDTA	µg/l	-	2,1	3,0	3,7	<1	1,9	2,7	-	2,1

Noch: 2. Gewässerbelastung nach Messstellen und Komponenten

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	1999				2000				
		1. Vj.	2. Vj.	31. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
Messstation Mainz- Wiesbaden Rhein Flusskm 498,5										
Abfluss	m³/s	2375	2740	1646	1685	-	-			
Temperatur	Grad C	7,0	16,2	22,9	11,9	7,8	17,3		12,8	7,7
Sauerstoff	mg/l	12,1	10,0	7,9	10,1	11,6	9,1		9,6	11,5
pH		7,9	8,0	7,9	7,8	7,9	7,9		7,8	7,9
NH ₄ -N	mg/l	0,11	0,06	0,04	0,06	0,10	0,06		0,08	0,11
NO ₃ -N	mg/l	3,3	2,1	1,8	2,6	3,1	2,2		2,4	3,2
Gesamt-N ¹⁾	mg/l	4,67	2,8	2,4	3,4	3,5	3,0		2,8	3,8
o-PO ₄ -P	mg/l	0,05	0,03	0,05	0,06	0,06	0,05		0,06	0,06
Gesamt - P ²⁾	mg/l	0,08	0,06	0,07	0,09	0,09	0,07		0,09	0,11
Leitfähigkeit	mS/m	50	43	46	41	48	47		51	45
Chlorid	mg/l	-	-	-	-	-	52		50	-
TOC	mg/l	3,5	4,0	2,5	3,8	7,5	3,0		2,9	3,6
EDTA	µg/l	-	-	4,6	5,5	-	-		5,9	-

1) = Gesamt - N = Gesamtstickstoff ist die Summe des in organischen und anorganischen Stickstoffverbindungen enthaltenen Stickstoffs (Nitrat-, Nitrit-, Ammoniumstickstoff sowie der organisch gebundene Stickstoff, Nachweis durch Aufschluss).

2) = Gesamt - P = Summe der Polyphosphate und vieler Organophosphorverbindungen, die durch Aufschluss zu Orthophosphat umgesetzt und bestimmt werden.

3) = vorl. Abflusswerte.

3. Luftbelastung nach Messstellen

a) Temperatur in °C

Messstelle	Quartalsmittel 1998		Quartalsmittel 1999				Quartalsmittel 2000				Qm. 2001
	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
Kassel-Nord (Nordhessen)	16,1	4,5	4,0	13,7	18,6	5,8	4,5	14,9	16,5	7,4	3,3
Gießen (Mittelhessen)	15,9	4,1	3,8	13,1	18,0	4,8	3,7	14,2	16,3	6,9	3,5
Viernheim (Südhausen)	18,3	5,8	4,9	15,8	20,8	6,6	5,6	16,6	18,4	8,5	5,4

Noch: 3. Luftbelastung nach Messstellen
b) Stickstoffmonoxid in $\mu\text{g}/\text{m}^3$

Messstelle	Quartalsmittel 1998		Quartalsmittel 1999				Quartalsmittel 2000				Qm. 2001
	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	
Bad Arolsen	-	-	-	-	3	4	2	2	2	4	4
Bebra	8	17	13	7	8	16	10	6	9	16	14
Borken	4	8	5	3	4	7	5	2	4	7	7
Darmstadt	8	28	28	7	8	25	20	7	10	29	24
Darmstadt-Hügelstraße	135	125	146	159	149	135	125	140	180	138	150
Dillenburg	36	52	52	31	37	56	41	30	36	52	57
Ffm.-Friedb.Landstraße	63	99	83	59	82	107	75	75	76	116	96
Ffm.-Höchst	25	55	50	21	25	55	42	22	27	70	62
Ffm.-Ost	24	60	54	19	25	68	47	24	32	77	47
Frankenberg	3	5	5	3	3	5	4	2	2	6	4
Fulda	32	44	42	29	39	46	39	34	39	50	51
Fürth/Odenwald	3	5	4	3	3	4	2	2	2	2	4
Gießen	23	52	48	23	21	58	51	21	26	56	51
Grebenau	3	5	4	3	3	5	4	2	4	4	4
Hanau	24	55	52	21	23	55	39	20	26	57	46
Kassel Fünffensterstr.	-	-	-	-	59	95	64	52	67	104	84
Kassel-Nord	24	35	28	19	23	37	24	19	27	36	42
Königstein	3	5	4	3	3	5	4	2	2	5	5
Lampertheim	-	-	-	-	-	-	12	6	9	26	14
Limburg	13	29	31	11	12	32	21	12	16	42	36
Linden	8	19	19	5	9	20	16	9	9	17	17
Marburg	8	29	25	7	9	29	21	7	12	39	30
Michelstadt	-	-	-	-	5	20	14	6	7	26	20
Nidda	4	13	11	4	4	13	9	4	5	9	7
Offenbach	15	39	40	12	15	51	34	11	17	39	35
Raunheim	15	40	37	12	16	42	35	16	24	56	47
Riedstadt	9	25	24	5	7	23	17	7	10	30	24
Spessart	3	4	4	3	3	4	2	2	2	4	4
Viernheim	11	35	32	8	8	31	22	10	14	40	34
Wasserkuppe	-	-	-	-	-	-	-	-	2	2	2
Wetzlar	23	56	54	21	21	60	47	22	25	72	62
Wiesbaden-Ringkirche	82	129	116	68	88	133	90	64	79	121	97
Wiesbaden-Süd	12	35	35	11	15	40	32	14	19	54	41
Witzenhausen	3	3	3	3	3	3	2	2	2	2	2
Zierenberg	-	-	-	-	-	-	-	2	2	4	4

Noch: 3. Luftbelastung nach Messstellen
c) Stickstoffdioxid in µg/m³

Messstelle	Quartalsmittel 1998		Quartalsmittel 1999				Quartalsmittel 2000				Qm. 2001
	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
Bad Arolsen	-	-	-	-	11	21	15	8	10	16	17
Bebra	21	29	31	25	26	33	30	23	20	22	24
Borken	12	24	22	13	14	21	20	13	13	23	24
Darmstadt	31	39	39	31	38	40	40	29	29	34	34
Darmstadt-Hügelstraße	66	51	59	68	70	53	57	69	63	52	60
Dillenburg	40	46	46	38	41	43	42	43	38	39	42
Ffm.-Friedb.Landstraße	57	54	62	63	71	56	63	79	69	68	74
Ffm.-Höchst	44	45	50	45	48	48	46	45	39	53	62
Ffm.-Ost	52	52	44	40	47	52	52	41	38	48	43
Frankenberg	8	18	16	7	7	17	15	7	8	16	16
Fulda	36	39	41	37	39	39	37	40	33	33	39
Fürth/Odenwald	9	24	23	8	8	20	16	9	11	17	17
Gießen	41	45	46	40	41	45	46	40	36	41	46
Grebenau	11	19	16	10	11	18	14	9	10	14	16
Hanau	47	52	49	41	45	50	45	43	40	49	55
Kassel-Fünffensterstr.	-	-	-	-	60	55	49	56	48	47	49
Kassel-Nord	26	33	35	31	36	34	32	33	32	30	35
Königstein	12	21	19	11	12	20	17	11	11	21	20
Lampertheim	-	-	-	-	-	-	26	16	16	24	26
Limburg	29	35	38	29	31	33	31	27	26	30	38
Linden	21	32	31	20	23	30	28	20	20	28	30
Marburg	26	36	37	26	32	41	35	30	20	33	40
Michelstadt	-	-	-	16	16	26	25	20	17	24	30
Nidda	19	34	32	20	22	31	29	15	16	26	26
Offenbach	43	47	46	37	44	53	49	36	35	38	44
Raunheim	31	36	39	35	41	39	38	37	37	37	44
Riedstadt	28	41	39	22	29	35	33	24	26	33	37
Spessart	9	20	16	8	9	21	18	7	9	16	15
Viernheim	33	40	41	27	30	39	38	29	29	37	42
Wasserkuppe	-	-	-	-	-	-	-	6		9	9
Wetzlar	35	39	42	38	41	41	40	37	32	36	44
Wiesbaden-Ringkirche	55	51	57	65	77	63	59	66	64	60	61
Wiesbaden-Süd	34	36	40	36	42	44	43	38	34	40	46
Witzenhausen	8	17	15	8	8	17	12	6	8	13	13
Zierenberg	-	-	-	-	-	-	-	11	10	16	18

Noch: 3. Luftbelastung nach Messstellen
d) Ozon in µg/m³

Messstelle	Quartalsmittel 1998		Quartalsmittel 1999				Quartalsmittel 2000				Qm. 2001
	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
Bad Arolsen	-	-	-	-	76	39	49	78	54	31	42
Bebra	43	22	31	55	49	22	34	57	37	20	31
Borken	58	33	45	66	60	29	41	67	48	28	39
Darmstadt	45	20	29	59	56	21	28	58	38	20	25
Dillenburg	31	18	23	41	33	15	21	39	23	10	17
Ffm.-Höchst	33	12	21	45	41	16	24	45	32	13	20
Ffm.-Ost	41	14	24	53	42	16	24	51	31	12	23
Frankenberg	63	35	50	79	76	37	49	79	54	28	41
Fulda	40	21	29	51	41	19	28	48	35	21	29
Fürth/Odenwald	78	36	50	85	83	41	54	88	68	42	52
Gießen	29	12	21	43	69	11	18	42	26	11	19
Grebenau	56	28	41	70	63	29	41	77	52	32	42
Hanau	38	16	27	53	48	20	29	55	37	15	23
Kassel-Nord	42	24	35	53	43	23	36	53	34	20	28
Königstein	62	31	49	79	72	35	45	79	54	27	36
Lampertheim	-	-	-	-	-	-	40	49	32	16	28
Limburg	45	23	32	54	46	22	31	49	36	21	26
Linden	51	29	34	54	50	26	35	52	40	21	29
Marburg	39	16	28	55	48	17	30	53	24	12	24
Michelstadt	-	-	-	-	56	26	36	55	43	22	31
Nidda	58	21	34	65	62	22	32	66	47	21	33
Offenbach	39	16	20	51	47	13	21	50	32	11	19
Raunheim	36	16	29	53	46	20	30	53	38	17	24
Riedstadt	52	19	31	57	50	21	36	62	46	22	32
Spessart	70	34	45	82	75	42	54	92	72	38	53
Viernheim	46	15	25	58	56	20	27	56	41	15	24
Wasserkuppe	-	-	-	-	-	-	-	82		58	67
Wetzlar	36	19	21	41	37	14	22	40	29	11	16
Wiesbaden-Süd	46	18	28	54	51	20	27	53	38	13	22
Witzenhausen	75	41	53	86	85	42	53	90	66	45	52
Zierenberg	-	-	-	-	-	-	-	75	47	27	42

Noch: 3. Luftbelastung nach Meßstellen
e) Schwefeldioxid in µg/m³

Meßstelle	Quartalsmittel 1998		Quartalsmittel 1999				Quartalsmittel 2000				Qm. 2001
	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
Bad Arolsen	-	-	-	-	3	4	3	3	3	3	3
Bebra	3	5	5	4	3	5	4	3	3	3	4
Borken	3	5	5	4	3	4	4	3	3	3	4
Darmstadt	3	7	7	4	3	7	7	3	3	5	6
Dillenburg	4	5	6	4	3	4	4	3	3	3	4
Ffm.-Höchst	5	10	9	5	5	8	7	4	4	6	8
Ffm.-Ost	5	12	10	4	4	8	7	3	3	7	8
Frankenberg	3	4	4	3	3	3	3	3	3	3	3
Fulda	4	5	5	3	3	5	5	3	3	3	5
Fürth/Odenwald	3	5	5	3	4	5	5	3	3	3	3
Gießen	3	6	5	4	4	6	5	3	3	3	4
Grebenau	3	4	3	3	3	3	3	3	3	3	3
Hanau	5	12	12	4	4	9	9	4	3	8	9
Kassel-Nord	4	7	6	4	4	5	4	3	3	4	6
Königstein	3	5	4	3	3	4	3	3	3	3	3
Lampertheim	-	-	-	-	-	-	5	3	3	4	4
Limburg	3	5	5	3	3	4	5	3	3	4	5
Linden	3	7	5	3	3	4	4	3	3	3	4
Marburg	3	7	7	3	3	5	5	3	3	4	5
Michelstadt	-	-	-	3	3	7	6	3	3	5	7
Nidda	3	5	5	3	3	5	5	3	3	3	4
Offenbach	4	7	9	4	4	7	8	4	3	5	7
Raunheim	4	7	12	6	4	8	7	3	3	5	10
Riedstadt	3	6	5	3	3	5	5	3	3	3	4
Spessart	3	5	5	3	3	4	3	3	3	3	3
Viernheim	5	10	10	5	4	8	9	4	3	6	8
Wasserkuppe	-	-	-	-	-	-	-	-	3	3	3
Wetzlar	3	5	5	3	3	4	4	3	3	3	3
Wiesbaden-Süd	5	9	9	5	4	8	8	4	3	5	6
Witzenhausen	3	4	3	4	3	4	3	3	3	3	3
Zierenberg	-	-	-	-	-	-	-	3	3	3	3

Noch: 3. Luftbelastung nach Messstellen
f) Kohlenmonoxid in mg/m³

Messstelle	Quartalsmittel 1998		Quartalsmittel 1999				Quartalsmittel 2000				Qm. 2001
	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
Darmstadt	0,5	0,7	0,8	0,4	0,4	0,5	0,5	0,3	0,3	0,5	0,5
Darmstadt-Hügelstraße	1,5	1,4	1,4	1,8	1,8	1,5	1,3	1,4	1,5	1,2	1,4
Ffm.-Friedb. Landstraße	1,7	1,8	1,7	1,6	1,8	1,3	1,0	1,1	1,0	1,4	1,4
Ffm.-Höchst	0,5	0,8	0,8	0,5	0,5	0,7	0,7	0,5	0,4	0,7	0,7
Fulda	0,4	0,6	0,6	0,5	0,5	0,6	0,5	0,4	0,4	0,6	0,6
Gießen	0,6	0,9	0,8	0,5	0,5	0,7	0,7	0,4	0,5	0,6	0,7
Hanau	0,6	0,8	0,8	0,5	0,5	0,8	0,8	0,7	0,5	0,6	0,6
Kassel-Fünffensterstr.	-	-	-	-	1,3	1,5	1,3	1,0	1,1	1,4	1,2
Kassel-Nord	0,5	0,7	0,7	0,5	0,4	0,6	0,5	0,4	0,4	0,5	0,7
Limburg	0,4	0,7	0,6	0,4	0,3	0,6	0,5	0,4	0,4	0,6	0,6
Linden	0,3	0,5	0,5	0,4	0,4	0,5	0,4	0,3	0,2	0,3	0,4
Offenbach	0,6	0,7	0,7	0,4	0,5	0,7	0,6	0,5	0,5	0,7	0,6
Raunheim	0,4	0,8	0,8	0,5	0,5	0,7	0,7	0,4	0,4	0,7	0,7
Viernheim	0,3	0,6	0,6	0,3	0,3	0,5	0,5	0,3	0,3	0,5	0,5
Wetzlar	0,6	0,9	0,9	0,5	0,5	0,7	0,6	0,5	0,4	0,7	0,7
Wiesbaden-Ringkirche	1,7	2,2	2,1	1,4	1,6	2,0	1,7	1,3	1,4	1,9	1,7
Wiesbaden-Süd	0,5	0,8	0,7	0,5	0,5	0,7	0,6	0,5	0,4	0,6	0,6
Zierenberg								0,2	0,1	0,2	0,2

Noch: 3. Luftbelastung nach Messstellen
g) Kohlenwasserstoffe (ohne Methan) in µg/m³

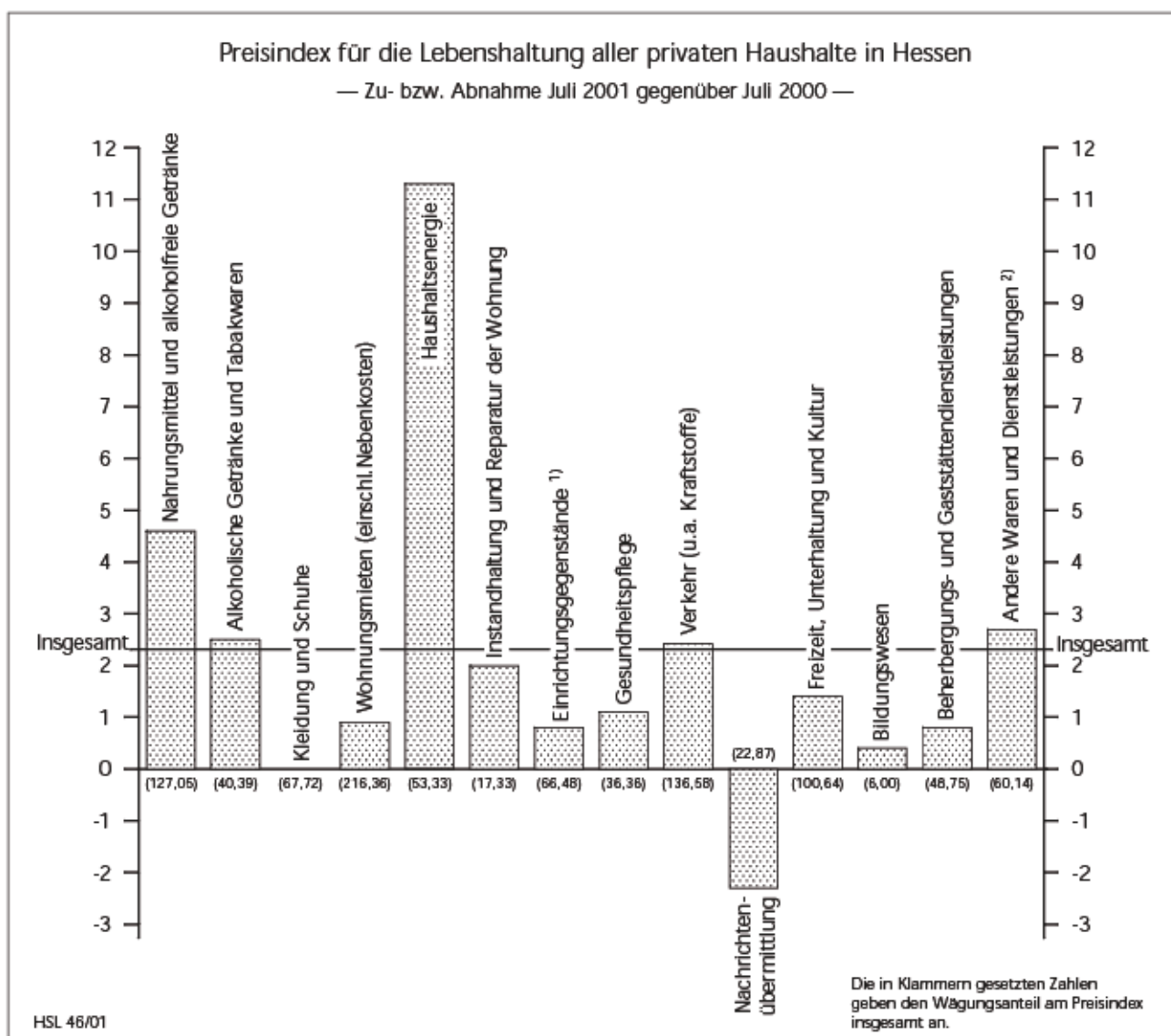
Messstelle	Quartalsmittel 1998		Quartalsmittel 1999				Quartalsmittel 2000				Qm. 2001
	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
Ffm.-Höchst	72	93	93	57	57	107	113	67	40	87	80
Ffm.-Ost	72	93	93	57	79	86	73	40	40	67	67
Kassel-Nord	86	93	86	64	57	57	47	113	53	80	87
Riedstadt	36	43	50	29	29	57	47	27	27	40	33

Noch: 3. Luftbelastung nach Messstellen
h) Staub in $\mu\text{g}/\text{m}^3$; ab 1. Quartal 2000 PM 10* in $\mu\text{g}/\text{m}^3$

Messstelle	Quartalsmittel 1998		Quartalsmittel 1999				Quartalsmittel 2000				Qm. 2001
	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
Bad Arolsen	-	-	-	-	26	19	18	19	20	14	16
Bebra	27	26	27	26	28	23	21	24	23	20	25
Borken	26	22	23	21	27	21	19	19	20	15	19
Darmstadt	30	26	29	28	29	26	24	24	23	20	26
Darmstadt-Hügelstraße	-	-	-	-	-	-	35	32	33	31	38
Dillenburg	31	29	29	27	28	27	23	26	27	23	25
Ffm.-Höchst	30	31	32	29	28	27	26	25	25	24	34
Ffm.-Ost	30	35	38	38	36	37	34	31	30	28	33
Fulda	32	28	31	32	33	24	24	23	20	21	25
Gießen	33	32	34	32	32	28	26	25	32	32	28
Hanau	30	32	33	28	25	26	24	22	23	21	25
Kassel-Fünffensterstr.	-	-	-	-	-	-	32	33	32	37	38
Kassel-Nord	32	29	29	32	30	29	24	26	27	22	24
Lampertheim	-	-	-	-	-	-	-	-	13	12	16
Limburg	30	27	27	27	28	24	22	22	22	19	24
Marburg	28	29	30	34	31	26	23	26	23	20	23
Michelstadt	-	-	-	-	23	21	20	19	18	17	29
Nidda	25	23	23	23	24	20	20	18	18	14	22
Offenbach	30	32	33	30	37	44	43	41	44	20	24
Raunheim	31	29	28	28	28	27	27	24	24	23	24
Riedstadt	29	25	26	27	30	23	23	24	25	20	21
Viernheim	27	27	29	27	26	25	26	21	21	22	24
Wasserkuppe	-	-	-	-	-	-	-	-	12	7	8
Wetzlar	30	32	35	32	33	31	27	29	27	26	29
Wiesbaden-Ringkirche	-	-	-	-	-	-	29	-	35	38	28
Wiesbaden-Süd	32	33	35	31	32	29	28	24	21	25	28

* PM 10: Partikel mit $d < 10 \mu\text{m}$

Im Zuge der gesamteuropäischen Bestrebungen zur Überwachung der Luftqualität wurde am 29.06.1999 die neue EU-Richtlinie über Grenzwerte für Schwefeldioxid, Stickstoffdioxid, Stickstoffoxide, Partikel und Blei veröffentlicht. Die Richtlinie macht eine Umstellung der bisherigen Gesamtstaubmessung auf die Fraktion der Partikel mit einem aerodynamischen Durchmesser $< 10 \mu\text{m}$ ("PM10": particulate matter $< 10 \mu\text{m}$) erforderlich (spätestens bis 19.7.2001). Die Begründung für die künftige Konzentration auf diesen Teilbereich der Partikel liegt in dem deutlich größeren Schädigungspotential der lungengängigen Feinstäube. Mit Beginn des Monats Januar 2000 wurde mit der Umstellung der Staubbmessgeräte von Gesamtstaub auf PM10 begonnen. Da für diese Komponente eine neue Messreihe beginnt, sind bis auf weiteres keine Langzeitwerte vorhanden. Vergleichsmessungen von PM10 zu Gesamtstaub haben ergeben, dass der Anteil von PM10 im Gesamtstaub in der Regel 70 - 80% beträgt. Weiterhin schreibt die Richtlinie im Falle der gasförmigen Komponenten (SO_2 , NO_2/NO) vor, das Volumen der Konzentrationsangabe ($\mu\text{g}/\text{m}^3$) auf eine Normtemperatur von 20°C zu beziehen. Ab Januar 2000 werden somit die Konzentrationen für SO_2 , NO und NO_2 nicht mehr wie bisher auf 0°C sondern auf 20°C bezogen angegeben. Hierdurch werden die berichteten Werte dieser Komponenten um ca. 7% niedriger ausfallen als bisher.



Beschäftigtenentwicklung im Verarbeitenden Gewerbe 1995 bis 2000

Im hessischen Verarbeitenden Gewerbe gingen zwischen 1995 und dem Jahr 2000 sowohl die Betriebs- als auch die Beschäftigtenzahlen zurück. Vor allem vom Beschäftigtenrückgang waren alle bedeutenden Branchen des Landes betroffen. Das Ausmaß war jedoch je nach Branche sehr verschieden und wurde nicht nur von konjunkturellen, sondern auch von strukturellen oder individuellen Entscheidungen bestimmt. Da die Zahl der Beschäftigten stärker sank als die der Betriebe, ergab sich statistisch eine Tendenz zum kleineren Betrieb.

Im Durchschnitt des Jahres 2000 gab es in Hessen 3295 Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes¹⁾. Zwei Drittel davon entfielen auf acht Branchen, und 23 % auf die drei großen des Landes: die Chemische Industrie, den Maschinenbau und die Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen.

Geringer Rückgang der Betriebszahlen . . .

Zwischen 1995 und dem Jahr 2000 ist die Zahl der Betriebe um 3,9 % zurückgegangen. Allerdings waren die Branchen von dieser Entwicklung sehr verschieden betroffen. Maßgebend hierfür waren zum einen allgemein konjunkturelle Einflüsse, durch die Betriebe gezwungen waren, aus dem Wirtschaftsprozess auszuschneiden oder die z. B. bewirkten, dass sie im Stichmonat, der für ihre Zuordnung zum Berichtskreis maßgebend war, unter die Grenze der Berichtspflicht von 20 Beschäftigten je Betrieb fielen und damit monatlich nicht mehr in die Berichtspflicht einbezogen werden mussten. Auch die Entscheidung, den Schwerpunkt der Beschäftigung zu verändern und in der Folge mit allen fachlichen Betriebsteilen zum Wirtschaftszweig des wirtschaftlichen Schwerpunkts des Betriebes nach seiner Verlagerung zu zählen, trägt zur Verminderung der Betriebszahlen einer Branche bei. In diesem Fall ist ein Betrieb allerdings nicht vollends aus dem Wirtschaftsprozess ausgeschieden, sondern das Gewicht der Branche veränderte sich. Für den Jahreswechsel 1999/2000 hatte die Entscheidung zu Gunsten eines Schwerpunkts im Verarbeitenden Gewerbe einen positiven Saldo von 25 Betrieben zur Folge. Doch die gestiegene Betriebszahl führte nicht zwangsläufig auch zu mehr Beschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe. Der Saldo aus Beschäftigtenzuwachs und -abgang zum Jahreswechsel 1999/2000 war nämlich mit rund 1900 Personen negativ. Dabei dürfte der Wechsel in den tertiären Sektor der Wirtschaft im Vordergrund gestanden haben. Die Chemische Industrie verlor 670 Beschäftigte. Beim Maschinenbau ergab sich ein negativer Saldo von 3 Betrieben und 1060 Beschäftigten, und die Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen büßte zum Jahreswechsel 1999/2000 gut 380 Beschäftigte ein. Dass ab dem Jahr 1997 Betriebe zusätzlich in den Berichtskreis auf-

genommen wurden, die handwerklich geführt werden, dürfte die Entwicklung der Betriebszahlen leicht beeinträchtigt haben, auf die gesamte Beschäftigtenentwicklung hatte diese Maßnahme jedoch nur eine untergeordnete Auswirkung. Handwerklich geführt werden nämlich überwiegend kleinere Betriebe, und besonders betroffen davon war vor allem das Ernährungsgewerbe, für das 1997 insgesamt 14 % mehr Betriebe gemeldet wurden als im entsprechenden Vorjahr.

Beim Vergleich der Jahre 2000 und 1995 ergab sich für die Chemische Industrie ein Zuwachs um 11 %. Die Zahl der Betriebe zur Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen blieb im Jahr 2000 im Vergleich zu 1995 konstant und der Maschinenbau verlor in der gleichen Zeit 1,7 % seiner Betriebe.

. . . jedoch beachtlicher Beschäftigtenabbau

Im Durchschnitt des Jahres 2000 arbeiteten im Verarbeitenden Gewerbe¹⁾ knapp 460 000 Personen. Davon waren 76 % in den bedeutendsten acht Branchen tätig, von denen drei – die bereits erwähnte Chemische Industrie, der Maschinenbau und die Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen – allein bereits 41 % auf sich vereinigten.

Gegenüber 1995 ist die Zahl der Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe um 13 % zurückgegangen. Eine Beschäftigtenverminderung gab es in jedem der Jahre nach 1995, die höchste im Vergleich zum Vorjahr im Jahr 1997 mit – 5,3 %. In den Folgejahren ging die jährliche Abnahmerate allerdings zurück und belief sich im Jahr 2000 gegenüber dem Vorjahr nur noch auf 1,1 %. Der Beschäftigtenrückgang im Verarbeitenden Gewerbe ist zum einen Folge beachtlicher Rationalisierungsanstrengungen. Fertigungsprozesse wurden verstärkt automatisiert und bei bereits automatisierten Vorgängen wurde deren Ausmaß durch Einführung der nächstfolgenden Maschinengeneration noch effizienter. Vielfach entschieden sich die Unternehmen aber auch zur Ausgliederung von betrieblichen Aufgaben (outsourcing). Rechenzentren, Vertriebsabteilungen,

¹⁾ Betriebe mit 20 oder mehr Beschäftigten, einschl. Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden.

Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe¹⁾ in Hessen 1995 bis 2000
sowie Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber dem jeweiligen Vorjahr bzw. 2000 zu 1995

Wirtschaftszweig	Betriebe						Zu- bzw. Abnahme (-) in %					
	1995	1996	1997	1998	1999	2000	gegenüber dem jeweiligen Vorjahr					2000 gegenüber 1995
							1996	1997	1998	1999	2000	
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	3 428	3 376	3 324	3 257	3 300	3 295	- 1,5	- 1,5	- 2,0	1,3	- 0,2	- 3,9
darunter												
Ernährungsgewerbe	305	308	351	341	398	392	1,0	14,0	- 2,8	16,7	- 1,5	28,5
Chemische Industrie	160	160	165	174	174	177	0,0	3,1	5,5	0,0	1,7	10,6
Herstellung von Gummi- und Kunst- stoffwaren	258	254	247	243	246	247	- 1,6	- 2,8	- 1,6	1,2	0,4	- 4,3
Herstellung von Metallerzeugnissen	412	414	406	402	408	414	0,5	- 1,9	- 1,0	1,5	1,5	0,5
Maschinenbau	515	509	509	499	508	506	- 1,2	0,0	- 2,0	1,8	- 0,4	- 1,7
Herstellung von Geräten der Elek- trizitätserzeugung, -verteilung u. ä.	158	155	150	150	158	168	- 1,9	- 3,2	0,0	5,3	6,3	6,3
Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik	186	186	191	184	178	170	0,0	2,7	- 3,7	- 3,3	- 4,5	- 8,6
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	69	63	63	64	67	69	- 8,7	0,0	1,6	4,7	3,0	0,0

1) In Betrieben mit 20 oder mehr Beschäftigten, einschl. Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden.

Beschäftigte im Verarbeitenden Gewerbe¹⁾ in Hessen 1995 bis 2000
sowie Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber dem jeweiligen Vorjahr bzw. 2000 zu 1995

Wirtschaftszweig	Beschäftigte						Zu- bzw. Abnahme (-) in %					
	1995	1996	1997	1998	1999	2000	gegenüber dem jeweiligen Vorjahr					2000 gegenüber 1995
							1996	1997	1998	1999	2000	
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	526 608	508 283	481 106	470 074	464 707	459 468	- 3,5	- 5,3	- 2,3	- 1,1	- 1,1	- 12,7
darunter												
Ernährungsgewerbe	34 147	33 244	33 939	33 312	34 873	35 216	- 2,6	2,1	- 1,8	4,7	1,0	3,1
Chemische Industrie	82 336	78 482	71 023	66 418	65 927	63 899	- 4,7	- 9,5	- 6,5	- 0,7	- 3,1	- 22,4
Herstellung von Gummi- und Kunst- stoffwaren	37 380	37 101	36 322	35 756	35 535	35 858	- 0,7	- 2,1	- 1,6	- 0,6	0,9	- 4,1
Herstellung von Metallerzeugnissen	43 212	42 078	40 491	40 851	39 957	39 287	- 2,6	- 3,8	0,9	- 2,2	- 1,7	- 9,1
Maschinenbau	70 314	67 428	65 384	64 505	64 009	63 109	- 4,1	- 3,0	- 1,3	- 0,8	- 1,4	- 10,2
Herstellung von Geräten der Elek- trizitätserzeugung, -verteilung u. ä.	28 101	26 613	25 684	25 970	26 133	26 642	- 5,3	- 3,5	1,1	0,6	1,9	- 5,2
Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik	33 973	32 956	31 115	28 530	26 992	26 745	- 3,0	- 5,6	- 8,3	- 5,4	- 0,9	- 21,3
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	63 150	62 043	60 973	61 112	60 801	59 927	- 1,8	- 1,7	0,2	- 0,5	- 1,4	- 5,1

1) In Betrieben mit 20 oder mehr Beschäftigten, einschl. Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden.

Beschäftigte je Betrieb im Verarbeitenden Gewerbe¹⁾ in Hessen 1995 bis 2000

Wirtschaftszweig	Beschäftigte je Betrieb					
	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	154	151	145	144	141	139
darunter						
Ernährungsgewerbe	112	108	97	98	88	90
Chemische Industrie	515	491	430	382	379	361
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	145	146	147	147	144	145
Herstellung von Metallerzeugnissen	105	102	100	102	98	95
Maschinenbau	137	132	128	129	126	125
Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. ä.	178	172	171	173	165	159
Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik	183	177	163	155	152	157
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	915	985	968	955	907	869

1) In Betrieben mit 20 oder mehr Beschäftigten, einschl. Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden.

Werbeabteilungen, aber auch die Leistungen des Reinigungspersonals, von Hausverwaltungen, Grundstückspflegern etc. wurden externen Anbietern übertragen und haben damit das Verarbeitende Gewerbe verlassen. In einigen Fällen haben auch Firmenzusammenschlüsse Synergieeffekte bewirkt, die sich auf die Beschäftigtenzahlen auswirkten. Outsourcing verminderte zwar das Gewicht des Verarbeitenden Gewerbes in der Wirtschaft, der Verlust an Arbeitsplätzen dürfte jedoch nicht den Umfang der hiervon betroffenen Ausgliederungen erreichen. Vor allem das Gewicht des tertiären Sektors der Wirtschaft gewann an Bedeutung.

Da die Beschäftigtenverminderung größer war als die der Gesamtzahl der Betriebe, ergab sich statistisch eine Verringerung der durchschnittlichen Betriebsgröße. Während im Durchschnitt des Verarbeitenden Gewerbes 1995 noch 154 Beschäftigte in einem Betrieb tätig waren, errechnete sich für das Jahr 2000 eine durchschnittliche Betriebsgröße von 139 Personen. Die Tendenz zu kleineren Betriebseinheiten ist in nahezu allen Branchen zu beobachten.

Chemische Industrie bestimmt Entwicklung wesentlich

Der Anteil an der Gesamtzahl der Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe lag 2000 für die großen Branchen Chemische Industrie, Maschinenbau und Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen jeweils zwischen 13 und 14 %. Während sich die Bedeutung einzelner Branchen seit 1995 nur unwesentlich änderte, hat vor allem die Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen im Jahr 2000 im Vergleich zu 1995 um einen Prozentpunkt an Gewicht gewonnen.

Die bedeutendste hessische Branche, die Chemische Industrie, hatte im Jahr 2000 noch knapp 64 000 Beschäftigte. Allerdings verminderte sie zwischen 1995 und 2000 ihre Beschäftigtenzahl um insgesamt 22 %. Dabei lagen die jährlichen Abnahmeraten seit 1995 zwischen 0,7 % und 9,5 %.

Den stärksten Rückgang gab es 1997 nach einer bereits beachtlichen Abnahme im Jahr davor. Nach einer weiteren Reduzierung im Jahr 1998 um 6,5 % beruhigte sich die Entwicklung, wenngleich auch 2000 wieder 3,1 % Beschäftigte weniger gemeldet wurden als im Vorjahr. Insgesamt dürfte die Beschäftigtenentwicklung in der Chemischen Industrie auch die Folge der Umstrukturierung des größten hessischen Chemiebetriebes gewesen sein. Die im Vergleich zur Verminderung der Betriebszahlen stärkere Reduzierung der Beschäftigtenzahlen hatte zur Folge, dass der statistische Durchschnittswert für die Betriebsgröße zwischen 1995 und dem Jahr 2000 erheblich sank. 1995 arbeiteten im Schnitt 515 Personen in einem Chemiebetrieb. Im Jahr 2000 waren es nur noch gut 360.

Die im Jahr 2000 zweitbedeutendste Branche des Verarbeitenden Gewerbes, der Maschinenbau, hatte zuletzt einen Anteil an der Gesamtbeschäftigtenzahl im Verarbeitenden Gewerbe von knapp 14 %. 1995 war dieser Anteil sogar geringfügig kleiner. Ursache dieser Entwicklung war der zwischen 1995 und 2000 unterdurchschnittliche Beschäftigtenabbau von 10 % auf zuletzt gut 63 000 Beschäftigte. Durch die in den letzten beiden Jahren besonders geringen Beschäftigtenrückgänge konnte der Maschinenbau seine Position unter den Großen des Landes weitgehend behaupten. Allerdings ging auch dort die durchschnittliche Betriebsgröße von 137 Beschäftigten im Jahr 1995 auf 125 im Jahr 2000 zurück.

Die drittgrößte Branche, die Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen, hatte im Jahr 2000 lediglich 5 % weniger Beschäftigte als 1995 und meldete zuletzt einen durchschnittlichen Beschäftigtenstand von knapp 60 000 Personen. Der im Vergleich zum Durchschnitt des Verarbeitenden Gewerbes weniger als halb so große Beschäftigtenrückgang bewirkte (verglichen mit dem Jahr 1995) den Anstieg des Anteils an der Gesamtbeschäftigung um einen Prozentpunkt

**Beschäftigte sowie Anteil der jeweiligen Branche an der
Gesamtbeschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe¹⁾ in Hessen 1995 bis 2000**

Wirtschaftszweig	Beschäftigte					
	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	526 608	508 283	481 106	470 074	464 707	459 468
darunter						
Ernährungsgewerbe	34 147	33 244	33 939	33 312	34 873	35 216
Chemische Industrie	82 336	78 482	71 023	66 418	65 927	63 899
Herstellung von Gummi- und Kunst- stoffwaren	37 380	37 101	36 322	35 756	35 535	35 858
Herstellung von Metallerezeugnissen	43 212	42 078	40 491	40 851	39 957	39 287
Maschinenbau	70 314	67 428	65 384	64 505	64 009	63 109
Herstellung von Geräten der Elek- trizitätserzeugung, -verteilung u. ä.	28 101	26 613	25 684	25 970	26 133	26 642
Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik	33 973	32 956	31 115	28 530	26 992	26 745
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	63 150	62 043	60 973	61 112	60 801	59 927
Anteil der jeweiligen Branche an der Gesamtbeschäftigung in %						
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	100	100	100	100	100	100
darunter						
Ernährungsgewerbe	6,5	6,5	7,1	7,1	7,5	7,7
Chemische Industrie	15,6	15,4	14,8	14,1	14,2	13,9
Herstellung von Gummi- und Kunst- stoffwaren	7,1	7,3	7,5	7,6	7,6	7,8
Herstellung von Metallerezeugnissen	8,2	8,3	8,4	8,7	8,6	8,6
Maschinenbau	13,4	13,3	13,6	13,7	13,8	13,7
Herstellung von Geräten der Elek- trizitätserzeugung, -verteilung u. ä.	5,3	5,2	5,3	5,5	5,6	5,8
Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik	6,5	6,5	6,5	6,1	5,8	5,8
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	12,0	12,2	12,7	13,0	13,1	13,0

1) In Betrieben mit 20 oder mehr Beschäftigten, einschl. Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden.

auf 13 %. Aber auch in dieser Branche arbeiteten in einem Betrieb im Jahr 2000 mit durchschnittlich knapp 870 Beschäftigten erheblich weniger als 1995 (915).

Beschäftigtenzunahme im Ernährungsgewerbe

Unter den übrigen großen Branchen des Landes fällt vor allem das Ernährungsgewerbe auf. Mit rund 35 200 Beschäftigten waren dort im Jahr 2000 3,1 % mehr Personen tätig als 1995. Allerdings ist diese Entwicklung durch die eingangs erwähnte Einbeziehung der meistens kleineren Handwerksbetriebe verstärkt worden. Lediglich 1996 und 1998 waren im Ernährungsgewerbe im Vergleich zu den jeweiligen Vorjahren Rückgänge der Beschäftigtenzahlen festzustellen. In den übrigen Jahren wurden die Belegschaften dagegen zum Teil recht beachtlich ausgeweitet. Die Tendenz zu kleineren Einheiten errechnete sich allerdings auch dort. 1995 arbeiteten noch 112 Beschäftigte in einem Betrieb, gegenüber 90 im Jahr 2000.

Die Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik beschäftigte im Durchschnitt des Jahres 2000 mit knapp 27 000 Personen zwar nur 5,8 % aller im Verarbeitenden Gewerbe Tätigen, die Branche schränkte jedoch zwischen 1995 und 2000 ihre Beschäftigtenzahl um 21 % und damit fast so stark ein wie die Chemische Industrie. Die Beschäftigtenverminderung erfolgte in jedem der Jahre nach 1995 und war 1997 bis 1999 am stärksten. Die durchschnittliche Betriebsgröße sank zwischen 1995 und dem Jahr 2000 von 183 auf 157 Beschäftigte je Betrieb.

Die Herstellung von Metallerezeugnissen (Beschäftigtenanteil: 8,6 %) und die Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren (7,8 %) erfuhren lediglich einstellige Beschäftigtenverminderungen. Während in ersterer ebenfalls die Entwicklung zur kleineren Betriebsgröße zu beobachten ist, arbeiteten bei der Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren 2000 in einem Betrieb so viele Beschäftigte wie im Jahr 1995 □

Dienstleistungsbereich: Eine Datenlücke wird geschlossen

Kein anderer Wirtschaftszweig ist in den letzten Jahren so gewachsen wie der Dienstleistungsbereich. Kein Wirtschaftszweig weist mehr Dynamik im Gründungsgeschehen auf. Weit über die Hälfte der Beschäftigten sind im tertiären Sektor tätig. Ausgerechnet für diesen bedeutenden Wirtschaftsbereich konnte die amtliche Statistik bisher jedoch keine aktuellen Informationen in hoher Gliederungstiefe bereitstellen. Vor allem für die rasch expandierenden unternehmensnahen Dienstleistungsbereiche wie Rechts- und Wirtschaftsberatung, Datenverarbeitung, Werbung, Forschung und Entwicklung usw. fehlte ein umfassendes und konsistentes Berichtssystem völlig. Mit dem In-Kraft-Treten des Gesetzes zur Einführung einer Dienstleistungsstatistik und zur Änderung statistischer Rechtsvorschriften am 1. Januar 2001 verschwindet ein „weißer Fleck“ auf der statistischen Landkarte. Im Sommer 2001 werden erstmals unternehmensnahe Dienstleister zum Berichtsjahr 2000 befragt.

In der wissenschaftlichen Literatur und in der tagespolitischen Diskussion werden die Entwicklung von der Industrie zur Dienstleistungsgesellschaft und die sich daraus ergebenden wirtschaftlichen und sozialen Aspekte in wachsendem Maße thematisiert. Ökonomen, Soziologen und Politologen setzen sich ebenso intensiv mit dem Thema „Dienstleistungen“ auseinander wie private Unternehmer. Dabei finden sich für den Begriff „Dienstleistungen“ unterschiedliche Definitionsansätze und Betrachtungsweisen.

Was sind Dienstleistungen?

Einmal werden Wirtschaftsgüter, die nicht lager- oder transportierbar sind, als „Dienstleistung“ bezeichnet. Dies war vor allem für die klassischen Dienstleistungen wie Handel, Transport, Verkehr, Banken und Versicherungen sowie Bildung und Kultur zutreffend. Der technische Fortschritt der letzten Jahre hat dazu geführt, dass diese Eigenschaften auf eine Vielzahl von Dienstleistungen nicht mehr zutrifft. Durch die neuen Möglichkeiten, die die Telekommunikation, die EDV oder der Multimedia-Bereich bieten, sind beispielsweise Beratertätigkeiten durchaus übertragbar oder lagerfähig geworden.

Ein anderer Ansatz beschreibt „Dienstleistungen“ als Zustandsveränderungen. Der Konsum einer Dienstleistung führt zu Veränderungen beim Konsumenten. Die Bereitstellung und die Inanspruchnahme der Dienstleistung fallen somit zeitlich zusammen. Dies setzt die räumliche Nähe zwischen dem Anbieter der Dienstleistung und dem Konsumenten voraus. Diese Definition trifft heute im Wesentlichen noch für personenbezogene Dienstleistungen zu, wie medizinische oder kosmetische Leistungen. Für viele unternehmensbezogene Dienstleistungen trifft diese Auslegung jedoch nicht mehr zu.

In der gebräuchlichsten Definition werden „Dienstleistungen“ als eine Restgröße beschrieben, als ein Konglomerat von Wirtschaftsgütern, die nicht in der Land- und Forstwirtschaft, nicht im Bergbau, nicht im Verarbeitenden Gewerbe und nicht im Baugewerbe erzeugt werden. Diese Abgrenzung des Dienstleistungsbereichs liegt auch dem vorliegenden Beitrag zu Grunde.

„Dienstleistungen“ können, neben der Beschreibung als eine bestimmte Art von Produktionsergebnissen, auch unter anderen Blickwinkeln betrachtet werden. Zum einen kann die Tätigkeit einer Person im Mittelpunkt stehen, die überwiegend Dienstleistungen erzeugt¹⁾. Andererseits kommt auch eine institutionelle Perspektive in Betracht. Hier wird das jeweilige Unternehmen auf Grund seines wirtschaftlichen Schwerpunktes einem Wirtschaftszweig zugeordnet²⁾. Sowohl die funktionale als auch die institutionelle Betrachtungsweise beinhalten Schwachstellen. Die funktionale Darstellung bereitet dort Probleme, wo Beschäftigte eine Doppelfunktion ausüben, beispielsweise in der Produktion tätig sind, aber auch Wartung/Reparaturen bei Kunden durchführen. Die institutionelle Betrachtung ist dann problematisch, wenn wertmäßig mehr externe Waren als externe Dienstleistungen erstellt werden, die Summe der Dienstleistungen für interne und externe Zwecke jedoch größer ist als die Summe der für interne und externe Zwecke produzierten Waren. Eine solche Einrichtung würde dem Produzierenden Gewerbe zugeordnet werden, obwohl der Output von Dienstleistungen größer war.

Dienstleistungen: Der weiße Fleck in der amtlichen Statistik

So zahlreich die Definitionsansätze sind, so spärlich waren bisher konkrete empirische Informationen. Der rasante Strukturwandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft war zwar überall spürbar, er wurde bisher jedoch nur

*) Jutta Loidl-Stuppi, Dipl.-Volkswirtin, ist Referentin im Referat „Energiewirtschaft, Handwerk, Gewerbeanzeigen“ im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg. Der hier vorliegende Beitrag ist in der Monatszeitschrift „Baden-Württemberg in Wort und Zahl“, Heft Februar 2001, erschienen und wird mit freundlicher Genehmigung des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg hier im Original-Wortlaut abgedruckt.

1) Neue Informationen zur Art der Tätigkeit von Beschäftigten sowie Veränderungen im Zeitverlauf liefert der Mikrozensus.

2) Dies ist die übliche Betrachtungsweise in den Wirtschaftsstatistiken und liegt auch dem neuen Dienstleistungssektor zu Grunde.

Übersicht 1

Beispiele von Aussagemöglichkeiten einzelner Fachstatistiken bei der Analyse von Struktur und Entwicklung des Dienstleistungsbereichs

Name der Statistik	Informationsgehalt
Arbeitsstättenzählung 1987	Bietet Informationen zu Arbeitsstätten, Unternehmen und Beschäftigten in hoher Gliederungstiefe. Durch die dynamische Entwicklung im Dienstleistungsbereich und die Zeitpunkt-bezogenheit der Ergebnisse sind die Daten bereits veraltet.
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung	Eine detaillierte Untersuchung einzelner Dienstleistungsbereiche ist auf Grund einer fehlenden tiefen wirtschaftssystematischen Differenzierung nicht möglich. Beinhaltet einen hohen Anteil an Schätzungen.
Statistik der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer	Zwar wird die Erwerbstätigkeit differenziert und umfassend abgebildet, aber Selbstständige (wichtige Gruppen im Dienstleistungsbereich) und Beamte werden nicht erfasst.
Mikrozensus	Repräsentativumfrage bei 1 % der Bevölkerung. Eine tiefe regionale und fachliche Untergliederung ist auf Grund der geringen Stichprobenauswahl nicht möglich.
Umsatzsteuerstatistik	Kann zur Analyse der Outputseite herangezogen werden. Im Fall von Mehrbetriebsunternehmen ist keine gebietsscharfe Abgrenzung möglich.
Gewerbeanzeigenstatistik	Auswertung der Gewerbean-, -um-, und -abmeldungen liefert Informationen zu Unternehmensfluktuation auch für den Dienstleistungsbereich.
Unternehmensregister	Wird aus Primärerhebungen und Verwaltungsdateien gespeist. Die wirtschaftszweigsystematische Zuordnung von Einheiten, die nicht zu laufenden Statistiken melden, erfüllt nicht immer den Qualitätsanspruch der amtlichen Statistik. Eingeschränkter Merkmalskatalog.

unzureichend von der amtlichen Statistik abgebildet. Während über einzelne traditionelle Dienstleistungen, wie beispielsweise den Handel und das Gastgewerbe, in ausreichendem Maße Informationen zur Verfügung standen, erfasste die amtliche Statistik moderne Dienste kaum. Vor allem bei unternehmensorientierten Dienstleistungen mit ih-

ren rasch expandierenden Branchen wie Wirtschafts- und Rechtsberatern, Speditions- und Logistikunternehmen, Werbeunternehmen und EDV-Dienstleistern usw. fehlte ein umfassendes und konsistentes Berichtssystem völlig. Zwar ließen sich mit den Ergebnissen der Arbeitsstättenzählungen strukturelle Änderungen zwischen den Sektoren und innerhalb des tertiären Sektors nachweisen, aber die letzte Arbeitsstättenzählung wurde 1987 durchgeführt, und diese Daten sind mittlerweile völlig veraltet (Übersicht 1). Die Umsatzsteuerstatistik liefert Informationen zur Outputseite. Mithilfe der Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten oder dem Mikrozensus lassen sich Entwicklungen im Dienstleistungsbereich tendenziell aufzeigen. Die Gewerbeanzeigenstatistik erlaubt einen Einblick in die Unternehmensfluktuation einschließlich des Gründungs geschehens. Da von den Fachstatistiken aber jeweils nur Teilaspekte beleuchtet werden, reichen sie nicht aus, um Struktur und Entwicklung moderner Dienstleistungen tief gehend zu analysieren — insbesondere auch, weil nur sehr eingeschränkte Möglichkeiten der Verknüpfung von funktionalen und institutionellen Daten bestehen.

Auch Auswertungen aus dem Unternehmensregister, die voraussichtlich ab 2001 möglich werden, könnten nur sehr eingeschränkt Strukturdaten zum tertiären Sektor liefern. Die von der Finanz- bzw. Arbeitsverwaltung gelieferten Daten zur Rechtsform, zum Umsatz und zur Zahl der Beschäftigten sind zwischen ein und zwei Jahren alt. Zudem entspricht die wirtschaftszweigsystematische Zuordnung von Unternehmen, welche diese Verwaltungen liefern, nicht immer dem Qualitätsanspruch der amtlichen Statistik, wie sich bereits bei Erhebungen in anderen Wirtschaftsbereichen zeigte.

Bemühungen, eine Datenlücke in der Bundesrepublik Deutschland zu schließen

Die Datenlücke im Dienstleistungsbereich ist seit Jahren hinlänglich bekannt und wurde immer wieder beklagt — nicht nur von den statistischen Ämtern³⁾. Bereits 1985 hat das Statistische Bundesamt im Rahmen einer Amtsleiterkonferenz auf die unzureichende Information im tertiären Sektor hingewiesen. Ein Jahr später forderte die Wirtschaftsministerkonferenz in einem Beschluss den Bundesminister für Wirtschaft dazu auf, Schritte einzuleiten, um die Datenbasis im Dienstleistungsbereich zu verbessern. Dazu mussten jedoch erst die gesetzlichen und haushaltsmäßigen Voraussetzungen geschaffen werden.

Geplant wurde eine primärstatistische Erhebung bei höchstens 20 % der Unternehmen, die ihren Schwerpunkt im Bereich der unternehmensnahen Dienstleistungen hatten. Im Wesentlichen sollten die Erhebungsmerkmale mit den in anderen Wirtschaftsstatistiken abgefragten Merkmalen übereinstimmen, also Angaben zur Kennzeichnung des Unter-

3) Vgl. Lötzel, Heinrich: Statistische Erfassungen von Dienstleistungen, in: Allgemeines Statistisches Archiv 71/1987, S. 17—37. — Reim, Uwe: Zum Ausbau statistischer Informationen über Dienstleistungen, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 12/1988, S. 842 ff. — Loidl-Stuppi, Jutta: Von der Notwendigkeit einer Dienstleistungsstatistik, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 2/1995, S. 53—56. — Empfehlungen zur Weiterentwicklung der amtlichen Statistik. Bericht des Statistischen Beirats an die Bundesregierung, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 9/1999, S. 683—687

nehmens, Umsatz, tätige Personen, Löhne und Gehälter, Einsatz von Waren und Dienstleistungen, Eigenleistungen sowie Investitionen. Die Angaben sollten ohne großen zusätzlichen Aufwand aus den handels-, steuer- oder sozialversicherungsrechtlich vorgeschriebenen Geschäftsaufzeichnungen entnommen werden können.

Ein erster Entwurf des Dienstleistungstatistikgesetzes wurde 1992 zwischen den Bundesressorts abgestimmt. Auch die Wirtschaftsministerien der Länder haben dem Gesetzesentwurf zugestimmt. Die Einführung einer Dienstleistungstatistik in der Bundesrepublik Deutschland scheiterte jedoch an der Frage der Finanzierbarkeit. 1994 wurde der Entwurf zum Dienstleistungstatistikgesetz erneut überarbeitet. Bereits in einer ersten Abstimmungsrunde wurden Bedenken laut. Es wurde unter anderem auf bundesweite Einsparungsbemühungen im Bereich der amtlichen Statistik hingewiesen und Abstimmungswünsche mit den Anforderungen an eine europäische Dienstleistungstatistik geäußert. So mussten die Entscheidungsträger aus Politik und Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland vorerst weiter auf eine objektive und verlässliche Informationsquelle verzichten.

Wer jedoch die Weichen für die Zukunft rechtzeitig und richtig stellen will und im immer härter werdenden internationalen Wettbewerb bestehen möchte, braucht aktuelle, neutrale Informationen. Im Zuge der wachsenden wirtschaftlichen Verflechtung zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union und durch die zunehmende Verlagerung politischer Entscheidungsbefugnisse von der nationalen auf die europäische Ebene ergab sich die Notwendigkeit der EU-weiten Harmonisierung der amtlichen Statistik. Die Dienstleistungstatistik in den EU-Staaten war je nach Land und Dienstleistungsbereich auf einem sehr unterschiedlichen Entwicklungsstand. Die Daten basierten auf nationalen Ansätzen und waren EU-weit nicht vergleichbar oder fehlten teilweise, wie in der Bundesrepublik Deutschland.

Entwicklung einer europäischen Dienstleistungstatistik

Angesichts dieser Ausgangslage wurde 1987 bei EUROSTAT ein „Koordinationsausschuss für die Dienstleistungstatistik“ eingerichtet, der methodische Vorarbeiten leistete. Mit der Entscheidung des Rates der Europäischen Gemeinschaft vom 18. Juni 1992 zur Einführung eines Zweijahresprogramms für die Entwicklung einer europäischen Dienstleistungstatistik wurde der erste Schritt unternommen, ein europäisches statistisches Informationssystem für den Dienstleistungsbereich zu installieren und die Harmonisierung der Dienstleistungstatistik in den Mitgliedstaaten voranzubringen. Der Dienstleistungsbereich

im Sinne der Ratsentscheidung umfasste den Handel, das Gastgewerbe, den Verkehr, Finanzdienstleistungen einschließlich Versicherungen, Kommunikations- und Informationsdienstleistungen, audiovisuelle Dienstleistungen und Dienstleistungen für Unternehmen.

Ein wichtiger Bestandteil beim Aufbau eines EU-weiten Berichtssystems über Dienstleistungen war die Durchführung von Piloterhebungen. In der Bundesrepublik Deutschland ermöglichte das Bundesstatistikgesetz (§ 7 Abs. 2 BStatG) die Durchführung von Erhebungen ohne Auskunftspflicht zur Klärung wissenschaftlich-methodischer Fragestellungen. Eines der wichtigsten Ergebnisse dieser auf freiwilliger Basis durchgeführten Piloterhebungen war die Tatsache, dass angesichts einer Rücklaufquote von unter 25 % auf eine Auskunftspflicht bei der regulären Erhebung nicht verzichtet werden kann.

Mit der Verordnung (EG) Nr. 2223/96 vom 25. Juni 1996 zum Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung (im folgenden Text ESVG-Verordnung genannt) sowie mit der Verordnung (EG/Euratom) Nr. 58/97 vom 20. Dezember 1996 über strukturelle Unternehmensstatistik (im folgenden Text EU-Strukturverordnung genannt) sind von allen Mitgliedstaaten vergleichbare statistische Daten auf nationaler und regionaler Ebene zu liefern. Gemäß der EU-Strukturverordnung sind die verbindlichen Liefermerkmale (Übersicht 2) in vorgegebener Gliederungstiefe (Übersicht 3) ab dem Berichtsjahr 1999 innerhalb von 18 Monaten an EU-ROSTAT zu übersenden. Da der Termin, Mitte 2001, aus deutscher Sicht nicht eingehalten werden kann, wurde von Deutschland eine Fristverlängerung von einem Jahr beantragt⁴⁾. Die EU hat diesem Antrag stattgegeben. Damit war der Gesetzgeber in der Bundesrepublik Deutschland jetzt in der Pflicht, die wirtschaftsstatistischen Rechtsvorschriften zu modernisieren.

Es kamen zwei Vorgehensweisen in Betracht. Bei der ersten Variante wäre die Erhebung direkt auf der gesetzlichen Grundlage der EU-Strukturverordnung durchgeführt worden. Eine jährliche, zentrale, 5-prozentige Erhebung mit Auskunftspflicht, die keine regionalen Ergebnisse geliefert hätte, hätte den EU-Anforderungen genügt.

Da von allen Bundesländern jedoch aussagekräftige Länderergebnisse gefordert wurden, kam nur die zweite Variante infrage: eine dezentrale Erhebung mit Auskunftspflicht und einem ausreichend großen Stichprobenumfang. Der notwendige Stichprobenumfang hängt prinzipiell von verschiedenen Faktoren ab, wie zum Beispiel von der Heterogenität der zu betrachtenden Grundgesamtheit, der fachlichen Gliederungstiefe auf regionaler Ebene, der Veröffentlichungstiefe der Ergebnisse und dem Qualitätsanspruch⁵⁾.

Am 14. Juli 2000 scheiterte das Gesetz, das eine 20%-Stichprobe vorsah, im Bundesrat auf Grund der Kosten, die von den Ländern zu tragen gewesen wären. Da eine Kostenneut-

4) Eine allgemeine Ausnahme sieht vor, dass dieser Liefertermin sich verschieben kann, wenn das Unternehmensregister noch nicht voll funktionsfähig sein sollte.

5) Die Qualität der Ergebnisse wird dabei am auftretenden mittleren Fehler (Standardabweichung) gemessen.

Übersicht 2

Unternehmensmerkmale, die laut EU-Strukturverordnung von allen Mitgliedstaaten jährlich an EUROSTAT zu liefern sind

Code	Bezeichnung
12 11 0	Umsatz
12 12 0	Produktionswert
12 14 0	Bruttowertschöpfung zu Basispreisen
12 15 0	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten
13 31 0	Personalaufwendungen
13 11 0	Waren- und Dienstleistungskäufe insgesamt (Übermittlung freigestellt)
13 12 0	Käufe von Waren und Dienstleistungen zum Wiederverkauf in unverändertem Zustand
12 32 0	Löhne und Gehälter
15 11 0	Bruttoinvestitionen in Sachanlagen
16 11 0	Zahl der Beschäftigten
16 13 0	Zahl der Lohn- und Gehaltsempfänger

ralität bei der Einführung der von allen Seiten gewünschten Dienstleistungsstatistik nicht realisierbar war, schien eine vertretbare Reduzierung der Zahl der Auskunftspflichtigen ein tragfähiger Konsens zu sein. Im Vergleich zum ursprünglichen Gesetzentwurf wurde die Stichprobe auf 15 % gekürzt, unter Inkaufnahme von Einschränkungen bei tief gegliederten Auswertungsmöglichkeiten.

Die Dienstleistungsstatistik

Am 1. Dezember 2000 stimmte der Bundesrat dem Gesetzesbeschluss des Deutschen Bundestages vom 10. November 2000 zur Einführung einer Dienstleistungsstatistik und zur Änderung statistischer Rechtsverordnungen zu. Das Gesetz trat am 1. Januar 2001 in Kraft.

Danach ist eine jährliche, dezentrale Erhebung mit Auskunftspflicht und einem Stichprobenumfang von höchstens 15 % bei Unternehmen und Einrichtungen durchzuführen, die den Schwerpunkt ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit im Bereich der unternehmensbezogenen Dienstleistungen haben. Im Einzelnen gehören dazu

1. Abschnitt I (Verkehr und Nachrichtenübermittlung)

- Abteilung 60 Landverkehr, Transport in Fernleitungen,
- Abteilung 61 Schifffahrt,
- Abteilung 62 Luftfahrt,

Übersicht 3

Von der EU-Strukturverordnung geforderte wirtschaftszweigsystematische Gliederung

Abschnitt	Wirtschaftsmerkmale
C	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden
D	Verarbeitendes Gewerbe
E	Energie und Wasserversorgung
F	Baugewerbe
G	Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern
H	Gastgewerbe
55.1	Hotels, Gasthöfe, Pensionen und Hotels garnis
55.2	Sonstiges Beherbergungsgewerbe
55.3	Restaurants, Cafés, Eisdielen und Imbisshallen
55.4	Sonstiges Gaststättengewerbe
55.5	Kantinen und Caterer
I	Verkehr und Nachrichtenübermittlung
60.1	Eisenbahnen
60.21	Personenverkehr im Linienverkehr zu Land
60.22	Betrieb von Taxis und Mietwagen mit Fahrer
60.23	Sonstige Personenbeförderung im Landverkehr
60.24	Güterbeförderung im Straßenverkehr
60.3	Transport in Rohrfernleitungen
61.1	See- und Küstenschifffahrt
61.2	Binnenschifffahrt
62	Luftfahrt
63.1	Frachturnschlag und Lagerei
63.2	Sonstige Hilfs- und Nebentätigkeiten für den Verkehr
63.3	Reisebüros und Reiseveranstalter
63.4	Spedition, sonstige Verkehrsvermittlung
64.11	Postdienste
64.12	Sonstige Kurierdienste
64.2	Fernmeldedienste
J	Kredit- und Versicherungsgewerbe
65.11	Zentralbanken
65.12	Sonstige Kreditinstitute (ohne Spezialkreditinstitute)
66.01	Lebensversicherungen
66.03	Sonstiges Versicherungsgewerbe
K	Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen
70	Grundstücks- und Wohnungswesen
71.1	Vermietung von Kraftwagen bis 3,5 t Gesamtgewicht
71.2	Vermietung von sonstigen Verkehrsmitteln
71.3	Vermietung von Maschinen und Geräten
71.4	Vermietung von Gebrauchsgütern a. n. g.
72	Datenverarbeitung von Datenbanken
73	Forschung und Entwicklung
74.11	Rechtsberatung
74.12	Wirtschaftsprüfung und Steuerberatung
74.14	Unternehmens- und Public-Relations-Beratung
74.15	Beteiligungsgesellschaften (o. Kapitalanlagegesellschaft)
74.13	Markt- und Meinungsforschung
74.2	Architektur- und Ingenieurbüros
74.3	Technische, physikalische und chemische Untersuchung
74.4	Werbung
74.5	Gewerbsmäßige Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften
74.6	Detekteien und Schutzdienste
74.7	Reinigung von Gebäuden, Inventar und Verkehrsmitteln
74.8	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen

- Abteilung 63 Hilfs- und Nebentätigkeiten für den Verkehr, Verkehrsvermittlung,
- Abteilung 64 Nachrichtenübermittlung,

2. Abschnitt K (Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen)

- Abteilung 70 Grundstücks- und Wohnungswesen,
- Abteilung 71 Vermietung beweglicher Sachen,
- Abteilung 72 Datenverarbeitung und Datenbanken,
- Abteilung 73 Forschung und Entwicklung,
- Abteilung 74 Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen.

Dabei ist die Stichprobengröße von 15 % nicht als fester Prozentsatz für alle Bereiche und Bundesländer zu sehen. Vielmehr ist dies ein maximaler Durchschnittswert, das heißt, im Durchschnitt soll der Auswahlsatz nicht mehr als 15 % betragen. Auf Länderebene bezogen bedeutet dies, dass kleine Länder für statistisch abgesicherte Ergebnisse einen höheren Prozentsatz benötigen als größere Länder und dass bei schwach besetzten Wirtschaftszweigen bzw. Größenklassen ein höherer Auswahlsatz realisiert werden muss als bei stark besetzten. Wie auch in allen anderen statistischen Erhebungen versteht es sich dabei von selbst, dass — im Sinne der möglichst geringen Belastung der Unternehmen und der optimalen Nutzung der knappen Ressourcen der statistischen Ämter — im Rahmen dieser Höchstvorgabe immer nur auf den unbedingt notwendigen Stichprobenumfang zurückgegriffen werden wird.

Die erste Stichprobe für die Bereiche I und K könnte im März 2001 für das Berichtsjahr 2000 gezogen werden. Voraussetzung hierfür ist das Vorhandensein eines vollständigen Unternehmensregisters für diese Bereiche. Es besteht ein enger zeitlicher Zusammenhang zwischen der Aktualisierung des Unternehmensregisters und der Stichprobenziehung für die Dienstleistungsstatistik, da das Unternehmensregister als Auswahlgrundlage für die Stichprobenziehung dient, obwohl bei der wirtschaftszweigsystematischen Zuordnung Mängel erwartet werden. Da in der Bundesrepublik Deutschland bisher jedoch kein anderes aktuelles und vollständiges Anschriftenmaterial für die zu befragenden Bereiche vorliegt, wird erst die Erhebung Aufschluss darüber geben, ob die Zweifel hinsichtlich der wirtschaftlichen Zuordnung berechtigt waren.

Für die Stichprobentheoretiker bedeuten die Unsicherheiten bezüglich der Grundgesamtheit eine größere Herausforderung, sowohl bei der Erstellung der Stichprobenauswahlpläne als auch bei der Hochrechnung auf eine Grundgesamtheit, deren Struktur nach der Erhebung unter Umständen anders zusammengesetzt ist als zu Beginn der Zählung.

Übersicht 4

Merkmalskatalog der Dienstleistungsstatistik

Erhebungsmerkmal

Angaben zur Kennzeichnung des Unternehmens oder der Einrichtung zur Ausübung einer freiberuflichen Tätigkeit:

- Rechtsform
- Hauptsächlich ausgeübte wirtschaftliche Tätigkeit
- Zahl der Niederlassungen

Tätige Personen sowie Löhne und Gehälter:

- Zahl der tätigen Personen nach Geschlecht und Stellung im Beruf sowie Voll- und Teilzeittätigkeit
- Summe der Bruttolöhne und -Gehälter
- Gesetzliche und übrige Sozialaufwendungen der Arbeitgeber

Umsätze, Vorleistungen sowie Steuern und Subventionen:

- Umsätze oder Einnahmen nach In- und Ausland und sonstige Erträge
- Aufwendungen für Waren, Material und Dienstleistungen nach Arten
- Wert der Bestände an Waren und Material nach Arten
- Aufwendungen für Mieten, Pachten und Leasing
- Steuern, Abgaben sowie Subventionen

Investitionen:

- Wert der erworbenen Sachanlagen und Wert der immateriellen Vermögensgegenstände nach Arten
- Wert der selbst erstellten Sachanlagen

Hilfsmerkmale

- Name und Anschrift des Unternehmens oder der Einrichtung zur Ausübung einer freiberuflichen Tätigkeit (Auskunftspflichtigen)
- Name und Telekommunikationsanschlussnummern der für Rückfragen zur Verfügung stehenden Person (freiwillig)

Die Auskunftspflichtigen sollen mittels eines mathematischen Zufallsverfahrens aus der Grundgesamtheit ermittelt werden. Danach kann mit der Versendung der Fragebogen an die ausgewählten Unternehmen und Einrichtungen begonnen werden.

Die Fragebogen

Um branchenspezifischen Besonderheiten Rechnung tragen zu können, wurden drei Fragebogen kreiert. Der erste Fragebogen richtet sich an Unternehmen und Einrichtungen, die in den Bereichen Verkehr und Nachrichtenübermittlung sowie Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen tätig sind. Der zweite Fragebogen wendet sich an Wirtschaftsprüfer, Rechts-, Steuer-, Unternehmens- und Public-Relations-Berater, Markt- und Meinungsforscher sowie beratende Ingenieure und Architekten. Der dritte Fragebogen wurde für Beteiligungsgesellschaften entworfen.

Inhaltlich und vom Aufbau unterscheiden sich die Fragebogen nicht, lediglich bei der Terminologie kommt es zu Abwei-

chungen⁶⁾. Die zu erfragenden Merkmale (Übersicht 4) sind im Gesetz festgeschrieben. Bei Auskunftspflichtigen, deren Umsätze oder Einnahmen im Berichtsjahr weniger als 250 000 Euro betrugen, wird nur eine reduzierte Anzahl von Erhebungsmerkmalen erfragt. Dahinter steht die Idee, insbesondere kleinere Unternehmen von statistischer Berichtspflicht zu entlasten. Der Fragenkatalog orientiert sich an den für kleine Dienstleistungsunternehmen relevanten Daten aus dem Modul der EU-Strukturverordnung. Da in diesen Wirtschaftszweigen — wie bekannt — keine anderen Erhebungen stattfinden, sind die künftig zur Verfügung stehenden Daten für die kleineren Einheiten auf das vereinfachte Programm begrenzt.

Um die ausgewählten Auskunftspflichtigen nicht über Gebühr zu belasten, besteht die Möglichkeit, die Unternehmen, die sich über einen gewissen Zeitraum in der Stichprobe befanden, anschließend für eine Reihe von weiteren Zeiträumen für die Befragung zu sperren und durch vergleichbare Unternehmen zu ersetzen⁷⁾.

Start-up-Unternehmen werden in der Aufbauphase durch statistische Befragungen nicht belastet, da sie frühestens zwei Jahre nach Geschäftsbeginn eine Auswahlchance bekommen. Erst zu diesem Zeitpunkt werden sie im Unternehmensregister geführt.

Erhebungseinheiten, die in mehreren Bundesländern Niederlassungen haben (Mehrländerunternehmen) und deren Umsätze oder Einnahmen 250 000 Euro übersteigen, haben in einem beigelegten Zusatzbogen Angaben zum Umsatz, zur Zahl der Beschäftigten, zu Löhnen und Gehältern sowie zu Investitionen in der Unterteilung nach Ländern zu machen. Dies wurde von den Bundesländern gefordert, um bereinigte Länderergebnisse zu erhalten.

6) Beispielsweise wird bei den beratenden Berufen nicht nach Erträgen aus Beteiligungen gefragt, sondern nach Umsatz und sonstigen betrieblichen Erträgen.

7) Mit Ausnahme solcher, die auf Grund ihrer Größe immer befragt werden müssen.

8) Vgl. Lorenz, Robin/Schmidt, Bernd: Registergestützte Umsetzung der EU-Konjunkturverordnung im Dienstleistungsbereich, in: *Wirtschaft und Statistik*, Heft 5/2000, S. 315—319.

Schlussbemerkung

Erste Ergebnisse zur Struktur der unternehmensbezogenen Dienstleistungsunternehmen für das Berichtsjahr 2000 werden in der ersten Hälfte 2002 erwartet. Damit ist der erste Schritt getan auf dem Weg, den Stand und die Entwicklung im Dienstleistungsbereich transparenter zu machen. Doch bleiben auch nach der Einführung der neuen Dienstleistungsstatistik „weiße Flecken“ im tertiären Sektor bestehen. Unternehmen und Einrichtungen, die ihre Dienstleistungen überwiegend für den persönlichen Konsum anbieten, werden auch in naher Zukunft nicht befragt. So lassen sich auch künftig beispielsweise weder der Gesundheitsbereich noch die Medienlandschaft von der amtlichen Statistik abbilden. Darüber hinaus lassen sich neu entstandene Dienstleistungsbranchen (zum Beispiel Call-Center), die häufig unter den Begriffen „New Economy“ und „New Media“ zusammengefasst werden, in der bestehenden „Klassifikation der Wirtschaftszweige“ nicht problemlos zuordnen. Eine Aktualisierung der Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Union (NACE) ist in Vorbereitung.

Die EU-Strukturverordnung sieht in den Wirtschaftsbereichen M (Erziehung und Unterricht), N (Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen) sowie O (Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen) Piloterhebungen für das Berichtsjahr 1998 vor. Beim Erlass des Programmes für die Pilotuntersuchungen ist die EU-Kommission jedoch in Verzug geraten, sodass erst in den nächsten Jahren Piloterhebungen in diesen Wirtschaftsbereichen zu erwarten sind. Mittelfristig ist damit zu rechnen, dass EUROSTAT anstrebt, diese Bereiche ebenfalls in die EU-Strukturverordnung einzugliedern. Auch hat die Europäische Union bereits durch die Ratsverordnung (EG) Nr. 1165/98 über Konjunkturstatistiken (EU-Konjunkturverordnung) ihren weiteren Informationsbedarf bekundet. Danach müssen ab 2003 auch vierteljährlich Daten zu Umsatz und Beschäftigten an EUROSTAT geliefert werden. Ob diese Informationen bei den Unternehmen direkt erhoben oder aus Verwaltungsdateien zeitnah ermittelt werden, darüber wird derzeit noch beraten⁸⁾. □

Die Region Starkenburg aus statistischer Sicht

Die Region Starkenburg umfasst als südlicher Teil des Regierungsbezirks Darmstadt die Landkreise Bergstraße, Darmstadt-Dieburg, Groß-Gerau und den Odenwaldkreis sowie die kreisfreie Stadt Darmstadt. „Durch ihre Lage zwischen der Agglomeration Rhein-Main und dem Verdichtungsraum Rhein-Neckar bzw. ihre partielle Zugehörigkeit zu beiden Räumen, fungiert die Region als wichtiges Bindeglied und ist sowohl mit Rhein-Main als auch mit Rhein-Neckar vielfältig verflochten. Die Region grenzt im Westen an Rheinland-Pfalz, im Osten an Bayern und im Süden an Baden-Württemberg. Der Westen liegt im Rheingraben, der Osten zählt zur Mittelgebirgslandschaft des Odenwaldes, der nördliche zur Untermainebene“¹⁾. Im Folgenden werden die räumliche Abgrenzung sowie ausgewählte Merkmale der Region Starkenburg mit dem Regierungsbezirk Darmstadt sowie dem Land Hessen verglichen.

Region umfasst 75 Kommunen . . .

Die Region Starkenburg — ein historisch gewachsenes Gebiet mit einer gemeinsamen Tradition und einer eigenen landschaftlichen und kulturellen Identität — umfasst die Landkreise Bergstraße, Darmstadt-Dieburg, Groß-Gerau und den Odenwaldkreis sowie die kreisfreie Stadt Darmstadt mit insgesamt 75 Städten und Gemeinden. Von Kelsterbach im Norden bis Neckarsteinach im Süden an der Landesgrenze zu Baden-Württemberg hat die Region als südlicher Teil des Regierungsbezirks Darmstadt eine Ausdehnung von fast 80 km Luftlinie. In Ost-West-Richtung erstreckt sie sich von Michelstadt an der Grenze zum bayerischen Landkreis Miltenberg über knapp 60 km bis Biblis an den Rhein, der hier die Landesgrenze zu Rheinland-Pfalz bildet. Durch seine Lage zwischen dem neu gebildeten Planungsverband Frankfurt Region RheinMain²⁾ und dem Verdichtungsraum Rhein-Neckar bzw. der partiellen Zugehörigkeit³⁾ zu diesen ist die Region ein wichtiges Bindeglied zwischen diesen beiden bedeutenden Wirtschaftsräumen. Die Region Starkenburg umschließt eine Fläche von knapp 2600 km², was einem Anteil von gut 12 % der Landesfläche und 35 % der Fläche des Regierungsbezirks Darmstadt entspricht. Jeweils zwei Fünftel der Fläche sind Landwirtschaftsfläche bzw. Waldfläche. Abgesehen von einem leicht größeren Anteil

der Gebäude- und Freifläche entspricht die Flächenstruktur weitgehend der des Landes insgesamt.

. . . mit über 1 Mill. Einwohner

In der Region Starkenburg lebten Anfang 2000 knapp über 1 Mill. Menschen oder 17 % der hessischen Bevölkerung; der Anteil am Regierungsbezirk Darmstadt erreichte knapp 28 %. Mit 401 Einwohnern je km² ist die Region deutlich dichter besiedelt als das Land insgesamt (287). Im Vergleich zum gesamten Regierungsbezirk Darmstadt (500 Einwohner je km²) ist die Region allerdings dünner besiedelt, was insbesondere auf die geringe Siedlungsdichte des Odenwaldkreises zurückzuführen ist. Denn dieser 624 km² messende Kreis hat als einziger hessischer Landkreis weniger als 100 000 Einwohner. Dagegen zählt der Landkreis Groß-Gerau (548 Einwohner je km²) — auch im Vergleich zu den anderen hessischen Landkreisen — zu den dicht besiedelten Gebieten. Ähnliches gilt auch für den Landkreis Darmstadt-Dieburg (434), während der Landkreis Bergstraße (365) hinsichtlich der Bevölkerungsdichte bereits unter dem Durchschnitt der Region — aber immer noch über dem Landesdurchschnitt — liegt.

Die Dichteziffer innerhalb der Region reicht von 24 in Hessens kleinster Gemeinde Hesseneck im Odenwaldkreis bis 1382 in Bischofsheim im Landkreis Groß-Gerau. Über 1000 Einwohner je km² hatten außer der kreisfreien Stadt Darmstadt (1127) auch die Städte Zwingenberg im Landkreis Bergstraße, Ginsheim-Gustavsburg, Raunheim und Rüsselsheim im Landkreis Groß-Gerau sowie Griesheim in Darmstadt-Dieburg. Diese weite Spanne zeigt bereits, dass die Region Kommunen unterschiedlichster Größe und Struktur umfasst. Von den 75 Städten und Gemeinden zählt nur die Wissenschaftsstadt Darmstadt mit knapp 138 000 Einwohnern zu den Großstädten; lediglich Rüsselsheim überschritt mit 59 300 Einwohnern noch die 50 000er-Grenze und gehörte damit zu den 10 größten hessischen Kommunen. Mit Bensheim, Lampertheim, Mörfelden-Walldorf, Viernheim und Heppenheim hatten weitere fünf Städte jeweils mehr als 25 000 Einwohner.

Hoher Ausländeranteil

Neben der im Vergleich zum Land hohen Bevölkerungsdichte zeichnet sich die Region Starkenburg insgesamt auch durch einen hohen Ausländeranteil (13 %) aus, der in den die Region bildenden Landkreisen allerdings erheblich differiert. Am höchsten ist diese Quote mit 18,5 % im Landkreis

1) Vgl. „Starkenburg – Unsere Region“, Faltblatt, Herausgeber Region Starkenburg.

2) Siehe auch „Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main aus statistischer Sicht“, Staat und Wirtschaft in Hessen, 56. Jahrg., Heft 5, Mai 2001, S. 158 ff.

3) Ein Teil der nördlichen Region zählt zum neu geschaffenen Planungsverband Frankfurt Region RheinMain, und zwar die Kommunen Bischofsheim, Ginsheim-Gustavsburg, Groß-Gerau, Kelsterbach, Mörfelden-Walldorf, Nauheim, Raunheim und Rüsselsheim (alle im Landkreis Groß-Gerau).

Räumliche Abgrenzung der Region Starkenburg

Schl.Nr.	Stadt / Gemeinde	Schl.Nr.	Stadt / Gemeinde
411000	Darmstadt, Wissenschaftsstadt	432015	Münster
431001	Abtsteinach	432016	Ober-Ramstadt, St.
431002	Bensheim, St.	432017	Otzberg
431003	Biblis	432018	Pfungstadt, St.
431004	Birkenau	432019	Reinheim, St.
431005	Bürrstadt, St.	432020	Roßdorf
431006	Einhausen	432021	Schaafheim
431007	Fürth	432022	Seeheim-Jugenheim
431008	Gorxheimertal	432023	Weiterstadt, St.
431009	Grasellenbach	433001	Biebesheim am Rhein
431010	Groß-Rohrheim	433002	Bischofsheim ¹⁾
431011	Heppenheim (Bergstraße), Krst.	433003	Böttelborn
431012	Hirschhorn (Neckar), St.	433004	Gernsheim, St.
431013	Lampertheim, St.	433005	Ginsheim-Gustavsburg ¹⁾
431014	Lautertal (Odenwald)	433006	Groß-Gerau, St. ¹⁾
431015	Lindenfels, St.	433007	Kelsterbach, St. ¹⁾
431016	Lorsch, St.	433008	Mörfelden-Walldorf, St. ¹⁾
431017	Mörlenbach	433009	Nauheim ¹⁾
431018	Neckarsteinach, St.	433010	Raunheim, St. ¹⁾
431019	Rimbach	433011	Riedstadt
431020	Viernheim, St.	433012	Rüsselsheim, St. ¹⁾
431021	Wald-Michelbach	433013	Stockstadt am Rhein
431022	Zwingenberg, St.	433014	Trebur
431200	Gemeindefreies Gebiet Michelbuch	437001	Bad König, St.
432001	Alsbach-Hähnlein	437002	Beerfelden, St.
432002	Babenhausen, St.	437003	Brensbach
432003	Bickenbach	437004	Breuberg, St.
432004	Dieburg, St.	437005	Brombachtal
432005	Eppertshausen	437006	Erbach, Kreisstadt
432006	Erzhausen	437007	Fränkisch-Crumbach
432007	Fischbachtal	437008	Hesseneck
432008	Griesheim, St.	437009	Höchst i.Odw.
432009	Groß-Bieberau, St.	437010	Lützelbach
432010	Groß-Umstadt, St.	437011	Michelstadt, St.
432011	Groß-Zimmern	437012	Mossautal
432012	Messel	437013	Reichelsheim (Odenwald)
432013	Modautal	437014	Rothenberg
432014	Mühltal	437015	Sensbachtal

1) Zählt auch zum Planungsverband Frankfurt Region RheinMain.

Gebietsabgrenzung für die Region Starkenburg



Kommunen, die **nur** zur Region Starkenburg zählen



Kommunen der Region Starkenburg, die **auch** zum Planungsverband Frankfurt Region RheinMain zählen

Groß-Gerau, der mit den Städten Kelsterbach (32 %), Raunheim (27 %) und Rüsselsheim (25 %) hessenweit die Spitzenreiter stellt. Auch die kreisfreie Stadt Darmstadt hatte mit 14,5 % einen überdurchschnittlichen Ausländeranteil, während an der Bergstraße und im Odenwald der nichtdeutsche Bevölkerungsteil deutlich geringer war. In acht Kommunen der Region lag die Quote unter 5 %, in 13 ging sie über 15 % hinaus.

Die Altersstruktur der Bevölkerung weicht in der Region kaum von der des Landes ab, mit Ausnahme eines leicht geringeren Anteils der über 65-Jährigen zu Gunsten der unter 15-Jährigen. Anders als im Land Hessen insgesamt hatte 1999 in der Region Starkenburg die natürliche Bevölkerungsbewegung ein positives Vorzeichen, das heißt, die Zahl der lebend Geborenen übertraf die der Gestorbenen geringfügig. Hierzu beigetragen hat in hohem Maße die nichtdeutsche Bevölkerung, deren günstige Altersstruktur einerseits zu einer relativ hohen Geburtenzahl führt (jedes fünfte Geborene war ein nichtdeutsches Kind), andererseits aber auch die Zahl der Sterbefälle günstig beeinflusst.

Die Region Starkenburg ist innerhalb von Hessen ein bevorzugtes Zuwanderungsgebiet, denn knapp ein Viertel des gesamten hessischen Wanderungsgewinns (Saldo aus Zugezogenen und Fortgezogenen) von knapp 19 000 Personen entfiel 1999 auf die Region. Bezogen auf 1000 Einwohner konnte die Region eine Nettozuwanderung von 4,31 Personen und damit deutlich mehr als im Landesdurchschnitt (3,12) verbuchen. Innerhalb der Region existieren hinsichtlich der natürlichen und der räumlichen Bevölkerungsbewegung erhebliche Unterschiede. So hatten 1999 die Landkreise Darmstadt-Dieburg und Groß-Gerau Geburtenüberschüsse, während in Darmstadt, an der Bergstraße und im Odenwald mehr Menschen starben als geboren wurden. Insgesamt standen in der Region den 38 Kommunen mit einem Geburtenüberschuss eine fast gleich große Zahl mit einem Überschuss der Sterbefälle gegenüber. Am Wanderungsgewinn konnten alle Kreise mehr oder weniger stark partizipieren. Die meisten Städte und Gemeinden der Region wiesen Nettozuwanderungen auf; allerdings mussten 19 Kommunen Wanderungsverluste hinnehmen. Absolut am stärksten betroffen war hier die Stadt Rüsselsheim, die insbesondere bei den Deutschen Verluste aufwies.

Vergleicht man die Entwicklung der Bevölkerungszahl seit der Volkszählung im Jahr 1987, so war in der Region die Zunahme mit knapp 100 000 Einwohnern oder gut 10 % etwas stärker als im Land insgesamt. Insbesondere der bevölkerungsschwache Odenwaldkreis und der die Stadt Darmstadt umschließende Landkreis Darmstadt-Dieburg konnten bei der Einwohnerzahl seitdem um 16 bzw. 15 % zulegen, während die kreisfreie Stadt Darmstadt mit 2,6 % — wie übrigens auch die anderen kreisfreien Städte in Hessen — eine weit geringere Zunahme verbuchte.

Beschäftigte

Südhessen gilt allgemein als das wirtschaftliche Zentrum des Landes. Hieran hat die Region Starkenburg einen nicht unwesentlichen Anteil. Annähernd jeder siebte der knapp 2,1 Mill. sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer Hessens war Mitte 1998 in der Region beschäftigt; bei den Ausländern war es gut jeder sechste. Anders als im Land insgesamt stellt in der Region das Produzierende Gewerbe die meisten Arbeitsplätze (44 %), mit deutlichem Abstand vor dem Bereich Verkehr-, Kredit- und Versicherungswesen, Dienstleistungen (33 %) und dem Handel (13 %). Die übrigen Bereiche, zu denen nach dem bisher geltenden Verzeichnis der Wirtschaftszweige für die Bundesanstalt für Arbeit, Ausgabe 1973, die Wirtschaftsabteilungen „Organisationen ohne Erwerbscharakter und private Haushalte“ sowie „Gebietskörperschaften und Sozialversicherung“ zählen, lagen mit gut 9 % knapp unter dem Landesdurchschnitt. Gleiches gilt auch für die Land- und Forstwirtschaft.

Die Wirtschaftsstruktur der Region Starkenburg wird in starkem Maße vom Landkreis Groß-Gerau und dessen partieller Zugehörigkeit zum Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main bestimmt. Über 28 % aller Beschäftigten der Region sind hier tätig, und zwar zu fast der Hälfte im Produzierenden Gewerbe. Auch die Stadt Darmstadt hat für die Region bezüglich des Arbeitsplatzangebots eine herausragende Bedeutung; gut jeder vierte sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer ist hier beschäftigt, mit einer deutlichen Konzentration im tertiären Bereich. Mit jeweils rund 19 % der Beschäftigten liegen die Kreise Bergstraße und Darmstadt-Dieburg etwa gleichauf, wobei auch hier das Produzierende Gewerbe als Arbeitgeber dominiert. Auch dem Handel wie dem Verkehrs- und sonstigen Dienstleistungsbereich kommt in Darmstadt-Dieburg für die Beschäftigungssituation eine bedeutende Rolle zu. Neben der kreisfreien Stadt Darmstadt hatte Rüsselsheim die meisten sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (knapp 40 000), mit deutlichem Abstand vor Bensheim (12 300). Lediglich in Kelsterbach waren ebenfalls mehr als 10 000 Arbeitnehmer sozialversicherungspflichtig beschäftigt.

In der Region Starkenburg waren im September 1999 insgesamt knapp 1400 *Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes* (einschl. Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) mit über 99 000 Beschäftigten angesiedelt. Das waren 17 % aller hessischen Betriebe dieser Branche und ein Fünftel der Beschäftigten. Weit über die Hälfte der Betriebe (mit im Allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten) zählte zu den Vorleistungsgüterproduzenten. Ein gutes Fünftel waren Verbrauchsgüterproduzenten des Ernährungs-, Bekleidungs- und Verlagsgewerbes sowie der Herstellung von Sportgeräten und Spielwaren. Ein knappes Fünftel der Betriebe produzierte Investitionsgüter, war also im Maschinen- und Fahrzeugbau, in der Herstellung von Metallserzeugnissen, Büro-

maschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen sowie in der Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik tätig. Damit weicht die Struktur in der Region nicht wesentlich von der des Regierungsbezirks Darmstadt und des Landes insgesamt ab.

Wohnungsversorgung

In der Region Starkenburg standen der Bevölkerung Anfang 2000 über 452 000 Wohnungen zur Verfügung. Die Wohnungsversorgung entsprach damit in etwa dem Landesdurchschnitt, da sich 2,3 Einwohner eine Wohnung teilten. Auch die Wohnfläche je Einwohner war mit 40 qm nur unwesentlich geringer als im Durchschnitt des Landes. Dagegen war die Wohnfläche je Wohnung mit knapp 92 qm in der Region etwas größer. Dies dürfte damit zusammen hängen, dass in der Region der Anteil der relativ großflächigen Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern mit knapp 55 % zählbar über dem des Landes (50 %) lag. Innerhalb der Region existieren allerdings erhebliche Unterschiede, denn die Gebäude- und Wohnungsstruktur ist in der kreisfreien Stadt Darmstadt mit dem hohen Anteil an Mehrfamilienhäusern eine gravierend andere als im Odenwald oder an der Bergstraße, wo überwiegend Ein- und Zweifamilienhäuser das Bild prägen.

Finanzen und Steuern

Wie bereits erwähnt, stellt die Region ein wichtiges Bindeglied dar zwischen dem Rhein-Main-Gebiet und dem Rhein-Neckar-Raum und hat durch ihre partielle Zugehörigkeit zu beiden Wirtschaftsräumen über Hessen hinaus Bedeutung, sowohl als Wohn- und Arbeitsregion als auch als Produktionsstandort von Gütern und Dienstleistungen. Die Region insgesamt zählt sicherlich zu den wirtschaftlich stärkeren Gebieten in Hessen, wenngleich durch die unterschiedlichen Strukturen der die Region bildenden Kommunen interregional erhebliche Unterschiede existieren. Hinsichtlich der kommunalen Finanzen und Steuern ist deshalb eine differenzierte Betrachtung erforderlich. Insgesamt summierten sich 1999 die kassenmäßigen Einnahmen der Verwaltungshaushalte der Gemeinden und Gemeindeverbände sowie der Landkreisverwaltungen für die Region insgesamt auf knapp 4,1 Mrd. DM und die der Vermögenshaushalte auf gut 900 Mill. DM. Ihnen standen Ausgaben der Verwaltungshaushalte von ebenfalls 4,1 Mrd. DM und von 941 Mill. DM bei den Vermögenshaushalten gegenüber. Mit 42 % lag der Anteil der Bauausgaben am Vermögenshaushalt der Region über der entsprechenden Quote des Landes (40 %). Die große Bedeutung des Landkreises Groß-Gerau für die Region kommt auch in den Einnahmen und Ausgaben zum Ausdruck: 28 % der Gesamteinnahmen und 29 % der Gesamtausgaben entfielen 1999 auf diesen Kreis, während die kreisfreie Stadt Darmstadt hierzu jeweils gut 14 % und der Odenwaldkreis jeweils knapp 9 % beisteuerten.

Als eine für die Finanzsituation einer Kommune bzw. Region wesentliche Größe gilt neben der Steuereinnahmekraft der Schuldenstand (hier alle haushaltsmäßig vereinnahmten Kredite, ohne die Schulden der kommunalen Eigenbetriebe und die Schulden der kommunalen Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen). Obwohl die Kommunen und Kreise der Region Starkenburg 1999 für die Schuldentilgung insgesamt über 175 Mill. DM aufbrachten, stieg die Gesamtverschuldung der Kreisverwaltungen und der kreisangehörigen Gemeinden weiter und bezifferte sich Ende 1999 für die Region insgesamt auf über 2,4 Mrd. DM oder knapp 2400 DM je Einwohner. Die Pro-Kopf-Verschuldung lag damit allerdings deutlich unter dem Landesdurchschnitt (2961 DM) und auch erheblich unter dem Betrag für den Regierungsbezirk Darmstadt (3380 DM). Innerhalb der Region war die kreisfreie Stadt Darmstadt größter Schuldner mit 3916 DM je Einwohner — was gegenüber dem Vorjahr eine weitere Zunahme bedeutet —, gefolgt von den zum Landkreis Bergstraße gehörenden Städten Lindenfels (3249 DM) und Lorsch (3075 DM). Am unteren Ende dieses Schuldenrankings stand die kleine Odenwaldgemeinde Hesseneck mit lediglich 5 DM. Auch die beiden benachbarten Gemeinden Alsbach-Hähnlein und Seeheim-Jugendheim im Landkreis Darmstadt-Dieburg hatten mit rund 100 DM je Einwohner eine geringe Verschuldung; ebenso die Stadt Kelsterbach (121 DM).

Erhebliches Gefälle bei der Steuereinnahmekraft

Mit gut 1,4 Mrd. DM erreichten die Steuereinnahmen (kassenmäßige Einnahmen aus Realsteuern, Gemeindeanteil an den Gemeinschaftssteuern, anderen Steuern sowie steuerähnlichen Einnahmen) der Gemeinden und Gemeindeverbände der Region 1999 gut 13 % der diesbezüglichen Einnahmen aller hessischen Kommunen. Die Steuereinnahmekraft je Einwohner lag für die Region mit 1531 DM um 16 % unter dem Landesdurchschnitt von 1825 DM. Im Vergleich zum Regierungsbezirk Darmstadt (2169 DM) erreichte die Steuereinnahmekraft der Region lediglich gut zwei Drittel. Ausschlaggebend hierfür ist die hohe Zahl der Kommunen mit einer relativ niedrigen Steuereinnahmekraft, während nur 11 Städte und Gemeinden der Region den Durchschnitt des Landes überschreiten. An der Spitze rangiert hier mit deutlichem Abstand die Stadt Kelsterbach mit über 3700 DM, die damit etwa die gleiche Steuereinnahmekraft wie die Stadt Frankfurt am Main aufweist. Es folgen Bickenbach mit knapp 2900 DM sowie Alsbach-Hähnlein, Groß-Bieberau, Rüsselsheim und Trebur, die alle um 2200 DM liegen. Eine Steuereinnahmekraft von weniger als 1000 DM errechnete sich 1999 für 9 der 75 Kommunen der Region, wobei Lützelbach im Odenwaldkreis mit 820 DM das Schlusslicht bildete. Dieses starke Gefälle in der Steuereinnahmekraft unterstreicht die unterschiedliche Wirtschaftskraft der Kommunen, die diese Region umfasst.

Gebiet und Bevölkerung in Hessen, im Regierungsbezirk Darmstadt und in der Region Starkenburg

Lfd. Nr. ¹⁾	Art der Angabe	Einheit	Stichtag - Jahr	Hessen	Reg.-Bez. Darmstadt	Anteil Reg.-Bez. Da. an Hessen (%)	Region Starkenburg	Anteil Starkenburg an Hessen (%)	Anteil Starkenburg am Reg.-Bez. Da. (%)
Gebiet									
1	Fläche	qkm	01.01.99	21 115	7 445	35,3	2 577	12,2	34,6
5	Städte und Gemeinden	Anzahl	01.04.01	426	187	43,9	75	17,6	40,1
Bevölkerung									
2	Bevölkerung i n s g e s a m t	Anzahl	31.12.99	6 051 966	3 719 354	61,5	1 033 436	17,1	27,8
3	männlich	"	"	2 964 739	1 823 634	61,5	511 220	17,2	28,0
4		%	"	49,0	49,0	-	49,5	-	-
5	weiblich	Anzahl	"	3 087 227	1 895 720	61,4	522 216	16,9	27,5
6		%	"	51,0	51,0	-	50,5	-	-
10	Einwohner je qkm Fläche	Anzahl	"	287	500	-	401	-	-
Von der Bevölkerung waren									
... Jahre alt									
12	unter 6	%	"	6,0	6,0	61,2	6,2	17,5	28,6
14	6 bis unter 15	%	"	9,5	9,0	58,7	9,7	17,5	29,7
16	15 bis unter 65	%	"	68,3	69,2	62,3	68,8	17,2	27,6
18	65 oder älter	%	"	16,2	15,7	59,4	15,4	16,1	27,2
19	Deutsche Bevölkerung	Anzahl	"	5 321 458	3 160 056	59,4	898 732	16,9	28,4
34	Nichtdeutsche Bevölkerung	"	"	730 508	559 298	76,6	134 704	18,4	24,1
41	Anteil an der Bevölkerung insgesamt	%	"	12,1	15,0	-	13,0	-	-
50	Lebendgeborene	Anzahl	1999	58 996	36 733	62,3	10 190	17,3	27,7
53	Gestorbene	"	"	61 054	36 323	59,5	10 068	16,5	27,7
54	Mehr bzw. weniger (-)								
	Geborene als Gestorbene	"	"	- 2 058	410	-	122	-	29,8
55	Zugezogene i n s g e s a m t	"	"	399 061	259 045	64,9	70 689	17,7	27,3
58	Deutsche	"	"	277 015	166 356	60,1	47 175	17,0	28,4
61	Nichtdeutsche	"	"	122 046	92 689	75,9	23 514	19,3	25,4
64	Fortgezogene i n s g e s a m t	"	"	380 174	243 190	64,0	66 230	17,4	27,2
67	Deutsche	"	"	268 139	159 288	59,4	44 850	16,7	28,2
70	Nichtdeutsche	"	"	112 035	83 902	74,9	21 380	19,1	25,5
73	Wanderungsgewinn	"	"	18 887	15 855	83,9	4 459	23,6	28,1
76	Deutsche	"	"	8 876	7 068	79,6	2 325	26,2	32,9
79	Nichtdeutsche	"	"	10 011	8 787	87,8	2 134	21,3	24,3
	Wanderungsgewinn je 1000 Einwohner	"	"	3,12	4,26	-	4,31	-	-

1) Spalten-Nr. der Hessischen Gemeindestatistik 2000

Flächennutzung und sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer in Hessen,
im Regierungsbezirk Darmstadt und in der Region Starkenburg

Lfd. Nr. 1)	Art der Angabe	Einheit	Stichtag - Jahr	Hessen	Reg.-Bez. Darmstadt	Anteil Reg.-Bez. Da. an Hessen (%)	Region Starkenburg	Anteil Starkenburg an Hessen (%)	Anteil Starkenburg am Reg.-Bez. Da. (%)
Flächennutzung									
108	Landwirtschaftliche Betriebe	Anzahl	Mai 99	29 669	9 182	30,9	3 178	10,7	34,6
118	Landwirtschaftlich genutzte Fläche	ha	"	765 976	234 835	30,7	86 520	11,3	36,8
144	Gesamtfläche davon	"	01.01.97	2 111 477	744 490	35,3	257 729	12,2	34,6
146	Gebäude- und Freifläche	%	"	7,0	9,7	-	9,0	-	-
148	Betriebsfläche	"	"	0,4	0,4	-	0,4	-	-
150	Erholungsfläche	"	"	0,8	1,2	-	0,8	-	-
152	Verkehrsfläche	"	"	6,5	7,0	-	6,0	-	-
154	Landwirtschaftsfläche	"	"	43,4	39,5	-	40,9	-	-
156	Waldfläche	"	"	39,9	39,9	-	40,2	-	-
158	Wasserfläche	"	"	1,3	1,5	-	1,9	-	-
160	Flächen anderer Nutzung	"	"	0,8	0,7	-	0,8	-	-
Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer									
82	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte i n s g e s a m t darunter im	Anzahl	30.06.98	2 093 024	1 395 976	66,7	318 577	15,2	22,8
86	Produzierenden Gewerbe	"	"	730 489	434 990	59,5	138 948	19,0	31,9
88	Handel	"	"	296 984	202 346	68,1	42 218	14,2	20,9
90	Verkehr-, Kredit-, Versicherungs- wesen, Dienstleistungen	"	"	852 223	618 799	72,6	106 052	12,4	17,1
94	darunter sozialversicherungspflichtig beschäftigte Ausländer	"	"	225 821	188 489	83,5	40 054	17,7	21,3
106	Beschäftigte in beruflicher Ausbildung	"	"	107 298	61 323	57,2	15 585	14,5	25,4

1) Spalten-Nr. der Hessischen Gemeindestatistik 2000.

Verarbeitendes Gewerbe, Bauhauptgewerbe sowie Gebäude und Wohnungen in Hessen, im Regierungsbezirk Darmstadt und in der Region Starkenburg

Lfd. Nr. 1)	Art der Angabe	Einheit	Stichtag - Jahr	Hessen	Reg.-Bez. Darmstadt	Anteil Reg.-Bez. Da. an Hessen (%)	Region Starkenburg	Anteil Starkenburg an Hessen (%)	Anteil Starkenburg am Reg.-Bez. Da. (%)
Verarbeitendes Gewerbe									
161	Betriebe	Anzahl	Sep 99	8 212	4 760	58,0	1 369	16,7	28,8
162	Beschäftigte	"	"	493 086	289 049	58,6	99 358	20,2	34,4
163	Vorleistungsgüter- produzenten (Betriebe)	"	"	4 469	2 553	57,1	776	17,4	30,4
165	Investitionsgüter- produzenten (Betriebe)	"	"	1 693	943	55,7	260	15,4	27,6
167	Gebrauchsgüter- produzenten (Betriebe)	"	"	246	113	45,9	34	13,8	30,1
169	Verbrauchsgüter- produzenten (Betriebe)	"	"	1 804	1 151	63,8	299	16,6	26,0
Bauhauptgewerbe									
171	Betriebe	"	Jun 99	5 453	3 122	57,3	980	18,0	31,4
172	Beschäftigte	"	"	64 329	34 518	53,7	8 362	13,0	24,2
Gebäude und Wohnungen									
199	Wohnungsbestand	Anzahl	31.12.99	2 709 516	1 710 681	63,1	452 084	16,7	26,4
208	Wohngebäudebestand	"	"	1 241 216	687 194	55,4	219 742	17,7	32,0
209	mit 1 Wohnung	%	"	58,6	55,7	52,6	57,5	17,4	33,0
210	mit 2 Wohnungen	"	"	25,0	23,8	52,8	27,3	19,3	36,6
211	mit 3 oder mehr Wohnungen	"	"	16,4	20,5	69,1	15,2	16,4	23,8
	Belegungsdichte								
	(Einwohner je Wohnung)	Anzahl	"	2,23	2,17	-	2,29	-	-
206	Wohnräume i n s g e s a m t	"	"	12 279 871	7 403 741	60,3	2 063 111	16,8	27,9
	Wohnräume je Einwohner	"	"	2,03	1,99	-	2,00	-	-
207	Wohnfläche i n s g e s a m t	1000 qm	"	243 741	146 975	60,3	41 428	17,0	28,2
	Wohnfläche je Wohnung	qm	"	89,96	85,92	-	91,64	-	-
	Wohnfläche je Einwohner	"	"	40,27	39,52	-	40,09	-	-

1) Spalten-Nr. der Hessischen Gemeindestatistik 2000.

Finanzen und Steuern der Gemeinden und Gemeindeverbände in Hessen,
im Regierungsbezirk Darmstadt und in der Region Starkenburg

Lfd. Nr. 1)	Art der Angabe	Einheit	Stichtag - Jahr	Hessen	Reg.-Bez. Darmstadt	Anteil Reg.-Bez. Da. an Hessen (%)	Region Starkenburg	Anteil Starkenburg an Hessen (%)	Anteil Starkenburg am Reg.-Bez. Da.(%)
Gesamteinnahmen									
223	Verwaltungshaushalt	1000 DM	1999	28 985 625	18 103 571	62,5	4 065 638	14,0	22,5
224	Vermögenshaushalt	"	"	5 773 121	3 620 517	62,7	906 857	15,7	25,0
Gesamtausgaben									
225	Verwaltungshaushalt	"	"	27 623 015	16 891 587	61,2	4 080 360	14,8	24,2
226	Vermögenshaushalt	"	"	6 102 083	3 828 206	62,7	941 173	15,4	24,6
227	darunter Bauausgaben	"	"	2 409 428	1 350 133	56,0	391 795	16,3	29,0
228	Schuldenstand	"	31.12.99	17 891 606	12 548 189	70,1	2 449 708	13,7	19,5
229	Schuldenstand je Einwohner	DM	"	2 961	3 380	-	2 370	-	-
230	Kreditaufnahme	1000 DM	1999	1 476 644	876 698	59,4	226 840	15,4	25,9
232	Schuldentilgung	"	"	1 612 136	1 101 052	68,3	175 247	10,9	15,9
235	Personalausgaben i n s g e s a m t	"	"	6 214 298	4 015 076	64,6	1 017 076	16,4	25,3
236	Anteil am Verwaltungshaushalt	%	"	22,5	23,8	-	24,9	-	-
237	je Einwohner	DM	"	1 028	1 082	-	984	-	-
238	Steuereinnahmen i n s g e s a m t	1000 DM	"	10 910 306	8 245 513	75,6	1 439 230	13,2	17,5
239	Steuereinnahmekraft								
	je Einwohner	DM	"	1 825	2 169	-	1 531	-	-
242	Gewerbesteuereinnahmen	1000 DM	"	4 739 201	3 942 237	83,2	447 908	9,5	11,4
244	Realsteueraufbringungskraft								
	je Einwohner	DM	"	1 174	1 469	-	793	-	-

1) Spalten-Nr. der Hessischen Gemeindestatistik 2000.

**Lohn- und Einkommensteuerpflichtige sowie Umsatzsteuerpflichtige nach Wirtschaftsbereichen in Hessen,
im Regierungsbezirk Darmstadt und in der Region Starkenburg**

Lfd. Nr. ¹⁾	Art der Angabe	Einheit	Stichtag - Jahr	Hessen	Reg.-Bez. Darmstadt	Anteil Reg.-Bez. Da. an Hessen (%)	Region Starkenburg	Anteil Starkenburg an Hessen (%)	Anteil Starkenburg am Reg.-Bez. Da. (%)
Lohn- und Einkommensteuer									
264	Lohn- und Einkommen- steuerpflichtige	Anzahl	1995	2 144 057	1 368 762	63,8	376 898	17,6	27,5
266	Gesamtbetrag der Einkünfte je Steuerpflichtigen	DM	1995	63 494	67 133	-	63 610	-	-
Umsatzsteuer									
273	Umsatzsteuerpflichtige	Anzahl	1998	225 997	153 390	67,9	38 878	17,2	25,3
274	Lieferungen und Leistungen je Umsatzsteuerpflichtigen	Mill. DM "	" "	686 697 3,039	551 146 3,593	80,3 -	109 867 2,826	16,0 -	19,9 -
Verarbeitendes Gewerbe									
275	Umsatzsteuerpflichtige	Anzahl	"	22 842	14 126	61,8	4 159	18,2	29,4
276	Lieferungen und Leistungen je Umsatzsteuerpflichtigen	Mill. DM "	" "	219 207 9,597	177 493 12,565	81,0 -	52 214 12,554	23,8 -	29,4 -
Handel, Kfz-Reparatur u. a.									
277	Umsatzsteuerpflichtige	Anzahl	"	56 775	36 282	63,9	9 323	16,4	25,7
278	Lieferungen und Leistungen je Umsatzsteuerpflichtigen	Mill. DM "	" "	198 474 3,496	151 183 4,167	76,2 -	25 032 2,685	12,6 -	16,6 -
Grundstücks- und Wohnungswesen u. a.									
281	Umsatzsteuerpflichtige	Anzahl	"	62 960	46 924	74,5	10 483	16,7	22,3
282	Lieferungen und Leistungen je Umsatzsteuerpflichtigen	Mill. DM "	" "	112 225 1,782	96 575 2,058	86,1 -	19 064 1,819	17,0 -	19,7 -
Sonstige öffentliche und persönliche Dienstleistungen									
283	Umsatzsteuerpflichtige	Anzahl	"	25 155	19 464	77,4	5 345	21,2	27,5
284	Lieferungen und Leistungen je Umsatzsteuerpflichtigen	Mill. DM "	" "	15 662 0,623	13 441 0,691	85,8 -	1 968 0,368	12,6 -	14,6 -
Übrige Wirtschaftsabschnitte ²⁾									
285	Umsatzsteuerpflichtige	Anzahl	"	58 265	36 594	62,8	9 568	16,4	26,1
286	Lieferungen und Leistungen je Umsatzsteuerpflichtigen	Mill. DM "	" "	141 130 2,422	112 454 3,073	79,7 -	11 588 1,211	8,2 -	10,3 -

1) Spalten-Nr. der Hessischen Gemeindestatistik 2000. - 2) Land- und Forstwirtschaft; Fischerei und Fischzucht; Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden; Energie- und Wasserversorgung; Baugewerbe; Gastgewerbe; Verkehr und Nachrichtenübermittlung; Kredit- und Versicherungsgewerbe; Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung; Erziehung und Unterricht sowie Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen.

Dies macht auch die Betrachtung der durchschnittlichen Einkünfte eines Steuerpflichtigen deutlich. Aus der Lohn- und Einkommensteuerstatistik des Jahres 1995 errechnet sich für die Region Starkenburg ein Gesamtbetrag der Einkünfte von 63 600 DM je Steuerpflichtigen. Damit liegt die Region geringfügig über dem Landesdurchschnitt, bleibt allerdings gut 5 % unter der entsprechenden Ziffer für den Regierungsbezirk Darmstadt. Über dem Durchschnitt der Region liegen die Kreise Darmstadt-Dieburg (knapp 66 000 DM) und Groß-Gerau (64 250 DM), während der Odenwaldkreis (56 900 DM) deutlich darunter bleibt. Mit über 96 600 DM je Steuerpflichtigen lag 1995 die Stadt Groß-Bieberau mit deutlichem Abstand vor Seeheim-Jugenheim (80 500 DM) und Alsbach-Hähnlein (77 300 DM). Am unteren Ende dieses Einkünfterankings stehen die Gemeinden Hesseneck und Sensbachtal mit jeweils knapp unter 50 000 DM je Steuerpflichtigen.

Bei den Umsatzsteuerpflichtigen lagen 1998 die steuerbaren Umsätze der Lieferungen und Leistungen je Steuerpflichti-

gen mit 2,83 Mill. DM nur knapp unterhalb des Landesdurchschnitts (3 Mill. DM), aber erheblich unter der entsprechenden Ziffer für den Regierungsbezirk Darmstadt (3,6 Mill. DM). Hierbei ist zu beachten, dass das Unternehmensprinzip bei der Umsatzsteuer bedingt, dass der von dem Hauptbetrieb und den Zweigstellen eines Unternehmens an verschiedenen Orten erzielte Umsatz nur insgesamt am Ort des Sitzes bzw. der Geschäftsleitung des Unternehmens ausgewiesen werden kann. Da viele — auch überregional tätige — Unternehmen ihren Sitz in Frankfurt am Main oder in unmittelbarer Umgebung haben, ist das Ergebnis für den Regierungsbezirk Darmstadt überzeichnet. Überdurchschnittlich hoch im Vergleich zum Landesergebnis waren hierbei in der Region Starkenburg die steuerbaren Umsätze im Verarbeitenden Gewerbe, während in den übrigen Bereichen — mit Ausnahme des Grundstücks- und Wohnungswesens — der jeweilige Landeswert teils erheblich unterschritten wurde. □

Hessische Kreiszahlen

Ausgewählte Daten für Landkreise und kreisfreie Städte

Für Strukturanalysen und Kreisvergleiche bringt diese Veröffentlichung zweimal jährlich reichhaltiges Material über jeden Landkreis aus allen Bereichen der amtlichen Statistik. Einiges Kreismaterial wird speziell für diese Veröffentlichung aufbereitet.

Jedes Heft enthält zusätzlich Daten für die *kreisangehörigen Gemeinden mit 50 000 und mehr Einwohnern* und für den *Umlandverband Frankfurt*.

Ein Anhang bietet ausgewählte Daten im *Zeitvergleich*.

Format DIN A4, Umfang 50 bis 70 Seiten, Preis für Einzelheft 12,00 DM, Jahresabonnement (2 Hefte) 20,40 DM (zzgl. Versandkosten).

Die „Hessischen Kreiszahlen“ sind auch auf Diskette lieferbar! (ab Ausgabe II/97)

Systemvoraussetzungen: IBM-kompatibler PC ab 486, Windows 3.1 oder höher, Windows 95 oder Windows NT. Geliefert wird eine 3,5 Zoll Diskette. Die Daten sind benutzerfreundlich abrufbar; benötigt wird Excel 97 oder höher. Preis: 12,00 DM bei Einzellieferung; Jahresabonnement (2 Disketten) 20,40 DM (zzgl. Versandkosten).

Bestellen Sie bei Ihrer Buchhandlung oder direkt bei uns.

W-78

Hessisches Statistisches Landesamt · 65175 Wiesbaden

Erste Ergebnisse der Agrarstruktur-erhebung in Hessen 2001

Nach den vorläufigen Ergebnissen der im Mai dieses Jahres, im Rahmen der Agrarstruktur-erhebung, durchgeführten Bodennutzungshaupterhebung wurden auf insgesamt 484 000 ha Ackerfläche 313 000 ha Getreide angebaut. Dies entspricht nahezu der Vorjahresfläche. Nach wie vor die wichtigste Getreideart ist der Weizen, der auf einer Fläche von 146 000 ha angebaut wird. Der Anbau von Hülsenfrüchten erfuhr eine Steigerung um ein Drittel, demgegenüber wurde der Kartoffelanbau um 16 % eingeschränkt. Die Zahl der Betriebe, die Ackerbau betreiben, reduzierte sich um 5,4 % auf nunmehr 22 300 Betriebe. In der Erhebung über die Viehbestände wurden insgesamt 534 000 Rinder sowie 836 000 Schweine gezählt. Damit verringerte sich der Rinderbestand gegenüber der vergleichbaren Erhebung im Jahr 1999 um 4,7 % und der Schweinebestand um 5,5 %. Im gleichen Zeitraum nahm die Zahl der rinderhaltenden Betriebe um 12,8 % und die der schweinehaltenden Betriebe sogar um 19,1 % ab.

*) Tel.: 0611/3802-221 · E-Mail: jfuhrer@hsl.de

1) BLE, Referat 314, Stand 28.05.2001 in „UFOP Rundschreiben Nr. 10/01“.

Die Bodennutzung zur Ernte 2001 - mehr Hülsenfrüchte angebaut, Kartoffelfläche eingeschränkt

Die Getreidefläche wurde geringfügig um rund 500 ha auf nunmehr 313 000 ha ausgeweitet. *Getreide* hat damit einen Anteil an der gesamten Ackerfläche von knapp 65 %. Nach wie vor die wichtigste Getreideart ist der Weizen, der auf einer Fläche von 146 400 ha angebaut wird, darunter 143 800 ha Winterweizen (einschl. Dinkel). Gerste wurde auf 109 700 ha ausgesät, darunter waren 81 100 ha Wintergerste. Der Anbau von Sommergerste erfuhr gegenüber dem Jahr 2000 eine Steigerung von rund 7 %. Mit 28 600 ha wurde allerdings deutlich weniger Sommergerste als noch in 1999 mit 36 900 ha angebaut. Die Roggenanbaufläche wurde um knapp 5 % eingeschränkt. Mit 20 100 ha Anbaufläche ist Roggen jedoch die viertwichtigste Getreideart vor Hafer (17 300 ha) und Triticale (16 600 ha). Körnermais und Corn-Cob-Mix werden auf rund 7100 ha bestellt.

Die Anbaufläche von *Winterraps*, einschl. des Anbaus als nachwachsender Rohstoff, blieb mit 51 000 ha nahezu unverändert. Der Rapsanbau nimmt rund 96 % der Anbaufläche aller Handelsgewächse ein. Nach Angaben der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE)¹⁾ werden in Hessen insgesamt auf einer Fläche von 11 810 ha nachwachsende Rohstoffe angebaut.

Anbau auf dem Ackerland in Hessen 1999 bis 2001 nach Fruchtarten

Fruchtart - Betriebe	1999 ¹⁾	2000 ²⁾	2001 ³⁾	Zu- bzw. Abnahme (-) 2001 gegenüber 2000	
	ha	ha	1000 ha		%
Getreide	301 557	312 224	312,8	0,6	0,2
davon					
Weizen	130 870	147 821	146,4	- 1,4	- 1,0
Winterweizen einschl. Dinkel	122 295	144 370	143,8	- 0,5	- 0,4
Sommerweizen einschl. Durum	8 575	3 451	2,5	- 0,9	- 26,7
Roggen	18 645	21 185	20,1	- 1,0	- 4,9
Gerste	112 868	105 907	109,7	3,8	3,6
Sommergerste	36 913	26 783	28,6	1,8	6,8
Wintergerste	75 954	79 124	81,1	2,0	2,5
Hafer	22 257	18 310	17,3	- 1,0	- 5,4
Sommermenggetreide	3 559	2 853	2,6	- 0,3	- 9,1
Triticale	13 359	16 147	16,6	0,5	3,0
Körnermais einschl. Corn-Cob-Mix	6 237	6 449	7,1	0,7	10,7
Hülsenfrüchte	7 420	7 135	9,6	2,4	33,9
darunter Futtererbsen	6 180	6 010	8,2	2,2	36,8
Hackfrüchte	27 579	25 058	23,5	- 1,6	- 6,4
darunter					
Kartoffeln	5 889	5 369	4,5	- 0,8	- 15,6
Zuckerrüben	20 579	18 665	18,3	- 0,3	- 1,7
Handelsgewächse	61 133	55 707	53,9	- 1,9	- 3,3
darunter Winterraps	53 714	50 706	51,0	0,3	0,6
Futterpflanzen	40 960	38 638	35,8	- 2,8	- 7,2
darunter Silomais	27 146	25 148	22,8	- 2,3	- 9,2
Gemüse-, Erdbeeren u. a. Gartengewächse	7 522	7 475	7,5	0,1	0,7
Stilllegungs- und Brachflächen	35 877	32 851	34,0	1,2	3,6
Ackerland insgesamt	488 284	485 537	484,2	- 1,3	- 0,3
Außerdem:					
Ldw. Betriebe mit Ackerbau ⁴⁾ (Anzahl)	25 328	23 533	22,3	-	- 5,4

1) Totalerhebung, engültiges Ergebnis. - 2) Repr. Erhebung, endgültiges Ergebnis. - 3) Vorläufiges und gerundetes Ergebnis. - 4) Landwirtschaftliche Betriebe ab 2 ha LF oder entsprechende Erzeugungseinheiten

Hackfrüchte wurden zur diesjährigen Ernte auf 23 500 ha angebaut. Besonders stark wurde der Kartoffelanbau um 16 % auf nunmehr 4500 ha reduziert. Die Abnahme der Kartoffelanbaufläche dürfte maßgeblich auf die unbefriedigende Preissituation des vergangenen Jahres zurückzuführen sein. Zuckerrüben wurden auf 18 300 ha bestellt. Dies entsprach einer Einschränkung der Anbaufläche um knapp 2 %.

Die Anbaufläche für **Futterpflanzen** wurde um 2800 ha reduziert, wobei die Verringerung des Flächenanteils fast vollständig auf die Einschränkung des Anbaus von Silomais um 2300 ha zurückzuführen ist. Silomais beansprucht mit 22 800 ha knapp 64 % der gesamten Anbaufläche aller Futterpflanzen (35 800 ha).

Zur Ernte 2001 wurden über ein Drittel mehr **Hülsenfrüchte** als im Vorjahr angebaut. Hülsenfrüchte insgesamt wurden auf einer Fläche von 9600 ha bestellt, wobei der Anbau von Futtererbsen um 2200 ha auf nunmehr 8200 ha ausgedehnt wurde. Weiterhin wurden 7500 ha **Gemüse- und Erdbeeranbauflächen** nachgewiesen. Die nicht zum Ackerland zählenden Rebflächen betrugen 3300 ha.

34 000 ha bzw. 7 % des Ackerlandes sind **Stilllegungs- und Brachflächen**. Die Zahl der Betriebe, die Ackerbau betreiben, reduzierte sich um 5,4 % auf nunmehr 22 300 Betriebe.

Viehhaltung im Mai 2001 - Zahl der viehhaltenden Betriebe sinkt stärker als die Viehbestände

Nach den vorläufigen Ergebnissen der im Mai — gleichzeitig mit der Bodennutzungshaupterhebung — durchgeführ-

ten Viehzählung, wurden insgesamt 534 000 Rinder sowie 836 000 Schweine gezählt. Damit verringerte sich der Rinderbestand um 4,7 % und der Schweinebestand um 5,5 % gegenüber der vergleichbaren Erhebung im Jahr 1999. Die Zahl der rinderhaltenden Betriebe nahm um 12,8 % und die der schweinehaltenden Betriebe sogar um 19,1 % ab.

Gegenüber dem Jahr 1999, in dem noch je 15 000 Betriebe mit Rinder- und Schweinehaltung gezählt wurden, verringerte sich deren Zahl auf 13 100 Betriebe mit Rinderhaltung und 12 200 Betriebe, die Schweine hielten. Dies bedeutet einen Anstieg der durchschnittlichen Viehbestände je Betrieb. Hielt 1999 ein rinderhaltender Betrieb 37 Rinder bzw. 23 Milchkühe, so waren es 2001 je Betrieb 41 Rinder bzw. 27 Milchkühe. In der Schweinehaltung wurden je Betrieb mit 69 Tieren durchschnittlich 10 Tiere mehr als in 1999 gehalten.

Auf Grund der durch BSE verursachten Absatzschwierigkeiten bzw. wegen MKS verordneter Transportbeschränkungen wurden im Rindersektor, entgegen des Abbaus des Gesamtbestandes, mehr ältere Tiere gezählt. So erhöhte sich die Zahl der Schlachtkühe um 109 % auf nunmehr 3800 Stück, die Anzahl der Färsen zum Schlachten stieg um 23 % auf 4800 Stück gegenüber dem Jahr 2000 (gegenüber 1999 sogar um 76 %). Die Zahl der Mast- und Schlachtrinder insgesamt, die 1 Jahr und älter waren, erhöhte sich geringfügig auf 74 200 Tiere.

Der Bestandsabbau bei den Schweinen vollzog sich im Jahr 2001 gegenüber 1999 in fast allen Nutzungsarten. Lediglich in der Gewichtsklasse 80—110 kg der Mastschweine waren sowohl gegenüber 1999 als auch 2000 jeweils Erhöhungen

Viehhaltung in Hessen 1999 bis 2001¹⁾

Art der Angabe	1999 ²⁾	2000 ³⁾	2001 ⁴⁾	Zu- bzw. Abnahme (-) 2001 gegenüber ... (in %)	
				1999	2000
Rindvieh	560 262	536 577	534,2	- 4,7	- 0,5
darunter					
Milchkühe	175 645	162 691	163,4	- 7,0	0,4
Färsen zur Zucht	34 629	34 686	33,0	- 4,8	- 4,9
Schlacht- und					
Mastrinder, 1 Jahr und älter	72 784	73 739	74,2	1,9	0,6
Ammen- und Mutterkühe	39 924	42 152	43,3	8,3	2,6
Betriebe mit Rindern	15 006	13 598	13,1	- 12,8	- 3,7
darunter Betriebe mit Milchkühen	7 695	6 707	6,1	- 21,3	- 9,8
Schweine	883 961	844 070	835,8	- 5,5	- 1,0
darunter					
Ferkel	234 269	216 402	221,8	- 5,3	2,5
Ferkel und Jungmastschweine	437 168	409 246	405,5	- 7,2	- 0,9
Mastschweine	358 766	353 767	350,7	- 2,2	- 0,9
Zuchtsauen	84 655	78 551	77,5	- 8,4	- 1,3
Betriebe mit Schweinen	15 034	13 019	12,2	- 19,1	- 6,6
Schafe	182 733	187 402	179,1	- 2,0	- 4,4
Betriebe mit Schafen	2 325	2 220	2,1	- 10,5	- 6,3
Legehennen ⁵⁾	1 471 918	-	1 516,4	3,0	-
Pferde ⁵⁾	33 187	-	33,0	- 0,7	-
Betriebe mit Pferden	5 499	-	5,3	- 4,3	-

1) Stichtag jeweils 3. Mai. - 2) Totalerhebung, engültiges Ergebnis. - 3) Repr. Erhebung, endgültiges Ergebnis. - 4) Vorläufiges und gerundetes Ergebnis. - 5) In 2000 nicht erhoben.

der Bestände um je 1,9 % auf jetzt 154 000 Tiere zu verzeichnen. Der Bestand an Zuchtsauen betrug zur Zählung 2001 rund 77 500 Tiere. Er verringerte sich damit um rund 1000 Tiere gegenüber 2000 sowie um über 7000 Tiere gegenüber 1999. Vergleicht man dagegen die Jahre 2001 und 2000, so ist auch hier ein Bestandsabbau in fast allen Nutzungsarten festzustellen. Gleichwohl stieg allerdings die Anzahl der Ferkel um 2,5 % auf 222 000 Tiere sowie die der nicht trächtigen Jungsauen sogar um 12 % auf 7500 Tiere.

Unter den erfassten Nutzungsarten der Schweine waren die prozentualen Abnahmeraten bei Ebern zur Zucht am stärksten. Während 1999 noch 3400 Tiere gezählt wurden, waren es 2001 lediglich 2000 Eber.

Mit 33 000 Pferden hat sich der Bestand gegenüber 1999 lediglich geringfügig verändert, der Bestand an Schafen sank auf 179 000 Stück (-2,0 %). Dieser verteilte sich auf 2100 Betriebe. □

Beiträge zur Statistik Hessens

Nr.	Titel (G - mit Gemeindeergebnissen, K - Kreisergebnissen)	Umfang (Seiten)	Bezugs- preis (DM)
312	Die Einfuhr nach Hessen 1994	103	12,00
313	Öffentliche Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung in Hessen 1975 bis 1991 (K)	133	16,00
314	Die Schulden des Landes, der Gemeinden, Gemeindeverbände und Zweckverbände am 31.12.1995 (G)	117	12,00
315	Das Personal des öffentlichen Dienstes in Hessen am 30. Juni 1995	175	16,00
316	Handel und Gastgewerbe 1993 — Ergebnisse der Handels- und Gaststättenzählung 1993 (K)	212	20,00
317	Die Umsätze und ihre Besteuerung in Hessen 1994 (K)	238	20,00
318	Straßenverkehrsunfälle in Hessen 1996 (K)	135	16,00
319	Handwerkszählung 1995	146	16,00
320	Die Industrie in den hessischen Stadt- und Landkreisen 1995 (K)	128	16,00
321	Die Kommunalwahlen am 2. März 1997 (G)	236	20,00
322	Regionalergebnisse für das Bauhauptgewerbe in Hessen 1979 bis 1994	258	20,00
323	Die Produktion des Verarbeitenden Gewerbes in Hessen 1995 und 1996	119	12,00
324	Die hessische Ausfuhr 1995	139	16,00
325	Die Einfuhr nach Hessen 1995	108	12,00
326	Die Industrie in den hessischen Stadt- und Landkreisen 1996 (K)	72	16,00
327	Straßenverkehrsunfälle in Hessen 1997 (K)	135	16,00
328	Die Umsätze und ihre Besteuerung in Hessen 1996 (K)	238	20,00
329	Öffentliche Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung in Hessen 1975 bis 1995 (K)	116	12,00
330	Die Produktion des Verarbeitenden Gewerbes in Hessen 1996 und 1997	117	12,00
331	Die hessische Ausfuhr 1996	139	16,00
332	Die Einfuhr nach Hessen 1996	108	12,00
333	Die Wahl zum Hessischen Landtag am 7. Februar 1999 (G)	227	20,00
334	Straßenverkehrsunfälle in Hessen 1998 (K)	135	16,00
335	Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1995	240	20,00
336	Die Produktion des Verarbeitenden Gewerbes in Hessen 1997 und 1998	116	12,00
337	Die Industrie in den hessischen Stadt- und Landkreisen 1997	77	20,00
338	Die Umsätze und ihre Besteuerung in Hessen 1997 (K)	240	24,00
339	Die hessische Ausfuhr 1997	138	20,00
340	Die Einfuhr nach Hessen 1997	109	16,00
341	Europawahl 1999 — Die Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments in Hessen am 13. Juni 1999 (G)	126	16,00
342	Die Wahl zum 14. Deutschen Bundestag in Hessen am 27. September 1998	221	24,00
343	Die Industrie in den hessischen Stadt- und Landkreisen 1998	90	12,00
344	Beherbergungskapazität in Hessen 1999 (G)	201	24,00
345	Die Umsätze und ihre Besteuerung in Hessen 1998 (K)	166	20,00
346	Indizes des Auftragseingangs und des Umsatzes im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen 1995 bis 1999	321	26,00
347	Straßenverkehrsunfälle in Hessen 1999 (K)	135	20,00
348	Gewerbesteuer in Hessen 1995 (G)	86	12,00
349	Die hessische Ausfuhr 1998	138	20,00
350	Die Einfuhr nach Hessen 1998	111	16,00
351	Die Produktion des Verarbeitenden Gewerbes in Hessen 1998 und 1999	39	10,00
352	Die Industrie in den hessischen Stadt- und Landkreisen 1999	93	12,00
353	Die veranlagten Einkommen in Hessen 1995 (G)	136	20,00
354	Straßenverkehrsunfälle in Hessen 2000 (K)	135	20,00
355	Die Umsätze und ihre Besteuerung in Hessen 1999 (K)	166	20,00

Herausgegeben vom Hessischen Statistischen Landesamt - 65175 Wiesbaden

Ministerpräsident Roland Koch besuchte das HSL

Das Hessische Statistische Landesamt (HSL) hatte am 8. August hohen Besuch: Roland Koch, Ministerpräsident des Landes Hessen, besuchte die obere Landesbehörde im Ge-



Der Präsident des HSL, Eckart Hohmann (links) und Ministerpräsident Roland Koch.

schäftsbereich der Hessischen Staatskanzlei. In seiner Begrüßung ging der Präsident des HSL, Eckart Hohmann, auf die Besonderheiten in der Geschichte des HSL und insbesondere die Gründung durch eine Anweisung der amerikanischen Militärregierung an den damaligen hessischen Ministerpräsi-

denten ein. Der Ministerpräsident stellte einige grundsätzliche Ausführungen zu seiner Sichtweise der amtlichen Statistik vor. Roland Koch unterstrich dabei die Bedeutung, die der Statistik als klassischem Führungsinstrument in einer sich immer schneller drehenden Welt zukommt, bemängelte allerdings sowohl das Rezeptionsverhalten durch die Politik einerseits als auch die Selbstunterschätzung der eigenen Arbeit durch die Statistiker auf der anderen Seite. Im Anschluss wurde der Ministerpräsident in einer gut eineinhalbstündigen Präsentation im Kreis der Abteilungsleiter und der Personalvertretung über aktuelle Entwicklungen und Projekte der amtlichen Statistik im Allgemeinen wie auch des HSL im Besonderen informiert. Hierbei zeigte er sich insbesondere sehr interessiert an den Ausführungen über die im Bereich neuer Technologien (E-Government und E-Statistik) sich anbahnenden Entwicklungen, Möglichkeiten und auch Probleme. Ebenfalls auf große Resonanz stießen die Ausführungen zur derzeit im Aufbau befindlichen HSL-Konjunkturprognose, der PC-gestützten VGR-Datenbank sowie der Ergebnisse der neunten koordinierten Bevölkerungsprognose bis 2050. Den Abschluss bildete ein Blick auf die Situation im HSL aus der Sicht des Personalrates vor dem Hintergrund wachsender Aufgaben bei gleichzeitig sinkendem Personalbestand.

Der Besuch des Ministerpräsidenten bedeutet eine Anerkennung für das Amt, die für Motivation und Leistungsbereitschaft aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in schwieriger gewordenen Zeiten von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist. □

*) Tel.: 0611/3802-807 · E-Mail: cbeck@hsl.de

Carsten Beck*)

Daten zur Wirtschaftslage

Die Entwicklung der hessischen Wirtschaft im zweiten Quartal 2001 in Kürze: Im Verarbeitenden Gewerbe (einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden) ging die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen zurück. Die preisbereinigten Auftragseingänge nahmen im zweiten Quartal 2001 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum um 3,3 % ab, wobei die Nachfrage aus dem Ausland weniger stark zurückgegangen ist (- 1,8 %) als die Inlandsnachfrage (- 4,3 %). Beim Gesamtumsatz war ein Zuwachs von 1,7 % zu verzeichnen. Der Zuwachs setzte sich aus einem Umsatzplus von 4,0 % im Auslandsgeschäft und 0,4 % mehr Inlandsumsatz zusammen. Der Beschäftigungsrückgang kam noch immer nicht zum Stillstand. Während die Auftragseingänge im hessischen Bauhauptgewerbe im ersten Quartal 2001 im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit noch leicht zugenommen hatten (+ 0,5 %), lag die Nachfrage im zweiten Quartal dieses Jahres um 3,1 % niedriger als in der entsprechenden Vorjahreszeit. Für das gesamte erste Halbjahr ergab sich damit ein Minus von 1,6 %. Der baugewerbliche Umsatz lag im zweiten Quartal 2001 um 1,8 % unter dem entsprechenden Vorjahresniveau. Der Beschäftigtenabbau hielt nach wie vor an. Das zum Bau freigegebene Hochbauvolumen verminderte sich im Beobachtungszeitraum um knapp 8 % auf rund 1,7 Mill. m² Wohn- und Nutzfläche. Die hierfür von den Bauherren veranschlagten reinen Baukosten erreichten mit einem Betrag in Höhe von 3,3 Mrd. DM dennoch nahezu den im zweiten Quartal 2000 festgestellten Wert. Die Umsätze im hessischen Einzelhandel stagnierten im Beobachtungszeitraum. Real, d. h. nach Ausschaltung von Preisveränderungen, gab es sogar einen Rückgang von knapp 2 %. Der hessische Arbeitsmarkt entwickelt sich weiter erfreulich. In den Monaten April bis Juni 2001 wurden 198 700 Arbeitslose registriert, rund 19 500 oder 9 % weniger als im zweiten Quartal 2000. Die am Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Hessen gemessenen Verbraucherpreise waren im zweiten Quartal 2001 um 2,7 % höher als ein Jahr zuvor. Im ersten Quartal 2001 hatte der Preisauftrieb noch 2,1 % betragen.

Auch die Auslandsnachfrage lässt zu wünschen übrig

Die preisbereinigten Auftragseingänge zur Lieferung von Gütern und Dienstleistungen im Verarbeitenden Gewerbe haben im zweiten Quartal 2001 im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit um 3,3 % abgenommen. Die Auslandsnachfrage ist dabei weniger stark zurückgegangen (- 1,8 %) als die Inlandsnachfrage (- 4,3 %). Wegen der im ersten Quartal noch recht günstigen Entwicklung ergab sich für das erste Halbjahr im Jahresvergleich insgesamt noch ein Plus von 1,1 %, das sich aus einem Nachfragezuwachs ausländischer Kunden um 2,3 % und einem fast unveränderten Auftragseingang (+ 0,4 %) aus dem Inland zusammensetzte.

Die Chemische Industrie konnte im zweiten Quartal 2,5 % mehr Aufträge verbuchen als im entsprechenden Quartal des Vorjahres. Dabei schnitt das Auslandsgeschäft mit einem Anstieg um 5,0 % erheblich besser ab als die Inlandsgeschäfte, die das Vorjahresniveau verfehlten (- 0,8 %). Für das gesamte erste Halbjahr errechnete sich ein Nachfragezuwachs von insgesamt 2,9 %. Hier übertraf das Inlandsgeschäft auf Grund sehr guter Abschlüsse im ersten Quartal das Vorjahresergebnis um 4,9 % und die Orders aus dem Ausland übertrafen das Vorjahresniveau um 1,2 %.

Der Maschinenbau erlebte im zweiten Quartal einen beachtlichen Einbruch. Mit einem Rückgang der Auftragseingänge im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit um insgesamt 11 %, der sowohl auf die rückläufige Bestellfähigkeit ausländischer Kunden (- 14 %) als auch verminderte Aufträge aus dem Inland (- 7,2 %) zurückzuführen ist, konnte die

durch eine günstige Bestellfähigkeit aus dem Ausland bestimmte positive Entwicklung des ersten Quartals nicht fortgesetzt werden. Sie bewirkte jedoch, dass das Ergebnis des ersten Halbjahres im Jahresvergleich nicht mehr als 4,3 % unter dem des ersten Halbjahres 2000 lag: Die Inlandsgeschäfte schnitten um 6,7 % und die mit dem Ausland um 1,5 % schlechter ab als vor einem Jahr.

Leicht positiv entwickelten sich dagegen die Auftragseingänge der Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen. Sie lagen insgesamt geringfügig (+ 0,7 %) über denen des zweiten Quartals des Vorjahres. Der geringe Zuwachs ergab sich durch die rückläufige Bestellfähigkeit ausländischer Kunden (- 5,9 %), denen aus dem Inland jedoch 8,3 % mehr Aufträge gegenüberstanden. Die rückläufige Bestellfähigkeit im ersten Quartal bestimmte das Gesamtergebnis des ersten Halbjahres. Insgesamt lagen die Auftragseingänge in den ersten sechs Monaten um 2,5 % unter Vorjahresniveau. Hier ging der negative Impuls vor allem vom Auslandsmarkt (- 11 %) aus. Inländische Besteller orderten dagegen 6,6 % mehr als im ersten Halbjahr 2000.

Umsatzeinbruch in der Kraftfahrzeugbranche

Im zweiten Quartal 2001 erwirtschaftete das Verarbeitende Gewerbe einen Gesamtumsatz von 40,6 Mrd. DM. Das waren 1,7 % mehr als in der entsprechenden Zeit des Vorjahres. Im ersten Quartal hatte der Zuwachs im Vergleich zum Vorjahr noch bei 3,5 % gelegen, sodass sich für das erste Halbjahr eine Steigerungsrate gegenüber der entsprechenden

Vorjahreszeit von insgesamt 2,6 % ergibt. Er setzt sich aus einem Umsatzplus von 4,3 % im Auslandsgeschäft und 1,6 % mehr Inlandsumsatz zusammen.

38 % des Umsatzes wurden im zweiten Quartal im Ausland erzielt. Dort konnte im zweiten Quartal im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit mit + 4,0 % ein stärkerer Umsatzzuwachs erzielt werden als im Inland (+ 0,4 %).

Die Chemische Industrie erzielte im zweiten Quartal einen Gesamtumsatz von 8,9 Mrd. DM. Das waren 1,1 % mehr als in der gleichen Vorjahreszeit. 60 % des gesamten Umsatzes wurden auf ausländischen Märkten erwirtschaftet. Während der Auslandsumsatz im zweiten Quartal im Vergleich zum zweiten Vorjahresquartal um 4,0 % zunahm, sank der Inlandsumsatz in der gleichen Zeit um 3,0 %. Da die Umsatzentwicklung im ersten Quartal erheblich günstiger war, ergab sich für das erste Halbjahr mit 18,1 Mrd. DM ein Umsatzplus von insgesamt 3,0 %. Es setzte sich aus einem um 3,3 % gestiegenen Auslandsumsatz und einem um 2,5 % gewachsenen Inlandsumsatz zusammen.

Der Gesamtumsatz des Maschinenbaus erreichte im zweiten Quartal 4,5 Mrd. DM. Davon wurden 43 % auf ausländischen Märkten erzielt. Insgesamt lag der Umsatz im zweiten Quartal um 9,9 % über dem entsprechenden Vorjahreswert, wobei der Auslandsumsatz um 12 % und der Inlandsumsatz um 8,4 % gestiegen ist. Der Umsatz des ersten Halbjahres erreichte 8,8 Mrd. DM und übertraf den Vorjahresumsatz um 9,7 %, die sich aus 15 % mehr Auslandsumsatz und 5,8 % mehr Inlandsumsatz zusammensetzten.

Die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen meldeten im zweiten Quartal einen Gesamtumsatz von 5,1 Mrd. DM, von dem sie 49 % bei Geschäften mit ausländischen Kunden erzielten. Allerdings lag der Gesamtumsatz des zweiten Quartals um 5,4 % niedriger als in der entsprechenden Vorjahreszeit, wobei sowohl die Auslandsumsätze (- 6,5 %) als auch die Inlandsumsätze (- 4,3 %) den Vorjahresstand unterschritten. Im ersten Halbjahr wurde ein Gesamtumsatz von 10 Mrd. DM erzielt. Da die Entwicklung im ersten Quartal noch stärker rückläufig war als im zweiten, war die Abnahme im ersten Halbjahr im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit mit - 7,5 % (Auslandsumsatz: - 10 %; Inlandsumsatz: - 4,8 %) besonders hoch.

Einen erfreulichen Umsatzzuwachs konnte dagegen das an der Umsatzhöhe gemessen nachrangigere Ernährungsgewerbe erzielen. Von den 3,8 Mrd. DM des zweiten Quartals wurden 6,7 % im Ausland erzielt. Der Gesamtumsatz des zweiten Quartals übertraf den entsprechenden Vorjahreswert um 4,3 %, wobei das Auslandsgeschäft um 5,9 % gewachsen ist und im Inland 4,2 % mehr umgesetzt wurden. Im ersten Halbjahr belief sich der Gesamtumsatz auf 7,3 Mrd. DM, 3,8 % mehr als in der gleichen Vorjahreszeit.

Sowohl das Auslands- (+ 9,7 %) als auch das Inlandsgeschäft (+ 3,3 %) schnitten besser ab als vor einem Jahr.

Beschäftigtenabbau kommt noch immer nicht zum Stillstand

Auch im zweiten Quartal 2001 ist der Abbau der *Beschäftigten* im Verarbeitenden Gewerbe noch immer nicht zum Stehen gekommen. Wie viele Beschäftigte dabei aus dem Verarbeitenden Gewerbe zu den Dienstleistungen und nicht in die Arbeitslosigkeit gewechselt sind, bleibt allerdings offen. Noch immer hält nämlich das Bestreben der Betriebe an, Funktionen auszugliedern und die bisher selbst erstellten Leistungen auf dem Markt einzukaufen. Mit im Durchschnitt des zweiten Quartals rund 456 700 Beschäftigten wurde im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit ein doppelt so starker Rückgang (- 0,4 %) registriert wie im ersten Quartal. Damit ergibt sich für den Durchschnitt des ersten Halbjahres eine Beschäftigtenverminderung von 0,3 %.

Die Chemische Industrie war an der rückläufigen Gesamtentwicklung allerdings nicht beteiligt. Dort werden bereits seit Monaten zusätzliche Beschäftigte eingestellt. Mit im Durchschnitt des zweiten Quartals knapp 64 000 Beschäftigten ergab sich im Jahresvergleich ein leichter Zuwachs um 0,2 %. Er war damit sogar geringfügig höher als im Durchschnitt des ersten Quartals, sodass sich auch für den Halbjahresdurchschnitt ein Beschäftigtenanstieg von 0,2 % errechnete.

Der Maschinenbau setzte dagegen den seit Monaten bestehenden Beschäftigtenabbau fort. Die Zahl der im Durchschnitt des zweiten Quartals gut 62 800 Beschäftigten lag um 0,6 % niedriger als vor Jahresfrist. Im ersten Quartal war der Beschäftigtenrückgang sogar noch geringfügig höher (- 0,9 %), sodass sich für den Durchschnitt des ersten Halbjahres im Maschinenbau eine Beschäftigtenverminderung um 0,7 % ergibt.

Noch stärker war der Beschäftigtenrückgang im zweiten Quartal im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit bei der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen. Mit im Quartalsdurchschnitt knapp 57 500 Beschäftigten wurden weitere 3,8 % abgebaut. Da der jährliche Rückgang im zweiten Quartal dem im ersten entsprach, ergibt sich auch für die durchschnittliche Beschäftigtenzahl dieser Branche im ersten Halbjahr ein Minus von 3,8 %.

Selbst das Ernährungsgewerbe, das im zweiten Quartal einen Umsatzzuwachs verbuchen konnte, verminderte seine Beschäftigtenzahl im zweiten Quartal um 1,6 % auf rund 34 400 Beschäftigte und beschleunigte den Abbau damit. Im ersten Quartal hatte der Rückgang nämlich noch 0,7 % betragen, sodass der halbjahresdurchschnittliche Rückgang im Ernährungsgewerbe bei 1,1 % lag.

Wieder weniger Aufträge im Baugewerbe . . .

Während die Auftragseingänge im hessischen Bauhauptgewerbe im ersten Quartal 2001 im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit noch leicht zugenommen hatten (+ 0,5 %), lag die Nachfrage im zweiten Quartal um 3,1 % niedriger als in der entsprechenden Vorjahreszeit. Damit ergibt sich auch für das erste Halbjahr ein Rückgang der Auftragseingänge (- 1,6 %).

Die rückläufige Entwicklung im zweiten Quartal ging lediglich vom Hochbau aus (- 6,3 %). Im Tiefbau konnte im zweiten Quartal im Vergleich zum Vorjahr ein leichtes Plus (+ 1,9 %) verbucht werden. Dennoch schnitten Hochbau (- 1,4 %) und Tiefbau (- 2,0 %) im ersten Halbjahr jeweils schlechter ab als im ersten Halbjahr 2000. Die im Vergleich zur gleichen Vorjahreszeit im zweiten Quartal rückläufigen Auftragseingänge im Hochbau waren in allen Bauarten festzustellen, am stärksten im öffentlichen und Verkehrshochbau (- 32 %) und im Wohnungsbau (- 11 %), aber auch geringfügig im gewerblichen und industriellen Hochbau (- 0,8 %). Im Tiefbau stammte das leichte Plus des zweiten Quartals im Vergleich zum gleichen Vorjahresquartal vom gewerblichen und industriellen Tiefbau (+ 9,0 %) und vom öffentlichen und Verkehrstiefbau (+ 6,7 %), während der Straßenbau 6,7 % weniger Aufträge erhielt als vor einem Jahr.

. . . und sinkende Umsätze ...

Der Umsatz lag im zweiten Quartal 2001 im hessischen Bauhauptgewerbe bei 2,1 Mrd. DM. Das waren 1,8 % weniger als im zweiten Quartal des Vorjahres. Im gesamten ersten Halbjahr wurde ein Umsatz von 3,7 Mrd. DM erwirtschaftet, geringfügig (+ 0,2 %) mehr als vor einem Jahr. Während der Umsatz im zweiten Quartal im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit im gewerblichen und industriellen Bau um 10 % gestiegen und auch auf das erste Halbjahr bezogen um 12 % gewachsen ist, lag er im öffentlichen und Verkehrsbau im zweiten Quartal um 10 % und im gesamten ersten Halbjahr um 6 % unter Vorjahresniveau. Erheblich unter dem jeweiligen Vorjahreswert lag der Umsatz im Wohnungsbau: im zweiten Quartal um 20 % und im gesamten ersten Halbjahr um sogar 24 %. Im gewerblichen und industriellen Bau stammte das günstige Quartalsergebnis sowohl vom Hoch- (+ 9,4 %) als auch vom Tiefbau (+ 13 %). Im öffentlichen und Verkehrsbau schnitten im zweiten Quartal alle Bauarten schlechter ab als vor einem Jahr: der Hochbau um 20 %, der Straßenbau um 8,1 % und der sonstige Tiefbau um 8,0 %.

. . . sowie unverändert rückläufige Beschäftigtenzahlen

Die insgesamt wenig günstige Entwicklung im hessischen Bauhauptgewerbe schlug sich auch in der Beschäftigtenentwicklung nieder. Mit im Durchschnitt des zweiten Quartals

2001 rund 33 300 Beschäftigten wurde der entsprechende Vorjahresstand um weitere 7,1 % unterschritten. Da der Beschäftigtenrückgang im ersten Quartal kaum geringer war (- 7,0 %), ergibt sich auch für den Durchschnitt des ersten Halbjahres im Vorjahresvergleich ein Beschäftigtenabbau von 7,1 %. Gleichgültig, welche Stellung die Beschäftigten im Betrieb einnahmen, die Zahl der Beschäftigten jeder Beschäftigtenart war im zweiten Quartal rückläufig: bei den Facharbeitern, Polieren und Meistern um 8,5 %, bei den tätigen Inhabern um 6,6 %, den Fachwerkern, Werkern und sonstigen Beschäftigten um 6,5 % und bei den kaufmännischen und technischen Angestellten um 3,8 %. Bei den gewerblichen Auszubildenden betrug der Rückgang der Beschäftigten im Durchschnitt des zweiten Quartals 11 %, und ausländische Arbeitnehmer wurden im Durchschnitt des zweiten Quartals 8,2 % weniger gezählt als im Durchschnitt der gleichen Vorjahreszeit.

Abwärtstrend im Wohnbau setzt sich fort

Das im zweiten Quartal 2001 zum Bau freigegebene *Hochbauvolumen* lag mit rund 1,7 Mill. m² Wohn- und Nutzfläche nur geringfügig unter dem für die letzten Jahre in diesem Quartal charakteristischen Mittelwert. Allerdings verminderte es sich im Vergleich zum zweiten Vierteljahr 2000, in welchem mit 1,8 Mill. m² ein überdurchschnittlich hoher Flächenbedarf bei den hessischen Bauämtern angefragt wurde, um knapp 8 %. Die von den Bauherren veranschlagten reinen Baukosten erreichten mit 3,3 Mrd. DM wiederum fast das hohe Niveau des Vorjahreszeitraums. Während öffentliche und private Bauherren gleichlaufend zum zurückgehenden Bedarf an neuen Flächen auch ein deutlich geringeres Investitionsvolumen im Hochbau geplant haben, ist bei der Bauherrngruppe der Unternehmen seit Jahresfrist eine positive Entwicklung zu beobachten. Von ihnen wurden bei den Baubehörden im Vergleich zum Vorjahresquartal für 4,0 % mehr Wohn- und Nutzflächen 22 % mehr Mittel veranschlagt.

Obwohl im Hochbau allgemein nur ein leichter Abschwung zu beobachten ist, setzt sich der deutliche Abwärtstrend im *Wohnbau* weiter fort. Die Zahl der Baugenehmigungen für neue oder umzubauende Wohnungen reduzierte sich im zweiten Vierteljahr 2001 abermals. Sie lag mit 6100 Genehmigungen um 11 % unter der des vergleichbaren Vorjahreszeitraums. Dementsprechend wurde auch weniger Wohnfläche (- 16 %) zum Bau freigegeben. Die veranschlagten Baukosten verminderten sich ebenfalls — und zwar um ein Zehntel. Vor allem beim Neubau von Ein- und Zweifamilienhäusern gingen die Genehmigungszahlen seit Anfang des letzten Jahres zurück. In den Monaten April bis Juni 2001 wurden hier 29 bzw. 24 % weniger Gebäude bzw. Wohnungen genehmigt als im gleichen Zeitraum des Jahres 2000. Im Geschosswohnbau dagegen stagnierten die Genehmigungszahlen für neue Wohnungen nahezu (- 0,5 %). Positiv

Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen

Jahr Monat Vierteljahr	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾			Bauhauptgewerbe ³⁾		Einzelhandel	Preise	Arbeitsmarkt ⁷⁾				
	Volumenindex des Auftrags-eingangs ²⁾ 1995 = 100			Beschäftigte	Index des Auftrags-eingangs ⁴⁾ 1995 = 100	Beschäftigte	Index der Umsätze ⁵⁾ 1995 = 100	Preis-Index für die Lebenshaltung ⁶⁾ 1995 = 100	Arbeitslose ⁸⁾	Arbeitslosenquote ⁹⁾	Offene Stellen ¹⁰⁾	Kurzarbeit (Personen) ¹⁰⁾
	Insgesamt	Inland	Ausland									
Grundzahlen ¹¹⁾												
1998 D	105,8	101,1	114,5	470 074	83,1	40 519	101,5	104,1	254 050	10,0	26 021	6 505
1999 D	98,6	92,9	109,2	464 707	86,6	37 865	102,8	105,0	239 257	9,4	30 650	6 396
2000 D	105,2	96,3	121,7	459 468	85,1	35 786	103,0	107,0	214 875	8,1	37 527	5 156
2000 Mai	110,9	103,5	124,4	457 890	140,4	35 914	112,4	106,4	211 812	7,9	40 438	5 606
Juni	105,7	93,2	128,8	459 745	84,0	35 764	95,8	106,9	213 076	8,0	39 841	4 047
2. Vj. D	104,5	95,8	120,4	458 422	96,6	35 820	103,8	106,6
Juli	100,4	93,9	112,3	460 138	102,4	35 806	96,3	107,4	213 256	8,0	39 929	3 096
August	105,4	102,7	110,5	462 039	74,6	35 922	100,9	107,3	206 753	7,7	38 512	4 486
September	112,9	101,3	134,4	461 887	110,6	35 878	100,4	107,8	201 102	7,5	38 139	4 924
3. Vj. D	106,2	99,3	119,1	461 355	95,9	35 869	99,2	107,5
Oktober	108,2	96,5	129,8	461 162	85,5	36 072	102,6	107,5	196 354	7,3	35 763	4 783
November	110,0	99,9	128,7	461 091	76,0	35 726	110,0	107,7	195 173	7,3	34 950	4 518
Dezember	99,5	90,2	116,7	459 084	76,3	34 930	116,5	107,6	200 261	7,5	35 012	4 523
4. Vj. D	105,9	95,5	125,1	460 446	79,3	35 576	109,7	107,6
2001 Januar	105,1	94,6	124,5	457 265	64,6	33 622	98,7	108,1	211 728	7,9	37 651	6 118
Februar	107,1	92,0	134,8	456 130	62,5	33 250	91,6	108,8	210 709	7,9	41 524	8 431
März	118,5	111,5	131,2	456 909	80,5	33 197	110,5	108,9	204 313	7,6	43 155	8 160
1. Vj. D	110,2	99,4	130,2	456 768	69,2	33 356	99,6	108,6
April	96,2	89,5	108,7	456 287	76,1	33 423	102,6	109,2	200 712	7,5	42 863	7 050
Mai	103,6	94,6	120,2	456 171	104,1	33 145	109,5	109,6	194 170	7,1	41 363	6 463
Juni	103,2	91,0	125,7	457 651	100,7	33 217	99,7	109,8	198 138	7,2	39 438	5 528
2. Vj. D	101,0	91,7	118,2	456 703	93,6	33 262	103,9	109,5
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in % ¹¹⁾												
1998 D	3,0	7,1	- 3,0	- 2,3	- 12,7	- 10,9	1,4	1,3	- 2,6	.	21,7	- 44,8
1999 D	- 6,8	- 8,1	- 4,6	- 1,1	4,2	- 6,5	1,3	0,9	- 5,8	.	17,8	- 1,7
2000 D	6,7	3,7	11,4	- 1,1	- 1,7	- 5,5	0,2	1,9	- 10,2	.	22,4	- 19,4
2000 Mai	13,2	11,1	16,7	- 1,3	66,0	- 3,4	13,1	1,5	- 10,1	.	27,9	- 11,4
Juni	2,8	- 4,9	15,4	- 0,9	- 21,3	- 4,3	- 6,3	1,9	- 8,7	.	27,1	- 41,8
2. Vj.	4,3	0,7	10,1	- 1,2	9,9	- 3,9	2,4	1,7
Juli	5,2	3,1	8,5	- 1,2	18,1	- 5,8	- 4,8	1,9	- 10,4	.	23,6	- 32,9
August	13,3	11,8	16,4	- 1,0	- 20,8	- 6,5	6,4	1,7	- 10,9	.	21,5	27,7
September	6,2	- 0,5	17,2	- 0,9	16,6	- 6,6	2,0	2,4	- 11,7	.	19,1	18,6
3. Vj.	8,1	4,6	14,1	- 1,1	1,4	- 6,6	1,1	2,0
Oktober	7,1	2,1	14,8	- 0,3	- 14,4	- 7,4	- 2,6	2,1	- 12,9	.	17,9	- 1,5
November	1,7	1,2	2,3	- 0,2	27,8	- 7,3	- 0,9	2,1	- 13,3	.	20,8	- 26,1
Dezember	5,4	3,0	9,2	- 0,2	- 15,7	- 7,6	- 6,0	1,8	- 12,8	.	15,3	3,9
4. Vj.	4,6	2,0	8,5	- 0,2	- 4,8	- 7,4	- 3,3	2,0
2001 Januar	12,9	14,4	11,1	- 0,1	25,6	- 7,3	6,5	1,9	- 11,4	.	16,6	7,1
Februar	5,4	0,3	12,4	- 0,3	1,7	- 7,2	- 4,9	2,3	- 10,9	.	12,2	21,9
März	0,4	2,5	- 2,9	- 0,2	- 14,2	- 6,6	- 0,4	2,2	- 10,7	.	9,2	27,0
1. Vj.	5,8	5,3	6,4	- 0,2	- 10,8	- 7,0	0,3	2,1
April	- 0,6	- 1,3	0,6	- 0,3	16,4	- 6,6	- 0,7	2,5	- 9,5	.	4,0	3,1
Mai	- 6,6	- 8,6	- 3,4	- 0,4	- 25,9	- 7,7	- 2,6	3,0	- 8,3	.	2,3	15,3
Juni	- 2,4	- 2,4	- 2,4	- 0,5	19,8	- 7,1	4,1	2,7	- 7,0	.	- 1,0	36,6
2. Vj.	- 3,3	- 4,3	- 1,8	- 0,4	- 3,1	- 7,1	0,1	2,7
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vormonat bzw. dem Vorquartal in % ¹¹⁾												
2000 Mai	14,6	14,1	15,2	0,1	114,8	0,4	8,8	- 0,1	- 4,5	.	- 1,9	- 18,1
Juni	- 4,7	- 10,0	3,5	0,4	- 40,2	- 0,4	- 14,8	0,5	0,6	.	- 1,5	- 27,8
2. Vj.	0,3	1,5	- 1,6	0,2	40,2	- 0,2	4,5	0,2
Juli	- 5,0	0,8	- 12,8	0,1	21,9	0,1	0,5	0,5	0,1	.	0,2	- 23,5
August	5,0	9,4	- 1,6	0,4	- 27,1	0,3	4,8	- 0,1	- 3,0	.	- 3,5	44,9
September	7,1	- 1,4	21,6	- 0,0	48,2	- 0,1	- 0,5	0,5	- 2,7	.	- 1,0	9,8
3. Vj.	1,6	3,7	- 1,1	0,6	- 0,7	0,1	- 4,4	0,8
Oktober	- 4,2	- 4,7	- 3,4	- 0,2	- 22,7	0,5	2,2	- 0,3	- 2,4	.	- 6,2	- 2,9
November	1,7	3,5	- 0,8	- 0,0	- 11,1	- 1,0	7,2	- 0,1	- 0,6	.	- 2,3	- 5,5
Dezember	- 9,5	- 9,7	- 9,3	- 0,4	0,3	- 2,2	5,9	- 0,1	2,6	.	0,2	0,1
4. Vj.	- 0,3	- 3,8	5,0	- 0,2	- 17,3	- 0,8	10,6	0,1
2001 Januar	5,6	4,9	6,7	- 0,4	- 15,3	- 3,7	- 17,0	0,5	5,7	.	7,5	35,3
Februar	1,9	- 2,7	8,3	- 0,2	- 3,3	- 1,1	- 5,3	0,6	- 0,5	.	10,3	37,8
März	10,6	21,2	- 2,7	- 0,2	28,7	- 0,2	20,6	0,1	- 3,0	.	3,9	- 3,2
1. Vj.	4,1	4,1	4,1	- 0,8	- 12,7	- 6,2	- 9,2	0,9
April	- 18,8	- 19,7	- 17,1	- 0,1	- 5,4	0,7	- 7,1	0,3	- 1,8	.	- 0,7	- 13,6
Mai	7,7	5,7	10,6	- 0,0	36,8	- 0,8	6,7	0,4	- 3,3	.	- 3,5	- 8,3
Juni	- 0,4	- 3,8	4,6	0,3	- 3,3	0,2	- 8,9	0,2	2,0	.	- 4,7	- 14,5
2. Vj.	- 8,3	- 7,7	- 9,2	- 0,0	35,3	- 0,3	4,3	0,8

1) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden, Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten. Wegen der Umstellung auf die neuen EU-Klassifikationen ab 1995 sind Vorjahresvergleiche nicht möglich. - 2) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. - 3) Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten. - 4) Wertindex. - 5) Ohne Mehrwertsteuer. - 6) Alle privaten Haushalte. - 7) Quelle: Landesarbeitsamt Hessen. - 8) Bei Monatswerten Stand am Monatsende. - 9) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. - 10) Bei Monatswerten Stand Monatsmitte. - 11) Gegenüber der letzten Ausgabe teilweise berichtigte Ergebnisse.

gestaltete sich lediglich die Zahl der Bauanfragen für Baumaßnahmen an bestehenden Wohngebäuden. Es waren 3,1 % mehr geplant als im zweiten Quartal 2000.

Im *Nichtwohnbau* wurden im zweiten Vierteljahr 2001 mit insgesamt 790 000 m² 3,3 % mehr Nutzflächen genehmigt als in den drei Vergleichsmonaten des Vorjahres. Das geplante Investitionsvolumen wurde von den Bauherren mit 1,7 Mrd. DM beziffert und lag damit um gut 11 % höher als im Vergleichszeitraum. Damit fiel die seit fast zwei Jahren anhaltende positive Entwicklung, die nur im dritten Quartal 2000 unterbrochen war, bei den genehmigten Nutzflächen ebenso wie bei den veranschlagten Baukosten geringer aus als im Durchschnitt des genannten Zeitraums. Besonders stark war die Nachfrage diesmal bei Fabrik- und Werkstattgebäuden. Hier wurde ein um 40 % höherer Flächenbedarf und ein um gut 13 % größeres Investitionsvolumen angemeldet. Demgegenüber fiel die Bedarfsentwicklung bei Büro- und Verwaltungsgebäuden (– 10 % bei den Nutzflächen, + 1,7 % bei den veranschlagten Baukosten) im untersuchten Quartal nicht so hoch aus wie sonst.

Flaute beim Konsum

Im zweiten Vierteljahr 2001 stagnierten — verglichen mit dem gleichen Zeitraum des Vorjahres — die Umsätze der in Hessen tätigen Einzelhändler. Real, das heißt nach Ausschaltung von Preisveränderungen, gab es sogar einen Rückgang von knapp 2 %. Diese negative Entwicklung ging durch alle Sparten des Einzelhandels. Lediglich die Apotheken sowie die Einzelhändler mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln, die Geschäfte mit Heimwerkerbedarf sowie der Buch-, Zeitschriften und Bürobedarfshandel schlossen deutlich positiv ab: Im Gesundheits- und Kosmetikbereich stiegen die Umsätze im Quartalsvergleich nominal um 8 und real um 7 %, im Heimwerkerbereich waren es nominal und real gut 1 %, im Druckwarenbereich nominal 2 und real annähernd 1 %. Weiterhin im Minus befanden sich der Kfz-Handel und die Tankstellen, die im Jahr 2000 Wachstumsträger im hessischen Einzelhandel waren: Ihre Umsätze gingen nominal um annähernd 1 % zurück; real waren es sogar etwas über 2 %.

Weniger in ihren Kassen hatten zudem die Facheinzelhändler — abgesehen von den genannten Ausnahmen — und auch der Versandhandel. Die vom Umsatzanteil her bedeutendste Branche, der Einzelhandel mit Waren verschiedener Art — wozu beispielsweise die Supermärkte und Kaufhäuser gehören —, befand sich nominal mit annähernd 3 % zwar im Plus; real war dies jedoch ein Minus von fast 1 %.

Im hessischen Einzelhandel werden weiter Stellen abgebaut: Die Zahl der Beschäftigten ging im Vergleichszeitraum um annähernd 2 % zurück, wobei insbesondere die Zahl der Vollbeschäftigten abnahm (– 3 %), während sich diejenige der Teilzeitbeschäftigten nur geringfügig verminderte.

Weniger als 200 000 Arbeitslose

Die Arbeitslosmeldungen im zweiten Quartal 2001 lagen nur leicht über dem Stand der Monate April bis Juni 2000. Das beruhte vor allem auf den seit Herbst des vergangenen Jahres wieder zunehmenden Arbeitslosmeldungen von Personen, die zuvor keiner Erwerbstätigkeit nachgegangen waren. Bei den Arbeitslosmeldungen nach vorangegangener Erwerbstätigkeit kam es dagegen nur zu einem geringfügig höheren Stand als vor Jahresfrist. Die Arbeitslosmeldungen nach vorheriger betrieblicher Ausbildung nahmen trotz des frühen Beginns der hessischen Schulferien ebenfalls nur sehr moderat zu. Bei der Kurzarbeit kam es gegenüber dem sehr niedrigen Stand im zweiten Quartal 2000 zwar im Berichtszeitraum zu einer deutlichen Zunahme; die aktuelle Anzahl der von einer kürzeren als der betriebsüblichen Arbeitszeit betroffenen Personen spielt aber nach wie vor für den hessischen Arbeitsmarkt nur eine recht untergeordnete Rolle.

Der in den Monaten April bis Juni 2001 leicht gestiegenen Zahl der Arbeitslosmeldungen stand ein seit drei Quartalen im Vergleich mit dem entsprechenden Vorjahreszeitraum zunehmend rückläufiges Angebot an Arbeitsplätzen gegenüber. Durch das verringerte Stellenangebot der Arbeitsämter war allerdings — wie schon im Vorquartal — nur deren Vermittlungserfolg bei den Dauerarbeitsplätzen beeinträchtigt. Bei der Vermittlung von kurzfristigen Tätigkeiten gab es dagegen einen deutlichen Zuwachs. Insgesamt schieden im zweiten Quartal 2001 weniger Personen aus der Arbeitslosigkeit aus als vor Jahresfrist, da bedeutend weniger Personen ohne amtliche Vermittlung den Ausstieg aus der Arbeitslosigkeit schafften. Trotzdem hat der Rückgang der Arbeitslosigkeit im Berichtszeitraum noch ein ansehnliches Ausmaß erreicht. Im Durchschnitt der Monate April bis Juni 2001 wurden in Hessen 198 700 Arbeitslose registriert, rund 19 500 oder 9 % weniger als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Damit hat der nun schon mehr als drei Jahre anhaltende Abbau der Arbeitslosigkeit nach dem vierten Quartal 2000 erneut zu einem Ergebnis von weniger als 200 000 Arbeitslosen geführt.

Unternehmensinsolvenzen: auf und ab

Bis zum Ende des ersten Quartals 2001 hatten die hessischen Insolvenzgerichte 515 Unternehmensinsolvenzen gemeldet. Dies waren 49 oder 10,5 % mehr als im ersten Vierteljahr 2000. Für das zweite Quartal wurden allerdings nur 449 Unternehmensinsolvenzen registriert, dies waren fast 8 % weniger als im zweiten Vierteljahr 2000. Damit waren in Hessen für das erste Halbjahr 2001 im Ergebnis lediglich 11 Unternehmensinsolvenzen mehr zu verzeichnen als im ersten Halbjahr 2000. Diese moderate Zunahme entsprach einer relativen Steigerung um gerade 1 % und ist damit, ähnlich wie im Vorjahr, eher positiv zu beurteilen, da insbesondere die Insolvenzantragungen, die zur Eröffnung eines Insolvenz-

verfahrens führten, deutlich von 353 im ersten Halbjahr 2000 auf 428 im ersten Halbjahr 2001 zugenommen haben. Damit hat sich die Eröffnungsquote, der Anteil der eröffneten Verfahren an allen Insolvenzbeantragungen eines Zeitraums, weiter von 37 auf 44 % erhöht. In den im ersten Halbjahr 2001 (2000) eröffneten Verfahren können die Gläubiger auf die Befriedigung eines Forderungsvolumens in Höhe von 1 719 Mill. DM (582 Mill. DM) hoffen. Die Zahl der mangels Masse abgelehnten Anträge auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens ging im Gegenzug von 600 auf 536 (– 11 %) zurück, wobei sich allerdings die damit verbundenen Forderungsverluste von 346 Mill. DM auf 401 Mill. DM (+ 16 %) erhöhten.

Nach Wirtschaftsbereichen zeigt die Entwicklung der Unternehmensinsolvenzen im Saldo der ersten sechs Monate dieses Jahres folgendes Bild: Während in den primären und sekundären — hier nur mit Ausnahme des Baugewerbes (– 19, – 8 %) — Wirtschaftsbereichen die Unternehmensinsolvenzen anzogen, wies der tertiäre Bereich überwiegend abnehmende Insolvenzzahlen aus. Deutlichere Zuwächse waren hier insbesondere im Bereich „Grundstücks-, Wohnungswesen, Dienstleistungen für Unternehmen“ (+ 21, + 10 %) und im Bereich „Verkehr- und Nachrichtenübermittlung“ (+ 21, + 39 %) zu beobachten.

Regional fand das Insolvenzgeschehen im ersten Halbjahr 2001, der allgemeinen wirtschaftlichen Konzentration folgend, seinen Schwerpunkt im Rhein-Main-Gebiet und im mittelhessischen Raum, wo bei den hier residierenden Insolvenzgerichten nahezu 80 % der gesamten gegen hessische Unternehmen gerichteten Insolvenzanträge gestellt wurden. Besonders kräftige Zunahmen der Insolvenzbeantragungen gegenüber dem ersten Halbjahr 2000 hatten die Insolvenzgerichte in Offenbach (+ 63, + 85 %), in Marburg (+ 26, + 118 %) und in Gießen (+ 13, + 39 %) zu verzeichnen.

Von den Unternehmensinsolvenzen des ersten Halbjahres 2001 (2000) waren zum Zeitpunkt der Antragstellung 8200 (5400) Arbeitnehmern direkt betroffen. Deutliche Schwerpunkte lagen hier regional bei den Insolvenzgerichten Wiesbaden mit 2470 betroffenen Arbeitnehmern — wobei hier allein im Rheingau-Taunus-Kreis fast 2100 Arbeitsplätze unmittelbar gefährdet sind —, sowie Frankfurt am Main mit

880 und Kassel mit 850 durch die Unternehmensinsolvenzen direkt betroffenen Arbeitnehmern.

Teuerungsrate überschreitet Höhepunkt

Der am gleichen Monat des Vorjahres gemessene Anstieg der Verbraucherpreise erreichte im Mai 2001 mit 3,0 % den höchsten Stand seit Februar 1994. Im April waren es noch 2,5 % gewesen. Seitdem ist die Teuerung aber wieder zurückgegangen. Im Juni betrug der Preisanstieg nur noch 2,7 % und im Juli 2,3 %. Im Durchschnitt war der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im zweiten Quartal um 2,7 % höher als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Im ersten Quartal 2001 hatte der Preisauftrieb noch 2,1 % betragen.

Eine besondere Rolle bei der Entwicklung der Verbraucherpreise im zweiten Quartal spielten Kraftstoffe. Im April waren sie um 10,0 %, im Mai um 13,4 % und im Juni dann nur noch um 3,3 % teurer als ein Jahr zuvor. Für Nahrungsmittel zog die Teuerung dagegen stetig von 3,9 % im April, über 5,7 % im Mai, auf 6,0 % im Juni an. Im Durchschnitt waren Nahrungsmittel damit im zweiten Quartal um 5,2 % — nach 2,1 % im ersten Quartal — teurer als ein Jahr zuvor. Eine wie schon im ersten Quartal besonders starke Jahresteuerung war auch im zweiten Quartal für Haushaltsenergie¹⁾ mit 14,9 % zu verzeichnen. Wohnungsmieten haben die allgemeine Teuerung gedämpft. Einschl. Nebenkosten, aber ohne Heizung, waren sie im zweiten Quartal um 0,7 % höher als vor Jahresfrist; ohne ihre Berücksichtigung wäre die Gesamtlebenshaltung von April bis Juni um 3,3 % teurer gewesen als im Vorjahr. Auch für Kleidung und Schuhe lag die Teuerungsrate nur bei 0,2 %. Die Nachrichtenübermittlung war im zweiten Quartal um 2,7 % billiger als vor Jahresfrist.

Die am jeweiligen Vormonat gemessene Zunahme der Verbraucherpreise hat im April 0,3 % betragen, stieg anschließend auf 0,4 % im Mai, sank dann aber wieder auf 0,2 % im Juni. Heizöl war im April noch um 5,2 % teurer, im Mai aber schon um 1,1 % billiger und im Juni wieder um 4,8 % teurer als im Vormonat. Bei Kraftstoffen kam der Preistrückgang erst im Juni. Im April waren sie noch um 2,1 % und im Mai um 2,9 % teurer, im Juni dagegen um 2,0 % billiger als vor Monatsfrist. Auch bei Nahrungsmitteln gab es starke Preisbewegungen. Nachdem die Preise im April noch um 1,3 % und im Mai um 2,1 % höher als im Vormonat gewesen waren, gingen sie von Mai auf Juni um 0,2 % zurück. □

1) Strom, Gas, Heizöl, feste Brennstoffe sowie Zentralheizung und Fernwärme.

- Ende 2000 waren an den 28 Hochschulen und den drei Hochschulkliniken Hessens insgesamt 38 500 Personen (ohne studentische Hilfskräfte) beschäftigt. Damit gab es im Hochschulbereich etwa so viele Beschäftigte wie in den zwei größten hessischen Industrieunternehmen Opel in Rüsselsheim und Volkswagen in Baunatal zusammen. Die Beschäftigtenzahl ging im *Hochschulbereich* bei unveränderter Stellenzahl gegenüber dem Vorjahr um 600 bzw. 1,6 % zurück. Über die Hälfte und zwar 21 400 *Beschäftigte* waren mit Aufgaben in den nichtwissenschaftlichen Bereichen, wie Pflegedienst, Verwaltung, Bibliothek und technischer Dienst betraut; die restlichen 17 100 Beschäftigten waren wissenschaftlich oder künstlerisch tätig. Insgesamt 2750 Professoren sowie 315 Professorinnen lehrten und forschten am Ende des Jahres 2000 hauptberuflich. Damit ging die Zahl der Professoren binnen Jahresfrist um knapp 80 zurück, während die Zahl der Professorinnen um 20 anstieg. Der Frauenanteil an der Professorenschaft übertraf erstmals 10 %. Die Frauenanteile unterscheiden sich stark in Abhängigkeit von der ausgeübten Tätigkeit und der Qualifikation der Beschäftigung. Einem Frauenanteil von 68 % beim nichtwissenschaftlichen Personal stand ein Anteil von 28 % beim wissenschaftlichen und künstlerischen Personal gegenüber. Vom gesamten Hochschulpersonal waren die Hälfte Frauen.

- Die kassenmäßigen Steuereinnahmen der hessischen Gemeinden und Gemeindeverbände beliefen sich in der ersten Hälfte dieses Jahres, nach Abzug der an Bund und Länder abzuführenden Gewerbesteuerumlage, auf rund 4,6 Mrd. DM. Damit blieben sie um 255 Mill. DM oder gut 5 % unter den vergleichbaren Einnahmen des ersten Halbjahres 2000, die allerdings mit 4,85 Mrd. DM eine neue Rekordmarke gesetzt hatten. Diese globale Minderung der *kommunalen Steuereinnahmen* hatten die kreisfreien Städte und kreisangehörigen Kommunen in unterschiedlichem Maße zu tragen. So nahmen die Steuereinnahmen der kreisfreien Städte zusammen um 183 Mill. DM oder 8 % auf 2,0 Mrd. DM ab, während die kreisangehörigen Städte und Gemeinden lediglich einen Rückgang um rund 70 Mill. DM oder 3 % auf 2,5 Mrd. DM verkraften mussten. Bei durchgängig leicht verbesserten Einnahmen aus den Gemeindeanteilen an der Einkommensteuer (+ 2 %) und deutlich rückläufigen Anteilen an der Umsatzsteuer (– 15 %) entwickelten sich die Steuereinnahmen der Kommunen, insbesondere in Abhängigkeit von ihren Gewerbesteuererträgen, sehr unterschiedlich. Während die kreisfreien Städte Frankfurt am Main und Kassel geringere Steuereinnahmen verzeichneten, und zwar um 217 Mill. DM oder 14 % bzw. 14 Mill. DM oder 9 %, konnten sich die Kämmereien in Darmstadt über ein Plus von 19 Mill. DM oder 19 %, in

Offenbach von 22 Mill. DM oder 22 % und in Wiesbaden von 8 Mill. DM oder 2 % auf Grund lokaler Mehreinnahmen aus der Gewerbesteuer freuen.

- Die gesamtwirtschaftliche Tätigkeit in den hessischen Regionen wies im Verlauf der Neunzigerjahre ein deutliches *Land-/Stadtgefälle* auf. Während das *Bruttoinlandsprodukt* in jeweiligen Preisen in den hessischen Landkreisen zwischen 1991 und 1998 um 26 % zulegen konnte, reichte es in den kreisfreien Städten nur zu einer Zunahme von knapp 21 %. Das zeigen die noch vorläufigen Berechnungen nach dem neuen, nun in der gesamten EU verbindlichen Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG). Auf den Spitzenplätzen tummeln sich vornehmlich Landkreise im Umland der kreisfreien Städte Frankfurt am Main und Wiesbaden, wie der Main-Taunus-Kreis (+ 40 %), der Hochtaunuskreis (+ 37 %) und der Rheingau-Taunus-Kreis (+ 32 %). Aber auch der südliche Landkreis Bergstraße zählt mit einem Plus von 33 % ebenso zur Spitzengruppe wie die im (erweiterten) Umland der Stadt Kassel liegenden Kreise Fulda und Kassel mit 31 bzw. 30 %. Offensichtlich bietet das Umland der Großstädte nicht nur für bestehende Betriebsstätten, sondern auch für Neugründungen oder Auslagerungen günstigere Standortbedingungen. Denn während des Untersuchungszeitraums verlief nicht nur im schrumpfenden Produzierenden Gewerbe die Entwicklung in den Landkreisen (– 0,8 %) deutlich günstiger als in den kreisfreien Städten (– 12,3 %). Auch im nach wie vor prosperierenden Dienstleistungssektor, einst eine Domäne der Großstädte, expandierte die Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen in den Landkreisen (+ 43 %) wesentlich kräftiger als in den kreisfreien Städten (+ 32 %).

- *Die Ausbildung für das Lehramt* hat in Hessen einen deutlichen Aufschwung genommen. Im Mai dieses Jahres gab es in Hessen 4278 Lehramtsreferendarinnen und -referendare, das waren 375 mehr als im Vorjahr. Dies ist ein Anstieg um 10 % binnen Jahresfrist und der Höchststand innerhalb der letzten 20 Jahre. Der Frauenanteil beträgt wie in den letzten fünf Jahren im Durchschnitt aller Lehrämter gut 70 %. Am niedrigsten ist die Frauenquote mit 51 % für das Lehramt an beruflichen Schulen, am höchsten mit 91 % für das Lehramt an Grundschulen. Über ein Drittel (37 %) der Referendarinnen und Referendare befand sich im Vorbereitungsdienst für das Lehramt an Gymnasien. Es folgten das Lehramt an Grundschulen (31 %), an Sonderschulen (13 %), an Haupt- und Realschulen (10 %) und an beruflichen Schulen (8 %). Im Herbst 2000 und Frühjahr 2001 haben insgesamt 1459 Nachwuchskräfte (und damit 78 weniger als im Jahr zuvor) die zwei Jahre dauernde Ausbildung erfolgreich mit der zweiten Staatsprüfung abgeschlossen: 497 als Lehrkräfte an Gymnasien, 458 an Grundschulen, 202 an Haupt- und Realschulen, 163 an beruflichen Schulen und 139 an Sonderschulen.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1999	2000	1999		2000					2001
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
BEVÖLKERUNG											
* Bevölkerung am Monatsende ¹⁾	1000	6 042,8	6 058,3	6 051,8	6 052,0	6 051,5	6 067,4	6 068,2	6 068,1	...	
Natürliche Bevölkerungsbewegung:											
* Eheschließungen ²⁾	Anzahl	2 718	2 718	1 785	3 086	888	2 159	1 719	3 228	...	
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	5,4	5,4	3,6	6,0	1,7	4,2	3,5	6,3	...	
* Lebendgeborene ³⁾	"	4 916	4 901	4 781	5 699	3 271	5 163	4 609	6 207	...	
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	9,8	9,7	9,6	11,1	6,4	10,0	9,3	12,1	...	
* Gestorbene ⁴⁾ (ohne Totgeborene)	"	5 088	5 029	5 244	5 942	5 298	4 998	4 876	6 186	...	
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	10,1	10,0	10,5	11,6	10,3	9,7	9,8	12,0	...	
* darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene	"	22	21	10	25	24	15	28	30	...	
auf 1000 Lebendgeborene	"	4,5	4,4	2,1	4,4	7,3	2,9	6,1	4,8	...	
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	"	- 172	- 127	- 463	- 243	- 2 027	165	- 267	21	...	
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	- 0,4	- 0,3	- 0,9	- 0,5	- 3,9	0,3	- 0,5	0,0	...	
Wanderungen:											
* Zuzüge über die Landesgrenzen	Anzahl	14 164	14 134	14 539	12 931	12 974	17 501	14 727	11 624	...	
* darunter aus dem Ausland	"	6 186	6 178	5 855	4 916	5 399	7 483	6 419	4 777	...	
* Fortzüge über die Landesgrenzen	"	12 591	12 659	13 360	12 475	11 423	14 696	13 632	11 747	...	
* darunter in das Ausland	"	9 114	5 572	6 113	5 243	5 243	5 891	6 384	4 749	...	
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	"	1 574	1 474	1 179	456	1 551	2 805	1 095	- 123	...	
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁵⁾	"	19 091	18 349	21 096	21 644	18 062	19 633	19 452	18 254	...	
		1999	2000	2000			2001				
		Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
ARBEITSMARKT											
* Arbeitslose am Monatsende ⁶⁾	Anzahl	239 257	214 875	211 812	213 076	213 256	200 712	194 170	196 138	199 169	
* darunter Frauen	"	105 186	96 519	95 085	97 157	98 101	89 329	86 988	90 106	90 912	
Männer	"	134 071	118 356	116 727	115 919	115 155	111 383	107 182	108 032	108 257	
Ausländer	"	51 080	45 177	45 162	44 332	43 150	42 840	41 574	41 534	41 026	
Jugendliche unter 20 Jahren	"	5 747	5 442	4 622	5 732	6 243,0	4 627	4 385	5 631	5 987	
* Arbeitslosenquote ⁷⁾ insgesamt	%	9,4	8,1	7,9	8,0	8,0	7,5	7,1	7,2	7,3	
* darunter der Frauen	"	9,1	8,0	7,7	7,9	8,0	7,2	6,8	7,0	7,1	
Männer	"	9,6	8,3	8,1	8,0	8,0	7,7	7,3	7,4	7,4	
Ausländer	"	17,2	14,8	14,7	14,4	14,0	13,9	14,1	14,1	13,9	
Jugendlichen unter 20 Jahren	"	8,0	5,8	4,5	6	6,0	4,5	3,5	4,6	4,8	
* Offene Stellen am Monatsende ⁸⁾	Anzahl	30 650	37 527	40 438	39 841	39 929	42 863	41 363	39 438	37 571	
* Kurzarbeiter (Monatsmitte) ⁶⁾	"	6 396	5 156	5 606	4 047	3 096	7 050	6 463	5 528	4 797	
		1998	1999	1998			1999				
		Durchschnitt ¹⁰⁾		Juni	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.	
* Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer am Arbeitsort insgesamt ⁹⁾¹¹⁾	1000	2 105,3	2 130,8	2 093,0	2 128,8	2 110,9	2 102,7	2 116,0	2 153,0	2 151,5	
* darunter Frauen	"	903,7	916,6	896,9	911,4	906,7	906,1	908,0	924,0	928,3	
* Ausländer	"	226,6	227,8	225,8	229,6	226,0	225,0	227,0	231,1	227,9	
* Teilzeitbeschäftigte	"	310,0	.	307,7	310,9	315,1	316,2	.	.	.	
* darunter Frauen	"	272,5	.	271,1	273,4	275,0	274,7	.	.	.	
darunter ausgew. Wirtschaftsabschnitte ¹⁰⁾ :											
* Bergbau	"	.	.	.	9,2	8,8	8,6	.	.	.	
* darunter Frauen	"	.	.	.	0,9	0,9	0,9	.	.	.	
* Verarbeitendes Gewerbe	"	.	.	.	543,0	535,8	530,2	.	.	.	
* darunter Frauen	"	.	.	.	142,6	139,9	138,2	.	.	.	
* Energie- und Wasserversorgung	"	.	.	.	17,0	17,0	17,6	.	.	.	
* darunter Frauen	"	.	.	.	3,0	2,9	3,2	.	.	.	
* Baugewerbe	"	.	.	.	136,0	129,7	125,7	.	.	.	
* darunter Frauen	"	.	.	.	16,0	15,8	15,4	.	.	.	
* Handel- und Gastgewerbe	"	.	.	.	388,6	384,4	382,7	.	.	.	
* darunter Frauen	"	.	.	.	188,0	186,1	185,4	.	.	.	
* Verkehr- und Nachrichtenübermittlung	"	.	.	.	144,2	144,1	144,5	.	.	.	
* darunter Frauen	"	.	.	.	47,8	47,8	48,2	.	.	.	
* Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	"	.	.	.	139,3	138,9	139,1	.	.	.	
* darunter Frauen	"	.	.	.	68,7	68,4	68,4	.	.	.	
* Grundstückswesen, Vermietung, Dienstleistungen für Unternehmen	"	.	.	.	249,2	250,9	253,6	.	.	.	
* darunter Frauen	"	.	.	.	111,1	111,5	113,2	.	.	.	
* Öffentliche Verwaltung u. ä.	"	.	.	.	130,7	130,3	129,1	.	.	.	
* darunter Frauen	"	.	.	.	74,9	74,9	74,6	.	.	.	
* Öffentliche und private Dienstleistungen (ohne öffentl. Verwaltung)	"	.	.	.	356,6	358,0	357,9	.	.	.	
* darunter Frauen	"	.	.	.	254,2	254,8	254,7	.	.	.	

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Fortschreibungsergebnisse auf der Basis der Bevölkerungszustellung vom 25. Mai 1987 (Volkszählung). - 2) Nach dem Ereignisort. - 3) Nach der alleinigen oder der Hauptwohnung der Mutter. - 4) Nach der alleinigen oder Hauptwohnung des Verstorbenen. - 5) Ohne innerhalb der Gemeinden Umgezogene. - 6) Quelle: Landesarbeitsamt Hessen. - 7) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. - 8) Einschl. Land- und Forstwirtschaft, Fischerel. Quelle: Bundesanstalt für Arbeit. - 9) Auf Grund der Einführung der neuen Wirtschaftszweigsystematik (WZ 93) ist die Vergleichbarkeit mit früheren Erhebungen nicht gewährleistet. - 10) Durchschnitt für die Monate März, Juni, September und Dezember. - 11) Ein Nachweis in wirtschaftsfachlicher Gliederung ist auf Grund von Strukturverschiebungen zur Zeit nicht möglich.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1999	2000	2000			2001			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
LANDWIRTSCHAFT										
Schlachtungen ¹⁾ :										
Rinder	Anzahl	8 088	7 302	7 464	6 821	5 674	7 554	5 724	4 317	6 625
Kälber	"	341	350	513	233	330	246	342	167	168
Schweine	"	108 303	102 959	103 570	104 858	98 336	101 101	92 811	95 692	90 824
darunter hausgeschlachtet	"	9 044	7 765	7 853	4 958	4 634	11 639	7 638	4 357	3 710
Schlachtmengen ²⁾ :										
* Gesamtschlachtgewicht	Tonnen	11 653	11 148	11 483	11 661	11 010	10 706	10 301	10 320	10 684
darunter von										
* Rindern	"	2 207	2 032	2 086	2 032	1 747	1 852	1 519	1 239	2 040
* Kälbern	"	30	33	46	18	18	21	32	13	17
* Schweinen	"	9 099	8 686	8 778	9 153	8 805	8 243	7 853	8 422	8 022
Geflügel:										
* Erzeugte Konsumier ³⁾	1000 St.	30 668	31 856	32 666	30 713	31 610	30 867	30 456	34 794	32 422
Milcherzeugung:										
Kuhmilcherzeugung	Tonnen	87 211	84 688	89 280	92 887	87 152	87 231	87 137	95 793	94 249
* darunter an Molkereien u. Händler geliefert	"	82 275	80 642	84 600	88 051	83 697	83 467	83 496	92 030	90 019
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	16,4	15,8	16,9	17,1	16,5	17,8	18,4	19,5	19,9
VERARBEITENDES GEWERBE ⁴⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	464,4	459,5	457,6	457,9	459,7	456,9	456,3	456,2	457,7
darunter Arbeiter (einschl. gewerbli. Azubi.)	"	275,0	271,1	269,1	269,1	271,5	269,8	269,2	269,0	270,2
* Geleistete Arbeitsstunden	"	35 589	34 952	32 756	37 739	33 347	36 786	33 350	35 706	33 060
* Brutto Lohnsumme	Mill. DM	1 285,7	1 292,4	1 212,7	1 381,4	1 319,1	1 240,0	1 258,0	1 393,8	1 341,4
* Bruttogehaltssumme	"	1 424,5	1 446,6	1 408,0	1 514,4	1 505,4	1 442,1	1 458,0	1 554,2	1 490,3
* Gesamtumsatz (ohne MwSt.)	"	12 763,0	13 425,7	11 950,7	14 432,0	13 528,6	14 642,1	12 852,6	14 063,8	13 680,0
* darunter Auslandsumsatz	"	4 278,5	5 016,1	4 389,7	5 344,5	5 011,4	5 701,0	4 855,1	5 208,2	5 257,0
Exportquote ⁵⁾	%	33,5	37,4	36,7	37,0	37,0	38,9	37,8	37,0	38,4
Index der Nettoproduktion insgesamt ⁶⁾										
Insgesamt	1991 = 100
darunter										
Vorleistungsgüterproduzenten	"
Investitionsgüterproduzenten	"
Gebrauchsgüterproduzenten	"
Verbrauchsgüterproduzenten	"
Index der Nettoproduktion im Verarbeitenden Gewerbe ⁷⁾										
Insgesamt	1991 = 100
darunter										
Chemische Industrie	"
Maschinenbau	"
Fahrzeugbau	"
Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik usw.	"
Volumenindex des Auftragseingangs ⁷⁾										
Insgesamt	1995 = 100 % ⁸⁾	- 6,8	6,7	- 2,9	13,2	2,8	0,4	- 0,6	- 6,6	- 2,4
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	"	- 1,9	5,6	- 0,2	17,7	- 0,3	- 3,3	0,1	- 7,0	- 3,3
Investitionsgüterproduzenten	"	- 14,3	9,2	- 8,3	10,9	4,8	0,0	- 0,6	- 9,3	- 6,0
Gebrauchsgüterproduzenten	"	- 8,8	10,5	37,0	8,2	- 1,1	- 1,6	- 28,3	5,0	- 6,6
Verbrauchsgüterproduzenten	"	- 1,2	2,9	- 11,3	1,1	18,8	26,1	13,2	3,0	18,4
Volumenindex des Auftragseingangs nach ausgewählten Branchen:										
Chemische Industrie	% ⁸⁾	- 2,3	6,7	- 4,0	14,6	5,8	3,0	2,5	- 4,8	10,0
Maschinenbau	"	- 5,9	15,8	4,4	15,1	19,7	- 9,5	- 12,7	- 4,3	- 14,9
Kraftwagen und -teile	"	- 20,0	- 9,3	- 37,9	- 5	- 14,3	- 12,0	24,8	- 12,1	- 4,2
Herstellung von Metallzeugnissen	"	- 1,4	5,5	- 3,6	16,5	- 3,1	- 3,5	2,9	- 6,2	- 0,1
ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	2 278,0	2 128,5	2 193,8	1 852,3	1 746,4
* Stromverbrauch ⁹⁾	"	2 714,2	2 895,0	2 635,7	2 661,3	2 481,3

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Gewerbliche und Hauschlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft. - 2) Gewerbliche Schlachtungen (ohne Geflügel); einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. - 3) In Betrieben ab 3000 Hennenhaltungsplätzen. - 4) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. - 5) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. - 6) Kalendermonatlich. - 7) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. - 8) Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Vorjahresmonat. - 9) Ohne Pumpstromverbrauch und ohne Übertragungsverluste; ohne Eigenverbrauch der Kraftwerke.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1999	2000	2000			2001			
		Durchschnitt		April	Mal	Juni	März	April	Mal	Juni
BAUGEWERBE										
Bauhauptgewerbe ¹⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) darunter	1000	62,1	60,7	60,3	60,5	60,2	57,6	57,9	57,4	57,5
Facharbeiter ²⁾	*	32,6	32,0	31,8	32,0	31,2	30,0	30,1	29,5	29,7
Fachwerker und Werker	*	9,8	9,5	9,3	9,4	10,3	8,8	8,9	9,0	9,0
gewerblich Auszubildende	*	3,1	2,9	3,0	3,0	2,7	2,7	2,7	2,7	2,7
* Geleistete Arbeitsstunden darunter für den	*	5 923	5 756	5 585	6 835	5 656	5 187	5 309	6 041	5 500
Wohnungsbau	*	2 262	2 214	2 186	2 725	2 173	2 017	1 998	2 239	2 052
gewerblichen und Industriellen Bau	*	1 812	1 716	1 607	1 915	1 638	1 569	1 554	1 740	1 547
öffentlichen und Verkehrsbau	*	1 817	1 798	1 760	2 167	1 821	1 578	1 725	2 009	1 858
* Brutto lohnsumme ³⁾	Mill. DM	190,4	188,1	186,7	197,5	190,6	156,0	183,6	186,6	177,5
* Bruttogehaltsumme	*	80,9	78,2	78,0	73,8	83,3	69,6	74,4	71,6	80,4
Baugewerblicher Umsatz (ohne MwSt.)	*	1 039,2	1 001,1	871,2	1 020,2	1 035,0	860,3	802,9	1 006,3	1 096,8
* Index des Auftragsleistungswachstums ⁴⁾ darunter	1995 = 100	86,6	85,1	65,4	140,4	84,0	80,5	76,1	104,1	100,7
Wohnungsbau	*	66,5	53,2	61,3	68,2	62,6	49,2	48,8	59,7	62,0
gewerblicher und Industrieller Bau	*	90,9	99,6	59,5	185,5	88,2	93,1	90,2	125,7	120,6
öffentlicher und Verkehrsbau	*	92,4	84,9	74,9	124,3	90,6	82,0	73,6	101,7	97,2
Ausbaugewerbe ⁵⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	25,2	24,6	.	.	24,5	23,7	.	.	23,7
* Geleistete Arbeitsstunden	*	7 316	7 148	.	.	7 023,0	6 694	.	.	6 787
Brutto lohn- und -gehaltsumme	Mill. DM	330,5	337,4	.	.	333,5	311,6	.	.	328,2
* Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne MwSt.)	*	1 036,3	1 203,3	.	.	1 104,5	921,5	.	.	1 200,9
BAUGENEHMIGUNGEN										
* Wohngebäude (Neu- und Wiederaufbau) ⁶⁾ darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	1 048	913	1 020	1 167	1 146	850	798	862	811
Umbauter Raum der Wohngebäude ⁶⁾	1000 m ³	1 151	1 021	1 190	1 241	1 193	1 075	919	1 037	1 145
Wohnfläche in Wohngebäuden ⁶⁾	1000 m ²	213	188	221	236	227	194	168	187	210
* Veranschlagte reine Baukosten der Wohngebäude ⁷⁾	1000 DM	645 188	513 757	585 766	614 456	589 102	546 666	484 695	548 355	576 278
* Nichtwohngebäude (Neu- u. Wiederaufbau) ⁶⁾ Umbauter Raum der Nichtwohngebäude ⁶⁾	Anzahl	271	245	276	312	282	242	193	214	225
Nutzfläche in Nichtwohngebäuden ⁶⁾	1000 m ³	808	875	857	805	1 103	1 170	1 320	1 158	1 568
Nutzfläche in Nichtwohngebäuden ⁶⁾	1000 m ²	190	186	199	192	279	227	213	212	264
* Veranschlagte reine Baukosten der Nichtwohngebäude ⁷⁾	1000 DM	348 572	415 718	332 956	351 653	809 361	506 736	656 466	461 527	547 885
* Wohnungen insgesamt ⁸⁾	Anzahl	2 278	1 988	2 236	2 413	2 343	1 959	1 800	2 092	2 255
* Wohnräume insgesamt ⁸⁾	*	11 744	10 306	11 743	12 720	12 148	9 854	9 131	10 666	10 702
EINZELHANDEL UND GASTGEWERBE										
Einzelhandel										
* Index der Umsätze ⁹⁾ - real	1995 = 100	100,8	99,9	100,7	109,5	93,1	106,2	98,3	104,4	94,8
* Index der Umsätze ⁹⁾ - nominal	*	102,8	103,0	103,3	112,4	95,8	110,5	102,6	109,5	99,7
darunter (Einzelhandel mit)										
Waren verschiedener Art ¹⁰⁾	*	115,7	111,2	113,6	132,1	111,8	131,9	114,8	124,9	115,2
Kraftfahrzeugen ¹¹⁾ ; Tankstellen	*	101,7	101,4	102,3	104,5	96,0	107,1	104,0	106,2	100,3
Apotheken ¹²⁾	*	118,4	126,0	116,8	130,2	123,9	133,4	128,8	137,7	132,6
Bekleidung	*	86,4	87,2	87,9	92,5	74,7	90,1	87,4	90,2	77,0
Möbeln, Einrichtungsgegenständen ¹³⁾	*	95,6	88,0	85,1	88,8	75,4	95,9	84,0	87,2	77,0
Metallwaren und Anstrichmitteln ¹⁴⁾	*	97,7	107,0	119,7	128,8	109,6	110,9	112,9	131,7	118,2
* Beschäftigte im Einzelhandel (Index)	*	90,7	87,3	87,8	87,9	86,7	86,3	85,8	86,1	86,0
Gastgewerbe										
* Index der Umsätze ⁹⁾ - real	1995 = 100	90,8	91,3	87,9	101,3	93,0	93,3	85,6	97,8	90,4
* Index der Umsätze ⁹⁾ - nominal	*	95,2	96,8	93,0	106,7	98,7	99,1	91,9	105,0	98,0
darunter										
Hotels, Gasthöfe, Pensionen, Hotels garnis	*	101,8	107,0	94,1	124,0	108,9	113,8	94,1	120,6	106,9
Restaurants, Cafés, Eisdielen, Imbissstellen	*	90,4	89,9	93,1	98,0	92,8	87,4	86,7	95,7	92,4
Kantinen und Caterer	*	105,6	107,8	99,3	108,1	104,8	113,3	107,5	110,6	107,0
* Beschäftigte im Gastgewerbe (Index)	*	88,2	84,6	84,9	85,6	85,4	87,6	89,0	87,5	88,8

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau. Nach der Totalerhebung hochgerechnete Ergebnisse. - 2) Einschl. Polieren und Meistern. - 3) Einschl. Entgelten für Poliere und Meister. - 4) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. - 5) Bauintallation und sonstiges Baugewerbe. Ab 1997 Vierteljahresergebnisse (März - 1. Vj., Juni - 2. Vj., usw.). Ergebnisse nach der neuen EU-Klassifikation liegen erst ab Januar 1996 vor. Vorjahresvergleiche sind nicht möglich. - 6) Ohne Gebäudeteile. - 7) Einschl. Gebäudeteile. - 8) In Wohn- und Nichtwohngebäuden; alle Baumaßnahmen. - 9) Ohne Umsatzsteuer; teilweise berichtigte Ergebnisse. - 10) Vor allem Warenhäuser, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte und Supermärkte. - 11) Sowie mit Kraftfahrzeugteilen und -zubehör. - 12) Sowie Drogerien und Einzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln. - 13) Sowie Hausrat. - 14) Sowie Bau- und Heimwerkerbedarf.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1999	2000	2000			2001			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
AUSSENHANDEL										
* Ausfuhr (Spezialhandel) insgesamt ¹⁾	Mill. DM	4 212,1	4 897,6	4 633,1	4 805,2	4 995,1	5 454,6	5 099,0	5 132,6	...
davon										
* Güter der Ernährungswirtschaft	*	104,7	117,6	108,8	139,2	138,2	90,2	157,8	96,8	...
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	*	4 107,4	4 780,0	4 524,2	4 665,9	4 856,8	5 364,4	4 941,2	5 035,8	...
davon										
* Rohstoffe	*	36,6	42,6	47,0	49,6	44,3	34,5	48,0	39,8	...
* Halbwaren	*	322,2	383,4	354,0	316,4	387,1	379,1	339,6	344,9	...
* Fertigwaren	*	3 748,5	4 354,0	4 123,2	4 300,0	4 425,5	4 950,8	4 553,6	4 651,0	...
davon										
* Vorerzeugnisse	*	745,9	922,3	927,4	962,0	956,3	966,2	892,7	981,9	...
* Enderzeugnisse	*	3 002,7	3 431,8	3 195,8	3 338,0	3 469,2	3 982,5	3 660,9	3 669,2	...
Unter den Fertigwaren waren										
chemische Erzeugnisse	*	1 047,3	1 293,5	1 282,8	1 362,3	1 344,0	1 403,3	1 362,8	1 446,7	...
Maschinen	*	666,2	739,8	717,1	708,8	746,4	915,2	791,3	704,1	...
Fahrzeuge	*	587,4	585,9	418,9	620,5	619,9	581,3	675,2	683,3	...
elektrotechnische Erzeugnisse	*	472,3	566,8	549,6	513,1	553,5	774,6	541,6	544,4	...
Eisen- und Metallwaren	*	302,8	382,4	413,8	338,8	386,3	401,1	354,6	441,7	...
Ausfuhr nach ausgew. Verbrauchsländern:										
* EU-Länder ²⁾	*	2 300,1	2 562,6	2 554,0	2 486,2	2 634,5	2 696,4	2 815,0	2 564,2	...
darunter										
Vereinigtes Königreich	*	364,3	365,9	357,3	350,0	348,3	439,8	415,2	399,0	...
Frankreich	*	417,0	479,9	432,4	420,5	501,3	491,9	595,5	506,4	...
Italien	*	298,8	370,8	415,8	363,8	408,9	386	351	329,4	...
Niederlande	*	266,7	265,4	314,0	302,5	271,8	271,4	320,8	274,0	...
Belgien	*	195,5	220,4	207,1	201,7	236,9	231,9	237,7	215,0	...
Luxemburg	*	25,8	22,1	27,3	25,5	19,0	46,1	13,9	18,0	...
Österreich	*	236,4	244,4	249,6	238,9	228,6	240,7	283,0	244,0	...
EFTA-Länder ³⁾	*	234,9	275,6	234,5	292,2	287,2	310,9	279,4	314,7	...
darunter										
Schweiz	*	199,1	240,0	203,7	256,1	248,9	263,2	235,4	269,5	...
Norwegen	*	32,5	30,9	26,5	31,9	31,6	44,8	40,0	41,6	...
USA	*	429,1	509,5	460,2	478,0	517,9	589,7	443,4	488,7	...
* Einfuhr (Generalhandel) insgesamt ¹⁾	*	7 173,5	8 764,2	8 082,3	9 418,5	8 716,0	8 808,1	9 071,6	9 254,7	...
davon										
* Güter der Ernährungswirtschaft	*	322,2	346,1	314,8	381,2	328,6	352,1	422,6	304,2	...
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	*	6 851,3	8 418,1	7 767,5	9 037,3	8 387,4	8 456,0	8 649,1	8 950,5	...
davon										
* Rohstoffe	*	77,0	102,5	85,5	102,2	114,0	97,1	140,5	71,6	...
* Halbwaren	*	699,3	790,5	705,5	727,9	682,6	658,6	989,7	939,9	...
* Fertigwaren	*	6 074,9	7 525,1	6 976,5	8 207,2	7 590,8	7 700,3	7 518,9	7 938,9	...
davon										
* Vorerzeugnisse	*	669,5	869,3	755,2	887,3	879,2	945,6	963,3	913,8	...
* Enderzeugnisse	*	5 405,5	6 655,8	6 221,3	7 319,8	6 711,6	6 754,8	6 555,6	7 025,1	...
* Einfuhr aus EU-Ländern ²⁾	*	3 372,3	4 049,7	3 620,0	4 570,3	3 857,1	4 214,5	4 444,9	5 076,7	...
FREMDENVERKEHR ⁴⁾										
* Gästeankünfte	1000	763	816	732	978	916	805	745	969	911
* darunter von Auslands Gästen	*	191	211	173	235	244	193	179	226	232
* Gästeübernachtungen	*	2 000	2 138	1 988	2 418	2 358	2 073	2 013	2 446	2 292
darunter von Auslands Gästen	*	370	409	327	444	429	404	330	426	408
Gästeübernachtungen nach Berichts-										
gemeindegruppen:										
Heilbäder	*	600	644	618	697	712	614	625	700	681
Luftkurorte	*	133	131	113	153	168	100	117	157	148
Erholungsorte	*	94	98	96	114	133	65	99	123	124
Sonstige Gemeinden	*	1 173	1 265	1 159	1 454	1 346	1 292	1 172	1 465	1 338
darunter Großstädte	*	526	575	508	631	571	642	509	637	573
VERKEHR										
Binnenschifffahrt										
Güterumschlag insgesamt	1000 t	1 301	1 350	1 322	1 413	1 322	1 121	1 293	1 286	1 249
davon										
* Güterversand	*	205	226	248	216	175	169	200	182	215
* Gütererempfang	*	1 096	1 124	1 074	1 197	1 147	953	1 092	1 104	1 034

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Ab Januar 2000 vorläufige Zahlen. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung von Einfuhr- und Ausfuhrergebnissen nicht vertretbar. - 2) Mitgliedsländer nach dem Stand von Januar 1995 (Frankreich, Belgien, Luxemburg, Niederlande, Italien, Vereinigtes Königreich, Rep. Irland, Dänemark, Griechenland, Spanien, Portugal, Schweden, Finnland, Österreich). - 3) Mitgliedsländer nach dem Stand vom Januar 1997 (Island, Norwegen, Liechtenstein, Schweiz). -

4) Alle Beherbergungstätigkeiten mit mindestens 9 Betten, einschl. Jugendherbergen und Kinderheimen. Besteht eine Gemeinde aus mehreren Ortsteilen, so werden die Ortsteile mit Fremdenverkehr jeweils der in Frage kommenden Gemeindegruppe zugeordnet. Die Gemeindegruppe „Erholungsorte“ enthält nur noch die staatlich anerkannten Erholungsorte; die bisherigen „Erholungsorte ohne Prädikat“ werden der Gruppe „Sonstige Gemeinden“ zugeordnet.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1999	2000	2000			2001			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
Noch: VERKEHR										
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge ¹⁾ darunter	Anzahl	34 124	30 577	29 550	38 912	32 281	39 515	33 205	36 838	...
Personenkraftwagen (einschl. Kombi)	*	29 759	26 145	23 588	32 794	27 284	33 386	27 477	31 219	...
* Lkw (auch mit Spezialaufbau)	*	1 877	1 868	1 819	2 223	1 937	2 115	1 995	2 026	...
* Krafträder und dreirädrige Kraftfahrzeuge	*	2 073	1 998	3 494	3 153	2 461	2 788	2 956	2 880	...
* Zugmaschinen (zulassungspflichtige)	*	297	287	270	329	303	307	354	332	...
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personenschaden	*	2 310	2 252	2 037	2 797	2 351	2 000	2 115	2 554	2 389
* Getötete Personen ²⁾	*	47	45	39	44	47	23	37	44	39
* Verletzte Personen	*	3 111	3 031	2 748	3 775	3 142	2 737	2 984	3 379	3 198
Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen ³⁾										
Beförderte Personen	1000	37 353	39 561	.	.	111 765	120 342
davon im Linienverkehr ⁴⁾	*	36 883	39 083	.	.	110 213	119 461
Gelegenheitsverkehr	*	469	478	.	.	1 553	880
Gefahrene Wagenkilometer	1000 km	23 547	24 402	.	.	73 778	65 511
davon im Linienverkehr ⁴⁾	*	18 640	19 432	.	.	56 191	57 092
Gelegenheitsverkehr	*	4 908	4 970	.	.	17 587	8 419
Einnahmen	1000 DM	75 526	80 498	.	.	235 349	222 005
davon aus Linienverkehr ⁴⁾	*	61 015	64 443	.	.	178 240	200 400
Gelegenheitsverkehr	*	14 511	16 055	.	.	57 109	21 605
GELD UND KREDIT										
Banken ⁵⁾										
Kredite an Nichtbanken insgesamt ⁶⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Milli. DM	920 746	319 593	.	.	937 695	1051 045
darunter Kredite an inländische Nichtbanken ⁶⁾	*	764 951	260 199	.	.	778 418	798 151
davon kurzfristige Kredite	*	120 360	43 486	.	.	132 858	146 918
Kredite über 1 Jahr ⁷⁾	*	644 591	216 713	.	.	645 561	651 233
Einzinsen und aufgenommene Gelder ⁸⁾ von Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Milli. DM	685 448	246 770	.	.	729 380	824 451
Zahlungsschwierigkeiten										
* Insolvenzen insgesamt	Anzahl	201	235	227	270	224	274	199	250	255
davon von Unternehmen, einschl. Kleingewerbe ⁹⁾	*	155	153	158	181	148	164	126	155	170
* von privaten Personen und Nachlässe ⁹⁾	*	45	82	69	89	76	110	73	95	85
* Beantragte Insolvenzen ¹⁰⁾	*	201	235	227	270	224	274	199	250	255
* darunter mangels Masse abgelehnt	*	133	123	134	146	134	128	89	109	122
PREISE										
* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte insgesamt	1995 = 100	105,0	107,0	106,5	106,4	106,9	108,9	109,2	109,6	109,8
darunter Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	*	102,1	101,4	101,8	102,2	101,7	103,9	105,1	107,0	106,8
Bekleidung, Schuhe	*	103,4	104,0	104,0	104,0	104,0	104,2	104,1	104,2	104,2
Wohnung, Wasser, Strom, Gas ¹¹⁾	*	107,4	110,7	109,5	109,8	109,9	112,8	113,2	113,4	113,8
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt ¹²⁾	*	102,2	102,1	102,2	101,9	101,9	102,5	102,5	102,7	102,7
Verkehr (einschl. Kraftstoffe)	*	107,9	113,9	112,4	112,2	114,8	117,6	118,4	119,3	119,1
Nachrichtenübermittlung	*	88,0	84,3	84,3	83,9	83,9	82,2	81,7	81,7	81,7
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	*	103,4	104,9	104,9	103,2	104,6	106,8	105,6	105,4	106,3
Beherbergungs- und Gaststättenleistungen	*	103,0	103,7	103,4	103,2	103,8	103,0	104,0	104,3	105,2
* Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Haushalten von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen	1995 = 100	104,9	106,6	106,2	106,1	106,5	108,3	108,7	109,2	109,4
* Preisindex für Wohngebäude (Neubau) ¹³⁾	1995 = 100	100,2 ¹⁴⁾	100,2 ¹⁴⁾	.	101,2	.	.	.	102,4	.

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. - 2) Einschl. der innerhalb 30 Tagen an den Unfallfolgen Gestorbenen. - 3) Vierteljahresergebnisse (März – 1. Vj., Juni – 2. Vj. usw.); Jahresdurchschnitt – Monatsdurchschnitt; nur Unternehmen mit 6 oder mehr Bussen. - 4) Allgemeiner Linienverkehr, Sonderformen des Linienverkehrs (Berufverkehr, Schüler-, Markt- und Theaterfahrten), freigestellter Schülerverkehr. - 5) Die Angaben umfassen die in Hessen gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne Kreditinstitute mit überregionalen Sonderaufgaben (ohne Filialnetz) sowie ohne Post giro- und Postsparkassenämter. - 6) Einschl. durchlaufender Kredite. - 7) Ohne durchlaufende Kredite. - 8) Biseinschl. 1998 ohne Kleingewerbe. - 9) Bis einschl. 1998 „von übrigen Ge meinschaftsdienern“. - 10) Bis einschl. 1998 „Beantragte Konkurse“. - 11) Und andere Brennstoffe. - 12) Sowie deren Instandhaltung. - 13) Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk. - 14) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Februar, Mai, August und November.

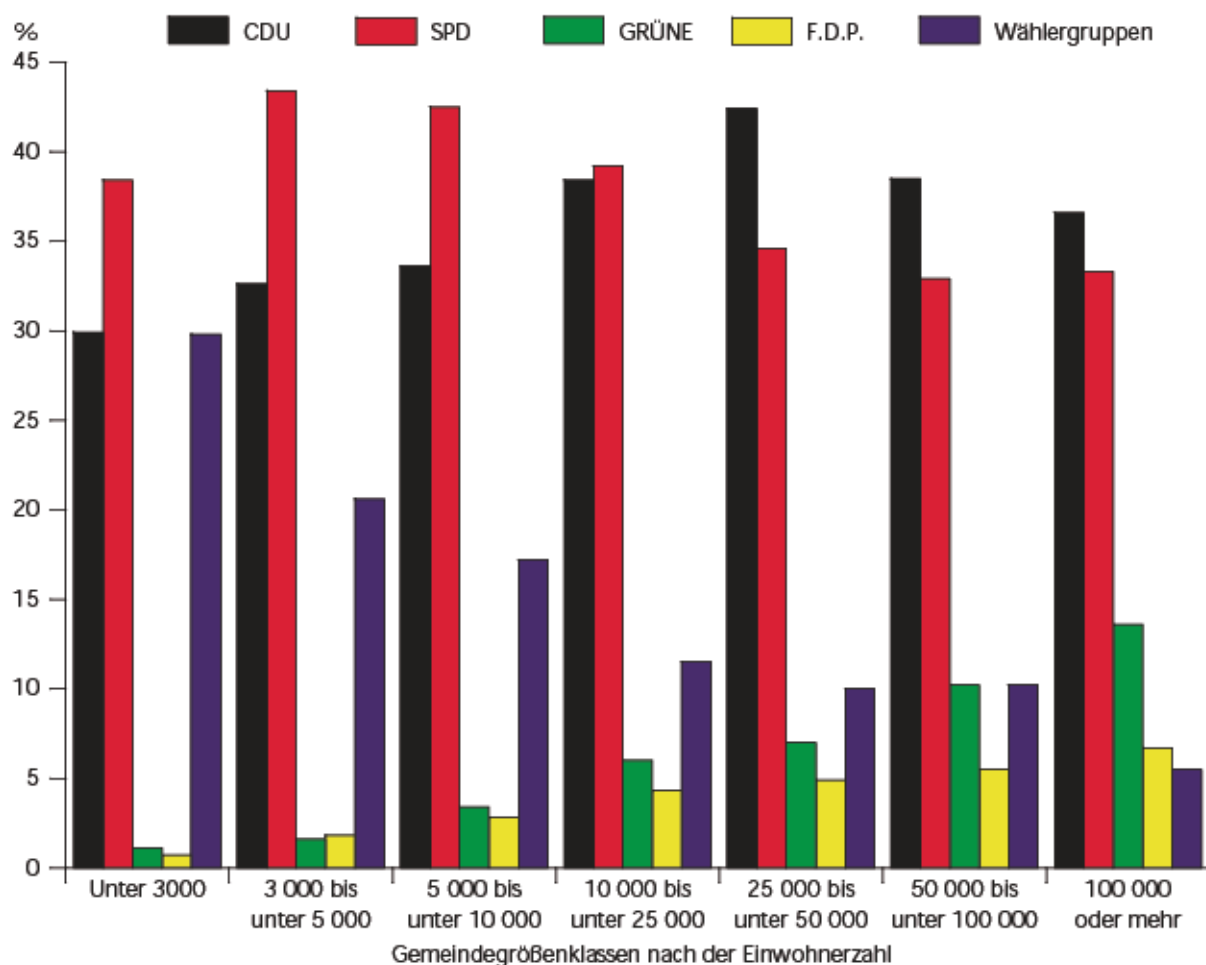
Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1999	2000	2000			2001			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
STEUERN										
Steueraufkommen insgesamt ¹⁾	Mill. DM	6 486,1	6 949,5	5 671,0	7 997,3	8 605,7	7 384,2	6 581,3	5 413,4	9 770,4
davon										
Gemeinschaftsteuern	*	5 707,7	6 120,7	4 966,4	7 275,8	7 485,4	6 244,6	5 690,2	4 553,3	8 829,8
davon										
Lohnsteuer ²⁾	*	2 710,1	2 908,6	2 807,3	3 151,1	2 663,1	2 920,6	2 886,2	2 856,4	3 043,7
veranlagte Einkommensteuer	*	116,0	149,7	- 81,7	- 68,5	772,9	124,7	- 91,6	- 89,9	758,5
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	*	344,9	445,6	391,1	222,2	1 286,6	129,2	545,7	351,5	1 706,0
Zinsabschlag ²⁾	*	360,5	439,9	474,2	310,2	322,5	449,4	524,6	484,7	418,2
Körperschaftsteuer ²⁾	*	425,9	461,0	- 312,5	1 764,4	868,5	1 001,8	368,0	- 899,2	1 225,6
Umsatzsteuer	*	1 496,9	1 402,0	1 461,9	1 529,6	1 273,8	1 173,6	1 157,8	1 516,7	1 341,8
Einfuhrumsatzsteuer	*	253,5	314,1	226,3	366,9	298,0	445,2	299,5	333,1	336,0
Bundessteuern	*	458,0	488,0	313,0	358,5	763,3	798,8	396,1	555,4	526,9
darunter										
Mineralölsteuer	*	91,0	61,7	56,3	62,9	61,7	58,2	33,6	94,2	67,8
Versicherungsteuer	*	112,0	112,2	64,7	103,7	67,8	326,5	98,8	117,4	79,1
Zölle ³⁾	*	28,3	25,8	24,0	30,1	27,3	21,9	18,9	22,1	155,3
Landesteuern	*	242,3	255,3	223,7	330,2	329,7	318,9	319,6	259,1	258,4
darunter										
Vermögensteuer	*	11,1	11,1	5,5	55,5	6,0	3,3	14,3	6,9	6,8
Erbschaftsteuer	*	36,3	42,5	26,5	35,1	131,0	48,8	44,2	28,9	32,7
Grunderwerbsteuer	*	77,3	84,4	74,1	96,3	66,5	103,8	121,0	68,4	73,7
Kraftfahrzeugsteuer	*	86,5	86,7	86,5	100,4	96,5	124,5	111,6	120,9	112,1
Gewerbsteuerumlage	*	49,8	59,7	143,8	2,8	0,0	0,0	156,5	23,4	0,0
		1999	2000	1999	2000			2001		
		Durchschnitt ⁴⁾		Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni
Kassenmäßiges Steueraufkommen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. DM	3 039,8	3 148,3	4 497,1	2 059,0	3 148,3	3 371,6	4 014,1	1 944,8	3 019,0
davon										
Grundsteuer A	*	8,4	8,5	6,9	8,4	8,6	10,0	6,9	8,5	8,2
Grundsteuer B	*	293,7	294,9	242,7	280,0	335,7	321,9	242,0	293,4	335,2
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	*	1 497,0	1 451,6	1 931,4	1 315,7	1 494,8	1 734,3	1 261,7	1 337,4	1 221,6
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	*	1 064,7	1 215,8	1 922,6	385,6	1 132,3	1 135,4	2 209,8	266,7	1 283,0
andere Steuern ⁵⁾	*	36,8	33,6	32,1	36,4	37,9	33,8	26,2	30,4	33,8
		1999	2000	1999	2000			2001		
		Durchschnitt ⁶⁾		Okt.	Jan.	April	Juli	Okt.	Jan.	April
Arbeiterverdienste										
Im Produzierenden Gewerbe ⁷⁾										
* Bruttomonatsverdienst insgesamt	DM	4 617	4 730	4 681	4 603	4 710	4 781	4 755	4 691	4 778
* Männliche Arbeiter	*	4 781	4 892	4 846	4 754	4 870	4 946	4 920	4 850	4 943
darunter Facharbeiter	*	5 085	5 195	5 145	5 046	5 165	5 261	5 225	5 160	5 250
* Weibliche Arbeiter	*	3 516	3 632	3 559	3 573	3 608	3 663	3 648	3 646	3 663
darunter HilfsarbeiterInnen	*	3 229	3 392	3 271	3 341	3 370	3 429	3 397	3 402	3 420
* Bruttostundenverdienst insgesamt	*	28,20	28,83	28,39	28,63	28,74	28,96	28,88	28,95	29,21
* Männliche Arbeiter	*	29,10	29,75	29,27	29,56	29,65	29,88	29,80	29,93	30,16
darunter Facharbeiter	*	31,27	31,99	31,47	31,81	31,87	32,18	31,98	32,17	32,41
* Weibliche Arbeiter	*	21,99	22,48	22,21	22,28	22,36	22,60	22,53	22,50	22,67
darunter HilfsarbeiterInnen	*	19,98	20,77	20,17	20,62	20,69	20,91	20,77	20,75	20,84
Angestelltenverdienste										
(Bruttomonatsverdienste)										
* Im Produzierenden Gewerbe	*	6 715	6 845	6 763	6 755	6 800	6 859	6 900	6 921	6 966
* kaufmännische Angestellte	*	6 329	6 504	6 383	6 407	6 472	6 512	6 560	6 548	6 590
* männliche Angestellte	*	7 222	7 428	7 281	7 336	7 392	7 434	7 486	7 441	7 488
* weibliche Angestellte	*	5 252	5 355	5 291	5 262	5 318	5 370	5 404	5 440	5 464
* technische Angestellte	*	7 052	7 151	7 095	7 064	7 094	7 173	7 205	7 253	7 301
* männliche Angestellte	*	7 204	7 304	7 242	7 206	7 242	7 331	7 364	7 409	7 456
* weibliche Angestellte	*	5 590	5 753	5 655	5 729	5 706	5 751	5 795	5 857	5 907
* In Handel, Kredit- u. Versicherungsgewerbe ⁸⁾										
insgesamt	*	5 588	5 742	5 616	5 628	5 731	5 732	5 805	5 865	5 933
* kaufmännische Angestellte	*	5 613	5 770	5 634	5 657	5 766	5 760	5 829	5 902	5 965
* männliche Angestellte	*	6 254	6 422	6 280	6 332	6 424	6 393	6 482	6 587	6 660
* weibliche Angestellte	*	4 808	4 931	4 820	4 811	4 919	4 937	4 985	5 033	5 085

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Einschl. Gewerbesteuerumlage. - 2) Vor Zerlegung. - 3) Einschl. Zoll-Euro. - 4) Vierteljahresdurchschnitte. - 5) Und steuerähnliche Einnahmen. - 6) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Januar, April, Juli und Oktober. - 7) Neuer Berichtskreis im Bereich des Produzierenden Gewerbes. - 8) Sowie bei Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern.

Stimmenanteile bei den Gemeindewahlen in Hessen 2001 nach Gemeindegrößenklassen



HSL 56/01

Innovationspotenziale der hessischen Industrie: Forschung und Entwicklung als Beitrag zur Standortsicherung

Die Globalisierung ist eine der wichtigsten Herausforderungen, denen sich Unternehmen gegenübersehen. Die Überwindung von Entfernungen, die Abschaffung von Grenzen und das damit einhergehende Zusammenwachsen der Märkte führen dazu, dass die Standortgebundenheit von Unternehmen zunehmend an Bedeutung verliert. Im Verlauf dieses Prozesses bewegt sich der Wettbewerb immer mehr von der nationalen Ebene auf die Regionen. Für sie werden innovative Unternehmen, attraktive Märkte und eine forschungs- und entwicklungsbezogene Infrastruktur ebenso wichtig, wie die Produktion selbst. Dieser zentralen Bedeutung von Forschung und Entwicklung (FuE) wird auf regionaler Ebene verstärkt Rechnung getragen. So setzen Gebietskörperschaften in Deutschland mit einer eigenständigen Technologiepolitik gezielte regionalpolitische Standortakzente, wobei sich die Regionen auch europaweit zunehmend als die eigentlichen Akteure im internationalen Standortwettbewerb sehen. Vor diesem Hintergrund bilden industrielle FuE-Intensitäten eine entscheidende Determinante des Standortwettbewerbs¹⁾. Im folgenden Beitrag wird versucht, die forschungsintensivsten und innovativsten Industrien Hessens zu identifizieren und deren wirtschaftsbezogenen- bzw. technikfeldbezogenen Schwerpunkte aufzuzeigen. Dabei gilt es, die Stärken und Schwächen der Forschungs-, Entwicklungs- und Patentaktivitäten des hessischen Verarbeitenden Gewerbes in Vergleich zu anderen deutschen Bundesländern und anderen europäischen Regionen zu setzen. Erstmals wird zudem auf die stark unterschiedlichen Innovationsintensitäten aller hessischen Teilräume (Raumordnungsregionen) eingegangen und eine Analyse struktureller Besonderheiten vorgenommen. Abschließend werden aus den Ergebnissen innovationspolitische Schlussfolgerungen gezogen.

Ausgangslage

Innovationen haben angesichts der verkürzten Produktlebenszyklen in den vergangenen Jahren in immer stärkerem Maße strategische Bedeutung gewonnen. Um im globalen Wettbewerb bestehen zu können, wird die Fähigkeit, hochwertige, innovative Produkte herzustellen, zu einer Grundvoraussetzung für Wachstum und Beschäftigung. Zwar sind traditionelle Standortfaktoren, wie z. B. die Verfügbarkeit von Bodenschätzen, Bevölkerungsdichte usw. auch heute keinesfalls unbedeutend, verlieren jedoch relativ zu anderen Faktoren an Gewicht. Während die moderne Technik mit ihrer Reduktion der Raum-Zeit-Bezüge die Bindung an bisher gegebene Standortbedingungen (z. B. das Vorhandensein von Rohstoffvorkommen) aufweicht, gewinnt der Faktor Information an Bedeu-

tung. Forschungsintensive Industrien sind aus diesem Grund für den gesamtwirtschaftlichen Innovationsprozess von zentraler Bedeutung. Ihr Ziel ist es, in einem kontinuierlichen Prozess neues Wissen zu generieren und dieses in neue Produkte, Produktionsverfahren und Dienstleistungen umzusetzen. Damit bilden sie die Keimzelle der Technologieproduktion und der Herstellung neuer Produkte und Verfahren.

Mehr noch als auf gesamtstaatlicher Ebene determinieren regionale Forschungs- und Entwicklungskapazitäten Qualität und Dynamik von Innovationssystemen. In den Regionen sind alle Ressourcen von der Forschung bis zu Zulieferern und Dienstleistern konzentriert. Deren Zusammenwirken wiederum erst ermöglicht Innovationen, wobei die räumliche Nähe den Austausch von Ideen und die Knüpfung von Geschäftskontakten ebenso wie die wirksame Verknüpfung von Wissen und Kapital verstärkt. Aus diesem Grund bildet die regionale und sektorale Analyse der *industriellen FuE-Aktivität* einen wichtigen Indikator zur Einschätzung der technologischen Leistungsfähigkeit Hessens²⁾. Da der globale Wettbewerb zunehmend nicht mehr zwischen Staaten oder Konzernen, sondern zwischen spezialisierten regionalen Netzwerken stattfindet, gilt es zu klären, mit welchen Innovationsrelevanten Kompetenzen das Bundesland insgesamt und die hessischen Regionen im Einzelnen ausgestattet sind. Zu deren Identifizierung wird zum einen auf den Indikator FuE-Beschäftigte als Größe für die „*Forschungsintensität*“ zurückgegriffen³⁾. Zum anderen wird die „*Patentaktivität*“ (Patentanmeldungen und -dichte) als outputorientierter Indikator ermittelt⁴⁾. Mit diesen beiden Indikatoren wird eine Bestimmung der „Innovationspotenziale“ vorgenommen und damit die Basis für eine Bewertung der zukünft-

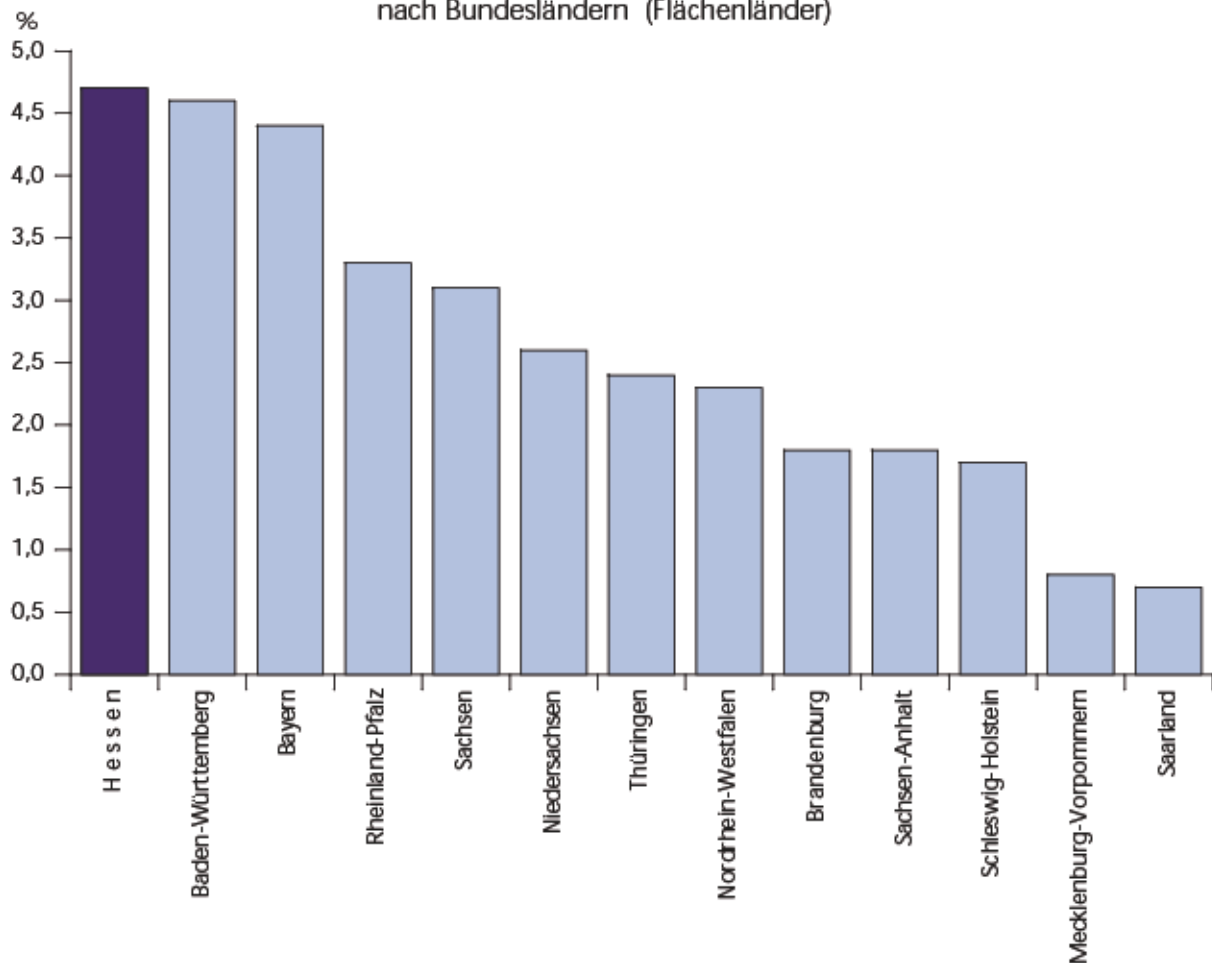
1) Bezogen auf die FuE-Beschäftigten insgesamt vereinigt der Industriebereich über 90 % der FuE-Beschäftigten auf sich. Dabei bilden forschungsintensive Industrien das Zentrum der Technologieproduktion und der Herstellung neuer Produkte und Verfahren; in ihnen wird am intensivsten Wissen aus anderen Branchen und aus dem öffentlichen Wissenschaftssystem verwertet.

2) Im Hinblick auf Daten öffentlicher Statistiken ergeben sich Einschränkungen hinsichtlich der internationalen Vergleichbarkeit regional disaggregierter Informationen. Dies begrenzt die Anzahl verwendbarer Innovationsindikatoren. Aus diesem Grund beschränkt sich die vorliegende Arbeit bei kleinräumlichen Daten weitgehend auf das FuE-Personal in den örtlich zugeordneten Forschungsstätten. Eine regionale Aufgliederung von FuE-Aufwendungen gilt hingegen (vor allem für das Bundesland Hessen) als ausgesprochen problematisch, da bei dieser Vorgehensweise nach dem Unternehmenskonzept verfahren wird. Indem der größte Teil der FuE-Aufwendungen von Großunternehmen getätigt wird, die über mehrere Betriebs- und Forschungsstätten an verschiedenen Standorten verfügen, lassen sich die Aufwendungen kaum den einzelnen Standorten zuordnen.

3) Vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF): Indikatorenbericht zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands 2000, Berlin 2000.

4) Die Daten zur Messung der regionalen und sektoralen FuE- und Innovationsaktivität basieren auf den Berechnungen des Deutschen Patent- und Markenamtes und einer Erhebung der SV-Gemeinnützige Gesellschaft für Wissenschaftsstatistik mbH. Die Erhebung des FuE-Personals berücksichtigt, dass Beschäftigte nur mit einem Teil ihres Arbeitsvolumens Tätigkeiten innerhalb des betrieblichen Forschungs- und Entwicklungsbereichs erbringen. Das FuE-Personal wird daher in so genannte Vollzeitäquivalente umgerechnet, die in den folgenden Tabellen als FuE-Personal wiedergegeben werden.

1. FuE-Intensität¹⁾ der Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe 1997
nach Bundesländern (Flächenländer)



1) Anteil der FuE-Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe an den Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt; Vollzeitäquivalente.

HSL 50/01

Quelle: Stifterverband Wissenschaftsstatistik.

tigen Entwicklung der hessischen Industrie auf den Technologiemarkten geschaffen.

Die Möglichkeit der räumlichen Aufschlüsselung von Erfinderaktivitäten eröffnet der Patentatlas Deutschland. Er enthält die Patentanmeldungen bis auf Kreisebene bei gleichzeitiger Differenzierung nach technischen Gebieten und Anmelderkategorien. Zu Grunde gelegt sind die aktuell verfügbaren Daten der Jahre 1992 bis 1994 in Form eines daraus ermittelten Jahresdurchschnitts⁵⁾.

FuE-Intensität Hessens im innerdeutschen Vergleich

Die Veränderung des Verhältnisses von Arbeits- und Technikgestaltung beeinflusst das geforderte berufliche Qualifikationsprofil. Zur Generierung und Adaption technischen Wis-

sens benötigen Unternehmen eine ausreichende Zahl von fachlich qualifizierten Mitarbeitern, die intensiv mit FuE-Prozessen vertraut sind. FuE-Aktivitäten und FuE-Beschäftigte sind in Deutschland, begünstigt durch das föderative System, polyzentrisch verteilt. Die Struktur weicht damit deutlich von anderen europäischen Ländern, wie z. B. Frankreich und Großbritannien ab, wo sich einzelne FuE-intensive Industrien auf nur einen Agglomerationsraum konzentrieren⁶⁾. Diese auf mehrere Regionen verteilten FuE-Schwerpunkte sind Ausdruck einer regional disparität auf den internationalen technologischen Wettbewerb ausgerichteten Unternehmensorientierung.

Wie sich die regionale Verteilung deutscher Forschungsaktivitäten im Einzelnen strukturiert, lässt sich aus Schaubild 1 ablesen. Die Zahl der FuE-Beschäftigten wurde hier auf die Gesamtzahl der Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe bezogen und auf diese Weise ein Indikator für die Forschungs- und Entwicklungsintensität errechnet. Die FuE-Intensität der hessischen Industrie liegt demnach an der Spitze

5) Vgl. Greif, Siegfried: Patentatlas Deutschland, München 1998 bzw. auch: Greif, Siegfried: Patentgeographie. Die räumliche Struktur der Erfindertätigkeit in Deutschland, in Raumforschung und Raumordnung, Heft 2—3/2001.

6) Vgl. Gehrke, B/Legler, H.: Regional concentration of innovative potential in Western Germany, in: DIW (Hg.): Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft 2, Berlin 1998.

aller Flächenländer Deutschlands. Mit einer Quote von 4,7 % übertrifft Hessen selbst die für ihr hohes technologisches Niveau bekannten Bundesländer Baden-Württemberg (4,6 %) und Bayern (4,4 %). Gegenüber anderen Bundesländern besteht sogar ein hohes FuE-Niveaufälle. So liegt die Quote des qualifizierten FuE-Personals in Hessen mehr als doppelt so hoch wie in Nordrhein- Westfalen (2,3 %) und gar mehr als sechsmal so hoch wie im Saarland (0,7 %).

Sektorale Forschungsstruktur der hessischen Industrie

Da die Art der produzierten Güter tendenziell die Innovationsrate der Unternehmen bestimmt, ist es notwendig, die sektorale Struktur industrieller FuE-Aktivität in Hessen zu analysieren. Die Klassifikation der Forschungsgebiete, die in erster Linie der technologischen Orientierung FuE-betreibender Unternehmen dient, weicht allerdings von der amtlichen Wirtschaftszweigklassifikation ab. So orientiert sich diese konzeptionell weniger an der gewerblichen Tätigkeit, sondern vielmehr an den Forschungsstätten. Aus diesem Grund werden nachfolgend auch solche Gebiete wie Biotechnologie, Software und Werkstoffe aufgeführt, die in der WZ-Systematik nicht gesondert enthalten sind.

Innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes gelten vor allem der Maschinen- und Fahrzeugbau, die Chemische Industrie und die Elektroindustrie als forschungsintensiv. Da (nach internen Berechnungen des HSL) die Industriestruktur Hessens in hohem Maße — gemessen am jeweiligen Anteil an der realen Bruttowertschöpfung des hessischen Verarbeitenden Gewerbes — von den Unternehmen der Chemischen Industrie (18 %), des Maschinenbaus (13 %) und der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (9,8 %) geprägt ist, darf vermutet werden, dass diese Branchen auch die meisten der hessischen FuE-Beschäftigten auf sich vereinen. Ein Blick auf Tabelle 1 bestätigt dies vor allem für die Chemische Industrie: Mit knapp 9800 Personen entfallen in Hessen auf diesen Wirtschaftszweig 37 % aller FuE-Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe gegenüber 18 % im Bund. Zudem beträgt der Anteil der hessischen FuE-Chemiebeschäftigten an allen Beschäftigten dieses Wirtschaftszweiges in Deutschland fast 21 %.

Weitere 6500 FuE-Beschäftigte, also etwa ein Viertel aller industriellen FuE-Beschäftigten Hessens, entstammen dem Fahrzeugbau, was allerdings „nur“ einem Anteil von 8,1 % an allen FuE-Beschäftigten dieses Wirtschaftszweigs in Deutschland entspricht. Mehr als 21 % der FuE-Beschäftigten Hessens sind schließlich dem Wirtschaftszweig Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen; Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik zuzurechnen. Erst mit deutlichem Abstand folgt der Maschinenbau mit 9,7 % gegenüber 15 % in Deutschland. Damit verteilen sich in Hessen über 90 % der FuE-Beschäftigten auf nur vier Branchen.

Über diese Schwerpunkte hinaus ist es an dieser Stelle möglich, auch die sektoralen FuE-Intensitäten der einzelnen Wirt-

1. Anteile der FuE-Beschäftigten¹⁾
im Verarbeitenden Gewerbe Deutschlands
und Hessens 1997 nach wirtschaftlicher Gliederung
(Angaben in %)

Wirtschaftliche Gliederung	FuE-Beschäftigte			FuE- Inten- sität ²⁾ Hessens
	Deutsch- land	da- runter in Hessen	Anteil Hessens an Deutsch- land	
DM Fahrzeugbau	31,0	24,7	8,1	9,1
DL Herst. von Büromasch., EDV-Geräte; Elektrotechnik; Optik	27,2	21,3	7,9	8,4
DG Chemische Industrie	18,0	36,8	20,7	13,8
DK Maschinenbau	14,8	9,7	6,7	4,0
DJ Metallverz. u. -bearb., Herst. v. Metallverz.	2,9	3,3	11,4	1,7
DH Gummi- u. Kunststoff- waren	1,8	1,5	8,1	1,1
DI Glasgewerbe, Keramik, Verarb. von Steinen/Erden	1,1	1,2	11,4	2,5
DA Ernährungsgewerbe, Tabakverarbeitung	1,0	0,4	3,8	0,3
DN Herst. von Möbeln, Schmuck, Musikinstr., Recycling	0,8	0,1	1,0	0,2
DB, DC Textil-, Bekleidungs- u. Ledergewerbe	0,6	0,8	11,9	1,4
DD, DE Holz-, Papier-, Verlags- u. Druckgewerbe	0,5	0,4	8,2	0,3
DF Kokerei, Mineralölverarb., Herst. v. Brutstoffen	0,3	0,0	0,0	0,0

1) Vollzeitäquivalente. - 2) Anteil der FuE-Beschäftigten eines Wirtschaftszweiges an allen Beschäftigten des jeweiligen Wirtschaftszweiges.

Quelle: Stifterverband Wissenschaftsstatistik, Berechnungen des HSL.

schaftszweige zu berechnen (Anteil der FuE-Beschäftigten eines Wirtschaftszweigs an allen Beschäftigten des jeweiligen Wirtschaftszweigs). Tabelle 1 zeigt hierbei wiederum eine Konzentration im Bereich der Chemischen Industrie. Dort handelt es sich bei 14 % aller Beschäftigten um FuE-Personal. Weitere hohe Intensitäten finden sich mit 9,1 % beim Fahrzeugbau und mit 8,4 % im Wirtschaftszweig Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen; Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik. Forschung und Entwicklung, so das Ergebnis, findet demnach in der hessischen Industrie im Wesentlichen nur in den drei genannten großen Wirtschaftszweigen statt. Deutliche Untergewichtungen von FuE-Personal sind demgegenüber in den Wirtschaftsunterabschnitten Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen, der Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spielwaren, Recycling, dem Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung sowie dem Holzgewerbe, Papier-, Verlags- und Druckgewerbe mit Quoten von jeweils unter einem halben Prozent festzustellen.

Stärken und Schwächen der hessischen Wettbewerbsposition

Nachdem im vorangegangenen Abschnitt die branchenbezogenen Schwerpunkte benannt worden sind, wird nachfol-

gend mit Hilfe der FuE-Intensität eine Bewertung spezifischer Stärken und Schwächen der hessischen Wettbewerbsposition vorgenommen. In diesem Zusammenhang werden die Abweichungen bzw. Spezialisierungen der hessischen gegenüber der deutschen Industrie bestimmt. Dies ermöglicht es, strategische Schwerpunkte einerseits und monostrukturelle Ausrichtungen andererseits zu identifizieren.

Die Stärke bei Forschung und Entwicklung basiert in Hessen, wie mit Blick auf Schaubild 2 festzustellen ist, fast ausschließlich auf der Chemischen Industrie. Hier ist die FuE-Intensität um beachtliche 4,3 Prozentpunkte höher als in Deutschland, was um so bedeutender einzuschätzen ist, da es sich hierbei um die größte Industriebranche Hessens handelt. Ihr Anteil an der realen Bruttowertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes liegt bei 18 %, in Deutschland hingegen nur bei 11 %. Ursache für diese insgesamt und auch im Vergleich zu Deutschland feststellbare FuE-Stärke ist die Konzentration großer und bedeutender Pharma- und Chemieunternehmen im Rhein-Main-Gebiet⁷⁾.

Weitere, im Vergleich zum Bundesdurchschnitt vorliegende Stärken bei FuE finden sich im Bereich Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden. Dort ist die FuE-Intensität um 1,4 Prozentpunkte höher als in Deutschland, wobei der Wirtschaftszweig mit einem Anteil an der gesamten realen Bruttowertschöpfung des hessischen Verarbeitenden Gewerbes von 3,2 % nur von mäßigem Gewicht ist. Nennenswerte Stärken bestehen darüber hinaus nur noch im Bereich des Textil-, Bekleidungs- und Ledergewerbes (0,8 Prozentpunkte) und der Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen (0,7 Prozentpunkte).

Dieser Vergleich einzelner FuE-Intensitäten zueinander deckt aber nicht nur die Stärken, sondern auch die FuE-Leistungsdefizite auf. Dabei ist die im Bundesvergleich markante, um 3,2 Prozentpunkte niedrigere FuE-Intensität im Bereich Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen jedoch in ihrer Wirkung auf die gesamtindustrielle FuE-Entwicklung als relativ gering zu bewerten. So nimmt dieser Bereich in Hessen einerseits nur einen Anteil an der realen Bruttowertschöpfung von 0,4 % ein und hat andererseits einen extrem geringen Anteil an der Gesamtheit der FuE-Beschäftigten⁸⁾. Auch die geringere Intensität der hessischen FuE-Beschäftigten bei der Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spielwaren und Recycling (– 0,8 Prozentpunkte) spielt bei einem FuE-Beschäftigtenanteil von 0,1 % kaum eine Rolle. Hingegen überrascht die um 0,5 Prozentpunkte niedrigere FuE-Intensität im Bereich des hessischen Fahrzeugbaus. Offensichtlich bleibt die Forschungs- und Entwicklungsintensität, die insbesondere auf einem herstellereigenen, im Rhein-Main-Gebiet gelegenen Forschungs- und Entwicklungszentrum basiert, hinter dem Bundesdurchschnitt zurück. Von Bedeutung ist diese Schwäche vor allem deshalb, da in Hessen einerseits knapp ein Viertel aller FuE-Beschäftigten zum Fahrzeugbau gezählt wird, der Fahrzeugbau andererseits einen Anteil an der gesamten realen Bruttowertschöpfung des hessischen Verarbeitenden Gewerbes von 12 % einnimmt.

Schwächere FuE-Leistungen als im Bund können auch bei der hessischen Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren ausgemacht werden. Die FuE-Intensität dieses Bereichs, der in Hessen einen Anteil von 6,8 % an der realen Bruttowertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes gegenüber 4,9 % in Deutschland hat, liegt um 0,3 Prozentpunkte unter dem Bundesdurchschnitt. Zu erklären ist dies vor allem durch eine vom Bundesgebiet abweichende Spartenstruktur. So ist der Anteil der etwas FuE-schwächeren Gummiindustrie an der Bruttowertschöpfung in Hessen höher, der der etwas FuE-intensiveren Kunststoffverarbeitung hingegen geringer als in Deutschland⁹⁾. Zum anderen liegt in Hessen das deutsche Zentrum der Automobilreifenproduktion. Fast jeder zweite Reifen aus deutscher Produktion ist hessischen Ursprungs. Automobilreifen selbst sind jedoch trotz steigenden Forschungsaufwands tendenziell weniger forschungsintensiv als technische Kunststoffe.

Innovationspotenziale in Hessen

Bislang wurde die Forschungs- und Entwicklungsintensität beobachtet, den Inputfaktor für die technologische Leistungsfähigkeit. Nun gilt es nachfolgend auch die „Produktivität“ der eingesetzten Faktoren als direkte Determinanten der technologischen Leistungsfähigkeit zu betrachten.

2. Patentanmeldungen¹⁾ und Patentedichte im Durchschnitt der Jahre 1992 - 1994 nach Bundesländern

Land	Patent-anmeldungen insgesamt	darunter der Wirtschaft		
		Anzahl	%	je 100 000 Einwohner
Baden-Württemberg	7 198	5 564	77,3	54,0
Bayern	6 611	4 971	75,2	41,6
Berlin	1 041	664	63,8	19,1
Brandenburg	208	132	63,3	5,2
Bremen	99	62	62,4	9,0
Hessen	2 812	2 295	81,6	38,3
Hamburg	453	268	59,2	15,7
Mecklenburg-Vorpommern	100	53	53,0	2,9
Niedersachsen	2 048	1 555	75,9	20,1
Nordrhein-Westfalen	6 695	5 255	78,5	29,4
Rheinland-Pfalz	1 503	1 258	83,7	31,7
Saarland	246	141	57,4	13,0
Sachsen	750	487	64,9	10,6
Sachsen-Anhalt	256	176	68,8	6,4
Schleswig-Holstein	564	388	68,7	14,3
Thüringen	372	221	59,4	8,8
Deutschland	30 957	23 489	75,9	28,8

1) Nach Erfindersitz.

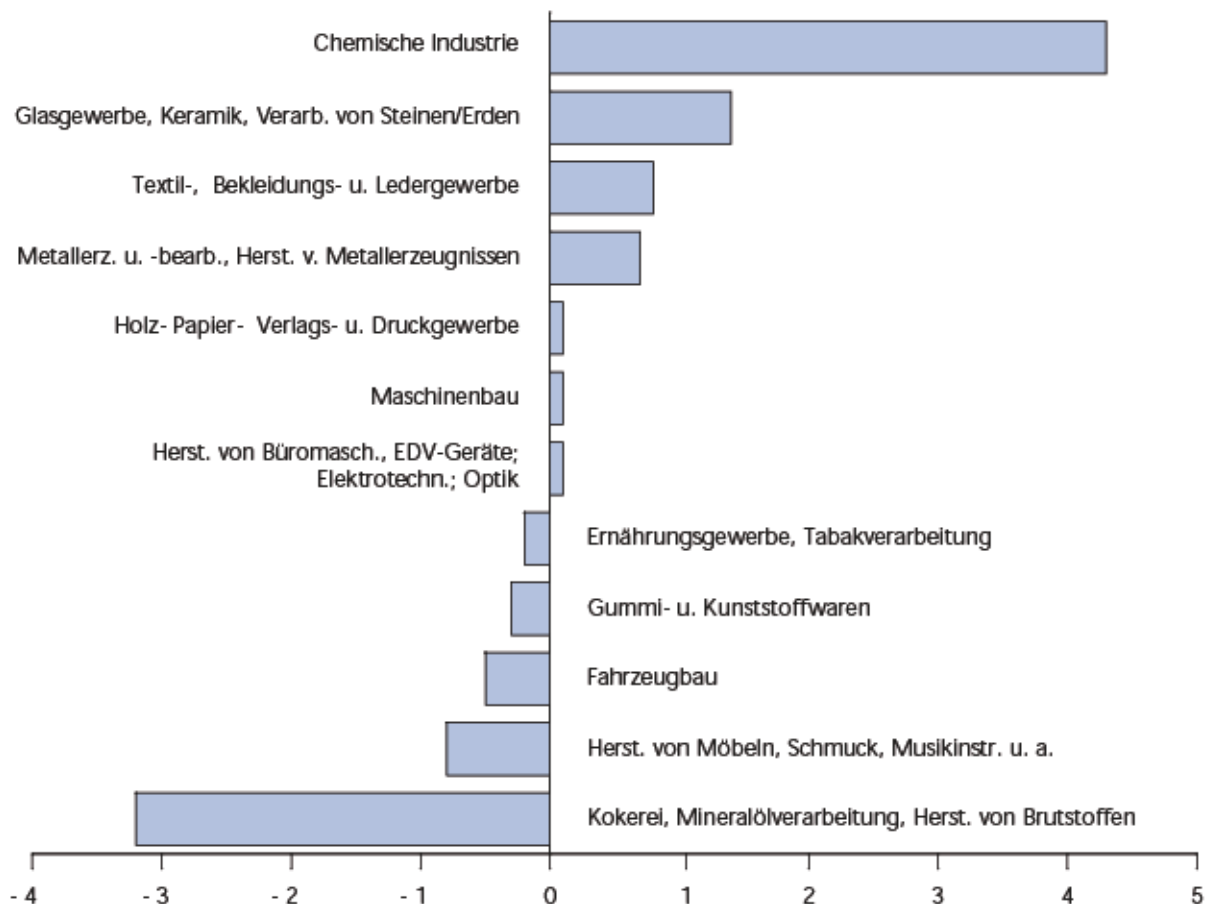
Quelle: Deutsches Patent- und Markenamt (Patentatlas 1998), Berechnungen des HSL.

7) Die überproportional starken Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen der international steigenden, pharmaziebezogenen Forschungsförderung dürfte dabei bereits in dieser Quote enthalten sein.

8) Dieser liegt unterhalb der gemessenen Marke von 0,0 %.

9) Die Kunststoffherstellung hat sich in den letzten Jahren stark weg von den klassischen, (Haushaltswaren und Bauwirtschaft) in Richtung technische Kunststoffwaren verschoben.

2. Abweichungen der FuE-Intensität¹⁾ im Verarbeitenden Gewerbe Hessens vom Bundesdurchschnitt 1997 nach wirtschaftlicher Gliederung (Angaben in Prozentpunkten)



1) Anteil der FuE-Beschäftigten eines Wirtschaftszweiges an allen Beschäftigten des jeweiligen Wirtschaftszweiges; Vollzeitäquivalente.

HSL 51/01

Quelle: Stifterverband Wissenschaftsstatistik, Statistisches Bundesamt, Berechnungen des HSL.

gischen Leistungskraft zu bestimmen. Am weitesten verbreitet ist in diesem Zusammenhang der Outputindikator „Patente“¹⁰⁾. Er ermöglicht, das Innovationspotenzial einer Region zu bestimmen und zugleich die technologische Schwerpunktsetzung der Wirtschaft zu bestimmen. Patentanmeldungen geben dabei nicht nur die Ergebnisse vorangegangener FuE-Aktivität wieder, sondern ermöglichen eine Einschätzung zukünftiger Prozesse. Als Frühindikator technologischer Entwicklungen dokumentieren Patentanmeldungen, wo und wie viel neues Innovationspotenzial geschaffen wurde.

Von den fast 31 000 Patentanmeldungen im Durchschnitt der Jahre 1992 bis 1994 in Deutschland entfallen über 9 % auf Hessen. Hierbei handelt es sich aber nicht allein um Erfindungen von Wirtschaftsunternehmen. Vielmehr sind hierin auch die Patente der so genannten Freien Erfinder und der

Wissenschaft enthalten. Nachfolgend sollen ausschließlich die Patentanmeldungen aus der Wirtschaft betrachtet werden. Ihr Anteil beträgt in Deutschland, so wird mit Blick auf Tabelle 2 deutlich, über 75 % aller Patentanmeldungen. In Hessen hingegen liegt der Anteil der Patentanmeldungen aus der Wirtschaft mit fast 82 % deutlich über dem Bundesdurchschnitt und auch höher als etwa in Baden-Württemberg (77 %) und Bayern (75 %).

Nochmals gesteigerte Bedeutung erfährt Hessen, wenn man die Patentanmeldungen der Wirtschaft auf die Einwohner bezieht¹¹⁾. Diese Messgröße macht deutlich, dass die Technologie- und Innovationsorientierung in den hessischen Wirtschaftsunternehmen über der der meisten anderen Länder und dem Bundesdurchschnitt (29) liegt. Mit durchschnittlich 38 Patenten je 100 000 Einwohner steht Hessen nach Baden-Württemberg (54) und Bayern (42) auf Platz drei in Deutschland.

FuE-Aktivitäten hessischer Regionen

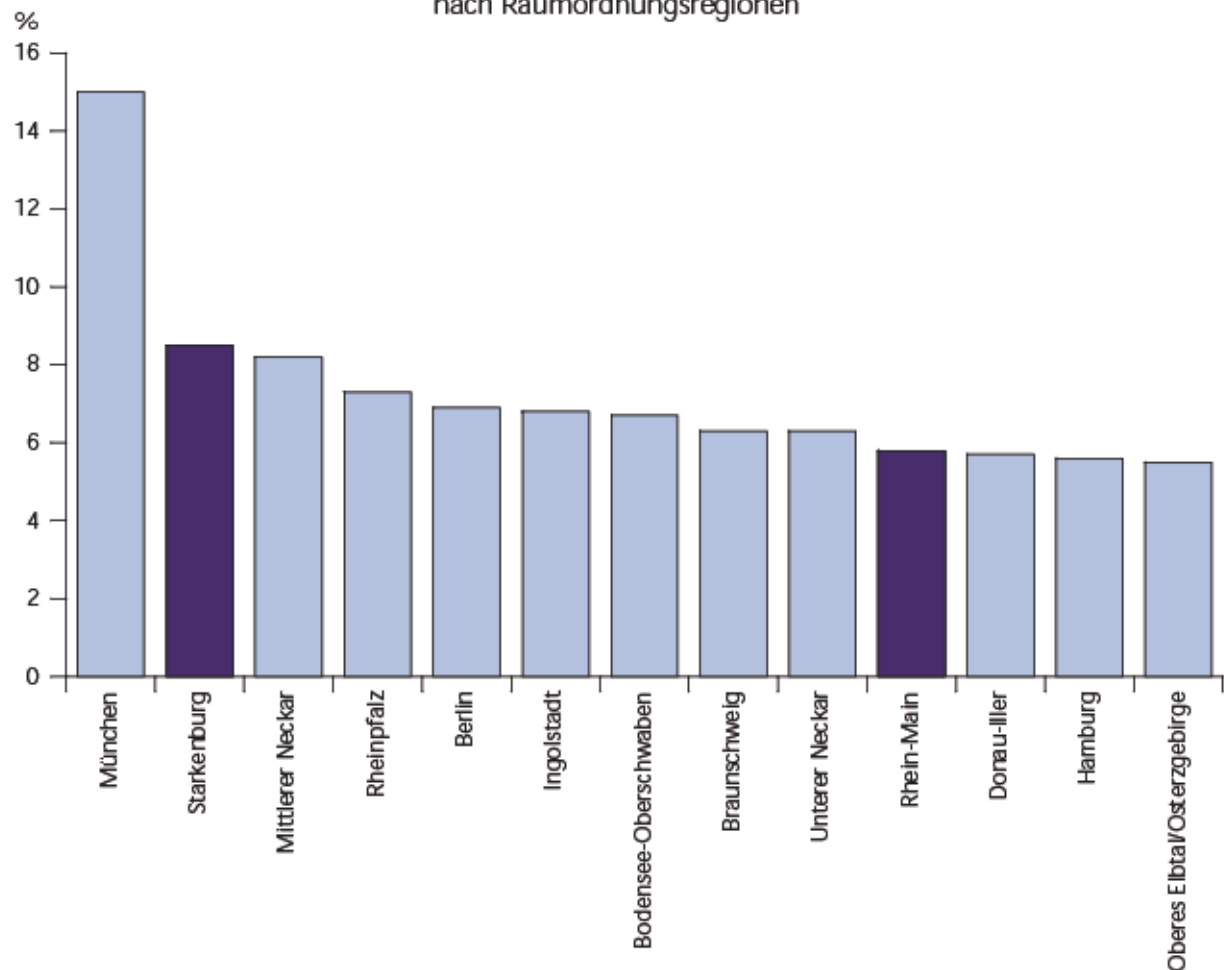
Industrielle Forschung und Entwicklung konzentriert sich tendenziell in Verdichtungsräumen¹²⁾. In Deutschland liegt die

10) Vgl. Indikatorenbericht, S. 107.

11) Patente werden sowohl nach dem Anmeldersitz als auch nach dem Erfindersitz erfasst. Im ersten Fall wird die Anmeldung nach dem Sitz des Anmelders regional zugeordnet, was für regional orientierte Analysen nur bedingt geeignet ist. So melden vor allem größere überregional und international tätige Unternehmen ihre Patente grundsätzlich über den Sitz der Unternehmenszentrale an.

12) Vgl. Gehrke/Legler, 1998

3. FuE-Intensität¹⁾ der Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe in Deutschland 1997 nach Raumordnungsregionen



1) Anteil der FuE-Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe an den Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt; Vollzeitäquivalente.

HSL 52/01

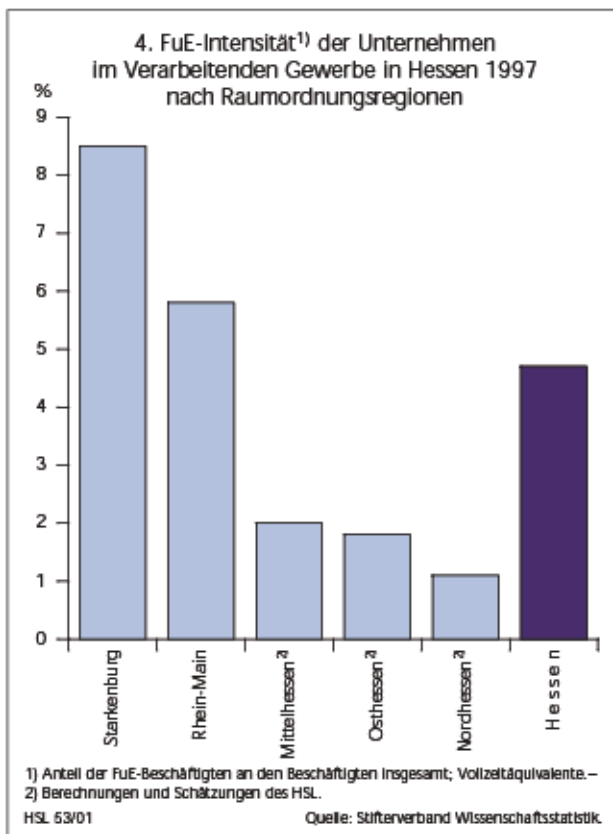
Quelle: Stifterverband Wissenschaftsstatistik, Bundesanstalt für Arbeit, N I W, FuE-Info 1/2000.

FuE-Intensität in hochverdichteten Ballungsräumen im Schnitt doppelt so hoch wie in den übrigen Regionen, wobei auch zukünftig von einer weiteren Verdichtung der FuE-Kapazitäten zu Gunsten der Kernstädte ausgegangen werden darf. Ursache hierfür ist, dass Standortentscheidungen im Wesentlichen durch die drei folgenden FuE-spezifischen Agglomerationsvorteile beeinflusst werden¹³⁾:

- Skaleneffekte in FuE bei Großunternehmen (FuE-Konzentration in der Unternehmenszentrale von Mehrbetriebsunternehmen), die einen Großteil des FuE-Personals absorbieren.
- Marktorientierte „Spillover-Effekte“ zwischen Unternehmen, z. B. zwischen forschenden Unternehmen, Zulieferern und Kunden.
- Verfügbarkeit von qualifiziertem Personal für den FuE-Prozess und FuE-Infrastruktur in Form von FuE-Einrichtungen und innovativen Dienstleistungsunternehmen.

13) Vgl. Gehrke/Legler, Innovationspotenziale deutscher Regionen im europäischen Vergleich, Berlin 2001, S. 142 ff.

Für Hessen, das über innovative Produkte sowie ein zukunftsorientiertes Forschungs- und Entwicklungs-Know-how verfügt, darf davon ausgegangen werden, dass es seine hohe technologische Kompetenz besonders in den südlich gelegenen Raumordnungsregionen zum Ausdruck bringt. Ein Vergleich regionaler FuE-Intensitäten, wie er in Schaubild 3 vorliegt, belegt die Annahme. Als regionale Kompetenzzentren in Hessen lassen sich demnach die Raumordnungsregionen Starkenburg und Rhein-Main identifizieren. Hier stellen besonders viele international operierende High-Tech-Unternehmen Produkte für den Weltmarkt her. Wie dominant die hessischen Regionen in Bezug auf die Forschungsintensität sind, kommt aber auch dadurch zum Ausdruck, dass die Raumordnungsregion Starkenburg mit einem Anteil der FuE-Beschäftigten von 8,5 % der Beschäftigten des Verarbeitenden Gewerbes nach München (Raumordnungsregion Oberbayern) Platz zwei in Deutschland einnimmt. Die Raumordnungsregion Rhein-Main erreicht darüber hinaus mit einem Anteil von 5,8 % einen beachtlichen zehnten Platz.



Während sich die FuE-Kapazitäten vor allem in den Verdichtungsräumen Starkenburg und Rhein-Main konzentrieren, verharren die FuE-Intensitäten der übrigen hessischen Raumordnungsregionen auf deutlich niedrigerem Niveau. Neben den allgemeinen Unterschieden zwischen Verdichtungsräumen und den weniger verdichteten Regionen kommt es in Hessen — wie in Schaubild 4 deutlich wird — zu einem ausgesprochenen Süd-Nord-Gefälle. So ist der Anteil der FuE-Beschäftigten an den Beschäftigten des Verarbeitenden Gewerbes in Starkenburg mehr als 6 Prozentpunkte, in Rhein-Main fast 4 Prozentpunkte höher als in den eher ländlichen bzw. gemischte Verdichtungsansätze aufweisenden Raumordnungsregionen Nordhessen, Osthessen und Mittelhessen.

Die schwache FuE-Intensität dieser Regionen ist als Indiz für das Vorhandensein regional disparitärer Wettbewerbsstrategien zu sehen. Während in den südhessischen Verdichtungsräumen eher technologieorientierte Konzepte zum Tragen kommen, ist der Wettbewerb in den anderen hessischen Regionen im Durchschnitt auf weniger forschungsintensive Produkte ausgerichtet. Unterstellt werden darf deshalb, dass die Mehrzahl der nord-, mittel- und osthessischen Industrieunternehmen tendenziell auf die Adaption forschungsintensiver Technologien und Produkte bei gleichzeitiger Konkurrenz durch preisliche oder andere Faktoren setzt.

14) Die gütermäßige Verflechtung entlang der Wertschöpfungskette kann dabei auch die regionale Ausbreitung von Innovationspotenzialen in an Verdichtungsräume angrenzende, weniger innovative Unternehmensstrukturen besitzende Räume initiieren.

15) Vgl. Tabelle 2

Die auffällige Konzentration forschungsintensiver Industrien in den südhessischen Raumordnungsregionen fußt hingegen auf einer Standortstrategie, die sich neben einer FuE-intensiven und technologiebezogenen Ausrichtung auch Faktoren wie die intra- und innerregionalen Verflechtungen zwischen den Unternehmen zu eigen macht. Folgerichtig können sich in den südhessischen Verdichtungsräumen kooperative Arbeitsformen entwickeln, die bis hin zu so genannten „Innovationsnetzwerken“ reichen. Insbesondere wirksam werden diese Prozesse für im Zulieferverbund tätige Industrieunternehmen¹⁴⁾.

Patentaktivität in den hessischen Regionen

Die deutlichen Unterschiede regionaler Forschungs- und Innovationspotenziale setzen eine räumlich stark abweichende Branchenspezialisierung innerhalb des forschungsintensiven Sektors voraus. Die damit verbundene differenzierte Innovationsstruktur hessischer Regionen spiegelt sich in Tabelle 3 wider. Demnach ist die Mehrzahl der Patente aus der Wirtschaft, auf die ein Anteil von über 80 % entfällt¹⁵⁾, der Raumordnungsregion Rhein-Main zuzurechnen. Allein über ein Viertel entfällt auf die Raumordnungsregion Starkenburg, während die Raumordnungsregion Osthessen auf nur auf 2 % aller Patentanmeldungen kommt. Hessische Innovationszentren beschränken sich somit allein auf die beiden südhessischen Ballungsräume Starkenburg und Rhein-Main. Hier werden FuE-spezifische Agglomerationseffekte, aber auch marktorientierte „Spillover-Effekte“ zwischen forschenden, zuliefernden, produzierenden und abnehmenden Unternehmenseinheiten wirksam.

Im Hinblick darauf ist zu klären, ob sich das hohe Gewicht von Forschung und Entwicklung in den Agglomerationsräumen, das meist an das Vorhandensein von Spitzentechnikbereichen, wie z. B. Luftfahrzeugbau, Nachrichtentechnik, Chemie/Pharmazie usw. gekoppelt ist, auch in Hessen wiederfindet. Da diese Produktionsbereiche besonders von den Standortvorteilen der Verdichtungsräume profitieren, industrielle Bereiche, wie z. B. der Maschinen- und Straßenfahrzeugbau, hingegen weniger spezifische Anforderungen an den Standort richten, ist zu unterstellen, dass sich die Innovationsschwerpunkte hessischer Maschinenbau- oder Fahrzeugbauunternehmen relativ gleichmäßig über ganz Hessen verteilen. Innovationsaktivitäten z. B. der hessischen Chemieunternehmen dürften sich hingegen eher in den Ballungsräumen bündeln.

Identifiziert werden können derartige Schwerpunkte durch einen Vergleich von Patentanmeldungen nach technischen Gebieten und Raumordnungsregionen. Die entsprechenden Strukturen für Hessen sind in Tabelle 3 abgebildet. Daraus geht hervor, dass sich die Innovationspotenziale des Maschinenbaus relativ gleichmäßig über das Bundesland verteilen, während die regionalen Innovationsschwerpunkte bei der

3. Patentanmeldungen¹⁾ der hessischen Wirtschaft im Durchschnitt der Jahre 1992 - 1994 nach technischen Gebieten und Raumordnungsregionen

Technisches Gebiet	Patentanmeldungen in . . .													
	Deutschland	Hessen		Nordhessen		Mittelhessen		Osthessen		Rhein-Main		Starkenburg		
		%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Organische Chemie	5,2	232	10,1	1	0,9	8	2,7	0	0,6	126	10,3	97	15,3	
Messen, Prüfen, Optik, Fotografie	7,2	193	8,4	6	5,4	36	12,5	4	7,8	94	7,7	54	8,5	
Elektrotechnik	9,3	188	8,2	6	5,5	35	12,1	2	4,9	103	8,4	42	6,7	
Fahrzeuge, Schiffe, Flugzeuge	8,7	173	7,5	16	15,0	12	4,0	5	9,3	98	8,0	43	6,8	
Maschinenbau im Allgemeinen	6,3	149	6,5	9	8,6	16	5,7	3	5,3	82	6,7	39	6,1	
Fördern, Heben	5,8	106	4,6	4	4,1	17	5,9	6	13,0	46	3,8	32	5,1	
Trennen, Mischen	4,4	103	4,5	6	5,9	8	2,9	3	5,6	64	5,2	22	3,4	
Organische makromolekulare Verbindungen	3,3	102	4,4	1	1,0	4	1,4	0	0,6	62	5,1	34	5,4	
Bauwesen	4,4	84	3,7	8	7,3	19	6,5	3	6,8	36	2,9	19	3,0	
Kraft- und Arbeitsmaschinen	5,2	80	3,5	3	2,8	5	1,6	6	11,9	44	3,6	23	3,6	
Elektronik, Nachrichten	4,0	75	3,3	2	1,6	8	2,8	1	1,6	28	2,3	36	5,7	
Anorganische Chemie	2,3	72	3,1	3	2,5	12	4,1	2	4,1	47	3,8	9	1,4	
Schleifen, Pressen, Werkzeuge	4,0	68	3,0	7	6,6	11	3,9	1	2,1	31	2,5	18	2,9	
Beleuchtung, Heizung	3,1	68	2,9	11	10,2	30	10,3	1	1,4	22	1,8	4	0,6	
Farbstoffe, Mineralölindustrie, Öle, Fette	2,2	63	2,7	0	0,3	1	0,5	1	1,2	38	3,1	23	3,6	
Gesundheitsw. (o. Arzneim.), Vergnügung	3,0	63	2,7	7	7,0	7	2,3	1	2,7	33	2,7	15	2,3	
Hüttenwesen	1,5	62	2,7	0	0,2	3	1,0	0	0,8	52	4,2	7	1,1	
Medizinische und kosmetische Präparate	1,2	62	2,7	0	0,1	7	2,5	0	0,0	19	1,6	35	5,6	
Persönlicher Bedarf, Haushaltsgegenstände	2,1	58	2,5	2	1,7	7	2,4	1	2,7	35	2,8	13	2,0	
Zeitmessen, Steuern, Regeln, Rechnen	3,3	53	2,3	3	2,4	4	1,5	2	3,3	33	2,7	12	1,8	
Metallbearbeitung, Gießerei, Werkzeugm.	3,3	52	2,3	4	4,1	13	4,4	1	1,0	27	2,2	8	1,2	
Druckerei	2,1	51	2,2	0	0,3	1	0,5	1	1,4	36	2,9	13	2,1	
Unterricht, Akustik, Informationsspeich.	1,2	38	1,7	0	0,4	9	3,1	1	1,2	11	0,9	1,8	2,8	
Textilien, biegsame Werkstoffe	2,2	35	1,5	1	0,6	2	0,8	2	4,9	24	1,9	6	0,9	
Papier	0,9	17	0,7	1	0,7	0	0,1	0	0,0	12	1,0	4	0,6	
Nahrungsmittel, Tabak	0,7	14	0,6	0	0,3	4	1,5	1	1,4	6	0,5	2	0,3	
Fermentierung, Zucker, Häute	0,5	14	0,6	0	0,2	5	1,6	0	0,0	6	0,5	4	0,6	
Waffen, Sprengwesen	0,6	9	0,4	4	3,5	1	0,3	1	1,4	3	0,3	0	0,0	
Landwirtschaft	0,9	5	0,2	1	0,9	2	0,7	0	0,0	1	0,1	1	0,1	
Kernphysik	0,2	4	0,2	0	0,0	0	0,0	0	0,0	3	0,2	1	0,1	
Noch nicht nach IPC klassifiziert	0,2	3	0,1	0	0,1	1	0,2	0	0,4	1	0,1	1	0,2	
Bergbau	0,4	2	0,1	0	0,0	0	0,0	1	2,3	1	0,1	0	0,0	
Insgesamt	100	2 295	100	106	100	287	100	49	100	1 222	100	632	100	

Rang 1
 Rang 2
 Rang 3
 (jeweils innerhalb einer Region)

1) Erfasst nach Erfindersitz.

Quelle: Deutsches Patent- und Markenamt (Patentatlas 1998), Berechnungen des HSL.

Chemischen Industrie, die in Hessen mit einem Anteil (organische Chemie) von 10 % fast doppelt so hoch sind wie im Bund, deutlich voneinander abweichen. So entfallen allein 15 % aller Patentanmeldungen der Raumordnungsregion Starkenburg und 10 % aller Patentanmeldungen der Raumordnungsregion Rhein-Main auf die Organische Chemie. Demgegenüber spielt diese Sparte mit Anteilen von 0,6 bis 2,7 % in allen anderen hessischen Raumordnungsregionen eine eher untergeordnete Rolle.

Ein weiterer Schwerpunkt in der Raumordnungsregion Rhein-Main bildet die Elektrotechnik. In diesem Feld erreichen die Patentanmeldungen einen Anteil von 8,4 % gegenüber 9,3 % im Bund, wo sich die meisten Anmeldungen auf dieses Gebiet konzentrieren. In der Region Starkenburg lie-

gen die Innovationsstärken hingegen — abgesehen von der organischen Chemie — in den technischen Gebieten Messen, Prüfen, Optik, Fotografie (8,5 %) und Fahrzeuge, Schiffe, Flugzeuge (6,8 %). Hierfür verantwortlich sind insbesondere die Unternehmen aus der Medizin-, Mess-, Steuer-, Regelungstechnik und Optik, die in den letzten Jahren mit ihrer strategischen Orientierung auf die Entwicklung und Herstellung von Hightech-Geräten zum Aufbau regionaler Innovationspotenziale beigetragen haben.

Im Unterschied zu den südhessischen Raumordnungsregionen liegen die Innovationsschwerpunkte Nordhessens in völlig anderen technischen Gebieten. 15 % aller Patentanmeldungen entfallen hier auf das Gebiet Fahrzeuge, Schiffe, Flugzeuge, weitere 10 % auf das Gebiet Beleuchtung, Hei-

zung und 8,6 % auf das Gebiet Maschinenbau. Allerdings sind in allen technischen Feldern nur wenige Industrieunternehmen mit internationaler Ausrichtung prägend: ein großer Kraftwagenzulieferer, ein Heiztechnikhersteller und eine Hand voll Maschinenbauunternehmen.

Eine nochmals andere Struktur haben die Innovationspotenziale Mittelhessens. Mit einem Anteil von 13 % der Patentanmeldungen liegt hier das Gebiet Messen, Prüfen, Optik, Fotografie an der Spitze, dicht gefolgt von der Elektrotechnik mit 12 % und dem Gebiet Beleuchtung, Heizung mit 10 %. Hingegen steht in Osthessen mit 13 % das Gebiet Fördern, Heben und mit 12 % das Gebiet Kraft- und Arbeitsmaschinen an der Spitze. Mit 9,3 % folgt diesen das technische Gebiet Fahrzeuge, Schiffe, Flugzeuge. Auf Grund der geringen

Zahl der Patentanmeldungen spielt Osthessen für die gesamthessische Innovationsstruktur eine untergeordnete Rolle.

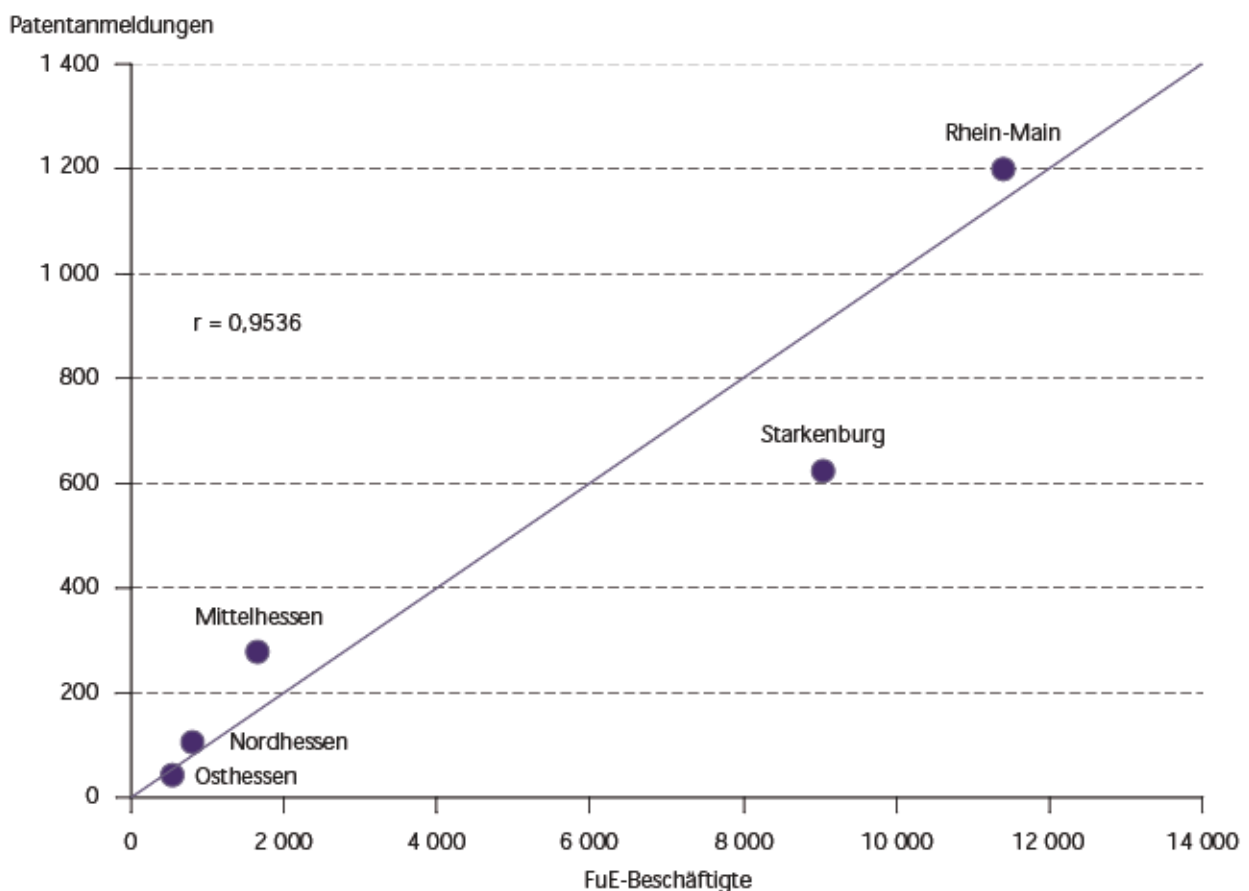
Regionale FuE-Aktivitäten beeinflussen Innovationspotenziale

Forschung und Entwicklung sind die Basis für technologisches Wissen. Sie ermöglichen technische Verbesserungen, die den Absatz der Produkte sichern. Auf der Basis der in den vorangegangenen Abschnitten gewonnenen, regional differenzierten Ergebnisse lassen sich Patentdaten mit FuE-Daten verknüpfen. Festgestellt werden soll hierbei, ob zwischen einem Input-Indikator (FuE-Beschäftigte) als Ausdruck einer hohen Forschungsbereitschaft und einer Erhöhung des Forschungsausput (Patentanmeldungen) eine enge Korrelation besteht¹⁶⁾.

Die Stärke des Zusammenhangs von FuE-Intensität und Innovationsaktivität auf der Ebene hessischer Raumordnungsregionen lässt sich aus Schaubild 5 ablesen. Zu Grunde gelegt

16) Von besonderem Interesse hierbei ist es herauszufinden, ob sich dieser Zusammenhang für den industriellen Bereich in den einzelnen Regionen Hessens verifizieren lässt, zumal andere Untersuchungen bereits einen regionalen Zusammenhang von FuE-Ausgaben und Patentanmeldungen zeigen. (Vgl. auch Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Hg.): Patente und andere gewerbliche Schutzrechte — Indizien für ein innovatives Land, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, 1/2000, Stuttgart 2000.).

5. Korrelation der Patentanmeldungen¹⁾ der hessischen Wirtschaft im Durchschnitt der Jahre 1992 bis 1994 und der FuE-Beschäftigten²⁾ im hessischen Verarbeitenden Gewerbe



1) Patente nach dem Erfindersitz. – 2) Vollzeitäquivalente.

HSL 54/01 Quelle: Deutsches Patent- und Markenamt (Patentatlas 1998), Stifterverband Wissenschaftsstatistik, Berechnungen und Schätzungen des HSL.

wurden bei der Analyse die FuE-Beschäftigten und die Patentanmeldungen des Verarbeitenden Gewerbes. Um dem in der Praxis chronologisch vorgeschalteten FuE-Einsatz gerecht zu werden, wurden zeitbezogene Durchschnittswerte gebildet. Damit berücksichtigt die zwischen FuE-Personaleinsatz und Patentanmeldung gewählte zeitliche Differenz das Ergebnis einer Untersuchung für Deutschland, wonach die FuE-Aktivitäten ihre Wirkung erst mit einer zeitlichen Verschiebung von ein bis zwei Jahren auf die Patentanmeldungen entfalten¹⁷⁾.

Das Ergebnis zeigt einen hohen Zusammenhang zwischen FuE-Intensität und Patentaktivität. Der Korrelationskoeffizient, ein Maß für die Streuung um die Regressionsgerade, nimmt den hohen Wert von 0,9536 an. Forschung und Entwicklung üben somit einen bedeutenden Einfluss auf die Innovationsfähigkeit Hessens aus. Dabei nehmen die Patentanmeldungen im Verhältnis zur FuE-Intensität zu. Die Korrelation zwischen der Zahl der FuE-Beschäftigten und den daraus resultierenden Patenten allerdings verläuft im interregionalen Vergleich nicht linear. So entfallen, abgesehen von den Raumordnungsregionen Osthessen und Nordhessen, auf die Industrie in der Region Rhein-Main und in Mittelhessen vergleichsweise mehr Patentanmeldungen als erwartet. Besonders gering ist die Patentausbeute im Verhältnis zum eingesetzten FuE-Personal in der Raumordnungsregion Starkenburg. Die Effizienz des FuE-Outputs — gemessen an den Patentanmeldungen — liegt hier deutlich unter der aller anderen hessischen Regionen. Ein Teil der geringeren Effizienz dürfte hierbei durch die nach technischen Gebieten abweichenden Forschungsschwerpunkte zu erklären sein. So neigen Unternehmen aus Branchen mit Produkten, die einen hohen Patentschutz voraussetzen zu einer gesteigerten Patentaktivität und umgekehrt. Von weiterem Einfluss sind die unterschiedlichen Unternehmensgrößenstrukturen. Tendenziell nimmt der Output nämlich im Verhältnis zum FuE-Input mit zunehmender Unternehmensgröße ab.

Inwieweit diese Effekte jedoch ursächlich für die abweichende Effizienz beim FuE-Output verantwortlich sind, kann an dieser Stelle nicht geklärt werden. Die relativ vergleichbaren Forschungsstrukturen nach technischen Gebieten und Unternehmensstrukturen der Raumordnungsregionen Starkenburg und Rhein-Main deuten jedoch auch auf einen realen Unterschied regionaler Effizienzen hin.

Forschungs- und Innovationspotenziale hessischer Regionen im europäischen Vergleich

Unternehmen prüfen heute europaweit alternative Standorte, Subventionsunterschiede, regionale Marktzugangschancen und das so genannte lokale Umfeld. Tendenziell abneh-

4. FuE-Intensität der Unternehmen im Produzierenden Gewerbe 1995 in ausgewählten europäischen Regionen

Rang	Region		FuE-Intensität ¹⁾ (in %)
1	FIN	Uusimaa	10,1
2	S	Stockholm	9,2
3	F	Île de France	7,8
4	S	Västsverige	6,4
5	B	Region Bruxelles-capitale	5,1
6	D	Bremen	4,3
7	S	Östra Mellansverige	3,7
8	D	Hamburg	3,7
9	NL	Zuid-Nederland	3,5
10	FIN	Pohjois-Suomi	3,5
11	FIN	Etelä-Suomi	3,5
12	D	H e s s e n	3,3
13	UK	East Anglia	3,3
14	CH	Schweiz	3,2
15	D	Baden-Württemberg	3,2

1) Anteil der FuE-Beschäftigten der Unternehmen des Produzierenden Gewerbes an den Beschäftigten insgesamt im Produzierenden Gewerbe; Vollzeitäquivalente.

Quelle: Eurostat (New Cronos Regio-Datenbank), Forschung und Entwicklung 1999, Lokale Quellen, Berechnungen und Schätzungen des NIW (vgl. Gehrke/Legler 2001).

mende Lohnkostendifferenzen stärken Aspekte wie Qualität und Innovativität. Preise und Lohnkosten hingegen verlieren im regionalen Standortwettbewerb an Bedeutung.

Inwieweit die Innovationspotenziale Hessens vor diesem Hintergrund ausreichen, um auch auf internationalen Märkten zu bestehen, zeigt Tabelle 4. Hessen zählt demnach — gemessen an der FuE-Intensität — auch im internationalen Vergleich zur Spitze. Erneut veranschaulicht wird aber auch die starke Stellung zu anderen deutschen Bundesländern. Allein die Stadtstaaten Bremen und Hamburg sind demnach in der Lage, Hessen im internationalen Regionalvergleich zu überrunden. Auf der anderen Seite wird trotz dieser guten Stellung ein beachtlicher Abstand gegenüber führenden europäischen Regionen wie z. B. Uusimaa erkennbar. So erreicht das FuE-Personal in der südfinnischen Region, wo ein Drittel des finnischen Bruttoinlandsprodukts erwirtschaftet wird, einen Anteil von über 10 % der Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe. Ebenfalls deutlich ist das Gefälle gegenüber der Region Stockholm (9,2 %) und der französischen Region Île de France (7,8 %).

Die positive Beurteilung hessischer Forschungspotenziale allein sagt aber wenig über die Qualität der untergeordneten Regionen in ihrer Funktion als Unternehmensstandort aus. Unklar bleibt deshalb zunächst auch, ob es sich bei hessischen Regionen um internationale High-Tech-Standorte handelt. Als High-Tech-Standorte gelten dabei all jene Räume, in denen überproportional viele Arbeitnehmer tätig sind, die in Hochtechnologie-Branchen und -Unternehmen beschäftigt sind. Der Anteil der High-Tech-Beschäftigten wiederum gilt als Indikator zur Beurteilung der zukünftigen Wettbewerbsposition¹⁸⁾. Gemessen hieran, so wird mit Blick

17) Vgl. Patentatlas.

18) 1997 war im EU-Durchschnitt gut ein Viertel der Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe im industriellen Hochtechnologiektor beschäftigt. (Vgl. Gehrke/Legler, 2001, S. 66.).

**5. Beschäftigte in industriellen
Hochtechnologiesektoren gemessen an den
Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe 1997
nach ausgewählten europäischen Regionen
(Messzahlen, EU-15 = 100)**

Rang	Region ¹⁾		Messzahlen (EU-15 = 100)
1	D	Reg.- Bez. Stuttgart	181
2	D	Reg.- Bez. Rheinhessen-Pfalz	177
3	D	Reg.- Bez. Karlsruhe	173
4	F	Franche-Comté	171
5	UK	Hampshire, I.O. Wight	171
6	D	Reg.- Bez. Darmstadt	166
7	UK	Hereford et. Al.	164
8	D	Reg.- Bez. Braunschweig	161
9	S	Västsverige	160
10	D	Reg.- Bez. Oberbayern	158

1) Kursiv sind die Regionen gekennzeichnet, in denen in den ausgewählten Sektoren weniger als 100 000 Personen beschäftigt sind.
Quelle: Eurostat (New Cronos Regio-Datenbank), Berechnungen des NIW, vgl. Gehrke/Legler: Innovationspotenziale, S.69.

auf Tabelle 5 deutlich, erreicht die FuE-Aktivität in Hessen ein international hohes Niveau. Auch der Beschäftigtenanteil in industriellen Hochtechnologiebranchen zählt in Südhessen (Regierungsbezirk Darmstadt) bezogen auf den EU-Durchschnitt zur Spitzengruppe.

Die vergleichsweise hohe unternehmerische Spezialisierung auf Hochtechnologiebranchen ist zudem daran abzulesen, dass Südhessen den bayerischen High-Tech-Standort Oberbayern übertreffen kann. Mit Abstand übertroffen wird Südhessen andererseits von den Regionen Stuttgart und Rheinhessen-Pfalz. Deren Beschäftigtenanteil in Hochtechnologiebranchen liegt mit einem Index von mehr als 175 deutlich über dem europäischen Durchschnitt (EU-15 = 100). Das Fehlen weiterer hessischer Regionen in der Spitzengruppe internationaler Hochtechnologiestandorte dokumentiert nochmals die geringe Durchsetzung der nord-, mittel- und osthessischen Regionen mit technologieorientierten Industrieunternehmen. In diesen Regionen werden demnach auch im internationalen Wettbewerb nur selten innovationsgeleitete Wettbewerbsstrategien verfolgt.

Patentaktivität hessischer Regionen im europäischen Vergleich

Die Internationalisierung der Märkte erfordert eine besondere Form des Schutzes für Erfindungen. In diesem Zusammenhang dienen internationale Patentanmeldungen vor allem zur Absicherung des Exportgeschäftes und bilden folgerichtig eine Domäne exportorientierter Industriezweige. Da das internationale Patentanmeldeverfahren höhere Kosten als das nationale Verfahren verursacht, kommt den internationalen Patenten eine besondere ökonomische Wertschätzung zu. In der vorliegenden Untersuchung wurden hierzu

19) Eine Euro-PCT-Anmeldung durchläuft zunächst eine internationale, daran anschließend eine regionale Phase. Weitere Informationen zu den einzelnen Patentanmeldeverfahren werden vom Deutschen Patent- und Markenamt zur Verfügung gestellt.
20) NUTS-1 Ebene.

Patente der beiden Anmeldevarianten EPA-Direktanmeldungen (EPA = Europäisches Patentamt) und Euro-PCT-Anmeldungen einbezogen¹⁹⁾. Die Daten über europäische Patentanmeldungen werden von Eurostat in regionalisierter Form nach dem Erfindersitz angeboten.

Nachdem für Hessen im vorangegangenen Abschnitt ein im internationalen Vergleich hoher FuE-Input nachgewiesen werden konnte, ist zu fragen, ob hessische Unternehmen auch in überdurchschnittlichem Umfang Patente am EPA anmelden. Wie hierzu aus Schaubild 6 hervorgeht, liegt die Zahl der europäischen Patentanmeldungen in Hessen, jeweils bezogen auf 1 Mill. Einwohner, weit über dem Niveau der EU-Staaten.

Noch aussagekräftiger ist ein Vergleich Hessens mit anderen europäischen Regionen vergleichbarer Größe²⁰⁾. Das Ergebnis einer solchen Gegenüberstellung zeigt abermals Hessens hohes internationales Innovationspotenzial. Wie Tabelle 6 zeigt, können, gemessen an der Bevölkerung, nur Baden-Württemberg und Bayern mehr europäische Patentanmeldungen als Hessen vorweisen. Zudem schneidet der Freistaat mit 256 Anmeldungen nur unwesentlich besser ab als Hessen, auf das 255 Anmeldungen entfallen. Beachtenswert ist auch, dass europäische Regionen, die im allgemeinen Verständnis als besonders „innovativ“ gelten (z. B. Île de France), eine geringere Innovationsdichte aufweisen, als dies in Hessen der Fall ist.

Entscheidend für den internationalen Standortwettbewerb ist aber nicht allein die Anzahl der Patentanmeldungen, sondern auch deren Schwerpunktsetzung nach Technikfeldern. Innovative Regionen, so ist zu unterstellen, besitzen deshalb spezifische wirtschaftsbereichsbezogene FuE-Intensitäten.

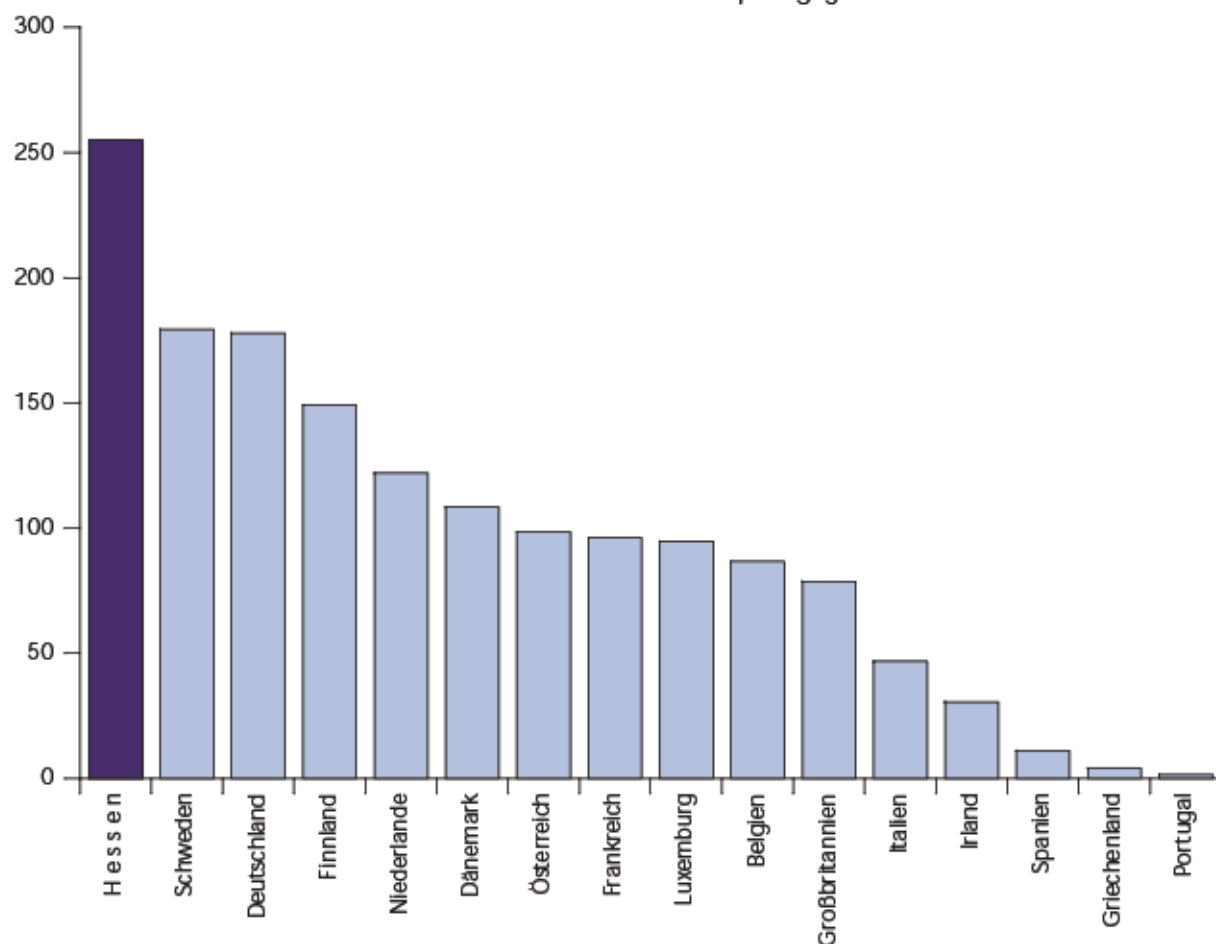
Aus der Übersicht (Seite 302) geht hervor, in welchen industriellen Technikfeldern Hessen im Vergleich zu anderen europäischen Regionen über besondere Stärken und Schwächen verfügt. Hier ist ein Überblick über die, gemessen an ihren Patentanmeldungen am EPA, erfolgreichsten Regionen aufgeführt, das heißt, diejenigen der rund 170 europäischen Regionen, die höhere Patentintensitäten aufweisen als der EU-Durchschnitt.

6. Europäische Patentanmeldungen im Durchschnitt der Jahre 1990 - 1998 nach ausgewählten Regionen der NUTS-1-Ebene

Region	Anmeldungen	
	insgesamt	je 1 Mill. Einwohner
D Baden-Württemberg	3 221	318
D Bayern	3 024	256
D H e s s e n	1 506	255
NL Süd-Niederlande	806	238
D Rheinland-Pfalz	911	234
F Île de France	2 298	210
D Nordrhein-Westfalen	3 098	175
D Hamburg	246	146
F Centre-Est	988	144
I Lombardia	950	107

Quelle: Eurostat, Berechnungen des HSL.

6. Europäische Patentanmeldungen¹⁾ je 1 Mill. Einwohner im Durchschnitt der Jahre 1990 bis 1998²⁾ nach Ursprungsgebieten



1) Direktanmeldungen beim EPA sowie in die regionale Phase eintretende Euro-PTC-Anmeldungen. – 2) 1997 und 1998 vorläufige Daten.

HSL 55/01

Quelle: Eurostat, Berechnungen des HSL.

Hessische Regionen gehören demnach auch in den großen industriellen Technikfeldern zur internationalen Spitze. Insbesondere der Regierungsbezirk Darmstadt ist sowohl hinsichtlich aller europäischen Patentanmeldungen als auch im Technikfeld Chemie, Hüttenwesen in der Spitzengruppe zu finden. Deutlich wird aber auch, dass Südhessen wie keine andere hessische Region in allen wichtigen industriellen Technologiebereichen aktiv ist. Als Kompetenzzentrum der Chemische Industrie spielt der Regierungsbezirk Darmstadt sogar eine führende Rolle in Europa. Beachtliche Erfolge konnte zudem der Regierungsbezirk Gießen erzielen. Dabei gilt die gute Positionierung Mittelhessens als Beleg dafür, dass auf sektoraler Ebene nicht allein südhessische Regionen in der Lage sind, überdurchschnittlich hohe Patentaktivitäten zu erreichen. Im Unterschied zu Südhessen ist die Zahl der Patentanmeldungen in den anderen Regionen allerdings meist nur sehr gering.

Ebenso spielen hessische Regionen auch in dem wichtigen industriellen Technikfeld „Maschinenbau, Beleuchtung, Heizung“ eine bedeutende Rolle. Zwar befindet sich keine von

ihnen in der Spitzengruppe, die Patentanmeldungen des Regierungsbezirk Darmstadts werden jedoch als stark überdurchschnittlich klassifiziert. Überdurchschnittliche Konzentration regionaler Patentaktivitäten verzeichnen in diesem Technikfeld auch die Regierungsbezirke Gießen und Kassel. Sie befinden sich damit auf vergleichbarem Niveau wie Düsseldorf oder Rheinhessen-Pfalz.

Etwas schwächer vertreten sind die hessischen Regionen hingegen im Technikfeld der Elektrotechnik. Hier gelingt es den nord- und mittelhessischen Regionen auf europäischer Ebene nicht, eine führende Rolle einzunehmen. Allein der Regierungsbezirk Darmstadt schafft es, in die Gruppe der Regionen mit überdurchschnittlich hohen Patentaktivitäten aufzusteigen. Südhessen bewegt sich damit in einem Feld, in dem auch ein großer Teil der übrigen deutschen Regionen anzutreffen ist.

Ergebnis und innovationspolitische Schlussfolgerungen

Forschung und Entwicklung haben einen bedeutenden Einfluss auf die Entwicklung der technologischen Wettbewerbsfähig-

**Übersicht: Innovative europäische Regionen¹⁾ 1993 bis 1995/96
nach ausgewählten Technikfeldern**

Patentanmeldungen beim Europäischen Patentamt insgesamt		darunter nach Technikfeldern		
		Chemie, Hüttenwesen	Maschinenbau, Beleuchtung, Heizung u. a.	Elektrotechnik
Spitzengruppe				
D Reg.-Bez. Rheinhessen-Pfalz	D Reg.-Bez. Rheinhessen-Pfalz	D Reg.-Bez. Stuttgart	NL Noord-Brabant	
D Reg.-Bez. Darmstadt	D Reg.-Bez. Darmstadt	D Reg.-Bez. Tübingen	FIN Uusimaa	
D Reg.-Bez. Oberbayern	D Reg.-Bez. Düsseldorf	D Reg.-Bez. Oberbayern	D Reg.-Bez. Oberbayern	
FIN Uusimaa	D Reg.-Bez. Köln	D Reg.-Bez. Karlsruhe	S Stockholm	
D Reg.-Bez. Stuttgart	B Vlaams Brabant	D Reg.-Bez. Freiburg	D Reg.-Bez. Mittelfranken	
S Stockholm	B Brabant Wallon	A Vorarlberg	D Reg.-Bez. Stuttgart	
			FIN Pohjois-Suomi	
Stark überdurchschnittlich				
D Reg.-Bez. Freiburg	D Reg.-Bez. Karlsruhe	D Reg.-Bez. Köln	S Sydsverige	
D Reg.-Bez. Karlsruhe	FIN Uusimaa	D Reg.-Bez. Unterfranken	D Reg.-Bez. Hamburg	
NL Noord-Brabant	D Reg.-Bez. Freiburg	D Reg.-Bez. Mittelfranken	F Île de France	
D Reg.-Bez. Mittelfranken	D Reg.-Bez. Oberbayern	F Centre	D Reg.-Bez. Oberpfalz	
D Reg.-Bez. Köln	B Liège	F Île de France	F Rhône-Alpes	
D Reg.-Bez. Tübingen	B Bruxelles	D Reg.-Bez. Darmstadt	D Reg.-Bez. Freiburg	
D Reg.-Bez. Düsseldorf	NL Limburg	S Stockholm		
CH Schweiz				
B Brabant Wallon				
Überdurchschnittlich				
F Île de France	F Alsace	D Reg.-Bez. Gießen	D Reg.-Bez. Karlsruhe	
S Sydsverige	D Reg.-Bez. Münster	D Reg.-Bez. Arnberg	D Reg.-Bez. Darmstadt	
B Antwerpen	F Rhône-Alpes	D Reg.-Bez. Düsseldorf	D Reg.-Bez. Berlin	
D Reg.-Bez. Unterfranken	F Île de France	D Reg.-Bez. Rheinhessen-Pfalz	D Reg.-Bez. Hannover	
D Reg.-Bez. Schwaben	NL Zuid-Holland	D Reg.-Bez. Schwaben	S Norra Mellansverige	
F Rhône-Alpes	S Stockholm	S Östra Mellansverige	D Reg.-Bez. Unterfranken	
FIN Etelä-Suomi	B Antwerpen	D Reg.-Bez. Kassel	B Antwerpen	
S Östra Mellansverige	A Oberösterreich	S Vaest sverige	F Alsace	
D Reg.-Bez. Hamburg	D Reg.-Bez. Gießen	S Sydsverige	D Reg.-Bez. Schwaben	
D Reg.-Bez. Hannover	D Reg.-Bez. Unterfranken	D Reg.-Bez. Oberpfalz	A Vorarlberg	
FIN Pohjois-Suomi	NL Overijssel	D Reg.-Bez. Niederbayern	D Reg.-Bez. Tübingen	
A Vorarlberg		D Reg.-Bez. Oberfranken	FIN Etelä-Suomi	
D Reg.-Bez. Gießen		A Oberösterreich		
B Vlaams Brabant		D Reg.-Bez. Koblenz		
S Övre Norrland		I Valle d' Aosta		
S Norra Mellansverige		B Brabant Wallon		
D Reg.-Bez. Koblenz		S Övre Norrland		
D Reg.-Bez. Arnberg		FIN Väli-Suomi		
F Alsace		FIN Uusimaa		
D Reg.-Bez. Oberpfalz				

1) Gemessen an den Patenten je 100 000 Erwerbstätigen; kursiv sind die Regionen gekennzeichnet, die bei den absoluten Zahlen bzw. den Patentanmeldungen sehr geringe Werte aufweisen.

Quelle: Eurostat (New Cronos Regio-Datenbank), Berechnungen NIW, vgl. Gehrke/Legler 2001, S. 82 ff.

keit eines Landes. Dabei setzen Innovationspotenziale wichtige Akzente für Wachstum und Beschäftigung in der Region. Für Hessen konnte im vorliegenden Beitrag eine hohe Konzentration forschungsintensiver Industrien nachgewiesen werden. Gemessen am Forschungspersonal liegt die FuE-Intensität des Bundeslandes an der Spitze aller deutschen Flächenländer. Am größten ist die Zahl der FuE-Kräfte in der Chemischen Industrie. Allein dort arbeiten knapp 9800 FuE-Beschäftigte, was einem Anteil von 37 % aller in der hessischen Industrie beschäftigten FuE-Mitarbeiter entspricht. Auch gemessen an den FuE-Intensitäten liegen die Forschungsaktivitäten in Hessen überdurchschnittlich hoch. So sind immerhin 14 % aller Chemiebeschäftigten mit FuE-Aufgaben betraut. Die FuE-Intensität dieses Bereichs liegt damit um beachtliche 4,3 Prozentpunkte höher als in Deutschland. Überraschend defizitär ist die FuE-Aktivität hingegen im ebenfalls bedeutenden hessischen Fahrzeugbau.

Dort liegt die Quote um 0,5 Prozentpunkte unter der Deutschlands.

Durch eine Analyse der FuE-Outputseite konnte deutlich gemacht werden, dass Hessen — bezogen auf die Patentanmeldungen —, eine ebenfalls hohe Technologie- und Innovationsorientierung besitzt. Mit durchschnittlich 38 Patenten (Wirtschaft) je 100 000 Einwohner belegt Hessen nach Baden-Württemberg (54) und Bayern (42) Platz drei in Deutschland. Ein interregional angelegter Vergleich konnte zudem eine hohe Konzentration hessischer Kompetenzzentren in den südlichen Raumordnungsregionen Starkenburg und Rhein-Main aufdecken. Die Forschungsintensität dieser Regionen spiegelt sich darin wider, dass die Raumordnungsregion Starkenburg auf Platz zwei und die Raumordnungsregion Rhein-Main auf Platz zehn aller 97 deutschen Regionen steht. Auch wurde ein deutliches Gefälle zu den anderen

hessischen Regionen aufgedeckt. So liegt die FuE-Intensität in Starkenburg und Rhein-Main bedeutend höher als in den eher ländlich bzw. gemischte Verdichtungsansätze aufweisenden Raumordnungsregionen Nordhessen, Osthessen und Mittelhessen.

Angesichts der wirtschaftlichen Bedeutung und der Konzentration innovativer Industrieunternehmen, die Hauptnutzer von Patentschutzrechten sind, verfügt Hessen über starke Innovationspotenziale. Deren regionale Verteilung gestaltet sich allerdings stark disparitär. Während die Mehrzahl der Patente aus der Wirtschaft der Raumordnungsregion Rhein-Main (53 %) entstammt, kommt die Raumordnungsregion Osthessen nur auf einen Anteil von 2 %. Stark unterschiedlich ist auch die interregionale technikfeldbezogene Ausrichtung. So liegt der Innovationsschwerpunkt in den bedeutenden Raumordnungsregionen Rhein-Main und Starkenburg bei der Chemischen Industrie. Hier erreicht diese Branche mit 10 % in Hessen einen fast doppelt so hohen, in Starkenburg mit 15 % gar fast einen dreimal so hohen Anteil an den Patentanmeldungen wie im Bund. Demgegenüber liegen die Innovationsschwerpunkte in Nordhessen im Bereich Fahrzeuge, Schiffe, Flugzeuge, in Mittelhessen im Gebiet Messen, Prüfen, Optik, Fotografie und in Osthessen im Gebiet Fördern und Heben.

Auf der Basis einer Verknüpfung regionaler FuE- und Innovationsindikatoren ließ sich zudem feststellen, dass zwischen dem Input-Indikator (FuE-Beschäftigte) als Ausdruck einer hohen Forschungsbereitschaft und einer Erhöhung des Forschungsausputs (Patentanmeldungen) eine enge Korrelation besteht. In einem weiteren Schritt gelang es, die technologische Stärke hessischer Regionen auch im internationalen Vergleich zu belegen. Zunächst wurde deutlich, dass Hessen, gemessen an der FuE-Intensität, an der Spitze der deutschen Flächenländer liegt. Die Region Südhessen wurde dabei als hessischer High-Tech-Standort identifiziert. Dort zählt der Beschäftigtenanteil in industriellen Hochtechnologiebranchen zur internationalen Spitzengruppe. Auch wurde deutlich, dass hessische Unternehmen in überdurchschnittlichem Umfang Patente am Europäischen Patentamt anmelden, um ihre Technologien europaweit zu schützen. Mehr europäische Patentanmeldungen als in Hessen entfallen — bezogen auf die Bevölkerung — nur auf Baden-Württemberg und Bayern.

Abschließend konnte gezeigt werden, dass die hessischen Regionen in den großen industriellen Technikfeldern international überdurchschnittlich vertreten sind. Entscheidend für die technologische Stärke und Wettbewerbsfähigkeit erwies sich dabei nicht allein die absolute Höhe der Patentanmeldungen, sondern vor allem auch deren Schwerpunktsetzung nach Technikfeldern. So ist der Regierungsbezirk Darmstadt im Technikfeld Chemie, Hüttenwesen in der Spitzengruppe vertreten. Die Regierungsbezirke Gießen und

Kassel hingegen treten nur in einigen Technikfeldern als international überdurchschnittlich innovative Räume in Erscheinung. Schwächer vertreten sind die hessischen Regionen auch im Technikfeld Elektrotechnik.

Hessen und insbesondere die südhessischen Raumordnungsregionen Starkenburg und Rhein-Main sind damit maßgeblich an der Technologieführerschaft Deutschlands und Europas beteiligt. Bei einzelnen hessischen Regionen handelt es sich unter FuE-Gesichtspunkten sogar um erstklassige Standorte für Hoch- und Spitzentechnologie, die über erhebliche Zukunftspotenziale verfügen. Vor diesem Hintergrund sollte die Landes- und Regionalpolitik eine auf lokale und regionale Stärken ausgerichtete Förderung von Forschung und Entwicklung betreiben. Abgesehen von Infrastrukturmaßnahmen sind hierbei Kompetenzen in ausgewählten, zukunftsweisenden Technologiefeldern unter Berücksichtigung regionaler Innovationspotenziale zu stärken und zu international konkurrenzfähigen Einheiten auszubauen. Die Entwicklung Hessens als Standort für Zukunftsindustrien hängt nämlich entscheidend davon ab, ob es gelingt, die vorhandenen, regional disparitären Innovationspotenziale verstärkt zur Geltung zu bringen. Die räumliche Konzentration industrieller Innovationspotenziale in den südhessischen Raumordnungsregionen Starkenburg und Rhein-Main dürfte dabei die Anstrengungen in Richtung Ausbau und Entwicklung eines international bedeutenden Innovationsstandortes begünstigen. Hier verdichten sich Quantität und Qualität lokaler und regionaler Ressourcen: Know-how-Potenzial, geeignete Fach- und Führungskräfte, passende Entwicklungs- und Vermarktungsmöglichkeiten sowie verfügbares Kapital. Insofern dürften in diesem Teil Hessens auch die so genannten Zukunftsindustrien wie die Biotechnologie oder Informations- und Kommunikationstechnologie (IuK) eine bedeutende Rolle spielen. Dies gilt umso mehr, da Unternehmen dieses Bereichs oftmals noch keine regionale Standortbindung haben und es sich bei vielen von ihnen um Unternehmensneugründungen handelt, die bei der Wahl ihres Standortes relativ frei sind und zwischen der Standortgunst der Regionen vergleichen können. Hingegen ist die FuE-Förderung in den restlichen hessischen Regionen differenzierter zu beurteilen. Bei nord-, mittel- und osthessischen Industrieunternehmen ist zu berücksichtigen, dass sich die Innovationsorientierung trotz des hohen internationalen Niveaus immer nur auf ganz spezifische sektorale Felder beschränkt.

Eine hessenweite, flächendeckende Ausrichtung der FuE-Förderung auf Informations- und Kommunikationstechnologien oder die Biotechnologie erscheint deshalb wenig sinnvoll. Innovationsförderung in Hessen wird vielmehr nur dann eine komplementäre Rolle zur nationalstaatlich definierten Technologiepolitik spielen, wenn sie die regionalen und lokalen Besonderheiten und Stärken aufgreift.

Die Kommunalwahlen in Hessen am 18. März 2001 - Gemeindewahlergebnisse

Am 18. März 2001 wurden in 425¹⁾ hessischen Städten und Gemeinden — einschl. der fünf kreisfreien Städte — Gemeindevertreter bzw. Stadtverordnete gewählt. Mit gut 38 % erhielt die SPD den gleichen Anteil der abgegebenen gültigen Stimmen wie vor vier Jahren. Die CDU legte deutlich um über 4 Prozentpunkte auf gut 37 % zu und auch die Liberalen konnten ihr bisheriges Ergebnis um rund einen Prozentpunkt auf 4,4 % verbessern. Verlierer der Wahl waren die GRÜNEN, deren Stimmenanteil um knapp 2 Prozentpunkte auf 6,9 % fiel. Die Wählergruppen verloren gut einen Prozentpunkt und erzielten zusammen gut 12 %. Die Wahlbeteiligung sank um gut 13 Prozentpunkte auf nur noch 53 %.

Vorbemerkung

Bei den Kommunalwahlen am 18. März hatten die Wählerinnen und Wähler zum ersten Mal die Möglichkeit, bei der Wahlentscheidung nicht nur einen Wahlvorschlag anzukreuzen, sondern durch Kumulieren, Panaschieren und Streichen direkt auf die Platzierung einzelner Kandidaten und Parteien Einfluss zu nehmen. Dabei hatte jeder Wähler so viele Stimmen, wie Gemeindevertreter bzw. in den kreisfreien Städten Stadtverordnete zu wählen waren. Um die Ergebnisse der Gemeinden miteinander und mit anderen Wahlen vergleichen zu können, wurden die Stimmenergebnisse der Parteien bzw. Wählergruppen gewichtet²⁾.

Gemeindewahlen im Überblick

Knapp vier Fünftel der 4,487 Mill. wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger leben in den kreisangehörigen Gemeinden und gut ein Fünftel in den kreisfreien Städten. Ihr Wahlverhalten und ihre Wahlentscheidung unterschieden sich auch bei dieser Wahl erheblich nach der Größe des Wohnorts. So war die Wahlbeteiligung in den kreisfreien Städten

wieder deutlich niedriger als in den kreisangehörigen Kommunen und erreichte in beiden Gemeindetypen — bei ähnlich hohen Rückgängen von gut 14 bzw. rund 13 Prozentpunkten — mit gut 46 bzw. rund 55 % einen historischen Tiefstand. Der Anteil der ungültigen Stimmen nahm in den kreisangehörigen Gemeinden geringfügig ab und in den kreisfreien Städten zu und war landesweit mit rund 3 % geringfügig niedriger als vor vier Jahren. Die SPD blieb in den kreisangehörigen Kommunen stärkste politische Kraft, während die CDU in den kreisfreien Städten die Rangfolge anführt. Mit gut 39 % schnitten die Sozialdemokraten in den kreisangehörigen Kommunen wieder deutlich besser ab als in den kreisfreien Städten (gut 33 %). Bei der CDU differierten die Ergebnisse mit knapp bzw. gut 37 % kaum. Die GRÜNEN sind, seit sie zur Wahl stehen, in den kreisfreien Städten wesentlich erfolgreicher als in den kreisangehörigen Kommunen. Auch bei diesen Gemeindewahlen war ihr Stimmenanteil in den kreisfreien Städten mit rund 14 % gut doppelt so hoch wie in den kreisangehörigen Städten und Gemeinden. Die F.D.P. hat in den kreisfreien Städten mit einer Quote von 6,7 % ebenfalls ein relativ größeres Gewicht als in den kreisangehörigen Kommunen mit rund 4 % der gültigen Stimmen. Bei den REPUBLIKANERN ist das Verhältnis ähnlich, mit 2,6 % bzw. 0,5 % erhielten sie aber weder in den kreisfreien noch in den kreisangehörigen Städten und Gemeinden größere Stimmenanteile. Die übrigen Parteien errangen in beiden Gemeindetypen keine nennenswerten Stimmenanteile. Wählergruppen sind hingegen in den kreisangehörigen Kommunen sehr erfolgreich, in den kreisfreien Städten ist ihr politisches Gewicht eher gering. Mit einem Anteil von knapp 14 % in den kreisangehörigen Kommunen und 5,5 % in den kreisfreien Städten erreichten die Wählergruppen insgesamt gut 12 % der gültigen Stimmen.

Gemeindewahlen und Kreiswahlen im Vergleich

Die kommunalpolitische Bedeutung der Wahlen zu den Gemeindevertretungen zeigt sich beim Vergleich der Gemeindewahlergebnisse in den kreisangehörigen Kommunen mit den jeweiligen Kreiswahlergebnissen. Nach wie vor sind die Wahlen zu den Gemeindevertretungen durch die jeweiligen örtlichen Verhältnisse geprägt, wobei der Einfluss lokalpolitischer Faktoren mit wachsender Gemeinde- bzw. Gebietsgröße (Landkreise) abnimmt. Augenscheinlich wird dieser Zusammenhang bei der Betrachtung der Wahlergebnisse der Wählergruppen, die in den kleineren Kommunen oft sehr erfolgreich sind und deren politisches Gewicht in größeren Städten und in den Kreistagen gering ist. Auch bei den Kommunalwahlen am 18. März 2001 war der Stimmenanteil der Wählergruppen bei den Gemeindewahlen mit rund 14 % wieder gut doppelt so hoch wie bei den Kreiswahlen. Bei den Gemeindewahlen hatten sich knapp 500 Wählergruppen in über 300 Gemeinden mit den verschiedensten politischen Intentionen zur Wahl gestellt. Um ein Mandat in den

*)Tel.: 0611/3802-337 · E-Mail: dschmidtwahl@hsl.de

1) Der Gemeinde Abtsteinach wurde die Gemeindewahl wegen eines Formfehlers bei der Einreichung der Wahlvorschläge auf den 5. Mai 2001 verschoben.

2) Die Zahl der Stimmen je Wählerin und Wähler richtet sich nach der Zahl der zu wählenden Gemeindevertreter, Stadtverordneten bzw. Kreistagsabgeordneten. Diese wiederum ist lt. Hessischer Gemeinde- bzw. Landkreisordnung abhängig von der Gemeindegrößenklasse der Gemeinde bzw. des Landkreises. Die Gewichtung dient dazu, die unterschiedliche Zahl der Stimmen wieder aufzuheben und damit die Wahlergebnisse zu vorangegangenen Kommunalwahlen und auch zu Landtags-, Bundestags- und Europawahlen rechnerisch vergleichbar zu machen. Gegenüber der reinen Division der Zahl der gültigen Stimmen durch die Zahl der Sitze je Gemeindegrößenklasse stellt die hier benutzte Formel

$$\text{Gewichtete Stimmen} = \frac{\text{Zahl der gültigen Stimmen für die Partei}}{\text{Gesamtzahl der gültigen Stimmen}} \times \frac{\text{Gesamtzahl der gültigen Stimmzettel}}{\text{Stimmzettel}}$$

eine Verfeinerung dar, die berücksichtigt, dass nicht alle Wählerinnen und Wähler ihr Stimmenkontingent voll ausschöpfen.

**Endgültige Ergebnisse der Gemeindewahlen
am 18. März 2001 und am 2. März 1997**

Art der Angabe	2001		Dagegen 1997	
	Gewichtete Ergebnisse			
	Anzahl	%	Anzahl	%
Insgesamt				
Wahlberechtigte	4 486 909	-	4 414 149	-
Wähler/Wahlbeteiligung	2 378 911	53,0	2 918 181	66,1
Ungültige Stimmzettel	68 152	2,9	86 924	3,0
Gültige Stimmzettel	2 310 759	97,1	2 831 257	97,0
davon entfielen auf				
CDU	858 440	37,1	927 914	32,8
SPD	879 529	38,1	1 079 692	38,1
GRÜNE	159 922	6,9	248 510	8,8
F.D.P.	101 194	4,4	103 723	3,7
REP	20 392	0,9	61 414	2,2
Sonstige Parteien	11 017	0,5	34 018	1,2
Wählergruppen	280 265	12,1	375 986	13,3
Kreisfreie Städte				
Wahlberechtigte	937 219	-	940 330	-
Wähler/Wahlbeteiligung	432 352	46,1	569 127	60,5
Ungültige Stimmzettel	16 901	3,9	10 818	1,9
Gültige Stimmzettel	415 451	96,1	558 309	98,1
davon entfielen auf				
CDU	152 234	36,6	189 743	34,0
SPD	138 190	33,3	183 059	32,8
GRÜNE	56 643	13,6	88 807	15,9
F.D.P.	27 649	6,7	27 495	4,9
REP	10 880	2,6	35 629	6,4
Sonstige Parteien	7 114	1,7	20 298	3,6
Wählergruppen	22 741	5,5	13 278	2,4
Kreisangehörige Gemeinden				
Wahlberechtigte	3 549 690	-	3 473 819	-
Wähler/Wahlbeteiligung	1 946 559	54,8	2 349 054	67,6
Ungültige Stimmzettel	51 251	2,6	76 106	3,2
Gültige Stimmzettel	1 895 308	97,4	2 272 948	96,8
davon entfielen auf				
CDU	706 206	37,3	738 171	32,5
SPD	741 340	39,1	896 633	39,4
GRÜNE	103 279	5,4	159 703	7,0
F.D.P.	73 544	3,9	76 228	3,4
REP	9 511	0,5	25 785	1,1
Sonstige Parteien	3 903	0,2	13 720	0,6
Wählergruppen	257 524	13,6	362 708	16,0

21 Kreistagen hatten sich 25 Wählergruppen beworben. Die vier im Landtag vertretenen Parteien kandidierten ebenfalls in allen Kreisen. Bei den Gemeindewahlen waren die GRÜNEN und die F.D.P. aber nur in etwa der Hälfte der Städte und Gemeinden angetreten, SPD und CDU in fast allen. Alle vier Parteien schnitten — bei ähnlicher Stimmenentwicklung — bei den Kreiswahlen besser ab als bei den Gemeindewahlen, wobei die Abweichungen bei den beiden großen Parteien geringer ausfielen als bei den GRÜNEN und der F.D.P. Der Stimmenanteil der SPD war bei den Gemeindewahlen 2001 gegenüber 1997 geringfügig um 0,3 Prozentpunkte auf gut 39 % gesunken, während die Kreiswahlquote um 0,4 Prozentpunkte auf rund 40 % anstieg. Bei der CDU waren der Zuwachs und der Stimmenanteil bei den Gemeindewahlen mit knapp 5 Prozentpunkten bzw. gut 37 % jeweils einen Prozentpunkt niedri-

ger als bei den Kreiswahlen. Ein deutlich schlechteres Gemeindewahlergebnis erzielten die GRÜNEN. Bei ähnlich hohen Verlusten standen den gut 5 % Stimmenanteil bei den Gemeindewahlen gut 8 % bei den Kreiswahlen gegenüber. Die F.D.P. verbesserte ihr Kreiswahlergebnis um gut einen Prozentpunkt auf rund 5 %. Bei den Gemeindewahlen erreichten die Liberalen nur einen Zuwachs von 0,5 Prozentpunkten auf knapp 4 % der gültigen Stimmen. Die übrigen vereinzelt angetretenen Parteien errangen bei den Kreiswahlen ebenfalls bessere Ergebnisse. Die Wahlbeteiligung sackte bei beiden Wahlen um knapp 13 Prozentpunkte auf jeweils rund 55 % ab. Eine unterschiedliche Entwicklung war dagegen bei den ungültigen Stimmzetteln festzustellen. Bei den Kreiswahlen erhöhte sich deren Quote um 1,5 Prozentpunkte auf gut 4 %, bei den Gemeindewahlen blieb sie mit knapp 3 % auf annähernd gleichem Niveau.

Gemeindewahlergebnisse nach Gemeindegrößenklassen - Gebietsgrößenabhängige Wahlbeteiligung

Die Aufgliederung der Gemeindewahlergebnisse nach Gemeindegrößenklassen zeigt, dass die Wahlbeteiligung mit zunehmender Gemeindegröße abnimmt. Liegt die Wahlbeteiligung in den kleineren Gemeinden mit unter 3000 Einwohnern durchschnittlich noch bei 68 %, so sinkt sie auf gut 48 % in den Städten mit 50 000 bis unter 100 000 Einwohnern und fällt auf gut 46 % in den kreisfreien Städten. Dabei verstärkt sich der Rückgang der Wahlbeteiligung kontinuierlich von rund 9 Prozentpunkten in der untersten Gemeindegrößenklasse bis zu knapp 15 Prozentpunkten in den Städten mit über 50 000 Einwohnern. Die Abhängigkeit der Wahlbeteiligung von der Größe des Wahlgebiets ist auch in anderen Bundesländern zu beobachten und könnte u. a. auf unterschiedliche Kommunikationsstrukturen zurückzuführen sein. Die menschlichen Kontakte, die sozialen Bindungen, sind in der Regel in kleineren Gemeinden stärker als in größeren; auf Grund der Anonymität des Einzelnen in größeren Städten ist der soziale Zwang des Urnengangs geringer als in kleineren Gemeinden. Die Wahlbeteiligung ist tendenziell um so höher, je weniger Einwohner eine Gemeinde hat. Zu diesem Ergebnis kommt auch eine empirische Untersuchung des Statistischen Amtes der Stadt Stuttgart, aus der sich eine starke Abhängigkeit zwischen Wahlbeteiligung und sozialer Bindung ergibt³⁾. Die Neigung eines Wahlberechtigten, seine Stimme abzugeben, ist umso größer, je größer seine Kontakte zu anderen Menschen sind und er Anteil am Gesellschaftsleben hat. Die niedrige Wahlbeteiligung ist aber auch das Ergebnis allgemeiner gesellschaftlicher Entwicklungen, da mit abnehmender sozialer Integration und zunehmender Anonymität des Einzelnen die Bereitschaft zu wählen sinkt.

3) Vgl. Wahlenthaltung als Form des Wahlverhaltens; Ergebnisse einer empirischen Untersuchung am Beispiel der Bundestagswahl 1990; Statistischer Informationsdienst Beiträge aus Statistik und Stadtforschung, Sonderheft 1/94 Statistisches Amt Stuttgart 1994, S. 31.

Anteil der ungültigen Stimmzettel in kleineren Kommunen niedriger als in großen

Der Anteil der ungültigen Stimmen fällt in den einzelnen Gemeindegrößenklassen ebenfalls unterschiedlich aus, wobei ihr Anteil bisher mit anstehender Bevölkerungszahl abnahm und z. B. bei der Gemeindewahl 1997 in der kleinsten Gemeindegrößenklasse mit rund 4 % doppelt so hoch war wie in den kreisfreien Städten. Bei der Gemeindewahl 2001 war das Verhältnis umgekehrt: Die Ungültigkeitsquote stieg kontinuierlich von knapp 2 % in den Gemeinden mit weniger als 3000 Einwohnern bis zu rund 4 % in den kreisfreien Städten mit über 100 000 Einwohnern. In den Gemeindegrößenklassen bis zu 50 000 Einwohnern war die Ungültigkeitsquote gegenüber 1997 gesunken, in den Städten mit 50 000 bis zu 100 000 Einwohnern war sie leicht gestiegen und in den kreisfreien Städten hatte sich die Quote verdoppelt. Der starke Anstieg in den kreisfreien Städten ist überwiegend auf die Entwicklung der Zahl der ungültigen Stimmzettel in den beiden einwohnerstärksten Städten Frankfurt am Main und Wiesbaden zurückzuführen. Auf Grund des sehr starken Anstiegs der ungültigen Stimmzettel in Frankfurt am Main von rund 2 auf 5 % hatte das Statistische Amt der Stadt Frankfurt eine Sonderauswertung⁴⁾ durchgeführt, die aufzeigte, dass die Wähler nicht unwissentlich, sondern bewusst ungültig gewählt hatten. Daher ist zu vermuten, dass die relativ hohen Quoten ungültiger Stimmen in den größeren kreisfreien Städten überwiegend die Unzufriedenheit mit den eingereichten Wahlvorschlägen und den Unmut über die Handhabung großformatiger Stimmzettel zum Ausdruck bringen und nicht etwa auf die Kompliziertheit des neuen Wahlrechts zurückzuführen sind. Dafür spricht auch, dass gerade in den kleineren Gemeinden, in denen am meisten kumuliert, panaschiert und Bewerber gestrichen wurden, die Ungültigkeitsquote nicht nur am stärksten abnahm, sondern auch am geringsten ausfiel. Möglicherweise ist die Zahl der ungültigen Stimmzettel dort deswegen gesunken, weil die Wähler die Chancen des neuen Wahlrechts wahrnehmen konnten, stärkeren Einfluss auf die Zusammensetzung der

Gemeindeparlamente zu nehmen, und nicht wie zuvor aus Protest oder Unzufriedenheit über die gegebenen Wahlmöglichkeiten einen ungültigen Stimmzettel abgaben.

Stimmenanteile

Die Auswertung der Gemeindewahlergebnisse nach Gemeindegrößenklassen zeigt für die einzelnen Parteien und Wählergruppen, dass die Wahlerfolge je nach Größe der Gemeinden sehr unterschiedlich ausfallen (siehe auch Seite 289).

Die SPD dominiert in den kleineren Gemeinden mit bis zu 10 000 Einwohnern. Mit zunehmender Gemeindegröße nehmen ihre Stimmenanteile ab, sie liegt aber in den Städten bis zu 25 000 Einwohnern noch vor der CDU. In den Kommunen unterhalb der 50 000 Einwohnergrenze hatten die Sozialdemokraten leichte Stimmenverluste gegenüber den Gemeindewahlen 1997.

Bei der CDU ist das Verhältnis zwischen Gemeindegröße und Stimmenanteil umgekehrt. Ihr Stimmenanteil ist in den kleineren Gemeinden am niedrigsten und nimmt mit der Gemeindegröße zu. In Kommunen mit 25 000 bis unter 50 000 Einwohnern ist sie am stärksten. Dort hatte sie auch ihre höchsten Zuwächse.

Bei den GRÜNEN und der F.D.P. nehmen die Stimmenanteile ebenfalls mit steigender Gemeindegröße zu. Die GRÜNEN verloren in allen Gemeindegrößenklassen, in kleineren weniger, in größeren mehr. Die F.D.P. hatte nur in den Kommunen unter 5000 Einwohnern geringe Einbußen, in den einwohnerstärkeren Kommunen gewann sie Wähler hinzu.

Wählergruppen sind in der Regel umso erfolgreicher, je kleiner die Gemeinden sind. Mit rund 30 % erhielten sie in Gemeinden bis zu 3000 Einwohnern ebenso viele Stimmen wie die CDU. Dort und in den kreisfreien Städten erzielten sie Gewinne, in den anderen Gemeindegrößenklassen verloren sie Stimmenanteile.

Die übrigen Parteien waren nur in Gemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern angetreten, und dort auch nur vereinzelt. Entsprechend niedrig war ihr Stimmenanteil.

4) Vgl. Kommunalwahlen 2001 in Frankfurt am Main; Frankfurter Wahlanalysen Heft 23 April 2001, S. 21.

Umsatzentwicklung im hessischen Verarbeitenden Gewerbe 1995 bis 2000

Die in Hessen erfassten Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes¹⁾ hatten im Jahr 2000 einen Gesamtumsatz von gut 161 Mrd. DM. Das waren 5,1 % mehr als im Vorjahr und 6,6 % mehr als 1995. Der Erfolg auf den ausländischen Märkten konnte in den letzten fünf Jahren beträchtlich gesteigert werden. Da die Auslandsumsätze im Jahr 2000 im Vergleich zum Vorjahr um 17 % und im Vergleich zu 1995 sogar um 39 % zunahmen, erwirtschaftete das Verarbeitende Gewerbe zuletzt mehr als 37 % seiner Umsätze im Ausland.

Drei Branchen erzielen gut drei Viertel des gesamten Umsatzes im Verarbeitenden Gewerbe

Im hessischen Verarbeitenden Gewerbe¹⁾ wurden im Jahr 2000 insgesamt 161,1 Mrd. DM Umsatz erwirtschaftet. Hierbei handelt es sich um die Summe der Rechnungsbeträge ohne Mehrwertsteuer der aus eigener Produktion stammenden Lieferungen sowie der ausgeführten Reparaturen, Montagen, Lohnarbeiten und Lohnveredelungen einschl. der darin enthaltenen Verbrauchssteuern sowie der Kosten für Fracht, Transportversicherung, Porto, Verpackung und Spesen, auch wenn diese gesondert berechnet werden²⁾. Knapp 125 Mrd. DM oder gut 77 % der Umsätze wurden von acht Branchen erzielt. Allein 46 % des Gesamtumsatzes entfielen allerdings auf die drei großen Branchen des Landes: die Chemische Industrie, den Maschinenbau und die Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen.

Der Umsatz des Jahres 2000 übertraf den von 1999 um 5,1 %. In den Vorjahren war die jährliche Steigerung entweder gering (1996 bis 1998) oder der Umsatz ging im Vorjahresvergleich sogar zurück (1999: – 0,5 %). Gegenüber 1995 ergab sich eine Steigerung des Gesamtumsatzes um 6,6 %. Die acht großen Branchen des Landes konnten ihren Umsatz im Jahr 2000 im Vorjahresvergleich um 3,5 % verbessern. Beim Vergleich des Umsatzes des Jahres 2000 mit dem von 1995 ergibt sich ein Plus von 5,4 %.

*) Tel.: 0611/3802-456 · E-Mail: mfrosch@hsl.de

1) Betriebe mit 20 oder mehr Beschäftigten, einschl. Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden.

2) Eingeschlossen sind der Umsatz aus Verkauf von Energie, Nebenerzeugnissen und verkaufsfähigen Produktionsrückständen sowie der Umsatz aus sonstigen Betriebsteilen, so z. B. baugewerblicher Umsatz, der Umsatz aus Handelsware, aus Vermietungen und Verpachtungen von betrieblichen Anlagen und Einrichtungen, aus Lizenzverträgen u. ä. Nicht einbezogen werden außerordentliche und betriebsfremde Erträge, wie z. B. Erlöse aus dem Verkauf von Anlagegütern. Da es sich grundsätzlich um fakturierte Werte handelt, enthalten die Umsätze nicht den Wert von Lieferungen, die innerhalb eines Unternehmens von Werk zu Werk erfolgen. Es kann daher vorkommen, dass Erzeugnisse, die in Hessen produziert wurden, im Umsatz eines anderen Landes enthalten sind.

Chemische Industrie besonders erfolgreich

Eine überdurchschnittliche Entwicklung machte die Chemische Industrie durch. Im Jahr 2000 konnte der Umsatz im Vergleich zum Vorjahr um 5,5 % auf 35,2 Mrd. DM gesteigert werden, er übertraf damit den von 1995 um 11 %.

Recht günstig war die Entwicklung auch im Maschinenbau. Dort wurde der Umsatz im Jahr 2000 im Vergleich zum Vorjahr um 9,0 % auf 17,4 Mrd. DM gesteigert. Allerdings dürfte die hohe Steigerungsrate auch auf einen Basiseffekt zurückzuführen sein; denn 1999 musste im Vorjahresvergleich ein Rückgang um 7,3 % hingenommen werden. Beim Vergleich der Jahre 2000 und 1995 ergibt sich dagegen eine leicht unterdurchschnittliche Zunahme von 6,1 %.

Einen abermaligen Umsatzeinbruch erlebte dagegen die Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen. Mit 20,9 Mrd. DM wurde das Vorjahresergebnis um 6,9 % verfehlt. Der Umsatzrückgang ist umso bedeutsamer, als er zum dritten Mal in Folge aufgetreten ist und von Jahr zu Jahr eine Steigerung erfuhr. Beim Vergleich der Jahre 2000 und 1995 ergab sich dennoch eine Steigerung von 5,1 %.

Recht günstig war die Umsatzentwicklung im Jahr 2000 auch bei der Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik. Dort wurde der Vorjahresumsatz um fast 15 % übertroffen und stieg auf 7,4 Mrd. DM. Allerdings wurde mit dem Anstieg des Jahres 2000 eine zwei Jahre andauernde rückläufige Entwicklung abgelöst. Beim Vergleich des Umsatzes von 2000 mit dem des Jahres 1995 ergibt sich ein Plus von 5,5 %.

Gleichfalls recht beachtlich war der Umsatzzuwachs bei der Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. ä. Die Branche konnte mit 7,8 Mrd. DM 13 % mehr erwirtschaften als im Vorjahr und damit die Steigerung der Jahre zuvor noch verbessern. Gegenüber 1995 ergibt sich eine Umsatzsteigerung von 7,4 %.

Auslandsanteil am Gesamtumsatz insgesamt bei mehr als einem Drittel . . .

Gut 60 Mrd. DM der 161 Mrd. DM oder 37 % des Umsatzes des hessischen Verarbeitenden Gewerbes wurden im Jahr 2000 auf ausländischen Märkten erwirtschaftet. Dabei ging es um den Direktumsatz der Betriebe mit Abnehmern im Ausland und — soweit einwandfrei erkennbar — um Umsatz mit deutschen Exporteuren. Mit der diesjährigen Exportquote wurde nach einer stetigen Steigerung des Auslandsanteils am Gesamtumsatz die bisher höchste Exportquote registriert. 1995 belief sich der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz noch auf 29 %.

Die acht großen Branchen des Landes waren mit einem Anteil von 85 % am gesamten Auslandsumsatz beteiligt. Allein auf die großen Drei, die Chemische Industrie, den Maschi-

Entwicklung des Gesamtumsatzes und Auslandsumsatzes im Verarbeitenden Gewerbe¹⁾
in Hessen 1995 bis 2000

Wirtschaftszweig	Umsatz						Zu- bzw. Abnahme (-) in %					
	1995	1996	1997	1998	1999	2000	gegenüber dem jeweiligen Vorjahr					2000 gegenüber 1995
	1000 DM						1996	1997	1998	1999	2000	
Gesamtumsatz												
Verarbeitendes Gewerbe	151 180 490	151 615 018	153 261 847	154 058 520	153 330 047	161 108 730	0,3	1,1	0,5	- 0,5	5,1	6,6
darunter												
Ernährungsgewerbe	15 325 440	15 149 244	14 800 750	13 896 628	14 434 501	14 673 891	- 1,1	- 2,3	- 6,1	3,9	1,7	- 4,3
Chemische Industrie	31 769 209	30 765 058	31 980 772	31 789 700	33 335 881	35 161 252	- 3,2	4,0	- 0,6	4,9	5,5	10,7
Herstellung von Gummi- und Kunst- stoffwaren	10 452 808	10 375 488	11 045 616	10 625 054	10 898 483	10 953 811	- 0,7	6,5	- 3,8	2,6	0,5	4,8
Herstellung von Metallerzeugnissen	10 219 851	9 829 111	10 109 822	10 447 908	10 006 120	10 409 072	- 3,8	2,9	3,3	- 4,2	4,0	1,9
Maschinenbau	16 417 699	16 039 341	16 120 581	17 239 083	15 980 507	17 425 088	- 2,3	0,5	6,9	- 7,3	9,0	6,1
Herstellung von Geräten der Elek- trizitätserzeugung, verteilung u. ä.	7 237 253	7 142 711	6 501 052	6 753 690	6 905 904	7 774 259	- 1,3	- 9,0	3,9	2,3	12,6	7,4
Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik	6 997 641	7 068 504	7 356 403	6 926 197	6 429 926	7 384 699	1,0	4,1	- 5,8	- 7,2	14,8	5,5
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	19 895 351	23 484 837	24 366 907	23 895 659	22 464 684	20 914 695	18,0	3,8	- 1,9	- 6,0	- 6,9	5,1
Auslandsumsatz												
Verarbeitendes Gewerbe	43 232 692	47 053 921	49 861 729	51 428 586	51 416 222	60 192 765	8,8	6,0	3,1	- 0,0	17,1	39,2
darunter												
Ernährungsgewerbe	823 467	782 802	725 211	721 537	808 127	943 837	- 4,9	- 7,4	- 0,5	12,0	16,8	14,6
Chemische Industrie	12 080 457	12 230 717	13 612 834	14 516 877	16 081 688	20 887 161	1,2	11,3	6,6	10,8	29,9	72,9
Herstellung von Gummi- und Kunst- stoffwaren	2 343 947	2 628 797	3 040 516	2 795 895	3 076 137	3 220 681	12,2	15,7	- 8,0	10,0	4,7	37,4
Herstellung von Metallerzeugnissen	1 676 326	1 859 085	2 039 462	2 298 098	2 221 030	2 489 653	10,9	9,7	12,7	- 3,4	12,1	48,5
Maschinenbau	6 708 686	6 533 218	6 788 379	7 548 228	6 456 976	7 503 426	- 2,6	3,9	11,2	- 14,5	16,2	11,8
Herstellung von Geräten der Elek- trizitätserzeugung, verteilung u. ä.	2 276 155	2 338 378	2 371 525	2 330 717	2 409 529	2 797 813	2,7	1,4	- 1,7	3,4	16,1	22,9
Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik	2 153 088	2 282 553	2 339 333	2 515 127	2 360 170	2 845 115	6,0	2,5	7,5	- 6,2	20,5	32,1
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	8 159 642	11 229 395	12 138 000	11 168 370	10 681 787	10 642 103	37,6	8,1	- 8,0	- 4,4	- 0,4	30,4

1) In Betrieben mit 20 oder mehr Beschäftigten; einschl. Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden.

Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz im Verarbeitenden Gewerbe¹⁾ in Hessen 1995 bis 2000
(Angaben in Prozent)

Wirtschaftszweig	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Verarbeitendes Gewerbe	28,6	31,0	32,5	33,4	33,5	37,4
darunter						
Ernährungsgewerbe	5,4	5,2	4,9	5,2	5,6	6,4
Chemische Industrie	38,0	39,8	42,6	45,7	48,2	59,4
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	22,4	25,3	27,5	26,3	28,2	29,4
Herstellung von Metallerzeugnissen	16,4	18,9	20,2	22,0	22,2	23,9
Maschinenbau	40,9	40,7	42,1	43,8	40,4	43,1
Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung, verteilung u. ä.	31,5	32,7	36,5	34,5	34,9	36,0
Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik	30,8	32,3	31,8	36,3	36,7	38,5
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	41,0	47,8	49,8	46,7	47,5	50,9

1) In Betrieben mit 20 oder mehr Beschäftigten; einschl. Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden.

nenbau und die Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen, entfiel ein Anteil von 65 % am gesamten Auslandsumsatz des hessischen Verarbeitenden Gewerbes.

... jedoch in der Chemischen Industrie bei 60 %

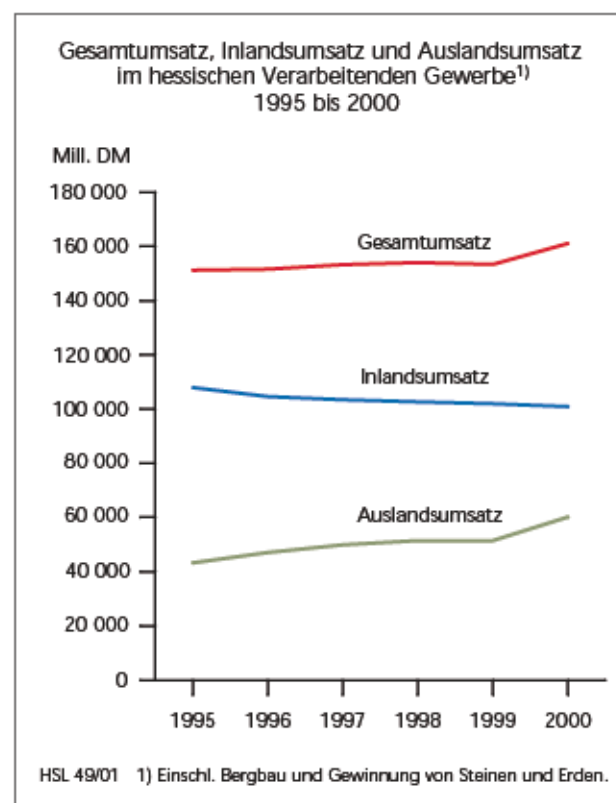
Besonders erfolgreich im Ausland war die Chemische Industrie. Sie konnte ihren Auslandsumsatz im Jahr 2000 im Vergleich zum Vorjahr um 30 % auf 20,9 Mrd. DM steigern. In allen Vorjahren seit 1995 waren ebenfalls Steigerungen festzustellen. Sie lagen zwischen 1,2 % und 11 % und bewirkten eine Zunahme des Auslandsumsatzes des Jahres 2000 im Vergleich zu 1995 von 73 %. Damit wurden im Jahr 2000 knapp 60 % des gesamten Umsatzes der Chemischen Industrie im Ausland erwirtschaftet. 1995 hatte dieser Anteil noch bei 38 % gelegen, stieg jedoch von Jahr zu Jahr auf das heutige Niveau.

Der Maschinenbau, die — an der Beschäftigtenzahl gemessen — zweitbedeutendste Branche des Landes, konnte den Auslandsumsatz im Jahr 2000 im Vergleich zum Vorjahr um 16 % auf 7,5 Mrd. DM steigern. Allerdings hatte diese Zunahme einen Rückgang (– 15 %) im Jahr davor abgelöst und ist in erster Linie als Folge eines Basiseffekts besonders hoch ausgefallen. Vergleicht man den Auslandsumsatz des Jahres 2000 mit dem von 1995, dann ergibt sich eine Steigerung um 12 %. Das Gewicht der im Ausland erwirtschafteten Umsätze erreichte im Jahr 2000 rund 43 %. In den Vorjahren schwankte er zwischen 40 % (1999) und 44 % (1998).

Trotz des Rückgangs, den der Auslandsumsatz bei der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen auch im Jahr 2000 im Vorjahresvergleich (– 0,4 %) auf zuletzt 10,6 Mrd. DM erfuhr, waren die ausländischen Märkte für die Branche doch eine Stütze. 1996 konnte noch eine jährliche Zunahme der Auslandsumsätze von 38 % verbucht werden, der allerdings im Folgejahr das einzige Plus (8,1 %) im Beobachtungszeitraum folgte. Von 1998 an gingen die Auslandsumsätze — ebenso wie die Gesamtumsätze — im Vergleich zu

den jeweiligen Vorjahren zurück. Dennoch errechnet sich zwischen 1995 und dem Jahr 2000 eine Steigerung des Auslandsumsatzes von 30 %. Der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz belief sich im Jahr 2000 auf 51 % und hatte damit höher gelegen als in allen Vorjahren, in denen er von 41 % kontinuierlich auf den heutigen Stand geklettert war.

Eine recht beachtliche Entwicklung machte der Auslandsumsatz der Herstellung von Metallerzeugnissen durch. Er konnte im Jahr 2000 im Vergleich zum Vorjahr um 12 % auf 2,5 Mrd. DM gesteigert werden. Da auch in den Vorjahren — sieht man von 1999 ab — jeweils zweistellige Zuwachsraten zu verzeichnen waren, ergab sich beim Vergleich der Jah-



re 1995 und 2000 eine Steigerung des Auslandsumsatzes um 49 %. Die Branche konnte damit den Anteil des auf Auslandsmärkten erwirtschafteten Umsatzes von 16 % im Jahr 1995 auf knapp ein Viertel erhöhen.

Obwohl die Steigerungsrate, die der Auslandsumsatz der Hersteller von Gummi- und Kunststoffwaren im Jahr 2000 im Vergleich zum Vorjahr erfuhr, mit 4,7 % auf 3,2 Mrd. DM nicht besonders herausragend war, bewirkten die jährlichen Zuwachsraten der Jahre 1996, 1997 sowie 1999, dass im Jahr 2000 von der Branche 37 % mehr auf ausländischen Märkten umgesetzt wurde als 1995. Damit konnte sich der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz zwischen 1995 und dem Jahr 2000 auf knapp 30 % verbessern.

Einen besonders starken Erfolg auf ausländischen Märkten meldete im Jahr 2000 mit einem Anstieg um 21 % auf 2,8 Mrd. DM im Vergleich zum Vorjahr die Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik. Obwohl die Steigerung wegen eines Rückgangs der Auslandsumsätze im Vorjahr als Folge eines Basiseffektes leicht überhöht sein

dürfte, ergibt sich beim Vergleich der Jahre 1995 und 2000 ein Anstieg der Auslandsumsätze um 32 %. Der Auslandsanteil am Gesamtumsatz der Branche konnte zwischen 1995 und dem Jahr 2000 von damals 31 % auf zuletzt 39 % gesteigert werden.

Obwohl das hessische Ernährungsgewerbe im Ausland bisher nur einen vergleichsweise geringen Erfolg aufzuweisen hatte, konnte der Auslandsumsatz in den beiden letzten Jahren gesteigert werden. Im Jahr 2000 wurden im Ausland 17 % mehr umgesetzt als im Vorjahr, und zwar nachdem bereits im Jahr davor eine Zunahme um 12 % erzielt werden konnte. Allerdings meldete die Branche in den Jahren 1996 bis 1998 jeweils einen Rückgang der Umsätze auf ausländischen Märkten. Insgesamt ergab sich beim Vergleich der Jahre 1995 und 2000 ein Umsatzplus von 15 %. Dennoch ist festzustellen, dass das hessische Ernährungsgewerbe lediglich 6,4 % seines Umsatzes im Ausland erzielte und bei seinen Bemühungen, diesen Anteil zu steigern, auch in der Vergangenheit wenig erfolgreich war. □

Hessische Kreiszahlen

Ausgewählte Daten für Landkeise und kreisfreie Städte

Für Strukturanalysen und Kreisvergleiche bringt diese Veröffentlichung zweimal jährlich reichhaltiges Material über jeden Landkreis aus allen Bereichen der amtlichen Statistik. Einiges Kreismaterial wird speziell für diese Veröffentlichung aufbereitet.

Jedes Heft enthält zusätzlich Daten für die *kreisangehörigen Gemeinden mit 50 000 und mehr Einwohnern* und für den *Umlandverband Frankfurt*.

Ein Anhang bietet ausgewählte Daten im *Zeitvergleich*.

Format DIN A4, Umfang 50 bis 70 Seiten, Preis für Einzelheft 12,00 DM, Jahresabonnement (2 Hefte) 20,40 DM (zzgl. Versandkosten).

Die „Hessischen Kreiszahlen“ sind auch auf Diskette lieferbar! (ab Ausgabe II/97)

Systemvoraussetzungen: IBM-kompatibler PC ab 486, Windows 3.1 oder höher, Windows 95 oder Windows NT. Geliefert wird eine 3,5 Zoll Diskette. Die Daten sind benutzerfreundlich abrufbar; benötigt wird Excel 97 oder höher. Preis: 12,00 DM bei Einzellieferung; Jahresabonnement (2 Disketten) 20,40 DM (zzgl. Versandkosten).

Bestellen Sie bei Ihrer Buchhandlung oder direkt bei uns.

W-78

Hessisches Statistisches Landesamt · 65175 Wiesbaden

Struktur und Entwicklung der Haushalte und Familien 1980 bis 2000

In den letzten 20 Jahren haben sich die Formen des Zusammenlebens in Haushalten und Familien deutlich geändert. Der jährlich durchgeführte Mikrozensus — eine 1 %ige Stichprobe aller Wohnungen und der darin lebenden Haushalte und Personen — liefert die notwendigen Daten über die Entwicklung und den Strukturwandel der Haushalte und Familien.

Anhaltender Trend zu Single-Haushalten

Im Mai 2000 gab es in Hessen 2,8 Mill. Privathaushalte, in denen 6,1 Mill. Personen lebten. Gegenüber 1980 hat die Zahl der Haushalte um über 500 000 oder fast ein Viertel zugenommen. Hierbei nahm die Zahl der Einpersonenhaushalte um 300 000 oder gut zwei Fünftel zu, während es bei den Mehrpersonenhaushalten nur einen Anstieg um 200 000 oder ein Siebtel gab. Der starke Trend zu den Single-Haushalten war im gesamten Betrachtungszeitraum sehr ausgeprägt. Während 1980 noch 70 % der Haushalte aus mehreren Personen bestanden und nur 30 % aus nur einer Person, betrug diese Relation 20 Jahre später 65 zu 35 %. Die durchschnittliche Haushaltsgröße sank in diesem Zeitraum von 2,43 auf 2,18 Personen. In den Großstädten waren die Einpersonenhaushalte besonders stark vertreten. In der Stadt Frankfurt am Main gab es im Jahr 2000 sogar mehr Single-Haushalte als Mehrpersonenhaushalte.

Die Zunahme bei den Einpersonenhaushalten wurde vor allem von den Ledigen bestimmt. Innerhalb von 20 Jahren hat sich die Zahl dieser Haushalte fast verdoppelt, während die so genannte Restfamilie (Einpersonenhaushalte von Verwitweten, Geschiedenen und Verheirateten, aber getrennt Lebenden) im Jahr 2000 nur um ein Fünftel häufiger war als

1980. Bei diesen Restfamilien handelt es sich zum größten Teil um Witwen oder Witwer. Während 1980 auf die verwitweten Personen drei Viertel aller Restfamilien entfielen, waren es im Jahr 2000 nur noch drei Fünftel. Demgegenüber haben die Geschiedenen und die Verheirateten, aber getrennt Lebenden, an Bedeutung gewonnen. Bestand 1980 erst ein Zehntel aller Haushalte aus einer ledigen Person, betrug dieser Anteil 20 Jahre später bereits 16 %. Demgegenüber hat die Quote der Restfamilien leicht auf 19 % abgenommen.

Mehr Ehepaare ohne Kinder, weniger mit Kindern

Als Familien im Sinne der Definition der Vereinten Nationen zählen Ehepaare mit ledigen Kindern, Ehepaare ohne Kinder sowie Alleinstehende mit ledigen Kindern (Alleinerziehende) im Haushalt, wobei bei Kindern keine Altersbegrenzung gemacht wird.

Im Zeitraum von 1980 bis 2000 nahm die Zahl der Familien in Hessen um 7 % auf knapp 1,7 Mill. zu, wobei einem Anstieg der Ehepaare ohne Kinder um gut ein Viertel auf 722 000 eine kräftige Abnahme der Zahl der Ehepaare mit Kindern um ein Achtel auf 744 000 gegenüberstand. Waren 1980 noch 37 % aller Haushalte Ehepaare mit Kindern und nur 25 % solche ohne Kinder, haben sich im Jahr 2000 die Anteile mit 27 zu 26 % angenähert.

Deutliche Zunahme der Alleinerziehenden

Der starke Anstieg der Zahl der ledigen und geschiedenen Mütter führte dazu, dass im Betrachtungszeitraum die Zahl der Alleinerziehenden kräftig zunahm, und zwar um knapp drei Fünftel auf fast 200 000. Hierbei war die relative Zunahme der Zahl allein erziehender Männer um vier Fünftel auf 38 000 noch stärker als bei den Frauen um gut die Hälfte auf 160 000.

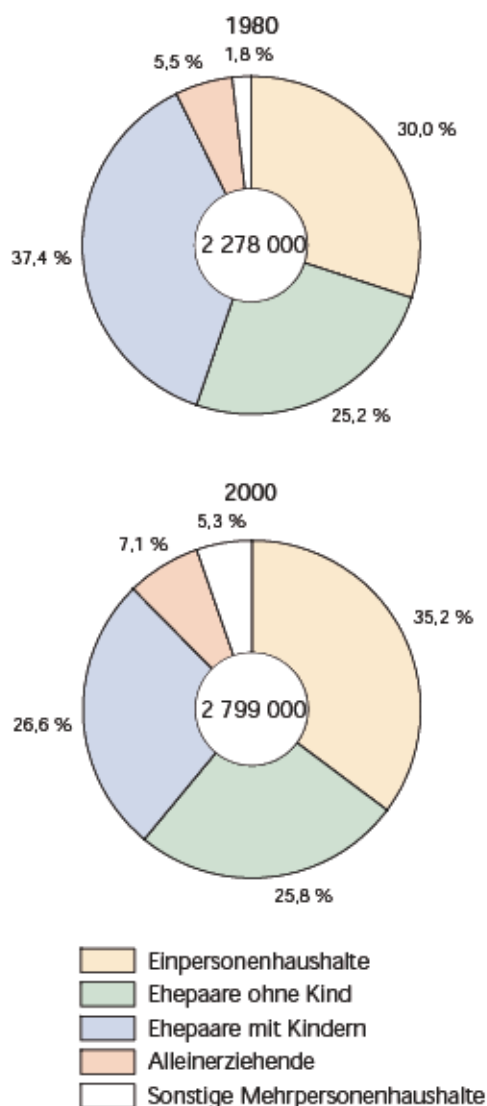
Jeweils rund zwei Fünftel der allein erziehenden Frauen und Männer waren im Jahr 2000 geschieden und jeweils rund ein

Privathaushalte 1980, 1985, 1990, 1995 und 2000 nach dem Haushalts- und Familientyp

Haushalts- bzw. Familientyp	1980		1985		1990		1995		2000	
	1000	%	1000	%	1000	%	1000	%	1000	%
Privathaushalte insgesamt	2 278	100	2362	100	2525	100	2708	100	2799	100
davon										
Einpersonenhaushalte	684	30,0	758	32,1	846	33,5	927	34,2	986	35,2
davon										
Ledige	234	10,3	290	12,3	369	14,6	421	15,5	444	15,9
Restfamilien ¹⁾	450	19,8	468	19,8	477	18,9	506	18,7	542	19,4
Mehrpersonenhaushalte	1594	70,0	1604	67,9	1679	66,5	1781	65,8	1813	64,8
davon										
Familien	1553	68,2	1530	64,8	1568	62,1	1641	60,6	1664	59,5
davon										
Ehepaare ohne Kinder	574	25,2	568	24,0	606	24,0	674	24,9	722	25,8
Ehepaare mit Kindern	853	37,4	814	34,5	802	31,8	788	29,1	744	26,6
Alleinerziehende	126	5,5	148	6,3	160	6,4	179	6,6	198	7,1
sonstige Haushalte	41	1,8	74	3,1	111	4,4	140	5,2	149	5,3
darunter Nichteheliche Lebensgemeinschaften ²⁾	95	3,8	111	4,1	115	4,1

1) Verheiratet getrennt lebende, verwitwete bzw. geschiedene Personen ohne Kinder.- 2) Ohne Kinder.

Haushalte und Familien in Hessen 1980 und 2000
nach Haushalts- und Familientypen



HSL 47/01

Viertel waren verwitwet. Der Anteil der Ledigen war bei den Männern mit 26 % höher als bei den Frauen mit 20 %. Andererseits war die Quote der Verheirateten, aber getrennt Le-

benden, bei den Frauen mit 15 % etwas höher als bei den Männern. Gegenüber 1990 haben die Anteile der Geschiedenen sowie der Ledigen unter den Alleinerziehenden zugenommen, während die der Verwitweten deutlich gesunken sind.

Fast ein Fünftel der Alleinerziehenden lebte im Jahr 2000 mit einem Partner bzw. einer Partnerin in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft. Vergleichszahlen liegen für die Achtzigerjahre nicht vor. Gegenüber 1990 war die Zahl der nichtehelichen Lebensgemeinschaften, in denen Kinder lebten, doppelt so hoch.

Erheblicher Anstieg der nichtehelichen Lebensgemeinschaften

Die Differenz zwischen den Mehrpersonenhaushalten und den Familien ergibt die „sonstigen“ Haushalte. Es handelt sich hier um Haushalte, in denen zwei oder mehr nicht miteinander verheiratete oder verwandte Personen leben. Im Jahr 2000 war die Zahl der sonstigen Haushalte mit fast 150 000 mehr als dreimal so hoch wie 1980. Bei gut drei Vierteln dieser Haushalte handelt es sich um nichteheliche Lebensgemeinschaften ohne Kinder. Die starke Zunahme dieser Lebensform von Partnern unterschiedlichen Geschlechts hat den starken Anstieg der sonstigen Haushalte bewirkt, auf die im Jahr 2000 bereits gut 5 % aller Haushalte entfielen.

In jeder zweiten Familie mit Kindern nur ein Kind

Im vergangenen Jahr lebte in jeder zweiten Familie mit Kindern nur ein Kind, in 38 % zwei Kinder, in 9 % drei und in 3 % vier oder mehr Kinder. Gegenüber 1980 sind die Anteile der Familien mit einem Kind oder mit zwei Kindern um jeweils gut einen Prozentpunkt gestiegen, während die Quote der Familien mit drei Kindern um zwei Prozentpunkte und die der Familien mit vier oder mehr Kindern um einen Prozentpunkt gesunken sind. In der Mitte des Betrachtungszeitraums war allerdings der Anteil der Ein-Kind-Familien noch höher und der der Familien mit vier oder mehr Kindern noch niedriger gewesen als im Jahr 2000.

Familien 1980, 1985, 1990, 1995 und 2000 nach Familientypen

Familientyp	1980		1985		1990		1995		2000	
	1000	%	1000	%	1000	%	1000	%	1000	%
Familien mit Kindern insgesamt	979	100	962	100,0	962	100	967	100,0	942	100,0
davon mit										
1 Kind	474	48,4	486	50,5	503	52,3	503	52,0	470	49,9
2 Kindern	360	36,8	355	36,9	351	36,5	359	37,1	359	38,1
3 Kindern	107	10,9	96	10,0	85	8,8	80	8,3	85	9,0
4 oder mehr Kindern	38	3,9	25	2,6	23	2,4	25	2,6	29	3,1
darunter mit Kindern										
im Alter von ... Jahren										
unter 3	140	14,3	144	15,0	160	16,6	162	16,8	164	17,4
unter 6	255	26,0	259	26,9	274	28,5	290	30,0	280	29,7
unter 15	646	66,0	544	56,5	542	56,3	573	59,3	597	63,4
unter 18	768	78,4	686	71,3	633	65,8	667	69,0	683	72,5
ausschl. 18 oder mehr	211	21,6	276	28,7	329	34,2	300	31,0	259	27,5

In jeder vierten Familie mit Kindern nur Volljährige

Im Jahr 2000 lebten in 17 % aller Familien mit Kindern solche im Alter von unter drei Jahren, also Kinder, die zum größten Teil zu Hause betreut werden. Kinder unter sechs Jahren waren bereits in drei Zehnteln der Familien mit Kindern anzutreffen. In gut sieben Zehnteln der Familien mit Kindern gab es Minderjährige, während in knapp drei Zehnteln der Familien alle Kinder bereits volljährig waren. Gegenüber 1980 ha-

ben die Familien mit Kindern in den beiden unteren Altersgruppen ihre Anteile erhöht, eine Folge der höheren Geburtenzahlen in den Neunzigerjahren von Müttern der starken Jahrgänge aus den Sechzigerjahren. Familien mit älteren minderjährigen Kindern waren dagegen im Jahr 2000 etwas seltener als vor 20 Jahren. Besonders deutlich wird der Wandel der Familienstruktur bei den Familien mit ausschließlich volljährigen Kindern. 1980 betrug der Anteil nur 22 %, 1990 waren es 34 % und im Jahr 2000 mit 27 % wieder deutlich weniger.

*) Tel.: 0611/3802-235 · E-Mail: sthan@hsl.de

Siegfried Th an*)

Beiträge zur Statistik Hessens

Nr.	Titel (G – mit Gemeindeergebnissen, K – Kreisergebnissen)	Umfang (Seiten)	Bezugs- preis (DM)
313	Öffentliche Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung in Hessen 1975 bis 1991 (K)	133	16,00
314	Die Schulden des Landes, der Gemeinden, Gemeindeverbände und Zweckverbände am 31.12.1995 (G)	117	12,00
315	Das Personal des öffentlichen Dienstes in Hessen am 30. Juni 1995	175	16,00
316	Handel und Gastgewerbe 1993 — Ergebnisse der Handels- und Gaststättenzählung 1993 (K)	212	20,00
317	Die Umsätze und ihre Besteuerung in Hessen 1994 (K)	238	20,00
318	Straßenverkehrsunfälle in Hessen 1996 (K)	135	16,00
319	Handwerkszählung 1995	146	16,00
320	Die Industrie in den hessischen Stadt- und Landkreisen 1995 (K)	128	16,00
321	Die Kommunalwahlen am 2. März 1997 (G)	236	20,00
322	Regionalergebnisse für das Bauhauptgewerbe in Hessen 1979 bis 1994	258	20,00
323	Die Produktion des Verarbeitenden Gewerbes in Hessen 1995 und 1996	119	12,00
324	Die hessische Ausfuhr 1995	139	16,00
325	Die Einfuhr nach Hessen 1995	108	12,00
326	Die Industrie in den hessischen Stadt- und Landkreisen 1996 (K)	72	16,00
327	Straßenverkehrsunfälle in Hessen 1997 (K)	135	16,00
328	Die Umsätze und ihre Besteuerung in Hessen 1996 (K)	238	20,00
329	Öffentliche Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung in Hessen 1975 bis 1995 (K)	116	12,00
330	Die Produktion des Verarbeitenden Gewerbes in Hessen 1996 und 1997	117	12,00
331	Die hessische Ausfuhr 1996	139	16,00
332	Die Einfuhr nach Hessen 1996	108	12,00
333	Die Wahl zum Hessischen Landtag am 7. Februar 1999 (G)	227	20,00
334	Straßenverkehrsunfälle in Hessen 1998 (K)	135	16,00
335	Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1995	240	20,00
336	Die Produktion des Verarbeitenden Gewerbes in Hessen 1997 und 1998	116	12,00
337	Die Industrie in den hessischen Stadt- und Landkreisen 1997	77	20,00
338	Die Umsätze und ihre Besteuerung in Hessen 1997 (K)	240	24,00
339	Die hessische Ausfuhr 1997	138	20,00
340	Die Einfuhr nach Hessen 1997	109	16,00
341	Europawahl 1999		
	— Die Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments in Hessen am 13. Juni 1999 (G)	126	16,00
342	Die Wahl zum 14. Deutschen Bundestag in Hessen am 27. September 1998	221	24,00
343	Die Industrie in den hessischen Stadt- und Landkreisen 1998	90	12,00
344	Beherbergungskapazität in Hessen 1999 (G)	201	24,00
345	Die Umsätze und ihre Besteuerung in Hessen 1998 (K)	166	20,00
346	Indizes des Auftragseingangs und des Umsatzes im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen 1995 bis 1999	321	26,00
347	Straßenverkehrsunfälle in Hessen 1999 (K)	135	20,00
348	Gewerbesteuer in Hessen 1995 (G)	86	12,00
349	Die hessische Ausfuhr 1998	138	20,00
350	Die Einfuhr nach Hessen 1998	111	16,00
351	Die Produktion des Verarbeitenden Gewerbes in Hessen 1998 und 1999	39	10,00
352	Die Industrie in den hessischen Stadt- und Landkreisen 1999	93	12,00
353	Die veranlagten Einkommen in Hessen 1995 (G)	136	20,00
354	Straßenverkehrsunfälle in Hessen 2000 (K)	135	20,00
355	Die Umsätze und ihre Besteuerung in Hessen 1999 (K)	166	20,00

Herausgegeben vom Hessischen Statistischen Landesamt · 65175 Wiesbaden

Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen

Jahr Monat Vierteljahr	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾			Bauhauptgewerbe ³⁾		Einzelhandel	Preise	Arbeitsmarkt ⁷⁾					
	Volumenindex des Auftrags- eintrags ²⁾ 1995 = 100			Beschäftigte	Index des Auftrags- eintrags ⁴⁾	Beschäftigte	Index der Umsätze ⁵⁾	Preis- index für die Lebenshaltung ⁶⁾	Arbeitslose ⁸⁾	Arbeitslosenquote ⁹⁾	Offene Stellen ¹⁰⁾	Kurzarbeit (Personen) ¹⁰⁾	
	Ins- gesamt	Inland	Ausland		1995 = 100		1995 = 100	1995 = 100					1995 = 100
Grundzahlen ¹¹⁾													
1998 D	105,8	101,1	114,5	470 074	83,1	40 519	101,5	104,1	254 050	10,0	26 021	6 505	
1999 D	98,6	92,9	109,2	464 707	86,6	37 865	102,8	105,0	239 257	9,4	30 650	6 396	
2000 D	105,2	96,3	121,7	459 468	85,1	35 786	103,0	107,0	214 875	8,1	37 527	5 156	
2000 Juni	105,7	93,2	128,8	459 745	84,0	35 764	95,8	106,9	213 076	8,0	39 841	4 047	
2. Vj. D	104,5	95,8	120,4	458 422	96,6	35 820	103,8	106,6	
Juli	100,4	93,9	112,3	460 138	102,4	35 806	96,3	107,4	213 256	8,0	39 929	3 096	
August	105,4	102,7	110,5	462 039	74,6	35 922	100,9	107,3	206 753	7,7	38 512	4 486	
September	112,9	101,3	134,4	461 887	110,6	35 878	100,4	107,8	201 102	7,5	38 139	4 924	
3. Vj. D	106,2	99,3	119,1	461 355	95,9	35 869	99,2	107,5	
Oktober	108,2	96,5	129,8	461 162	85,5	36 072	102,6	107,5	196 354	7,3	35 763	4 783	
November	110,0	99,9	128,7	461 091	76,0	35 726	110,0	107,7	195 173	7,3	34 950	4 518	
Dezember	99,5	90,2	116,7	459 084	76,3	34 930	116,5	107,6	200 261	7,5	35 012	4 523	
4. Vj. D	105,9	95,5	125,1	460 446	79,3	35 576	109,7	107,6	
2001 Januar	105,1	94,6	124,5	457 265	64,6	33 622	96,9	108,1	211 728	7,9	37 651	6 118	
Februar	107,1	92,0	134,8	456 130	62,5	33 250	91,7	108,8	210 709	7,9	41 524	8 431	
März	118,5	111,5	131,2	456 909	80,5	33 197	110,7	108,9	204 313	7,6	43 155	8 160	
1. Vj. D	110,2	99,4	130,2	456 768	69,2	33 356	99,8	108,6	
April	96,2	89,5	108,7	456 287	76,1	33 423	102,8	109,2	200 712	7,5	42 863	7 050	
Mai	103,6	94,6	120,2	456 171	104,1	33 145	109,9	109,6	194 170	7,1	41 363	6 463	
Juni	103,2	91,0	125,7	457 651	100,7	33 217	99,9	109,8	198 138	7,2	39 438	5 528	
2. Vj. D	101,0	91,7	118,2	456 703	93,6	33 262	104,2	109,5	
Juli	102,6	91,9	122,3	457 982	69,7	33 277	99,8	109,9	199 169	7,3	37 571	4 797	
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in % ¹¹⁾													
1998 D	3,0	7,1	- 3,0	- 2,3	- 12,7	- 10,9	1,4	1,3	- 2,6	.	21,7	- 44,8	
1999 D	- 6,8	- 8,1	- 4,6	- 1,1	4,2	- 6,5	1,3	0,9	- 5,8	.	17,8	- 1,7	
2000 D	6,7	3,7	11,4	- 1,1	- 1,7	- 5,5	0,2	1,9	- 10,2	.	22,4	- 19,4	
2000 Juni	2,8	- 4,9	15,4	- 0,9	- 21,3	- 4,3	- 6,3	1,9	- 8,7	.	27,1	- 41,8	
2. Vj.	4,3	0,7	10,1	- 1,2	9,9	- 3,9	2,4	1,7	
Juli	5,2	3,1	8,5	- 1,2	18,1	- 5,8	- 4,8	1,9	- 10,4	.	23,6	- 32,9	
August	13,3	11,8	16,4	- 1,0	- 20,8	- 6,5	6,4	1,7	- 10,9	.	21,5	27,7	
September	6,2	- 0,5	17,2	- 0,9	16,6	- 6,6	2,0	2,4	- 11,7	.	19,1	18,6	
3. Vj.	8,1	4,6	14,1	- 1,1	1,4	- 6,6	1,1	2,0	
Oktober	7,1	2,1	14,8	- 0,3	- 14,4	- 7,4	- 2,6	2,1	- 12,9	.	17,9	- 1,5	
November	1,7	1,2	2,3	- 0,2	27,8	- 7,3	- 0,9	2,1	- 13,3	.	20,8	- 26,1	
Dezember	5,4	3,0	9,2	- 0,2	- 15,7	- 7,6	- 6,0	1,8	- 12,8	.	15,3	3,9	
4. Vj.	4,6	2,0	8,5	- 0,2	- 4,8	- 7,4	- 3,3	2,0	
2001 Januar	12,9	14,4	11,1	- 0,1	25,6	- 7,3	6,7	1,9	- 11,4	.	16,6	7,1	
Februar	5,4	0,3	12,4	- 0,3	1,7	- 7,2	- 4,8	2,3	- 10,9	.	12,2	21,9	
März	0,4	2,5	- 2,9	- 0,2	- 14,2	- 6,6	- 0,2	2,2	- 10,7	.	9,2	27,0	
1. Vj.	5,8	5,3	6,4	- 0,2	- 10,8	- 7,0	0,5	2,1	
April	- 0,6	- 1,3	0,6	- 0,3	16,4	- 6,6	- 0,5	2,5	- 9,5	.	4,0	3,1	
Mai	- 6,6	- 8,6	- 3,4	- 0,4	- 25,9	- 7,7	- 2,2	3,0	- 8,3	.	2,3	15,3	
Juni	- 2,4	- 2,4	- 2,4	- 0,5	19,8	- 7,1	4,3	2,7	- 7,0	.	- 1,0	36,6	
2. Vj.	- 3,3	- 4,3	- 1,8	- 0,4	- 3,1	- 7,1	0,4	2,7	
Juli	2,2	- 2,1	8,9	- 0,5	- 31,9	- 7,1	3,6	2,3	- 6,6	.	- 5,9	54,9	
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vormonat bzw. dem Vorquartal in % ¹¹⁾													
2000 Juni	- 4,7	- 10,0	3,5	0,4	- 40,2	- 0,4	- 14,8	0,5	0,6	.	- 1,5	- 27,8	
2. Vj.	0,3	1,5	- 1,6	0,2	40,2	- 0,2	4,5	0,2	
Juli	- 5,0	0,8	- 12,8	0,1	21,9	0,1	0,5	0,5	0,1	.	0,2	- 23,5	
August	5,0	9,4	- 1,6	0,4	- 27,1	0,3	4,8	- 0,1	- 3,0	.	- 3,5	44,9	
September	7,1	- 1,4	21,6	- 0,0	48,2	- 0,1	- 0,5	0,5	- 2,7	.	- 1,0	9,8	
3. Vj.	1,6	3,7	- 1,1	0,6	- 0,7	0,1	- 4,4	0,8	
Oktober	- 4,2	- 4,7	- 3,4	- 0,2	- 22,7	0,5	2,2	- 0,3	- 2,4	.	- 6,2	- 2,9	
November	1,7	3,5	- 0,8	- 0,0	- 11,1	- 1,0	7,2	- 0,1	- 0,6	.	- 2,3	- 5,5	
Dezember	- 9,5	- 9,7	- 9,3	- 0,4	0,3	- 2,2	5,9	- 0,1	2,6	.	0,2	0,1	
4. Vj.	- 0,3	- 3,8	5,0	- 0,2	- 17,3	- 0,8	10,6	0,1	
2001 Januar	5,6	4,9	6,7	- 0,4	- 15,3	- 3,7	- 16,8	0,5	5,7	.	7,5	35,3	
Februar	1,9	- 2,7	8,3	- 0,2	- 3,3	- 1,1	- 5,4	0,6	- 0,5	.	10,3	37,8	
März	10,6	21,2	- 2,7	- 0,2	28,7	- 0,2	20,7	0,1	- 3,0	.	3,9	- 3,2	
1. Vj.	4,1	4,1	4,1	- 0,8	- 12,7	- 6,2	- 9,0	0,9	
April	- 18,8	- 19,7	- 17,1	- 0,1	- 5,4	0,7	- 7,1	0,3	- 1,8	.	- 0,7	- 13,6	
Mai	7,7	5,7	10,6	- 0,0	36,8	- 0,8	6,9	0,4	- 3,3	.	- 3,5	- 8,3	
Juni	- 0,4	- 3,8	4,6	0,3	- 3,3	0,2	- 9,1	0,2	2,0	.	- 4,7	- 14,5	
2. Vj.	- 8,3	- 7,7	- 9,2	- 0,0	35,3	- 0,3	4,4	0,8	
Juli	- 0,6	1,0	- 2,7	0,1	- 30,8	0,2	- 0,1	0,1	0,5	.	- 4,7	- 13,2	

1) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden, Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten. Wegen der Umstellung auf die neuen EU-Klassifikationen ab 1995 sind Vorjahresvergleiche nicht möglich. - 2) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. - 3) Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten. - 4) Wertindex. - 5) Ohne Mehrwertsteuer. - 6) Alle privaten Haushalte. - 7) Quelle: Landesarbeitsamt Hessen. - 8) Bei Monatswerten Stand am Monatsende. - 9) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. - 10) Bei Monatswerten Stand Monatsmitte. - 11) Gegenüber der letzten Ausgabe teilweise berichtigte Ergebnisse.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	1999	2000	1999	2000				2001	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
BEVÖLKERUNG										
* Bevölkerung am Monatsende ¹⁾	1000	6 042,8	6 058,3	6 052,0	6 051,5	6 051,4	6 068,2	6 068,1
Natürliche Bevölkerungsbewegung:										
* Eheschließungen ²⁾	Anzahl	2 718	2 718	3 086	888	1 642	1 719	3 228
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	*	5,4	5,4	6,0	1,7	3,4	3,5	6,3
* Lebendgeborene ³⁾	*	4 916	4 901	5 699	3 271	4 860	4 609	6 207
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	*	9,8	9,7	11,1	6,4	10,1	9,3	12,1
* Gestorbene ⁴⁾ (ohne Totgeborene)	*	5 088	5 029	5 942	5 298	5 808	4 876	6 186
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	*	10,1	10,0	11,6	10,3	12,1	9,8	12,0
* darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene	*	22	21	25	24	29	28	30
auf 1000 Lebendgeborene	*	4,5	4,4	4,4	7,3	6,0	6,1	4,8
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	*	- 172	- 127	- 243	- 2 027	- 948	- 267	21
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	*	- 0,4	- 0,3	- 0,5	- 3,9	- 2,0	- 0,5	0,0
Wanderungen:										
* Zuzüge über die Landesgrenzen	Anzahl	14 164	14 134	12 931	12 974	11 980	14 727	11 624
* darunter aus dem Ausland	*	6 186	6 178	4 916	5 399	5 444	6 419	4 777
* Fortzüge über die Landesgrenzen	*	12 591	12 659	12 475	11 423	11 133	13 632	11 747
* darunter in das Ausland	*	9 114	5 572	5 243	5 243	5 353	6 384	4 749
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	*	1 574	1 474	456	1 551	847	1 095	- 123
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁵⁾	*	19 091	18 349	21 644	18 062	16 473	19 452	18 254
		1999	2000	2000			2001			
		Durchschnitt		Junl	Juli	August	Mai	Junl	Juli	August
ARBEITSMARKT										
* Arbeitslose am Monatsende ⁶⁾	Anzahl	239 257	214 875	213 076	213 256	206 753	194 170	198 138	199 169	195 780
* darunter Frauen	*	105 186	96 519	97 157	98 101	95 377	86 988	90 106	90 912	89 463
Männer	*	134 071	118 356	115 919	115 155	111 376	107 182	108 032	108 257	106 317
Ausländer	*	51 080	45 177	44 332	43 150	42 578	41 574	41 534	41 026	41 127
Jugendliche unter 20 Jahren	*	5 747	5 442	5 732	6 243	6 072	4 385	5 631	5 987	5 736
* Arbeitslosenquote ⁷⁾ insgesamt	%	9,4	8,1	8,0	8,0	7,7	7,1	7,2	7,3	7,2
* darunter der Frauen	*	9,1	8,0	7,9	8,0	7,7	6,8	7,0	7,1	7,0
Männer	*	9,6	8,3	8,0	8,0	7,7	7,3	7,4	7,4	7,3
Ausländer	*	17,2	14,8	14,4	14,0	13,8	14,1	14,1	13,9	13,9
Jugendlichen unter 20 Jahren	*	8,0	5,8	5,6	6,0	5,9	3,5	4,6	4,8	4,6
* Offene Stellen am Monatsende ⁸⁾	Anzahl	30 650	37 527	39 841	39 929	38 512	41 363	39 438	37 571	37 727
* Kurzarbeiter (Monatsmitte) ⁹⁾	*	6 396	5 156	4 047	3 096	4 486	6 463	5 528	4 797	4 893
		1998	1999	1998			1999		2000	
		Durchschnitt ¹⁰⁾		Sept.	Dez.	Junl	Sept.	Dez.	März	Junl
* Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer am Arbeitsort insgesamt ¹¹⁾	1000	2 105,3	2 138,0	2 128,8	2 110,9	2 123,7	2 162,2	2 163,4	2 169,4	2 174,8
* darunter Frauen	*	903,7	919,1	911,4	906,7	910,5	927,1	932,8	938,1	934,5
Ausländer	*	226,6	220,8	229,6	226,0	216,8	221,3	220,1	220,9	223,2
* Teilzeitbeschäftigte	*	310,0	309,3	310,9	315,1	301,4	306,2	313,3	318,7	321,6
darunter Frauen	*	272,5	267,8	273,4	275,0	262,3	264,8	269,2	273,0	274,3
darunter ausgew. Wirtschaftsabschnitte ⁶⁾ :										
* Bergbau	*	.	8,6	9,2	8,8	8,8	8,6	8,4	8,5	8,5
* darunter Frauen	*	.	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9
* Verarbeitendes Gewerbe	*	.	528,3	543,0	535,8	527,2	530,7	525,0	522,9	523,0
* darunter Frauen	*	.	137,6	142,6	139,9	137,1	138,3	136,7	136,3	135,9
* Energie- und Wasserversorgung	*	.	17,5	17,0	17,0	17,4	17,5	17,6	17,5	17,4
* darunter Frauen	*	.	3,1	3,0	2,9	3,1	3,1	3,1	3,1	3,1
* Baugewerbe	*	.	129,3	136,0	129,7	130,1	133,6	127,7	123,6	125,1
* darunter Frauen	*	.	15,6	16,0	15,8	15,6	15,7	15,6	15,4	15,2
* Handel- und Gastgewerbe	*	.	389,7	388,6	384,4	386,5	394,3	395,2	396,1	395,9
* darunter Frauen	*	.	188,8	186,0	186,1	187,2	190,7	191,7	192,2	191,6
* Verkehr- und Nachrichtenübermittlung	*	.	147,9	144,2	144,1	146,4	148,0	152,7	155,4	158,3
* darunter Frauen	*	.	49,1	47,8	47,8	48,3	49,0	50,8	51,8	52,6
* Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	*	.	140,8	139,3	138,9	139,0	142,4	142,6	143,8	143,8
* darunter Frauen	*	.	69,1	68,7	68,4	68,2	69,8	69,9	70,5	70,4
* Grundstückswesen, Vermietung, Dienstleistungen für Unternehmen	*	.	271,0	249,2	250,9	267,0	279,2	284,3	291,9	298,3
* darunter Frauen	*	.	120,7	111,1	111,5	119,0	124,1	126,3	129,7	131,5
* öffentliche Verwaltung u. ä.	*	.	128,6	130,7	130,3	128,3	128,7	128,2	127,4	125,0
* darunter Frauen	*	.	73,9	74,9	74,9	73,5	73,8	73,7	73,3	71,4
* öffentliche und private Dienstleistungen (ohne öffentl. Verwaltung)	*	.	362,0	356,6	358,0	358,0	363,8	368,1	368,2	364,8
* darunter Frauen	*	.	256,5	254,2	254,8	253,5	257,5	260,3	260,8	257,9

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

- 1) Fortschreibungsergebnisse auf der Basis der Bevölkerungsfeststellung vom 25. Mai 1987 (Volkszählung). - 2) Nach dem Ereignisort. - 3) Nach der alleinigen oder der Hauptwohnung der Mutter. - 4) Nach der alleinigen oder Hauptwohnung des Verstorbenen. - 5) Ohne Innerhalb der Gemeinden Umgezogene. - 6) Quelle: Landesarbeitsamt Hessen. - 7) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. - 8) Einschl. Land- und Forstwirtschaft, Fischerei. Quelle: Bundesanstalt für Arbeit. - 9) Auf Grund der Einführung der neuen Wirtschaftszweigsystematik (WZ 93) ist die Vergleichbarkeit mit früheren Erhebungen nicht gewährleistet. - 10) Durchschnitt für die Monate März, Juni, September und Dezember. - 11) Ein Nachweis in wirtschaftsfachlicher Gliederung ist auf Grund von Strukturverschiebungen zur Zeit nicht möglich.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1999	2000	2000			2001			
		Durchschnitt		Mal	Juni	Juli	April	Mal	Juni	Juli
LANDWIRTSCHAFT										
Schlachtungen ¹⁾ :										
Rinder	Anzahl	8 088	7 302	6 821	5 674	5 692	5 724	4 317	6 625	4 332
Kälber	"	341	350	233	330	310	342	167	168	96
Schweine	"	108 303	102 959	104 858	98 336	105 056	92 811	95 692	90 824	89 554
darunter hausgeschlachtet	"	9 044	7 765	4 958	4 634	3 841	7 638	4 357	3 710	2 631
Schlachtmengen ²⁾ :										
* Gesamtschlachtgewicht	Tonnen	11 653	11 148	11 661	11 010	11 406	10 301	10 320	10 684	9 812
darunter von										
* Rindern	"	2 207	2 032	2 032	1 747	1 772	1 519	1 239	2 040	1 317
* Kälbern	"	30	33	18	18	31	32	13	17	9
* Schweinen	"	9 099	8 686	9 153	8 805	9 201	7 853	8 422	8 022	7 973
Geflügel:										
* Erzeugte Konsumeter ³⁾	1000 St.	30 668	31 856	30 713	31 610	30 877	30 456	34 794	32 422	31 472
Milcherzeugung:										
Kuhmilcherzeugung	Tonnen	87 211	84 688	92 887	87 152	87 702	87 137	95 793	94 249	93 055
* darunter an Molkereien u. Händler geliefert	"	82 275	80 642	88 051	83 697	84 132	83 496	92 030	90 019	88 685
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	16,4	15,8	17,1	16,5	16,1	18,4	19,5	19,9	19,0
VERARBEITENDES GEWERBE ⁴⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	464,4	459,5	457,9	459,7	460,1	456,3	456,2	457,7	458,0
darunter Arbeiter (einschl. gewerbl. Azubi.)	"	275,0	271,1	269,1	271,5	272,8	269,2	269,0	270,2	270,8
* Geleistete Arbeitsstunden	"	35 589	34 952	37 739	33 347	31 658	33 350	35 706	33 060	31 546
* Brutto Lohnsumme	Mill. DM	1 285,7	1 292,4	1 381,4	1 319,1	1 271,7	1 258,0	1 393,8	1 341,4	1 298,6
* Bruttogehaltssumme	"	1 424,5	1 446,6	1 514,4	1 505,4	1 365,4	1 458,0	1 554,2	1 490,3	1 409,1
* Gesamtumsatz (ohne Mwst.)	"	12 763,0	13 425,7	14 432,0	13 528,6	12 313,0	12 852,6	14 063,8	13 680,0	13 123,5
* darunter Auslandsumsatz	"	4 278,5	5 016,1	5 344,5	5 011,4	4 564,4	4 855,1	5 208,2	5 257,0	4 909,1
Exportquote ⁵⁾	%	33,5	37,4	37,0	37,0	37,1	37,8	37,0	38,4	37,4
Index der Nettoproduktion insgesamt ⁶⁾										
Insgesamt	1991 = 100
darunter										
Vorleistungsgüterproduzenten	"
Investitionsgüterproduzenten	"
Gebrauchsgüterproduzenten	"
Verbrauchsgüterproduzenten	"
Index der Nettoproduktion im Verarbeitenden Gewerbe ⁷⁾										
Insgesamt	1991 = 100
darunter										
Chemische Industrie	"
Maschinenbau	"
Fahrzeugbau	"
Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik usw.	"
Volumenindex des Auftragseingangs ⁷⁾										
Insgesamt	1995 = 100 % ⁸⁾	- 6,8	6,7	13,2	2,8	5,2	- 0,6	- 6,6	- 2,4	2,2
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	"	- 1,9	5,6	17,7	-0,3	2,7	0,1	- 7,0	- 3,3	- 0,2
Investitionsgüterproduzenten	"	-14,3	9,2	10,9	4,8	10,6	- 0,6	- 9,3	- 6,0	7,2
Gebrauchsgüterproduzenten	"	- 8,8	10,5	8,2	- 1,1	21,7	-28,3	5,0	- 6,6	-17,9
Verbrauchsgüterproduzenten	"	- 1,2	2,9	1,1	18,8	- 3,2	13,2	3,0	18,4	7,3
Volumenindex des Auftragseingangs nach ausgewählten Branchen:										
Chemische Industrie	% ⁸⁾	- 2,3	6,7	14,6	5,8	1,3	2,5	- 4,8	10,0	5,4
Maschinenbau	"	- 5,9	15,8	15,1	19,7	16,9	-12,7	- 4,3	-14,9	- 8,3
Kraftwagen und -teile	"	-20,0	- 9,3	- 5,0	-14,3	-10,4	24,8	-12,1	- 4,2	23,6
Herstellung von Metallserzeugnissen	"	- 1,4	5,5	16,5	- 3,1	13,8	2,9	- 6,2	- 0,1	- 8,1
ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	2 278,0	2 128,5	1 852,3	1 746,4	2 202,3
* Stromverbrauch ⁹⁾	"	2 714,2	2 895,0	2 661,3	2 481,3	2 556,1

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Gewerbliche und Hauschlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft. - 2) Gewerbliche Schlachtungen (ohne Geflügel); einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. - 3) in Betrieben ab 3000 Hennenhaltungsplätzen. - 4) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. - 5) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. - 6) Kalendermonatlich. - 7) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. - 8) Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Vorjahresmonat. - 9) Ohne Pumpstromverbrauch und ohne Übertragungsverluste; ohne Eigenverbrauch der Kraftwerke.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1999	2000	2000			2001			
		Durchschnitt		Mal	Junl	Juli	April	Mal	Junl	Juli
BAUGEWERBE										
Bauhauptgewerbe ¹⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	62,1	60,7	60,5	60,2	60,2	57,9	57,4	57,5	57,5
darunter										
Facharbeiter ²⁾	*	32,6	32,0	32,0	31,2	31,4	30,1	29,5	29,7	29,9
Fachwerker und Werker	*	9,8	9,5	9,4	10,3	10,4	8,9	9,0	9,0	9,1
gewerblich Auszubildende	*	3,1	2,9	3,0	2,7	2,6	2,7	2,7	2,5	2,4
* Geleistete Arbeitsstunden	*	5 923	5 756	6 835	5 656	5 619	5 309	6 041	5 500	5 603
darunter für den										
Wohnungsbau	*	2 262	2 214	2 725	2 173	2 087	1 998	2 239	2 052	2 059
gewerblichen und Industriellen Bau	*	1 812	1 716	1 915	1 638	1 720	1 554	1 740	1 547	1 613
öffentlichen und Verkehrsbau	*	1 817	1 798	2 167	1 821	1 780	1 725	2 009	1 858	1 897
* Bruttolehnsumme ³⁾	MIIL. DM	190,4	188,1	197,5	190,6	187,8	183,6	186,6	177,5	186,5
* Bruttogehaltsumme	*	80,9	78,2	73,8	83,3	76,3	74,4	71,6	80,4	72,8
Baugewerblicher Umsatz (ohne Mwst.)	*	1 039,2	1 001,1	1 020,2	1 035,0	1 001,2	802,9	1 006,3	1 096,8	1 048,1
		86,6	85,1	140,4	84,0	102,4	76,1	104,1	100,7	69,7
* Index des Auftragselngangs ⁴⁾	1995 = 100									
darunter										
Wohnungsbau	*	66,5	53,2	68,2	62,6	47,4	48,8	59,7	62,0	46,4
gewerblicher und Industrieller Bau	*	90,9	99,6	185,5	88,2	119,7	90,2	125,7	120,6	67,5
öffentlicher und Verkehrsbau	*	92,4	84,9	124,3	90,6	111,3	73,6	101,7	97,2	85,2
Ausbaugewerbe ⁵⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	25,2	24,6	.	24,5	.	.	.	23,7	.
* Geleistete Arbeitsstunden	*	7 316	7 148	.	7 023	.	.	.	6 787	.
Bruttolehn- und -gehaltsumme	MIIL. DM	330,5	337,4	.	333,5	.	.	.	328,2	.
* Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Mwst.)	*	1 036,3	1 203,3	.	1 104,5	.	.	.	1 200,9	.
BAUGENEHMIGUNGEN										
* Wohngebäude (Neu- und Wiederaufbau) ⁶⁾	Anzahl	1 048	913	1 167	1 146	1 020	798	862	811	809
darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	*	932	818	1 062	1 031	910	712	759	694	639
* Umbauter Raum der Wohngebäude ⁶⁾	1000 m ³	1 151	1 021	1 241	1 193	1 079	919	1 037	1 145	924
* Wohnfläche in Wohngebäuden ⁶⁾	1000 m ²	213	188	236	227	201	168	187	210	170
* Veranschlagte reine Baukosten der Wohngebäude ⁷⁾	1000 DM	645 188	513 757	614 456	589 102	552 344	484 695	548 355	576 278	491 119
* Nichtwohngebäude (Neu- u. Wiederaufbau) ⁶⁾	Anzahl	271	245	312	282	263	193	214	225	185
* Umbauter Raum der Nichtwohngebäude ⁶⁾	1000 m ³	808	875	805	1 103	850	1 320	1 158	1 568	1 246
* Nutzfläche in Nichtwohngebäuden ⁶⁾	1000 m ²	190	186	192	279	206	213	212	264	174
* Veranschlagte reine Baukosten der Nichtwohngebäude ⁷⁾	1000 DM	348 572	415 718	351 653	809 361	382 461	656 466	461 527	547 885	363 193
* Wohnungen insgesamt ⁸⁾	Anzahl	2 278	1 988	2 413	2 343	2 107	1 800	2 092	2 255	1 790
* Wohnräume insgesamt ⁸⁾	*	11 744	10 306	12 720	12 148	11 261	9 131	10 666	10 702	9 018
EINZELHANDEL UND GASTGEWERBE										
Einzelhandel										
* Index der Umsätze ⁹⁾ - real	1995 = 100	100,8	99,9	109,5	93,1	93,4	98,4	104,8	94,9	94,8
* Index der Umsätze ⁹⁾ - nominal	*	102,8	103,0	112,4	95,8	96,3	102,8	109,9	99,9	99,8
darunter (Einzelhandel mit)										
Waren verschiedener Art ¹⁰⁾	*	115,7	111,2	132,1	111,8	108,7	114,5	125,7	115,1	114,0
Kraftfahrzeugen ¹¹⁾ ; Tankstellen	*	101,7	101,4	104,5	96,0	93,3	104,7	107,0	102,0	98,7
Apotheken ¹²⁾	*	118,4	126,0	130,2	123,9	118,0	128,8	137,3	131,3	127,4
Bekleidung	*	86,4	87,2	92,5	74,7	78,6	87,4	90,1	76,7	78,7
Möbeln, Einrichtungsgegenständen ¹³⁾	*	95,6	88,0	88,8	75,4	83,6	83,9	86,9	78,9	79,5
Metallwaren und Anstrichmitteln ¹⁴⁾	*	97,7	107,0	128,8	109,6	111,8	112,9	131,6	109,2	121,3
* Beschäftigte im Einzelhandel (Index)	*	90,7	87,3	87,9	86,7	86,3	86,1	86,2	85,9	85,4
Gastgewerbe										
* Index der Umsätze ⁹⁾ - real	1995 = 100	90,8	91,3	101,3	93,0	84,3	84,9	97,0	90,3	84,3
* Index der Umsätze ⁹⁾ - nominal	*	95,2	96,8	106,7	98,7	91,4	91,2	104,2	97,9	93,0
darunter										
Hotels, Gasthöfe, Pensionen, Hotels garnis	*	101,8	107,0	124,0	108,9	94,3	92,2	118,7	105,6	93,9
Restaurants, Cafés, Eisdielen, Imbissstellen	*	90,4	89,9	98,0	92,8	86,0	86,6	95,2	92,7	87,8
Kantinen und Caterer	*	105,6	107,8	108,1	104,8	114,1	107,0	111,1	113,0	121,4
* Beschäftigte im Gastgewerbe (Index)	*	88,2	84,6	85,6	85,4	85,2	88,2	86,7	85,9	85,4

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau. Nach der Totalerhebung hochgerechnete Ergebnisse. - 2) Einschl. Polieren und Meistern. - 3) Einschl. Entgelten für Poliere und Meister. - 4) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. - 5) Bauintallation und sonstiges Baugewerbe. Ab 1997 Vierteljahresergebnisse (März - 1. Vj., Juni - 2. Vj., usw.). Ergebnisse nach der neuen EU-Klassifikation liegen erst ab Januar 1996 vor. Vorjahresvergleiche sind nicht möglich. - 6) Ohne Gebäudetelle. - 7) Einschl. Gebäudetellen. - 8) In Wohn- und Nichtwohngebäuden; alle Baumaßnahmen. - 9) Ohne Umsatzsteuer; teilweise berichtigte Ergebnisse. - 10) Vor allem Warenhäuser, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte und Supermärkte. - 11) Sowie mit Kraftfahrzeugteilen und -zubehör. - 12) Sowie Drogerien und Einzelhandel mit mediz. nischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln. - 13) Sowie Hausrat. - 14) Sowie Bau- und Heimwerkerbedarf.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1999	2000	2000			2001			
		Durchschnitt		Mal	Juni	Juli	April	Mal	Juni	Juli
AUSSENHANDEL										
* Ausfuhr (Spezialhandel) insgesamt ¹⁾	Mill. DM	4 212,1	4 897,6	4 805,2	4 995,1	4 616,8	5 099,0	5 132,6	5 279,4	...
davon										
* Güter der Ernährungswirtschaft	*	104,7	117,6	139,2	138,2	129,9	157,8	96,8	143,9	...
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	*	4 107,4	4 780,0	4 665,9	4 856,8	4 486,9	4 941,2	5 035,8	5 135,5	...
davon										
* Rohstoffe	*	36,6	42,6	49,6	44,3	40,3	48,0	39,8	41,5	...
* Halbwaren	*	322,2	383,4	316,4	387,1	352,9	339,6	344,9	364,5	...
* Fertigwaren	*	3 748,5	4 354,0	4 300,0	4 425,5	4 093,8	4 553,6	4 651,0	4 729,6	...
davon										
* Vorerzeugnisse	*	745,9	922,3	962,0	956,3	935,9	892,7	981,9	913,9	...
* Enderzeugnisse	*	3 002,7	3 431,8	3 338,0	3 469,2	3 157,9	3 660,9	3 669,2	3 815,7	...
Unter den Fertigwaren waren										
chemische Erzeugnisse	*	1 047,3	1 293,5	1 362,3	1 344,0	1 205,9	1 362,8	1 446,7	1 295,9	...
Maschinen	*	666,2	739,8	708,8	746,4	697,8	791,3	704,1	860,8	...
Fahrzeuge	*	587,4	585,9	620,5	619,9	500,2	675,2	683,3	675,4	...
elektrotechnische Erzeugnisse	*	472,3	566,8	513,1	553,5	514,5	541,6	544,4	632,0	...
Eisen- und Metallwaren	*	302,8	382,4	338,8	386,3	429,4	354,6	441,7	422,2	...
Ausfuhr nach ausgew. Verbrauchsländern:										
* EU-Länder ²⁾	*	2 300,1	2 562,6	2 486,2	2 634,5	2 374,6	2 815,0	2 564,2	2 761,2	...
darunter										
Vereinigtes Königreich	*	364,3	365,9	350,0	348,3	375,5	415,2	399,0	419,9	...
Frankreich	*	417,0	479,9	420,5	501,3	407,4	595,5	506,4	501,7	...
Italien	*	298,8	370,8	363,8	408,9	339,3	351	329,4	371,9	...
Niederlande	*	266,7	285,4	302,5	271,8	249,7	320,8	274,0	317,9	...
Belgien	*	195,5	220,4	201,7	236,9	204,2	237,7	215,0	215,5	...
Luxemburg	*	25,8	22,1	25,5	19,0	18,1	13,9	18,0	17,4	...
Österreich	*	236,4	244,4	238,9	228,6	249,5	283,0	244,0	264,6	...
EFTA-Länder ³⁾	*	234,9	275,6	292,2	287,2	261,6	279,4	314,7	315,4	...
darunter										
Schweiz	*	199,1	240,0	256,1	248,9	230,5	235,4	269,5	256,3	...
Norwegen	*	32,5	30,9	31,9	31,6	26,7	40,0	41,6	50,7	...
USA	*	429,1	509,5	478,0	517,9	456,7	443,4	488,7	473,9	...
* Einfuhr (Generalhandel) insgesamt ¹⁾	*	7 173,5	8 764,2	9 418,5	8 716,0	8 355,7	9 071,6	9 254,7	8 288,7	...
davon										
* Güter der Ernährungswirtschaft	*	322,2	346,1	381,2	328,6	374,9	422,6	304,2	387,3	...
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	*	6 851,3	8 418,1	9 037,3	8 387,4	7 980,8	8 649,1	8 950,5	7 901,4	...
davon										
* Rohstoffe	*	77,0	102,5	102,2	114,0	104,2	140,5	71,6	130,1	...
* Halbwaren	*	699,3	790,5	727,9	682,6	875,7	989,7	939,9	976,8	...
* Fertigwaren	*	6 074,9	7 525,1	8 207,2	7 590,8	7 000,9	7 518,9	7 938,9	6 794,5	...
davon										
* Vorerzeugnisse	*	669,5	869,3	887,3	879,2	851,4	963,3	913,8	870,0	...
* Enderzeugnisse	*	5 405,5	6 655,8	7 319,8	6 711,6	6 149,5	6 555,6	7 025,1	5 924,5	...
* Einfuhr aus EU-Ländern ²⁾	*	3 372,3	4 049,7	4 570,3	3 857,1	3 859,1	4 444,9	5 076,7	4 260,1	...
FREMDENVKEHR ⁴⁾										
* Gästeankünfte	1000	763	816	978	916	849	745	969	911	844
* darunter von Auslands Gästen	*	191	211	235	244	281	179	226	232	262
* Gästeübernachtungen	*	2 000	2 138	2 418	2 358	2 392	2 013	2 446	2 292	2 416
darunter von Auslands Gästen	*	370	409	444	429	515	330	426	408	496
Gästeübernachtungen nach Berichts-										
gemeindegruppen:										
Heilbäder	*	600	644	697	712	738	625	700	681	730
Luftkurorte	*	133	131	153	168	175	117	157	148	168
Erholungsorte	*	94	98	114	133	155	99	123	124	145
Sonstige Gemeinden	*	1 173	1 265	1 454	1 346	1 324	1 172	1 465	1 338	1 372
darunter Großstädte	*	526	575	631	571	554	509	637	573	575
VERKEHR										
Binnenschifffahrt										
Güterumschlag insgesamt	1000 t	1 301	1 350	1 413	1 322	1 417	1 293	1 286	1 249	...
davon										
* Güterversand	*	205	226	216	175	168	200	182	215	...
* Gütererpfang	*	1 096	1 124	1 197	1 147	1 249	1 092	1 104	1 034	...

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Ab Januar 2000 vorläufige Zahlen. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung von Einfuhr- und Ausfuhrergebnissen nicht vertretbar. - 2) Mitgliedsländer nach dem Stand von Januar 1995 (Frankreich, Belgien, Luxemburg, Niederlande, Italien, Vereinigtes Königreich, Rep. Irland, Dänemark, Griechenland, Spanien, Portugal, Schweden, Finnland, Österreich). - 3) Mitgliedsländer nach dem Stand vom Januar 1997 (Island, Norwegen, Liechtenstein, Schweiz). -

4) Alle Beherbergungstätigkeiten mit mindestens 9 Betten, einschl. Jugendherbergen und Kinderheimen. Besteht eine Gemeinde aus mehreren Ortsteilen, so werden die Ortsteile mit Fremdenverkehr jeweils der in Frage kommenden Gemeindegruppe zugeordnet. Die Gemeindegruppe „Erholungsorte“ enthält nur noch die staatlich anerkannten Erholungsorte; die bisherigen „Erholungsorte ohne Prädikat“ werden der Gruppe „Sonstige Gemeinden“ zugeordnet.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1999	2000	2000			2001			
		Durchschnitt		Mal	Juni	Juli	April	Mal	Juni	Juli
Noch: VERKEHR										
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge ¹⁾ darunter	Anzahl	34 124	30 577	38 912	32 281	30 374	33 205	36 838	33 017	30 486
Personenkraftwagen (einschl. Kombi)	*	29 759	26 145	32 794	27 284	26 552	27 477	31 219	27 351	26 437
* Lkw (auch mit Spezialaufbau)	*	1 877	1 868	2 223	1 937	1 714	1 995	2 026	1 980	1 438
* Krafträder und dreirädrige Kraftfahrzeuge	*	2 073	1 998	3 153	2 461	1 656	2 956	2 880	3 040	2 106
* Zugmaschinen (zulassungspflichtige)	*	297	287	329	303	251	354	332	320	264
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personenschaden	*	2 310	2 252	2 797	2 351	2 194	2 115	2 554	2 389	2 400
* Getötete Personen ²⁾	*	47	45	44	47	42	37	44	39	51
* Verletzte Personen	*	3 111	3 031	3 775	3 142	3 043	2 984	3 379	3 198	3 184
Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen ³⁾										
Beförderte Personen	1000	37 353	39 561	.	111 765	.	.	.	114 624	.
davon im Linienverkehr ⁴⁾	*	36 883	39 083	.	110 213	.	.	.	113 120	.
Gelegenheitsverkehr	*	469	478	.	1 553	.	.	.	1 505	.
Gefahrene Wagenkilometer	1000 km	23 547	24 402	.	73 778	.	.	.	73 421	.
davon im Linienverkehr ⁴⁾	*	18 640	19 432	.	56 191	.	.	.	55 966	.
Gelegenheitsverkehr	*	4 908	4 970	.	17 587	.	.	.	17 455	.
Einnahmen	1000 DM	75 526	80 498	.	235 349	.	.	.	244 337	.
davon aus Linienverkehr ⁴⁾	*	61 015	64 443	.	178 240	.	.	.	190 719	.
Gelegenheitsverkehr	*	14 511	16 055	.	57 109	.	.	.	53 618	.
GELD UND KREDIT										
Banken ⁵⁾										
Kredite an Nichtbanken insgesamt ⁶⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	920 746	319 593	.	937 695
darunter Kredite an inländische Nichtbanken ⁶⁾	*	764 951	260 199	.	778 418
davon kurzfristige Kredite	*	120 360	43 486	.	132 858
Kredite über 1 Jahr ⁷⁾	*	644 591	216 713	.	645 561
Einzinsen und aufgenommene Gelder ⁸⁾ von Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	685 448	246 770	.	729 380
Zahlungsschwierigkeiten										
* Insolvenzen insgesamt	Anzahl	201	235	270	224	190	199	250	255	303
davon von Unternehmen, einschl. Kleingewerbe ⁹⁾	*	155	153	181	148	127	126	155	170	184
* von privaten Personen und Nachlässe ⁹⁾	*	45	82	89	76	63	73	95	85	119
* Beantragte Insolvenzen ¹⁰⁾	*	201	235	270	224	190	199	250	255	303
* darunter mangels Masse abgelehnt	*	133	123	146	134	85	89	109	122	155
PREISE										
* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte insgesamt	1995 = 100	105,0	107,0	106,4	106,9	107,4	109,2	109,6	109,8	109,9
darunter Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	*	102,1	101,4	102,2	101,7	101,5	105,1	107,0	106,8	106,2
Bekleidung, Schuhe	*	103,4	104,0	104,0	104,0	103,8	104,1	104,2	104,2	103,8
Wohnung, Wasser, Strom, Gas ¹¹⁾	*	107,4	110,7	109,8	109,9	110,5	113,2	113,4	113,8	113,8
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt ¹²⁾	*	102,2	102,1	101,9	101,9	102,0	102,5	102,7	102,7	102,8
Verkehr (einschl. Kraftstoffe)	*	107,9	113,9	112,2	114,8	115,0	118,4	119,3	119,1	117,8
Nachrichtenübermittlung	*	88,0	84,3	83,9	83,9	83,8	81,7	81,7	81,7	81,9
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	*	103,4	104,9	103,2	104,6	106,9	105,6	105,4	106,3	108,4
Beherbergungs- und Gaststättenleistungen	*	103,0	103,7	103,2	103,8	106,2	104,0	104,3	105,2	107,1
* Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Haushalten von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen	1995 = 100	104,9	106,6	106,1	106,5	107,2	108,7	109,2	109,4	109,6
* Preisindex für Wohngebäude (Neubau) ¹³⁾	1995 = 100	100,2 ¹⁴⁾	100,2 ¹⁴⁾	101,2	.	.	.	102,4	.	.

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. - 2) Einschl. der innerhalb 30 Tagen an den Unfallfolgen Gestorbenen. - 3) Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.); Jahresdurchschnitt = Monatsdurchschnitt; nur Unternehmen mit 6 oder mehr Bussen. - 4) Allgemeiner Linienverkehr, Sonderformen des Linienverkehrs (Berufverkehr, Schüler-, Markt- und Theaterfahrten), freigestellter Schülerverkehr. - 5) Die Angaben umfassen die in Hessen gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichten den Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne Kreditinstitute mit überregionalen Sonderaufgaben (ohne Filialnetz) sowie ohne Post giro- und Postsparkassennäher. - 6) Einschl. durchlaufender Kredite. - 7) Ohne durchlaufende Kredite. - 8) Biseinschl. 1998 ohne Kleingewerbe. - 9) Bis einschl. 1998 „von übrigen Gemeinschuldner“. - 10) Bis einschl. 1998 „Beantragte Konkurse“. - 11) Und andere Brennstoffe. - 12) Sowie deren Instandhaltung. - 13) Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk. - 14) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Februar, Mai, August und November.

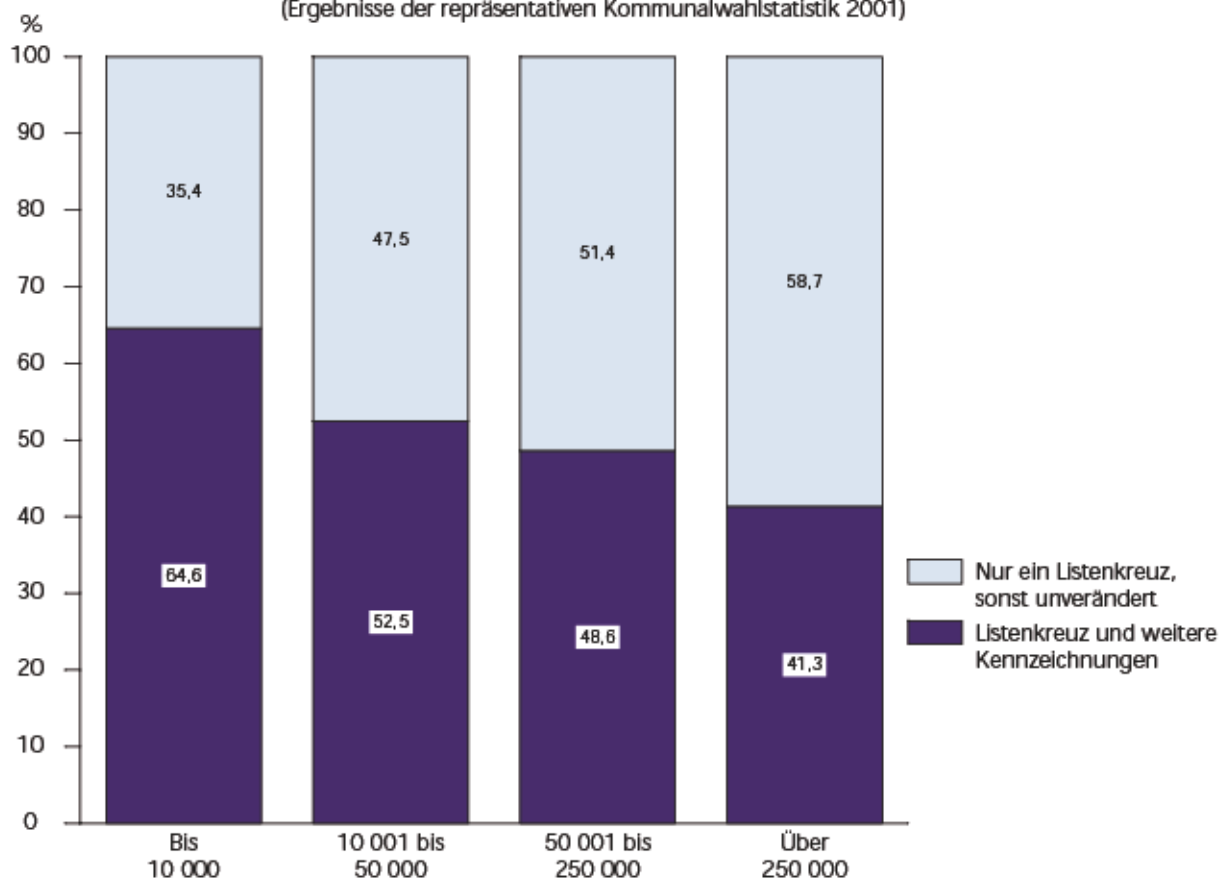
Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1999	2000	2000			2001			
		Durchschnitt		Mal	Juni	Juli	April	Mal	Juni	Juli
STEUERN										
Steueraufkommen insgesamt ¹⁾	Mill. DM	6 486,1	6 949,5	7 997,3	8 605,7	6 509,5	6 581,3	5 413,4	9 636,6	5 694,3
davon										
Gemeinschaftsteuern	*	5 707,7	6 120,7	7 275,8	7 485,4	5 679,7	5 690,2	4 553,3	8 829,8	4 667,9
davon										
Lohnsteuer ²⁾	*	2 710,1	2 908,6	3 151,1	2 663,1	3 203,5	2 886,2	2 856,4	3 043,7	2 956,2
veranlagte Einkommensteuer	*	116,0	149,7	- 68,5	772,9	- 238,7	- 91,6	- 89,9	758,5	- 297,6
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	*	344,9	445,6	222,2	1 286,6	1 164,4	545,7	351,5	1 706,0	726,8
Zinsabschlag ²⁾	*	360,5	439,9	310,2	322,5	325,0	524,6	484,7	418,2	404,1
Körperschaftsteuer ²⁾	*	425,9	461,0	1 764,4	868,5	- 402,1	368,0	- 899,2	1 225,6	- 862,7
Umsatzsteuer	*	1 496,9	1 402,0	1 529,6	1 273,8	1 303,0	1 157,8	1 516,7	1 341,8	1 442,6
Einfuhrumsatzsteuer	*	253,5	314,1	366,9	298,0	324,6	299,5	333,1	336,0	298,6
Bundessteuern	*	458,0	488,0	358,5	763,3	437,7	396,1	555,4	526,9	564,3
darunter										
Mineralölsteuer	*	91,0	61,7	62,9	61,7	70,2	33,6	94,2	67,8	86,8
Versicherungsteuer	*	112,0	112,2	103,7	67,8	59,8	98,8	117,4	79,1	71,9
Zölle ³⁾	*	28,3	25,8	30,1	27,3	25,5	18,9	22,1	21,4	19,1
Landesteuern	*	242,3	255,3	330,2	329,7	213,9	319,6	259,1	258,4	281,7
darunter										
Vermögensteuer	*	11,1	11,1	55,5	6,0	12,3	14,3	6,9	6,8	4,2
Erbschaftsteuer	*	36,3	42,5	35,1	131,0	29,0	44,2	28,9	32,7	50,0
Grunderwerbsteuer	*	77,3	84,4	96,3	66,5	61,5	121,0	68,4	73,7	76,2
Kraftfahrzeugsteuer	*	86,5	86,7	100,4	96,5	85,1	111,6	120,9	112,1	108,8
Gewerbsteuerumlage	*	49,8	59,7	2,8	0,0	152,7	156,5	23,4	0,0	161,3
		1999	2000	1999	2000			2001		
		Durchschnitt ⁴⁾		Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni
Kassenmäßiges Steueraufkommen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. DM	3 039,8	3 148,3	4 497,1	2 059,0	3 148,3	3 371,6	4 014,1	1 944,8	3 019,0
davon										
Grundsteuer A	*	8,4	8,5	6,9	8,4	8,6	10,0	6,9	8,5	8,2
Grundsteuer B	*	293,7	294,9	242,7	280,0	335,7	321,9	242,0	293,4	335,2
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	*	1 497,0	1 451,6	1 931,4	1 315,7	1 494,8	1 734,3	1 261,7	1 337,4	1 221,6
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	*	1 064,7	1 215,8	1 922,6	385,6	1 132,3	1 135,4	2 209,8	266,7	1 283,0
andere Steuern ⁵⁾	*	36,8	33,6	32,1	36,4	37,9	33,8	26,2	30,4	33,8
		1999	2000	1999	2000			2001		
		Durchschnitt ⁶⁾		Okt.	Jan.	April	Juli	Okt.	Jan.	April
Arbeiterverdienste										
Im Produzierenden Gewerbe ⁷⁾										
* Bruttomonatsverdienst insgesamt	DM	4 617	4 730	4 681	4 603	4 710	4 781	4 755	4 691	4 778
* Männliche Arbeiter	*	4 781	4 892	4 846	4 754	4 870	4 946	4 920	4 850	4 943
darunter Facharbeiter	*	5 085	5 195	5 145	5 046	5 165	5 261	5 225	5 160	5 250
* Weibliche Arbeiter	*	3 516	3 632	3 559	3 573	3 608	3 663	3 648	3 646	3 663
darunter HilfsarbeiterInnen	*	3 229	3 392	3 271	3 341	3 370	3 429	3 397	3 402	3 420
* Bruttostundenverdienst insgesamt	*	28,20	28,83	28,39	28,63	28,74	28,96	28,88	28,95	29,21
* Männliche Arbeiter	*	29,10	29,75	29,27	29,56	29,65	29,88	29,80	29,93	30,16
darunter Facharbeiter	*	31,27	31,99	31,47	31,81	31,87	32,18	31,98	32,17	32,41
* Weibliche Arbeiter	*	21,99	22,48	22,21	22,28	22,36	22,60	22,53	22,50	22,67
darunter HilfsarbeiterInnen	*	19,98	20,77	20,17	20,62	20,69	20,91	20,77	20,75	20,84
Angestelltenverdienste										
(Bruttomonatsverdienste)										
* Im Produzierenden Gewerbe	*	6 715	6 845	6 763	6 755	6 800	6 859	6 900	6 921	6 966
* kaufmännische Angestellte	*	6 329	6 504	6 383	6 407	6 472	6 512	6 560	6 548	6 590
* männliche Angestellte	*	7 222	7 428	7 281	7 336	7 392	7 434	7 486	7 441	7 488
* weibliche Angestellte	*	5 252	5 355	5 291	5 262	5 318	5 370	5 404	5 440	5 464
* technische Angestellte	*	7 052	7 151	7 095	7 064	7 094	7 173	7 205	7 253	7 301
* männliche Angestellte	*	7 204	7 304	7 242	7 206	7 242	7 331	7 364	7 409	7 456
* weibliche Angestellte	*	5 590	5 753	5 655	5 729	5 706	5 751	5 795	5 857	5 907
* In Handel, Kredit- u. Versicherungsgewerbe ⁸⁾										
insgesamt	*	5 588	5 742	5 616	5 628	5 731	5 732	5 805	5 865	5 933
* kaufmännische Angestellte	*	5 613	5 770	5 634	5 657	5 766	5 760	5 829	5 902	5 965
* männliche Angestellte	*	6 254	6 422	6 280	6 332	6 424	6 393	6 482	6 587	6 660
* weibliche Angestellte	*	4 808	4 931	4 820	4 811	4 919	4 937	4 985	5 033	5 085

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Einschl. Gewerbesteuerumlage. - 2) Vor Zerlegung. - 3) Einschl. Zoll-Euro. - 4) Vierteljahresdurchschnitte. - 5) Und steuerähnliche Einnahmen. - 6) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Januar, April, Juli und Oktober. - 7) Neuer Berichtskreis im Bereich des Produzierenden Gewerbes. - 8) Sowie bei Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern.

Anteile der Stimmzettel nur mit Listenkreuz (unverändert aufgenommen)
und solcher mit weiteren Kennzeichnungen (nach neuem Wahlrecht)
bei den Gemeindewahlen in Hessen 2001 nach Gemeindegrößenklassen
(Ergebnisse der repräsentativen Kommunalwahlstatistik 2001)



HSL 57/01

Testerhebungen für einen registergestützten Zensus

Anfang August ist nach langer Beratungszeit das „Gesetz zur Vorbereitung eines registergestützten Zensus“ in Kraft getreten. Schon aus dieser Bezeichnung wird die Intention deutlich, dass in Deutschland eine herkömmliche Volkszählung nicht mehr stattfinden soll. Der Umstieg auf ein neues Verfahren kann jedoch nicht erfolgen, ohne dass zuvor umfangreiche methodische, organisatorische und praktische Untersuchungen durchgeführt werden, mit denen ermittelt werden muss, ob und unter welchen Bedingungen Auswertungen der kommunalen Melderegister und anderer Datenquellen eine klassische Volkszählung ersetzen können. Dabei stehen Fragen nach der Qualität der Melderegister und der zu erzielenden Ergebnisse im Mittelpunkt. Das Gesetz sieht dazu mit Stichtag 5. Dezember dieses Jahres drei Testerhebungen auf Stichprobenbasis mit unterschiedlichen Zielen vor: Zur Ermittlung von Mehrfachfällen in den Registern sollen bundesweit aus sämtlichen Gemeinden Personen mit bestimmten Geburtstagen abgeglichen werden. Die beiden anderen Tests finden lediglich in ausgewählten Gemeinden und dort in einer relativ überschaubaren Zahl von Gebäuden statt. Für die Prüfung auf „Karteileichen“ oder Fehlbestände sind in Hessen durch eine vom Statistischen Bundesamt gezogene Stichprobe 39 Gemeinden vorgesehen, in denen rund 2900 Gebäude mit über 17 000 Wohnungen ausgewählt wurden. Die aus den Melderegistern gelieferten, auf die Gebäude bezogenen Personendaten werden Daten gegenübergestellt, die durch eine Befragung der betroffenen Personen gewonnen werden. In einer Unterstichprobe von 18 Gemeinden soll der Organisationstest eines in Betracht kommenden Verfahrens stattfinden, bei dem neben einer maschinellen Haushaltegenerierung auch die Einbeziehung weiterer Datenquellen — unter anderem einer postalischen Gebäude- und Wohnungsstichprobe — und ihre Kombinierbarkeit zu erproben sind. Auch in diesem Fall werden die Ergebnisse mit denen einer herkömmlichen Befragung verglichen. In diesen Test sind rund 1300 Gebäude mit über 9000 Wohnungen einzubeziehen. Außer den qualitativen Ergebnissen, die letztlich als Basis für eine spätere tatsächliche Umstellung des Verfahrens dienen sollen, werden natürlich auch Aufschlüsse über den organisatorischen, technischen, personellen und finanziellen Aufwand einer Registerzählung erwartet.

Vorbemerkungen

Über die Ziele und die Bedeutung von Volkszählungen als Bestandsaufnahme der Bevölkerung und Lieferant von wesentlichen Grunddaten für das statistische System, über ihre historische Entwicklung und die internationalen Anforderungen wurde in dieser Zeitschrift aus aktuellen Anlässen in der Vergangenheit bereits mehrfach berichtet¹⁾. Deshalb soll hier ebenso wenig nochmals näher auf diese allgemein bekannten Punkte eingegangen werden wie auf die Tatsache, dass in einigen — vorwiegend nordeuropäischen — Ländern schon die letzten Volkszählungen durch Registerauswertungen ersetzt wurden, allerdings unter völlig anderen Grundbedingungen als in Deutschland²⁾. Unabhängig davon hatte bereits 1996 die damalige Bundesregierung entschieden, dass aus Kostengründen eine klassische Volkszählung für Deutschland beim international üblichen zehnjährigen Turnus, also in der Zeit um die Jahrtausendwende, nicht in Betracht komme. Der Deutsche Bundestag hat 1998 in einem Beschluss dieses Bemühen um eine neue Form der Datengewinnung durch eine stichtagsbezogene Auswertung der Melderegister unterstützt. Allen Beteiligten musste aber von vornherein klar sein, dass ein derart gravierender Methodenwechsel nicht ohne eingehende Untersuchungen, also nicht kurzfristig, umzusetzen sein würde. Dabei sind ganz unter-

schiedliche Zielsetzungen zu berücksichtigen, wenn auch die Qualität der kommunalen Melderegister zunächst im Vordergrund zu stehen scheint. Daneben gilt es nämlich auch festzustellen, ob mit einem neuen Verfahren, das zusätzliche Datenquellen einbeziehen soll, die Qualität, die Vielfalt und der Umfang bisheriger Volkszählungsergebnisse gesichert werden können. Ein weiterer wesentlicher Aspekt, vor allem bei den Untersuchungen technisch-organisatorischer Art, ist zudem die Frage, wie der vorgesehene „Paradigmenwechsel“ in der Praxis umzusetzen ist.

Unter diesen Voraussetzungen dauerte es — trotz umfangreicher methodischer Vorarbeiten bereits zu Beginn der Neunzigerjahre — einige Zeit, bis ein Modell entwickelt war, das sowohl den eher auf die Gewinnung von Ergebnissen auf Bundesebene ausgerichteten Vorstellungen des Bundes als auch den Interessen der Länder, speziell hinsichtlich der Möglichkeiten einer Datenbereitstellung in fachlicher und kleinräumlicher Gliederung, gerecht wurde. Dieses wurde dann die Grundlage für den Entwurf eines „Gesetzes zur Erprobung eines registergestützten Zensus (Zensus-testgesetz – ZensTeG)“. Im Laufe des langwierigen parlamentarischen Abstimmungsverfahrens, das in der zweimaligen Einberufung des Vermittlungsausschusses gipfelte, wurde der Stichtag der Testerhebungen von ursprünglich Mitte März über den 19. September auf den 5. Dezember dieses Jahres verschoben. Ein weiterer Wunsch der Bundesländer, nämlich eine Beteiligung des Bundes an den Länder- und Gemeindekosten, wurde dagegen nicht erfüllt, da nach dem

1) Zuletzt in „Bevölkerungsforschung versus Einwohnermelderegister. Teil 1: Hat Hessen über 6 Mill. Einwohner?“, Staat und Wirtschaft in Hessen, 55. Jahrg., Heft 2, Februar 2000, S. 34 ff.

2) Z. B. einheitliches Personenkennzeichen in verschiedenen Registern, größerer Inhalt der Register usw.

Bundestag³⁾ schließlich auch die Mehrheit des Bundesrates am 13. Juli 2001 dem ansonsten inhaltlich nicht mehr geänderten Gesetzesvorhaben zustimmte. Inzwischen war es in seiner kompletten Fassung als Artikel 1 in einem „*Gesetz zur Vorbereitung eines registergestützten Zensus (Zensusvorbereitungsgesetz)*“ aufgegangen, das nach seiner Unterzeichnung am 27. Juli 2001 und seiner Veröffentlichung im Bundesgesetzblatt Teil I S. 1882 am 3. August dieses Jahres in Kraft trat (siehe Auszug auf Seite 327 ff). Dieser neue, leicht abgewandelte Gesetzestitel bringt in verstärktem Maße die Intention zum Ausdruck, in Deutschland zukünftig auf eine klassische Volkszählung zu Gunsten von Registerauswertungen zu verzichten. Auch wird damit schon angedeutet, dass wohl in absehbarer Zeit nach der Auswertung der Testerhebungen tatsächlich ein Zensus mit dieser neuen, aber eventuell noch zu optimierenden Methode stattfinden wird. In diese Richtung zielt letztlich auch der Artikel 2 des Gesetzes, der durch eine Änderung des § 282a des Dritten Buches Sozialgesetzbuch — Arbeitsförderung — die Lieferung von Sozialdaten durch die Bundesanstalt für Arbeit an die Statistischen Ämter von Bund und Ländern für Zensuszwecke im Allgemeinen regelt.

Im Einzelnen schreibt das Gesetz drei Testerhebungen auf Stichprobenbasis mit jeweils unterschiedlichen Zielen, Verfahren und Auswahlumfängen vor, nämlich

- eine Mehrfachfallprüfung (§ 2) mit eventuellen Nachuntersuchungen (§ 3),
- eine Prüfung auf Über- und Untererfassungen (§ 4) sowie
- verschiedene Verfahrenstests und methodische Untersuchungen (§§ 5 bis 9).

Diese Testerhebungen und ihre Zielsetzungen werden nachfolgend ausführlich beschrieben. Vorab sei darauf hingewiesen, dass die Melderegister-Daten für alle Teile der Testerhebungen für zwei verschiedene Stichtage zu liefern sind, und zwar neben dem bereits erwähnten 5. Dezember 2001 zusätzlich noch für den 31. März 2002. Damit können Änderungen, die auf Grund der rechtlichen Vorgaben, der Dauer der Verfahrensabläufe und vor allem des tatsächlichen Meldeverhaltens der Bürger erst nachträglich Eingang in die Register finden, bei der Auswertung berücksichtigt werden. Die jeweilige Stichtagsrelevanz der gelieferten Personendaten wird maschinell auf Grund der Zusammenhänge aus einer Reihe von Merkmalsausprägungen ermittelt.

Grundsätzlich schreibt § 13 ZensTeG für die Testerhebungen die Auskunftspflicht⁴⁾ vor, da nur auf diese Weise die erforderlichen Erkenntnisse vollständig und zuverlässig zu gewinnen sind. Eine Verzerrung der Ergebnisse aus den Tests auf Grund einer freiwilligen Beteiligung bei einer ohnehin relativ kleinen Stichprobe könnte zu falschen Schlüssen für einen nachgehenden Zensus führen und damit möglicherweise

dessen Qualität negativ beeinflussen. Auskunftspflichtig sind in erster Linie die Meldebehörden der Gemeinden für die verschiedenartigen Datenlieferungen aus den Einwohnermelderegistern (EMR). Je nach Art der Testerhebung sind außerdem Einwohner, Gebäudeeigentümer, Wohnungsinhaber oder die Bundesanstalt für Arbeit (BA) zur Auskunft in bestimmten, einzeln festgelegten Teilbereichen verpflichtet. Daneben gibt es in § 11 ZensTeG Regelungen zur Anschriftenübermittlung für organisatorische Zwecke im Vorfeld der Erhebungen, die einerseits ebenfalls die Meldebehörden betreffen (zur Erstellung von Begehungslisten für die Erhebungsbeauftragten), andererseits eine Reihe von Stellen, die über Anschriftenmaterial der Gebäudeeigentümer verfügen (für die Personalisierung und den Versand der Erhebungsbogen zur postalischen Gebäude- und Wohnungsstichprobe).

Gerade unter dem Aspekt der Auskunftspflicht der ausgewählten Bevölkerung, die sowohl direkt gegenüber den Erhebungsbeauftragten als auch schriftlich gegenüber dem Statistischen Landesamt erfüllt werden kann, ist darauf hinzuweisen, dass die üblichen strengen *Geheimhaltungsvorschriften* der amtlichen Statistik selbstverständlich auch bei den Testerhebungen für einen Zensus gelten. Dazu gehört vor allem, dass alle personenbezogenen Einzeldaten im abgeschotteten Bereich der amtlichen Statistik verbleiben und nicht in die kommunale Verwaltung zurückfließen dürfen. Die Dauer der Aufbewahrung der meisten Hilfsmerkmale wird durch die Löschungsvorschriften des § 15 ZensTeG auf zwei Jahre nach dem Stichtag 31. März 2002 begrenzt. Sämtliche Erhebungsmerkmale müssen mit den restlichen Hilfsmerkmalen, die lediglich der richtigen Zuordnung der personenbezogenen Merkmale dienen, spätestens fünf Jahre nach diesem Stichtag gelöscht werden.

Unabhängig von allen terminlichen Unwägbarkeiten wurden während der noch laufenden parlamentarischen Beratungen des Vorhabens in sieben Projektgruppen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder (darunter zwei mit hessischer Beteiligung) auf der Basis des Gesetzentwurfs die Arbeiten so fortgeführt, dass die ersten Datenanforderungen bei den Gemeinden bzw. den Rechenzentren unmittelbar nach der Verabschiedung erfolgen konnten, um den neuen Stichtag nicht zu gefährden.

Prüfung auf Mehrfachmeldungen

Im Vordergrund der Prüfung auf Mehrfachmeldungen in den Melderegistern stehen Fragen nach der Registerqualität. Dafür sollen bundesweit *sämtliche* Gemeinden verkürzte Datensätze aus den EMR für die Personen aller Jahrgänge liefern, die entweder am 1. Januar, am 15. Mai oder am 1. September geboren sind oder für die ein genauer Geburtstag im Register nicht gespeichert ist. Eine gleichmäßige Verteilung aller Geburtstage über das Jahr unterstellt, würde sich für diese drei Tage ein Stichprobenumfang von etwa 0,8 % ergeben. Da es aber gängige Praxis sein soll, in unklaren Fällen, die vor allem bei Ausländern vorkommen, den 1. Januar als Geburtstag einzusetzen, und zudem sämtliche Fälle mit un-

3) Hier hatte das Gesetz eine breite Mehrheit gefunden; lediglich die PDS hatte dagegen gestimmt, weil sie einer traditionellen Volkszählung den Vorzug gab.

4) Ausgenommen davon sind nur einige Hilfsmerkmale, wie z. B. Telefonnummern von Gemeinden oder Befragten.

vollständigen Daten, beispielsweise nur mit Angabe eines Geburtsjahres, einzubeziehen sind, dürfte der tatsächliche Umfang eher bei 1 % und lokal sogar darüber liegen. Neben Namen und Anschrift sowie einer Reihe weiterer Hilfsmerkmale der ermittelten Personen ist vor allem von Interesse, ob sie mit alleiniger Wohnung, Haupt- oder Nebenwohnung gemeldet sind und ob eventuell in einer anderen Gemeinde ein gleichartiger Eintrag im EMR vorliegt. Dies kann nur durch einen zentralen Abgleich geschehen, für den die jeweils zuständigen Statistischen Landesämter die Datensätze an das Statistische Bundesamt weiterleiten. Die relativ große Zahl an Hilfsmerkmalen wird benötigt, um möglichst viele Fälle im maschinellen Verfahren entscheiden zu können, selbst dann, wenn es eine zufällige Namens- und Geburtstagsgleichheit geben sollte. Lässt sich auf Grund der Erhebungsmerkmale und der Hilfsmerkmale (siehe § 2 Abs. 2 ZensTeG) auf Mehrfacherfassungen schließen, so werden die betroffenen Personen direkt von den Statistischen Landesämtern schriftlich oder telefonisch zur Klärung der Unstimmigkeiten aufgefordert. Eine Rückmeldung der in diesem Verfahren gewonnenen Erkenntnisse an die Gemeinden ist nicht zulässig. Deshalb verbietet sich schon eine fallbezogene Rückfrage bei den zuständigen Meldeämtern.

Der Gesamtumfang in dieser Stichprobe dürfte sich für Hessen bei etwa 75 000 bis 80 000 Personen bewegen. Da es sich vermutlich bei den unklaren Fällen überwiegend um Personen mit mehreren Wohnsitzen handelt, bei denen die Zuordnung zur Haupt- oder Nebenwohnung in einer der Gemeinden falsch vorgenommen wurde, andererseits aber nach den Ergebnissen der Volkszählung 1987 über 95 % der hessischen Einwohner nur einen einzigen Wohnsitz hatten, sollte sich die Zahl der erforderlichen Rückfragen in Grenzen halten (geschätzt ca. 4000 bis 5000), selbst wenn sich die Fälle mit mehreren Wohnsitzen zwischenzeitlich sicher deutlich erhöht haben.

Neben den gezielten Mehrfachfallprüfungen sollen mit diesem Teil der Testerhebungen technische und organisatorische Fragen im Zusammenhang mit den Datenlieferungen sowie die Eignung der jeweils genutzten Software bei den Gemeinden bzw. den kommunalen Rechenzentren untersucht werden. Für die Hochrechnung der ermittelten Ergebnisse haben die Gemeinden zudem die Gesamtzahl ihrer Einwohner aus den Melderegistern — gegliedert nach Deutschen und Nichtdeutschen sowie nach dem Wohnungsstatus (alleinige Wohnung, Haupt- oder Nebenwohnung) — zu liefern, und zwar ausschließlich für den Stichtag 5. Dezember 2001.

Prüfung auf „Karteileichen“ und Fehlbestände

Die zweite Testerhebung, die *Untersuchung von Über- und Untererfassungen* in den EMR, ist nur durch einen Ver-

gleich mit Daten möglich, die bei einer Begehung vor Ort mit Befragung der Bevölkerung gewonnen werden. Bei einer postalischen Erhebung auf der Basis von Registerauszügen könnten zwar die so genannten „Karteileichen“ als unzustellbare Fälle ermittelt werden, nicht aber eventuelle Fehlbestände in den EMR. Um mit einem vertretbaren Aufwand zu repräsentativen Ergebnissen zu kommen, hat man sich für eine zweistufige Stichprobenauswahl entschieden, die bundesweit höchstens 570 Gemeinden und 38 000 Gebäude umfasst. In der ersten Auswahlstufe wurden bereits vor einiger Zeit sämtliche Gemeinden nach ihrer Einwohnerzahl am 31. Dezember 1998 in vier Schichten eingeordnet. Die größten Städte, darunter in Hessen Frankfurt am Main, bildeten dabei eine Totalschicht, das heißt, dass sämtliche Städte dieser Größenordnung in die Untersuchungen einbezogen werden. Mit abnehmender Einwohnerzahl wurde je Schicht ein geringerer Anteil von Gemeinden ausgewählt, wobei zusätzlich darauf geachtet wurde, dass Universitätsstädte aller Größen in der Stichprobe enthalten sind. Für die zweite Auswahlstufe wurden auf Grund von Meldungen aus dem EMR über die Einwohner je Anschrift⁵⁾ für alle Gemeinden jeder Schicht — ohne Rücksicht auf die tatsächliche Einwohnerzahl — Gebäudeadressen in gleichem Umfang ausgewählt (vgl. Tabelle). Dabei wurden bevorzugt Mehrfamilien- bzw. Mietshäuser einbezogen, weil in ihnen wegen der größeren Fluktuation verstärkt mit Unstimmigkeiten zu rechnen ist, die es aufzuspüren und zu quantifizieren gilt. Vorab ausgesondert wurden in den Statistischen Landesämtern Gebäude in Mikrozensus-Bezirken, um eine Doppelbelastung der betreffenden Haushalte zu vermeiden, sowie Gebäude von Einrichtungen, in denen Personen ohne eigene Haushaltsführung leben. Auf Hessen entfallen insgesamt 39 Gemeinden mit etwa 2900 Gebäuden, in denen gut 17 000 Haushalte mit rund 34 000 Personen befragt werden sollen. Der Auswahlumfang entspricht etwa dem hessischen Anteil an der Bevölkerung Deutschlands. Überproportional belastet sind zum Teil kleinere Länder, um auch für sie noch repräsentative Ergebnisse zu erhalten.

Für die in die Stichprobe fallenden Adressen hat einerseits die Meldebehörde Einzeldatensätze sämtlicher dort gemeldeter Personen mit einem relativ eng begrenzten Inhalt bis spätestens Anfang Januar 2002 an das Statistische Landesamt zu liefern. Als Erhebungsmerkmale enthalten diese Datensätze neben dem Wohnort lediglich Geburtsmonat und -jahr, Geschlecht, Staatsangehörigkeiten, Familienstand und Status der Wohnung. Name, Vorname, Anschrift und Tag der Geburt sind die Hilfsmerkmale, die für die Identifizierung und den Abgleich der Personen erforderlich sind, aber nicht ausgewertet werden. Die weiteren im Gesetz genannten Hilfsmerkmale der Personen dienen, wie bereits erwähnt, der Feststellung der Stichtagsrelevanz⁶⁾, diejenigen der Meldebehörden dagegen der organisatorischen Durchführung. Auf der anderen Seite haben möglichst nahe am Stichtag Erhebungsbeauftragte bzw. „Interviewer“ des HSL (nicht der Gemeinden) die ausgewählten Gebäude aufzusuchen. Sie erhalten dafür als Richtschnur eine Begehungsliste, die le-

5) Dieses Verfahren musste gewählt werden, weil in aller Regel Gebäudedateien in den Gemeinden nicht existieren.

6) Im Vergleich mit der 2. Datenlieferung für den gleichen Personenkreis zum Stichtag 31. März 2002, die bis Ende April 2002 zu erfolgen hat.

Für die Stichprobe und die Unterstichprobe des Zensus 2011 ausgewählte Gemeinden in Hessen
nach Zahl der einzubeziehenden Gebäude, Wohnungen¹⁾ und Personen

Amtlicher Gemeinde- schlüssel	Gemeindenname	Einwohner gemäß Fortschreibung am 31.12.1998 in 1000	Schicht- Nummer	Stichprobe für Registertest			Unterstichprobe für Verfahrenstest		
				Anzahl der Gebäude	Geschätzte Anzahl der Wohnungen	Ausgewählte Personen laut Register	Anzahl der Gebäude	Geschätzte Anzahl der Wohnungen	Ausgewählte Personen laut Register
06 411 000	Darmstadt	137,5	3	160	1 440	3 322	110	990	2 507
06 412 000	Frankfurt am Main	643,9	4	330	4 191	7 689	227	2 883	5 609
06 431 005	Bürrstadt	15,3	2	80	392	546			
06 431 013	Lampertheim	32,1	2	80	392	1 269			
06 432 002	Babenhausen	16,2	2	80	392	765	60	294	588
06 432 003	Bickenbach	5,2	1	40	112	332	40	112	332
06 432 007	Fischbachtal	2,7	1	40	112	272			
06 432 015	Münster	13,4	2	80	392	639			
06 433 002	Bischofsheim	12,4	2	80	392	1 155	60	294	819
06 434 002	Friedrichsdorf	24,4	2	80	392	1 128			
06 435 009	Freigericht	14,6	2	80	392	456	60	294	350
06 437 013	Reichelsheim (Odenwald)	9,1	1	40	112	214			
06 438 008	Mühlheim am Main	26,1	2	80	392	851	60	294	643
06 438 009	Neu-Isenburg	35,1	2	80	392	1 964			
06 438 011	Rodgau	42,8	2	80	392	1 187	60	294	975
06 438 013	Seligenstadt	18,9	2	80	392	742	60	294	510
06 439 008	Idstein	22,3	2	80	392	783	60	294	575
06 440 004	Büdingen	20,7	2	80	392	542			
06 440 009	Gedern	7,6	1	40	112	229			
06 440 018	Ober-Mörlen	5,9	1	40	112	239			
06 440 020	Ranstadt	5,0	1	40	112	221			
06 440 023	Rosbach v. d. Höhe	10,9	2	80	392	572	60	294	329
06 531 018	Wettenberg	12,2	2	80	392	444			
06 533 004	Dornburg	8,6	1	40	112	206			
06 533 009	Limburg a. d. Lahn	33,4	2	80	392	748	60	294	515
06 533 014	Selters (Taunus)	8,1	1	40	112	208	40	112	208
06 534 012	Lahntal	6,7	1	40	112	248			
06 534 016	Neustadt (Hessen)	9,5	1	40	112	286	40	112	286
06 535 001	Alsfeld	18,0	2	80	392	562			
06 535 007	Grebeshain	5,3	1	40	112	190			
06 535 017	Schwalmtal	3,4	1	40	112	183	40	112	183
06 611 000	Kassel	198,1	3	160	1 440	2 446	110	990	1 526
06 631 004	Ebersburg	4,5	1	40	112	196			
06 631 009	Fulda	62,3	3	160	1 440	2 126	110	990	1 409
06 631 016	Kalbach	6,3	1	40	112	206	40	112	206
06 632 015	Niederaula	5,6	1	40	112	199			
06 633 008	Fuldabrück	9,0	1	40	112	239			
06 635 009	Edertal	7,0	1	40	112	180			
06 635 013	Haina (Kloster)	3,8	1	40	112	178			
Insgesamt 39 Gemeinden		1 523,9	-	2 890	17 191	33 962	1 297	9 059	17 570

1) Die Zahl der Wohnungen beruht auf einer groben Schätzung bereits vor der Stichprobenziehung; sie dient hier ausschließlich organisatorischen Zwecken, wie z. B. der Bedarfsermittlung für Erhebungsunterlagen, der Abgrenzung der Interviewer-Bezirke o. ä.

diglich die entsprechenden Adressen und die Namen der Personen aus dem EMR zu einem Zeitpunkt von Ende Oktober 2001 enthält. Dieser frühe Termin ist erforderlich, um die Interviewer rechtzeitig in ihre Arbeiten einweisen und das Erhebungsmaterial in der Woche vor dem Stichtag am 5. Dezember ausliefern zu können. Zu befragen sind dann stichtagsbezogen sämtliche Haushalte bzw. Personen in den betroffenen Gebäuden, unabhängig davon, ob sie auf den Begehunglisten vermerkt sind oder nicht. Das Erhebungsprogramm umfasst inhaltlich die gleichen wenigen Tatbestände, die aus den Registern zu liefern sind. Wie wichtig eine derartige Überprüfung der Registerinhalte ist, zeigten Vergleichs-Untersuchungen der Einwohnerzahlen aus den Melderegistern und der amtlichen Bevölkerungsfortschreibung,

die vom HSL jeweils am Jahresende 1996 und 1998 vorgenommen wurden⁷⁾.

Verfahrenstests und methodische Untersuchungen

In § 5 ZensTeG ist geregelt, dass für *Verfahrenstests, statistisch-methodische Untersuchungen und weitere Qualitätsprüfungen* aus den bereits erwähnten 570 Gemeinden eine Unterstichprobe gezogen werden soll, die sich bundesweit auf nicht mehr als 230 Gemeinden und 16 000 Gebäude erstreckt. Die Inhalte sowie die Erhebungs- und Hilfsmerkmale dieses Tests werden im Einzelnen in den nachfolgenden §§ 6 bis 9 ZensTeG festgelegt. Die Hauptziele sind dabei

- die Weiterentwicklung und empirische Überprüfung von Verfahren der Zusammenführung und der „Haushaltegenerierung“ durch rein maschinelle Verfahren auf der Basis

7) Vgl. Fußnote 1 sowie Teil 2 („Wo liegen die größten Abweichungen?“) des dort genannten Aufsatzes, a. a. O., Heft 6, Juni 2000, S. 182.

von EMR-Personendaten, wozu eine ganze Reihe von Hilfsmerkmalen herangezogen wird, im Vergleich zu Ergebnissen der Haushaltebefragung,

- eine Prüfung, ob und in welchem Umfang aus Angaben zur Gebäude- und Wohnungserhebung Erkenntnisse über „Kartelleichen“ und Fehlbestände zu gewinnen sind,
- die Prüfung, ob bei den Gebäudeeigentümern postalisch erhobene Wohnungsangaben zu anderen Ergebnissen führen als solche aus Haushaltebefragungen sowie
- die Überprüfung und Weiterentwicklung von Verfahren zur personenbezogenen Zusammenführung von EMR-Daten mit Informationen zur Erwerbstätigkeit aus den Dateien der BA.

In Hessen sind in diesen Teil der Testerhebungen nur 18 Gemeinden mit rund 1300 Gebäuden, gut 9000 Haushalten und etwa 18 000 Personen einbezogen. Dabei entspricht das zu testende Verfahren weitgehend dem so genannten „Ländermodell“, während das zeitlich davor entwickelte „Bundesmodell“ ohne eine Gebäude- und Wohnungszählung geplant war.

Die gemäß § 6 bei den Meldebehörden zusätzlich gegenüber § 4 zu erhebenden Hilfsmerkmale dienen der Optimierung des Verfahrens der *maschinellen Haushaltegenerierung*. Hierzu gehören vor allem so genannte „Verzeigerungen“ in den Melderegistern (zusätzliche Merkmale im Meldedatensatz zu anderen Personen), die Hinweise zum Beispiel auf Kinder, Ehepartner oder Eltern im Haushaltszusammenhang geben können.

Für die *postalische Gebäude- und Wohnungsstichprobe* (§ 7 ZensTeG) haben zunächst die Gemeinden für die ausgewählten Gebäude (bei denen es sich, genau genommen, nur um Adressen handelt, unter denen Einwohner im Melderegister enthalten sind) die Anschriften der Eigentümer oder Verwalter zu liefern. Diese werden sodann schriftlich über das Vorhaben informiert und gebeten, die Anzahl der Gebäude auf dem namhaft gemachten Grundstück sowie die der jeweiligen Wohnungen zu melden, damit die Anzahl der benötigten Erhebungsbogen ermittelt werden kann. Der Versand erfolgt dann zentral für mehrere Länder, darunter auch für Hessen, Ende November durch die Druckerei, welche die Formulare druckt und personalisiert. Vom Gebäudeeigentümer werden nur wenige Angaben zum Gebäude erhoben, aber fast das komplette Programm einer herkömmlichen Wohnungszählung von der Größe über die Belegung bis zur Ausstattung und der eventuellen monatlichen Miete.

Für die *erwerbsstatistischen Auswertungen* sollen — immer bezogen auf einzelne Personen — Angaben aus den Dateien der Bundesanstalt für Arbeit (BA) mit den EMR-Daten zusammengeführt werden. Dafür hat die BA gemäß § 8 ZensTeG aus drei unterschiedlichen Beständen, nämlich der Datei für sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, der Arbeitslosendatei und der Datei für Teilnehmer an Maßnahmen

zur beruflichen Weiterbildung, jeweils fünf Erhebungsmerkmale, darunter Wohn- und Arbeitsort sowie die Stellung im Beruf, und drei Hilfsmerkmale zu liefern. Auch in diesem Fall müssen sich die Daten auf den Stichtag 5. Dezember 2001 beziehen, der aber bei der Aktualisierung im Material der BA-Dateien erst um die Jahresmitte 2002 erreicht wird. Als Vorgabe erhält die BA von den Statistischen Landesämtern zentral über das Statistische Bundesamt die Anschriften der ausgewählten Gebäude, damit sie die Daten für die dort wohnenden und bei ihr gespeicherten Personen herausfiltern und zurückliefern kann. Die Lücken, die sich bei diesem Verfahren bei Beamten, Selbstständigen und unbezahlt mithelfenden Familienangehörigen ergeben, werden bei den Testerhebungen zunächst einmal in Kauf genommen. Für Beamte wären die Daten wohl ohne größere Schwierigkeiten aus dem Bestand der Besoldungskassen zu gewinnen. Bei den Selbstständigen und erst recht bei den mithelfenden Familienangehörigen gibt es jedoch keine derartigen Quellen. Auch das Unternehmensregister, das sich derzeit im Aufbau befindet, kann über sie keine gesicherte Auskunft geben, da es sich auf den Firmensitz und nicht auf die Wohnadresse bezieht. In diesem Bereich müsste also auf jeden Fall bei einem späteren „Registerzensus“ noch eine andere Lösung gefunden werden.

Qualitätsuntersuchungen

Sämtliche aus diesen Quellen gewonnenen Erhebungsmerkmale sollen anschließend so zusammengeführt werden, dass eine Art „zensustypischer“ Personendatensatz mit demografischen, wohnungs- und erwerbsstatistischen Angaben im Haushaltszusammenhang entsteht (§ 10 ZensTeG). Um die Qualität der auf dieser Basis ermittelten Ergebnisse messen und eventuelle Mängel quantifizieren zu können, werden die Haushalte und Personen der ausgewählten Gebäude — wie zur Feststellung von Fehlbeständen und „Kartelleichen“ — von Erhebungsbeauftragten aufgesucht und zu den genannten Sachverhalten befragt. Das bedeutet, dass in den Fällen der Unterstichprobe fast die kompletten Programme einer Gebäude- und Wohnungszählung sowie einer Volks- und Berufszählung für den Test auch durch eine herkömmliche Begehung erhoben werden. Die inhaltlich weit über den § 4 hinausgehenden Erhebungsmerkmale sind in § 9 ZensTeG im Einzelnen aufgeführt, ebenso einige zusätzliche Hilfsmerkmale für den Wohnungsteil. Wegen der besonderen Bedeutung der Haushaltebefragung sollen dabei überwiegend erfahrene Mikrozensus-Interviewer eingesetzt werden, die aber noch speziell für die Bedürfnisse des Zensustests geschult werden.

Mit diesen bei den Haushalten erhobenen Angaben soll durch Gegenüberstellung der Ergebnisse schließlich die Validität der im maschinellen Verfahren ermittelten Daten und Zusammenhänge geprüft werden. Aus sämtlichen Erhebungsteilen werden dafür von einer eigens eingesetzten Projektgruppe Tabellen ausgearbeitet, die aber keine Rückschlüsse auf einzelne Gemeinden zulassen. Lediglich für die einzelnen Bundesländer und die vier Gemeindegrößenklas-

Auszug aus:

Gesetz zur Vorbereitung eines registergestützten Zensus (Zensusvorbereitungsgesetz)

Vom 27. Juli 2001

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates
das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Gesetz

zur Erprobung eines registergestützten Zensus
(Zensusvorbereitungsgesetz – ZensTeG)

§ 1

Anordnung von Testerhebungen und -verfahren

(1) Zur Erprobung eines registergestützten Zensusverfahrens werden Testerhebungen, Untersuchungen von Registern und statistisch-methodische Untersuchungen als Bundesstatistik durchgeführt.

(2) Die Testerhebungen umfassen

1. eine Stichprobenerhebung bei allen Meldebehörden,
2. Stichprobenerhebungen bei Meldebehörden in ausgewählten Gemeinden und bei Personen in ausgewählten Gebäuden,
3. eine postalische Gebäude- und Wohnungsstichprobe in ausgewählten Gemeinden,
4. eine Stichprobenerhebung bei der Bundesanstalt für Arbeit.

(3) Erhebungseinheiten sind Personen, Haushalte, Gebäude mit Wohnraum und Wohnungen.

§ 2

Testerhebung zur Prüfung von Mehrfachmeldungen in Melderegistern

(1) Bei allen Meldebehörden wird zur Prüfung von Mehrfachmeldungen eine Stichprobenerhebung durchgeführt, die sich auf

1. Einwohner aller Geburtsjahrgänge, die am 1. Januar, 15. Mai und 1. September geboren sind, und
2. alle Einwohner mit unvollständig eingetragener Geburtsdatum

erstreckt, die zu den Stichtagen 5. Dezember 2001 und 31. März 2002 in der Gemeinde mit alleiniger Wohnung, Haupt- oder Nebenwohnung gemeldet sind.

(2) Aus den Melderegistern werden für die in Absatz 1 bezeichneten Einwohner folgende Merkmale erhoben:

1. als Erhebungsmerkmale:

- a) Geburtsmonat und -jahr,
- b) Geschlecht,
- c) Staatsangehörigkeiten,
- d) bei im Ausland Geborenen: Geburtsstaat,
- e) Familienstand,
- f) Wohnort,
- g) Status der Wohnung (alleinige Wohnung, Haupt- oder Nebenwohnung);

2. als Hilfsmerkmale:

- a) Namen, Vornamen,
- b) gegenwärtige Anschriften,
- c) Tag der Geburt,
- d) Geburtsort,
- e) Standesamt und Nummer des Geburtseintrags,
- f) Anschrift und Status der künftigen Wohnung oder der Wohnung, in die der Einwohner laut Rückmeldung verzogen ist,
- g) Anschrift und Status der Wohnung in der Gemeinde, aus der der Einwohner zugezogen ist,
- h) Zuzug aus dem Ausland,
- i) Anschrift der zuletzt bewohnten Wohnung in der Gemeinde,
- j) Datum des Beziehens der Wohnung,
- k) Datum des Auszugs aus der Wohnung,
- l) Datum des Fortzugs ins Ausland,
- m) Datum der Anmeldung bei der Meldebehörde,
- n) Datum der Abmeldung bei der Meldebehörde,
- o) Datum des Wohnungsstatuswechsels.

(3) Von den Meldebehörden werden folgende Hilfsmerkmale erhoben:

1. Bezeichnung und Anschrift der Meldebehörde,
2. Name und Telekommunikationsnummer der Person, die für Rückfragen zur Verfügung steht,

3. Bezeichnung und Anschrift der mit der Datenverarbeitung beauftragten Stelle,

4. technische Gegebenheiten der Führung des Melderegisters (Betriebssystem, Software, Möglichkeiten des Datentransfers).

(4) Die Meldebehörden übermitteln den zuständigen statistischen Ämtern der Länder gemeindeweise die Zahl der gemeldeten Einwohner nach Deutschen und Ausländern sowie Status der Wohnung zum Stichtag 5. Dezember 2001.

§ 3

Mehrfachfalluntersuchung durch die statistischen Ämter

(1) Die statistischen Ämter der Länder übermitteln die Angaben zu § 2 Abs. 2 nach Abschluss der Vollzählkeits- und Vollständigkeitsprüfung unverzüglich an das Statistische Bundesamt.

(2) Das Statistische Bundesamt prüft, ob ein Einwohner für mehr als eine alleinige Wohnung oder Hauptwohnung oder nur für Nebenwohnungen gemeldet worden ist. Es teilt diese Fälle den zuständigen statistischen Ämtern der Länder mit.

(3) Die zuständigen statistischen Ämter der Länder befragen die betroffenen Einwohner gemäß Absatz 2, in welcher Gemeinde sie am Stichtag tatsächlich gewohnt haben; dabei werden folgende Merkmale erhoben:

1. als Erhebungsmerkmale:

- a) Geburtsmonat und -jahr,
- b) Geschlecht,
- c) Wohnort am 5. Dezember 2001;

2. als Hilfsmerkmale:

- a) Namen, Vornamen,
- b) Tag der Geburt,
- c) Geburtsort,
- d) Anschrift der alleinigen oder Hauptwohnung am 5. Dezember 2001.

§ 4

Testerhebung zur Untersuchung von Über- und Untererfassungen in Melderegistern bei Meldebehörden und Personen in ausgewählten Gemeinden und Gebäuden

(1) Zur Untersuchung von Über- und Untererfassungen in Melderegistern werden in ausgewählten Gemeinden und Gebäuden Stichprobenerhebungen bei Meldebehörden und bei Personen durchgeführt. Der Umfang der Stichprobe beträgt höchstens 570 Gemeinden und höchstens 38 000 Gebäude. Sie werden nach mathematischen Zufallsverfahren ausgewählt.

(2) Zur Auswahl der Gebäude teilen die ausgewählten Gemeinden den zuständigen statistischen Ämtern der Länder die Anschriften aller Gebäude mit Wohnraum und je Gebäude die Zahl der gemeldeten Personen sowie die Anschriften aller Anstaltsgebäude mit.

(3) Bei den Meldebehörden der ausgewählten Gemeinden werden für die in den ausgewählten Gebäuden zu den Stichtagen 5. Dezember 2001 und 31. März 2002 gemeldeten Personen folgende Merkmale erhoben:

1. als Erhebungsmerkmale:

- a) Geburtsmonat und -jahr,
- b) Geschlecht,
- c) Staatsangehörigkeiten,
- d) Familienstand,
- e) Wohnort,
- f) Status der Wohnung (alleinige Wohnung, Haupt- oder Nebenwohnung);

2. als Hilfsmerkmale:

- a) Namen, Vornamen,
- b) Tag der Geburt,
- c) gegenwärtige Anschriften,
- d) Datum des Beziehens der Wohnung,
- e) Datum des Auszugs aus der Wohnung,
- f) Datum der Anmeldung bei der Meldebehörde,
- g) Datum der Abmeldung bei der Meldebehörde,
- h) Datum des Wohnungsstatuswechsels,
- i) Ordnungsmerkmal der Meldebehörde für die gemeldete Person.

(4) Bei den in den ausgewählten Gebäuden wohnenden Personen werden zum Stichtag 5. Dezember 2001 die in Absatz 3 Nr. 1 und 2 Buchstabe a bis c bestimmten Merkmale sowie die Telekommunikationsnummer der Person, die für Rückfragen zur Verfügung steht, erhoben.

(5) Die von den Meldebehörden übermittelten Daten nach Absatz 3 und die Angaben der befragten Personen nach Absatz 4 werden mittels der Hilfsmerkmale verglichen, um festzustellen, ob und in welchem Umfang die Melderegister Unter- oder Übererfassungen aufweisen.

§ 5

Unterstichprobe für Verfahrenstests und methodische Untersuchungen

Für Verfahrenstests, statistisch-methodische Untersuchungen sowie weitere Qualitätsprüfungen werden Stichprobenerhebungen (Zusatzerhebungen bei Meldebehörden und Personen, §§ 6 und 9, eine Gebäude- und Wohnungsstichprobe, § 7, und eine Erhebung bei der Bundesanstalt für Arbeit, § 8) durchgeführt, die sich auf höchstens 230 Gemeinden und höchstens 16 000 Gebäude erstrecken. Die Gemeinden und Gebäude werden aus der Stichprobe nach § 4 Abs. 1 durch mathematische Zufallsverfahren ausgewählt.

§ 6

Zusatzerhebung bei Meldebehörden in ausgewählten Gemeinden

Bei den Meldebehörden der nach § 5 ausgewählten Gemeinden werden für die in den nach § 5 ausgewählten Gebäuden zu den Stichtagen 5. Dezember 2001 und 31. März 2002 gemeldeten Personen zusätzlich zu den Merkmalen nach § 4 Abs. 3 folgende Hilfsmerkmale erhoben:

- 1. Namen, Vornamen und Geburtsdatum des Ehegatten,
- 2. Namen, Vornamen und Geburtsdatum der Kinder,
- 3. bei Kindern: Namen, Vornamen und Geburtsdatum des gesetzlichen Vertreters,

4. Ordnungsmerkmale der Meldebehörde für Ehegatten, Kinder und deren gesetzliche Vertreter,
5. Datum der letzten Eheschließung,
6. Datum der Beendigung der letzten Ehe,
7. Anschrift und Status der Wohnung in der Gemeinde, aus der der Einwohner zugezogen ist,
8. Datum des Zuzugs in die Gemeinde,
9. Zuzug aus dem Ausland,
10. Anschrift der zuletzt bewohnten Wohnung in der Gemeinde,
11. Name und Anschrift des Wohnungsgebers.

§ 7

Postalische Gebäude- und Wohnungsstichprobe

Bei der postalischen Gebäude- und Wohnungsstichprobe in den nach § 5 ausgewählten Gebäuden werden zum Stichtag 5. Dezember 2001 folgende Merkmale erhoben:

1. als Erhebungsmerkmale:
 - a) für das Gebäude:
 - aa) Gemeinde,
 - bb) Art des Gebäudes (Wohngebäude, Wohnheim, bewohnte Unterkunft, sonstiges Gebäude mit Wohnraum),
 - cc) Zahl der Wohnungen im Gebäude,
 - dd) Zahl der leerstehenden Wohnungen;
 - b) für jede Wohnung des Gebäudes:
 - aa) leerstehende Wohnung,
 - bb) gewerbliche Nutzung, Nutzung als Ferien- oder Freizeitwohnung,
 - cc) Nutzung durch Angehörige ausländischer Streitkräfte, diplomatischer oder berufskonsularischer Vertretungen,
 - dd) Wohnverhältnis (Eigentümer, Hauptmieter, Untermieter),
 - ee) Zahl der Personen in der Wohnung,
 - ff) Fläche der Wohnung,
 - gg) Zahl der Räume mit sechs und mehr Quadratmetern,
 - hh) Höhe der monatlichen Miete,
 - ii) Ausstattung der Wohnung mit Küche, Kochnische, Bad, WC, Heizungsart;
2. als Hilfsmerkmale:
 - a) Anschrift des Gebäudes,
 - b) Lage der Wohnung im Gebäude,
 - c) Namen, Vornamen und Anschrift des Auskunftspflichtigen,
 - d) Telekommunikationsnummer der Person, die für Rückfragen zur Verfügung steht,
 - e) Namen und Vornamen der Wohnungsinhaber,
 - f) bei vom Eigentümer selbst genutzten Wohnungen: Datum des Einzugs,
 - g) bei vermieteten Wohnungen: Beginn des Mietvertrags.

§ 8

**Testerhebung
bei der Bundesanstalt für Arbeit**

Bei der Bundesanstalt für Arbeit werden aus der Datei für sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, der Arbeitslosendatei und der Datei für Teilnehmer an Maßnahmen zur beruflichen Weiterbildung für die bei ihr in den nach § 5 ausgewählten Gebäuden geführten Personen zum Stichtag 5. Dezember 2001 folgende Merkmale erhoben:

1. als Erhebungsmerkmale:
 - a) Geburtsmonat und -jahr,
 - b) Geschlecht,
 - c) Wohnort,
 - d) Arbeitsort,
 - e) Stellung im Beruf;
2. als Hilfsmerkmale:
 - a) Namen, Vornamen,
 - b) Tag der Geburt,
 - c) Straße und Hausnummer.

§ 9

**Zusatzerhebung bei
Personen in ausgewählten Gemeinden**

Bei den in den nach § 5 ausgewählten Gebäuden wohnenden Personen werden zum Stichtag 5. Dezember 2001 zusätzlich zu den in § 4 Abs. 4 genannten Merkmalen folgende Merkmale erhoben:

1. als Erhebungsmerkmale:
 - a) Nutzung der Wohnung durch Angehörige ausländischer Streitkräfte, diplomatischer oder berufskonsularischer Vertretungen,
 - b) gewerbliche Nutzung, Nutzung als Freizeit- oder Ferienwohnung,
 - c) Zahl der Haushalte in der Wohnung und Zahl der Personen im Haushalt,
 - d) Wohnverhältnis je Haushalt (Eigentümer, Hauptmieter, Untermieter),
 - e) Wohnungs- und Haushaltszugehörigkeit sowie Familienzusammenhang,
 - f) Wohn- und Lebensgemeinschaft,
 - g) Fläche der Wohnung,
 - h) Zahl der Räume mit sechs und mehr Quadratmetern,
 - i) Höhe der monatlichen Miete,
 - j) Ausstattung der Wohnung mit Küche, Kochnische, Bad, WC, Heizungsart,
 - k) Beteiligung am Erwerbsleben,
 - l) Art des überwiegenden Lebensunterhalts,
 - m) Stellung im Beruf,
 - n) Arbeitsort;
2. als Hilfsmerkmale:
 - a) Namen und Vornamen der Wohnungsinhaber,
 - b) Einzugsdatum der Wohnungsinhaber oder Beginn des Mietvertrags,
 - c) Lage der Wohnung im Gebäude,
 - d) Telekommunikationsnummer der Person, die für Rückfragen zur Verfügung steht.

sen der Stichprobe werden nach der Hochrechnung Ergebnisse dargestellt. Diese Arbeiten und die weiteren Auswertungen in Form von Berichten werden sich nach dem aktuellen Zeitplan bis ins Jahr 2003 erstrecken.

Weitere Entwicklung

Zweifellos muss für die Zeit danach noch mit weiteren Untersuchungen gerechnet werden, weil man keineswegs davon ausgehen kann, dass beim Umsteigen auf völlig neue Methoden und Verfahren alle Möglichkeiten von Fehlerquellen oder Risiken schon vorab bedacht werden. Genauso wenig sind im Vorfeld, also ohne originäres Material, sämtliche Varianten der Optimierung von Datenbeständen oder Ergebnissen auszuschöpfen. Vor allem die große Vielfalt und Komplexität der neu zu entwickelnden maschinellen Prüf- und Verarbeitungsprogramme lässt erwarten, dass nicht selten im Laufe des Verfahrens noch Fehler oder Schwachstellen erkannt werden, die eine Änderung oder Nachbesserung erforderlich machen. So ist es durchaus angemessen, dass der Gesetzgeber in § 15 ZensTeG der amtlichen Statistik relativ lange Aufbewahrungsfristen eingeräumt hat. Für die meisten Hilfsmerkmale ist die Löschung erst zwei Jahre nach dem Stichtag 31. März 2002 vorgeschrieben, für einige Hilfs-

merkmale, die lediglich der Zusammenführung der unterschiedlichen Datenbestände dienen, sowie für sämtliche Erhebungsmerkmale ist sogar ein Zeitraum von fünf Jahren ab dem zuvor genannten Stichtag bis zur Löschung vorgesehen. In dieser Zeit können die Daten im Hinblick auf einen tatsächlichen zukünftigen Zensus auf Registerbasis für weitere Untersuchungen und Optimierungsvorhaben genutzt werden.

Diese Zeiträume deuten zugleich an, dass wohl kaum bereits kurz nach den ersten Auswertungen des Zensustests, also in den Jahren 2004 oder 2005, mit einem „registergestützten Zensus“ nach der jetzt zu erprobenden Methode zu rechnen sein wird, unabhängig davon, wie letztendlich die Testergebnisse ausfallen werden. Die Erfahrungen der Vergangenheit lassen, schon allein auf Grund der Gesetzgebungsfristen und der langen technisch-organisatorischen Vorlaufzeiten, eher einen Termin zum Ende des Jahrzehnts erwarten. Dies gilt umso mehr, wenn sich herausstellen sollte, dass vor einem Zensus auf Registerbasis eine Bereinigung („Ertüchtigung“) der Einwohnermelderegister in Teilbereichen erforderlich ist, um für alle Gemeinden einen vergleichbaren Qualitätsstandard zu gewährleisten. □

Kumuliert und panaschiert -

Ergebnisse der Repräsentativstatistik zu den Kommunalwahlen 2001

Das neue hessische Kommunalwahlrecht ermöglicht Wählerinnen und Wählern durch Kumulieren und Panaschieren direkte Einflussnahme auf die personelle Zusammensetzung der Kommunalparlamente. Die Auswertung einer Stichprobe von knapp 3 % der Stimmzettel aus den Kommunalwahlen am 18. März 2001 gibt Aufschluss über die Akzeptanz des neuen Wahlrechts durch die Wahlberechtigten und die Auswirkungen für Parteien und Wählergruppen. Es zeigt sich, dass in kleineren Gemeinden die Möglichkeiten des neuen Wahlrechts besonders intensiv genutzt wurden, und dass Wählergruppen und F.D.P. zu Lasten von CDU, SPD und GRÜNEN leichte Stimmengewinne durch Panaschieren erzielen konnten.

Die Kommunalwahlen in Hessen am 18. März 2001 waren durch das „Gesetz zur Stärkung der Bürgerbeteiligung und kommunalen Selbstverwaltung“ vom 23. Dezember 1999 (GVBl. 2000 I S. 2) auf eine wesentlich modifizierte rechtliche Grundlage gestellt worden. Wichtigste Änderung im novellierten Kommunalwahlrecht ist die Möglichkeit für Wählerinnen und Wähler, nicht nur einen Wahlvorschlag ankreuzen zu können, sondern bis zu drei Stimmen auf einzelne Bewerber zu häufeln (*kumulieren*), Bewerbern mehrerer Wahlvorschläge Stimmen zu geben (*panaschieren*) und Kandidaten zu *streichen*. Bis zur Änderung des Hessischen Kommunalwahlgesetzes (KWG) war es Tradition in Hessen, dass Wählerinnen und Wähler ihren politischen Willen ausschließlich durch Stimmabgabe für die von ihnen bevorzugte Partei oder Wählergruppe ausdrückten. Nach dem System der „starren Listen“ konnte dadurch ein unmittelbarer Einfluss auf die personelle Zusammensetzung der Gemeindevertretungen, der Stadtverordnetenversammlungen und Kreistage nicht ausgeübt werden, denn den Wählerinnen und Wählern war es nicht möglich, die Reihenfolge der Personen in den Wahlvorschlägen zu ändern. Mit der jetzt vorgenommenen Ausgestaltung des Kommunalwahlrechts als Verhältniswahlrecht mit „offenen Listen“ konnten die Wahlberechtigten zum ersten Mal nicht nur für eine Partei oder Wählergruppe und damit für eine Kandidatenliste in der vorgegebenen Reihenfolge votieren, sondern gezielt einzelne Bewerber fördern oder hintanstellen.

Dabei ist allerdings auf eine Besonderheit des neuen hessischen Wahlsystems hinzuweisen: Die Kennzeichnung eines *Stimmzettels mit Listenkreuz* führte dazu, dass der angekreuzten Partei oder Wählergruppe möglichst viele Stimmen der Wählerin oder des Wählers zugute kamen. Auch wenn nur einige Kandidaten im Wahlvorschlag ein Wählerkreuz erhielten, gingen die übrigen nicht leer aus. Wurden nicht alle Stimmen auf mehrere Parteien verteilt (panaschiert), erhielten die Bewerber der „Listenkreuzpartei“ die restlichen Stimmen. Wurden Kandidaten gestrichen, verteilte sich das Stimmenkontingent auf die nicht gestrichenen Bewerber. Die „Reststimmen“ wurden dabei nach der Rangfolge der Bewerber im Wahlvorschlag vergeben. Angefangen mit den vordersten Listenplätzen erhielten die Kandidaten so lange zwei Stimmen, bis das gesamte Stimmenkontingent ausge-

schöpft war. Verblieben dann noch Stimmen, wiederholte sich das Verteilungsverfahren erneut. Somit entgingen der Partei oder Wählergruppe nur dann Stimmen, wenn entweder mehr als zwei Drittel der Bewerber eines Wahlvorschlags gestrichen waren oder eine Partei oder Wählergruppe von vornherein weniger als ein Drittel der zu wählenden Kandidaten auf ihre Liste gesetzt hatte. Denn das „Umlaufverfahren“ durfte nach den rechtlichen Regeln nur zweimal wiederholt werden. Andererseits führten zu viele vergebene Kreuze im Stimmzettel nicht automatisch dazu, dass dieser ungültig wurde. Die überzähligen Stimmen blieben einfach unberücksichtigt, wenn der Wählerwille eindeutig erkennbar war.

Der in Hessen erstmals praktizierte Modus des Kumulierens, Panaschierens und Streichens ist bei Kommunalwahlen in einigen anderen Bundesländern bereits seit längerem üblich. Die neue hessische Regelung orientiert sich deutlich an dem seit 1989 in Rheinland-Pfalz geltenden Kommunalwahlrecht. Dementsprechend erfolgen — wo möglich — im Zuge der Darstellung Ausblicke von den hessischen Ergebnissen auf vergleichbare Auswertungen des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass dort das gesamte Material der Kommunalwahlen im Hinblick auf das Kumulieren und Panaschieren analysiert wurde, wogegen in Hessen nach § 66 Abs. 1a KWG „Das Hessische Statistische Landesamt ... in *repräsentativ ausgewählten Wahlbezirken* Wahlstatistiken über das Stimmverhalten der Wähler nach § 18 Abs. 1 als Landesstatistiken erstellen (kann)“. Anders als bei den Repräsentativstatistiken der Landtags-, Bundestags- und Europawahlen beinhaltet die Repräsentativstatistik der Kommunalwahlen keine Wahlergebnisse nach Geschlecht und Altersgruppen der Wähler. Sie soll vielmehr Auskunft darüber geben, in welchem Umfang das bisherige Wahlverhalten beibehalten oder die Möglichkeiten des Kumulierens, Panaschierens und Streichens von Kandidaten genutzt wurden.

Auswahlverfahren der repräsentativen Wahlbezirke

Um aus den Wahlbezirken, die anlässlich der Kommunalwahlen 2001 in den Gemeinden gebildet worden waren, repräsentative Stichproben für Gemeinde- und Kreiswahlen zu

**Gemeinden, Bevölkerung und Wähler zu den Gemeindewahlen
sowie Repräsentativbezirke zu den Gemeinde- und Kreiswahlen in Hessen 2001
nach Gemeindegrößenklassen¹⁾**

Gemeindegrößenklasse nach der Einwohnerzahl	Gemeinden			Repräsentativbezirke					
	Anzahl	Bevölkerung am 31.12.99	Wähler insges.	Gemeindewahlen			Kreiswahlen		
				Repräsent. Wahlbez.	Wähler	Auswahl- satz ²⁾	Repräsent. Wahlbez.	Wähler	Auswahl- satz ²⁾
Bis 3 000	32	72 658	38 977	3	1 175	3,0	2	678	1,7
3 001 - 5 000	72	278 321	138 412	9	3 516	2,5	7	2 503	1,8
5 001 - 10 000	151	1 056 828	478 339	28	12 478	2,6	18	8 160	1,7
10 001 - 25 000	135	2 043 179	842 145	42	16 746	2,0	32	12 491	1,5
25 001 - 50 000	24	773 153	289 376	13	4 919	1,7	9	3 300	1,1
50 001 - 100 000	7	464 676	159 310	9	3 257	2,0	8	2 909	1,8
100 001 - 250 000	3	450 614	146 297	8	3 508	2,4	-	-	-
250 001 - 500 000	1	268 716	93 137	5	1 935	2,1	-	-	-
über 500 000	1	643 821	192 918	12	4 179	2,2	-	-	-
Insgesamt	426	6 051 966	2 378 911	129	51 713	2,2	76	30 041	1,5

1) In die Auswahl wurden nur Wahlbezirke mit mehr als 400 Wahlberechtigten einbezogen. - 2) Anteil der Wähler in den Repräsentativbezirken einer Gemeindegrößenklasse an den Wählern insgesamt in dieser Größenklasse.

ziehen, wurden die Bezirke nach Gemeindegrößenklassen angeordnet (geschichtet). Die Einteilung der Größenklassen richtete sich nach § 38 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung vom 1. April 1993 (GVBl. 1993 I S. 534) zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Dezember 1999 (GVBl. 2000 I S. 2). Danach sind die vorgegebenen Größenklassen nach der Einwohnerzahl grundsätzlich für die Zahl der Sitze in der Gemeindevertretung maßgeblich. Für die Repräsentativstatistik wurden aus jeder Größenklasse Wahlbezirke nach dem Zufallsprinzip ausgewählt, die je Schicht (Größenklasse) etwa 3 % der Wahlberechtigten umfassen sollten. Die Höhe des Auswahlsatzes war in Anlehnung an die Repräsentativstatistiken bei Landtags-, Bundes- und Europawahlen festgelegt worden.

Die Erfassung der umfangreichen Daten aus den Kommunalwahlen 2001 beanspruchte in den Gemeinden sehr viel längere Zeit als bei den Wahlen zuvor und war der Grund dafür, dass das vorläufige amtliche Endergebnis nicht bereits in der Wahlnacht, sondern erst einige Tage später festgestellt werden konnte. Für die Auswertungen der Repräsentativstatistik musste auf die spezifischen Eintragungen auf jedem Stimmzettel zurückgegriffen werden. Um im Hessischen Statistischen Landesamt nicht sämtliche Stimmzettel noch einmal erfassen zu müssen, wurden alle Daten der ausgewählten Bezirke von den Gemeinden in Dateiform übermittelt. Das Programmpaket „PC-Wahl“ (Berninger Software, Marburg), das in fast allen Gemeinden genutzt wurde, sah unter dem Menüpunkt „Ausgabe für Statistisches Landesamt“ hierfür eine spezielle Option vor. In der Praxis ergaben sich jedoch Schwierigkeiten, weil zur Auszählung der Stimmzettel in verschiedenen Gemeinden nicht die neueste Version des Programms eingesetzt wurde. Dadurch enthielten die Ausgabedateien unplausible Werte, die eine Berücksichtigung der Bezirke dieser Gemeinden nicht zuließen. Um dennoch den ursprünglichen Auswahlatz zu gewährleisten, wurden aus Gemeinden derselben Größenklasse „Ersatzbezirke“ in die Stichprobe einbezogen. Diese Auffüllung ist jedoch nur bei der Gemeindewahl vollständig gelungen. Bei der Kreiswahl

haben sich von den ausgewählten 104 Bezirken nur 76 für die Statistik als brauchbar erwiesen.

Einschränkend muss allerdings bemerkt werden, dass durch die Ersatzbezirke, die aus weiterem Material bereits berücksichtigter Gemeinden stammen, die Prozentanteile je Partei in der Stichprobe vom Gesamtergebnis leicht abweichen; dies gilt vor allem für die beiden großen Parteien CDU und SPD. In Bezug auf die hier vor allem interessierende Aussage über die Akzeptanz des neuen Wahlrechts durch den Bürger ist dies jedoch hinnehmbar, da die Wählerinnen und Wähler der beiden großen Parteien ein sehr ähnliches Wahlverhalten zeigten.

Die Einbeziehung der unveränderten (nur mit Listenkreuz versehenen) Stimmzettel in die Repräsentation konnte nur summarisch vorgenommen werden. Da diese in der von „PC-Wahl“ erstellten Datei nicht enthalten waren, musste die Gesamtauswertung außerhalb der speziell für diesen Zweck entwickelten Auszählprogramme, und zwar weitgehend manuell erfolgen. Ein Stimmzettel konnte je nach Gemeindegröße zwischen 15 und 93 Stimmen aufweisen. Zur Ermittlung der Gesamtzahl der Stimmen je Partei war deshalb ein schichtenspezifisches Vorgehen erforderlich.

Wie repräsentativ sind die Ergebnisse?

Grundsätzlich hängt die Qualität des Stichprobenergebnisses nicht primär vom Auswahlatz, sondern von der Streuung der Merkmale in der Grundgesamtheit ab. Dies verdeutlicht das bekannte Beispiel der Kugellurne: Befinden sich in einer Urne nur rote Kugeln, so reicht es aus, nur eine einzige Kugel zu ziehen, um eine vollständige Information über deren Farbe zu erhalten. Je bunter die Kugeln in der Urne sind, um so größer ist der Stichprobenumfang zu wählen, um über die Grundgesamtheit hinlänglich genaue Informationen zu erhalten. Auf die Wahlergebnisse übertragen bedeutet dies, dass eine kleine Stichprobe genügt, wenn alle Wähler ihre Stimmzettel ähnlich ausfüllen. Gibt es jedoch große Unterschiede, wird nur eine umfangreiche Stichprobe zuverlässige

Informationen liefern. Verhaltensvariablen können allerdings — im Gegensatz zu Merkmalen wie Alter und Geschlecht — auch kurzfristig stark schwanken. So liefert auch die Totalaufbereitung aller Stimmzettel kein Ergebnis, das weit über den Stichtag hinausreicht. Wahlergebnisse spiegeln eine Vielzahl von Einflussgrößen wider, die auch bei weitgehend identischer Wählerschaft zu anderen Zeitpunkten mit anderen Rahmenbedingungen ganz anders ausfallen können.

Die hier präsentierten Ergebnisse zeigen auf, wie die in die Stichprobe einbezogenen Stimmzettel ausgefüllt waren. Sofern das Wahlverhalten homogen bzw. die Aufgliederung nicht zu fein ist, hätte auch eine Totalauswertung keine grundsätzlich anderen Resultate gebracht.

Wahlbeteiligung stark rückläufig

Bei den Ergebnissen der Kommunalwahl 2001 fällt zunächst der starke Rückgang der Wahlbeteiligung gegenüber der Kommunalwahl 1997 um 13,1 Prozentpunkte (von 66,0 auf 52,9 %) auf. Hier drängt sich die Frage auf, inwieweit neues Wahlrecht und niedrige Wahlbeteiligung miteinander zu tun haben. Waren die Wahlberechtigten mit der neuen Methode des Kumulierens und Panaschierens und den oft großformatigen Stimmzetteln überfordert und haben deswegen Wahlabstinz geübt? Um diese Frage schlüssig beantworten zu können, müssten weitergehende Befragungen die vorhandenen statistischen Daten ergänzen. Allerdings lassen sich aus den vorliegenden Daten doch gewisse Schlüsse ziehen.

Als in Rheinland-Pfalz mit den Kommunalwahlen 1989 das neue System des Kumulierens und Panaschierens eingeführt wurde, sank dort die Wahlbeteiligung nicht — wie jetzt in Hessen — stark ab, sondern stieg sogar geringfügig an, und zwar von 76,3 auf 77,3 %. Dieser Anstieg entsprach damals offenbar dem „Zeitgeist“ und war auch in Hessen zu beobachten. 1989 hat die Wahlbeteiligung der Hessen an der damaligen Kommunalwahl 78,0 % betragen, 2,3 Prozentpunkte mehr als vier Jahre zuvor. Danach hat sich das Interesse am kommunalpolitischen Geschehen bei unverändertem Wahlrecht von Wahltermin zu Wahltermin vermindert (1993: 71,3 %, 1997: 66,0 % Wahlbeteiligung). Dass sich der deutliche Rückgang der Wahlbeteiligung offenbar weitgehend unabhängig vom Wahlsystem vollzieht, zeigt auch die Entwicklung in anderen Bundesländern: So ging in Rheinland-Pfalz die Wahlbeteiligung 1999 gegenüber 1994 um 11,2 Prozentpunkte, in Baden-Württemberg um 13,8,

im Saarland um 14,7 und in Nordrhein-Westfalen bei den Kreiswahlen sogar um 24,9 Prozentpunkte zurück, obwohl nur Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg das Kumulieren und Panaschieren in ihrem Kommunalwahlrecht kennen.

Höherer Anteil ungültiger Stimmen

Der Anteil ungültiger Stimmzettel liegt diesmal beim zusammengefassten Landesergebnis der hessischen Kommunalwahlen 2001 mit 4,2 % deutlich über den Quoten ungültiger Stimmen vorangegangener Kommunalwahlen — meist wurde bisher die 3 %-Grenze nicht überschritten. Bemerkenswert ist auch, dass 2001 der Anteil ungültiger Stimmzettel bei den Kreiswahlen den bei den Gemeindewahlen überschreitet und mit zunehmender Gemeindegröße steigt. Die Stadt Frankfurt am Main weist mit 5 % ungültigen Stimmzetteln mit die höchste Quote unter allen hessischen Gemeinden auf. Inwieweit hier die Komplexität des neuen Wahlsystems, der Unmut über die unpraktische Handhabung großformatiger Stimmzettel oder die Unzufriedenheit eines Teils der Wählerschaft mit den eingereichten Wahlvorschlägen zum Ausdruck kommt, lässt sich auch dann nicht abschließend beantworten, wenn eigens zu diesem Zweck spezielle Auszählungen vorgenommen wurden¹⁾.

Gut 4 % der Stimmen wurden verschenkt

Das neue hessische Kommunalwahlrecht unterstützt Wählerinnen und Wähler beim Ausfüllen ihrer Stimmzettel durch „Heilungsoptionen“ so weit wie möglich. Auch wenn der oder die Stimmberechtigte nicht alle der bis zu 93 Kandidaten mit Stimmen bedacht hatte, gingen die übrigen nicht leer aus, vorausgesetzt, es wurde die bevorzugte Partei oder Wählergruppe mit einem Listenzettel gekennzeichnet. In diesem Fall wurden — ggf. in mehreren Durchläufen — die „Reststimmen“ auf die Bewerber der angekreuzten Partei in der Rangfolge ihres Listenplatzes verteilt, bis alle Stimmen vergeben waren. Das Verfahren konnte allerdings dann nicht praktiziert werden, wenn kein Listenzettel gemacht wurde, sondern nur Bewerber eines Wahlvorschlags oder auch mehrerer Wahlvorschläge Kreuze erhielten. Alle vom Wähler nicht ausgeschöpften Stimmen des Stimmenkontingents waren in diesem Fall endgültig verloren. Die Größenordnung des Verlustes hat bei den Kommunalwahlen in Hessen 2001 sowohl bei den Gemeinde- als auch bei den Kreiswahlen jeweils über 4 % der gültigen Stimmen betragen. Dieses Ergebnis unterschreitet allerdings die 1994 in Rheinland-Pfalz festgestellte Zahl von gut 8 % deutlich und dürfte auch auf die unterschiedlichen Modi der Stimmenauffüllung in den Wahlsystemen der beiden Länder zurückzuführen sein. Nach dem rheinland-pfälzischen Wahlrecht können Bewerber je Stimmzettel nur eine Stimme erhalten, es sei denn, Parteien und Wählergruppen führen Bewerber bis zu dreimal in ihrem Wahlvorschlag auf. 1999 war dies in Rheinland-Pfalz allerdings nur bei gut 11 % der auf den Wahlvorschlägen aufgeführten Bewerber der Fall.

1) In Frankfurt am Main ... wurden auf Beschluss des Wahlausschusses sämtliche ungültigen Stimmzettel von der Geschäftsstelle des Gemeindewahlleiters überprüft. ... Nur in der Größenordnung von einem Prozent gehen die ungültigen Stimmzettel darauf zurück, dass wirklich Fehler gemacht wurden, in der Regel mehr als ein Parteienkreuz (ohne Personenstimmen). Bei vier Prozent (also 80 % aller ungültigen Stimmzettel) handelte es sich um aktive Nichtwähler. Sie haben sich an der Wahl beteiligt und einen leeren Stimmzettel abgegeben. Ob sich diese Protesthaltung gegen das neue Wahlsystem allgemein oder nur gegen die besonderen Umstände in Frankfurt mit den 93 Stimmen und 15 Wahlvorschlägen richtet, ist nicht zu belegen. Die wenigen expliziten Unmutsäußerungen durch Beischreibungen auf dem Stimmzettel vermitteln keine eindeutige Tendenz.“ Zitiert aus: „Kommunalwahlen 2001 in Frankfurt am Main. Eine erste Analyse.“ Frankfurter Wahlanalysen, Heft 23, Hrsg.: Bürgeramt, Statistik und Wahlen, Frankfurt am Main 2001, S. 21.

Stimmzettel bei den Gemeindewahlen in Hessen 2001 nach Art der Ausfüllung und Gemeindegrößenklassen
(Ergebnisse der repräsentativen Kommunalwahlstatistik 2001)

Art der Ausfüllung	Stimmzettel		Gemeindegrößenklasse nach der Einwohnerzahl							
			bis 10 000		10 001 bis 50 000		50 001 bis 250 000		über 250 000	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Stimmzettel insgesamt	51 713	100	17 169	100	21 665	100	6 765	100	6 114	100
davon										
ungültige Stimmzettel	1 570	3,0	415	2,4	648	3,0	207	3,1	300	4,9
gültige Stimmzettel	50 143	97,0	16 754	97,6	21 017	97,0	6 558	96,9	5 814	95,1
davon										
unverändert angenommen ¹⁾	22 710	45,3	5 939	35,4	9 986	47,5	3 374	51,4	3 411	58,7
nach neuem Wahlrecht	27 433	54,7	10 815	64,6	11 031	52,5	3 184	48,6	2 403	41,3
davon										
Kennzeichnungen in mehreren Wahlvorschlägen (panaschiert)	11 866	43,3	4 862	45,0	4 423	40,1	1 484	46,6	1 097	45,7
Kennzeichnungen in nur einem Wahlvorschlag (kumuliert)	15 567	56,7	5 953	55,0	6 608	59,9	1 700	53,4	1 306	54,3

1) Nur mit Listenkreuz.

Neues Wahlrecht in kleineren Gemeinden häufiger angewandt

Die Akzeptanz des neuen Wahlrechts ist auffallend mit der Einwohnergrößenklasse der Gemeinde verknüpft. Die neuen Möglichkeiten nutzten die Wahlberechtigten in kleinen Gemeinden viel stärker als die in Großstädten. So wählten beispielsweise in Gemeinden mit bis zu 3000 Einwohnern drei von vier Bürgerinnen und Bürgern, die sich an der Gemeindewahl beteiligten, nach dem neuen Wahlrecht. In den Städten mit 100 000 oder mehr Einwohnern war es nicht einmal die Hälfte der Wählerinnen und Wähler.

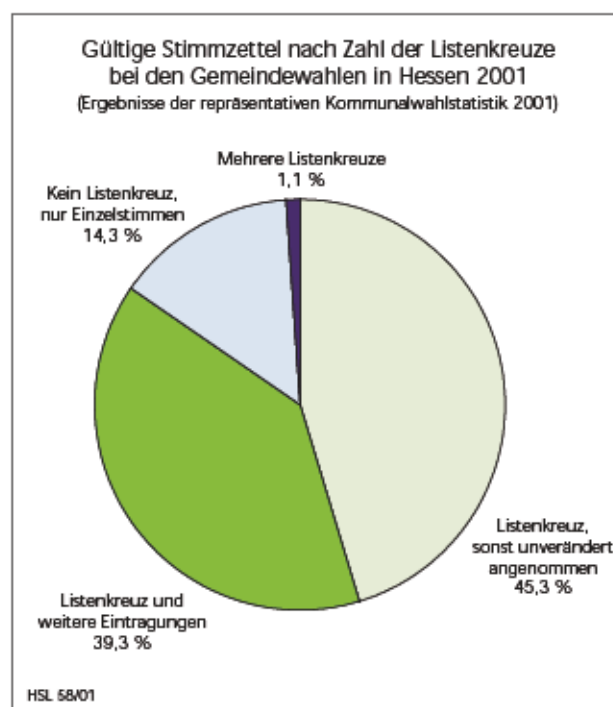
Überschaubarkeit, Kommunikationsstruktur und Bekanntheitsgrad der Kandidaten im Wahlgebiet dürften die hauptsächlichsten Gründe für die höheren Anteile veränderter Stimmzettel in kleineren Gemeinden sein. Die Bewerberinnen und Bewerber, ihre Tätigkeiten, Leistungen und ihr Sozialprestige sind in kleineren überschaubaren Gemeinden eher bekannt als in großen Städten und Landkreisen. Auch haben die Kandidaten in kleineren Gemeinden bessere Chancen, ihre politischen Ziele potenziellen Wählerinnen und Wählern vor der Wahl zu vermitteln und auf sich aufmerksam zu machen.

Dieser Ansatz eignet sich auch zur Erklärung des generell niedrigeren Anteils von veränderten Stimmzetteln bei den Wahlen zu den Kreistagen in den Gemeinden jedweder Größe. Denn die Bewerberinnen und Bewerber für das Kreisparlament meist großflächiger Landkreise mit Einwohnerzahlen in der Dimension von Großstädten sind weit weniger scharf im Wahrnehmungsbereich der Wahlberechtigten als die Personen in der eigenen Gemeinde. Allerdings verwundert die auch bei Kreiswahlen immer noch deutliche Abhängigkeit der Anwendung des neuen Wahlrechts von der Größe der Wohngemeinde. Fast die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger in Gemeinden mit bis zu 3000 Einwohnern haben den Stimmzettel zur Kreiswahl mit mehr als einem Listenkreuz

gekennzeichnet. Dagegen waren es in Städten mit über 50 000 bis 100 000 Einwohnern nur knapp 30 % (siehe auch Schaubild auf Seite 321). Vermutlich ist die offenere Kommunikationsstruktur in kleineren Gemeinden einer der Schlüssel zur Interpretation dieser Beobachtung.

Mehr als die Hälfte nutzt neues Wahlrecht bei Gemeindewahlen

Bei den Gemeindewahlen haben 55 % der gültig Wählenden, bei den Kreiswahlen 39 % von den Möglichkeiten des neuen Wahlsystems durch Änderungen in den Wahlvorschlägen der Parteien oder Wählergruppen Gebrauch ge-



macht. Dabei haben die Nutzer des neuen Wahlrechts überwiegend (57 % bei den Gemeinde-, 62 % bei den Kreiswahlen) nur einer Partei oder Wählergruppe ihre Stimmen zukommen lassen. Anders als nach dem früheren Wahlrecht war es diesmal auch bei der Beschränkung auf nur einen Wahlvorschlag möglich, bestimmten Kandidaten durch mehrere Kreuze zu mehr Stimmen zu verhelfen, anderen durch Streichen Stimmen zu entziehen und damit eine Bejahung bzw. Verneinung der vom Kandidaten vertretenen politischen Ziele kundzutun. Die Auszählung zeigt, dass positive Meinungsäußerungen durch gezieltes Ankreuzen von Bewerbern sehr viel häufiger waren als Zeichen der Unzufriedenheit durch Streichen, nämlich (bezogen auf die gültigen Stimmzettel nach neuem Wahlrecht) 46 zu 11 % bei den Gemeinde-, 53 zu 9 % bei den Kreiswahlen.

Fragt man nach den Auswirkungen der personenbezogenen Komponente im neuen Wahlrecht, so zeigt die Repräsentativstatistik, dass vom Wähler die Rangfolge der Bewerber durchaus verändert wurde. Nur 17 % der Kandidaten behielten den ursprünglichen Rang aus dem Wahlvorschlag, 36 % konnten sich verbessern, 47 % haben sich verschlechtert. Dabei beschränken sich die jeweiligen Veränderungen allerdings überwiegend auf Verschiebungen um nicht mehr als drei Listenplätze nach vorne bzw. nach hinten. Mehr als fünf Plätze aufsteigen konnten gut 10 % der Kandidatinnen und Kandidaten, während 11 % um mehr als fünf Plätze zurückfielen.

Bei diesen unter dem Aspekt einer „Stärkung der Bürgerbeteiligung“ besonders interessierenden Aussagen über die Veränderung der Wahlvorschläge stößt die Repräsentativstatistik allerdings rasch an methodische Grenzen. Einmal deswegen, weil aus den Repräsentativgemeinden nur einzelne Bezirke stammten, die bei der Auswertung nach Gemeindegrößenklassen zusammengefasst werden mussten. Nun konnte es durchaus vorkommen, dass beispielsweise der Spitzenkandidat eines Wahlvorschlags in der Gemeinde A viel, der in der Gemeinde B weniger Ansehen genoss. Bei einer Aggregation der Wahlbezirke beider Gemeinden konnten sich dann Plus und Minus der Stimmzahlen weitgehend kompensieren. Ferner leidet die Repräsentativstatistik darunter, dass — wie eingangs erwähnt — Stimmzettel nur mit Listenkreuz nicht in Datelform übermittelt wurden und deshalb bei detaillierten Auswertungen unberücksichtigt bleiben mussten. Weiter dürften beim Wahlverhalten persönlich geprägte Komponenten im Hinblick auf die Kandidaten eine große Rolle spielen, wodurch die „Streuung in der Grundgesamtheit“ bei diesen Merkmalen besonders ausgeprägt ist. Um hier zu methodisch einwandfreien Zahlen zu gelangen, müsste der Auswahlssatz in der Stichprobe die 3-%-Grenze überschreiten. Schließlich können aus der Repräsentativstatistik durch die methodisch vorgegebene Zusammenfassung mehrerer Gemeinden keinerlei Aussagen darüber gemacht werden, ob durch Kumulieren und Panaschieren an sich chancenlose Bewerber den Sprung ins Kommunalparlament geschafft, umgekehrt „todsichere“ Listenplätze doch nicht zum Erfolg geführt haben. Deshalb wird an

dieser Stelle vorgeschlagen, das Wahlrecht künftig so zu gestalten, dass im Statistischen Landesamt die Bewerberlisten *aller Gemeinden* statistisch ausgewertet werden können.

Panaschierte Stimmen gut 9 % der Gesamtzahl

Über die Möglichkeit des Veränderns in nur einem Wahlvorschlag hinausgegangen sind 43 % der das neue Wahlrecht anwendenden Wählerinnen und Wähler bei den Gemeinde-, 38 % bei den Kreiswahlen. Meist wurde das Ankreuzen von Kandidaten mehrerer Parteien oder Wählergruppen (panaschieren) mit der Vergabe von mehr als einer bis zu drei Stimmen für einzelne Kandidaten (kumulieren) kombiniert. An Kandidaten verschiedener Parteien nur Einzelstimmen verteilt (ausschl. panaschiert) hat nur eine Minderheit von knapp 4 % derer, die das neue Wahlrecht anwendeten.

Aus den veränderten (nicht nur mit Listenkreuz versehenen) Stimmzetteln lassen sich die Auswirkungen des Panaschierens quantifizieren: Die auf die Gesamtzahl hochgerechnete Stimmzahl panaschierter Stimmen beträgt beim zusammengefassten Ergebnis der Gemeindewahlen auf Landesebene 9,1 % oder 9 Mill. von 99 Mill. Stimmen insgesamt. Gewinne und Verluste der Parteien und Wählergruppen durch Panaschieren (Stimmensplitting) sind aus den Stimmzetteln mit Listenkreuz und weiteren Kennzeichnungen zu ermitteln. Hierbei wird davon ausgegangen, der Wähler habe „seiner“ Partei das Listenkreuz gegeben und bevorzugte Kandidaten seiner, aber auch anderer Parteien oder Wählergruppen, mit Einzelstimmen bedacht. Panaschierte Einzelstimmen sind Stimmengewinne bei der empfangenden und gleichzeitig Verluste bei der abgebenden Partei. Ausser auf den Stimmensaldo wird hier auch noch ein Blick auf die „Stimmenwanderung“ geworfen.

Im Saldo haben vor allem SPD und CDU, aber auch die GRÜNEN leichte Stimmenverluste erlitten, während Wählergemeinschaften und F.D.P. Gewinne erzielten. Auf Landesebene verloren die Christdemokraten durch Panaschieren 212 000 Stimmen. In ähnlicher Größenordnung musste die SPD Stimmen abgeben (208 000). Auch die GRÜNEN haben 82 000 Stimmen weniger erhalten. Eindeutig profitieren konnten vor allem die Wählergemeinschaften, die fast 377 000 panaschierte Stimmen erhielten. Wesentlich leichtere Stimmengewinne hatte die F.D.P. zu verbuchen, die 93 000 Stimmen von Wählern anderer Parteien hinzubekam.

Stimmengewinne für Wählergruppen und F.D.P. durch Panaschieren

Die stärksten Ströme im Austausch der Stimmen zwischen den Parteien und Wählergruppen fanden sich von der SPD bzw. der CDU zu den Wählergruppen mit jeweils etwa 10 %, gemessen am Gesamtvolumen von 2,8 Mill. panaschierten Stimmen. In die umgekehrte Richtung, von den Wählergruppen zur CDU, floss nur knapp die Hälfte des Abgabestroms, die SPD erhielt von den Wählergruppen 55 % ihres Abgabevolumens an Stimmen zurück. Auch für die GRÜNEN ergab

Stimmenaustausch zwischen den Parteien und Wählergruppen durch Panaschieren¹⁾
sowie panaschierte Stimmen insgesamt bei den Gemeindewahlen in Hessen 2001
(Hochgerechnete Ergebnisse in 1000; repräsentative Kommunalwahlstatistik 2001)

<div>Stimmen von „ (senkrecht)</div> <div>Stimmen an „ (waagrecht)</div>	CDU	SPD	GRÜNE	F.D.P.	Sonstige Parteien	Wähler- gruppen	Stimmen an andere Parteien ²⁾ zusammen
CDU	-	260	45	151	29	284	769
SPD	277	-	232	70	25	297	900
GRÜNE	38	215	-	17	36	125	431
F.D.P.	86	42	13	-	6	35	182
Sonstige Parteien	16	12	16	4	-	32	79
Wählergruppen	141	163	44	34	15	-	396
Stimmen von anderen Parteien ²⁾ z u s a m m e n	557	692	349	275	111	773	2 757
Stimmensaldo ³⁾	- 212	- 208	- 82	93	32	377	-
Ausserdem: Panaschierte Stimmen aus Stimmzetteln ohne Listenkreuz	1 804	2 069	599	342	129	1 293	-
Panaschierte Stimmen i n s g e s a m t	2 361	2 761	948	618	240	2 066	-
Stimmen i n s g e s a m t	37 170	36 219	8 458	4 902	2 054	10 222	-
Anteil panaschierter Stimmen an allen Stimmen	6,4	7,6	11,2	12,6	11,7	20,2	-

1) Aus Stimmzetteln mit Listenkreuz und weiteren Kennzeichnungen. - 2) Oder Wählergruppen. - 3) Mehr bzw. weniger (-) empfangene als abgegebene Stimmen.

sich mit 125 000 zu 44 000 Stimmen ein deutlicher Verlust gegenüber den Wählergruppen. Eine ähnliche Größenordnung wie die Stimmenströme von den beiden großen Parteien zu den Wählergruppen wiesen auch die Ströme zwischen diesen beiden Parteien selbst auf, wobei sich die gegenseitigen Gewinne und Verluste — bis auf einen leichten Vorteil der CDU gegenüber der SPD — weitgehend kompensierten. Jeweils über 200 000 Stimmen wanderten auch zwischen

SPD und GRÜNEN, wobei Letztere ein geringes Plus für sich verbuchen konnten. Gut 150 000 Stimmen gingen von den Christdemokraten zur F.D.P., 57 % flossen wieder zurück. Von der SPD konnte die F.D.P. 70 000 Stimmen zu sich herüberziehen, sie hat an die Sozialdemokraten aber 42 000 Stimmen wieder verloren. Mit einem Volumen von weniger als 50 000 Stimmen blieben alle anderen Stimmenbewegungen zwischen den Parteien weniger bedeutsam. □

Sozialhilfeempfänger in Hessen Ende 2000

Die hessische Landesregierung ist jüngst mit dem Ziel, die Zahl der Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) im erwerbsfähigen Alter um die Hälfte zu reduzieren, an die Öffentlichkeit herangetreten. Der Beitrag stellt aus diesem Anlass die Struktur der HLU-Empfänger dar, um Ansatzpunkte für Verbesserungen herauszuarbeiten. Wie schon in den beiden Vorjahren hat sich die Zahl der Sozialhilfeempfänger in Hessen auch im Jahr 2000 nochmals verringert, und zwar um gut 9400 oder 4 % auf 233 800. Dabei blieb die Struktur der Hilfeempfänger und der 121 000 Bedarfsgemeinschaften weitgehend unverändert. Das bedeutet, dass unter den Beziehern von Hilfe zum Lebensunterhalt neben den Nichtdeutschen die Kinder sowie die alleinerziehenden Frauen überrepräsentiert waren. Diese und weitere Daten zeigen, dass es bei diesen Bemühungen eines langen Atems und gezielter Maßnahmen bedarf: So befanden sich zum Beispiel Ende 2000 nur 140 000 HLU-Empfänger, also drei Fünftel, im erwerbsfähigen Alter. Davon war lediglich jeder Dritte arbeitslos gemeldet, während 56 % — bei den Männern 43 %, bei den Frauen sogar 65 %, vor allem wegen häuslicher Bindung — aus anderen Gründen nicht erwerbstätig waren. Jeder Zehnte ging dagegen bereits einer Arbeit nach. Ein weiterer, gerade für die Vermittlung einer Arbeitsstelle bedeutender Aspekt ist die nicht selten fehlende Schul- oder Berufsausbildung der HLU-Empfänger: 10 % hatten keinen Schulabschluss und 44 % keine Berufsausbildung. Zudem besaßen in jeweils einem Viertel aller Fälle die Sozialämter keine Erkenntnisse über die Ausbildung, bei Nichtdeutschen sogar in gut einem Drittel. Ansatzpunkte für Verbesserungen bieten sich daher am ehesten in der Familien- und Bildungspolitik sowie bei der Integration von Zuwanderern, wobei in regionaler Sicht durchaus unterschiedliche Schwerpunkte denkbar sind. Nur in 60 der 426 hessischen Städte und Gemeinden lag nämlich die Empfängerzahl — bezogen auf jeweils 1000 Einwohner — über dem Landesdurchschnitt von 39 Personen; auf sie konzentrierten sich bei einem Einwohneranteil von 40 % jedoch 63 % der HLU-Empfänger in Hessen. Vor allem die Großstädte, aber auch einige weitere Städte ab 50 000 Einwohnern, waren stark belastet. Andererseits lag die Empfängerdichte in fast 170 Gemeinden um mindestens die Hälfte unter dem Landesdurchschnitt.

Vorbemerkung

Hessen ist schon seit Jahren eines der Bundesländer mit einer besonders hohen Belastung durch Ausgaben für Sozialhilfe, worüber in dieser Zeitschrift bereits wiederholt berichtet wurde. Zuletzt war aus diesem Grund die Kommentierung der Ergebnisse über die Sozialhilfeempfänger meist schwerpunktmäßig auf die Ansprüche und die jeweiligen Leistungen für die vielen verschiedenartigen Bedarfsgemeinschaften ausgerichtet. Der aktuelle Vorstoß der Hessischen Landesregierung, die Kosten durch eine Reduzierung der Empfängerzahlen von Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) — auf die im Jahr 2000 weit über zwei Fünftel der Nettoausgaben entfielen¹⁾ — und durch weitere Maßnahmen zu senken, gab den Anlass, aus der Fülle des statistischen Datenmaterials diesmal wieder einige andere Strukturmerkmale etwas näher zu betrachten, die teilweise schon früher Inhalt der Berichterstattung waren. In erster Linie handelt es sich dabei um Merkmale, die zu berücksichtigen sind, wenn es darum geht, die Aufnahme einer Arbeit zu ermöglichen oder zur Pflicht zu machen. Dazu gehören auch Aspekte der unterschiedlichen Verteilung von HLU-Empfängern innerhalb des Landes, über die erstmals auch auf Gemeindeebene ein Überblick gegeben wird. Die Daten werden bereits seit 1994 mit Wohnsitzangabe der HLU-Empfänger erhoben; bisher wurde aber in Hessen wegen immer wieder auftretender Er-

fassungslücken auf eine Darstellung in dieser regionalen Tiefe generell verzichtet.

Empfängerzahlen erneut rückläufig

Am Jahresende 2000 erhielten in Hessen 233 800 Menschen laufende Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG), darunter nicht einmal mehr 500 innerhalb von Einrichtungen. Die Gesamtzahl der HLU-Empfänger ist damit nochmals um gut 9400 Personen oder knapp 4 % zurückgegangen. Die Abnahme bewegte sich damit in etwa der gleichen Höhe wie in den beiden Vorjahren. Während der Rückgang im Jahr 1998 — wie die damals überproportionale Abnahmequote ausländischer HLU-Empfänger zeigt — zum Teil auf eine Verschiebung der anspruchsberechtigten Personenzahlen²⁾ zurückzuführen war, war dafür 1999 und

Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen von 1994 bis 2000¹⁾

Jahr	Empfänger insgesamt	Zu- bzw. Abnahme (-)²)	Von den Empfängern waren					
			Deutsche		Zu- bzw. Abnahme (-)²)	Nichtdeutsche		Zu- bzw. Abnahme (-)²)
			Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
1994	230 239	.	148 888	64,7	.	81 351	35,3	.
1995	245 744	6,7	163 850	66,7	10,0	81 894	33,3	0,7
1996	261 620	6,5	172 933	66,1	5,5	88 687	33,9	8,3
1997	262 196	0,2	176 086	67,2	1,8	86 110	32,8	-2,9
1998	252 816	-3,6	172 806	68,4	-1,9	80 010	31,6	-7,1
1999	242 407	-4,1	164 620	67,9	-4,7	77 787	32,1	-2,8
2000	233 321	-3,7	157 819	67,6	-4,1	75 502	32,4	-2,9

1) Jeweils am Jahresende. - 2) Jeweils gegenüber dem Vorjahr.

1) Vgl.: „Ausgaben für Sozialhilfe und Asylbewerber in Hessen 2000“, Staat und Wirtschaft in Hessen, 56. Jahrg., Heft 7, Juli 2001, S. 218 ff.
2) Durch das „Erste Gesetz zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes“ vom 26. Mai 1997 (BGBl. I. S. 1130) waren die Bürgerkriegsflüchtlinge ab Mitte 1997 aus dem Bereich des BSHG in den des Asylbewerberleistungsgesetzes mit abgesenkten Leistungen überstellt worden.

**Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt¹⁾ in Hessen am 31. Dezember 2000
nach ausgewählten Merkmalen**

Merkmalsgliederung	Empfänger insgesamt		davon							
			männlich		weiblich		Deutsche		Nichtdeutsche	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Empfänger insgesamt										
Insgesamt	233 321	100	102 966	100	130 355	100	157 819	100	75 502	100
Nach Altersgruppen										
Unter 7 Jahre	36 380	15,6	18 769	18,2	17 611	13,5	25 682	16,3	10 698	14,2
7 bis unter 15 Jahre	37 556	16,1	19 198	18,6	18 358	14,1	24 931	15,8	12 625	16,7
15 bis unter 18 Jahre	10 690	4,6	5 426	5,3	5 264	4,0	6 703	4,2	3 987	5,3
18 bis unter 21 Jahre	8 528	3,7	3 637	3,5	4 891	3,8	5 703	3,6	2 825	3,7
21 bis unter 30 Jahre	26 702	11,4	9 367	9,1	17 335	13,3	17 588	11,1	9 114	12,1
30 bis unter 40 Jahre	37 189	15,9	13 837	13,4	23 352	17,9	25 343	16,1	11 846	15,7
40 bis unter 50 Jahre	26 634	11,4	12 017	11,7	14 617	11,2	18 716	11,9	7 918	10,5
50 bis unter 60 Jahre	19 698	8,4	9 212	8,9	10 486	8,0	13 371	8,5	6 327	8,4
60 bis unter 65 Jahre	10 807	4,6	5 013	4,9	5 794	4,4	6 950	4,4	3 857	5,1
65 oder mehr Jahre	19 137	8,2	6 490	6,3	12 647	9,7	12 832	8,1	6 305	8,4
Nach der Dauer der Hilfefewährung										
Unter 3 Monate	31 062	13,3	14 827	14,4	16 235	12,5	20 609	13,1	10 453	13,8
3 bis unter 6 Monate	22 846	9,8	10 195	9,9	12 651	9,7	15 331	9,7	7 515	10,0
6 bis unter 9 Monate	15 370	6,6	6 966	6,8	8 404	6,4	10 408	6,6	4 962	6,6
9 bis unter 12 Monate	13 161	5,6	5 998	5,8	7 163	5,5	8 861	5,6	4 300	5,7
12 bis unter 18 Monate	25 597	11,0	11 088	10,8	14 509	11,1	16 875	10,7	8 722	11,6
18 bis unter 24 Monate	17 774	7,6	7 776	7,6	9 998	7,7	11 359	7,2	6 415	8,5
24 bis unter 30 Monate	17 894	7,7	7 711	7,5	10 183	7,8	11 883	7,5	6 011	8,0
30 bis unter 36 Monate	13 180	5,6	5 769	5,6	7 411	5,7	9 000	5,7	4 180	5,5
36 bis unter 48 Monate	21 550	9,2	9 900	9,6	11 650	8,9	13 950	8,8	7 600	10,1
48 bis unter 60 Monate	20 207	8,7	8 771	8,5	11 436	8,8	14 013	8,9	6 194	8,2
60 oder mehr Monate	34 680	14,9	13 965	13,6	20 715	15,9	25 530	16,2	9 150	12,1
Nach der Stellung zum Haushaltsvorstand										
Haushaltsvorstand	106 282	45,6	47 195	45,8	59 087	45,3	77 543	49,1	28 739	38,1
darunter allein Lebende	51 180	21,9	23 987	23,3	27 193	20,9	41 275	26,2	9 905	13,1
Ehegatte	24 442	10,5	3 676	3,6	20 766	15,9	10 454	6,6	13 988	18,5
Kind	84 589	36,3	43 547	42,3	41 042	31,5	56 845	36,0	27 744	36,7
Verwandt/Verschwägert	570	0,2	275	0,3	295	0,2	487	0,3	83	0,1
Sonstige Person	17 438	7,5	8 273	8,0	9 165	7,0	12 490	7,9	4 948	6,6
Nach der Erwerbsbeteiligung²⁾										
Erwerbstätig	14 792	10,5	6 143	10,5	8 649	10,6	9 818	10,4	4 974	10,8
davon										
vollzeit	6 228	4,4	3 862	6,6	2 366	2,9	3 822	4,0	2 406	5,2
teilzeit	8 564	6,1	2 281	3,9	6 283	7,7	5 996	6,4	2 568	5,6
Nicht erwerbstätig	125 456	89,5	52 366	89,5	73 090	89,4	84 556	89,6	40 900	89,2
davon										
arbeitslos gemeldet	46 700	33,3	26 949	46,1	19 751	24,2	32 858	34,8	13 842	30,2
aus anderen Gründen	78 756	56,2	25 417	43,4	53 339	65,3	51 698	54,8	27 058	59,0
davon										
wegen Aus-/Weiterbildung	10 271	7,3	4 908	8,4	5 363	6,6	6 642	7,0	3 629	7,9
wegen häuslicher Bindung	23 727	16,9	375	0,6	23 352	28,6	15 811	16,8	7 916	17,3
wegen Krankheit/Behinderung ³⁾	12 428	8,9	6 100	10,4	6 328	7,7	9 665	10,2	2 763	6,0
aus Altersgründen	2 642	1,9	958	1,6	1 684	2,1	1 532	1,6	1 110	2,4
aus sonstigen Gründen	29 688	21,2	13 076	22,3	16 612	20,3	18 048	19,1	11 640	25,4
Nach dem höchsten allgemein bildenden Schulabschluss²⁾										
Noch in Schulausbildung	10 632	7,6	5 191	8,9	5 441	6,7	6 589	7,0	4 043	8,8
Volks-/Hauptschulabschluss	50 154	35,8	21 084	36,0	29 070	35,6	39 573	41,9	10 581	23,1
Realschulabschluss ⁴⁾	17 785	12,7	6 201	10,6	11 584	14,2	14 088	14,9	3 697	8,1
(Fach-)Hochschulreife	10 007	7,1	4 499	7,7	5 508	6,7	5 705	6,0	4 302	9,4
Sonstiger Schulabschluss	2 918	2,1	1 399	2,4	1 519	1,9	1 849	2,0	1 069	2,3
Kein Schulabschluss	13 856	9,9	5 574	9,5	8 282	10,1	7 634	8,1	6 222	13,6
Unbekannt	34 896	24,9	14 561	24,9	20 335	24,9	18 936	20,1	15 960	34,8
Nach dem höchsten Berufsausbildungsabschluss²⁾										
Keine Berufsausbildung ⁵⁾	62 404	44,5	24 420	41,7	37 984	46,5	42 085	44,6	20 319	44,3
Kaufmännische Lehre	9 809	7,0	2 395	4,1	7 414	9,1	8 363	8,9	1 446	3,2
Gewerbliche Lehre	21 481	15,3	12 413	21,2	9 068	11,1	16 828	17,8	4 653	10,1
Berufliche Schule	2 597	1,9	779	1,3	1 818	2,2	2 037	2,2	560	1,2
Meister-/Technikerschule ⁶⁾	1 151	0,8	558	1,0	593	0,7	757	0,8	394	0,9
(Fach-)Hochschule	3 725	2,7	1 720	2,9	2 005	2,5	1 803	1,9	1 922	4,2
Andere berufliche Ausbildung	2 844	2,0	1 110	1,9	1 734	2,1	2 006	2,1	838	1,8
Unbekannt	36 237	25,8	15 114	25,8	21 123	25,8	20 495	21,7	15 742	34,3

1) Außerhalb von Einrichtungen. - 2) Nur Personen von 15 bis unter 65 Jahren; lediglich auf diese beziehen sich auch die Prozentwerte. - 3) Sowie Arbeitsunfähigkeit. - 4) Sowie gleichwertiger Abschluss. - 5) Einschl. noch in Berufsausbildung. - 6) Sowie Fachschule und Berufs- oder Fachakademie.

2000 in erster Linie die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage in Hessen maßgebend. Daneben ist auch noch die Erhöhung des Kindergeldes Anfang 1999 zu nennen, durch die ein Teil der Bedarfsgemeinschaften aus dem Kreis der Anspruchsberechtigten ausschied. Den entscheidenden Einfluss für den Rückgang der Sozialhilfeempfänger hatte aber zweifellos die weitere Belebung auf dem Arbeitsmarkt: Die entsprechenden Daten wiesen am Jahresende 2000 — nach einem Minus von 18 500 im Jahr 1999 — mit 200 300 arbeitslos gemeldeten Personen eine um über 29 000 niedrigere Zahl aus als ein Jahr davor. Damit war die Arbeitslosenquote innerhalb eines Jahres nochmals (nach 9,8 % Ende 1998) deutlich von 9,0 auf 7,5 % gesunken. Unter anderem hatte dies zur Folge, dass die Zahl der arbeitslos gemeldeten HLU-Empfänger gleichzeitig um fast 10 000 bzw. um 17 % auf 46 700 zurückging, was freilich auch bedeutet, dass bei anderen Empfängergruppen Zunahmen gegenüber 1999 zu verzeichnen waren. In Abhängigkeit von der demografischen Entwicklung waren davon beispielsweise die Personen ab 60 Jahren betroffen.

Insgesamt ist jedoch die Zahl der Hilfeempfänger nahezu wieder auf das Niveau von 1994 gefallen. Dabei war im Jahr 2000 die Abnahme bei deutschen HLU-Empfängern mit 6800 oder gut 4 % erneut höher als bei den nichtdeutschen mit weniger als 2300 oder knapp 3 %. In der Vergangenheit hatte es allerdings nicht selten viel größere Differenzen zwischen den Veränderungsraten dieser beiden Gruppen gegeben.

Unverändert Kinder, Nichtdeutsche und Alleinerziehende überrepräsentiert

An den Grundstrukturen der HLU-Empfänger hat sich trotz teilweise unterschiedlicher Entwicklungslinien nicht viel geändert: Über 133 300 und damit fast 56 % waren Ende 2000 weiblich. Dieses relativ höhere Sozialhilferisiko bestand zwar nach wie vor überwiegend bei deutschen Frauen (gut 57 %), doch hat sich auch bei den Nichtdeutschen das Verhältnis weiter zu Lasten der Frauen verschoben, die mit fast 40 000 schon 53 % aller ausländischen Hilfeempfänger stellten. Männliche HLU-Empfänger waren in beiden Bevölkerungsgruppen nur bei den Minderjährigen in der Überzahl. Insgesamt bezogen 75 500 Nichtdeutsche Sozialhilfe; das war unverändert ein knappes Drittel aller HLU-Empfänger, aber gut jeder zehnte in Hessen lebende Ausländer gegenüber nur jedem 34. Deutschen. Diese Kluft hat sich gegenüber dem Vorjahr nochmals etwas weiter vertieft.

Gut 84 600 HLU-Bezieher (außerhalb von Einrichtungen) hatten Ende 2000 das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet; das waren ebenfalls fast unverändert deutlich mehr als ein Drittel. Etwa jedes 13. Kind dieses Alters war damit zumindest teilweise auf Sozialhilfe angewiesen, gegenüber jedem

25. Einwohner insgesamt. Lediglich gut 19 000 Personen waren mindestens 65 Jahre alt, sodass nur jeder 52. dieser älteren Einwohner Sozialhilfe bezog. Hier waren vor allem Frauen betroffen, auf die — meist wohl wegen unzureichender Rentenansprüche — allein über 12 600 oder zwei Drittel der Hilfeempfänger dieses Alters entfielen. Bei diesen wiederum handelte es sich zu 76 % um deutsche Frauen, bei den ab 75jährigen sogar zu 85 %.

Neben den älteren Frauen waren auch Frauen der Altersgruppen von 21 bis unter 30 und vor allem von 30 bis unter 40 Jahren häufiger auf Sozialhilfe angewiesen als gleichaltrige Männer. Diesen beiden Altersgruppen dürfte der größte Teil der 25 350 allein erziehenden Frauen angehören, die Ende 2000 HLU bezogen. Bei einem geringfügigen Zuwachs stellten sie zusammen mit den über 800 allein erziehenden Männern fast 22 % aller rund 121 000 so genannten „Bedarfsgemeinschaften“, die in etwa einem Haushalt nach der üblichen Definition entsprechen und für die — im Wesentlichen auf der Basis von Regelsätzen und Mietkosten — die Sozialhilfeansprüche und -leistungen ermittelt werden. Da zu den Bedarfsgemeinschaften auch jeweils die Kinder unter 18 Jahren³⁾ zählen, hat der hohe Anteil der Alleinerziehenden natürlich auch Auswirkungen auf die Altersstruktur der Empfänger: In den „Haushalten“ von Alleinerziehenden lebten allein rund 43 000 minderjährige Kinder; das waren entgegen der ansonsten rückläufigen Tendenz etwas mehr als im Vorjahr und damit schon gut jedes zweite aller Kinder, die Hilfe zum Lebensunterhalt bezogen.

Den größten Teil der Bedarfsgemeinschaften stellten mit unverändert gut 42 % allerdings die 51 200 — als „einzeln nachgewiesene Haushaltsvorstände“ — allein lebenden Personen, darunter 27 200 bzw. 53 % Frauen. Die 15 200 Paare mit Kindern unter 18 Jahren, 1400 weniger als 1998, entsprachen einem Anteil von knapp 13 % aller Bedarfsgemeinschaften. Paare ohne minderjährige Kinder waren dagegen nur mit 11 300 bzw. einem Anteil von gut 9 % vertreten. Da die Strukturen der Bedarfsgemeinschaften im Wesentlichen denen des Vorjahres entsprechen, soll auf weitere Einzelheiten, insbesondere die nach wie vor bestehenden Unterschiede zwischen deutschen und nichtdeutschen Bedarfsgemeinschaften, diesmal nicht näher eingegangen werden.

Stattdessen sollen nachfolgend einige Merkmale betrachtet werden, die im Zusammenhang mit den Intentionen der Hessischen Landesregierung zur Reduzierung des Empfängerkreises und damit vor allem der Kosten für die Sozialhilfe eine Bedeutung haben könnten oder zumindest bei den weiteren diesbezüglichen Überlegungen mit berücksichtigt werden müssen. In den Kontext des vorherigen Abschnitts gehört zunächst noch der Hinweis, dass zu jedem der 106 300 „Haushaltsvorstände“ Ende 2000 im Durchschnitt 1,2 weitere Personen gehörten; zieht man jedoch — was die tatsächlichen Verhältnisse besser widerspiegelt — die allein lebenden Erwachsenen ab, so kamen auf die verbleibenden 55 100 „Vorstände“ der Mehrpersonenhaushalte fast doppelt so viele „abhängige“ Personen wie zuvor genannt. Nur

3) Kinder ab 18 Jahren werden dagegen nicht im Haushaltszusammenhang nachgewiesen, sondern bilden auf Grund der rechtlichen Vorgaben eine eigene Bedarfsgemeinschaft; sie sind in der Gruppe „Bedarfsgemeinschaften ohne Haushaltsvorstand“ enthalten.

bei 24 400 handelte es sich um Ehegatten, bei fast 85 000 jedoch um Kinder. Dabei waren, vor allem hinsichtlich Alleinerziehender, allein Lebender und Ehegatten, die geschlechtsspezifischen Unterschiede ebenso auffallend wie diejenigen zwischen Deutschen und Nichtdeutschen.

Ein Drittel Langzeitempfänger

Einen gewissen Hinweis auf die Möglichkeit, Hilfeempfänger wieder in das Arbeitsleben einzugliedern, könnte die Dauer des bisherigen Sozialhilfebezugs geben. Grob gerechnet hatten von den HLU-Empfängern am Jahresende 2000 jeweils etwa ein Drittel die Hilfe weniger als ein Jahr, ein bis unter drei Jahre oder mindestens schon drei Jahre lang bezogen. Da sich in der zuletzt genannten Gruppe relativ viele Frauen bzw. Deutsche befanden, kann man davon ausgehen, dass unter ihnen die schon erwähnten Alleinerziehenden und Rentnerinnen zu finden sind, die entweder niemals wieder arbeiten werden oder in der Regel nicht vor dem Schulabschluss der Kinder. Dagegen dürften die Kurzezeitempfänger mit einer Bezugsdauer von weniger als einem Jahr — hier lag der Anteil der Männer mit 37 % deutlich über dem Durchschnitt — noch relativ leicht in den Arbeitsmarkt zu integrieren sein. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass sich in dieser Gruppe auch die knapp 5000 Vorleistungsempfänger befinden, welche die Sozialhilfe nur als Ersatz für eine noch ausstehende Leistung eines anderen Trägers, überwiegend der Rentenversicherung, erhalten und damit ebenfalls für den Arbeitsmarkt nicht mehr zur Verfügung stehen, aber andererseits auch die Sozialhilfeträger wegen der Rückerstattung der Kosten nicht eigentlich belasten. So dürften sich besondere Bemühungen auf die Gruppe der fast 75 000 Personen richten, die zwischen einem und drei Jahren HLU bezogen.

Bei diesen wie auch den nachfolgenden Betrachtungen ist anzumerken, dass sämtliche beschriebenen und in der Tabelle ausgewiesenen Merkmale in einer Vielzahl von Kombinationsmöglichkeiten abrufbar sind und zum Teil auch veröffentlicht werden⁴⁾. Für genauere, vor allem zielgerichtete Untersuchungen, die allerdings den Rahmen dieses Aufsatzes sprengen würden, müsste zweifellos auf derartiges, tiefer gegliedertes Material zurückgegriffen werden.

„Nur“ 140 000 im erwerbsfähigen Alter

Grundvoraussetzungen für die Übernahme einer Arbeit sind — zunächst einmal völlig unabhängig von der persönlichen Qualifikation oder dem tatsächlichen Angebot an Arbeitsplätzen — ein entsprechendes Alter und die Verfügbarkeit für den Arbeitsmarkt. Im *erwerbsfähigen Alter* von 15 bis zu unter 65 Jahren befanden sich Ende 2000 etwas über 140 000, also drei Fünftel aller HLU-Empfänger. Von ihnen gingen bereits 14 800, gut jeder Zehnte, einer Tätigkeit

nach. In der überwiegenden Zahl der Fälle handelte es sich dabei um Frauen, von denen wiederum die meisten teilzeitbeschäftigt waren. Bei den über 6000 Vollzeitbeschäftigten, darunter fast 3900 Männer, dürfte in der Regel das Einkommen nicht ausgereicht haben, um die ganze Familie zu ernähren. Für mögliche politische Ansatzpunkte entscheidend bleiben aber im Wesentlichen die neun von zehn HLU-Empfängern, die nicht erwerbstätig waren. Sie verteilten sich nach der Erwerbsbeteiligung fast proportional auf die hier betrachteten vier Hauptgruppen, Männer/Frauen sowie Deutsche/Nichtdeutsche. Deutliche Differenzen waren aber bei der Untergliederung nach Gründen für das Nicht-Arbeiten zu beobachten. Arbeitslos gemeldet und damit für den Arbeitsmarkt verfügbar waren 46 700, immerhin trotz des schon erwähnten Rückgangs noch jeder dritte HLU-Empfänger im erwerbsfähigen Alter. Betroffen waren davon überdurchschnittlich viele Männer, aber auch relativ mehr Deutsche als Nichtdeutsche.

Fast 78 800 Personen arbeiteten aus anderen Gründen nicht, davon waren über 53 300 Frauen. Ausschlaggebend war bei ihnen meist die häusliche Bindung, die bei Männern praktisch keine Rolle spielte. Bei diesen waren dafür Aus- oder Weiterbildung bzw. Krankheit, Behinderung oder Arbeitsunfähigkeit relativ häufiger als bei Frauen. Aus Altersgründen arbeiteten nur knapp 2 % der Personen im erwerbsfähigen Alter nicht, meist in der Altersgruppe von 60 bis unter 65 Jahren. So bleiben annähernd 30 000 Personen, darunter mehr als die Hälfte der nicht arbeitslos gemeldeten Männer und überdurchschnittlich viele Nichtdeutsche (möglicherweise ein weitgehend deckungsgleicher Personenkreis), die aus „sonstigen“ Gründen nicht arbeiteten.

Fast jeder Zweite ohne Berufsausbildung

Unabhängig davon, ob jemand kurzfristig für eine Arbeitsstelle verfügbar ist, spielt die Qualifikation bei der Vermittlung eine entscheidende Rolle. Deshalb wurden bei der Neugestaltung der Sozialhilfestatistik ab 1994 auch entsprechende Fragen für HLU-Empfänger im erwerbsfähigen Alter in den Merkmalskatalog aufgenommen. Die Auswertungen für das Jahresende 2000 zeigen sowohl hinsichtlich der Schulausbildung als auch der Berufsausbildung ganz erhebliche Defizite.

Bei der *Schulausbildung* dominierte mit weitem Abstand, nämlich bei über 50 000 Personen oder 36 % die Volks- oder Hauptschule. Zudem besaßen — außer den 10 600 Personen, die noch eine Schule besuchten — fast 14 000 oder 10 % keinen Schulabschluss. Eine weiterführende Schule hatten nur 30 700 oder 22 % abgeschlossen, während von fast 35 000, also jedem 4. HLU-Empfänger, den Sozialämtern auch im siebten Jahr seit der Einführung dieser Fragen nichts über den Schulabschluss bekannt war. Zwischen Männern und Frauen gab es hier nur geringfügige Strukturunterschiede, recht beträchtliche dagegen zwischen Deutschen und Nichtdeutschen. Bei Letzteren waren vor allem die Extreme, nämlich kein Abschluss einerseits und (Fach-)Hochschul-

4) Weiteres ausführliches Tabellenmaterial enthält der Statistische Bericht „Die Sozialhilfe in Hessen 2000 sowie Ergebnisse der Asylbewerberleistungsstatistik, Teil 2: Empfänger“; zusätzlich können auf Anforderung Tabellen mit fast sämtlichen Gliederungsmerkmalen auch für kreisfreie Städte und Landkreise bereitgestellt werden.

reife andererseits, relativ häufiger vertreten. Der geringere Anteil von Personen mit Volks- oder Hauptschulabschluss — fast 20 Prozentpunkte weniger als bei den Deutschen — wurde dadurch kompensiert, dass bei knapp 35 % keine Angaben über den Schulabschluss vorlagen.

Bezüglich der *Berufsausbildung* ergibt sich folgendes Bild: Rund 62 400 Personen oder reichlich 44 % hatten keine Ausbildung abgeschlossen; lediglich gut 2000, darunter 1500 Deutsche, befanden sich zum Stichtag noch in Ausbildung. Außerdem lagen bei ebenfalls jedem Vierten keine Erkenntnisse zur beruflichen Qualifikation vor. Von den letztlich nur 30 %, die eine berufliche Ausbildung besaßen, hatten 21 500 eine gewerbliche Lehre und nur 9800 eine kaufmännische Lehre erfolgreich beendet. Jeweils etwas mehr als 3700 oder nicht einmal 3 % hatten eine berufsbezogene Schule (einschl. Ingenieurschule) oder sogar ein (Fach-)Hochschulstudium abgeschlossen. Bei der praktischen Ausbildung hatten die Männer mit einem hohen Anteil an gewerblichen Abschlüssen im Hinblick auf die heutigen Anforderungen des Arbeitsmarkts eine deutlich schlechtere Ausgangslage als die Frauen, bei denen das Verhältnis zwischen kaufmännischer und gewerblicher Lehre relativ ausgeglichen war. Dafür besaßen Letztere allerdings häufiger überhaupt keine Ausbildung. Bei den Nichtdeutschen war eine abgeschlossene Lehre relativ selten, dafür ein (Fach-)Hochschulstudium häufiger als bei den Deutschen. Auffällig ist jedoch die Tatsache, dass bei zusammen fast vier Fünfteln der nicht-deutschen HLU-Empfänger eine Ausbildung gänzlich fehlte oder den Sozialämtern dazu nichts bekannt war.

Selbst wenn es sich bei diesen „Unbekannt“-Fällen um Langzeitempfänger von HLU handeln sollte, müsste doch ein Interesse daran bestehen, auch für sie Erkenntnisse über die Ausbildung zu gewinnen. Ansatzpunkte für gezielte Verbesserungsmaßnahmen scheinen sich nämlich — neben der Familienpolitik mit dem Schwerpunktthema „Alleinerziehende“ — am ehesten in der Bildungspolitik sowie bei der Integration von Zuwanderern, gleichgültig ob von Nichtdeutschen oder deutschstämmigen Spätaussiedlern, zu bieten. Dabei sind, völlig unabhängig von den meist recht genau zu lokalisierenden „sozialen Brennpunkten“, in regionaler Sicht durchaus unterschiedliche Schwerpunkte denkbar. Nach wie vor sind nämlich die Verhältnisse in den hessischen Verwaltungsbezirken und erst recht in den einzelnen Gemeinden sehr unterschiedlich, wie in den nachfolgenden Abschnitten noch an einigen Strukturmerkmalen gezeigt wird.

Kreisfreie Städte weiterhin stärker belastet

Gegenüber dem Vorjahr sind die Empfängerzahlen in fast allen 26 Verwaltungsbezirken zurückgegangen; lediglich für vier von ihnen wurden Zunahmen gemeldet, darunter eine nur geringfügige für den Schwalm-Eder-Kreis. In den drei anderen Fällen, nämlich im Vogelsbergkreis, im Landkreis

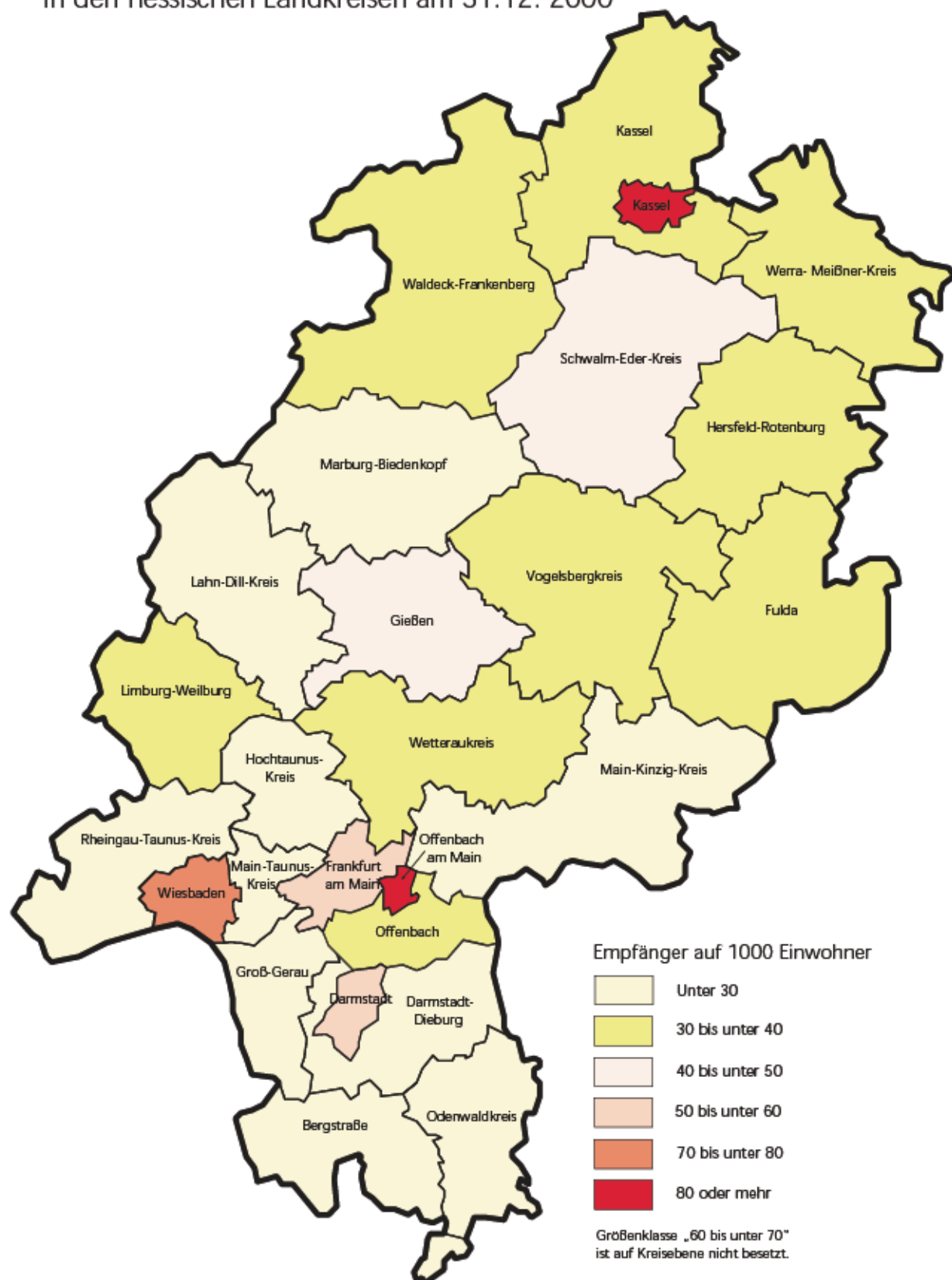
Darmstadt-Dieburg und in der kreisfreien Stadt Offenbach am Main, bietet die Höhe der Zuwachsraten allerdings Anlass zu der Vermutung, dass es möglicherweise im Vorjahr Untererfassungen gegeben hatte, wodurch die ausgewiesenen Raten ein verzerrtes Bild darstellen⁵⁾. Auf der anderen Seite schwankten die Abnahmeraten zwischen weniger als 1 % im Landkreis Bergstraße und im Main-Taunus-Kreis und rund 10 % im Rheingau-Taunus-Kreis, im Landkreis Wald-eck-Frankenberg sowie in der kreisfreien Stadt Darmstadt. Überdurchschnittlich war sie diesmal in der kreisfreien Stadt Kassel, wie überhaupt in den meisten nordhessischen Landkreisen. Mit gut 6 % war dadurch der Rückgang im Regierungsbezirk Kassel insgesamt doppelt so hoch wie in den Regierungsbezirken Darmstadt und Gießen.

Trotzdem hat sich die Gesamtverteilung nur relativ wenig verschoben. Von den insgesamt 233 800 Personen, die Ende 2000 in Hessen Hilfe zum Lebensunterhalt bezogen, lebten knapp 142 500 in den 21 Landkreisen und gut 91 300 in den fünf kreisfreien Städten. Damit entfielen auf diese wenigen hessischen Großstädte unverändert nahezu zwei Fünftel aller HLU-Empfänger. Sie waren demnach mit im Durchschnitt 67 Sozialhilfeempfängern auf 1000 Einwohner mehr als doppelt so stark belastet wie die Landkreise mit lediglich 30. Mit Abstand am stärksten betroffen war weiterhin die kreisfreie Stadt Kassel (98), vor Offenbach am Main (83) und der Landeshauptstadt Wiesbaden (72). Unter den Landkreisen blieben — bei teilweise leicht rückläufigen Werten — der Landkreis Gießen (44) und der Schwalm-Eder-Kreis (40) am weitesten über dem Durchschnitt, während die Situation im Main-Taunus-Kreis (20) und im Odenwaldkreis (21) weiterhin am günstigsten war. Das relativ deutliche Nord-Süd-Gefälle blieb somit erhalten.

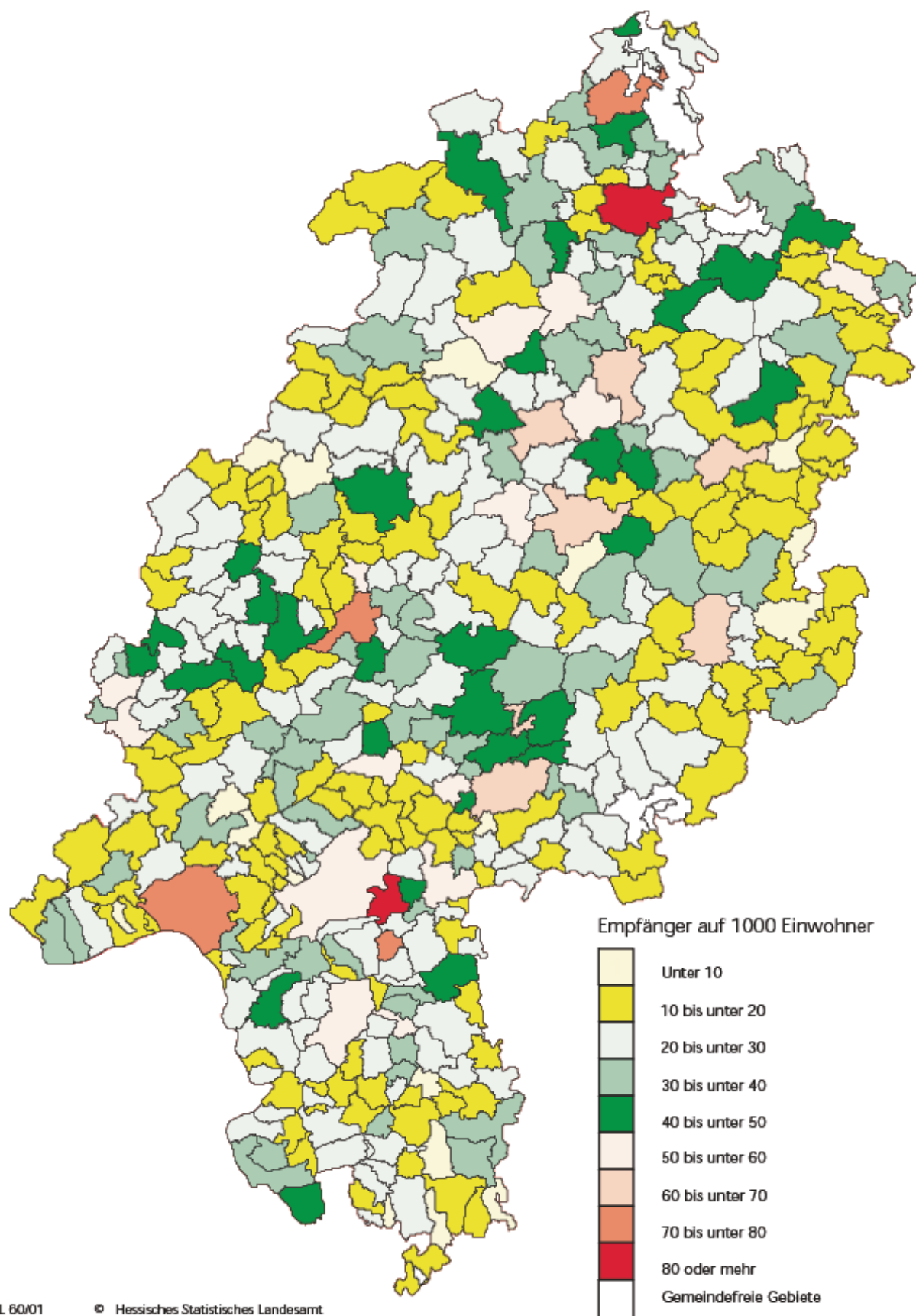
Die regionalen Unterschiede zeigen sich erneut auch in der Struktur der HLU-Empfänger: So wurden mit über 48 bzw. knapp 47 % extrem hohe Ausländeranteile in Stadt- und Landkreis Offenbach ermittelt. Mit jeweils rund 43 % folgten hier Frankfurt am Main und der Hochtaunuskreis. Nur etwa ein Viertel dieser Spitzenwerte betrug andererseits der entsprechende Anteil im Vogelsbergkreis und im Werra-Meißner-Kreis. In vielen weiteren nord- und mittelhessischen Landkreisen lag der Ausländeranteil bei nur 20 % oder auch darunter. Die teilweise größeren Differenzen in der Altersstruktur blieben ebenfalls bestehen. Zwar lag der Anteil der Minderjährigen in der Regel bei 36 oder 37 %, doch gab es Abweichungen nach oben bis zu Anteilen von 42 oder gar 43 % im Landkreis Bergstraße und im Odenwaldkreis bzw. im Landkreis Darmstadt-Dieburg sowie nach unten bis zu einem 30%-Anteil in Frankfurt am Main. Da auch in den übrigen kreisfreien Städten — abhängig von der dort höheren Zahl der Alleinstehenden — Kinder relativ seltener unter den Hilfeempfängern zu finden waren, wurde dadurch der Landesdurchschnitt auf 36 % gedrückt. Die Geschlechterverteilung entspricht dagegen bei einer recht geringen Schwankungsbreite der Anteile der Sozialhilfeempfängerinnen zwischen 54 und knapp 59 % in den meisten Fällen etwa dem Gesamtdurchschnitt.

5) Für die Stadt Offenbach ist dies gesichert; nachdem von dort im Vorjahr ein außergewöhnlich hoher Rückgang mit erfolgreichen Wiedereingliederungen auf dem Arbeitsmarkt begründet worden war, wurde inzwischen eine Untererfassung am Jahresende 1999 von rund 1000 HLU-Empfängern eingeräumt.

Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt auf 1000 Einwohner in den hessischen Landkreisen am 31.12. 2000



Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt auf 1000 Einwohner
in den hessischen Gemeinden am 31.12. 2000



HSL 60/01

© Hessisches Statistisches Landesamt

Regionale Verteilung der Sozialhilfeempfänger¹⁾ in Hessen am 31. Dezember 2000

Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis	Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt in und außerhalb von Einrichtungen						Zahl der Gemeinden mit einer Empfängerdichte von . . . ²⁾									
	ins- gesamt	darunter				Zu- bzw. Abnahme (-) ³⁾	auf 1000 Ein- woh- ner ²⁾	unter 10	10	20	30	40	50	60	70 oder mehr	
		nicht- deutsch	arbeits- los ge- meldet	weib- lich	unter 18 Jahre alt				bis unter							
									20	30	40	50	60	70		
		%														
Darmstadt, St.	6 903	31,5	20,2	55,1	37,0	- 9,8	50	-	-	-	-	1	-	-		
Frankfurt am Main, St.	36 182	43,2	19,5	54,1	30,3	- 4,3	56	-	-	-	-	1	-	-		
Offenbach am Main, St.	9 628	48,4	24,8	54,5	36,5	12,3	83	-	-	-	-	-	-	1		
Wiesbaden, St.	19 381	32,2	24,4	56,1	33,0	- 4,2	72	-	-	-	-	-	-	1		
Bergstraße	6 868	32,4	12,3	58,7	41,8	- 0,6	26	1	8	9	3	1	-	-	-	
Darmstadt-Dieburg	7 725	32,8	16,7	58,0	43,1	6,1	27	-	6	1	1	4	1	1	-	
Groß-Gerau	6 875	40,4	17,5	54,5	39,0	- 7,9	28	-	5	6	2	1	-	-	-	
Hochtaunuskreis	5 597	42,9	17,7	55,8	34,6	- 5,1	25	1	5	2	5	-	-	-	-	
Main-Kinzig-Kreis	11 925	29,2	17,3	57,8	37,6	- 5,3	29	1	13	12	2	-	1	-	-	
Main-Taunus-Kreis	4 313	41,6	16,6	56,5	37,6	- 0,9	20	1	6	4	1	-	-	-	-	
Odenwaldkreis	2 050	27,5	22,5	56,9	42,4	- 4,3	21	4	7	2	2	-	-	-	-	
Offenbach	10 690	46,7	15,7	54,1	38,3	- 2,5	32	-	2	7	2	1	-	-	1	
Rheingau-Taunus-Kreis	4 349	27,5	11,7	57,3	39,1	- 10,5	24	2	8	3	4	-	-	-	-	
Wetteraukreis	10 389	27,6	22,1	56,4	38,8	- 3,5	36	-	7	3	5	6	2	2	-	
Reg.-Bez. Darmstadt	142 875	37,5	19,3	55,7	35,7	- 3,1	38	10	67	59	30	10	6	2	3	
Gießen	11 016	32,0	27,3	55,6	38,1	- 6,3	44	-	3	7	4	2	1	-	1	
Lahn-Dill-Kreis	7 685	20,7	26,7	57,1	37,9	- 1,3	29	-	7	13	-	3	-	-	-	
Limburg-Weilburg	6 013	28,3	15,0	57,6	39,2	- 1,0	34	-	5	6	3	3	2	-	-	
Marburg-Biedenkopf	6 760	22,5	24,1	56,5	36,4	- 5,3	27	2	10	7	2	1	-	-	-	
Vogelsbergkreis	3 958	11,1	29,3	55,0	36,8	4,7	33	1	4	6	5	1	1	1	-	
Reg.-Bez. Gießen	35 432	24,7	24,7	56,4	37,8	- 3,0	33	3	29	39	14	10	4	1	1	
Kassel, St.	19 240	33,5	21,9	55,0	33,8	- 5,5	98	-	-	-	-	-	-	1		
Fulda	7 111	20,9	23,2	58,0	36,9	- 8,4	33	2	14	4	2	-	-	1	-	
Hersfeld-Rotenburg	4 278	19,8	15,0	55,8	36,4	- 8,0	33	1	13	3	1	1	-	1	-	
Kassel	8 125	20,1	13,2	57,6	39,4	- 8,6	33	-	7	9	8	4	-	-	1	
Schwalm-Eder-Kreis	7 761	18,1	14,6	56,1	37,9	1,3	40	-	5	9	4	5	2	2	-	
Waldeck-Frankenberg	5 050	18,1	17,0	56,7	37,8	- 10,0	30	1	8	8	3	1	1	-	-	
Werra-Meißner-Kreis	3 916	12,6	19,3	56,3	37,1	- 7,3	34	-	7	3	3	2	1	-	-	
Reg.-Bez. Kassel	55 481	23,8	18,6	56,2	36,4	- 6,2	44	4	54	36	21	13	4	4	2	
Land Hessen	233 788	32,3	20,0	55,9	36,2	- 3,9	39	17	150	134	65	33	14	7	6	
davon																
kreisfreie Städte	91 334	38,5	21,7	54,8	32,8	- 3,5	67	-	-	-	-	2	-	3		
Landkreise	142 454	28,3	18,9	56,6	38,4	- 4,1	30	17	150	134	65	33	12	7	3	

1) Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt. - 2) Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt am Jahresende auf 1000 Einwohner am 30.6.2000. - 3) Gegenüber dem Vorjahr

Anders sieht das bei den Anteilen der arbeitslos gemeldeten HLU-Empfänger aus, bei denen beträchtliche Differenzen oft sogar in direkt benachbarten Gebieten festzustellen sind. Die niedrigsten Werte wurden hierbei mit jeweils rund 12 % für den Rheingau-Taunus-Kreis und den Landkreis Bergstraße ermittelt. Von den südhessischen Landkreisen kamen demgegenüber nur der Odenwaldkreis und der Wetteraukreis auf Werte von etwas über 20 %, die von allen mittelhessischen Kreisen, mit Ausnahme des Landkreises Limburg-Weilburg, nochmals deutlich übertroffen wurden. In diesem Bereich bewegten sich ansonsten nur noch die Städte Offenbach am Main, Wiesbaden und Kassel sowie der Landkreis Fulda.

Zwei Drittel der Empfänger auf zwei Fünftel der Einwohner konzentriert

Wie die einzelnen Landkreise von den Durchschnittswerten auf Landesebene nach oben oder unten abweichen, so erge-

ben sich auch auf der Ebene darunter, also für die einzelnen Gemeinden zum Teil erhebliche Unterschiede. Hier soll nur kurz auf die Gesamtbelastung mit HLU-Empfängern auf dieser Ebene eingegangen werden, weil sie eventuell Anstöße dazu geben kann, besondere regionale Gegebenheiten etwas näher unter die Lupe zu nehmen, als es hier möglich ist. Dafür sind in der Regel ohnehin Zusatzkenntnisse der jeweiligen örtlichen Verhältnisse erforderlich, wie z. B. über die Unterbringung von Spätaussiedlern, über Firmenschließungen mit größeren Arbeitsplatzverlusten oder generell über den Abbau von Arbeitsplätzen.

Nur in 60 der 426 hessischen Gemeinden, also gerade einmal in 14 %, war die Zahl der HLU-Empfänger auf 1000 Einwohner höher als im Landesdurchschnitt, d. h. in einer Größenordnung von 40 aufwärts. Auf diese Städte und Gemeinden konzentrierten sich jedoch bei einem Bevölkerungsanteil von zwei Fünfteln aller hessischen Einwohner fast zwei Drittel aller Empfänger. Neben den zuvor bereits erwähnten

91 300 in den fünf kreisfreien Städten kamen noch weitere 56 500 aus anderen Städten und Gemeinden dazu, die meist über 10 000 Einwohner hatten (lediglich 18 davon hatten weniger als 10 000 Einwohner). Von ihnen fielen in die Kategorie mit über 70 HLU-Empfängern auf 1000 Einwohner, also wie die am stärksten belasteten kreisfreien Städte, die Kreisstadt Gießen im gleichnamigen Landkreis, die Stadt Dietzenbach im Landkreis Offenbach sowie die frühere Kreisstadt Hofgeismar im heutigen Landkreis Kassel.

Die große Mehrzahl der Gemeinden lag dagegen bei der Empfängerichte unter dem Landesdurchschnitt; darunter befanden sich 17 meist kleinere Gemeinden mit weniger als 10 HLU-Empfängern auf 1000 Einwohner. Am häufigsten waren die Größenordnungen von 10 bis unter 20 bzw. von 20 bis unter 30 HLU-Empfängern, und zwar zusammen in genau zwei Dritteln der Gemeinden. Auch bei dieser Messzahl je Gemeinde war ein Nord-Süd-Gefälle festzustellen (vgl. Karte auf Seite 343).

Keine Patentrezepte

Die vorgelegten und kommentierten Daten dürften wohl zeigen, dass es bei der Komplexität der Materie und bei der Vielzahl von Besonderheiten im Einzelfall schwer sein dürfte, allgemein gültige und schnell wirksame Patentrezepte zur Verbesserung der gegenwärtigen Situation zu finden. Festzuhalten bleibt dabei, dass in Hessen die Zahl der Sozialhilfeempfänger seit 1997 — von einem zweifellos hohen Niveau — ohnehin schon um fast 30 000 Personen zurückgegangen ist. Die Anstrengungen zu weiteren Senkungen werden nur dann Erfolg haben, wenn dafür Konzepte gefunden werden, die den verschiedenen gelagerten Einzelschicksalen gerecht werden, was sicher für die Mitarbeiter der Sozialämter nicht selten mit zusätzlichem Aufwand verbunden sein wird. Auch finanzielle Mehrbelastungen — nicht nur der Sozialhilfeträger, sondern ebenso anderer öffentlicher Kassen — sind zumindest vorübergehend bei derartigen gezielten Maßnahmen nicht auszuschließen. □

Beiträge zur Statistik Hessens

Nr.	Titel (G – mit Gemeindeergebnissen, K – Kreisergebnissen)	Umfang (Seiten)	Bezugs- preis (DM)
320	Die Industrie in den hessischen Stadt- und Landkreisen 1995 (K)	128	16,00
321	Die Kommunalwahlen am 2. März 1997 (G)	236	20,00
322	Regionalergebnisse für das Bauhauptgewerbe in Hessen 1979 bis 1994	258	20,00
323	Die Produktion des Verarbeitenden Gewerbes in Hessen 1995 und 1996	119	12,00
324	Die hessische Ausfuhr 1995	139	16,00
325	Die Einfuhr nach Hessen 1995	108	12,00
326	Die Industrie in den hessischen Stadt- und Landkreisen 1996 (K)	72	16,00
327	Straßenverkehrsunfälle in Hessen 1997 (K)	135	16,00
328	Die Umsätze und ihre Besteuerung in Hessen 1996 (K)	238	20,00
329	Öffentliche Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung in Hessen 1975 bis 1995 (K)	116	12,00
330	Die Produktion des Verarbeitenden Gewerbes in Hessen 1996 und 1997	117	12,00
331	Die hessische Ausfuhr 1996	139	16,00
332	Die Einfuhr nach Hessen 1996	108	12,00
333	Die Wahl zum Hessischen Landtag am 7. Februar 1999 (G)	227	20,00
334	Straßenverkehrsunfälle in Hessen 1998 (K)	135	16,00
335	Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1995	240	20,00
336	Die Produktion des Verarbeitenden Gewerbes in Hessen 1997 und 1998	116	12,00
337	Die Industrie in den hessischen Stadt- und Landkreisen 1997	77	20,00
338	Die Umsätze und ihre Besteuerung in Hessen 1997 (K)	240	24,00
339	Die hessische Ausfuhr 1997	138	20,00
340	Die Einfuhr nach Hessen 1997	109	16,00
341	Europawahl 1999 — Die Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments in Hessen am 13. Juni 1999 (G)	126	16,00
342	Die Wahl zum 14. Deutschen Bundestag in Hessen am 27. September 1998	221	24,00
343	Die Industrie in den hessischen Stadt- und Landkreisen 1998	90	12,00
344	Beherbergungskapazität in Hessen 1999 (G)	201	24,00
345	Die Umsätze und ihre Besteuerung in Hessen 1998 (K)	166	20,00
346	Indizes des Auftragseingangs und des Umsatzes im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen 1995 bis 1999	321	26,00
347	Straßenverkehrsunfälle in Hessen 1999 (K)	135	20,00
348	Gewerbsteuer in Hessen 1995 (G)	86	12,00
349	Die hessische Ausfuhr 1998	138	20,00
350	Die Einfuhr nach Hessen 1998	111	16,00
351	Die Produktion des Verarbeitenden Gewerbes in Hessen 1998 und 1999	39	10,00
352	Die Industrie in den hessischen Stadt- und Landkreisen 1999	93	12,00
353	Die veranlagten Einkommen in Hessen 1995 (G)	136	20,00
354	Straßenverkehrsunfälle in Hessen 2000 (K)	135	20,00
355	Die Umsätze und ihre Besteuerung in Hessen 1999 (K)	166	20,00
356	Die Kommunalwahlen am 18. März 2001 (G)	288	24,00

Herausgegeben vom Hessischen Statistischen Landesamt · 65175 Wiesbaden

Ökologischer Landbau in Hessen 1999

Im folgenden Beitrag wird auf den Umfang und die Struktur der in Hessen gemäß der Verordnung der Europäischen Kommission (EWG Nr. 2092/91 des Rates vom 24.06.1991 — „Öko-Verordnung“) wirtschaftenden Betriebe eingegangen¹⁾. Datengrundlage bilden die Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 1999. Hier wurde erstmalig erhoben, ob Betriebe einem Kontrollverfahren gemäß der Öko-Verordnung unterliegen. Dabei ist eine streng definitorische Abgrenzung des ökologischen Landbaus zum konventionellen Landbau, wie er im Folgenden angewandt wird, eigentlich nicht möglich. Lediglich besondere Merkmale des Öko-Landbaus lassen sich nennen: Dies sind beispielsweise das Verbot des Einsatzes von chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmitteln, oder das Verbot der Verwendung von leicht löslichen mineralischen Düngemitteln. Im Bereich der tierischen Produktion ist besonders der streng an die Fläche gebundene Viehbesatz zu nennen. Insgesamt sollen die Betriebe des ökologischen Landbaus möglichst geschlossene innerbetriebliche Kreisläufe bilden, sodass die Futter- und Nährstoffgrundlagen aus dem eigenen Betrieb stammen. Die Bewirtschaftungsauflagen, die mit der o. g. Verordnung verbunden sind, sind i. d. R. weniger streng als die der nationalen Verbände des ökologischen Landbaus. Während die meisten Verbände die Umstellung des gesamten Betriebes auf den ökologischen Landbau vorsehen, besteht nach der Öko-Verordnung die Möglichkeit, auch nur einen Produktionsbereich des landwirtschaftlichen Betriebes nach diesen Regeln zu bewirtschaften. Auf Grund der damaligen Rechtssituation kann daher bei den folgenden Auswertungen nicht davon ausgegangen werden, dass Betriebe, die einem Kontrollverfahren nach EG VO 2092/91 unterlagen, auch alle Teilbereiche ihres Betriebes umgestellt hatten. Bei den nachstehenden Aussagen wird jedoch die Prämisse verwandt, dass dies der Fall war. Zum Erfassungsbereich dieser Zählung gehörten alle Betriebe mit mindestens 2 ha LF oder entsprechenden Erzeugungseinheiten²⁾. Dabei ist besonders hervorzuheben, dass zum Zeitpunkt der Erhebung in Hessen sowohl mehr Fläche ökologisch bewirtschaftet wurde als auch mehr Betriebe ökologisch wirtschafteten als im Bundesdurchschnitt. Die dabei überwiegend als Futterbaubetriebe ausgerichteten Öko-Betriebe hatten gleichzeitig eine größere Flächenausstattung als konventionelle Betriebe. Ökologisch bewirtschaftete Flächen wurden insbesondere in den Regierungsbezirken Kassel und Gießen gezählt.

In Hessen wirtschafteten mehr Betriebe ökologisch als im Bundesdurchschnitt

Zum Zeitpunkt der Landwirtschaftszählung im Mai 1999 gab es in Hessen von insgesamt 29 700 landwirtschaftlichen Betrieben 1200 Betriebe, die gemäß der EG-Öko-Verordnung wirtschafteten. Dies entsprach rund 4,1 % aller Betriebe. Zu-

sammen bearbeiteten die Öko-Betriebe 43 100 ha, was wiederum 5,6 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) in Hessen entsprach. Demgegenüber wurden Ende 1999 in Deutschland 452 000 ha LF von 10 400 Betrieben nach den EU-weiten Regelungen des ökologischen Landbaus bewirtschaftet. Der Bundesdurchschnitt lag damit zum Jahresende 1999, laut Agrarbericht der Bundesregierung 2001, bei rund 2,4 % der landwirtschaftlichen Betriebe und rund 2,6 % der bewirtschafteten LF³⁾.

Öko-Betriebe bewirtschaften mehr Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche je Betrieb

Die hessischen Öko-Landwirte besaßen mit durchschnittlich 35 ha je Betrieb in der Regel eine um 10 ha größere Flächenausstattung als ihre konventionell wirtschaftenden Kollegen. Differenziert nach Haupt- und Nebenerwerbsbetrieben sowie juristischen Personen sind folgende Unterschiede auszumachen: Haupteinwerbsbetriebe des Öko-Landbaus waren im Durchschnitt gut 59 ha groß und somit gut 10 ha größer als die konventionellen Haupteinwerbsbetriebe der Rechtsform Einzelunternehmen. Bei den Nebenerwerbsbetrieben wurden im ökologischen Landbau je Betrieb durchschnittlich 19 ha bewirtschaftet, bei den konventionellen Betrieben waren dies 13 ha pro Betrieb. Öko-Landbau-Betriebe, die als juristische Personen firmierten, verfügten über gut 91 ha und waren somit durchschnittlich um rund 42 ha größer als die konventionellen Betriebe dieser Rechtsform.

1) Es ist ein Kontrollverfahren vorgeschrieben. Die Einhaltung der Bestimmungen in der EG-Öko-Verordnung wird in Deutschland durch die von den Bundesländern zugelassenen Kontrollstellen gesichert. Gegenstand der Kontrolle, die mindestens einmal jährlich stattfindet, ist der Nachweis, auf welchen Flächen, in welchen Gebäuden und mit welchen Einrichtungen produziert wird. Die Betriebe sind ferner verpflichtet, alle Betriebsmittel und Erzeugnisse, die in die betriebliche Produktion eingehen, auf allen Verarbeitungsebenen genau zu erfassen und zu protokollieren. Die EG-Öko-Verordnung galt zum Zeitpunkt der Erhebung nur für pflanzliche Produkte und Lebensmittel, die im Wesentlichen aus pflanzlichen Zutaten landwirtschaftlichen Ursprungs bestehen. Bereits bei ihrer Verabschiedung im Jahr 1991 bestand die Absicht, zunächst Erfahrungen bei der Umsetzung der Verordnung im pflanzlichen Bereich zu sammeln, um sie dann zu einem späteren Zeitpunkt um Regeln für die Erzeugung tierischer Öko-Produkte zu ergänzen. Die Verordnung (EG) Nr. 1804/1999 des Rates zur Einbeziehung der tierischen Erzeugung in den Geltungsbereich der Verordnung (EWG) Nr. 2092/91 über den ökologischen Landbau und die entsprechende Kennzeichnung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und Lebensmittel wurde am 19. Juli 1999 im Agrarrat verabschiedet. Die Kernpunkte der Regelung betreffen beispielsweise die flächengebundene Tierhaltung oder ein generelles Verbot der Verwendung gentechnisch veränderter Organismen und auf deren Grundlage hergestellter Erzeugnisse bei Öko-Produkten. Die neue Verordnung gilt seit dem 24. August 2000.

2) Erzeugungseinheiten: Betriebe mit weniger als 2 ha LF aber mindestens
— jeweils 8 Rindern oder Schweinen oder
— zwanzig Schafen oder
— jeweils zweihundert Legehennen oder Junghennen oder Schlacht-, Masthähnchen, -hühnern oder sonstigen Hähnen oder Gänsen, Enten und Truthühnern oder

— 10 ha Waldfläche oder
— Sonderkulturen wie z. B. 30 Ar Rebland, Unterglasanlagen u. ä.

3) Agrarbericht der Bundesregierung.

Landwirtschaftliche Betriebe nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) in Hessen 1999

Betriebsgrößenklassen nach der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) von ... ha	Insgesamt		Art der Bewirtschaftung					
			konventionell wirtschaftende Betriebe			ökologisch wirtschaftende Betriebe		
	Betriebe	LF (in ha)	Betriebe		LF (in ha)	Betriebe		LF (in ha)
			Anzahl	%		Anzahl	%	
Bis unter 10	12 739	58 187	12 438	43,7	56 463	301	24,6	1 724
10 bis unter 30	8 783	160 057	8 319	29,2	151 420	464	37,9	8 637
30 bis unter 50	3 582	139 129	3 373	11,9	130 986	209	17,1	8 143
50 bis unter 100	3 391	235 048	3 223	11,3	223 236	168	13,7	11 812
100 bis unter 200	1 036	135 371	971	3,4	126 811	65	5,3	8 560
200 oder mehr	138	38 183	121	0,4	33 950	17	1,4	4 233
Insgesamt	29 669	765 976	28 445	100	722 867	1 224	100	43 107

Die Mehrzahl der Öko-Betriebe wirtschafteten in der Größenklasse von 10 bis unter 30 ha (38 %), die meiste Fläche wurde jedoch in der Größenklasse von 50 bis unter 100 ha (27 %) bewirtschaftet. Die Mehrzahl der konventionellen Betriebe (44 %) wirtschafteten in der Größenklasse bis unter 10 ha, aber auch hier wurde die meiste Fläche in der Größenklasse von 50 bis unter 100 ha (31 %) bewirtschaftet.

Konventionell und ökologisch wirtschaftende Haupterwerbsbetriebe waren bei der Rechtsform Einzelunternehmen jeweils mit einem knappen Drittel vertreten. Die Hofnachfolge, als ein Ausdruck der Zukunftserwartung, zeigt jedoch Unterschiede zwischen beiden Bewirtschaftungsformen. Von Betrieben, deren Inhaber über 45 Jahre alt waren, verfügten 28 % der konventionell wirtschaftenden Betriebe über einen Hofnachfolger, bei den Öko-Betrieben waren dies 33 %. Gleichwohl war die Flächenausstattung der Betriebe mit Hofnachfolger höher als im Durchschnitt der Betriebe insgesamt. Beide Bewirtschaftungsformen bewirtschafteten mit 33 ha (konventionell), bzw. 40 ha (ökologisch) jeweils über 9 ha mehr als der Durchschnitt der Betriebe mit einem über 45-jährigen Betriebsinhaber.

Öko-Betriebe waren mehrheitlich Futterbaubetriebe

Die Mehrzahl der ökologisch wirtschaftenden Betriebe waren mit 58 % bzw. 710 Betrieben Futterbaubetriebe, gefolgt von 24 % bzw. 290 Markfruchtbaubetrieben. Die Unterschiede zu den konventionellen Betrieben sind deutlich. Von den konventionell wirtschaftenden Betrieben waren 37 % bzw. 10 500 Betriebe Futterbaubetriebe und 41 % bzw. 11 700 Betriebe Markfruchtbaubetriebe. Die Spezialisierung auf Futterbau bei den ökologisch wirtschaftenden Betrieben wird auch an der Flächenausstattung der Betriebe sichtbar. Von der bewirtschafteten LF aller Öko-Betriebe waren 25 300 ha oder knapp 59 % Dauergrünland, im Gegensatz zu 246 000 ha oder 34 % bei konventionell wirtschaftenden Betrieben. Veredlung als Hauptbetriebszweig kam lediglich bei 1 % der Öko-Betriebe vor.

Mehr Rinder und deutlich weniger Schweine in den ökologisch wirtschaftenden Betrieben

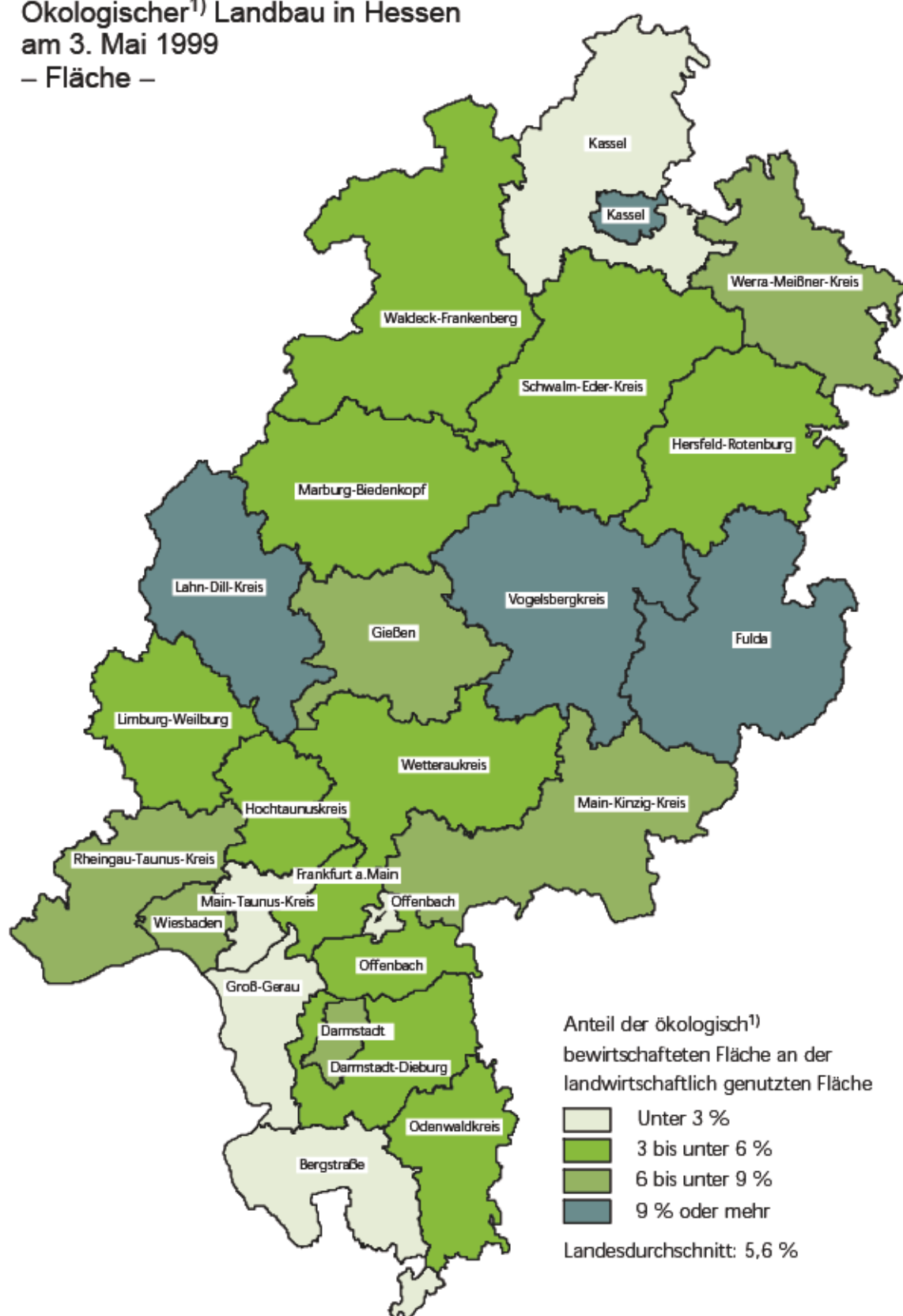
Das Verbot des Einsatzes von synthetischen Düngemitteln im ökologischen Landbau hatte zur Folge, dass in dieser Bewirtschaftungsform lediglich 11 % der Betriebe viehlos wirtschafteten. Im konventionellen Landbau waren dies knapp 20 %. Die flächengebundene Tierhaltung als Merkmal des ökologischen Landbaus spiegelte sich allerdings nicht in der Quote Großvieheinheiten je ha LF (GV je ha LF) wider⁴⁾. Die Öko-Betriebe hatten mit 0,737 GV je ha LF eine vergleichbare Besatzdichte wie die konventionellen Betriebe mit 0,733 GV je ha LF. Auf Grund ihrer höheren durchschnittlichen Betriebsgröße hielten die Betriebe des ökologischen Landbaus 29,3 GV je Betrieb, ihre konventionell wirtschaftenden Kollegen lediglich 23,2 GV je Betrieb.

Von den 22 870 konventionell wirtschaftenden Betrieben mit Viehhaltung hielten zum Zeitpunkt der Landwirtschaftszählung 14 170 Betriebe Rinder (darunter 7400 Betriebe mit Milchviehhaltung) und 14 560 Betriebe Schweine (darunter 3910 Betriebe mit Zuchtsauenhaltung). Von den ökologisch wirtschaftenden Betrieben hielten zum Zeitpunkt der Landwirtschaftszählung 1090 Betriebe Tiere. Darunter waren 830 rinderhaltende Betriebe (290 Betriebe mit Milchviehhaltung) und 470 Betriebe hielten Schweine (darunter 90 Betriebe mit Zuchtsauenhaltung). Der ökologisch wirtschaftende viehhaltende Betrieb hielt 1999 in Hessen durchschnittlich 43 Rinder bzw. 26 Milchkühe und/oder 29 Schweine bzw. 14 Zuchtsauen. Demgegenüber sind in den konventionell wirtschaftenden Betrieben deutlich mehr Schweine zu finden: Diese Bewirtschaftungsform hielt durchschnittlich 37 Rinder bzw. 23 Milchkühe und/oder 60 Schweine bzw. 21 Zuchtsauen je Betrieb.

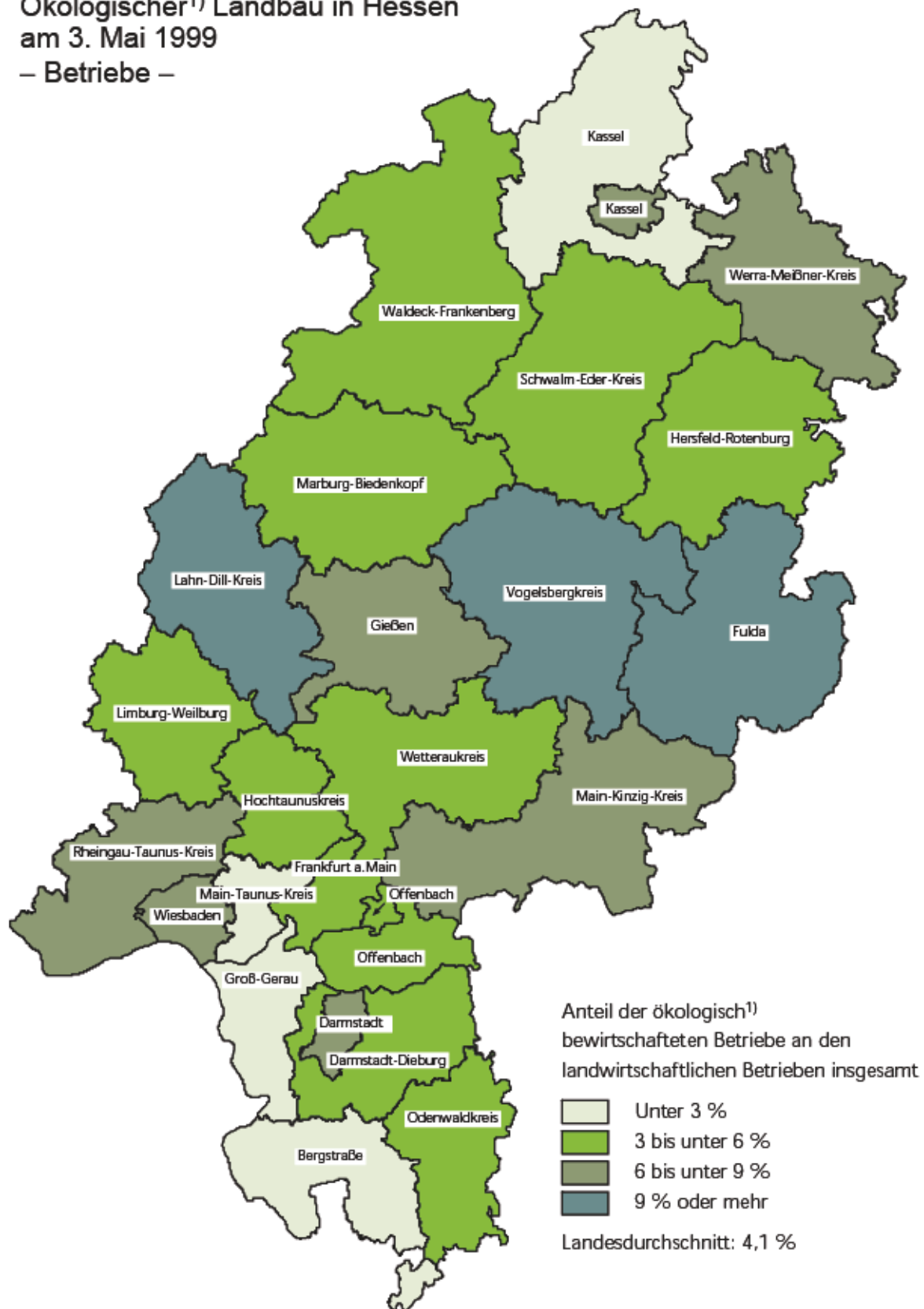
In der Struktur der viehhaltenden Betriebe sind erstaunlich wenig Unterschiede zwischen beiden Bewirtschaftungsformen auszumachen. Die jeweils meisten Tiere standen in Betrieben der Betriebsgrößenklasse zwischen 50 und 100 ha. Dies gilt sowohl für die Rinder- und Schweinehaltung allgemein als auch speziell für die Milchkuh- und Zuchtsauenhaltung.

4) Großvieheinheit: entspricht ca. 500 kg Lebendgewicht und dient als Umrechnungsschlüssel für verschiedene Tierarten. Vgl. „Viehhaltung in Hessen 1999“, Staat und Wirtschaft in Hessen, 56. Jahrgang, Heft 3, März 2001, Seite 85 ff.

Ökologischer¹⁾ Landbau in Hessen
am 3. Mai 1999
– Fläche –



Ökologischer¹⁾ Landbau in Hessen
am 3. Mai 1999
– Betriebe –

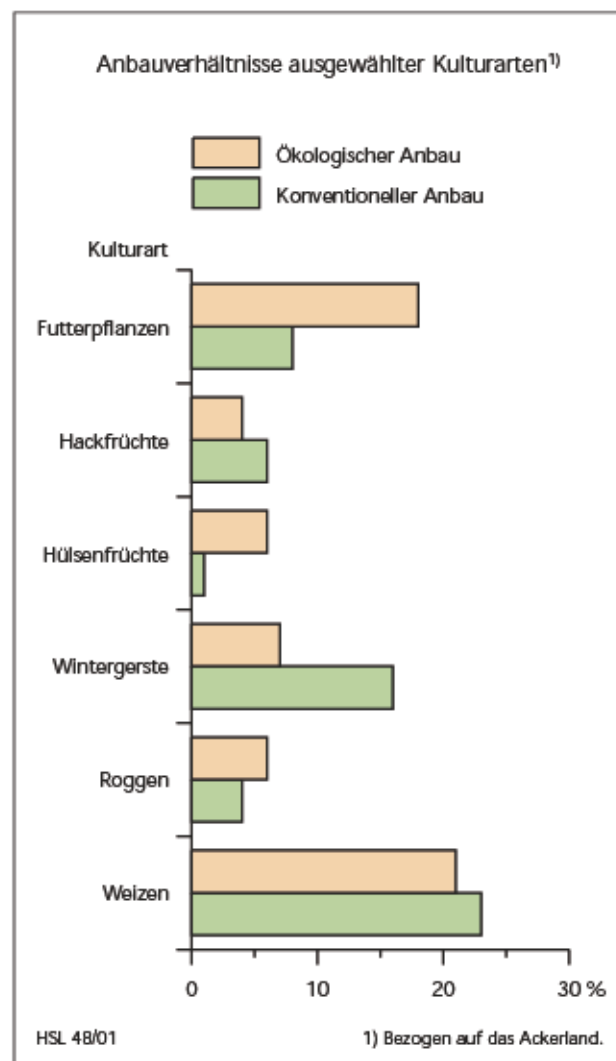


Landwirtschaftliche Betriebe und Tiere nach ausgewählten Tierarten und Art der Bewirtschaftung in Hessen 1999

Landw. genutzte Fläche von ... ha	Landw. Betriebe insgesamt	darunter landw. Betriebe mit Viehhaltung	darunter mit															
			Rindern			Schweinen			Milchkühen				Zuchtsauen					
			Betriebe	%	Tiere	%	Betriebe	%	Tiere	%	Betriebe	%	Tiere	%	Betriebe	%	Tiere	%
Ökologischer Landbau																		
Bis unter 10	301	230	130	15,6	1 033	2,9	114	24,1	779	5,6	20	6,9	65	0,9	7	8,0	39	3,1
10 bis unter 30	464	415	339	40,6	7 980	22,5	180	38,1	2 418	17,4	85	29,2	921	12,1	31	35,2	230	18,5
30 bis unter 50	209	202	163	19,5	7 335	20,7	76	16,1	2 578	18,6	74	25,4	1 615	21,2	17	19,3	309	24,9
50 bis unter 100	168	160	135	16,2	10 340	29,2	69	14,6	5 530	39,8	73	25,1	2 493	32,7	23	26,1	482	38,8
100 bis unter 200	65	64	53	6,4	5 783	16,3	29	6,1	1 837	13,2	29	10,0	1 695	22,2	7	8,0	112	9,0
200 oder mehr	17	15	14	1,7	2 983	8,4	5	1,1	739	5,3	10	3,4	838	11,0	3	3,4	71	5,7
insgesamt	1 224	1 086	834	100	35 454	100	473	100	13 881	100	291	100	7 627	100	88	100	1 243	100
Konventioneller Landbau																		
Bis unter 10	12 438	8 766	3 777	26,7	28 735	5,5	5 396	37,1	65 365	7,5	1 018	13,7	3 961	2,4	772	19,8	5 073	6,1
10 bis unter 30	8 319	7 204	5 121	36,1	116 692	22,2	4 929	33,9	187 256	21,5	2 472	33,4	28 123	16,7	1 638	41,9	22 510	27,0
30 bis unter 50	3 373	3 008	2 317	16,3	114 707	21,9	1 957	13,4	170 085	19,5	1 586	21,4	36 926	22,0	706	18,1	18 993	22,8
50 bis unter 100	3 223	2 948	2 273	16,0	181 988	34,7	1 771	12,2	293 683	33,8	1 802	24,3	68 016	40,5	644	16,5	27 322	32,8
100 bis unter 200	971	873	636	4,5	75 913	14,5	472	3,2	136 464	15,7	501	6,8	28 660	17,1	141	3,6	9 189	11,0
200 oder mehr	121	74	48	0,3	6 773	1,3	36	0,2	17 227	2,0	25	0,3	2 332	1,4	7	0,2	325	0,4
insgesamt	28 445	22 873	14 172	100	524 808	100	14 561	100	870 080	100	7 404	100	168 018	100	3 908	100	83 412	100

Mehr Kulturarten auf dem Ackerland

Der Öko-Landbau ist gekennzeichnet durch Fruchtfolgen mit mehr Kulturarten. Während typische Fruchtfolgen der konventionellen Betriebe einen Getreideanteil von 63 % aufwiesen (z. B. in einer Ackerbauregion Zuckerrüben—Winterweizen—Winterweizen oder Zuckerrüben—Winterweizen—Wintergerste) betrug der Getreideanteil beim Anbau auf dem Ackerland in ökologisch wirtschaftenden Betrieben 53 %. Gleichfalls war der Anbau von Zwischenfrüchten mit 7,5 % bzw. 5,3 % Gründüngung im Öko-Landbau gemessen am Anteil der Ackerfläche deutlich ausgeprägter als im konventionellen Landbau mit 3,1 % Zwischenfruchtanbau bzw. 2,1 % Gründüngung. Auf Grund des Verbots des Einsatzes von synthetischen Düngemitteln war der Anteil an Hülsenfrüchten und damit an natürlichen Stickstoffsammlern mit 6,2 % Anteil des Anbaus auf dem Ackerland fast fünfmal so hoch wie in konventionell wirtschaftenden Betrieben. Auch war der Anteil des Anbaus von Futterpflanzen mit 18 % mehr als doppelt so hoch wie in der konventionellen Bewirtschaftungsform. Demgegenüber war das Anbauverhältnis von Silomais umgekehrt. Während im konventionellen Landbau 6,2 % der Fläche bzw. 71 % der Hauptfutterflächen mit Silomais bestellt wurden, waren dies im Öko-Landbau rund 3 % der Fläche bzw. knapp ein Siebtel der Hauptfutterfläche.



Bodennutzung der landwirtschaftlichen Betriebe nach Art der Bewirtschaftung in Hessen 1999

Bodennutzung	Landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF)					
	insgesamt		konventionell bewirtschaftet		ökologisch bewirtschaftet	
	ha	%	ha	%	ha	%
Landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF)						
LF insgesamt	765 976	100	722 869	100	43 107	100
darunter						
Dauerkulturen	5 858	0,8	5 601	0,8	257	0,6
Dauergrünland	271 629	35,5	246 320	34,1	25 309	58,7
Ackerland	488 251	63,7	470 719	65,1	17 532	40,7
Ackerland						
Ackerland insgesamt	488 251	100	470 719	100	17 532	100
darunter						
Getreide ¹⁾	307 786	63,0	298 486	63,4	9 300	53,0
darunter ²⁾						
Weizen	130 868	26,8	127 115	27,0	3 753	21,4
Roggen	18 640	3,8	17 556	3,7	1 084	6,2
Wintergerste	75 953	15,6	74 710	15,9	1 243	7,1
Sommergerste	36 913	7,6	35 776	7,6	1 137	6,5
Hafer	22 253	4,6	21 153	4,5	1 100	6,3
Hülsenfrüchte	7 420	1,5	6 327	1,3	1 093	6,2
Hackfrüchte	27 578	5,6	26 870	5,7	708	4,0
darunter						
Kartoffeln	5 888	1,2	5 548	1,2	340	1,9
Zuckerrüben	20 579	4,2	20 251	4,3	328	1,9
Ölfrüchte	59 726	12,2	58 351	12,4	1 375	7,8
darunter						
Wintererbsen	53 714	11,0	52 916	11,2	798	4,6
Futterpflanzen	40 946	8,4	37 764	8,0	3 182	18,1
darunter						
Silomais	27 146	5,6	26 680	5,7	466	2,7
Stillgelegte Flächen einschl. sonstiger Brache	35 865	7,3	34 468	7,3	1 397	8,0

1) Einschl. Körnermais und Corn-Cob-Mix. - 2) Prozentuale Angaben bezogen auf das Ackerland.

Bei Getreide, der wichtigsten Kulturart in allen Anbauformen, dominierte im konventionellen Landbau eindeutig der Winterweizen, gefolgt von Wintergerste. Im Öko-Landbau dominierte ebenfalls der Anbau von Winterweizen. Wintergerste hatte auf Grund der weniger häufigen Schweinehaltung nur einen Anteil von 7 % gemessen an der Ackerfläche. Roggen, als traditionelles Brotgetreide, hatte allerdings einen höheren Anteil als im konventionellen Landbau.

Ökologischer Landbau war nicht arbeitsintensiver als konventioneller

Im Durchschnitt aller Betriebe wurden je vollbeschäftigter Person im konventionellen Betrieb 42,4 ha und im ökologischen Landbau 43,8 ha bewirtschaftet. Das Ergebnis auf Arbeitskrafteinheiten (AKE)⁵⁾ bezogen zeigt jedoch, dass je 100 ha LF im ökologischen Landbau 3,8 AKE und im konventionellen Betrieb 4,3 AKE, also eine halbe Arbeitskrafteinheit mehr je 100 ha LF, benötigt wurden. Im Regierungsbezirk Kassel war der Arbeitskraftbedarf mit jeweils 3,6 AKE je 100 ha LF

identisch, während im Regierungsbezirk Gießen im ökologischen Landbau mit 2,6 AKE je 100 ha LF mehr als eine AKE weniger benötigt wurde als im konventionellen mit 3,7 AKE je 100 ha LF. Anders ist das Verhältnis im Regierungsbezirk Darmstadt. Mit 6,1 AKE je 100 ha LF wurden mehr Arbeitskräfte im ökologischen Landbau eingesetzt als im konventionellen mit 5,8 AKE je 100 ha LF.

Ökologischer Landbau am stärksten im Lahn-Dill-Kreis vertreten

Der Öko-Landbau war am stärksten im Lahn-Dill-Kreis vertreten. Rund 18 % der LF wurden hier von rund 10 % der Betriebe im Sinne der Verordnung bewirtschaftet. Es folgten bei den Flächenkreisen der Vogelsbergkreis mit einem Anteil von 9,9 % der LF und 6,7 % der Betriebe sowie der Landkreis Fulda mit einem Anteil von 9,6 % der LF und 8,0 % der Betriebe. Absolut gesehen hatte der Öko-Landbau mit 17 150 ha LF im Regierungsbezirk Kassel die höchste Verbreitung, dicht gefolgt vom Regierungsbezirk Gießen mit 16 400 ha LF. Mit 6400 ha wurden im Vogelsbergkreis bereits zwei Drittel der ökologisch bewirtschafteten Fläche des Regierungsbezirkes Darmstadt (9600 ha LF) ermittelt. □

5) Arbeitskrafteinheit: Eine Arbeitskrafteinheit ist die Arbeitsleistung einer voll leistungsfähigen Person, die das ganze Jahr mit betrieblichen Arbeiten vollbeschäftigt ist.

● Nach ersten Ergebnissen der *Einzelhandelsstatistik* stiegen die Umsätze der in Hessen tätigen Einzelhändler in den ersten acht Monaten des Jahres 2001 gegenüber dem gleichen Zeitraum des Jahres 2000 nur geringfügig an. Nach Ausschaltung der Preisveränderungen war dies ein reales Minus von etwas über 1 %. Beim Einzelhandel im engeren Sinn, das heißt ohne Kraftfahrzeughandel und Tankstellen, war die Lage nicht besser. Mehr in seinen Kassen hatte weiterhin der Bereich „Apotheken, Sanitätshäuser, Drogerien und Parfümerien“ (nominal + 8 und real + 7 %). Die vom Umsatzanteil her bedeutendste Branche, der Einzelhandel mit Waren verschiedener Art — hierzu zählen beispielsweise die Supermärkte und Kaufhäuser —, hatte im Vergleich zum Vorjahr nominal 2 % mehr Umsatz; real war dies aber ein Minus von 0,5 %. Weiterhin im Minus befand sich der Bereich „Kraftfahrzeughandel und Tankstellen“. Von der Kaufzurückhaltung besonders betroffen war der Facheinzelhandel. Dort gingen die Umsätze im Vergleichszeitraum nominal um knapp 4 und real um annähernd 5 % zurück.

● In Hessen verlief die Entwicklung der *Unternehmensinsolvenzen* im ersten Halbjahr 2001 günstiger als im Bund. So wurden in Deutschland insgesamt rund 16 200 Insolvenzfälle von Unternehmen (einschl. Kleingewerbe) gezählt, 19 % mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Dagegen waren für Hessen im ersten Halbjahr 2001 lediglich 964 Unternehmensinsolvenzen zu verzeichnen, 11 mehr als im ersten Halbjahr 2000. Diese moderate Zunahme entspricht einer relativen Steigerung um gerade 1 %. Auch im Jahr 2000 hatte Hessen mit einer Abnahme der Unternehmensinsolvenzen gegenüber dem Jahr 1999 um 1,6 % — zusammen mit Thüringen — die günstigste Entwicklung vorzuweisen. So wurden in Hessen im Jahr 2000 lediglich 1835 Unternehmensinsolvenzen durch die Insolvenzgerichte gemeldet, 29 weniger als im Jahr 1999. Dagegen hatten die Unternehmensinsolvenzen in Deutschland im vergangenen Jahr um fast 7 % gegenüber 1999 auf rund 28 200 zugenommen.

● Der im Jahresvergleich gemessene Anstieg der Verbraucherpreise hat weiter nachgelassen. Der *Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte* war in Hessen im Oktober nur noch um 1,7 % höher als ein Jahr zuvor. Im September hatte die entsprechende Rate noch 1,9 % und im August 2,3 % betragen. Entscheidend für den nochmaligen Rückgang der Jahreststeuerung war die Entwicklung der Heizöl- und Kraftstoffpreise. Heizöl war im Oktober um 21,9 % und Kraftstoffe waren um 7,2 % billiger als ein Jahr zuvor. Die Kraftstoffpreise erreichten damit den niedrigsten Stand seit Dezember 1999. Ohne Berücksichtigung von Heizöl und Kraftstoffen wäre die Gesamtlebenshaltung im Oktober um 2,4 % teurer gewesen als ein Jahr zuvor. Für Gas ging der Preisauftrieb stark zurück. Im Oktober war es noch um 9,1 % (nach 17,2 % im September) teurer als ein Jahr zuvor. Bei den Umlagen für Zentralheizung und Warmwasser sank die Jah-

reststeuerung von 23,1 % im September auf 17,7 % im Oktober. Im kurzfristigen Vergleich gingen die Verbraucherpreise von September auf Oktober um 0,5 % zurück. Das war der stärkste Preisrückgang binnen Monatsfrist seit Beginn der Preisindexberechnungen im Jahr 1968. Auch hier spielten Heizöl und Kraftstoffe eine besondere Rolle. Im Oktober waren Kraftstoffe um 6,7 % und Heizöl um 13,6 % billiger als im Vormonat. Aber auch für Obst gingen die Preise binnen Monatsfrist um 2,1 %, für Gas um 2,5 % und für Kartoffeln um 3,1 % zurück.

● In den ersten acht Monaten des Jahres 2001 zählten die *Beherbergungsbetriebe* mit neun oder mehr Betten in Hessen 6,5 Mill. Ankünfte und 17,4 Mill. Übernachtungen. Dies waren etwas über 1 % mehr Gäste und annähernd 2 % mehr Übernachtungen als im gleichen Zeitraum des Jahres 2000. Auch die hessischen Heilbäder blieben im Plus: Die Zahl der Ankünfte und Übernachtungen erhöhte sich im Vergleichszeitraum jeweils um fast 1 %. Insgesamt konnten die hessischen Heilbäder 841 000 Übernachtungsgäste begrüßen, die zusammen 5,2 Mill. Übernachtungen buchten. Auch die Vorsorge- und Reha-Kliniken verspüren wieder Rückenwind. In ihren Mauern nächtigten 126 000 Gäste (+ 1 %). Die Zahl der Übernachtungen stieg um gut 2 % auf 3 Millionen.

● Während in den ersten sieben Monaten dieses Jahres die Zahl der durch *Unfälle im Straßenverkehr* gestorbenen Personen rückläufig war, hat der August 2001 diese Entwicklung unterbrochen. In diesem Monat verloren 69 Menschen durch Verkehrsunfälle auf Hessens Straßen ihr Leben. Das waren 28 Getötete mehr als im August 2000. Damals wurde allerdings der bisher niedrigste August-Wert registriert. Insgesamt kam es in den ersten acht Monaten des Jahres 2001 auf Hessens Straßen zu 343 Todesfällen. Das waren 20 Getötete oder 6 % mehr als im gleichen Zeitraum des Jahres 2000. Neben den Getöteten wurden noch 23 800 Personen verletzt. Diese Zahl ging im Vergleichszeitraum geringfügig zurück. Dabei sank die Zahl der Schwerverletzten um knapp 7 % auf 4200, die der Leichtverletzten stieg dagegen um 1 % auf 19 600.

● Ausgewählte Daten über Bevölkerung und Wirtschaft in Hessen bietet das in seiner 22. Auflage erschienene *Faltblatt „Wir zählen was in Hessen – Das Land in Zahlen“*. Dieser vom Hessischen Statistischen Landesamt herausgegebene statistische Zahlenspiegel bietet wieder einen kleinen, interessanten Ausschnitt aus dem reichhaltigen Datenmaterial der amtlichen Statistik Hessens. Neben Daten aus dem Jahr 2000 über Bevölkerung, Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt, Unterricht und Bildung, Wirtschaft, Bautätigkeit, Verkehr, Wirtschaftskraft sowie öffentliche Finanzen sind auch Vergleichszahlen der Jahre 1998 und 1999 enthalten. Das Faltblatt wird vom Hessischen Statistischen Landesamt — auch in größeren Stückzahlen — kostenlos abgegeben. Es ist besonders zur Auslage an Stellen mit Publikumsverkehr geeignet. Anforderungen mit Mengenangaben richten Sie bitte an das Hessische Statistische Landesamt, Pressestelle, 65175 Wiesbaden.

Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen

Jahr Monat Vierteljahr	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾			Bauhauptgewerbe ³⁾		Einzelhandel	Preise	Arbeitsmarkt ⁷⁾				
	Volumenindex des Auftrags- einkommens ²⁾ 1995 = 100			Beschäftigte	Index des Auftrags- einkommens ⁴⁾ 1995 = 100	Beschäftigte	Index der Umsätze ⁵⁾ 1995 = 100	Preis- index für die Lebenshaltung ⁶⁾ 1995 = 100	Arbeitslose ⁸⁾	Arbeitslosen- quote ⁹⁾	Offene Stellen ¹⁰⁾	Kurz- arbeit (Personen) 10)
	Ins- gesamt	Inland	Ausland									
Grundzahlen ¹¹⁾												
1998 D	105,8	101,1	114,5	470 074	83,1	40 519	101,5	104,1	254 050	10,0	26 021	6 505
1999 D	98,6	92,9	109,2	464 707	86,6	37 865	102,8	105,0	239 257	9,4	30 650	6 396
2000 D	105,2	96,3	121,7	459 468	85,1	35 786	103,0	107,0	214 875	8,1	37 527	5 156
2000 2. Vj. D	104,5	95,8	120,4	458 422	96,6	35 820	103,8	106,6
Juli	100,4	93,9	112,3	460 138	102,4	35 806	98,3	107,4	213 256	8,0	39 929	3 096
August	105,4	102,7	110,5	462 039	74,6	35 922	100,9	107,3	206 753	7,7	38 512	4 486
September	112,9	101,3	134,4	461 887	110,6	35 878	100,4	107,8	201 102	7,5	38 139	4 924
3. Vj. D	106,2	99,3	119,1	461 355	95,9	35 869	99,2	107,5
Oktober	108,2	96,5	129,8	461 162	85,5	36 072	102,6	107,5	196 354	7,3	35 763	4 783
November	110,0	99,9	128,7	461 091	76,0	35 726	110,0	107,7	195 173	7,3	34 950	4 518
Dezember	99,5	90,2	116,7	459 084	76,3	34 930	116,5	107,6	200 261	7,5	35 012	4 523
4. Vj. D	105,9	95,5	125,1	460 446	79,3	35 576	109,7	107,6
2001 Januar	105,1	94,6	124,5	457 265	64,6	33 622	98,3	108,1	211 728	7,9	37 651	6 118
Februar	107,1	92,0	134,8	456 130	62,5	33 250	91,1	108,8	210 709	7,9	41 524	8 431
März	118,5	111,5	131,2	456 909	80,5	33 197	110,1	108,9	204 313	7,6	43 155	8 160
1. Vj. D	110,2	99,4	130,2	456 768	69,2	33 356	99,2	108,6
April	96,2	89,5	108,7	456 287	76,1	33 423	102,1	109,2	200 712	7,5	42 863	7 050
Mai	103,6	94,6	120,2	456 171	104,1	33 145	109,3	109,6	194 170	7,1	41 363	6 463
Juni	103,2	91,0	125,7	457 651	100,7	33 217	99,4	109,8	198 138	7,2	39 438	5 528
2. Vj. D	101,0	91,7	118,2	456 703	93,6	33 262	103,6	109,5
Juli	102,6	91,9	122,3	457 982	69,7	33 277	99,0	109,9	199 169	7,3	37 571	4 797
August	99,8	94,4	109,6	458 762	109,0	33 794	102,5	109,8	195 780	7,2	37 727	4 893
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in % ¹¹⁾												
1998 D	3,0	7,1	- 3,0	- 2,3	- 12,7	- 10,9	1,4	1,3	- 2,6	.	21,7	- 44,8
1999 D	- 6,8	- 8,1	- 4,6	- 1,1	4,2	- 6,5	1,3	0,9	- 5,8	.	17,8	- 1,7
2000 D	6,7	3,7	11,4	- 1,1	- 1,7	- 5,5	0,2	1,9	- 10,2	.	22,4	- 19,4
2000 2. Vj.	4,3	0,7	10,1	- 1,2	9,9	- 3,9	2,4	1,7
Juli	5,2	3,1	8,5	- 1,2	18,1	- 5,8	- 4,8	1,9	- 10,4	.	23,6	- 32,9
August	13,3	11,8	16,4	- 1,0	- 20,8	- 6,5	6,4	1,7	- 10,9	.	21,5	27,7
September	6,2	- 0,5	17,2	- 0,9	16,6	- 6,6	2,0	2,4	- 11,7	.	19,1	18,6
3. Vj.	8,1	4,6	14,1	- 1,1	1,4	- 6,6	1,1	2,0
Oktober	7,1	2,1	14,8	- 0,3	- 14,4	- 7,4	- 2,6	2,1	- 12,9	.	17,9	- 1,5
November	1,7	1,2	2,3	- 0,2	27,8	- 7,3	- 0,9	2,1	- 13,3	.	20,8	- 26,1
Dezember	5,4	3,0	9,2	- 0,2	- 15,7	- 7,6	- 6,0	1,8	- 12,8	.	15,3	3,9
4. Vj.	4,6	2,0	8,5	- 0,2	- 4,8	- 7,4	- 3,3	2,0
2001 Januar	12,9	14,4	11,1	- 0,1	25,6	- 7,3	6,1	1,9	- 11,4	.	16,6	7,1
Februar	5,4	0,3	12,4	- 0,3	1,7	- 7,2	- 5,4	2,3	- 10,9	.	12,2	21,9
März	0,4	2,5	- 2,9	- 0,2	- 14,2	- 6,6	- 0,7	2,2	- 10,7	.	9,2	27,0
1. Vj.	5,8	5,3	6,4	- 0,2	- 10,8	- 7,0	- 0,1	2,1
April	- 0,6	- 1,3	0,6	- 0,3	16,4	- 6,6	- 1,2	2,5	- 9,5	.	4,0	3,1
Mai	- 6,6	- 8,6	- 3,4	- 0,4	- 25,9	- 7,7	- 2,8	3,0	- 8,3	.	2,3	15,3
Juni	- 2,4	- 2,4	- 2,4	- 0,5	19,8	- 7,1	3,8	2,7	- 7,0	.	- 1,0	36,6
2. Vj.	- 3,3	- 4,3	- 1,8	- 0,4	- 3,1	- 7,1	- 0,2	2,7
Juli	2,2	- 2,1	8,9	- 0,5	- 31,9	- 7,1	2,8	2,3	- 6,6	.	- 5,9	54,9
August	- 5,3	- 8,1	- 0,8	- 0,7	46,1	- 5,9	1,6	2,3	- 5,3	.	- 2,0	9,1
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vormonat bzw. dem Vorquartal in % ¹¹⁾												
2000 2. Vj.	0,3	1,5	- 1,6	0,2	40,2	- 0,2	4,5	0,2
Juli	- 5,0	0,8	- 12,8	0,1	21,9	0,1	0,5	0,1	.	.	0,2	- 23,5
August	5,0	9,4	- 1,6	0,4	- 27,1	0,3	4,8	- 0,1	- 3,0	.	- 3,5	44,9
September	7,1	- 1,4	21,6	- 0,0	48,2	- 0,1	- 0,5	0,5	- 2,7	.	- 1,0	9,8
3. Vj.	1,6	3,7	- 1,1	0,6	- 0,7	0,1	- 4,4	0,8
Oktober	- 4,2	- 4,7	- 3,4	- 0,2	- 22,7	0,5	2,2	- 0,3	- 2,4	.	- 6,2	- 2,9
November	1,7	3,5	- 0,8	- 0,0	- 11,1	- 1,0	7,2	- 0,1	- 0,6	.	- 2,3	- 5,5
Dezember	- 9,5	- 9,7	- 9,3	- 0,4	0,3	- 2,2	5,9	- 0,1	2,6	.	0,2	0,1
4. Vj.	- 0,3	- 3,8	5,0	- 0,2	- 17,3	- 0,8	10,6	0,1
2001 Januar	5,6	4,9	6,7	- 0,4	- 15,3	- 3,7	- 17,3	0,5	5,7	.	7,5	35,3
Februar	1,9	- 2,7	8,3	- 0,2	- 3,3	- 1,1	- 5,4	0,6	- 0,5	.	10,3	37,8
März	10,6	21,2	- 2,7	- 0,2	28,7	- 0,2	20,9	0,1	- 3,0	.	3,9	- 3,2
1. Vj.	4,1	4,1	4,1	- 0,8	- 12,7	- 6,2	- 9,6	0,9
April	- 18,8	- 19,7	- 17,1	- 0,1	- 5,4	0,7	- 7,3	0,3	- 1,8	.	- 0,7	- 13,6
Mai	7,7	5,7	10,6	- 0,0	36,8	- 0,8	7,1	0,4	- 3,3	.	- 3,5	- 8,3
Juni	- 0,4	- 3,8	4,6	0,3	- 3,3	0,2	- 9,1	0,2	2,0	.	- 4,7	- 14,5
2. Vj.	- 8,3	- 7,7	- 9,2	- 0,0	35,3	- 0,3	4,4	0,8
Juli	- 0,6	1,0	- 2,7	0,1	- 30,8	0,2	- 0,4	0,1	0,5	.	- 4,7	- 13,2
August	- 2,7	2,7	- 10,4	1,0	56,4	1,6	3,5	- 0,1	- 1,7	.	0,4	2,0

1) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden, Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten. Wegen der Umstellung auf die neuen EU-Klassifikationen ab 1995 sind Vorjahresvergleiche nicht möglich. - 2) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. - 3) Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten. - 4) Wertindex. - 5) Ohne Mehrwertsteuer. - 6) Alle privaten Haushalte. - 7) Quelle: Landesarbeitsamt Hessen. - 8) Bei Monatswerten Stand am Monatsende. - 9) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. - 10) Bei Monatswerten Stand Monatsmitte. - 11) Gegenüber der letzten Ausgabe teilweise berichtigte Ergebnisse.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	1999	2000	2000				2001			
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März	
BEVÖLKERUNG											
* Bevölkerung am Monatsende ¹⁾	1000	6 042,8	6 058,3	6 051,5	6 051,4	6 051,8	6 068,1	6 068,3	
Natürliche Bevölkerungsbewegung:											
* Eheschließungen ²⁾	Anzahl	2 718	2 718	888	1 642	1 894	3 228	961	
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	*	5,4	5,4	1,7	3,4	3,7	6,3	1,9	
* Lebendgeborene ³⁾	*	4 916	4 901	3 271	4 860	4 722	6 207	3 697	
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	*	9,8	9,7	6,4	10,1	9,2	12,1	7,2	
* Gestorbene ⁴⁾ (ohne Totgeborene)	*	5 088	5 029	5 298	5 808	4 983	6 186	4 886	
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	*	10,1	10,0	10,3	12,1	9,7	12,0	9,5	
* darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene	*	22	21	24	29	14	30	20	
auf 1000 Lebendgeborene	*	4,5	4,4	7,3	6,0	3,0	4,8	5,4	
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	*	- 172	- 127	- 2 027	- 948	- 261	21	- 1 189	
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	*	- 0,4	- 0,3	- 3,9	- 2,0	- 0,5	0,0	- 2,3	
Wanderungen:											
* Zuzüge über die Landesgrenzen	Anzahl	14 164	14 134	12 974	11 980	13 357	11 624	14 937	
* darunter aus dem Ausland	*	6 186	6 178	5 399	5 444	5 881	4 777	6 550	
* Fortzüge über die Landesgrenzen	*	12 591	12 659	11 423	11 133	12 667	11 747	13 622	
* darunter in das Ausland	*	9 114	5 572	5 243	5 353	6 060	4 749	6 450	
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	*	1 574	1 474	1 551	847	690	- 123	1 315	
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁵⁾	*	19 091	18 349	18 062	16 473	18 364	18 254	19 598	
		1999	2000	2000			2001				
		Durchschnitt		Juli	August	Sept.	Juni	Juli	August	Sept.	
ARBEITSMARKT											
* Arbeitslose am Monatsende ⁶⁾	Anzahl	239 257	214 875	213 256	206 753	201 102	198 138	199 169	195 780	194 050	
* darunter Frauen	*	105 186	96 519	98 101	95 377	92 761	90 106	90 912	89 463	88 224	
Männer	*	134 071	118 356	115 155	111 376	108 341	108 032	108 257	106 317	105 826	
Ausländer	*	51 080	45 177	43 150	42 578	42 144	41 534	41 026	41 127	41 517	
Jugendliche unter 20 Jahren	*	5 747	5 442	6 243	6 072	5 481	5 631	5 987	5 736	5 251	
* Arbeitslosenquote ⁷⁾ insgesamt	%	9,4	8,1	8,0	7,7	7,5	7,2	7,3	7,2	7,1	
* darunter der Frauen	*	9,1	8,0	8,0	7,7	7,5	7,0	7,1	7,0	6,9	
Männer	*	9,6	8,3	8,0	7,7	7,5	7,4	7,4	7,3	7,3	
Ausländer	*	17,2	14,8	14,0	13,8	13,7	14,1	13,9	13,9	14,1	
Jugendlichen unter 20 Jahren	*	8,0	5,8	6,0	5,9	5,3	4,6	4,8	4,6	4,2	
* Offene Stellen am Monatsende ⁸⁾	Anzahl	30 650	37 527	39 929	38 512	38 139	39 438	37 571	37 727	36 289	
* Kurzarbeiter (Monatsmitte) ⁹⁾	*	6 396	5 156	3 096	4 486	4 924	5 528	4 797	4 893	5 838	
		1998	1999	1998			1999			2000	
		Durchschnitt ¹⁰⁾		Sept.	Dez.	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni	
* Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer am Arbeitsort insgesamt ¹¹⁾	1000	2 105,3	2 138,0	2 128,8	2 110,9	2 123,7	2 162,2	2 163,4	2 169,4	2 174,8	
* darunter Frauen	*	903,7	919,1	911,4	906,7	910,5	927,1	932,8	938,1	934,5	
Ausländer	*	226,6	220,8	229,6	226,0	216,8	221,3	220,1	220,9	223,2	
* Teilzeitbeschäftigte	*	310,0	309,3	310,9	315,1	301,4	306,2	313,3	318,7	321,6	
darunter Frauen	*	272,5	267,8	273,4	275,0	262,3	264,8	269,2	273,0	274,3	
darunter ausgew. Wirtschaftsabschnitte ⁹⁾ :											
* Bergbau	*	.	8,6	9,2	8,8	8,8	8,6	8,4	8,5	8,5	
* darunter Frauen	*	.	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9	
* Verarbeitendes Gewerbe	*	.	528,3	543,0	535,8	527,2	530,7	525,0	522,9	523,0	
* darunter Frauen	*	.	137,6	142,6	139,9	137,1	138,3	136,7	136,3	135,9	
* Energie- und Wasserversorgung	*	.	17,5	17,0	17,0	17,4	17,5	17,6	17,5	17,4	
* darunter Frauen	*	.	3,1	3,0	2,9	3,1	3,1	3,1	3,1	3,1	
* Baugewerbe	*	.	129,3	136,0	129,7	130,1	133,6	127,7	123,6	125,1	
* darunter Frauen	*	.	15,6	16,0	15,8	15,6	15,7	15,6	15,4	15,2	
* Handel- und Gastgewerbe	*	.	389,7	388,6	384,4	386,5	394,3	395,2	396,1	395,9	
* darunter Frauen	*	.	188,8	188,0	186,1	187,2	190,7	191,7	192,2	191,6	
* Verkehr- und Nachrichtenübermittlung	*	.	147,9	144,2	144,1	146,4	148,0	152,7	155,4	158,3	
* darunter Frauen	*	.	49,1	47,8	47,8	48,3	49,0	50,8	51,8	52,6	
* Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	*	.	140,8	139,3	138,9	139,0	142,4	142,6	143,8	143,8	
* darunter Frauen	*	.	69,1	68,7	68,4	68,2	69,8	69,9	70,5	70,4	
* Grundstückswesen, Vermietung, Dienstleistungen für Unternehmen	*	.	271,0	249,2	250,9	267,0	279,2	284,3	291,9	298,3	
* darunter Frauen	*	.	120,7	111,1	111,5	119,0	124,1	126,3	129,7	131,5	
* öffentliche Verwaltung u. ä.	*	.	128,6	130,7	130,3	128,3	128,7	128,2	127,4	125,0	
* darunter Frauen	*	.	73,9	74,9	74,9	73,5	73,8	73,7	73,3	71,4	
* öffentliche und private Dienstleistungen (ohne öffentl. Verwaltung)	*	.	362,0	356,6	358,0	358,0	363,8	368,1	368,2	364,8	
* darunter Frauen	*	.	256,5	254,2	254,8	253,5	257,5	260,3	260,8	257,9	

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Fortschreibungsergebnisse auf der Basis der Bevölkerungsfeststellung vom 25. Mai 1987 (Volkszählung). - 2) Nach dem Ereignisort. - 3) Nach der alleinigen oder der Hauptwohnung der Mutter. - 4) Nach der alleinigen oder Hauptwohnung des Verstorbenen. - 5) Ohne Innerhalb der Gemeinden Umgezogene. - 6) Quelle: Landesarbeitsamt Hessen. - 7) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. - 8) Einschl. Land- und Forstwirtschaft, Fischerei. Quelle: Bundesanstalt für Arbeit. - 9) Auf Grund der Einführung der neuen Wirtschaftszweigsystematik (WZ 93) ist die Vergleichbarkeit mit früheren Erhebungen nicht gewährleistet. - 10) Durchschnitt für die Monate März, Juni, September und Dezember. - 11) Ein Nachweis in wirtschaftsfachlicher Gliederung ist auf Grund von Strukturverschiebungen zur Zeit nicht möglich.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1999	2000	2000			2001			
		Durchschnitt		Jun	Juli	August	Mai	Jun	Juli	August
LANDWIRTSCHAFT										
Schlachtungen ¹⁾ :										
Rinder	Anzahl	8 088	7 302	5 674	5 692	6 235	4 317	6 625	4 332	5 574
Kälber	"	341	350	330	310	306	167	168	96	139
Schweine	"	108 303	102 959	98 336	105 056	95 380	95 692	90 824	89 554	91 134
darunter hausgeschlachtet	"	9 044	7 765	4 634	3 841	2 500	4 357	3 710	2 631	2 851
Schlachtmengen ²⁾ :										
* Gesamtschlachtgewicht	Tonnen	11 653	11 148	11 010	11 406	10 818	10 320	10 684	9 812	10 373
darunter von										
* Rindern	"	2 207	2 032	1 747	1 772	1 941	1 239	2 040	1 317	1 696
* Kälbern	"	30	33	18	31	33	13	17	9	12
* Schweinen	"	9 099	8 686	8 805	9 201	8 464	8 422	8 022	7 973	8 057
Geflügel:										
* Erzeugte Konsumier ³⁾	1000 St.	30 668	31 856	31 610	30 877	27 954	34 794	32 422	31 472	28 952
Milcherzeugung:										
Kuhmilcherzeugung	Tonnen	87 211	84 688	87 152	87 702	83 568	95 793	94 249	93 055	89 129
* darunter an Molkereien u. Händler geliefert	"	82 275	80 642	83 697	84 132	79 997	92 030	90 019	88 685	84 759
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	16,4	15,8	16,5	16,1	15,3	19,5	19,9	19,0	18,2
VERARBEITENDES GEWERBE ⁴⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	464,4	459,5	459,7	460,1	462,0	456,2	457,7	458,0	458,8
darunter Arbeiter (einschl. gewerbli. Azubi.)	"	275,0	271,1	271,5	272,8	273,1	269,0	270,2	270,8	270,5
* Geleistete Arbeitsstunden	"	35 589	34 952	33 347	31 658	36 015	35 706	33 080	31 546	35 280
* Brutto Lohnsumme	Mill. DM	1 285,7	1 292,4	1 319,1	1 271,7	1 274,3	1 393,8	1 341,4	1 298,6	1 281,9
* Bruttogehaltssumme	"	1 424,5	1 446,6	1 505,4	1 365,4	1 348,7	1 554,2	1 490,3	1 409,1	1 371,8
* Gesamtumsatz (ohne MwSt.)	"	12 763,0	13 425,7	13 528,6	12 313,0	12 982,9	14 063,8	13 680,0	13 123,5	13 490,7
* darunter Auslandsumsatz	"	4 278,5	5 016,1	5 011,4	4 564,4	4 612,5	5 208,2	5 257,0	4 909,1	4 786,4
Exportquote ⁵⁾	%	33,5	37,4	37,0	37,1	35,5	37,0	38,4	37,4	35,5
Index der Nettoproduktion insgesamt ⁶⁾										
Insgesamt	1991 = 100
darunter										
Vorleistungsgüterproduzenten	"
Investitionsgüterproduzenten	"
Gebrauchsgüterproduzenten	"
Verbrauchsgüterproduzenten	"
Index der Nettoproduktion im Verarbeitenden Gewerbe ⁷⁾										
Insgesamt	1991 = 100
darunter										
Chemische Industrie	"
Maschinenbau	"
Fahrzeugbau	"
Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik usw.	"
Volumenindex des Auftragseingangs ⁷⁾										
Insgesamt	1995 = 100 % ⁸⁾	- 6,8	6,7	2,8	5,2	13,3	- 6,6	- 2,4	2,2	- 5,3
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	"	- 1,9	5,6	- 0,3	2,7	10,2	- 7,0	- 3,3	- 0,2	- 0,4
Investitionsgüterproduzenten	"	- 14,3	9,2	4,8	10,6	24,4	- 9,3	- 6,0	7,2	- 18,1
Gebrauchsgüterproduzenten	"	- 8,8	10,5	- 1,1	21,7	9,2	5,0	- 6,6	- 17,9	- 6,5
Verbrauchsgüterproduzenten	"	- 1,2	2,9	18,8	- 3,2	- 4,0	3,0	18,4	7,3	19,9
Volumenindex des Auftragseingangs nach ausgewählten Branchen:										
Chemische Industrie	% ⁸⁾	- 2,3	6,7	5,8	1,3	7,5	- 4,8	10,0	5,4	11,5
Maschinenbau	"	- 5,9	15,8	19,7	16,9	21,3	- 4,3	- 14,9	- 8,3	- 18,7
Kraftwagen und -teile	"	- 20,0	- 9,3	- 14,3	- 10,4	11,6	- 12,1	- 4,2	23,6	- 4,8
Herstellung von Metallserzeugnissen	"	- 1,4	5,5	- 3,1	13,8	8,4	- 6,2	- 0,1	- 8,1	- 12,1
ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	2 278,0	2 128,5	1 746,4	2 202,3	1 940,0
* Stromverbrauch ⁹⁾	"	2 714,2	2 895,0	2 481,3	2 556,1	2 720,5

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Gewerbliche und Hauschlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft. - 2) Gewerbliche Schlachtungen (ohne Geflügel); einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. - 3) in Betrieben ab 3000 Hennenhaltungsplätzen. - 4) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. - 5) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. - 6) Kalendermonatlich. - 7) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. - 8) Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Vorjahresmonat. - 9) Ohne Pumpstromverbrauch und ohne Übertragungsverluste; ohne Eigenverbrauch der Kraftwerke.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1999	2000	2000			2001			
		Durchschnitt		Junl	JulI	August	Mal	Junl	JulI	August
BAUGEWERBE										
Bauhauptgewerbe ¹⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	62,1	60,7	60,2	60,2	60,5	57,4	57,5	57,5	58,4
darunter										
Facharbeiter ²⁾	*	32,6	32,0	31,2	31,4	32,0	29,5	29,7	29,9	30,4
Fachwerker und Werker	*	9,8	9,5	10,3	10,4	9,7	9,0	9,0	9,1	9,2
gewerblich Auszubildende	*	3,1	2,9	2,7	2,6	2,9	2,7	2,5	2,4	2,8
* Geleistete Arbeitsstunden	*	5 923	5 756	5 656	5 619	6 595	6 041	5 500	5 603	6 334
darunter für den										
Wohnungsbau	*	2 262	2 214	2 173	2 087	2 437	2 239	2 052	2 069	2 381
gewerblichen und Industriellen Bau	*	1 812	1 716	1 638	1 720	1 900	1 740	1 547	1 613	1 811
öffentlichen und Verkehrsbau	*	1 817	1 798	1 821	1 780	2 228	2 009	1 858	1 897	2 099
* Bruttoleohnsumme ³⁾	Mill. DM	190,4	188,1	190,6	187,8	202,9	186,6	177,5	186,5	195,7
* Bruttogehaltsumme	*	80,9	78,2	83,3	76,3	75,2	71,6	80,4	72,8	72,6
Baugewerblicher Umsatz (ohne MwSt.)	*	1 039,2	1 001,1	1 035,0	1 001,2	1 056,9	1 006,3	1 096,8	1 048,1	1 089,2
* Index des Auftragsleistung ⁴⁾	1995 = 100	86,6	85,1	84,0	102,4	74,6	104,1	100,7	69,7	109,0
darunter										
Wohnungsbau	*	66,5	53,2	62,6	47,4	63,1	59,7	62,0	46,4	51,1
gewerblicher und Industrieller Bau	*	90,9	99,6	88,2	119,7	75,1	125,7	120,6	67,5	121,9
öffentlicher und Verkehrsbau	*	92,4	84,9	90,6	111,3	80,3	101,7	97,2	85,2	124,9
Ausbauwerke ⁵⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	25,2	24,6	24,5	.	.	.	23,7	.	.
* Geleistete Arbeitsstunden	*	7 316	7 148	7 023	.	.	.	6 787	.	.
Bruttoleohn- und -gehaltsumme	Mill. DM	330,5	337,4	333,5	.	.	.	328,2	.	.
* Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne MwSt.)	*	1 036,3	1 203,3	1 104,5	.	.	.	1 200,9	.	.
BAUGENEHMIGUNGEN										
* Wohngebäude (Neu- und Wiederaufbau) ⁶⁾	Anzahl	1 048	913	1 146	1 020	866	862	811	809	831
darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	*	932	818	1 031	910	765	759	694	723	731
* Umbauter Raum der Wohngebäude ⁶⁾	1000 m ³	1 151	1 021	1 193	1 079	969	1 037	1 145	924	977
* Wohnfläche in Wohngebäuden ⁶⁾	1000 m ²	213	188	227	201	172	187	210	170	178
* Veranschlagte reine Baukosten der Wohngebäude ⁷⁾	1000 DM	645 188	513 757	589 102	552 344	483 851	548 355	576 278	491 119	501 614
* Nichtwohngebäude (Neu- u. Wiederaufbau) ⁶⁾	Anzahl	271	245	282	263	257	214	225	185	226
* Umbauter Raum der Nichtwohngebäude ⁶⁾	1000 m ³	808	875	1 103	850	716	1 158	1 588	1 246	1 147
* Nutzfläche in Nichtwohngebäuden ⁶⁾	1000 m ²	190	186	279	206	163	212	264	174	214
* Veranschlagte reine Baukosten der Nichtwohngebäude ⁷⁾	1000 DM	348 572	415 718	809 361	382 461	427 323	461 527	547 885	363 193	434 235
* Wohnungen insgesamt ⁸⁾	Anzahl	2 278	1 968	2 343	2 107	1 909	2 092	2 255	1 790	1 955
* Wohnräume insgesamt ⁸⁾	*	11 744	10 306	12 148	11 261	9 971	10 666	10 702	9 018	9 883
EINZELHANDEL UND GASTGEWERBE										
Einzelhandel										
* Index der Umsätze ⁹⁾ - real	1995 = 100	100,8	99,9	93,1	93,4	97,6	104,2	94,5	94,0	97,4
* Index der Umsätze ⁹⁾ - nominal	*	102,8	103,0	95,8	96,3	100,9	109,3	99,4	99,0	102,5
darunter (Einzelhandel mit)										
Waren verschiedener Art ¹⁰⁾	*	115,7	111,2	111,8	108,7	112,1	125,7	115,5	114,5	109,7
Kraftfahrzeugen ¹¹⁾ ; Tankstellen	*	101,7	101,4	96,0	93,3	98,8	104,9	100,4	96,6	106,3
Apotheken ¹²⁾	*	118,4	126,0	123,9	118,0	128,8	137,3	131,3	128,0	140,0
Bekleidung	*	86,4	87,2	74,7	78,6	77,2	90,3	76,8	78,3	75,8
Möbeln, Einrichtungsgegenständen ¹³⁾	*	95,6	88,0	75,4	83,6	78,2	86,9	78,8	79,3	74,4
Metallwaren und Anstrichmitteln ¹⁴⁾	*	97,7	107,0	109,6	111,8	110,2	131,5	109,2	114,1	117,4
* Beschäftigte im Einzelhandel (Index)	*	90,7	87,3	86,7	86,3	86,9	85,7	85,5	85,7	86,9
Gastgewerbe										
* Index der Umsätze ⁹⁾ - real	1995 = 100	90,8	91,3	93,1	84,3	91,1	97,6	90,9	85,0	89,9
* Index der Umsätze ⁹⁾ - nominal	*	95,2	96,8	98,8	91,4	99,0	104,8	98,6	93,9	99,3
darunter										
Hotels, Gasthöfe, Pensionen, Hotels garnis	*	101,8	107,0	110,0	94,3	108,7	120,3	107,4	95,8	104,4
Restaurants, Cafés, Eisdielen, Imbissstellen	*	90,4	89,9	92,4	86,0	91,6	95,4	92,7	87,7	94,4
Kantinen und Caterer	*	105,6	107,8	104,8	114,1	115,7	111,2	113,0	121,6	118,7
* Beschäftigte im Gastgewerbe (Index)	*	88,2	84,6	85,3	85,2	85,0	86,5	85,8	85,5	87,0

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau. Nach der Totalerhebung hochgerechnete Ergebnisse. - 2) Einschl. Polieren und Meistern. - 3) Einschl. Entgelten für Poliere und Meister. - 4) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. - 5) Bauintallation und sonstiges Baugewerbe. Ab 1997 Vierteljahresergebnisse (März - 1. Vj., Juni - 2. Vj., usw.). Ergebnisse nach der neuen EU-Klassifikation liegen erst ab Januar 1996 vor. Vorjahresvergleiche sind nicht möglich. - 6) Ohne Gebäudetelle. - 7) Einschl. Gebäudetellen. - 8) In Wohn- und Nichtwohngebäuden; alle Baumaßnahmen. - 9) Ohne Umsatzsteuer; teilweise berichtigte Ergebnisse. - 10) Vor allem Warenhäuser, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte und Supermärkte. - 11) Sowie mit Kraftfahrzeugteilen und -zubehör. - 12) Sowie Drogerien und Einzelhandel mit mediz. nischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln. - 13) Sowie Hausrat. - 14) Sowie Bau- und Heimwerkerbedarf.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1999	2000	2000			2001			
		Durchschnitt		Juní	Juli	August	Mai	Juní	Juli	August
AUSSENHANDEL										
* Ausfuhr (Spezialhandel) insgesamt ¹⁾	Mill. DM	4 212,1	4 897,6	4 995,1	4 616,8	4 803,3	5 132,6	5 279,4	4 921,0	...
davon										
* Güter der Ernährungswirtschaft	*	104,7	117,6	138,2	129,9	123,6	96,8	143,9	87,6	...
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	*	4 107,4	4 780,0	4 856,8	4 486,9	4 679,8	5 035,8	5 135,5	4 833,4	...
davon										
* Rohstoffe	*	36,6	42,6	44,3	40,3	39,2	39,8	41,5	46,4	...
* Halbwaren	*	322,2	383,4	387,1	352,9	378,7	344,9	364,5	373,9	...
* Fertigwaren	*	3 748,5	4 354,0	4 425,5	4 093,8	4 261,8	4 651,0	4 729,6	4 413,1	...
davon										
* Vorerzeugnisse	*	745,9	922,3	956,3	935,9	900,7	981,9	913,9	954,1	...
* Enderzeugnisse	*	3 002,7	3 431,8	3 469,2	3 157,9	3 361,2	3 669,2	3 815,7	3 459,0	...
Unter den Fertigwaren waren										
chemische Erzeugnisse	*	1 047,3	1 293,5	1 344,0	1 205,9	1 216,4	1 446,7	1 295,9	1 354,6	...
Maschinen	*	666,2	739,8	746,4	697,8	765,8	704,1	860,8	805,8	...
Fahrzeuge	*	587,4	585,9	619,9	500,2	535,9	683,3	675,4	467,2	...
elektrotechnische Erzeugnisse	*	472,3	566,8	553,5	514,5	580,2	544,4	632,0	540,7	...
Eisen- und Metallwaren	*	302,8	382,4	386,3	429,4	365,3	441,7	422,2	456,0	...
Ausfuhr nach ausgew. Verbrauchsländern:										
* EU-Länder ²⁾	*	2 300,1	2 562,6	2 634,5	2 374,6	2 286,8	2 564,2	2 761,2	2 333,2	...
darunter										
Vereinigtes Königreich	*	364,3	365,9	348,3	375,5	357,4	399,0	419,9	336,1	...
Frankreich	*	417,0	479,9	501,3	407,4	417,4	506,4	501,7	479,1	...
Italien	*	298,8	370,8	408,9	339,3	257,8	329,4	371,9	328,8	...
Niederlande	*	266,7	285,4	271,8	249,7	253,8	274,0	317,9	249,5	...
Belgien	*	195,5	220,4	236,9	204,2	221,8	215,0	215,5	168,3	...
Luxemburg	*	25,8	22,1	19,0	18,1	17,6	18,0	17,4	23,1	...
Österreich	*	236,4	244,4	228,6	249,5	239,4	244,0	264,6	242,9	...
EFTA-Länder ³⁾	*	234,9	275,6	287,2	261,6	292,5	314,7	315,4	278,8	...
darunter										
Schweiz	*	199,1	240,0	248,9	230,5	256,9	269,5	256,3	239,3	...
Norwegen	*	32,5	30,9	31,6	26,7	31,1	41,6	50,7	35,2	...
USA	*	429,1	509,5	517,9	456,7	530,1	488,7	473,9	564,5	...
* Einfuhr (Generalhandel) insgesamt ¹⁾	*	7 173,5	8 764,2	8 716,0	8 355,7	7 903,5	9 254,7	8 288,7	7 678,2	...
davon										
* Güter der Ernährungswirtschaft	*	322,2	346,1	328,6	374,9	357,6	304,2	387,3	419,2	...
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	*	6 851,3	8 418,1	8 387,4	7 980,8	7 545,9	8 950,5	7 901,4	7 258,9	...
davon										
* Rohstoffe	*	77,0	102,5	114,0	104,2	97,8	71,6	130,1	84,7	...
* Halbwaren	*	699,3	790,5	682,6	675,7	719,6	939,9	976,8	800,7	...
* Fertigwaren	*	6 074,9	7 525,1	7 590,8	7 000,9	6 728,5	7 938,9	6 794,5	6 373,6	...
davon										
* Vorerzeugnisse	*	669,5	869,3	879,2	851,4	797,7	913,8	870,0	960,6	...
* Enderzeugnisse	*	5 405,5	6 655,8	6 711,6	6 149,5	5 930,9	7 025,1	5 924,5	5 413,0	...
* Einfuhr aus EU-Ländern ²⁾	*	3 372,3	4 049,7	3 857,1	3 859,1	3 327,4	5 076,7	4 260,1	3 927,6	...
FREMDENVERKEHR ⁴⁾										
* Gästeankünfte	1000	763	816	916	849	900	969	911	844	898
* darunter von Auslands Gästen	*	191	211	244	281	261	226	232	262	247
* Gästeübernachtungen	*	2 000	2 138	2 358	2 392	2 557	2 446	2 292	2 416	2 550
darunter von Auslands Gästen	*	370	409	429	515	521	426	408	496	513
Gästeübernachtungen nach Berichts-										
gemeindegruppen:										
Heilbäder	*	600	644	712	738	770	700	681	730	765
Luftkurorte	*	133	131	168	175	184	157	148	168	174
Erholungsorte	*	94	98	133	155	148	123	124	145	158
Sonstige Gemeinden	*	1 173	1 265	1 346	1 324	1 455	1 465	1 338	1 372	1 452
darunter Großstädte	*	526	575	571	554	618	637	573	575	606
VERKEHR										
Binnenschifffahrt										
Güterumschlag insgesamt	1000 t	1 301	1 350	1 322	1 417	1 499	1 286	1 249	1 335	...
davon										
* Güterversand	*	205	226	175	168	238	182	215	201	...
* Gütererpfang	*	1 096	1 124	1 147	1 249	1 262	1 104	1 034	1 134	...

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Ab Januar 2000 vorläufige Zahlen. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung von Einfuhr- und Ausfuhrergebnissen nicht vertretbar. - 2) Mitgliedsländer nach dem Stand von Januar 1995 (Frankreich, Belgien, Luxemburg, Niederlande, Italien, Vereinigtes Königreich, Rep. Irland, Dänemark, Griechenland, Spanien, Portugal, Schweden, Finnland, Österreich). - 3) Mitgliedsländer nach dem Stand vom Januar 1997 (Island, Norwegen, Liechtenstein, Schweiz). -

4) Alle Beherbergungstätigkeiten mit mindestens 9 Betten, einschl. Jugendherbergen und Kinderheimen. Besteht eine Gemeinde aus mehreren Ortsteilen, so werden die Ortsteile mit Fremdenverkehr jeweils der in Frage kommenden Gemeindegruppe zugeordnet. Die Gemeindegruppe „Erholungsorte“ enthält nur noch die staatlich anerkannten Erholungsorte; die bisherigen „Erholungsorte ohne Prädikat“ werden der Gruppe „Sonstige Gemeinden“ zugeordnet.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1999	2000	2000			2001			
		Durchschnitt		Jun	Juli	August	Mai	Jun	Juli	August
Noch: VERKEHR										
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge ¹⁾	Anzahl	34 124	30 577	32 281	30 374	28 540	36 838	33 017	30 486	...
darunter										
Personenkraftwagen (einschl. Kombi)	*	29 759	26 145	27 284	26 552	24 738	31 219	27 351	26 437	...
* Lkw (auch mit Spezialaufbau)	*	1 877	1 868	1 937	1 714	1 885	2 026	1 980	1 438	...
* Krafträder und dreirädrige Kraftfahrzeuge	*	2 073	1 998	2 461	1 656	1 504	2 880	3 040	2 106	...
* Zugmaschinen (zulassungspflichtige)	*	297	287	303	251	244	332	320	264	...
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personenschaden	*	2 310	2 252	2 351	2 194	2 495	2 554	2 389	2 400	2 665
* Getötete Personen ²⁾	*	47	45	47	42	41	44	39	51	69
* Verletzte Personen	*	3 111	3 031	3 142	3 043	3 229	3 379	3 198	3 184	3 481
Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen ³⁾										
Beförderte Personen	1000	37 353	39 561	111 765	.	.	.	114 624	.	.
davon im Linienverkehr ⁴⁾	*	36 883	39 083	110 213	.	.	.	113 120	.	.
Gelegenheitsverkehr	*	469	478	1 553	.	.	.	1 505	.	.
Gefahrene Wagenkilometer	1000 km	23 547	24 402	73 778	.	.	.	73 421	.	.
davon im Linienverkehr ⁴⁾	*	18 640	19 432	56 191	.	.	.	55 966	.	.
Gelegenheitsverkehr	*	4 908	4 970	17 587	.	.	.	17 455	.	.
Einnahmen	1000 DM	75 526	80 498	235 349	.	.	.	244 337	.	.
davon aus Linienverkehr ⁴⁾	*	61 015	64 443	178 240	.	.	.	190 719	.	.
Gelegenheitsverkehr	*	14 511	16 055	57 109	.	.	.	53 618	.	.
GELD UND KREDIT										
Banken ⁵⁾										
Kredite an Nichtbanken insgesamt ⁶⁾	Mill. DM	920 746	319 593	937 695	.	.	.	1 052 727	.	.
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
darunter										
Kredite an inländische Nichtbanken ⁶⁾	*	764 951	260 199	778 418	.	.	.	793 969	.	.
davon										
kurzfristige Kredite	*	120 360	43 486	132 858	.	.	.	136 098	.	.
Kredite über 1 Jahr ⁷⁾	*	644 591	216 713	645 561	.	.	.	657 871	.	.
Einlagen und aufgenommene Gelder ⁶⁾										
von Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	685 448	246 770	729 380	.	.	.	836 066	.	.
Zahlungsschwierigkeiten										
* Insolvenzen insgesamt	Anzahl	201	235	224	190	267	250	255	303	291
davon										
* von Unternehmen, einschl. Kleingewerbe ⁸⁾	*	155	153	148	127	171	155	170	184	169
* von privaten Personen und Nachlässe ⁹⁾	*	45	82	76	63	96	95	85	119	122
* Beantragte Insolvenzen ¹⁰⁾	*	201	235	224	190	267	250	255	303	291
* darunter mangels Masse abgelehnt	*	133	123	134	85	133	109	122	155	130
PREISE										
* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte insgesamt	1995 = 100	105,0	107,0	106,9	107,4	107,3	109,6	109,8	109,9	109,8
darunter										
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	*	102,1	101,4	101,7	101,5	101,1	107,0	106,8	106,2	105,2
Bekleidung, Schuhe	*	103,4	104,0	104,0	103,8	103,8	104,2	104,2	103,8	103,8
Wohnung, Wasser, Strom, Gas ¹¹⁾	*	107,4	110,7	109,9	110,5	111,0	113,4	113,8	113,8	113,9
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt ¹²⁾	*	102,2	102,1	101,9	102,0	102,0	102,7	102,7	102,8	103,0
Verkehr (einschl. Kraftstoffe)	*	107,9	113,9	114,8	115,0	114,2	119,3	119,1	117,8	117,8
Nachrichtenübermittlung	*	88,0	84,3	83,9	83,8	83,8	81,7	81,7	81,9	82,0
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	*	103,4	104,9	104,6	106,9	106,0	105,4	106,3	108,4	107,8
Beherbergungs- und Gaststättenleistungen	*	103,0	103,7	103,8	106,2	106,2	104,3	105,2	107,1	107,2
* Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Haushalten von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen	1995 = 100	104,9	106,6	106,5	107,2	107,1	109,2	109,4	109,6	109,5
* Preisindex für Wohngebäude (Neubau) ¹³⁾	1995 = 100	100,2 ¹⁴⁾	100,2 ¹⁴⁾	.	.	101,5	102,4	.	.	.

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. - 2) Einschl. der innerhalb 30 Tagen an den Unfallfolgen Gestorbenen. - 3) Vierteljahresergebnisse (März – 1. Vj., Juni – 2. Vj. usw.); Jahresdurchschnitt – Monatsdurchschnitt; nur Unternehmen mit 6 oder mehr Bussen. - 4) Allgemeiner Linienverkehr, Sonderformen des Linienverkehrs (Berufverkehr, Schüler-, Markt- und Theaterfahrten), freigestellter Schülerverkehr. - 5) Die Angaben umfassen die in Hessen gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichten den Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne Kreditinstitute mit überregionalen Sonderaufgaben (ohne Filialnetz) sowie ohne Post giro- und Postsparkassennämter. - 6) Einschl. durchlaufender Kredite. - 7) Ohne durchlaufende Kredite. - 8) Biseinschl. 1998 ohne Kleingewerbe. - 9) Bis einschl. 1998 „von übrigen Gemeinschuldnern“. - 10) Bis einschl. 1998 „Beantragte Konkurse“. - 11) Und andere Brennstoffe. - 12) Sowie deren Instandhaltung. - 13) Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk. - 14) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Februar, Mai, August und November.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1999	2000	2000			2001				
		Durchschnitt		Junl	Jul	August	Mai	Junl	Jul	August	
STEUERN											
Steueraufkommen insgesamt ¹⁾	Mill. DM	6 486,1	6 949,5	8 605,7	6 509,5	5 328,2	5 413,4	9 636,6	5 694,3	5 387,9	
davon											
Gemeinschaftsteuern	*	5 707,7	6 120,7	7 485,4	5 679,7	4 572,6	4 553,3	8 829,8	4 667,9	4 526,1	
davon											
Lohnsteuer ²⁾	*	2 710,1	2 908,6	2 663,1	3 203,5	2 731,8	2 856,4	3 043,7	2 956,2	2 624,3	
veranlagte Einkommensteuer	*	116,0	149,7	772,9	- 238,7	- 273,3	- 89,9	758,5	- 297,6	- 185,8	
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	*	344,9	445,6	1 286,6	1 164,4	258,3	351,5	1 706,0	726,8	452,2	
Zinsabschlag ²⁾	*	360,5	439,9	322,5	325,0	335,0	484,7	418,2	404,1	380,7	
Körperschaftsteuer ²⁾	*	425,9	461,0	868,5	- 402,1	- 212,0	- 899,2	1 225,6	- 862,7	- 466,6	
Umsatzsteuer	*	1 496,9	1 402,0	1 273,8	1 303,0	1 424,7	1 516,7	1 341,8	1 442,6	1 451,5	
Einfuhrumsatzsteuer	*	253,5	314,1	298,0	324,6	308,0	333,1	336,0	298,6	269,7	
Bundessteuern	*	458,0	488,0	763,3	437,7	503,5	555,4	526,9	564,3	529,2	
darunter											
Mineralölsteuer	*	91,0	61,7	61,7	70,2	63,2	94,2	67,8	86,8	95,4	
Versicherungsteuer	*	112,0	112,2	67,8	59,8	143,6	117,4	79,1	71,9	186,2	
Zölle ³⁾	*	28,3	25,8	27,3	25,5	22,1	22,1	21,4	19,1	19,9	
Landesteuern	*	242,3	255,3	329,7	213,9	219,0	259,1	258,4	281,7	311,8	
darunter											
Vermögensteuer	*	11,1	11,1	6,0	12,3	9,2	6,9	6,8	4,2	4,3	
Erbischaftsteuer	*	36,3	42,5	131,0	29,0	21,0	28,9	32,7	50,0	46,0	
Grundwerbsteuer	*	77,3	84,4	66,5	61,5	75,5	68,4	73,7	76,2	128,3	
Kraftfahrzeugsteuer	*	86,5	86,7	96,5	85,1	83,9	120,9	112,1	108,8	102,8	
Gewerbsteuerumlage	*	49,8	59,7	0,0	152,7	11,0	23,4	0,0	161,3	0,9	
		1999	2000	1999	2000			2001			
		Durchschnitt ⁴⁾		Dez.	März	Junl	Sept.	Dez.	März	Junl	
Kassenmäßiges Steueraufkommen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. DM	3 039,8	3 148,3	4 497,1	2 059,0	3 148,3	3 371,6	4 014,1	1 944,8	3 019,0	
davon											
Grundsteuer A	*	8,4	8,5	6,9	8,4	8,6	10,0	6,9	8,5	8,2	
Grundsteuer B	*	293,7	294,9	242,7	280,0	335,7	321,9	242,0	293,4	335,2	
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	*	1 497,0	1 451,6	1 931,4	1 315,7	1 494,8	1 734,3	1 261,7	1 337,4	1 221,6	
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	*	1 064,7	1 215,8	1 922,6	385,6	1 132,3	1 135,4	2 209,8	266,7	1 283,0	
andere Steuern ⁵⁾	*	36,8	33,6	32,1	36,4	37,9	33,8	26,2	30,4	33,8	
		1999	2000	2000			2001				
		Durchschnitt ⁶⁾		Jan.	April	Jul	Okt.	Jan.	April	Jul	
LÖHNE UND GEHÄLTER											
Arbeiterverdienste											
Im Produzierenden Gewerbe ⁷⁾											
* Bruttomonatsverdienst insgesamt	DM	4 617	4 730	4 603	4 710	4 781	4 755	4 691	4 778	4 799	
* Männliche Arbeiter	*	4 781	4 892	4 754	4 870	4 946	4 920	4 850	4 943	4 959	
darunter Facharbeiter	*	5 085	5 195	5 046	5 165	5 261	5 225	5 160	5 250	5 268	
* Weibliche Arbeiter	*	3 516	3 632	3 573	3 608	3 663	3 648	3 646	3 663	3 714	
darunter HilfsarbeiterInnen	*	3 229	3 392	3 341	3 370	3 429	3 397	3 402	3 420	3 458	
* Bruttostundenverdienst insgesamt	*	28,20	28,83	28,63	28,74	28,96	28,88	28,95	29,21	29,20	
* Männliche Arbeiter	*	29,10	29,75	29,56	29,65	29,88	29,80	29,93	30,16	30,11	
darunter Facharbeiter	*	31,27	31,99	31,81	31,87	32,18	31,98	32,17	32,41	32,34	
* Weibliche Arbeiter	*	21,99	22,48	22,28	22,36	22,60	22,53	22,50	22,67	22,96	
darunter HilfsarbeiterInnen	*	19,98	20,77	20,62	20,69	20,91	20,77	20,75	20,84	21,08	
Angestelltenverdienste											
(Bruttomonatsverdienste)											
* Im Produzierenden Gewerbe	*	6 715	6 845	6 755	6 800	6 859	6 900	6 921	6 966	7 018	
* kaufmännische Angestellte	*	6 329	6 504	6 407	6 472	6 512	6 560	6 548	6 590	6 616	
* männliche Angestellte	*	7 222	7 428	7 336	7 392	7 434	7 486	7 441	7 488	7 502	
* weibliche Angestellte	*	5 252	5 355	5 262	5 318	5 370	5 404	5 440	5 464	5 509	
* technische Angestellte	*	7 052	7 151	7 064	7 094	7 173	7 205	7 253	7 301	7 377	
* männliche Angestellte	*	7 204	7 304	7 206	7 242	7 331	7 364	7 409	7 456	7 534	
* weibliche Angestellte	*	5 590	5 753	5 729	5 706	5 751	5 795	5 857	5 907	5 973	
* In Handel, Kredit- u. Versicherungsgewerbe ⁸⁾											
insgesamt	*	5 588	5 742	5 628	5 731	5 732	5 805	5 865	5 933	6 004	
* kaufmännische Angestellte	*	5 613	5 770	5 657	5 766	5 760	5 829	5 902	5 965	6 038	
* männliche Angestellte	*	6 254	6 422	6 332	6 424	6 393	6 482	6 587	6 660	6 737	
* weibliche Angestellte	*	4 808	4 931	4 811	4 919	4 937	4 985	5 033	5 085	5 148	

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Einschl. Gewerbesteuerumlage. - 2) Vor Zerlegung. - 3) Einschl. Zoll-Euro. - 4) Vierteljahresdurchschnitte. - 5) Und steuerähnliche Einnahmen. - 6) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Januar, April, Juli und Oktober. - 7) Neuer Berichtskreis im Bereich des Produzierenden Gewerbes. - 8) Sowie bei Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern.

Hessische Kreiszahlen

*Ausgewählte
neue Daten für Landkreise
und kreisfreie Städte*

Ausgabe I 2001 · 46. Jahrgang



Printversion:

Umfang: 67 Seiten
Format: DIN A 4
Einband: kartoniert
Preis: 12,00 DM
(zuzügl. Versandkosten)

Diskettenversion:

Excel 97-Format
Preis: 12,00 DM
(zuzügl. Versandkosten)

Jahresabonnementpreise:

Jeweils abzüglich 15 % Rabatt,
zuzügl. Versandkosten



Mit dieser zweimal jährlich herausgegebenen Veröffentlichung ist reichhaltiges Material über jeden Landkreis und seine Struktur, für Kreisvergleiche nach verschiedenen Gesichtspunkten sowie für Untersuchungen über die innere Landesstruktur verfügbar.

Die „Hessischen Kreiszahlen“ bringen den Beziehern eine erhebliche Arbeits-, Zeit- und Kostenersparnis, weil sie regelmäßig neue Kreisdaten bieten, die sonst aus vielen fachstatistischen Veröffentlichungen zusammengestellt werden müssten. Einiges Kreismaterial wird speziell für die Veröffentlichungen aufbereitet. Jedes Heft enthält zusätzlich Daten für die kreisangehörigen Gemeinden mit 50 000 oder mehr Einwohnern und für den Umlandverband Frankfurt. Ein Anhang enthält ausgewählte Daten im Zeitvergleich.

In der Ausgabe I/01 sind wieder aktuelle Daten für rund 480 Merkmale zusammengestellt, u. a. zu den Bereichen:

- Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung,
- Erwerbstätigkeit,
- Bildungswesen,
- Wahlen,
- Gesundheitswesen,
- Landwirtschaft,
- Verarbeitendes Gewerbe,
- Baugewerbe,
- Verkehr,
- Fremdenverkehr,
- Geld und Kredit,
- Steuern,
- Einkommen privater Haushalte,
- Umwelt.

Der Anhang enthält ausgewählte Daten im Zeitvergleich zum Bereich Bildung und Kultur.

W-93

Zu beziehen über den Buchhandel oder direkt vom

Hessischen Statistischen Landesamt, 65175 Wiesbaden

Telefon: 0611/3802-951 · Fax: 0611/3802-992

E-Mail: vertrieb@hsl.de · Internet: www.hsl.de

Hessischer Umwelt-Monitor



HESSISCHES LANDESAMT
FÜR UMWELT UND GEOLOGIE

Berichte, Fakten und Daten zur Umwelt

Gemeinsam herausgegeben
von dem Hessischen Landesamt für Umwelt und Geologie
und dem Hessischen Statistischen Landesamt



HESSISCHES STATISTISCHES
LANDESAMT

Supplement zur Zeitschrift „Land und Wirtschaft in Hessen“ des Hessischen Statistischen Landesamtes

Nr. 3

Oktober 2001

5. Jahrgang

Inhalt

- ◆ Fachliche Grundlagen und Anforderungen des Bodenschutzes bei der Planung — Eine Übersicht 3
- ◆ Hessischer Umwelt-Zahlenspiegel 9

Der „Hessische Umwelt-Monitor“ erscheint vierteljährlich.
Er wird gemeinsam herausgegeben
von dem Hessischen Landesamt für Umwelt und Geologie
und dem Hessischen Statistischen Landesamt
als Supplement zur Monatszeitschrift „Staat und Wirtschaft in Hessen“
des Hessischen Statistischen Landesamtes.

Hessisches Landesamt für Umwelt und Geologie (HLUG), Rheingaustraße 186, 65203 Wiesbaden
Hessisches Statistisches Landesamt (HSL), Rheinstraße 35/37, 65175 Wiesbaden

Verantwortlich für den Inhalt: Hessisches Landesamt für Umwelt und Geologie
Telefon: 0611/6939-0, Telefax: 0611/6939-555

Redaktion: HLUG, Telefon: 0611/6939-0
und Siegfried Bayer (HSL), Telefon: 0611/3802-804

Nachdruck, auch in Auszügen, nur mit genauer Quellenangabe bei Einsendung
eines Belegexemplares gestattet.

Fachliche Grundlagen und Anforderungen des Bodenschutzes bei der Planung — Eine Übersicht

1. Einleitung

Die herausgehobenen Eigentums- und Nutzungsfunktionen von Grund und Boden führen seit langem dazu, dass bei privaten wie öffentlichen Planungen auch Aspekte des Bodenschutzes — wenn auch mit anderen Begriffen — thematisiert werden. Deshalb beginne ich mit einem kurzen Überblick über Entwicklungen von bodenschutzrelevanten Inhalten im Planungsrecht bis zum BBodSchG und beziehe mich im Folgenden insbesondere auch auf die Regional-, Landschafts- und Bauleitplanung.

Mit dem umfassenden In-Kraft-Treten des Bundes-Bodenschutzgesetzes (BBodSchG) und der Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV) 1999 besteht eine eigenständige rechtliche und materielle Grundlage, die auch im planerischen Zusammenhang zu berücksichtigen ist. Ihre hier interessierenden wesentlichen Ziele und Instrumente werden im 2. Abschnitt dargestellt.

Die Belange des Bodenschutzes können nur dann fachgerecht in Planungen eingebracht werden, wenn die Böden sowie ihre Eigenschaften bekannt und bewertet sind. Deshalb ist ein Blick auf die erforderlichen fachlichen Grundlagen unabdingbar.

Der Anwendungsbereich des Bodenschutzrechts (§ 3 BBodSchG) ist grundsätzlich subsidiär, aber mit erheblicher Ausstrahlungswirkung, angelegt. Die Vorschriften des Bauplanungs- und Bauordnungsrechtes gehen dann vor, soweit sie Einwirkungen auf den Boden regeln. Die Verknüpfungen und Abgrenzungen zwischen Planungen einerseits und dem Bodenschutz andererseits stehen im 3. Abschnitt im Mittelpunkt des Interesses.

Ein kurzes, auch auf die Zukunft ausgerichtetes Resümee beendet den vorliegenden Beitrag, der sich auf vorsorgende Aspekte in Hessen konzentriert.

2. Entwicklungslinien bis zum BBodSchG

Bereits das Raumordnungsgesetz (ROG) vom 8. April 1965 (BGBl. I, S. 306) zielte mit seinen Grundsätzen auf gesunde Lebensbedingungen, d. h. auch Sanierung von und Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen sowie den Erhalt von Freiräumen in Verdichtungsräumen, d. h. auch Begrenzung des Landverbrauchs.

Dieser vorsichtige Einstieg bekam einen kräftigen Impuls durch das erste Umweltprogramm der BRD und insbesondere durch die Europäische Bodenschutzcharta des Europarates (1972), nach der die Regierungen und die zuständigen behördlichen Stellen die Bodenreserven zweckmäßig planen und verwalten müssen. Planung wurde als das wesentliche Instrument des Bodenschutzes angesehen.

Bis etwa in die Mitte des vergangenen Jahrzehnts dominierte das Verständnis, durch eine verbesserte Integration von Bodenschutzbelangen in das Planungs-, Naturschutz- und Umweltrecht eine spezielle Rechtsgrundlage für den vorsorgenden Bodenschutz möglichst zu erübrigen, im Gegensatz zu den Altlasten. Das Hessische Abfallwirtschafts- und Altlastengesetz (HAbfAG) trat 1991 in Kraft und wurde 1994 zum Hessischen Altlastengesetz (HAltlastG) weiterentwickelt.

Das 1998 novellierte ROG betont Bodenschutz wesentlich stärker. So gehört derzeit zu den Grundsätzen der Raumordnung, dass

- Freiräume auch in ihrer Bedeutung für funktionsfähige Böden zu sichern oder wiederherzustellen sind,
- Naturgüter, insbesondere Wasser und Boden, sparsam und schonend in Anspruch zu nehmen sind und
- bei dauerhaft nicht mehr genutzten Flächen der Boden in seiner Leistungsfähigkeit erhalten oder wiederhergestellt werden soll (§ 2 II ROG).
- Nach § 7 Absatz 4 ROG können die Länder sogar Bodenschutz-Vorranggebiete ausweisen. (Hiervon hat bisher Brandenburg gebrauch gemacht, das in Gestalt der „Vorranggebiete Ressourcenschutz Boden“ fachgerechte Ziele in den jeweiligen Regionalplänen formuliert hat.)

Der aktuelle Landesentwicklungsplan Hessen (2000) enthält demgegenüber keine spezielle Bodenschutzaussage.

Eine integrative Entwicklung lässt sich auch im Baurecht nachvollziehen. Mit der Neufassung des Baugesetzbuches (BauGB) vom 27. August 1997 wird insbesondere bestimmt, dass zu den umweltschützenden Belangen in der Abwägung gehört, dass

- mit Grund und Boden sparsam und schonend umgegangen wird und
- die Bodenversiegelungen auf das nötige Maß begrenzt werden (§ 1a).
- Außerdem wurden die bauleitplanerischen Darstellungs- und Festsetzungsmöglichkeiten im Flächennutzungsplan sowie im Bebauungsplan im Hinblick auf den Bodenschutz deutlich verbessert. (So können Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft dargestellt werden. Darüber hinaus sollen für bauliche Nutzungen vorgesehene Flächen, deren Böden erheblich mit umweltgefährdenden Stoffen belastet sind, gekennzeichnet werden (§ 5 und 9 BauGB).
- Die Zulässigkeit eines Vorhabens im Außenbereich ist nun auch an die Belange des Bodenschutzes geknüpft worden (§ 35 BauGB).
- Mit § 179 BauGB ist ein Rückbau- und Entsiegelungsgebot normiert worden, nach dem die Gemeinde den Eigentümer verpflichten kann, den Rückbau oder die Entsiegelung einer baulichen Anlage im Geltungsbereich eines Bebauungsplans — bei entsprechenden Voraussetzungen — ganz oder teilweise zu dulden.
- Schließlich ist auf die Bestimmung zum Schutz des Mutterbodens (§ 202 BauGB) hinzuweisen, nach der dieser bei Abbau oder Aushub in nutzbarem Zustand zu erhalten und vor Vernichtung oder vor Vergeudung zu schützen ist.

Diese Grundsätze finden sich auch sinngemäß in § 3 der Hessischen Bauordnung (HBO, 1993) wieder.

Von dem Geist der Integration ist auch das Naturschutzrecht (HENatG, 1994) erheblich beeinflusst. So bieten die gesetzlichen Bestimmungen zur Landschaftsplanung — zumindest in Hessen (§§ 3 und 4) — geeignete Grundlagen zur Erhebung, Bewertung und Kennzeichnung bodenschutzrelevanter Flächen, die bei der Aufstellung von Bauleitplänen und Regionalen Raumordnungsplänen zu berücksichtigen und — soweit geeignet — in die Pläne oder Satzungen zu übernehmen sind. Insbesondere kön-

nen Flächen dargestellt werden, für die bereits rechtliche Bindungen zum Schutz des Bodens bestehen oder auf denen erhebliche Beeinträchtigungen des Naturhaushaltes vorhanden sind, die beseitigt, verringert oder ausgeglichen werden sollen, oder die bei der Nutzung der Fläche zu berücksichtigen sind.

Demgegenüber finden sich bei der Eingriffsregelung und Schutzgebietsausweisung kaum bodenschutzrelevante Ansatzpunkte.

Auch im übrigen umwelt- und bodennutzungsrelevanten Recht, wie z. B. Wasser-, Abfall-, Immissionsschutz- oder auch Flurbereinigungsrecht finden sich zumindest in allgemeiner Weise bodenschutzrelevante Vorgaben.

Insgesamt zeigen die Entwicklungslinien in Hessen bis zum In-Kraft-Treten des BBodSchG und der BBodSchV, dass bodenschutzrelevante Bestimmungen in erheblichem Umfang bereits allgemein in bestehendes Recht integriert worden sind.

(M. E. ist ein wesentlicher Grund für ein in Hessen noch fehlendes BodenschutzG auch darin zu sehen, dass insbesondere zwischen HAAltlastG, novelliertem HENatG und Bau-recht/Bauordnung keine große Regelungslücke mehr gesehen wurde und z. T. noch wird. Darüber hinaus ist der Normierungsdruck für die Nachsorge durch das HAAltlastG gering).

Es ist deshalb eine besondere Herausforderung, das spezielle Bodenschutzrecht mit den bestehenden bodenschutzrelevanten Regelungen anderer Gesetze rechtskonform, fach- und praxisgerecht zu verzahnen und das HAAltlastG dem BBodSchG anzupassen. Insbesondere diese Ziele hat das Hessische Ausführungsgesetz zum BBodSchG zu verfolgen.

3. Wesentliche Regelungen des Bodenschutzrechtes für Planungen

Folgende Bestimmungen des Bodenschutzrechtes sind bei den hier zu erörternden Planungen m. E. bedeutsam:

Entgegen den ersten Referentenentwürfen zum BBodSchG (15. September 1992) enthält die 1998 beschlossene Fassung keine direkte Möglichkeit zur Bodenschutzplanung.

Das BBodSchG selbst sieht eine behördliche Planung ausdrücklich nur im Zusammenhang mit Altlastensanierungen vor (§ 14 BBodSchG).

Allerdings können die Länder, gestützt auf die landesrechtlichen Regelungen (§ 21 Abs. 3 BBodSchG) Gebiete bestimmen, in denen flächenhaft schädliche Bodenveränderungen auftreten oder zu erwarten sind und die dort zu ergreifenden Maßnahmen festlegen sowie weitere Regelungen über gebietsbezogene Maßnahmen des Bodenschutzes treffen. § 12 BBodSchV, der die „Anforderungen an das Auf- und Einbringen von Materialien auf oder in den Boden“ bestimmt, hat diese Möglichkeiten bekräftigt; Gebiete mit erhöhten Schadstoffgehalten oder mit ökologisch besonders wertvollen Böden können festgelegt werden. Bisher hat Niedersachsen auf dieser Basis in seinem Landesbodenschutzgesetz hieraus die Bestimmung entwickelt, Bodenplanungsgebiete festsetzen zu können (§ 4). Diese Möglichkeit wird zumindest im Landkreis Goslar — einer alten Bergbauregion mit entsprechenden flächenhaften Bodenbelastungen — nicht als Papiertiger verstanden, sondern als Chance gesehen, eine verbesserte Planungssicherheit herzustellen, und entsprechend umgesetzt.

Nordrhein-Westfalen geht mit seinem Landesgesetz noch einen Schritt weiter und eröffnet die Möglichkeit, zum

Schutz oder zur Sanierung des Bodens aus Gründen der Abwehr von Gefahren für die menschliche Gesundheit sowie von Gefahren für die natürliche Bodenfunktion oder die Funktion des Bodens als Archiv der Natur- und Kulturgeschichte durch Rechtsverordnung Bodenschutzgebiete festzulegen.

Der Bodenschutz strebt somit allenfalls gebietsweise eigene Planungen an, die dann als rechtliche und materielle Vorgaben in sonstigen Planungen zu beachten wären. Flächenhaft wird es aber künftig darum gehen, fachliche Anforderungen des Bodenschutzes in verbindliche Planungen, insbesondere via Regional- und Bauleitplanung, aber auch in die eigenständigen Planungs- und Gestaltungsverfahren des Natur- und Umweltschutzes, zu integrieren.

Mit dem derzeitigen Bodenschutzrecht sollen nicht Böden an und für sich, sondern ihre natürlichen und nutzungsbezogenen Funktionen gesichert oder wiederhergestellt werden.

Dieser funktionale Bezug ist eng mit Flächenplanungen und -nutzungen verbunden, da Planungen des Bodenschutzes oder Anordnungen zur Vorsorge nur dann möglich sind, wenn sie auch im Hinblick auf den Zweck der Nutzung des Grundstücks verhältnismäßig sind (§ 7 Abs. 3 BBodSchG).

Wird die Multifunktionalität schon im Bereich der Vorsorge relativiert, so erfolgt dies insbesondere bei den Pflichten zur Gefahrenabwehr. Bei der Gefahrenabwehr ist die planungsrechtlich zulässige Nutzung des Grundstücks und das sich daraus ergebende Schutzbedürfnis ebenso zu beachten, wie die Prägung des Gebietes unter Berücksichtigung der absehbaren Entwicklung. Demnach ist die Flächenplanung nicht alleine eine Reaktion (Sanierung oder Nutzungsanpassung) auf vorhandene Belastungen und Potenziale, sondern diese kann vielmehr auch den allgemeinen Rahmen zu Vor- und Nachsorge erheblich beeinflussen, da z. B. Industrie- und Gewerbegebiete höhere Boden-Mensch-Prüfwerte haben als Wohngebiete. Auch die Prüf- und Maßnahmenwerte sind — bis auf den Boden-Grundwasser-Pfad — nutzungsbezogen festgelegt. Die häufig angenommene Trennung zwischen stofflichem und flächenhaftem Bodenschutz ist somit grundsätzlich aufgehoben.

Das sogenannte Subsidiaritätsprinzip, nach dem das BBodSchG nur Anwendung findet soweit Einwirkungen auf den Boden in den übrigen bodenschutzrelevanten Rechtsbestimmungen nicht geregelt sind (§ 3 BBodSchG), hat zumindest eine doppelte Bedeutung. Zum einen hat der Bodenschutz grundsätzlich keine Regelungskompetenz, wenn die im Anwendungsbereich zitierten Vorschriften entsprechende Einwirkungsregelungen enthalten, wie z. B. die Klärschlamm- oder Bioabfall- oder DüngeVO.

Das Subsidiaritätsprinzip wird noch dadurch betont, dass

- die Erfüllung der Vorsorgepflicht bei der landwirtschaftlichen Bodennutzung sich nach den Prinzipien der guten fachlichen Praxis richtet, die durch die landwirtschaftliche Beratung zu vermitteln ist (§§ 7 und 17 BBodSchG),
- die Vorsorge für die forstwirtschaftliche Bodennutzung sich nach dem 2. Kapitel des Bundeswaldgesetzes und den Forst- und Waldgesetzen der Länder richtet,
- die Vorsorge für das Grundwasser sich nach wasserrechtlichen Vorschriften (§ 7 BBodSchG) bestimmt und
- die Bestimmung der i. d. Regel anlagenbezogenen immissionschutzrechtlichen Vorsorgepflichten grundsätzlich dem BImSchG folgt.

Demnach sind die Möglichkeiten des Bodenschutzes zu unmittelbar umzusetzenden, planerischen Beiträgen in den jeweiligen Bereichen deutlich beschränkt. Sie bedürfen i. d. R. der Abstimmung und haben die vorhandenen und vorgesehenen Nutzungen zu berücksichtigen.

Das BBodSchG bezieht sich an keiner Stelle auf das Naturschutzrecht. Demzufolge ist bis heute umstritten, ob die Instrumente des Naturschutzes, wie Landschaftsplanung, Eingriffsregelung und Schutzgebietsausweisung, überhaupt spezifische materielle Grundlagen des Bodenschutzes zur Erfassung, Bewertung und zum Ausgleich umfassend erarbeiten und integrieren können oder nur insoweit berücksichtigen dürfen, als es die eigene Rechtsbasis und somit die eigenen Möglichkeiten insgesamt ermöglichen.

In Hessen ist dieser Konflikt durch die o. g. Regelungen zur Landschaftsplanung (§§ 3 und 4 HENatG) grundsätzlich gering, bedeutsam allerdings in der Eingriffsregelung und Schutzgebietsausweisung.

Zum anderen ist aber festzustellen, dass die erwähnten vorrangigen Rechtsbereiche, insbesondere Bauplanungs- und -ordnungsrecht, i. d. R. nicht über allgemeine Formulierungen hinaus per Vorschrift die entsprechenden Einwirkungen auf Böden materiell geregelt haben. Das gilt auch für die HBO, die lediglich allgemeine Anforderungen in § 3 enthält. Insofern ist auch in Planungs- und Gestattungsverfahren, vor allem bei Bauleitplanung und Baugenehmigungsverfahren, abzuklären, in welcher Weise insbesondere die natürliche und nutzungsbezogene Klassifikation von Böden, die Werte der BBodSchV sowie die Anforderungen an das Auf- und Einbringen von Materialien in und auf Böden anzuwenden sind. Insbesondere die Übernahme der Bodendefinition, die Bodenfunktionen sowie die Vorsorge-, Prüf- und Maßnahmenwerte des Bodenschutzes als Planungsgrundlagen sollten derzeit unumstritten sein. Nach Vorlage der noch ausstehenden verbindlichen Klassifikationen der natürlichen und Archivfunktionen sind auch diese in die Abwägung zu übernehmen.

Da mit dem Bodenschutzrecht festgeschrieben ist, dass Erfassungen und Bewertungen von Böden nur qualitätsgesichert bzw. von qualifizierten Sachverständigen und Labors vorgenommen werden sollen, werden hiermit auch deutlich verbesserte Qualitätsstandards in die Verfahren eingebracht. Angesichts der enormen Bauland- und Sanierungspreise kann dieser Aspekt der Qualitätssicherung für das gesamte Planungs- und Gestattungsverfahren gar nicht hoch genug veranschlagt werden.

Für den Verwaltungsvollzug von bodenschützerischen Belangen ist auch bedeutsam, dass das Bodenschutzgesetz selbst keine eigenen Genehmigungstatbestände geschaffen hat, sondern sich im Wesentlichen auf die Möglichkeit von Anordnungen zur Vor- und Nachsorge beschränkt (§§ 7-10 BBodSchG). Der Bodenschutz ist somit insbesondere auf eine weitgehende, fachgerechte Integration seiner Belange in die Raumordnungs- und Bauleitplanung, bzw. die sonstigen Planungs- und Gestattungsverfahren, bzw. auf eine Beteiligung als Träger öffentlicher Belange angewiesen.

Schließlich ist für den Zusammenhang von Bodenschutz in der Planung bedeutsam, dass die Pflichten zur Vor- und Nachsorge ausdrücklich dem Grundstückseigentümer, Inhaber der tatsächlichen Gewalt oder demjenigen, der Verrichtungen auf einem Grundstück durchführen lässt, auferlegt werden. Somit hat der Pflichtige bei konkreten Vorhaben die erforderlichen Nachweise zur Vor- und Nachsorge zu erbringen, nicht öffentliche Institutionen. Sie können deshalb auch keine Gewährleistung übernehmen.

4. Fachliche Grundlagen

Die Ziele und Grundsätze des Bodenschutzes können nur dann realisiert werden, wenn sie sich auf solide fachliche Informationsgrundlagen beziehen können.

Während Nutzungen zumeist bis hin zu einzelnen Parzellen bekannt sind, haben Bodenkunde und Bodenschutz noch große Anstrengungen vor sich, bis die natürlichen Bodenfunktionen sowie die Archivfunktionen erfasst und bewertet sind. Derzeit sind die Böden in Hessen in ihrer spezifischen Flächenausdehnung qualitativ beschrieben und in Bezug auf die Themen Ertragspotenzial, Nitrat-auswaschungsgefährdung und Biotopentwicklungspotenzial bewertet (Maßstab 1:50000); leider fehlt noch vielfach eine bodenchemische, -biologische und -physikalische Charakteristik dieser Böden.

Außerdem sind Böden, ihre Potenziale und Belastungen auch großmaßstäblich und ggf. parzellenscharf zu erfassen und zu bewerten. Hierzu sind insbesondere die Daten der Bodenschätzung, die sich nur auf landwirtschaftlich nutzbare Flächen beziehen, forstliche Standortbewertungen und Baugrunderhebungen von besonderem Interesse. Großmaßstäbliche Informationen über Bodenkontaminationen fehlen i. d. Regel, werden aber z. T. im Rahmen von Bauanträgen ermittelt.

Nicht allein die Informationsgrundlagen sind noch unzureichend, sondern es hat bislang auch noch keine grundsätzliche Übereinkunft darüber gegeben, nach welchen Methoden die Böden für räumliche Planungen bundeseinheitlich zu klassifizieren sind. Die Herbst-Umweltministerkonferenz 2000 hat deshalb der Bund-/Länderarbeitsgemeinschaft (LABO) einen entsprechenden Arbeitsauftrag erteilt. Beide Unzulänglichkeiten (unzureichende flächenhafte Datengrundlagen und fehlende Übereinkunft zur Klassifikation) führen gegenwärtig dazu, dass das Schutzgut Boden nur in wenigen Fällen unter förmlicher Beachtung der Bodenfunktionen betrachtet wird, demgegenüber aber stets und bereits jetzt Bodenschutzfragen eine wesentliche Rolle in Planungs- und Zulassungsverfahren spielen, und diese bei der Abwägung entsprechend den förmlichen und materiellen Vorgaben zu berücksichtigen sind.

Leider hat die BBodSchV keinen starken Impuls zur Erfassung der natürlichen Funktionen und Archivfunktionen von Böden und ihrer Bewertungen gegeben, obwohl gerade diese Informationen zur Konkretisierung der „Anforderungen an das Auf- und Einbringen von Materialien in und auf den Boden“ (§ 12 Abs. 8 BBodSchV) erforderlich sind.

Die BBodSchV ist konzentriert auf die quantitative Erfassung und Bewertung von Schadstoffen in Böden und qualitativ auch von Bodenerosion. Kleinmaßstäblich haben wir in Hessen einen flächenhaften Überblick über die Hintergrundgehalte umweltrelevanter Schwermetalle in Gesteinen und oberflächennahem Untergrund. Die publizierten Hintergrundwerte für Oberböden in Hessen lassen sich derzeit auf Grund geringer Fallzahlen flächenhaft nicht darstellen. Sie geben aber Anhaltspunkte.

Im großmaßstäblichen Bereich liegen insbesondere die Einzeldaten aus den Verdachtsflächen- und Altlastenerhebungen vor. Auch die rasterförmigen Erhebungen von Schwermetallkonzentrationen in Gebieten der Luftreinhaltepläne bieten eine wichtige Informationsgrundlage in Verdichtungsräumen.

Flächenhaft liegt im Maßstab 1:50 000 eine Einstufung der Agrarflächen nach ihrer potenziellen Erosionsgefährdung vor (Standorteignungskarten; Weinbaustandortatlas).

Das Land und seine Institutionen, insbesondere das Hessische Landesamt für Umwelt und Geologie, wären überfordert, wenn sie alle erforderlichen Daten für größere Maßstäbe zu erheben und zu bewerten hätten. Deshalb geht die Strategie dahin, dass das Land vor allem die Methoden zur Erfassung und Bewertung von Böden vorgibt und diese modellhaft in einzelnen Bereichen — insbesondere für die Landschaftsrahmenplanung — selbst erarbeitet. Auf großmaßstäblicher Ebene hat der Träger der Planungshoheit, d. h. die Gemeinde und der Vorhabensträger bzw. Pflichtige nach Bodenschutzrecht die Aufgabe, die Aspekte des Bodenschutzes zu erfassen, zu bewerten und abzuwägen (§ 1 und 1a BauGB). Die in diesem Zusammenhang vergleichbar ermittelten und bewerteten Daten sollen qualitätsgesichert in ein landesweites Fachinformationssystem Boden/Bodenschutz eingestellt werden.

Schon jetzt ist bei Planungs- und Gestattungsverfahren darauf zu achten, dass die Bodenfunktionen gemäß BBodSchG erfasst und nach dem aktuellen Kenntnisstand — insbesondere hinsichtlich ihrer stofflichen Belastung — bewertet werden.

Den Gemeinden als Träger der Planungshoheit kommt bei der Erfassung und Bewertung der verschiedenen Bodenfunktionen und deren Belastungen eine herausgehobene Bedeutung zu. Nur wenn sich die Gemeinden dazu entschließen, gestützt auf solide Werte, eine bodenschutzbezogene Flächenplanung durchzuführen, kann es gelingen, neue Altlasten zu vermeiden. Die Sünden der Vergangenheit sollten mahnen. Mittelfristig sollte selbstverständlich sein, dass vergleichbar der Biotop- und Artenerhebung eine Bodenschutzkarte mit entsprechenden Bewertungen zu einer unerlässlichen Grundlage von Planungen gehört. In einigen Städten und Gemeinden werden schon Bodenschutzkonzepte, Zustandsberichte und ähnliches erstellt; ein „Bündnis für den Boden“, vergleichbar den „Klima-Städten“, ist in Vorbereitung. Dieses Vorgehen ist ökologisch wie ökonomisch begründet, denn Altlasten stellen nur einen Teil der vorhandenen Boden- und Grundwasserkontaminationen dar. In vielen Fällen kann z. B. für eine Nutzungsänderung eine Neubewertung vorhandener schädlicher Bodenveränderungen erforderlich werden (Freizeit- in Spielflächen z. B.). Während die Altlasten in der Regel gut erfasst und dokumentiert sind, stellen hingegen in urbanen und gewerblich genutzten Gebieten häufig heterogene Auffüllungen unbestimmter Herkunft, die zur Profilierung oder Baugrundverbesserung aufgebracht worden sind, ein echtes Problem dar.

5. Umsetzungsfragen

Bodenschutz in Planungs-, insbesondere Bauleitplanungsverfahren ist kein Selbstzweck oder eine bürokratische Hürde. Er verfolgt auch hier die drei zentralen, breit akzeptierten Ziele:

- weniger Landverbrauch,
- Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen,
- Sanierung bestehender schädlicher Bodenveränderungen.

5.1 Zum Landverbrauch

Die Forderung nach einer Trendwende im Landverbrauch ergab Anfang der Achtzigerjahre einen entscheidenden Impuls für eine eigenständige Bodenschutzstrategie und war eine zentrale Forderung der Bodenschutzkonzeption 1985. Die Notwendigkeit einer verringerten Versiegelung wird bis heute insgesamt unterstützt und ist zentral durch die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages

„Schutz des Menschen und der Umwelt“ 1998 bekräftigt worden: 2010 sollen nur noch 10 % der Rate von 1993/95 in Siedlungs- und Verkehrsfläche umgewandelt werden. Doch die bisherige Entwicklung und aktuelle Prognosen (Dosch und Beckmann, 1999) der zukünftigen Flächeninanspruchnahme — es soll bei 120 ha/Tag bis 2010 bleiben — stellen die Erreichbarkeit dieses Zieles deutlich in Frage.

Die Gründe liegen — neben den realisierbaren Planungswertzuwächsen — hierfür m. E. auch darin, dass das BBodSchG selbst keine klare Aussage gegen den Landverbrauch enthält, sondern sogar die Nutzungsfunktionen „Fläche für Siedlung und Erholung sowie Standort für sonstige wirtschaftliche und öffentliche Nutzungen“ auch als schützenswert bestimmt.

Das ROG verpflichtet zwar neuerdings zu einer Integration der Bodenschutzbelange bei der allgemeinen Abwägung, enthält aber auch keine klare Verpflichtung zur Reduktion des Landverbrauches.

Das derzeit wirksamste Instrument gegen den Landverbrauch stellt m. E. das Optimierungsgebot des BauGB dar, das einen relativen Vorrang des Umweltschutzes bei der Abwägung enthält. Hieraus könnte m. E. die Schlussfolgerung gezogen werden, dass im Falle des Vorhandenseins von Brachflächen oder noch nicht genutzter Bauflächen die Ausweisung von Neubauflächen kaum zu rechtfertigen wäre.

Das Verhindern von Ausweisungen für Neubauflächen ausschließlich aus Bodenschutzgründen dürfte dagegen schwer fallen. Nach dem derzeitigen Kenntnisstand wären m. E. Böden, die besonders herausgehobene Archive der Natur bzw. Kulturgeschichte sind und entsprechend wissenschaftlich dokumentiert und politisch unterstützt werden, wesentliche Argumente gegen eine Neubebauung; ebenso das Vorliegen besonders empfindlicher Standorte gegenüber Bodenerosion oder unsichere Baugrundverhältnisse, wie z. B. tiefgründig tonige oder organogene Böden.

Ansonsten werden — und dies ist nicht gering zu veranschlagen — die Bodenschutzargumente, die sich auf natürliche Potenziale beziehen, gemeinsam mit den übrigen ökologischen Argumenten des Natur- und Umweltschutzes und der nachhaltigen Flächensicherung für eine gesunde Nahrungsmittelproduktion dazu beitragen müssen, Freiräume zu schützen und bodenzerstörende Nutzungen ökologisch — Bebauungsdichte und Maß der baulichen Nutzung — zu optimieren. Hier sind noch erhebliche Möglichkeiten durch ein verbessertes Flächenmanagement — Innen- vor Außenentwicklung — vorhanden.

Nicht nur die Fläche (sparsam), sondern auch die anfallenden Mengen an Bodenmaterialien und ihre Wiederverwertbarkeit (sorgsam) sollen in die Optimierungsbetrachtungen nach Baurecht eingehen. Insofern wäre das Flächen- durch ein Materialmanagement zu ergänzen bzw. zu einem Ressourcenmanagement zusammenzufassen.

Es ist davon auszugehen, dass das Rückbau- und Entsiegelungsgebot gem. § 179 BauGB bzw. die Verpflichtung zur Entsiegelung gem. § 5 BBodSchG nur in Einzelfällen greifen und auf den allgemeinen Trend des Landverbrauchs sicherlich keinen Einfluss haben werden.

Gleichwohl ist von der Bundesregierung zu fordern, dass sie die Ermächtigung zu einer Rechtsverordnung (§ 5 BBodSchG) umsetzt, nach der Grundstückseigentümer verpflichtet werden können, bei dauerhaft nicht mehr genutzten Flächen, deren Versiegelung im Widerspruch zu planungsrechtlichen

Festsetzungen steht, den Boden in seiner Leistungsfähigkeit im Sinne des § 1 soweit wie möglich und zumutbar zu erhalten oder wiederherzustellen. Die Länder können allerdings schon jetzt in Einzelfällen Anordnungen zur Entsiegelung (§ 5 BBodSchG) treffen. Derartige Flächen wären insbesondere als besonders geeignete Ausgleichsflächen darzustellen.

Die Integration von Bodenschutzbelangen in Planungs- und Gestattungsverfahren sind m. E. noch erheblich zu verbessern.

So hat z. B. eine Untersuchung zum Stand von Kompensationsmaßnahmen für das Schutzgut Boden bei Eingriffen in Baden-Württemberg ergeben, dass von den ca. 1500 Genehmigungsverfahren in den letzten 5 Jahren in Baden-Württemberg es nur ein Verfahren gab, in dem spezifische Kompensationsmaßnahmen für Eingriffe in den Boden gefordert wurden (z. B. Entsiegelungsausgleich für den Bau einer Luftgewehrschießanlage).

Da die Anstrengungen zur Ressourcenschonung neben der Fläche auch das Bodenmaterial selbst betreffen, sind die anfallenden Bodenmaterialien und sonstige Materialien schadlos und ordnungsgemäß nach den Anforderungen des § 12 BBodSchV wieder zu verwerten.

Dabei ist zu beachten, dass Böden, welche die natürlichen und Archivfunktionen in besonderem Maße erfüllen, ebenso wie Wald-, Naturschutz- und Wasserschutzgebiete, von dem Auf- und Einbringen von Materialien in und auf Böden nach § 12 Abs. 8 BBodSchV grundsätzlich ausgeschlossen werden sollen.

5.2 Zur Vorsorge vor schädlichen Bodenveränderungen

Das zweite wesentliche Ziel des Bodenschutzes, Vorsorge gegen nachteilige Einwirkungen auf den Boden zu treffen und Beeinträchtigungen seiner natürlichen Funktionen sowie seiner Funktion als Archiv der Natur- und Kulturgeschichte soweit wie möglich zu vermeiden, stellt eine besondere Herausforderung an die Integration in Planungen, insbesondere in die Bauleitplanung, dar. Zum einen sind die Schadstoffgehalte in Böden bereits bei der Darstellung und Bewertung der natürlichen Funktionen zu beachten. Sie nehmen z. B. unmittelbaren Einfluss auf die Bewertung des Ertrags- oder Filterpotenziales und somit auch bestimmter Nutzungsmöglichkeiten.

Zum anderen stellen die Schadstoffgehalte in Böden — vor allem wegen ihrer anthropogenen und ökonomischen Relevanz — eine wesentliche eigenständige Größe zur Charakterisierung von Böden dar. Demzufolge ist neben der Beschreibung der Böden, ihren natürlichen Funktionen und Nutzungsfunktionen auch ein eigenständiger Abschnitt den geogen und siedlungsbedingten Schadstoffgehalten und der Erosionsanfälligkeit zu widmen.

Eine erste Orientierung geben dabei die grundsätzlich nutzungsunabhängigen Vorsorgewerte der BBodSchV. Werden sie überschritten, so ist unter Berücksichtigung von geogenen oder großflächig siedlungsbedingten Schadstoffgehalten i. d. R. davon auszugehen, dass die Besorgnis einer schädlichen Bodenveränderung besteht. In diesen Fällen müsste zumindest der Fachbeitrag des Bodenschutzes sich mit der Frage auseinander setzen, ob von den erhöhten Schadstoffgehalten erhebliche Freisetzung oder nachteilige Auswirkungen auf die Bodenfunktion festzustellen sind und ob ggf. technische Vorkehrungen in Anlagen oder Verfahren zu den Maßnahmen zur Untersuchung und Überwachung von Böden erforderlich sind (§§ 9–12 BBodSchV). In diesen Fällen ist insbesondere zu prüfen, ob die zulässigen zusätzlichen jährlichen Frachten über alle

Wirkungspfade (§ 11 und Anhang 2 Nr. 5 BBodSchV) überschritten werden, bzw. wie diese zu reduzieren sind.

Ein Überschreiten der Vorsorgewerte verhindert grundsätzlich keine Nutzung, sollte aber Anlass sein, die vorgesehene Nutzungsentwicklung so zu optimieren, dass zumindest keine weiteren Anreicherungen und schon gar keine schädlichen Bodenveränderungen entstehen können. Die planerische Auseinandersetzung mit den Bodenschutzbelangen beginnt also nicht erst bei Überschreitung der Prüf- bzw. Maßnahmenwerte. Vielmehr hat die Planung und ihre Realisierung sicherzustellen, dass diese — bezogen auf die sensibelste mögliche Nutzung — sicher unterschritten werden.

Das heißt, dass bei der Festsetzung der Art der Nutzung nach der Baunutzungsverordnung im Hinblick auf die sichere Unterschreitung der Prüf- und Maßnahmenwerte die Bandbreite der tatsächlich möglichen Nutzungen zu berücksichtigen ist.

Bei der Baulandausweisung erzeugt der Träger der Bauleitplanung nach der Rechtsprechung des BGH das Vertrauen, ausgewiesene Nutzungen auch gefahrlos realisieren zu können. Gemeinden haben diesen Sachverhalt rechtssicher zu beurteilen. Eine Verpflichtung zur flächendeckenden Suche nach Bodenbelastungen besteht allerdings nicht.

M. E. sollte eine vorsorgeorientierte Kennzeichnung von Flächen im Bauleitplan dann erfolgen, wenn sie in allgemeiner oder spezieller Weise Handlungsempfehlungen oder Maßnahmen nach sich zieht, die sich auch aus der Abwägung ergeben haben. Dieses ist dann der Fall, wenn Vorkehrungen zu treffen sind, um weitere Schadstoffeinträge zu vermeiden oder wirksam zu vermindern, und soweit es auch im Hinblick auf den Zweck der Nutzung des Grundstücks verhältnismäßig ist. Diese Flächen wären, da es sich nicht um erhebliche umweltgefährdende Stoffbelastungen handelt, als Flächen für Maßnahmen zum Schutz des Bodens nach § 5 Abs. Nr. 10 bzw. § 9 Abs. 2 Nr. 20 BauGB zu kennzeichnen. Beispiele hierfür sind insbesondere Flächen mit erheblichen Überschreitungen der Vorsorgewerte und der zulässigen zusätzlichen Frachten pro Jahr über alle Pfade, Gebiete mit geogen oder siedlungsbedingt erhöhten Schadstoffgehalten gemäß § 12 Abs. 10 BBodSchV und Gebiete, die wegen ihrer besonderen Eignung der natürlichen und Archivfunktionen von Böden vom Auf- und Ausbringen von Materialien ausgeschlossen werden sollen (§ 12 Abs. 8 BBodSchV).

5.3 Zur Nachsorge bei schädlichen Bodenveränderungen

Das dritte Ziel des Bodenschutzes, schädliche Bodenveränderungen sowie Gewässerverunreinigung zu sanieren, wird traditionell besonders bei Planungen, insbesondere der Bauleitplanung, stärker beachtet. Hier bemüht sich die Bauverwaltung seit Jahren selbst, den Anforderungen des nachsorgenden Bodenschutzes gerecht zu werden. Dabei werden grundsätzlich die materiellen Anforderungen des Bodenschutzes zu Grunde gelegt und in das verbindliche und verbindliche Bauleitplanverfahren integriert. Allerdings wird dabei auf den umfassenden Bewertungsansatz des BauGB gegenüber dem medialen des BBodSchG verwiesen, wobei der Boden allerdings selbst eine überaus medienübergreifende Umwelteinheit darstellt.

Bestehen Ansatzpunkte für schädliche Bodenveränderungen, z. B. einzelne Prüfwertüberschreitungen, so sind von der Bodenschutzbehörde geeignete Maßnahmen gemäß § 9 Abs. 1 BBodSchG zu treffen.

Entsprechend der Kennzeichnungsvorgabe des BauGB sollen Flächen, die erheblich mit umweltgefährdenden Stoffen belastet sind, entsprechend dokumentiert werden (d. h. i. d. R.: Prüfwertüberschreitungen werden nachgewiesen).

Planerische Festlegungen der Gemeinde sind grundsätzlich zulässig, auch wenn die Prüf- und Maßnahmenwerte der BBodSchV überschritten werden, sofern der im Hinblick auf die zulässige Nutzung erforderliche Umgang mit den gefährdenden Stoffen durch geeignete rechtliche Instrumente gesichert ist. Dies kann insbesondere durch Festsetzungen im Bebauungsplan, Eintragung einer Bau- last, öffentlich rechtlichen Vertrag, Vorbehalt des bauauf- sichtslichen Verfahrens in der Begründung und insbeson- dere durch eine Kombination aus bodenschutzrechtli- chem Sanierungsplan und baurechtlichem Erschließungs- und Vorhabenplan erfolgen.

Dauerhaft verbleibende schädliche Bodenveränderungen in Bezug auf sensible Nutzungen, wie z. B. Kinderspiel- oder Nutzgartenflächen, sind zu kennzeichnen, ggf. als Eintrag in Abteilung II des Grundbuches (Lasten und Beschränkungen).

Grundsätzlich können Prüfwerte nicht als Sanierungsziel- werte interpretiert werden, da sie einen Gefahrenbezug ausdrücklich nicht, schon gar nicht dauerhaft, ausschlie- ßen. Die Sanierungsziele sollen daher sicher unterhalb der Prüfwerte liegen.

6. Resümee

Mit den Bodenschutzklauseln im ROG, BauGB und HENatG sowie dem BBodSchG und der BBodSchV bestehen verbes- serte Möglichkeiten, den Landverbrauch zu reduzieren (sparsamer Umgang) und Vorsorge und Nachsorge gegen- über schädlichen Bodenveränderungen zu betreiben (sorg- samer Umgang). Insbesondere die materiellen Vorschriften und fachlichen Grundlagen des Bodenschutzes und die Ziele und Instrumente des Bauplanungs- und Bauordnungs-

rechtes sind zu einem nachhaltigen Bodenressourcenmana- gement, das Flächen und Material umfasst, zu integrieren bzw. weiterzuentwickeln.

Dem Bodenschutz kommt dabei derzeit die Aufgabe zu, die flächenhaften Erhebungen und Bewertungen von Böden deutlich zu verbessern. Auf jeder Planungsstufe — so das Ziel — sind Böden grundsätzlich vergleichbar den übrigen Naturgütern zu erfassen und zu bewerten. Der aktuelle stoffliche Schwerpunkt in Bezug auf die Nachsorge ist durch die Belange der Vorsorge und eine Klassifikation der Archiv- und Naturhaushaltsfunktionen zu ergänzen.

Eine gesetzeskonforme Abwägung kommt schon derzeit ohne eine entsprechende Berücksichtigung nicht mehr aus.

In Hessen könnte durch die geplante HBO-Novelle eine veränderte Situation für die notwendige Verzahnung entstehen. Die Neufassung soll sich nach den aktuellen Überlegungen im formellen und materiellen Recht darauf beschränken, nur noch solche fachlichen Anforderungen zu berücksichtigen, die in den jeweiligen anderen fachge- setzlichen Bestimmungen ausdrücklich entsprechende Regelungen bzw. Verweise enthalten.

Diesem neuen strategischen Ansatz könnte von Boden- schutzseite nur zugestimmt werden, wenn das Landesbo- denschutzgesetz die entsprechenden Konzentrationsre- gelungen zu Gunsten des Bauordnungsrechtes enthalten würde oder einen eigenen entsprechenden Vollzug der Bodenschutzbelange gewährleisten würde. In einer ver- besserten Verzahnung liegen m. E. insbesondere die Chancen des vorsorgenden Bodenschutzes, nicht auf einer verstärkten Abgrenzung. Die Verzahnung ist erheb- lich zu verbessern.

Dr. Helmut Arnold
Hessisches Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Forsten
und Naturschutz, Mainzer Straße 100, 65189 Wiesbaden

Literatur

- [1] Baugesetzbuch vom 27. August 1997, BGBl. I, 61, S. 2142.
- [2] BRANDT, E. & SANDEN, J. (1999): Verstärkter Bodenschutz durch die Verzahnung zwischen Bau- und Raumordnungs- recht und Bodenschutzrecht; in: UPR 1999/10; S. 367— 374.
- [3] Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung vom 12. Juli 1999; BGBl. I, S. 1554.
- [4] Deutscher Bundestag (Hg., 1998): Abschlussbericht der Enquête-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ Zur Sache, 98, 4; Bonn.
- [5] Dosch, F. und G. Beckmann (1999): Trends und Szenarien der Siedlungs-Flächenentwicklung bis 2010. In: Informa- tionen zur Raumentwicklung (11/12), S. 827—841; Bonn.
- [6] Europarat: Europäische Bodencharta 1972; in: ROSENKRANZ et. al. (Hg., seit 1988) Bodenschutz; ergänzendes Hand- buch, 8902, Berlin.
- [7] Gesetz zum Schutz des Bodens vom 17. März 1998; BGBl. I, S. 502.
- [8] Gesetz zur Ausführung und Ergänzung des Bundes- Bodenschutzgesetzes in Nordrhein-Westfalen; Entwurf vom 1. Dezember 1899; Landtagsdrucksache 12/4475.
- [9] Gesetz zur Einführung des Niedersächsischen Boden- schutzgesetzes und zur Änderung des Niedersächsischen Abfallgesetzes vom 19. Februar 1999; Nds. GVBl. Nr. 4 1999, S. 46.
- [10] Hessisches Abfallwirtschafts- und Altlastengesetz vom 26. Februar 1991; GVBl. I, S. 764.
- [11] Hessisches Altlastengesetz (HAltlastG) vom 20. Dezember 1994; GVBl. I, S. 764.
- [12] Hessische Bauordnung vom 20. Dezember 1993; GVBl. I, S. 655.
- [13] Hessisches Ministerium des Innern und für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz (Hg. 1998): Bodenschutz in der Landschaftsplanung; Wiesbaden.
- [14] Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Lan- desentwicklung (Hg. 2000): Eckpunkte für die HBO- Novelle. Wiesbaden.
- [15] Hessisches Naturschutzgesetz vom 19. Dezember 1994; GVBl. I, S. 775.
- [16] Landrat Landkreis Goslar (Hg., 1999): Informationen zum Bodenschutz. Goslar.
- [17] Raumordnungsgesetz vom 18. August 1997 ; BGBl. I, S. 2081.

Hessischer Umwelt-Zahlenspiegel

1. Hydrologische Daten nach Messstellen	10
2. Gewässerbelastung nach Messstellen und Komponenten	11
3. Luftbelastung nach Messstellen	13

Hessischer Umwelt-Zahlenspiegel

1. Hydrologische Daten nach Messstellen

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	1999	2000	1999		2000				2001	
		Durchschnitt		3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Lufttemperatur	Mittel [°C]										
Station: Frankfurt/M.- Flughafen		11,3		19,7	6,13	5,27	15,9	17,4	7,70	4,67	13,9
Niederschlag	Summe [mm]										
Station: Hofgeismar- Beberbeck	"	851		233	220	279	137	227	122	-	178
Marburg- Lahnberge	"	688		197	177	167	148	246	164	231	203
Schotten- Eichelsachsen	"	850		225	224	179	127	343	217	255	196
Abfluss	Mittel [m³/s]										
Pegel: Helmarshausen/ Diemel	"	15,3		7,47	10,8	30,0	10,7	7,57	7,20	18,1	13,0
Rotenburg/Fulda		22,3		8,80	19,2	42,5	12,3	13,5	21,9	46,1	22,0
Aßlar/Dill		9,32		2,10	8,67	18,6	3,60	4,43	9,00	21,7	8,10
Marburg/Lahn	"	16,5		5,17	16,7	29,5	7,13	8,87	14,3	37,9	13,5
Hanau/Kinzig	"	10,9		3,73	10,0	18,4	5,27	5,30	11,2	24,6	10,0
Bad Vilbel/Nidda	"	10,5		4,50	8,67	15,6	5,30	6,83	13,0	28,4	11,5
Talsperren	Mittel [Mio m³]										
Edertalsperre	"	141		135	141	169	192	139	103	177	199
Diemeltalsperre	"	13,9		14,4	13,9	16,3	17,5	14,5	11,7	16,5	19,5
Grundwasserstand	Mittel [NN + m]										
Messstelle: Bracht	"	257,69	257,84	257,73	257,25	257,87	258,06	257,78	257,63	258,09	258,78
Bauschheim	"	86,61	86,56	86,77	86,39	86,63	86,68	86,41	86,52	87,14	87,28
Lampertheim	"	86,94	87,22	87,02	86,72	87,18	87,44	87,18	87,09	87,61	87,82
Beberbeck	"	225,72	225,28	226,25	225,19	225,29	225,77	225,32	224,75	224,53	224,88
Zell	"	314,49	314,21	314,76	314,35	314,32	314,34	314,12	314,04	314,26	314,79
Schwalbach	"	272,76	272,65	272,68	271,36	271,67	272,94	272,76	273,24	274,72	275,16
Kath. Willenroth	"	296,35	295,99	296,80	265,81	296,05	296,42	295,90	295,57	296,20	296,82
Langstadt	"	128,22	128,23	128,38	128,18	128,15	128,31	128,25	128,21	128,47	129,20
Weissenborn	"	214,51	214,27	215,52	212,80	214,85	215,82	214,07	212,34	213,46	215,44

2. Gewässerbelastung nach Messstellen und Komponenten

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	1997	1998	1999	2000				2001	
		Durchschnitt			1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Messstation Bischofsheim Main Flusskm 4,0										
Abfluss	m³/s	183		253						
Temperatur	Grad C	14,0	13,4	14	6,2	17,6	20,46	11,1	5,9	15,4
Sauerstoff	mg/l	9,1	9	10,4	12,1	8,6	6,9	9,9	12,4	11,3
pH		7,8	7,8	7,8	7,7	7,7	7,4	7,6	7,7	8
NH ₄ -N	mg/l	0,15	0,09	0,08	0,10	<0,07	<0,07	<0,07	0,1	0,09
NO ₃ -N	mg/l	6,1	5,4	5,2	5,3	5,0	4,5	4,7	4,9	4,4
Gesamt-N ¹⁾	mg/l	7,1	6,1	5,5	6	6,4	5,4	5,8	6,0	5,3
o-PO ₄ -P	mg/l	0,09	0,08	0,06	0,10	0,08	0,13	0,08	<0,05	<0,05
Gesamt - P ²⁾	mg/l	0,23	0,27	0,19	0,19	0,18	0,23	0,20	0,22	0,14
Leitfähigkeit	mS/m	70	68	71	57	71	72	70	58	64
Chlorid	mg/l	60	53	53	39	51	56	51	41	42
TOC	mg/l	8,1	4,3	4,3	3,4	3,0	7,4	4,7	-	6,2
EDTA	µg/l	21,87	14,5	12,4	7,3	10,3	12,6	16,4	10,1	-
Messstation Oberbief Lahn Flusskm 19,1 ³⁾										
Abfluss	m³/s	23,4	44,8							
Temperatur	Grad C	13,0	11,4	12,2	5,4	15,9	17,1	9,3	4,8	13,6
Sauerstoff	mg/l	10,1	10,2	10,7	12,2	10,1	9,0	10,9	11,7	10,7
pH		8,0	7,9	8,1	7,8	8,0	7,8	7,8	7,7	7,8
NH ₄ -N	mg/l	0,49	0,38	0,13	0,16	0,07	0,08	<0,07	0,19	0,09
NO ₃ -N	mg/l	4,6	4	3,8	3,5	3,7	3,5	3,2	3,2	3,2
Gesamt-N ¹⁾	mg/l	5,8	4,9	4,4	3,0	4,8	4,4	4,2	3,9	3,7
o-PO ₄ -P	mg/l	0,12	0,13	0,09	0,07	0,14	0,19	0,07	<0,05	<0,05
Gesamt - P ²⁾	mg/l	0,27	0,25	0,21	0,12	0,22	0,26	0,28	0,16	0,17
Leitfähigkeit ³⁾	mS/m	37	31	34	23	37	32	29	26	31
Chlorid	mg/l	33	27	30	20	30	26	22	26	25
TOC	mg/l	4,4	9,9	3,9	2,5	3,1	3,3	4,2	3,6	3,7

Anmerkungen siehe Seite 13.

Noch: 2. Gewässerbelastung nach Messstellen und Komponenten

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	1997	1998	1999	2000				2001	
		Durchschnitt			1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Messstation Letzter Heller Werra Flusskm 83,9										
Abfluss	m³/s	40	56,4	50,4						
Temperatur	Grad C	9,5	9,7	10,1	4,3	13,4	20,9	9,1	5,7	14,5
Sauerstoff	mg/l	12	11,9	12,1	11,4	14,3	7,6	11,5	13,5	13,4
pH		8,2	8,2	8,1	7,9	8,3	7,8	8,2	8,1	8,3
NH ₄ -N	mg/l	0,29	0,31	0,15	0,21	0,09	<0,07	<0,07	0,17	<0,07
NO ₃ -N	mg/l	3,8	3,8	3,2	4,1	3,6	1,9	3,8	4,4	3,9
Gesamt-N ¹⁾	mg/l	4,6	4,7	4,5	-	4,7	2,2	-	5,9	4
o-PO ₄ -P	mg/l	0,12	0,12	0,06	0,08	0,06	0,06	0,16	0,09	<0,05
Gesamt - P ²⁾	mg/l	0,22	0,19	0,14	0,14	0,14	0,09	0,21	0,2	0,15
Leitfähigkeit	mS/m	747	597	450	356	425	440	560	477	471
Chlorid	mg/l	1995	1626	996	-	1190	-	-	-	1204
TOC	mg/l	5,1	5,2	4	3,3	2,8	2,7	4,6	5,8	4,6
Messstation Wahnhausen Fulda Flusskm 93,5										
Abfluss	m³/s	47,3	76,2	65						
Temperatur	Grad C	10,7	10,7	11,5	4,7	15,9	19,7	10,1	4,6	17,1
Sauerstoff	mg/l	11,0	10,8	11,1	12	11,2	8,9	9,5	10,8	11,7
pH		7,8	7,8	7,8	7,6	7,8	7,7	7,7	7,6	7,9
NH ₄ -N	mg/l	0,26	0,11	0,14	0,29	0,22	<0,07	0,07	0,2	0,07
NO ₃ -N	mg/l	4,1	4	3,4	3,6	3,4	3,4	3,0	3,8	3,5
Gesamt-N ¹⁾	mg/l	4,7	4,6	4	-	4,7	3,5	-	4,3	4,0
o-PO ₄ -P	mg/l	0,10	0,08	<0,05	0,07	0,07	0,07	0,07	0,06	<0,05
Gesamt - P ²⁾	mg/l	0,22	0,14	0,12	0,10	0,17	0,1	0,15	0,17	0,15
Leitfähigkeit	mS/m	48	43	47,5	37	49	47	48	41	46
Chlorid	mg/l	61	52	50	34	51	42	35	42	45
TOC	mg/l	4,7	3,9	3,5	3	2,8	7,2	5,3	4,8	4,7
EDTA	µg/l	6,3		2,9	<1	1,9	2,7		2,1	1,9

Noch: 2. Gewässerbelastung nach Messstellen und Komponenten

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	1997	1998	1999	2000				2001	
		Durchschnitt			1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Messstation Mainz- Wiesbaden Rhein Flusskm 498,5										
Abfluss	m³/s	1400	1518	2112	-	-				
Temperatur	Grad C	14,6	15,1	14,5	7,8	17,3		12,8	7,7	
Sauerstoff	mg/l	9,4	9,4	8,2	11,6	9,1		9,6	11,5	
pH		7,9	7,8	7,9	7,9	7,9		7,8	7,9	
NH ₄ -N	mg/l	0,11	0,09	0,07	0,10	0,06		0,08	0,11	
NO ₃ -N	mg/l	2,5	2,6	2,5	3,1	2,2		2,4	3,2	
Gesamt-N ¹⁾	mg/l	3,4	3,4	3,3	3,5	3,0		2,8	3,8	
o-PO ₄ -P	mg/l	0,06	0,07	0,05	0,06	0,05		0,06	0,06	
Gesamt - P ²⁾	mg/l	0,09	0,11	0,08	0,09	0,07		0,09	0,11	
Leitfähigkeit	mS/m	57	52	45	48	47		51	45	
Chlorid	mg/l	84	62	-	-	52		50	-	
TOC	mg/l	2,9		3,5	7,5	3,0		2,9	3,6	
EDTA	µg/l	6,7	5,8	5,1	-	-		5,9	-	

- 1) – Gesamt - N – Gesamtstickstoff ist die Summe des in organischen und anorganischen Stickstoffverbindungen enthaltenen Stickstoffs (Nitrat-, Nitrit-, Ammoniumstickstoff sowie der organisch gebundene Stickstoff, Nachweis durch Aufschluss).
- 2) – Gesamt - P – Summe der Polyphosphate und vieler Organophosphorverbindungen, die durch Aufschluss zu Orthophosphat um gesetzt und bestimmt werden.
- 3) – vorl. Abflusswerte.

3. Luftbelastung nach Messstellen a) Temperatur in °C

Messstelle	Qm. 1998	Quartalsmittel 1999				Quartalsmittel 2000				Qm. 2001	
	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Kassel-Nord (Nordhessen)	4,5	4,0	13,7	18,6	5,8	4,5	14,9	16,5	7,4	3,3	12,9
Gießen (Mittelhessen)	4,1	3,8	13,1	18,0	4,8	3,7	14,2	16,3	6,9	3,5	13,7
Viernheim (Süd Hessen)	5,8	4,9	15,8	20,8	6,6	5,6	16,6	18,4	8,5	5,4	15,1

Noch: 3. Luftbelastung nach Messstellen
 b) Stickstoffmonoxid in $\mu\text{g}/\text{m}^3$

Messstelle	Qm. 1998	Quartalsmittel 1999				Quartalsmittel 2000				Qm. 2001	
	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Bad Arolsen	-	-	-	3	4	2	2	2	4	4	2
Bebra	17	13	7	8	16	10	6	9	16	14	5
Borken	8	5	3	4	7	5	2	4	7	7	2
Darmstadt	28	28	7	8	25	20	7	10	29	24	6
Darmstadt-Hügelstraße	125	146	159	149	135	125	140	180	138	150	129
Dillenburg	52	52	31	37	56	41	30	36	52	57	29
Ffm.-Friedb.Landstraße	99	83	59	82	107	75	75	76	116	96	51
Ffm.-Höchst	55	50	21	25	55	42	22	27	70	62	16
Ffm.-Ost	60	54	19	25	68	47	24	32	77	47	19
Frankenberg	5	5	3	3	5	4	2	2	6	4	2
Fulda	44	42	29	39	46	39	34	39	50	51	24
Fürth/Odenwald	5	4	3	3	4	2	2	2	2	4	2
Gießen	52	48	23	21	58	51	21	26	56	51	19
Grebenau	5	4	3	3	5	4	2	4	4	4	2
Hanau	55	52	21	23	55	39	20	26	57	46	19
Kassel Fünffensterstr.	-	-	-	59	95	64	52	67	104	84	46
Kassel-Nord	35	28	19	23	37	24	19	27	36	42	17
Königstein	5	4	3	3	5	4	2	2	5	5	2
Lampertheim	-	-	-	-	-	12	6	9	26	14	4
Limburg	29	31	11	12	32	21	12	16	42	36	10
Linden	19	19	5	9	20	16	9	9	17	17	5
Marburg	29	25	7	9	29	21	7	12	39	30	6
Michelstadt	-	-	-	5	20	14	6	7	26	20	5
Nidda	13	11	4	4	13	9	4	5	9	7	4
Offenbach	39	40	12	15	51	34	11	17	39	35	10
Raunheim	40	37	12	16	42	35	16	24	56	47	11
Riedstadt	25	24	5	7	23	17	7	10	30	24	5
Spessart	4	4	3	3	4	2	2	2	4	4	2
Viernheim	35	32	8	8	31	22	10	14	40	34	7
Wasserkuppe	-	-	-	-	-	-	-	2	2	2	2
Wetzlar	56	54	21	21	60	47	22	25	72	62	21
Wiesbaden-Ringkirche	129	116	68	88	133	90	64	79	121	97	55
Wiesbaden-Süd	35	35	11	15	40	32	14	19	54	41	11
Witzenhausen	3	3	3	3	3	2	2	2	2	2	2
Zierenberg	-	-	-	-	-	-	2	2	4	4	2

Noch: 3. Luftbelastung nach Messstellen
c) Stickstoffdioxid in µg/m³

Messstelle	Qm. 1998	Quartalsmittel 1999				Quartalsmittel 2000				Qm. 2001	
	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Bad Arolsen	-	-	-	11	21	15	8	10	16	17	8
Bebra	29	31	25	26	33	30	23	20	22	24	15
Borken	24	22	13	14	21	20	13	13	23	24	12
Darmstadt	39	39	31	38	40	40	29	29	34	34	23
Darmstadt-Hügelstraße	51	59	68	70	53	57	69	63	52	60	67
Dillenburg	46	46	38	41	43	42	43	38	39	42	37
Ffm.-Friedb.Landstraße	54	62	63	71	56	63	79	69	68	74	58
Ffm.-Höchst	45	50	45	48	48	46	45	39	53	62	41
Ffm.-Ost	52	44	40	47	52	52	41	38	48	43	34
Frankenberg	18	16	7	7	17	15	7	8	16	16	7
Fulda	39	41	37	39	39	37	40	33	33	39	31
Fürth/Odenwald	24	23	8	8	20	16	9	11	17	17	8
Gießen	45	46	40	41	45	46	40	36	41	46	36
Grebenau	19	16	10	11	18	14	9	10	14	16	9
Hanau	52	49	41	45	50	45	43	40	49	55	42
Kassel-Fünffensterstr.	-	-	-	60	55	49	56	48	47	49	47
Kassel-Nord	33	35	31	36	34	32	33	32	30	35	27
Königstein	21	19	11	12	20	17	11	11	21	20	10
Lampertheim	-	-	-	-	-	26	16	16	24	26	17
Limburg	35	38	29	31	33	31	27	26	30	38	28
Linden	32	31	20	23	30	28	20	20	28	30	18
Marburg	36	37	26	32	41	35	30	20	33	40	23
Michelstadt	-	-	16	16	26	25	20	17	24	30	17
Nidda	34	32	20	22	31	29	15	16	26	26	15
Offenbach	47	46	37	44	53	49	36	35	38	44	36
Raunheim	36	39	35	41	39	38	37	37	37	44	32
Riedstadt	41	39	22	29	35	33	24	26	33	37	20
Spessart	20	16	8	9	21	18	7	9	16	15	7
Viernheim	40	41	27	30	39	38	29	29	37	42	28
Wasserkuppe	-	-	-	-	-	-	6		9	9	6
Wetzlar	39	42	38	41	41	40	37	32	36	44	35
Wiesbaden-Ringkirche	51	57	65	77	63	59	66	64	60	61	52
Wiesbaden-Süd	36	40	36	42	44	43	38	34	40	46	31
Witzenhausen	17	15	8	8	17	12	6	8	13	13	8
Zierenberg	-	-	-	-	-	-	11	10	16	18	9

Noch: 3. Luftbelastung nach Messstellen
d) Ozon in µg/m³

Messstelle	Qm. 1998	Quartalsmittel 1999				Quartalsmittel 2000				Qm. 2001	
	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Bad Arolsen	-	-	-	76	39	49	78	54	31	42	75
Bebra	22	31	55	49	22	34	57	37	20	31	61
Borken	33	45	66	60	29	41	67	48	28	39	66
Darmstadt	20	29	59	56	21	28	58	38	20	25	55
Dillenburg	18	23	41	33	15	21	39	23	10	17	44
Ffm.-Höchst	12	21	45	41	16	24	45	32	13	20	51
Ffm.-Ost	14	24	53	42	16	24	51	31	12	23	59
Frankenberg	35	50	79	76	37	49	79	54	28	41	80
Fulda	21	29	51	41	19	28	48	35	21	29	58
Fürth/Odenwald	36	50	85	83	41	54	88	68	42	52	85
Gießen	12	21	43	69	11	18	42	26	11	19	50
Grebenau	28	41	70	63	29	41	77	52	32	42	73
Hanau	16	27	53	48	20	29	55	37	15	23	57
Kassel-Nord	24	35	53	43	23	36	53	34	20	28	55
Königstein	31	49	79	72	35	45	79	54	27	36	77
Lampertheim	-	-	-	-	-	40	49	32	16	28	54
Limburg	23	32	54	46	22	31	49	36	21	26	59
Linden	29	34	54	50	26	35	52	40	21	29	60
Marburg	16	28	55	48	17	30	53	24	12	24	62
Michelstadt	-	-	-	56	26	36	55	43	22	31	56
Nidda	21	34	65	62	22	32	66	47	21	33	67
Offenbach	16	20	51	47	13	21	50	32	11	19	54
Raunheim	16	29	53	46	20	30	53	38	17	24	59
Riedstadt	19	31	57	50	21	36	62	46	22	32	68
Spessart	34	45	82	75	42	54	92	72	38	53	92
Viernheim	15	25	58	56	20	27	56	41	15	24	57
Wasserkuppe	-	-	-	-	-	-	82		58	67	98
Wetzlar	19	21	41	37	14	22	40	29	11	16	50
Wiesbaden-Süd	18	28	54	51	20	27	53	38	13	22	57
Witzenhausen	41	53	86	85	42	53	90	66	45	52	86
Zierenberg	-	-	-	-	-	-	75	47	27	42	79

Noch: 3. Luftbelastung nach Meßstellen
 e) Schwefeldioxid in µg/m³

Meßstelle	Qm. 1998	Quartalsmittel 1999				Quartalsmittel 2000				Qm. 2001	
	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Bad Arolsen	-	-	-	3	4	3	3	3	3	3	3
Bebra	5	5	4	3	5	4	3	3	3	4	3
Borken	5	5	4	3	4	4	3	3	3	4	3
Darmstadt	7	7	4	3	7	7	3	3	5	6	3
Dillenburg	5	6	4	3	4	4	3	3	3	4	3
Ffm.-Höchst	10	9	5	5	8	7	4	4	6	8	3
Ffm.-Ost	12	10	4	4	8	7	3	3	7	8	4
Frankenberg	4	4	3	3	3	3	3	3	3	3	3
Fulda	5	5	3	3	5	5	3	3	3	5	3
Fürth/Odenwald	5	5	3	4	5	5	3	3	3	3	3
Gießen	6	5	4	4	6	5	3	3	3	4	3
Grebenau	4	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3
Hanau	12	12	4	4	9	9	4	3	8	9	4
Kassel-Nord	7	6	4	4	5	4	3	3	4	6	4
Königstein	5	4	3	3	4	3	3	3	3	3	3
Lampertheim	-	-	-	-	-	5	3	3	4	4	3
Limburg	5	5	3	3	4	5	3	3	4	5	3
Linden	7	5	3	3	4	4	3	3	3	4	3
Marburg	7	7	3	3	5	5	3	3	4	5	3
Michelstadt	-	-	3	3	7	6	3	3	5	7	3
Nidda	5	5	3	3	5	5	3	3	3	4	3
Offenbach	7	9	4	4	7	8	4	3	5	7	3
Raunheim	7	12	6	4	8	7	3	3	5	10	4
Riedstadt	6	5	3	3	5	5	3	3	3	4	3
Spessart	5	5	3	3	4	3	3	3	3	3	3
Viernheim	10	10	5	4	8	9	4	3	6	8	4
Wasserkuppe	-	-	-	-	-	-	-	3	3	3	3
Wetzlar	5	5	3	3	4	4	3	3	3	3	3
Wiesbaden-Süd	9	9	5	4	8	8	4	3	5	6	4
Witzenhausen	4	3	4	3	4	3	3	3	3	3	3
Zierenberg	-	-	-	-	-	-	3	3	3	3	3

Noch: 3. Luftbelastung nach Messstellen
f) Kohlenmonoxid in mg/m³

Messstelle	Qm. 1998	Quartalsmittel 1999				Quartalsmittel 2000				Qm. 2001	
	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Darmstadt	0,7	0,8	0,4	0,4	0,5	0,5	0,3	0,3	0,5	0,5	0,3
Darmstadt-Hügelstraße	1,4	1,4	1,8	1,8	1,5	1,3	1,4	1,5	1,2	1,4	1,1
Ffm.-Friedb. Landstraße	1,8	1,7	1,6	1,8	1,3	1,0	1,1	1,0	1,4	1,4	0,8
Ffm.-Höchst	0,8	0,8	0,5	0,5	0,7	0,7	0,5	0,4	0,7	0,7	0,3
Fulda	0,6	0,6	0,5	0,5	0,6	0,5	0,4	0,4	0,6	0,6	0,4
Gießen	0,9	0,8	0,5	0,5	0,7	0,7	0,4	0,5	0,6	0,7	0,4
Hanau	0,8	0,8	0,5	0,5	0,8	0,8	0,7	0,5	0,6	0,6	0,3
Kassel-Fünffensterstr.	-	-	-	1,3	1,5	1,3	1,0	1,1	1,4	1,2	0,8
Kassel-Nord	0,7	0,7	0,5	0,4	0,6	0,5	0,4	0,4	0,5	0,7	0,4
Limburg	0,7	0,6	0,4	0,3	0,6	0,5	0,4	0,4	0,6	0,6	0,3
Linden	0,5	0,5	0,4	0,4	0,5	0,4	0,3	0,2	0,3	0,4	0,2
Offenbach	0,7	0,7	0,4	0,5	0,7	0,6	0,5	0,5	0,7	0,6	0,3
Raunheim	0,8	0,8	0,5	0,5	0,7	0,7	0,4	0,4	0,7	0,7	0,3
Viernheim	0,6	0,6	0,3	0,3	0,5	0,5	0,3	0,3	0,5	0,5	0,2
Wetzlar	0,9	0,9	0,5	0,5	0,7	0,6	0,5	0,4	0,7	0,7	0,3
Wiesbaden-Ringkirche	2,2	2,1	1,4	1,6	2,0	1,7	1,3	1,4	1,9	1,7	1,0
Wiesbaden-Süd	0,8	0,7	0,5	0,5	0,7	0,6	0,5	0,4	0,6	0,6	0,3
Zierenberg	-	-	-	-	-	-	0,2	0,1	0,2	0,2	0,2

Noch: 3. Luftbelastung nach Messstellen
g) Kohlenwasserstoffe (ohne Methan) in µg/m³

Messstelle	Qm. 1998	Quartalmittel 1999				Quartalmittel 2000				Qm. 2001	
	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Ffm.-Höchst	93	93	57	57	107	113	67	40	87	80	40
Ffm.-Ost	93	93	57	79	86	73	40	40	67	67	47
Kassel-Nord	93	86	64	57	57	47	113	53	80	87	47
Riedstadt	43	50	29	29	57	47	27	27	40	33	20

Noch: 3. Luftbelastung nach Messstellen
h) Staub in $\mu\text{g}/\text{m}^3$; ab 1. Quartal 2000 PM 10* in $\mu\text{g}/\text{m}^3$

Messstelle	Qm. 1998	Quartalsmittel 1999				Quartalsmittel 2000				Qm. 2001	
	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Bad Arolsen	-	-	-	26	19	18	19	20	14	16	16
Bebra	26	27	26	28	23	21	24	23	20	25	21
Borken	22	23	21	27	21	19	19	20	15	19	25
Darmstadt	26	29	28	29	26	24	24	23	20	26	27
Darmstadt-Hügelstraße	-	-	-	-	-	35	32	33	31	38	34
Dillenburg	29	29	27	28	27	23	26	27	23	25	34
Ffm.-Höchst	31	32	29	28	27	26	25	25	24	34	33
Ffm.-Ost	35	38	38	36	37	34	31	30	28	33	25
Fulda	28	31	32	33	24	24	23	20	21	25	32
Gießen	32	34	32	32	28	26	25	32	32	28	22
Hanau	32	33	28	25	26	24	22	23	21	25	22
Kassel-Fünffensterstr.	-	-	-	-	-	32	33	32	37	38	31
Kassel-Nord	29	29	32	30	29	24	26	27	22	24	30
Lampertheim	-	-	-	-	-	-	-	13	12	16	18
Limburg	27	27	27	28	24	22	22	22	19	24	13
Marburg	29	30	34	31	26	23	26	23	20	23	29
Michelstadt	-	-	-	23	21	20	19	18	17	29	27
Nidda	23	23	23	24	20	20	18	18	14	22	22
Offenbach	32	33	30	37	44	43	41	44	20	24	27
Raunheim	29	28	28	28	27	27	24	24	23	24	18
Riedstadt	25	26	27	30	23	23	24	25	20	21	21
Viernheim	27	29	27	26	25	26	21	21	22	24	19
Wasserkuppe	-	-	-	-	-	-	-	12	7	8	18
Wetzlar	32	35	32	33	31	27	29	27	26	29	13
Wiesbaden-Ringkirche	-	-	-	-	-	29	-	35	38	28	24
Wiesbaden-Süd	33	35	31	32	29	28	24	21	25	28	26

* PM 10: Partikel mit $d < 10 \mu\text{m}$

Im Zuge der gesamteuropäischen Bestrebungen zur Überwachung der Luftqualität wurde am 29.06.1999 die neue EU-Richtlinie über Grenzwerte für Schwefeldioxid, Stickstoffdioxid, Stickstoffoxide, Partikel und Blei veröffentlicht. Die Richtlinie macht eine Umstellung der bisherigen Gesamtstaubmessung auf die Fraktion der Partikel mit einem aerodynamischen Durchmesser $< 10 \mu\text{m}$ ("PM10": particulate matter $< 10 \mu\text{m}$) erforderlich (spätestens bis 19.7.2001). Die Begründung für die künftige Konzentration auf diesen Teilbereich der Partikel liegt in dem deutlich größeren Schädigungspotential der lungengängigen Feinstäube. Mit Beginn des Monats Januar 2000 wurde mit der Umstellung der Staubbmessgeräte von Gesamtstaub auf PM10 begonnen. Da für diese Komponente eine neue Messreihe beginnt, sind bis auf weiteres keine Langzeitwerte vorhanden. Vergleichsmessungen von PM10 zu Gesamtstaub haben ergeben, dass der Anteil von PM10 im Gesamtstaub in der Regel 70 - 80% beträgt. Weiterhin schreibt die Richtlinie im Falle der gasförmigen Komponenten (SO_2 , NO_2/NO) vor, das Volumen der Konzentrationsangabe ($\mu\text{g}/\text{m}^3$) auf eine Normtemperatur von 20°C zu beziehen. Ab Januar 2000 werden somit die Konzentrationen für SO_2 , NO und NO_2 nicht mehr wie bisher auf 0°C sondern auf 20°C bezogen angegeben. Hierdurch werden die berichteten Werte dieser Komponenten um ca. 7% niedriger ausfallen als bisher.

Staat und Wirtschaft in Hessen

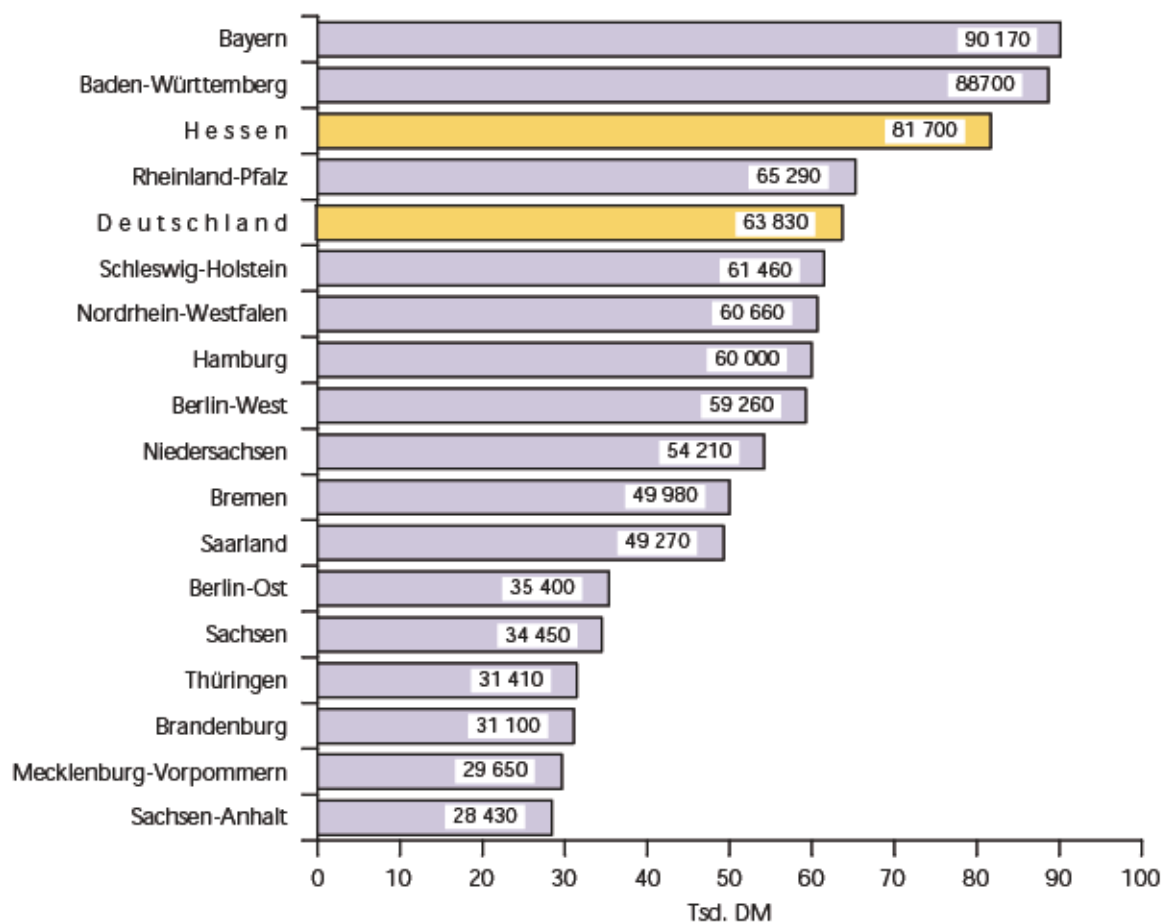
Berichte und Informationen aus der Landesstatistik

11 · 01

56. Jahrgang

Hessisches Statistisches Landesamt

Durchschnittliches Geldvermögen je Haushalt¹⁾ im Jahr 1998 nach Bundesländern
(Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998)



1) Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35 000 DM oder mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften.

HSL 62/01

Geldvermögen privater Haushalte in Hessen

Weitere Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998

Traditionell werden zum Abschluss der Einkommens- und Verbrauchsstichproben im Abstand von rund fünf Jahren die privaten Haushalte nach Art und Höhe ihres Vermögens befragt, nachdem sie zuvor bereits Angaben über die Ausstattung mit langlebigen Gebrauchsgütern gemacht und ihre laufenden Einnahmen und Ausgaben festgehalten haben. Mit einem durchschnittlichen Geldvermögen in Höhe von annähernd 82 000 DM lagen die hessischen Haushalte 1998 erneut in der Spitzengruppe mit den Haushalten aus Bayern und Baden-Württemberg. Auch der Vermögenszuwachs gegenüber 1993 war mit 18 % etwas höher als im Durchschnitt der alten Bundesländer. Unter den Arten des Geldvermögens ist nach wie vor das altbewährte Spargbuch am weitesten verbreitet. Es war in knapp acht von zehn Haushalten mit wenigstens einem Exemplar vorhanden. Aus einem durchschnittlichen Sparguthaben von fast 16 700 DM je Haushalt errechnet sich für alle Haushalte zusammen ein Betrag von etwa 45 Mrd. DM, ein Drittel mehr als Ende 1993. Der Anteil der Haushalte mit Bausparverträgen blieb unverändert bei 44 %, während Wertpapiere weiter an Attraktivität gewonnen hatten. So verfügte gut jeder zweite Haushalt — 1988 erst jeder dritte — über Wertpapiere in irgendeiner Form. Vielfach gab es gerade in diesem Teilbereich kombinierte Anlagearten, darunter auch in Verbindung mit Aktien. Neben der Haushaltsgröße und der sozialen Stellung war in erster Linie das verfügbare Einkommen ausschlaggebend für die Anlageart und insbesondere für die Höhe des Vermögens. Der Wert des gesamten Geldvermögens der hessischen Haushalte belief sich im Jahr 1998 auf fast 220 Mrd. DM. Im Übrigen standen diesem Vermögen in einer allerdings nicht so großen Anzahl von Haushalten Kreditschulden gegenüber. Sie betrugen bei einer durchschnittlichen Restschuld von gut 14 000 DM in ihrer Summe jedoch immerhin fast 7 Mrd. DM.

Methodische Vorbemerkungen

Bei den seit 1962 in der Bundesrepublik Deutschland in der Regel alle fünf Jahre durchgeführten Einkommens- und Verbrauchsstichproben (EVS) werden außer Art und Höhe der Einnahmen sowie deren Verwendung vorab Angaben über die Zusammensetzung der privaten Haushalte und ihre Ausstattung mit langlebigen Gebrauchsgütern erhoben sowie zum Abschluss Fragen zur Vermögenssituation gestellt. Sie sind damit die einzigen Erhebungen, die haushaltsbezogene Aussagen zu diesem Themenkomplex zulassen, auch wenn dabei erfahrungsgemäß eine gewisse Unterbewertung in Kauf genommen werden muss. Einerseits dürften nämlich nicht selten Vermögensbestände „vergessen“ oder zu niedrig angegeben werden, andererseits sind die Haushalte mit dem höchsten Nettoeinkommen (ab 35 000 DM monatlich) wegen zu geringer Besetzung nicht in die Erhebung einbezogen. Bei der letzten EVS im Jahr 1998 wurden die Vermögensfragen erstmals gesplittet, indem die Angaben zum Immobilienbesitz bereits zu Beginn der Erhebung ermittelt wurden, während die Fragen zum Geldvermögen ans Ende des für ein Vierteljahr zu führenden Haushaltsbuchs verlagert wurden. Damit entfiel das früher übliche Schlussinterview¹⁾, was neben einer Kostenersparnis freilich auch zur Folge hatte, dass die Vermögenswerte nicht mehr für einen einheitlichen Stichtag nachgewiesen werden können. Gerade für die Aussagen über das Geldvermögen scheint ein der-

artiges Verfahren eher nachteilig, da sie sich nun auf vier Quartalsbestände beziehen. Zudem muss davon ausgegangen werden, dass die Fälle mit geschätzten Werten noch häufiger sind als bei diesem äußerst sensiblen Bereich ohnehin schon, weil eine genaue Wertermittlung nicht selten nur zum Jahresende erfolgt (z. B. bei Zinserträgen in Sparbüchern) bzw. den Anlegern nur zu diesem Termin übermittelt wird. Wegen dieser Problematik und wegen gewisser inhaltlicher Änderungen wird bei der Darstellung der Ergebnisse auch auf einen Zeitvergleich in Details verzichtet. Die Daten zum Haus- und Grundbesitz vom Jahresbeginn 1998 wurden bereits vor längerer Zeit kommentiert²⁾.

Vorab seien zusätzlich noch einige Anmerkungen zur Problematik bei der Verwendung von Durchschnittswerten gemacht, die gerade im Zusammenhang mit Aussagen zum Vermögen leicht zu Irritationen führen können. Die ausgewiesenen Durchschnittswerte — gleichgültig ob für die Gesamtheit aller Haushalte oder für bestimmte Haushaltsgruppen — beziehen sich nicht auf einen „typischen“ Haushalt, sondern sind das rechnerische Ergebnis aus allen Einzeluntergliederungen. In welchem Umfang diese jeweils am Gesamtergebnis beteiligt sind, ist aus der ersten Spalte der Tabelle (hochgerechnete Haushaltszahlen) in Verbindung mit den Anteilswerten bei den einzelnen Vermögensformen und Haushaltsgruppen ersichtlich.

Hessische Haushalte in der Spitzengruppe

Im Jahr 1998 besaß im Durchschnitt jeder der hochgerechnet fast 2,7 Mill. hessischen Haushalte — bei einer breiten Streu-

1) Näheres zu Rechtsgrundlage, Turnus und Methoden der Erhebung siehe „Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998 mit neuem Konzept“, Staat und Wirtschaft in Hessen, 52. Jahrg., Heft 11, November 1997, Seite 294 ff.

2) Vgl. „Immobilienbesitz und Wohnverhältnisse der privaten Haushalte in Hessen im Januar 1998“, Staat und Wirtschaft in Hessen, 54. Jahrg., Heft 7/8, Juli/August 1999, Seite 208 ff.

ung im Einzelfall³⁾ — ein Geldvermögen in Höhe von 81 700 DM. Damit lagen sie im Bundesvergleich relativ knapp hinter Bayern (90 200 DM) und Baden-Württemberg (88 700 DM), aber mit deutlichem Abstand vor dem viertplatzierten Rheinland-Pfalz (65 300 DM) in der Spitzengruppe. Diese vier Länder waren auch die einzigen, die den Bundesdurchschnitt von gut 63 800 DM übertrafen. Am anderen Ende der Skala erreichten die Haushalte in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern mit einem Geldvermögen von gut 28 400 DM bzw. 29 700 DM nicht einmal ein Drittel der Höchstwerte (vgl. Schaubild auf Seite 361). Dabei waren in den Ländern im Osten der Republik gegenüber 1993 die stärksten Zuwachsraten zu verzeichnen, allerdings ausgehend von einem damals sehr niedrigen Niveau. Sie betrugen im Durchschnitt 40 % gegenüber lediglich 13 % bei den „alten“ Ländern und 16 % im Bundesdurchschnitt. In Ba-

den-Württemberg, Hessen und Bayern lagen sie mit Werten von + 21, + 18 bzw. + 17 % jedoch ebenfalls darüber, wenn auch nur relativ gering. Immerhin reichte das aber dafür aus, dass sich — in absoluten Beträgen betrachtet — die Abstände dieser drei an der Spitze liegenden alten Bundesländer gegenüber den anderen noch weiter vergrößert haben.

Die einzelnen Arten der Vermögensbildung werden in sehr unterschiedlichem Umfang genutzt, meist aber in der Kombination von mehreren Formen⁴⁾. Mit Abstand am weitesten verbreitet war — wie schon bei den vorangegangenen EVS — das altbewährte *Sparbuch*. So verfügten 1998 fast acht von zehn hessischen Haushalten über mindestens ein Sparbuch. Früher hatte diese Quote allerdings meist deutlich über 90 % gelegen. Dass der Anteil zuletzt relativ stark rückläufig war, ist sicher auf die niedrige Verzinsung der Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist und das damit verbundene Umsteigen auf Anlageformen mit besseren Renditeerwartungen zurückzuführen. Beachtlich ist andererseits die Tatsache, dass der pro Haushalt durchschnittlich angesparte Betrag um über 2200 DM bzw. um reichlich 15 % auf fast 16 700 DM angewachsen ist. Damit ist das Sparvermö-

3) Rund 8 % der hessischen Haushalte hatten 1998 keine Ersparnisse und 10 % weniger als 5000 DM; zwischen 5000 und 20 000 DM hatten gut 17 % der Haushalte zurückgelegt, 22 % zwischen 20 000 und 50 000 DM sowie 19 % zwischen 50 000 und 100 000 DM; ein Geldvermögen von 100 000 DM oder mehr besaßen immerhin gut 23 % der Haushalte.

4) Im Durchschnitt gab es pro Haushalt fast drei verschiedene Anlageformen.

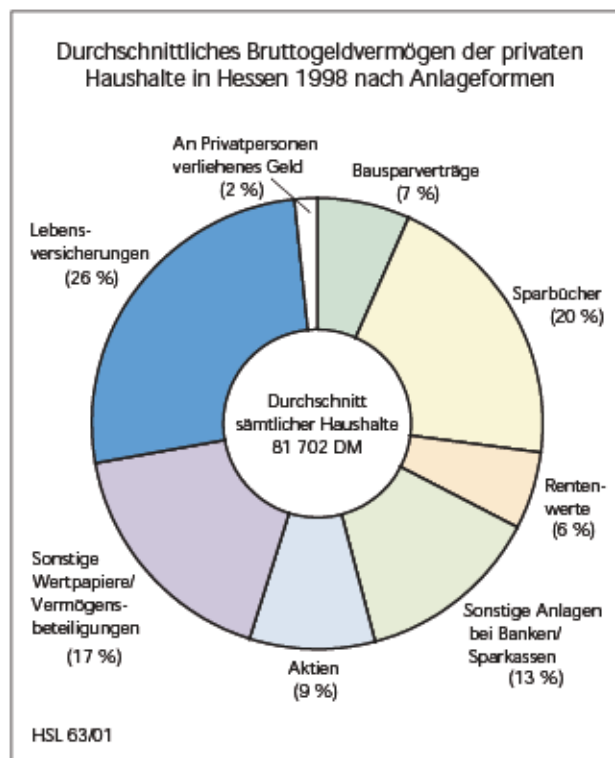
Private Haushalte mit Vermögen in Hessen 1998 nach Vermögensformen und Haushaltsgruppen

Haushaltsgruppe	Haushalte insgesamt	darunter mit Bruttogeldvermögen		und zwar mit folgender Vermögensform							
				Sparguthaben		Bausparguthaben		Wertpapieren ¹⁾		Lebensversicherungen ²⁾	
				% ³⁾	DM ⁴⁾	% ³⁾	DM ⁴⁾	% ³⁾	DM ⁵⁾	% ³⁾	DM ⁶⁾
Haushalte insgesamt	2 674	91,6	81 702	77,9	16 669	44,0	5 436	53,3	36 878	53,39	21 395
Nach der Haushaltsgröße											
1 Person	915	84,8	66 516	68,7	12 550	26,8	2 586	44,3	41 596	35,4	8 398
2 Personen	922	95,2	89 314	83,3	20 261	43,8	5 082	57,2	37 430	55,1	24 75
3 Personen	392	96,4	92 162	84,2	19 187	61,0	8 017	61,0	32 405	72,4	31 510
4 Personen	323	95,7	82 501	82,7	14 253	66,9	9 545	59,1	26 567	75,5	31 951
5 oder mehr Personen	122	89,3	102 454	74,6	18 745	59,0	10 309	51,6	39 031	67,2	33 084
Nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen											
Unter 1 800 DM	215	58,6	14 378	(43,7)	(3 598)	/	/	(19,1)	(7 522)	(18,1)	(1 736)
1 800 bis unter 2 500 DM	250	79,6	21 579	61,2	6 945	(23,6)	(1 138)	(31,2)	(9 857)	(28,0)	(3 383)
2 500 bis unter 3 500 DM	389	91,8	37 912	76,9	12 085	27,5	1 929	40,4	14 555	38,0	8 390
3 500 bis unter 5 000 DM	529	94,5	55 675	81,5	18 324	41,0	3 409	50,7	20 112	53,7	12 678
5 000 bis unter 7 000 DM	580	97,4	75 222	84,0	18 908	52,8	7 415	61,9	27 006	62,9	20 273
7 000 bis unter 10 000 DM	435	98,6	150 325	86,4	20 578	67,4	9 792	69,2	83 842	73,3	34 272
10 000 bis unter 35 000 DM	276	99,3	205 869	88,8	28 087	60,1	10 243	80,4	94 642	78,6	70 205
Nach der sozialen Stellung des Haupteinkommensbeziehers											
Selbstständige ⁷⁾	169	92,9	245 262	67,5	14 289	46,2	9 429	51,5	152 070	72,8	67 846
Beamte	124	99,2	108 753	90,3	23 017	73,4	11 222	68,5	36 778	78,2	36 470
Angestellte	867	96,9	83 512	82,5	15 290	57,4	7 405	63,2	33 083	64,2	26 752
Arbeiter	456	93,6	50 750	76,8	12 601	62,1	6 128	46,7	11 907	66,7	19 667
Nichterwerbstätige	1 057	85,4	64 230	75,1	19 187	21,4	2 204	46,6	32 348	34,2	8 548
Nach dem Haushaltstyp											
Allein lebende Frau	593	87,0	41 352	71,3	12 873	24,6	2 476	44,9	20 052	34,1	4 665
Allein lebender Mann	322	80,7	112 888	64,0	11 956	30,4	2 789	43,2	81 298	37,9	15 275
Alleinerziehende ⁸⁾	78	82,1	30 178	61,5	6 157	(28,2)	(1 864)	(37,2)	(14 787)	(46,2)	(6 730)
(Ehe-)Paare zusammen	1 279	96,0	88 525	83,9	19 425	51,5	6 620	59,9	34 435	62,9	26 738
davon											
ohne Kind	800	96,6	98 238	85,3	21 996	44,3	5 451	61,0	42 093	56,3	26 892
mit Kind(ern)	479	95,0	72 317	81,4	15 133	63,7	8 570	58,0	21 657	74,3	26 482

1) Aktien, Rentenwerte, sonst. Wertpapiere/Vermögensbeteiligungen und sonst. Anlagen bei Banken/Sparkassen. - 2) Einschl. Sterbegeld-, Ausbildungs- und Aussteuerversicherungen. - 3) Anteil an der jeweiligen Gruppe insgesamt. - 4) Durchschnittl. Guthaben je Haushalt. - 5) Durchschnittl. Wert zum Tageskurs je Haushalt. - 6) Durchschnittl. geschätzter Rückkaufwert einschl. Überschussbeteiligung bei einer unterstellten Kündigung des Vertrages im Jahr 1998 je Haushalt. - 7) Gewerbetreibende, freiberuflich Tätige und Landwirte. - 8) Unabhängig von der Zahl der Kinder.

gen aller Haushalte seit Ende 1993 um rund 11 Mrd. DM oder um ein Drittel auf 45 Mrd. DM gestiegen, zumal sich die Gesamtzahl der Haushalte in dieser Zeit ebenfalls nochmals erhöht hat. *Bausparverträge* waren — wie schon bei den letzten beiden Erhebungen — in 44 % der Haushalte vorhanden. Allerdings waren die angesparten Guthaben im Durchschnitt mit weniger als 5500 DM nicht einmal mehr halb so hoch wie Ende 1993. Das lässt darauf schließen, dass in vielen Fällen nicht mehr für den Eigenheimbau oder -kauf, sondern nur noch für eine Entschuldung oder Umbau- bzw. Renovierungsmaßnahmen gespart wird.

Ständig zugenommen haben Zahl und Anteil der Haushalte mit *Wertpapieren* im weitesten Sinne. Im Verlauf der letzten 25 Jahre hat sich der Anteil der entsprechenden Haushalte mehr als verdoppelt, sodass inzwischen gut jeder zweite Haushalt — vor zehn Jahren erst jeder dritte — zumindest einen Teil seines Vermögens in dieser Form angelegt hat. Dabei standen die „sonstigen Anlagen bei Banken/Sparkassen“ (Sparbriefe, Fest- oder Termingelder) mit einem Anteil von 38 % aller Haushalte im Vordergrund. Mit jeweils rund einem Fünftel folgten Haushalte mit Aktienvermögen bzw. „sonstigen Wertpapieren und Vermögensbeteiligungen“



(z. B. Immobilien-, Wertpapier- und Geldmarktfonds, Genossenschaftsanteile u. ä.). Jeder zehnte Haushalt war im Besitz von Rentenwerten (Pfandbriefe, Bundesschatzbriefe u. ä.). Aus der Summe dieser Werte von annähernd 90 % ist zu ersehen, dass die Haushalte, die über derartige Vermögensbestände verfügten, sie im Durchschnitt auf etwa zwei verschiedene Anlageformen verteilt hatten. Ihr Gesamtwert pro

5) Einschl. Ausbildungs- und Aussteuerversicherungen.

Haushalt erreichte knapp 37 000 DM, etwa um die Hälfte mehr als Ende 1993. Fast 54 % aller Haushalte hatten darüber hinaus mindestens eine *Lebensversicherung*⁵⁾ abgeschlossen. Ihr aktueller Rückkaufwert lag im Jahr 1998 mit durchschnittlich 21 400 DM — nur wenig mehr als fünf Jahre zuvor — etwa so hoch wie Spar- und Bausparguthaben zusammen; das war jeweils gut ein Viertel des gesamten Geldvermögens. Auf die verschiedenen Wertpapieranlagen zusammen entfielen rund 45 %, und zwar schwerpunktmäßig auf die beiden zuvor genannten „sonstigen“ Anlagearten. Letztlich hatte fast jeder zehnte Haushalt Geld an Privatpersonen verliehen, wenn auch nur in relativ geringer Höhe: Mit einem Durchschnittsbetrag von 1325 DM war das ein Anteil von deutlich weniger als 2 % des Gesamtvermögens.

Sparbücher in allen Haushaltsgruppen am häufigsten

In sämtlichen Schichten der Bevölkerung erfreut sich das altbewährte Sparbuch nach wie vor nahezu gleich großer Beliebtheit. Die wesentlichen Gründe für seine Verbreitung sind — trotz des unverändert niedrigen Zinsniveaus — die in normalen Zeiten sichere Anlage, die rasche Verfügbarkeit des Geldes, zumindest von größeren Teilbeträgen, sowie die Möglichkeit, auch in geringerem Umfang immer dann etwas anzusparen, wenn gerade einmal Geld übrig ist. Dass höhere Beträge in der Regel anderweitig angelegt werden, zeigt sich in der längerfristig unterdurchschnittlichen Zunahme der Sparguthaben, die in den meisten Haushaltsgruppierungen schon seit einiger Zeit nicht mehr die größten Vermögensbestände darstellen.

Mit einem Anteil von 90 % lagen Beamtenhaushalte nach den Ergebnissen der EVS 1998, unter Heranziehung der üblichen Gliederungskriterien der privaten Haushalte, am weitesten über dem „Durchschnittshaushalt“. Weniger oft waren Sparbücher bei selbstständigen Gewerbetreibenden oder freiberuflich Tätigen sowie bei Nichterwerbstätigen mit Anteilen von knapp 68 bzw. 75 % vorhanden. Während dies bei Selbstständigen zum Teil mit der stärkeren Nutzung anderer Vermögensanlagen zusammenhängt, spielt bei den „Nichterwerbstätigen“ sicher die sehr heterogene Zusammensetzung eine Rolle. Unter diesem Begriff sind nämlich alle Haushalte von Rentnern, Pensionären, Arbeitslosen oder Sozialhilfeempfängern ebenso subsumiert wie solche, die ihren Lebensunterhalt nicht aus ihrer Erwerbstätigkeit bestreiten, also Personen, die von Erträgen ihres Vermögens leben. Er umfasst aber auch nicht erwerbstätige Studenten mit eigener Haushaltsführung, unabhängig davon, ob sie BAföG beziehen oder das Studium durch Eltern, Verwandte oder andere Quellen finanziert wird. Eine gewisse Übereinstimmung besteht allerdings insofern, als es sich in der gesamten Gruppe häufig um Alleinstehende oder auch um ältere Menschen handelt. So waren denn unter den allein lebenden Männern und Frauen Sparbücher mit Anteilen von 64 % bzw. gut 71 % weniger oft zu finden als in Haushalten mit

mehreren Personen. Sogar noch niedriger lag der Anteil von Sparbuchinhabern bei Haushalten mit einem monatlichen Nettoeinkommen von unter 2500 DM sowie bei Alleinerziehenden mit jeweils reichlich 61 %.

Hinsichtlich der Höhe der Sparguthaben stellten sich die Verhältnisse jedoch etwas anders dar. Einerseits hatten die Beamtenhaushalte mit 23 000 DM im Durchschnitt — abgesehen von Haushalten mit mindestens 10 000 DM Nettoeinkommen im Monat — auch die höchsten Beträge angespart; andererseits hatte jedoch das Sparguthaben für Nichterwerbstätige und für allein lebende, häufig ältere Frauen, also eine in weiten Teilen deckungsgleiche Gruppe von Haushalten, mit einem Anteil von jeweils rund 30 % ihres Geldvermögens eine besondere Bedeutung. Relativ am schlechtesten waren die Alleinerziehenden mit einem durchschnittlichen Sparguthaben von weniger als 6200 DM und am besten die (Ehe-)Paare ohne Kinder, das heißt ohne Kinder im gemeinsamen Haushalt, mit 22 000 DM gestellt. Die evidente Abhängigkeit der angesparten Beträge von der Einkommenssituation, wie übrigens auch der Anlage-Häufigkeit und der Guthaben bei allen anderen Vermögensformen, sei nur am Rande erwähnt.

Bausparverträge am häufigsten bei Familien mit Kindern

Das Bausparen ist bei den einzelnen Haushaltsgruppen sehr unterschiedlich ausgeprägt. So ist die Spanne in der Häufigkeitsverteilung beim Bausparen größer als bei anderen Anlageformen; auch die angesparten Beträge unterscheiden sich ganz erheblich. Das dürfte im Wesentlichen in der recht engen Zweckbindung dieser Sparform an den Erwerb bzw. die Renovierung von Gebäude- und Wohnungseigentum sowie den langen Laufzeiten bei relativ niedrigem Zinsertrag begründet sein. Dazu kommt, dass in vielen Fällen — insbesondere bei älteren Menschen — der Immobilienbesitz bereits schuldenfrei ist und daher kein Bausparvertrag mehr abgeschlossen wird. So ist es nicht verwunderlich, dass nur gut jeder fünfte Haushalt von Nichterwerbstätigen und jeder vierte Haushalt von Alleinstehenden einen Bausparvertrag besaß. Andererseits verfügten zwei Drittel der Haushalte mit vier Personen und 64 % der Paare mit Kind(ern) über Bausparguthaben. Am oberen Ende der Skala standen aber — wie bei den Sparbüchern — die Beamtenhaushalte, von denen fast drei Viertel einen Bausparvertrag hatten.

Die angesparte Summe war bei den Beamtenhaushalten mit gut 11 200 DM ebenfalls am höchsten. Ansonsten lag sie in den meisten Haushaltsgruppen zwar unter 10 000 DM, aber doch deutlich über dem Durchschnitt aller Haushalte (5436 DM), weil dieser durch den hohen Anteil von Einpersonenhaushalten an der Gesamtzahl gerade bei dieser Anlageform kräftig nach unten gedrückt wird. Gemessen am Gesamtvermögen spielt das Bausparguthaben mit einem Anteil

von fast immer weniger als einem Zehntel bei den meisten Haushaltsgruppen nur eine untergeordnete Rolle.

Mehr Wertpapiere mit steigendem Einkommen

Wie bereits eingangs erwähnt, hat die Geldanlage in Form von Wertpapieren vor allem in den letzten beiden Jahrzehnten am stärksten an Bedeutung gewonnen. Dabei mag die Feststellung überraschen, dass es bei der Verbreitung dieser Vermögensform zwischen den meisten Haushaltsgruppen keine besonders extremen Unterschiede gab. Der Besitz von Wertpapieren ist also nicht mehr unbedingt das Privileg einer bestimmten Gesellschaftsschicht, obwohl das zur Verfügung stehende Einkommen von ausschlaggebender Bedeutung für diese Form der Geldanlage bleibt. Lediglich von allein lebenden Personen und Haushalten mit einem monatlichen Nettoeinkommen von weniger als 3500 DM wurde sie weit unterdurchschnittlich als Geldanlage genutzt. Während die Haushalte von Beamten und Angestellten mit Anteilen von reichlich 68 bzw. 63 % herausragten, wurde zwischen den Haushalten von Selbstständigen (52 %) sowie Arbeitern und Nichterwerbstätigen (jeweils 47 %) nur eine Differenz von fünf Prozentpunkten ermittelt.

Wesentlich bedeutsamer werden die Unterschiede jedoch, wenn man die Höhe der angelegten Beträge unter die Lupe nimmt, gerade im Vergleich der zuletzt genannten Haushaltsgruppen. Hier ragten die Selbstständigen-Haushalte mit einem Durchschnittswert derartigen Vermögens von 152 000 DM heraus; selbst die Haushalte der höchsten Einkommensklasse blieben da mit deutlich unter 100 000 DM weit zurück. Haushalte von Nichterwerbstätigen hatten nur gut den fünften, Arbeiterhaushalte mit lediglich knapp 12 000 DM sogar nur den 13. Teil des Spitzenwertes in Wertpapieren angelegt. Auffallend gering waren demgegenüber die Differenzen bei den einzelnen Haushaltsgrößenklassen, wenn man einmal von den Haushalten mit vier Personen abieht. Diese waren, wie auch bei den Sparguthaben und dem Gesamtvermögen relativ schlecht gestellt, wahrscheinlich weil es sich bei ihnen zu einem hohen Anteil um „jüngere“ Haushalte mit Kindern handelt, die noch nicht lange genug die Möglichkeit zur Vermögensbildung hatten, sondern ihr Einkommen zu einem großen Teil für Anschaffungen aufbringen mussten. Ins Auge fallen andererseits noch die Alleinlebenden, die als „Einpersonenhaushalte“ zusammen in der Gliederung nach der Haushaltsgröße an der Spitze aller Haushalte lagen. Entscheidend war hier jedoch, dass ein allein lebender Mann mit über 81 000 DM mehr als viermal so viel in Wertpapieren investiert hatte als eine allein lebende Frau.

Lebensversicherungen nicht nur bei Selbstständigen

Ähnlich, wenn auch nicht mit der gleich starken Ausprägung, waren die Unterschiede zwischen den einzelnen Haushaltsgruppen bei der Lebensversicherung, sowohl hin-

sichtlich der Häufigkeit als auch der — gerade bei dieser Anlageform problematischen — aktuellen Bewertung. Mehr als die zuvor genannten Sparformen dient die Lebensversicherung von ihrer Zweckbestimmung her der Vorsorge für das Alter, insbesondere auch der Sicherstellung von Familienangehörigen oder zur Absicherung gegen besondere Risiken. Charakteristisches Merkmal dafür ist, dass die volle vereinbarte Versicherungssumme im Falle des Todes an Angehörige ausgezahlt wird, unabhängig von der Höhe der bis dahin gezahlten Beiträge. So scheint die Lebensversicherung für selbstständige Gewerbetreibende und freiberuflich Tätige, die zu einem großen Teil keiner Rentenversicherungspflicht unterliegen, die bevorzugte Altersabsicherung zu sein. Dies wird nicht allein aus dem mit 73 % sehr hohen Anteil von Haushalten dieser Gruppe ersichtlich, die eine Lebensversicherung besaßen, sondern mehr noch aus der Höhe des geschätzten Rückkaufwertes. Er betrug bei Selbstständigen-Haushalten fast 68 000 DM und war damit über dreimal so hoch wie im Durchschnitt aller Haushalte, von denen im Übrigen nur 54 % eine Lebensversicherung abgeschlossen hatten.

Andererseits besaßen immerhin rund zwei Drittel der Arbeitnehmerhaushalte ebenfalls eine Lebensversicherung, wobei Haushalte von Beamten mit einem Anteil von 78 % sogar vor den Selbstständigen rangierten und Haushalte von Arbeitern knapp vor den Angestellten. Die Rückkaufwerte waren vor allem bei den beiden zuletzt genannten Gruppen deutlich niedriger als bei den Selbstständigen, was zum Teil daran liegen mag, dass sie in der Regel der gesetzlichen Rentenversicherung angehören. Hier sollen zusätzliche Lebensversicherungen wohl die Gewähr dafür bieten, dass der Lebensstandard der Familie nach dem Ausscheiden des Ernährers aus dem Erwerbsleben (bzw. auch im Todesfall) nicht absinkt. In manchen Fällen dürften sie allerdings auch im Zu-

sammenhang mit größeren Kreditaufnahmen, insbesondere für einen Immobilienerwerb, stehen. Dass unter diesen Gesichtspunkten nur jeder dritte Haushalt von Nichterwerbstätigen eine Lebensversicherung besaß, ist kaum verwunderlich. Das gilt auch für den niedrigen Rückkaufwert von nur 8550 DM, gerade ein Achtel des Wertes bei den Selbstständigen.

220 Mrd. DM Guthaben, 7 Mrd. DM Schulden

Die in den verschiedenen Formen angesparten Geldvermögen, ohne Bargeld und Bestände auf Girokonten, summierten sich 1998 für alle hessischen Privathaushalte zusammen auf rund 220 Mrd. DM; das waren etwa 40 Mrd. DM oder gut ein Fünftel mehr als fünf Jahre davor. Dabei besaßen gut 8 % der Haushalte keinerlei Geldvermögen in einer der genannten Vermögensformen, vor allem natürlich kleine Haushalte mit geringem Einkommen.

Auf der anderen Seite hatte sich mindestens jeder sechste Haushalt in Form eines Konsumentenkredites verschuldet. Nicht einbezogen sind hierbei Hypothekenkredite und insbesondere auch die so genannten „Dispositionskredite“, also die Überziehung des Girokontos. Die Höhe der Verschuldung lag bei den betroffenen Haushalten im Durchschnitt bei 14 000 DM, umgerechnet auf sämtliche Haushalte aber nur bei 2500 DM. Daraus ergibt sich jedoch eine Gesamtverschuldung⁶⁾ von insgesamt annähernd 7 Mrd. DM, etwa 1 Mrd. DM mehr als 1993. Gut jeder vierte hessische Haushalt mit vier Personen und jeder fünfte mit drei Personen hatten 1998 einen Kredit abzutragen. Bei den Zwei-Personen-Haushalten war eine Verschuldung mit einem Anteil von 14 % am seltensten. Ein vielleicht überraschender Aspekt ist, dass das Monatseinkommen der Haushalte auf die Häufigkeit einer Verschuldung nur recht geringe Auswirkungen zu haben scheint, denn in keiner Einkommensgrößenklasse waren die Abweichungen vom Gesamtdurchschnitt höher als zwei Prozentpunkte. □

6) Da sich Haushalte aus sozial schwachen Schichten erfahrungsgemäß weniger an der EVS beteiligen, muss von einer gewissen Untererfassung ausgegangen werden.

Löhne und Gehälter im Verarbeitenden Gewerbe 1995 bis 2000

Da die Zahl der Beschäftigten in den letzten fünf Jahren infolge zahlreicher Entscheidungen (Outsourcing, Betriebsstillegungen, Betriebsverlagerungen) und Anpassungsprozesse im hessischen Verarbeitenden Gewerbe sank, konnten auch steigende Tariflöhne nicht verhindern, dass die insgesamt gezahlten Löhne und Gehälter zwischen 1995 und 2000 zurückgingen. Die Gesamtumsätze wurden jedoch weiterhin gesteigert.

Im Jahr 2000 wurden an die Beschäftigten im hessischen Verarbeitenden Gewerbe¹⁾ insgesamt 32,9 Mrd. DM an Löhnen und Gehältern gezahlt. Darin enthalten sind die Bruttobeträge einschl. aller Zuschläge — zum Beispiel auch die Akkord- und Schichtzuschläge, Gratifikationen usw. —, allerdings ohne die Pflichtanteile des Arbeitgebers zur Sozialversicherung²⁾.

Knapp 78 % der Löhne und Gehälter wurden in den acht großen Branchen des Landes gezahlt, und fast die Hälfte (46 %) entfiel auf die drei ganz Großen: die Chemische Industrie, den Maschinenbau und die Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen.

Die nominal gezahlten Löhne und Gehälter lagen im Jahr 2000 um 1,0 % über denen des Vorjahrs. Sie waren jedoch um 5,3 % niedriger als 1995. Rückgänge im Vergleich zum jeweiligen Vorjahr gab es 1996 und 1997. Hierzu haben zahlreiche Einflussfaktoren beigetragen, vor allem, dass ganze Bereiche in den letzten Jahren aus der Industrie ausgegliedert und dem tertiären Sektor zugeschlagen wurden. Neben den Rechenzentren gehören Teile der Verwaltungen, zuweilen sogar Konstruktionsbüros, auch Forschungsabteilungen, Hausverwaltungen, Reinigungsdienste und ehemals zum Unternehmen gehörende Fahrdienste etc. dazu. Die Beschäftigten dieser Bereiche wurden zwar nicht in die Arbeitslosigkeit entlassen, sie gingen jedoch dem Verarbeitenden Gewerbe verloren. Zahlreiche weitere Arbeitskräfte wurden aber auch im Rahmen von Rationalisierungsmaßnahmen durch Maschinen und neue Arbeitsabläufe substituiert. Sie mussten sich auf dem Arbeitsmarkt um eine neue Beschäftigung bemühen, wenn sie nicht in eine Dauerarbeitslosigkeit geraten wollten. Nicht selten wurden jedoch auch Produktionen an günstigere Standorte verlagert. Standortvorteile rechneten sich die Entscheidungsträger zum Teil in anderen Bundesländern, in anderen Ländern der Europäischen

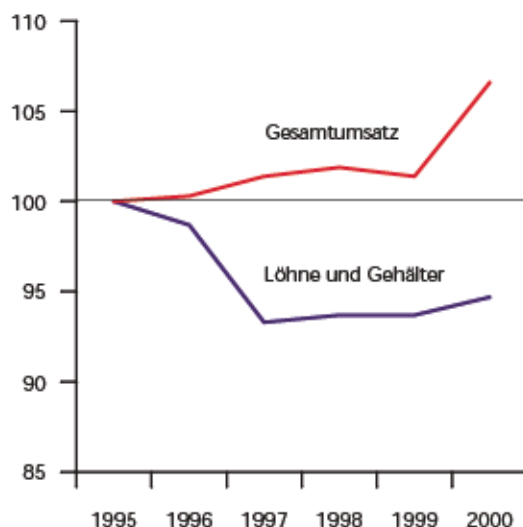
Union, aber auch in Ländern Ostasiens oder der Dritten Welt aus. Auch diese Beschäftigten waren — wenn sie ihren Arbeitgebern nicht folgen wollten oder konnten — von Arbeitslosigkeit oder einer beruflichen Umorientierung betroffen. Das gilt auch für diejenigen, deren Produkt am Markt nicht mehr gefragt war oder nur zu Preisen erzeugt werden konnte, die der Markt nicht tolerierte. In diesen Fällen musste die Produktion eingestellt werden. Nicht selten hat aber auch der technische Fortschritt Erzeugnisse ersetzt, wie dies nach der Einführung des PC mit dem Tischrechner oder der Schreibmaschine geschah. Insgesamt wurde die Zahl der Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe in den letzten fünf Jahren um 13 % auf knapp 460 000 reduziert.

Anteil der Löhne und Gehälter am Umsatz sinkt . . .

Trotz gesunkener Beschäftigtenzahlen und reduzierter Lohn- und Gehaltssummen stiegen die Umsätze des Verarbeitenden Gewerbes zwischen 1995 und 2000 um 6,6 %. Diese gegenläufige Entwicklung hatte zur Folge, dass der Anteil der Löhne und Gehälter am Umsatz im Zeitablauf sank. 1995 lag er noch bei 23 %, danach ist er fast kontinuierlich zurückgegangen auf 20 % im Jahr 2000.

Unter den großen Branchen des Landes verlief die Entwicklung sehr verschieden. In der **Chemischen Industrie** wurden im Jahr 2000 insgesamt 5,6 Mrd. DM an Löhnen und Gehältern gezahlt. Das waren 1,5 % weniger als im Vorjahr und nach jährlichen Abnahmen 15 % weniger als 1995. 1997 waren die Löhne und Gehälter in der Chemischen Industrie mit – 10 % am stärksten zurückgegangen. Parallel zur Entwicklung der Löhne und Gehälter verlief die der Beschäftig-

Gesamtumsatz sowie Löhne und Gehälter
im Verarbeitenden Gewerbe 1995 bis 2000
(1995 = 100)



HSL 64/01

*) Tel.: 0611/3802-456 · E-Mail: mfrosch@hsl.de

1) Betriebe mit 20 oder mehr Beschäftigten, einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden.

2) Nicht enthalten sind außerdem die allgemeinen sozialen Aufwendungen (z. B. Kosten für Kantinen, Werkskindergärten usw.) und Vergütungen, die als Spensatz anzusehen sind.

**Gesamtumsatz sowie Löhne und Gehälter im Verarbeitenden Gewerbe ¹⁾
in Hessen 1995 bis 2000**

Wirtschaftszweig	1995	1996	1997	1998	1999	2000	Zu- bzw. Abnahme (-) in %						
							gegenüber dem jeweiligen Vorjahr					2000 gegenüber 1995	
							1996	1997	1998	1999	2000		
Mill. DM													
Gesamtumsatz													
Verarbeitendes Gewerbe	151 180	151 615	152 817	154 059	153 330	161 109	0,3	0,8	0,8	- 0,5	5,1	6,6	
darunter													
Ernährungsgewerbe	15 325	15 149	14 624	13 897	14 435	14 674	- 1,1	- 3,5	- 5,0	3,9	1,7	- 4,3	
Chemische Industrie	31 769	30 765	31 891	31 790	33 336	35 161	- 3,2	3,7	- 0,3	4,9	5,5	10,7	
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	10 453	10 375	11 032	10 625	10 898	10 954	- 0,7	6,3	- 3,7	2,6	0,5	4,8	
Herstellung von Metallerzeugnissen	10 220	9 829	10 049	10 448	10 006	10 409	- 3,8	2,2	4,0	- 4,2	4,0	1,9	
Maschinenbau	16 418	16 039	16 060	17 239	15 981	17 425	- 2,3	0,1	7,3	- 7,3	9,0	6,1	
Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung, verteilung u. ä.	7 237	7 143	6 488	6 754	6 906	7 774	- 1,3	- 9,2	4,1	2,3	12,6	7,4	
Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik	6 998	7 069	7 331	6 926	6 430	7 385	1,0	3,7	- 5,5	- 7,2	14,8	5,5	
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	19 895	23 485	24 334	23 896	22 465	20 915	18,0	3,6	- 1,8	- 6,0	- 6,9	5,1	
Löhne und Gehälter													
Verarbeitendes Gewerbe	34 717	34 259	32 385	32 538	32 537	32 868	- 1,3	- 5,5	0,5	- 0,0	1,0	- 5,3	
darunter													
Ernährungsgewerbe	1 905	1 891	1 904	1 873	1 911	1 985	- 0,7	0,7	- 1,7	2,1	3,9	4,2	
Chemische Industrie	6 626	6 497	5 836	5 778	5 694	5 610	- 1,9	- 10,2	- 1,0	- 1,5	- 1,5	- 15,3	
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	2 068	2 087	2 089	2 117	2 153	2 206	0,9	0,1	1,3	1,7	2,5	6,7	
Herstellung von Metallerzeugnissen	2 527	2 471	2 385	2 422	2 423	2 445	- 2,2	- 3,5	1,5	0,1	0,9	- 3,2	
Maschinenbau	4 736	4 598	4 593	4 689	4 640	4 680	- 2,9	- 0,1	2,1	- 1,0	0,9	- 1,2	
Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung, verteilung u. ä.	1 918	1 919	1 780	1 780	1 808	1 929	0,0	- 7,2	0,0	1,6	6,7	0,6	
Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik	2 256	2 277	2 112	1 956	1 898	1 926	0,9	- 7,2	- 7,4	- 2,9	1,4	- 14,7	
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	5 349	4 581	4 515	4 712	4 830	4 856	- 14,4	- 1,4	4,4	2,5	0,5	- 9,2	

1) In Betrieben mit 20 oder mehr Beschäftigten, einschl. Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden.

tenzahl, die im Jahr 2000 um 22 % niedriger war als vor fünf Jahren. 1997 wurde die Beschäftigtenzahl — vor allem als Folge der Umstrukturierung hessischer Großbetriebe — um 9,5 % reduziert. Der Umsatz stieg dagegen von 1995 bis 2000 um 11 %. Dadurch sank der Anteil der Löhne und Gehälter am Umsatz von 21 % im Jahr 1995 auf 16 % fünf Jahre später, wobei diese Entwicklung im Beobachtungszeitraum nahezu stetig verlief. Dadurch erreichte die Chemische Industrie den zweithöchsten Lohn- und Gehaltsanteil am Umsatz unter den größeren Branchen des Landes.

An die Beschäftigten im Kraftwagensektor (*Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen*) wurde im Jahr 2000 mit 4,9 Mrd. DM die zweithöchste Summe an Löhnen und Gehältern gezahlt. Sie hatte im Jahr 2000 im Vergleich zum Vorjahr zwar um 0,5 % zugenommen, war allerdings um 9,2 % niedriger als 1995. Damit war die Lohn- und Gehaltsentwicklung, die im Berichtszeitraum durch eine Verminderung der Beschäftigtenzahl um 5,1 % bestimmt wurde, erheblich ungünstiger als im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt. Da der Gesamtumsatz im Kraftwagensektor im Jahr 2000 um 5,1 % höher lag als 1995, ergibt sich hieraus eine Reduzierung des Anteils der Löhne und Gehälter am Gesamtumsatz um 4 Prozentpunkte auf 23 %. Dieser Anteil

lag deutlich über dem Durchschnitt des Verarbeitenden Gewerbes.

Im *Maschinenbau* wurden im Jahr 2000 insgesamt 4,7 Mrd. DM an Löhnen und Gehältern gezahlt. Das waren 0,9 % mehr als im Vorjahr, jedoch 1,2 % weniger als 1995. Damit lag der Rückgang der gezahlten Löhne und Gehälter zwischen 1995 und 2000 erheblich unter dem Durchschnitt des Verarbeitenden Gewerbes. Die Zahl der Beschäftigten im Maschinenbau wurde jedoch zwischen 1995 und 2000 um 10 % vermindert. Da die Umsätze in der gleichen Zeit um 6,1 % stiegen, ergab sich auch dort eine Verminderung des Anteils der Löhne und Gehälter am Umsatz; der Rückgang von 29 % im Jahr 1995 auf 27 % fünf Jahre später war jedoch geringer als im Durchschnitt des Verarbeitenden Gewerbes (drei Prozentpunkte). Damit hatte der Maschinenbau aber immer noch den höchsten Anteil der Löhne und Gehälter am Umsatz unter den Branchen des Verarbeitenden Gewerbes.

Die Betriebe der *Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik* zahlten im Jahr 2000 insgesamt 1,9 Mrd. DM an Löhnen und Gehältern. Das war zwar mit einem Plus von 1,4 % gegenüber dem Vorjahr eine stärkere Steigerung

als im Durchschnitt des Verarbeitenden Gewerbes (+ 1,0 %), die Löhne und Gehälter des Jahres 2000 lagen jedoch um 15 % niedriger als 1995. In den letzten fünf Jahren hatte die Branche ihre Beschäftigtenzahl um 21 % abgebaut, die Umsätze stiegen in der gleichen Zeit jedoch um 5,5 %; allein im Jahr 2000 im Vergleich zum Vorjahr sogar um 15 %. Der Umsatzanstieg bei gleichzeitiger Verminderung der gezahlten Löhne und Gehälter bewirkte, dass der Anteil der Löhne und Gehälter am Gesamtumsatz (1995: 32 %) um 6 Prozentpunkte und damit so stark sank wie bei keiner der großen

Anteil der Löhne und Gehälter am Gesamtumsatz im Verarbeitenden Gewerbe¹⁾ in Hessen 1995 bis 2000

Wirtschaftszweig	1995	1996	1997	1998	1999	2000
	%					
Verarbeitendes Gewerbe	23,0	22,6	21,1	21,1	21,2	20,4
darunter						
Ernährungsgewerbe	12,4	12,5	12,9	13,5	13,2	13,5
Chemische Industrie	20,9	21,1	18,2	18,2	17,1	16,0
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	19,8	20,1	18,9	19,9	19,8	20,1
Herstellung von Metallzeugnissen	24,7	25,1	23,6	23,2	24,2	23,5
Maschinenbau	28,8	28,7	28,5	27,2	29,0	26,9
Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. ä.	26,5	26,9	27,4	26,4	26,2	24,8
Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik	32,2	32,2	28,7	28,2	29,5	26,1
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenanteilen	26,9	19,5	18,5	19,7	21,5	23,2

1) In Betrieben mit 20 oder mehr Beschäftigten, einschl. Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden.

Branchen im Einzelnen. Er ging überdies doppelt so stark zurück wie im gesamten Verarbeitenden Gewerbe. Diese Entwicklung dürfte darauf zurückzuführen sein, dass der Gesamtumsatz der Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik, in zunehmendem Maße auch Handelsumsätze enthält. Nicht jedes Bauteil, das Bestandteil der in Hessen hergestellten Geräte ist, wurde auch dort gebaut. Immer mehr Bauteile werden kostengünstig — etwa aus den Ländern des fernen Ostens — zugekauft, so dass die Geräte nicht nur kostengünstiger produziert werden können, sondern im Jahr 2000 mit erheblich weniger Beschäftigten erzeugt werden konnten als noch vor fünf Jahren. Der immer noch recht hohe Anteil der Löhne und Gehälter am Gesamtumsatz folgte unmittelbar auf den Maschinenbau, der den Spitzenplatz belegte.

Die *Hersteller von Metallzeugnissen* zahlten im Jahr 2000 rund 2,4 Mrd. DM an Löhnen und Gehältern. Das waren zwar 0,9 % mehr als im Vorjahr, gegenüber 1995 sind die Löhne und Gehälter dagegen um 3,2 % gesunken. Noch er-

heblich stärker war der Rückgang der Beschäftigtenzahl. Sie hat im Berichtszeitraum jedes Jahr abgenommen und lag im Jahr 2000 um 9,1 % niedriger als vor fünf Jahren. Da der Gesamtumsatz im Jahr 2000 im Vergleich zu 1995 um 1,9 % gestiegen ist, verringerte sich der Anteil der Löhne und Gehälter am Gesamtumsatz um einen Prozentpunkt auf 24 %. Er lag damit noch immer über dem Durchschnitt des Verarbeitenden Gewerbes.

... außer bei Gummi- und Kunststoffwarenherstellung und im Ernährungsgewerbe

Beschäftigtenreduzierungen hat es zwischen 1995 und 2000 in fast allen größeren Branchen des Verarbeitenden Gewerbes in Hessen gegeben. Dennoch sind die Löhne und Gehälter nicht überall gesunken. Bei der *Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren* wurden im Jahr 2000 mit 2,2 Mrd. DM nicht nur 2,5 % mehr als im Vorjahr, sondern auch 6,7 % mehr als 1995 gezahlt. Zwischen 1995 und 2000 sank die Zahl der Beschäftigten dagegen um 4,1 %. Da die Gesamtumsätze in der gleichen Zeit um 4,8 % gesteigert werden konnten, blieb der Anteil der Löhne und Gehälter am Gesamtumsatz weitgehend konstant und entsprach mit 20 % dem Durchschnitt des Verarbeitenden Gewerbes.

Ebenfalls gesteigert wurden die Löhne und Gehälter im *Ernährungsgewerbe*. Dort wurden im Jahr 2000 rund 2,0 Mrd. DM gezahlt. Das waren 3,9 % mehr als im Vorjahr und 4,2 % mehr als 1995. Das Ernährungsgewerbe hat als einzige größere Branche 1995 mehr Beschäftigte ausgewiesen als 2000 (+ 3,1 %), doch die Umsätze lagen dort zuletzt um 4,3 % niedriger als 1995. Die rückläufigen Umsätze bewirkten bei gleichzeitiger Steigerung der gezahlten Löhne und Gehälter eine Zunahme des Anteils der Löhne und Gehälter am Umsatz um zwei Prozentpunkte auf 14 %. Dieser Anteil war unter den größeren Branchen des Verarbeitenden Gewerbes jedoch der niedrigste.

Dagegen sind bei der *Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. ä.* die Löhne und Gehälter mit 1,9 Mrd. DM im Jahr 2000 im Vergleich zu 1995 gleich geblieben, obwohl sich im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung um 6,7 % errechnet und diese Zunahme die dritte in Folge war. Recht kräftig war in der Branche zuletzt auch die Zunahme der Gesamtumsätze. Sie lagen im Jahr 2000 um 13 % über dem Vorjahr und waren 7,4 % höher als 1995. Gleich bleibende Löhne und Gehälter bei steigenden Gesamtumsätzen hatten auch hier einen verminderten Anteil der Löhne und Gehälter am Umsatz zur Folge. Er lag im Jahr 2000 mit 25 % um zwei Prozentpunkte niedriger als 1995.

Erziehungsberatung in Hessen 2000

Im Jahr 2000 wurden in den hessischen Erziehungsberatungsstellen fast 18 800 Beratungen durchgeführt, zwei Drittel mehr als 1991. Bei Kindern und Jugendlichen unter 15 Jahren war der Beratungsbedarf bei den Personen männlichen Geschlechts deutlich höher als bei den Mädchen der gleichen Altersgruppe. Am häufigsten wurden die Beratungsstellen von Kindern in den ersten Schuljahren aufgesucht. Fast jeder dritte Minderjährige mit Beratungsbedarf lebte bei einem allein erziehenden Elternteil. Beziehungsprobleme waren bei den jungen Menschen insgesamt der wichtigste Beratungsanlass; aber zwischen den Altersgruppen und Geschlechtern bestanden erhebliche Unterschiede. Während Entwicklungsauffälligkeiten am häufigsten bei den Kindern im Kindergartenalter genannt wurden, waren Schulprobleme wichtigster Beratungsanlass bei den 9- bis unter 15-jährigen Kindern. Bei den älteren jungen Menschen dominierten Beziehungsprobleme; sie wurden bei den jungen Frauen noch häufiger als bei den jungen Männern angegeben. Trennung oder Scheidung der Eltern waren im Jahr 2000 weitaus häufiger Beratungsanlass als 1991.

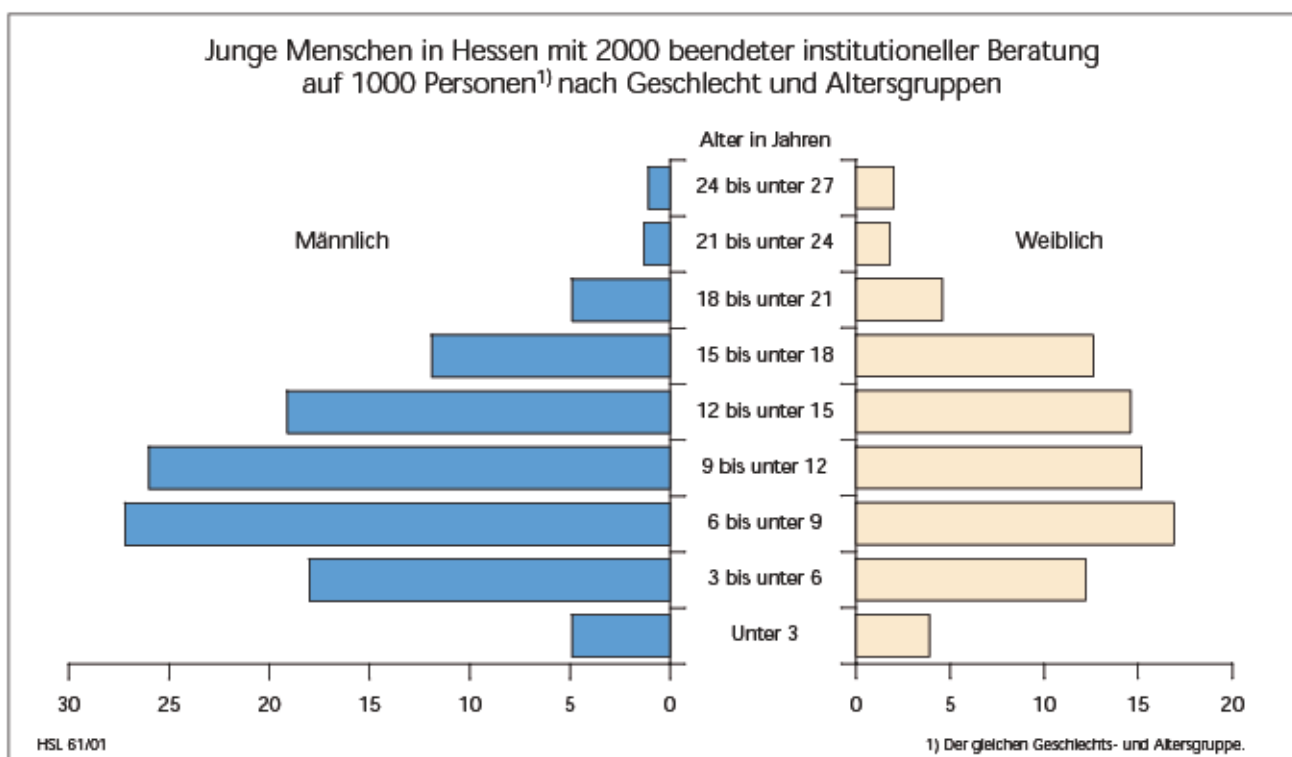
Institutionelle Erziehungsberatung¹⁾ ist die häufigste Form der ambulanten erzieherischen Hilfen nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG). Die institutionelle Beratung setzt beim einzelnen jungen Menschen an, um bei der Bewältigung individueller und familiärer Probleme zu helfen. Bei der Beratung, die in einer Einrichtung — zumeist in einer Erziehungsberatungsstelle — durchgeführt und deshalb als institutionelle Beratung bezeichnet wird, handelt es sich um Ge-

sprache und therapeutische Hilfen. Die Kontaktaufnahme erfolgt meist durch die Eltern, vor allem die Mutter des Kindes oder Jugendlichen. Mit zunehmendem Alter suchen die jungen Menschen aus eigenem Antrieb eine Beratungsstelle auf.

18 800 Beratungen im Jahr 2000 abgeschlossen

Im Jahr 2000 wurden fast 18 800 institutionelle Beratungen beendet, das waren 7400 oder knapp zwei Drittel mehr als 1991, dem ersten Jahr dieser Statistik nach dem neuen Kinder- und Jugendhilfegesetz. Im Durchschnitt dauerten die Beratungen 7 Monate. Fast drei Viertel der Beratungen wurden einvernehmlich abgeschlossen. Bei knapp einem Zehntel erfolgte eine „Weiterverweisung“, das heißt, die begonnene Hilfe sollte durch eine andere Stelle und durch andere

1) Erfasst werden alle von Beratungsdiensten und -einrichtungen abgeschlossenen Fälle von Erziehungs-, Familien-, Jugend- und Suchtberatung als jährliche Totalerhebung. Ermittelt werden Angaben über Art des Trägers, Beginn und Ende der Beratung, zur Person der jungen Menschen (im Alter von unter 27 Jahren) sowie zu Anlass, Schwerpunkt und Formen der Beratung. Einbezogen sind allerdings nur Beratungsdienste und -einrichtungen, die mit öffentlichen Mitteln der Jugendhilfe ganz oder teilweise finanziert werden, über ein interdisziplinäres Beratungsteam verfügen und wöchentlich mindestens 20 Stunden geöffnet sind.



Institutionelle Beratung junger Menschen¹⁾ 1991 bis 2000

Jahr	Insgesamt	Männlich	Weiblich
1991	11 351	6 790	4 561
1992	12 897	7 406	5 491
1993	13 459	7 831	5 628
1994	14 215	8 406	5 809
1995	14 456	8 338	6 118
1996	16 094	9 357	6 737
1997	16 481	9 650	6 831
1998	16 618	9 652	6 966
1999	17 430	10 212	7 218
2000	18 764	11 069	7 695

1) Unter 27 Jahren.

Maßnahmen weitergeführt werden. Jede sechste Beratung wurde dadurch beendet, dass der junge Mensch den Kontakt zur Hilfestelle einseitig abbrach.

Junge Menschen männlichen Geschlechts nahmen deutlich stärker die Beratung in Anspruch als Mädchen und junge Frauen. So schlossen 13 % aller jungen Männer unter 27 Jahren im Jahr 2000 eine Beratung ab, während es bei den jungen Menschen weiblichen Geschlechts nur 9 % waren. Im gesamten Zeitraum von 1991 bis 2000 nahmen die Beratungen bei beiden Geschlechtern kontinuierlich zu, wobei der Anstieg bei den Mädchen und jungen Frauen mit 69 % ein wenig stärker war als bei den Personen männlichen Geschlechts mit 63 %.

Beratungsbedarf in den ersten Schuljahren am größten

Die Dienste der Beratungsstellen wurden am häufigsten von Kindern im Alter von 6 bis unter 9 Jahren in Anspruch ge-

nommen, und zwar von 27 % aller Jungen und 17 % aller Mädchen entsprechenden Alters. Mit zunehmendem Alter wurden die Beratungen seltener. Bei den unter 15-Jährigen nahmen Jungen weitaus häufiger die Beratungsstellen in Anspruch als Mädchen. Dagegen war bei den jungen Frauen zwischen 15 und 18 Jahren der Beratungsbedarf relativ etwas höher als bei den jungen Männern in der gleichen Altersgruppe. Auf deutlich niedrigerem Niveau als bei den Kindern und Jugendlichen im Alter von 6 bis unter 18 Jahren war der Beratungsbedarf bei den jungen Volljährigen, wobei unter den 21- bis unter 27-jährigen Frauen die Quote der Hilfeempfänger etwas höher lag als bei den gleichaltrigen Männern.

Gegenüber 1991 hat der Beratungsbedarf vor allem in den Altersgruppen der 12- bis unter 21-Jährigen zugenommen. Die Zahl der Beratungen — bezogen auf die Personen der gleichen Altersgruppe — hat sich ungefähr verdoppelt. Demgegenüber waren die Zunahmen in den unteren Altersgruppen nur etwa halb so hoch. In der Altersgruppe der 24- bis unter 27-Jährigen — in der die institutionelle Beratung allerdings nur noch eine geringe Rolle spielt — ging der Beratungsbedarf — auch nach Ausschaltung des deutlichen Rückgangs der Personen in dieser Altersgruppe — leicht zurück.

Deutsche nahmen die Leistungen der Beratungsstellen — bezogen auf 1 000 Personen gleicher Staatsangehörigkeit — um rund die Hälfte häufiger in Anspruch als Ausländer. Dies könnte unter anderem damit zu erklären sein, dass ausländische junge Menschen über die bestehenden Angebote nicht so gut informiert sind wie Deutsche; ebenso könnten Sprachschwierigkeiten eine Rolle spielen.

Institutionelle Beratung¹⁾ junger Menschen 1991 und 2000 nach persönlichen Merkmalen

Art der Angabe	1991			2000						Zu- bzw. Abnahme (-) in %		
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt		männlich		weiblich		insgesamt	männlich	weiblich
				Anzahl	auf 10 000 ²⁾	Anzahl	auf 10 000 ²⁾	Anzahl	auf 10 000 ²⁾			
Insgesamt	11 351	6 790	4 561	18 764	109,4	11 069	126,8	7 695	91,4	65,3	63,0	68,7
Nach Altersgruppen												
Unter 3 Jahre	542	328	214	802	43,9	460	49,0	342	38,5	48,0	40,2	59,8
3 bis unter 6 Jahre	1 897	1 163	734	2 781	151,9	1 693	180,4	1 088	121,8	46,6	45,6	48,2
6 bis unter 9 Jahre	2 822	1 844	978	4 196	221,2	2 633	271,7	1 563	169,1	48,7	42,8	59,8
9 bis unter 12 Jahre	2 305	1 579	726	4 096	207,5	2 630	259,8	1 466	152,4	77,7	66,6	101,9
12 bis unter 15 Jahre	1 425	841	584	3 128	168,9	1 819	190,9	1 309	145,7	119,5	116,3	124,1
15 bis unter 18 Jahre	1 072	498	574	2 241	122,2	1 121	118,9	1 120	125,7	109,0	125,1	95,1
Unter 18 Jahre zusammen	10 063	6 253	3 810	17 244	153,7	10 356	180,0	6 888	126,1	71,4	65,6	80,8
18 bis unter 21 Jahre	488	231	257	902	47,2	473	48,8	429	45,5	84,8	104,8	66,9
21 bis unter 24 Jahre	302	123	179	301	15,4	125	12,9	176	18,0	- 1,3	1,6	- 1,7
24 bis unter 27 Jahre	498	183	315	317	15,3	115	11,1	202	19,6	- 36,3	- 37,2	- 35,9
18 bis unter 27 Jahre zusammen	1 288	537	751	1 520	25,6	713	24,0	807	27,3	18,0	32,8	7,5
Nach Staatsangehörigkeit												
Deutsch	10 080	6 022	4 058	16 144	113,4	9 507	131,1	6 637	95,0	60,2	57,9	63,6
Nichtdeutsch	1 213	735	478	2 252	77,3	1 383	93,3	869	60,6	85,7	88,2	81,8
Unbekannt	58	33	25	368	.	179	.	189

1) Abgeschlossene Beratungen. 2) Auf 10 000 Personen gleichen Alters und Geschlechts bzw. gleicher Staatsangehörigkeit.

Institutionelle Beratung¹⁾ junger Menschen 2000 nach Art des Aufenthalts sowie persönlichen Merkmalen

Art der Angabe	Insgesamt	davon Aufenthalt . . .						
		bei den Eltern	bei einem Elternteil mit Stiefel- elternteil oder Partner	beim allein erziehenden Elternteil	bei Großeltern, Verwandten, in einer Pflegefamilie	im Heim	in einer Wohnge- meinschaft, eigenen Wohnung	ohne feste Unterkunft, an unbe- kanntem Ort
		%						
Insgesamt	18 764	50,4	12,8	31,2	2,0	0,8	2,6	0,4
Nach Altersgruppen								
Unter 6 Jahre	3 58	56,3	6,3	35,8	1,5	0,1	0,0	0,1
6 bis unter 12 Jahre	8 292	51,5	14,0	32,2	1,9	0,2	0,0	0,1
12 bis unter 18 Jahre	5 369	48,0	16,7	29,7	2,5	2,0	0,7	0,4
Unter 18 Jahre z u s a m m e n	17 244	51,4	13,2	32,2	2,0	0,7	0,2	0,2
18 bis unter 27 Jahre	1 520	38,6	7,5	19,6	1,5	1,2	28,9	2,7
Nach Staatsangehörigkeit								
Deutsch	16 144	50,0	13,4	31,6	2,0	0,6	2,1	0,2
Nichtdeutsch	2 252	55,8	8,4	26,8	1,9	1,2	5,4	0,4
Unbekannt	368	32,3	9,8	39,9	2,7	3,8	3,3	8,2
Nach Geschwisterzahl								
Ohne Geschwister	4 926	38,8	13,1	43,1	2,1	0,4	2,3	0,2
1 Geschwister	8 427	56,3	11,8	28,7	1,3	0,5	1,4	0,1
2 Geschwister	3 096	55,3	14,1	25,4	2,1	0,8	2,2	0,2
3 oder mehr Geschwister	1 354	49,3	16,4	23,7	3,2	2,0	5,0	0,4
Geschwisterzahl unbekannt	961	43,7	10,6	21,0	4,4	3,3	11,9	5,1
Nach Geschlecht								
Männlich	11 069	53,1	12,7	30,4	1,6	0,6	1,2	0,3
Weiblich	7 695	46,4	12,9	32,2	2,4	1,0	4,5	0,6

1) Abgeschlossene Beratungen.

Ein Drittel der Minderjährigen mit Beratungsbedarf lebte bei einem allein erziehenden Elternteil

Gut die Hälfte der Kinder und Jugendlichen, deren Erziehungsberatung 2000 endete, lebte zu Beginn der Beratung bei den Eltern, also in einer vollständigen Familie. Fast ein Drittel der Minderjährigen hielt sich bei einem allein erziehenden Elternteil auf, und gut jeder achte wohnte bei einem Elternteil mit Stiefelternteil oder Partner. Die restlichen 3 % lebten außerhalb des Elternhauses, vor allem bei Großeltern oder sonstigen Verwandten, bei Pflegeeltern oder in Heimen.

Ganz anders waren die Wohnverhältnisse bei den jungen Volljährigen im Alter von 18 bis unter 27 Jahren. Nur knapp zwei Fünftel wohnten noch bei den Eltern, während fast drei Zehntel in einer eigenen Wohnung oder in einer Wohngemeinschaft lebten. Bei den jungen Frauen war der zuletzt genannte Anteil mit zwei Fünfteln mehr als doppelt so hoch wie bei den jungen Männern (17 %).

Rund sieben Zehntel der jungen Menschen hatten noch Geschwister, wobei es sich zumeist nur um eine Schwester oder einen Bruder handelte. Zwei oder mehr Geschwister wurden bei etwa jedem vierten jungen Menschen registriert. 43 % der Einzelkinder mit Beratungsbedarf lebten bei einem allein erziehenden Originalwort: alleinerziehenden, Elternteil und nur 39 % bei den Eltern. Demgegenüber wohnte gut die Hälfte der jungen Menschen, die noch Geschwister hatten,

bei den Eltern und nur ein Viertel bei einer allein erziehenden Mutter oder einem allein erziehenden Vater.

Beziehungsprobleme häufigster Beratungsanlass

Die Darstellung der Beratungsanlässe soll die Störungs- oder Krisensymptome beschreiben, die zur Kontaktaufnahme mit einer Beratungsstelle geführt hatten. Da angesichts komplexer Lebenssituationen die Angabe nur eines „Anlasses“ die Problemlage unzureichend wiedergibt, können die Beratungsstellen bis zu zwei „Anlässe“ angeben, was im Jahr 2000 bei fast jedem zweiten Beratungsfall auch erfolgte.

Bei gut einem Drittel der jungen Menschen führten Beziehungsprobleme zum Weg in die Beratungsstellen. Beziehungsprobleme können im Erziehungsgeschehen zwischen Eltern und Kind, im Verhältnis der Eltern zueinander und im zwischenmenschlichen Kontakt zu den Geschwistern, aber auch zu Schulkameraden, Lehrern oder Nachbarn auftreten. An zweiter Stelle folgten Schul- oder Ausbildungsprobleme, die bei drei Zehnteln — allein oder mit einem weiteren Anlass — zum Aufsuchen einer Beratungsstelle führten. Bei gut einem Viertel der Beratungsfälle waren Entwicklungsauffälligkeiten ursächlich. Auf dem vierten Platz lagen Trennung oder Scheidung der Eltern mit einem Viertel, gefolgt von sonstigen Problemen in und mit der Familie, die bei jedem fünften jungen Menschen ein Anlass zur Beratung waren. Bei 3 %

Institutionelle Beratung¹⁾ junger Menschen 2000 nach dem Anlass der Beratung sowie persönlichen Merkmalen

Art der Angabe	Ins- gesamt ²⁾	Beratung ³⁾ veranlasst durch . . .									
		Entwick- lungs- auffällig- keiten	Bezie- hungs- pro- bleme	Schul-/ Ausbil- dungs- pro- bleme	Straftat des Ju- gendl./ jungen Voll- jährigen	Sucht- pro- bleme	An- zeichen für Kindes- misshand- lung	An- zeichen für sexuellen Miss- brauch	Tren- nung/ Schei- dung der Eltern	Woh- nungs- pro- bleme	sonstige Pro- bleme in und mit der Familie
		%									
Insgesamt	18 764	25,6	35,7	30,0	2,3	1,8	0,7	3,1	24,9	0,6	19,2
Nach Altersgruppen											
Unter 3 Jahre	802	28,3	31,0	-	-	-	1,9	1,4	39,8	0,6	26,8
3 bis unter 6 Jahre	2 781	41,2	33,5	-	-	-	1,0	2,9	33,6	0,5	19,5
6 bis unter 9 Jahre	4 196	33,4	32,1	30,4	-	0,2	0,8	2,9	29,6	0,4	16,0
9 bis unter 12 Jahre	4 096	22,9	33,6	44,9	-	0,5	0,7	1,8	24,6	0,4	16,0
12 bis unter 15 Jahre	3 128	18,6	38,7	41,3	3,2	1,4	0,6	3,8	22,5	0,5	19,4
15 bis unter 18 Jahre	2 241	15,2	42,2	37,3	8,7	5,3	-	3,1	14,5	0,7	22,2
Unter 18 Jahre zusammen	17 244	26,9	35,1	30,4	1,7	1,1	0,7	2,8	26,3	0,5	18,5
18 bis unter 21 Jahre	902	9,6	38,4	30,7	13,5	8,8	-	4,9	9,6	2,8	23,8
21 bis unter 24 Jahre	301	12,3	41,5	25,2	3,0	9,0	-	13,3	9,6	2,0	25,6
24 bis unter 27 Jahre	317	12,3	52,4	10,7	1,9	11,0	-	5,0	7,3	2,5	40,4
18 bis unter 27 Jahre zusammen	1 520	10,7	41,9	25,5	9,0	9,3	-	6,6	9,1	2,6	27,6
Nach Geschwisterzahl											
Ohne Geschwister	4 926	26,2	35,6	25,1	1,1	1,1	0,6	1,7	32,0	0,7	17,9
Mit Geschwister(n)	12 877	25,7	36,5	32,0	2,6	1,7	0,7	2,8	23,0	0,6	19,7
Geschwisterzahl unbekannt	961	20,8	24,7	28,0	4,1	5,2	0,7	13,6	13,5	1,6	20,3
Nach Geschlecht und Alter											
Männlich	11 069	28,4	33,9	35,1	3,2	1,7	0,5	1,2	23,6	0,6	17,1
Unter 18 Jahre	10 356	29,6	33,9	35,3	2,2	0,9	0,6	1,1	24,7	0,4	16,6
18 bis unter 27 Jahre	713	9,8	34,1	32,7	17,3	13,3	-	2,4	7,7	2,4	23,6
Weiblich	7 695	21,6	38,2	22,7	1,1	1,9	0,9	5,7	26,7	0,7	22,4
Unter 18 Jahre	6 888	22,8	36,9	23,1	1,0	1,4	1,0	5,2	28,6	0,5	21,4
18 bis unter 27 Jahre	807	11,5	48,8	19,1	1,7	5,7	-	10,3	10,4	2,7	31,2

1) Abgeschlossene Beratungen. 2) Ohne Mehrfachzählungen. - 3) Für jeden jungen Menschen konnten bis zu zwei Anlässe des Beratungsvorgangs angegeben werden.

der Beratungsfälle lagen Anzeichen für sexuellen Missbrauch vor, bei jeweils 2 % eine Straftat des Jugendlichen oder jungen Volljährigen bzw. Suchtprobleme. Anzeichen für Kindesmisshandlung sowie Wohnungsprobleme (unzureichende Wohnverhältnisse, Nichtsesshaftigkeit, Obdachlosigkeit) wurden bei jeweils knapp 1 % der Beratungen angegeben.

Altersgruppenspezifische Beratungsanlässe bei Kindern und Jugendlichen

Zwischen den Altersgruppen bestanden große Unterschiede bei der Struktur der Beratungsanlässe. Bei den Kindern unter 3 Jahren gab es vier wichtige Beratungsanlässe, wobei Trennung oder Scheidung der Eltern mit zwei Fünfteln am häufigsten genannt wurden, gefolgt von den Beziehungsproblemen, den Entwicklungsauffälligkeiten sowie den sonstigen Problemen in und mit der Familie.

Dagegen waren Entwicklungsauffälligkeiten der häufigste Beratungsanlass bei den 3- bis unter 6-jährigen Kindern; sie

wurden bei gut zwei Fünfteln aller Beratungsfälle angegeben. Von großer Bedeutung waren noch Trennung oder Scheidung der Eltern und Beziehungsprobleme mit jeweils einem Drittel und sonstige Probleme in und mit der Familie mit einem Fünftel.

Bei Kindern im Alter von 6 bis unter 9 Jahren — diese Altersgruppe nahm am häufigsten eine Beratung in Anspruch — waren bei einem Drittel ebenfalls Entwicklungsauffälligkeiten Ursache für eine Beratung, dicht gefolgt von Beziehungsproblemen. Bei jeweils drei Zehnteln dieser Kinder führten schulische Probleme bzw. Trennung oder Scheidung der Eltern zum Aufsuchen einer Beratungsstelle.

Die größte Bedeutung hatten Schulprobleme bei den 9 bis unter 12-jährigen Kindern; für 45 % waren sie Beratungsanlass. Auf dem zweiten Platz folgten Beziehungsprobleme mit einem Drittel. Trennung oder Scheidung der Eltern (25 %) waren noch etwas häufiger als Entwicklungsauffälligkeiten.

Auch bei den 12- bis unter 15-jährigen Kindern und Jugendlichen waren schulische Probleme mit einem Anteil von gut

zwei Fünfteln wichtigster Anlass für das Aufsuchen einer Beratungsstelle. Es folgten die Beziehungsprobleme mit knapp zwei Fünfteln. Auf den nächsten Plätzen lagen Trennung oder Scheidung der Eltern und sonstige Probleme in und mit der Familie.

Noch deutlicher tritt die Veränderung der Struktur der Beratungsanlässe mit zunehmendem Alter in der Gruppe der Jugendlichen von 15 bis unter 18 Jahren zu Tage. Gut zwei Fünftel der Jugendlichen, die eine Beratungsstelle aufsuchten, hatten Beziehungsprobleme. Bei knapp zwei Fünfteln waren Schul- oder Ausbildungsprobleme der einzige oder ein weiterer Anlass. Sonstige Probleme in und mit der Familie traten immerhin bei gut jedem fünften Beratungsfall auf, während Entwicklungsauffälligkeiten nur noch auf dem vierten Platz lagen, knapp vor der Trennung oder Scheidung der Eltern. Von nicht unerheblicher Bedeutung waren in dieser Altersgruppe eine Straftat des Jugendlichen (9 %) sowie Suchtprobleme (5 %).

Beziehungsprobleme bei jungen Volljährigen

Die Verschiebung der Struktur der Beratungsanlässe setzt sich verstärkt bei den jungen Volljährigen fort. Beziehungsprobleme waren der eindeutig dominierende Beratungsanlass bei diesen Menschen, wobei bei den 24- bis unter 27-Jährigen der Anteil mit 52 % am höchsten lag. Deutlich niedriger war der Anteil der sonstigen Probleme in und mit der Familie; bei fast drei Zehnteln der jungen Volljährigen war dies der alleinige oder ein weiterer Beratungsanlass. Schul- oder Ausbildungsprobleme traten bei jedem vierten Volljährigen auf, der eine Beratungsstelle aufsuchte. Bei jedem Zehnten wurden noch Entwicklungsauffälligkeiten festgestellt. Suchtprobleme, Trennung oder Scheidung der Eltern und eine Straftat waren bei jeweils 9 % der jungen Volljährigen von Bedeutung.

Schul- oder Ausbildungsprobleme bei Jungen weitaus häufiger als bei Mädchen

Auch zwischen den Geschlechtern gab es in den jeweiligen Altersgruppen deutliche Unterschiede in der Struktur der Beratungsanlässe. Schul- oder Ausbildungsprobleme waren bei männlichen Personen mit 35 % weitaus häufiger anzu-

treffen als bei weiblichen (23 %). Demgegenüber hatten Beziehungsprobleme bei den Mädchen und jungen Frauen mit 38 % eine etwas größere Bedeutung als beim männlichen Geschlecht (34 %). Bei den volljährigen Frauen wurden Beziehungsprobleme bei fast jedem zweiten Beratungsfall genannt. Entwicklungsauffälligkeiten wurden bei den männlichen Personen bei fast drei Zehnteln angegeben, während es bei den Mädchen und jungen Frauen nur gut zwei Zehntel waren. Trennung oder Scheidung der Eltern waren bei letzteren häufigerer Beratungsanlass als beim männlichen Geschlecht. So wurde dieser Anlass bei fast drei Zehnteln der Mädchen, aber nur bei einem Viertel der Jungen festgestellt. Die sonstigen Probleme in und mit der Familie waren bei Mädchen und jungen Frauen mit 22 % deutlich ausgeprägter als bei den Knaben und jungen Männern mit 17 %.

Unter den jungen Volljährigen gab es einige Besonderheiten nach Geschlechtern. Bei jedem sechsten jungen Mann war eine Straftat Anlass für den Weg in die Beratungsstelle; bei jedem achten waren es Suchtprobleme. Andererseits waren bei jeder zehnten jungen Frau Anzeichen für sexuellen Missbrauch Grund für eine Beratung.

Das Vorhandensein von Geschwistern hatte zum Teil auch Auswirkungen auf die Struktur der Beratungsanlässe. Trennung oder Scheidung der Eltern war Beratungsanlass für fast jeden dritten jungen Menschen ohne Geschwister, aber nur für knapp jeden vierten mit Geschwistern. Umgekehrt waren Schul- oder Ausbildungsprobleme bei jungen Menschen mit Geschwistern mit fast einem Drittel häufiger als bei den jungen Menschen ohne Geschwister (25 %).

Beratungsanlass Trennung oder Scheidung der Eltern weitaus häufiger als vor neun Jahren

Gegenüber 1991 sanken die Anteile der Anlässe Entwicklungsauffälligkeiten um 8 und Beziehungsprobleme um 6 Prozentpunkte. Demgegenüber hat die Bedeutung einer Trennung bzw. Scheidung der Eltern als Anlass für das Aufsuchen einer Erziehungsberatungsstelle kräftig zugenommen, und zwar um 10 Prozentpunkte. Leicht gestiegen sind auch die Anlässe Schul- oder Ausbildungsprobleme sowie Straftat eines Jugendlichen oder jungen Volljährigen (jeweils + 1 Prozentpunkt). □

Daten zur Wirtschaftslage

Die Betriebe des hessischen Verarbeitenden Gewerbes (einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden) meldeten für das dritte Quartal 2001 sinkende Auftragseingänge. Preisbereinigt nahmen diese im Vergleich zum dritten Quartal 2000 um 5,4 % ab (Inland: - 6,8 %; Ausland: - 3,4 %). Dagegen legten die von den Betrieben erwirtschafteten Umsätze leicht um 1,6 % auf 40,5 Mrd. DM zu. Diese Entwicklung wurde sowohl von den Auslandsumsätzen (+ 2,1 %) als auch von den Inlandsumsätzen (+ 1,4 %) getragen. Im dritten Quartal 2001 setzte sich der Beschäftigtenabbau im Verarbeitenden Gewerbe ungebremsst fort. Die Auftragseingänge (+ 0,2 %) und die Umsätze des hessischen Bauhauptgewerbes (+ 0,9 %) stagnierten im dritten Quartal 2001 im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit. Der Personalabbau im Bauhauptgewerbe hielt auch im dritten Quartal unverändert an. Das zum Bau freigegebene Hochbauvolumen verringerte sich im Beobachtungszeitraum um 81 000 m² oder 5,3 % auf 1,5 Mill. m² Wohn- und Nutzfläche. Die hierfür veranschlagten reinen Baukosten nahmen leicht um 2,2 % auf 2,6 Mrd. DM zu. Dieses leichte Plus wurde vor allem durch ein um 5,4 % höheres finanzielles Genehmigungsvolumen der Privathaushalte verursacht. Die Umsätze im hessischen Einzelhandel stiegen im dritten Quartal 2001 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum nominal um weniger als 1 %. Real, das heißt nach Ausschaltung von Preisveränderungen, war dies jedoch ein Rückgang von knapp 1 %. Obwohl sich die konjunkturelle Lage im Laufe des Jahres 2001 zunehmend eingetrübt hat und ein nachlassendes Wirtschaftswachstum zu verzeichnen ist, sind die Daten des Arbeitsmarktes nach wie vor erfreulich: Im Durchschnitt des dritten Quartals 2001 lag die Arbeitslosenzahl mit 197 000 um rund 12 000 oder 6 % niedriger als vor Jahresfrist. Dagegen ist die Entwicklung bei den Unternehmensinsolvenzen differenzierter zu beurteilen. Zwar nahmen die Unternehmensinsolvenzen von Januar bis September 2001 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum nur leicht zu, jedoch nahmen die diesen Insolvenzantragungen zu Grunde liegenden finanziellen Forderungen im genannten Beobachtungszeitraum deutlich um 1,9 Mrd. DM oder 146 % auf 3,2 Mrd. DM zu. Zu diesem enormen Anstieg hat insbesondere eine kräftig wachsende Zahl von Großkonkursen geführt. Die Entwicklung der Heizöl- und Kraftstoffpreise dämpft seit Juli 2001 den im Jahresvergleich gemessenen Anstieg der Verbraucherpreise. Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Hessen lag im dritten Quartal 2001 im Durchschnitt nur noch um 2,2 % höher als vor Jahresfrist (zweites Quartal: + 2,7 %; erstes Quartal: + 2,1 %).

Weiter rückläufige Nachfrage im Verarbeitenden Gewerbe

Die *realen Auftragseingänge* zur Lieferung von Gütern und Dienstleistungen im Verarbeitenden Gewerbe lagen im dritten Quartal 2001 um 5,4 % unter dem entsprechenden Vorjahresniveau. Sowohl die Aufträge aus dem Ausland (- 3,4 %) als auch die aus dem Inland (- 6,8 %) gingen zurück. Damit hat sich die erstmals im zweiten Quartal dieses Jahres zu beobachtende rückläufige Gesamtentwicklung (- 3,3 %; Inland: - 4,3 %; Ausland: - 1,8 %) weiter verschlechtert. Im ersten Quartal konnte noch eine Jahreszuwachsrate von 5,8 % registriert werden, die sich aus einem Zuwachs der Inlandsnachfrage um 5,3 % und sogar 6,4 % mehr Auslandsaufträgen zusammensetzte.

Unter den großen Branchen Hessens konnte im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit die Chemische Industrie im dritten Quartal noch einen Zuwachs an Auftragseingängen um 2,6 % verbuchen. 3,3 % betrug die Zunahme der Auftragseingänge aus dem Inland und 2,0 % die von ausländischen Kunden. Damit blieb die Entwicklung ungefähr auf dem Niveau des zweiten Quartals (+ 2,5 %), in dem sich der Nachfragezuwachs allerdings aus einem Plus an Auftrags-eingängen aus dem Ausland in Höhe von 5,0 % und einem Minus inländischer Bestellungen von 0,8 % zusammensetz-

te. Aber auch im ersten Quartal hatten die Bestellungen in der Chemischen Industrie im Jahresvergleich höher gelegen. Die Jahresveränderungsrate insgesamt betrug + 3,1 %, wobei einem Inlandsplus von 11 % ein Auslandsminus von 1,5 % gegenüberstand.

Einen starken Einbruch musste dagegen der Maschinenbau im dritten Quartal hinnehmen. Dort lagen die Auftragseingänge um 18 % niedriger als zur entsprechenden Vorjahreszeit. Die starke Verminderung der Bestellungen ausländischer Kunden (- 29 %) wurde im dritten Quartal von 7,0 % weniger Aufträgen aus dem Inland begleitet. Damit verstärkte sich die negative Entwicklung des zweiten Quartals (- 11 %). Auch im zweiten Quartal übertraf der Rückgang der Bestellungen aus dem Ausland (- 14 %) die verminderten Inlandsaufträge (- 7,2 %). Im ersten Quartal wurde die rückläufige Inlandsbestellbarkeit (- 6,3 %) noch durch im Jahresvergleich erheblich gestiegene Aufträge ausländischer Kunden (+ 13 %) ausgeglichen, sodass insgesamt noch ein leichtes Plus (+ 2,2 %) registriert werden konnte.

Erfreulich dagegen entwickelte sich im dritten Quartal die Nachfrage im Kraftfahrzeugsektor. Die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen konnten 3,3 % mehr Aufträge verbuchen als in der entsprechenden Vorjahreszeit. Dieses günstige Ergebnis ergab sich vor allem Dank einer kräftig ge-

Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen

Jahr Monat Vierteljahr	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾			Bauhauptgewerbe ³⁾		Einzelhandel	Preise	Arbeitsmarkt ⁷⁾					
	Volumenindex des Auftrags- einkommens ²⁾ 1995 = 100			Beschäftigte	Index des Auftrags- einkommens ⁴⁾	Beschäftigte	Index der Umsätze ⁵⁾	Preis- index für die Lebenshaltung ⁶⁾	Arbeitslose ⁸⁾	Arbeitslosen- quote ⁹⁾	Offene Stellen ⁸⁾	Kurz- arbeit (Personen) ¹⁰⁾	
	Ins- gesamt	Inland	Ausland		1995 = 100		1995 = 100	1995 = 100					
Grundzahlen ¹¹⁾													
1998 D	105,8	101,1	114,5	470 074	83,1	40 519	101,5	104,1	254 050	10,0	26 021	6 505	
1999 D	98,6	92,9	109,2	464 707	86,6	37 865	102,8	105,0	239 257	9,4	30 650	6 396	
2000 D	105,2	96,3	121,7	459 468	85,1	35 786	103,0	107,0	214 875	8,1	37 527	5 156	
2000 August	105,4	102,7	110,5	462 039	74,6	35 922	100,9	107,3	206 753	7,7	38 512	4 486	
September	112,9	101,3	134,4	461 887	110,6	35 878	100,4	107,8	201 102	7,5	38 139	4 924	
3. Vj. D	106,2	99,3	119,1	461 355	95,9	35 869	99,2	107,5	
Oktober	108,2	96,5	129,8	461 162	85,5	36 072	102,6	107,5	196 354	7,3	35 763	4 783	
November	110,0	99,9	128,7	461 091	76,0	35 726	110,0	107,7	195 173	7,3	34 950	4 518	
Dezember	99,5	90,2	116,7	459 084	76,3	34 930	116,5	107,6	200 261	7,5	35 012	4 523	
4. Vj. D	105,9	95,5	125,1	460 446	79,3	35 576	109,7	107,6	
2001 Januar	105,1	94,6	124,5	457 265	64,6	33 622	96,3	108,1	211 728	7,9	37 651	6 118	
Februar	107,1	92,0	134,8	456 130	62,5	33 250	91,2	108,8	210 709	7,9	41 524	8 431	
März	118,5	111,5	131,2	456 909	80,5	33 197	110,1	108,9	204 313	7,6	43 155	8 160	
1. Vj. D	110,2	99,4	130,2	456 768	69,2	33 356	99,2	108,6	
April	96,2	89,5	108,7	456 287	76,1	33 423	102,1	109,2	200 712	7,5	42 863	7 050	
Mai	103,6	94,6	120,2	456 171	104,1	33 145	109,3	109,6	194 170	7,1	41 363	6 463	
Juni	103,2	91,0	125,7	457 651	100,7	33 217	99,7	109,8	198 138	7,2	39 438	5 528	
2. Vj. D	101,0	91,7	118,2	456 703	93,6	33 262	103,7	109,5	
Juli	102,6	91,9	122,3	457 982	69,7	33 277	99,0	109,9	199 169	7,3	37 571	4 797	
August	99,8	94,4	109,6	458 762	109,0	33 794	101,5	109,8	195 780	7,2	37 727	4 893	
September	99,0	91,1	113,4	458 471	109,4	33 624	99,1	109,9	194 050	7,1	36 289	5 838	
3. Vj. D	100,5	92,5	115,1	458 405	96,0	33 565	99,8	109,9	
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in % ¹¹⁾													
1998 D	3,0	7,1	- 3,0	- 2,3	- 12,7	- 10,9	1,4	1,3	- 2,6	.	21,7	- 44,8	
1999 D	- 6,8	- 8,1	- 4,6	- 1,1	4,2	- 6,5	1,3	0,9	- 5,8	.	17,8	- 1,7	
2000 D	6,7	3,7	11,4	- 1,1	- 1,7	- 5,5	0,2	1,9	- 10,2	.	22,4	- 19,4	
2000 August	13,3	11,8	16,4	- 1,0	- 20,8	- 6,5	6,4	1,7	- 10,9	.	21,5	27,7	
September	6,2	- 0,5	17,2	- 0,9	16,6	- 6,6	2,0	2,4	- 11,7	.	19,1	18,6	
3. Vj. D	8,1	4,6	14,1	- 1,1	1,4	- 6,6	1,1	2,0	
Oktober	7,1	2,1	14,8	- 0,3	- 14,4	- 7,4	- 2,6	2,1	- 12,9	.	17,9	- 1,5	
November	1,7	1,2	2,3	- 0,2	27,8	- 7,3	- 0,9	2,1	- 13,3	.	20,8	- 26,1	
Dezember	5,4	3,0	9,2	- 0,2	- 15,7	- 7,6	- 6,0	1,8	- 12,8	.	15,3	3,9	
4. Vj. D	4,6	2,0	8,5	- 0,2	- 4,8	- 7,4	- 3,3	2,0	
2001 Januar	12,9	14,4	11,1	- 0,1	25,6	- 7,3	6,1	1,9	- 11,4	.	16,6	7,1	
Februar	5,4	0,3	12,4	- 0,3	1,7	- 7,2	- 5,3	2,3	- 10,9	.	12,2	21,9	
März	0,4	2,5	- 2,9	- 0,2	- 14,2	- 6,6	- 0,7	2,2	- 10,7	.	9,2	27,0	
1. Vj. D	5,8	5,3	6,4	- 0,2	- 10,8	- 7,0	- 0,1	2,1	
April	- 0,6	- 1,3	0,6	- 0,3	16,4	- 6,6	- 1,2	2,5	- 9,5	.	4,0	3,1	
Mai	- 6,6	- 8,6	- 3,4	- 0,4	- 25,9	- 7,7	- 2,8	3,0	- 8,3	.	2,3	15,3	
Juni	- 2,4	- 2,4	- 2,4	- 0,5	19,8	- 7,1	4,1	2,7	- 7,0	.	- 1,0	36,6	
2. Vj. D	- 3,3	- 4,3	- 1,8	- 0,4	- 3,1	- 7,1	- 0,1	2,7	
Juli	2,2	- 2,1	8,9	- 0,5	- 31,9	- 7,1	2,8	2,3	- 6,6	.	- 5,9	54,9	
August	- 5,3	- 8,1	- 0,8	- 0,7	46,1	- 5,9	0,6	2,3	- 5,3	.	- 2,0	9,1	
September	- 12,3	- 10,1	- 15,6	- 0,7	- 1,1	- 6,3	- 1,3	1,9	- 3,5	.	- 4,9	18,6	
3. Vj. D	- 5,4	- 6,8	- 3,4	- 0,6	0,1	- 6,4	0,6	2,2	
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vormonat bzw. dem Vorquartal in % ¹¹⁾													
200 August	5,0	9,4	- 1,6	0,4	- 27,1	0,3	4,8	- 0,1	- 3,0	.	- 3,5	44,9	
September	7,1	- 1,4	21,6	- 0,0	48,2	- 0,1	- 0,5	0,5	- 2,7	.	- 1,0	9,8	
3. Vj. D	1,6	3,7	- 1,1	0,6	- 0,7	0,1	- 4,4	0,8	
Oktober	- 4,2	- 4,7	- 3,4	- 0,2	- 22,7	0,5	2,2	- 0,3	- 2,4	.	- 6,2	- 2,9	
November	1,7	3,5	- 0,8	- 0,0	- 11,1	- 1,0	7,2	- 0,1	- 0,6	.	- 2,3	- 5,5	
Dezember	- 9,5	- 9,7	- 9,3	- 0,4	0,3	- 2,2	5,9	- 0,1	2,6	.	0,2	0,1	
4. Vj. D	- 0,3	- 3,8	5,0	- 0,2	- 17,3	- 0,8	10,6	0,1	
2001 Januar	5,6	4,9	6,7	- 0,4	- 15,3	- 3,7	- 17,3	0,5	5,7	.	7,5	35,3	
Februar	1,9	- 2,7	8,3	- 0,2	- 3,3	- 1,1	- 5,3	0,6	- 0,5	.	10,3	37,8	
März	10,6	21,2	- 2,7	- 0,2	28,7	- 0,2	20,7	0,1	- 3,0	.	3,9	- 3,2	
1. Vj. D	4,1	4,1	4,1	- 0,8	- 12,7	- 6,2	- 9,6	0,9	
April	- 18,8	- 19,7	- 17,1	- 0,1	- 5,4	0,7	- 7,3	0,3	- 1,8	.	- 0,7	- 13,6	
Mai	7,7	5,7	10,6	- 0,0	36,8	- 0,8	7,1	0,4	- 3,3	.	- 3,5	- 8,3	
Juni	- 0,4	- 3,8	4,6	0,3	- 3,3	0,2	- 8,8	0,2	2,0	.	- 4,7	- 14,5	
2. Vj. D	- 8,3	- 7,7	- 9,2	- 0,0	35,3	- 0,3	4,5	0,8	
Juli	- 0,6	1,0	- 2,7	0,1	- 30,8	0,2	- 0,7	0,1	0,5	.	- 4,7	- 13,2	
August	- 2,7	2,7	- 10,4	1,0	56,4	1,6	2,5	- 0,1	- 1,7	.	0,4	2,0	
September	- 0,8	- 3,5	3,5	- 0,1	0,4	- 0,5	- 2,4	- 0,5	- 0,9	.	- 3,8	19,3	
3. Vj. D	0,9	- 2,6	- 0,5	0,4	2,6	0,9	- 3,8	0,4	

1) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden, Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten. Wegen der Umstellung auf die neuen EU-Klassifikationen ab 1995 sind Vorjahresvergleiche nicht möglich. - 2) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. - 3) Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten. - 4) Wertindex. - 5) Ohne Mehrwertsteuer. - 6) Alle privaten Haushalte. - 7) Quelle: Landesarbeitsamt Hessen. - 8) Bei Monatswerten Stand am Monatsende. - 9) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. - 10) Bei Monatswerten Stand Monatsmitte. - 11) Gegenüber der letzten Ausgabe teilweise berichtigte Ergebnisse.

stiegenen Auslandsnachfrage (+ 13 %), während aus dem Inland weniger bestellt wurde (– 5,6 %) als vor Jahresfrist. Umgekehrt verhielt sich die Bestelltätigkeit im zweiten Quartal. Das leicht positive Ergebnis (+ 0,7 %) war eine Folge gestiegener Inlandsbestellungen (+ 8,3 %), denen rückläufige Auslandsaufträge (– 5,9 %) gegenüberstanden. Damit verbesserte sich das noch schlechtere Ergebnis des ersten Quartals, in dem insgesamt 5,5 % weniger nachgefragt wurde als vor einem Jahr. Die Auslandskunden hatten sich noch erheblich stärker (– 15 %) zurückgehalten als im zweiten Quartal. Lediglich die Inlandsbestellungen (+ 5,1 %) hatten ein noch schlechteres Gesamtergebnis verhindern können.

Die Nachfrage nach den Produkten der Hersteller von Metall-erzeugnissen ging im dritten Quartal im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit um 7,0 % zurück, wobei sowohl die Inlandsbestellungen (– 7,2 %) als auch die Auslandsbestellungen (– 6,0 %) erheblich unter dem Vorjahresniveau lagen. Im zweiten Quartal hatte die Jahresveränderungsrate der Auftragseingänge noch bei – 1,4 % gelegen. Die Inlandskunden bestellten 0,4 % weniger und die Auslandsbesteller 4,2 % weniger als vor einem Jahr. Die beiden Nachfragerückgänge folgten auf eine noch recht beachtliche positive Veränderungsrate im ersten Quartal. Damals konnten noch insgesamt 5,7 % mehr Aufträge verbucht werden als im ersten Vorjahresquartal. Inländer bestellten 6,6 % mehr, und von ausländischen Kunden gingen 3,3 % mehr Bestellungen ein als vor Jahresfrist.

Leichte Umsatzsteigerung im Verarbeitenden Gewerbe . . .

Der vom Verarbeitenden Gewerbe im dritten Quartal 2001 insgesamt erwirtschaftete *Umsatz* belief sich auf 40,5 Mrd. DM. Das waren 1,6 % mehr als im dritten Quartal des Vorjahres. 37 % hiervon wurden auf ausländischen Märkten erzielt. Dieser Umsatz konnte im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit um 2,1 % gesteigert werden. Der Inlandsumsatz wuchs dagegen nur um 1,4 %. Damit war die Steigerungsrate beim Gesamtumsatz etwas geringer als im zweiten Quartal, in dem der Inlandsumsatz weniger stark und der Auslandsumsatz stärker zugenommen hatte.

Die Chemische Industrie meldete im dritten Quartal einen Gesamtumsatz von 8,9 Mrd. DM. Das waren 2,5 % mehr als in der gleichen Vorjahreszeit. Mit 59 % lag der Anteil des im Ausland erwirtschafteten Umsatzes am Gesamtumsatz überdurchschnittlich hoch. Dieser Umsatz ist im dritten Quartal um 3,2 % gestiegen, während im Inland nur ein Zuwachs um 1,7 % erzielt werden konnte. Die Umsatzentwicklung verbesserte sich demzufolge im dritten Quartal im Vergleich zum zweiten, in dem eine Jahresveränderungsrate von 1,1 % gemeldet wurde, die sich aus einem Zuwachs der Auslandsumsätze um 4,0 % und einem Rückgang der Inlandsumsätze um 3,0 % zusammensetzte.

Beim Maschinenbau betrug der Gesamtumsatz im dritten Quartal 4,4 Mrd. DM, von denen 44 % aus Geschäften mit ausländischen Kunden stammten. Der Gesamtumsatz des Maschinenbaus konnte im dritten Quartal im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit um 2,0 % verbessert werden, woran die Inlandsgeschäfte mit einer Jahressteigerungsrate von 2,1 % und die Geschäfte auf ausländischen Märkten mit einem Zuwachs um 1,9 % beteiligt waren. Im Vergleich zu dem Ergebnis des zweiten Quartals war dies allerdings eine erhebliche Verschlechterung. Im zweiten Quartal konnte insgesamt eine jährliche Umsatzzunahme von 9,9 % verbucht werden, die sich aus einer Steigerung der Auslandsumsätze um 12 % und 8,4 % mehr Inlandsumsatz zusammensetzte.

Die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen meldeten im dritten Quartal einen Gesamtumsatz von 4,5 Mrd. DM, der zu 47 % aus dem Ausland stammte. Insgesamt musste die Branche im dritten Quartal im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit allerdings eine Umsatzeinbuße um 2,6 % hinnehmen. Sie wurde vom Auslandsgeschäft (– 6,0 %) bewirkt, während der Inlandsumsatz gehalten werden konnte (+ 0,5 %). Die negative Entwicklung im dritten Quartal muss allerdings im Vergleich zu der im zweiten gesehen werden. Im zweiten Quartal mussten die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen einen Rückgang des Gesamtumsatzes um 5,4 % hinnehmen und hatten sowohl im Inland (– 4,3 %) als auch im Ausland (– 6,5 %) unter dem entsprechenden Vorjahresergebnis gelegen.

Am Gesamtumsatz und der Entwicklung gemessen recht beachtlich war das Ergebnis der Hersteller von Metall-erzeugnissen. Dort wurden im dritten Quartal gut 3,0 Mrd. DM umgesetzt, wenngleich mit einem unterdurchschnittlichen Auslandsanteil von nur 21 %. Die Umsatzentwicklung war dort mit einem Zuwachs von 8,7 % im dritten Quartal im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit überdurchschnittlich. Die Inlandsumsätze konnten um 11 % verbessert werden, während der Auslandsumsatz gut auf Vorjahresniveau (+ 0,4 %) blieb. Damit konnte das gute Ergebnis des zweiten Quartals (insgesamt: + 8,2 %; Inland: + 9,7 %; Ausland: + 3,8 %) fortgesetzt werden.

. . . jedoch ungebremster Beschäftigtenabbau

Im Durchschnitt des dritten Quartals arbeiteten im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt 458 400 Beschäftigte. Das waren 0,6 % weniger als im Durchschnitt der gleichen Vorjahreszeit. Im zweiten Quartal hatte die jährliche Veränderungsrate noch bei – 0,4 % und im ersten bei – 0,2 % gelegen. In dieser Entwicklung dürfte sich neben der konjunkturellen Entwicklung das unveränderte Bestreben der Unternehmen widerspiegeln, durch Strukturveränderungen ihrer Betriebe auf globale Entwicklungen des Marktes zu reagieren, Synergieeffekte zu nutzen und durch Rationalisierung auf dem Weltmarkt zu bestehen. Dass der Beschäftigtenabbau im

Verarbeitenden Gewerbe zum Teil durch einen über die Ausgliederung von Betriebsteilen bewirkten Zuwachs im tertiären Sektor ausgeglichen wird, ist bereits mehrfach erwähnt worden.

In der *Chemischen Industrie* errechnet sich für den Durchschnitt des dritten Quartals ein Beschäftigtenzuwachs um 0,5 % auf 64 600 Beschäftigte. Im ersten bzw. zweiten Quartal konnte die Beschäftigtenzahl gleichfalls leicht gesteigert werden (+ 0,1 % bzw. + 0,2 %).

Im *Maschinenbau* wurden im Durchschnitt des dritten Quartals 62 800 Beschäftigte gezählt. Das waren abermals 0,5 % weniger als im Durchschnitt der gleichen Vorjahreszeit. Im zweiten Quartal hatte die jährliche Beschäftigtenverminderung bei 0,6 % gelegen und im ersten Quartal sogar 0,9 % betragen.

Die *Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen* beschäftigten im Durchschnitt des dritten Quartals noch 57 400 Personen. Damit wurde der Beschäftigtenstand um weitere 4,4 % vermindert. Im ersten und zweiten Quartal hatte die Beschäftigtenreduzierung bei jeweils 3,8 % gelegen.

Die *Hersteller von Metallerzeugnissen* konnten ihren Beschäftigtenstand im dritten Quartal gut bei rund 39 600 halten (+ 0,4 %). Die Veränderungsrate fiel allerdings schlechter aus als im ersten und zweiten Quartal (+ 0,9 % bzw. + 1,2 %).

Leichte Zunahme der Auftragseingänge im Baugewerbe . . .

Die Auftragseingänge im hessischen Bauhauptgewerbe haben im dritten Quartal 2001 — nach einem Rückgang im zweiten — im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit wieder leicht zugenommen. Vor allem Aufträge im Tiefbau (+ 7,9 %) bewirkten, dass im dritten Quartal das Vorjahresergebnis leicht überschritten (+ 0,2 %) wurde. Im Hochbau gingen dagegen im dritten Quartal weniger Aufträge ein als in der gleichen Vorjahreszeit (– 5,8 %).

Alle Bauarten des Hochbaus waren im dritten Quartal im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit von einer rückläufigen Bestelltätigkeit betroffen. Der öffentliche und Verkehrshochbau meldete 20 % weniger Auftragseingänge, um 12 % gingen die Aufträge im Wohnungsbau zurück, und der gewerbliche und industrielle Hochbau blieb um 2,0 % unter dem Vorjahresniveau. Dass das Gesamtergebnis dennoch leicht positiv blieb, ist dem Tiefbau zuzuschreiben, wo vor allem der öffentliche und Verkehrstiefbau um 17 % und der Straßenbau um 13 % mehr Aufträge verbuchen konnten als in der gleichen Vorjahreszeit. Dagegen unterschritt der gewerbliche und industrielle Tiefbau im dritten Quartal das Vorjahresergebnis um 10 %.

. . . und leicht gestiegene Umsätze . . .

Mit 2,3 Mrd. DM erwirtschaftete das hessische Bauhauptgewerbe im dritten Quartal 2001 insgesamt 0,9 % mehr Umsatz als in der entsprechenden Vorjahreszeit. Im zweiten Quartal war der Umsatz im Vorjahresvergleich um 1,8 % gesunken. Beachtlich über dem Vorjahresniveau lag der Umsatz im dritten Quartal im gewerblichen und industriellen Bau (+ 8,5 %). Hier war der gewerbliche und industrielle Hochbau mit einem Zuwachs um 11 % auf 863 Mill. DM der Motor der Entwicklung, und auch vom gewerblichen und industriellen Tiefbau ging mit einer Zunahme um 1,9 % auf 292 Mill. DM ein positiver Impuls aus. Nur leicht über dem Vorjahresniveau (+ 0,1 %) lag dagegen der Umsatz im dritten Quartal vor allem im öffentlichen und Verkehrsbau, wo der Straßenbau einen Zuwachs um 1,9 % auf 348 Mill. DM meldete, während der öffentliche und Verkehrshochbau mit 145 Mill. DM 6,3 % weniger Umsatz erwirtschaftete als im dritten Vorjahresquartal.

. . . jedoch unverändert rückläufige Beschäftigtenzahlen

Im Durchschnitt des dritten Quartals arbeiteten im hessischen Bauhauptgewerbe noch knapp 33 600 Beschäftigte. Das waren abermals 6,4 % weniger als im Durchschnitt der entsprechenden Vorjahreszeit. Allerdings hatte die jährliche Abnahmerate im ersten Quartal mit 7,0 % und im zweiten mit 7,1 % noch geringfügig höher gelegen. Abgebaut wurden alle Beschäftigtenarten, am stärksten die gewerblichen Auszubildenden (– 9,7 %); doch auch die Zahl der Fachwerker, Werker und sonstigen Beschäftigten lag um 7,6 % und die der Facharbeiter, Poliere und Meister um 7,3 % unter dem Vorjahresstand. Die Zahl der tätigen Inhaber verringerte sich im Durchschnitt des dritten Quartals um 6,7 %, kaufmännische und technische Angestellte wurden 2,5 % weniger gezählt. Die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer wurde im Durchschnitt des dritten Quartals um 2,6 % verringert.

Abschwung im Wohnbau setzt sich fort

Im Verlauf des dritten Vierteljahres 2001 genehmigten die hessischen Bauaufsichtsbehörden *Hochbauten* mit insgesamt 1,5 Mill. m² Wohn- und Nutzfläche. Im Vergleich zum dritten Quartal des Jahres 2000 waren das 82 000 m² oder 5,3 % weniger. Die dafür veranschlagten Kosten nahmen im selben Zeitraum um 2,2 % zu und erreichten für den Wohn- und Nichtwohnbau insgesamt einen Betrag von 2,6 Mrd. DM. Diese leicht positive Entwicklung wurde vor allem durch ein um 5,4 % höheres finanzielles Genehmigungsvolumen der Privathaushalte verursacht, wobei hier der Schwerpunkt im Wohnbau lag. Im Gegensatz dazu hatte die Bauherrengruppe der Unternehmen, zu der Wohnungsunternehmen, Immobilienfonds sowie sonstige Unternehmen zusammengefasst werden, im dritten Quartal dieses

Jahres um insgesamt 3,9 % niedrigere Kosten veranschlagt als in den Monaten Juli bis September 2000. Hierbei gingen die geplanten Investitionssummen ausschließlich und deutlich im Wohnbau (– 21 %) zurück; im Nichtwohnbau stiegen sie um 5,3 % an.

Im **Wohnbau** setzte sich der seit 1995 fast durchgängig zu verzeichnende Abschwung weiter fort. Von den Bauämtern wurden im dritten Quartal wiederum weniger Genehmigungen gemeldet. Die Zahl der Baufreigaben für neue oder umzubauende Wohnungen reduzierte sich um 12 % und sank damit auf knapp 5200. Folglich verminderten sich auch die genehmigten Wohnflächen auf 620 000 m² (– 10 %) sowie die veranschlagten Baukosten auf 1,4 Mrd. DM (– 5,7 %). Der Quadratmeter Wohnfläche wurde damit in den ersten drei Quartalen 2001 mit durchschnittlich 2300 DM veranschlagt. In dieser Größenordnung bewegten sich die Kosten je Quadratmeter Wohnfläche seit 1998. In den Jahren davor waren 100 bis 200 DM mehr je Flächeneinheit angesetzt worden. Der negative Verlauf bei den Genehmigungszahlen umfasste alle Gebäudearten und Baumaßnahmen gleichermaßen. Im Geschosswohnbau wurde das Ergebnis des Vorjahresquartals mit 270 weniger Wohnungen um 13 % unterschritten. Beim Neubau von Ein- und Zweifamilienhäusern wurden in den Monaten Juli bis September 2001 9 bzw. 11 % weniger Wohnungen zum Bau freigegeben als im gleichen Zeitraum des Jahres 2000. Ebenfalls niedriger war die Zahl der Bauanfragen für Baumaßnahmen an bestehenden Wohngebäuden (– 15 %).

Das Nachfragevolumen im **Nichtwohnbau** folgte der Negativentwicklung im Wohnbau nicht. Im dritten Vierteljahr 2001 wurde mit 656 000 m² (+ 0,3 %) im Prinzip genauso viel Nutzfläche zur Genehmigung angefragt wie in den drei Vergleichsmonaten des Vorjahres. Bei den einzelnen Gebäudearten hielten sich Zuwächse und Verminderungen die Waage. Ein gegenüber dem Vorjahreszeitraum beträchtlich höherer Bedarf an Fläche in neuen Nichtwohngebäuden konnte bei Handels- und Lagergebäuden (44 000 m² oder 28 % mehr) sowie bei landwirtschaftlichen Betriebsgebäuden (33 000 m² oder 75 % mehr) erfasst werden. In Büro- und Verwaltungsgebäuden wurden dagegen erheblich weniger neue Nutzflächen (92 000 m² oder 37 % weniger) genehmigt. Die Kosten für neue Nichtwohngebäude wurden von den Bauherren mit 1,2 Mrd. DM veranschlagt. Sie lagen damit 145 Mill. DM über denen des Vorjahresquartals, was einer Zunahme um 14 % entsprach.

Einzelhandel lediglich nominal im Plus

Die Umsätze der in Hessen tätigen Einzelhändler stiegen im dritten Vierteljahr 2001 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum nominal um weniger als 1 %. Real, das heißt nach Ausschaltung von Preisveränderungen, war dies jedoch ein Rückgang von knapp 1 %. Der Kfz-Handel und

die Tankstellen blieben auch im dritten Vierteljahr 2001 im Minus: Nominal sanken hier die Umsätze um 0,3 %, real war dies eine Abnahme von deutlich über 1 %. So kam der Einzelhandel im engeren Sinn, also ohne den Kfz-Bereich, nominal auf ein Plus von knapp 1 %. Real war dies aber immer noch ein Minus von annähernd 1 %.

Mehr in ihren Kassen hatten weiterhin die Apotheken sowie die Einzelhändler mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln (nominal + 5 und real + 4 %). Der sonstige Facheinzelhandel befand sich mit nominal – 3 und real – 4 % im Abschwung. Lediglich der Einzelhandel mit Textilien, Bekleidung, Schuhen und Lederwaren steigerte seinen Umsatz, und zwar nominal um 2 % und real um etwas über 1 %. Bei der vom Umsatzanteil her bedeutendsten Branche, dem Einzelhandel mit Waren verschiedener Art — wozu beispielsweise die Supermärkte und Kaufhäuser gehören —, stiegen die Umsätze im dritten Vierteljahr 2001, verglichen mit dem entsprechenden Zeitraum 2000, nominal zwar um annähernd 5 %, real verblieb jedoch nur ein Plus von etwas über 1 %. Rückläufig waren die Umsätze beim Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren (nominal – 0,1 und real – 2,5 %). Auch der Einzelhandel, der — wie z. B. der Versandhandel — seine Waren nicht in Ladengeschäften anbietet, hatte weniger in den Kassen. Dort betrug der nominale Umsatzrückgang annähernd 4 %; real waren es – 3 %.

Die flauere Konjunktur im Einzelhandel führte dort zu einem weiteren Abbau der Beschäftigung. Sie ging im Vergleichszeitraum um 0,5 % zurück.

Trotz Konjunkturflaute: Weiterhin weniger als 200 000 Arbeitslose

Im dritten Quartal 2001 meldeten sich in Hessen 100 300 Personen arbeitslos. Das waren 5300 oder annähernd 6 % mehr als in den Monaten Juli bis September 2000. Diese spürbare Steigerung der Arbeitslosmeldungen resultierte überwiegend aus Personen, die zuvor einer Erwerbstätigkeit nachgegangen waren (+ 7 %). Das beruht auf einer konjunkturellen Abschwächung, die seit Frühjahr Unternehmer besonders betroffener Branchen dazu veranlasst, wieder vermehrt Arbeitsverträge auslaufen zu lassen bzw. zu kündigen. Hinzu kommen die seit Herbst vorigen Jahres wieder anwachsenden Arbeitslosmeldungen von Personen, die zuvor keiner Erwerbstätigkeit nachgegangen waren. Hier ergab sich im Berichtsquartal eine Zunahme um 2200 oder 4 %. Bei den Arbeitslosmeldungen nach Abschluss der betrieblichen Ausbildung, die je nach Beginn der (Berufs-) Schulferien schwerpunktmäßig zwischen dem zweiten und dritten Quartal alternieren, ist auch bei einem entsprechenden Vergleich über sechs Monate festzustellen, dass es bei den in den vorangegangenen beiden Jahren rückläufigen Arbeitslosmeldungen in diesem Segment durch die konjunk-

turellen Komplikationen nun wieder zu einer leichten Zunahme gekommen ist.

Die Zahl der Kurzarbeiter stieg gegenüber dem dritten Quartal 2000 um rund ein Viertel, so dass im Berichtszeitraum durchschnittlich 5200 Personen von einer kürzeren als der betriebsüblichen Arbeitszeit betroffen waren. Im langjährigen Vergleich verharrte damit das Kurzarbeitsproblem aber immer noch auf einem sehr niedrigen Stand.

Den 100 300 Arbeitslosmeldungen standen im dritten Quartal 72 500 den hessischen Arbeitsämtern als offen gemeldete Stellen gegenüber. Das waren 1100 oder nahezu 2 % mehr Stellenmeldungen als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Im Bundesgebiet waren die als offen gemeldeten Stellen dagegen schon kräftig rückläufig (– 9 %). Dank dieser etwas verbreiterten Vermittlungsbasis konnte die hessische Arbeitsverwaltung 49 800 Arbeitssuchende auf einen Dauerarbeitsplatz unterbringen. Damit wurde das Vermittlungsergebnis aus dem dritten Quartal 2000 um 2500 Personen oder 5 % übertroffen. Insgesamt schieden im Berichtszeitraum 104 400 Personen aus der Arbeitslosigkeit aus, 2600 oder gut 2 % weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum. Das lag daran, dass im Berichtszeitraum sehr viel weniger Personen ohne amtliche Vermittlung den Ausstieg aus der Arbeitslosigkeit schafften als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Der amtliche Vermittlungserfolg hat dagegen im Berichtsquartal sehr stark zugenommen. Insgesamt hat der Rückgang der Arbeitslosigkeit in Hessen trotz des deutlich nachlassenden Wirtschaftswachstums nochmals ein ansehnliches Ausmaß erreicht. Im Durchschnitt der Monate Juli bis September 2001 wurden 197 000 Arbeitslose registriert, rund 12 000 oder 6 % weniger als vor Jahresfrist. Damit hat der nun schon mehr als drei Jahre anhaltende Abbau der Arbeitslosigkeit in Hessen nochmals zu einem Quartalsergebnis von weniger als 200 000 Arbeitslosen geführt.

Nur leicht mehr, aber gewichtigere Unternehmensinsolvenzen

Von Januar bis September 2001 meldeten die hessischen Insolvenzgerichte 1461 Unternehmensinsolvenzen; lediglich 37 oder 2,6 % mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Diese Entwicklung der Unternehmensinsolvenzen ist trotz der moderaten Zunahme nicht mehr so günstig wie im bisherigen Verlauf des Jahres zu beurteilen. Zwar hatte die Zahl der Insolvenzantragungen gegen hessische Unternehmen in den ersten drei Monaten noch um gut 10 %, in den ersten sechs Monaten aber dann lediglich um 1 % gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum zugenommen, doch sind die diesen Insolvenzen zu Grunde liegenden Forderungen deutlich gestiegen. Sie beliefen sich zum Ende des ersten Quartals noch auf 717 Mill. DM, summierten sich im ersten Halbjahr auf 2,1 Mrd. DM und von Januar bis Ende September auf nahezu 3,2 Mrd. DM. Damit lagen die Insolvenzforderungen

Ende September dieses Jahres um 1,9 Mrd. DM über denen der ersten neun Monate des Vorjahres (+ 146 %). Zu diesem enormen Anstieg des Forderungsvolumens hat insbesondere eine kräftig wachsende Zahl von Großkonkursen geführt. So gab es in diesem Jahr schon sieben Unternehmensinsolvenzen mit Forderungsmeldungen von jeweils über 100 Mill. DM. Im Vorjahr lag das Forderungsvolumen aus dem größten Unternehmenszusammenbruch bei 45 Mill. DM. In diesem Jahr machte das bislang größte Forderungsvolumen aus der Einzelinsolvenz eines Unternehmens 490 Mill. DM aus.

Weiterhin günstig hat sich allerdings die Relation aus Insolvenzantragungen und Verfahrenseröffnungen entwickelt. Von den 1461 Unternehmensinsolvenzen der ersten drei Quartale 2001 führten 655 auch zu einer Verfahrenseröffnung. Damit hat sich die Eröffnungsquote, der Anteil der eröffneten Verfahren an allen Insolvenzantragungen eines Zeitraums, weiter von 39 % im Vorjahr auf 45 % in diesem Jahr erhöht. Am Ende der ersten drei Quartale des Jahres 1999 hatte die Eröffnungsquote erst bei 30 % gelegen.

In den eröffneten Verfahren erhoffen die Gläubiger die Befriedigung eines Forderungsvolumens in Höhe von fast 2,8 Mrd. DM, gut das Dreifache des vergleichbaren Vorjahreswertes. Die Zahl der mangels Masse abgelehnten Anträge auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens ging im Gegenzug von 870 auf 806 (– 7,4 %) zurück, die Summe der damit verbundenen Forderungsverluste war allerdings mit 480 Mill. DM sogar noch etwas höher als im Zeitraum Januar bis September 2000 (477 Mill. DM).

Nach Wirtschaftsbereichen stellt sich das Insolvenzgeschehen bei den hessischen Unternehmen im Vergleich der ersten neun Monate des Jahres 2001 mit denen des Vorjahres wie folgt dar: Besonders zahlreich waren die Insolvenzantragungen in den Bereichen „Grundstücks-, Wohnungswesen, Dienstleistungen für Unternehmen“ mit 366 Unternehmensinsolvenzen (+ 14 %), Baugewerbe (326, – 3 %), Verarbeitendes Gewerbe (186, + 18 %), Einzelhandel (154, – 2,5 %) und Verkehr- und Nachrichtenübermittlung (113, + 27 %). Zu starken Zunahmen kam es darüber hinaus im Bereich „Handelsvermittlung und Großhandel“ (92, + 11 %). Deutlich beruhigt zeigte sich das Insolvenzgeschehen dagegen in den Bereichen „Kfz-Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz, Tankstellen“ (27, – 39 %) und „Gesundheits-, Veterinär-, Sozialwesen“ (23, – 23 %).

Entwicklung der Heizöl- und Kraftstoffpreise lässt Teuerung sinken

Die Entwicklung der Heizöl- und Kraftstoffpreise dämpft seit Juli den im Jahresvergleich gemessenen Anstieg der Verbraucherpreise. Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Hessen war im dritten Quartal im Durchschnitt nur noch um 2,2 % höher als ein Jahr zuvor. Im zwei-

ten Quartal hatte diese Rate noch 2,7 % betragen. Im Verlauf des Berichtszeitraums ging der Preisauftrieb weiter zurück. Nachdem die Verbraucherpreise im Juli noch um 2,3 % über denen im gleichen Monat des Vorjahres gelegen hatten, waren es im September nur noch 1,9 %. Allerdings ist dieser Rückgang der Teuerung allein auf die Entwicklung der Heizöl- und Kraftstoffpreise zurückzuführen. Ohne Berücksichtigung von Heizöl und Kraftstoffen wäre die Lebenshaltung im dritten Vierteljahr im Durchschnitt um 2,5 % (nach 2,4 % im zweiten Vierteljahr) teurer als ein Jahr zuvor gewesen. Im Einzelnen war Heizöl im dritten Quartal im Durchschnitt um 7,9 % und Kraftstoffe waren um 1,6 % billiger als ein Jahr zuvor.

Andererseits lagen die Gaspreise von Juli bis September um 17,8 % und die Umlagen für Zentralheizung und Fernwärme um 25,2 % höher als vor Jahresfrist. Auch die Nahrungsmittelpreise zogen weiterhin überdurchschnittlich an. Im dritten

Quartal waren sie um 5,3 % höher als ein Jahr zuvor. Im zweiten Quartal hatte die entsprechende Teuerungsrate 5,2 % betragen. Wohnungsmieten haben weiterhin den allgemeinen Preisauftrieb gedämpft. Im dritten Quartal waren sie einschl. Nebenkosten, aber ohne Heizung, um 1,0 % höher als im Vorjahr.

Innerhalb des Berichtszeitraums hat sich der Gesamtindex nur leicht verändert, wobei sich diese Veränderungen auch noch gegenseitig ausgeglichen haben. Nachdem der Preisindex von Juli auf August um 0,1 % gesunken war, ist er bis September um den gleichen Prozentsatz gestiegen.

Zu Beginn des letzten Viertels dieses Jahres gingen die Verbraucherpreise im Vormonatsvergleich stark zurück und die Jahresteuerrate erreichte den niedrigsten Wert seit über einem Jahr. Im Oktober war der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte um 0,5 % niedriger als im September und nur noch um 1,7 % höher als ein Jahr zuvor.

*Wir wünschen unseren Leserinnen und Lesern
ein frohes und friedvolles Weihnachtsfest
und alles Gute im Neuen Jahr!*



- Das Angebot der *Erwachsenenbildung* in Hessen ist weiterhin gefragt. Anfang September 2001 wurden an den 28 hessischen Schulen für Erwachsene rund 2400 Männer sowie 2200 Frauen unterrichtet, um einen Schulabschluss nachzuholen oder zu verbessern. Damit wählten 160 Erwachsene mehr als im Vorjahr diesen Bildungsweg. Ein Abendgymnasium besuchten 53 %, 26 % eine Abendreal- schule, 18 % ein Kolleg und drei % eine Abendhauptschule. Der Ausländeranteil an den Schulen für Erwachsene ist mit 29 % etwas niedriger als im Vorjahr. Von den 1320 ausländischen Teilnehmern dieser Bildungsgänge besuchten 60 % ein Abendgymnasium. Im Schuljahr 2000/2001 konnten insgesamt knapp 400 Absolventen ein Abendgymnasium oder Kolleg erfolgreich mit dem Abitur beenden, weitere 200 erreichten die Fachhochschulreife. Gegenüber dem Vorjahr fiel die Zahl der Abiturienten um 60, während die der Abgänger mit Fachhochschulreife um 10 anstieg. Von den Abiturienten waren wiederum 59 % Frauen.

- Im ersten Quartal 2001 nahm die *Bevölkerung* Hessens um 1200 auf gut 6 069 300 Einwohner zu. Es hatte im entsprechenden Vorjahreszeitraum einen geringfügigen Rückgang der Einwohnerzahl um 150 Personen gegeben. Der Bevölkerungsanstieg in den ersten drei Monaten dieses Jahres ist auf einen Wanderungsüberschuss von 3400 Personen bei einem gleichzeitigen Geburtendefizit von 2200 Personen zurückzuführen. Von Januar bis März 2001 verließen 37 800 Menschen unser Bundesland, das waren rund 2600 mehr als im gleichen Zeitraum des Jahres 2000. Gleichzeitig waren knapp 41 200 Zuzüge zu verzeichnen, rund 2900 mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum, sodass sich ein Wanderungsgewinn von 3400 ergab. Im Vergleich dazu gab es im ersten Quartal des vergangenen Jahres einen Wanderungsgewinn von knapp 3100 bei einem Geburtendefizit von über 3200 Personen.

- Mit Beginn des Wintersemesters 2001/02 sind an den 29 hessischen *Hochschulen* 156 000 Studierende eingeschrieben. Nach vorläufigen Ergebnissen ist die Studentenzahl die höchste innerhalb der letzten sechs Jahre und stieg gegenüber dem Vorjahr um fast 5500. Seit Jahren entscheiden sich immer mehr Frauen für ein Hochschulstudium. Im laufenden Semester sind 71 100 Studentinnen eingeschrieben, sodass der Frauenanteil der Studierenden mit 45,5 % den bisher höchsten Stand erreicht. Die Zahl der Studierenden im ersten Fachsemester nahm gegenüber dem letzten Wintersemester um 3400 zu. Insgesamt begannen 15 100 Frauen und 14 900 Männer ein Fachstudium, womit es erstmals mehr Frauen als Männer bei den Studienanfängern gibt. An den sechs hessischen Universitäten sind mit 110 600 Studierenden rund 3800 mehr als im Vorjahr immatrikuliert. Die Zahl

der Studierenden im ersten Fachsemester stieg gleichzeitig um 3000 auf knapp 21 000 an. Seit vier Jahren gibt es mehr Frauen als Männer im ersten Fachsemester an den Universitäten. Der Frauenanteil der Studienanfänger ist mit 55 % etwas höher als der bisherige Höchststand des Vorjahres. 40 700 Studierende besuchen die elf hessischen *Fachhochschulen*; das sind 1700 mehr als im Vorjahr. Im ersten Fachsemester sind 7900 Studierende eingeschrieben, rund 100 mehr als im letzten Wintersemester. Der Frauenanteil der Studienanfänger ist hier mit 37 % traditionell niedrig, was auf das Studienfachangebot zurückzuführen ist. An den sechs hessischen *Verwaltungsfachhochschulen* werden wie im Vorjahr 3200 Nachwuchskräfte für den gehobenen nichttechnischen Dienst ausgebildet, und auch an den drei theologischen Hochschulen und den drei Kunsthochschulen sind wie schon in den beiden letzten Jahren insgesamt 1800 Studierende eingeschrieben.

- Von Januar bis August 2001 konnte die hessische Wirtschaft Waren im Wert von 41 Mrd. DM im Ausland absetzen, das waren etwas über 8 % mehr als im gleichen Zeitraum des Jahres 2000. Nach wie vor geht deutlich über die Hälfte der Exporte in die Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU), darunter über drei Viertel in die Euro-Zone. Bei der *Ausfuhr* in die EU kam es zu einem Anstieg von knapp 6 %; bei der Euro-Zone fiel der Zuwachs mit knapp 5 % allerdings niedriger aus. Mit den zwölf EU-Beitrittskandidaten war Hessen besonders gut im Geschäft: Gegenüber den ersten acht Monaten des vergangenen Jahres stiegen die Ausfuhren dorthin um 19 %, und ihr Anteil an den Exporten insgesamt erhöhte sich auf annähernd 8 %. In die EFTA-Staaten wurden fast 6 % der hessischen Ausfuhren geliefert; hier kam es im Vergleichszeitraum zu einer Zunahme von über 13 %. Insgesamt nahmen die europäischen Staaten über zwei Drittel der hessischen Ausfuhren auf; im Vergleich zu den ersten acht Monaten des Jahres 2000 kam es hier zu einem Wachstum von 7 %. Weniger erfolgreich war die hessische Wirtschaft in den USA; dort blieb die Ausfuhr auf dem Niveau des Vorjahres. Mit einem Wert von 4 Mrd. DM haben die USA einen Anteil an der hessischen Gesamtausfuhr von annähernd 10 %. Auch die Ausfuhren nach Japan blieben mit 1,3 Mrd. DM auf dem Vorjahreswert. Damit gelangten 3 % aller hessischen Exporte nach Japan.

- In den hessischen Anlagen des Papiergewerbes wurden im Jahr 2000 rund 1,3 Millionen Tonnen *Altpapier* bei der Produktion eingesetzt. Über 90 % des Papiers stammten aus der Einsammlung und Sortierung von Abfällen bzw. vom Altpapierhandel. Ein knappes Zehntel wurde direkt von gewerblichen Abfallerzeugern, zum Beispiel aus der Druckindustrie, oder als Direktimport bezogen. Als wichtigste Papiersorten kamen vor allem Kaufhausaltpapier (501 000 t) sowie sortiertes gemischtes Altpapier (330 000 t) zum Einsatz. Seit 1996, dem Beginn der Berichterstattung, nahm die Menge des eingesetzten Altpapiers kontinuierlich zu. Sie stieg in diesem Zeitraum um 220 000 t oder 21 %.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	1999	2000	2000			2001				
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April	
BEVÖLKERUNG											
* Bevölkerung am Monatsende ¹⁾	1000	6 042,8	6 058,3	6 051,4	6 051,8	6 052,4	6 068,3	6 069,0	6 069,3	6 070,5	
Natürliche Bevölkerungsbewegung:											
* Eheschließungen ²⁾	Anzahl	2 718	2 718	1 642	1 894	1 932	961	1 204	1 686	1 784	
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	*	5,4	5,4	3,4	3,7	3,9	1,9	2,6	3,3	3,6	
* Lebendgeborene ³⁾	*	4 916	4 901	4 860	4 722	4 156	3 697	4 172	4 475	4 305	
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	*	9,8	9,7	10,1	9,2	8,4	7,2	9,0	8,7	8,6	
* Gestorbene ⁴⁾ (ohne Totgeborene)	*	5 088	5 029	5 808	4 983	4 552	4 886	4 485	5 172	4 840	
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	*	10,1	10,0	12,1	9,7	9,2	9,5	9,6	10,0	9,7	
* darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene	*	22	21	29	14	20	20	18	15	22	
auf 1000 Lebendgeborene	*	4,5	4,4	6,0	3,0	4,8	5,4	4,3	3,4	5,1	
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	*	- 172	- 127	- 948	- 261	- 396	- 1 189	- 313	- 697	- 535	
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	*	- 0,4	- 0,3	- 2,0	- 0,5	- 0,8	- 2,3	- 0,7	- 1,4	- 1,1	
Wanderungen:											
* Zuzüge über die Landesgrenzen	Anzahl	14 164	14 134	11 980	13 357	11 678	14 937	12 155	14 065	13 915	
* darunter aus dem Ausland	*	6 186	6 178	5 444	5 881	5 148	6 550	5 697	6 572	6 151	
* Fortzüge über die Landesgrenzen	*	12 591	12 659	11 133	12 667	10 710	13 622	11 115	13 030	12 200	
* darunter in das Ausland	*	9 114	5 572	5 353	6 060	4 437	6 450	5 404	6 087	5 362	
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	*	1 574	1 474	847	690	968	1 315	1 040	1 035	1 715	
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁵⁾	*	19 091	18 349	16 473	18 364	15 529	19 596	14 867	17 202	17 168	
		1999	2000	2000			2001				
		Durchschnitt		August	Sept.	Okt.	Juli	August	Sept.	Okt.	
ARBEITSMARKT											
* Arbeitslose am Monatsende ⁶⁾	Anzahl	239 257	214 875	206 753	201 102	196 354	199 169	195 780	194 050	195 656	
* darunter Frauen	*	105 186	96 519	95 377	92 761	90 499	90 912	89 463	88 224	88 527	
Männer	*	134 071	118 356	111 376	108 341	105 855	108 257	106 317	105 826	107 129	
Ausländer	*	51 080	45 177	42 578	42 144	41 830	41 026	41 127	41 517	42 737	
Jugendliche unter 20 Jahren	*	5 747	5 442	6 072	5 481	4 903	5 987	5 736	5 251	5 048	
* Arbeitslosenquote ⁷⁾ insgesamt	%	9,4	8,1	7,7	7,5	7,3	7,3	7,2	7,1	7,1	
* darunter der Frauen	*	9,1	8,0	7,7	7,5	7,3	7,1	7,0	6,9	6,9	
Männer	*	9,6	8,3	7,7	7,5	7,3	7,4	7,3	7,3	7,3	
Ausländer	*	17,2	14,8	13,6	13,7	13,6	13,9	13,9	14,1	14,5	
Jugendlichen unter 20 Jahren	*	8,0	5,8	5,9	5,3	4,7	4,8	4,6	4,2	4,1	
* Offene Stellen am Monatsende ⁸⁾	Anzahl	30 650	37 527	38 512	38 139	35 763	37 571	37 727	36 289	32 366	
* Kurzarbeiter (Monatsmitte) ⁶⁾	*	6 396	5 156	4 486	4 924	4 783	4 797	4 893	5 838	7 461	
		1998	1999	1998			1999			2000	
		Durchschnitt ¹⁰⁾		Sept.	Dez.	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni	
* Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer am Arbeitsort insgesamt ⁸⁾¹¹⁾	1000	2 105,3	2 138,0	2 128,8	2 110,9	2 123,7	2 162,2	2 163,4	2 169,4	2 174,8	
* darunter Frauen	*	903,7	919,1	911,4	906,7	910,5	927,1	932,8	938,1	934,5	
Ausländer	*	226,6	220,8	229,6	226,0	216,8	221,3	220,1	220,9	223,2	
* Teilzeitbeschäftigte	*	310,0	309,3	310,9	315,1	301,4	306,2	313,3	318,7	321,6	
darunter Frauen	*	272,5	267,8	273,4	275,0	262,3	264,8	269,2	273,0	274,3	
darunter ausgew. Wirtschaftsabschnitte ⁹⁾ :											
* Bergbau	*	.	8,6	9,2	8,8	8,8	8,6	8,4	8,5	8,5	
* darunter Frauen	*	.	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9	
* Verarbeitendes Gewerbe	*	.	528,3	543,0	535,8	527,2	530,7	525,0	522,9	523,0	
* darunter Frauen	*	.	137,6	142,6	139,9	137,1	138,3	136,7	136,3	135,9	
* Energie- und Wasserversorgung	*	.	17,5	17,0	17,0	17,4	17,5	17,6	17,5	17,4	
* darunter Frauen	*	.	3,1	3,0	2,9	3,1	3,1	3,1	3,1	3,1	
* Baugewerbe	*	.	129,3	136,0	129,7	130,1	133,6	127,7	123,6	125,1	
* darunter Frauen	*	.	15,6	16,0	15,8	15,6	15,7	15,6	15,4	15,2	
* Handel- und Gastgewerbe	*	.	389,7	388,6	384,4	386,5	394,3	395,2	396,1	395,9	
* darunter Frauen	*	.	188,8	188,0	186,1	187,2	190,7	191,7	192,2	191,6	
* Verkehr- und Nachrichtenübermittlung	*	.	147,9	144,2	144,1	146,4	148,0	152,7	155,4	158,3	
* darunter Frauen	*	.	49,1	47,8	47,8	48,3	49,0	50,8	51,8	52,6	
* Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	*	.	140,8	139,3	138,9	139,0	142,4	142,6	143,8	143,8	
* darunter Frauen	*	.	69,1	68,7	68,4	68,2	69,8	69,9	70,5	70,4	
* Grundstückswesen, Vermietung, Dienstleistungen für Unternehmen	*	.	271,0	249,2	250,9	267,0	279,2	284,3	291,9	298,3	
* darunter Frauen	*	.	120,7	111,1	111,5	119,0	124,1	126,3	129,7	131,5	
* öffentliche Verwaltung u. ä.	*	.	128,6	130,7	130,3	128,3	128,7	128,2	127,4	125,0	
* darunter Frauen	*	.	73,9	74,9	74,9	73,5	73,8	73,7	73,3	71,4	
* öffentliche und private Dienstleistungen (ohne öffentl. Verwaltung)	*	.	362,0	356,6	358,0	358,0	363,8	368,1	368,2	364,8	
* darunter Frauen	*	.	256,5	254,2	254,8	253,5	257,5	260,3	260,8	257,9	

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Fortschreibungsergebnisse auf der Basis der Bevölkerungszustellung vom 25. Mai 1987 (Volkszählung). - 2) Nach dem Ereignisort. - 3) Nach der alleinigen oder der Hauptwohnung der Mutter. - 4) Nach der alleinigen oder Hauptwohnung des Verstorbenen. - 5) Ohne innerhalb der Gemeinden Umgezogene. - 6) Quelle: Landesarbeitsamt Hessen. - 7) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. - 8) Einschl. Land- und Forstwirtschaft, Fischerel. Quelle: Bundesanstalt für Arbeit. - 9) Auf Grund der Einführung der neuen Wirtschaftszweigsystematik (WZ 93) ist die Vergleichbarkeit mit früheren Erhebungen nicht gewährleistet. - 10) Durchschnitt für die Monate März, Juni, September und Dezember. - 11) Ein Nachweis in wirtschaftsfachlicher Gliederung ist auf Grund von Strukturverschiebungen zur Zeit nicht möglich.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1999	2000	2000			2001			
		Durchschnitt		Jul	August	Sept.	Juni	Jul	August	Sept.
LANDWIRTSCHAFT										
Schlachtungen ¹⁾ :										
Rinder	Anzahl	8 088	7 302	5 692	6 235	6 816	6 625	4 332	5 574	5 989
Kälber	"	341	350	310	306	312	168	96	139	160
Schweine	"	108 303	102 959	105 056	95 380	98 319	90 824	89 554	91 134	86 903
darunter hausgeschlachtet	"	9 044	7 765	3 841	2 500	4 083	3 710	2 631	2 851	4 261
Schlachtmengen ²⁾ :										
* Gesamtschlachtgewicht	Tonnen	11 653	11 148	11 406	10 818	11 126	10 684	9 812	10 373	9 730
darunter von										
* Rindern	"	2 207	2 032	1 772	1 941	2 078	2 040	1 317	1 696	1 764
* Kälbern	"	30	33	31	33	40	17	9	12	15
* Schweinen	"	9 099	8 686	9 201	8 464	8 593	8 022	7 973	8 057	7 549
Geflügel:										
* Erzeugte Konsumer ³⁾	1000 St.	30 668	31 856	30 877	27 954	31 784	32 422	31 472	28 952	26 992
Milcherzeugung:										
Kuhmilcherzeugung	Tonnen	87 211	84 688	87 702	83 568	79 153	94 249	93 055	89 129	83 383
* darunter an Molkereien u. Händler geliefert	"	82 275	80 642	84 132	79 997	75 698	90 019	88 685	84 759	79 154
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	16,4	15,8	16,1	15,3	15,0	19,9	19,0	18,2	17,6
VERARBEITENDES GEWERBE ⁴⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	464,4	459,5	460,1	462,0	461,9	457,7	458,0	458,8	458,5
darunter Arbeiter (einschl. gewerbl. Azubi.)	"	275,0	271,1	272,8	273,1	272,8	270,2	270,8	270,5	269,8
* Geleistete Arbeitsstunden	"	35 589	34 952	31 658	36 015	35 499	33 060	31 546	35 280	33 910
* Brutto Lohnsumme	Mill. DM	1 285,7	1 292,4	1 271,7	1 274,3	1 239,1	1 341,4	1 298,6	1 281,9	1 232,7
* Bruttogehaltssumme	"	1 424,5	1 446,6	1 365,4	1 348,7	1 361,8	1 490,3	1 409,1	1 371,8	1 377,0
* Gesamtumsatz (ohne MwSt.)	"	12 763,0	13 425,7	12 313,0	12 982,9	14 542,6	13 680,0	13 123,5	13 490,7	13 880,2
* darunter Auslandsumsatz	"	4 278,5	5 016,1	4 564,4	4 612,5	5 378,3	5 257,0	4 909,1	4 786,4	5 165,9
Exportquote ⁵⁾	%	33,5	37,4	37,1	35,5	37,0	38,4	37,4	35,5	37,2
Index der Nettoproduktion insgesamt ⁶⁾										
Insgesamt	1991 = 100
darunter										
Vorleistungsgüterproduzenten	"
Investitionsgüterproduzenten	"
Gebrauchsgüterproduzenten	"
Verbrauchsgüterproduzenten	"
Index der Nettoproduktion im Verarbeitenden Gewerbe ⁷⁾										
Insgesamt	1991 = 100
darunter										
Chemische Industrie	"
Maschinenbau	"
Fahrzeugbau	"
Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik usw.	"
Volumenindex des Auftragseingangs ⁷⁾										
Insgesamt	1995 = 100 % ⁸⁾	- 6,8	6,7	5,2	13,3	6,2	- 2,4	2,2	- 5,3	- 12,3
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	"	- 1,9	5,6	2,7	10,2	0,7	- 3,3	- 0,2	- 0,4	- 14,4
Investitionsgüterproduzenten	"	- 14,3	9,2	10,6	24,4	9,3	- 6,0	7,2	- 18,1	- 22,4
Gebrauchsgüterproduzenten	"	- 8,8	10,5	21,7	9,2	16,5	- 6,6	- 17,9	- 6,5	- 21,5
Verbrauchsgüterproduzenten	"	- 1,2	2,9	- 3,2	- 4,0	25,6	18,4	7,3	19,9	- 14,4
Volumenindex des Auftragseingangs nach ausgewählten Branchen:										
Chemische Industrie	% ⁸⁾	- 2,3	6,7	1,3	7,5	20,5	10,0	5,4	11,5	- 7,6
Maschinenbau	"	- 5,9	15,8	16,9	21,3	16,4	- 14,9	- 8,3	- 18,7	- 24,9
Kraftwagen und -teile	"	- 20,0	- 9,3	- 10,4	11,6	- 3,1	- 4,2	23,6	- 4,8	- 4,3
Herstellung von Metallserzeugnissen	"	- 1,4	5,5	13,8	8,4	2,6	- 0,1	- 8,1	- 12,1	6,0
ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	2 278,0	2 128,5	2 202,3	1 940,0	1 771,0
* Stromverbrauch ⁹⁾	"	2 714,2	2 895,0	2 556,1	2 720,5	2 957,5

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Gewerbliche und Hauschlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft. - 2) Gewerbliche Schlachtungen (ohne Geflügel); einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. - 3) in Betrieben ab 3000 Hennenhaltungsplätzen. - 4) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. - 5) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. - 6) Kalendermonatlich. - 7) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. - 8) Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Vorjahresmonat. - 9) Ohne Pumpstromverbrauch und ohne Übertragungsverluste; ohne Eigenverbrauch der Kraftwerke.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1999	2000	2000			2001			
		Durchschnitt		Jul	August	Sept.	Junl	Jul	August	Sept.
BAUGEWERBE										
Bauhauptgewerbe ¹⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) darunter	1000	62,1	60,7	60,2	60,5	60,4	57,5	57,5	58,4	58,2
Facharbeiter ²⁾	*	32,6	32,0	31,4	32,0	31,9	29,7	29,9	30,4	30,3
Fachwerker und Werker	*	9,8	9,5	10,4	9,7	9,7	9,0	9,1	9,2	9,0
gewerblich Auszubildende	*	3,1	2,9	2,6	2,9	2,9	2,5	2,4	2,8	2,7
* Geleistete Arbeitsstunden darunter für den	*	5 923	5 756	5 619	6 595	6 212	5 500	5 603	6 334	5 666
Wohnungsbau	*	2 262	2 214	2 087	2 437	2 286	2 052	2 059	2 381	2 086
gewerblichen und Industriellen Bau	*	1 812	1 716	1 720	1 900	1 825	1 547	1 613	1 811	1 643
öffentlichen und Verkehrsbau	*	1 817	1 798	1 780	2 228	2 058	1 858	1 897	2 099	1 898
* Bruttolehnsumme ³⁾	Mill. DM	190,4	188,1	187,8	202,9	188,0	177,5	186,5	195,7	173,9
* Bruttogehaltssumme	*	80,9	78,2	76,3	75,2	73,7	80,4	72,8	72,6	72,4
Baugewerblicher Umsatz (ohne MwSt.)	*	1 039,2	1 001,1	1 001,2	1 056,9	1 077,7	1 096,8	1 048,1	1 089,2	1 063,8
* Index des Auftragsleistung ⁴⁾ darunter	1995 = 100	86,6	85,1	102,4	74,6	110,6	100,7	69,7	109,0	109,4
Wohnungsbau	*	66,5	53,2	47,4	63,1	58,8	62,0	46,4	51,1	52,3
gewerblicher und Industrieller Bau	*	90,9	99,6	119,7	75,1	137,0	120,6	67,5	121,9	129,2
öffentlicher und Verkehrsbau	*	92,4	84,9	111,3	80,3	106,4	97,2	85,2	124,9	116,3
Ausbaugewerbe ⁵⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	25,2	24,6	.	.	24,8	23,7
* Geleistete Arbeitsstunden	*	7 316	7 148	.	.	7 309	6 787
Bruttolehn- und -gehaltssumme	Mill. DM	330,5	337,4	.	.	332,2	328,2
* Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne MwSt.)	*	1 036,3	1 203,3	.	.	1 348	1 200,9
BAUGENEHMIGUNGEN										
* Wohngebäude (Neu- und Wiederaufbau) ⁶⁾ darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	1 048	913	1 020	866	856	811	809	831	803
	*	932	818	910	765	748	694	723	731	738
* Umbauter Raum der Wohngebäude ⁶⁾	1000 m ³	1 151	1 021	1 079	969	962	1 145	924	977	862
* Wohnfläche in Wohngebäuden ⁶⁾	1000 m ²	213	188	201	172	181	210	170	178	161
* Veranschlagte reine Baukosten der Wohngebäude ⁷⁾	1000 DM	645 188	513 757	552 344	483 851	489 813	576 278	491 119	501 614	445 627
* Nichtwohngebäude (Neu- u. Wiederaufbau) ⁶⁾ Umbauter Raum der Nichtwohngebäude ⁶⁾	Anzahl	271	245	263	257	220	225	185	226	225
	1000 m ³	808	875	850	716	390	1 568	1 246	1 147	1 027
* Nutzfläche in Nichtwohngebäuden ⁶⁾	1000 m ²	190	186	206	163	101	264	174	214	194
* Veranschlagte reine Baukosten der Nichtwohngebäude ⁷⁾	1000 DM	348 572	415 718	382 461	427 323	235 234	547 885	363 193	434 235	392 921
* Wohnungen insgesamt ⁸⁾	Anzahl	2 278	1 968	2 107	1 909	1 955	2 255	1 790	1 955	1 594
* Wohnräume insgesamt ⁸⁾	*	11 744	10 306	11 261	9 971	10 043	10 702	9 018	9 883	8 526
EINZELHANDEL UND GASTGEWERBE										
Einzelhandel										
* Index der Umsätze ⁹⁾ - real	1995 = 100	100,8	99,9	93,4	97,6	96,3	94,7	94,0	96,5	94,1
* Index der Umsätze ⁹⁾ - nominal	*	102,8	103,0	96,3	100,9	100,4	99,7	99,0	101,5	99,1
darunter (Einzelhandel mit)										
Waren verschiedener Art ¹⁰⁾	*	115,7	111,2	108,7	112,1	105,2	116,3	114,6	108,9	101,8
Kraftfahrzeugen ¹¹⁾ ; Tankstellen	*	101,7	101,4	93,3	98,8	94,5	100,4	96,3	105,4	98,1
Apotheken ¹²⁾	*	118,4	126,0	118,0	128,8	124,2	131,1	127,3	136,7	126,9
Bekleidung	*	86,4	87,2	78,6	77,2	89,9	76,8	78,6	75,6	97,4
Möbeln, Einrichtungsgegenständen ¹³⁾	*	95,6	88,0	83,6	78,2	87,1	79,4	80,3	76,1	78,2
Metallwaren und Anstrichmitteln ¹⁴⁾	*	97,7	107,0	111,8	110,2	107,2	109,9	114,3	108,7	105,3
* Beschäftigte im Einzelhandel (Index)	*	90,7	87,3	86,3	86,9	87,0	85,5	85,6	86,2	87,0
Gastgewerbe										
* Index der Umsätze ⁹⁾ - real	1995 = 100	90,8	91,3	84,3	91,1	103,3	90,9	85,5	90,6	98,5
* Index der Umsätze ⁹⁾ - nominal	*	95,2	96,8	91,4	99,0	109,8	96,6	94,4	100,1	106,5
darunter										
Hotels, Gasthöfe, Pensionen, Hotels garnis	*	101,8	107,0	94,3	108,7	139,3	107,7	96,3	105,5	132,0
Restaurants, Cafés, Eisdielen, Imbissstellen	*	90,4	89,9	86,0	91,6	90,7	92,5	88,3	94,8	90,3
Kantinen und Caterer	*	105,6	107,8	114,1	115,7	118,3	113,0	121,4	118,0	115,5
* Beschäftigte im Gastgewerbe (Index)	*	88,2	84,6	85,2	85,0	88,0	85,2	83,9	86,6	89,8

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau. Nach der Totalerhebung hochgerechnete Ergebnisse. - 2) Einschl. Polieren und Meistern. - 3) Einschl. Entgelten für Poliere und Meister. - 4) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. - 5) Bauintallation und sonstiges Baugewerbe. Ab 1997 Vierteljahresergebnisse (März- 1. Vj., Juni - 2. Vj., usw.). Ergebnisse nach der neuen EU-Klassifikation liegen erst ab Januar 1996 vor. Vorjahresvergleiche sind nicht möglich. - 6) Ohne Gebäudetelle. - 7) Einschl. Gebäudetellen. - 8) In Wohn- und Nichtwohngebäuden; alle Baumaßnahmen. - 9) Ohne Umsatzsteuer; teilweise berichtigte Ergebnisse. - 10) Vor allem Warenhäuser, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte und Supermärkte. - 11) Sowie mit Kraftfahrzeugteilen und -zubehör. - 12) Sowie Drogerien und Einzelhandel mit mediz. nischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln. - 13) Sowie Hausrat. - 14) Sowie Bau- und Heimwerkerbedarf.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1999	2000	2000			2001			
		Durchschnitt		Jul	August	Sept.	Juni	Jul	August	Sept.
AUSSENHANDEL										
* Ausfuhr (Spezialhandel) insgesamt ¹⁾	Mill. DM	4 212,1	4 897,6	4 616,8	4 803,3	4 739,2	5 279,4	4 921,0	4 923,4	...
davon										
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	104,7	117,6	129,9	123,6	107,4	143,9	87,6	157,1	...
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	4 107,4	4 780,0	4 486,9	4 679,8	4 631,8	5 135,5	4 833,4	4 766,3	...
davon										
* Rohstoffe	"	36,6	42,6	40,3	39,2	36,9	41,5	46,4	41,3	...
* Halbwaren	"	322,2	383,4	352,9	378,7	417,6	364,5	373,9	337,3	...
* Fertigwaren	"	3 748,5	4 354,0	4 093,8	4 261,8	4 177,3	4 729,6	4 413,1	4 387,7	...
davon										
* Vorerzeugnisse	"	745,9	922,3	935,9	900,7	882,2	913,9	954,1	815,7	...
* Enderzeugnisse	"	3 002,7	3 431,8	3 157,9	3 361,2	3 295,1	3 815,7	3 459,0	3 572,0	...
Unter den Fertigwaren waren										
chemische Erzeugnisse	"	1 047,3	1 293,5	1 205,9	1 216,4	1 273,1	1 295,9	1 354,6	1 219,8	...
Maschinen	"	666,2	739,8	697,8	765,8	661,1	860,8	805,8	754,5	...
Fahrzeuge	"	587,4	585,9	500,2	535,9	578,6	675,4	467,2	654,5	...
elektrotechnische Erzeugnisse	"	472,3	566,8	514,5	580,2	558,1	632,0	540,7	521,8	...
Eisen- und Metallwaren	"	302,8	382,4	429,4	365,3	381,2	422,2	456,0	406,8	...
Ausfuhr nach ausgew. Verbrauchsländern:										
* EU-Länder ²⁾	"	2 300,1	2 562,6	2 374,6	2 286,8	2 480,1	2 761,2	2 333,2	2 432,8	...
darunter										
Vereinigtes Königreich	"	364,3	365,9	375,5	357,4	342,4	419,9	336,1	488,1	...
Frankreich	"	417,0	479,9	407,4	417,4	478,1	501,7	479,1	434,8	...
Italien	"	298,8	370,8	339,3	257,8	377,9	371,9	328,8	239,6	...
Niederlande	"	266,7	265,4	249,7	253,8	257,6	317,9	249,5	268,6	...
Belgien	"	195,5	220,4	204,2	221,8	196,6	215,5	168,3	202,1	...
Luxemburg	"	25,8	22,1	18,1	17,6	29,1	17,4	23,1	16,4	...
Österreich	"	236,4	244,4	249,5	239,4	227,1	264,6	242,9	277,3	...
EFTA-Länder ³⁾	"	234,9	275,6	261,6	292,5	278,0	315,4	278,8	273,0	...
darunter										
Schweiz	"	199,1	240,0	230,5	256,9	244,6	256,3	239,3	233,8	...
Norwegen	"	32,5	30,9	26,7	31,1	27,8	50,7	35,2	36,2	...
USA	"	429,1	509,5	456,7	530,1	506,3	473,9	564,5	464,4	...
* Einfuhr (Generalhandel) insgesamt ¹⁾	"	7 173,5	8 764,2	8 355,7	7 903,5	8 528,1	8 288,7	7 678,2	7 609,3	...
davon										
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	322,2	346,1	374,9	357,6	321,8	387,3	419,2	338,7	...
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	6 851,3	8 418,1	7 980,8	7 545,9	8 206,3	7 901,4	7 258,9	7 270,6	...
davon										
* Rohstoffe	"	77,0	102,5	104,2	97,8	118,6	130,1	84,7	101,0	...
* Halbwaren	"	699,3	790,5	875,7	719,6	1 049,7	976,8	800,7	609,4	...
* Fertigwaren	"	6 074,9	7 525,1	7 000,9	6 728,5	7 038,0	6 794,5	6 373,6	6 560,2	...
davon										
* Vorerzeugnisse	"	669,5	869,3	851,4	797,7	870,4	870,0	960,6	858,2	...
* Enderzeugnisse	"	5 405,5	6 655,8	6 149,5	5 930,9	6 167,5	5 924,5	5 413,0	5 702,0	...
* Einfuhr aus EU-Ländern ²⁾	"	3 372,3	4 049,7	3 859,1	3 327,4	3 747,0	4 260,1	3 927,6	3 799,8	...
FREMDENVKEHR ⁴⁾										
* Gästeankünfte	1000	763	816	849	1 047	1 047	911	844	898	965
* darunter von Auslands Gästen	"	191	211	261	280	280	232	262	247	232
* Gästeübernachtungen	"	2 000	2 138	2 392	2 662	2 662	2 292	2 416	2 550	2 520
darunter von Auslands Gästen	"	370	409	515	527	527	408	496	513	433
Gästeübernachtungen nach Berichts-										
gemeindegruppen:										
Heilbäder	"	600	644	738	771	771	681	730	765	735
Luftkurorte	"	133	131	175	170	170	148	168	174	152
Erholungsorte	"	94	98	155	125	125	124	145	158	122
Sonstige Gemeinden	"	1 173	1 265	1 324	1 597	1 597	1 338	1 372	1 452	1 511
darunter Großstädte	"	526	575	554	690	690	573	575	606	655
VERKEHR										
Binnenschifffahrt										
Güterumschlag insgesamt	1000 t	1 301	1 350	1 417	1 499	1 408	1 249	1 335	1 377	...
davon										
* Güterversand	"	205	226	168	238	232	215	201	242	...
* Gütererpfang	"	1 096	1 124	1 249	1 262	1 176	1 034	1 134	1 135	...

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Ab Januar 2000 vorläufige Zahlen. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung von Einfuhr- und Ausfuhrergebnissen nicht vertretbar. - 2) Mitgliedsländer nach dem Stand von Januar 1995 (Frankreich, Belgien, Luxemburg, Niederlande, Italien, Vereinigtes Königreich, Rep. Irland, Dänemark, Griechenland, Spanien, Portugal, Schweden, Finnland, Österreich). - 3) Mitgliedsländer nach dem Stand vom Januar 1997 (Island, Norwegen, Liechtenstein, Schweiz). -

4) Alle Beherbergungstätigkeiten mit mindestens 9 Betten, einschl. Jugendherbergen und Kinderheimen. Besteht eine Gemeinde aus mehreren Ortsteilen, so werden die Ortsteile mit Fremdenverkehr jeweils der in Frage kommenden Gemeindegruppe zugeordnet. Die Gemeindegruppe „Erholungsorte“ enthält nur noch die staatlich anerkannten Erholungsorte; die bisherigen „Erholungsorte ohne Prädikat“ werden der Gruppe „Sonstige Gemeinden“ zugeordnet.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1999	2000	2000			2001			
		Durchschnitt		Jul	August	Sept.	Juni	Jul	August	Sept.
Noch: VERKEHR										
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge ¹⁾ darunter	Anzahl	34 124	30 577	30 374	28 540	28 645	33 017	30 486	30 045	27 809
Personenkraftwagen (einschl. Kombi)	*	29 759	26 145	26 552	24 738	25 206	27 351	26 437	25 908	24 049
* Lkw (auch mit Spezialaufbau)	*	1 877	1 868	1 714	1 885	2 083	1 980	1 438	1 739	2 237
* Krafträder und dreirädrige Kraftfahrzeuge	*	2 073	1 998	1 656	1 504	933	3 040	2 106	1 960	1 051
* Zugmaschinen (zulassungspflichtige)	*	297	287	251	244	261	320	264	220	261
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personenschaden	*	2 310	2 252	2 194	2 495	2 416	2 389	2 400	2 665	2 324
* Getötete Personen ²⁾	*	47	45	42	41	61	39	51	69	46
* Verletzte Personen	*	3 111	3 031	3 043	3 229	3 209	3 198	3 184	3 481	3 162
Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen ³⁾										
Beförderte Personen	1000	37 353	39 561	.	.	109 439	114 624
davon im										
Linienverkehr ⁴⁾	*	36 883	39 083	.	.	107 559	113 120
Gelegenheitsverkehr	*	469	478	.	.	1 880	1 505
Gefahrene Wagenkilometer	1000 km	23 547	24 402	.	.	82 705	73 421
davon im										
Linienverkehr ⁴⁾	*	18 640	19 432	.	.	62 206	55 966
Gelegenheitsverkehr	*	4 908	4 970	.	.	20 499	17 455
Einnahmen	1000 DM	75 526	80 498	.	.	255 953	244 337
davon aus										
Linienverkehr ⁴⁾	*	61 015	64 443	.	.	189 758	190 719
Gelegenheitsverkehr	*	14 511	16 055	.	.	66 195	53 618
GELD UND KREDIT										
Banken ⁵⁾										
Kredite an Nichtbanken insgesamt ⁶⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende) darunter	Milli. DM	920 746	319 593	.	.	966 446	1 052 727
Kredite an inländische Nichtbanken ⁶⁾ davon	*	764 951	260 199	.	.	783 457	793 969
kurzfristige Kredite	*	120 360	43 486	.	.	130 526	136 098
Kredite über 1 Jahr ⁷⁾	*	644 591	216 713	.	.	652 930	657 871
Einlagen und aufgenommene Gelder ⁸⁾ von Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Milli. DM	685 448	246 770	.	.	745 680	836 066
Zahlungsschwierigkeiten										
* Insolvenzen insgesamt	Anzahl	201	235	190	267	281	255	303	291	240
davon										
von Unternehmen, einschl. Kleingewerbe ⁹⁾	*	155	153	127	171	173	170	184	169	142
von privaten Personen und Nachlässe ⁹⁾	*	45	82	63	96	108	85	119	122	98
* Beantragte Insolvenzen ¹⁰⁾	*	201	235	190	267	281	255	303	291	240
* darunter mangels Masse abgelehnt	*	133	123	85	133	148	122	155	130	88
PREISE										
* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte insgesamt	1995 = 100	105,0	107,0	107,4	107,3	107,8	109,8	109,9	109,8	109,9
darunter										
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	*	102,1	101,4	101,5	101,1	100,5	106,8	106,2	105,2	105,4
Bekleidung, Schuhe	*	103,4	104,0	103,8	103,8	103,8	104,2	103,8	103,8	103,9
Wohnung, Wasser, Strom, Gas ¹¹⁾	*	107,4	110,7	110,5	111,0	112,5	113,8	113,8	113,9	114,6
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt ¹²⁾	*	102,2	102,1	102,0	102,0	102,0	102,7	102,8	103,0	103,0
Verkehr (einschl. Kraftstoffe)	*	107,9	113,9	115,0	114,2	116,2	119,1	117,8	117,8	118,1
Nachrichtenübermittlung	*	88,0	84,3	83,8	83,8	83,7	81,7	81,9	82,0	82,0
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	*	103,4	104,9	106,9	106,0	105,1	106,3	108,4	107,8	107,1
Beherbergungs- und Gaststättenleistungen	*	103,0	103,7	106,2	106,2	103,7	105,2	107,1	107,2	104,8
* Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Haushalten von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen	1995 = 100	104,9	106,6	107,2	107,1	107,1	109,4	109,6	109,5	109,3
* Preisindex für Wohngebäude (Neubau) ¹³⁾	1995 = 100	100,2 ¹⁴⁾	100,2 ¹⁴⁾	.	101,5	102,5

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. - 2) Einschl. der innerhalb 30 Tagen an den Unfallfolgen Gestorbenen. - 3) Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.); Jahresdurchschnitt = Monatsdurchschnitt; nur Unternehmen mit 6 oder mehr Bussen. - 4) Allgemeiner Linienverkehr, Sonderformen des Linienverkehrs (Berufverkehr, Schüler-, Markt- und Theaterfahrten), freigestellter Schülerverkehr. - 5) Die Angaben umfassen die in Hessen gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne Kreditinstitute mit überregionalen Sonderaufgaben (ohne Filialnetz) sowie ohne Post giro- und Postsparkassenämter. - 6) Einschl. durchlaufender Kredite. - 7) Ohne durchlaufende Kredite. - 8) Biseinschl. 1998 ohne Kleingewerbe. - 9) Bis einschl. 1998 „von übrigen Ge meinschuldnern“. - 10) Bis einschl. 1998 „Beantragte Konkurse“. - 11) Und andere Brennstoffe. - 12) Sowie deren Instandhaltung. - 13) Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk. - 14) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Februar, Mai, August und November.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1999	2000	2000			2001				
		Durchschnitt		Jul	August	Sept.	Jun	Jul	August	Sept.	
STEUERN											
Steueraufkommen insgesamt ¹⁾	Mill. DM	6 486,1	6 949,5	6 509,5	5 328,2	7 753,5	9 636,6	5 694,3	5 387,9	6 317,6	
davon											
Gemeinschaftsteuern	*	5 707,7	6 120,7	5 679,7	4 572,6	7 047,0	8 829,8	4 667,9	4 526,1	5 645,5	
davon											
Lohnsteuer ²⁾	*	2 710,1	2 908,6	3 203,5	2 731,8	2 647,9	3 043,7	2 956,2	2 624,3	2 551,4	
veranlagte Einkommensteuer	*	116,0	149,7	- 238,7	- 273,3	838,2	758,5	- 297,6	- 185,8	802,5	
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	*	344,9	445,6	1 164,4	258,3	166,3	1 706,0	726,8	452,2	345,0	
Zinsabschlag ²⁾	*	360,5	439,9	325,0	335,0	313,6	418,2	404,1	380,7	331,0	
Körperschaftsteuer ²⁾	*	425,9	461,0	- 402,1	- 212,0	1 634,5	1 225,6	- 862,7	- 466,6	28,1	
Umsatzsteuer	*	1 496,9	1 402,0	1 303,0	1 424,7	1 139,9	1 341,8	1 442,6	1 451,5	1 419,8	
Einfuhrumsatzsteuer	*	253,5	314,1	324,6	308,0	306,5	336,0	298,6	269,7	167,8	
Bundessteuern	*	458,0	488,0	437,7	503,5	459,9	526,9	564,3	529,2	440,0	
darunter											
Mineralölsteuer	*	91,0	61,7	70,2	63,2	62,5	67,8	86,8	95,4	104,5	
Versicherungsteuer	*	112,0	112,2	59,8	143,6	74,9	79,1	71,9	186,2	65,2	
Zölle ³⁾	*	28,3	25,8	25,5	22,1	24,5	21,4	19,1	19,9	11,1	
Landesteuern	*	242,3	255,3	213,9	219,0	222,2	258,4	281,7	311,8	221,0	
darunter											
Vermögensteuer	*	11,1	11,1	12,3	9,2	5,1	6,8	4,2	4,3	5,2	
Erbschaftsteuer	*	36,3	42,5	29,0	21,0	30,8	32,7	50,0	46,0	30,8	
Grunderwerbsteuer	*	77,3	84,4	61,5	75,5	81,1	73,7	76,2	128,3	63,5	
Kraftfahrzeugsteuer	*	86,5	86,7	85,1	83,9	77,1	112,1	108,8	102,8	91,7	
Gewerbsteuerumlage	*	49,8	59,7	152,7	11,0	0,0	0,0	161,3	0,9	0,0	
		1999	2000	1999	2000			2001			
		Durchschnitt ⁴⁾		Dez.	März	Jun	Sept.	Dez.	März	Jun	
Kassenmäßiges Steueraufkommen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. DM	3 039,8	3 148,3	4 497,1	2 059,0	3 148,3	3 371,6	4 014,1	1 944,8	3 019,0	
davon											
Grundsteuer A	*	8,4	8,5	6,9	8,4	8,6	10,0	6,9	8,5	8,2	
Grundsteuer B	*	293,7	294,9	242,7	280,0	335,7	321,9	242,0	293,4	335,2	
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	*	1 497,0	1 451,6	1 931,4	1 315,7	1 494,8	1 734,3	1 261,7	1 337,4	1 221,6	
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	*	1 064,7	1 215,8	1 922,6	385,6	1 132,3	1 135,4	2 209,8	266,7	1 283,0	
andere Steuern ⁵⁾	*	36,8	33,6	32,1	36,4	37,9	33,8	26,2	30,4	33,8	
		1999	2000	2000			2001				
		Durchschnitt ⁶⁾		Jan.	April	Jul	Okt.	Jan.	April	Jul	
LÖHNE UND GEHÄLTER											
Arbeiterverdienste											
Im Produzierenden Gewerbe ⁷⁾											
* Bruttomonatsverdienst insgesamt	DM	4 617	4 730	4 603	4 710	4 781	4 755	4 691	4 778	4 799	
* Männliche Arbeiter	*	4 781	4 892	4 754	4 870	4 946	4 920	4 850	4 943	4 959	
darunter Facharbeiter	*	5 085	5 195	5 046	5 165	5 261	5 225	5 160	5 250	5 268	
* Weibliche Arbeiter	*	3 516	3 632	3 573	3 608	3 663	3 648	3 646	3 663	3 714	
darunter HilfsarbeiterInnen	*	3 229	3 392	3 341	3 370	3 429	3 397	3 402	3 420	3 458	
* Bruttostundenverdienst insgesamt	*	28,20	28,83	28,63	28,74	28,96	28,88	28,95	29,21	29,20	
* Männliche Arbeiter	*	29,10	29,75	29,56	29,65	29,88	29,80	29,93	30,16	30,11	
darunter Facharbeiter	*	31,27	31,99	31,81	31,87	32,18	31,98	32,17	32,41	32,34	
* Weibliche Arbeiter	*	21,99	22,48	22,28	22,36	22,60	22,53	22,50	22,67	22,96	
darunter HilfsarbeiterInnen	*	19,98	20,77	20,62	20,69	20,91	20,77	20,75	20,84	21,08	
Angestelltenverdienste											
(Bruttomonatsverdienste)											
* Im Produzierenden Gewerbe	*	6 715	6 845	6 755	6 800	6 859	6 900	6 921	6 966	7 018	
* kaufmännische Angestellte	*	6 329	6 504	6 407	6 472	6 512	6 560	6 548	6 590	6 616	
* männliche Angestellte	*	7 222	7 428	7 336	7 392	7 434	7 486	7 441	7 488	7 502	
* weibliche Angestellte	*	5 252	5 355	5 262	5 318	5 370	5 404	5 440	5 464	5 509	
* technische Angestellte	*	7 052	7 151	7 064	7 094	7 173	7 205	7 253	7 301	7 377	
* männliche Angestellte	*	7 204	7 304	7 206	7 242	7 331	7 364	7 409	7 456	7 534	
* weibliche Angestellte	*	5 590	5 753	5 729	5 706	5 751	5 795	5 857	5 907	5 973	
* In Handel, Kredit- u. Versicherungsgewerbe ⁸⁾											
insgesamt	*	5 588	5 742	5 628	5 731	5 732	5 805	5 865	5 933	6 004	
* kaufmännische Angestellte	*	5 613	5 770	5 657	5 766	5 760	5 829	5 902	5 965	6 038	
* männliche Angestellte	*	6 254	6 422	6 332	6 424	6 393	6 482	6 587	6 660	6 737	
* weibliche Angestellte	*	4 808	4 931	4 811	4 919	4 937	4 985	5 033	5 085	5 148	

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Einschl. Gewerbesteuerumlage. - 2) Vor Zerlegung. - 3) Einschl. Zoll-Euro. - 4) Vierteljahresdurchschnitte. - 5) Und steuerähnliche Einnahmen. - 6) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Januar, April, Juli und Oktober. - 7) Neuer Berichtskreis im Bereich des Produzierenden Gewerbes. - 8) Sowie bei Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern.

Staat und Wirtschaft in Hessen

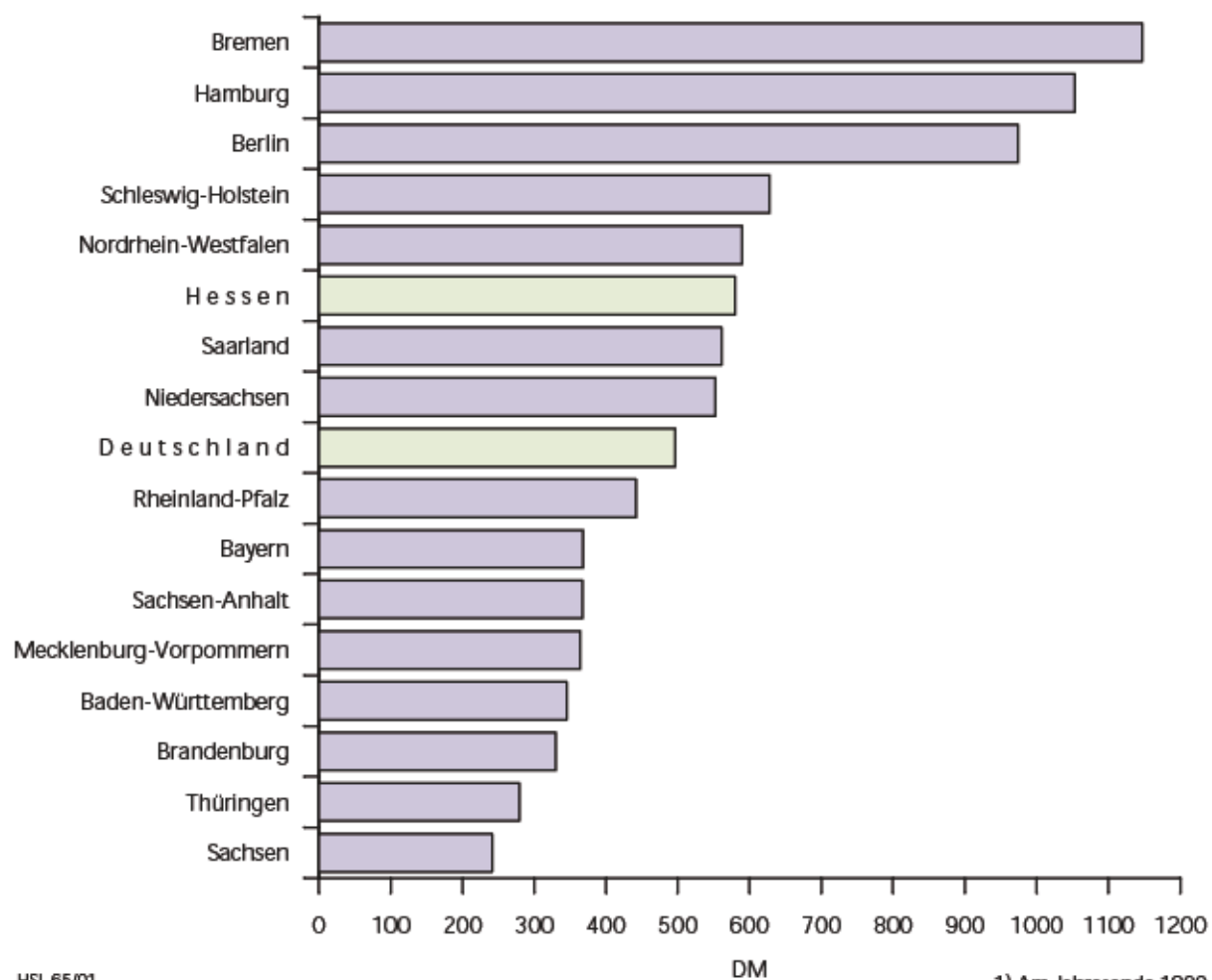
Berichte und Informationen aus der Landesstatistik

12 · 01

56. Jahrgang

Hessisches Statistisches Landesamt

Sozialhilfeausgaben 2000 je Einwohner¹⁾ nach Bundesländern in Rangfolge



HSL 65/01

DM

1) Am Jahresende 1999.

Betriebs- und Beschäftigtenentwicklung im Verarbeitenden Gewerbe 1995 bis 2000 in den Verwaltungsbezirken

Dem Verarbeitenden Gewerbe des Landes gingen zwischen 1995 und 2000 insgesamt 133 Betriebe mit gut 67 000 Beschäftigten verloren. Da die Bevölkerung in der gleichen Zeit leicht gewachsen ist, verringerte sich die Industriedichte — also die Zahl der Beschäftigten auf 1000 Einwohner — um 12 Beschäftigte. Davon waren die kreisfreien Städte erheblich stärker betroffen als die Landkreise und Südhessen stärker als Mittel- und Nordhessen.

Kreisfreie Städte vom Rückgang der Betriebszahlen . . .

Im Durchschnitt des Jahres 2000 gab es in Hessen 3295 Betriebe¹⁾ des Verarbeitenden Gewerbes. Nur 15 % davon lagen in den fünf kreisfreien Städten, unter denen Frankfurt am Main mit einem Anteil von gut 6 % den Spitzenplatz einnahm. Auf den Regierungsbezirk Darmstadt mit seinen vier kreisfreien Städten entfielen 53 % aller Betriebe, jeweils 23 % kamen auf die Regierungsbezirke Gießen und Kassel.

In Hessen ist in jedem der Jahre seit 1995 — außer 1999 — die Zahl der Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe im Vergleich zum entsprechenden Vorjahr zurückgegangen. Insgesamt lag die Zahl im Jahr 2000 um 3,9 % niedriger als 1995. Mit einem Rückgang um 11 % war die Abnahme der Betriebszahlen im Jahr 2000 im Vergleich zu 1995 in den kreisfreien Städten besonders hoch. In den Landkreisen lag sie nur bei – 2,5 %. Die hohe Abnahmerate der Betriebszahlen in den kreisfreien Städten wurde von Offenbach am Main (– 21 %) und Kassel (– 15 %) sowie Frankfurt am Main (– 12 %) angeführt. Wiesbaden (– 4,3 %) und Darmstadt (– 1,3 %) lagen erheblich unter dem für die kreisfreien Städte liegenden Durchschnitt.

Unter den Regierungsbezirken lag der Regierungsbezirk Darmstadt mit einem Rückgang der Betriebszahlen zwischen 1995 und 2000 um 6,1 % an der Spitze, wobei dort neben den kreisfreien Städten auch der Landkreis Offenbach (– 14 %) und der Landkreis Darmstadt-Dieburg (– 11 %) überdurchschnittliche Rückgänge der Betriebszahlen hatten. Der Regierungsbezirk Kassel belegte mit einer Abnahme der Betriebszahlen um 1,8 % den zweiten Platz, und auch dort gab die kreisfreie Stadt Kassel: (– 15 %) zusammen mit dem Schwalm-Eder-Kreis den Ausschlag. Für den Regierungsbezirk Gießen errechnete sich beim Vergleich der Betriebszahlen von 1995 und 2000 ein Rückgang um nur 0,8 %.

Vielfältige Gründe verursachten die Verminderung der Betriebszahlen in den Verwaltungsbezirken und die sehr unterschiedliche Entwicklung: Vor allem der im Vergleich zu den Landkreisen erheblich stärkere Rückgang in den kreisfreien Städten dürfte darauf zurückzuführen sein, dass die Grundstückspreise in den Ballungsräumen erheblich höher sind als in ländlichen Gebieten, sodass Betriebsausweitungen dort höhere Kosten verursachen als „auf der grünen Wiese“ und damit zur Entscheidung für eine Verlagerung des gesamten Betriebes beitragen. Hinzu kommen nicht selten Umweltauflagen, die in dünn besiedelten Gebieten weniger aufwändige Schutzvorkehrungen vor Emissionen erfordern als in der Nachbarschaft von Wohn- und Verwaltungsgebieten. Viele Betriebe liegen überdies in Stadtteilen der kreisfreien Städte, die inzwischen nicht mehr — wie zur Zeit der Gründung während der Industrialisierung im ausgehenden 19. Jahrhundert — Gewerbegebiet sind, sondern in Verwaltungs- und Dienstleistungszentren umgewandelt wurden. Eine Steigerung des Werts der Grundstücke ist die Folge. Deshalb können beim Verkauf der ehemaligen, nicht selten veralteten, Produktionsstätten außerordentliche Erträge erzielt werden, die bei einer Modernisierung der Produktion in ländlichen Gebieten willkommen sind. Vielfach fördern die ländlichen Gemeinden die Ansiedlung neuer Produktionsstätten, sodass weitere Gründe für eine Verlagerung sprechen. Außerdem haben in den letzten Jahren auch Betriebsverlagerungen an günstigere Standorte außerhalb Hessens oder sogar außerhalb der Bundesrepublik zur schwindenden Betriebszahl im Verarbeitenden Gewerbe beigetragen.

. . . und vom Beschäftigtenabbau im Verarbeitenden Gewerbe besonders betroffen

Im Durchschnitt des Jahres 2000 arbeiteten noch knapp 459 500 Beschäftigte im Verarbeitenden Gewerbe des Landes. Davon waren gut 114 650 Beschäftigte oder ein Viertel in den kreisfreien Städten tätig. 1995 hatte dieser Anteil noch bei 29 % gelegen.

Im Jahr 2000 ist die Zahl der Beschäftigten im Vergleich zum Vorjahr um 1,1 % gesunken. Das war — ebenso wie 1999 — der niedrigste Rückgang der letzten fünf Jahre. In den ersten drei Jahren des Berichtszeitraums war er besonders hoch. Insgesamt lag die Beschäftigtenzahl im Jahr 2000 um 13 % niedriger als 1995.

In den kreisfreien Städten war die jährliche Abnahmerate der Beschäftigten mit einer Ausnahme im Jahr 1996 stets höher als im Durchschnitt aller Verwaltungsbezirke. Im Jahr 2000 lag sie bei – 1,3 %. Mit einem Rückgang im Vergleich zum jeweiligen Vorjahr um 10 % im Jahr 1997 und um 9 % ein Jahr später erfuhren die Beschäftigtenzahlen dort während der letzten fünf Jahre den größten Rückgang. Insgesamt lag die Zahl der Beschäftigten in den kreisfreien Städten 2000 um fast ein Viertel niedriger als 1995. In den Landkreisen ging

*) Tel.: 0611/3802-456 · E-Mail: mfrosch@hsl.de

1) Betriebe mit 20 oder mehr Beschäftigten; einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden.

Betriebe¹⁾ im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen 1995 bis 2000 nach Verwaltungsbezirken

Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis	1995	1996	1997	1998	1999	2000	Zu- bzw. Abnahme (-) in %					
							1996	1997	1998	1999	2000	2000
							gegenüber					
							1995	1996	1997	1998	1999	1995
Darmstadt, St.	77	73	71	76	74	76	- 5,2	- 2,7	7,0	- 2,6	2,7	- 1,3
Frankfurt (Main), St.	241	229	215	208	212	211	- 5,0	- 6,1	- 3,3	1,9	- 0,5	- 12,4
Offenbach (Main), St.	56	52	51	48	47	44	- 7,1	- 1,9	- 5,9	- 2,1	- 6,4	- 21,4
Wiesbaden, St.	93	97	92	89	91	89	4,3	- 5,2	- 3,3	2,2	- 2,2	- 4,3
Bergstraße	170	165	169	164	165	166	- 2,9	2,4	- 3,0	0,6	0,6	- 2,4
Darmstadt-Dieburg	151	146	140	137	142	134	- 3,3	- 4,1	- 2,1	3,6	- 5,6	- 11,3
Groß-Gerau	107	101	100	98	100	102	- 5,6	- 1,0	- 2,0	2,0	2,0	- 4,7
Hochtaunuskreis	108	109	108	106	104	109	0,9	- 0,9	- 1,9	- 1,9	4,8	0,9
Main-Kinzig-Kreis	227	225	219	212	212	226	- 0,9	- 2,7	- 3,2	0,0	6,6	- 0,4
Main-Taunus-Kreis	98	95	95	95	96	95	- 3,1	0,0	0,0	1,1	- 1,0	- 3,1
Odenwaldkreis	71	73	69	73	73	71	2,8	- 5,5	5,8	0,0	- 2,7	0,0
Offenbach	242	234	220	215	214	209	- 3,3	- 6,0	- 2,3	- 0,5	- 2,3	- 13,6
Rheingau-Taunus-Kreis	75	76	80	74	81	77	1,3	5,3	- 7,5	9,5	- 4,9	2,7
Wetteraukreis	146	146	145	139	144	143	0,0	- 0,7	- 4,1	3,6	- 0,7	- 2,1
Reg.-Bez. Darmstadt	1864	1820	1775	1733	1755	1751	- 2,4	- 2,5	- 2,4	1,3	- 0,2	- 6,1
Landkreis Gießen	138	141	141	133	134	137	2,2	0,0	- 5,7	0,8	2,2	- 0,7
Lahn-Dill-Kreis	261	263	259	258	265	257	0,8	- 1,5	- 0,4	2,7	- 3,0	- 1,5
Limburg-Weilburg	116	112	112	107	111	113	- 3,4	0,0	- 4,5	3,7	1,8	- 2,6
Marburg-Biedenkopf	153	154	157	156	157	160	0,7	1,9	- 0,6	0,6	1,9	4,6
Vogelsbergkreis	110	103	100	98	101	104	- 6,4	- 2,9	- 2,0	3,1	3,0	- 5,5
Reg.-Bez. Gießen	777	773	769	753	768	771	- 0,5	- 0,5	- 2,1	2,0	0,4	- 0,8
Kassel, St.	102	100	101	95	93	87	- 2,0	1,0	- 5,9	- 2,1	- 6,5	- 14,7
Fulda	169	165	163	164	169	168	- 2,4	- 1,2	0,6	3,0	- 0,6	- 0,6
Hersfeld-Rotenburg	74	74	74	76	76	79	0,0	0,0	2,7	0,0	3,9	6,8
Kassel	98	105	102	103	102	102	7,1	- 2,9	1,0	- 1,0	0,0	4,1
Schwalbm-Eder-Kreis	119	116	112	109	117	110	- 2,5	- 3,4	- 2,7	7,3	- 6,0	- 7,6
Waldeck-Frankenberg	126	128	129	130	125	129	1,6	0,8	0,8	- 3,8	3,2	2,4
Werra-Meißner-Kreis	98	96	99	94	96	97	- 2,0	3,1	- 5,1	2,1	1,0	- 1,0
Reg.-Bez. Kassel	787	782	780	771	777	773	- 0,6	- 0,3	- 1,2	0,8	- 0,5	- 1,8
Land Hessen	3428	3376	3324	3257	3300	3295	- 1,5	- 1,5	- 2,0	1,3	- 0,2	- 3,9
davon												
kreisfreie Städte	569	551	530	516	517	507	- 3,2	- 3,8	- 2,6	0,2	- 1,9	- 10,9
Landkreise	2859	2825	2794	2741	2783	2788	- 1,2	- 1,1	- 1,9	1,5	0,2	- 2,5

1) Betriebe mit 20 oder mehr Beschäftigten; einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden.

die Zahl der Beschäftigten 2000 im Vergleich zum Vorjahr um 1,1 % zurück. Auch dort lagen die höchsten Abnahmeraten am Beginn des Beobachtungszeitraums. Die Zahl der Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe der Landkreise lag im Jahr 2000 um 8,3 % niedriger als 1995.

Im Regierungsbezirk Darmstadt ist die Zahl der Beschäftigten zwischen 1995 und 2000 um 18 % auf knapp 266 500 zurückgegangen, am stärksten im Vergleich zum jeweiligen Vorjahr in den Jahren 1996, 1997 und 1998. Die beträchtliche Verminderung der Beschäftigtenzahlen ist jedoch nicht nur auf die Entwicklung in den vier kreisfreien Städten des Regierungsbezirks zurückzuführen. Dort verlor Frankfurt am Main zwar mit einem Rückgang zwischen 1995 und 2000 von 28 % die meisten Beschäftigten und zählte zuletzt noch gut 53 300 Beschäftigte. Auch in Offenbach am Main war die Abnahme mit 23 % auf knapp 10 900 und in Darmstadt mit 22 % auf 20 530 beachtlich, während sich der Rückgang in Wiesbaden mit 16 % auf 14 300 vergleichsweise in Grenzen hielt. Neben den kreisfreien Städten ging die Beschäftigtenzahl im Verarbeitenden Gewerbe 2000 im Vergleich zu

1995 auch in zahlreichen Landkreisen erheblich zurück. Der Hochtaunuskreis, der Landkreis Offenbach (jeweils – 25 %), der Rheingau-Taunus-Kreis (– 19 %), der Odenwaldkreis (– 18 %), der Main-Taunus-Kreis (– 15 %) und der Landkreis Bergstraße (– 12 %) sind Beispiele hierfür. Unter den Landkreisen des Regierungsbezirks Darmstadt konnte lediglich der Wetteraukreis im Jahr 2000 mehr Beschäftigte aufweisen als 1995 (+ 2,9 %). Diese Steigerung ergab sich durch jährliche Beschäftigtenzuwächse in drei von fünf Jahren des Berichtszeitraumes.

Ebenfalls rückläufig, wenn auch weniger als im Durchschnitt des Landes, war die Beschäftigtenentwicklung im Regierungsbezirk Kassel. Dort arbeiteten im Verarbeitenden Gewerbe im Jahr 2000 mit fast 106 100 Beschäftigten 5,1 % weniger als 1995. Wieder ging der wesentliche Impuls von der kreisfreien Stadt Kassel mit einem Rückgang um 16 % auf knapp 15 600 Beschäftigte aus. Auch im Landkreis Hersfeld-Rotenburg gab es mit – 10 % eine zweistellige Abnahme. Allerdings nahm in zwei von sechs Landkreisen die Zahl der Beschäftigten zu.

Beschäftigte¹⁾ im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen 1995 bis 2000 nach Verwaltungsbezirken

Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis	1995	1996	1997	1998	1999	2000	Zu- bzw. Abnahme (-) in %					
							1996	1997	1998	1999	2000	2000
							gegenüber					
							1995	1996	1997	1998	1999	1995
Darmstadt, St.	26 311	25 022	22 766	22 130	21 154	20 530	- 4,9	- 9,0	- 2,8	- 4,4	- 2,9	- 22,0
Frankfurt (Main), St.	74 466	72 369	63 822	54 364	53 094	53 324	- 2,8	- 11,8	- 14,8	- 2,3	0,4	- 28,4
Offenbach (Main), St.	14 156	13 699	12 533	11 652	11 579	10 887	- 3,2	- 8,5	- 7,0	- 0,6	- 6,0	- 23,1
Wiesbaden, St.	16 990	16 672	14 782	14 528	14 315	14 323	- 1,9	- 11,3	- 1,7	- 1,5	0,1	- 15,7
Bergstraße	16 120	15 179	14 902	14 764	14 514	14 182	- 5,8	- 1,8	- 0,9	- 1,7	- 2,3	- 12,0
Darmstadt-Dieburg	16 723	15 701	14 962	14 922	14 897	15 542	- 6,1	- 4,7	- 0,3	- 0,2	4,3	- 7,1
Groß-Gerau	36 726	36 716	36 480	36 564	35 761	34 465	0,0	- 0,6	0,2	- 2,2	- 3,6	- 6,2
Hochtaunuskreis	16 855	15 930	14 085	13 501	13 305	12 691	- 5,5	- 11,6	- 4,1	- 1,5	- 4,6	- 24,7
Main-Kinzig-Kreis	32 349	30 924	30 464	31 182	30 412	28 741	- 4,4	- 1,5	2,4	- 2,5	- 5,5	- 11,2
Main-Taunus-Kreis	11 960	11 178	9 488	10 454	10 539	10 163	- 6,5	- 15,1	10,2	0,8	- 3,6	- 15,0
Odenwaldkreis	10 225	9 739	9 266	9 368	8 667	8 417	- 4,8	- 4,9	1,1	- 7,5	- 2,9	- 17,7
Offenbach	28 613	26 216	24 109	23 054	22 284	21 514	- 8,4	- 8,0	- 4,4	- 3,3	- 3,5	- 24,8
Rheingau-Taunus-Kreis	9 554	9 156	8 207	7 746	7 838	7 747	- 4,2	- 10,4	- 5,6	1,2	- 1,2	- 18,9
Wetteraukreis	13 568	13 018	13 221	13 726	14 122	13 968	- 4,1	1,6	3,8	2,9	- 1,1	2,9
Reg.-Bez. Darmstadt	324 616	311 518	289 088	277 955	272 480	266 496	- 4,0	- 7,2	- 3,9	- 2,0	- 2,2	- 17,9
Landkreis Gießen	16 889	16 054	15 484	15 441	14 983	14 954	- 4,9	- 3,6	- 0,3	- 3,0	- 0,2	- 11,5
Lahn-Dill-Kreis	31 907	31 541	30 506	30 675	31 254	31 163	- 1,1	- 3,3	0,6	1,9	- 0,3	- 2,3
Limburg-Weilburg	9 099	8 716	8 454	8 238	8 309	8 422	- 4,2	- 3,0	- 2,6	0,9	1,4	- 7,4
Marburg-Biedenkopf	23 867	23 445	22 945	23 139	23 732	24 293	- 1,8	- 2,1	0,8	2,6	2,4	1,8
Vogelsbergkreis	8 505	8 244	8 031	7 912	7 904	8 069	- 3,1	- 2,6	- 1,5	- 0,1	2,1	- 5,1
Reg.-Bez. Gießen	90 267	88 001	85 420	85 405	86 182	86 901	- 2,5	- 2,9	0,0	0,9	0,8	- 3,7
Kassel, St.	18 649	18 143	17 345	16 732	16 026	15 590	- 2,7	- 4,4	- 3,5	- 4,2	- 2,7	- 16,4
Fulda	19 629	19 261	18 920	19 132	19 259	19 435	- 1,9	- 1,8	1,1	0,7	0,9	- 1,0
Hersfeld-Rotenburg	11 829	11 296	10 844	10 696	10 195	10 648	- 4,5	- 4,0	- 1,4	- 4,7	4,4	- 10,0
Kassel	21 950	21 619	21 574	21 766	21 993	22 020	- 1,5	- 0,2	0,9	1,0	0,1	0,3
Schwalm-Eder-Kreis	12 371	11 814	11 610	11 716	11 648	11 243	- 4,5	- 1,7	0,9	- 0,6	- 3,5	- 9,1
Waldeck-Frankenberg	18 498	17 977	17 628	17 877	18 279	18 676	- 2,8	- 1,9	1,4	2,2	2,2	1,0
Werra-Meißner-Kreis	8 799	8 654	8 676	8 794	8 636	8 460	- 1,6	0,3	1,4	- 1,8	- 2,0	- 3,9
Reg.-Bez. Kassel	111 725	108 764	106 598	106 713	106 046	106 071	- 2,7	- 2,0	0,1	- 0,6	0,0	- 5,1
Land Hessen	526 608	508 283	481 106	470 074	464 707	459 468	- 3,5	- 5,3	- 2,3	- 1,1	- 1,1	- 12,7
davon												
kreisfreie Städte	150 572	145 905	131 248	119 406	116 168	114 654	- 3,1	- 10,0	- 9,0	- 2,7	- 1,3	- 23,9
Landkreise	376 036	362 378	349 858	350 668	348 539	344 814	- 3,6	- 3,5	0,2	- 0,6	- 1,1	- 8,3

1) Betriebe mit 20 oder mehr Beschäftigten; einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden.

Ebenfalls erheblich geringer als im Durchschnitt des Landes war mit 3,7 % der Beschäftigtenabbau zwischen 1995 und 2000 im Regierungsbezirk Gießen. Dort hatte nur der Landkreis Gießen eine zweistellige Abnahmerate (- 12 %).

Bei der Beschäftigtenentwicklung im Verarbeitenden Gewerbe ist allerdings zu beachten, dass bei weitem nicht alle Beschäftigten, die vom Verarbeitenden Gewerbe abgebaut worden sind, in die Arbeitslosigkeit entlassen wurden. In den letzten Jahren hat in den Unternehmen des sekundären Sektors ein erheblicher Wandel stattgefunden. Die Betriebe wurden in starkem Maße umstrukturiert, um auf den internationalen Märkten bestehen zu können. Dazu gehörte, dass Betriebsteile, die als nicht optimal ausgelastet galten, ausgegliedert wurden. Die in früheren Jahren üblichen betriebseigenen Putzkolonnen, Fensterputzer, Hausverwaltungen und Haushandwerker wurden abgeschafft und ihre Leistungen werden inzwischen zugekauft. Ausgegliedert wurden vielfach auch die Rechenzentren und nicht selten sogar die Konstruktionsbüros. Hier erhofft man sich vom Zukauf

am Markt in Konkurrenz zu anderen Anbietern neben einer erheblichen Kosteneinsparung auch besonders innovative Produkte. In diesen Fällen werden die Leistungen von Betrieben erbracht, die zum tertiären Sektor der Wirtschaft zählen. Eine Tertiarisierung der Wirtschaft wurde vollzogen.

Neben der Ausgliederung (Outsourcing) von ehemals integrierten Betriebsteilen wurde in vielen Fällen auch die Eigenherzeugung von Bauteilen eingestellt und durch den Zukauf von Bauteilen ersetzt. Das kostengünstige Angebot auf dem Weltmarkt führte damit zum Arbeitsplatzverlust in Hessen.

In vielen Fällen ist die Beschäftigtenreduzierung aber auch die Folge des technischen Fortschritts. An die Stelle ehemals mechanischer Steuerungen, die im eigenen Betrieb hergestellt wurden, sind elektronische getreten, die kostengünstig vielfach in Fernost produziert werden. Dem technischen Fortschritt sind überdies ganze Produktlinien zum Opfer gefallen, weil Neuentwicklungen das bisherige Produkt ersetzt haben. Die Substitution der Schreibmaschine durch den Personal-Computer oder des Plattenspielers durch den

CD-Spieler, ferner der Filmkamera durch den Video-Camcorder sind Beispiele hierfür. Die Elektronisierung hat überdies völlig neue Herstellungsverfahren ermöglicht. Die menschenleere Fabrikhalle ist inzwischen keine Utopie mehr. Schließlich hat auch die Globalisierung zu Umstrukturierungen geführt. Unternehmenszusammenschlüsse wurden nicht selten vorgenommen, um durch die Produktionssteigerung vergleichbarer Produkte an anderer möglicherweise kostengünstigerer Stelle Fixkostendegressionen zu erreichen. Nicht selten trägt auch eine Scheinvelfalt des Angebots von Produkten gleichen technischen Zuschnitts, jedoch abweichenden Designs, zur Kostenreduktion bei.

Die große Zahl an möglichen Veränderungen in den Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes verdeutlicht, warum es kaum möglich ist, monokausale oder durch die Konjunktur bedingte, bzw. durch sie hervorgerufene Gründe für die dramatische Beschäftigtenentwicklung zu nennen, die die Verwaltungsbezirke in unterschiedlichem Maße getroffen haben.

Industriebeschäftigtendichte gesunken

Zwischen 1995 und dem Jahr 2000 hat Hessens Bevölkerung um 1,1 % auf rund 6,057 Mill. zugenommen. Die Zahl der Beschäftigten ist in der gleichen Zeit dagegen um 13 % gesunken. In einzelnen Verwaltungsbezirken ergaben sich noch dramatischere Entwicklungen. Einem Rückgang der Bevölkerung in den kreisfreien Städten von einem knappen Prozent (- 0,7 %) stand eine Abnahme der Beschäftigten um 24 % gegenüber. In den Landkreisen nahm die Bevölkerung dagegen um 1,6 % zu, doch auch dort wurden im Jahr 2000 8,3 % weniger Beschäftigte gezählt als 1995.

Die gegenläufigen Entwicklungen hatten zur Folge, dass die Zahl der Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe je 1000 Einwohner im Jahr 2000 im Vergleich zu 1995 erheblich, jedoch je nach Verwaltungsbezirk in unterschiedlichem Ausmaß, gesunken ist. Während in Hessen 1995 noch 88 Beschäftigte im Verarbeitenden Gewerbe auf 1000 Einwohner kamen, waren es im Jahr 2000 mit 76 insgesamt 12 weniger.

Bevölkerung sowie Beschäftigte im Verarbeitenden Gewerbe¹⁾ in Hessen
1995 und 2000 nach Verwaltungsbezirken

Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis	Bevölkerung			Beschäftigte im Verarbeitenden Gewerbe				
	jeweils am 30. Juni		Zu. bzw. Abnahme (-) 2000 zu 1995 in %	jeweils im Jahresdurchschnitt		Zu. bzw. Abnahme (-) 2000 zu 1995 in %	auf 1000 Einwohner	
	1995	2000		1995	2000		1995	2000
Darmstadt, St.	139 084	138 004	- 0,8	26 311	20 530	- 22,0	189	149
Frankfurt (Main), St.	651 232	645 079	- 0,9	74 466	53 324	- 28,4	114	83
Offenbach (Main), St.	116 567	117 078	0,4	14 156	10 887	- 23,1	121	93
Wiesbaden, St.	266 442	269 595	1,2	16 990	14 323	- 15,7	64	53
Bergstraße	258 972	262 851	1,5	16 120	14 182	- 12,0	62	54
Darmstadt-Dieburg	277 855	285 734	2,8	16 723	15 542	- 7,1	60	54
Groß-Gerau	244 367	248 875	1,8	36 726	34 465	- 6,2	150	138
Hochtaunuskreis	219 541	224 630	2,3	16 855	12 691	- 24,7	77	56
Main-Kinzig-Kreis	399 388	404 883	1,4	32 349	28 741	- 11,2	81	71
Main-Taunus-Kreis	212 772	219 261	3,0	11 960	10 163	- 15,0	56	46
Odenwaldkreis	97 956	99 418	1,5	10 225	8 417	- 17,7	104	85
Offenbach	327 867	333 846	1,8	28 613	21 514	- 24,8	87	64
Rheingau-Taunus-Kreis	181 993	184 429	1,3	9 554	7 747	- 18,9	52	42
Wetteraukreis	282 861	293 023	3,6	13 568	13 968	2,9	48	48
Reg.-Bez. Darmstadt	3 676 897	3 725 706	1,3	324 616	266 496	- 17,9	88	72
Landkreis Gießen	251 162	252 929	0,7	16 889	14 954	- 11,5	67	59
Lahn-Dill-Kreis	262 025	262 604	0,2	31 907	31 163	- 2,3	122	119
Limburg-Weilburg	169 917	175 313	3,2	9 099	8 422	- 7,4	54	48
Marburg-Biedenkopf	250 402	252 952	1,0	23 867	24 293	1,8	95	96
Vogelsbergkreis	118 322	118 466	0,1	8 505	8 069	- 5,1	72	68
Reg.-Bez. Gießen	1 051 828	1 062 264	1,0	90 267	86 901	- 3,7	86	82
Kassel, St.	201 445	195 281	- 3,1	18 649	15 590	- 16,4	93	80
Fulda	210 273	217 509	3,4	19 629	19 435	- 1,0	93	89
Hersfeld-Rotenburg	133 108	130 879	- 1,7	11 829	10 648	- 10,0	89	81
Kassel	240 821	245 765	2,1	21 950	22 020	0,3	91	90
Schwalm-Eder-Kreis	191 675	193 426	0,9	12 371	11 243	- 9,1	65	58
Waldeck-Frankenberg	169 252	170 604	0,8	18 498	18 676	1,0	109	109
Werra-Meißner-Kreis	117 862	114 464	- 2,9	8 799	8 460	- 3,9	75	74
Reg.-Bez. Kassel	1 264 436	1 267 928	0,3	111 725	106 071	- 5,1	88	84
Land Hessen	5 993 161	6 056 898	1,1	526 608	459 468	- 12,7	88	76
davon								
kreisfreie Städte	1 374 770	1 365 037	- 0,7	150 572	114 654	- 23,9	110	84
Landkreise	4 618 391	4 691 861	1,6	376 036	344 814	- 8,3	81	73

1) Betriebe mit 20 oder mehr Beschäftigten; einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden.

In den kreisfreien Städten arbeiteten 1995 noch 110 Beschäftigte je 1000 Einwohner im Verarbeitenden Gewerbe, im Jahr 2000 waren es mit 84 jedoch 26 weniger. Nicht ganz so dramatisch war die „Entindustrialisierung“ in den Landkreisen, doch auch dort ging die Zahl der auf 1000 Einwohner im Verarbeitenden Gewerbe Beschäftigten von 81 im Jahr 1995 um 8 auf 73 im Jahr 2000 zurück.

Unter den Regierungsbezirken hatte der Regierungsbezirk Darmstadt mit einem Bevölkerungsanstieg zwischen 1995 und 2000 um 1,3 % und einer Beschäftigtenverminderung um 18 % den stärksten Rückgang der Industriedichte. Sie ist von 88 Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe auf 1000 Einwohner um 16 auf 72 Beschäftigte je 1000 Einwohner im Jahr 2000 zurückgegangen. Hierzu trugen neben den kreisfreien Städten — allen voran Darmstadt: Rückgang 40 Beschäftigte je 1000 Einwohner, Frankfurt am Main (– 31), Offenbach am Main (– 28) — auch einige Landkreise bei. Den

Spitzenplatz belegte dabei der Landkreis Offenbach mit einem Rückgang der Zahl der Beschäftigten auf 1000 Einwohner um 23 auf 56. Der Odenwald- und der Hochtaunuskreis folgten mit einem Rückgang um jeweils rund 20 auf 85 bzw. 56 Beschäftigte im Verarbeitenden Gewerbe auf 1000 Einwohner. Auch für den Landkreis Groß-Gerau (– 12), den Main-Kinzig- und den Main-Taunus-Kreis (jeweils – 10) errechnen sich jeweils zweistellige Verminderungen der Industriedichte.

Dagegen hielten sich die „Entindustrialisierungsprozesse“ in den beiden übrigen Regierungsbezirken Gießen und Kassel in Grenzen. In diesen Regierungsbezirken errechneten sich Verminderungen der Industriedichte um jeweils 4 auf 82 bzw. 84 Beschäftigte je 1000 Einwohner. In keinem der Verwaltungsbezirke der beiden Regierungsbezirke mussten zweistellige Rückgänge der Zahl der Beschäftigten je 1000 Einwohner hingenommen werden.

Hessen unter den Ländern der Bundesrepublik

Hessen im Vergleich zu den anderen Ländern der Bundesrepublik — zweimal jährlich erscheint dieser Bericht und bietet umfangreiches Datenmaterial mit Vergleichszahlen zu vielen Bereichen der amtlichen Statistik (wechselnd, je nach Vorliegen des Materials):

- Gebiets- und Bevölkerungsstand, Bevölkerungsdichte, Wohnbevölkerung nach Altersgruppen
- Erwerbspersonen und Erwerbstätige, Auszubildende
- Arbeitslose, offene Stellen, Kurzarbeiter
- Krankenbetten, Ärzte, Zahnärzte, Apotheken, Krankenpflegepersonen
- Volkshochschulen, allgemeinbildende Schulen, Hochschulen
- Landwirtschaftl. Betriebe und Arbeitskräfte, Bodennutzung, Viehbestände
- Beschäftigte und Umsatz des Verarbeitenden Gewerbes und des Bauhauptgewerbes
- Bestand an Kraftfahrzeugen, Straßenverkehrsunfälle, Fremdenverkehr
- Baugenehmigungen, fertiggestellte Wohnungen, Wohnungsbestand, Wohngeld
- Sozialhilfe, Jugendhilfe, Kindergartenplätze
- Bruttoverdienste der Industriearbeiter und Angestellten
- Ausgaben des Landes und der Gemeinden für ausgewählte Bereiche
- Geld und Kredit
- Personal des Landes und der Gemeinden
- Schuldenstand
- Steuereinnahmen
- Bruttoinlandsprodukt

Mit Schaubildern zu ausgewählten Themen.

Printversion: Umfang ca. 28 Seiten, Format DIN A 4, kart., Preis für Einzelheft 4,00 Euro, Jahresabonnement (2 Hefte) 6,80 Euro (jew. zuzügl. Versandkosten). **Diskettenversion:** Exel 97-Format, Preise wie Printversion.

Hessisches Statistisches Landesamt · 65175 Wiesbaden

W-75

Weiterhin überdurchschnittliche Sozialhilfelast in Hessen

Am Jahresende 2000 wurden in Deutschland noch fast 2,7 Mill. Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) außerhalb von Einrichtungen gezählt. Das waren über 115 000 oder 4,1 % weniger als ein Jahr davor. Trotzdem sind die Nettoausgaben für Sozialhilfe insgesamt — also einschl. der Hilfen in besonderen Lebenslagen, aber abzüglich eventueller Einnahmen — gegenüber 1999 bundesweit um 900 Mill. DM oder gut 2 % auf annähernd 41 Mrd. DM angestiegen. Ausschlaggebend war dafür im Wesentlichen die Zunahme bei der Eingliederungshilfe für Behinderte um knapp 1,2 Mrd. DM oder 7 % auf brutto 17,8 Mrd. DM, während für Hilfe zur Pflege mit 5,6 Mrd. DM nochmals etwas weniger ausgegeben wurde als im Vorjahr. Die Bruttoausgaben für die Hilfe zum Lebensunterhalt haben sich um gut eine halbe Milliarde oder knapp 3 % auf 19,1 Mrd. DM verringert. Auf Hessen mit seinen gut 6 Mill. Einwohnern entfielen bei einem Bevölkerungsanteil von 7,4 % unverändert jeweils knapp 9 % aller HLU-Empfänger und Ausgaben im Bundesgebiet¹⁾. Die Empfängerzahlen waren in allen Bundesländern mit Ausnahme von Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt rückläufig, in Hessen jedoch etwas schwächer als im Bundesdurchschnitt. Dagegen haben sich die Nettoausgaben außer in Bremen und im Saarland überall erhöht, in Hessen allerdings nur minimal. Besonders stark war der Kostenanstieg, abgesehen von den meisten „neuen“ Bundesländern, in Nordrhein-Westfalen, obwohl dort bei den Empfängern von HLU neben Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz der höchste Rückgang zu verzeichnen war. Besonders hohen Mehrkosten für die Eingliederungshilfe für Behinderte (+ 8 %) standen im größten Bundesland Mindereinnahmen in Höhe von fast 262 Mill. DM gegenüber, was im Vergleich zu 1999 einen Einnahmeausfall von fast einem Viertel bedeutete. Bundesweit haben sich die Einnahmen aber lediglich um 230 Mill. DM oder knapp 5 % reduziert, weil sie in einer ganzen Reihe von Ländern, darunter auch in Hessen, höher waren als im Vorjahr.

Bereits aus den zuvor genannten Anteilswerten Hessens am Bundesgebiet wird ersichtlich, dass die hessischen Sozialhilfeträger, im Wesentlichen die kreisfreien Städte und Landkreise als örtliche sowie der Landeswohlfahrtsverband als überörtlicher Träger, stärker belastet waren als im Durchschnitt der Bundesländer. Eine angemessene und einigermaßen objektive Einordnung dieser Belastung ist aber erst mög-

lich, wenn Hilfeempfänger und Ausgaben auf die Einwohner bezogen werden²⁾ (siehe auch Schaubild auf Seite 389). Was die Zahl der *Hilfeempfänger* betrifft, lag Hessen Ende 2000 mit 39 Personen auf 1000 Einwohner um sechs Personen oder gut 18 % über dem Bundesdurchschnitt und um 14 % über dem Durchschnitt der alten Bundesländer (34). Hierbei waren allerdings die Werte im Saarland, in Schleswig-Holstein und in Niedersachsen noch etwas höher als in Hessen und in den Stadtstaaten Bremen und Berlin sogar mehr als doppelt so hoch. Auffallend sind auf der anderen Seite die außerordentlich niedrigen Empfängerquoten vor allem in Bayern, aber auch in den Nachbarländern Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz. Ähnlich niedrig waren die Werte ansonsten nur in einigen der neuen Länder. Selbst bei der absoluten Zahl der HLU-Empfänger blieben die beiden wesentlich größeren Länder Baden-Württemberg und Bayern hinter Hessen zurück. In einer gewissen Abhängigkeit von der Empfängerzahl — zusätzlich sind natürlich auch die Hilfen in besonderen Lebenslagen zu berücksichtigen — war die *finanzielle Belastung* durch die Sozialhilfe in Hessen nach wie vor überdurchschnittlich hoch. Mit 580 DM hatte rechnerisch jeder hessische Einwohner 83 DM oder ein Sechstel mehr für Sozialhilfeleistungen aufzubringen als ein Bürger im Bundesdurchschnitt; der Abstand hat sich damit allerdings im Vergleich zu 1999 etwas verringert. Zwar wurde dieses niedrige Bundesergebnis nicht unwesentlich durch die relativ geringen Ausgaben von 350 DM je Einwohner in den neuen Bundesländern erreicht, doch gab es auch im früheren Bundesgebiet — bei einem Durchschnitt von gut 530 DM — Länder mit einer deutlich geringeren Belastung als Hessen. Hier sind in erster Linie wiederum Baden-Württemberg (345 DM) und Bayern (368 DM) zu nennen, aber auch in Rheinland-Pfalz wurden je Einwohner fast 140 DM weniger für Sozialhilfe ausgegeben. Während die Ausgangssituation im Saarland und in Nordrhein-Westfalen ähnlich war wie in Hessen, lag Schleswig-Holstein mit Ausgaben von fast 630 DM je Einwohner unter den Flächenländern deutlich an der Spitze. In den Stadtstaaten Bremen und Hamburg waren jedoch die Pro-Kopf-Beträge mit rund 1150 bzw. 1050 DM mehr als doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt; auch das Berliner Ergebnis wäre ohne den Ostteil der Stadt ähnlich ausgefallen (Berlin-West: 1030 DM, Berlin-Ost: 870 DM).

Bei der Ursachenforschung für die überdurchschnittliche Belastung Hessens sowohl bei der Empfängerzahl als auch bei den finanziellen Aufwendungen bietet das statistische Datenmaterial ein etwas widersprüchliches Bild, vor allem, wenn man entsprechende Daten anderer Bundesländer zum Vergleich heranzieht. Letztlich wird eine ganze Reihe von Faktoren in unterschiedlicher Weise zur besonderen Situation in Hessen beitragen, ohne dass eine Gewichtung möglich ist. Ausgangsbasis ist zunächst einmal die gängige Überlegung, dass die Sozialhilfebedürftigkeit mit der Arbeitslosigkeit korreliert. Nun nimmt aber die hessische Wirtschaft un-

*) Tel.: 0611/3802-221 · E-Mail: hkrompel@hsl.de

1) Zur Situation in Hessen im Einzelnen vgl. „Ausgaben für Sozialhilfe und Asylbewerber in Hessen 2000“, Staat und Wirtschaft in Hessen, 56. Jahrg., Heft 7, Juli 2001, S. 218 ff. und „Sozialhilfeempfänger in Hessen Ende 2000“, a. a. O., Heft 10, Oktober 2001, S. 337 ff.

2) Bei sämtlichen nachfolgenden Berechnungen ist der Bevölkerungsstand am 31. 12. 1999 zu Grunde gelegt.

Sozialhilfeempfänger und Sozialhilfeaufwand 2000 nach Bundesländern

Land	Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen am 31. 12. 2000						Reine Ausgaben der Sozialhilfe			Bruttoausgaben für Hilfe zum Lebensunterhalt ¹⁾	
	insgesamt			darunter Nichtdeutsche			insgesamt	je Einwohner ²⁾	Zu- bzw. Abnahme (-) ³⁾	insgesamt	je HLU-Empfänger ⁴⁾
	Anzahl	auf 1000 Einwohner ²⁾	Zu- bzw. Abnahme (-) ³⁾	Anzahl	% ⁵⁾	auf 1000 Einwohner ⁶⁾	Mill. DM	DM	%	Mill. DM	DM
Baden-Württemberg	208 647	19,9	- 8,1	53 708	25,7	41,2	3 618,7	345	2,1	1 550,2	7 430
Bayern	210 570	17,3	- 5,6	49 203	23,4	43,8	4 470,7	368	3,0	1 598,7	7 592
Berlin	265 818	78,5	- 2,5	73 395	27,6	169,3	3 298,5	974	0,9	1 856,1	6 983
Brandenburg	58 095	22,3	0,8	2 944	5,1	48,1	857,4	330	4,0	355,0	6 111
Bremen	62 441	94,2	- 4,7	16 650	26,7	210,3	760,5	1 147	- 5,9	458,4	7 341
Hamburg	120 461	70,7	- 4,6	34 201	28,4	130,6	1 795,4	1 053	1,3	880,2	7 307
Hessen	233 321	38,6	- 3,7	75 502	32,4	103,4	3 511,4	580	0,1	1 747,3	7 489
Mecklenburg-Vorpommern	51 220	28,6	- 0,5	3 283	6,4	103,7	652,1	364	3,5	328,2	6 408
Niedersachsen	309 275	39,2	- 2,4	68 211	22,1	129,2	4 370,0	553	0,8	2 016,1	6 519
Nordrhein-Westfalen	646 718	35,9	- 6,9	156 626	24,2	76,6	10 612,0	590	4,8	5 033,3	7 783
Rheinland-Pfalz	101 862	25,3	- 7,0	18 028	17,7	58,9	1 780,4	442	0,8	705,1	6 922
Saarland	46 023	43,0	- 4,4	8 607	18,7	97,4	601,6	561	- 2,5	341,7	7 425
Sachsen	110 089	24,7	6,2	7 490	6,8	71,4	1 076,9	241	0,9	595,9	5 413
Sachsen-Anhalt	85 848	32,4	4,6	5 788	6,7	131,1	972,4	367	6,3	470,0	5 475
Schleswig-Holstein	119 007	42,9	- 2,9	18 252	15,3	120,2	1 744,5	628	0,4	897,2	7 539
Thüringen	47 724	19,5	- 2,5	2 410	5,0	57,8	682,6	279	4,6	287,9	6 033
Deutschland	2 677 119	32,6	- 4,1	594 298	22,2	81,0	40 805,0	497	2,2	19 121,3	7 142
davon											
früheres Bundesgebiet	2 256 001	33,7	- 5,2	566 170	25,1	81,2	35 457,5	530	2,1	16 612,5	7 364
neue Bundesländer	421 118	27,7	2,0	28 218	6,7	78,5	5 347,5	351	3,3	2 508,8	5 957

1) In und außerhalb von Einrichtungen zusammen. - 2) Bevölkerungsstand am 31.12.1999. - 3) Gegenüber dem Vorjahr. - 4) Hilfeempfänger am Jahresende außerhalb von Einrichtungen. - 5) Anteil an den Empfängern insgesamt. - 6) Bezogen auf nichtdeutsche Einwohner am 31.12.1999.

ter den Bundesländern anerkanntermaßen eine Spitzenposition ein, was zur Folge hat, dass die Lage auf dem Arbeitsmarkt ebenfalls vergleichsweise gut ist: Die Arbeitslosenquote lag im Jahresdurchschnitt 2000 bei gut 8 %, gleichauf mit Rheinland-Pfalz, aber rund 2 Prozentpunkte höher als in Baden-Württemberg und in Bayern. In allen anderen Bundesländern erreichte sie dagegen den zweistelligen Prozentbereich (in Schleswig-Holstein allerdings nur knapp, in den östlichen Ländern um 20 %) und im Durchschnitt aller Länder fast 11 %. Die Arbeitslosigkeit allein kann also keinesfalls für die starke Sozialhilfelast in Hessen ausschlaggebend sein.

Ein weiterer Ansatzpunkt könnte der mit gut 12 % überdurchschnittlich hohe Anteil Nichtdeutscher an der Bevölkerung sein (Bundesgebiet knapp 9 %), da für Ausländer das Sozialhilferisiko etwa dreimal so hoch ist wie für Deutsche: Ende 2000 bezogen bundesweit 2,8 % der Deutschen, aber 8,1 % der Nichtdeutschen Hilfe zum Lebensunterhalt³⁾, in Hessen 3 bzw. sogar 10,3 %. Diese zuletzt genannte Quote wurde jedoch vor allem in den Stadtstaaten, aber auch in Niedersachsen und Schleswig-Holstein noch deutlich übertroffen. Trotz dieses Sachverhalts und obwohl die Arbeitslosenquote der Nichtdeutschen im Jahr 2000 mit knapp 15 % deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von über 17 % lag — nur in Baden-Württemberg und Bayern war sie mit gut 11 % noch günstiger —, hatte Hessen mit über 32 % von

sämtlichen Bundesländern den mit Abstand größten Anteil nichtdeutscher HLU-Empfänger. Offensichtlich muss die Struktur der Nichtdeutschen in Hessen anders sein als beispielsweise in Baden-Württemberg und Bayern. In diesen beiden Ländern bezogen nämlich bei Ausländeranteilen, die etwa Hessen (in Baden-Württemberg) bzw. dem Bundesgebiet (in Bayern) entsprachen, nur jeweils gut 4 % der Nichtdeutschen Sozialhilfe. Ähnlich war die Situation in Rheinland-Pfalz mit einem Anteil von knapp 6 % HLU-Empfängern unter den Nichtdeutschen. Demzufolge hatte dort nur jeder sechste HLU-Empfänger nicht die deutsche Staatsangehörigkeit, in Baden-Württemberg und Bayern jeweils etwa jeder vierte. Der hohe Anteil von Nichtdeutschen unter den hessischen HLU-Empfängern wirkt sich zweifellos auf die finanzielle Belastung aus, weil bei ihnen die Sozialhilfe häufiger die Hauptunterhaltsquelle ist und damit im Einzelfall höhere Leistungen anfallen. Bei Deutschen, vor allem bei den unter ihnen zahlenmäßig dominierenden Frauen (Ältere und Alleinerziehende), wird sie dagegen häufig als Ergänzung zu anderen Einkünften gewährt, wie solchen aus Rente, Unterhaltszahlungen oder Entgelt für Teilzeitbeschäftigung. Zusätzlich kann sich ein hoher Anteil von Einzelpersonen unter den HLU-Empfängern, wie er gerade bei Nichtdeutschen auftritt, wegen der in diesen Fällen relativ höheren Mietausgaben pro Person ebenfalls kostensteigernd auswirken.

Bei dieser Ausgangslage ist es verständlich, dass Hessen bei den rechnerischen Fallkosten⁴⁾ mit fast 7500 DM in der Spitzengruppe der Länder und um rund 350 DM oder 5 % über

3) Ohne Empfänger von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.
4) Unabhängig von Veränderungen der Empfängerzahlen im Laufe des Jahres sind die gesamten Bruttoausgaben für Hilfe zum Lebensunterhalt auf die HLU-Empfänger am Jahresende bezogen.

dem Bundesdurchschnitt lag. Die entsprechenden Beträge waren allerdings in Nordrhein-Westfalen, Bayern und Schleswig-Holstein noch um rund 300, 100 bzw. 50 DM höher. Andererseits wurden — abgesehen von den neuen Bundesländern — in Niedersachsen und Rheinland-Pfalz pro HLU-Empfänger außerordentlich geringe Beträge ausgegeben, nämlich 970 bzw. 570 DM weniger als in Hessen. Aus den bundesweit ziemlich einheitlichen Regelsätzen lassen sich diese Differenzen nicht erklären, sodass dafür unterschiedliche Empfänger-Strukturen und eventuell die Höhe der Mietkosten, auch in Abhängigkeit vom jeweiligen Wohnungsmarkt, oder andere Leistungen als Ursache herangezogen werden müssen.

Gewisse Hinweise auf Besonderheiten kann vielleicht noch ein Blick auf die Zusammensetzung der Bruttoausgaben für die Sozialhilfe insgesamt geben. Dabei lag in Hessen der Anteil der Hilfe zum Lebensunterhalt, also der „klassischen“ Fürsorge, mit 43,5 % eigentlich nur relativ leicht über dem Bundesdurchschnitt von 42 %. Gravierend war aber der Ab-

stand gegenüber den Nachbarländern Bayern, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg, die bei den HLU-Ausgaben lediglich auf Anteile von 30, 36 bzw. 38 % kamen. Auf der anderen Seite stellte sich die Situation in den Stadtstaaten, vor allem in Bremen (55 %) und Berlin (52 %), aber auch im Saarland (ebenfalls 52 %) noch ungünstiger dar als in Hessen. Auch bei diesem Kriterium spricht einiges dafür, dass ein gewisser Zusammenhang mit der Häufigkeit nicht-deutscher HLU-Empfänger besteht. Darauf deutet zudem die Krankenhilfe hin, eine der Hilfen in besonderen Lebenslagen, die in hohem Maße vom Anteil der — oftmals nicht krankenversicherten — Ausländer unter den Sozialhilfeempfängern abhängig ist. Ihr Anteil an den Gesamtausgaben lag in Hessen mit knapp 6 % zwar nur geringfügig über dem Bundesdurchschnitt (gut 5 %), aber doch relativ deutlich über den Werten von Rheinland-Pfalz und Bayern mit knapp bzw. reichlich 4 %. Andererseits wurde in den Stadtstaaten Hamburg und Berlin mit ihren hohen Ausländeranteilen jede zehnte „Sozialhilfe-Mark“ für Krankenhilfe ausgegeben.

Ausgaben für Kinder- und Jugendhilfe in Hessen 2000

Die Bruttoausgaben der öffentlichen Jugendhilfe¹⁾ sind im Jahr 2000 in Hessen gegenüber dem Vorjahr um 80 Mill. DM oder fast 3 % auf 2,92 Mrd. DM gestiegen. Das Ausgabenwachstum hat sich damit weiter beschleunigt, nachdem es im Jahr 1997 bei lediglich 0,3 % und 1999 erst bei 1,7 % gelegen hatte. Bei den Einnahmen — hauptsächlich aus Beiträgen für Einrichtungen — war der Anstieg dagegen mit + 3,6 % weit niedriger als im Vorjahr (+ 9 %). Mit Gesamteinnahmen in Höhe von knapp 350 Mill. DM wurde aber das Vorjahresergebnis immerhin um 12 Mill. DM übertroffen. Demzufolge sind die Nettoausgaben (reine Ausgaben), die 1997 sogar einmal leicht zurückgegangen waren, um 68 Mill. DM oder 2,7 % auf 2,57 Mrd. DM angewachsen. Dies bedeutete einen Anstieg um annähernd 1 Mrd. DM oder drei Fünftel innerhalb des letzten Jahrzehnts, an dessen Beginn das neue Kinder- und Jugendhilfegesetz in Kraft getreten war. Besonders zu Anfang der Neunzigerjahre hatte es hohe — zum Teil sogar zweistellige — Zuwachsraten bei den Ausgaben gegeben. Einige wichtige Daten zur Struktur und Entwicklung der Jugendhilfeausgaben im Jahr 2000 werden nachfolgend etwas näher beschrieben²⁾, teilweise auch in regionaler Gliederung.

Anders als im Vorjahr haben sich die Kosten nicht nur für die tiefer gegliederten Einzelpositionen, sondern auch für die beiden zusammenfassenden Hauptuntergliederungen unterschiedlich entwickelt. Überdurchschnittlich erhöhten sich gegenüber 1999 die Ausgaben für **Einzel- und Gruppenhilfen** in ihrer Gesamtheit um 47 Mill. DM oder gut 4 % auf deutlich über 1,1 Mrd. DM. Erneut ragte innerhalb dieses Bereichs die Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche mit einer unverändert hohen Zuwachsrate von 22 % heraus; gegenüber 1999 bedeutete dies eine Steigerung um nochmals 12 Mill. auf fast 65 Mill. DM. Auch bei der Hilfe zur Erziehung und der Hilfe für junge Volljährige lagen die Zuwachsraten mit jeweils annähernd 5 % über dem Durchschnitt. Der Mehraufwand von über 24 bzw. reichlich 4 Mill. DM in diesen beiden Teilbereichen schlägt deshalb besonders zu Buche, weil sie mit einem Gesamtaufwand von zuletzt 545 bzw. 97 Mill. DM schon seit jeher am kostenträchtigsten waren. Auf der anderen Seite wurden für vorläufige Schutzmaßnahmen, wie zum Beispiel die Inobhutnahme, 1,5 Mill. DM weniger ausgegeben, was einem Rückgang von 6 % entsprach. In ähnlicher Höhe haben sich außerdem die Ausgaben für die Jugendsozialarbeit reduziert,

Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Jugendhilfe 1991 bis 2000

Jahr	Bruttoausgaben		Einnahmen		Nettoausgaben	
	Mill. DM	Zu- nahme in % ¹⁾	Mill. DM	Zu- bzw. Abnahme (-) in % ¹⁾	Mill. DM	Zu- bzw. Abnahme (-) in % ¹⁾
1991	1 828,7	.	230,5	.	1 598,1	.
1992	2 114,0	15,6	249,9	8,4	1 864,1	16,6
1993	2 419,4	14,4	293,0	17,2	2 126,4	14,1
1994	2 438,4	0,8	263,7	- 10,0	2 174,8	2,3
1995	2 598,5	6,6	260,9	- 1,1	2 337,6	7,5
1996	2 747,9	5,7	282,0	8,1	2 465,9	5,5
1997	2 757,0	0,3	301,3	6,8	2 455,7	- 0,4
1998	2 789,7	1,2	309,1	2,6	2 480,5	1,0
1999	2 837,9	1,7	337,2	9,1	2 500,7	0,8
2000	2 917,5	2,8	349,3	3,6	2 568,2	2,7

1) Jeweils gegenüber dem Vorjahr.

während diejenigen für Amtspflegschaften oder Amtsvormundschaften nur leicht rückläufig waren. Der relativ hohe Mehraufwand für „andere Aufgaben“, zu denen u. a. die Mitarbeiterfortbildung gehört, in Höhe von zusammen fast 7 Mill. DM basiert im Wesentlichen auf nicht näher bezeich-

Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Jugendhilfe¹⁾ in Hessen 1999 und 2000

Art der Angabe	1999	2000	Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber 1999
	1000 DM		%
Ausgaben für Einzel- und Gruppenhilfen zusammen	1 094 875	1 141 856	4,3
davon für			
Jugendarbeit	64 479	66 150	2,6
Jugendsozialarbeit	31 397	29 696	- 5,4
Förderung von Kindern in Tages- einrichtungen/in Tagespflege	203 241	204 396	0,6
Hilfe zur Erziehung	520 912	545 294	4,7
Eingliederungshilfe für seelisch be- hinderte Kinder und Jugendliche	52 704	64 556	22,5
Hilfe für junge Volljährige	92 781	97 016	4,6
Vorläufige Schutzmaßnahmen	25 788	24 246	- 6,0
Amtspflegschaft, -vormundschaft ²⁾	19 073	19 041	- 0,2
sonstige Hilfen	32 453	32 764	1,0
andere Aufgaben	52 047	58 695	12,8
Einnahmen für Einzel- und Gruppenhilfen zusammen	65 972	69 127	4,8
Ausgaben für Einrichtungen zusammen	1 673 320	1 707 627	2,1
davon für			
Einrichtungen der Jugendarbeit ³⁾	162 835	162 554	- 0,2
Erziehungsberatungsstellen ⁴⁾	35 687	34 580	- 3,1
Tageseinrichtungen für Kinder	1 439 409	1 474 703	2,5
sonstige Einrichtungen	35 390	35 790	1,1
Einnahmen für Einrichtungen zusammen	271 182	280 129	3,3
Personalausgaben der Jugendhilfe- verwaltung zusammen	69 664	68 012	- 2,4
Bruttoausgaben insgesamt	2 837 858	2 917 494	2,8
Einnahmen insgesamt	337 153	349 256	3,6
Reine Ausgaben insgesamt	2 500 705	2 568 238	2,7

1) Ausgaben der öffentlichen Träger und Förderung der freien Träger. - 2) Sowie Beistandschaft. - 3) Einschl. Jugendsozialarbeit. - 4) Einschl. Jugend- und Familienberatungsstellen.

*) Tel.: 0611/3802-221 · E-Mail: hkrompel@hsl.de

1) Ausgaben der öffentlichen Träger und Förderung freier Träger, einschl. Zuschüssen für deren Einrichtungen.

2) Ausführliche Ergebnisse, auch in regionaler Gliederung sowie nach Trägergruppen, bietet der Statistische Bericht K18 — j/00 „Die Jugendhilfe in Hessen im Jahr 2000: Ausgaben und Einnahmen“.

neten Aufgaben des überörtlichen Trägers und nicht exakt zuzuordnenden Einzelmaßnahmen.

Die Ausgaben für *Einrichtungen* hatten im Jahr 2000 mit einem Anstieg um 2 % einen Betrag von über 1,7 Mrd. DM erreicht. Dieser Zuwachs beruhte ausschließlich auf Mehrkosten in Höhe von allein 35 Mill. DM bei den Tageseinrichtungen für Kinder, in der Regel Kindergärten. Demgegenüber haben sich die Ausgaben bei den anderen Einrichtungsarten kaum verändert oder waren sogar — wie bei den Erziehungsberatungsstellen — rückläufig. Bei den Kindertageseinrichtungen, auf die unverändert die Hälfte der gesamten Bruttoausgaben³⁾ der Kinder- und Jugendhilfe entfiel, hat sich der Aufwand weiter in Richtung „laufende Ausgaben“ verschoben. Bei einem Ausgabenzuwachs für die Kindertageseinrichtungen öffentlicher Träger um 12 Mill. DM wurden für direkte Investitionen nur noch 71 Mill. DM ausgege-

ben, nochmals 26 Mill. DM weniger als im Vorjahr. Der Anteil der Investitionen an den Gesamtaufwendungen hat sich damit von gut 9 auf unter 7 % reduziert. Die investiven Zuschüsse für entsprechende Einrichtungen freier Träger, beispielsweise der Kirchen oder Wohlfahrtsverbände, sind im Jahr 2000 relativ sogar noch mehr gesunken, und zwar um 20 Mill. DM auf unter 23 Mill. DM. Ihr Anteil an den Gesamtzuschüssen für Kindertageseinrichtungen freier Träger hat sich damit auf 5 % halbiert. Langfristig ist bei dieser Ausgangslage ein weiterer Anstieg der Nettoausgaben zu erwarten, wobei der Ausgabenposten „Personal“ immer mehr an Gewicht gewinnen dürfte, vor allem wenn das Betreuungsangebot von Kindergärten durch längere Öffnungszeiten, weiter erhöht werden soll. Im Bereich der Einzel- und Gruppenhilfen hatte der Posten „Personal“ im Jahr 2000 mit 170 Mill. DM einen Anteil von unverändert 15 % und bei den Einrichtungen mit knapp 993 Mill. DM einen Anteil von 56 % an den Bruttoausgaben. Die Personalausgaben machten damit zusammen zwei Fünftel der gesamten Bruttoaus-

3) Da 280 Mill. DM der Gesamteinnahmen aus Beiträgen für Einrichtungen erzielt wurden, lag der Anteil bei den Nettoausgaben unter 47 %.

Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Jugendhilfe in Hessen 2000 nach Trägern

Träger der Jugendhilfe ¹⁾	Ausgaben insgesamt	davon für			Ein- nahmen insgesamt	Reine Ausgaben			
		Einzel- und Gruppen- hilfe	Ein- rich- tungen	Personal der Jugend- hilfe- verwaltung		insgesamt	darunter für Kindertages- einrich- tungen ²⁾	je Ein- woh- ner ³⁾	Zu- bzw. Ab- nahme (-) gegenüber 1999
1000 DM								DM	%
Darmstadt, St.	77 759	28 988	48 121	650	7 863	69 896	31 042	506	8,3
Frankfurt am Main, St.	505 883	175 060	313 311	17 511	40 034	465 849	242 099	722	3,7
Offenbach am Main, St.	55 987	22 675	29 141	4 171	1 114	54 873	21 352	469	30,0
Wiesbaden, St.	180 402	87 688	88 225	4 489	23 386	157 016	57 485	582	1,9
Bergstraße	94 293	28 281	62 001	4 012	8 818	85 475	49 738	325	3,2
Darmstadt-Dieburg	115 796	35 793	77 962	2 042	13 181	102 615	57 498	359	6,4
Groß-Gerau	121 481	36 255	83 147	2 080	17 678	103 804	58 041	417	- 0,4
Hochtaunuskreis	88 168	22 771	62 332	3 065	13 141	75 028	41 929	334	1,8
Main-Kirzig-Kreis	167 737	49 865	114 859	3 013	22 408	145 329	83 994	359	4,4
Main-Taunus-Kreis	91 871	30 111	60 623	1 138	10 655	81 217	43 336	370	3,5
Odenwaldkreis	36 296	11 602	24 102	592	5 123	31 173	17 863	314	7,5
Offenbach	165 407	48 719	113 935	2 754	22 703	142 704	82 475	427	1,0
Rheingau-Taunus-Kreis	66 635	24 799	40 396	1 439	9 717	56 917	29 086	309	8,9
Wetteraukreis	110 305	34 219	75 761	325	24 685	85 620	53 817	292	5,4
Reg.-Bez. Darmstadt	1 878 018	636 824	1 193 916	47 279	220 502	1 657 516	869 755	445	4,3
Gießen	110 996	43 874	65 652	1 470	15 671	95 326	45 264	377	3,6
Lahn-Dill-Kreis	89 796	31 016	55 600	3 180	13 065	76 732	40 287	292	0,3
Limburg-Weilburg	46 421	14 922	30 528	972	3 900	42 521	23 938	243	3,7
Marburg-Biedenkopf	105 431	44 855	58 484	2 093	14 291	91 140	42 565	360	- 1,5
Vogelsbergkreis	38 142	16 254	21 634	254	7 447	30 695	15 626	259	- 3,9
Reg.-Bez. Gießen	390 787	150 920	231 898	7 969	54 373	336 414	167 680	317	0,7
Kassel, St.	109 570	57 659	50 713	1 197	12 331	97 238	33 755	498	- 2,1
Fulda	70 344	30 463	38 969	912	11 225	59 119	27 289	272	8,4
Hersfeld-Rotenburg	46 296	22 512	23 484	300	8 617	37 679	14 542	288	4,6
Kassel	98 837	35 304	62 675	859	19 132	79 705	40 661	324	5,3
Schwalm-Eder-Kreis	63 608	27 561	35 291	756	12 132	51 476	23 567	266	2,9
Waldeck-Frankenberg	49 475	17 741	31 280	455	7 068	42 407	23 976	249	- 0,9
Werra-Meißner-Kreis	36 134	17 247	18 605	283	2 974	33 161	13 733	290	3,3
Reg.-Bez. Kassel	474 263	208 486	261 015	4 762	73 479	400 784	177 523	316	2,6
Landesjugendamt	159 251	138 254	12 995	8 003	-	159 251	11 844	.	- 6,9
Oberste Landesjugendbehörde	15 175	7 372	7 803	-	902	14 274	-	.	- 12,2
Land Hessen	2 917 494	1 141 856	1 707 627	68 012	349 256	2 568 238	1 226 801	424	2,7

1) In den Verwaltungsbezirken sind die Jugendämter sowie die Gemeinden ohne eigenes Jugendamt enthalten. - 2) Ausgaben für Einrichtungen öffentlicher Träger sowie für Förderung von Einrichtungen freier Träger. - 3) Stand am 30. 6. 2000.

gaben für die Kinder- und Jugendhilfe aus⁴⁾. Dabei spielten die Personalkosten der Jugendhilfeverwaltung mit knapp 68 Mill. DM nur eine relativ untergeordnete Rolle, zumal sie gegenüber 1999 um 1,7 Mill. DM gesunken sind.

Die Hauptlast der Kinder- und Jugendhilfe entfiel mit einem Anteil von 94 % der Bruttoausgaben auf die kommunalen Träger, also die kreisfreien Städte, Landkreise und Gemeinden zusammen. Bei den Einzel- und Gruppenhilfen war — infolge der Beteiligung des Landesjugendamtes mit über 12 % — der Anteil der Kommunen mit 87 % niedriger als im Durchschnitt, bei den Einrichtungen dagegen mit fast 99 % deutlich höher. Die Belastung war regional allerdings ebenso unterschiedlich wie die Ausgabenentwicklung. So schwankten die Nettoausgaben je Einwohner — bei einem Landesdurchschnitt von gut 420 DM (10 DM mehr als im Vorjahr) — in den Landkreisen zwischen etwas weniger als 250 DM (Limburg-Weilburg und Schwalm-Eder) und fast 430 DM (Offenbach). Neben den Kindergärten als meist bedeutendstem Ausgabenfaktor können andere Einrichtungen, wie zum Beispiel solche für Erziehung oder Inobhutnahme, sowie die verschiedenen Arten von Beratungsstellen an ihren Standorten zu einem erheblichen Mehraufwand führen. Dies gilt in besonderem Maße bei den Ausgaben für Einzel- und Gruppenhilfen, für die in den kreisfreien Städten Kassel und Wiesbaden, aber auch im Landkreis Hersfeld-Rotenburg

und im Werra-Meißner-Kreis rund jede zweite Mark der Jugendhilfeausgaben aufgewandt wurden. Nicht zuletzt diese Unterschiede in der Zusammensetzung der Ausgaben trugen zu der relativ stärkeren Belastung der fünf kreisfreien Städte bei. Hier war der höchste Betrag je Einwohner in Frankfurt am Main mit über 720 DM aufzubringen, also fast dreimal so viel wie in den Landkreisen mit den geringsten Pro-Kopf-Ausgaben. Es folgte Wiesbaden mit über 580 DM vor Darmstadt und Kassel mit jeweils rund 500 DM. In Offenbach am Main wurden je Einwohner knapp 470 DM für öffentliche Jugendhilfe ausgegeben. Das waren über 100 DM mehr als im Vorjahr, was bedeutet, dass dort die Nettoausgaben insgesamt um rechnerisch 30 % gestiegen wären. Offensichtlich wurden jedoch damals die Zuschüsse für die früher kommunalen Kindergärten bei der Meldung schlichtweg „vergessen“, nachdem diese bereits 1998 in einen wirtschaftlichen Eigenbetrieb überführt worden waren.

Relativ hohe Steigerungsraten von fast 9 % sowie von über 8 % wurden zudem im Rheingau-Taunus-Kreis, im Landkreis Fulda und der kreisfreien Stadt Darmstadt ermittelt. Auch im Odenwaldkreis, im Landkreis Darmstadt-Dieburg, im Wetteraukreis und im Landkreis Kassel war der Ausgabenanstieg weit überdurchschnittlich. In der Regel waren dafür Investitionen (einschl. Zuschüssen für freie Träger) in Neubauten oder Erweiterungen von Kindergärten ausschlaggebend. Andererseits wurde in der kreisfreien Stadt Kassel, im Vogelsbergkreis sowie den Landkreisen Waldeck-Frankenberg, Marburg-Biedenkopf und Groß-Gerau etwas weniger Geld für die Kinder- und Jugendhilfe ausgegeben als 1999.

4) In der Realität dürfte der Anteil deutlich höher sein, weil für die Einrichtungen der freien Träger nicht die gesamten Personalkosten, sondern lediglich die öffentlichen Zuschüsse nachgewiesen werden. In Einrichtungen der öffentlichen Träger lag der Personalkosten-Anteil bei gut drei Vierteln der Bruttoausgaben.

- In den ersten neun Monaten des Jahres 2001 nutzten 346 Mill. Personen in Hessen beheimatete Busse, Straßen- und U-Bahnen. Dies waren nur 0,5 % mehr als in den ersten neun Monaten des Jahres 2000. Während der *Linienverkehr* auf einen Zuwachs von annähernd 1 % kam, büßte der *Gelegenheitsverkehr* im Vergleichszeitraum 8 % seiner Fahrgäste ein. Insgesamt wurden in den ersten drei Quartalen des Jahres 2001 im Linienverkehr 342 Mill. Personen befördert, im Gelegenheitsverkehr waren es 3,5 Mill.

- Die Jahreststeuerung der Verbraucherpreise bleibt weiterhin niedrig. Der *Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte* war im Dezember um 1,5 % höher als ein Jahr zuvor. Im November hatte die entsprechende Rate 1,4 % und im Oktober 1,7 % betragen. Auch im Dezember spielte die Entwicklung der Heizöl- und Kraftstoffpreise eine besondere Rolle. Heizöl war im Dezember um 26,1 % und Kraftstoffe waren um 5,2 % billiger als ein Jahr zuvor. Ohne Berücksichtigung dieser beiden Mineralölprodukte wäre die Gesamtlebenshaltung im Dezember um 2,1 % (nach 2,3 % im November) teurer gewesen als ein Jahr zuvor. Die Nahrungsmittelpreise lagen im Dezember um 4,5 % (nach 4,7 % im November) höher als ein Jahr zuvor. Im Einzelnen sank die Teuerungsrate für Schweinefleisch dabei zwar von 9,2 % im November auf 7,1 % im Dezember, blieb damit aber überdurchschnittlich hoch. Vollmilch war im Dezember um 12,9 % teurer als vor Jahresfrist, und die Preise für Kartoffeln zogen um 21 % an. Auch die kurzfristige Preisentwicklung wurde durch die Mineralölprodukte geprägt. Insgesamt waren die Verbraucherpreise im Dezember gegenüber November unverändert; ohne Berücksichtigung von Heizöl und Kraftstoffen wären sie aber um 0,1 % gestiegen. Die Heizölpreise sanken von November auf Dezember um 7,3 % und die Kraftstoffpreise um 3,3 %. Im Durchschnitt des Jahres 2001 waren die Verbraucherpreise um 2,1 % höher als im Vorjahr. 2000 hatte die entsprechende Teuerungsrate 1,9 % und 1999 noch 0,9 % betragen.

- Über 2 % weniger *Gäste* und fast 2 % weniger *Übernachtungen* gab es im Sommerhalbjahr 2001. Von Mai bis Oktober dieses Jahres kamen in den hessischen *Beherbergungsstätten* mit neun oder mehr Betten 5,5 Mill. Gäste neu an und buchten insgesamt 14,5 Mill. Übernachtungen. Mit 1,3 Mill. Gästen übernachteten nach wie vor die meisten in der Stadt Frankfurt am Main, gefolgt vom Landkreis Waldeck-Frankenberg mit 375 000. Auch bei den Übernachtungen führt mit 2,3 Mill. die Stadt Frankfurt am Main, wiederum gefolgt vom Landkreis Waldeck-Frankenberg, dem Spitzenreiter der Jahre vor 1997, mit 1,9 Mill. Übernachtungen. Während bei Gästen aus Deutschland die Zahl der Ankünfte und Übernachtungen im Vergleich zum Sommerhalbjahr

2000 geringfügig anstieg, gab es bei ausländischen Touristen einen drastischen Einbruch der Zahlen um jeweils über 9 %. Besonders die amerikanischen Reisenden blieben aus: Hier ging die Zahl der Ankünfte und Übernachtungen im Vergleichszeitraum um über 16 % zurück. Aus dem asiatischen Raum kamen 4 % weniger Gäste, die 5 % weniger Übernachtungen buchten. Aber auch die Zahl der Touristen aus europäischen Ländern ging um annähernd 9 % zurück; sie buchten fast 8 % weniger Übernachtungen.

- An den vier hessischen *Studienkollegs* bereiten sich derzeit 561 Ausländer in einem zweisemestrigen Ausbildungsgang auf ein Hochschulstudium vor. Die Zahl der Kollegiaten ging gegenüber dem Rekordstand des Vorjahres um 80 Personen zurück und erreichte wieder den Stand von 1999. Ein Drittel der Kollegiaten kam aus Asien, 30 % stammen aus Afrika, 29 % aus dem europäischen Ausland und knapp 9 % aus Amerika. Die größte Gruppe bilden 131 marokkanische Studierende, gefolgt von 94 iranischen und 26 chinesischen Kollegiaten.

- Im Wintersemester 2000/2001 gab es bundesweit 143 750 Studentinnen und Studenten, die ihre *Hochschulzugangsberechtigung* in Hessen erworben hatten. Die Auswertung der Studentenströme innerhalb Deutschlands ergab, dass von diesen hessischen Absolventen 92 600 oder 64 % an einer hessischen Hochschule eingeschrieben waren. Die übrigen 51 100 studierten in anderen Bundesländern, darunter vor allem in Rheinland-Pfalz (12 800), Nordrhein-Westfalen (11 400), Baden-Württemberg (7500), Niedersachsen (5100), Bayern (4800) und Berlin (3700). Im Gegenzug hatten von den 150 900 Studentinnen und Studenten an hessischen Hochschulen insgesamt 47 300 die Hochschulzugangsberechtigung in einem Bundesland außerhalb Hessens erworben; weitere 10 900 erwarben sie im Ausland.

- Der *Rinderbestand* in Hessen hat sich im November dieses Jahres gegenüber dem Vorjahr um knapp 4 % auf 506 400 Tiere verringert. Vorläufige Ergebnisse der repräsentativen Viehzählung zeigen, dass vor allem weniger männliche Rinder gehalten wurden. Aber auch die Zahl der Ammen-, Mutter-, Schlacht- und Mastkühe nahm entgegen dem Vorjahrestrend ab. Damit reagierten die Betriebe auf die nach den ersten BSE-Fällen aufgetretene Erlösschmälerung auf dem Rindfleischmarkt. Mit einem Milchkuhbestand von 156 500 Tieren hat sich dagegen der starke Abbau in der Vergangenheit auf nunmehr – 1,1 % verringert. Mit 859 500 *Schweinen* gab es in Hessen 20 300 Tiere mehr als im November 2000. Wie im Vorjahr wurden dabei mehr schwere Mastschweine und Ferkel gehalten, während in der Zuchtschweinehaltung die Bestände weiter abgebaut wurden. Die Ergebnisse der repräsentativen Viehzählung belegen erneut, dass die Zahl der viehhaltenden Betriebe relativ stärker sank als die der Viehbestände.

Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen

Jahr Monat Vierteljahr	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾			Bauhauptgewerbe ³⁾		Einzelhandel	Preise	Arbeitsmarkt ⁷⁾				
	Volumenindex des Auftrags- einkommens ²⁾ 1995 = 100			Beschäftigte	Index des Auftrags- einkommens ⁴⁾ 1995 = 100	Beschäftigte	Index der Umsätze ⁵⁾ 1995 = 100	Preis- index für die Lebenshaltung ⁶⁾ 1995 = 100	Arbeitslose ⁸⁾	Arbeitslosen- quote ⁹⁾	Offene Stellen ¹⁰⁾	Kurz- arbeit (Personen) 10)
	Ins- gesamt	Inland	Ausland									
Grundzahlen ¹¹⁾												
1998 D	105,8	101,1	114,5	470 074	83,1	40 519	101,5	104,1	254 050	10,0	26 021	6 505
1999 D	98,6	92,9	109,2	464 707	86,6	37 865	102,8	105,0	239 257	9,4	30 650	6 396
2000 D	105,2	96,3	121,7	459 468	85,1	35 786	103,0	107,0	214 875	8,1	37 527	5 156
2000 September	112,9	101,3	134,4	461 887	110,6	35 878	100,4	107,8	201 102	7,5	38 139	4 924
3. Vj. D	106,2	99,3	119,1	461 355	95,9	35 869	99,2	107,5
Oktober	108,2	96,5	129,8	461 162	85,5	36 072	102,6	107,5	196 354	7,3	35 763	4 783
November	110,0	99,9	128,7	461 091	76,0	35 726	110,0	107,7	195 173	7,3	34 950	4 518
Dezember	99,5	90,2	116,7	459 084	76,3	34 930	116,5	107,6	200 261	7,5	35 012	4 523
4. Vj. D	105,9	95,5	125,1	460 446	79,3	35 576	109,7	107,6
2001 Januar	105,1	94,6	124,5	457 265	64,6	33 622	98,3	108,1	211 728	7,9	37 651	6 118
Februar	107,1	92,0	134,8	456 130	62,5	33 250	91,2	108,8	210 709	7,9	41 524	8 431
März	118,5	111,5	131,2	456 909	80,5	33 197	110,2	108,9	204 313	7,6	43 155	8 160
1. Vj. D	110,2	99,4	130,2	456 768	69,2	33 356	99,2	108,6
April	96,2	89,5	108,7	456 267	76,1	33 423	102,2	109,2	200 712	7,5	42 863	7 050
Mai	103,6	94,6	120,2	456 171	104,1	33 145	109,3	109,6	194 170	7,1	41 363	6 463
Juni	103,2	91,0	125,7	457 651	100,7	33 217	99,7	109,8	198 138	7,2	39 438	5 528
2. Vj. D	101,0	91,7	118,2	456 703	93,6	33 262	103,7	109,5
Juli	102,6	91,9	122,3	457 982	69,7	33 277	98,8	109,9	199 169	7,3	37 571	4 797
August	99,8	94,4	109,6	458 762	109,0	33 794	101,3	109,8	195 780	7,2	37 727	4 893
September	99,0	91,1	113,4	458 471	109,4	33 624	97,6	109,9	194 050	7,1	36 289	5 838
3. Vj. D	100,5	92,5	115,1	458 405	96,0	33 565	99,2	109,9
Oktober	102,3	93,5	118,6	455 788	64,2	33 341	110,1	109,3	195 656	7,1	32 366	7 461
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in % ¹¹⁾												
1998 D	3,0	7,1	- 3,0	- 2,3	- 12,7	- 10,9	1,4	1,3	- 2,6	.	21,7	- 44,8
1999 D	- 6,8	- 8,1	- 4,8	- 1,1	4,2	- 6,5	1,3	0,9	- 5,8	.	17,8	- 1,7
2000 D	6,7	3,7	11,4	- 1,1	- 1,7	- 5,5	0,2	1,9	- 10,2	.	22,4	- 19,4
2000 September	6,2	- 0,5	17,2	- 0,9	16,6	- 6,6	2,0	2,4	- 11,7	.	19,1	18,6
3. Vj.	8,1	4,6	14,1	- 1,1	1,4	- 6,6	1,1	2,0
Oktober	7,1	2,1	14,8	- 0,3	- 14,4	- 7,4	- 2,6	2,1	- 12,9	.	17,9	- 1,5
November	1,7	1,2	2,3	- 0,2	27,8	- 7,3	- 0,9	2,1	- 13,3	.	20,8	- 26,1
Dezember	5,4	3,0	9,2	- 0,2	- 15,7	- 7,6	- 6,0	1,8	- 12,8	.	15,3	3,9
4. Vj.	4,6	2,0	8,5	- 0,2	- 4,8	- 7,4	- 3,3	2,0
2001 Januar	12,9	14,4	11,1	- 0,1	25,6	- 7,3	6,1	1,9	- 11,4	.	16,6	7,1
Februar	5,4	0,3	12,4	- 0,3	1,7	- 7,2	- 5,3	2,3	- 10,9	.	12,2	21,9
März	0,4	2,5	- 2,9	- 0,2	- 14,2	- 6,6	- 0,6	2,2	- 10,7	.	9,2	27,0
1. Vj.	5,8	5,3	6,4	- 0,2	- 10,8	- 7,0	- 0,1	2,1
April	- 0,6	- 1,3	0,6	- 0,3	16,4	- 6,6	- 1,1	2,5	- 9,5	.	4,0	3,1
Mai	- 6,6	- 8,6	- 3,4	- 0,4	- 25,9	- 7,7	- 2,8	3,0	- 8,3	.	2,3	15,3
Juni	- 2,4	- 2,4	- 2,4	- 0,5	19,8	- 7,1	4,1	2,7	- 7,0	.	- 1,0	36,6
2. Vj.	- 3,3	- 4,3	- 1,8	- 0,4	- 3,1	- 7,1	- 0,1	2,7
Juli	2,2	- 2,1	8,9	- 0,5	- 31,9	- 7,1	2,6	2,3	- 6,6	.	- 5,9	54,9
August	- 5,3	- 8,1	- 0,8	- 0,7	46,1	- 5,9	0,4	2,3	- 5,3	.	- 2,0	9,1
September	- 12,3	- 10,1	- 15,6	- 0,7	- 1,1	- 6,3	- 2,8	1,9	- 3,5	.	- 4,9	18,6
3. Vj.	- 5,4	- 6,8	- 3,4	- 0,6	0,1	- 6,4	0,0	2,2
Oktober	- 5,5	- 3,1	- 8,6	- 1,2	- 25,0	- 7,6	7,3	1,7	- 0,4	.	- 9,5	56,0
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vormonat bzw. dem Vorquartal in % ¹¹⁾												
2000 September	7,1	- 1,4	21,6	- 0,0	48,2	- 0,1	- 0,5	0,5	- 2,7	.	- 1,0	9,8
3. Vj.	1,6	3,7	- 1,1	0,6	- 0,7	0,1	- 4,4	0,8
Oktober	- 4,2	- 4,7	- 3,4	- 0,2	- 22,7	0,5	2,2	- 0,3	- 2,4	.	- 6,2	- 2,9
November	1,7	3,5	- 0,8	- 0,0	- 11,1	- 1,0	7,2	- 0,1	- 0,6	.	- 2,3	- 5,5
Dezember	- 9,5	- 9,7	- 9,3	- 0,4	0,3	- 2,2	5,9	- 0,1	2,6	.	0,2	0,1
4. Vj.	- 0,3	- 3,8	5,0	- 0,2	- 17,3	- 0,8	10,6	0,1
2001 Januar	5,6	4,9	6,7	- 0,4	- 15,3	- 3,7	- 17,3	0,5	5,7	.	7,5	35,3
Februar	1,9	- 2,7	8,3	- 0,2	- 3,3	- 1,1	- 5,3	0,6	- 0,5	.	10,3	37,8
März	10,6	21,2	- 2,7	- 0,2	28,7	- 0,2	20,8	0,1	- 3,0	.	3,9	- 3,2
1. Vj.	4,1	4,1	4,1	- 0,8	- 12,7	- 6,2	- 9,6	0,9
April	- 18,8	- 19,7	- 17,1	- 0,1	- 5,4	0,7	- 7,3	0,3	- 1,8	.	- 0,7	- 13,6
Mai	7,7	5,7	10,6	- 0,0	36,8	- 0,8	6,9	0,4	- 3,3	.	- 3,5	- 8,3
Juni	- 0,4	- 3,8	4,6	0,3	- 3,3	0,2	- 8,8	0,2	2,0	.	- 4,7	- 14,5
2. Vj.	- 8,3	- 7,7	- 9,2	- 0,0	35,3	- 0,3	4,5	0,8
Juli	- 0,6	1,0	- 2,7	0,1	- 30,8	0,2	- 0,9	0,1	0,5	.	- 4,7	- 13,2
August	- 2,7	2,7	- 10,4	1,0	56,4	1,6	2,5	- 0,1	- 1,7	.	0,4	2,0
September	- 0,8	- 3,5	3,5	- 0,1	0,4	- 0,5	- 3,7	- 0,5	- 0,9	.	- 3,8	19,3
3. Vj.	0,9	- 2,6	- 0,5	0,4	2,6	0,9	- 4,3	0,4
Oktober	3,3	2,6	4,6	- 0,6	- 41,4	- 0,8	12,8	- 0,5	0,8	.	- 10,8	27,8

1) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden, Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten. Wegen der Umstellung auf die neuen EU-Klassifikationen ab 1995 sind Vorjahresvergleiche nicht möglich. - 2) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. - 3) Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten. - 4) Wertindex. - 5) Ohne Mehrwertsteuer. - 6) Alle privaten Haushalte. - 7) Quelle: Landesarbeitsamt Hessen. - 8) Bei Monatswerten Stand am Monatsende. - 9) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. - 10) Bei Monatswerten Stand Monatsmitte. - 11) Gegenüber der letzten Ausgabe teilweise berichtigte Ergebnisse.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1999	2000	2000			2001			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
BEVÖLKERUNG										
* Bevölkerung am Monatsende ¹⁾	1000	6 042,8	6 058,3	6 051,8	6 052,4	6 055,0	6 069,0	6 069,3	6 070,5	6 072,4
Natürliche Bevölkerungsbewegung:										
* Eheschließungen ²⁾	Anzahl	2 718	2 718	1 894	1 932	3 835	1 204	1 686	1 784	3 277
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	5,4	5,4	3,7	3,9	7,5	2,6	3,3	3,6	6,4
* Lebendgeborene ³⁾	"	4 916	4 901	4 722	4 156	5 096	4 172	4 475	4 305	5 001
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	9,8	9,7	9,2	8,4	9,9	9,0	8,7	8,6	9,7
* Gestorbene ⁴⁾ (ohne Totgeborene)	"	5 088	5 029	4 983	4 552	4 911	4 485	5 172	4 840	5 244
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	10,1	10,0	9,7	9,2	9,6	9,6	10,0	9,7	10,2
* darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene	"	22	21	14	20	15	18	15	22	23
auf 1000 Lebendgeborene	"	4,5	4,4	3,0	4,8	2,9	4,3	3,4	5,1	4,6
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	"	- 172	- 127	- 261	- 396	185	- 313	- 697	- 535	- 243
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	- 0,4	- 0,3	- 0,5	- 0,8	0,4	- 0,7	- 1,4	- 1,1	- 0,5
Wanderungen:										
* Zuzüge über die Landesgrenzen	Anzahl	14 164	14 134	13 357	11 678	13 849	12 155	14 065	13 915	13 983
* darunter aus dem Ausland	"	6 186	6 178	5 881	5 148	6 570	5 697	6 572	6 151	6 398
* Fortzüge über die Landesgrenzen	"	12 591	12 659	12 667	10 710	11 414	11 115	13 030	12 200	11 877
* darunter in das Ausland	"	9 114	5 572	6 080	4 437	5 092	5 404	6 087	5 362	5 745
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	"	1 574	1 474	690	968	2 435	1 040	1 035	1 715	2 106
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁵⁾	"	19 091	18 349	18 364	15 529	18 504	14 867	17 202	17 168	17 304
		1999	2000	2000			2001			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	August	Sept.	Okt.	Nov.
ARBEITSMARKT										
* Arbeitslose am Monatsende ⁶⁾	Anzahl	239 257	214 875	201 102	196 354	195 173	195 780	194 050	195 656	196 272
* darunter Frauen	"	105 186	96 519	92 761	90 499	89 318	89 463	88 224	88 527	88 540
Männer	"	134 071	118 356	108 341	105 855	105 855	106 317	105 826	107 129	109 732
Ausländer	"	51 080	45 177	42 144	41 830	41 875	41 127	41 517	42 737	43 735
Jugendliche unter 20 Jahren	"	5 747	5 442	5 481	4 903	4 852	5 736	5 251	5 048	4 912
* Arbeitslosenquote ⁷⁾ insgesamt	%	9,4	8,1	7,5	7,3	7,3	7,2	7,1	7,1	7,2
* darunter der Frauen	"	9,1	8,0	7,5	7,3	7,2	7,0	6,9	6,9	6,9
Männer	"	9,6	8,3	7,5	7,3	7,3	7,3	7,3	7,3	7,5
Ausländer	"	17,2	14,8	13,7	13,6	13,6	13,9	14,1	14,5	14,8
Jugendlichen unter 20 Jahren	"	8,0	5,8	5,3	4,7	4,7	4,6	4,2	4,1	4,0
* Offene Stellen am Monatsende ⁸⁾	Anzahl	30 650	37 527	38 139	35 763	34 950	37 727	36 289	32 366	30 008
* Kurzarbeiter (Monatsmitte) ⁹⁾	"	6 396	5 156	4 924	4 783	4 518	4 893	5 838	7 461	10 015
		1998	1999	1998			1999		2000	
		Durchschnitt ¹⁰⁾		Sept.	Dez.	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni
* Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer am Arbeitsort insgesamt ¹¹⁾	1000	2 105,3	2 138,0	2 128,8	2 110,9	2 123,7	2 162,2	2 163,4	2 169,4	2 174,8
* darunter Frauen	"	903,7	919,1	911,4	906,7	910,5	927,1	932,8	938,1	934,5
Ausländer	"	226,6	220,8	229,6	226,0	216,8	221,3	220,1	220,9	223,2
* Teilzeitbeschäftigte	"	310,0	309,3	310,9	315,1	301,4	306,2	313,3	318,7	321,6
darunter Frauen	"	272,5	267,8	273,4	275,0	262,3	264,8	269,2	273,0	274,3
darunter ausgew. Wirtschaftsabschnitte ¹⁰⁾ :										
* Bergbau	"	.	8,6	9,2	8,8	8,8	8,6	8,4	8,5	8,5
* darunter Frauen	"	.	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9
* Verarbeitendes Gewerbe	"	.	528,3	543,0	535,8	527,2	530,7	525,0	522,9	523,0
* darunter Frauen	"	.	137,6	142,6	139,9	137,1	138,3	136,7	136,3	135,9
* Energie- und Wasserversorgung	"	.	17,5	17,0	17,0	17,4	17,5	17,6	17,5	17,4
* darunter Frauen	"	.	3,1	3,0	2,9	3,1	3,1	3,1	3,1	3,1
* Baugewerbe	"	.	129,3	136,0	129,7	130,1	133,6	127,7	123,6	125,1
* darunter Frauen	"	.	15,6	16,0	15,8	15,6	15,7	15,6	15,4	15,2
* Handel- und Gastgewerbe	"	.	389,7	388,6	384,4	386,5	394,3	395,2	396,1	395,9
* darunter Frauen	"	.	188,8	188,0	186,1	187,2	190,7	191,7	192,2	191,6
* Verkehr- und Nachrichtenübermittlung	"	.	147,9	144,2	144,1	146,4	148,0	152,7	155,4	158,3
* darunter Frauen	"	.	49,1	47,8	47,8	48,3	49,0	50,8	51,8	52,6
* Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	"	.	140,8	139,3	138,9	139,0	142,4	142,6	143,8	143,8
* darunter Frauen	"	.	69,1	68,7	68,4	68,2	69,8	69,9	70,5	70,4
* Grundstückswesen, Vermietung, Dienstleistungen für Unternehmen	"	.	271,0	249,2	250,9	267,0	279,2	284,3	291,9	296,3
* darunter Frauen	"	.	120,7	111,1	111,5	119,0	124,1	126,3	129,7	131,5
* Öffentliche Verwaltung u. ä.	"	.	128,6	130,7	130,3	128,3	128,7	128,2	127,4	125,0
* darunter Frauen	"	.	73,9	74,9	74,9	73,5	73,8	73,7	73,3	71,4
* Öffentliche und private Dienstleistungen (ohne öffentl. Verwaltung)	"	.	362,0	356,6	358,0	358,0	363,8	368,1	368,2	364,8
* darunter Frauen	"	.	256,5	254,2	254,8	253,5	257,5	260,3	260,8	257,9

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1999	2000	2000			2001			
		Durchschnitt		August	Sept.	Okt.	Juli	August	Sept.	Okt.
LANDWIRTSCHAFT										
Schlachtungen ¹⁾ :										
Rinder	Anzahl	8 088	7 302	6 235	6 816	8 555	4 332	5 574	5 989	7 724
Kälber	"	341	350	306	312	417	96	139	160	266
Schweine	"	108 303	102 959	95 380	98 319	110 686	89 554	91 134	86 903	103 507
darunter hausgeschlachtet	"	9 044	7 765	2 500	4 083	7 757	2 631	2 851	4 261	7 668
Schlachtmengen ²⁾ :										
* Gesamtschlachtgewicht	Tonnen	11 653	11 148	10 818	11 126	11 476	9 812	10 373	9 730	11 445
darunter von										
* Rindern	"	2 207	2 032	1 941	2 078	2 392	1 317	1 696	1 764	1 996
* Kälbern	"	30	33	33	40	46	9	12	15	25
* Schweinen	"	9 099	8 686	8 464	8 593	8 684	7 973	8 057	7 549	8 903
Geflügel:										
* Erzeugte Konsumer ³⁾	1000 St.	30 668	31 856	27 954	31 784	33 607	31 472	28 952	26 992	28 862
Milcherzeugung:										
Kuhmilcherzeugung	Tonnen	87 211	84 688	83 568	79 153	80 420	93 055	89 129	83 383	85 962
* darunter an Molkereien u. Händler geliefert	"	82 275	80 642	79 997	75 698	76 850	88 685	84 759	79 154	81 592
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	16,4	15,8	15,3	15,0	14,8	19,0	18,2	17,6	17,5
VERARBEITENDES GEWERBE ⁴⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	464,4	459,5	462,0	461,9	461,2	458,0	458,8	458,5	455,8
darunter Arbeiter (einschl. gewerbl. Azubi.)	"	275,0	271,1	273,1	272,8	272,4	270,8	270,5	269,8	268,1
* Geleistete Arbeitsstunden	"	35 589	34 952	36 015	35 499	35 639	31 546	35 280	33 910	35 776
* Brutto Lohnsumme	Mill. DM	1 285,7	1 292,4	1 274,3	1 239,1	1 296,1	1 298,6	1 281,9	1 232,7	1 299,8
* Bruttogehaltssumme	"	1 424,5	1 446,6	1 348,7	1 361,8	1 367,4	1 409,1	1 371,8	1 377,0	1 377,5
* Gesamtumsatz (ohne MwSt.)	"	12 763,0	13 425,7	12 982,9	14 542,6	14 071,2	13 123,5	13 490,7	13 880,2	14 419,9
* darunter Auslandsumsatz	"	4 278,5	5 016,1	4 612,5	5 378,3	5 270,2	4 909,1	4 786,4	5 165,9	5 329,7
Exportquote ⁵⁾	%	33,5	37,4	35,5	37,0	37,5	37,4	35,5	37,2	37,0
Index der Nettoproduktion insgesamt ⁶⁾										
Insgesamt	1991 = 100
darunter										
Vorleistungsgüterproduzenten	"
Investitionsgüterproduzenten	"
Gebrauchsgüterproduzenten	"
Verbrauchsgüterproduzenten	"
Index der Nettoproduktion im Verarbeitenden Gewerbe ⁷⁾										
Insgesamt	1991 = 100
darunter										
Chemische Industrie	"
Maschinenbau	"
Fahrzeugbau	"
Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik usw.	"
Volumenindex des Auftragseingangs ⁷⁾										
Insgesamt	1995 = 100 % ⁸⁾	- 6,8	6,7	13,3	6,2	7,1	2,2	- 5,3	- 12,3	- 5,5
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	"	- 1,9	5,6	10,2	0,7	5,3	- 0,2	- 0,4	- 14,4	- 3,5
Investitionsgüterproduzenten	"	- 14,3	9,2	24,4	9,3	8,8	7,2	- 18,1	- 22,4	- 10,5
Gebrauchsgüterproduzenten	"	- 8,8	10,5	9,2	16,5	13,8	- 17,9	- 6,5	- 21,5	- 12,2
Verbrauchsgüterproduzenten	"	- 1,2	2,9	- 4,0	25,6	10,0	7,3	19,9	- 14,4	4,7
Volumenindex des Auftragseingangs nach ausgewählten Branchen:										
Chemische Industrie	% ⁸⁾	- 2,3	6,7	7,5	20,5	7,9	5,4	11,5	- 7,6	4,1
Maschinenbau	"	- 5,9	15,8	21,3	16,4	19,4	- 8,3	- 18,7	- 24,9	- 17,4
Kraftwagen und -teile	"	- 20,0	- 9,3	11,6	- 3,1	- 2,0	23,6	- 4,8	- 4,3	- 1,2
Herstellung von Metallserzeugnissen	"	- 1,4	5,5	8,4	2,6	4,3	- 8,1	- 12,1	6,0	- 4,1
ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	2 278,0	2 128,5	1 940,0	1 771,0	1 817,0
* Stromverbrauch ⁹⁾	"	2 714,2	2 895,0	2 720,5	2 957,5	2 813,7

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Gewerbliche und Hauschlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft. - 2) Gewerbliche Schlachtungen (ohne Geflügel); einschl. Schlachttötungen, jedoch ohne Innereien. - 3) In Betrieben ab 3000 Hennenhaltungsplätzen. - 4) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. - 5) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. - 6) Kalendermonatlich. - 7) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. - 8) Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Vorjahresmonat. - 9) Ohne Pumpstromverbrauch und ohne Übertragungsverluste; ohne Eigenverbrauch der Kraftwerke.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1999	2000	2000			2001			
		Durchschnitt		August	Sept.	Okt.	Jul.	August	Sept.	Okt.
BAUGEWERBE										
Bauhauptgewerbe ¹⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	62,1	60,7	60,5	60,4	62,4	57,5	58,4	58,2	59,4
darunter										
Facharbeiter ²⁾	*	32,6	32,0	32,0	31,9	33,1	29,9	30,4	30,3	30,8
Fachwerker und Werker	*	9,8	9,5	9,7	9,7	9,5	9,1	9,2	9,0	9,1
gewerblich Auszubildende	*	3,1	2,9	2,9	2,9	3,0	2,4	2,8	2,7	2,9
* Geleistete Arbeitsstunden	*	5 923	5 756	6 595	6 212	6 405	5 603	6 334	5 666	6 537
darunter für den										
Wohnungsbau	*	2 262	2 214	2 437	2 286	2 503	2 059	2 381	2 086	2 454
gewerblichen und Industriellen Bau	*	1 812	1 716	1 900	1 825	1 857	1 613	1 811	1 643	1 928
öffentlichen und Verkehrsbau	*	1 817	1 798	2 228	2 058	2 008	1 897	2 099	1 898	2 116
* Bruttohohnsumme ³⁾	Mill. DM	190,4	188,1	202,9	188,0	198,7	186,5	195,7	173,9	194,4
* Bruttogehaltssumme	*	80,9	78,2	75,2	73,7	75,8	72,8	72,6	72,4	73,3
Baugewerblicher Umsatz (ohne MwSt.)	*	1 039,2	1 001,1	1 056,9	1 077,7	1 112,7	1 048,1	1 089,2	1 063,8	1 132,0
* Index des Auftragsleistung ⁴⁾	1995 = 100	86,6	85,1	74,6	110,6	85,5	69,7	109,0	109,4	64,2
darunter										
Wohnungsbau	*	66,5	53,2	63,1	58,8	44,7	46,4	51,1	52,3	44,0
gewerblicher und Industrieller Bau	*	90,9	99,6	75,1	137,0	97,1	67,5	121,9	129,2	64,2
öffentlicher und Verkehrsbau	*	92,4	84,9	80,3	106,4	93,6	85,2	124,9	116,3	75,1
Ausbau-gewerbe ⁵⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	25,2	24,6	.	24,8	.	.	.	23,9	.
* Geleistete Arbeitsstunden	*	7 316	7 148	.	7 309	.	.	.	6 959	.
Bruttohohn- und -gehaltssumme	Mill. DM	330,5	337,4	.	332,2	.	.	.	326,1	.
* Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne MwSt.)	*	1 036,3	1 203,3	.	1 348	.	.	.	1 216	.
BAUGENEHMIGUNGEN										
* Wohngebäude (Neu- und Wiederaufbau) ⁶⁾	Anzahl	1 048	913	866	856	799	809	831	803	896
darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	*	932	818	765	748	715	723	731	738	805
* Umbauter Raum der Wohngebäude ⁶⁾	1000 m ³	1 151	1 021	969	962	1 008	924	977	862	1 046
* Wohnfläche in Wohngebäuden ⁶⁾	1000 m ²	213	188	172	181	187	170	178	161	194
* Veranschlagte reine Baukosten der Wohngebäude ⁷⁾	1000 DM	645 188	513 757	483 851	489 813	497 771	491 119	501 614	445 627	547 368
* Nichtwohngebäude (Neu- u. Wiederaufbau) ⁶⁾	Anzahl	271	245	257	220	278	185	226	225	220
* Umbauter Raum der Nichtwohngebäude ⁶⁾	1000 m ³	808	875	716	390	889	1 246	1 147	1 027	1 948
* Nutzfläche in Nichtwohngebäuden ⁶⁾	1000 m ²	190	186	163	101	169	174	214	194	359
* Veranschlagte reine Baukosten der Nichtwohngebäude ⁷⁾	1000 DM	348 572	415 718	427 323	235 234	309 718	363 193	434 235	392 921	653 965
* Wohnungen insgesamt ⁸⁾	Anzahl	2 278	1 988	1 909	1 955	2 003	1 790	1 955	1 594	1 997
* Wohnräume insgesamt ⁸⁾	*	11 744	10 306	9 971	10 043	10 125	9 018	9 883	8 526	10 115
EINZELHANDEL UND GASTGEWERBE										
Einzelhandel										
* Index der Umsätze ⁹⁾ - real	1995 = 100	100,8	99,9	97,6	96,3	96,9	93,9	96,3	92,8	104,7
* Index der Umsätze ⁹⁾ - nominal	*	102,8	103,0	100,9	100,4	102,6	98,8	101,3	97,6	110,1
darunter (Einzelhandel mit)										
Waren verschiedener Art ¹⁰⁾	*	115,7	111,2	112,1	105,2	105,4	113,9	108,2	101,4	129,9
Kraftfahrzeugen ¹¹⁾ ; Tankstellen	*	101,7	101,4	98,8	94,5	97,7	96,3	105,4	95,4	104,8
Apotheken ¹²⁾	*	118,4	126,0	128,8	124,2	129,3	127,2	136,8	125,4	135,0
Bekleidung	*	86,4	87,2	77,2	89,9	95,3	76,7	75,9	97,3	93,5
Möbeln, Einrichtungsgegenständen ¹³⁾	*	95,6	88,0	78,2	87,1	95,7	80,3	76,5	77,9	95,6
Metallwaren und Anstrichmitteln ¹⁴⁾	*	97,7	107,0	110,2	107,2	106,3	114,3	108,7	98,3	118,4
* Beschäftigte im Einzelhandel (Index)	*	90,7	87,3	86,9	87,0	87,4	85,5	86,2	86,1	87,3
Gastgewerbe										
* Index der Umsätze ⁹⁾ - real	1995 = 100	90,8	91,3	91,1	103,3	99,1	85,5	90,8	98,2	94,0
* Index der Umsätze ⁹⁾ - nominal	*	95,2	96,8	98,9	109,8	105,3	94,4	100,3	106,1	101,8
darunter										
Hotels, Gasthöfe, Pensionen, Hotels garnis	*	101,8	107,0	108,7	139,3	126,2	96,2	105,3	130,5	117,7
Restaurants, Cafés, Eisdielen, Imbissstellen	*	90,4	89,9	91,6	90,7	91,4	88,0	95,2	90,6	91,7
Kantinen und Caterer	*	105,6	107,8	115,7	118,3	115,2	121,4	118,6	115,4	107,1
* Beschäftigte im Gastgewerbe (Index)	*	88,2	84,6	84,9	88,0	86,7	83,7	86,4	89,0	89,9

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau. Nach der Totalerhebung hochgerechnete Ergebnisse. - 2) Einschl. Polieren und Meistern. - 3) Einschl. Entgelten für Poliere und Meister. - 4) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. - 5) Bauintallation und sonstiges Baugewerbe. Ab 1997 Vierteljahres-ergebnisse (März - 1. Vj., Juni - 2. Vj., usw.). Ergebnisse nach der neuen EU-Klassifikation liegen erst ab Januar 1996 vor. Vorjahresvergleiche sind nicht möglich. - 6) Ohne Gebäudedetails. - 7) Einschl. Gebäudedetails. - 8) In Wohn- und Nichtwohngebäuden; alle Baumaßnahmen. - 9) Ohne Umsatzsteuer; teilweise berichtigte Ergebnisse. - 10) Vor allem Warenhäuser, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte und Supermärkte. - 11) Sowie mit Kraftfahrzeugteilen und -zubehör. - 12) Sowie Drogerien und Einzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln. - 13) Sowie Hausrat. - 14) Sowie Bau- und Heimwerkerbedarf.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1999	2000	2000			2001			
		Durchschnitt		August	Sept.	Okt.	Jul.	August	Sept.	Okt.
AUSSENHANDEL										
* Ausfuhr (Spezialhandel) insgesamt ¹⁾	Mill. DM	4 212,1	4 897,6	4 803,3	4 739,2	5 482,4	4 921,0	4 923,4
davon										
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	104,7	117,6	123,6	107,4	121,2	87,6	157,1
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	4 107,4	4 780,0	4 679,8	4 631,8	5 361,3	4 833,4	4 766,3
davon										
* Rohstoffe	"	36,6	42,6	39,2	36,9	41,5	46,4	41,3
* Halbwaren	"	322,2	383,4	378,7	417,6	469,9	373,9	337,3
* Fertigwaren	"	3 748,5	4 354,0	4 261,8	4 177,3	4 849,8	4 413,1	4 387,7
davon										
* Vorerzeugnisse	"	745,9	922,3	900,7	882,2	983,8	954,1	815,7
* Enderzeugnisse	"	3 002,7	3 431,8	3 361,2	3 295,1	3 866,0	3 459,0	3 572,0
Unter den Fertigwaren waren										
chemische Erzeugnisse	"	1 047,3	1 293,5	1 216,4	1 273,1	1 386,0	1 354,6	1 219,8
Maschinen	"	666,2	739,8	765,8	661,1	805,0	805,8	754,5
Fahrzeuge	"	587,4	585,9	535,9	578,6	584,8	467,2	654,5
elektrotechnische Erzeugnisse	"	472,3	566,8	580,2	558,1	693,5	540,7	521,8
Eisen- und Metallwaren	"	302,8	382,4	365,3	381,2	489,6	456,0	406,8
Ausfuhr nach ausgew. Verbrauchsländern:										
* EU-Länder ²⁾	"	2 300,1	2 562,6	2 286,8	2 480,1	2 831,3	2 333,2	2 432,8
darunter										
Vereinigtes Königreich	"	364,3	365,9	357,4	342,4	359,5	336,1	488,1
Frankreich	"	417,0	479,9	417,4	478,1	597,5	479,1	434,8
Italien	"	298,8	370,8	257,8	377,9	420,9	328,8	239,6
Niederlande	"	266,7	265,4	253,8	257,6	302,8	249,5	268,6
Belgien	"	195,5	220,4	221,8	196,6	239,7	168,3	202,1
Luxemburg	"	25,8	22,1	17,6	29,1	19,8	23,1	16,4
Österreich	"	236,4	244,4	239,4	227,1	283,2	242,9	277,3
EFTA-Länder ³⁾	"	234,9	275,6	292,5	278,0	361,3	278,8	273,0
darunter										
Schweiz	"	199,1	240,0	256,9	244,6	321,7	239,3	233,8
Norwegen	"	32,5	30,9	31,1	27,8	36,1	35,2	36,2
USA	"	429,1	509,5	530,1	506,3	523,6	564,5	464,4
* Einfuhr (Generalhandel) insgesamt ¹⁾	"	7 173,5	8 764,2	7 903,5	8 528,1	9 094,3	7 678,2	7 609,3
davon										
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	322,2	346,1	357,6	321,8	384,6	419,2	338,7
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	6 851,3	8 418,1	7 545,9	8 208,3	8 709,7	7 258,9	7 270,6
davon										
* Rohstoffe	"	77,0	102,5	97,8	118,6	105,6	84,7	101,0
* Halbwaren	"	699,3	790,5	719,6	1 049,7	965,1	800,7	609,4
* Fertigwaren	"	6 074,9	7 525,1	6 728,5	7 038,0	7 638,9	6 373,6	6 560,2
davon										
* Vorerzeugnisse	"	669,5	869,3	797,7	870,4	1 052,5	960,6	858,2
* Enderzeugnisse	"	5 405,5	6 655,8	5 930,9	6 167,5	6 586,4	5 413,0	5 702,0
* Einfuhr aus EU-Ländern ²⁾	"	3 372,3	4 049,7	3 327,4	3 747,0	3 880,5	3 927,6	3 799,8
FREMDENVKEHR ⁴⁾										
* Gästeankünfte	1000	763	816	1 047	1 047	919	844	898	965	884
* darunter von Auslands Gästen	"	191	211	280	280	231	262	247	232	194
* Gästeübernachtungen	"	2 000	2 138	2 662	2 662	2 381	2 416	2 550	2 520	2 333
darunter von Auslands Gästen	"	370	409	527	527	457	496	513	433	384
Gästeübernachtungen nach Berichts-										
gemeindegruppen:										
Heilbäder	"	600	644	771	771	702	730	765	735	703
Luftkurorte	"	133	131	170	170	142	168	174	152	140
Erholungsorte	"	94	98	125	125	108	145	158	122	113
Sonstige Gemeinden	"	1 173	1 265	1 597	1 597	1 430	1 372	1 452	1 511	1 377
darunter Großstädte	"	526	575	690	690	642	575	606	655	591
VERKEHR										
Binnenschifffahrt										
Güterumschlag insgesamt	1000 t	1 301	1 350	1 499	1 408	1 501	1 335	1 377	1 261	...
davon										
* Güterversand	"	205	226	238	232	264	201	242	229	...
* Gütererpfang	"	1 096	1 124	1 262	1 176	1 237	1 134	1 135	1 032	...

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Ab Januar 2000 vorläufige Zahlen. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung von Einfuhr- und Ausfuhrergebnissen nicht vertretbar. - 2) Mitgliedsländer nach dem Stand von Januar 1995 (Frankreich, Belgien, Luxemburg, Niederlande, Italien, Vereinigtes Königreich, Rep. Irland, Dänemark, Griechenland, Spanien, Portugal, Schweden, Finnland, Österreich). - 3) Mitgliedsländer nach dem Stand vom Januar 1997 (Island, Norwegen, Liechtenstein, Schweiz). -

4) Alle Beherbergungstätigkeiten mit mindestens 9 Betten, einschl. Jugendherbergen und Kinderheimen. Besteht eine Gemeinde aus mehreren Ortsteilen, so werden die Ortsteile mit Fremdenverkehr jeweils der in Frage kommenden Gemeindegruppe zugeordnet. Die Gemeindegruppe „Erholungsorte“ enthält nur noch die staatlich anerkannten Erholungsorte; die bisherigen „Erholungsorte ohne Prädikat“ werden der Gruppe „Sonstige Gemeinden“ zugeordnet.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	1999	2000	2000			2001			
		Durchschnitt		Jul	August	Sept.	Juni	Jul	August	Sept.
Noch: VERKEHR										
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge ¹⁾ darunter	Anzahl	34 124	30 577	30 374	28 540	28 645	33 017	30 486	30 045	27 809
Personenkraftwagen (einschl. Kombi)	"	29 759	26 145	26 552	24 738	25 206	27 351	26 437	25 908	24 049
* Lkw (auch mit Spezialaufbau)	"	1 877	1 868	1 714	1 885	2 083	1 980	1 438	1 739	2 237
* Krafträder und dreirädrige Kraftfahrzeuge	"	2 073	1 998	1 656	1 504	933	3 040	2 106	1 960	1 051
* Zugmaschinen (zulassungspflichtige)	"	297	287	251	244	261	320	264	220	261
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personenschaden	"	2 310	2 252	2 194	2 495	2 416	2 389	2 400	2 665	2 324
* Getötete Personen ²⁾	"	47	45	42	41	61	39	51	69	46
* Verletzte Personen	"	3 111	3 031	3 043	3 229	3 209	3 198	3 184	3 481	3 162
Personenverkehr der Straßenverkehrs- unternehmen³⁾										
Beförderte Personen	1000	37 353	39 561	.	.	109 439	114 624
davon im Linienverkehr ⁴⁾	"	36 883	39 083	.	.	107 559	113 120
Gelegenheitsverkehr	"	469	478	.	.	1 880	1 505
Gefahrene Wagenkilometer	1000 km	23 547	24 402	.	.	82 705	73 421
davon im Linienverkehr ⁴⁾	"	18 640	19 432	.	.	62 206	55 966
Gelegenheitsverkehr	"	4 908	4 970	.	.	20 499	17 455
Einnahmen	1000 DM	75 526	80 498	.	.	255 953	244 337
davon aus Linienverkehr ⁴⁾	"	61 015	64 443	.	.	189 758	190 719
Gelegenheitsverkehr	"	14 511	16 055	.	.	66 195	53 618
GELD UND KREDIT										
Banken⁵⁾										
Kredite an Nichtbanken insgesamt ⁶⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Milli. DM	920 746	319 593	.	.	966 446	1 052 727
darunter Kredite an inländische Nichtbanken ⁶⁾	"	764 951	260 199	.	.	783 457	793 969
davon kurzfristige Kredite	"	120 360	43 486	.	.	130 526	136 098
Kredite über 1 Jahr ⁷⁾	"	644 591	216 713	.	.	652 930	657 871
Einzinsen und aufgenommene Gelder ⁸⁾ von Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Milli. DM	685 448	246 770	.	.	745 680	836 066
Zahlungsschwierigkeiten										
* Insolvenzen insgesamt	Anzahl	201	235	190	267	281	255	303	291	240
davon von Unternehmen, einschl. Kleingewerbe ⁹⁾	"	155	153	127	171	173	170	184	169	142
* von privaten Personen und Nachlässe ⁹⁾	"	45	82	63	96	108	85	119	122	98
* Beantragte Insolvenzen ¹⁰⁾	"	201	235	190	267	281	255	303	291	240
* darunter mangels Masse abgelehnt	"	133	123	85	133	148	122	155	130	88
PREISE										
* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte insgesamt	1995 = 100	105,0	107,0	107,4	107,3	107,8	109,8	109,9	109,8	109,9
darunter Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	"	102,1	101,4	101,5	101,1	100,5	106,8	106,2	105,2	105,4
Bekleidung, Schuhe	"	103,4	104,0	103,8	103,8	103,8	104,2	103,8	103,8	103,9
Wohnung, Wasser, Strom, Gas ¹¹⁾	"	107,4	110,7	110,5	111,0	112,5	113,8	113,8	113,9	114,6
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt ¹²⁾	"	102,2	102,1	102,0	102,0	102,0	102,7	102,8	103,0	103,0
Verkehr (einschl. Kraftstoffe)	"	107,9	113,9	115,0	114,2	116,2	119,1	117,8	117,8	118,1
Nachrichtenübermittlung	"	88,0	84,3	83,8	83,8	83,7	81,7	81,9	82,0	82,0
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	"	103,4	104,9	106,9	106,0	105,1	106,3	108,4	107,8	107,1
Beherbergungs- und Gaststätten- dienstleistungen	"	103,0	103,7	106,2	106,2	103,7	105,2	107,1	107,2	104,8
* Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Haushalten von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen	1995 = 100	104,9	106,6	107,2	107,1	107,1	109,4	109,6	109,5	109,3
* Preisindex für Wohngebäude (Neubau) ¹³⁾	1995 = 100	100,2 ¹⁴⁾	100,2 ¹⁴⁾	.	101,5	102,5

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. - 2) Einschl. der innerhalb 30 Tagen an den Unfallfolgen Gestorbenen. - 3) Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.); Jahresdurchschnitt = Monatsdurchschnitt; nur Unternehmen mit 6 oder mehr Bussen. - 4) Allgemeiner Linienverkehr, Sonderformen des Linienverkehrs (Berufsverkehr, Schüler-, Markt- und Theaterfahrten), freigestellter Schülerverkehr. - 5) Die Angaben umfassen die in Hessen gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne Kreditinstitute mit überregionalen Sonderaufgaben (ohne Filialnetz) sowie ohne Post giro- und Postsparkassensämter. - 6) Einschl. durchlaufender Kredite. - 7) Ohne durchlaufende Kredite. - 8) Biseinschl. 1998 ohne Kleingewerbe. - 9) Bis einschl. 1998 „von übrigen Gemeindefinanzmitteln“. - 10) Bis einschl. 1998 „Beantragte Konkurse“. - 11) Und andere Brennstoffe. - 12) Sowie deren Instandhaltung. - 13) Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk. - 14) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Februar, Mai, August und November.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1999	2000	2000			2001				
		Durchschnitt		August	Sept.	Okt.	Juli	August	Sept.	Okt.	
STEUERN											
Steueraufkommen insgesamt ¹⁾	Mill. DM	6 486,1	6 949,5	5 328,2	7 753,5	5 499,6	5 694,3	5 387,9	6 317,6	5 495,2	
davon											
Gemeinschaftsteuern	*	5 707,7	6 120,7	4 572,6	7 047,0	4 723,9	4 667,9	4 526,1	5 645,5	4 633,5	
davon											
Lohnsteuer ²⁾	*	2 710,1	2 908,6	2 731,8	2 647,9	2 554,0	2 956,2	2 624,3	2 551,4	2 570,2	
veranlagte Einkommensteuer	*	116,0	149,7	- 273,3	838,2	- 139,7	- 297,6	- 185,8	802,5	- 158,7	
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	*	344,9	445,6	258,3	166,3	113,1	726,8	452,2	345,0	246,2	
Zinsabschlag ²⁾	*	360,5	439,9	335,0	313,6	382,9	404,1	380,7	331,0	384,7	
Körperschaftsteuer ²⁾	*	425,9	461,0	- 212,0	1 634,5	23,6	- 862,7	- 466,6	28,1	- 195,3	
Umsatzsteuer	*	1 496,9	1 402,0	1 424,7	1 139,9	1 445,9	1 442,6	1 451,5	1 419,8	1 446,0	
Einfuhrumsatzsteuer	*	253,5	314,1	308,0	306,5	344,2	298,6	269,7	167,8	340,3	
Bundessteuern	*	458,0	488,0	503,5	459,9	344,6	564,3	529,2	440,0	419,9	
darunter											
Mineralölsteuer	*	91,0	61,7	63,2	62,5	72,0	86,8	95,4	104,5	103,6	
Versicherungsteuer	*	112,0	112,2	143,6	74,9	54,4	71,9	186,2	65,2	72,7	
Zölle ³⁾	*	28,3	25,8	22,1	24,5	26,5	19,1	19,9	11,1	23,9	
Landesteuern	*	242,3	255,3	219,0	222,2	230,6	281,7	311,8	221,0	285,8	
darunter											
Vermögensteuer	*	11,1	11,1	9,2	5,1	8,0	4,2	4,3	5,2	6,7	
Erbschaftsteuer	*	36,3	42,5	21,0	30,8	36,6	50,0	46,0	30,8	57,4	
Grunderwerbsteuer	*	77,3	84,4	75,5	81,1	80,2	76,2	128,3	63,5	82,5	
Kraftfahrzeugsteuer	*	86,5	86,7	83,9	77,1	77,6	108,8	102,8	91,7	99,9	
Gewerbsteuerumlage	*	49,8	59,7	11,0	0,0	174,1	161,3	0,9	0,0	132,1	
		1999	2000	1999	2000			2001			
		Durchschnitt ⁴⁾		Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni	
Kassenmäßiges Steueraufkommen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. DM	3 039,8	3 148,3	4 497,1	2 059,0	3 148,3	3 371,6	4 014,1	1 944,8	3 019,0	
davon											
Grundsteuer A	*	8,4	8,5	6,9	8,4	8,6	10,0	6,9	8,5	8,2	
Grundsteuer B	*	293,7	294,9	242,7	280,0	335,7	321,9	242,0	293,4	335,2	
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	*	1 497,0	1 451,6	1 931,4	1 315,7	1 494,8	1 734,3	1 261,7	1 337,4	1 221,6	
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	*	1 064,7	1 215,8	1 922,6	385,6	1 132,3	1 135,4	2 209,8	266,7	1 283,0	
andere Steuern ⁵⁾	*	36,8	33,6	32,1	36,4	37,9	33,8	26,2	30,4	33,8	
		1999	2000	2000			2001				
		Durchschnitt ⁶⁾		Jan.	April	Juli	Okt.	Jan.	April	Juli	
LÖHNE UND GEHÄLTER											
Arbeiterverdienste											
Im Produzierenden Gewerbe ⁷⁾											
* Bruttomonatsverdienst insgesamt	DM	4 617	4 730	4 603	4 710	4 781	4 755	4 691	4 778	4 799	
* Männliche Arbeiter	*	4 781	4 892	4 754	4 870	4 946	4 920	4 850	4 943	4 959	
darunter Facharbeiter	*	5 085	5 195	5 046	5 165	5 261	5 225	5 160	5 250	5 268	
* Weibliche Arbeiter	*	3 516	3 632	3 573	3 608	3 663	3 648	3 646	3 663	3 714	
darunter HilfsarbeiterInnen	*	3 229	3 392	3 341	3 370	3 429	3 397	3 402	3 420	3 458	
* Bruttostundenverdienst insgesamt	*	28,20	28,83	28,63	28,74	28,96	28,88	28,95	29,21	29,20	
* Männliche Arbeiter	*	29,10	29,75	29,56	29,65	29,88	29,80	29,93	30,16	30,11	
darunter Facharbeiter	*	31,27	31,99	31,81	31,87	32,18	31,98	32,17	32,41	32,34	
* Weibliche Arbeiter	*	21,99	22,48	22,28	22,36	22,60	22,53	22,50	22,67	22,96	
darunter HilfsarbeiterInnen	*	19,98	20,77	20,62	20,69	20,91	20,77	20,75	20,84	21,08	
Angestelltenverdienste											
(Bruttomonatsverdienste)											
* Im Produzierenden Gewerbe	*	6 715	6 845	6 755	6 800	6 859	6 900	6 921	6 966	7 018	
* kaufmännische Angestellte	*	6 329	6 504	6 407	6 472	6 512	6 560	6 548	6 590	6 616	
* männliche Angestellte	*	7 222	7 428	7 336	7 392	7 434	7 486	7 441	7 488	7 502	
* weibliche Angestellte	*	5 252	5 355	5 262	5 318	5 370	5 404	5 440	5 464	5 509	
* technische Angestellte	*	7 052	7 151	7 064	7 094	7 173	7 205	7 253	7 301	7 377	
* männliche Angestellte	*	7 204	7 304	7 206	7 242	7 331	7 364	7 409	7 456	7 534	
* weibliche Angestellte	*	5 590	5 753	5 729	5 706	5 751	5 795	5 857	5 907	5 973	
* In Handel, Kredit- u. Versicherungsgewerbe ⁸⁾											
insgesamt	*	5 588	5 742	5 628	5 731	5 732	5 805	5 865	5 933	6 004	
* kaufmännische Angestellte	*	5 613	5 770	5 657	5 766	5 760	5 829	5 902	5 965	6 038	
* männliche Angestellte	*	6 254	6 422	6 332	6 424	6 393	6 482	6 587	6 660	6 737	
* weibliche Angestellte	*	4 808	4 931	4 811	4 919	4 937	4 985	5 033	5 085	5 148	

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Einschl. Gewerbesteuerumlage. - 2) Vor Zerlegung. - 3) Einschl. Zoll-Euro. - 4) Vierteljahresdurchschnitte. - 5) Und steuerähnliche Einnahmen.

- 6) Durchschnitt aus den

Ergebnissen für die Monate Januar, April, Juli und Oktober. - 7) Neuer Berichtskreis im Bereich des Produzierenden Gewerbes. - 8) Sowie bei Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern.



Beiheft
Monatszeitschrift
Staat und Wirtschaft in Hessen

Konjunkturprognose in Hessen 2002

Impressum

Copyright:	© Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, 2001 Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.
Herausgeber:	Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, Rheinstraße 35/37 Telefon: 0611/3802-0, Telefax: 0611/3802-890 E-Mail: vertrieb@hsl.de — Internet: www.hsl.de
Haus-/Lieferadresse:	Hessisches Statistisches Landesamt, Rheinstraße 35/37, 65185 Wiesbaden
Postanschrift:	Hessisches Statistisches Landesamt, 65175 Wiesbaden
Bezugspreis:	Bei Einzelbestellung ohne Monatszeitschrift Schutzgebühr 2,50 Euro.
Gesamtherstellung:	Hessisches Statistisches Landesamt

Auskünfte

Auskünfte und Informationen aus allen Bereichen der hessischen Landesstatistik erteilt die zentrale Informationsstelle; Telefon: 0611/3802-802 oder -807.

Zeichen

- = nichts, weil nichts vorhanden ist oder die Fragestellung nicht zutrifft bzw. weil keine Veränderung eingetreten ist.
 - . = Zahl nicht vorhanden bzw. Nachweis nicht möglich, weil die Repräsentation zu gering oder die Veröffentlichung aus Gründen der Geheimhaltung von Einzelangaben nicht gestattet ist.
 - . . . = Zahl liegt zur Zeit der Berichterstattung noch nicht vor, ist aber zu erwarten.
 - 0 = weniger als die Hälfte der kleinsten darzustellenden Einheit (auch: 0,0).
 - D = Durchschnitt.
 - p = vorläufige Zahl(en).
 - r = berichtigte Zahl(en).
- Zahl in Klammern = eingeschränkter Aussagewert.

Im Allgemeinen ist ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- bzw. abgerundet worden. Das Ergebnis der Summierung der Einzelzahlen kann deshalb geringfügig von der Endsumme abweichen.

Konjunkturprognose Hessen 2002

Deutlicher Wachstumsvorsprung für die hessische Wirtschaft

Im folgenden Beitrag werden die Hauptergebnisse der Studie „Konjunkturprognose Hessen 2002“ in kompakter Form dargestellt. Nach Einschätzung der vom Hessischen Statistischen Landesamt (HSL) in Zusammenarbeit mit der IHK Arbeitsgemeinschaft Hessen und der Arbeitsgemeinschaft der hessischen Handwerkskammern erstmals für die hessische Gesamtwirtschaft erstellten Konjunkturprognose wird das reale Bruttoinlandsprodukt in Hessen im Jahr 2001 voraussichtlich um 1,4 % (Deutschland: + 0,6 %) gegenüber dem Vorjahr wachsen. Im Jahr 2002 dürfte es um weitere 1,5 % (Deutschland: + 1,3 %) steigen und Hessen erneut einen Wachstumsvorsprung gegenüber dem Bund erzielen. Damit wird Hessen vor allem dank einiger wertschöpfungsstarker Dienstleistungsbranchen –trotz allgemeiner Abschwächung der weltweiten Nachfrage– im Jahr 2001 mit 0,8 Prozent –punkten einen deutlichen Wachstumsvorsprung gegenüber Deutschland erzielen. Ein leichter Vorsprung dürfte voraussichtlich auch 2002 gehalten werden. Die Studie „Konjunkturprognose Hessen 2002“ kann zum Preis von 25,00 DM zuzügl. Versandkosten vom Hessischen Statistischen Landesamt, Vertriebsstelle, 65175 Wiesbaden, bezogen werden. Informationen zu diesem Thema finden Sie auch im Internet unter www.hsl.de. Dort steht die Veröffentlichung –ebenfalls zum Preis von 25,00 DM– auch als Download-Angebot zur Verfügung.

Vorbemerkung

Mit der Konjunkturprognose Hessen 2002 gibt das HSL erstmals für Hessen eine Analyse und Prognose der *gesamtwirtschaftlichen konjunkturellen Entwicklung* in tiefer wirtschaftlicher Gliederung heraus. Die Arbeit wurde in Zusammenarbeit mit der IHK Arbeitsgemeinschaft Hessen sowie der Arbeitsgemeinschaft der hessischen Handwerkskammern erstellt. Zielsetzung war die Berechnung und *Schätzung* des Wirtschaftswachstums für das Jahr 2001 und eine *Prognose* der konjunkturellen Entwicklung für das Jahr 2002. Einbezogen in die Prognose, die an die Methodik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung angelehnt ist, wurde die unterjährige, wirtschaftszweigsystematisch stark disaggregiert berechnete reale Bruttowertschöpfung ebenso wie die Ergebnisse der Unternehmensbefragungen zur aktuellen konjunkturellen Entwicklung, die die Kammern quartalsweise erheben. Durch die umfassende Berechnung der sektoralen Wertschöpfungskomponenten wurde es erstmals möglich, Industriebranchen auch mit Dienstleistungsbranchen zu vergleichen¹⁾. Die „Konjunkturprognose Hessen 2002“ basiert auf den Konjunkturdaten der amtlichen Statistik (Konjunkturdatenbank HEKON), insbesondere Produktions-, Umsatz-, Auftrags- und Beschäftigtenzahlen, und auf den auf dieser Grundlage berechneten Werten und Indizes. Darüber hinaus wurde auf eine Vielzahl weiterer Daten zurückgegriffen, die über den Rahmen der amtlichen Statistik

hinausreichen, so z. B. konjunkturrelevante Detailinformationen des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung (HMWVL), des Hessischen Ministeriums der Finanzen (HMF) und des Hessischen Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft, und Forsten (HMULF).

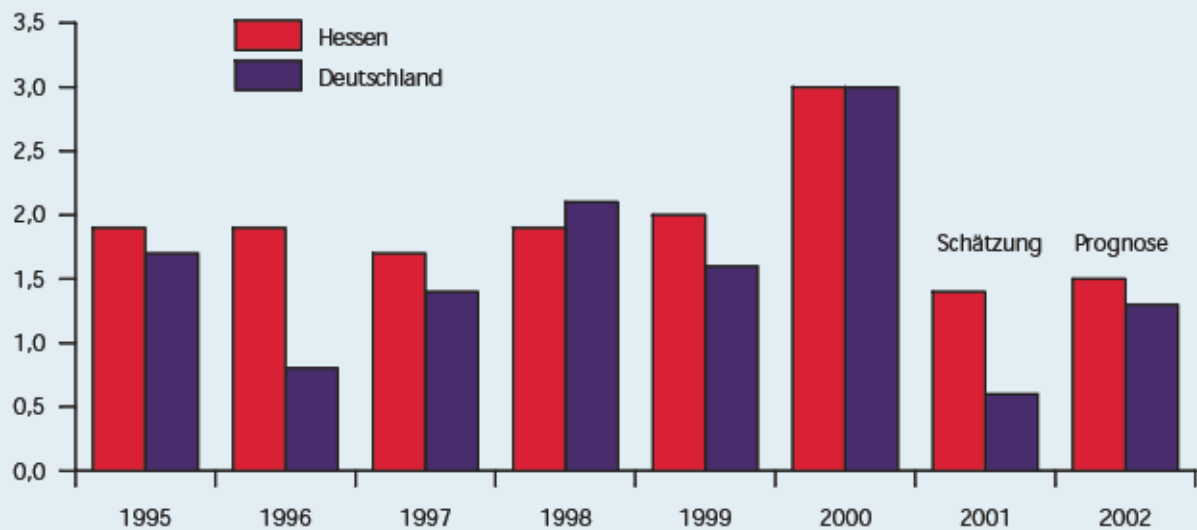
Konjunkturelle Entwicklung in Hessen 1995 bis 2000

Im Jahr 2000 betrug das *reale Bruttoinlandsprodukt* in Hessen 346,7 Mrd. DM. Das entspricht einem Anstieg um 3,0 % (Deutschland: + 3,0 %) gegenüber dem Vorjahr. In Hessen verlief die Entwicklung im Vergleich zum Bund in den letzten Jahren – mit Ausnahme des Jahres 1998 – durchweg besser. 1999 hatte das Wachstum in Hessen um 0,4 Prozentpunkte, 1997 um 0,3 Prozentpunkte und 1996 um 1,1 Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt gelegen.

Das dynamische Wachstum in Hessen wird von einzelnen *wertschöpfungsstarken Dienstleistungsbereichen* getragen. An der Spitze dieser Entwicklung stand in den letzten Jahren das Kredit- und Versicherungsgewerbe. Gemessen an der realen Bruttowertschöpfung legte dieser Bereich mit einer Expansion um 55 % im Zeitraum von 1995 bis 2000 besonders dynamisch zu, während die hessische Gesamtwirtschaft nur um 13 % wuchs. Weit überdurchschnittlich veränderte sich die Wirtschaftsleistung auch im Bereich „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“. Dort wuchs die reale Bruttowertschöpfung im entsprechenden Zeitraum um 34 %. Dynamisch entwickelte sich ferner der Wirtschaftsabschnitt „Grundstücks- und Wohnungswesen, Dienstleistungen für Unternehmen“; dort stieg die Wirtschaftsleistung im Vergleichszeitraum um 24 % an.

1) Bei einem Wachstumsvergleich zwischen dem Verarbeitenden Gewerbe und der Gesamtwirtschaft wird für das Verarbeitende Gewerbe oftmals der Bruttoproduktionswert als Ersatzgröße für die reale Bruttowertschöpfung verwendet. Der Grund hierfür ist darin zu sehen, dass die Bruttogrößen von der amtlichen Statistik früher und in disaggregierter Form veröffentlicht werden als die Wertschöpfungsvariablen. Da sich Bruttoproduktionswert und Bruttowertschöpfung aber unterschiedlich entwickeln, verhindert dies einen Vergleich von industriellen Wirtschaftszweigen mit denen anderer Wirtschaftsbereiche.

Bruttoinlandsprodukt (real) in Hessen und in Deutschland 1995 bis 2002
(Veränderung gegenüber dem jeweiligen Vorjahr in %)



HSL 66/01

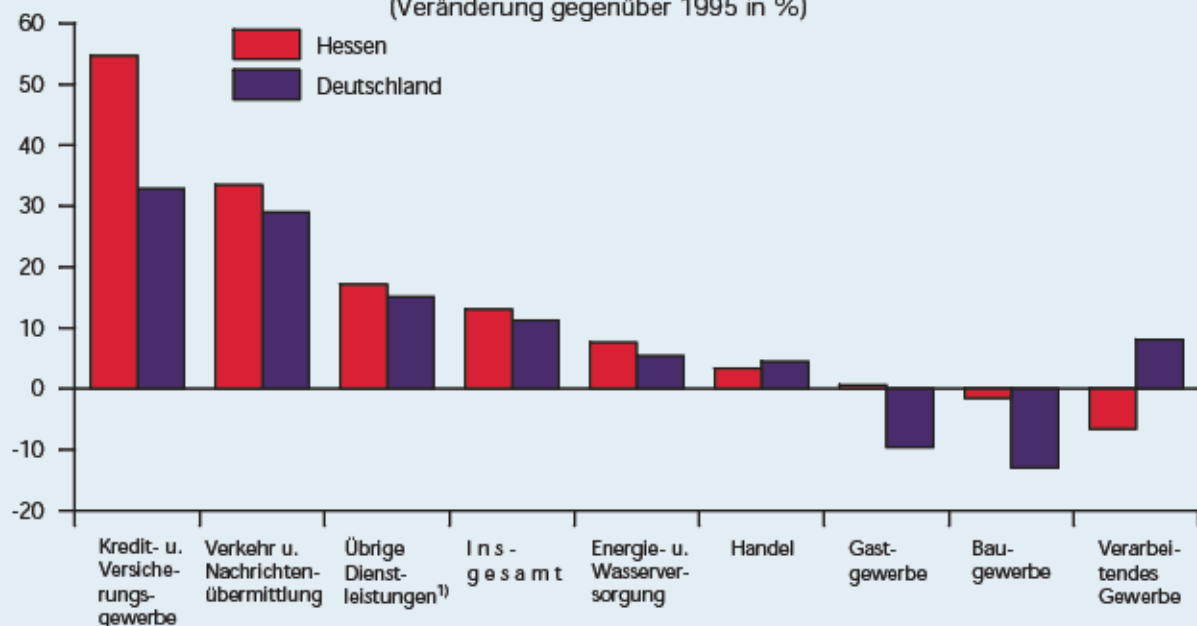
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des Hessischen Statistischen Landesamtes.

Eine aufwärtsgerichtete, aber hinter der gesamtwirtschaftlichen Dynamik Hessens *zurückbleibende Entwicklung* vollzog im Betrachtungszeitraum die Energie- und Wasserversorgung (+ 7,6 %). Geringe konjunkturelle Impulse induzierten zudem die Öffentlichen und Privaten Dienstleistungen, die im Vergleichszeitraum ein Wachstum von 6,9 % erzielen konnten. Der Handel legte mit einem Wachstum von 3,3 % ebenfalls zu, blieb damit aber deutlich hinter der allge-

meinen Entwicklung zurück. Konjunkturelle Stagnation stellte sich im hessischen Gastgewerbe mit einer Zunahme der Wirtschaftsleistung in den Jahren 1995 bis 2000 um 0,6 % ein.

Wachstumshemmende Impulse gingen dagegen von allen anderen Wirtschaftsbereichen aus. Insbesondere ging die Wirtschaftsleistung im hessischen Bergbau im Zeitraum der Jahre 1995 bis 2000 um mehr als die Hälfte zurück, was

Bruttowertschöpfung (real) in Hessen und in Deutschland 2000
(Veränderung gegenüber 1995 in %)



HSL 67/01

¹⁾ Grundstücks- und Wohnungswesen, Dienstleistungen für Unternehmen, Öffentliche und Private Dienstleistungen.

allerdings zu einem Teil auf statistische Schwerpunktverlagerungen bzgl. wirtschaftszweigsystematischer Zuordnungen zurückzuführen ist. Besonders belastend für die gesamtwirtschaftliche Konjunktur wirkte sich die Entwicklung des konjunkturell bedeutenden Verarbeitenden Gewerbes aus, das mit einem Rückgang der realen Wertschöpfung um - 6,6 % die Gesamtentwicklung stark beeinflusste. Leicht rückläufig veränderte sich auch die Wirtschaftsleistung des hessischen Baugewerbes. Sie ging im Vergleichszeitraum um - 1,5 % zurück.

Konjunkturelle Entwicklung im Jahr 2001

Im Jahr 2001 hat das Wachstum — ersten internen Berechnungen des HSL zufolge — seit dem zweiten Quartal des Jahres zunehmend an Schwung verloren. So wuchs das reale Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal 2001 nochmals deutlich um 2,2 % ²⁾, fiel im zweiten Quartal aber auf 1,9 % ab. Im dritten Quartal 2001 entwickelten sich die Indikatoren aus der laufenden Statistik, die zur Fortschreibung der Beiträge der Wirtschaftsbereiche zum Bruttoinlandsprodukt verwendet werden, in der Summe stark rückläufig ³⁾.

Auch im *Jahr 2001* wird das Wachstum in Hessen erneut im Wesentlichen von einigen wertschöpfungsstarken Dienstleistungsbereichen getragen. Insbesondere die Bereiche „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“ sowie „Kredit- und

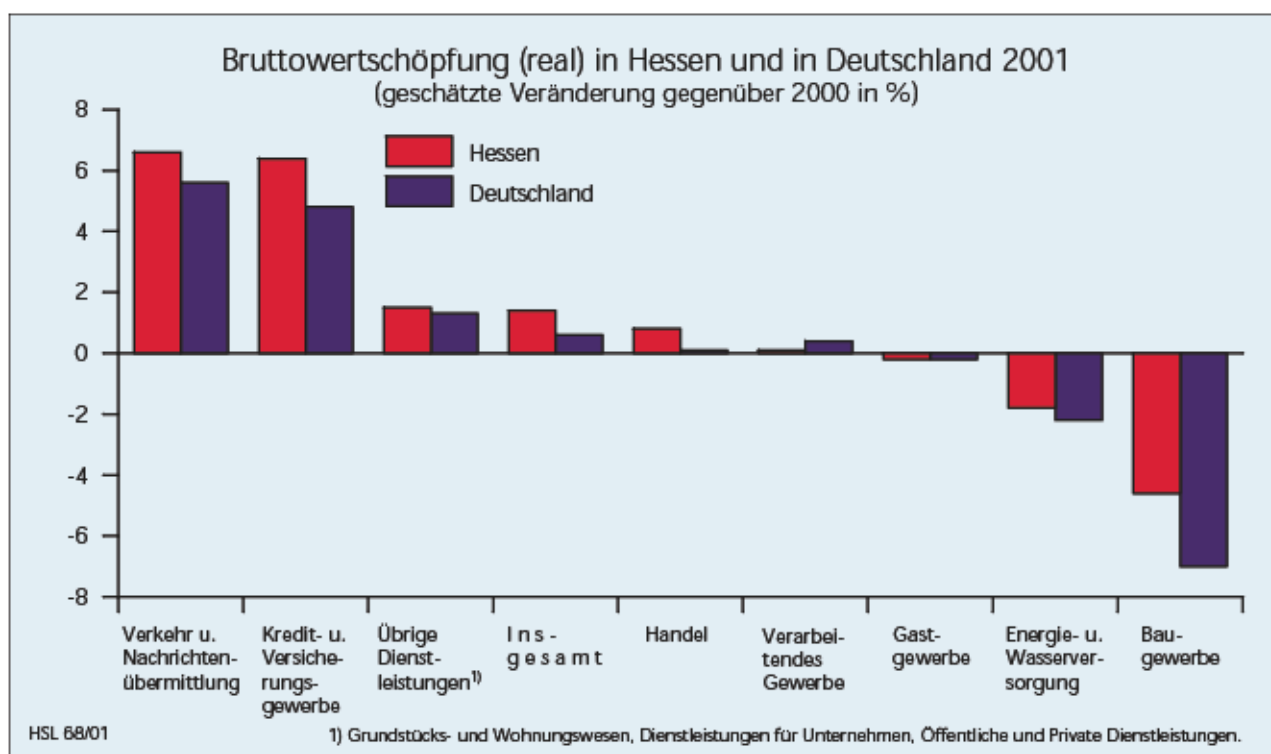
Versicherungsgewerbe“ werden mit einem Zuwachs der realen Bruttowertschöpfung von voraussichtlich 6,6 % (+ 2,3 Mrd. DM) bzw. 6,4 % (+ 1,9 Mrd. DM) deutlich gegenüber dem Vorjahr zulegen. Steigen wird die Wirtschaftsleistung auch im Bereich der „Übrigen Dienstleistungen“, zu denen das Grundstücks- und Wohnungswesen und Dienstleistungen für Unternehmen zählen (+ 1,5 %). Dagegen kommt es in den Bereichen „Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden“ sowie im „Baugewerbe“ zu einem Minus von fast 12 % (- 38 Mill. DM) bzw. 4,6 % (- 645 Mill. DM).

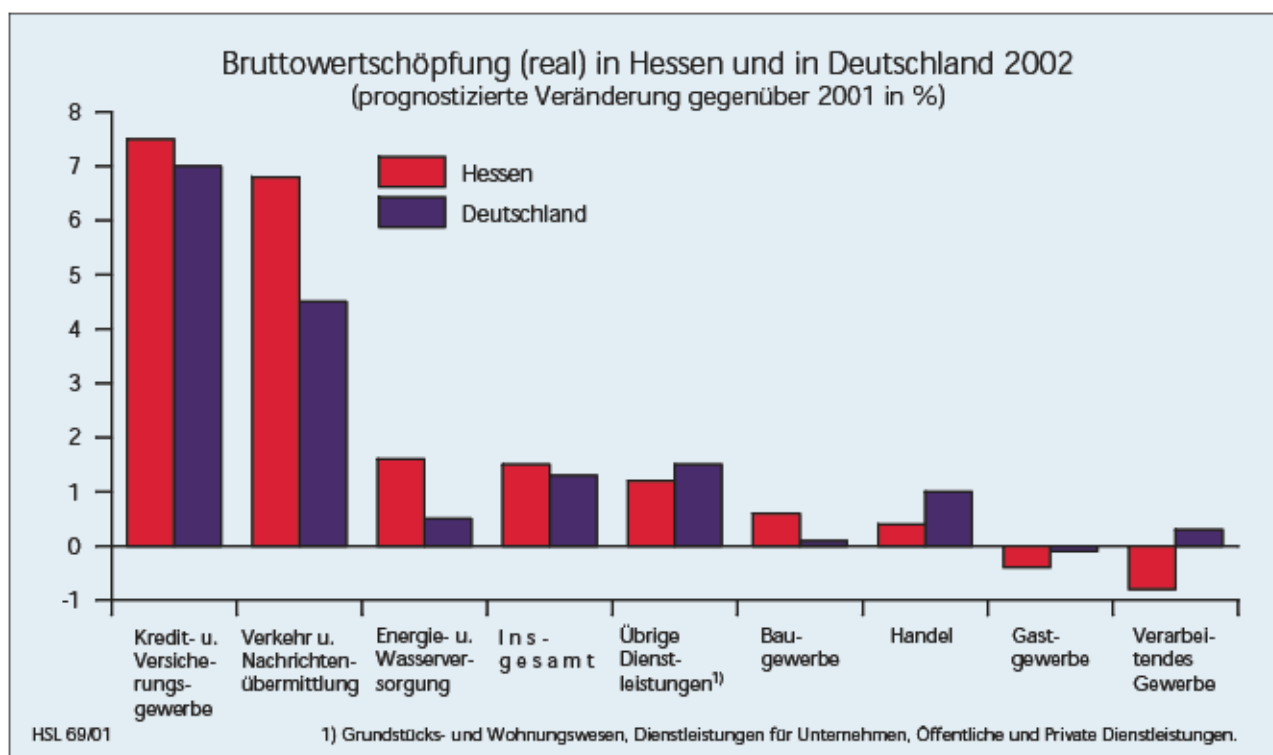
Im Vergleich zu Deutschland wird das Kredit- und Versicherungsgewerbe im Jahr 2001 einen deutlichen Wachstumsvorsprung von 1,6 Prozentpunkten gegenüber dem Bund erzielen. Auch im Bereich „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“ ist ein Wachstumsvorsprung von einem Prozentpunkt zu erwarten, gefolgt von den „Übrigen Dienstleistungen“ (2,4 Prozentpunkte). Schwach wird sich demgegenüber das konjunkturell bedeutende „Verarbeitende Gewerbe“ in Hessen entwickeln, dessen Wachstum voraussichtlich um 0,3 Prozentpunkte niedriger ausfallen wird als im Verarbeitenden Gewerbe Deutschlands.

Inwieweit sich die Stimmung in der hessischen Wirtschaft im Verlauf des Jahres 2001 eingetrübt hat, zeigt die *Konjunkturumfrage der hessischen Industrie- und Handelskammern* für das dritte Quartal 2001, bei der über 1700 Mitgliedsfirmen befragt wurden. In der Umfrage erreichte der Geschäftsklimaindex 118 von 200 möglichen Punkten, was eine Verschlechterung gegenüber dem Vorquartal um knapp 8 Punkte bedeutet. Noch stärker ging die Stimmung gegenüber dem Vorjahr zurück. So hatte der Klimaindikator im

2) Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal.

3) Jedoch stehen für einen großen Teil der Bereiche – gemessen an der realen Bruttowertschöpfung sind dies über 60 % – nur wenige zeitnahe Informationen zur Verfügung. Die fehlenden Beiträge wurden für die gesamtwirtschaftliche Berechnung geschätzt. Bei einigen Dienstleistungen wurde unterstellt, dass das Wachstumstempo unverändert geblieben ist.





dritten Quartal 2000 noch bei 145 gelegen. Die Konjunktur verliert damit auch in Hessen an Dynamik. Immerhin jedes vierte befragte Unternehmen beurteilte seine Lage im September 2001 als schlecht. Drei Monate zuvor waren es erst 21 %, im September 2000 sogar nur 14 % gewesen. Dagegen schätzten nach wie vor knapp 20 % ihre *derzeitige Geschäftslage* positiv ein, gegenüber einem Drittel der Unternehmen im dritten Quartal 2000. Gleichzeitig mehrten sich die Stimmen, die dem Jahr 2002 skeptisch entgegensehen. So beurteilten im September 2001 36 % aller befragten Unternehmen ihre *zukünftige Geschäftslage* negativ. Im Vorjahr waren es 15 % gewesen. Der Anteil der Unternehmen mit positiven Erwartungen blieb mit 32 % im Vergleich zum Vorjahresquartal stabil. Auch gegenüber dem zweiten Quartal 2001 ermäßigte sich der Index nur um knapp einen Punkt.

In gleicher Weise hat sich im dritten Quartal 2001 die Geschäftslage des *hessischen Handwerks* eingetrübt. Der Befragung der *Arbeitsgemeinschaft hessischer Handwerkskammern* zufolge beurteilten 21 % der Handwerksbetriebe ihre Geschäftslage im dritten Quartal 2001 als gut, gegenüber 25 % im Vorjahresquartal. 28 % schätzten ihre momentane Geschäftslage dagegen als negativ ein, was eine Zunahme um 4 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahresquartal bedeutet. Der Anteil der Handwerksbetriebe, die ihre Geschäftslage als befriedigend einstufen, blieb gegenüber dem dritten Quartal 2000 unverändert bei 51 %. Rückläufig entwickelten sich auch die Auftragsbestände im hessischen Handwerk. 32 % der hessischen Handwerksunterneh-

men mussten demnach sinkende Aufträge hinnehmen, gegenüber 25 % im Vorjahresquartal. Eine günstige Auftragslage sahen im dritten Quartal 2001 nur 14 % der Handwerksbetriebe, gegenüber 16 % im Vorjahresquartal.

Das Wachstum der hessischen Wirtschaft wird sich demnach auch trotz des weltweiten konjunkturellen Abschwungs und der schlechten Entwicklung des wirtschaftlichen Umfelds im Durchschnitt des Jahres 2001 erneut fortsetzen. Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Hessen verläuft — trotz entsprechender Rückgänge in den einzelnen Wirtschaftszweigen — auch in der zweiten Jahreshälfte deutlich weniger rezessiv als im Bund. Im *Jahresdurchschnitt 2001* wird das reale Bruttoinlandsprodukt in Hessen deshalb um **1,4 %** gegenüber dem Vorjahr zulegen. Mit einem mehr als doppelt so hohen Wachstum glänzt Hessens Konjunktur damit im bundesdeutschen Vergleich (+ 0,6 %).

Konjunkturelle Entwicklung im Jahr 2002

Infolge der leichten Belebung der Weltwirtschaft dürfte sich das konjunkturelle Klima im Jahr 2002 wieder etwas verbessern. Hiervon wird auch die hessische Wirtschaft profitieren. Die negativen Impulse, die die Terroranschläge in den USA vor allem auf die hessische Luftfahrt und Gastronomie ausüben, sowie die etwas schwächere Entwicklung bei den Banken, dürften sich in Hessen in den ersten zwei Quartalen 2002 noch dämpfend auswirken, sodass der beachtliche Wachstumsvorsprung des Jahres 2001 (+ 0,8 Prozentpunkte) gegenüber Deutschland nicht ganz verteidigt werden kann⁴⁾. Das reale Bruttoinlandsprodukt im *Jahr 2002* dürfte

4) Zu beachten ist dabei, dass Hessen im Jahr 2001 eine vergleichsweise hohe Wachstumsrate aufweisen wird.

in Hessen mit 1,5 % nur geringfügig stärker zulegen als im Bund (+ 1,3 %).

Mit einer Steigerung von 7,5 % (+ 2,9 Mrd. DM) gegenüber dem Vorjahr wird sich dabei das Kredit- und Versicherungsgewerbe voraussichtlich wieder an die Spitze dieser Entwicklung setzen. Ein dynamisches Wachstum wird zudem für den Bereich „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“ prognostiziert, der mit 6,8 % (+ 2,1 Mrd. DM) ebenfalls deutlich zulegen wird. Ungünstig wird dagegen erneut die Situation für den Bereich „Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden“ beurteilt; dort dürfte die Wirtschaftsleistung um 7,8 % (- 22 Mill. DM) schrumpfen. Auch das Verarbeitende Ge-

werbe gerät mit einem Rückgang der realen Bruttowertschöpfung um 0,8 % (- 465 Mill. DM) voraussichtlich ins Minus, gefolgt vom Gastgewerbe mit - 0,4 % (- 15 Mill. DM).

Vorteilhafter als in Deutschland dürfte sich im Jahr 2002 vor allem der Bereich „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“ entwickeln, der voraussichtlich einen Wachstumsvorsprung von 2,3 Prozentpunkten gegenüber dem Bund erreicht. Dagegen wird die reale Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen schätzungsweise um 1,1 Prozentpunkte hinter der gesamtdeutschen Entwicklung zurückbleiben. Ein Wachstumsrückstand von 0,3 Prozentpunkten wird für die „Übrigen Dienstleister“ prognostiziert.